

Manfred Weißbecker

Geschichte & Gesellschaft

**Vorträge,
Aufsätze,
Rezensionen
2010-2019**

Jena 2025

Manfred Weißbecker

**Vorträge,
Aufsätze, Rezensionen
2010-2019**

Jena 2025

Inhaltsverzeichnis

Machtabsticherungsmasse	6
Ein Terrorinstrument	12
Karl und Rosa zu ehren heißt, für Frieden und Gerechtigkeit kämpfen	14
Das Feind- und das Selbstbild	16
Wider alle Demokratie	18
Sieg über Militärdiktatur	21
Thüringen 1930: Einzug der NSDAP	27
Zeitgeschehen und „Zeitgeist“	29
„Ohne jeden Vorbehalt“	31
„Ich komme wieder“	33
„Todestag der Republik“	36
Pardon, wir gratulieren	41
Philosophie der Umkehrung	43
Das Reichsarbeitsdienstgesetz vom 26. Juni 1935 und seine lange Vorgeschichte	45
Republik ungeschützt	50
Zwei Gesetze – ein Ziel	53
Eine Warnung vor Denkfaulheit	56
Neue Wege zur Bildung	60
Vorbereitung des Terrors	61
Die Drachensaat geht auf	64
„Im Großen wirken“	70
Doppelbödiges Abkommen	72
Die Erfindung eines Messias	76
Rezension	78
Rezension	80
Eine notwendige Streitschrift	82
„Menschenzucht“	83
„Aus Blut und Eisen“	86
Wege von Vorurteil und Vorteilsnahme zum Völkermord: Judenhass und Antisemitismus in der deutschen Geschichte	89
Kampf um den Kurs	113
Wider retrospektive Fiktion	116
Widersprechen! Widerstehen!	118
Deutsche Spitzenleistung	120
Unbeugsamer Aufklärer	122
Kritik an den historischen Wurzeln des Russlandbildes deutscher Faschisten – ein „Medusenblick“?	125
Ein fataler Medusenblick?	136
Retuschierte Geschichte	139
Türen geöffnet	146

„Diktatorische Machtbefugnisse“	149
Eine Spurensuche	154
„Heilig soll uns der Mörder sein ...“	157
Doch keine Urkatastrophe?	163
Mit taktischem Kalkül	165
„Schützerin der Massen“	171
Generalangriff von rechts.....	174
Skrupellos und besessen – ein Faschist.....	180
Zum Sterben geboren?	186
Vor der Nacht der langen Messer.....	189
Als Thüringen rot war	194
Nur ein dummer Jungenstreich?.....	196
Gerhard Riege	199
Auf Schleichwegen	200
Zweite Karriere als Werbefigur.....	203
Seit Kain und Abel nichts Neues unterm Firmament?	205
Ein Schreckgespenst?	208
Im Visier der Nazis	214
Ideologie und Macht.....	217
Völkischer Aufmarsch.....	218
Auf dem rechten Auge blind	221
„Dienst am Volkstum“	232
Walther Rathenau – Opfer deutscher Terroristen	235
„Rathenau liegt ...“	238
Goebbels’ Hetzblatt.....	244
Die Millionengefolschaft der NSDAP – Ursprünge und Triebkräfte	247
Vom Jagen zum Schlachten	250
Gewalthaber ohne Recht	252
Kurs nach rechts.....	258
Terror ohne Sühne	261
Völkisch und reaktionär	264
„Die Straße frei“ – für Nazis	267
„Dieses Schwein“	272
Faschismus – Sichtweisen und Streitpunkte	277
Der Flaschenteufel.....	288
Krise und Faschismus.....	295
Beeinflusst und berauscht.....	309
Eliten und „Banditen“	311
Drift nach rechts	317
„Wer Hindenburg wählt ...“	323
Deutschland – nicht wiederzuerkennen.....	329

Verordnetes Gedenken	332
Ein mahnender Forschungsbericht	333
Schaulaufen in Nürnberg.....	335
Die lange Vorkriegszeit.....	340
Organisierte Wegelagerei	343
Täter auf der Couch?	348
Das „große Tamtam“	349
Mythos Novemberputsch	355
Menschliches bei einem Verbrecher?	361
Ein Leben im 20. Jahrhundert	363
Terroristische Formierung.....	367
Auf- statt Verklärung	372
Reklame für den Krieg	373
Schlachtfeld Erinnerung	376
Hitler an Bord.....	378
Schützenhilfe für Hitler & Konsorten	381
Von der Springflut zu einem Rinnsal	382
„Uns hat der Krieg behütet für den Krieg“	384
„Ave Imitator“	387
Geschichte als Waffe.....	390
„... uns hat der Krieg behütet für den Krieg“	396
Konservatismusforscher	407
Die Jasager	410
Wer über damals schweigt, will von heute nicht reden.....	416
Im Kampf um die Kinder	419
Ein „Leitfaden“ – eindrucksvoll, tragfähig und wegweisend	420
„V-Mann“ Adolf Hitler	425
Zerfallserscheinungen	428
„... bis alles in Scherben fällt“	434
Russlandbilder des deutschen Faschismus – auferstehend aus Ruinen?	440
Die Ästhetisierung des Holocaust	448
Die Saat ist aufgegangen	450
Ein enthüllendes Arbeitsjournal	452
Und dann sieht man weiter.....	455
Entschädigungslos enteignen	457
Er, und wieder nur er.....	463
Ein altes Thema neu gemustert	465
Erfrischender Märzsturm.....	468
Antifa-Arbeit sogar in Ägyptens Wüste.....	474
Die geistigen Wegbereiter der braunen Barbarei	476
Wiederkehrend: „Millionen stehen hinter mir!“	480

„14 Millionen Schweinehunde“	485
Nachruf.....	491
Russophobie in der ideologischen Vorbereitung des Überfalls auf die UdSSR	492
Schlusswort	500
Gegen den Zeitgeist.....	502
Terror gegen die Republik.....	505
Völkisch-alldeutsch voran ... in die Katastrophe!	508
Recht, nicht Rache.....	511
Vom streunenden Hund zum „Führer“	513
Völkische Quellen	515
Standhaft gegen die Nazis	518
Wertvolle Hinterlassenschaft: Kurt Pätzold zur Erinnerung.....	520
„Der Feind steht rechts“ – eines seiner Opfer: Walther Rathenau	527
Vom Wort zur Tat	530
Enthüllter Seelentrost	532
„Warum Menschen sowas mitmachen?“	534
Mensch und Masse	538
Warum Hitler Kanzler wurde	545
Der Hass auf die anderen	548
Mit Feuer und Schwert.....	550
Gescheiterter Aufbruch	553
Eine nationale Wesensart?	556
Die letzten 75 Tage	558
Wegbereitung von Hitlerfaschismus und Krieg – eine ferne Vergangenheit?.....	560
Marx für rechts?	568
Rechte Sammlungsbewegung	573
Erinnern – unentbehrlich für die Auseinandersetzung mit Nationalismus und Rassismus.....	576
Nicht zu trennende Zwillinge.....	586
Revanchistisches Gedöns	587
Eine mörderische Maschinerie	589
Hitlers Friedensgeschwätz.....	591
Von falschem Pathos und fragwürdigen Parolen	593
Prüfstein	595
Personenregister	596

Machtabsticherungsmasse

Die NSDAP-Führung war mit der Entwicklung der Mitgliederzahlen ihrer Partei stets unzufrieden. Über Substanz und Wunschbilder der eigens angelegten Statistiken von 1935 und 1943

Ungezählte geschichtswissenschaftliche, soziologische, politologische oder auch sozialpsychologische Untersuchungen – angestellt in West und Ost – belegen die ungeheuerliche Geschichtsmächtigkeit, die der deutsche Faschismus nicht zuletzt dank des Wirkens der NSDAP und eines von ihr total dominierten Systems politischer Organisiertheit zu erreichen in der Lage war. In der Tat ist zu fragen: Wann hat je eine Partei die Welt so in Flammen zu setzen vermocht, wann so systematisch Massenverbrechen und Völkermord organisieren können, wann den Menschen – auch den Deutschen selbst – solch unermeßliches Leid und Unheil aufgebürdet? Rolle und Schuld ihrer Führungsclique sind bekannt, sie werden außer von neonazistisch inspirierten Hohlköpfen kaum bestritten, doch über das Maß der Verantwortung der Millionenschar ihrer Mitglieder existieren sehr unterschiedliche Auffassungen.

Zu den zentralen Problemfeldern antifaschistischer Überlegungen gehörte von Anfang an – und gehört auch gegenwärtig – der Versuch, das Phänomen massenhafter Verhaltensweisen zugunsten der braunen Barbarei zu erklären. Obgleich die festzustellende politische Unaufmerksamkeit, Kritiklosigkeit, Anpassungsbereitschaft sowie ähnliche Denk- und Verhaltensweisen eines großen Teiles der Deutschen gewiß nicht zu den primären Ursachen des Schreckens zählen, den der Faschismus mit sich brachte, sind in ihnen dennoch wesentliche Faktoren zu sehen, die nach dem Ersten Weltkrieg den Faschismus zunächst als Bewegung ermöglicht und ihm schließlich zur Macht verholfen hatten.

Herrschaft von Minderheiten über Mehrheiten, gleich ob unter diktatorischen, autokratischen, militärischen Regimes oder auch unter parlamentarisch-demokratischen Verhältnissen, wird von Mehrheiten mitgetragen – in welcher Form auch immer. Die berechtigte Suche nach den gesellschaftlichen Grundlagen, die den Faschismus hervorgebracht, sowie nach jenen Kräften, die geschäftig Hitler zur Macht verholfen hatten, sollte andere Themen nicht überflüssig machen, darunter auch die Frage nach den jubelnden und das Regime stützenden Massen. Mit Recht wird da zunächst auf die Wirkungen des furchteinflößenden Terrors verwiesen, auf die Wirkungen nationalistischer und friedensdemagogischer Parolen sowie auf die korrumpierenden sozialpolitischen Bestrebungen des braunen Regimes. Letztere hatte 1942 bereits Bertolt Brecht in seinem Gedicht „Und was bekam des Soldaten Weib?“ festgestellt, später von Gisela May hervorragend und einprägsam gesungen. Ebenso wollten die Nazis mit ihrer Sozialpolitik und mehr noch mit ihrer Propaganda den Interessen großer Teile der von Inflation und Wirtschaftskrisen arg gebeutelten Bevölkerung entgegen kommen – doch selbst durch die Beute-gelüste eines Teils der Bevölkerung lassen sich die tatsächlichen Herrschaftsverhältnisse keineswegs von den Füßen auf den Kopf stellen. Nach wie vor ist daher von den Triebkräften faschistischer Verbrechen zu reden, und nicht allein von denen, die von deren Ergebnissen nur zum geringsten Teil profitierten. Mit anderen Worten: Die bewußt betriebene und ebenso die indirekt wirksame soziale Korruption eines großen Teiles der Massen bietet einen Zugang zum Problem, nicht aber dessen Lösung. Weitere Faktoren sind in Betracht zu ziehen, darunter nicht zuletzt auch der außerordentlich große Einfluß, den die NSDAP einschließlich aller ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände ausübte. Um ihn soll es im folgenden hauptsächlich gehen.

Erreichtes und Gewünschtes

Dieser organisationspolitische Faktor nahm in den taktischen Überlegungen der Naziführer stets einen breiten Raum ein. Ihre eigene Einschätzung des jeweils erreichten Standes spricht

Bände, auch weil diese oftmals kaum der realen Situation entsprach, von Argwohn gegenüber dem Volk zeugte und stets auf ein anzustrebendes höheres Maß an Stabilität ihres Massenanhangs zielte. Mitte der 30er Jahre schien der größte Teil der Deutschen das Regime zu akzeptieren, doch ob er auch den beschleunigten Marsch in den Krieg billigen und wie gewünscht blindlings unterstützen würde, wurde bezweifelt. Bereits zwei Jahre nach der Errichtung ihrer Herrschaft in Deutschland durften sich die braunen Machthaber zwar durchaus sicher fühlen: Alle politischen Gegenkräfte waren ausgeschaltet, die meisten von ihnen saßen in Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern, viele hatten sich zur Emigration entschlossen, andere sich in eine Art innere Emigration zurückgezogen.

Zahlreiche Deutsche, die vor dem 30. Januar 1933 Gegner der NSDAP gewesen waren, hatten sich dem Regime angepaßt, in dieses eingeordnet oder gar in den Dienst faschistischer Organisiertheit gestellt. Die drückenden Lasten der großen Weltwirtschaftskrise waren spürbar verringert worden. Hoffnungen auf eine Verbesserung des persönlichen Lebensstandards konnten sich auf den beginnenden Wirtschaftsaufstieg berufen, dessen militaristische Kehrseite – eine horrende Aufrüstung – unreflektiert hingenommen wurde. Eine Welle nationaler Euphorie hatte den größten Teil der Deutschen erfaßt, aufgeputschte nationalistische Gefühle und um sich greifender chauvinistischer Überheblichkeitssinn führten zu einer breiten Akzeptanz der immer aggressiver werdenden Außenpolitik Hitlers. Und deren Erfolge vermochten wiederum korrumpierend zu wirken.

Zudem war es der NSDAP im Sommer 1934 gelungen, die tiefe Krise innerhalb der eigenen Reihen dank eines terroristischen Befreiungsschlages zu überstehen (siehe jW-Thema vom 30.6.2009). Hoffnungen einzelner Antifaschisten auf eine Erhebung der Massen gegen das Regime hatten sich rasch zerschlagen und waren zum Teil bitter bestraft worden. Widerstand und Opposition beschränkten sich auf kleinere, in tiefer Illegalität und noch dazu in ernsthaften inneren Auseinandersetzungen befindliche Gruppen. Man befaßte sich verständlicherweise vor allem mit der Frage nach den Ursachen des Erfolges der deutschen Faschisten, ebenso mit dem Versuch, die erlittene Niederlage und das Versagen der eigenen Politik zu analysieren. Infolge nach wie vor nicht zu überwindender parteienegoistischer Barrieren ihres politischen Denkens blieben sie weitgehend ohne jede Aussicht auf einen Sieg über den faschistischen Machtapparat. Von diesem sah sich die Masse der Deutschen gewonnen, ihm gegenüber fühlte sie sich zu einer Suche nach Alternativen weder in der Pflicht noch in der Lage.

Auf dieser Grundlage konnten entscheidende Weichen für den Weg zu einem neuen Krieg gestellt werden. In deutlichem Gegensatz zu allem, was die Führenden des „Dritten Reichs“ in den ersten Jahren ihrer Herrschaft bewirkt hatten, gab es unter ihnen dennoch keine Zufriedenheit mit dem erreichten (und für das Aufrechterhalten ihrer Macht völlig ausreichenden) Stand ihres Einflusses auf die Massen. Da wurden in der NSDAP deutlich größere und wesentlich weiterreichende Erwartungen ausgesprochen. So vertraute Joseph Goebbels am ersten Tag des Jahres 1935 seinem Tagebuch an, das neue Jahr müsse besser als das alte werden, denn dieses habe nur „Berge an Sorgen“ gebracht. Eine durchaus verständliche Klage: Es hatte viel Ärgernis und Verdruß für die Partei gegeben, die zu spüren bekam, daß der eingeschlagene Kurs sich nicht so rasch wie erwünscht und angestrebt durchsetzen ließ. Nun sollte das neue Jahr – wie es Hitler am 11. Februar 1935 in Nürnberg formulierte, als er dem schamlos-extremen Antisemiten Julius Streicher zum 50. Geburtstag gratulierte – eine „Wende“ bringen, allerdings nicht irgendeine weitere Veränderung der Lage schlechthin, sondern eine Wende zu einem „neuen Jahrhundert“ bzw. sogar zu einem neuen „Jahrtausend deutscher Geschichte“.

Obgleich zu Beginn dieses Jahres die Nazis erfolgreich auf das Abstimmungsergebnis vom 13. Januar und damit die „Rückkehr“ des Saarlandes ins Deutsche Reich (siehe jW, S. 15),

auch auf das bei Großkundgebungen „rasende“ Volk blicken konnten, notierte Goebbels am 2. März unzufrieden in sein Tagebuch: „Alles hängt an seidenem Faden. Keine Massen loslassen. Dieses Volk muß noch durchgeknetet werden.“

Die Parteistatistik von 1935

Der NSDAP kam dabei eine zentrale Funktion zu, nachdem es ihr gelungen war, von einer der kleinsten Organisationen im deutschen Parteienspektrum der Weimarer Republik zur mitglieder- und wählerstärksten Partei zu werden, die es je in der deutschen Geschichte gegeben hat und wahrscheinlich in diesem Ausmaß nie wieder geben wird. Ihre Mitgliederkartei verzeichnete 55 Namen, als Hitler im September 1919 der Deutschen Arbeiterpartei beitrug (siehe jW-Geschichte vom 12.9.2009), und 1943, bevor sie „kriegsbedingt“ eingestellt wurde, rund 6,5 Millionen; am Ende dürften es mehr als acht Millionen gewesen sein. Der Apparat der NSDAP umfaßte etwa eine Million hauptamtlicher und ehrenamtlicher Nazifunktionäre. Als völlig willenlose Beitragszahler und bloße Akklamationsverfügungsmasse wird man die große Mehrheit der anderen NSDAP-Mitglieder nicht abtun können; zu groß war die ihr gewidmete Aufmerksamkeit der „Führer“, zu intensiv das Bestreben, eine Massenpartei zu schaffen und diese zu einer kampfstarken Truppe zu formieren.

Auch ihre Mitglieberscharen hatten der Machtsicherung sowie der Kriegsvorbereitung zu dienen. Das kam auch in der akribischen Buchführung über alle Mitglieder zum Vorschein. So wie die Wehrmacht sich auf eine „Stammrolle“ zur Erfassung der wehrfähigen Männer stützte, müsse sich die Partei ihrer Mitgliederkartei bedienen, hieß es. Die intensiv erarbeiteten quantitativen Analysen fanden erstmalig ihren umfangreichen Niederschlag in einer mehrbändigen offiziellen „Parteistatistik“ mit dem Stand vom 1. Januar 1935. Drei Formulare mit 668 Fragen waren zuvor ausgegeben worden. Das Ergebnis wurde auf mehr als 1000 Seiten in DIN-A4-Format als Manuskript gedruckt, ohne die Angaben aus dem Saarland sowie die der Auslandsorganisation zu berücksichtigen. Als Herausgeber fungierte Robert Ley, in dessen Amt als Reichsorganisationsleiter der NSDAP es ein eigenes Amt für Statistik gab. Der erste Band befaßte sich mit den „Parteigenossen“, der zweite mit den sogenannten Politischen Leitern, der dritte mit den Mitgliedern und Führenden der Parteigliederungen sowie mit dem Personal der „nationalsozialistischen“ Ämter und Verbände. Ein eigener, später erschienener Band war der „Deutschen Arbeitsfront“ gewidmet.

Der erste, hier vor allem zu untersuchende Band über die Parteimitglieder gliederte sich in elf Abschnitte und mündete in 14 „Vorschlägen“. Die Statistik erfaßte insgesamt 2493890 Mitglieder in 32 Gauen, wobei 66 Prozent erst nach dem 30. Januar 1933 in die NSDAP eingetreten waren. In den Gauen Sachsen, Kurmark, Groß-Berlin, Schlesien und Hessen-Nassau gab es die höchsten Zahlen, am Ende dieser Liste befanden sich die Gauen Danzig, Pfalz, Schwaben, Franken und Mainfranken. Für die „Schlußfolgerungen“ spielte indessen die detaillierte Relation zwischen der Einwohnerzahl und den Parteimitgliedern eine ausschlaggebende Rolle. Insgesamt kamen auf ein Parteimitglied 26,4 Einwohner bzw. 18,7 Wahlberechtigte. Als erforderlich wurde die Neuaufnahme von 842400 Mitgliedern bezeichnet, wobei jeder Gau eine konkrete Zahl zugewiesen bekam.

Die sozialstrukturellen Angaben bieten nur in geringem Maße Aussagekraft. Man sprach von 30,3 Prozent Anteil der Arbeiter in der Partei, von 19,4 Prozent Angestellten, 19 Prozent Selbständigen, 12,4 Prozent Beamten, 10,2 Prozent Bauern, 3,2 Prozent Sonstigen, 1,5 Prozent Rentnern, 2,6 Prozent Hausfrauen und 1,4 Prozent Studenten. Die NSDAP konnte sich, legt man nur diese quantitativen Angaben und nicht das Parteiprogramm zugrunde, durchaus als eine Volkspartei verstehen. Auch als eine „junge“ Partei: Nahezu zwei von drei Parteimitgliedern war zwischen 21 und 40 Jahren alt. Die Statistik offenbarte auch, daß 42,8 Prozent der Parteigenossen als „Beitragszahler“ eingestuft, also nicht als „aktiv“ tätig angesehen wor-

den sind. Auch hierfür wurde die Reihenfolge der Gaue errechnet: Als die schlechtesten galten Köln-Aachen, Hamburg, Düsseldorf, Danzig und München-Oberbayern.

Der NSDAP-Reichsorganisationsleiter schlußfolgerte, daß grundsätzlich anstatt der realen 3,8 Prozent mindestens fünf Prozent der Einwohner Mitglied der Partei sein sollten. Dies werde aber, so meinte er, dennoch nicht ausreichen. Um alle Funktionen in den angeschlossenen Verbänden mit Parteigenossen besetzen zu können, sei der künftige Anteil auf zehn Prozent zu erhöhen; unmittelbar vor der Entfesselung des Krieges – im Mai 1939 – wurde dies zum Prinzip erhoben. In den „Vorschlägen“ Leys zur Gewinnung weiterer Mitglieder spiegelt sich, was als sozialstrukturell problematisch angesehen worden ist: Es gehe weniger um die Aufnahme von Beamten und Selbständigen. „Arbeiter und Angestellte sind, sofern es sich um einwandfreie Personen handelt, mit erhöhter Energie als Parteimitglieder zu werben. Es muß hier von dem Grundsatz abgegangen werden, demzufolge die in die Partei aufgenommen werden, die in die Partei kommen wollen.“ Auch auf dem Land sei „dringend (...) Zuzug an Parteigenossen“ erforderlich, obgleich – wie Untersuchungen des kanadischen Historikers Michael H. Kater belegen – der Anteil von Neuzugängen zur Partei auf dem Lande stets größer als in Groß- und Kleinstädten gewesen ist. Den Frauenanteil wollte Ley strikt auf fünf Prozent beschränken, was der Realität nicht entsprach, denn zwischen 1925 und 1945 waren fast 15 Prozent aller neuen Parteimitglieder Frauen. Eine andere, besonders gewichtige „Empfehlung“ lautete schließlich, bei der „Neuauswahl von Führern“ seien vor allem jüngere Jahrgänge zu bevorzugen. Man wollte die älteren Jahrgänge „durch weltanschaulich weniger vorbelastete Parteigenossen“ ersetzt sehen. Ferner sollten nichtaktive Parteimitglieder wegen „nachweislicher Interesselosigkeit und Lauheit“ ausgeschlossen werden.

Datenerhebung im Krieg

Auch während des Krieges sprachen führende Nazis häufig von „Karteileichen“ und beklagten, daß „die augenblickliche Parteigenossenschaft (...) noch keine aktivistische Kampfgruppe“ darstelle. Mehrere Gauleiter forderten von Bormanns Parteikanzlei die Einführung einer neuen Disziplinar- und Strafordnung. Im Generalgouvernement Polen solle sogar eine völlige „Neubildung des Parteiapparates“ erfolgen, da dieser hier nur noch „ein Nebeninstrument der staatlichen Verwaltung und eine Fahnenträger- und Aufmarschorganisation“ sei. Im Juni 1943 wurden alle „Mobilisierungsbeauftragten“ der NSDAP über die Handhabung der „Uk-Stellung“ von Parteifunktionären instruiert; dabei erhielten sie unter anderem auch die Order, „besonders ins Auge springende politisch unzuverlässige Elemente“ an die Front zu schicken. Etwas später hieß es dazu noch: „Wir haben (...) keinen Anlaß, uns mit den Uk-Gestellten auch noch Miesmacher und Defätisten in der politisch schon schwach genug besetzten Heimat zu erhalten.“

Tatsächlich wuchs die Unzufriedenheit der NSDAP-Führung mit den Geführten, je länger der Krieg dauerte. Bereits 1942 hatte Bormann eine Kampagne zur „Aktivierung der Partei“ gestartet. In einer seiner unzähligen Anordnungen verlangte er im Dezember 1943 die entschiedene Fortsetzung der „begonnenen Aktivierungsmaßnahmen“. Ein halbes Jahr danach forderte er erneut von den Politischen Leitern auf mittlerer und höherer Ebene, „alle Ansätze von Schwäche und schwankender Haltung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln abzustellen“. Einer der 42 Gauleiter konkretisierte dies mit den bezeichnenden Worten: „Da, wo mit den Mitteln der Aufklärung, Propaganda und Schulung Andersdenkende nicht zu belehren sind, ist das Abstempeln zum Volksverräter und Wehrkraftzersetzer das einzig beste Mittel, das stets die gewünschte Wirkung erzielt.“ In einem Material des Schulungshauptamtes beim Reichsorganisationsleiter hieß es, angesichts der mehr als sieben Millionen Parteigenossen dürfe eigentlich die „schlechte Stimmung innerhalb des deutschen Volkes (...) unmöglich sein.“

Es war sicher kein Zufall, daß sich Ley als Reichsorganisationsleiter der NSDAP gerade in den letzten Phasen des Zweiten Weltkrieges intensiv um eine exakte zahlenmäßige Übersicht über die Parteigenossen bemühte und Ende 1943 einen umfangreichen Bericht über „Einsatz und Bewährung der Parteigenossen im Wehr- und anderweitigen Kriegsdienst seit dem 1.9.1939 nach dem Stande vom 1.5.1943“ vorlegte. Die Zahl der Mitglieder wurde mit 654.2261 angegeben, wovon 226.726 gefallen, gestorben, vermißt bzw. in Gefangenschaft geraten seien. 40,3 Prozent aller Parteigenossen stünden zur Zeit im „Wehr- oder anderweitigen Kriegsdienst“. Das klingt nach einem hohen Anteil und sollte natürlich den Eindruck erwecken, die Partei sei vorbildlich, ehrenhaft usw. usf. Die Zahl wird jedoch erst nach einer Aufschlüsselung interessant: Diejenigen, die „Kriegsdienst“ leisteten, machten nur 8,6 Prozent aus, dagegen standen in dem nicht näher definierten „Wehrdienst“ 91,4 Prozent. Hinzu kam die bemerkenswerte Tatsache, daß die Hälfte der Parteimitglieder (32.77.482 = 50,1 Prozent) bis dahin überhaupt keinen Wehr- oder Kriegsdienst geleistet hatte. Davon wiederum waren 1.035.715 (28,1 Prozent, also fast ein Drittel!) Politische Leiter, die ihre Funktionen sowohl in der Partei als auch in den Gliederungen und angeschlossenen Verbänden ausübten.

Die NSDAP hatte also ihren „Wehr- und Kriegseinsatz“ an der „Heimatfront“ zu absolvieren. Und: Sie führte Krieg im Innern als Voraussetzung des Krieges nach außen. Sie war also in vielfacher Hinsicht eine Kriegspartei. Sie erstrebte und entfesselte Kriege zur „Schaffung eines Großdeutschen Reiches aller Deutschen“ – wie es in Punkt eins des Parteiprogramms hieß –, zur Gewinnung von „Lebensraum“, der anderen Völkern sowohl den Raum als auch das Leben raubte.

Instrument und Faustpfand

Dennoch blieb die NSDAP bis zum Schluß intakt und in ihrem Sinne voll funktionsfähig. Dies darf auch als Resultat aller Aktivitäten des umfassenden, bereits in der zweiten Hälfte der 20er Jahre sorgfältig vorbereiteten Organisationensystems gesehen werden, an dessen Spitze sie stand. Die einzelnen Gliederungen und angeschlossenen Verbände – gleich ob DAF, HJ, SA, SS u. a. m. – erfaßten wiederum selbst Millionen Deutsche und nahezu jeden Winkel der Gesellschaft. Wie keine andere deutsche Partei hatte die NSDAP nach 1933 einen bis dahin unbekannten, einen nicht für möglich gehaltenen flächendeckenden Grad individueller und gesellschaftlicher Organisiertheit der Bevölkerung erreicht. Sie war zum Träger einer „Organisationen“-Gesellschaft geworden, in der sich kaum einer – ob Arbeiter oder Gewerbetreibender, ob jung oder alt, Mann oder Frau usw. – dem Einfluß ihres breit gefächerten Systems sogenannter Gliederungen, angeschlossener Verbände und betreuter Organisationen entziehen konnte. Nimmt man allein die Tatsache zum Vergleich, daß bis 1933 jede gesellschaftliche Schicht oder Gruppe – Frauen, Kinder, Lehrer, Ärzte usw. – mehrere Organisationen entsprechend der politisch-ideologischen Grundströmungen in der deutschen Parteienlandschaft besaßen und zudem große Teile der Bevölkerung – z. B. fast die Hälfte derer, die statistisch zur Arbeiterklasse zählten – überhaupt keiner politischen oder gewerkschaftlichen Organisation angehörten, läßt sich leicht ermessen, zu welcher enormen Schlagkraft die Organisiertheit der deutschen Faschisten führen konnte.

Die Millionengefolgschaft der NSDAP stellte eine Voraussetzung des Erfolges der deutschen Faschisten dar und geriet zugleich zu einem ihrer wichtigsten Kennzeichen, obgleich sie zu keiner Zeit das Programm, den Kurs und das Ziel der Partei bestimmte – das tat ihre Führungsgruppe, in deren Kalkül jene Millionen Mitglieder und Wähler bereits vor 1933 ein unentbehrliches Instrument und Faustpfand im Kampf um die Staatsmacht dargestellt hatten. Dennoch: Das faschistische Regime hätte ohne sie nicht funktionieren können. Ohne die „willigen“ Helfer insbesondere aus ihren Reihen wären kein totaler Krieg, keine barbarische Okkupationspolitik und erst recht kein Völkermord zu realisieren gewesen, ohne sie hätte wäh-

rend des Zweiten Weltkrieges das System der rund 20.000 Zwangsarbeiterlager nicht geschaffen werden können, ohne sie wären nicht die meisten Deutschen bereit gewesen, den Krieg so sinnlos und opferreich bis „fünf Minuten nach zwölf“ zu unterstützen.

junge Welt, Sonnabend, 09.01.2010, S. 10.

Ein Terrorinstrument

Die NSDAP-Auslandsorganisation als „Fünfte Kolonne“

Bei einer Partei, die im ersten Punkt ihres Parteiprogramms den „Zusammenschluss aller Deutschen“ gefordert und die Vormachtstellung Deutschlands in der Welt angestrebt hat, darf es nicht verwundern, dass sie auch die rund fünf Millionen im Ausland lebenden deutschen Staatsbürger organisatorisch zu erfassen bestrebt war. In ihr Visier gerieten auch die etwa 30 Millionen außerhalb des Reiches lebenden Personen, die zwar deutscher Herkunft waren, jedoch eine andere Staatsbürgerschaft angenommen hatten. Allgemein wurde vom Auslandsdeutschtum gesprochen, dessen „Schutz“ und Pflege sich alle Regierungen seit Bismarck verschrieben hatten.

Bereits vor 1933 begann die NSDAP, in vielen Ländern der Erde ein Netz aufzubauen, das ihren imperialen Machtbestrebungen dienen sollte. Erfasst wurden ab 1930/31 ihre Mitglieder, die im Ausland wohnten, aber auch ihre Anhänger unter den 80.000 deutschen Seeleuten und Lotsen. Hingegen galten die im Saargebiet, in Österreich und in Danzig lebenden Parteimitglieder direkt als Teil der reichsdeutschen Partei.

Als erster Leiter der „Auslands-Abteilung“ amtierte Hans Nieland, der seine Aufgabe im „Ausbau der Weltorganisation der größten deutschen Volksbewegung“ sah. Seit Mai 1933 stand Ernst Wilhelm Bohle, ein Mann aus dem Umfeld des „Führer“-Stellvertreters Rudolf Heß, an der Spitze der im April 1935 zu einem Gau verselbstständigten „Auslandsorganisation der NSDAP“. Sie verfügte 1932 über zehn Landes-, 34 Ortsgruppen sowie 43 Stützpunkte. 1938 gab es 580 Ortsgruppen in 82 Ländern mit rund 51 000 Mitgliedern. Mit ihrer Tätigkeit befasst sich der Autor – freier Journalist, Publizist und Verfasser mehrerer zeitgeschichtlicher Publikationen – im vorliegenden, informationsreichen und sachlich berichtenden Band. Ausgewählte Beispiele verdeutlichen Grundzüge, Entwicklung und Aktivitäten der AO bis in die Kriegsjahre hinein, aber auch den Einfluss, den sie trotz massiver Probleme in den eigenen Reihen und auch gegen jeweilige Widerstände in den sogenannten Gastländern zu erreichen vermochte. Genutzt wurde die AO, so das klare Urteil, als ein wirksames Spionageinstrument, wofür Volker Koop zahlreiche, aus akribischer Quellenarbeit resultierende Belege anführt. Ihre Mitglieder spähten militärische Anlagen aus, lieferten Berichte an die Abwehr der Wehrmacht und an Himmlers Gestapo. Natürlich sei offiziell alles getan worden, um den Eindruck zu vermeiden, sie würden als die „fünfte Kolonne“ des faschistischen Deutschen Reiches wirken.

Die AO bespitzelte die Auslandsdeutschen und „beobachtete“ insbesondere Emigranten und politische Gegner. Andererseits fiel ihr die Aufgabe zu, Propaganda für das Hitlerregime zu betreiben, die Verfolgung von Oppositionellen und besonders der Juden zu verharmlosen und alle Kritik daran als „Verleumdungsfeldzug gegen das neue Deutschland“ zu diskriminieren. Koop bewertet dies als „aggressive Öffentlichkeitsarbeit“, wofür alle Möglichkeiten des Veranstaltungswesens, der Presse, des Rundfunks und des Films genutzt worden sind. Belegt wird, in welchem Maße die AO willfähiges Instrument der menschenverachtenden Rassenpolitik der Nazis und treibende Kraft bei der Verfolgung von Juden in einzelnen Ländern gewesen ist. Ein längerer Abschnitt erläutert die Vielzahl widerstreitender Interessen, die in der Haltung der AO zur Frage der Auswanderung von Juden nach Palästina zutage traten.

Ausführlich werden ebenso die Querelen und persönlichen Machtkämpfe dargestellt, die es zwischen der AO und dem Auswärtigen Amt gegeben hat; fraglich bleibt allerdings, ob tatsächlich nur von einem „Missbrauch“ der diplomatischen Vertretungen Deutschlands gesprochen werden kann, wie es lakonisch auf S. 263 heißt. Wie weitreichend Pläne zur Wiedergewinnung der früheren Kolonien im Interesse der angestrebten wirtschaftlichen Autarkien und

des Aufbaus von Stützpunkten für die Kriegsmarine gewesen sind, stellt der Verfasser vor allem an Afrika dar. Es sei vorbereitende Arbeit für die deutschen Kolonien geleistet worden, die – wie Bohle im Dezember 1940 erklärte – „der kommende Sieg dem Reiche“ bringen werde. Sogar detaillierte Invasionspläne sind ausgearbeitet worden. All das kommt der historischen Wahrheit weitaus näher als beispielsweise Wikipedia, wonach die Aufgabe der AO lediglich in einer „weltanschaulichen Schulung und einheitlichen Ausrichtung aller Parteigenossen auf die Belange von deutschem Volk und deutscher Nation“ bestanden habe.

Relativ kurz handelt Koop das Wirken der AO nach dem England-Flug von Rudolf Heß und in der folgenden Kriegszeit ab. Ihre Ortsgruppen sollten „Mittler zwischen Heimat und Front in ganz Europa“ sein, eine durchsichtige Umschreibung der Aufgabe, Hilfstruppe von Wehrmacht und diversen Nachrichtendiensten zu sein. Mit der nahenden militärischen Niederlage habe sich die „Auslands- zur Fluchthilfe“ entwickelt, stellt Koop im letzten Kapitel fest. Ein globales Netzwerk habe vielen Nazi-Funktionären das Untertauchen vor allem in Südamerika ermöglicht.

Volker Koop: Hitlers fünfte Kolonne. Die Auslands-Organisation der NSDAP. Bebra Verlag, Berlin 2009. 301 S., geb., 24,95 Euro.

Neues Deutschland, Donnerstag, 28. Januar 2010, S. 17.

Karl und Rosa zu ehren heißt, für Frieden und Gerechtigkeit kämpfen

Nach dem Ende der Gedenkkundgebung für Karl und Rosa baten einige Genossinnen darum, wesentliche Passagen der Rede Prof. Weißbeckers abzudrucken, um sie in ihrer BO vorzutragen. Wir sind der Bitte gern nachgekommen.

„Wir, die hier Versammelten, erinnern heute an ein furchtbares Geschehen, an die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts vor nunmehr 91 Jahren. Wir tun dies in einer Zeit, in der jeder Tag ein 20. Jahrestag zu sein scheint und landauf landab eine „Erfolgsgeschichte“ der Bundesrepublik gepriesen wird, also in einer Zeit, in der andere, vorausgegangene wie nachfolgende geschichtliche Ereignisse kaum noch eine Rolle spielen. Erst vor kurzem wurde des 9. November gedacht, ohne dass auch nur ein Wort über die Novemberrevolution des Jahres 1918 gefallen wäre ...

Zu den prägenden Begebenheiten zählt da ganz gewiss der Erste Weltkrieg und dessen Ende in der Novemberrevolution, zählen die Zerstörung der Weimarer Republik, die Machtübergabe an Hitler und die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges, der Tag der Befreiung und ebenso alle Versuche in Ost und West, eine Wiederholung von Faschismus und Krieg unmöglich zu machen

In den Blick geraten dabei nicht allein jüngst vergangene Jahre, nein, wer Erinnern und Erkenntniswesen verknüpfen will, der sollte auch auf das als „lang“ bezeichnete 19. Jahrhundert schauen, das von der Französischen Revolution bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges reichte und zahlreiche Lehrbeispiele von demokratischen wie antidemokratischen Bemühungen umfasst. Zu blicken ist auf das 20. Jahrhundert, von dem es heißt, es sei ein kurzes, von 1914 bis zum Zusammenbruch der realsozialistischen Staatengebilde reichendes gewesen, und das mit seinen beiden Weltkriegen, aber auch mit dem Kalten Krieg, geschichtlich unvergleichbaren Terrorismus mit sich brachte ... Wie ein roter Faden zieht sich beispielsweise das Thema Gewalt durch die Geschichte hindurch. Jeder weiß, dass Gewalt legalisiert und institutionalisiert existiert, doch war es bereits der Kirchenvater Augustinus, der in seinen „Bekenntnissen“ (Confessiones) im fünften Jahrhundert auf das Problem der Legitimität von Staatsgewalt hinwies und die berühmte Frage stellte: „Was sind Staaten anderes als große Räuberbanden, wenn die Gerechtigkeit nicht Grundlage und Ziel allen Handelns ist?“

Ein Blick in die Geschichte zeigt auch, dass allzu oft politischer Mord an einzelnen Personen den Startschuss zu verheerenden Ereignissen unterschiedlichster Art und folgenschweren Entwicklungen gab. Nehmen wir ein länger zurückliegendes Beispiel: Im Jahr 1848 wurde der entschiedene Demokrat Robert Blum – übrigens an einem 9. November – stand rechtlich erschossen. Danach begann eine Zeit, die von Ziel und Anliegen der Revolution wegführte. Ich erwähne dies, um nebenbei an einen Beschluss der Stadtväter Meiningens – 142 Jahre danach – zu erinnern. Sie meinten 1990, wie viele andere Straßen auch die nach Blum benannte umbenennen zu müssen. Auch der Name August Bebel und vieler Antifaschisten wurde getilgt ...

Zurück ins Geschichtliche: Im Jahr 1914 wurde die Ermordung des österreichischen Prinzen Franz Ferdinand genutzt, mit den Massenmorden des ersten weltweit geführten Krieges zu beginnen. Dass dem 15. Januar des Jahres 1919, dem Tag der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, bürgerkriegsähnliche Zustände folgten, ist bekannt. Und vor der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges sowie vor der Shoah der europäischen Juden lagen die Morde an einzelnen Widerstandskämpfern und jüdischen Bürgern ...

Obgleich im Jahre 1945 Überlebende des KZ Buchenwald und mit ihnen viele Menschen in aller Welt schworen: „Nie wieder Krieg!“, führt Deutschland seit rund 10 Jahren wieder Krieg. Daran ändern auch beschönigende Umschreibungen nichts ...

Ja, es gibt leider zahlreiche Gründe, Überlegungen zu unserer Zeit und dem in ihr vorherrschenden Geist mit der Erinnerung an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zu verknüpfen. Letzterer weigerte sich am 2. Dezember 1914 als einziger Reichstagsabgeordneter, den Ersten Weltkrieg zu kreditieren. In seinem letzten Artikel sprach er davon, dass „ruchlose Blutarbeit“ für eine „ruchlose Sache“ verrichtet werde. Und 1916 schrieb Rosa Luxemburg für die bekannte „Juniusbroschüre“ nieder, was an Aktualität überhaupt noch nichts verloren hat: „Der Krieg ist ein methodisches, organisiertes, riesenhaftes Morden. Zum systematischen Morden muss aber bei normal veranlagten Menschen erst der entsprechende Rausch erzeugt werden. Dies ist seit jeher die wohlbegründete Methode der Kriegsführenden. Der Bestialität der Praxis muss die Bestialität der Gedanken und der Gesinnung entsprechen, diese muss jene vorbereiten und begleiten.“ Rosa sprach zudem von Hetzblättern, „die Berg und Tal zusammenbringen, Krieg mit ‘Humanität’, Morden mit Bruderliebe, Bewilligung von Mitteln zum Kriege mit sozialistischer Völkerverbrüderung vermählen wollen.“ Welch gedanklicher Reichtum der beiden, welch eine erhellende Klarheit ...

Doch wozu rede ich da in der Vergangenheitsform! Heutige Rückschau muss mahnend und warnend geraten. Viele der düsteren Schatten, die als vergangen angesehen, als überwunden hingestellt worden sind, sie tauchen erneut bedrohlich und beängstigend auf. Längst trifft nicht mehr zu, was der Satz „Wehret den Anfängen!“ beinhaltet, leider. Aber umso mehr sollte dafür Sorge getragen werden, dass keine Anzeichen rassistischen und neonazistischen Denken und Handelns übersehen werden, wo immer sie auch in Erscheinung treten mögen. Vieles kommt eben nicht mehr so mörderisch daher, wie Hauptmann Waldemar Pabst und Jäger Otto Runge im kalten Januar von 1919 ...

Auf die Frage: „Welche Form der Gewalt macht ihnen am meisten Angst?“, nannten 64 % der Leser die „linksextreme Gewalt“, nur 12% sahen die Gefahr rechts. Rechtsextremismus drängt nicht in die Mitte, er ist dort bereits angekommen Gerade in diesem Zusammenhang ...

benötigen wir ernsthafte, gründliche und vorbildhaft überzeugende Bemühungen, sich mit der neuen Deutung des Extremismus-Begriffs und dem vielgestaltigen Versuch einer Umschreibung der Geschichte auseinander zu setzen. Alltägliche Realität besagt: Aus den faschistischen Tätern sollen Opfer werden, aus den Kriegsentfesselern und Völkerrechtsverletzern Friedensstüchtige, und umgekehrt sollen aus Antifaschisten solche werden, die „eigentlich“ schuldig gewesen seien.

Luxemburg und Liebknecht zu ehren, das heißt dagegen anzugehen, heißt in ihrem Sinne gegen Kriege und Rüstungspolitik zu demonstrieren, heißt für Frieden und Gerechtigkeit ein zu stehen, und das heißt konkret auch, den Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan zu fordern sowie jegliche direkte und indirekte Kriegsbeteiligung Deutschlands zu bekämpfen. Frieden, das ist die einzige Möglichkeit, in Anstand und Würde leben zu können. Ohne ihn wird es auch keine umfassende Gerechtigkeit geben. Zu ihm gibt es keine sinnvolle Alternative ...

All das ruft in mir – und ich nehme an, in uns allen – mit zwingender Notwendigkeit die Erinnerung an Karl und Rosa hervor, an ihre Ermordung und ebenso an ihre Hoffnung auf ein menschenwürdiges Dasein, an ihre Zukunftserwartungen friedlicher und gerechter Ordnung, an ihre Bereitschaft, alles für eine bessere Gesellschaft zu tun.“

(Nach der Rede postierten sich vier junge Leute der „Falken“ und verhöhnten Karl und Rosas Werk in unsäglich-her Weise. Der Protest der Versammelten war groß – sie wendeten sich ab. Ein Genosse nannte die Vier kurz „Die Jünger Matschie“...)

Linke Depesche mit Nachrichten aus dem Erfurter Rathaus, 2/2010, S. 10-11.

Das Feind- und das Selbstbild

Die Völkischen, die Nazis und die Neonazis – fatale Kontinuitäten

Im Wilhelminischen Kaiserreich und bis in die Zeit der nazifaschistischen Diktatur hinein formierten sich – in zahlreichen und zumeist kleineren Vereinen, Bünden, Orden, Glaubensgemeinschaften usw. – Kräfte, die sich selbst als „Völkische“ bezeichneten und als „völkische Bewegung“ in die Geschichte eingegangen sind. Mancher zweifelt vielleicht, ob man sich heute überhaupt noch mit den „Völkischen“ befassen müsse. Gegen jede Unterschätzung des Themas wandte sich bereits in den 80er Jahren der Hallenser Germanist Günter Hartung, da das Völkische nun „einmal in der Welt war, sollten die Nachgeborenen nicht die kleinste der Quellen missachten, aus denen solche Phänomene (wie der Nationalsozialismus, M. W.) sich speisen. Denn auch die unsinnigste und unmoralischste Ideologie kann zur Weltgefahr werden, wenn sie Machtmittel in die Hand bekommt“. Und dem aufmerksamen Zeitgenossen wird nicht entgehen, dass neonazistische Aktivitäten ebenfalls „völkisch“ daherkommen, sei es in der Vorliebe für altgermanische Runen und sonstige Symbole, sei es in neu gewählten Begriffen wie dem des „völkischen Antikapitalismus“.

Zwei Publikationen bieten Antworten, aufschlussreiche und nützliche, auch der Ergänzung bedürftige. Die eine analysiert sowohl Werdegang als auch Strukturen der Völkischen und unternimmt bemerkenswerte soziologische Exkurse, die andere bietet Auskunft über Personen und Institutionen, die sich in den Wissenschaften völkischer Bekenntnisse bedienten. Der sogenannte Volksbrockhaus antwortete 1940 sehr schlicht, einigermaßen präzise und dennoch unvollständig: „Völkisch – das heißt national mit Betonung der in Rasse und Volkstum liegenden Werte.“ Hitler betonte bei zahlreichen Gelegenheiten seine „völkische Weltanschauung“. Goebbels sprach, kaum Propagandaminister geworden und den Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933 planend, nun habe ein neues, ein „völkisches Zeitalter“ begonnen.

Dennoch gab es Differenzen zwischen den Nazis und den Völkischen. Die Ablehnung der elitären Konzepte jener verband sich mit Konkurrenzbefürchtungen. Hinzu trat eine dem „Führer“-Kult immanente Logik: Ein als originär, einmalig und unersetzlich hingestellter Erlöser, eine Heilsfigur bedurfte, um wirksam zu sein, keiner Vorgänger. Rudolf von Sebottendorf, um lediglich ein Beispiel anzuführen, wurde 1933 kaltgestellt und seine aus dem „Germanenorden“ hervorgegangene „Thule-Gesellschaft“ vom Sicherheitsdienst ständiger Beobachtung unterworfen. Der Grund: Er hatte 1933 ein Buch mit dem Titel „Bevor Hitler kam“ veröffentlicht und als Untertitel sogar gewählt: „Urkundliches aus der Frühzeit der nationalsozialistischen Bewegung“.

Doch was war eigentlich gemeint, wenn sich Deutsche als Völkische bezeichneten? Und wie weit reicht dies in die Geschichte zurück? Es war Johann Gottlieb Fichte, der 1811 meinte, „deutsch heißt schon der Wortbedeutung nach völkisch“. Was in der Zeit des antinapoleonischen Kampfes gemeint sein konnte, trat erst nach der 1871 – in Versailles, im Lande des französischen „Erbfeindes“ – erfolgten Gründung des Deutschen Reiches deutlicher in Erscheinung. Diese hatte ja zugleich die sogenannte „kleindeutsche“ Lösung besiegelt, die Tatsache also, dass seit 1866 Deutsche hauptsächlich in zwei Staaten lebten – in Deutschland und in Österreich. Daher ist es nicht dem Zufall geschuldet, dass zunächst Deutsch-Österreicher den Gedanken aufbrachten, man müsse das Wort „national“ verdeutschen. National – das stamme aus der französischen Sprache, ein Deutscher müsse stattdessen „völkisch“ sagen. Und wiederum geschah es nicht zufällig, dass nach der Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg erneut ein Verdeutschungswörterbuch mit dem Titel „Entwelschung“ erschien. In ihm hieß es, das Wort völkisch sei „seit 1875 gut eingebürgert, erst recht durch die grundlose Bekämpfung, ja Verhöhnung; zur dringend nötigen Ausmerzung von national – Welschwort für Volkstum! – trefflich geeignet“.

Den Völkischen ging es nicht allein um eine Förderung des deutschen „Volkstums“ durch „Entwelschung“, eher um eine strikte Abgrenzung von den Leitbildern der französischen Revolution „Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit“, dies aber oft direkt verbunden mit einer generellen Diskriminierung der Franzosen. Mit dem so gewonnenen Feindbild verknüpfte sich ein Selbstbild, das die Grenzen des Nationalstaates Deutschland durch das deutsche „Volkstum“ gesetzt und damit wesentlich ausgedehnt sehen wollte. Wurde vom deutschen „Platz an der Sonne“ geträumt, so auch von einem Reich, dessen Grenzen nicht allein von der Maas bis zur Memel, vom Etsch bis zum Belt, sondern weit darüber hinaus reichen sollten. Am deutschen Wesen sollte die Welt genesen. Am Ende stand der Wunsch nach einem Großgermanischen Weltreich, als dessen Hauptstadt das in Germania umbenannte Berlin vorgesehen war.

Wer andere Länder erobern, also Krieg führen will, bedarf eines sicheren Hinterlandes – der Heimatfront, wie es später hieß – und muss klären, was mit den Menschen passieren soll, auf die man in Feindesland trifft. Der Blick in fremde Länder dürfe „nicht zimperlich“ sein, hatte schon 1894 der berühmte Alldeutsche Verband verlauten lassen. Sozialdarwinistische Orientierungen gemäß dem Wort vom „Recht des Stärkeren“ führten rasch zur Teilung der Menschheit in hochwertige und minderwertige Völker. Letzten Endes fanden hier auch der ins Rassistische gewendete Antijudaismus und der Antisemitismus ihren Platz, gepaart mit einem generellen Verdikt gegenüber den Slawen und denen, die eine „gelbe Gefahr“ bedeuten würden. Menetekel unterschiedlichster Art wurden an die Wand gemalt, immer befanden die Völkischen, Deutschland sei in schrecklicher Gefahr, es werde „überfremdet“ und „bastardisiert“ und sei schließlich dem Untergang geweiht. Stets wurde gegen solche Horrorszenarien die Forderung gesetzt, die Heimat zu schützen, Blut und Boden zu bewahren, Rassenhygiene zu betreiben, einen reinen arischen Menschen zu züchten.

Wer sich näher anschaut, was von den Völkischen gedacht und gefordert worden ist, dem erschließt sich deren Charakterisierung als Wegbereiter, Geburtshelfer, Nährmutter oder wie auch immer des faschistischen Ungeistes. Solche Begriffe, in der DDR-Geschichtswissenschaft verwendet, haben ihre Berechtigung seither keineswegs verloren; und das selbst dann nicht, wenn angesichts neuer Forschungsergebnisse zu differenzieren ist, da nicht bei allen Völkischen alles Völkische aufscheint und auch das Kooperieren von Völkischen, Nationalkonservativen und Nazis mit Tendenzen von Parallelität und detailbezogener Gegensätzlichkeit zusammen zu denken ist.

Nein: Als die Redakteure des Volks-Brockhauses 1940 „Rasse“ und „Volkstum“ als Kern völkischen Denkens und Verhaltens bewerteten, trafen sie ins Schwarze. Völkisches Denken und Verhalten war – wie im Einzelnen auch immer motiviert – rassistisch und außerordentlich nationalistisch, es konnte umschlagen in ein radikaleres, mörderisches faschistisches Denken, und es hat sich zu solchem gewandelt. Vor allem an diese Tatsache muss heute erinnert werden, wenn Neonazis im ähnlichen Geist aufmarschieren.

Stefan Breuer: Die Völkischen in Deutschland. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt. 294 S., geb., 49,90 Euro.

Handbuch der völkischen Wissenschaften. 2 Bde. Hrsg. von Ingo Haar und Michael Fahlbusch. K.G. Saur, Foto: Archiv München. 846 S., geb., 198 Euro.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 13./14. Februar 2010, S. 23.

Wider alle Demokratie

Vor 90 Jahren verkündete die NSDAP ihr 25-Punkte-Parteiprogramm

Immer wieder wird gefragt, ob bereits ihren programmatischen Aussagen hätte entnommen werden können, was jene Partei, die in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zur führenden Organisation des deutschen Faschismus aufstieg und 1939 die Welt in einen neuen mörderischen Krieg stürzte, tatsächlich im Schilde führte. Konnte etwa dem am 24. Februar 1920 verkündeten 25-Punkte-Programm oder Hitlers Buch „Mein Kampf“ entnommen werden, wohin die Reise gehen sollte?

Viele stellten solche Fragen vor allem nach 1945, gaben sich unwissend und meinten, es sei ja nicht zu erfassen gewesen, welche Ziele die NSDAP tatsächlich verfolgt habe; man sei daher von Verantwortung und Schuld frei. Behauptet wurde ebenso, zwischen Programm und Realität sei die Differenz so groß gewesen, daß Täuschung und Irrtum zwangsläufig erfolgen mußten.

Letztlich wird sich das Problem nicht restlos klären lassen, aber jedes Nachdenken darüber kann helfen, kritisches Geschichtsverständnis zu wecken sowie sich im Wust von Programmen und sonstiger Ansagen gegenwärtig agierender politischer Parteien zurechtfinden. Wie kann der reale Kern parteipolitischer Ansagen enthüllt, wie deren zumeist trügerische und irreführende Schale aufgebrochen werden?

Nach Wesen und Grundlagen des NSDAP-Programms fragten die meisten erst, als das Kind bereits im Brunnen lag. So skurril und wolkig manches auch formuliert sein mochte: Hinter dem Gemisch von Leitsätzen und Gemeinplätzen, von Bekenntnis und Berechnung sowie von wohlklingend formuliertem Vorsatz und verlogener Versprechen verbargen sich ein weit über die deutschen Grenzen hinausreichender Expansionismus sowie schlimmste Menschen- und Fortschrittsfeindlichkeit. In ihnen kam die Bereitschaft zu offener Gewaltanwendung gegen die organisierte Arbeiterschaft zum Vorschein. Verbunden mit ihrer totalen Feindschaft gegen Demokratie und Parlamentarismus ließen sie zugleich ihren Haß auf die Juden, ihren sich zu jeder Barbarei berechtigt fühlenden Antisemitismus erkennen.

An der Spitze des Programms standen knapp formulierte, inhaltlich jedoch außerordentlich weitreichende außenpolitische Forderungen. Gleich im ersten der 25 Punkte wurde der „Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu einem Großdeutschland“ verlangt. Der zweite Punkt forderte die „Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen und Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain“ und der dritte den Erwerb von „Land und Boden (Kolonien)“. Dies alles richtete sich nicht allein gegen die 1919 erfolgten Gebietsabtretungen an Polen, Litauen, Dänemark, Belgien, Frankreich und Italien, sondern auch gegen die Zerschlagung der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn und gegen die Bestimmung, daß der österreichische Staat sich mit dem Deutschen Reich nicht vereinigen durfte. Nein, hier brachte die NSDAP nicht nur größte Gebietsansprüche, sondern auch die Absicht zum Ausdruck, das Ergebnis des Ersten Weltkrieges mit militärischen Mitteln wieder rückgängig zu machen. Nur in neuen Kriegen gewaltigen Ausmaßes waren solche Ziele zu verwirklichen.

Auf die traditionelle konservative Kritik an Parlamentarismus und Demokratie zurückgreifend, sagte die NSDAP generell dem Weimarer Staat entschiedenen Kampf an. Punkt 5 des Programms enthielt die Bekundung, gegen die „korrumpierende Parlamentswirtschaft“ kämpfen zu wollen. Stellenbesetzungen dürften nicht „nach Parteigesichtspunkten ohne Rücksicht auf Charakter und Fähigkeiten“ vorgenommen werden.

Schillernd glänzten die gesellschafts- und die wirtschaftspolitischen Formulierungen des Programms der NSDAP. An ihnen fiel – im Unterschied zu den anderen bürgerlichen Parteien –

am meisten auf, daß in ihnen kein ausdrückliches Bekenntnis zum Privateigentum an den Produktionsmitteln formuliert war. Die NSDAP trat für das Fortbestehen der Großbetriebe ein und sprach sich mit Punkt 13 zwar für eine Verstaatlichung aller Trusts aus, verband dies jedoch mit der vielsagenden Klausel, daß es sich dabei nur um die „bisher bereits vergesellschafteten Betriebe“ handeln dürfe.

Das Wort „Sozialismus“ tauchte nicht ein einziges Mal auf, auch nicht die später häufig gebrauchten Formeln von einem „deutschen Sozialismus“ oder vom „nationalen Sozialismus“. Um Mißverständnisse bei den ökonomisch Mächtigen zu vermeiden, verlautbarte Hitler am 13. April 1928 ganz offiziell, daß die NSDAP „auf dem Boden des Privateigentums“ stehe und der Punkt 17 des Programms – er sah die unentgeltliche Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke“ vor – sich in erster Linie „gegen die jüdischen Grundstücksspekulations-Gesellschaften“ richten würde.

Phrasenhafter Wortradikalismus kennzeichnete die sozialpolitischen Teile des Programms: „Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens“, „restlose Einbeziehung aller Kriegsgewinne“, „Abschaffung des Bodenzinses“ und vom „rücksichtslosen Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemeininteresse schädigen“. Das galt auch für die Forderungen „Gewinnbeteiligung an Großbetrieben“ und „Ausbau der Altersversorgung“ in den Punkten 14 und 15. Deutlicher wurde gegen „zersetzende“ Kunst- und Literaturrichtung (Punkt 23) gewettert sowie „das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse“ (Punkt 24) gepriesen. Als Eckpfeiler ihres Programms bezeichneten führende Nationalsozialisten immer wieder zwei Losungen: „Gemeinnutz vor Eigennutz“ und „Brechung der Zinsknechtschaft“.

Neben dem politischen Kern des Programms dominierten rassistische und namentlich antisemitische Forderungen. Fremdenhaß und Judenfeindschaft kamen in nahezu allen Programmpunkten zum Vorschein, ohne daß in diesen freilich bereits die Konturen von Auschwitz vorgezeichnet gewesen wären. Klar wurde in den Punkten 5 bis 8 ausgesprochen, daß die in Deutschland lebenden „Nicht-Deutschen“ – womit in erster Linie Juden, aber nicht nur sie gemeint waren – in einem von der NSDAP beherrschten Reich alle staatsbürgerlichen Rechte verlieren und jene „Nicht-Deutschen“, die nach 1914 aus Osteuropa eingewandert waren, „sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen“, d. h. ausgewiesen werden sollten. Unmißverständlich kündigte das Programm auch die Absicht an, die Juden unter Sondergesetze zu stellen, ihnen jede öffentliche Anstellung in Reich, Ländern und Gemeinden zu entziehen. Ihnen sollte zudem jede Betätigung in Kunst, Literatur und Journalistik verboten werden. Damit drohte Zehntausenden, nicht allein schikaniert, sondern regelrecht auch ihrer Existenzgrundlage beraubt und aus dem Reichsgebiet vertrieben zu werden. Außerdem sollte die Betätigung des jüdischen Glaubensbekenntnisses untersagt werden.

Heterogenität und leere Formelhaftigkeit des Programms boten der Partei die Möglichkeit, die damals unter den Deutschen verbreiteten Erwartungen und Sehnsüchte vielfältiger Art aufzugreifen sowie unterschiedlichste Hoffnungen zu wecken. Für den herbeigetrommelten „fanatischen Ausbruch völkischer und nationaler Leidenschaft“ sollten Menschen gewonnen werden, die ihre Existenzgrundlagen bedroht sahen, sei es durch Krieg und Niederlage, durch Revolution und Münchner Räterepublik, durch Nachkriegselend und einsetzende Inflation. Zynisch und offenherzig charakterisierte Hitler die 25 Punkte als ein Werbeprogramm, das „psychologisch richtig auf die Seele derjenigen eingestellt“ sein müsse, „ohne deren Hilfe die schönste Idee ewig nur Idee bleiben würde“.

Hinter den leeren Formeln des NSDAP-Programms verbirgt sich das Verderben

Quellentexte. Programmatische Äußerungen Hitlers

Aus dem Programmentwurf vom 9. Februar 1920: „Das Programm der Deutschen Arbeiterpartei ist ein Zeitprogramm. Die Führer lehnen es ab, nach Erreichung der Ziele neue aufzustellen, um durch künstlich gesteigerte Unzufriedenheit der Massen das Fortbestehen der Partei zu sichern. Die Partei wird sich nach Erfüllung ihres Programms auflösen (...). Eine Hauptaufgabe sieht die Partei in der Hebung des Handwerks. Dem Fähigsten auch die größere Verdienstmöglichkeit, sei hier Richtschnur. Der gelernte Arbeiter soll sich nicht als Proletarier fühlen, sondern als ein dem Mittelstande gleichgestellter Staatsbürger (...); der Tüchtigste und fleißigste hat berechtigten Anspruch auf höchste Gegenleistung.“

Aus einer Rede Hitlers vom 27. April 1920: „Es darf jetzt nicht heißen: Monarchie oder Republik, sondern es darf für uns nur die Staatsform geben, die jeweils für das Volk am besten ist. Wir brauchen einen Diktator, der ein Genie ist, wenn wir wieder emporkommen wollen. Weg mit der Parteiwirtschaft, die unser Volk zerrüttet!“

Aus einer Rede Hitlers vom 11. Mai 1920: „Es darf keine Parteien geben, die hier Bürger und dort Arbeiter sammeln, sondern nur solche, die hier Deutsche und dort Nichtdeutsche sammeln. Wenn der Zusammenbruch ungeheuer war, so müssen auch die Mittel zum Herauskommen aus dem Elend ungeheuer sein, davon werden wir uns trotz Polizei nicht hindern lassen.“

Aus Eberhard Jäckel, Axel Kuhn (Hrsg.): „Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924“, Stuttgart 1980.
junge Welt, Sonnabend, 20.02.2010, S. 15.

Sieg über Militärdiktatur

Im März 1920 erschüttert der Kapp-Putsch die Weimarer Republik. Ein Generalstreik kann die Reaktion vorläufig aufhalten

Mit dem Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch wurde bereits jener Weg eingeschlagen, der 13 Jahre später zum schmachvollen Ende der Republik von Weimar führte. Schon damals begann der kaum unterbrochene, sich jedoch keineswegs zwangsläufig vollziehende Abstieg von jener parlamentarischen Demokratie, welche das Ergebnis der Novemberrevolution darstellte und Eingang in die Bestimmungen der Weimarer Verfassung gefunden hatte. Gerettet wurden Demokratie und Parlamentarismus durch einen geschichtlich einmaligen Generalstreik. Für die deutschen Linken verband sich in ihm und seither der Kampf gegen Kapp mit Auseinandersetzungen um die Frage, was am Geretteten schützenswert und verteidigungswürdig war oder nicht. In ihren Debatten spielte die Erinnerung an den Putsch stets eine zentrale Rolle.

Andererseits fragten sich die Gescheiterten, ob denn ein Putsch wirklich das richtige Mittel ihres Ringens um Machterhalt und profitable Geschäfte wäre. Zu desaströs war ihre Niederlage gewesen, zu mächtig hatte ein großer Teil der Deutschen aufgebeht und den Versuch eines historischen Rück-Schrittes abgewehrt. Lediglich die Nazis probierten es noch einmal, als sie am 9. und 10. November des Jahres 1923 vor die Münchner Feldherrnhalle zogen.

Die Mehrheit bürgerlicher Parteien und Politiker indessen mied das Thema. Man erinnerte sich nicht gern daran und verdrängte das Geschehene. Bereits 1922 warf im Thüringer Landtag ein Politiker der Deutschen Volkspartei den Linken vor, sie würden mit ihren Warnungen vor einer Rechtsentwicklung ständig den „Kapp-Hengst“ reiten, so als sei dieses Kapitel ein für allemal abgeschlossen. Schaut man auf die geschichtswissenschaftliche Forschung, so läßt sich leicht feststellen, daß in den letzten Jahren überhaupt nicht mehr zu diesem Thema gearbeitet worden ist. Die vielfältigen Schriften aus der Feder von DDR-Historikern schlummern in gewolltem Dunkel, sieht man von der hervorragenden Dokumentation ab, die Erwin Königsmann und Gerhard Schulze 2002 herausgaben. Natürlich wird in den einschlägigen Darstellungen das Ereignis vom Frühjahr 1920 behandelt, zumeist jedoch als Aktion einer Minderheit sowie als Beleg für die schlichtweg falsche These angeführt, die Weimarer Republik sei an den Angriffen von rechts und von links zugrunde gegangen. Die Tatsachen sprechen eine andere Sprache!

Der Weg zum Putsch

Von Anfang an sah sich nicht allein die Arbeiterbewegung, sondern diese bürgerlich-parlamentarische Republik in ihrer Gesamtheit vielfältigen Angriffen militaristischer, monarchistischer, konservativer und rechtsradikaler Gegner ausgesetzt. Bereits am 21. Juli 1919 hatten Teile der 40000 Mann umfassenden und bei Berlin stationierten Garde-Kavallerie-Schützen-Division den Versuch unternommen, gewaltsam die Regierung zu stürzen. Die von Hauptmann Waldemar Pabst auf eigene Faust zum Marsch nach Berlin befohlenen Einheiten wurden in letzter Minute aufgehalten. General Walther von Lüttwitz, Kommandeur des Reichswehrkommandos I, schien das Unternehmen zu improvisiert und nicht aussichtsreich genug zu sein. Ein halbes Jahr später stand er selbst an der Spitze von Putschisten, nachdem sie sich von diesem Fiasko erholt und neu zu organisieren verstanden hatten. Zu ihrem politischen Anführer schwang sich Wolfgang Kapp auf, jener Gutsbesitzer und ostpreußische Generallandschaftsdirektor, der sich 1917/18 als Mitbegründer der rechtskonservativen und eine Million Mitglieder erfassenden Deutschen Vaterlandspartei hervorgetan hatte. Seine Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der Deutschen Bank und im Vorstand der DNVP sicherte ihm weitreichende Verbindungen.

Bereits im August 1919 schufen diese Kreise mit der „Nationale Vereinigung“ eine Dachorganisation, die alle Aktionen der „vaterländischen“ und paramilitärischen Verbände koordinierte. Ausgestattet war sie mit erheblichen Mitteln, die auch aus den Schatullen einiger Großindustrieller, u. a. Hugo Stinnes und Fritz Thyssen, stammten. Direkt unter den Augen des sich unbesorgt gebenden Reichswehrministers Gustav Noske bereitete sie sich sowohl militärisch als auch politisch auf neue antirepublikanische Aktionen vor.

Das ihr zur Verfügung stehende militärische Potential erreichte einen beträchtlichen Umfang. Es umfaßte neben der Garde-Kavallerie-Schützen-Division etwa 13.000 ehemalige „Baltikumer“, die vor allem auf ostelbischen Gütern Unterkunft gefunden hatten und – getarnt als Arbeitskommandos – vom „Marsch auf Berlin“ träumten. Den „Einwohnerwehren“ gehörten im September 1919 in Preußen 526.164 und in Bayern etwa 200.000 Mitglieder an. Zahllose Freikorps, soweit sie noch nicht in die Reichswehr überführt oder unter dem Druck der Alliierten aufgelöst worden waren, standen den Putschisten fast bedingungslos zur Verfügung. Auch die anfänglich ebenfalls bewaffnete „Technische Nothilfe“ stärkte die rechten Bürgerkriegstruppen.

Das militärische Potential der Konterrevolution fand reichlich Nahrung: sozial entwurzelte oder gefährdete Offiziere, von Demobilisierung bzw. Arbeitslosigkeit bedrohte Soldaten, Teile der Studentenschaft, deklassierte Abenteurer und arbeitsscheue Landsknechte. Sie waren nur allzu bereit, ihren eigenen Unterhalt und Lebenssinn auf Gedeih und Verderb mit dem der Putschisten zu verknüpfen. Erzogen zu erbittertem Haß gegen die Revolution, aufgepuscht gegen alles, was die „nationale Ehre und Größe“ zu beeinträchtigen schien, verblendet von verklärender Darstellung der Verhältnisse im Vorkriegsdeutschland – so folgten sie schon 1920 skrupellos den Befehlen wider den Weimarer Staat.

Der KPD-Vorsitzende Paul Levi war es, der damals bereits die Verteidiger der Republik davor warnte, allein auf die Offiziere und deren Verhalten zu schauen. Er sprach von einer neuen Rolle der Mannschaften und von einer „Saat aus Drachenzähnen“. Gerade sein Blick auf dieses neue Phänomen lieferten ihm den lebendigen Beweis für die Richtigkeit der Marxschen Prognose, daß zwar ein großer Teil der Massen durch eine proletarische Revolution stellweise in die Bewegung hineingerissen wird, seiner ganzen Lebenslage nach aber bereitwilliger ist, sich für reaktionäre Umtriebe korrumpieren zu lassen. Er schrieb: „Dieser Schicht sieht das Proletariat sich jetzt gegenüber. Und damit ist zugleich entschieden: Mit der Frage der Neubesetzung und Reinigung des Offizierskorps ist nur der eine Teil und nur der unwichtigere der Gesamtfrage entschieden. Der Kern der militärischen Frage in Deutschland liegt nicht im Offizierskorps, sondern in den Mannschaften. Bleiben die Waffen in der Hand der Schicht, die sie jetzt haben, so werden sie jederzeit jedem reaktionären Streich zur Verfügung stehen, wenn die Staatsstreicher nur Geld haben. Denn die Schichten, die jetzt die Waffen in der Hand haben, sind sozial wurzellos.“ Das politische Lumpenproletariat nehme „von jedem, der gibt, und ist jedem zu willen, der zahlt“. Antirevolutionäres habe sich artikuliert, das aus einer tiefen sozialen Bewegung heraus gewachsen sei.

„Es muß gehandelt werden ...“

Was wollten die Putschisten im März 1920? Ihnen reichte nicht aus und paßte nicht in den eigenen Kram, was die regierende Weimarer Koalition tat, um die in der Revolution erkämpften Freiheiten und sozialen Rechte der Arbeiter einzuschränken. Sie wollten gewaltsam eine Militärdiktatur errichten, nach Möglichkeit auch die Monarchie wiederherstellen. Sie dachten insbesondere an die Schaffung günstigerer innerer Bedingungen für ihren außenpolitischen Kurs, der de facto auf eine relativ rasche Revision der Ergebnisse des Ersten Weltkrieges und des Friedensvertrages von Versailles zielte.

Ihre Überlegungen kreisten dabei immer wieder um die Beseitigung des Streikrechts und des Achtstundenarbeitstages sowie um die Einführung des Arbeitszwanges. Wesentliche politische Rechte sollten beseitigt werden, die sich die Massen in der Novemberrevolution erkämpft hatten. Kapp entwarf eine „Notverfassung“, die schlicht von der Reichsverfassung des Jahres 1871 ausging und alle staatsrechtlichen Veränderungen von 1918/19 annullierte. „Kampf bis aufs Messer“ gegenüber allen revolutionären Organisationen und Persönlichkeiten – dies forderte Lüttwitz Anfang März 1919 kategorisch und ultimativ von Noske. Der einflußreiche Großindustrielle Hugo Stinnes hatte bereits am 23. Januar 1919 der Regierung empfohlen, es als „Zeichen einer wahren Demokratie“ zu betrachten, in Zeiten der Todesgefahr ihren Diktator zu finden. Drastisch hieß es: „Wenn Deutschland anders handelt in der heutigen Lebensgefahr, wird es kaum wieder hochkommen. Es muß gehandelt, nicht verhandelt werden.“

Obgleich man sich nicht einig wußte in der Frage, was an die Stelle der Weimarer Republik gesetzt werden sollte, glaubten die Putschvorbereiter Aufwind verspüren und erwarten zu können, als die sozialdemokratisch geführte deutsche Regierung am 13. Januar 1920 demonstrierende Arbeiter vor dem Reichstagsgebäude zusammenschießen ließ und so zu erkennen gab, daß sie sich sozialpolitischem Druck von unten nicht beugen wolle. Ihre Haltung schien die Umsturzvorbereitungen wesentlich zu erleichtern, denn mehr und mehr konnten die Putschisten auch mit einer gegen die SPD gerichteten Stimmung in der Arbeiterklasse spekulieren. Daher forderten Kapp, Lüttwitz und andere Protagonisten des nationalistischen und völkisch-radikalen Lagers lautstark Neuwahlen. Zugleich klopften sie markige Sprüche gegen den am 10. Januar 1920 in Kraft getretenen Versailler Vertrag. Die Regierung wurde beschuldigt, grundlos nationale Interessen preisgegeben zu haben und als „Fronvogt der Alliierten“, als deren „Statthalter“ und als „Seelenverkäufer“ zu fungieren.

Der führende Mann der Deutschnationalen Volkspartei, Karl Helfferich, zwang Reichsfinanzminister Matthias Erzberger einen Beleidigungsprozeß auf, der vom 19. Januar bis 12. März 1920 stattfand und von schamlosen Morddrohungen sowie von einem Attentat auf ihn begleitet wurde. Leider habe es sich bei dem Attentat nur um einen „Fettschuß“ gehandelt, höhnte die *Rheinisch-Westfälische Zeitung*, ein Blatt der Schwerindustrie. Ein Jahr nach der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs richtete sich der weiße Terror nunmehr auch gegen solche bürgerlichen Politiker, deren Haltung den Zielen der extrem reaktionären Kreise widersprach. Schlaglichtartig erhellte diese Entwicklung alle möglichen Folgen einer Politik, die der parlamentarischen Demokratie zu wenig Spielraum und deren Gegnern zu viel davon bot.

Delegitimierung der Revolution

Unter den ökonomisch Mächtigen dominierte indessen doch ein einigermaßen realistisches Gespür für die Situation. Zwar hatte sich das politische Kräfteverhältnis nach rechts verschoben, aber keinesfalls so weit, daß ein offener Angriff auf die Republik den Erfolg zu garantieren vermochte. In der Beurteilung des Kräfteverhältnisses in Deutschland sowie der Perspektiven in den internationalen Auseinandersetzungen offenbarten sich Differenzen von erheblichem Ausmaß. Die meisten Unternehmer und bürgerlichen Politiker sahen nach wie vor in der Beibehaltung jener Zugeständnisse, die sich die Massen im November 1918 erkämpft hatten, einen die kapitalistischen Gesellschafts- und Eigentumsverhältnisse stabilisierenden Faktor.

Selbst Anhänger des Putschgedankens bemühten sich vor allem – in modischer Formulierung – um eine schrittweise und demokratisch erscheinende Delegitimierung der Revolution. Ihre Forderungen nach einer Neuwahl des Reichstages und des Reichspräsidenten stützten sie mit dem Argument, man wolle nur die Verfassung erfüllen und schützen. Diese „verkappten Kap-

pisten“, so wären sie vielleicht zu charakterisieren, schlugen Hindenburg als gemeinsamen Kandidaten aller Rechten für das Amt des Reichspräsidenten vor, wozu er am 19. November 1919 seine Zustimmung gegeben und diese am 5. März 1920 bekräftigt hatte. Selbst Kapp und Lüttwitz vertraten unterschiedliche Standpunkte. Letzterer ging von der Auffassung aus, das Zustandekommen größerer Massenaktionen gegen den beabsichtigten Putsch würde erschwert, wenn – in welcher Form auch immer – eine sozialdemokratische Mitwirkung erreicht werden könne. Daher suchte er unmittelbar vor dem Putsch ein Gespräch mit Reichskanzler Friedrich Ebert und Reichswehrminister Gustav Noske, das am 10. März stattfand, aber ohne Ergebnis endete.

Anfang März 1920 glaubten die Putschisten handeln zu müssen, selbst wenn die Situation nicht in jeder Hinsicht als „reif“ betrachtet werden konnte. Sie rechneten sich größere Chancen aus, solange Truppen in beträchtlicher Zahl noch unter Waffen standen und die von den Alliierten auf Grund des Versailler Vertrages geforderte Reduzierung der Reichswehr nicht erfolgt war. Bis zum 1. April sollte das Heer endgültig auf 100.000 Mann verringert werden, sollten die umfangreichen Verbände der zeitfreiwilligen und Einwohnerwehren aufgelöst sein. Als dementsprechend am 29. Februar Noske anwies, die in Döberitz bei Berlin stationierte und unter dem Kommando von Ehrhardt stehende 2. Marinebrigade aufzulösen, brüskierte Lüttwitz seinen Vorgesetzten mit einer glatten Weigerung und schließlich sogar mit einem Ultimatum. Der General forderte am 10. März die sofortige Beendigung der Truppenreduzierung, Neuwahl des Reichstages und des Reichspräsidenten sowie die Entlassung einiger Kabinettsmitglieder. Auch der Chef der Heeresleitung, General Walther Reinhardt, dem die Verschwörer mißtrauten, sollte gehen.

Die Regierung lehnte diese Forderungen ab; ihr blieb angesichts der innen- und außenpolitischen Bedingungen nichts anderes übrig. Aber es wurde nichts unternommen, um den Putsch bereits im Ansatz zu zerschlagen. Lüttwitz erhielt am folgenden Tag lediglich seine „Beurlaubung“. Gegen einige der Verschwörer ergingen völlig unwirksame Haftbefehle. Noske ließ in Döberitz sogar weiterverhandeln. Erst als in der Nacht vom 12. zum 13. März die schlagkräftigste militärische Einheit, die Ehrhardt-Brigade, mit schwarz-weiß-roten Fahnen und teilweise mit dem faschistischen Symbol des Hakenkreuzes am Stahlhelm auf Berlin zu marschieren begann, berief Noske für ein Uhr eine Sitzung mit seinen nächsten Mitarbeitern sowie mit den wichtigsten Generälen und Generalstabsoffizieren ein. Seine Erwartungen richteten sich einzig und allein auf die Reichswehr. Deren Antwort fiel eindeutig antirepublikanisch aus. Der Chef des Truppenamtes, General Hans von Seeckt, erklärte: „Haben Sie, Herr Minister, etwa die Absicht, eine Schlacht vor dem Brandenburger Tor zu dulden zwischen Truppen, die eben erst Seite an Seite gegen den Feind gekämpft haben?“ Wenn Reichswehr Reichswehr niederschlage, dann wäre „die wahre Katastrophe, die mit so unendlicher Mühe am 9. November 1918 vermieden worden ist, erst richtig da“.

Die Mitteilung Noskes über das niederschmetternde Ergebnis seiner Bemühungen löste im Kabinett Bauer betroffene Hektik sowie den Beschluß aus, sofort kampfflos Berlin zu verlassen. Ulrich Rauscher, Pressereferent der Reichsregierung, verfaßte in aller Eile einen Aufruf „Arbeiter! Parteigenossen!“, in dem entschiedener Widerstand gegen die Militärdiktatur gefordert und von einem „Generalstreik auf der ganzen Linie“ gesprochen wurde. Auf der Flucht formulierte die sozialdemokratische Parteiführung jedoch einen weitaus schwächeren Aufruf, in dem es lediglich hieß, das deutsche Volk solle sich um die verfassungsmäßige Regierung scharen und den Putschisten keine Gefolgschaft leisten.

Indessen zogen am frühen Morgen Ehrhardt und seine Truppen mit klingendem Spiel durch das Brandenburger Tor. Kapp und einige Mitglieder der inzwischen selbsternannten neuen „Regierung“ – zu diesen gehörten Traugott von Jagow, ehemals kaiserlicher Berliner Polizei-

präsident, als „Innenminister“, der deutschnationale Pfarrer Gottfried Traub als „Kultusminister“ und Friedrich Freiherr von Falkenhausen als neuer „Chef der Reichskanzlei“ – dekretierten im Verlauf des ereignisreichen 13. März die Auflösung der Nationalversammlung sowie der Preußischen Verfassungsgebenden Versammlung. Die Befehlshaber wurden angewiesen, jene Landesregierungen sofort abzusetzen, die sich nicht zu den Putschisten bekennen wollten. Lüttwitz verhängte den Ausnahmezustand über das Reich. Alle Streiks sollten verboten sein. Wer zuwiderhandelte, wurde mit der Todesstrafe bedroht. Um seine Landsknechte bei guter Stimmung zu halten, erhöhte Lüttwitz ihren Sold. Universitäten und Hochschulen wurden bis auf weiteres geschlossen; Studenten sollten als Zeitfreiwillige dem neuen Regime zur Verfügung stehen.

Am gleichen Tag begann im Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (RDI) die Verständigung führender Vertreter des Großkapitals über die neue Situation. Sie schwankten zwischen Furcht vor einem Generalstreik und Sympathie für den Putsch. Zurückhaltende und widersprüchliche Aussagen dominierten. Vereinzelt gab es Überlegungen, sogar Wohlwollen mit den vom Putsch bedrohten Arbeitern zu demonstrieren, doch sie wurden mehrheitlich überstimmt. Mit Kapp sollte „laufend Fühlung“ gehalten werden. Als Gewerkschaftsführer zur Voraussetzung der weiteren Arbeitsgemeinschaftspolitik machten, daß der RDI ganz offiziell von der neuen Regierung abrücken und den Generalstreik unterstützen solle, weigerte sich die Mehrheit der Industriellen. Die reservierte Haltung gegenüber den Putschisten wuchs dann allerdings in dem Maße, wie deren Erfolgsaussichten schrumpften.

Das Gebot der Stunde

Generalstreik war das entscheidende Gebot der Stunde, für Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter in gleicher Weise, unabhängig von ihren jeweiligen unterschiedlichen Zielen. Bereits am Vormittag des 13. März – unmittelbar nach Bekanntwerden der Vorgänge in Berlin – legten viele die Arbeit nieder. Demonstrationen und Kundgebungen wurden organisiert sowie Vorbereitungen zur Entwaffnung putschistischer Truppen sowie zur Bildung bewaffneter Arbeiterformationen getroffen. Die Führung der Aktionen übernahmen Ausschüsse, Vollzugsräte und Streikleitungen, denen häufig Vertreter aller Arbeiterparteien und der Gewerkschaften angehörten. Geleitet von der Überzeugung, daß ein Sieg der Militaristen blutigen Terror gegen alle revolutionären und demokratischen Kräfte sowie die Beseitigung der Republik mit sich bringen würde, handelten die streikenden Arbeiter weitgehend einheitlich. Dem schlossen sich auch Angestellte, Teile der werktätigen Landbevölkerung sowie Beamte, Gewerbetreibende, Schriftsteller, Künstler, Wissenschaftler, christliche, liberale und andere demokratische Kräfte an. Eine breite Abwehrfront zu Verteidigung der Republik entstand.

Am Montag, dem 15. März, war das ganze Land vom Generalstreik erfaßt. Fast überall lag die Produktion still und ruhte der Verkehr; nur lebenswichtige Betriebe und Einrichtungen arbeiteten. Rund zwölf Millionen Arbeiter und Angestellte bildeten eine Streikfront, die es in diesem Ausmaß in Deutschland noch nie gegeben hatte – und nie wieder geben sollte. Auch die Mehrheit der deutschen Beamten verweigerte sich der Putschistenclique. Sie setzte sich ebenso wie die Deutsche Demokratische Partei (DDP) für die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Zustände ein. Vergeblich versuchten die neuen Herren mit Demagogie, Lügenmeldungen und vor allem durch die Anwendung brutaler militärischer Gewalt, die Hunderte Tote und Verletzte forderte, ihre Position zu festigen. Selbst mit der von Kapp am 15. März erlassenen Verordnung, die über „Rädelsführer“ und Streikposten die Todesstrafe verhängte, war die Kampffront der werktätigen Massen nicht aufzubrechen.

Am 17. März mußten Kapp und Lüttwitz abtreten – sie konnten einige Wochen später unbehelligt von den Organen der alten Regierung ins Ausland fliehen. Der in Berlin verbliebene

und der DDP angehörende Vizekanzler Eugen Schiffer betraute am gleichen Tag im Auftrage Friedrich Eberts Generalmajor Seeckt mit dem Oberbefehl über die Truppen im Bereich des Berliner Reichswehrgruppenkommandos. Noch am Abend dieses Tages riefen Reichsregierung und SPD-Fraktion der Nationalversammlung zum Abbruch des Generalstreiks auf. Die, die ihre weitere Existenz dem Generalstreik verdankten, setzten Reichswehr, Freikorps und Zeitfreiwillige – darunter sogar Truppen der Putschisten wie die Marinebrigade Ehrhardt – gegen die Arbeiter ein. Deren neue Feldzüge richteten sich gegen die Linken – kaum anders als zuvor unter Kapp und Lüttwitz ...

Es waren die Aktionen der Massen, die die Errichtung einer offenen Militärdiktatur verhindert hatten. In der Niederschlagung des Kapp-Putsches vollzog sich die wirksamste und bedeutendste Einheitsaktion der deutschen Arbeiterklasse. Ihnen war die Verteidigung der demokratischen und sozialen Errungenschaften der Novemberrevolution zu verdanken. Diese zu erweitern, auszubauen und somit auch vor künftigen Angriffen zu sichern, gelang jedoch nicht. Die Chance eines weiterreichenden Sieges über die Reaktion konnte nicht verwirklicht werden. Es gelang den Herrschenden sogar, nach dem Kapp-Putsch einen Zuwachs an Macht zu erreichen, als bei den Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 die SPD und DDP 16,2 bzw. 10,2 Prozentpunkte an Stimmen einbüßten und ein rein bürgerliches Kabinett die Regierung übernahm.

junge Welt, Sonnabend, 13.03.2010, S. 10.

Thüringen 1930: Einzug der NSDAP

Es ist nicht zu bestreiten: Ausgerechnet in Thüringen konnte die NSDAP vor dem verheerenden 30. Januar 1933 ihren ersten größeren Erfolg erringen. Einem ihrer führenden Politiker, noch dazu einem zu 15 Monaten Haft verurteilten Putschisten, wurde nach der Landtagswahl vom Dezember 1929 am 23. Januar des folgenden Jahres das Amt eines Ministers für Inneres und für Volksbildung zugesprochen und damit zugleich dessen Dominanz in der Landesregierung gebilligt. Neben Wilhelm Frick – 1946 in Nürnberg als einer der deutschen Hauptkriegsverbrecher hingerichtet – erhielt ein weiterer Nazi den Posten eines Staatsrates.

Als der Thüringer Landtag über die Koalition von rechten bürgerlichen Parteien mit der NSDAP debattierte, bezeichnete der linkssozialdemokratische Politiker August Frölich, der selbst in den frühen zwanziger Jahren der Landesregierung vorgestanden hatte und Ende 1923 mit Unterstützung der Reichswehr aus dem Amt vertrieben worden war, das Ergebnis klar und weitsichtig als „die Schmach von Thüringen“. Es sei „das Skandalöseste [...], was in Deutschland seit 1918 passiert ist“. Ein anderer Abgeordneter kleidete seine helle Empörung in ein satirisches Gedicht, das mit den Zeilen endete: „Als Leitstern auf steiniger Straße / Leuchtet dir künftig die völkische Phrase. / O Thüringen. Du armes Land, / Dich führt der Narren Hand!“

Nun, mit Narretei hatte der Vorgang wenig gemein. Phrasen, Parolen, Losungen und angebliche Argumente gab es indessen in Hülle und Fülle, die Schimpf und Schande verdecken sollten. Wahrheitswidrig verunglimpfende Wutausfälle gegen links, auch um jeden Preis – so hatte die Devise rechter Parteien bereits 1924 gelautes. Der Thüringer Ordnungsbund strebte eine „Generalabrechnung mit dem Marxismus“ an und ließ der militärisch unterstützten, parlamentarisch besiegelten Niederlage linkssozialdemokratischer Politik deren Diffamierung folgen. Die Losung hieß: „Das ganze Land kam auf den Hund, drum wählt heut alles Ordnungsbund“. Ergänzend postulierte die deutschnationale Landtagsfraktion: „Der Marxismus ist nur fähig zu zerstören, unfähig zur staaterhaltenden Arbeit.“

Getreu solchen Behauptungen, die sich vor allem gegen SPD und KPD richteten, wurde im Herbst 1929 der Wahlkampf betrieben und die erste Koalition bürgerlicher Parteien mit der NSDAP gezimmert. Doch nicht die Parteienkonkurrenz war ausschlaggebend: Zuvor, im September 1929, hatte der mächtige Reichsverband der Deutschen Industrie in seiner Denkschrift „Aufstieg oder Niedergang“ erklärt, benötigt sei eine „bürgerliche, kapitalistische Einheitsfront“. Das Zentralblatt des Deutschen Arbeitgeber-Verbandes legte am 17. November nach: „Der Feind steht links!“

War es den konservativen Kräften 1924 in Thüringen um die Einschränkung und Beseitigung sozialistischer Politik gegangen, so standen fünf Jahre später bereits Demokratie und Parlamentarismus unter Beschuß. Der Abgeordnete Georg Witzmann (Deutsche Volkspartei) fragte am 11. November 1929 in einer Wahlveranstaltung, ob denn der „Parlamentarismus [...] überhaupt in der Lage“ sei, „eine Lösung zu bringen“. Autoritäre Herrschaftsstrukturen also statt demokratisch-parlamentarischer Verhältnisse. Die Behauptung einiger Historiker aus jüngster Zeit, daß 1929/30 das Bürgertum in nationalistische, antisozialistische und antisemitische Deutungsmuster „geflüchtet“ und einer Partei gefolgt sei, deren Auftreten „den bis dahin gültigen Vorstellungen von politischem Verhalten zuwiderlief“, bedarf daher der Korrektur. Nein, die Haltung der rechten bürgerlichen Parteien gegenüber der NSDAP entsprang den damals herrschenden Vorstellungen – augenfällig, eindeutig und unverkennbar.

Tatsächlich bereitete es den Rechten kaum irgendwelche Skrupel, ihre Regierungspositionen mit Hilfe jener gewinnen und zementieren zu wollen, die da offen verkündeten, man wolle mit den errungenen Mandaten „nicht dem heutigen Staat dienen“, denn der müsse „vernich-

tet“ werden. Ihre eigene Logik führte die rechten bürgerlichen Parteien in das Bündnis mit der NSDAP. Die thüringischen DVP-Politiker zeigten sich nicht einmal bereit, dem Verlangen ihrer Parteiführung zu folgen, nachdem ihnen aus Berlin die Aufforderung signalisiert worden war, sich einer Koalition mit der NSDAP zu versagen.

Damals war auch davon die Rede, es müsse „gespart“ werden. Allerdings behandelte der Thüringer Landtag noch vor der Regierungsbildung den Entwurf eines Gesetzes über Bezüge und Dienstverhältnisse der Minister. Es sah vor, die Zahl der Ministerposten von zwei auf drei zu erhöhen. Zudem sollten „abgehende Minister“ sicher sein können, daß sie wieder frühere Beamtenpositionen einnehmen können, künftige Minister hingegen sollten besser bezahlt werden. Zugleich wurde die Debatte um das „Sparen“ genutzt, Demokratie und Parlamentarismus grundsätzlich infrage zu stellen. So erklärte der deutschnationale Politiker Emil Herfurth, daß – wolle man wirklich sparen – das „ganze System“ beseitigt werden müsse: „Darüber herrscht ja heute allgemeine Klarheit, daß an dem Niedergang unserer Politik und Wirtschaft das parlamentarische System schuld ist.“ Ein anderer bejubelte für die Landvolkpartei das neue Bündnis mit den Nazis siegesgewiß: „Wir können uns der Hoffnung hingeben, daß eine Rückkehr einer roten marxistischen Regierung in Thüringen überhaupt unmöglich geworden ist.“ Man beschwor den Notstand. Die Koalition sei eine „Notgemeinschaft zur Rettung Thüringens“ aus der Finanzkrise sowie vor der Gefahr einer „Versklavung des deutschen Volkes“ durch die Sieger des Weltkrieges. Abgrenzende Worte zur NSDAP fielen nicht!

Auch Illusionäres schien in den Argumenten zugunsten der Koalition mit den Nazis auf. So reagierte der DVP-Abgeordnete Franz Schultze auf Frölichs Kritik mit den Worten, zugleich den Namen Kurt Geiers, eines anderen Parlamentariers der DVP, nutzend, er müsse doch wissen, „daß der Geier den Hitler frißt und nicht der Hitler den Geier“. Den Hoffnungen, im Bunde mit den Nazis seien diese zu „zähmen“ oder gar zu „zivilisieren“, setzte Frölich lakonisch entgegen: „Ich glaube, es wird umgekehrt werden.“

Jede Rückschau auf das Geschehen im damaligen Thüringen muß mahnend und warnend geraten. Viele der düsteren Schatten, die als vergangen angesehen, als überwunden hingestellt worden sind, tauchen erneut bedrohlich und beängstigend auf. Längst trifft nicht mehr zu, was der Satz „Wehret den Anfängen!“ beinhaltet, leider. Aber um so mehr sollte dafür Sorge getragen werden, daß keine Anzeichen rassistischen und neonazistischen Denkens und Handelns übersehen werden, wo immer auch sie in Erscheinung treten mögen. Vieles kommt eben nicht mehr so mörderisch daher wie Hauptmann Waldemar Pabst und Jäger Otto Runge im kalten Januar von 1919 oder unter der hitlerfaschistischen Diktatur, vieles greift heute als gewöhnliches Einerlei, umfaßt alltägliches Denken und äußert sich zudem – besonders furchterregend – als resignierendes Gewährenlassen.

Man nimmt es zum Beispiel hin, wenn der Chefredakteur der *Thüringischen Landeszeitung* ausgerechnet am 30. Januar 2010 die Leser mit der – nur notdürftig als Kalauer getünchten – Aussage belehrt: „Daß Sozis [...] nicht rechnen können, ist bekannt.“ Und in einer Online-Ausgabe der *Welt* nennen auf die Frage: „Welche Form der Gewalt macht Ihnen am meisten Angst?“ 64 Prozent der Leser die „linksextreme Gewalt“, nur zwölf Prozent sehen die Gefahr rechts.

Wohin mag wohl künftig das Wasser aus solchen Quellen fließen?

Ossietzky, *Zweiwochenschrift für Politik, Kultur, Wirtschaft*, Sonderdruck April 2010, S. S. 12-15.

Zeitgeschehen und „Zeitgeist“

Links sei der Zeitgeist und groß die Gefahr, so tönt es oftmals im rechten Blätterwald. Dem Raunen und Klagen von Thilo Sarrazin, Peter Sloterdijk, Arnulf Baring, Karl-Heinz Bohrer, Henryk M. Broder und anderen mehr bietet die großbürgerliche Presse breiten Raum. Vor kurzem nahm sich des Themas auch der Lautsprecher der FDP an. Bemüht um den Versuch einer inhaltlichen Bestimmung des angeblich linken Zeitgeistes meinte Guido Westerwelle, dieser halte das „Geschäftemachen“ für fragwürdig. Die Gesellschaft müsse sich aber daran gewöhnen, „daß das künftig anders ist“.

Erst künftig? Eher Ist doch wohl davon zu sprechen, daß im Zeitgeschehen ein Geist dominiert, der hauptsächlich von einem „Koste-es-was-es-wolle“-Denken und vom unbittlichen Willen zu kapitalistischer Profitmaximierung geprägt erscheint, demzufolge auch von sozialer Kälte, zunehmendem Demokratie-Abbau, von eiferndem Überwachungswahn und sogar – besonders abscheulich – von neuerlicher Kriegsrechtfertigung.

Diese Realität wird dennoch gegenteilig beschrieben. Es werden Schreckgespenster an die Wand gemalt und regelrechte Horrorszenarien verbreitet, so als stünde unmittelbar mit dem nächsten 30. Mai tatsächlich der Weltuntergang bevor. Deren Funktion der Irreführung, Täuschung und Übertölpelung läßt sich leicht erkennen, ihre Wirksamkeit ist dennoch enorm. Ja, man kann von einer paradoxen Situation sprechen: Einerseits gerät kapitalistisches Wirtschaften immer tiefer in Krisenstrudel, werden rücksichtslos Arbeitsplätze vernichtet, vergrößert sich die Schere zwischen arm und reich, doch andererseits – so erfreulich jedes einzelne Anzeichen ist – bleiben Protest und Auflehnung dagegen überwiegend punktuell und mitunter zu verhalten. Wie tief verortet in den Verhältnissen entäußert sich Alltagsbewußtsein, das notwendiger Veränderung entgegensteht? Was ist es, das viele Menschen geistig und auch emotional dermaßen an den Kapitalismus bindet, daß sie ihn gleichsam als „naturegegeben“ und unüberwindbar akzeptieren läßt?

Wer zielgerichtet Alternativen zu den bestehenden Verhältnissen anstrebt, dem dürfen Fragen nach dem herrschenden Denken in unserer Zeit nicht gleichgültig sein. Welcher Geist dominiert in der Gesellschaft? Wie entstand und entwickelte sich das, was seit eh und je zum Zeitgeist erhobene Leitgedanken jeweils machtausübender Potentaten, Priester, Parteien und so weiter gewesen sind? Dringlicher noch wäre zu fragen: Welche Ideen zum Lauf der Welt, welche Denkmuster bewegen den Geist beherrschter Massen? Wie erklärt sich die Bereitschaft vieler Menschen, darunter auch und Anhänger linker Parteien, Konzessionen an den jeweiligen Zeitgeist zu machen? Und: In welchen Wechselwirkungen zum Zeitgeist stehen jene, die gegen ihn wirken wollen und auch zu wirken vermögen, falls sie nicht vorrangig über sich selbst nachdenken und in linker Wollust zum Streiten untereinander den sprichwörtlichen Wald vor lauter Bäumen nicht mehr sehen können?

Festzustellen wäre zunächst: Der Begriff „Zeitgeist“ ist unscharf und bedarf eingehender Interpretation. Dies zeigt sich wohl auch darin, daß seine Entstehung ziemlich im Dunkeln liegt und daß er bislang auch eher im künstlerischen Raum denn in Geschichtswissenschaft und Politologie verwendet wird. Immer wieder werden Herder oder Goethe zitiert, letzterer mit dem bekannten Satz aus dem „Faust“: „Was ihr den Geist der Zeiten heißt, das ist im Grund der Herren eigner Geist, in dem die Zeiten sich bespiegeln.“ Deutlicher, den Begriff fast definierend schrieb der Weimarer Dichturfürst auch: „Wenn eine Seite nun besonders hervortritt, sich der Menge bemächtigt und in dem Grade triumphiert, daß die entgegengesetzte sich in die Enge zurückziehen und für den Augenblick im Stillen verbergen muß, so nennt man jenes Übergewicht den Zeitgeist, der dann auch eine Zeitlang sein Wesen treibt.“

Wenn wir nun wissen wollen, worin heutiger Zeitgeist zu sehen ist, sollte dreierlei untersucht werden: Zum einen, worin der „Herren eigener Geist“ besteht, zum anderen wovon die „Menge bemächtigt“ und was also zu triumphieren scheint, das heißt es ist zu fragen, wie die „Menge“ die Verhältnisse, in denen sie lebt, sich selbst vergegenwärtigt und welches Alltagsbewußtsein entstanden ist. Zum dritten wäre zu analysieren, ob und wenn ja inwieweit die entgegengesetzte Seite zu wirken vermag. Die geistige Verfaßtheit einer Zeit könnte auch als eine Folie benutzt werden, auf der alternatives Denken sich genauer, eingehender und überzeugender beschreiben läßt.

Heutiger Zeitgeist muß als rechtslastig bezeichnet werden. Bleiern lastet er auf einem großen Teil der Deutschen. Ihm eignet etwas Krakenhaftes, ja auch Totalitäres. Mit Recht ist vom Bayreuther Historiker Hermann Joseph Hiery gesagt worden, ihm käme in Staaten, die sich als westliche Demokratien charakterisieren, die Funktion eines „Totalitarismusersatzes“ zu – er diene „als Vorwand und Ausrede für keineswegs unbestimmte und plötzlich entstehende allgemeine Tendenzen, sondern für durchaus zielgerichtete Bestrebungen, unpopuläre und nicht mehrheitsfähige Vorstellungen und Ideen durchsetzungsfähig zu machen.“

Erleben wir dies nicht gerade in einem sogenannten Erinnerungsjahr, in dem mit dem Blick auf die Vergangenheit jeder Tag einzig und allein ein 20. Jahrestag zu sein scheint und landauf landab eine wahre bundesdeutsche „Erfolgsgeschichte“ gepriesen wird?

Zwar bleiben andere, dem entgegenstehende geschichtliche Ereignisse nicht unerwähnt, doch in den medial verordneten geschichtspolitischen Ergüssen spielen sie kaum eine Rolle. Selektion und Ausblendung triumphieren: Als am 9. November 2009 der Reichspogromnacht 1938 gedacht, ohne daß da auch ein Wort über die Novemberrevolution des Jahres 1918 gefallen wäre. Zunehmend wird, was nicht in den Kram paßt, verdrängt oder beschönigt, mehr noch diskreditiert oder regelrecht verfälscht.

Selbstverständlich hat, wer sich als Linker versteht, auch auf die letzten Dezennien zu blicken, zumal in ihnen – wie man meinen könnte – alle Probleme mehrerer Jahrhunderte gleichsam komprimiert aufscheinen. Ohne die Gegenwart etwa mit allem Vergangenen als identisch oder gleichwertig betrachten zu wollen: Nahezu täglich ist zu spüren, wie die Kämpfe früherer Perioden in unsere Zeit hineinreichen. Merklich und erlebbar sind vor allem dauerhaft wirkende Strukturen sozialer Verhältnisse sowie unverkennbare Grundzüge ökonomischer Begierden und politischen Machtstrebens sowie nicht zuletzt auch diverse machtrecht-fertigende Denkmuster.

Die Erkenntnis ist alt, daß alle Manipulation von Massen vergeblich sein muß, wenn es nicht auch deren Bereitschaft gibt, sich manipulieren zu lassen, sich dem herrschenden Zeitgeist unterzuordnen, ihn gleichsam verinnerlichend. Verlangt ist daher die entschiedene Enthüllung jener geistigen und weltanschaulichen Grundlagen, die dazu führen können, daß Menschen menschenfeindliche Handlungsmotive zu wenig beachten oder gar akzeptieren. Gerade in dieser Hinsicht sollte unser Blick auf Zeitgeschehen und „Zeitgeist“ mahnend und warnend geraten. Von einem „falschen Bewußtsein“ zu sprechen, reicht nicht aus. Ideologie-Kritik bedarf einer Ergänzung durch die Analyse der vielgestaltigen, komplex wirkenden Bündel politischer, sozialer, ökonomischer, kultureller, geistiger, religiöser und auch sozialpsychologischer Faktoren.

Ossietzky, Zweiwochenschrift für Politik, Kultur, Wirtschaft, Sonderdruck April 2010, S. S. 51-54.

„Ohne jeden Vorbehalt“

Thüringen 1930:

Bürgerliche Parteien unterstützen die Politik des ersten Naziministers Wilhelm Frick

Als Minister Wilhelm Frick im Januar 1930 sein Amt antrat (siehe jW vom 8.12.2009 und 16.1.2010) und als sein Ziel formulierte, er wolle Thüringen zu einem „Mittelpunkt des nationalen Widerstandes, nationalen Wehrwillens und Freiheitswillens“ machen, gossen bürgerliche Parteien noch weiter und unbeirrt Wasser auf die Mühlen der Nazis. War es bislang der konservativen DNVP, der rechtsliberalen DVP, der Landvolkpartei und der Reichspartei des deutschen Mittelstandes „nur“ um die Einschränkung und Beseitigung linkssozialdemokratischer Politik gegangen, so standen nunmehr der Parlamentarismus und die Weimarer Demokratie generell unter Beschuß. Autoritäre Herrschaftsstrukturen zu erreichen erschien allen wichtiger als demokratisch-parlamentarische Verhältnisse zu bewahren, und das um jeden Preis.

Auf ihrer Agenda stand ebenfalls ein kräftiger Abbau sozialer Leistungen, eingekleidet in die Forderung, es müsse „gespart“ werden. Allerdings sah ein neues Gesetz vor, die Bezüge und Dienstverhältnisse der Minister neu zu regeln sowie die Zahl der Ministerposten von zwei auf drei zu erhöhen. Zudem sollten „abgehende Minister“ sicher sein können, daß sie wieder frühere Beamtenpositionen einnehmen können und daß hingegen künftige Minister ausreichend bezahlt werden. Demgegenüber wußte Fritz Heilmann – er vertrat im Landtag die KPD – zu berichten, daß Thüringen bei den „Zuschüssen für die obere Verwaltung, wo ja einbezogen sind die Ministergehälter, Ministerpensionen, ‚Wartegelder‘, ‚Übergangsgelder‘ usw.“ an der Spitze aller deutschen Länder stehe, gleichzeitig jedoch „in den Ausgaben für Sozialpolitik, für Wohlfahrtspflege, für die Erwerbslosen mit an letzter Stelle unter den gesamten Ländern des Reiches“ marschiere. Der Sozialdemokrat Hermann Brill bewertete dieses Selbstversorgungsgesetz ganz und gar als eines der „Wahldemagogie und des Wahlbetruges“, als ein „Gesetz der politischen Gesinnungskorruption“. Auch das verhallte ungehört, jedoch nutzte der Deutschnationale Emil Herfurth erneut die Gelegenheit, Demokratie und Parlamentarismus grundsätzlich in Frage zu stellen. Wollte man wirklich sparen, sagte er, müsse das „ganze System“ beseitigt werden.

Ermächtigungsgesetz

Nach einer substanzlosen Regierungserklärung und einer sechswöchigen Sitzungspause des Landtages ging Frick zur Sache. Am 18. März 1930 legte er ein Ermächtigungsgesetz vor. Aus triftigen Gründen müsse man „von dem regelmäßigen Gang der Gesetzgebung abweichen“ und der Regierung ermöglichen, mit Verordnungen anstelle von Gesetzen zu herrschen. „Ausgabensenkung“ sei erforderlich „auf dem Gebiet der Kultur und auf sozialem Gebiet, auch auf dem Gebiet des Personalabbaus“.

Wo im Jahr 1930 „gespart“ werden sollte, ging aus der Rede des Staatsministers Baum zum Jahreshaushalt des Landes hervor. Gegenüber 1929 wurde den Volksschulen 1.625.380, den Berufsschulen 446.660 und den höheren Schulen 193.030 Reichsmark (RM) gestrichen. Die Stärke der Volksschulklassen sollte von 40 auf 48 (!) Schüler erhöht, die Zahl der Pflichtstunden für Lehrer vermehrt werden. Aus den bislang gewährten Mitteln zur Förderung des Wohnungsbaus sollten 2,21 Millionen RM „neu verwendet“ und 3,89 Millionen RM des „Allgemeinen Finanzbedarfs“ (eine vornehme Umschreibung für soziale Leistungen und Unterstützung der Ärmsten der Armen) gestrichen werden. Zudem sollten neue Landessteuern Geld in die Staatskasse scheffeln. Konkret hieß es, eine neue Steuer der freien Berufe müsse 0,2 Millionen RM, eine höhere Gewerbesteuer „gewisser Großbetriebe des Einzelhandels“ 0,5 Millionen RM erbringen.

Außerdem wollte man 2,4 Millionen RM durch eine sogenannte Kopfsteuer eintreiben, getarnt als „Verwaltungskostenbeitrag“, der von allen über 20 Jahre alten Personen mit einem

Jahresbeitrag in Höhe von sechs RM erhoben werden sollte. Jeder, der das Wahlrecht habe, müsse auch dafür bezahlen, denn er nehme ja teil an allen Beschlüssen, die hinsichtlich der Ausgaben gefaßt werden. Wer Rechte in Anspruch nehme, müsse auch Pflichten erfüllen. In der Begründung hieß es zudem recht lakonisch: „Der Verwaltungskostenbeitrag hat grundsätzlich das Dasein der Person zur Voraussetzung.“ Darüber hinaus gab es sogar Pläne, daß auch die Kommunen einen solchen Betrag verlangen können, die Bürger also mit zwölf RM zur Kasse gebeten worden wären.

„Negersteuer“

Diese in der Öffentlichkeit sofort als „Negersteuer“ charakterisierte Kopfsteuer rief Gelächter, vor allem aber Empörung hervor. Diese im Grunde rassistischen Denkstrukturen entstammende Bezeichnung griff auf Sprachregelungen der Kolonialverwaltungen zurück. Da war praktiziert worden, die eingeborene Bevölkerung, deren Einkommen nicht faßbar war, pauschal nach Köpfen zu besteuern. Auch auf Reichsebene wurde am 26. Juli 1930 eine Kopfsteuer eingeführt, per Notverordnung der ersten Präsidialregierung des Zentrums politikers Heinrich Brüning. Das einleuchtende Argument, eine Staffelung nach der Leistungsfähigkeit sei erforderlich, wurde vom Tisch gewischt. Die Kopfsteuer würde sonst „einkommensteuerartigen Charakter“ annehmen, und das sei steuerrechtlich verboten.

Auch andere Aktionen Fricks lösten Kopfschütteln und Unverständnis aus, stellten jedoch bedeutsame und zugleich typische Schritte auf dem Weg zur Zerschlagung der Weimarer Republik dar. So mußten einzelne Paragraphen der Thüringer Gewerbeordnung erhalten, als er am 5. April 1930 einen Erlaß herausgab, dessen Titel lautete: „Wider die Negerkultur für deutsches Volkstum“. In der Begründung schienen ein völlig überzogener Nationalismus und purer Rassismus auf. Da hieß es, man müsse „die Verseuchung deutschen Volkstums durch fremdrassige Unkultur“ abwehren. Veranstaltungen, Darbietungen und Vorführungen wurden untersagt, die – wieder nach dem Wortlaut – geeignet seien, „die sittlichen Kräfte des deutschen Volkstums zu unterwühlen“. Konkret hieß es, „Jazzband- und Schlagzeugmusik, Negertänze, Negergesänge und Negerstücke“ würden den „guten Sitten“ zuwiderlaufen.

Auch alle kultur- und schulpolitischen Maßnahmen des ersten faschistischen Ministers der deutschen Geschichte beruhten auf rassistischen Denkstrukturen und Postulaten. Später lobten Gesinnungsgenossen Frick, er habe mit der Einführung der Schulgebete eine der „größten Taten“ vollbracht. Mit den ebenfalls im April 1930 verordneten neuen „Gebeten“, die Schüler jeweils vor Beginn des Unterrichts zu sprechen hatten, wurde völkisch-faschistische Indoktrination betrieben. Frick wollte der thüringischen Jugend Beten „auf deutsche Art“ beibringen, in ihr eine „heldische Gesinnung“ und „frühzeitig“ den Wehrwillen erwecken. Ein Abgeordneter der Reichspartei des deutschen Mittelstandes begrüßte diese gegen jedwede Völkerveröhnung gerichteten Gebete sogar mit der Forderung, es müsse auch Schluß gemacht werden mit der „Friedensbegeisterung innerhalb der Kirche“.

Dem Ziel der NSDAP, „der furchtbaren rassistischen Gefährdung des deutschen Volkes durch das Judentum“ entgegenzuwirken, diene auch die Berufung des „Rasseforschers“ H. F. K. Günther auf einen Lehrstuhl an der Jenaer Universität.

Allem stimmten die bürgerlichen Koalitionspartner der NSDAP zu. Die Landtagsprotokolle lassen erkennen, daß Rednern der NSDAP oft ein „Sehr richtig“ oder „Sehr wahr“ zugerufen worden ist. In den Debatten sprachen sich die rechten Parteien stets sehr dankbar für die „Tatkraft“ der Regierung aus. Als über das Ermächtigungsgesetz abgestimmt wurde, rief Emil Herfurth für die DNVP in den Saal, er plädiere dafür „ohne jeden Vorbehalt“.

junge Welt, Sonnabend, 03.04.2010, S. 15.

„Ich komme wieder“

Hirngespinnste und Aktuelles zu Hitlers Ende am 30. April 1945

Als das Amtsgericht Berchtesgaden in einem 1952 eröffneten Toderklärungsverfahren in Sachen Adolf Hitler zu untersuchen hatte, erhielt es unter anderem auch ein auf den 7. Oktober 1954 datiertes Schreiben mit dem Text: „Ich lebe und komme wieder“, versehen mit einer Unterschrift, welche als die des „Führers“ erkannt werden sollte. Davon unbeeindruckt sowie auf der Grundlage von 42 Zeugenaussagen und mehrerer Gutachten entschied das Gericht am 28. Dezember 1956, Hitler für tot zu erklären. Allen Legenden um Hitlers Weiterleben war damit der Boden entzogen, doch diese wurden nach wie vor verbreitet.

Unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und bald auch als Bestandteil des entflammten Kalten Krieges suchten weltweit Geheimdienste, Polizei und viele Hobbyforscher nach dem Diktator. Sie gingen oftmals sogar völlig abwegigen Hinweisen nach. Nicht zuletzt hatte Stalin Spekulationen ermöglicht, als er am Rande der Potsdamer Konferenz von sich gab, er wisse nicht, wo Hitler sei, möglicherweise befinde er sich in Spanien oder Argentinien. Auch andere Politiker und Publizisten nährten Zweifel an der Aussage, Hitler habe am 30. April 1945 Selbstmord begangen und sich verbrennen lassen, was Zeugen aus dem „Führerbunker“ britischen und US-Ermittlern zu Protokoll gegeben hatten. Erst 1970 gaben sowjetische Behörden bekannt, die sterblichen Überreste Hitlers seien von Angehörigen der Roten Armee Anfang Mai 1945 im Garten der Reichskanzlei exhumiert und anhand des Zahnschemas identifiziert worden. Drei Jahrzehnte später präsentierte der russische Geheimdienst Schädelfragmente und ein Stück Kieferknochen als sterbliche Überreste Hitlers. Den Gerüchten, der „Führer“ sei im Mai 1945 lebend aus Berlin entwischt, bot sich allerdings erneut Nahrung, da ein Knochenteil als zu einer Frau gehörig erkannt wurde.

Obgleich an der Tatsache, daß Hitler sich am 30. April 1945 um 15.30 Uhr selbst erschossen hat, nicht zu rütteln war, könnten viele umfangreiche Bände mit gegenteiligen „Hinweisen“, „Belegen“ und „Erkenntnissen“ gefüllt werden. Da gab es Anzeichen für ein Entkommen des Diktators auf einem deutschen U-Boot, da wurde die Behauptung verbreitet, er lebe auf einer Ranch in Südamerika. Eine besonders absurde Version über Hitlers Flucht hält sich immer noch: Ein U-Boot habe Hitler in die Antarktis gebracht, wo seine Helfer bereits Ende der dreißiger Jahre einen Zufluchtsort in dem von Norwegen beanspruchten Königin-Maud-Land ausgekundschaftet hätten. 1995, als der renommierte Historiker Anton Joachimsthaler den ansehnlichen Band „Hitlers Ende. Legenden und Dokumente“ veröffentlichte, ließ das Blatt mit den vier großen Buchstaben drucken, Hitler sei von seinem Diener Heinz Linge „erwürgt“ worden.

Zu fragen bleibt, weshalb es gerade in der Zeit des Kalten Krieges Raum und Möglichkeiten für allerlei Verschwörungsthesen-Fanatiker, Legenden-Schöpfer und Lügen-Verbreiter interessant und wichtig gewesen sein mag, an der Wahrheit zu zweifeln und Gerüchte zu verbreiten.

Daß sich Medienmacher – und nicht allein die der sogenannten Regenbogenpresse – geschäftstüchtig auf die Zugkraft von Hitlers Namen verlassen, ist bekannt. Jahrelang belieferten Dokumentaristen und Publizisten à la Guido Knopp die Öffentlichkeit mit Werken über Hitlers Generäle, Helfer, Frauen, Kinder, Hauptstädte, Bücher, Privatleben, Sexualverhalten usw. usf. Kürzlich sollte ein Buch über Eva Braun, angepriesen als erste wissenschaftliche Biographie über sie, zugleich neue Erkenntnisse über Hitler vermitteln, die indessen kein Leser zu finden vermochte. Ob mit dem bemerkenswerten Buch über Hitlers Zurechnungsfähigkeit von Hans-Joachim Neumann und Henrik Eberle die Suche nach dessen Krankheiten, Medikamenten usw. schon ausgestanden ist, darf bezweifelt werden. Fiktionale Überlegungen verkaufen sich ebenfalls gut, seien es solche, die nach dem Motto „Was wäre, wenn“ ge-

schrieben worden sind, oder auch literarische Denkspiele, von denen eines unter dem Titel „Ich war Hitlers Glückselig“ auf den Markt kam.

Vor allem scheint die Kluft zwischen seriöser Geschichtsschreibung und reißerisch-medialer Nutzung des Themas größer geworden zu sein. Selten fanden jene Publikationen Eingang in die Medien, die sachlich einer Erhellung gesellschaftlicher, sozialer und organisationspolitischer Strukturen dienten. Gerade die Geschichte von territorialen NSDAP-Organisationen in Gauen, Kreisen und Städten ist jüngst bis in viele Details hinein erforscht worden, ebenso die von Reichs- und Gauleitern. Konnte noch in den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts angenommen werden, daß sich die nahezu ausschließlich auf Hitler zentrierte Sicht überholt hat, so scheint nun wieder das Gegenteil der Fall zu sein.

Derzeit geistert durch die Medien das mögliche Wiedererscheinen von Hitlers Buch „Mein Kampf“. Gestützt auf den Auftrag der amerikanischen Militärregierung, die bayerische Regierung habe die Verbreitung zentraler Schriften des NS-Regimes zu unterbinden, aber auch unter Berufung auf die amtliche Toderklärung konnte der Freistaat Bayern – in Gestalt des bayerischen Finanzministeriums – die Urheberrechte für Hitlers Kampf-Buch geltend machen. Diese laufen in fünf Jahren aus. Siebzig Jahre nach Hitlers Tod kann jeder, der dies will, dessen Schrift erneut drucken und verbreiten. Dazu tobt seit längerer Zeit bereits ein Streit um die Frage, ob bis dahin durch das Münchener Institut für Zeitgeschichte eine wissenschaftlich kommentierte Ausgabe dieses Machwerks erarbeitet werden soll. Streit gab es bekanntlich schon um das Projekt einer Wochenzeitung mit dem Titel Zeitungszeugen.

Die Herausgeber fremdsprachiger Ausgaben und Nachdrucke unterliefen die bayerischen Urheberrechte schon seit langem. Außerdem konnten antiquarische Exemplare erworben werden, wenngleich nur zu „wissenschaftlichen Zwecken“. Die Möglichkeiten des Internets machten zudem die bayerischen Ansprüche ohnehin nahezu hinfällig. Auf zahlreichen Webseiten erschienen und erscheinen Hitlers makabre Texte. Das Buch „Mein Kampf“ existiert sogar als eingescannte sowie mit antisemitischen Kommentaren versehene Fassung.

Daher plädierten zahlreiche Experten, darunter z. B. der Berliner Historiker Bernd Sösemann, für eine neue Edition der zwischen 1924 und 1926 verfaßten Teile des Hitlerschen Kampf-Buches. Es soll versucht werden, dessen Quellen offenzulegen, seine Konstruktion aus ideologischen Versatzstücken und Phrasen zu erhellen und alles umfassend zu kommentieren. In der Neuausgabe seien Fragen zu beantworten wie: Welche Bedeutungen gewannen bestimmte Passagen aus Hitlers Buch während seiner Herrschaft? Welche Rolle spielte überhaupt die acht Jahre vor seiner Ernennung zum Reichskanzler niedergeschriebene Weltanschauung?

Hier sei, so heißt es, noch zeithistorische Grundlagenforschung zu betreiben. Und da liegt wohl der Hase im Pfeffer. So selbstverständlich und sinnvoll eine wissenschaftlich kommentierte Ausgabe zu sein scheint, so sehr wird es darauf ankommen, nicht nur technische Fehler vermeiden zu wollen, sondern auch unterschiedlichen Deutungen und Wirkungsmöglichkeiten nachzugehen. Im Grunde wird auch an der kommentierten Ausgabe zu erkennen sein, wie ernst es Bearbeitern und Herausgebern mit dem Anspruch auf Seriosität genommen haben werden. Maßstab wird vor allem sein müssen, wie auch mit Hilfe dieser Publikation neuen Jüngern Hitlers das Handwerk gelegt werden kann, wie faschistischer Ungeist geächtet wird. Außerdem wird sich der im bundesdeutschen Wissenschaftsbetrieb offiziell verkündete, doch kaum praktizierte Anspruch auf eine pluralistische Geschichtsdeutung erweisen müssen: Noch ist nicht vergessen, daß DDR-Historiker nach der „Wende“ ihre Lehrstühle mit der Begründung verloren, sie hätten eine „marxistische“ und – in schlichter Unkenntnis ihrer Publikationen – eine allein auf ökonomische und finanzielle Faktoren reduzierte Faschismustheorie vertreten.

Quellentexte

Aussage Hitlers in der „Lagebesprechung“ vom 23. April 1945: „Ich glaube, es ist der Moment gekommen, wo die anderen sowieso aus Selbsterhaltungstrieb diesem maßlos gewordenen proletarisch-bolschewistischen Koloß und Moloch entgegentreten werden. Wenn ich heute hier feige davonlief, so wäre die Folge, daß die anderen versuchen, in Süddeutschland eine Art neue Linie zu bilden, und das wäre alles. Der Nationalsozialismus wäre somit beseitigt und das Deutsche Reich ebenfalls. Schlage ich hier erfolgreich und halte ich die Hauptstadt, so wächst vielleicht die Hoffnung bei den Engländern und Amerikanern, daß man unter Umständen doch mit einem Nazi-Deutschland eventuell dieser ganzen Gefahr würde doch noch entgegentreten können. Und der einzige Mann hierfür bin nun einmal ich ...“

Das Oberkommando der Wehrmacht gibt am Montag, dem 30. April 1945 bekannt: „Das heroische Ringen um das Zentrum der Reichshauptstadt hält mit unverminderter Heftigkeit an. In erbitterten Häuser- und Straßenkämpfen halten Truppen aller Wehrmachts Teile, Hitler-Jugend und Volkssturm den Stadtkern, leuchtendes Sinnbild deutschen Heldentums. Am Anhalter Bahnhof, entlang der Potsdamer Straße und in Schöneberg eingebrochener Feind wurde von den tapferen Verteidigern zum Stehen gebracht. Fliegende Verbände warfen unter aufopferungsvollem Einsatz der Besatzungen erneut Munition über der Reichshauptstadt ab.“

Erst am 1. Mai 1945, 22.26 Uhr wird der Öffentlichkeit über den Sender Hamburg mitgeteilt: „Aus dem Führerhauptquartier wird mitgeteilt, daß unser Führer Adolf Hitler heute nachmittag in seinem Befehlsstand in der Reichskanzlei, bis zum letzten Atemzug gegen den Bolschewismus kämpfend, für Deutschland gefallen ist.“

junge Welt, Sonnabend, 24.04.2010, S. 15.

„Todestag der Republik“

Allen Warnrufen zum Trotz: Am 26. April 1925 wird mit Paul von Hindenburg ein Erzreaktionär Reichspräsident

Mit besonderer Sorgfalt hatten die Schöpfer der Weimarer Verfassung an jenen Artikeln gearbeitet, die dem Amt des Reichspräsidenten galten. Dieses wurde, gestützt auf eine Kombination unterschiedlichster Einzelrechte, mit hoher Machtvollkommenheit ausgestattet. Danach besaß der oberste Repräsentant des Staates, oft als „Ersatzkaiser“ bezeichnet, das Recht auf Ernennung und Entlassung des Reichskanzlers sowie der Reichsminister, obgleich sie vom Vertrauen des Reichstages abhängig sein sollten. Er führte den Oberbefehl über die Reichswehr, ernannte Offiziere und Reichsbeamte, hatte Gesetze auszufertigen und zu verkünden. Mit seinem Recht zur Ernennung der Richter konnte er bedeutenden Einfluß auf die Justiz nehmen. Schließlich stand ihm auch das Recht zu, den Reichstag aufzulösen, wann immer ihm dies geboten schien. Die größten exekutiven Befugnisse erwuchsen ihm aus dem Notstandsartikel 48. Für das Schicksal der Weimarer Republik sollten sich die in ihm enthaltenen Ausnahmebestimmungen verhängnisvoll auswirken, vor allem, als es den erstarkten Rechtskräften gelang, den ehemaligen kaiserlichen Generalfeldmarschall Paul von Benneckendorf und Hindenburg (1847-1934) an die Spitze der Republik zu hieven.

Die Kandidatenkür

Der frühe Tod Friedrich Eberts, des ersten und noch von der Nationalversammlung gewählten Reichspräsidenten, machte im Frühjahr 1925 Wahlen erforderlich; drei Monate früher als der ursprünglich vorgesehene Termin. Rasch war der 29. März ins Auge gefaßt, und das trotz einiger Bedenken aus dem Reichsinnenministerium. Doch überwog die Hoffnung, den entflammten Streit zu einem Gesetz über die Stellvertretung des Reichspräsidenten zu überbrücken. Die an der Regierung des Kanzlers Hans Luther beteiligten Parteien – Zentrum, Bayerische Volkspartei, Deutsche Demokratische Partei, Deutsche Volkspartei und Deutschnationale Volkspartei – suchten zunächst nach einer „Sammelkandidatur“. Als Kandidat sollte Reichswehrminister Otto Geßler in Erscheinung treten. Das Auswärtige Amt meldete Bedenken an, hatte doch die französische Presse Befürchtungen publiziert, die politische Leitung Deutschlands würde dadurch in die Hände der Reichswehr übergehen. Zudem spielte die großbürgerlich-katholische Zentrumspartei nicht mit.

Schließlich schickten alle großen Parteien ihre eigenen Kandidaten ins Rennen: Die Deutsche Volkspartei (unterstützt von der Deutschnationalen Volkspartei) setzte auf Karl Jarres, der Jahre zuvor Reichsinnenminister gewesen war und nun als Oberbürgermeister von Duisburg fungierte; die SPD wollte Otto Braun gewählt sehen, der langjährig als preußischer Ministerpräsident gewirkt und im größten deutschen Land erstmalig eine Koalition mit der großbürgerlichen DVP zustande gebracht hatte; die KPD Ernst Thälmann, die Zentrumspartei ihren Vorsitzenden und früheren Reichskanzler Wilhelm Marx, die Bayerische Volkspartei Heinrich Held und die Deutsche Demokratische Partei Willy Hellpach. Völkische und Nationalsozialisten setzten auf Erich Ludendorff.

Wie abzusehen war, konnte keiner der Kandidaten am 23. März die erforderliche absolute Mehrheit erreichen. Die Wahlbeteiligung lag erschreckend niedrig bei 68,9 Prozent und damit weit unter der, die bei den beiden Reichstagswahlen des Jahres 1924 erreicht worden war. Vor allem in den süddeutschen Ländern war der Urnengang gemieden worden; in Niederbayern beteiligten sich gar nur 44 Prozent der Wahlberechtigten. Die Karten mußten neu gemischt werden, und in den Parteizentralen setzte hektische Betriebsamkeit ein. Für kurze Zeit bemühten sich die bürgerlichen Regierungsparteien erneut um einen gemeinsamen Kandidaten, wobei der Name des Reichsgerichtspräsidenten Walter Simons genannt wurde. Allerdings legte

sich der Reichsparteiausschuß des Zentrums bereits am 3. März nachdrücklich fest: Nach „Lage der Dinge“ käme für ihn allein Marx in Frage. Schließlich erschienen nur zwei der bisherigen Kandidaten – Marx und Thälmann – erneut auf der Liste, über die mit einer relativen Mehrheit der abgegebenen Stimmen zu entscheiden die Wähler für den 26. April aufgerufen wurden.

Nationalistische Propaganda

Die SPD zog ihren Bewerber zurück und legte sich auf den Kandidaten der Zentrumspartei fest. Ein Tauschhandel war ausgeheckt worden: Offiziell teilte sie mit, die Sozialdemokratie würde der „Aufstellung des Herrn Marx unter der Voraussetzung zustimmen, daß Herr Otto Braun in Preußen zum Ministerpräsidenten gewählt wird“.

Für den Zentrumsmann warb der „Volksblock“, der auch von DDP und BVP unterstützt wurde. Die Rechtskräfte einigten sich, was wahlrechtlich erlaubt war, auf einen neuen Kandidaten: Zunächst sollte es Jarres sein, doch schwenkte man bald zu Hindenburg um. Der war bereits 1919/20 im Gespräch gewesen, als der Weimarer Republik mit militärischen Mitteln der Garaus gemacht werden sollte. Allerdings hatte er sich nach dem gescheiterten Kapp-Putsch etwas zurückgezogen, nichtsdestotrotz kräftig an seinem Mythos als „Held von Tannenberg“ – da hatte 1914 das Heer seinen einzigen größeren Sieg während des Weltkrieges verbuchen können – gebastelt und sich auf eine tatkräftige Mitwirkung an der „Wiedergeburt Deutschlands“, an einer „nationalen Wiederauferstehung“ vorbereitet. Er hatte keineswegs vor, sich auf ein politisches Altenteil zurückzuziehen, wollte sich allerdings nicht in die Niederungen alltäglicher Politik begeben. Zudem zeigte er sich davon überzeugt, selbst so etwas wie das „letzte Ideal des deutschen Volkes“ zu sein. Seine Anhänger warnte er jedoch vor überstürztem Handeln: Man müsse „in der Stille wirken und die Frucht reifen lassen, ehe man sie zu pflücken versuche“. An seinen Grundauffassungen ließ er keine Zweifel aufkommen. Im Herbst 1923 verlieh er in einem Brief an General Wilhelm Groener seiner Hoffnung Ausdruck, „daß der Parlamentarismus ein baldiges Ende nehmen“ und die „alte Zucht und Ordnung“ wiederkehren mögen.

Selbst Anfang April 1925 ließ er sich noch eine Zeitlang bitten, doch gefiel ihm die Rolle eines „Umworbenen“ durchaus. In seinem Hannoverschen Alterssitz empfing er Militärs, Reichstagsabgeordnete, Parteiführer u.a.m., die ihn hartnäckig beschworen, das Vaterland zu retten. Er folge nur dem „Ruf aller national gesinnten Deutschen“, ließ er zunächst erklären, sagte zu und wieder ab. Doch hinter den Kulissen wurde hart um ihn gerungen. Es war schließlich Großadmiral Alfred von Tirpitz, der im Auftrag der DNVP-Führung erfolgreich mit ihm verhandelte. Schließlich konnte am 8. April offiziell bekanntgegeben werden, daß er kandidieren werde. Rechtzeitig hatte das Reichsgericht noch zuvor verkündet, das von den Alliierten angestrebte Verfahren wegen seiner Kriegsverbrechen sei niedergeschlagen. Auch Bedenken des Auslands wischte der Reichsblock beiseite. In der britischen Presse war die Nominierung Hindenburgs „als Vorspiel zur Restauration der Monarchie“ bezeichnet worden, und in Frankreich verlautete *Echo de Paris*, es handele sich um eine „bedauerliche Ungeschicklichkeit“, die Deutschland schwer zu stehen kommen werde. Zumindest der Reichskanzler schien sich dem nicht entziehen zu wollen. Er erwog Mitte April den Plan, sowohl Marx als auch Hindenburg zu einem Verzicht auf ihre Kandidaturen zu bewegen.

Für die Wahl Hindenburgs hatte sich der der DVP nahestehende Reichsblock formiert, dem außer der DNVP auch die Wirtschaftspartei, die Bayerische Volkspartei und der Bayerische Bauernbund angehörten. Unterstützt wurde er auch von den völkisch-faschistischen Organisationen sowie von führenden Politikern anderer Parteien und nicht zuletzt von Großunternehmen wie Ernst von Borsig. Die antirepublikanischen Wahlfonds scheinen gut gefüllt gewesen zu sein. Der Kandidat profitierte auch von der bereits seit 1921 fließenden Hindenburg-

Spende, die Krupp-Direktor Otto Wiedfeldt organisiert hatte und die, unterstützt von rund 25 Firmen, jährlich mit 5000 Mark – in der Inflationszeit mit sogenannten Dollarschatzanweisungen – die als zu bescheiden eingeschätzte Pension des Generalfeldmarschalls aufwertete.

Die Organisatoren des Reichsblocks veranstalteten zahlreiche Aufmärsche der paramilitärischen Verbände, Fackelzüge und Sportparaden. Flugblätter wurden massenhaft verbreitet, die ausgesprochen nationalistische Töne anschlugen und „überparteiliche“ Sprachregelungen zu erkennen gaben. In einem hieß es u. a.: „Hindenburg ist Deutschland selbst, ist nationales Selbstbewußtsein, Sehnsucht und Erfüllung zugleich. In der Zeit schwankender Unmännlichkeit und tönender Reden klingt der Name Hindenburg fast wie ein Märchen aus den deutschen Abschnitten des Ruhmes zu uns herüber.“ In einem Wahlaufuf des Reichsblocks wurde geworben: „Mit Hindenburg zum Sieg für die Einheit aller Deutschen, für christliche Art und sozialen Fortschritt, für des Vaterlandes Größe und Freiheit!“ Man stellte den Feldherrn als denjenigen heraus, der als einziger in der Lage sei, Klassenfronten und Parteienstreit im innerlich zerrissenen Deutschland zu überbrücken.

Hindenburg trat lediglich bei vier Gelegenheiten selbst in Erscheinung. Am 11. April veröffentlichte er einen inhaltlich belanglosen Text ohne konkrete Aussagen, der in seiner Art eher an die früheren kaiserlichen Osterbotschaften denn an ein Wahlprogramm erinnerte: „Ich reiche jedem Deutschen die Hand, der national denkt, die Würde des deutschen Namens nach innen und außen wahrt und den konfessionellen und sozialen Frieden will.“ Seine Gedanken wiederholte er in einem Interview, das er am 21. April einer Zeitung des US-Presskonzerns Hearst gab, sowie in einer Rundfunkrede unmittelbar vor dem Wahltag. Am 19. April, dem sogenannten Hindenburg-Tag, empfing er in Hannover, wo er seit 1919 als Ehrenbürger der Stadt in einer ihm zum 70. Geburtstag geschenkten Villa wohnte, ein erlesenes Publikum. Bei diesem einzigen öffentlichen Auftritt teilte er u. a. mit, weder im Rollstuhl noch auf einer Kanone zu fahren. Ersteres sollte wohl die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit des Achtundsiebzighjährigen belegen, Letzteres vor allem dem Ausland zeigen, daß er keine auf einen neuen Krieg zielende Politik betreiben werde und gleichsam selbst „entmilitarisiert“ sei.

„Triumph der mulmigsten Reaktion“

Neben den warnenden Stimmen der Arbeiterparteien gab es auch solche aus pazifistischen, liberalen Kreisen, aus den republikanisch gesinnten Teilen des Bürgertums. Die Vossische Zeitung prangerte Hindenburg als „Marschall des Bürgerkrieges“ und als „Revanchepolitiker“ an. Maximilian Harden, ein linksdemokratischer Publizist, sprach von einem „Stückchen Barbarentum“, das in Hindenburg zu wittern sei. Kurt Tucholsky schrieb am 17. April in der Zeitschrift Die Menschheit: „Hindenburg ist: Preußen. Hindenburg ist: Zurück in den Guts-hof, fort aus der Welt, zurück in die Kaserne. Hindenburg bedeutet: Krach mit aller Welt, durchaus begründetes Mißtrauen des Auslands, insbesondere Frankreichs gegenüber Deutschland. Hindenburg ist: Die Republik auf Abruf. Hindenburg bedeutet: Krieg. Man soll nicht nur gegen ihn stimmen. Man soll auch sagen, was ist, und eine Gesinnung verwerfen, die schon einmal den geistigen Niederbruch des Landes herbeigeführt hat.“

Doch solche und viele andere Befürchtungen spielten für einen großen Teil der Deutschen keine Rolle. Hindenburg siegte am 26. April 1925 im zweiten Wahlgang mit 48,3 Prozent der gültigen Stimmen, d. h. er war nur von knapp 37 Prozent aller Wahlberechtigten gewählt worden. Rund 900.000 Stimmen, d. h. drei Prozentpunkte betrug der Vorsprung vor Marx. Allerdings hatten letzterem fast drei Millionen Wähler mehr als den drei rechten Kandidaten des ersten Wahlgangs – Jarres, Held und Ludendorff – zugebilligt. Die Hochburgen seiner Wählerschaft lagen in den ost- und norddeutschen Kernlanden des protestantischen Konservatismus. Indessen hatte er auch in nennenswertem Ausmaß Stimmen süd- und westdeutscher Katholiken auf sich ziehen können, wofür die Entscheidung der BVP, für ihn und nicht für

Marx zu stimmen, besonders hilfreich gewesen ist. Thälmann kam auf 6,4 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 77,6 Prozent, also wesentlich höher als zuvor.

Den Organisatoren der Hindenburg-Kandidatur war es gelungen, Kräfte über die der bürgerlichen Parteien hinaus zu mobilisieren: Lokale Schützen- und Sportvereine und unterschiedlichste Zusammenschlüsse städtischer Mittelschichten, die alle in einem bürgerlich-nationalistischen Gemeinschaftsgefühl Front insbesondere gegen die Parteien der Arbeiterbewegung gemacht hatten. Nach der Wahl galt deren Ergebnis dem aufrechten Weltbühne-Publizisten Carl von Ossietzky als Triumph der „mulmigsten Reaktion im Innern“. Der DDP-Politiker und Diplomat Graf von Bernstorff bezeichnete den 26. April 1925 gar als „Todestag der Republik“. Am 12. Mai erfolgte Hindenburgs Vereidigung vor dem Reichstag.

Gegen das Parlament

Mit Hindenburgs Reichspräsidentschaft setzte eine deutliche Rechtsentwicklung und ein „stiller Verfassungswandel“ ein, wie nicht allein DDR-Wissenschaftler, sondern auch Historiker der BRD festgestellt haben. An der Spitze des Weimarer Staates stand nun ein Mann, dessen hochgepuschtes Ansehen aus Vorkriegs- und Kriegszeiten stammte, der Demokratie und Parlamentarismus sowie dem Parteienwesen alles andere als zugetan war, der im Grunde ein monarchistisch-vorrepublikanisches Deutschland verkörperte. Sein Amtsantritt öffnete jenen Kreisen, denen Hindenburg entstammte – Militär und Großlandwirtschaft –, weit die Türen zur Schaffung einer einflußreichen Kamarilla, deren Macht sich deutlich gegen den Reichstag richtete. Von diesem Amt aus sollten – so schrieb der Historiker Detlev Peukert – „fortan immer wieder offene und verdeckte Versuche ausgehen, die politische Achse der Republik nach rechts zu verschieben, die Elemente autoritärer Regierungsweise zu verstärken und so mittelfristig die Voraussetzungen für eine entsprechende Verfassungsänderung zu schaffen“.

Von einer überparteilichen Ausübung der Reichspräsidentschaft konnte beim besten Willen keine Rede sein. Das Präsidialamt entwickelte sich zunehmend zu einer politischen Gegenmacht zum Parlament. Die dem Reichspräsidenten in der Verfassung zugesprochenen umfangreichen Machtbefugnisse und die Autorität, die er in der Öffentlichkeit genoß, sahen sich in den Dienst jener Rechtskräfte gestellt, denen sich Hindenburg wegen seiner gesellschaftlichen Bindungen und politischen Anschauungen eng verbunden fühlte. Von „grauen Eminenzen“ umgeben und von ihnen abhängig, agierte er selbst als Teil einer einflußreichen Kamarilla, ohne bloß deren Marionette zu sein. In starkem Maße blieb er der verflochtenen Hohenzollernmonarchie verpflichtet, auch wenn er den Anschein erwecken wollte, sich „pflichtschuldig“ an die Verfassung zu halten: In „schwierigen Momenten“, so bemerkte er gelegentlich, habe er sich stets das auf seinem Schreibtisch postierte Bild des Exkaisers angesehen und sich gefragt: „Wie würde der allerhöchste Herr wohl in diesem Fall entschieden haben?“

Erneut waren, als Hindenburg das Amt des Reichspräsidenten antreten durfte, Weichen zu Verfassungsbruch und nationalistisch-autoritärer Zerstörung der Weimarer Republik gestellt worden. Auf dieser lastete das Staatsoberhaupt wie eine schwere Hypothek. Sie wurde fällig am 30. Januar 1933.

Das Ergebnis des ersten Wahlganges am 23. März 1925:

Karl Jarres 38,8 %

Otto Braun 29,0 %

Wilhelm Marx 14,5 %

Ernst Thälmann 7,0 %

Willy Hellpach 5,8 %

Heinrich Held 3,7 %

Ernst Ludendorff 1,1 %

Aus dem Aufruf des SPD-Parteivorstands vom 9. April 1925:

„Die Kandidatur Hindenburgs ist eine Gefahr für den Frieden! Maßloses Unglück brächte diese Wahl für das gesamte deutsche Volk. Die deutsche Währung wird aufs neue gefährdet. Wer Hindenburg wählt, der stimmt für eine neue Inflation.“

Joseph Goebbels schreibt am 27. April 1925 in sein Tagebuch:

„Hindenburg mit 900.000 vor Marx gewählt. [...] Es ist eine Etappe zum Endziel. Nicht mehr und nicht weniger. Hindenburg soll leben!“

Die konservative, der Zentrumsparterie nahe stehende Kreuzzeitung urteilte am 5. Mai 1925:

„Wir haben zwar keinen Kaiser mehr, der Repräsentant des deutschen Volkes ist aber nicht mehr identisch mit dem Repräsentanten der Revolution im November 1918. Es steht vielmehr ein Führer an der Spitze des Reiches, der, hervorgewachsen aus preußisch-deutscher Geschichte, sie verkörpernd und bewahrend, in eine bessere Zukunft weist.“

Der Zentrumsolitiker Franz von Papen notierte in seinem Tagebuch:

„Es herrscht wieder Würde und Feierlichkeit im Reichspräsidenten-Palais.“

Aus einem Aufruf der Exekutive der Kommunistischen Internationale:

„Hindenburg wurde zum deutschen Reichspräsidenten gewählt. Die friedliche, demokratische und unblutige Evolutions,taktik‘ hat Hindenburg auf den Thron gesetzt. Noske und Ebert gebären Hindenburg, den Vorläufer der neuen Hohenzollernherrschaft. (...) Die Kommunisten können nicht auf dem Standpunkt stehen, daß für uns die Frage: Monarchie oder bürgerliche Republik, gleichgültig sei. Die Kommunisten sind in dieser Frage nicht gleichgültig, sondern stellen sich an die Spitze des wirklichen Kampfes gegen die monarchistische Gefahr.“

Elard von Oldenburg-Januschau, ein deutschnationaler Großagrariar und zu Hindenburgs Kamarilla gehörig, konstatierte 1936 in seinen Memoiren rückblickend:

„Es ist gegenwärtig nicht genug Abstand zur Zeit der Reichspräsidentschaft Hindenburgs vorhanden, um Einzelheiten aus diesen Jahren zu erzählen. Allgemein kann ich aber sagen, daß mein Versuch der Einflußnahme auf Hindenburg getreu meiner alten Linie auf eine Be-seitigung des Parlamentarismus und Herstellung einer Diktatur hinzielte. Diese Versuche waren in den ersten Jahren zum Scheitern verurteilt. Erst später, als die Entwicklung sich selbst ihren Weg gesucht hatte und die Beschlüsse des Reichstages durch Notverordnungen abgelöst waren, war das erste Eis gebrochen.“

junge Welt, Montag, 26.04.2010, S. 10.

Pardon, wir gratulieren

Dem Historiker Kurt Pätzold zum 80.

[Mitautorin: Erika Schwarz]

Wie bitte? Kurt Pätzold feiert heute seinen 80. Geburtstag? Wer ihn kennt, sein engagiertes Auftreten erlebt, seine jüngst veröffentlichten Publikationen liest ... – da werden sich mit uns wohl viele seiner Freunde und Kollegen fragen: Kann das stimmen? Doch, es ist so! Pätzold kam am 3. Mai 1930 in Breslau auf die Welt und ist seitdem einen erstaunlichen Lebensweg gegangen, mit einigen Tiefen und noch mehr Höhen. In seinem Erinnerungsband „Die Geschichte kennt kein Pardon“, vor einem Jahr bei edition ost erschienen, kann das alles nachgelesen werden.

Beeindruckend ist die überströmende Fülle seines Wissens, das er sich im genauen Studium von Literatur und Quellen angeeignet hat. Mehr noch gilt ihm das Zeitgeschehen, das er wachen Auges verfolgt und dessen er sich im besten Sinne des Wortes parteilich annimmt. Jeder kann sehen, wo und auf wessen Seite Pätzold steht. Seit seinem Geschichtsstudium an der Jenaer Friedrich-Schiller-Universität befaßt er sich mit dem verhängnisvollen Wirken jener Kräfte, die sich im 20. Jahrhundert dem historischen Fortschritt in den Weg stellten, indem sie die Ergebnisse des Ersten Weltkrieges zu revidieren trachteten, den parlamentarisch-demokratisch verfaßten Weimarer Staat zerstörten und eine massenmörderische Diktatur errichteten. Sein Blick galt dem Weg, den die deutschen Faschisten – sich selbst als „Nationalsozialisten“ tarnend – im Bunde mit den großbürgerlichen und militärischen Eliten in den Zweiten Weltkrieg gegangen sind.

Seine Sicht auf die Wurzeln des Faschismus erwächst aus einer komplexen Kenntnis von Strukturen und Entwicklungssträngen der kapitalistischen Gesellschaft. Dennoch treffen gerade ihn nicht jene Vorwürfe einer „ökonomistischen“ Deutung des Faschismus, die seit eh und je gesellschaftskritischen, erst recht marxistischen Historikern gemacht worden sind und wider besseres Wissen auch immer noch erhoben werden. Ein unvoreingenommener Blick in seine biographischen Arbeiten über Adolf Hitler, Rudolf Heß, Julius Streicher, Hans Frank, Alfred Jodl oder Arthur Seyß-Inquart genügt, ebenso die Kenntnis des von ihm gemeinsam mit anderen herausgegebenen Bandes „Biographien zur deutschen Geschichte“ oder auch der Publikationen zur Geschichte der NSDAP.

Unter den Faschismusforschern der DDR gehörte er zu den wenigen, die sich intensiv mit der nationalsozialistischen Ideologie und insbesondere der Judenverfolgung befaßten. Mehrere Publikationen bezeugen sein Geschick, tief in das Geschehene einzudringen, es darzustellen und die Ursachen zu verdeutlichen. Der ersten größeren Arbeit „Faschismus Rassenwahn Judenverfolgung. Eine Studie zur politischen Strategie und Taktik des faschistischen deutschen Imperialismus (1933-1935)“ folgten die Bände „Verfolgung Vertreibung Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933 bis 1942“, „Pogromnacht 1938“, „Tagesordnung Judenmord. Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942“, „Auschwitz war für mich nur ein Bahnhof. Franz Novak, der Transportoffizier Adolf Eichmanns“.

Vor 20 Jahren vollzog sich ein tiefer Einschnitt in Pätzolds Leben. Wie viele andere verlor er seine Anstellung an einer Universität. Die Begründung war abenteuerlich und wohl dennoch bewußt gewählt. Sie sollte ihn und mehr noch sein Geschichtsverständnis treffen. Sein eindeutiges, treffendes Urteil: „Die Geschichte der ‚Erneuerung‘ der ostdeutschen Hochschulen ist von ihrem Anbeginn bis in ihre spätere Darstellung durch an ihr Beteiligte und Unbeteiligte auch eine Geschichte von Ignoranz, Fälschung und Heuchelei.“

Es ist nicht gelungen, Pätzold verstummen zu lassen. Im Gegenteil. Noch deutlicher als zuvor, noch intensiver und umfangreicher tritt er in Erscheinung, das Instrumentarium kritisch-

dialektischer Analyse glänzend beherrschend. Zwar hat man an ihm demonstriert, daß „Sieger der Geschichte“ kein „Pardon“ kennen, auch wenn noch so sehr von Pluralismus und angeblicher Freiheit der Wissenschaft getönt wird. Dem hat der Jubilar entgegengesetzt: „Es wird eines Tages zur Kasse gebeten!“

Immer hat er seine Zeit nicht nur kontemplativ betrachtet, sondern auch mit dem Ziel, sie zu bewegen. Eine andere Welt als die kapitalistisch geprägte, ein menschlicheres Zusammenleben zu gewinnen, kann als innere Triebkraft seines Strebens und Wirkens verstanden werden. Er gehört zu jenen, denen es in der 1990 vergrößerten BRD gelungen ist, auch außerhalb des verwehrten Platzes im offiziellen Wissenschaftsbetrieb Gehör zu finden. Mitunter wird das, was kritische Intellektuelle heutzutage leisten, als „zweite“ deutsche Wissenschaftskultur benannt – eine überzogener Begriff, wenn es um Wirkungsmöglichkeiten geht, berechtigt aber als Bezeichnung für Sichtweisen, die in striktem Gegensatz zum „verordneten“ antisozialistischen und totalitarismustheoretischen Denken stehen.

Es gibt nur wenige Städte im Osten oder Westen Deutschlands, in denen Pätzold noch nicht referiert hat. Oft sucht ein jüngeres Publikum nach seinen Vorträgen das Gespräch. Ihm geht es dann immer auch um eine kritisch-kreative Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR. Stets richtet sich seine Argumentation gegen die Totalitarismustheorie, mit der der offensichtliche Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus ausgeblendet werden soll.

Wir hatten das Glück, über Jahrzehnte mit Pätzold zusammenzuarbeiten. Erlebt haben wir ihn als kenntnisreichen und lernbegierigen, anregenden und problembewußten Partner. Wir lernten ihn auch kennen als einen, dem Fehlerhaftes, Stilloses und Selbstherrliches ein Grauen ist, der sich einer strengen Arbeitsdisziplin unterwirft, ohne die seine Publikationsliste nie so umfangreich hätte werden können. Wer auch immer sich an ihn wendet, lernt seine kritische, zugleich produktive Hilfsbereitschaft schätzen. Wir gratulieren Kurt Pätzold auch im Namen vieler Weggefährten, Kollegen und Freunde zum 80., und sagen hoffnungs- und erwartungsvoll: Ad multos annos!*

junge Welt, Montag, 03.05.2010, S. 12.

* Auf viele Jahre.

Philosophie der Umkehrung

Die Niederlage des Hitlerregimes 1945 – total, aber auch nachhaltig?

65 Jahre sind seit dem Sieg der Alliierten über das Hitlerregime und der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus vergangen. Dessen Niederlage geriet total, auch als Ergebnis seiner eigenen totalen Kriegsführung. Die nationalsozialistische Partei und viele ihrer Teilorganisationen wurden verboten, die massenhaft begangenen Verbrechen am Frieden und im Krieg völkerrechtlich geahndet. In allen Teilen Deutschlands entstanden vielfältige, im einzelnen sehr unterschiedliche Voraussetzungen, um dem Schwur der Überlebenden des KZ Buchenwald zu verwirklichen: „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“

Erfolgreich? Zumindest zwiespältig muss eine Antwort ausfallen. In all den 65 Jahren nach dem 8. Mai 1945 hat sich brauner Ungeist entäußern können, relativ unabhängig von grundgesetzlichen Vorgaben und mancherlei Verbotsmaßnahmen gegen allzu forsch agierende Gruppierungen einerseits und ebenso trotz prahlerischer Versicherungen andererseits, er sei für alle Zeiten überwunden. Diese Aufarbeitung des absoluten Tiefpunktes deutscher Geschichte setzte so hüben wie drüben Nachfolgern und Nachahmern der Nazis Schranken, versperrte jedoch nicht sämtliche Freiräume für deren Bemühungen um eine Revitalisierung des „Nationalsozialismus“.

Im östlichen Teil Deutschlands wurde rigoros vorgegangen, doch mit der Vernichtung kapitalistischer Wurzeln nicht zugleich ein dauerhaft wirkungsvolles und überzeugungsstarkes antifaschistisches Gegenbild geschaffen. In westdeutschen Gefilden blieb der gesellschaftliche Boden jenem gleich, auf dem der Nazismus hatte gedeihen und sich entfalten können. Hinzu kommt, dass generell einmal gewonnene geschichtliche Erfahrungen, Herrschaftserfahrungen zumal, im Verlauf der Geschichte kaum verloren gehen. Sie verbleiben im Gedächtnis derer, die sie in die Welt gebracht haben, und das über lange Zeiten hinweg. Anreiz und Antrieb, die Bewältigung von sozialen und anderen Krisen- und Bedrohungszuständen mit Hilfe eines modifizierten oder partiellen Rückgriffs auf Praktiken der Faschisten zu versuchen, existierten stets, mal stärker, mal in schwächerem Maße. Auch das generell abgewiesene Erbe des Faschismus wurde und wird von manchen Kräften durchaus auf neuerliche Verwendbarkeit durchgesehen und getestet.

Am rechten Rand der Gesellschaft gab es nach 1945 zunächst ein „Weiter-so“ orthodoxer Nazis, die über „Rattenlinien“ oder dank gnädiger Richter-Kumpane davongekommen waren, des Weiteren auch – und dies mit wachsendem Gewicht – neuartige Bemühungen jüngerer Bewunderer einer vermeintlichen Herrlichkeit des „Dritten Reiches“ und der angeblich heldenhaften Taten seiner kriegserischen Truppen. Die Einbindung des Umgangs mit Schuld und Verantwortung in den Kalten Krieg ließ neonazistische Kräfte üppig wuchern und bald auch in die „Mitte“ eindringen. Vor allem das totalitarismustheoretische Denken bot wenig Raum für ernsthaftes Bestreben, dem Neonazismus jeglichen Boden zu entziehen. So folgten in der BRD dem 1952 ausgesprochenen Verbot der Sozialistischen Reichspartei intensive Bemühungen, mit der VVN auch die Organisation der Antifaschisten zu verbieten. 1956 erging das Verbot der KPD; formell übrigens bis heute nicht aufgehoben.

Erst in den Zeiten, in denen die Rede von friedlicher Koexistenz und Entspannung zwischen den beiden Weltsystemen ging, sowie unter dem Zwang, sich in einer westlichen Allianz dem kritischen Nein der Siegermächte zur Wiederbelebung des Nazismus beugen zu müssen, konnte in der BRD eine breitere Zustimmung für eine Verurteilung dessen verbrecherischen Charakters entstehen. Mit den „68ern“ gewann der kritische Blick auf die braune Barbarei an Schärfe und Kontur. Es dauerte dann indessen doch noch fast noch zwei Jahrzehnte, bis Bundespräsident Richard von Weizsäcker in einer bewegenden Rede den 8. Mai 1945 als einen

Tag der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus bezeichnete und dem gleichsam regierungsoffiziell zugestimmt worden ist. Political correctness – in dieser Formel spiegeln sich seither ein genereller Abscheu gegenüber den NS-Verbrechen, weitgehende Ablehnung diktatorischer Herrschaftsformen sowie von Rassismus, Antisemitismus und Neonazismus.

Wirkungsvolle Maßnahmen gegen die Neonazis blieben auch nach 1989/90 aus. Obgleich es zu einen besorgniserregenden Aufschwung fremdenfeindlicher, rassistischer und rechtsextremer Kräfte kam, steht bis zum heutigen Tag ein Verbot der NPD aus. Stattdessen verstärken sich in jüngster Zeit geschichtsrevisionistische Bemühungen. Alltägliche Medien- Realität besagt: Aus den faschistischen Tätern sollen Opfer werden, aus den Kriegsentfesselern und Völkerrechtsverletzern Friedenssüchtige, und umgekehrt aus Antifaschisten solche werden, die „eigentlich“ schuldig gewesen seien.

Dennoch kann es unter den gegenwärtigen Bedingungen kein Interesse ökonomisch und politisch Mächtiger geben, ein Bündnis mit neuen Nazis und diesen ähnelnden Kräften anzustreben. Doch wie sieht eigentlich die Interessenlage regierender Parteien (ob von Mövenpick oder Auto-Industrie gefördert) unterhalb der offiziell gewährten Bündnisschwelle und eigener verbaler Bekundungen aus? Viele Fragen tun sich da auf. Handelt es sich nicht doch um indirekte Hilfe und strukturelle Förderung, wenn eine Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik betrieben wird, die tagtäglich Munition für nationalistische und rassistische Demagogie bietet? Was bewirkt es, wenn das dringend erforderliche Verfahren für ein Verbot der NPD behindert und der deutschen Justiz zu großer Spielraum in der Auslegung an und für sich eindeutiger Gesetzeslage gewährt wird? Wem hilft es, wenn die Mittel für den Kampf gegen den Rechtsextremismus zunehmend beschnitten werden, den Kommunen rechtliche und materielle Hilflosigkeit gegenüber allen neuen Formen im Alltagshandeln von NPD und ihren Hilfstruppen zudiktiert wird? Wohin kann es führen, wenn macht- und profilsüchtige CDU-Mitglieder von der Notwendigkeit eines neuen nationalen Selbstverständnisses ausgehen und zugleich behauptet wird, die Gefährdungen der Gesellschaft kämen auch oder sogar hauptsächlich von den Linken oder von islamistischen Terroristen? Und wenn dies mit einer Art präventiver Kriminalisierung verknüpft sowie ausgesprochen nazifreundliche Aktionen von Polizei und Justiz begleitet wird? Wenn neue regionale Rechtsaußenformationen sich als „Bürgerbewegung“ maskieren und einen religiös verschleierte Kulturkampf entfachen, der Staat jedoch diesen bürgerschaftlichen Mogelpackungen und den populistisch-rassistischen Demokratieverletzungen wenig entgegensetzt? Für den Rechtsextremismus förderlich dürfte auch sein, dass zunehmend Kriegsgegner – gleich aus welcher politischen Richtung oder auch aus bishöflichem Munde – erneut Beschimpfung und Bedrohung erfahren, selbst wenn sie lediglich nach Auswegen suchen oder Kriege als das bezeichnen, was sie nun einmal sind: unmenschlich, roh, abscheulich, mörderisch.

Die Reihe solcher Fragen kann sicher beliebig erweitert werden. Gerade in den Debatten um den 65. Jahrestag der Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus sind erhellende Antworten zu suchen.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 15./16. Mai 2010, S. 22.

Das Reichsarbeitsdienstgesetz vom 26. Juni 1935 und seine lange Vorgeschichte

Wortreich verkündete die Führung Hitlerdeutschlands am 26. Juni 1935, es sei ein neues Gesetz beschlossen worden, auf dessen Grundlage künftig der bis dahin noch als ein „freiwilliger“ benannte Arbeitsdienst im Sinne des braunen Regimes geregelt werden solle. In vier Punkten bestimmte der erste Paragraph Anliegen und Ziel der neuen faschistischen Organisation: „(1) Der Reichsarbeitsdienst ist Ehrendienst am Deutschen Volke. (2) Alle jungen Deutschen beiderlei Geschlechts sind verpflichtet, ihrem Volke im Reichsarbeitsdienst zu dienen. (3) Der Reichsarbeitsdienst soll die deutsche Jugend im Geiste des Nationalsozialismus zur Volksgemeinschaft und zur wahren Arbeitsauffassung, vor allem zur gebührenden Achtung der Handarbeit erziehen. (4) Der Reichsarbeitsdienst ist zur Durchführung gemeinnütziger Arbeiten bestimmt.“

In der Tat, um hehre Formulierungen waren die Propagandameister des braunen Regimes niemals verlegen, wie sich erneut in der Beschönigung und im Vertuschen der vorherrschenden Anliegen des Gesetzes über den *Reichsarbeitsdienst* (RAD) zeigte. Mit keinem Wort wurde dessen militärischer Zweck angegeben, doch gerade dieser hatte in der langen Geschichte der Bemühungen um den Arbeitsdienst stets eine zentrale, wenn nicht sogar eine ausschlaggebende Rolle gespielt: Arbeitsdienstpflicht und Wehrpflicht stellten stets zwei Seiten eines Spiegels dar. Ein anderes Anliegen tauchte hingegen unverblümt im Gesetzestext auf, allerdings erst in dessen Mitte. Da legte der Paragraph 14 apodiktisch fest, daß die Zugehörigkeit zum *Reichsarbeitsdienst* „kein Arbeits- oder Dienstverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts und des § 11 der Fürsorgepflichtverordnung“ begründen würde. Eine Formel, die arbeitsrechtliche Gesetze und Vorschriften über den Arbeitsschutz sowie das Betriebsräte- und Arbeitsgerichtsgesetz sowie das Recht auf Unterstützung im Falle einer Erkrankung außer Kraft setzte. Dahinter verbarg sich nur notdürftig das Ziel: Jugendliche untertariflich und so billig wie möglich hohe Arbeitsleistungen erbringen zu lassen, noch dazu unter Zwang und einschüchternder militärischer Disziplin.

Alle weiteren Paragraphen – 27 an der Zahl – bestimmten Details der Führungsstrukturen sowie die Pflichtgebote der Mitgliedschaft. Ihrer Dienstpflicht hatten von nun an alle männlichen Jugendlichen nach dem vollendeten 18. Lebensjahr bis spätestens zur Vollendung des 25. Lebensjahres nachzukommen. Für die weibliche Jugend war eine gesonderte Regelung vorgesehen; die gesetzliche Einführung ihrer Arbeitsdienstpflicht erfolgte erst 1939. Das Gesetz sprach stets von „allen“ Jugendlichen, doch es enthielt bezeichnende Ausnahmen: Nach § 7 sollte ausgeschlossen werden, „wer nichtarischer Abstammung ist oder mit einer Person nichtarischer Abstammung verheiratet ist.“ Sollte es Einzelfälle mit „wehrwürdigen Nichtariern“ geben, dürften diese jedoch keinesfalls als „Vorgesetzte“ eingesetzt werden

Ausgangspunkt: Erster Weltkrieg

Das Gesetz vom 26. Juni 1935 hob alle bislang in Deutschland geltenden Regelungen für den als „freiwillig“ bezeichneten Arbeitsdienst auf. Von „Freiwilligkeit“ las man in ihm nur ein einziges Mal: Wer wolle, könne auch „zu einem früheren Zeitpunkt“ dem RAD beitreten. Wer aber von Arbeitsdienstpflichtigen und Arbeitsdienstfreiwilligen eine Freiheitsstrafe von mehr als 30 Tagen Dauer erhalte, müsse diese Zeit zusätzlich „dienen“.

Mitte 1935 hatte damit ein langer Kampf reaktionärer Kräfte gegen das von Liberalen, bürgerlichen Demokraten und zum Teil auch von Sozialdemokraten vertretene Prinzip der freiwilligen Arbeitsleistung seinen Abschluß gefunden. In seinem Sinne waren in den Arbeitslagern Ideale der bündischen Jugend sowie der Reformpädagogik nicht nur gepriesen, sondern weitgehend auch praktiziert worden: Selbsterziehung und Selbstverwaltung, Kameradschaftserleb-

nis und Naturverbundenheit, identitätsstiftende Arbeitsaufgaben. Hier wurde ein gemeinschaftliches Lebensgefühl angestrebt, die Frage nach dem wirtschaftlichen Nutzen zumeist als ein Teil des gesamten Anliegens verstanden. Mitunter verstanden die Organisatoren von Arbeitslagern deren Schaffung und Tätigkeit auch als Protest gegen die bestehenden sozialen Verhältnisse. Doch solchen politisch-pädagogischen Zielsetzungen standen stets lautstark erhobene Forderungen nach der Einführung einer generell gültigen Arbeitsdienstpflicht gegenüber.

Den ersten größeren und zugleich wegweisenden Schritt in diese Richtung hatte bereits das wilhelminische Regime während des Ersten Weltkrieges getan. Am 5. Dezember 1916 trat – dank einer Initiative der Obersten Heeresleitung – das „Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst“ in Kraft. Es hob das Recht auf eine freie Wahl des Arbeitsplatzes auf und verpflichtete alle Männer zwischen dem 17. und dem 60 Lebensjahr, welche nicht zur Armee eingezogen worden waren oder nicht vor 1916 in einem agrarischen oder forstwirtschaftlichen Betrieb gearbeitet hatten, in der Rüstungsindustrie oder in einem kriegswichtigen Betrieb zu arbeiten. Die Leitung des „vaterländischen Hilfsdienstes“ oblag dem preußischen Kriegsministerium, das eigens zu diesem Zweck ein „Kriegsamt“ eingerichtet hatte. Ihm unterstand auch eine Frauenarbeitszentrale.

Konservative und militaristische Kräfte griffen nach dem Ende des Krieges rasch darauf zurück. Sie schufen bereits in den ersten Jahren der Weimarer Republik zahlreiche Verbände und organisierten Arbeitslager. Neben deren ökonomischer Funktion – vorwiegend ging es um Bau- und Erdarbeiten, Bodenmeliorationen, land- und forstwirtschaftliche Saisonarbeiten u. ä. m. – waren sie in der Regel auch gedacht als Äquivalent für den Verlust der allgemeinen Wehrpflicht und ausgerichtet auf das Ziel, ein Ersatz- und Ergänzungspotential für die auf ein kleines Berufsheer reduzierte Reichswehr zu schaffen. Vielfach wurden auch die einzelnen Arbeitsvorhaben bewußt an Aufgaben der „Landesverteidigung“ ausgerichtet. Führende Militärs begannen im Juni 1919, aus den zu entlassenden Angehörigen jeder Reichswehrbrigade „Arbeitsbataillone“ und „Freikorps der Arbeit“ zu formieren. Diese neuen paramilitärischen Verbände wurden am Ende des Jahres zu einem *Reichsverband gemeinnütziger Arbeitsgenossenschaften* zusammengefaßt. Darüber hinaus schufen Militärs – wohlwollend unterstützt vom Reichsinnenministerium, dem Auswärtigen Amt und dem *Reichsverband der Deutschen Industrie* – im Juli 1920 mit der *Arbeitswehr* einen Verein, der den Gedanken einer Arbeitsdienstpflicht verbreiten half und unter wechselnden Bezeichnungen („Nährdienstpflicht“, „Wirtschaftsdienstpflicht“, „Volksdienstpflicht u. ä. m.) konkrete Programme für die „geistige, körperliche und wirtschaftliche Erziehung“ der deutschen Jugend erarbeitete.

Alle, die in den Reihen der rechten Parteien und Vereinigungen Rang und Namen besaßen, traten darüber hinaus mit Plänen und Memoranden, Vorschlägen und Anregungen in Erscheinung. Sie verfolgten alle das Ziel, jugendliche Erwerbslose „durch die Staatsgewalt einem gemeinnützigen Arbeitsdienst“ zu unterwerfen, um sie vor „volkssittlicher Gefahr, Unbotmäßigkeit und politischem Radikalismus“ zu bewahren, wie es beispielsweise der Augsburger Stadtrat im November 1923 vorschlug. Dabei tat sich besonders der deutsch-nationale *Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten* hervor. Im *Jungdeutschen Orden* – geführt von Artur Mahraun – entstand 1924 der Plan, an die Stelle der nicht durchführbaren Wehrpflicht eine Arbeitsdienstpflicht einzuführen, die sich sogar über zwei Jahre erstrecken sollte. Dabei ging es nicht allein um das Herausziehen von einer Million jugendlicher Arbeitskräfte aus der so genannten freien Wirtschaft, sondern auch um die Schaffung eines Führerkorps im Arbeitsdienst, in dem Offiziere der auf 100.000 Mann beschränkten Reichswehr Unterschlupf und die Möglichkeit weiterer „berufsorientierter“ Tätigkeit finden konnten.

In den Jahren der Weltwirtschaftskrise und der rasch wachsenden Arbeitslosigkeit nahm die Arbeitsdienstpflicht überwiegend staatlichen Charakter an. Mit der Brüningsschen Notverord-

nung vom 5. Juni 1931 wurde der *Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung* die Förderung und Finanzierung der Träger freiwilliger Arbeitsdienstorganisationen übertragen. Dies ging Hand in Hand mit einem generellen Abbau sozialpolitischer Leistungen des Staates für Arbeitslose und Personen, die von Krisenunterstützung und Wohlfahrtshilfe leben mußten. Leistungen und Unterstützungsdauer wurden 1932 unter der Kanzlerschaft Franz von Papens weiter eingeschränkt, die finanziellen Ausgaben mehr und mehr auf die kommunale Ebene verschoben. Die persönliche Notlage, in der sich viele arbeitslose Jugendliche befanden, bewirkte ihre Bereitschaft zur Arbeit im FAD, der in dieser Hinsicht einen „verschleierte“ Zwangscharakter annahm.

Die Schritte hin zu einem fest gefügten System der Jugendzwangsarbeit gerieten immer kürzer. Faktisch wurde das Prinzip der Freiwilligkeit unterlaufen, unter anderem auch mit der Androhung, die Wohlfahrtsunterstützung oder andere Leistungen zu streichen. Forderungen nach einem Verbot von „Arbeitsleistungen, die nicht tariflich entlohnt werden“ und von „Zwangsarbeit“, wie sie die KPD unter anderem in ihrem Arbeitsbeschaffungsprogramm erhob, verhallten ungehört. Die Arbeitslagerbewegung geriet während der Weltwirtschaftskrise zu einem Instrument des umfassenden Sozialabbaus. Die Befürworter der Arbeitsdienstpflicht, die sich in einer *Reichsarbeitsgemeinschaft für Deutsche Arbeitsdienstpflicht* (Rada) formierten, hofften auf die Abschaffung des Prinzips der Freiwilligkeit in einer „neuen Ära“. Diese begann schließlich auch für den Arbeitsdienst mit dem 30. Januar 1933.

Nazistische Pläne

Wie konnte es anders sein – die Partei der deutschen Faschisten setzte sich entschieden für eine generelle Durchsetzung des Pflichtgedankens im Arbeitsdienst ein. Hitler ernannte 1931 Konstantin Hierl, einen früheren Oberst der Reichswehr, zu seinem „Beauftragten für den Arbeitsdienst“. Nationalsozialistische Arbeitsdienstvereine errichteten Arbeitslager, teils mit Unterstützung der SA, teils aber auch von dieser argwöhnisch beobachtet. Wo vor 1933 Nazis bereits regieren konnten, organisierten sie eine faktische Verstaatlichung des Freiwilligen Arbeitsdienstes. In der fränkischen Stadt Coburg schuf die NSDAP eine Art Modell für ihre spezifischen Vorstellungen und erhob zum obersten Grundsatz das Motto: „Keine Wohlfahrtsunterstützung ohne Arbeit“ und verbrämt mit der Floskel, Arbeitsdienst sei die „soziale Schule der Nation“. Der Bezug von Sozialleistungen wurde direkt an die Bereitschaft der Betroffenen geknüpft, widerstandslos und strafbedroht zu öffentlicher Arbeit herangezogen zu werden. Für ihren Einsatz im Straßen- und Siedlungsbau und bei Steinbrucharbeiten erhielten die „unfreiwilligen“ Arbeitsdienstleistenden 21 Mark pro Woche; davon allerdings nur 3,50 Mark auf die Hand. Alles andere Geld wurde für Verpflegung, Quartier, Heizung und Versicherungen einbehalten, der Rest einem Sparkonto gutgeschrieben, dessen Grenze bald von 180 auf 80 Mark sank. Im Grunde half das Coburger Arbeitslager, das städtische Sozialsystem mit zu finanzieren. Der paramilitärische Charakter des Lagers trat in Struktur und Tagesablauf, in der Kasernierung und im militärischem Drill deutlich hervor. Wer am Lager teilnahm, hatte sich „zu unbedingtem Gehorsam“ zu verpflichten, Disziplinverstöße fanden strenge Bestrafung.

Auf der Grundlage aller Bemühungen faschistischer, konservativer und militärischer Kräfte setzte unmittelbar mit dem 30. Januar 1933 der Aufbau eines umfassenden Systems der Jugendzwangsarbeit ein, zunächst als Bestandteil des faschistischen Erziehungssystems, dann als „Arbeits-Armee“ und schließlich auch als ein Teil des barbarischen Vernichtungssystems. Wer in diesen Lagern nicht spurte oder sonst im Sinne der NSDAP nicht als „gemeinschaftsfähig, – willig oder – würdig“ galt, geriet rasch in die terroristische Maschinerie der Konzentrations- und Vernichtungslager.

Hitler verkündete am 1. Februar 1933 in seiner Rundfunkansprache, der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht sei ein „Grundpfeiler“ seines Regierungsprogramms. Ganz in diesem Sinne

legte sein Beauftragter Hierl am 1. März 1933 ein Konzept vor, das „ohne Verzug“ die Überführung des staatlich geförderten freiwilligen Arbeitsdienstes in einen „staatlichen Arbeitsdienst auf freiwilliger Grundlage“ vorsah. Was daran nicht mehr als Wortklauberei war, enthüllte die formulierte Absicht, den FAD nunmehr als eine „gesonderte Reichsorganisation von ähnlicher Struktur wie die Reichswehr“ auszubauen. Selbst hinsichtlich der behördlichen Strukturen sollte die Reichswehr mehr oder weniger imitiert werden: Es seien die Aufgaben und dienstlichen Befugnisse des Staatssekretärs für den Arbeitsdienst so zu regeln, „daß sie sinngemäß denen des Chefs der Heeresleitung in seinem dienstlichen Verhältnis zum Reichswehrminister entsprechen.“ (sic!)

Im Ziel durchaus einig begannen jedoch zwischen den Ministern Streitereien über die Frage, wer vor allem den Hut aufhaben solle. Nach den Gepflogenheiten der Weimarer Zeit wurde zunächst der Arbeitsminister und Stahlhelm-Führer Franz Seldte zum Reichskommissar für den FAD ernannt, was weder Wirtschaftsminister Alfred Hugenberg, zugleich Vorsitzender der mit den Nazis koalierenden *Deutschnationalen Volkspartei*, noch Hierl behagte. Seldte suchte dem zunächst mit dem Plan entgegenzuwirken, sein Amt als Arbeitsminister aufzugeben und statt dessen ein neues „Ministerium für Arbeitsdienst und Jugendertüchtigung“ zu übernehmen. Völlig mit dem Reichswehrministerium übereinstimmend, unterbreitete er diesen Vorschlag mit der Begründung, so sei am besten eine „totale Mobilmachung der deutschen Volkskraft im Dienste des Wehrgedankens“ zu erreichen. Das neue Amt sollte einen „Vierjahresplan der nationalen Jugenderziehung“ realisieren. Für das Jahr 1933 war an eine Zahl von 300.000 Arbeitsdienstlern gedacht, einem Drittel mehr als es in der Zeit vom 1. August 1932 bis zum 31. März 1933 gegeben hatte.

Dieser hohen Zahl stimmte Hitler zwar zu, verlangte aber, es sei „mit den allersparsamsten Mitteln“ auszukommen. Als Ende Mai 1933 über einen Gesetzentwurf debattiert wurde, auf dessen Grundlage schrittweise die Arbeitsdienstpflicht durchgesetzt werden sollte, spielte nicht allein die unzureichende finanzielle Ausstattung eine Rolle, sondern vor allem die Furcht vor internationalen Protesten. Man müsse eine „möglichst unauffällige Form“ wählen und dürfe sich nicht an den internationalen Pranger stellen lassen. In den Richtlinien des Auswärtigen Amtes für die „Abrüstungspropaganda im Inland“ vom Juli 1933 hieß es: „Es ist größter Wert darauf zu legen, daß der Anschein einer offen oder geheim betriebenen Aufrüstung vermieden wird.“ Und Hierl formulierte am 9. August in einem Brief an Hitler mit den Worten, „daß zwar an der Freiwilligkeit des Arbeitsdienstes über den Winter 1933 noch festgehalten werden soll, aber andererseits ein möglichst wenig Aufsehen erregender und elastischer Apparat geschaffen werden soll, der im gegebenen Zeitpunkte schnellstens zum Aufbau der Arbeitsdienstpflicht umgeschaltet und ausgenutzt werden kann.“

Erst Wehrpflicht, dann Arbeitsdienstpflicht

Alle Vorstöße mißlangen, dieses Programm rasch zu verwirklichen, sieht man von der Tatsache ab, daß die deutsche Studentenschaft bereits 1933 die Arbeitsdienstpflicht für jeden durchgesetzt hatte, der mit dem Studium an einer deutschen Universität oder Hochschule beginnen wollte. Erst nach der „Klärung“ mancher Machtfragen innerhalb des Apparates der faschistischen Diktatur ließ sich das Ziel erreichen. Auf dem Weg dahin wurde schrittweise vor allem das Strafrecht bemüht, um innerhalb des offiziell noch als „freiwillig“ benannten Arbeitsdienstes die Sozialdisziplinierung zu verstärken. So legte Reichsinnenminister Wilhelm Frick dem Hitler-Kabinet am 13. Dezember 1934 den Entwurf eines Gesetzes vor, das kurz darauf auch beschlossen wurde und die öffentlich-rechtliche Dienststrafgewalt im Arbeitsdienst einführte. Die intern geltenden Vorschriften (Verweise, Stuben- und Lagerarrest, Zurücksetzung in der Beförderung, Entlassung) reichten offensichtlich nicht aus, sonst wäre es wohl kaum erforderlich gewesen, über diese hinaus auch Haft- oder Arreststrafen verhängen zu können.

gen zu dürfen. Die aufschlußreiche Begründung des Gesetzes lautete, dem Arbeitsdienst würden „heute beinahe $\frac{1}{4}$ Million junger Männer laufend angehören“ und nur mit der Durchsetzung eines unbedingten Gehorsams der Gefolgschaft könne das vielfach beklagte „Entlaufen“ aus den Arbeitsdienstlagern verhindert werden. Sogar nach der Gründung des *Reichsarbeitsdienstes* befaßten sich mehrere Gesetze und ergänzende Verordnungen mit diesem Thema – die Strafen gerieten immer höher und drastischer.

Hierl profitierte schließlich von den mörderischen Ereignissen des 30. Juni 1934. Er fungierte seit dem 3. Juli als Reichskommissar für den Arbeitsdienst und unterstand im Range eines Staatssekretärs nunmehr dem Reichsinnenminister Frick, nicht mehr dem Arbeitsminister. Und später entfielen im März 1935 mit der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht und dem offen betriebenen Ausbau der Wehrmacht auch alle Bedenken, das Ausland könne Kritik – wie beispielsweise an Bulgarien, wo bereits 1920 jährlich 30 Prozent der Bevölkerung herangezogen für gemeinnützige Arbeiten dienstverpflichtet wurden – an einer überbordenden paramilitärischen Aufrüstung üben. Der Wehrpflicht folgte die Arbeitsdienstpflicht.

Zweieinhalb Jahre nach der Errichtung der Nazi-Diktatur hatte der Gleichschaltungsprozeß auch die Arbeitsdienstorganisationen erreicht, später als alle anderen Organisationen der deutschen Gesellschaft. Alles erfolgte im Interesse einer intensiven Vorbereitung des nächsten Krieges, in dem der RAD faktisch zu einer auch militärisch einsetzbaren und unter der Regie von Wehrmachtsoffizieren unterliegenden Organisation wurde. Das bekannte Bild von den stramm in Reih und Glied stehenden „Arbeits-Soldaten“ zeigte noch blank geputzte und geschulterte Spaten – doch war allein damit schon nur in eine Richtung gewiesen worden. Und die bedeutete: Krieg.

Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE, Heft 6/2010 (Nummer 244) 21. Jahrgang, S. 19-23.

Republik ungeschützt

Bei den Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 gewannen rechtsbürgerliche Parteien

Die Putschisten zwar geschlagen, der Sieg über Kapp, Lüttwitz und Co. jedoch zerronnen und die Weimarer Republik weiter ungeschützt im Visier rechter Kräfte – so konnte die politische Bilanz linker Kräfte in Deutschland im späten Frühjahr und im Sommer des Jahres 1920 gesehen werden.

Dem entsprach auch das Ergebnis der Reichstagswahlen vom 6. Juni. Im Vergleich zu den Wahlen zur Nationalversammlung vom 19. Januar 1919 blieb die SPD zwar stärkste Partei, verlor aber 5,9 Millionen Stimmen. Mit 51 Prozent hatten ihr mehr als die Hälfte der früheren Wähler den Rücken gekehrt. Die DDP verlor 3,5 Millionen Stimmen (61 Prozent). Die Verluste des dritten Mitglieds im Regierungsbündnis hielten sich in Grenzen: Die großbürgerlich-katholische Zentrumspartei erhielt 1,3 Millionen Stimmen (22 Prozent) weniger, doch dies war auf die Konstituierung ihres bayerischen Landesverbandes zu einer eigenständig agierenden Partei zurückzuführen. Hatte sich zuvor die „Weimarer Koalition“ auf etwa drei Viertel der Abgeordneten stützen können, verfügten sie nun nicht einmal mehr über die absolute Mehrheit. Zusammen erhielten sie lediglich 43,6 Prozent der Stimmen und verfügten nur noch über 205 von 459 Sitzen. Auch die Wahlergebnisse in Ostpreußen, Schleswig-Holstein und Oppeln (am 20. Februar 1921 bzw. am 19. November 1922) nahmen den ernüchternden Wahlergebnissen nur teilweise die scharfen Konturen. Bis zum Ende der Weimarer Republik konnten die drei Parteien nie wieder eine Mehrheit der Stimmen erringen.

Auf der linken Seite des Parlaments konnte allein die USPD erhebliche Gewinne verbuchen: Ihr Anteil stieg von 7,6 auf 17,9 Prozent, wobei sie in stark industrialisierten Regionen zu punkten vermochte: In Merseburg kam sie auf 45,2, in Berlin auf 42,7 Prozent. In den Städten mit über 100.000 Einwohnern stimmte jeder Vierte für sie. Für die sich erstmalig an den Wahlen beteiligende KPD hatten sich 2,1 Prozent der Wähler entschieden, darunter 9,2 im sächsischen Industriegebiet um Chemnitz und Zwickau sowie 5,1 im westlichen Ruhrgebiet. Clara Zetkin und Paul Levi wurden ihre ersten Reichstagsabgeordneten.

Rechtes Wunschergebnis

Das Ergebnis der Reichstagswahlen entsprach insgesamt den Wünschen und Hoffnungen der Rechtskräfte. Sie hatten der Regierung des Sozialdemokraten Hermann Müller – er war am 27. März an die Stelle von Gustav Bauer getreten – abgetrotzt, daß der ursprünglich für den Herbst 1920 geplante Wahltermin vorgezogen wird. Die Forderung nach einer Neuwahl des Reichstags entsprach wohl dem Buchstaben, nicht aber dem Geist der Verfassung. Noch „vor der Ernte“ solle gewählt werden. Sogar die Tatsache, daß in einigen Gebieten Ostpreußens, Oberschlesiens und Schleswig-Holsteins wegen ausstehender Entscheidungen über ihre staatliche Zugehörigkeit zum Reich nicht gewählt werden konnte, wurde in Kauf genommen.

Der Wahlkampf fand in einem aufgeheizten politischen Klima statt. Die DVP trat mit der Parole hervor, es gelte, „Bürgerkrieg und Inflation“ zu verhindern. Man plakatierte: „Von roten Ketten macht euch frei allein die Deutsche Volkspartei“. Das Zentrum wiederum stellte sich als den „einzigen Damm gegen die rote Flut“ heraus. Die DNVP, durch die aktive Mitwirkung vieler ihrer Führenden am Kapp-Putsch nun in eine Krise geraten, setzte sich einerseits für die Straffreiheit von Kapp und Konsorten ein, wollte aber andererseits alles tun, um künftig eine „Desperadopolitik“ und damit eine Bedrohung der „Einheitsfront gegen den Bolschewismus“ zu vermeiden.

Entsprechend groß geriet der Zuwachs, den die bürgerlichen Rechtsparteien DVP und DNVP erleben durften. Sie erhöhten ihre Stimmanteile von 4,4 auf 13,9 bzw. von 10,3 auf 15,1 Prozent. Sie besetzten nun 136 Sitze in der Nationalversammlung statt der vorherigen 63. Man-

che frühere SPD-Wähler waren vermutlich direkt ins Lager der DNVP geschwenkt: Von den 15 Wahlkreisen, in denen die Sozialdemokratie die größten Verluste aufzuweisen hatte, gehörten zehn zu denen mit den größten Stimmengewinnen der Deutschnationalen. Diesen und der DVP kamen vor allem die Enttäuschung über den ausbleibenden Schutz der Republik, aber auch eine penetrant geschürte Furcht vor linksradikalen Aufständen zugute. Unzufriedenheit und Unentschiedenheit, Empörung und Apathie ließen viele zu Hause bleiben. Die Wahlbeteiligung hatte sich gegenüber den Wahlen anderthalb Jahre zuvor um mehr als vier Prozentpunkte verringert. Das Vertrauen in eine Staatsführung mußte erschüttert sein, die dem Putsch weder vorbeugend noch energisch entgegengetreten war und nun kaum etwas tat, um die Akteure zu bestrafen und ihnen für zukünftige Aktionen das Wasser abzugraben. Man sah die Chance vertan, Demokratie und Parlamentarismus zu stärken sowie einen neuen Schritt zur Überwindung des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems zu gehen.

Jene, die der Verfassung und der parlamentarischen Demokratie ins Leben verholten hatten, sahen sich zurückgedrängt, ihre Gegner, denen die Republik von Anfang an nicht gepaßt hatte, hingegen bestärkt. Andererseits fiel die nationalistische, den Siegern des Weltkrieges alle Schuld aufladende Propaganda der Rechten auf einen fruchtbaren Boden. Der Friedensvertrag von Versailles war in Kraft getreten, und viele Deutsche fühlten sich gedemütigt, auch an die nunmehr lautstark verbreitete Legende glaubend, der Krieg sei nur verloren gegangen, weil die Armee durch einen „Dolchstoß“ in ihren Rücken geschwächt worden sei.

SPD gegen links

Tatsächlich hatte sich unter großen Teilen der Deutschen, auch in der Arbeiterschaft, ein beträchtlicher Stimmungsumschwung vollzogen. Die Begeisterung über den Sturz der Monarchie und das Kriegsende, ihre Hoffnungen auf neue gesellschaftliche Verhältnisse waren einer Ernüchterung gewichen. Wirtschaftsmacht und Staatsgewalt dominierten wie zuvor. Dem anfänglichen politischen und geistigen Aufbruch war 1919/20 Enttäuschung gefolgt, manche zeigten sich niedergeschlagen und resignierten, einige setzten ganz und gar auf eine verworfene Suche nach völlig anderen Lösungen.

Weil die Mehrheitssozialdemokraten noch immer die stärkste Fraktion im Parlament bildeten, beauftragte der Reichspräsident Friedrich Ebert den amtierenden Reichskanzler Hermann Müller mit der Neubildung eines Kabinetts. Müller suchte die USPD für die Beteiligung an der Regierungsverantwortung zu gewinnen, doch deren Bedingungen anzunehmen war man nicht bereit. Andererseits wollte er keine Koalition mit der DVP und mußte auch berücksichtigen, daß in seiner Partei sich Stimmen für einen Prozeß der Regenerierung aussprachen, um sich neu und besser gegen die politischen Gegner auf der Linken formieren zu können. Er gab den Auftrag zur Regierungsbildung zurück, und es gelang schließlich dem Zentrum, ein rein bürgerliches Kabinett unter Einschluß der DVP und ohne die Sozialdemokratie zu bilden, allerdings unter der verabredeten Voraussetzung, daß sich die sozialdemokratische Fraktion beim Vertrauensvotum im Reichstag der Stimme enthalten werde.

Am 25. Juni 1920 ernannte Ebert in seiner Funktion als Reichspräsident den badischen Zentrumspolitiker Konstantin Fehrenbach, der Präsident der Nationalversammlung gewesen war, zum neuen Reichskanzler. Er galt als einer, der die Existenz der Republik zwar als Tatsache zu akzeptieren bereit, von ihr aber wenig begeistert war. Kein Wunder, daß in seiner Regierungszeit die Redewendung von der „Republik ohne Republikaner“ entstand. Und erwartungsgemäß fielen bald die 700 Generäle und Offiziere, die sich aktiv am Putsch beteiligt hatten und gegen die von der Justiz Verfahren eingeleitet worden waren, unter die am 4. August 1920 verkündete Amnestie. Bis Mitte Juli hatte man allerdings bereits 822 Arbeiter wegen ihres Kampfes gegen den Putsch zu insgesamt 1088 Jahren Zuchthaus oder Gefängnis verurteilt ...

Der Wahltag vom 6. Juni 1920 gehört zu den entscheidenden Wendepunkten in der Geschichte der Weimarer Republik. Im Gegensatz zu landläufig vertretenen Auffassungen hatte sich dieser nicht aus dem Kampf von Demokraten gegen die Extremisten aller Richtungen ergeben, sondern aus den Möglichkeiten, die in allzu generösem Maße den rechten und rechtsextremen Kräften eingeräumt wurden. Der bürgerlich-demokratische Parlamentarismus, der als Ergebnis der Novemberrevolution Gestalt angenommen hatte, begann sich zu wandeln, sich mehr und mehr in der Wolle der Konservativen zu färben.

junge Welt, Sonnabend, 05.06.2010, S. 15.

Zwei Gesetze – ein Ziel

Am 26. Juni 1935 bereitet die Hitlerregierung mit Bestimmungen zum Reichsarbeitsdienst und mit der Luftschutzverordnung die weitere Militarisierung vor

In Deutschland durfte sich die Naziartei zwei Jahre nach dem 30. Januar 1933 ihrer Macht durchaus sicher fühlen. Politische Gegenkräfte waren ausgeschaltet, die meisten von ihnen saßen in Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern, viele waren am Ende ins Exil gegangen, andere hatten sich in eine Art innere Emigration zurückgezogen. Zahlreiche Deutsche lebten dem Regime angepaßt, in dieses eingeordnet oder mitunter gar in den Dienst faschistischer Organisiertheit gestellt. Hoffnungen auf eine Verbesserung des persönlichen Lebensstandards nährten sich am beginnenden Wirtschaftsaufstieg, dessen militaristische Kehrseite – eine horrende Aufrüstung – unreflektiert hingenommen wurde. Der NSDAP war es im Sommer 1934 zudem gelungen, die tiefe Krise innerhalb der eigenen Reihen dank eines terroristischen Befreiungsschlages (Röhm-Affäre) zu überstehen.

Auf dieser Grundlage konnten im Jahr 1935 entscheidende Weichen auf dem Weg zum Krieg gestellt werden. Am 15. März wurde die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht verkündet (siehe jW vom 13./14.3.). Dem folgten am 26. Juni weitere Gesetze, darunter zwei, die explizit der weiteren Militarisierung der deutschen Gesellschaft dienten: Das eine betraf die Einführung der generellen Arbeitsdienstpflicht von Jugendlichen und die Schaffung einer neuen faschistischen Organisation mit dem Namen Reichsarbeitsdienst (RAD), mit dem anderen wurde allen Deutschen auferlegt, die staatlichen Maßnahmen für den kommenden Luftschutz widerstandslos zu unterstützen.

In ersterem wurde mit keinem Wort sein militärischer Zweck angegeben, obgleich bereits auf dem Weg von einem als „freiwillig“ bezeichneten Arbeitsdienst hin zur Arbeitsdienstpflicht dessen enger Zusammenhang mit dem Prinzip einer allgemeinen Wehrpflicht nicht zu übersehen war. Ein anderes Anliegen tauchte hingegen unverblümt im Gesetzestext auf, allerdings erst in dessen Mitte. Da legte der Paragraph 14 apodiktisch fest, daß die Zugehörigkeit zum Reichsarbeitsdienst „kein Arbeits- oder Dienstverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts und des Paragraphen 11 der Fürsorgepflichtverordnung“ begründe. Eine Formel, die arbeitsrechtliche Gesetze und Vorschriften über den Arbeitsschutz sowie das Betriebsräte- und Arbeitsgerichtsgesetz und ebenso die Unterstützung im Falle einer Erkrankung außer Kraft setzte. Dahinter verbarg sich nur notdürftig das Ziel: Jugendliche untertariflich und so billig wie möglich hohe Arbeitsleistungen erbringen zu lassen, noch dazu unter Zwang und verbunden mit militärischer Ausbildung.

Alle weiteren Paragraphen – 27 an der Zahl – bestimmten die Führungsstrukturen des RAD sowie Details der Dienstpflicht. Dieser hatten von nun an alle männlichen Jugendlichen nach dem vollendeten 18. Lebensjahr bis spätestens zur Vollendung des 25. Lebensjahres nachzukommen. Für die weibliche Jugend war eine spätere Regelung vorgesehen, die 1939 erfolgte. Das Gesetz sprach zwar von „allen“ Jugendlichen, doch es enthielt bezeichnende Ausnahmen: Nach Paragraph 7 war auszuschließen, „wer nichtarischer Abstammung ist oder mit einer Person nichtarischer Abstammung verheiratet ist“. Sollte es Einzelfälle mit „wehrwürdigen Nichtariern“ geben, dürften diese jedoch keinesfalls als „Vorgesetzte“ eingesetzt werden.

Das Gesetz hob alle bislang geltenden Regelungen für den Arbeitsdienst auf. Von „Freiwilligkeit“ las man in ihm nur ein einziges Mal: Wer wolle, könne auch „zu einem früheren Zeitpunkt“ dem RAD beitreten. Mit ihm fand ein langer Kampf seinen Abschluß, den konservative und militaristische Kräfte bereits in der Weimarer Republik gegen das liberale und bürgerlich-demokratische Prinzip der Freiwilligkeit im Arbeitsdienst junger Menschen geführt hatten und dessen Ausgangspunkt das von der damaligen Obersten Heeresleitung initiierte „Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst“ vom 5. Dezember 1916 gewesen war.

Hitler, ein entschiedener Verfechter des Pflichtgedankens im Arbeitsdienst, hatte 1931 Konstantin Hierl, einen früheren Oberst der Reichswehr, zu seinem „Beauftragten für den Arbeitsdienst“ ernannt und verkündete als soeben gekürter Reichskanzler am 1. Februar 1933, der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht sei ein „Grundpfeiler“ seines Regierungsprogramms. Vier Wochen darauf, am 1. März 1933, legte Hierl ein Konzept vor, das „ohne Verzug“ die Überführung des staatlich geförderten freiwilligen Arbeitsdienstes in einen „staatlichen Arbeitsdienst auf freiwilliger Grundlage“ vorsah. Zudem sollte dieser zu einer „gesonderten Reichsorganisation von ähnlicher Struktur wie die Reichswehr“ ausgebaut werden. Für das Jahr 1933 war an eine Zahl von 300.000 Arbeitsdienstlern gedacht, einem Drittel mehr als es in den letzten sechs Monaten gegeben hatte. Als Ende Mai 1933 über einen entsprechenden Gesetzentwurf debattiert, jedoch noch kein Beschluß gefaßt wurde, spielte nicht allein die unzureichende finanzielle Ausstattung eine Rolle, sondern vor allem die Furcht vor internationalen Protesten. Man müsse eine „möglichst unauffällige Form“ wählen und dürfe sich nicht bei den noch laufenden Abrüstungsgesprächen an den internationalen Pranger stellen lassen.

1933 und 1934 mißlangen alle Vorstöße, das Programm rasch zu verwirklichen, sieht man von der Tatsache ab, daß die deutsche Studentenschaft sogleich die Arbeitsdienstpflicht für jeden durchsetzte, der mit dem Studium an einer deutschen Universität oder Hochschule beginnen wollte. Erst nach der „Klärung“ der offenen Machtfragen innerhalb des Apparates der faschistischen Diktatur ließ sich das Ziel erreichen. Als im März 1935 die allgemeine Wehrpflicht beschlossen wurde, stand auch der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht nichts mehr im Wege.

Das andere Gesetz vom 26. Juni 1935 verpflichtete alle Deutschen grundsätzlich zu „Dienst- und Sachleistungen sowie zu sonstigen Handlungen, Duldungen und Unterlassungen (...), die zur Durchführung des Luftschutzes erforderlich sind“. Auch da konnte auf Fundamenten aufgebaut werden, die von der Reichswehr, aber auch vom Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) bereits gelegt worden waren. Erstere schuf 1927 eine eigene Luftschutzdienststelle, und für den RDI legte 1931 Hans Ronde eine umfassende Analyse der Bemühungen anderer Länder dar, ergänzt durch Schlußfolgerungen für das Bauwesen in Deutschland und die „Sicherung lebenswichtiger Betriebe“. Probleme erwuchsen allerdings aus der Tatsache, daß der Luftschutz entsprechend der Weimarer Verfassung in die Hoheit der Länder gehörte.

Einer der ersten Schritte des Hitlerregimes führte zur Zentralisierung aller entsprechenden Vereine; sie gingen am 29. April 1933 im Reichsluftschutzbund (RLB) auf. Binnen kurzer Zeit gehörten ihm mehrere Millionen Mitglieder an, darunter sehr viele Frauen. Seinen 820.000 Amtsträgern oblagen die Schulung der „Luftschutzwarte“ und die stetige Aufsicht darüber, wie von der Bevölkerung die unter der Parole „Der Feind sieht dein Licht!“ befohlene Verdunkelung befolgt wurde. Die Angehörigen des RLB hatten Luftschutz zu üben, aber auch dessen Notwendigkeit als reine Maßnahme zur „Verteidigung“ zu propagieren. Die Ausgaben für den Luftschutz betrugen 1934 rund 1,3 Millionen, 1935 bereits 50 Millionen Reichsmark. Nach dem „Erlaß über die Reichsluftwaffe“ vom 26. Februar 1935 folgte wenige Wochen darauf in Berlin die erste Großübung des Luftschutzes, bei der die Stadt für eine Stunde teilweise, für eine weitere vollständig verdunkelt sowie ein feindlicher Luftangriff auf Kreuzberg simuliert wurde. Das Ziel: Einschüchterung und Mobilisierung der Bevölkerung für den Krieg.

Das Gesetz vom 26. Juni 1935 sah sowohl eine persönliche Dienstpflicht als auch eine Sachleistungspflicht aller Deutschen vor. Es handelte sich um ein Rahmengesetz, das einen weiten Raum für Erlasse und Verordnungen bot. Allein bis 1939 sollte es zehn Durchführungsverordnungen geben. Besondere Aufmerksamkeit galt dem betrieblichen Luftschutz. Auch beim Bau von solcher Einrichtungen wurde die Rüstungsindustrie bevorzugt, unabhängig davon,

daß die Propaganda vorrangig vom Schutz der Bevölkerung sprach und weismachen wollte, es könne für sie im kommenden Krieg eine lebensrettende „Bunkergeborgenheit“ geben. Eine Untersuchung ergab allerdings, daß 1939 nicht einmal für zehn Prozent der Berliner eine bombensichere Zuflucht vorgesehen war.

Quellentext. Disziplinierung der arbeitslosen Jugend

Hier ist zunächst festzustellen, daß sich in der Jugend heute ein immer bedenklicherer Mangel an Gemeingeist, Verantwortungsgefühl und Opfersinn bemerkbar macht, dessen Ursprung in erster Linie in der Zerstörung staatlicher, kirchlicher und familiärer Autorität zu suchen ist. (...)

In mancher Hinsicht muß hier wohl auch der Übersteigerung des Sozialversicherungsgedankens die Schuld gegeben werden, welche die Selbstverantwortlichkeit des einzelnen oft bedauerlich schwächt. Die Folge muß eine Lockerung des Gefühls für Unter- und Einordnung sein, um so mehr, als der natürliche Ausgleich der allgemeinen Wehrpflicht fehlt.

Aus: Denkschrift des Stahlhelm-Landesverbandes Baden-Württemberg vom 10.3.1931

junge Welt, Sonnabend, 26.06.2010, S. 15.

Eine Warnung vor Denkfaulheit

Die „Dimitroff-Formel“ –

Fakten und Legenden über den Versuch einer Faschismus-Definition

„Faschismus an der Macht ist die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.“ Dieser Versuch einer Definition des Faschismus kursiert in der Literatur als „Dimitroff-Formel“. Unser Autor, Faschismusforscher in Jena, hat die Reden des bulgarischen Kommunisten auf dem VII. Weltkongress der Komintern vor 75 Jahren (25. Juli bis 20. August 1935) noch einmal genau gelesen und sich gefragt, inwieweit die Aussagen des von diesem letzten KI-Kongress gewählten letzten KI-Generalsekretärs noch Bestand haben.

Als unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg in mehreren europäischen Ländern faschistische Bewegungen in Erscheinung traten, begann zugleich die Suche nach Erklärungen für das neue Phänomen. Insbesondere bemühten sich deren Gegner, Charakter und Ursachen dieser zu erhellen. Sie entwickelten dabei punktuell zutreffende, oft jedoch auch verwirrende, mitunter ganz und gar abwegige Faschismustheorien, die den Interessen und Ambitionen unterschiedlicher Strömungen in der Gesellschaft dienten. Teils unterstützten, teils behinderten sie die notwendige Auseinandersetzung mit dem Faschismus. Die Auffassung, dieser sei ein Ergebnis aggressiver imperialer Großmachtziele und terroristischer Bestrebungen ökonomisch Mächtiger, prägte lange Zeit das Denken in allen Arbeiterorganisationen, gleich ob diese gewerkschaftlich, sozialdemokratisch oder kommunistisch orientiert waren.

Was eine Kritik der Kritik beachten muss

Auch nach dem 8. Mai 1945 dominierte zunächst überall eine entschieden antikapitalistische Deutung des Faschismus. Sie bot nicht nur eine der entscheidenden politisch-moralischen Grundlagen für den Nürnberger Prozess gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher, sondern lag vielfach auch den Programmen bürgerlicher Parteien zugrunde, die sich im Interesse einer friedlichen Zukunft für strikte Begrenzungen kapitalistischer Verhältnisse aussprachen oder teilweise sogar sozialistische Verhältnisse forderten. Dem bereitete der beginnende Kalte Krieg allerdings rasch und gründlich ein Ende. Seither und erst recht heutzutage gibt es zahlreiche Versuche, den Nationalsozialismus vom Faschismus zu trennen, seine deutsche Variante gleichsam zu „entfaschisieren“, aber auch zu „entkapitalisieren“ oder gar zu „sozialisieren“, d. h. generell nicht mehr nach den Wurzeln des Faschismus in der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu fragen bzw. ihn sogar als eine Spielart antikapitalistischer Strömungen darzustellen.

Dabei spielt der abschätzig gemeinte Begriff „Dimitroff-Formel“ eine zentrale Rolle. „Formel“ – das soll doch wohl besagen, es lohne sich einfach nicht, über ihren Inhalt zu sprechen, wenn in Faschisten nichts anderes als „Agenten“ des Kapitals gesehen würden. Jede Kritik solcher Art von „Kritik“ sollte sowohl die historische Situation berücksichtigen, in der damals Feststellungen getroffen worden sind, als auch den Text der beiden Reden genau analysieren, die Georgi Dimitroff (1882-1949) zu Beginn und am Ende des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale gehalten hat. Ohne eine parteiische „Ehrenrettung“ vornehmen und alle Aspekte des Themas berühren zu wollen, sei dies hier versucht.

Dimitroffs Reden trugen politischen Charakter und sind kaum als Ersatz wissenschaftlicher Theoriebildung zu verstehen. In seiner Hauptrede benannte er Erscheinungen faschistischer Politik und Herrschaftsmethoden und widmete sich weniger der Charakterisierung des an der Macht agierenden Faschismus; von den über 100 Seiten der gedruckten Fassung sind dem lediglich acht gewidmet. Zudem fällt auf, dass er hier aus Stalins Rede auf dem XVII. Parteitag der KPdSU und den Materialien des XIII. EKKI-Plenums zitierte, dies möglicherweise im

Wissen um die Tatsache, dass im Vorfeld des Kongresses Entscheidungen über die künftige Orientierung der kommunistischen Parteien noch nicht gefallen waren, vielleicht auch ahnend, dass ein Kurswechsel der Komintern keinen Bestand haben würde. Jedenfalls ging er auch im Schlusswort des Kongresses nicht auf die Frage ein, wie der Faschismus zu definieren sei.

In gewisser Weise stellten dennoch Dimitroffs Überlegungen einen beachtlichen theoriegeschichtlichen Schritt über bislang vertretene Auffassungen hinaus dar. Zuvor war in der Regel eher allgemein über den Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus gesprochen worden. Nunmehr wurde nicht nur zwischen Kapital und Finanzkapital, sondern auch innerhalb des Finanzkapitals differenziert. Damit schien eine Grundlage antifaschistischer Volksfrontpolitik gegeben, die auch vom Wissen um die Existenz und von notwendiger Akzeptanz unterschiedlicher bürgerlicher Herrschaftsformen auszugehen hatte. Dass man sich 1935 endgültig von der verheerenden Folgen zeitigenden Gleichsetzung von Faschismus und Sozialdemokratie trennte, sei hier zumindest erwähnt.

Fertige, leere Schablonen

Dimitroff geißelte die Fehler, die den Kampf gegen den Faschismus gehemmt hätten: „In unseren Reihen wurde die faschistische Gefahr in unzulässiger Weise unterschätzt, was auch bis auf den heutigen Tag nicht überall liquidiert ist. [...] In Deutschland haben unsere Genossen lange Zeit das verletzte Nationalgefühl und die Empörung der Massen gegen den Versailler Friedensvertrag nicht genügend berücksichtigt [...] In mehreren Ländern wurde die notwendige Entfaltung des Massenkampfes gegen den Faschismus durch ein unfruchtbares Rasonieren über den Charakter des Faschismus ‚im allgemeinen‘ und durch sektiererische Beschränktheit in Stellung und Lösung der aktuellen politischen Aufgaben der Partei ersetzt.“ Auch vor schablonisierendem Denken warnte er: „Wir müssen den Hang zu ausgeheckten Schemen, leblosen Formeln, fertigen Schablonen, der oft auf unsere Genossen lähmend wirkt, auf schonungsloseste ausrotten. Wir müssen mit dem Zustand Schluss machen, wo Kommunisten, denen es an Kenntnissen und an Fähigkeiten zu einer marxistisch-leninistischen Analyse fehlt, diese Analyse durch allgemeine Redensarten und allgemeine Losungen, wie ‚revolutionärer Ausweg aus der Krise‘ ersetzen [...] Ohne eine solche Analyse werden jedoch alle ähnlichen Losungen zu einem leeren Wort, zu einer inhaltlosen Phrase, die unsere gegenwärtigen Aufgaben nur verdunkelt.“

Nahezu apodiktisch äußerte sich Dimitroff zur Notwendigkeit weiterer, also auch über seine Aussagen hinaus gehender Analysen: „Keinerlei allgemeine Charakteristik des Faschismus, mag sie an sich noch so richtig sein, enthebt uns der Pflicht, die Eigenart der Entwicklung des Faschismus und der verschiedenen Formen der faschistischen Diktatur in einzelnen Ländern und in verschiedenen Etappen konkret zu studieren und zu berücksichtigen. [...] Es wäre ein grober Fehler, irgendein allgemeines Entwicklungsschema des Faschismus für alle Länder und alle Völker aufstellen zu wollen.“ Regelrecht abschätzig sprach Dimitroff von „Denkfaulheit“, würde das Studium der konkreten Lage „durch allgemeine, nichtssagende Formeln“ ersetzt. Wer diese verwende, erinnere „nicht an Scharfschützen, die mitten ins Schwarze treffen, sondern an solche ‚Meisterschützen‘, die systematisch und unausbleiblich danebentreffen, bald höher, bald tiefer, bald weiter, bald näher am Ziel vorbeischießen.“

Dennoch wies die oft zitierte, in einen einzigen Satz gegossene Charakterisierung des Faschismus an der Macht durch den VII. Weltkongress schon damals erhebliche Fehler und Schwächen auf. Sie bezeugte eine nach wie vor mechanistische Auffassung vom Verhältnis zwischen ökonomischer und politischer Macht.

Zwar war gemeint, dass der Faschismus eine Diktatur im Interesse des Finanzkapitals ausübe, dass hinter ihr und sie stützend das Finanzkapital stehe, doch die Formulierung selbst war

irreleitend. Sie führte die alte Unterschätzung der bürgerlichen Demokratie fort und überwand diesen Fehler nicht grundlegend. Die Formulierung „offene terroristische Diktatur“ zielte darauf, auch parlamentarisch-demokratische Verhältnisse als Diktatur zu verstehen. Liest man indessen die Reden Dimitroffs genau, dann wird deutlich, dass er keineswegs – wie es noch das XIII. EKKI-Plenum vom November/Dezember 1933 getan hatte – von einer direkten Machtausübung der Monopolkapitalisten gesprochen hat. Er verlangte explizit die „Aufstellung positiver demokratischer Forderungen“. Denn auch jede „schematische Behandlung der Frage der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie“ sei zu überwinden.

Zu kritisieren wäre aber, dass zwar ein großer Einfluss der Faschisten auf die Massen konstatiert, dieser aber nicht tiefer ausgelotet wurde. Von Manipulation und Demagogie wurde gesprochen – berechtigt, jedoch ohne Berücksichtigung der Tatsache, dass diese nichts oder nur wenig bewirken würden, wenn sich die Manipulierten nicht manipulieren ließen, Demagogie unnütz wäre ohne die Bereitschaft von Massen, sich demagogisch beeinflussen zu lassen. Die Erklärung, mit „verlockendsten“ Losungen – Dimitroff zitierte u. a. das von der NSDAP oft verwendete Schlagwort „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ – seien die „politisch unreifen Massen“ gewonnen worden, war schlicht unzureichend. Für eine materialistische Bewusstseinsforschung wurde nichts geleistet, wahrscheinlich auch deshalb, weil die Sicht auf die Massen im eigenen Machtbereich ebenfalls nur von „oben“ her erfolgte.

Die notwendige Kritik an der sogenannten Dimitroff-Formel muss sich jedoch vor allem an der folgeschweren dogmatischen Reduzierung diverser Erscheinungen faschistischer Politik und Ideologie in einen einzigen Satz reiben, der zudem weit über das Jahr 1935 hinaus regelrecht vergötzt wurde. Mancher richtiger Denkansatz wurde so nicht weitergeführt. 1935 konnte zwar schon festgestellt werden, dass der Faschismus zum Krieg führen wird, noch nicht aber die Maßlosigkeit seiner Expansionsziele und der barbarischen Kriegführung, erst recht nicht der systematisch betriebene Völkermord an den europäischen Juden, an Sinti und Roma, an Slawen und anderen Völkern. Diese späteren Erfahrungen und Erkenntnisse einfach in frühere Definitionen pressen zu wollen, hat dem historisch-materialistischen Geschichtsdanken schweren Schaden zugefügt. Die stetige bloße Wiederholung des einen Satzes ließ völlig außer Betracht, dass sich der Faschismus nach 1935 weiter entfaltet hat und dies eine neue Analyse erforderlich machte. In seinem totalen Krieg gegen alle Andersdenkenden und Andersartigen hat sich der Faschismus gleichsam selbst weiter „faschisiert“.

Vergötzung eines Satzes

Dennoch und bei aller notwendigen Kritik an Dimitroffs Ausführungen: Niemand kann bestreiten, dass Faschismus terroristisch, menschen- und menschenrechtsfeindlich sowie letztlich kriegstreibend ist, erst recht nicht nach den Erfahrungen, welche die Welt mit der deutschen Kriegführung und dem industrialisierten Völkermord der Nazis während des Zweiten Weltkrieges machen musste. Alle Kritik hebt vor allem eine Tatsache nicht auf, die mit der „Kritik“ aus der Welt geschafft werden soll: Der Faschismus entstand nach dem Ersten Weltkrieg auf dem Boden kapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse und konnte auf diesem Boden wirksam werden. Niemals verfolgte er das Ziel, diesen anzutasten oder auch nur in Frage zu stellen. Im Gegenteil: Er tauchte auf in einer von mächtigen sozialen und nationalen Bewegungen erschütterten Zeit und war seinem tiefsten Wesen nach gegenrevolutionär. Letzteres nicht allein im Blick auf das Jahr 1917/18, sondern auch in Hinsicht auf das Jahr 1789. Dass sich Faschisten selbst als „revolutionär“ ausgaben oder sie mitunter so dargestellt werden, ändert nichts an dieser Feststellung.

Insofern handelte es sich bei faschistischen Bewegungen, bei faschistischer Ideologie und auch bei nationalsozialistischer Herrschaft um eine der damaligen Zeit zuzuordnende Ausgeburt der bürgerlichen Gesellschaft, um eine der möglichen Folgen des Dranges ökonomisch

und politisch Mächtiger nach Maximalprofit und Expansion, um Versuche, ökonomische und gesellschaftliche Krisen mit allen Mitteln dauerhaft bewältigen zu wollen – selbst wenn dies nur durch verbrecherische und völkerrechtswidrige Politik, durch Kriege und jedwede Aufhebung der ursprünglich aufklärerisch-humanistischen Anliegen des Bürgertums und aller im Laufe der Zeit insbesondere von der Arbeiterbewegung durchgesetzten Beschränkungen seiner Macht erreicht werden konnte.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 7./8. August 2010, S. 24.

Neue Wege zur Bildung

P. Mitzenheim [zum] 80.

Kaum etwas anderes ist von größerer Wichtigkeit für die Gesellschaft und ihre Zukunft. Bildung muss eine Schlüsselrolle in Deutschland und anderswo spielen. Viele reden zwar davon, kaum jemand scheint indessen willens oder fähig, dem Anspruch Taten folgen zu lassen. Im Gegenteil: föderalistische Engstirnigkeit triumphiert über bildungspolitische Notwendigkeiten. Wer etwas verändern will, muss auch den Blick zurück wagen. Ohne nutzen zu wollen, was die Geschichte von Bildung und Erziehung zu lehren vermag, wird es keinen wirklichen Fortschritt geben. Zu danken ist daher Historikern, die sich speziell mit der Geschichte der Pädagogik befassen.

Zu ihnen gehört Paul Mitzenheim, der heute seinen 80. Geburtstag begeht. Von Beginn seines akademischen Lebens an befasste er sich u. a. mit jenen bemerkenswerten Reformversuchen, die der Sozialdemokrat Max Greil im Thüringen der frühen 20er Jahre des vorigen Jahrhunderts der von August Frölich geleiteten Landesregierung wollte dieser jene Sackgassen aufbrechen, in die konservativ-elitäre Bildungspolitik geführt hatte, und vor allem den sozial Schwachen neue Wege zu höherer Bildung eröffnen.

Dieses Thema führte Mitzenheim hin zur Reformpädagogik sowie zur Aufarbeitung vieler Traditionslinien in der klassisch-bürgerlichen bzw. der sozialistischen Erziehungs- und Bildungsarbeit. Ebenso werden seine Forschungen zur Geschichte der universitären Lehrerbildung und zur Situation von Lehrerinnen geschätzt, und dies nicht nur bis zum Ende der DDR weit über deren Grenzen hinaus. Er ist in weiten Teilen der Welt anerkannt als jener Gelehrter, der das bedeutsame Lebenswerk Friedrich Fröbels für die frühkindliche Bildung und Erziehung zu erschließen geholfen hat.

Innerhalb der von ihm mitinitiierten Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V. trägt ihn die Hoffnung, dass sich im heutigen Deutschland die Diskussion zur Bilanz der DDR-Pädagogik versachlicht und zur Lösung heute anstehender Probleme genutzt wird.

Neues Deutschland, Dienstag, 24. August 2010, S. 16.

Vorbereitung des Terrors

NSDAP-Parteitag 1935: Gigantomanie und Rassengesetze

Seit sie an die Macht gebracht worden waren, spielten im Veranstaltungskalender der deutschen Faschisten jene monströsen Kundgebungen eine wesentliche Rolle, die fälschlich als „Reichsparteitag“ ausgewiesen wurden. Mit demokratischer Willensbildung und politischer Debatte – wie es die Regeln den politischen Parteien an und für sich vorschreiben – hatten sie jedoch nichts, aber auch gar nichts zu tun – im Gegenteil.

In der Reihe dieser Politevents fand vom 10. bis 16. September 1935 der siebente Parteitag statt, doch die Zahl blieb unerwähnt, hätte sie doch erkennen lassen, wie unregelmäßig man in den Jahren der Weimarer Republik getagt und wie gering man den Sinn solcher Veranstaltungen geschätzt hatte. Nachträglich war eine Zusammenkunft in München Ende Januar 1923 als erster Parteitag deklariert worden, der zweite hatte 1926 in Weimar stattgefunden, der dritte 1927 in Nürnberg, dem Hort alter Kaiserherrlichkeit. Von da an sollte diese Stadt der Ort aller weiteren Parteitage der Nazis werden, sei sie doch, wie es hieß, im „ersten Reich der Deutschen“ bereits Heimstatt von Reichstagen gewesen. Vor dem 30. Januar 1933 kam man nur 1929 noch einmal zusammen, danach bis 1938 regelmäßig während einer Woche in den ersten Septembertagen. Propagandistisch sahen letztere sich jeweils unter ein bestimmtes Motto gestellt. Es lautete im Jahr des Herrschaftsbeginns der Nazis „Sieg des Glaubens“, 1934 „Triumph des Willens“, was der Nachwelt vor allem durch die Filme Leni Riefenstahls in Erinnerung blieb. Als Leitwort für das Spektakel galt 1935 „Freiheit“, was besagen sollte, Deutschland habe dank der NSDAP wieder seine „Wehrfreiheit“ gewonnen, nachdem im März die allgemeine Wehrpflicht eingeführt und die geheim formierte Luftwaffe offen gezeigt worden war. Von „Ehre“, „Arbeit“ und „Großdeutschland“ war in den folgenden Jahren die Rede.

Gigantische Bauten

Um die Macht des braunen Regimes eindrucksvoll zur Schau stellen, Parolen massenwirksam verkünden, alle Beteiligten disziplinieren und das Ganze dennoch als Willensbekundung des Volkes ausgeben zu können, waren zunächst vom Architekten Paul Troost, später von Albert Speer gigantische Baupläne entworfen und umgesetzt worden, die im Südosten der Stadt ein Areal von 16 Quadratkilometern mit einer Kongreßhalle, einem Stadion und Aufmarschfeldern füllen sollten. Ein Teil, insbesondere die sogenannte Luitpoldarena, konnte bereits 1935 fertiggestellt werden und geriet für die Inszenierungen von Führungskraft und Menschenbeherrschung zur gespenstischen Kulisse; im Jahr darauf marschierten die braunen Formationen auf dem „Zeppelfeld“ auf, das Platz für 250.000 Beteiligte und 70.000 Zuschauer bot, während das geplante „Märzfeld“ sogar Raum für eine halbe Million Menschen bieten sollte.

Von Jahr zu Jahr wurde das Spektakel größer, umfassender und militanter, aber auch immer stärker mystifiziert: Fahnen und Fahnenweihen, Fackeln und gewaltige Lichtspiele, Totenehrung und Treueschwüre betäubten alle Sinne und hatten dem Kult um den „Führer“ zu dienen. Monumentalität und Emotionalität prägten nicht nur die Bauten und die Veranstaltungen der Partei, ihrer Verbände und angeschlossenen Organisationen, sondern auch die sorgfältig vorbereiteten und zumeist sakral geprägten Rituale.

Jeder Tag galt einer der großen NS-Organisationen. Sorgsam garnierten die Machthaber fast alle Veranstaltungen mit Auftritten ihrer uniformierten Mitglieder. Um für eine solche „Heerschau“ zur Verfügung zu stehen, waren Zehntausende auf Straßen und Schienen herangebracht worden. Sie kampierten in Zeltlagern, teils unter unzumutbaren Bedingungen, rückten zu immer neuen Demonstrationen aus und hatten Stärke durch Geschlossenheit zu bekunden.

Kult um Führer

Geredet wurde wie immer auch 1935 viel, obgleich die Zensoren der Reichsleitung allen Autoren der eingereichten Manuskripte Kürzungen befohlen hatte. Allein Hitler trat in 17 Veranstaltungen auf. Das begann mit pathetischen Dankesworten, als ihm im Nürnberger Rathaus eine Nachbildung des Reichsschwertes überreicht wurde, und setzte sich mit einer Proklamation an den Parteitag sowie einer der üblichen Reden über die deutsche Kunst fort. Er nahm Appelle des Reichsarbeitsdienstes, der HJ, SA und SS ab und palaverte vor Frauenschaft und Auslandsorganisation. Andere Naziführer taten es ihm gleich, suchten sich zu profilieren und im internen Gerangel durchzusetzen. Unisono hob man hervor, was angeblich alles geleistet worden war und wie friedenslieb Deutschland sei, letzteres ganz im Gegensatz zu den bösen Bolschewisten und dem Weltjudentum. Über beides wurde gewettert und geschimpft, dreist und verlogen zugleich, im Grunde eine Art innenpolitischer Wegbestimmung und außenpolitischer Kriegserklärung. Dazu paßte, daß es erstmals einen „Tag der Wehrmacht“ gab, der ein enges Zusammenwirken von Partei und militärischer Führung demonstrierte. Deutlich wurde: Der eingeschlagene Kurs intensiver Aufrüstung sollte eingehalten und jeglicher Defätismus auch in den eigenen Reihen verfolgt werden.

Alles schien 1935 wie gehabt über die Bühne zu gehen. Dennoch glich es einem überraschenden Paukenschlag, als kurzfristig der Reichstag – die Abgeordneten, so hieß es, seien ja ohnehin da – für den Abend des 15. September einberufen wurde. Drei in aller Eile formulierte Gesetze sollte er beschließen: eines, das die Fahne der Partei zur „Reichs- und Nationalflagge“ bestimmte, ein zweites, das zwischen „Reichsbürgern“ und anderen deutschen Staatsbürgern unterschied. Das dritte, genannt „Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“, verbot Eheschließungen und außerehelichen Verkehr zwischen Juden und „Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes“ bei Androhung von Gefängnis- und Zuchthausstrafen. Untersagt wurde den Juden die Beschäftigung weiblicher „arischer“ Hausangestellten sowie das Zeigen der Reichs- und Nationalflagge.

Es waren dies die berühmten Nürnberger Rassengesetze, folgenreich, zumal sie alle erforderlichen Ausführungs- und Verwaltungsvorschriften offenließen. Sie stellten eine verhängnisvolle Grundlage der weiteren Schritte hin zum endgültigen Ausschluß der jüdischen Menschen aus der „deutschen Volksgemeinschaft“ dar und boten so auch einen Auftakt für die Reichspogromnacht im November 1938 und letztlich auch für den Holocaust.

Quellentexte. „Durch den Anblick des Führers und seine Ausführungen“

Hitler erklärt Sinn und Zweck nationalsozialistischer Parteitage (1926)

Der Parteitag soll „den Charakter einer großen Kundgebung der jugendlichen Kraft unserer Bewegung enthalten. Gleich früher soll auch diesmal vermieden werden, den Parteitag mit Fragen zu belasten, deren Entscheidung oder Klärung in einem solchen Rahmen weder möglich noch von Dauer sein würde. (...) Ganz davon abgesehen, daß ein solcher Vorgang im Grunde genommen vollkommen dem Wesen des heutigen Parlamentarismus entsprechen würde.

Aus einem internen Bericht über die Wirkung psychologischer Mechanismen und die rauschähnlichen Erlebnisse während des -Parteitages von 1935

Die Stimmung der Besucher des Reichsparteitages, die beim Eintreffen noch unter dem Druck der Schwierigkeiten im Lande draußen – Stahlhelm, Kirchenstreit, Preiserhöhungen, Streit mit staatlichen Stellen, ungeklärte Zuständigkeitsfragen in der Partei selbst und in den Gliederungen usw. – stand, wurde bald behoben durch die allgemeine Wiedersehensfreude, durch die steigende innere Sicherheit, die sich aus dem Anblick der Massen Politischer Leiter, SA-, SS-Männer usw. und das sich daraus ergebende Gefühl der allein zahlenmäßigen Macht der

Bewegung ergab, besonders aber durch den Anblick des Führers und seine Ausführungen bei all den größeren und kleineren Veranstaltungen. Es entstand so in kurzer Zeit die feste Überzeugung, daß der Sieg der Bewegung allen inneren und äußeren Feinden zum Trotz auf die Dauer gesehen unbedingt feststeht.

„Auswertung“ des Parteitages von 1935 in einer vom SS-Hauptamt herausgegebenen Schrift

Der Untermensch – jene biologisch scheinbar völlig gleichgeartete Naturschöpfung mit Händen, Füßen und einer Art von Gehirn, mit Augen und Mund, ist doch eine ganz andere, eine furchtbare Kreatur, ist nur ein Wurf zum Menschen hin, mit menschenähnlichen Gesichtszügen – geistig, seelisch jedoch tieferstehend als jedes Tier. Im Inneren dieses Menschen ein grausames Chaos wilder, hemmungsloser Leidenschaften: namenloser Zerstörungswille, primitivste Begierde, unverhüllteste Gemeinheit. Untermensch – sonst nichts!

junge Welt, Montag, 11.09.2010, S. 15.

Die Drachensaat geht auf

Aus den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 geht die NSDAP als stärkste bürgerliche Partei hervor

Im Jahr nach dem berüchtigten „Schwarzen Freitag“ vom Oktober 1929 – da waren in der Wallstreet New Yorks die Börsenkurse beängstigend tief gefallen und hatten einem Paukenschlag gleich den Ausbruch der schon in vielen Symptomen erkennbaren Weltwirtschaftskrise verkündet – erlebte das Deutschland der Weimarer Republik eine tiefgreifende Wende sowie eine politische Katastrophe sondergleichen. Beides war Ausdruck und Ergebnis der Tatsache, daß in den Reihen der ökonomisch und politisch Mächtigen sich mehr und mehr radikale Kräfte durchsetzten und Kurs auf eine andere Republik genommen hatten. Sie forcierten die Beseitigung der ungeliebten parlamentarischen Demokratie, betrachteten ein sozialdemokratisches Mitregieren als überflüssig und suchten nach einer Stärkung des bürgerlich-konservativen Lagers. Zu einem offensichtlichen Wendepunkt geriet bereits der März 1930, als ein „Hindenburg“-Kabinett die Regierung des Sozialdemokraten Hermann Müller ablöste; der nach den Regeln des Parlamentarismus entstandenen großen Koalition folgte damit ein autoritär geschaffenes Kabinett. An dessen Spitze berief der Reichspräsident den konservativen Zentrumspolitiker Heinrich Brüning, diktiert vom Bestreben, einen rigorosen Abbau der Sozialleistungen sowie neue Formen präsidialer Herrschaft durchzusetzen. Für die Bewältigung der Weltwirtschaftskrise war an „Einsparungen“ gedacht. Diese betrafen – wie unter kapitalistischen Verhältnissen nicht anders zu erwarten – in erster Linie die Ärmsten der Armen.

Als eine Mehrheit des Reichstages am 18. Juli 1930 gegen eine Reihe von Notverordnungen der Brüning-Regierung stimmte, löste Hindenburg das Parlament auf. Wieder einmal mußten die Artikel 48 und 25 der Weimarer Verfassung dafür herhalten. Andere Artikel dieses Grundgesetzes blieben indessen unberücksichtigt: Niemals hätten dieselben Notverordnungen nach dem Nein des Parlaments wieder in Kraft gesetzt werden dürfen, doch genau das tat die Regierung. Mit Recht sprachen Kritiker von einem „Staatsstreich“, woran auch Brünings Bemerkung nichts zu ändern vermochte, er wolle nicht den Parlamentarismus abschaffen, sondern ihn etwas verändern, um ihn „retten“ zu können.

Gegen Versailler Vertrag

Zum Kurswechsel gehörte auch ein zunehmend unkritischeres Verhältnis konservativer und rechtsliberaler Kräfte zu jener neuen Partei, die rechts von ihnen ganz offen den Kampf gegen alle Ergebnisse der Novemberrevolution, gegen die Weimarer Republik und für eine Revision der Ergebnisse des Ersten Weltkrieges auf ihre Fahnen schrieb. Es mehrte sich die Zahl der lokalen und regionalen Bündnisse rechter Organisationen mit den Nazis; da wurden Antifaschisten behindert, und da flossen auch mehr Gelder in die Kassen der NSDAP. Vor allem deren Aufnahme in die organisierten Reihen der Gegner des Young-Planes¹ hatte sie „salonfähig“ gemacht. Den nationalistisch-antidemokratischen Parteien und Verbänden schien sie ein nützlicher Bündnispartner zu sein, auch mit ihrer Hilfe wollte man alle Wirtschaftsprobleme allein durch das Brechen der „Knechtschaft von Versailles“ gelöst sehen.

In keiner Weise fühlten sich die Regierenden bedroht von den wachsenden Erfolgen der Nazi-Partei. Dabei hatte diese bei der Landtagswahl vom 8. Dezember 1928 zum ersten Mal die Zehn-Prozent-Hürde überspringen, in Coburg bei Kommunalwahlen sogar eine absolute

¹ Der Young-Plan, benannt nach dem US-amerikanischen Finanzmann Owen D. Young, war der letzte der Reparationspläne, die die Zahlungsverpflichtungen des Deutschen Reichs auf Grundlage des Versailler Vertrags regelten. Er wurde 1929 in Paris ausgehandelt und sah Reparationen in Höhe von 34,05 Milliarden RM vor, zahlbar bis 1987/88 bei 5,5 Prozent Zinsen – d. Red.

Mehrheit erringen können. Bei den sächsischen Landtagswahlen vom 22. Juni 1930 fielen ihr 240.000 Stimmen mehr zu als zuvor. Sie erreichte einen Anteil von 14,4 Prozent, während für die KPD nur 11.000 Wähler mehr als zuvor votierten und die SPD sogar 54.000 verlor. Ihr zunehmender Einfluß zeigte sich noch deutlicher an Universitäten und Hochschulen, ebenso an Gymnasien und Oberrealschulen. Sie erntete hier, was die in ihrer Mehrheit konservative, teils stockreaktionäre, parteipolitisch zu einem guten Teil deutschnational orientierte Professoren- und Lehrerschaft an nationalistischen, revanchistischen und rassistischen Ideen gesät hatte. 1929 erhielt der NS-Studentenbund an der Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg bei den Wahlen der Allgemeinen Studentenausschüsse 38 Prozent, an der Tierärztlichen Hochschule Berlin 30 Prozent der Stimmen. Ein Jahr später verbuchte er sogar 66,6 bzw. 50 Prozent der Wähler, abgejagt den konkurrierenden Rechtskräften und vor allem den waffentragenden Verbindungen.

Parteien im Wandel

Nach der Auflösung des Reichstages begann ein erbitterter Wahlkampf. Die in der Regierung vertretenen Parteien gaben vor, gegen jeden Radikalismus auftreten zu wollen. Im Auge hatten sie indessen nur die beiden Arbeiterparteien. Zwar rechnete man auch mit einem gewissen Zuwachs für die NSDAP, doch der wurde als relativ klein und unerheblich eingeschätzt. In demagogischer Manier erklärte Brüning am 31. August 1930 in Trier, es könne „keinem verantwortlichen deutschen Staatsmann in den Sinn kommen, das deutsche Volk „in Abenteuer irgendwelcher Art zu verstricken“.

Mit dem Vorwurf des Abenteurertums waren allerdings eher die parteipolitischen Querelen in den eigenen Reihen gemeint. In der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) rumorte Widerstand gegen den Kurs des Parteivorsitzenden Alfred Hugenberg, dem die Zerstörung der Weimarer Demokratie nicht rasch und nicht gründlich genug erfolgte. Verfechter großagrarischer Interessen und eines behutsameren antiparlamentarischen Weges sahen dadurch vor allem die „Osthilfe“ gefährdet, mit der großagrарische Betriebe in den preußischen Provinzen jenseits der Elbe entschuldet und saniert werden sollten. Von den 63 Abgeordneten schieden unmittelbar nach der Auflösung des Reichstages 27 aus der Partei aus und schlossen sich am 23. Juli zu einer neuen Partei, der Konservativen Volkspartei zusammen. Vorbehalte gegen ein Bündnis mit der NSDAP richteten sich gegen deren „radikale agitatorische Überspitzung“, formulierte Kuno Graf von Westarp, der allerdings auch keine Schwächung, sondern eine „Gesundung der nationalsozialistischen Bewegung“ erhoffte.

Auch in der Deutschen Volkspartei, die nach dem Tod ihres Vorsitzenden Gustav Stresemann entscheidend den Sturz der großen Koalition bewirkt hatte, zeigte sich die Parteiführung zerstritten. Ende Juli 1930 gab die Deutsche Demokratische Partei bekannt, sie wandle sich gemeinsam mit einigen Gruppen aus dem Umfeld des Jungdeutschen Ordens zur Deutschen Staatspartei um; das Wort „demokratisch“ verschwand schlicht und einfach aus ihrem Namen. So eher mit sich selbst beschäftigt und um die Durchsetzung der Notverordnungen bemüht, ließ man alle Gefahren außer acht, die von der erstarkenden NSDAP ausgingen. Die völlige Fehlbeurteilung der politischen Lage zeigte sich auch im sorglosen Umgang mit einer Denkschrift, die 1929/30 im preußischen Innenministerium ausgearbeitet wurde und zu dem Ergebnis kam, die -NSDAP sei eine „staats- und republikfeindliche, hochverräterische Verbindung“. Die Reichsregierung meinte jedoch zurückhaltend, zur Frage von deren Legalität oder Illegalität sich nicht äußern zu können. Auf wirksame Aktionen gegen die Naziartei, die auch von Mitgliedern und Anhängern erwartet wurden, hoffte sie vergebens. Hingegen bewegte das Zentrum und andere konservative Parteien vor allem, die beabsichtigten sozialpolitischen Maßnahmen so zu konkretisieren, daß sie ihren linken Gegnern keinen „bedenklichen Agitationsstoff“ bieten würden. Brüning strebte ein Ermächtigungsgesetz an, da parlamentari-

sche Mehrheiten für weitere Notverordnungen zwar notwendig, aber nicht zu erwarten waren. Auch an Wahlrechtsänderungen wurde im Kabinett gebastelt. Allein die Themen, die in den Ministergesprächen mehrfach zur Debatte standen, sprechen Bände: Osthilfe, Reform der Arbeitslosen- und der Krankenversicherung, Maßnahmen zur „Verhütung unwirtschaftlicher Preisbindungen“, Einführung einer „Bürgersteuer“, Senkung der „Industriebelastung“, Erhöhung von Agrarzöllen, z. B. des Erbsenzolls von vier auf 20 Mark, Handelsverträge u. ä. m. Im Kabinett hieß es mit dem Blick auf den Wahlkampf: „Dieser ganze Verordnungsinhalt müsse gerechtfertigt werden mit der Devise: Aufrechterhaltung (sic!) der Arbeitslosenversicherung und Maßnahmen zur Ermöglichung der Beschäftigung der Arbeitslosen.“

Warnende, ja geradezu beschwörende Stimmen vor dem, was eine erfolgreiche NSDAP mit sich bringen würde, kamen vor allem aus den Reihen von SPD und KPD. Doch über die eigenen Anhänger hinaus wurden sie nur von wenigen vernommen. Beide Parteien sahen in den Hakenkreuzlern die größte Gefahr. Sie warnten vor dem Faschismus und erreichten bei Großveranstaltungen mit dem Motto „Nie wieder Krieg“, z. B. am 1. August 1930 in Berlin, mehrere zehntausend Menschen; die eine fand allerdings im Lustgarten, die andere auf dem Winterfeldtplatz statt. Von antifaschistischer Gemeinsamkeit keine Spur, im Gegenteil: Beide nutzten jede Gelegenheit, sich gegenseitig zu beschuldigen. Da diffamierten die einen die anderen als „Sozialfaschisten“, jene wiederum die anderen als „rotlackierte Nazis“. Demokraten und Pazifisten, die wie Carl von Ossietzky in Die Weltbühne vom Februar 1930 den „Rotkoller“ der Herrschenden erkannt hatten, zeigten sich vom realitätsfernen Verhalten der Arbeiterparteien enttäuscht.

Die NSDAP gestärkt

Die Auflösung des Reichstages kam niemandem gelegener als den Nazis. Man werde, so verkündete Hitler am 2. August in einem Artikel des Illustrierten Beobachters mit dem Titel „An der Wende des deutschen Schicksals“, ein Vielfaches gegenüber der bisherigen Zahl an Stimmen erhalten. Diese Hoffnung war nicht unbegründet: Die NSDAP verbuchte einen erheblichen Zulauf an Mitgliedern. Auch dadurch wuchsen ihre finanziellen Mittel, wovon auch der Ankauf des Barlowschen Palais im Zentrum Münchens zeugte, das nach seinem Umbau den Namen „Braunes Haus“ erhielt. Wiederholte Aufrufe an Mitglieder und Gönner, Erwerb und Einrichtung dieses verschämt „Zentralheim“ genannten Palastes finanzieren zu helfen, sollten auch vertuschen, daß es schließlich vor allem eine aus einem Darlehen hervorgegangene Spende Fritz Thyssens war, die dem Zentralapparat der Faschistenpartei zu feudaler Residenz und höherer Funktionstüchtigkeit verhalf. In dem Schwerindustriellen besaß die NSDAP eine ihrer verlässlichsten Stützen im Ruhrgebiet, wo traditionell die Deutschnationalen gefördert wurden. Auch Thyssen, nach früherer Mitgliedschaft im Zentrum noch Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei, nahm im September 1931 am NSDAP-Parteitag teil und blieb bis Anfang 1932 deren Stadtverordneter in Mülheim/Ruhr. Viele folgten ihm, wenn sie dies auch zumeist nicht derart demonstrativ taten.

Ihren Wahlkampf führte die NSDAP zum einen gegen die beiden großen Arbeiterparteien, zum anderen aber gegen die bürgerlichen Parteien. Hitler sprach vom „Elend“, das der Marxismus dem deutschen Volke aufgeladen habe: „Sozialdemokratie und Kommunismus haben gemeinsam Deutschland in dieses namenlose Unglück gestürzt, beide müssen vernichtet werden“, las man am 9. August im Illustrierten Beobachter. Ihre Wahlstrategen zimmerten eine Anklage zugleich gegen ihre unmittelbaren Konkurrenten: Das Bürgertum, das mit der Pest des Marxismus paktiere, das „sie schützt und deckt, verdient den gleichen Weg zu gehen“. Alle wurden als „Novemberverbrecher“ und „Systemparteien“ beschimpft. Plakate zeigten „saufende Minister“ und „feiste Bonzen“. Bestechungsskandale, in die Beamte verwickelt waren, wurden weidlich ausgebeutet, um das „verkommene“ Gemeinwesen anzuprangern. Es

müsse durch einen „sauberen“ Staat ersetzt werden. Alle diese Attacks mobilisierten und dirigierten unausgegrenzte Gedanken, appellierten viel stärker aber noch an enttäuschte und verletzte Gefühle. Den vorgetäuschten Antikapitalismus nahm die wachsende Gefolgschaft hin, ohne zu bemerken, wie sorgsam vermieden wurde, die Ausbeutergesellschaft insgesamt anzugreifen. Einzelne Politiker und deren Parteien erschienen als die Alleinschuldigen am Massenelend. Ihre Beseitigung und Ersetzung durch eine von Hitler geführte Regierung sollte als Ausweg erscheinen. Doch wohin? Auch dafür bot man eine „positive“ Wendung des Schicksals an: „Raumerweiterung“ und Durchsetzung „deutscher Grundwerte“ in der Welt. Man dürfe nicht von „Brüderlichkeit“ oder „Nie wieder Krieg“ faseln, denn das sei zu allen Zeiten nur „ein faules Lügengewäsch“ gewesen, hieß es im Illustrierten Beobachter vom 16. August 1930.

Zu der rund 34.000 Veranstaltungen umfassenden Wahlkampagne der Nazis gehörte auch ein immer rabiateres Vorgehen gegen Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter. Die in Uniform und in Zivil auftretenden Schlägertrupps verübten Anschläge auf das Eigentum von Arbeiterorganisationen, überfielen politische Gegner mit Revolvern, Hieb- und Stichwaffen. Demonstrativ bekannten sich SA-Führer zum individuellen Terror. Zugleich perfektionierte die NSDAP auch Organisation und Technik ihres öffentlichen Auftretens. In Städten mietete sie die größten Versammlungshallen und verstand es meist, sie berstend zu füllen, so daß häufig Übertragungen per Lautsprecher ins Freie oder in benachbarte Säle notwendig wurden. Auch dadurch gewann die Öffentlichkeit den Eindruck, dieser Partei würden die Massen unaufhaltsam zuströmen. SA-Trupps, die vor den Rednerbühnen aufzogen, suggerierten Jugendlichkeit, Kraft und Geschlossenheit und standen bereit, jeden Zwischenrufer aus dem Saal zu prügeln. Systematisch wurde die Bevölkerung der Kleinstädte und des platten Landes bearbeitet. Die NSDAP schickte geübte Parteiredner auch in entlegene Gebiete. Manche von ihnen waren in der seit dem 1. Juli 1929 ins Leben gerufenen Rednerschule vorbereitet worden, nach deren Besuch sie eine parteiamtliche Anerkennung erfuhren. Sie hatten ein festgelegtes Pensum von Einsätzen zu bestreiten, und ihre Dienste wurden nach jedem Einsatz auch finanziell belohnt.

„Bindet den Helm fester“

Der Nachwelt blieben die Reichstagswahlen vom 14. September 1930 in Erinnerung, weil sie jener bislang seit ihrer Gründung kaum wirkungsmächtigen faschistischen Partei, die sich demagogisch selbst als „nationalsozialistisch“ bezeichnete, einen ersten immens großen Erfolg brachten: Ihr Stimmenanteil erhöhte sich von den mageren 2,6 Prozent – erreicht im Mai 1928 – auf 18,3 Prozent. Die größten Zugewinne verbuchte sie in Nord- und Ostdeutschland. In Schleswig-Holstein stieg ihr Anteil von vier sogar auf 27 Prozent, auch in Ostpreußen, Pommern, in der Provinz Hannover und Mecklenburg erreichte sie über 20 Prozent. Nahezu sechseinhalb Millionen Wähler votierten für sie.

Die NSDAP durfte sich im Lichte eines Wahlergebnisses sonnen, das als Sensation empfunden wurde und sie in Deutschland zur zweitstärksten Partei und unter den bürgerlichen Parteien sogar zur stärksten machte. Sie verfügte jetzt über 107 Sitze im höchsten deutschen Parlament, 95 mehr als bis dahin. Profitiert hatte sie sowohl von den Schwächen aller anderen Parteien, von den allgemein verwendeten nationalistischen Parolen und ihren eigenen sozialpolitischen Verheißungen, aber auch von einer sehr hohen Wahlbeteiligung. Zahlreiche Jugendliche hatten sich ihr zugewandt, auch solche aus proletarischen Kreisen. Die rechten bürgerlichen Parteien erlitten hingegen herbe Verluste. Die DVP ging von 8,7 Prozent zurück auf 4,5 Prozent, die DNVP von 14,2 Prozent auf 7,0 Prozent. Auch die Sozialdemokratie sank um 5,3 Prozentpunkte, obgleich sie immer noch mit 24,5 Prozent stärkste Partei war. Die Kommunisten hatten sich um 2,5 Prozentpunkte verbessert und kamen jetzt auf 13,1 Prozent. Allein die

großbürgerlich-katholische Zentrumspartei, die unter einer neuen Führungsspitze eine betont konservativ-nationale Politik betrieb, und die Bayerische Volkspartei (BVP) konnten ihren Wählerstamm bewahren.

Als der neue Reichstag am 13. Oktober 1930 eröffnet wurde, kam es sofort zu einem Eklat: Die 107 Abgeordneten der NSDAP erschienen alle in brauner Parteiuniform und verstießen damit provokativ gegen das in Preußen geltende Uniformverbot. Dennoch brauchten sie eine Strafverfolgung nicht zu befürchten, da dazu ihre politische Immunität hätte aufgehoben werden müssen. Damit nicht genug. An diesem Tag erlebte Berlin pogromartige Ausschreitungen. Jüdisch aussehende Passanten wurden von SA-Leuten beschimpft und verprügelt, dem Kaufhaus Wertheim wurden die Schaufensterscheiben eingeworfen.

Im Reich und auch im Ausland wuchsen Befürchtungen vor einem erneuten Putsch der NSDAP, zumal sie die Parole verbreitete: „Nach dem Sieg – Bindet den Helm fester!“ Doch anders als noch im Herbst 1923 bemühte sich ihre Führung zugleich, den das Image von Unzuverlässigkeit und illegitimem Verhalten gegenüber Bündnispartnern loszuwerden. Eine demonstrative Gelegenheit dazu ergab ein Prozeß vor dem Leipziger Reichsgericht, der vom 23. September bis zum 4. Oktober 1930 gegen drei ehemalige Reichswehroffiziere stattfand, die in Kontakt mit SA-Führern versucht hatten, im Heer nationalsozialistische Zellen zu bilden. Hitler konnte als „Zeuge“ eine zweistündige Rede über die angebliche vollkommene Legalität der Methoden und Ziele seiner Partei halten. Obwohl dem obersten Gericht der Republik hufenweise Dokumente vorlagen, durch welche die hochverräterische Tätigkeit der NSDAP bewiesen wurde, ließen die Richter Hitler behaupten, seine gesamte Partei lehne eine gewaltsame Beseitigung der Verfassung ab. Die SA sei ohne militärischen Charakter, waffenlos und lediglich als Schutztruppe gegen „links“ bestimmt. Wenn in seiner Bewegung von „Revolution“ gesprochen werde, dann wäre ein geistiger Prozeß gemeint. Als Hitler darauf eine oft zitierte Stelle aus den regelmäßig erscheinenden Nationalsozialistischen Briefen vorgehalten wurde, wonach er selbst drohend angekündigt hatte, daß im Kampf um die Macht Köpfe in den Sand rollen würden, gab er dem zynisch die Auslegung, der Henker werde erst nach dem Sieg seiner Bewegung und dann auf der Grundlage von Urteilen eines Staatsgerichtshofes in Aktion treten.

Wie zehn Jahre zuvor (siehe jW-Thema vom 5.6.2010) signalisierte auch die Reichstagswahl vom 14. September 1930 die große Gefahr politischer Veränderungen zugunsten republik- und demokratiefeindlicher Kräfte. Ihr Ergebnis und noch mehr der letztlich wohlwollende, förderliche Umgang konservativer Kreise mit den ärgsten Feinden von Republik und Demokratie markierten einen bedeutsamen Schritt hin zur Zerstörung der Weimarer Republik.

Aus den Quellen:

Wolfgang Abendroth (Einführung in die Geschichte der Arbeiterbewegung, Heilbronn 1997, S. 249)

„Die Notverordnungen sind nach der Weimarer Reichsverfassung durch diesen Reichstagsbeschluß vom 18. Juli aufgehoben. Daraufhin löst der Reichskanzler den Reichstag auf – das kann er nach der Verfassung – und ordnet Neuwahlen an, die im September 1930 stattfinden. Aber er tut ein weiteres, was nun eine noch groteskere Verhöhnung der Weimarer Reichsverfassung war. Er proklamiert die Notverordnungen mit leichten Korrekturen ganz einfach neu und setzt sie abermals in Kraft. Das widerspricht nun auch dem einfachsten Wortlaut der Weimarer Reichsverfassung, denn diese Notverordnungen sind ja vorher vom Reichstag aufgehoben worden, also darf er nicht dieselben Inhalte in neuen Notverordnungen wiederholen. Es war also ein glatter Staatsstreich.“

Aus Hitlers Grundsatzrede vom 10. August 1930 in Kiel:

„Jedes Volk hat den Anspruch, der seinem Geist und Wesen entspricht. Sein Geist und sein Leben umreißt die mögliche Forderung an das Leben von vornherein. Ich kann weitergehen und kann sagen, ich sehe den einzelnen Menschen an. Vor mich hin tritt der erblich Belastete, der Tuberkulöse. Sie haben nicht dieselben Ansprüche zu stellen wie ein vollständig Gesunder. So ist es auch bei den Völkern. Und wenn ich mir nun den Wert des deutschen Volkes ansehe, dann kann ich sagen, es gibt kein Volk, das mehr Recht besitzt, Anforderungen an das Leben zu stellen wie das deutsche Volk. Was hat unser Volk der Welt nicht alles gegeben. Seit 2000 Jahren können wir die Geschichte unseres Volkes verfolgen. Und nimmt man alles weg, was der deutsche Genius der Welt geschenkt hat, Denker, Dichter, deutscher Erfindungsgeist, so ist die Welt mit einem Schlage entsetzlich verarmt.“

Zwei Tage nach der Wahl schrieb der sozialdemokratische Vorwärts:

„Eine Bolschewistengefahr gibt es für Deutschland nicht. Eine Faschistengefahr ist vorhanden (...) Der Faschismus hat am 14. September den Kommunismus weit überflügelt. Er hat aber nicht nur mehr Anhänger, sondern er ist auch besser diszipliniert und verfügt über viel stärkere Hilfsquellen. Die unter Hugenberg's Führung stehende deutschnationale Rechtspartei sympathisiert offen mit ihm, und auch sonst verfügt er im Großbürgertum, in der zahlungsfähigen ‚Wirtschaft‘ über zahlreiche stille Bundesgenossen.“

Carl von Ossietzky („Die Blutlinie“, in: Die Weltbühne, 21. Oktober 1930)

„Man darf die Hitler-Bewegung nicht allein nach den Zivilmäulern der Feder und Strasser beurteilen, man muß vor allem auf ihre militärischen Fäuste schauen. Die Organisationen sind gespickt mit Offizieren aus der Freikorpsepoche (...) Ein einziger konsequent zu Ende geführter Ehrhardt- oder Roßbach-Prozeß hätte uns den ärgsten Zauber der neuen Hitler-Macht erspart.“

junge Welt, Dienstag, 14.09.2010, S. 10.

„Im Großen wirken“

Vor 80 Jahren – „Meinungsfreiheit“ für Antisemiten und Rassisten an der Jenaer Universität: Hans F. K. Günther warnt vor der „Vermorgenländerung“ der Deutschen

Geschichte wiederholt sich nicht – eine Binsenweisheit! Und dennoch geht mitunter der Blick unweigerlich zurück. So auch in den letzten Wochen, in denen ein Buch politisch Furore machte und sein Autor das Recht auf Meinungsfreiheit für angeblich wissenschaftlich erarbeitete Thesen in Anspruch nahm ...

Kampf gegen Juden

Im Rückblick eines früheren Hochschullehrers an der Universität in Jena taucht beispielsweise eine Äußerung Kurt Tucholskys aus dem Jahre 1922 auf: „Die Judenriecherei dieses Mannes darf grotesk genannt werden.“ Gemeint war der völkisch-rassistische Literaturgeschichtsschreiber Adolf Bartels, der den Kampf gegen die Juden in der deutschen Literatur auf seine Fahnen geschrieben hatte und um den damals zahlreiche Kränze gewunden wurden. Tucholsky sprach von einem „Clown der derzeitigen deutschen Literatur“, von dessen Unbildung, Leichtfertigkeit und Oberflächlichkeit, die „eigentlich ganz undeutsch“ sei.

Ein treffendes Urteil, unterschied Bartels doch in seinen vielgelesenen Büchern, es sei grundsätzlich unter den 9000 deutschsprachigen Autoren „reinlich“ zwischen deutscher Literatur und „jüdischer Dekadenz-Literatur“ zu unterscheiden. Bekannt ist, wie er gegen Heinrich Heine zu Felde zog, aber auch gegen Heinrich und Thomas Mann, und daß er zu Lessings „Nathan“ abfällig schrieb, man müsse die Jugend lediglich auf die „rein historische Bedeutung“ des Werkes aufmerksam machen. Sein politisches Motto lautete: „Wer in unserer Zeit nicht Antisemit ist, der ist auch kein guter Deutscher.“ Der radikale Antisemit und deutsche Rassist empfahl 1914, die Polen und Ostjuden aus dem Osten zu evakuieren: „Wir müßten das ganze westliche Rußland für uns nehmen [...] Wir brauchen Boden, wir brauchen eine schwere Kolonisationsaufgabe, um wieder zu gesunden. Es wäre gut, wenn sich unter Deutschlands Vorherrschaft ein großer mitteleuropäischer Staatenbund bilden könnte, der seine Vorposten an Düna und Dnjepr und am Schwarzen Meer hätte.“

In den 20er Jahren wurde Bartels nicht nur zu einer der Leitfiguren des konservativen Bürger­tums, sondern in seinem thüringischen Wohnort Weimar zugleich zu einem Kristallisationspunkt antisemitischer Netzwerke, aus dem mehrere Führungsfiguren der NSDAP hervorgingen. Als dieser Partei im Januar 1930 die Leitung zweier Ministerien übertragen wurde, unternahm sie alles Mögliche, um auf dem Weg zu ihrer diktatorischen Herrschaft einen ihrer wichtigsten Programmpunkte zu verwirklichen: Abwehr der „Verseuchung deutschen Volkstums durch fremdrassige Unkultur“. Man wollte beginnen, das Personal an Schulen und Hochschulen auszutauschen. Die einen sollten gehen, andere neu eingesetzt oder berufen werden. Die Frick-Regierung verlangte von der Jenaer Universität u. a. die Berufung des 68jährigen auf einen Lehrstuhl. Obgleich der am 4. November eine Antrittsvorlesung hielt, ging der Plan nicht auf.

Hingegen gelang der NSDAP ein anderes, ein spektakuläres Bubenstück, dessen Ergebnis am 15. November in Jena der Öffentlichkeit präsentiert wurde. Da hielt ein neu ernannter Professor Hans F. K. Günther seine Antrittsvorlesung zum Thema „Die Ursachen des Rassenwandels der Bevölkerung Deutschlands seit der Völkerwanderungszeit“. Doch die Aufmerksamkeit galt an diesem Tage weniger dem Redner, der von vielen ironisch als „Rassepapst“ charakterisiert wurde, sie galt eher dem „hohen“ Besuch dieser Veranstaltung: Angereist waren neben Adolf Hitler auch Hermann Göring, Wilhelm Frick, Paul Schultze-Naumburg, Hans Severus Ziegler u. a. m. Von Hitler heißt es seitdem, er habe eine Universität zum ersten und

zugleich zum letzten Mal besucht. Die akademische Veranstaltung geriet zu einem skandalösen Politspektakel.

Die NSDAP hatte allen Grund zu frohlocken und ihren Erfolg nach den Reichstagswahlen vom 14. September (siehe jW vom 14.9.2010) zur Schau zu stellen. Ein Präzedenzfall war geschaffen, erstmals an einer deutschen Universität das Fach „Rassenkunde“ institutionalisiert worden. Später jubelten ihre Geistesheroen, es sei damit die „erste Bresche in die Front der Wissenschaft der Systemzeit“ geschlagen worden. Davon konnte jedoch keine Rede sein, eher ist wohl von den Anlaufschwierigkeiten eines Bündnisses der überwiegend konservativ-deutschnational orientierten Hochschullehrer mit den Nazis zu sprechen, eines Bündnisses, das ein Jahr später in der „Harzburger Front“ seine reichsweite politische Gestalt fand.

Neuer Lehrstuhl

Bevor es gelang, für Hans F. K. Günther einen eigenen Lehrstuhl einzurichten, hatte es Bedenken, Unmut gegen die Fricksche Personalpolitik gegeben. Rektor und Senat sprachen sich zunächst gegen eine Berufung des Nichtakademikers aus. Auch fast zwei Drittel der 16 wissenschaftlichen Gutachten – schon deren Zahl war ausgesprochen unüblich – klangen negativ; manche wollten Günther lediglich die Möglichkeit einer Habilitation einräumen. Doch der thüringische Innen- und Volksbildungsminister entschied: Am 16. Mai 1930 ernannte er Günther zum ordentlichen Professor mit Lehrauftrag für Sozialanthropologie an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät. Das Lehramt trat der Berufene am 1. Oktober an und übte es bis zu seinem Weggang nach Berlin im April 1935 aus. Mit Günthers Berufung schuf man eine der Grundlagen für die weitere Entwicklung der Jenaer Universität zunächst zu einem „nationalsozialistischen Stützpunkt“, später zu einem Zentrum der faschistischen Rassenideologie.

Der Lehrstuhl Günthers – zu dessen geistigem Niveau hier zitierte Auszüge aus seinen Publikationen für sich sprechen, unter anderem warnte er vor einer „Vermorgenländerung“ der Deutschen (siehe Spalte) – trug die Bezeichnung „Sozialanthropologie“ statt wie vorgesehen „Lehrstuhl für Rassefragen und Rassenkunde“ – ein rein sprachliches Zugeständnis, das Frick offensichtlich gemacht hatte. Nachdem die Uni sich gebeugt hatte und kritischen Urteilen aus den Reihen der NSDAP ausgesetzt sah, beklagte sich Rektor Karl Heussi bei Frick, daß „aus unseren rein sachlichen, von jeder politischen Einstellung unberührten Bedenken [...] ein Schluß auf unsere vaterländische Gesinnung gezogen wird“. Es sei „schwer erträglich“, hingestellt zu werden als solche, die „weniger Verständnis für die Erneuerung Deutschlands haben sollen als Kreise der studentischen Jugend, die sich für gewisse Gedanken des Tages begeistern“. Am eigenen konservativ-nationalen Selbstverständnis durfte nicht gezweifelt werden, und gar an fortwirkende akademische Bedenken war nicht zu denken. Sowohl von der Berufung Günthers als auch von der spektakulär in Szene gesetzten Antrittsvorlesung gingen wirksame Signale aus für eine schließlich doch recht konsequente Umsetzung nationalsozialistischer Ziele.

Auch Günther träumte von Höherem, da ihm Lehrbetrieb und akademischer Alltag nicht behagten. Bereits am 26. Oktober 1930 schrieb er an seinen Freund Richard Darré, den späteren „Reichsbauernführer“, er wolle „im Großen wirken“ und halte sich selbst „für geeignet, einen Minister für Volksbildung abzugeben, sobald wir einmal zu ruhiger Herrschaft gelangt sind“. Am zweiten Weihnachtsfeiertag teilte er Darré allerdings noch einen anderen Wunsch mit: Das richtige für ihn sei „Gesandter in Stockholm“, denn dort könne er gemeinsam mit Alfred Rosenberg und seinem Briefpartner „Ostpolitik machen“ ...

junge Welt, Dienstag, 21.09.2010, S. 3.

Doppelbödiges Abkommen

Am 16. Oktober 1925 wurde der „Vertrag von Locarno“ paraphiert

Locarno: Ein relativ kleiner Ort, idyllisch gelegen im Schweizer Tessin am Lago Maggiore, heute bekannt als Stadt internationaler Filmfestspiele. Vor 85 Jahren spürten die Einwohner indessen jene Hektik, die es nun einmal bei allen internationalen Treffen verantwortlicher Politiker gibt. Vom 5. bis zum 16. Oktober 1925 verhandelten hier Vertreter Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens miteinander. Ein wichtiges Thema der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg stand zur Debatte. Man brütete über Texten, die – so war es dem Schlußprotokoll zu entnehmen – helfen sollten, „gemeinsam die Mittel zum Schutze ihrer Völker vor der Geißel des Krieges zu suchen und für die friedliche Regelung von Streitigkeiten jeglicher Art, die etwa zwischen ihnen entstehen könnten, zu sorgen“. Die Delegationen waren bewußt klein gehalten worden; der deutschen gehörte auch Reichskanzler Hans Luther an.

In einem langen Hin und Her feilten die Beteiligten an jeder einzelnen Formulierung, und dies sowohl in den neun offiziellen Verhandlungsrunden als auch in einzelnen Ausschüssen. Oft trafen sich zu informellen Gesprächen, den teilweise mißtrauisch beäugten „tea parties“, die Herren Aristide Briand, Austen Chamberlain und Gustav Stresemann. Als Außenminister ihrer Länder besprachen sie da bereits einige der zu erwartenden, erhofften oder befürchteten „Rückwirkungen“ des Vertrages. Sie gaben den anderen die Marschrichtung vor; auch denen, die nur ab und zu am Verhandlungstisch Platz nehmen durften oder ganz und gar nicht berücksichtigt worden waren. Denn der Vertrag berührte nicht allein Polen und die Tschechoslowakei, sondern auch deren weiter östlich angesiedelte Nachbarn. Gerade über diese wurde oft geredet, jedoch nicht mit ihnen.

Holpriger Weg nach Locarno

Rasch, nachdem 1919 in Versailles die Nachkriegsordnung Europas bestimmt worden war, zeigten sich deren problematische Seiten. Vor allem gab es bald Widerstand gegen teilweise irrsinnige Festlegungen, die den militärischen Sieg der Entente über die Mittelmächte (Deutsches Reich und Österreich-Ungarn – d. Red.) auch im wirtschaftlichen und politischen Bereich bekräftigen sollten. Wege waren eingeschlagen worden, die den Keim neuer kriegeri-scher Auseinandersetzungen in sich trugen. Vor allem hatte sich 1923 bei den Sanktionsmaßnahmen der Alliierten an der Ruhr die Unmöglichkeit offenbart, erneut mit militärischen Mitteln jene Konflikte lösen zu wollen, die aus dem Streit um die dem besiegten Deutschland auferlegten Reparationszahlungen resultierten. Die Besetzung des Rheinlandes durch französische und belgische Truppen verschärfte nicht allein die wirtschaftlichen Probleme, insbesondere die enormen Auswirkungen der Inflation, sondern führte auch zu sozialen Spannungen, die sich in revolutionären Erhebungen, aber auch in terroristischen Aktionen erstarkender faschistischer Kräfte entluden. Jeder Gefahr einer Einschränkung ihrer ökonomischen und politischen Macht wollten die Herrschenden in West- und Mitteleuropa entgegenwirken. Aber sie mußten dem Drängen vieler Menschen in allen Ländern nach friedlichen, den Frieden ermöglichenden gesellschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragen: „Nie wieder Krieg!“ – für diese Losung gingen Hunderttausende auf die Straßen.

Unmittelbar nach dem Abschluß der Verhandlungen über den Dawes-Plan, der eine wirtschaftliche Stärkung Deutschlands mit sich gebracht hatte, traten ab Dezember 1924 und Januar 1925 Ideen in den Vordergrund, die auf Sicherheitspakete und Abrüstungsgespräche abzielten, insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich, die sich hauptsächlich als Konkurrenten gegenüberstanden. Gesucht wurde nach Wegen, um Grenzen zu garantieren und Angriffskriege zu vermeiden. Allerdings ging es hauptsächlich um die Grenzen und ein fried-

liches Miteinander im Westen. Das ließ auch der feine Unterschied zwischen den gewählten Begriffen des Textes von Locarno erkennen: Mit den einen schloß Deutschland ein „Schiedsabkommen“ ab, mit den anderen einen „Schiedsvertrag“. Statt von „Unveränderlichkeit“ bestehender Grenzen war nur von deren „Unverletzlichkeit“ die Rede.

Die Interessen der deutschen Regierung formulierte Karl von Schubert, Staatssekretär im Auswärtigen Amt des Deutschen Reiches, im Februar 1925 apodiktisch: „Jede direkte oder indirekte Anerkennung unserer gegenwärtigen Grenzen im Osten durch einen Sicherheitspakt muß ausgeschlossen bleiben. Wir werden über den von uns in dem Memorandum angebotenen Schiedsvertrag mit Polen nicht hinausgehen können.“ Dabei sei in den diplomatischen Verhandlungen nach seiner Auffassung argumentativ hervorzuheben, daß ein solcher Vertrag „praktisch eine hinreichende Gewähr für die Aufrechterhaltung des Friedens“ sei. Der Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, Friedrich Gaus, äußerte sich etwas offener: Deutschland versuche, „durch den Pakt im Westen im Osten freie Hand zu bekommen“. Und noch drastischer formulierte Reichswehrchef Hans von Seeckt in einer Sitzung des Reichskabinetts am 24. Juni 1925, was er von Vereinbarungen mit den Siegermächten hielt: „Bündnisfähig sind wir erst wieder, wenn wir eine Macht werden; sobald wir eine Macht sind, werden wir uns selbstverständlich das verlorene Land wiedererobern.“

Im Vordergrund der deutschen Regierungspolitik stand das Ziel, größeren Spielraum in der Außenpolitik zu gewinnen und möglichst als gleichberechtigter Partner in den Völkerbund aufgenommen zu werden. Dies verband die Regierung Luther mit einer im Januar 1925 eingeleiteten Initiative, die auf eine entsprechende Verständigung mit Frankreich und auf die Einigung über alle Probleme ohne französische Zwangs- und Kontrollmaßnahmen zielten. Mit dem Angebot, Schiedsverträge abschließen zu wollen, sollte ein Weg zu friedlicher Streitschlichtung und zum Kriegsverzicht eröffnet werden, allerdings bei einer Bewertung der Grenzen in solche von erster und zweiter Klasse; die einen war man (zumindest zeitweilig!) zu akzeptieren bereit, die anderen wurden auf keinen Fall anerkannt.

Berlins Trumpf-As

Die Vorverhandlungen, zu denen Frankreich einlud, zogen sich hin. Konkrete Entwürfe aus der Feder französischer und britischer Beamter lagen schließlich einer Sachverständigengutachtung vor, die Anfang September 1925 in London stattfand. Erfreut berichtete der deutsche Vertreter dem Auswärtigen Amt, daß der Entwurf „nicht auf dem Gedanken eines neuen und endgültigen deutschen Verzichts auf Elsaß-Lothringen und Eupen-Malmedy, sondern vielmehr auf dem Gedanken des Verzichts auf eine Änderung der Grenzen durch einen Angriffskrieg“ beruhen würde. So würde Deutschland freie Hand behalten, sich über einen „Rückwerb“ zu verständigen. Er schlußfolgerte auch, sollte es trotz des bevorstehenden Paktes zu einem neuen Krieg kommen, dürfe es für die Weltkriegssieger nicht möglich sein, auf der Grundlage einer wie auch immer fixierten „Garantie“ der bestehenden Grenzen gegen die durch einen „Friedenschluß“ veränderten Grenzen vorzugehen.

In den Vorverhandlungen spielte das Verhältnis der Verhandlungspartner zur Sowjetunion eine große Rolle. Wollte die deutsche Regierung sich stärker an den Westen binden und Mitglied des Völkerbundes werden, würde sie die 1922 in Rapallo proklamierte Politik einer deutsch-russischen Zusammenarbeit aufs Spiel setzen. Dennoch wollte sie den „Draht nach Moskau“ nicht abreißen lassen, was darauf hinauslief, eine recht doppelbödige Politik zu betreiben. Einerseits bezog das Auswärtige Amt den in der russischen Hauptstadt residierenden deutschen Botschafter Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau nicht in die Pläne ein, mit denen man sich auf Locarno vorbereitete. Dessen Warnungen wurden in den Wind geschlagen, so daß er sich sogar zum Rücktritt als Botschafter entschloß, was schließlich nur noch Reichspräsident Hindenburg persönlich zu verhindern wußte. Andererseits wurde am 12. Oktober

1925, also unmittelbar während der Verhandlungen in Locarno, ein deutsch-sowjetisches Handelsabkommen vereinbart, dem später, am 26. April 1926, sogar ein sogenannter Neutralitätsvertrag folgte. Dieses Druckmittel, ein Trumpf-As gegenüber den Westmächten, wollte man nicht aus der Hand geben. Der deutsche Außenminister meinte sogar, die Zeit sei für immer vorüber, in der Deutschland sich „als Landsknecht gegen andere Mächte verwenden ließ“. Das hinderte ihn dennoch nicht, seinen Gesprächspartnern in Locarno zu versichern: „Wenn der Völkerbund einen Staat als Angreifer bezeichnete, so würde Deutschland auf seiten des Völkerbundes sein; Deutschland würde moralisch mitmachen und sich nicht ausnehmen wollen.“

Janusköpfiger „Geist von Locarno“

Das Ergebnis der zwölfstägigen Verhandlungen ging in die Geschichte schlicht als „Vertrag von Locarno“ ein, nachdem gegen den ursprünglichen und sinnvolleren Vorschlag „Gegenseitiger Garantie-Pakt“ bezeichnende Einreden gemacht worden waren. Sein Wortlaut fand Gestalt in fünf Dokumenten: das erste enthielt einen Vertrag aller fünf beteiligten Länder; er galt als eine Art Rahmenabkommen und wurde auch als „Sicherheitspakt“ bezeichnet. Das zweite und dritte fungierten jeweils als ein „Schiedsabkommen“ zwischen Deutschland und Belgien bzw. zwischen Deutschland und Frankreich, das vierte und fünfte galten als „Schiedsvertrag“ zwischen Deutschland und Polen bzw. der Tschechoslowakei. In der offiziellen Abschlusserklärung verliehen die Unterzeichner ihrer Überzeugung Ausdruck, daß der Vertrag „in hohem Maße dazu beitragen wird, eine moralische Entspannung zwischen den Nationen herbeizuführen“. Er werde auch die Lösung vieler politischer und wirtschaftlicher Probleme „erleichtern“ und schließlich „in wirksamer Weise“ die Bestrebungen des Völkerbundes zu einer Abrüstung „beschleunigen“.

In der Tat: Makellos, hehr und ehrwürdig klangen die Sätze zu Entspannung, Abrüstung und Frieden. Man wollte sogar, wie der britische Außenminister gelegentlich andeutete, auf das „Recht zum Krieg“ verzichten. Doch so weit war der Rahmen nicht gespannt. Die Texte handelten lediglich von der Wahrung des territorialen Status quo und einer Unverletzlichkeit jener Grenzen, die am 28. Juni 1919 im Friedensvertrag von Versailles fixiert worden waren. Im allgemeinen Vertrag verpflichteten sich Deutschland einerseits sowie Belgien und Frankreich andererseits, „in keinem Falle zu einem Angriff oder zu einem Einfall oder zum Kriege gegeneinander zu schreiten“. In den Verträgen Deutschlands mit Polen und der Tschechoslowakei fehlte indessen eine derartige Aussage. Es hieß abgeschwächt, es solle ein Schiedsgericht oder der Ständige Internationale Gerichtshof entscheiden, wenn Streitfragen nicht auf dem gewöhnlichen diplomatischen Weg gütlich geregelt werden können.

Auch das klang noch gut und hätte einen den Frieden fördernden Fortschritt zwischenstaatlicher Beziehungen bedeuten können. Eine gewisse Normalisierung im Miteinander konkurrierender Mächte schien erreicht. Das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich entkrampfte sich, die Beendigung der Rheinland-Besetzung war vorbereitet. Neue Voraussetzungen für den internationalen Handel und auch für den Beginn von Abrüstungsverhandlungen konnten als geschaffen betrachtet werden. Indessen wies der Locarno-Vertrag auch langfristig destabilisierende Elemente auf, war doch für einengende, vieldeutige und unterschiedlich interpretierbare Klauseln hinreichend gesorgt. Allen edlen Formulierungen folgte jeweils der ein oder andere Zusatz, die ein oder andere Einschränkung. Bereits der zweite Artikel des allgemeinen Vertrages legte fest, daß die Bestimmung des ersten Artikels „keine Anwendung“ finde, ginge es um die „Ausübung des Rechtes der Selbstverteidigung“. Das galt auch für den Fall, daß ein „flagranter Verstoß“ gegen die Artikel 42 oder 43 des Vertrages von Versailles vorliegt – sie betrafen die „Entmilitarisierung des Rheinlandes“ –, oder eine Aktion auf der Grundlage des Artikels 16 der Völkerbundssatzung zu unterstützen sei. Letzterer ent-

hielt Regelungen, die wirtschaftliche und militärische Exekutionsmaßnahmen nach Verstößen gegen diese erlaubten und sich insbesondere gegen die Sowjetunion richteten.

Ungeachtet aller Einschränkungen kann der Locarno-Vertrag als ein ernst zu nehmender Versuch gelten, zumindest in einigen Teilen Europas die unmittelbare Nachkriegszeit zu beenden sowie eine Basis für geregelte, einigermaßen normale und friedliche Beziehungen zwischen den ehemaligen Kriegsgegnern zu schaffen. Deutschlands Verhältnis zu den Siegermächten des Weltkrieges schien mehr oder weniger bereinigt zu sein. Seine Außenpolitiker hatten mehr erreicht, als erwartet worden war. Doch zu einer Grundlage dauerhafter Verständigung und der Verhinderung von Kriegen geriet er nicht. Zu sehr gingen die Interessen der Beteiligten auseinander, zu groß war der Wille, Konflikte letzten Endes doch mit militärischen Mitteln auszutragen. Zu deutlich ließ sich die Absicht erkennen, in West- und in Osteuropa mit unterschiedlichen Maßen zu messen.

Schritte in eine neue Vorkriegszeit

Tatsächlich folgte dem Vertrag von Locarno nur eine kurze Phase von etwa drei, vier Jahren, in der – wenngleich mit vielen Abstrichen – von Ansätzen einer Verständigungspolitik hätte gesprochen werden können. Doch der „Geist von Locarno“, den heutzutage manche Politiker und Historiker als zukunftsweisend preisen und mit Legenden verhüllen, verflüchtigte sich rasch. In Deutschland obsiegten ab Ende der 20er Jahre jene Kräfte, die bereits im Vorfeld des Locarno-Vertrages gegen ihn mobil gemacht und eine regelrecht chauvinistische Kampagne eröffnet hatten. Insbesondere aus den Reihen der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), die erstmalig an der Reichsregierung unter Kanzler Luther beteiligt war, ertönten Forderungen nach einem Rücktritt des Außenministers. Unmittelbar nach der Unterzeichnung des Vertrages traten die vier deutschnationalen Minister von ihren Ämtern im Reichskabinett zurück. Noch vor einer Regierungsneubildung billigte am 27. November eine Reichstagsmehrheit das Vertragswerk, so daß es am 1. Dezember 1925 in London von allen Beteiligten unterzeichnet werden und damit in Kraft treten konnte.

Mit dem Bau der deutschen Panzerkreuzer und vor allem dem Projekt einer deutsch-österreichischen Zollunion, das die Brüning-Regierung in die Wege leitete (siehe „Griff nach Südosteuropa“, jW-Thema vom 7.7.2010), blieb vom Locarno-Vertrag und seinen Intentionen nicht mehr als eine Fassade übrig. Kurz und bündig charakterisierte der erste nicht auf parlamentarischem Wege gewählte, sondern im März 1930 autoritär von Hindenburg eingesetzte Reichskanzler seine Außenpolitik mit den Worten: „Streichung der Reparationen, Abrüstung der anderen und Aufrüstung für uns.“ Statt Verständigungsbereitschaft dominierten nun konfrontative Konfliktlösungsversuche. Das deutsche Entspannungsbestreben, zutage getreten auf dem Weg nach Locarno, erwies sich als zwielichtig, als janusköpfig. Wenn in der Literatur mitunter behauptet wird, Locarno sei Ausdruck einer Modernisierung deutscher Außenpolitik sowie des Willens zur Bindung an den Westen gewesen und habe die Basis für ein modernisiertes, von Sicherheitsstrukturen getragenes europäisches Staatensystem geschaffen, dann wird übersehen: Alle Politik richtete sich am Ziel aus, die Ergebnisse des Ersten Weltkrieges zu revidieren, was Stresemann kurze Zeit später, am 28. Januar 1927, in die klaren Worte faßte, der Versailler Friedensvertrag müsse ausgehöhlt werden, ihn aber „tatsächlich zu revidieren, das ist das Entscheidende“.

Formell blieb der Locarno-Vertrag in Kraft bis zum 6. März 1936, als Hitler die Wehrmacht in die entmilitarisierte Rheinlandzone einmarschieren ließ. Auch dies machte deutlich: Nur bedingt konnte mit dem Vertrag von 1925 eine Wende in der Nachkriegszeit eingeleitet werden, denn relativ rasch nach seinem Abschluß beging man bereits den Weg hin zu einer neuen Vorkriegszeit.

junge Welt, Sonnabend, 16.10.2010, S. 10.

Die Erfindung eines Messias

Immer wieder Hitler? Von des Diktators Bibliothek bis hin zu seinem Imperium

Bei kaum einem Buch, das von Faschismus und Krieg handelt und auf dem deutschen Büchermarkt gepriesen wird, fehlt im Titel der Name Hitlers. Wie es scheint, erwarten davon Verlage und wohl auch Autoren ein lukratives Geschäft, zumindest ein Ergebnis, das nach ihrer Vorstellung andere, sachlichere oder gar problemorientierte Aufmacher nicht bieten würden. Hitlers Krieger, Hitlers Heerführer, Hitlers politische Soldaten, Hitlers Fälscher, Hitlers Beamte, Hitlers Frauen, Hitlers Kinder, Hitlers Ostkrieg, Hitlers Judenhass, Hitlers Berlin, Hitlers München usw. usf.

Vor Jahr und Tag belieferte insbesondere der ZDF-Geschichtsexperte Guido Knopp den Markt reichlich mit solchen Filmen und Büchern. Mit ihnen, ihren Macharten und Schwächen hatte sich sogar ein Deutscher Historiker-Tag kritisch zu befassen. Harte Urteile wurden ausgesprochen. Zudem gab es vor zwei, drei Jahren viel Wirbel um Spielfilme, insbesondere um die Darstellung der letzten „Untergangs“-Tage in Hitlers Leben. Manch ein Regisseur und Schauspieler versuchte sich auch an der – von Charlie Chaplin eigentlich längst beantworteten – Frage, ob man über den Mann aus Braunau und Massenmörder lachen dürfe, ohne dass einem das Lachen im Halse stecken bleibe.

Nun belebt sich offensichtlich in jüngster Zeit erneut das Titelheld-Geschäft, wenngleich mitunter auch kritisch und um ein differenziertes Bild bemüht. Hitlers Pressechef stellt Stefan Krings vor. Die facettenreiche und informative, aus neu erschlossenem Quellenmaterial geschöpfte Arbeit trägt im besten Sinne des Wortes biografischen Charakter. Krings will keine „Re-Interpretation“ zu Hitler liefern. Er versteht seine Studie über Otto Dietrich als Teil einer „sozialwissenschaftlichen Biografik“, die seit den 90er Jahren vor allem von Ulrich Herbert mit dessen Biografie über den NS-Juristen und SS-Führer Werner Best angeregt worden ist.

Der Reichspressechef der NSDAP – so die offizielle Amtsbezeichnung Dietrichs – erscheint in Krings Band als eine Person typisiert, die sich selbst als „Zuarbeiter, Organisator oder auch halbintellektuellen Propagandisten des charismatischen Führers“ begriffen habe und „zugleich Fühlung mit der Bürokratie“ hatte. Breiten Raum nimmt das Kompetenzgerangel mit Goebbels und Max Amann ein. Neben beiden sei Dietrich ein „Hauptdarsteller“ auf der Bühne der Presselenkung im NS-Reich gewesen.

Demgegenüber befasst sich Ludolf Herbst direkt mit Hitler, exakt: mit Hitlers Charisma. Er untersucht – in Anlehnung an eine hier sorgfältiger als gewöhnlich genutzte Theorie von Max Weber –, wie und wann, unter welchen Umständen und mit wessen Hilfe es zur Herausbildung der „Legende vom charismatischen Führer“ kam. Herbst spricht sogar von der „Erfindung“ der Legende. Er nimmt besonders die frühen Jahre der Weimarer Republik sowie die Jahre 1925/26 und 1928/29 in den Blick. In dieser Zeit wurde tatsächlich der Kult um Hitler geschaffen und „veralltäglicht“. Neu ist des Autors Versuch, die erfolgreiche Entwicklung der NSDAP als Ergebnis einer Bündelung sowohl von Hitlers Selbststilisierung als auch der Inszenierung des Hitlerschen Charismas durch den vor allem von Gregor Strasser organisierten bürokratischen Apparat der Partei darzustellen. Herbst gilt „synergetisches Charisma“ als Schlüsselbegriff. Ein genuines Charisma kann er – anders also als Fest, Kershaw und vor allem Hans-Ulrich Wehler – bei Hitler nicht erkennen. Das Charisma habe sich an Hitler „herangemacht“, witzelte dazu die „Süddeutsche Zeitung“ am 17. Mai d. J. Dass „Die Zeit“ drei Tage später kritisch von einer „überzogenen“ These des Verfassers sprach, lässt weiteren Streit erwarten. Ansonst: Auch in diesem Buch existiert nicht die DDR-Literatur zum Thema. Kritisch zu vermerken wäre hingegen eher, dass Herbst zwar das unmittelbare Umfeld Hitlers, seine „Gefolgschaft“ detailliert beobachtet, aber fast alles ausklammert, was bürgerliche Eli-

ten und das Militär getan haben, um nach Weltkrieg und Novemberrevolution Ausschau nach einer geeigneten Führerfigur zu halten. Um dann die Nazis und ihren „Führer“ hoffähig zu machen und sie als nützlichen Partner für ihre innen- und außenpolitische Zwecke zu nutzen. Deren Beitrag zur „Erfindung“ der Legende von Hitlers Charismas wäre also noch zu untersuchen. Doch offensichtlich schaut man lieber auf jene, die der Propagandashow der Nazipartei, modern gesprochen: ihrem Marketing auf den Leim gegangen sind und gern als die eigentlich Schuldigen an Hitlers Wirksamkeit gesehen werden – so jetzt in einer Berliner Ausstellung, die derzeit von Besuchern regelrecht gestürmt wird.

Dass auch die Lektüre von Büchern etwas über den Charakter des Lesenden aussagen kann, belegt Timothy W. Ryback mit dem detailreichen Versuch, Hitlers Denken anhand seiner Bibliothek, seiner Lesegewohnheiten und der Lektüre vor allem während seiner Jugend- und der sogenannten Kampfzeit zu entschlüsseln. So wenig man wirklich schlussfolgern kann, welches tatsächlich auch von Hitler gelesenes Buch sich in welchem seiner Gedankengänge niederschlug, so bietet allein die Aussage Aufklärendes und Erhellendes, dass etwa 7000 der 16.300 Bände, die Hitler sich angeschafft bzw. überwiegend geschenkt bekommen hat, militärgeschichtliche und -politische Darstellungen enthielten. Zudem bildeten die rassistisch-antisemitischen Publikationen des berühmten J. F. Lehmann Verlages den Kern des heute verstreut existierenden Bestandes.

Reichlicheren Gewinn bringt die Lektüre des Buches „Hitlers Imperium“, das bereits vielfältige Reaktionen ausgelöst hat. Der in New York arbeitende Historiker beschreibt ausführlich den „gefräßigen Expansionsdrang“ und die „Kolonialisierung Europas“ durch Hitlerdeutschland sowie die Träume der Naziführung von einem „Euro-Afrika“. Europa zu beherrschen, hieß für Hitler, das Zentrum des geopolitischen Weltsystems in den Händen zu haben. Zu erreichen war dies nur durch den Einsatz militärischer Mittel, abgrundtiefe Unterdrückung und rabiate Ausbeutung eroberter Gebiete. Es lässt den Leser schauern, wie brutal in „Hitlers Imperium“, das auf seinem Höhepunkt Ende 1941 nach Ausdehnung und Bevölkerungszahl deutlich die USA übertraf, vorgegangen worden ist. Die frühen 40er Jahre seien nach Ansicht des Autors „ein Musterbeispiel“ dafür, wie die „Gewalt des Krieges – insbesondere wenn eine kurzsichtige und ideologisch motivierte politische Führung eine überwältigende militärische Überlegenheit besitzt – zu einer fast grenzenlosen Eskalation der Gewaltanwendung und einer ständigen Veränderung von Normen und Regeln führen kann.“ So sehr dem zuzustimmen ist, so wenig der Schlussfolgerung, dass dies hauptsächlich Hitler zuzuschreiben und gescheitert sei, weil in den eroberten Ländern deren Nationalismus nicht als „politisches Instrument“ genutzt wurde. Hitler pur – in gewisser Weise gibt es ihn also doch noch immer.

Von einer Hitler-Welle in früherem Sinne kann aber nicht gesprochen werden. Ausschließlich auf Hitlers Allmacht zentrierte Darstellungen sind passé. Man bemüht sich stärker um eine Verknüpfung biografischer mit sozial- und gesellschaftsgeschichtlichen Sichtweisen. Dass dies indes mit einem beachtlichen Zuwachs des Umfangs der Darstellungen, auch der Zahl mehrbändiger Publikationen einhergeht, befördert vielleicht die Reputation der Musensöhne Klios, aber auch die Beliebigkeit der Interpretation – jedoch wohl kaum die Zahl der Leser.

Stefan Krings: Hitlers Pressechef Otto Dietrich (1897-1952). Wallstein, Göttingen. 543 S., geb., 58,00 Euro.

Ludolf Herbst: Hitlers Charisma. Die Erfindung eines deutschen Messias. S. Fischer, Frankfurt am Main. 330 S., geb., 22,95 €. Timothy W. Ryback: Hitlers Bücher. Seine Bibliothek – sein Denken. A. d. Amerik. Heike Schlatterer. Mit einem Vorwort von Norbert Frei. Fackelträger, Köln. 345 S., geb., 22,95 Euro.

Mark Mazower: Hitlers Imperium. Europa unter der Herrschaft des Nationalsozialismus. A. d. Engl. Martin Richter. C.H. Beck, München. 666 S., geb., 34,00 Euro.

Neues Deutschland, Donnerstag, 28. Oktober 2010, S. 17.

Rezension

FRANZ WALTER: „*Republik, das ist nicht viel*“: *Partei und Jugend in der Krise des Weimarer Sozialismus* (= Studien des Göttinger Instituts für Demokratieforschung zur Geschichte politischer und gesellschaftlicher Kontroversen, Bd. 2). transcript Verlag, Bielefeld 2011, 453 S.

„... Sozialismus heißt das Ziel!“, so lautet die Fortsetzung der im Titel zitierten Parole. Junge Sozialdemokraten verbreiteten sie in den 1920er Jahren, einem Kampftruf gleich, protestierend gegen die als behäbig und biedermännisch charakterisierten rechten Führer der Sozialdemokratischen Partei. Ein Parole, die programmatisch gemeint war, aber auch Aktionen gegen die kapitalistisch fundierte Weimarer Republik und gegen die nationalsozialistische Gefahr einforderte.

In dieser Gegenüberstellung von Vorhandenem und Erreichtem einerseits und dem Erstrebten und Gewünschten andererseits taucht jedoch jenes Konfliktpotenzial auf, das zum zentralen Thema unzähliger und andauernder Auseinandersetzungen in der Geschichte der Arbeiterbewegung wurde und das eine umfangreiche theoretische und gleichzeitig eine differenzierte organisationspolitische Wirkung entfaltete. Doch die im Kampftruf aufscheinende Gegensätzlichkeit spiegelt durchaus Merkmale des gesamten Parteienwesens wider, womit zumeist – und das nicht nur in der Vergangenheit – ein Nährboden für parteipolitische „Scheuklappen-Begrenztheit“ für eine schlichte bipolare Weitsicht und eine primär vom Egoismus aller Parteien geprägte Methodik politischer Auseinandersetzungen verbunden ist.

Franz Walters Untersuchung ist überaus materialreich, lesenswert und anregend, macht sie doch die fast unüberschaubare Vielfalt unterschiedlicher Strömungen deutlich, die es in der deutschen Sozialdemokratie zwischen der Novemberrevolution und dem Beginn der NS-Diktatur gegeben hat. Dieses weite Spektrum der zum Umfeld der SPD gehörenden Jugendorganisationen in der nur 14 Jahre existierenden Weimarer Republik nachgewiesen und ausführlich dargestellt zu haben, zählt zu den gewiss nicht wenigen Verdiensten des bekannten Göttinger Politikwissenschaftlers. Seine Studie entstand bereits vor knapp 30 Jahren als Dissertation. Im Oktober 2010 „entdeckte“ er sie wieder und legt sie nun einer breiteren Öffentlichkeit vor.

Leider legt der Autor nicht dar, nach welchen Kriterien und in welchem Ausmaß eine Überarbeitung stattgefunden hat. Das beeinträchtigt indessen den positiven Gesamteindruck nicht, auch wenn die selektive Verwendung neuerer Literatur Fragen offen lässt. Die Fülle des verarbeiteten Materials wie auch die Lesbarkeit des Textes sprechen für sich.

Walter bietet eine Mischung aus chronologischer und systematischer Darstellung. jeweils mehrere der zehn Kapitel behandeln Tätigkeit und Wirksamkeit jungsozialistischer Kräfte in den drei großen Phasen der Weimarer Republik. Sowohl die unmittelbare Nachkriegszeit als auch die der sogenannten Goldenen Jahre erscheinen vorwiegend unter generationstheoretischen Aspekten, die nach seiner Auffassung am besten etwa Problemsensibilität, Selbstverständigungsdebatten und Proteste der den Sozialdemokraten nahestehenden jugendlichen erklären kann.

Für die ersten Jahre stellt Walter das Wirken einer neuen Generation junger Sozialisten fest, die sich zwischen „Klassen- und Massenkultur“ bewegt habe. Ausführlich beschreibt er die Abwendung von Vorkriegskonventionen und die Hinwendung zu lebensreformerisch-expressionistischen Ausdrucksmitteln einer Generation mit anderem Lebensgefühl und anderen Träumen. In den Debatten über das Verhältnis von Staat, Volk und Nation formierten sich divergierende Flügel. Betrachtet wird vor allem der Hofgeismarer Kreis, der sich aufgeschlossen auch gegenüber „national-revolutionären Versuchungen“ gezeigt habe. Unter den Belas-

tungen von Inflation und rigider werdender Sozialpolitik sowie enttäuscht von den politischen Verhältnissen in der erkämpften demokratischen Republik kristallisierten sich Mitte der 1920er Jahre linksoppositionelle Kräfte heraus, die der Verfasser wiederum hauptsächlich auf einen Generationswechsel zurückführt.

Das umfangreichste Kapitel befasst sich mit der „Radikalisierung und Liquidierung des Weimarer Jungsozialismus“. Ausführlich zeigt Walter, was sich nach dem Panzerkreuzer-Debakel in Breslau und in Sachsen abspielte, wie die Debatten um einen „wehrhaften Sozialismus verliefen, wie schließlich die in der Partei zunehmend unbeliebte Organisation der Jungsozialisten Schritt für Schritt – häufig begründet mit dem wohlfeilen Vorwurf „kommunistischer Sympathien“ (S. 184) – zerschlagen wurde.

Anhand von Tagungsprotokollen, Vorträgen, Streitschriften und umfassend ausgewerteten bildungspolitischen Materialien zeichnet Walter nach, womit sich die sozialdemokratisch orientierten jugendlichen in ihren intensiv geführten Debatten befassten. In diesem Zusammenhang wird dem Leser auch enorm viel biografisches Material geboten, so zu Max Adler, Georg Engelbert Graf, Hermann Heller, Franz Lepinski, Fritz Lewy, Georg Lukács, Siegfried Marck, Leonard Nelson, Ernst Niekisch und anderen. Aufschlussreich sind die Ausführungen insbesondere zu Otto Jenssen und der von ihm in Gera geführten Heimvolkshochschule Schloss Tinz.

Insgesamt fühlt sich der Rezensent – dank des vom Verfasser durchgesehenen Materials und seiner oftmals bedenkenswerten Interpretation – in seiner Auffassung bestätigt, dass die beiden großen Arbeiterparteien KPD und SPD in ihrem Ringen gegen die drohende nationalsozialistische Gefahr jeweils ihre parteipolitischen Belange in den Vordergrund stellten, was beide letztlich geschichtlich versagen ließ. Dass Walter sowohl den Kampf gegen neue Kriegsgefahren als auch den Widerstand im Dritten Reich kaum als Kriterien heranzieht, wirkt indes merkwürdig. Es erklärt aber den Sprung, der in den abschließenden „Konklusionen“ von den Ereignissen der Jahre 1931/32 über die Zeit von Diktatur und Zweitem Weltkrieg hinweg direkt in die Nachkriegszeit erfolgt. Vor allem in den 1950er Jahren habe sich der einst so heterogene Weimarer Jungsozialismus „verdichtet“, und zwar zu „einem gemeinsamen ethischen Sozialismus, der Endziele nicht mehr formulierte, Gesetzmäßigkeiten in Ökonomie und Geschichte abstritt, die Partei dafür an Grundwerte band, an denen sich das politische Handeln zu messen hatte“. So sei zwar die SPD an die Regierungsmacht gelangt, habe aber damit zugleich „ihre fortwährende, bis in die Gegenwart reichende Sinnkrise“ begründet (S. 366 f.).

Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 59. Jahrgang 2010, Heft 11, S. 880-882.

Rezension

ALEXANDER GALLUS (Hrsg.): *Die vergessene Revolution von 1918/19*. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2010, 248 S.

Umfänglich und weitreichend wirkte sich aus, was am Ende des Ersten Weltkrieges in Deutschland geschah: Eine Revolution der Massen führte zu dramatischen gesellschaftlichen Veränderungen, und so ist es kein Wunder, dass seither immer wieder über den Aufstand debattiert und gestritten worden ist. Häufig wurde er bejubelt oder kritisiert, verklärt oder verurteilt, seine geschichtliche Rolle überhöht oder verschwiegen.

Den Sammelband eröffnet *Alexander Gallus* mit der Darlegung unterschiedlicher Revolutionsdeutungen im Wandel der Zeiten, wobei Interpretationen sozialdemokratischer Provenienz im Vordergrund stehen. Mit Bedauern stellt er fest, dass der 9. November 1918 seit Langem „ein Mauerblümchendasein im wild wuchernden Garten der deutschen Erinnerungskultur“ friste. Der Systemwechsel von 1918/1919 falle aus „dem Narrativ der Demokratiegeschichte heraus“. Die Revolutionsforschung sei als „festgefahren“ zu charakterisieren und nehme in der Zeitgeschichtsforschung keinen festen Platz ein. Nach den Ursachen dieses in der Tat bedauerlichen Zustandes fragt Gallus kaum. Es gehe ihm und den anderen acht Autoren des Bandes deshalb darum, erkennbare Ansätze neuerer Forschungswege zu bekräftigen und darüber hinaus weitere Perspektiven aufzuzeigen.

Ersteres kann als gelungen bezeichnet werden. So ergänzt *Heiko Bollmeyer* bisherige Darstellungen der Verfassungsberatungen in der Weimarer Nationalversammlung mit Betrachtungen zum Thema „Volk“, worin er einen demokratiethoretischen Schlüsselbegriff erkennt. *Kathleen Canning* stellt frauengeschichtliche Fragen an die Novemberrevolution und untersucht deren „Geschlecht“ *Boris Barth* wendet sich, da alle bisherigen Urteile über die Dolchstoßlegende und ihre verheerenden Folgen einhellig seien, den „mentalén Voraussetzungen“ zu, welche sie attraktiv gemacht habe und erhebliche Überzeugungskraft entfalten ließ. Unmittelbar vor der Revolution hätten große Teile der Deutschen nicht erkennen können, dass der Krieg an der Front verloren war, sodass sich die Legende perfekt in die bestehenden Weltbilder einfügen können. Ebenso benennt er als wirkungsmächtig, dass im deutschen Bürgertum eine „weit überzogene Revolutionsfurcht“ geherrscht habe. Am Beispiel Alfred Meusels und Kurt Albert Gerlachs verweist *Detlef Siegfried* auf Denk- und Verhaltensweisen linker Sozialwissenschaftler am Kieler Institut für Weltwirtschaft. Sein Fazit: „Feinde der Demokratie oder der Republik waren sie, anders als die radikale Rechte, nicht per se.“ Das erste Jahr der KPD, so argumentiert *Werner Müller*, zeige „ein buntscheckiges und vielschichtiges Bild von Konzeptionen und Aktionen“ Interessante Überlegungen zur „blockierten Transnationalität“ der Revolution stellt *Michael Geyer* an und berührt damit ein komplexes Feld, das in (hier nicht berücksichtigten) Publikationen der Rosa-Luxemburg-Stiftung z. B. von Hartmut Henicke mit dem Begriff „Weltkriegsrevolutionen“ in Europa behandelt worden ist. Geyer spricht von einer Fragmentierung der Revolutionen in Europa, wobei er wenig überzeugend den Ereignissen in Deutschland den Charakter einer Revolution abspricht – es habe sich eher um „eine Serie von subnationalen Aufständen und Putschen“ bzw. um eine „polemische Ordnungsstiftung mit lokalen Ursprüngen und globalen Ansprüchen“ gehandelt. Den Band beschließt ein Beitrag von *Axel Schildt* mit Betrachtungen zur „Historisierung einer deutschen Revolution.

Alle Beiträge lassen – direkt oder indirekt – erkennen, in welch hohem Maße die Zukunftsentscheidungen des November 1918 auch gravierende politische Probleme unserer Zeit berühren, gleich ob es um theoretische Grundlagen kritischer Gesellschaftsanalysen geht, um die unmittelbaren und langfristigen Folgen der damals eingeschlagenen Wege zu einer demokratischen Verfassung oder um die Differenzen in den Zielvorstellungen linker Organisationen. Vor al-

lem spiegeln sie die überragende geschichtliche Bedeutung der Revolution von 1918/19 wider, die ja gleichsam von einem Tag auf den anderen ein über viele Jahrhunderte hinweg stabiles monarchistisches Herrschaftssystem beseitigen konnte. Die Kronen rollten, die Throne leerten sich und das Prinzip der Fürstensouveränität musste dem der Volkssouveränität weichen, einem politischen Grundsatz, der eben dem Volk und nicht einzelnen Fürsten dank ihrer Abstammung die oberste unabgeleitete Macht in einem Staate zuweist. Darüber hinaus sorgten erstmals wie auch einmalig in der deutschen Geschichte Aktionen einer großen Mehrheit der Bevölkerung für ein rasches Kriegsende, Soldaten widerstanden unsinnigen Befehlen ihrer Vorgesetzten. Generell begehrten viele Menschen gegen den Militarismus und seine gesellschaftlichen Ursachen auf. Und dies in einer Form, die den bekannten Historiker Sebastian Haffner veranlasste, von einer sanften, ja gutmütigen Revolution zu sprechen, denn unfriedlich, blutig, opferreich ging es erst zu, als Militärs und auch sozialdemokratische Führer vor dem Einsatz von Waffen nicht zurückschreckten – gegen Gefahren von links, die es in dem behaupteten Maße nachweislich nicht gegeben hat.

Für weitere Forschungen zur Geschichte der Novemberrevolution sollte auch den unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Vorstellungen Raum gewährt werden, unabhängig davon, ob die damaligen Akteure unter der Forderung nach Sozialisierung Besteuerungsvarianten, bürokratisch geregelte Zwangswirtschaft, Mitbestimmung und Arbeiterkontrolle oder Formen eines demokratisch kontrollierten Staatskapitalismus verstanden haben. Ebenso wäre es nützlich, in dem vom Herausgeber gewünschten demokratietheoretischen Diskurs den folgenreichen Veränderungen einer Republik nachzugehen, die sich zunehmend als Parteienstaat organisierte.

Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 58. Jahrgang 2010, Heft 11, S. 954-955.

Eine notwendige Streitschrift

Es kann einem schon der Kragen platzen, nimmt man zur Kenntnis oder gar unter die Lupe, was seit Jahr und Tag an Un- und Halbwahrheiten über die DDR verbreitet wird, getreu der Order, den verschwundenen, aber unvergessenen Staat zu delegitimieren. Es gibt wohl kaum etwas Schauriges, das die Geschichten- und Legendenverbreiter nicht schon als „aufgearbeitet“, so ihr eigener Sprachgebrauch, unter die Leute gebracht haben.

Dem Verfasser des Textes, über den hier berichtet werden soll, ging solches bereits vor drei Jahren beim Besuch einer Ausstellung mit dem provozierenden Titel „Das hat's in der DDR nicht gegeben – Antisemitismus in der DDR“ gegen den Strich. Diese Schau wandert seither von Stadt zu Stadt und versucht die wider besseres Wissen in die Welt gesetzte Behauptung zu beweisen, der „Unrechtsstaat DDR“ sei auch ein Staat des Antisemitismus gewesen. Kurt Pätzold bezeichnete sie 2007 als einen „Teil der anhaltenden Propaganda, deren Ziel die Ver-teufelung der DDR ist“. Drei Jahre danach meint er nun, es sei eine „weitere Stufe dieser Pro-pagandarakete gezündet“ worden. Dazu veranlaßt sah er sich jüngst durch den zu dieser Aus-stellung erschienenen Begleitband.

In der sachlich-kritischen Auseinandersetzung mit den sechs Aufsätzen der neuen Publikation schlägt er einen scharfen Ton an, was völlig verständlich, ja angesichts der veröffentlichten Banalitäten, Mißdeutungen und Bösarbeiten nahezu selbstverständlich ist. Scharf ist auch sein Blick für sachliche und sprachliche Fehler. Zu diesen zählt er die üblich gewordene Ver-wendung des unzulänglichen Begriffes „Aufarbeitung“; nach seiner Auffassung sollte eher von „Durcharbeitung“ gesprochen werden.

Die Liste seiner begründeten und fundierten Vorwürfe ist lang: Bisher in der Wissenschaft Gefundenes passe nicht in den Kram jener Autoren, die absichtsvoll vergessen, was in den frühen 1990er Jahren repräsentative Umfrageergebnisse belegt haben: Auf dem einstigen Ge-biet der DDR waren vier Prozent, in der BRD hingegen 16 Prozent der Befragten antisemi-tisch zuzuordnen.

Pätzold führt zahlreiche politik- und kulturhistorische sowie biografiegeschichtliche Fakten an, die jeder für sich eindeutig gegen bevorzugt verwendete Klischees und Stereotype spre-chen. Mit dem Hinweis auf die Publikationen von Renate Kirchner und Detlef Joseph bietet er den Lesern seiner Streitschrift weitere Möglichkeiten, sich kundig zu machen und sich dem Einfluß verlogener Propaganda zu entziehen. Daß die Autoren des Begleitbandes solche Ar-beiten schlicht ignorieren, sollte nachdenklich machen, schreibt Pätzold. Indessen wird wohl auch seine neue Schrift den künftigen Ausstellungsbesuchern vorenthalten werden ...

Gründlich belegt Pätzold zudem, daß zumindest zwei Autorinnen es besser gewußt haben – darunter die an der Berliner Humboldt-Universität ausgebildete und promovierte Historikerin Annette Leo, die jetzt folgenden Satz zu Papier bringt: „Wir finden es äußerst problematisch, daß sich bisher nur der Westen Deutschlands leidlich einer Auseinandersetzung mit Holocaust und Antisemitismus gestellt hat, im Osten jedoch eher großes Schweigen darüber herrschte.“ Da bleibt jedem, der auch nur einigermaßen zeitgeschichtlich bewandert ist, lediglich – vor-nehm formuliert – das Staunen ob solcher „Wissenschaftlichkeit“ im Umgang mit der Ge-schichte. Lakonisch schreibt Pätzold hierzu: „Wo Emotionen den Verstand regieren, ist die objektive Analyse verabschiedet.“

Wer mehr zu den Mutmaßungen und Spekulationen über die als antisemitisch beschimpfte DDR erfahren will, der greife zur vorliegenden Publikation. Im Interesse historischer Wahr-heit ist ihr eine große Verbreitung zu wünsche

Kurt Pätzold: „Die Mär vom Antisemitismus“, edition ost im Verlag Das Neue Berlin, 96 Seiten, 5,95 Euro.

Ossietzky. Zweiwochenschrift für Politik, Kultur, Wirtschaft, H. 24/2010, 27. November 2010, S. 927-928.

„Menschenzucht“

„Lebensborn“: Am 12. Dezember 1935 gründete die SS eine Organisation für den „Sieg der Geburten des guten deutschen Blutes“

Auf Veranlassung ihres Chefs Heinrich Himmler gründeten zehn SS-Männer, deren Namen nicht überliefert sind, am 12. Dezember des Jahres 1935 in Berlin einen neuen Verein. Sie nannten ihn „Lebensborn“, wohl an einen Brunnen, eine Quelle für neues Leben denkend. Gewählt wurde die Form eines rechtlich selbständigen Vereins, was sich etwas ungewöhnlich ausnahm innerhalb des Geflechts aller Teilorganisationen der NSDAP oder der ihr direkt angeschlossenen Verbände. Es mag sein, daß da juristische Vorteile gesucht worden waren, beispielsweise das Recht, Eigentümer von Heimen und anderem Besitz zu werden. Doch ein solches Recht blieb anderen Organisationen ebenfalls nicht verwehrt. Ausschlaggebend konnte dies also nicht gewesen sein. Man wolle, laut erstem Punkt der Satzung, „rassisch und erbbiologisch wertvolle, kinderreiche Familien unterstützen“, was jedoch tatsächlich nur nebenbei geschah. Aufschlußreich war hingegen, was sich in Punkt zwei formuliert findet: „Rassisch und erbbiologisch wertvolle werdende Mütter“ seien unterzubringen und zu betreuen, „bei denen nach sorgfältiger Prüfung (...) anzunehmen ist, daß gleich wertvolle Kinder zur Welt kommen“.

Kinder für den Krieg

Mit ähnlichen Aufgaben sahen sich indessen bereits andere Einrichtungen betraut. Im März 1934 hatte die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) ein Hilfswerk „Mutter und Kind“ geschaffen, das sich um Schwangerschaftsberatung, Mütterschulung, Säuglingsfürsorge und Kindergartenbetreuung kümmern sollte. Im Jahr zuvor war auch ein Deutsches Institut für Jugendhilfe ins Leben gerufen worden, das sich vor allem der unehelich geborenen Kinder annahm. Die neue Organisation widmete sich ebenfalls dieser Aufgabe und stellte sie unter das Motto, „heilig“ solle ihr „jede Mutter guten Blutes“ sein – jede Mutter, also auch Ledige, wobei man zugleich alles unternahm, um das traditionelle Ideal der Ehe nicht als angetastet erscheinen zu lassen.

Alle zeigten sich einig in dem Ziel, den Kinderreichtum zu fördern und so bevölkerungspolitisch zu wirken. Doch dem „Lebensborn“ war ein besonderer Beitrag zugewiesen. In der 1938 geänderten Satzung hieß es, aus ihm solle eine auserlesene Jugend hervorgehen, „wertvoll an Körper und Geist, der Adel der Zukunft“. Zugleich versprach man sich, würde man Kinder vor der Abtreibung retten, einen größeren Bevölkerungszuwachs. Himmler rechnete sich aus, mit Hilfe des „Lebensborns“ künftig pro Jahr etwa 40.000 Jungen mehr aufzuziehen – für die Wehrmacht. Nach 30 Jahren stünde so „eine Armee von 400.000 Mann mehr“ bereit, und schon nach 20 Jahren könnten 18 bis 20 Regimenter mehr marschieren“, ließ er die Wehrmachtsführung wissen. Menschliche, karitative Motive spielten keine Rolle – einzig und allein für die beabsichtigte Eroberung neuen „Lebensraumes“ und die Schaffung eines „großgermanischen Reiches“ sollten entsprechende biologische Grundlagen geschaffen werden.

„Aufnordung“

Ganz in diesem Sinne verlangte Walther Darré, von 1931 bis 1938 Leiter des SS-Rasse- und Siedlungs-Hauptamtes, die „Aufnordung“ der Deutschen müsse auch mit Kindern unverheirateter Mütter erreicht werden. Alfred Rosenberg, seines Zeichens Chefideologe der NSDAP, warnte vor einer sinkenden Geburtenziffer. Die Deutschen würden aussterben bzw. ihr Rest von den Nachbarn aus dem europäischen Osten „erdrückt“ werden. Seine Schlußfolgerung: „Wenn also angesichts vieler gewollt kinderloser Ehen bei großem Frauenüberschuß nicht verheiratete gesunde Frauen Kinder in die Welt setzen, so ist dies ein Kräftezuwachs für die deutsche Gesamtheit.“ Der politische Sieg des 30. Januar 1933 sei umsonst, wenn ihm nicht

ein „Sieg der Geburten des guten Blutes“ hinzugefügt werden könne, äußerte Himmler. Seine Begründung trug er SS-Gruppenführern am 18. Februar 1937 vor: „Das Volk, das sehr viel Kinder hat, hat die Anwartschaft auf die Weltmacht und Weltbeherrschung. (...) Ein guttrassiges Volk, das sehr wenig Kinder hat, besitzt den sicheren Schein für das Grab, für die Bedeutungslosigkeit in 50 und 100 Jahren, für das Begräbnis in 200 und 500 Jahren.“ Biologisches Wachstum also als Grundlage der angestrebten Weltherrschaft! Offenherzig verwandte er gegenüber seinem Leibarzt Felix Kersten dafür auch den Begriff der „Menschenzucht“. Diese sei ebenso möglich wie die Tierzucht.

Das erste Entbindungsheim, genannt „Hochland“, eröffnete der „Lebensborn“ am 15. August 1936 im oberbayerischen Steinhöring. Dem folgten das Heim „Harz“ in Wernigerode, das Heim „Kurmark“ im märkischen Klosterheide sowie acht weitere, mit Millionenbeträgen u. a. aus den Kassen der NSV finanziert. Sechs Heime entstanden im 1938 „angeschlossenen“ Österreich. Als der neue Weltkrieg entfesselt war, schuf die SS solche Heime auch in einigen der besetzten Länder. Das Ziel hier: „Höherzüchtung“ des vorhandenen nordischen Blutes. Aus den „blutsnahen“ Völkern sollten möglichst viele „zu bewußten Germanen und Deutschen“ gemacht werden, schrieb Himmler in seinen Richtlinien zur Gewinnung niederländischer Freiwilliger vom 24. Juni 1940. Größtenteils gewaltsam wurden ausländische Kinder und Frauen ins Reich verschleppt, nachdem sie zuvor als „eindeutschungsfähig“ und als „rassisch wünschenswerter Bevölkerungszuwachs“ gemustert worden waren. Das traf rund 50.000 Kinder. Entweder kamen sie, bei Verschleierung ihrer Identität, in die Heime des „Lebensborns“, oder in Familien mit strammer Nazigesinnung. Bekannt ist u. a., daß von den 98 Kindern, die das Massaker von Lidice überlebt hatten und zu Vollwaisen geworden waren, 13 ausgewählt, die anderen ins Vernichtungslager Kulmhof deportiert und in den Tod geschickt wurden. Praktiziert wurde da sozusagen ein Begleitprogramm zum Völkermord, ein Versuch, den Rassismus nicht allein „negativ“ durch Ausrottung zu praktizieren.

Insgesamt sollen bis 1945 – exakte Zahlen liegen nicht vor – 70.000 bis 90.000 Frauen und Kinder von dem Verein „betreut“ worden sein, zusätzlich cirka 6000 in Norwegen geborene Kinder und deren Mütter. Eine Statistik vom 30. September 1943 weist indessen lediglich 5047 Geburten aus. Offensichtlich hatten sich im Reich die hohen Erwartungen in keiner Weise erfüllt.

Verschleierungen

In der Geschichtsschreibung differieren die Urteile über den „Lebensborn“. Auf der einen Seite wird er als Experimentierfeld und Herzstück rassistischer „Züchtungsversuche“ der Nazis, als „staatliche Bordelleinrichtung“ (Joachim C. Fest) charakterisiert, auf der anderen als eine rein karitative Einrichtung. Erst in einigen Werken der jüngeren Literatur wird auch der Zusammenhang zwischen den kriegserischen Eroberungsabsichten, dem Völkermord und einer bewußt gesteuerten Vermehrung der Deutschen hergestellt.

Zumeist betrachten die Autoren, darunter auch der Himmler-Biograph Peter Longerich, jedoch alles als ein Ergebnis entsprechender sexual- und bevölkerungspolitischer Vorstellungen Hitlers und Himmlers. Da wird insbesondere so getan, als sei im Reich die rassistische, auf größere Wachstumsraten der Deutschen orientierende Bevölkerungspolitik erst nach dem 30. Januar 1933 zur Geltung gekommen. Nur ein Irrtum, oder geht es doch um mehr?

Zur Erinnerung: Theodor Fritsch, dem die Nazis gleichsam in Anerkennung seines in hohen Auflagen erschienenen „Handbuches der Judenfrage“ ein abscheuliches Denkmal widmeten, hatte schon 1904 eine Deutsche Erneuerungsgemeinde (DEG) geschaffen, die als Modell für die „Wiedergeburt der germanischen Rasse“ sowie für eine „Verjüngung des ganzen deutschen Volkes“ galt. In den Siedlungen der DEG sollte ein Germanen-Typus heranwachsen, der „den Zuständen der neuen Welt besser gewachsen ist“. Der völkisch-antisemitische Mit-

gart-Bund wollte 300 „Menschen-Pflanzungen“ schaffen und in diesen „Neudörfern (...) einen jährlichen Zufluß von 100.000 neuen Menschen in den Adern des deutschen Volkes bewirken.“ Das erklärte Ziel der 1908 in der Nähe von Rheinsberg gegründeten Siedlungsgesellschaft „Heimland“ bestand in der „Erneuerung des Lebens durch Züchtung neuer überlegener Menschen, Auslese der Tüchtigen, Ausmerzungen aller Entarteten aus dem Fortpflanzungskreis.“

Es läßt sich durchaus eine beachtenswerte Kontinuität rassistischer Bevölkerungspolitik erkennen. Deren Wurzeln sind bis in das 19. Jahrhundert zu verfolgen, als die Naziführer noch in den Windeln lagen. Großmachtgieriger Expansionismus und Kriegsbereitschaft sind über größere Zeiträume hinweg als menschen- und menschenrechtsfeindlicher Wesenszug nicht allein in Hitlers oder Himmlers Kopf feststellbar. Wer das außer Betracht läßt, will gesellschaftliche Ursachen nicht benennen, möglicherweise auch aktuelle Erscheinungen deutsch-tümelnden Rassismus verharmlosen.

junge Welt, Sonnabend, 11.12.2010, S. 15.

„Aus Blut und Eisen“

Erinnerungspolitik 1921 und 1931: Festakte zum Jahrestag der Reichsgründung

Das „Reich“ – welch ein schillernder Begriff! Zunächst christlich-theologischen Wurzeln entsprungen sowie mit Glücksverheißungen und endzeitlichen Heilserwartungen verbunden, wurde er ab Ende des 19. Jahrhunderts ins rein Politische umgedeutet. Anmaßende Ideen von vorhandener oder zu erringender Vorherrschaft in der Welt drängten in den Vordergrund. Historisch belastet erscheint er heute, nachdem die deutschen Faschisten ihr „Drittes Reich“ für nicht weniger als tausend Jahre und alle Ewigkeit hatten schaffen wollen, dafür jedoch die Welt in den bislang schlimmsten aller Kriege in der an militärischen Auseinandersetzungen so reichen Menschheitsgeschichte stürzten. NPD und andere neonazistische Organisationen nehmen sich indessen noch immer der Reichsidee an; „Festakte“ anlässlich der Reichsgründung am 18. Januar 1871 gehören zu ihren alljährlich praktizierten Ritualen, ganz im Sinne des bereits in Weimarer Zeiten erhobenen Anspruchs „Das Reich muß uns doch bleiben ...“

Symbolträchtige Wahl

Als im November 1870 die Verträge zwischen Preußen, Baden, Hessen, Bayern usw. unterzeichnet waren, aus deren Bündnis das neue Staatsgebilde hervorgehen sollte, triumphierte Otto von Bismarck, „Reich und Kaiser“ seien nach Sedan „gemacht“ worden, nach der entscheidenden Schlacht, die am 1. September 1870 um die Stadt an der Maas tobte und tags darauf mit der Gefangennahme von 100.000 französischen Soldaten endete. Aus einem Krieg ging also jenes Reich hervor, das später als zweites bezeichnet worden ist, da es sich in der Nachfolge des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation (962-1806) verstand. Den Geburtshelfern „Blut und Eisen“ entsprach die symbolträchtige Wahl von Ort und Tag der Reichsgründung. Die große Zeremonie fand nicht auf deutschem Boden, sondern im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles statt, und zwar an dem Tag, an dem 170 Jahre zuvor, am 18. Januar 1701, der Kurfürst von Brandenburg zum preußischen König erhoben worden war.

Dieses Reich feierte seinen Gründungstag in Maßen; zumeist wurden patriotische Reden gehalten, vaterländische Lieder gesungen und Orden verteilt. Von höherem Range galten hingegen der 2. September zur Erinnerung an den Sieg der verbündeten Truppen bei Sedan sowie die Geburtstage der Kaiser. Bereits wenige Jahre nach der zweiten Reichsgründung tauchte in Publizistik und schöngeistiger Literatur das Wort vom „dritten Reich“ auf; so in der 1888 erschienenen Übersetzung des Dramas „Kaiser und Galiläer“ von Henrik Ibsen, 1896 in einer Gedichtsammlung Richard Dehmels und 1900 in Richard Schlags Werk „Das Dritte Reich – ein Berliner Roman“, in dem der Autor von einer grundlegenden Wandlung des politischen und religiösen Lebens schwärmte. Größere Aufmerksamkeit und Wirkung erfuhr der Begriff in Deutschland jedoch erst nach dem Ersten Weltkrieg. Oswald Spengler verwendete ihn in seinem „Untergang des Abendlandes“, Arthur Moeller van den Bruck gab seinem Buch direkt den Titel „Das Dritte Reich“. Dieses erschien 1923 und war als offene Kampfansage an den Parlamentarismus der Weimarer Republik zu verstehen.

Was konnte, was mußte es bedeuten, wenn 1921 an die 50 Jahre zuvor erfolgte Reichsgründung erinnert worden ist? Überall fanden Festakte statt, insbesondere an den Universitäten und Hochschulen. Die Reden verrieten durchweg konservativ gefärbten Zeitgeist. Der Jenaer Historiker Alexander Cartellieri beschwor in der Erinnerung an die Reichsgründung durch die „Führer des geeinten, waffentüchtigen Volkes“ die nunmehr anstehende Aufgabe, das Reich zu „erhalten“. Für ihn stand die Einheit der deutschen Stämme im Vordergrund. Dabei ging es jedoch weniger um den Zusammenhalt der im Reich vereinten Länder. Da dieser damals kaum in Frage gestellt worden ist, war eher an eine Revision der Ergebnisse des Ersten Weltkrieges gedacht. Das spiegelte sich wider in seinen Worten vom „Zwang“, der nur durch „zu-

sammengeballte Macht nach außen“ erreicht werden könne. Das zielte auf den Friedensvertrag von Versailles, durch den Elsaß und Lothringen sowie schlesische, ostpreußische und andere Gebiete von Deutschland abgetrennt worden sind. Zuversichtlich hieß es bei ihm: „Daran ändern die furchtbaren Zuckungen nichts, in denen sich der Volkskörper zur Zeit windet.“

„Feiertag“ in der Republik

Die Reichsregierung hielt sich 1921 zurück. Vorschläge für eine offizielle Feier wies sie ab und empfahl, daß an den Schulen der Gründung des Reiches „und seines nunmehr 50jährigen Bestehens in angemessener Weise gedacht wird“. In völliger Zerrissenheit gab es ohnehin kein Datum, das in der Weimarer Republik als allgemein anerkannter Feiertag hätte gelten können. Für Völkische, Konservative und selbst für die sogenannten Herzensmonarchisten, die sich als Vernunftrepublikaner mit den Tatsachen abzufinden schienen, waren weder der 9. November noch der 1. Mai annehmbar. Nicht einmal der 11. August – der Tag des Jahres 1919, an dem die neue Verfassung des Deutschen Reiches unterzeichnet worden ist – fand Gnade bei ihnen.

Statt dessen wählten sie stets den 18. Januar. 1921 – 50 Jahre nach der Reichsgründung – wurde erinnert an „schmetternde Siegesfanfaren“, „tausendstimmigen Jubel“, an den „Märchenglanz“ des Vergangenen. Allerdings stehe man jetzt, so tönten die Redner, nach dem verlorenen Krieg und der erfolgreichen Revolution vor dem bekannten Bild Anton von Werners „Die Proklamation des Deutschen Kaiserreiches“ in großer Trauer, mit „gepreßtem Herzen“, mit „niedergeschlagenen Augen, weggewendetem Haupt und niedergekämpften Tränen“. Stets ging es um den Vergleich früherer und jetziger Zeiten. Seiner Rede an der Technischen Hochschule Darmstadt gab z. B. Professor Arnold Berger, seines Zeichens auch ein Geheimer Hofrat, direkt die Überschrift „Das alte und das neue Deutschland“.

Viele Redner forderten den Aufbau eines neuen und „glücklicheren“ Reiches. Dabei müsse an diejenigen Überlieferungen angeknüpft werden, die in der bisherigen staatlichen und gesellschaftlichen Entwicklung „zu kurz gekommen“ seien. Eine „soziale Versöhnung“ sei anzustreben, der „unselige Klassenkampf und Kastengeist“ zu überwinden, und zwar durch eine „wahrhaft deutsch empfundene, der Führerschaft der Besten sich willig anvertrauende Demokratie“. Der Redner gehörte zwar nicht zur neuen Bewegung der deutschen Faschisten, doch sein Gedankengut half, den Weg für deren Erfolg zu ebnen. Gerade der Reichsmythos erwies sich als eine tragfähige Brücke zwischen den nationalkonservativen Kräften und der NSDAP. Er diente letztlich auch deren völkisch-nationalistischem Eroberungsprogramm.

Das gilt auch für einen anderen Gedanken, der in den Jubelveranstaltungen von 1921 eine Rolle spielte. Ein Redner konstatierte: „Die Zwietracht der Stämme ist überwunden, die Zwietracht der Parteien, eine weit gefährlichere Hydra, hat ihr vielköpfiges Haupt um so kühner erhoben. Wann wird der Bismarck kommen, der diese Hydra erschlägt? Kommen muß er. Mag er es tun in friedlicher Arbeit, mag er es tun in Blut und Eisen, für diesen höchsten, letzten Gewinn sei uns kein Opfer zu groß!“ Mit Ablehnung des Parteienwesens und Verherrlichung der Gewalt wurden nicht nur antidemokratische, antiparlamentarische, sondern vor allem nationalistische Stimmungen geschürt. Letzteres war fast immer auch mit dem Hinweis darauf verbunden, daß die Siegermächte 1919 denselben Tag und denselben Ort genutzt hatten, um die Konferenz für den Friedensvertrag mit Deutschland zu eröffnen.

Wider Parlamentarismus

In der folgenden Zeit wurde stets an die Reichsgründung erinnert – im Jahr 1931 allerdings besonders lautstark. Nun veranstaltete die Staatsspitze selbst eine Feier im Reichstag, an die sich ein Festgottesdienst im Berliner Dom anschloß. Es war keineswegs zufällig der Reichswehrminister, der den Kanzler Heinrich Brüning darauf gedrängt hatte, den 60. Jahrestag der

Reichsgründung „besonders feierlich zu begehen“. Die Brüning-Regierung veränderte sogar den Zeitplan ihres Festaktes, um dem Reichspräsidenten zu ermöglichen, bei der Veranstaltung des Kriegervereins „Kyffhäuserbund“ zu erscheinen. Sarkastisch fragte Carl von Ossietzky in der Zeitschrift Die Weltbühne, ob das denn nicht eigentlich unter die Strafbestimmungen des Republikschutzgesetzes falle.

Auch in Nazideutschland wurde an die Reichsgründung erinnert, doch wurde die Selbstbezeichnung „Drittes Reich“ verboten, sie werde der tiefgreifenden Entwicklung nicht mehr gerecht, hieß es, und sei durch den Namen „Großdeutsches Reich“ zu ersetzen. Einem Hinweis Hitlers folgend, wies Joseph Goebbels am 22. Juni 1939 in diesem Sinne die Presse an und bekräftigte seine Anordnung am 10. Juli – wenige Wochen vor der Entfesselung eines neuen Krieges. Als die Wehrmacht von Sieg zu Sieg zu eilen schien, faselten eilfertige Propagandisten schließlich von einer rassistisch bedingten Kontinuität der „altgermanischen“ Reichsidee und sendungsbewußt von „deutscher Verantwortung für die Führung und Ordnung des Abendlandes“.

junge Welt, Sonnabend, Sonnabend, 15.01.2011, S. 15.

Wege von Vorurteil und Vorteilsnahme zum Völkermord: Judenhass und Antisemitismus in der deutschen Geschichte

„Vater, ich würde so gerne leben, aber man läßt uns nicht ... Wir werden alle tot oder lebendig in die Gruben geworfen.“ Es war ein achtjähriges Mädchen, etwas jünger als Anne Frank, das diese Worte hastig auf einen Zettel schrieb, als sie begreifen mußte: Ihr Weg wird sie in das Todeslager Belzec führen.

In der Tat, wirklich alle Juden sollten vernichtet werden, nach dem Willen der Nazis: alle Männer, Frauen, Greise, Babys, Kinder, Kranke, Schwache, Gesunde. Von den elf Millionen Juden, die vor 1939 in Europa lebten, traf es – wie bekannt – nahezu jeden zweiten. Und nicht allein wegen dieser Zahl handelt es sich zweifellos bei dem, was mit den Begriffen Holocaust oder Shoah, Genozid und Völkermord benannt ist, um den absoluten Tiefpunkt in der an Barbarei wahrlich nicht armen Geschichte der Menschheit, bzw. um den absoluten Höhepunkt in der Geschichte von Judenhaß und Antisemitismus.

Welche Wege führten dorthin? Welche Interessen und Motive, welche Kräfte und Voraussetzungen bewirkten solche Barbarei? Und wie verliefen die Wege – direkt oder indirekt, geradlinig oder auf verschlungenen Pfaden? Anders formuliert: In welcher Kontinuitätslinie stand der Massenmord während des Zweiten Weltkrieges? Was hatte sich im Antisemitismus verändert, als es in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zu dem in seinen Ausmaßen, in seiner Grausamkeit und ebenso in seiner industrialisierten Form geschichtlich singulären Holocaust kam? Das sind Fragen, ausgewählt für meinen Vortrag aus einem natürlich unendlich größeren Themenfeld, aus dem Ihnen hier sicher Vieles bekannt sein wird, doch in Erinnerung gerufen werden sollte, gerade angesichts der vielen nach wie vor offenen Fragen, angesichts auch vieler neuer Probleme.

Mord – jeder weiß es – verübt ein Mörder. Zu vielen Opfern gehören viele Täter. Sehr bewegend stellte dies 1964 der sowjetische Dokumentarist Michael Romm in seinem Film „Der gewöhnliche Faschismus“ dar. Zu Beginn zeigte er spielende Kinder, deren lustigen Zeichnungen, man sah Studierende, junge Mütter, alle in launigem Plausch, und meint als Zuschauer fast, sich im Kinosaal geirrt zu haben. Als jedoch eine der Mütter ihr Kind auf den Arm nimmt, folgten im Film scharfer Schnitt und grelles Geräusch eines Schusses. Zu sehen ist jenes bekannte Foto, das die Erschießung einer Frau mit ihrem Kind auf dem Arm durch einen Soldaten zeigt.

Im Film wird an dieser Stelle konstatiert, daß viele Hände nötig gewesen sind, um millionenfachen Mord begehen zu können. Und es wird gefragt, was wohl Menschen dazu gebracht haben mag, zu Mördern zu werden.¹ Geschichtswissenschaftliche Literatur ist seitdem mannigfach dieser Frage nachgegangen, lesenswert darunter besonders die Bücher von Christopher Browning² und Harald Welzer.³

Wir wissen – es gab sehr, sehr viele Täter, deutsche und auch solche, die in den okkupierten oder besetzten Ländern mit den Nazis kollaborierten. Während jedoch bekannt ist, was jene bewegte, die dazu Befehle erteilten und das Ungeheuerliche organisierten, fällt es immer noch schwer zu erklären oder gar zu verstehen, weshalb eigentlich als ganz normal zu bezeichnen-

¹ Siehe Der gewöhnliche Faschismus. Ein Werkbuch zum Film von Michael Romm. Hrsg. von Wolfgang Beilenhoff und Sabine Hänsgen unter Mitwirkung von Maja Turowskaja, Berlin 2009; Manfred Weißbcker: Den Schleier des Mythos zerrissen. Gedanken nach einem ungewöhnlichen Filmerlebnis. In: Volksmacht, 10.05.1966.

² Christopher Browning: Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen, Reinbek 1993.

³ Harald Welzer: Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder wurden, Frankfurt am Main 2./2005.

de Ehemänner und Frauen, Familienväter und Mütter, Kunstsinnige, Natur- und Tierfreunde usw. usf. bedenkenlos dazu ihre Hände hergaben.

Eine ewige Erscheinung?

Mitunter liest man in der reichhaltigen Literatur, es handele sich um das Ergebnis des Antisemitismus als einer ewig existierenden Erscheinung. Immer seien Menschen bereit gewesen, die Juden für alles Negative auf dieser Welt verantwortlich zu machen bzw. sie als Sündenbock bei Mißständen aller Art zu betrachten und entsprechend zu behandeln. Es gäbe nun einmal so etwas wie ein „beständiges Gefühl“, aus dem heraus Juden der Ablehnung verfielen. Gegen sie existiere eine allgemeine Aversion, seit man vom Volk der Juden sprechen könne, also bis in das zweite Jahrtausend vor unserer Zeitrechnung reichend.⁴ In diesem Sinne formuliert beispielsweise der deutsch-israelische Publizist Henryk M. Broder, der Antisemitismus sei „kein abweichendes, sondern das Normalverhalten, nicht die Ausnahme von der Regel, sondern die Regel selbst.“⁵

Wird Ewigkeit bemüht, ist gemeint: unabänderlich, unbezwingbar. Und das meint zugleich, beim Judenmord der Nazis handele es sich um den Einbruch des Dämonischen in die reale Welt, um eine Erscheinung also, die sich jeglicher Erklärung entziehe.⁶

Als Historiker und entschiedener Gegner jeder Form von Antisemitismus will ich, muß ich widersprechen. Alles, selbst wenn es vielfältigen Quellen entsprang und teils sogar irrationale Züge annahm, alles läßt sich auf faßbare, konkrete Ursachengeflechte zurückführen. Rational betriebene, d. h. historisch-konkrete Ursachenforschung betrachte ich sogar als eine wesentliche Voraussetzung für jegliche Bemühung um eine Erfolg versprechende Begrenzung, und besser noch für eine grundsätzliche Überwindung des Antisemitismus.

Der dazu notwendige Blick zurück zeigt: Alles begann sehr früh mit Vorurteilen, Antipathien und Feindschaften, genährt von der Suche nach Lebensmöglichkeiten, nach eigenen Vorteilen. Daraus konnten Fremdenfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft entspringen, auch Haß auf jeweils andere, Verfolgung und Vertreibung, die schließlich sich immer wieder auch zu Zerstörung und Tötungsaktionen steigerten. Im Laufe der Zeit folgte ein Schritt dem anderen, einer inneren Logik entsprechend, jedoch weder zwangsläufig noch alternativlos.

Bereits in vorchristlicher Zeit fanden Kämpfe statt zwischen jüdischen und anderen Stämmen, bedingt durch wirtschaftliche, macht- und geopolitische Faktoren, verstärkt durch die Auseinandersetzungen zwischen polytheistischen Naturreligionen und monotheistischen Glaubensbekenntnissen. Ein vorwiegend religiös geprägter Antijudaismus entfaltete sich im Prozeß der Herausbildung und Formierung der christlichen Kirche, im Prozeß von deren schrittweiser Ablösung vom „älteren Bruder“, dem Judentum, aus dem Jesus hervorgegangen ist.⁷

⁴ Auch das oftmals bemühte Bild vom „ewigen Juden“ suggeriert, es würde sich bei Feindschaft und Haß ihm gegenüber um ein unaufhörlich wirkendes, gleichsam um ein naturgegebenes Phänomen handeln.

⁵ Henryk M. Broder: Der ewige Antisemit. Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls, Frankfurt a.M. 1986, S. 35. Westdeutscher und Norddeutscher Rundfunk produzierten 1990 eine dreiteilige Filmreihe mit dem Titel: „Der Ewige Judenhaß“. Siehe dazu auch Christina von Braun, Ludger Heid (Hrsg.): Der ewige Judenhaß. Christlicher Antijudaismus, deutschnationale Judenfeindlichkeit, rassistischer Antisemitismus. Mit Beiträgen von Wolfgang Gerlach, Ludger Heid und Christina von Braun, Berlin und Wien 2./2000. Vor einer Instrumentalisierung des Beschwörens ewiger Gefahren für die Juden und ebenso für den Staat Israel warnt u. a. Moshe Zimmermann in einem Interview unter dem Titel „Die Fesseln einer Traumatisierung“ mit der Zeitung „Neues Deutschland“ am 01.02.2011, S. 15.

⁶ Siehe z. B. Golo Mann: Geschichte und Geschichten, Frankfurt am Main 1961, S. 108 f.

⁷ Die Bezeichnung der Juden als „unsere älteren Brüder“ verwendete Papst Paul VI. im Januar 1964 bei seinem Besuch in Israel.

Äußerungen einiger Kirchenväter boten durchaus Grundlagen für antijüdische Denkweisen.⁸ Im Jahre 387 verglich der Bischof von Antiochien Juden mit „gemästeten und arbeitsunfähigen“ Tieren, die „nur noch für den Schächter“ taugen würden. Über ihre Synagoge sagte er: „Nenne einer sie Hurenhaus, Lasterstätte, Teufelsasyl, Satansburg, Seelenverderb, jeden Unheils gähnenden Abgrund oder was immer, so wird er noch weniger sagen, als sie verdient hat.“⁹ Kirchliche Gemeindeordnungen und Konzile grenzten in und nach inneren Auseinandersetzungen sich vom Judentum ab. Polarisierende Denkstrukturen und der Irrglauben von einer angeblich vorhandenen Minder- oder Wertlosigkeit der Gegner ließen Feindbilder entstehen, von denen die Päpstliche Bibelkommission 2001 sagte, sie liefen der Gesamtausrichtung des Neuen Testaments zuwider.¹⁰ Dennoch wurden antijüdische Aussagen eben vielfach verbreitet. Das bald stereotyp verwendete Wort vom „Gotteslästerer“ schürte Abscheu, Feindseligkeit und Haß. Haß aber bedarf stets der Steigerung. Als 325 das erste ökumenische Konzil von Nicäa (heute das türkische Iznik) festlegte, daß Jesus dem Gottvater nicht nur ähnlich, sondern gleich sei, bot dies die Grundlage für das „Argument“, Juden seien nicht allein Christismörder – sondern auch „Gottesmörder“. Abgeleitet wurde daraus, sie trügen also eine Erbschuld, die eigentlich nur durch ein endgültiges Strafgericht gelöscht werden könne. Da schon setzte ein Mechanismus ein, der später immer und immer wieder funktionierte: Stets war (und ist!) es nur eine Frage der Zeit, wenn aus haßerfüllter Rhetorik blutiger Ernst wird. Haß enthemmt jederzeit humanes Denken und Fühlen, läßt Hemmschwellen überschreiten, darunter auch jene des fünften Gebotes: „Du sollst nicht töten!“

Dennoch vollzog sich die Entwicklung durchaus widersprüchlich, teils in andere oder sogar in entgegengesetzte Richtung. Es gab auch – vielleicht paßt es hier zu sagen: dem gemeinsamen Gott sei Dank – ein friedliches, harmonisches und der Förderung von Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur dienendes Zusammenleben von Juden, Christen und Moslems, und das über Jahrzehnte und Jahrhunderte hinweg. Förderung und Schutz der Juden hatten z.B. in der Politik Karls des Großen und seiner Nachfolger einen festen Platz. Zu dieser Zeit galt

⁸ Heute werfen auch Theologen den frühchristlichen Kirchenvätern eine kaum von späteren antisemitischen Hetztiraden zu unterscheidende Wortwahl vor. Siehe z. B. Christoph Münz: „Damit Gott sehe, daß wir Christen sind“. Über die Geburt des Antisemitismus aus dem Geist des Christentums. In: Antisemitismus – Erscheinungsformen der Judenfeindschaft gestern und heute, Görlitz 2002, S. 14. Der Vf. ist Mitglied des Vorstandes des Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für Christlich-jüdische Zusammenarbeit.

⁹ Zit. nach ebenda, S. 18.

¹⁰ Am 24. Mai 2001 veröffentlichte die Päpstliche Bibelkommission ein Dokument mit dem Titel „Das jüdische Volk und seine Heilige Schrift in der christlichen Bibel“ und schlußfolgerte: „Im Neuen Testament sind die an die Juden gerichteten Vorwürfe weder häufiger noch heftiger als die Anklagen, die im Gesetz und in den Propheten gegen die Juden gerichtet werden. So dürfen sie nicht mehr für Antijudaismus in Anspruch genommen werden. Sie in dieser Weise zu benutzen, liefe der Gesamtausrichtung des Neuen Testaments zuwider. Einen echten Antijudaismus, d. h. eine Haltung von Verachtung, von Feindschaft und von Verfolgungswut gegenüber den Juden als Juden findet sich in keinem Texte des Neuen Testaments und ist mit der Lehre des Neuen Testaments unvereinbar. Was es gibt, sind Vorwürfe gegenüber bestimmten Arten von Juden aus religiösen Gründen und auf der anderen Seite polemische Texte, die die christliche apostolische Verkündigung gegenüber Juden in Schutz nehmen sollen, die ihr Widerstand entgegenbringen. Man muß freilich zugeben, daß mehrere dieser Textabschnitte als Vorwand für Antijudaismus dienen können und daß sie in der Tat auch dazu benützt worden sind. Um ein solches Abgleiten zu verhindern, muß man sich vor Augen halten, daß die polemischen Texte des Neuen Testaments, und zwar selbst solche, die sich in verallgemeinernden Wendungen ausdrücken, stets an einen konkreten geschichtlichen Kontext gebunden bleiben und es niemals auf alle Juden aller Zeiten und an allen Orten abgesehen haben, nur weil sie Juden sind. Die Neigung, in verallgemeinernden Wendungen zu reden, die negativen Seiten des Gegners hervorzuheben, die positiven mit Schweigen zu übergehen und nicht auf die Motive und den möglichen guten Glauben dieses Gegners einzugehen ist für die polemische Sprache der gesamten Antike kennzeichnend und läßt sich auch innerhalb des Judentums und des Urchristentums gegenüber Andersdenkenden aller Art feststellen.“

Hebräisch als Weltsprache, die bei Fernhandelsgeschäften auch im byzantinisch-griechischem und im lateinisch-romanischen Sprachraum verstanden worden ist.¹¹ Gesprochen wird sogar von einem „goldenen Zeitalter“, das Juden in Spanien unter muslimischer Herrschaft sowie in anderen christlich geprägten europäischen Ländern erlebt hätten.

Allerdings kam es danach, im Hoch- und Spätmittelalter und in den Zeiten, als sich das Christentum als Staatsreligion etabliert hatte, massenhaft zu antijüdischen Aktionen. Die 1096 beginnenden Kreuzzüge ins „Heilige Land“, die zwei Jahrhunderte lang geführt wurden, um – wie es hieß – das Abendland vor den Ungläubigen zu retten, waren nicht nur auf deutschem Boden von zahlreichen Pogromen begleitet. Solche fordernd schrieb z.B. der Mönch Pierre von Cluny an König Philipp von Frankreich: „Wozu sollen wir die Feinde Christi in fernen Ländern suchen, da doch die gotteslästerlichen Juden, die viel schlimmer sind als die Sarazenen, mitten unter uns leben und Christus und die Heiligtümer ungestraft schmähen? Ich verlange nicht, daß diese Menschen, auf denen der Fluch lastet, dem Tode preisgegeben werden, denn es steht geschrieben: Du sollst nicht töten! Gott will nicht, daß sie ausgerottet werden; sie sollen vielmehr, gleich dem Brudermörder Kain, zu großen Qualen und großer Schmach fortexistieren, damit das Leben ihnen bitterer werde als der Tod. Sie sind abhängig, elend, gedrückt, furchtsam und müssen es bleiben, bis sie sich auf den Weg der Rettung gewandt haben werden ...“¹²

Mit Worten unserer Zeit gesprochen: Aggressive Außenpolitik und repressive Innenpolitik gingen Hand in Hand. Genährt von so gepriesener und verordneter Unmenschlichkeit wurden Häuser der Juden erbarmungslos niedergebrannt, wurde geplündert und gemordet, so in Trier, Speyer, Worms, Mainz, Regensburg, Köln und anderen Städten. Aus Frankreich wurden die Juden 1180, aus England 1290 ausgewiesen. Neue Rechtsvorschriften führten zu ihrer Ausgrenzung aus bestimmten Bereichen der Wirtschaft und des täglichen Lebens. Es gab Anordnungen, die ihnen Grundbesitz und das Wohnen auf dem Lande verwehrten. Das Ausüben „ehrlicher“, d. h. zünftiger Gewerbe war ihnen verboten. Fast folgerichtig geriet der Geldverleih zum Betätigungsfeld vieler Juden, da den Christen damals ein kanonisches Zinsverbot solches untersagt hatte.

Das vierte Lateran-Konzil im Jahre 1215 erließ bestimmte Kleidervorschriften für die Juden, so das Tragen eines gelben Sterns, es verbot den Zugang zu öffentlichen Ämtern, ebenso die Eheschließung und geschlechtlichen Verkehr mit Christen. Es war übrigens der Vatikan, der erstmalig im 16. Jahrhundert eine Art „Musterghetto“ in Rom einrichtete, womit der gesamten Christenheit gezeigt werden sollte, wie man mit Juden umzugehen habe.¹³

Schließlich kommt keine Darstellung des Antijudaismus umhin, an Martin Luther zu erinnern, der sich als scheußlicher Judenhasser darbot. In seiner Schrift aus dem Jahre 1543 mit dem Titel „Von den Juden und ihren Lügen“ heißt es u. a.: „Sie müssen aus unserem Lande vertrieben werden [...] es stimmt aber alles mit dem Urteil Christi, daß sie giftige, bitter, rachgierige, hämische Schlangen, Meuchelmörder und Teufelskinder sind, die heimlich stechen und Schaden tun [...] ein Jude steckt so voll Abgötterei und Zauberei als neun Kühe Haare haben, das ist unzählig und unendlich, wie der Teufel, ihr Gott, voller Lügen ist [...]. Ich will meinen

¹¹ Siehe Christina Wözel: Judenverfolgung im hohen und späten Mittelalter. In: Judenhaß und Judenmord – unerklärlich, unbegreiflich? Beiträge einer Veranstaltung der Friedrich-Schiller-Universität Jena und des Bezirkskomitees Gera der Historiker-Gesellschaft der DDR am 27. September 1988. Bearb. von Manfred Weißbecker, Jena 1990, S. 22.

¹² Zit. nach Hellmut Andics: Der ewige Jude. Ursachen und Geschichte des Antisemitismus, Wien 1965, S. 115.

¹³ Léon Poliakov: Geschichte des Antisemitismus, 6 Bde., Worms 1977-1987. Hier Bd. 3, S. 153 ff.; Siehe auch Reinhard Kühnl: Judenhaß und Judenmord – unerklärlich und unbegreiflich? In: Judenhaß und Judenmord – unerklärlich, unbegreiflich?, a. a. O., S. 18.

treuen Rat geben: Erstlich, daß man ihre Synagoge oder Schule mit Feuer anstecke, und was nicht verbrennen will, mit Erde überhäufe und beschütte, daß kein Mensch einen Stein oder Schlacke davon sehe ewiglich [...] Zum anderen, daß man auch ihre Häuser desgleichen zerbreche und zerstöre. Dafür mag man sie etwa unter ein Dach oder einen Stall tun [...] Zum dritten, daß man ihnen nehme all ihre Betbüchlein [...] Zum vierten, daß man ihren Rabbinern bei Leib und Leben verbiete hinfort zu lehren [...] Zum fünften, daß man den Juden das Geleit der Straße ganz und gar aufhebe. Denn sie haben nichts auf dem Lande zu schaffen, weil sie nicht Herrn noch Amtleute noch Händler oder desgleichen sind. Sie sollen daheim bleiben [...] Zum sechsten, daß man ... ihnen alle Barschaft und Kleinod an Silber und Gold nehme und lege es beiseite zum Verwahren. Und ist dies die Ursache, alles was sie haben (wie droben gesagt) haben sie uns gestohlen und geraubt durch ihren Wucher [...] Zum siebten, daß man den jungen starken Juden und Jüdinnen in die Hand gebe Flegel, Axt, Karst, Spaten, Rocken, Spindel und lasse sie ihr Brot verdienen im Schweiß der Nasen.“ Gott solle daran sehen, so Luther, „daß wir Christen sind.“¹⁴

Wirkungsmächtig

Wir wissen: Viele antijüdische Redensarten, Klischees, Stereotype konnten Wirkungsmacht gewinnen. Sie fielen auf fruchtbaren Boden bei gläubigen Menschen, die selbst in Not geraten waren oder dieses befürchteten, gleich aus welcher sozialen Schicht sie stammten. Nahezu für jeden bot das Bild des Juden Abschreckung, dem Händler wie dem Bauern, dem Gebildeten oder auch Frauen und Kindern. Zur Bewältigung alltäglicher Konfliktsituationen wurden (und werden!) immer Schuldige gesucht, zumeist jedoch nicht bei den Mächtigen. An Ohnmächtigen Wut und Empörung auszulassen, war und ist für viele eben einfacher, leichter und auch gefahrloser. Und derartige individualpsychologische Mechanismen potenzieren sich im Auftritt von Massen. Hysterie griff um sich, eine Verhaltensstörung, die generell und überall durch emotionale Labilität, theatralischen Gestus und egozentrischen Habitus charakterisiert ist. Ließ sich daraus auch materieller Vorteil schlagen, waren viele rasch dabei, zu plündern und sich fremdes Gut anzueignen.¹⁵ (Abb. 1)

Wirksamkeit und ebenso die Dauerhaftigkeit antijüdischer Klischees erwiesen sich über viele Jahrhunderte hinweg: Da war immer und immer wieder die Rede von den Schändungen christlicher Hostien durch die Juden; mittelalterliche Darstellungen von Schändung erschienen 1923, in der Zeit der größten Inflation, auch auf dem Notgeld deutscher Städte, zugleich die Notwendigkeit strengster Bestrafung hervorhebend. (Abb. 2) Juden zu töten – mitunter galt es als „normales“ Tun, auch wenn es sich um ihr Bild auf Schießscheiben handelte. (Abb. 3)

Weit verbreitet war das Schandbild eines die Juden nährenden Schweines (Abb. 4), oft verbunden mit den diskriminierenden Schlagworten von der „Judensau“ oder „Saujud“. In manchen thüringischen Kirchen finden sich selbst heute noch dafür steinerne Belege. Erst in jüngster Zeit befleckten Neonazis eine Synagoge mit einem blutigen Schweinekopf. Als im 14. Jahrhundert viele Teile Europas von der Pest heimgesucht wurden, fanden Judenhasser wie selbstverständlich die Ursache: Juden hätten die Brunnen vergiftet und damit die Seuche herbeigeführt. Zudem sollten Juden als Wesen erscheinen, auf die sich niemand verlassen könne, die im Untergrund wühlen und sich als „Verschwörer“ erweisen würden.

Erhoben wurde auch der Vorwurf des Ritualmordes: Juden würden christliche Kinder entführen, um sie zu ermorden und ihr Blut für das Backen der ungesäuerten Brote verwenden; ein Vorwurf, den „Der Stürmer“ des Faschistenführers Julius Streicher 1939 für ein Titelblatt er-

¹⁴ Aus Luthers Sieben-Punkte-Programm der „scharfen Barmherzigkeit“ zur „Entladung von der Judenlast“. Hervorhebung durch den Vf.

¹⁵ Geplündert und geraubt wurde trotz des siebenten und des neunten Gebotes, die da lauteten: „Du sollst nicht stehlen“ und „Du sollst nicht begehren deines Nächsten Haus.“

neut verwendete. (Abb. 5) Juden wurden als dämonische Verführer und Vergewaltiger christlicher Frauen hingestellt (Abb. 6), ebenso als finanzstarke Hofjuden und vampirhafte Blutsauger, die ihr „Wirtsvolk“ wirtschaftlich zu zerstören versuchten und dafür mit dem Tode bestraft werden mußten. (Abb. 7)

Bereits in Mittelalter und früher Neuzeit tauchten auch erste Formen von Vulgäantisemitismus auf. Da wurde vornehmlich von „angeborenen“ körperlichen Mängeln gesprochen, zudem vom Willen, der „Reinheit des Glaubens“ auch die „Reinheit des Blutes“ folgen zu lassen. Da hieß es apodiktisch: „Ein wenig jüdisches Blut reicht aus, um die Welt zu zerstören.“ Und Inquisitionsgerichte stellten fest, „daß es bis zum einundzwanzigsten Grad der Blutsverwandtschaft Fälle von heimlich praktiziertem Judentum gibt.“¹⁶

Wie stark solche bereits rassistisch anmutende Auffassungen vertreten wurden, zeigt sich auch in einer 1604 von Fray Prudencio de Sandoval verfaßten Biografie Karls V. (1500-1558) Darin verglich der Autor Juden und Neger: Bei ersteren erhalte sich „die uralte böse Neigung zur Undankbarkeit und Verständnislosigkeit [...] wie bei den Negern die unauslöschliche Eigenschaft der Schwärze.“ Begründung: Wenn die Neger sich auch „tausendmal mit weißen Frauen vereinigen sollten, so werden doch die Kinder mit der schwarzen Haut ihrer Väter geboren. Ebenso ist es nicht genug, wenn der Jude drei Viertel Aristokrat oder alter Christ ist, denn schon eine einzige Abstimmungslinie besudelt und verdirbt ihn.“¹⁷ Wie gesagt – geschrieben im Jahre 1604.

Daran konnte später angeknüpft werden. Allerdings erlaubten damals das Freikaufen mit hohen Geldsummen und vor allem das Konvertieren zum christlichen Bekenntnis noch einen Ausweg, auch wenn sich Letzteres oft als zweischneidiges Schwert erwies: Es konnte Rettung bedeuten, stellte aber zugleich ein Identitätsoffer dar und den möglichen Verlust von Gemeinschaftsbindung.

Hingegen wurde in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, in Zeiten der Aufklärung und des Anwachsens bürgerlich-demokratischer Bestrebungen um die Emanzipation der Juden als gleichberechtigte Gesellschaftsmitglieder gerungen. 1781 veröffentlichte der preußische Staatsrat Christian Wilhelm Dohm die viel beachtete Schrift mit dem Titel „Über die bürgerliche Verbesserung der Juden“. Zwar wurde kein säkularer Bruch mit dem Judenbild des Mittelalters angestrebt, wohl aber Lockerung oder gar Aufhebung geltender Einschränkungen.

Zu wirkungsmächtiger Bedeutung geriet die französische Revolution, als die neue Nationalversammlung am 23. Dezember 1789 erklärte: „Den Juden als Nation ist alles zu verweigern, den Juden als Menschen ist alles zu gewähren.“¹⁸ Wurden früher Juden anerkannt, wenn sie zum Christentum konvertierten, so lautete nun die Forderung: Werdet Teil unserer Nation, um gleichberechtigt sein zu können. Damit verschob sich Vieles von der religiösen auf die nationale Ebene, ohne jedoch vorhandene Strukturen zu ändern und ohne das generell Problematische an Forderungen nach völliger Assimilation zu erkennen.

In Deutschland zog sich der Prozeß hin, den Juden bürgerliche Gleichberechtigung zu gewähren. Es gab neue Gesetze, in denen die bisherige Stellung der Juden im Staat und in der Gesellschaft als nicht mehr zeitgemäß betrachtet wurde. Das Judenedikt vom 11. März 1812 brachte den in Preußen lebenden Juden Gleichberechtigung in wirtschaftlicher Hinsicht. Bekanntlich erlangten einige von ihnen – darunter die Häuser Rothschild und Bleichröder oder Albert Ballin und Walther Rathenau – beeindruckende Positionen im Finanzwesen und in der

¹⁶ Dies verkündete 1623 der Portugiese Vicente da Costa Mottas. Zit. nach Münz, S. 22.

¹⁷ Zit. nach Yosef H. Yerushalmi: Ein Feld in Anat. Versuche über jüdische Geschichte, Berlin 1993, S. 62.

¹⁸ Zit. nach Andics, a. a. O., S. 178. Zwei Jahre darauf wurden in Frankreich auch alle Ausnahmegesetze aufgehoben.

Wirtschaft. Andere leisteten Hervorragendes in Wissenschaft, Literatur und Kunst oder auch in Sport und Politik. Die Liste der Namen ist lang – alle zu nennen, würde viel Zeit beanspruchen. Bernt Engelmann hat ihnen allen in seinem 1986 veröffentlichten und auch in der DDR verlegten Buch mit dem Titel „Deutschland ohne Juden. Eine Bilanz“ ein würdiges Denkmal gesetzt.

Von völliger Gleichstellung konnte indessen im 19. Jahrhundert keine Rede sein. Zu wirksam war einerseits, was als fortlaufende antijudaistische Unterströmung zu Aufklärung und bürgerlich-demokratischen Bestrebungen bezeichnet werden kann. Erinnert sei an den „Judenspiegel“ aus der Feder des Hartwig von Hundt-Radowsky, der 1819 erschien und nach Auffassung seines Biografen Peter Fasel bereits den „ganzen Ablauf des Holocaust: Stigmatisierung und Ghettoisierung, Ausraubung und Versklavung, Deportation, am Ende Vernichtung“ entworfen habe; und zwar so, wie die Nazis es dann tatsächlich gemacht haben, nämlich: „... möglichst außerhalb der deutschen Grenzen und unter Beteiligung anderer Nationen“.¹⁹ Hinzu kam, daß in der deutsch-nationalen antifranzösischen Bewegung zu Beginn des 19. Jahrhunderts antisemitische Vorurteile und Verurteilungen wieder auferstanden. Der Name von Ernst Moritz Arndt steht z. B. hierfür, was ja jüngst in den Greifswalder Debatten um den Universitätsnamen deutlich geworden ist.

Widerruf der Emanzipation

Die im 19. Jahrhundert angestrebte und erreichte Emanzipation von Juden, die ihrerseits wie selbstverständlich davon ausgingen, daß sie Deutsche sind, sollte sich jedoch als eine auf Widerruf erweisen. Alle Bestrebungen, ihre Lage zu verbessern, stießen auf direkten oder heimlichen Widerstand. In der Regel verknüpften sich alle Attacken auf Juden erneut und verstärkt mit nationalistischem Gedankengut, als sich nach 1870 das politische Klima in Deutschland – aber nicht nur hier – zu ändern begann.

Hier haben wir es mit einem wesentlichen Einschnitt zu tun. Schon kurze Zeit nach der Gründung des Deutschen Reiches hatten wirtschaftliche Krisen eingesetzt, die junge Arbeiterbewegung sah sich schlimmen Verfolgungen ausgesetzt. Auch um die neue Qualität zu kennzeichnen, prägte 1879 einer der neu hervortretenden Politiker und „Theoretiker“, Wilhelm Marr, den Begriff „Antisemitismus“. Sein Buch „Der Sieg des Judenthums über das Germanenthum“ erlebte binnen eines Jahres 12 Auflagen, wahrscheinlich auch wegen der scharf formulierten Behauptung, die jüdische Herrschaft über Deutschland sei keine zukünftige Gefahr mehr, sondern bereits Tatsache. Einer der bösartigsten unter den deutschen Antisemiten an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, Paul de Lagarde, formulierte, die Juden seien „nichts anderes als Träger der Verwesung.“²⁰ Ganz in diesem völkisch-rassistischen Sinne wurde u. a. der Slogan verbreitet: „Was der Jude glaubt, ist einerlei, in der Rasse liegt die Schweinerei!“²¹

Der Antijudaismus wurde nicht einfach vom Antisemitismus abgelöst, sondern dieser nahm jenen in sich auf, „modernisierte“ ihn und bediente sich seiner, ihn dabei auf eine neue Stufe erhebend. Kontinuität also ja, aber auch ein Wandel – beides trifft zu, in fließenden Übergängen und sehr differenzierten Verflechtungen, selbst erkennbar bei der Aufspaltung des Antisemitismus in mehrere Strömungen, Verbände und Parteien. Um Fortsetzung, Verstärkung und Weiterentwicklung handelte es sich selbst dort, wo sich die neuen radikal-völkischen Antisemiten als nichtchristlich und sogar als antichristlich bekannten oder wo sie zu einer regel-

¹⁹ Peter Fasel: Revolte und Judenmord. Interview, das Benedikt Erenz mit ihm führte und bei ZEIT ONLINE (10.11.2010) veröffentlichte.

²⁰ Paul de Lagarde: Juden und Indogermanen, Göttingen 1888, S. 330 und 339.

²¹ Erstmals formuliert von Georg Ritter von Schönerer, der als Vater des politischen Antisemitismus gilt. Zit. nach Braun und Heid, a. a. O., S. 111.

rechten „Entjudung“ des Christentums aufriefen, in Deutschland auch zu einer „zweiten Reformation“.²²

Generell hieß es nun: „Die Juden sind unser Unglück!“, eine Formulierung des Historikers Heinrich von Treitschke, der sie u. a. mit der Aussage begründete, über Deutschlands Ostgrenze dringe „Jahr für Jahr eine Schar strebsamer, hosenverkaufender Jünglinge herein, deren Kinder und Kindeskindern dereinst Deutschlands Börsen und Zeitungen beherrschen sollen.“²³

Das Bild der schäbig gekleideten, ehrgeizigen Hausierer traf in gewisser Weise zu, kamen diese doch vorwiegend aus entsprechend armen Lebensverhältnissen. Hatten sie sich jedoch in die Gesellschaft eingegliedert, mitunter erfolgreich, da geriet das Bild eher zuneidvoller Karikatur, sogar zu böswilliger Verzeichnung. (Abb. 8)

Alles Angstmachende und Widersprüchliche, von dem es reichlich gab, wurde auf die Juden projiziert, wobei wirtschaftliche Krisen und Notzeiten bekanntlich nicht allein konkurrenzbedingte Vorteilsnahme rigoros verstärkten, sondern oftmals auch Aggressionen freisetzten. Der antidemokratische, antiliberale Charakter dieses antisemitischen Denkens und Verhaltens lag auf der Hand, verbunden mit dem Bestreben, alle Ideen der beispielgebenden französischen Revolution von 1789 zu revidieren. Deren Grundprinzipien Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit wurden nun die Grundsätze Ordnung, Differenz und Konkurrenz als lebens- und existenzsichernd gegenübergestellt, eingebettet immer wieder in Untergangsszenarien aller Art. Das war nicht nur im Deutschen Reich so, doch dieses entwickelte sich zu einem Zentrum neuer judenfeindlicher Mobilisierung.²⁴ Schon 1896 wurde hier eine den 1. April 1933 vorwegnehmende Plakette vertrieben. (Abb. 9)

Der völkisch orientierte und zunehmend rassistisch fundierte Antisemitismus erwuchs in Deutschland zugleich als ein Spiegelbild nationalstaatlicher Gründungs euphorie und vor allem weltweiter Herrschaftsansprüche. Er erwies sich als ein geeignetes Mittel politischer Propaganda, berührte er doch eine an vielfältigen Interessen ausgerichtete geistige Orientierung nicht allein politischer Eliten. Der abgrundtiefe ideologische Wahnsinn griff – wenn auch im einzelnen sehr unterschiedlich – in nahezu allen Klassen und Schichten um sich. Gift wirkt übrigens auch in kleiner Dosis: Man stolpert über Selbstüberhöhung sogar bei einem Poeten wie Wilhelm Busch, der ans Ende einer Beschreibung des Juden „Schievelbeiner“ den Schluß setzte: „Schöner ist doch unsereiner“. (Abb. 10)

Man mag von Harmlosigkeit sprechen und sich über die Karikatur amüsieren, von Einfluß war solche visuelle Verunglimpfung allemal, wie ja nach Meinung von Hirnforschern Bilder ohnehin oftmals stärker als anderes ins menschliche Unterbewußtsein hinein zu wirken vermögen. In schlichter Welterklärung wurde rigoros unterschieden zwischen dem Bösen, stets verkörpert durch das Fremde, und dem Guten, das immer für das Eigene steht.²⁵ Das strikte Hervorheben der eigenen Nation und deren Verherrlichung besaßen noch andere Adressaten –

²² Nach dem Urteil von Christian Wies wurde dies möglich, weil der Antijudaismus zu keiner Zeit ein „rein theologisches Phänomen“ gewesen sei, sondern „mit seinen Bildern und Mythen stets den konkreten Umgang mit der jüdischen Minderheit beeinflußt habe, sei es unmittelbar, sei es durch die Prägung einer Mentalität, die Verfolgung, Entrechtung und Gewalt, mindestens aber die Minderprivilegierung von Juden als selbstverständlich und berechtigt hinnahm.“ Siehe seinen Artikel „Gottesmörder – Blutsauger – Fremde“. Die politische Dimension des christlichen Antijudaismus von der frühen Neuzeit bis zur Schoa. In: Antisemitismus – Erscheinungsformen der Judenfeindschaft gestern und heute, Görlitz 2002, S. 36.

²³ Heinrich von Treitschke: Ein Wort über unser Judentum. In: Preußische Jahrbücher, November 1879.

²⁴ Siehe Werner Bergmann: Geschichte des Antisemitismus, München 2./2004, S. 40.

²⁵ Siehe Wolfgang Benz: Antisemiten und Islamfeinde – Hetzer mit Parallelen. In: Süddeutsche Zeitung, 04.01.2010.

solche in den Reihen des eigenen Volkes.²⁶ Innenpolitisch verband es sich mit strikter Ablehnung entgegen gesetzter Positionen, seien es solche des proletarischen oder eben auch des jüdischen Internationalismus. Der Zusammenhang von Nationalismus und Rassismus ist evident; jedenfalls zeigte sich in den letzten zwei, drei Jahrhunderten nirgendwo ein Nationalismus, der ohne Rassismus oder rassistischen Antisemitismus ausgekommen wäre, auch wenn einzelne Nationalisten vielleicht keine Antisemiten gewesen sein mögen.²⁷

Der Schritt vom überhöhten Selbstbild zu Forderungen nach Rassenhygiene und der Schaffung arischer Ideal-Menschen war ein kurzer. Sogar von „Züchtung“ war die Rede, etwa bei Theodor Fritsch, dem die Nazis gleichsam in Anerkennung seines in hohen Auflagen erschienenen „Handbuches der Judenfrage“ 1933 in Berlin-Zehlendorf ein widerliches Denkmal widmeten. Der den Hammer des germanischen Gottes Thor schwingende Fritsch hatte schon 1904 eine „Deutsche Erneuerungsgemeinde“ geschaffen, die als Modell für die „Wiedergeburt der germanischen Rasse“ sowie für eine „Verjüngung des ganzen deutschen Volkes“ galt. In ihren Siedlungen sollte ein Germanen-Typus heranwachsen, der „den Zuständen der neuen Welt besser gewachsen ist.“ Der völkisch-antisemitische „Mitgart-Bund“ wollte 300 „Menschen-Pflanzungen“ schaffen und in diesen „Neudörfern [...] einen jährlichen Zufluß von 100.000 neuen Menschen in den Adern des deutschen Volkes bewirken.“ Das erklärte Ziel der 1908 in der Nähe von Rheinsberg gegründeten Siedlungsgesellschaft „Heimland“ bestand in der „Erneuerung des Lebens durch Züchtung neuer überlegener Menschen, Auslese der Tüchtigen, Ausmerzungen aller Entarteten aus dem Fortpflanzungskreis.“²⁸

Der Antisemitismus erwies sich auch als ein Mittel zu sozial- und machtpolitischen Zwecken. Seine Verfechter priesen ihn als Mittel zur Linderung sozialen und politischen Frusts, als Versprechen, mit ihm seien wirtschaftliche Not und Krisenerscheinungen zu überwinden, darüber hinaus auch den beschworenen Niedergang traditioneller Gesellschaftsstrukturen aufzuhalten und einer befürchteten Zerstörung der eigenen Kultur entgegenzuwirken.

Und es erschienen Pamphlete aller Art, die riesige Auflagen erlebten und die Bücherregale gut und auch weniger gut betuchter Leser fanden:

- Hermann Langbehn: „Rembrandt als Erzieher“,
- Houston Stewart Chamberlain: „Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts“ (1899),
- Theodor Fritsch: „Handbuch der Judenfrage“, das 1933 die 33. Auflage erlebte,
- Adolf Bartels: Literaturgeschichte,
- Artur Dinter: „Die Sünde wider das Blut“ – ein rassistisch-pornografischer Roman, der 1,5 Millionen mal gedruckt worden ist,

„Die Protokolle der Weisen von Zion“ (1905, deutsche Erstausgabe 1919), in denen sich gleichsam die Entwicklung des antisemitischen Judenbildes spiegelt: vom Gottesmörder zum Volksfeind und schließlich zum Weltverschwörer.

Juden wurden auch als die eigentlichen Kapitalisten hingestellt, als Sinnbild eines „Mammonismus“. Verheerend sei, so hieß es, das direkte Zusammenwirken von Judentum und Sozial-

²⁶ In gewisser Weise steht dies in Widerspruch zum Diktum von Hannah Arendt: „Der Antisemitismus ist genau das, was er zu sein vorgibt: eine tödliche Gefahr für die Juden und sonst nichts.“

²⁷ Siehe Michael Ley: Kleine Geschichte des Antisemitismus, München 2003, S. 103 ff. Seine These lautet: „der nationalsozialistische Antisemitismus markiert den konsequenten Höhepunkt der antisemitischen Bewegungen, aber er ist in der gleichen Weise ein extrem radikaler Nationalismus. Judenhaß und die mythische Verehrung Deutschlands als Ort apokalyptischen Heils bedingen sich wechselweise.“ (S. 106).

²⁸ Siehe Manfred Weißbecker: Reichshammerbund (Rh) 1910/12 – 1920. In: Lexikon zur Parteigeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945), hrsg. von Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker, Bd. 3, Leipzig 1985, S. 681 ff.

lismus, was nach 1918 in der Beschimpfung der „jüdisch-marxistischen Novemberverbrecher“ und dem Gerede vom „jüdischen Bolschewismus“ kulminierte. Erfunden hatten die Nazis solche Parolen nicht; Justizrat Heinrich Claß, der an der Spitze des berüchtigten Alldeutschen Verbandes stand, hatte schon 1912 in seinem Buch „Wenn ich der Kaiser wär“ die angebliche „Massenvergiftung deutscher Wähler“ angeprangert und erklärt, dies sei „ohne die Mitwirkung des Judentums gar nicht möglich gewesen ...“ (Abb. 11 und 12)

Natürlich hatten viele Juden ihre politische Heimat in proletarischen Organisationen gefunden. Sie wirkten als Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschafter, linke Publizisten usw., für sie spielte ihr Jude-Sein oft ebenso wenig eine Rolle wie die Frage, ob man sich als Katholik, Protestant usw. verstehe. Attackiert wurden sie wegen ihrer gesellschaftskritischen Auffassungen und Taten. Daß sie Juden waren, wurde ergänzend und dankbar genutzt, und das trat in besonderem Maße unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg und der Novemberrevolution deutlich in den Vordergrund. Der Antisemitismus politisierte und radikalisierte sich, patriotische Appelle aller Art zum Durchhalten im Krieg und bis hin zu einem „Siegfrieden“ zeigten sich fast immer mit antisemitischen Parolen verknüpft. Der erwähnte Alldeutsche Verband forderte im Oktober 1918, da war die militärische Niederlage bereits unabwendbar, ohne alle Umschweife dazu auf, „Fanfaren gegen das Judentum“ zu blasen. Ganz offenherzig wurde gefordert, die Juden „als Blitzableiter für alles Unrecht“ zu benutzen.²⁹ Schließlich gäbe es „perfide jüdische Weltherrschaftspläne“ sowie eine „jüdische Weltverschwörung“ gegen das deutsche Volk.

Solche Behauptungen nahmen in der antisemitischen Propaganda mehr und mehr einen zentralen Platz ein, da sie zugleich erlaubten, im Inneren alle als „Teilhhaber“ oder „Handlanger“ der Verschwörer zu beschimpfen, die nach demokratischen und friedlichen Verhältnissen strebten. Deutschland – so hieß es – müsse „erwachen“, die vom Juden Hugo Preuß gearbeitete „Judenverfassung“ und die Weimarer „Judenrepublik“ überwinden. Deutschland müsse „erneuert“ werden, dazu brauche man einen geeigneten Führer und ein starkes Heer. „Deutschland erwache – Juda verrecke!“ – so lautete der Schlachtruf.

Dies verband sich mit manipulativer Taktik: Es sei jetzt nicht mehr genug, „die Gebildeten zu gewinnen, es kommt jetzt darauf an, die Massen einzufangen.“³⁰ Erreicht werden sollte dies mit zahlreichen neuen völkisch-antisemitischen Organisationen³¹, die in den frühen 20er Jahren gegründet wurden und aus denen später sich ein großer Teil der Nazi-Anhängerschaft rekrutierte. Besonders taten sich studentische Burschenschaften hervor. Über Deutschland schwappte eine „antisemitische Sturmflut“ hinweg; allein im Jahre 1920 wurden in Deutschland rund acht Millionen Klebezettel, fast eben so viele Flugblätter und 4,8 Millionen Handzettel verteilt. Dazu kamen über 20 Millionen Zeitschriften, Broschüren und Bücher völkisch-antisemitischer Verfasser.³²

Wen wundert es, daß in einer dermaßen aufgeheizten Atmosphäre auch Morde an jüdischen Politikern verübt wurden: Rosa Luxemburg (15. Januar 1919), Kurt Eisner (21. Februar 1919), Eugen Leviné (5. Juni 1919) und Walther Rathenau (24. Juni 1922), nachdem auf den Straßen gegrölt worden war: „Schlag tot den Walther Rathenau, die gottverfluchte Judensau!“

²⁹ Protokoll der Sitzung der Hauptleitung und des Geschäftsführenden Ausschusses am 19. und 20. Oktober 1918 in Berlin. Zit. nach Werner Jochmann: Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland 1870-1945, Hamburg 1988, S. 120.

³⁰ Ebenda.

³¹ Insgesamt verzeichnete ein zeitgenössisches Handbuch der völkischen Verbände 1920 rund 200 Organisationen.

³² Siehe Bergmann, a. a. O., S. 74.

Auch damit war der Boden bereitet für das, was passieren sollte, nachdem die Regierungsgewalt in die Hände der NSDAP gelegt und der Antisemitismus in den Rang einer Staatsdoktrin erhoben worden war und diese sich in alle ideologischen Vorbereitungen eines neuen Krieges einordnete. Staats- und Kriegsdoktrin zu sein – das machte die neue Stufe in der Geschichte des Antisemitismus aus. Dieser hatte damit faschistischen Charakter angenommen.

In rund 2.000 antisemitische Gesetze und Verordnungen gossen die deutschen Faschisten ihren Antisemitismus. Die Kette reicht vom „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 und dem „Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom September 1935 (bekannt als Nürnberger Gesetz, das von Hans Globke kommentiert worden ist) hin zur sogenannten „Arisierung“ auf wirtschaftlichem Gebiet, die 1938/39 von den Nazis als angeblich notwendige „Antwort auf die Verschwörung des Weltjudentums gegen Deutschland“ zu rechtfertigen versucht wurde, auf eine Verschwörung gleichermaßen von Ost und West her.

Das Ausgrenzen und „Verfolgen“ der Juden ging im entfesselten Krieg – auch für diesen sollten sie verantwortlich sein – (Abb. 13) nahtlos über in deren „Vertreibung“ über, schließlich auch in ihre „Vernichtung“. Am 31. Juli 1941 erging Hermann Görings Anordnung an Reinhard Heydrich, den Chef des SS-Reichssicherheitshauptamtes, in der es am Ende hieß: „Ich beauftrage Sie weiter, mir in Bälde einen Gesamtentwurf über die organisatorischen, sachlichen und materiellen Vorausmaßnahmen zur Durchführung der angestrebten Endlösung der Judenfrage vorzulegen.“ Zu diesem Zeitpunkt hatten die SS-Einsatzgruppen bereits begonnen – wie bereits in Polen praktiziert – auch auf sowjetischem Territorium zu morden; wahrscheinlich war bis Ende des Jahres 1941 schon eine Million Juden auf grausamste Weise liquidiert worden.

Die berüchtigte Wannsee-Konferenz vom 30. Januar 1942 beriet eher das Wie der Vernichtung; die Befehle waren längst erteilt. Das Programm sah die vorläufige Konzentration in Ghettos vor, ferner die sogenannte „natürliche Verminderung“ durch Arbeitseinsatz. Es heißt im Protokoll: „Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesen zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzellen eines neuen jüdischen Aufbaus anzusprechen ist. (Siehe die Erfahrung der Geschichte.) Im Zuge der praktischen Durchführung der Endlösung wird Europa von Westen nach Osten durchgekämmt ...“ Die Namen der Todeslager gerieten zu Symbolworten: Chelmno, in dem mit Unterbrechungen von Dezember 1941 bis August 1944 gemordet wurde; Belzec von März 1942 bis Juni 1943, Sobibor von März 1942 bis November 1943, Treblinka von Juni 1942 bis November 1943, Lublin-Majdanek vom Herbst 1942 bis zum Frühjahr 1944, Auschwitz vom November 1941 bis Januar 1945.³³ Am Ende stand der Holocaust!

Kontinuität und Verantwortung

Viele Wege hatten zu ihm geführt. Verständlich, daß der Blick auf sie kritisch auch unter dem Aspekt möglicher Kontinuität und der historischen Verantwortung der christlichen Kirche geprüft worden ist. Christoph Münz, ein führender Kopf des 1949 gegründeten Koordinierungsrates der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, schreibt dazu: „In der Geschichte der Menschheit ist uns kein annähernd vergleichbarer zweiter Fall bekannt, in dem das Aufeinandertreffen zweier Religionen über einen kontinuierlich so langen Zeitraum auf so erschreckend mörderische Weise vonstatten ging, wie dies im Fall von Christen und Juden geschah.“³⁴ Rosemary Ruether, eine US-amerikanische Autorin mehrerer Bücher über

³³ Siehe Hermann Greive: Geschichte des modernen Antisemitismus in Deutschland, Darmstadt 1988, S. 164 f.

³⁴ Ebenda.

die Bibel und das Christentum, hat daraus geschlußfolgert, daß die antijüdischen Tendenzen im Christentum weder zufällig noch peripher gewesen sind, sondern „ins Zentrum der Botschaft verwoben“ waren.³⁵ Vergegenwärtigt man sich, welche Macht die Kirche mehr als ein Jahrtausend lang auszuüben in der Lage war, so läßt sich auch erahnen, welche Tiefen des Bewußtseins und des Seelenlebens der Massen dieser Judenhaß erreichen konnte. Allerdings, dies möchte ich hinzufügen, sollte dringlich vermieden werden, die Kirche historisch lediglich über das Leid definieren zu wollen, das Antijudaismus, Kreuzzüge, Inquisition, Hexenprozesse usw. über Unschuldige gebracht hat. Eine solche Verallgemeinerung würde wiederum den absolut zu verurteilenden Konstruktionsprinzipien von bösem Feindbild und gutem Selbstbild entsprechen.

Ein US-amerikanischer Autor, Daniel Goldhagen, trieb indessen den Kontinuitätsgedanken jedoch extrem auf die Spitze und löste in den 90er Jahren mit seinem Buch „Hitlers willige Vollstrecker“ und der These, die Deutschen seien seit Luther auf eine „Elimination der Juden“ versessene Antisemiten, eine intensiv geführte Debatte aus.³⁶ Doch was generell für die Geschichte gilt, gilt auch hier: Alle Kontinuität entäußert sich in Veränderungen und Wandlungen, alle Entwicklungsstufen bauen aufeinander auf, keine jedoch kann mit der anderen identisch gesetzt werden.

Der angesehene amerikanische Historiker Raul Hilberg, der ein Standardwerk über die Vernichtung der europäischen Juden verfaßte, formulierte differenzierter seine Auffassung über das Kontinuitätsproblem: „Der Vernichtungsprozeß der Nazis kam nicht aus heiterem Himmel; er war der Höhepunkt einer zyklischen Entwicklung, Wir können diese Entwicklung in den drei aufeinander folgenden Zielsetzungen antijüdischer Amtswalter nachvollziehen. Die Missionare des Christentums erklärten einst: Ihr habt kein Recht, als Juden unter uns zu leben. Die nachfolgenden weltlichen Herrscher verkündeten: Ihr habt kein Recht, unter uns zu leben. Die deutschen Nazis schließlich verfügten: Ihr habt kein Recht zu leben.“ Aus diesem dreistufigen Modell schlußfolgert der Autor: „Die deutschen Nazis brachen also nicht mit der Vergangenheit; sie bauten auf ihr auf. Sie begannen nicht, sie vollendeten eine Entwicklung.“³⁷

Demnach läßt sich die Geschichte des Antisemitismus vor dem Zweiten Weltkrieg als Vorgeschichte des Holocaust verstehen, als etwas, worauf aufgebaut werden konnte und aufzubauen gewesen ist. Und zugleich verdeutlicht sein Begriff der „Vollendung“ den Unterschied, den er zwischen Vorgeschichte und dem sieht, wofür die Nazis das Wort von der „Endlösung“ verwendeten.

Dabei war der Weg nach Auschwitz nicht einmal bei den Nazis konkret vorgezeichnet, weder in Hitlers „Mein Kampf“ noch in den Vorkriegsjahren, als ein Plan vorsah, die Juden auf die Insel Madagaskar zu verbringen. Auschwitz – als Begriff den Genozid symbolisierend – war aber dennoch nicht bloß das Resultat einer richtungslosen und chaotischen Verkettung zufälliger Ereignisse, wie mitunter behauptet wird.

In der jüngeren Literatur wird von Werner Bergmann, bekannt aus der Arbeit des renommierten Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin, folgende Definition angeboten: Der Holocaust „war das Ergebnis des Zusammenspiels radikaler ideologischer Zielsetzungen (Antisemitismus, Rassismus, Sozialdarwinismus, Antibolschewismus) mit wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und politischen Interessen und Entscheidungen sowie unvorhergesehenen Ereignissen oder Problemlagen.“³⁸

³⁵ Rosemary Ruether: Nächstenliebe und Brudermord, München 1978, S. 13.

³⁶ Daniel Jonah Goldhagen: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust. Aus dem Amerikanischen von Klaus Kochmann. Siedler Verlag, Berlin 1996.

³⁷ Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1990, S. 15.

³⁸ Bergmann, a. a. O., S. 113.

Dieser Definition kann in vieler Hinsicht zugestimmt werden, doch bedarf sie einiger Konkretisierungen und Ergänzungen, die hier lediglich als Stichworte vorgetragen werden können:

Bekanntlich wirken Kriege ganz allgemein wie ein Katalysator für Verrohung und verstärkter Bereitschaft zu Gewalt und Verbrechen, doch gerade die expansionistischen völkerverachtenden Kriegsziele von NSDAP, SS und Wehrmacht potenzierten sie in außerordentlichem Maße. Der Plan, neuen „Lebensraum“ zu erobern und mit „arischen“ oder zu Ariern erklärten Menschen zu besiedeln, führte nicht nur zu Okkupations- und Ausbeutungspolitik gegenüber der Bevölkerung besetzter Gebiete, sondern auch zur Einschätzung, sie sei in ihrer Mehrheit grundsätzlich „unnützlich“ sowie potentiell gefährlich. Gerade in der Zeit des Übergangs von den Blitzkriegserfolgen zu einem längerfristigen Weltkrieg wurden insbesondere die sog. Ostjuden als „Reservoir des Bolschewismus“ betrachtet.³⁹ Nicht zuletzt sind kriegswirtschaftlich bedingte Aspekte enorm wichtig und wirksam geworden, allein wenn man an alle Berechnungen denkt, die zu den „gewonnenen“ Wertsachen, zu Zahngold, Kleidung, Frauenhaar usw. angestellt worden sind.

Aus meiner Sicht wären vor allem noch Faktoren zu benennen, die sich aus der Tatsache ergeben, daß ausgerechnet die NSDAP einen Massenanhang besaß wie sie keine politische Partei in Deutschland zuvor noch danach erreichen konnte. Der Krieg, vor allem als es nicht mehr um schnelle Siege ging, enthemmte und verrohete seine Akteure. Er wirkte einem Katalysator gleich und dynamisierte die Bereitschaft, mit allen Mitteln, selbst den barbarischsten Mitteln, gewinnen zu wollen. Man hatte ja nach 1918 auch erlebt, was es hieß, unterlegen zu sein. Unter dem Druck eines terroristischen Regimes zu stehen, bewirkte da ein Übriges.

Wege nach dem Völkermord

Ich bin am Ende des Themas „Wege zur Shoah“ angekommen. Welche Wege nach 1945 aus dem furchtbaren Völkermord herausführten, welche dann eingeschlagen worden sind oder auch nicht – das gehört in die Nachkriegsgeschichte, und hoffentlich nicht bereits in eine neue Vorkriegsgeschichte. Ich glaube eben nicht, daß mit Raul Hilberg tatsächlich von einer „Vollendung“ in der Geschichte des Antisemitismus gesprochen werden kann. Judenhaß und Antisemitismus sind zwar historisch diskreditiert, doch damit noch lange nicht aus der Welt. Ihre traditionell geprägten Formen traten in den Hintergrund, besser vielleicht: in den Untergrund. Ihre biologistisch-rassistischen Behauptungen tauchen zwar nur in ausgesprochen völkisch-neonazistischen Gefilden auf; virulent hingegen bei etwa 10 bis 20 Prozent der Bevölkerung.

Die neuen Erscheinungsformen zu analysieren und zu etikettieren fällt leichter als ihre Ursachen zu benennen. Seit der geschichtlich notwendig gewordenen Gründung des Staates Israel haben sich die mit der Geschichte des Antisemitismus verbundenen Problemfelder enorm globalisiert. Die Nazis hatten ihn, der zuvor von einzelnen Verbänden und Parteien vertreten worden war, zur Staatsdoktrin erhoben und zu einem wesentlichen Anliegen ihrer Kriegspolitik gemacht. Nach 1945 geriet er auf die Ebene der Auseinandersetzungen unterschiedlicher Staatengruppen und bipolarer Gesellschaftssysteme. Nach dem Ende des Kalten Krieges agieren Antisemiten in neuen Frontstellungen und Dimensionen, auch in solchen von Weltmächten und Weltreligionen.

Ich verhehle nicht, angesichts unserer gewaltgeschwängerten Zeiten, angesichts der immer weiter wachsenden Kompliziertheit gesellschaftlicher Prozesse und einer anscheinend unaufhebbaren Ausweglosigkeit der Situation im Nahen Osten etwas verzagt in die Zukunft zu schauen. Sollten Lösungsversuche neuerdings wieder den Spuren und den Strukturen historischer Irrwege folgen⁴⁰, also von wirtschaftlichen, machtpolitischen, ideologischen und ande-

³⁹ Siehe Greive, a. a. O., S. 158.

⁴⁰ Benz, Antisemiten und Islamfeinde, a. a. O., macht darauf u.a. mit einer bedenkenswerten These aufmerksam: „Wer sich, zu Recht, über die Borniertheit der Judenfeinde entrüstet, muß aber auch das Feind-

ren Konkurrenzkriterien ausgehen, von darin gespiegelten Vorurteilen und Minderwertigkeitsurteilen, von Fremdenhaß und politisierter Rechthaberei, sowie letztlich auf gewaltsame, militärische, kriegерische Lösungen orientieren – dann wären alle Bemühungen um Menschenwürde und Menschenrechte, um Demokratie und Gerechtigkeit, um friedliches Miteinander vergeblich.

Es gilt, neue Wege zu suchen, zu finden und zu begehen. Der Historiker beendet hier seinen Vortrag, sind dazu doch eher Politiker und Politologen, Juristen, Sozialwissenschaftler und Psychologen, vielleicht auch Zukunftsforscher gefragt. Die Hoffnung allerdings, daß menschliche Vernunft und gesellschaftliche Ächtung unmenschlichen Verhaltens eines Tages zu dominieren vermögen – sie kann und darf nicht aufgegeben werden. Es gilt jedoch, aus dem Hoffen menschenwürdige Realität werden zu lassen.

bild Islam kritisch betrachten (das sich zuweilen eines aggressiven, aufgesetzten Philosemitismus bedient). Es ist ein Gebot der Wissenschaft, die Erkenntnisse, die aus der Analyse des antisemitischen Ressentiments gewonnen wurden, paradigmatisch zu nutzen.“

Abbildungen



Abb. 1: Plünderung der Frankfurter Judengasse am 22. August 1614 während des Fettmilch-Aufstands; Stich von Matthäus Merian, 1628



Abb. 2a, 2b: Sternberger Notgeld von 1922.

„Die Hostienschändung durch die Juden zu Sternberg 20. Juli 1492“



„Der Feuertod der Hostienfrevler zu Sternberg 24. Oktober 1492“



Abb. 3: Schießstand mit Schützenscheibe aus Böhmen/Mähren, ca. 1860/70. Sobald der Schütze ins Schwarze getroffen hat, schnappt der Hund unter beträchtlichem Lärm nach dem Juden, der sich mit seinem Schirm zu verteidigen sucht, während ein Knabe von hinten an seinem Rockschoß zerrt und ihn mit Fußtritten malträt.



Abb. 4: Flugblatt um 1470



Abb. 5: „Der Stürmer“, Mai 1939. Sondernummer „Ritualmord“



Abb. 6: „Deutsch-völkische Monatshefte“, Mai 1923



Abb. 7: Kupferstich von 1738. Der Jude Joseph Süß Oppenheimer (1692-1738), Jud Süß genannt, war Finanzberater des württembergischen Herzogs Karl Alexander und wurde nach dessen Tod wegen Hochverrat, Beraubung der Staatskassen und Korruption hingerichtet, obwohl keinerlei Beweise vorlagen.

DIE SÜNDE WIDER DAS BLUT



EIN ZEITROMAN
VON DR. ARTUR DINTER
Matthes & Gost Verlag Leipzig

Abb. 8: 1917 verfasste der völkische Schriftsteller Artur Dinter (er war 1925 bis 1927 NSDAP-Gauleiter in Thüringen) den ersten „Rassenroman“.

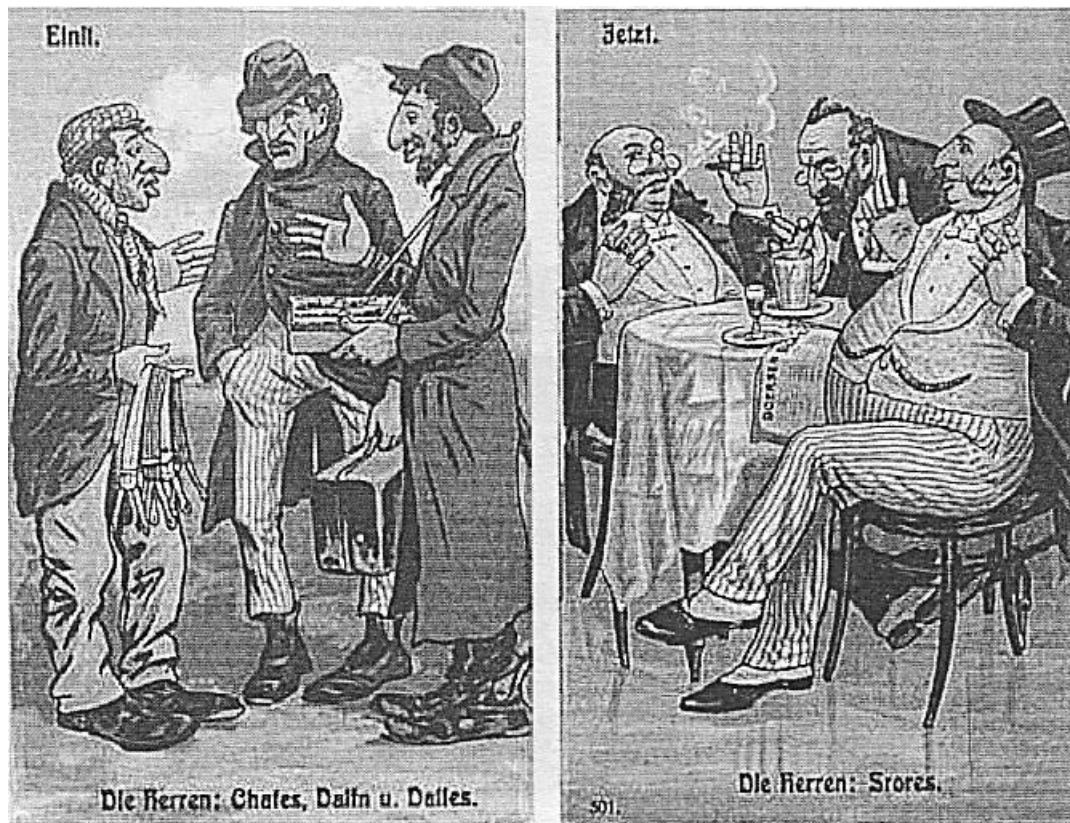


Abb. 9: Antisemitische Karikatur „Juden einst und jetzt“

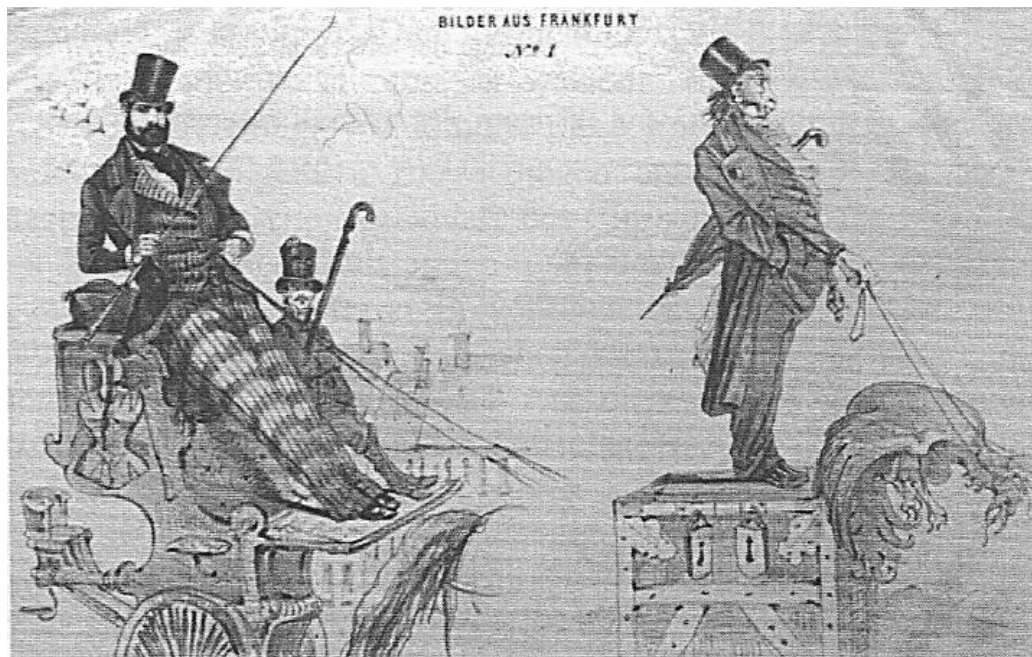


Abb. 10: „Ehrbarer christlicher Handelsmann“ und „übler jüdischer Wucherer“. Frankfurter Karikatur um 1840



Abb. 11: Aufkleber aus dem Jahr 1896



Abb. 12: 1. April 1933. Aufruf zum Boykott jüdischer Geschäfte

„Kurz die Hose, lang der Rock,
Krumm die Nase und der Stock,
Augen schwarz und Seele grau
Hut nach hinten, Miene schlau –
so ist Schmulchen Schievelbeiner.

(Schöner ist doch unsereiner!)“

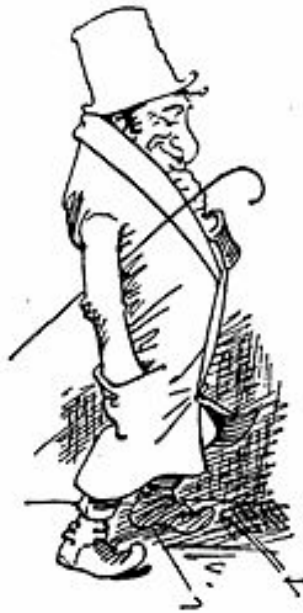


Abb. 13: Aus: Wilhelm Busch, Plisch und Plum, Kap. 5 (Erstausgabe 1882)



Abb. 14: Wahlplakat der NSDAP zu Stadtratswahlen in München



Abb. 15: Plakat der NSDAP zur Reichstagswahl am 6. November 1932



Abb. 16: Der jüdische Profiteur des Weltkrieges führt Marxisten und Demokraten als seine Erfüllungsgehilfen am Gängelband. Karikatur des Erfurter Antisemiten Walter Corsep (1862-1944)



Abb. 17: Plakat in Wien, während des Zweiten Weltkrieges

Vortrag im Rahmen der Anne-Frank-Ausstellung in Jena am 4. Februar 2011 in einer von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.V. unterstützten Veranstaltung. Der Text wurde mit Genehmigung des Autors für den Druck geringfügig geändert und von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V. herausgegeben.

Kampf um den Kurs

Die Auseinandersetzungen in der NSDAP und die „Führertagung“ vom 14. Februar 1926

Dem Putsch vom November 1923 folgte zwar ein Verbot der NSDAP, doch dank hinreichender „demokratisch“ legitimierter Förderung hatte sie sich schon im Februar 1925 neu gründen können. Im Bestreben, nunmehr verstärkt auch außerhalb des süddeutschen Raumes Anhänger zu gewinnen, betraute sie Gregor Strasser mit der Verantwortung für alle in Nord- und Nordwestdeutschland existierenden Gruppen der Partei. Er, der von 1921 bis 1923 Gauleiter und SA-Führer von Niederbayern gewesen war und heute oft als neonazistischer Ahnherr bemüht wird, schien dafür in besonderem Maße geeignet. Wie sein Bruder Otto wollte er den „Nationalsozialismus“ eher als einen „nationalen Sozialismus“ verstanden wissen. Beide bevorzugten antikapitalistisch und revolutionär klingende Losungen.

Das Kalkül war eindeutig: Um in den Hochburgen der Arbeiterparteien nicht total ins Leere zu stoßen, mußte man sich zwangsläufig anderer Parolen und Methoden als in Bayern bedienen. Mit dieser Maßgabe bemühten sich die Strassers auch um eine organisatorische Zusammenfassung der Nazis nördlich des Mains und gründeten am 10. September 1925 im westfälischen Hagen die „Arbeitsgemeinschaft der Nord- und Nordwestdeutschen Gaue der NSDAP“. Ihr gehörten mehr als ein Drittel aller Gauleiter der Partei an, und sie wurde auch von anderen als ihre Interessenvertretung angesehen. Die Leitung der Arbeitsgemeinschaft lag in den Händen von Gregor Strasser. Für organisatorische Arbeiten und die Herausgabe der Nationalsozialistischen Briefe war de facto Joseph Goebbels zuständig.

„Kleiner Bourgeois“ Hitler

Zunächst überwogen taktisch bedingte Unterschiede zur Orientierung der Münchener Parteiführung. Dennoch waren sich die nord- und nordwestdeutschen Gauleiter einig in ihrer Kritik an der Verschwommenheit des 25-Punkte-Programms der Partei. Sie monierten, es lasse jene Fragen offen, auf die es ihnen bei der praktischen Werbung in ihren Gebieten besonders ankam. In seinem eigenen Programmentwurf plädierte Gregor Strasser für einen autoritären Staat, in dem u. a. alle Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln seien. Je nach Wichtigkeit der Betriebe sollten 49 oder 51 Prozent der Aktien in die Hände der „Allgemeinheit“ – was das war, wurde nicht erklärt – überführt werden.

In den Vordergrund der Auseinandersetzungen geriet um die Jahreswende 1925/26 die Frage, wie sich die NSDAP zu dem von KPD und SPD initiierten Volksbegehren gegen die geplante Abfindung der Fürsten zu stellen habe. Die Arbeitsgemeinschaft sah sich unter Zugzwang: Einerseits wollte sie berücksichtigen, daß die Forderung nach einer entschädigungslosen Enteignung der Fürsten den Wünschen vieler Menschen entsprach, andererseits gab ja die Partei vor, generell das Privateigentum an den Produktionsmitteln zu verteidigen. Die „sozialistisch“ argumentierenden Politiker der NSDAP konnten indessen nur durch eine Zustimmung zum Volksbegehren ihrem Antikapitalismus einen Schein von Glaubwürdigkeit verleihen. Doch eine eindeutig positive Aussage zugunsten der Fürstenenteignung kam bei ihrer Tagung vom 24. Januar 1926 in Hannover nicht zustande; man rettete sich in ein rein verbales und allein mit der „Notlage“ der Deutschen begründetes Ja, gekoppelt mit haßerfüllter Beschimpfung aller anderen Parteien.

In den Debatten spielten auch außenpolitische Aspekte eine wichtige Rolle. Zu ihnen gehörte vor allem die Frage, wie sich Deutschland gegenüber der UdSSR verhalten solle. Bei diesem äußerst umstrittenen Thema empfahl nicht allein die KPD eine auf dem Rapallo-Vertrag beruhende Zusammenarbeit mit der UdSSR, was wirtschaftliche und politische Vorteile bot. Auf diesen Standpunkt stellten sich auch Strasser und seine Anhänger. Man sprach vom „na-

türlichen Bundesgenossen“, und Goebbels notierte euphorisch: „Lieber mit dem Bolschewismus den Untergang, als mit dem Kapitalismus ewige Sklaverei.“

In den programmatisch-politischen Auseinandersetzungen der NSDAP während der Phase ihres Neuaufbaus kritisierten die in der Arbeitsgemeinschaft agierenden Gauleiter auch Parteichef Hitler. Noch standen sie ihm nicht kritiklos, begeistert oder gar fasziniert hinter ihm. Er sei ein begabter Agitator und „Trommler“ der Partei, hieß es vielfach, aber kein „Politiker“, der strategisch und taktisch zu führen verstünde. Im einzelnen bemängelten sie seinen Führungsstil, sein Desinteresse an der alltäglichen politischen Kärnerarbeit sowie sein als unausgewogen betrachtetes Verhältnis zur Arbeit in den Parlamenten. Kritisiert wurde auch sein persönlicher Lebensstil, den er sich in der „feinen“ Gesellschaft Münchens zugelegt habe. Die Mißstimmung kulminierte in der abschätzigen Äußerung von Goebbels, daß „der kleine Bourgeois“ Hitler aus der Partei ausgeschlossen werden müsse.

Halbstündige „Debatte“

Für den 14. Februar 1926 berief die Münchener NSDAP-Leitung eine „Führertagung“ nach Bamberg ein. Es versammelte sich sorgfältig ausgewählte Parteiprominenz – etwa 50 der rund 60 Teilnehmer kamen aus süddeutschen Ländern. In einer nahezu fünfstündigen Rede nannte Hitler die Agitation zugunsten einer Enteignung der Fürsten „verlogen“, denn die Partei müsse das Privateigentum verteidigen. In außenpolitischer Hinsicht legte er ein Strategiekonzept vor, das den Kampf gegen Versailles nur als eine Etappe auf dem Wege zum „Wiederaufstieg“ und zur Erringung der „Weltgeltung“ ansah. Ein „Bündnis“ mit der UdSSR hielt er für undenkbar, weil es zur „Bolschewisierung Deutschlands“ führen könne.

Wie stets in der Geschichte der NSDAP setzten sich bei ihren internen Auseinandersetzungen die extremste Variante und deren Verfechter durch. Strassers Programmentwurf wurde nicht einmal zur Diskussion zugelassen. Fast alle Redner wandten sich in der etwa halbstündigen (!) Debatte gegen den Kurs der Arbeitsgemeinschaft. Nach der Tagung schwenkte auch Goebbels um, von Hitler bald darauf mit der Leitung der Partei in Berlin belohnt.

Die Bamberger Tagung verhinderte eine stärkere Einflußnahme der nord- und nordwestdeutschen Gauleiter auf die NSDAP, ohne jedoch die Differenzen beseitigt zu haben. Die Arbeitsgemeinschaft, die sich eine Woche darauf traf, nahm ihre Niederlage hin und beendete offiziell die Programmdiskussion; beschlossen wurde aber gleichzeitig, weiter im Sinne bisher verretener Positionen zu arbeiten. Daß sie auch weiterhin über nicht unerhebliche finanzielle Mittel verfügte, zeigte die Gründung des „Kampf-Verlages“, der ab 1. März 1926 begann, in einigen nord- und westdeutschen Gauen eigene Zeitungen mit dem gegen die Parteiführung in München gerichteten Titel *Der nationale Sozialist* herauszugeben. Ohne das Vorzeigen „antikapitalistisch“ anmutender Parolen kam die NSDAP – grundsätzlich dem Boden und den Interessen der bestehenden Gesellschaft verhaftet – eben nicht aus. Erst in den Jahren der Weltwirtschaftskrise und im Zuge der eindeutig hervortretenden Orientierung auf die Unterstützung durch ökonomische und nationalkonservative Eliten führte Hitler den endgültigen Bruch mit den immer wieder irrtümlich als „links“ bezeichneten „nationalen Sozialisten“ herbei.

Dokumentation. Der „nationale Sozialismus“

Otto Strasser bittet Joseph Goebbels am 29.6.1926 um einen Artikel für seine Zeitung:

„Worauf es mir am meisten ankommt, ist natürlich immer die Betonung unserer sozialistischen Grundideen, die, wie wir ja wissen, in den programmatischen Äußerungen der Partei noch immer recht stiefmütterlich behandelt werden. Also bitte schreiben Sie mir über irgend etwas, das den Unterschied zwischen dem marxistischen und dem nationalen Sozialismus

scharf herausarbeitet, wobei aber gleichzeitig unser nationaler Sozialismus als der wahre und der allein Rettung bringende erscheint.“

Aus dem Artikel „Ziele und Wege“ von Gregor Strasser (1927):

„Tief verwurzelt im organischen Leben haben wir erkannt, daß der Irrwahn von der Gleichheit der Menschen die tödliche Bedrohung ist, mit der der Liberalismus Volk und Nation, Kultur und Moral zerstört und so an den Urgründen unseres Seins sich vergreift. Das rationale Denken frißt die Grundlage des Lebens selber an, zerstört das Blut, zerstört die heilige Ordnung, die im Abstand begründet ist, den die Ungleichheit der Menschen schafft, und die nichts zu tun hat mit der Ordnung unserer Tage!“

junge Welt, Sonnabend, 12.02.2011, S. 15.

Wider retrospektive Fiktion

Vor Kurzem feierte Wolfgang Nossen, der Vorsitzende der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen, seinen 80. Geburtstag. Er sei ein kritischer Geist und lasse sich nicht vom schönen Schein vereinnahmen, sagte er am 9. Februar in einem Interview. Mit der Bemerkung, alles sei „wischiwaschi“, nahm er das Programm der CDU/SPD-Landesregierung gegen Extremismus aufs Korn. Er sei zwar zu der Kommission, die das Programm auszuarbeiten hatte, eingeladen worden, aber bald nicht mehr hingegangen. Sein Eindruck: „Der Feind ist links.“ Irritiert wurde nachgefragt, was er denn damit meine. Nossen bekräftigte: „Der Feind ist links, rechts ist die böse Verwandtschaft ... Die wollen gar nichts gegen die Nazis machen.“

Fast zeitgleich las ich den „Einspruch“ von Angehörigen der Vereinigung der Opfer des Nazi-regimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten und anderer Verbände gegen den Geschichtsrevisionismus in Deutschland. Da heißt es, die offiziell gepriesene und als vorbildlich bezeichnete Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen sei eine „retrospektive Fiktion“; zwar würden zu gegebenen Gedenktagen feierlich Kränze an Erinnerungsstätten abgelegt, doch nur „der Form wird Genüge getan“. Peter Fischer, der die Positionen des Zentralrates der Juden in Deutschland zur Gedenkstättenpolitik vertritt, warnt ähnlich wie der Sprecher der Roma und Sinti, Silvio Peritori, vor aufkommender Ignoranz und Lippenbekenntnissen gegen Rassismus sowie vor einer „Gedenkroutine“. Auch andere kritisieren heutige Erinnerungsarbeit, soweit sie den Herrschenden als förderungswürdig gilt, letztlich als anti-antifaschistisch ausgerichtet.

Zu den hier gebotenen Analysen stehen mitunter recht kurze, aber außerordentlich erhellende Statements zu methodischen Aspekten geschichtspolitischer Argumentation. Alle richten sich gegen die Grundelemente regierungsoffizieller Geschichtspolitik. Da geht es zum einen um die Behauptung, man benötige eine „grundlegende Neubewertung“ des europäischen Geschehens im 20. Jahrhundert, womit insonderheit Täter zu Opfern stilisiert und die gesellschaftlichen Ursachen faschistischer Ideologie, Bewegungen und Herrschaftsformen kaschiert werden sollen. Bewegend liest sich der Aufsatz des im September 2010 verstorbenen FIR-Präsidenten Michel Vanderborght. Ihm galt die Erinnerung an den antifaschistischen Widerstand als eine wesentliche Grundlage „für die Etablierung eines echten europäischen Friedensraumes“, in dem das universelle Prinzip der Gleichheit aller Menschen herrscht.

Ein zweiter Einspruch gilt dem Grundsatz: „Wir trauern um alle Opfer, weil wir gerecht gegen alle Völker sein wollen, auch gegen unser eigenes.“ Hier behandeln Moshe Zuckermann, Kurt Pätzold und Holger Politt Aspekte jener These, der zufolge eine Trauer angeblich „um alle Opfer“ von Diktaturen und Kriegen erforderlich sei. Im dritten Teil wehren sich Rosario Bentivegna, Hannes Heer und Ulrich Sander gegen Versuche, faschistische Verbrechen zu relativieren. Nachdrücklich fordert der Italiener Bentivegna, in einer Demokratie Antikörper zu finden, um das „alte faschistische Böse zu besiegen, das zunächst als Idee einer personellen und absoluten Macht daherkommt, wie am Anfang des letzten Jahrhunderts“. Heer bietet seine gediegene Sachkenntnis auf, um die Rolle der Wehrmacht und ihrer Verbrechen im Zweiten Weltkrieg zu erhellen. Es sei notwendig, die „Urgeschichte von Hitlers Krieg“ noch einmal zu erzählen, sei doch hierzulande das Militär in besonderem Maße zum Gegenstand revisionistischer Deutungen geworden. Den Zusammenhang zwischen dieser Art von Geschichtspolitik und aktueller Kriegsführung am Hindukusch stellt Sander überzeugend am Beispiel der Traditionspflege einer Gebirgstruppe in Mittenwald dar.

Auch „Praktiker“ der Gedenkstättenarbeit kommen zu Wort. Detlef Garbe, Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, stellt seinen „Einspruch“ in zehn Thesen zum Verhältnis von authentischen Orten und Geschichtspolitik dar, während Rosel Vadehra-Jonas mit dem Blick auf Ravensbrück vor allem die „Entpolitisierung der Gedenkstätten“ beklagt und sich gegen

zu erwartende Konkurrenz unterschiedlicher Opfergruppen um die verfügbaren finanziellen Mittel wehrt.

Schließlich wird „vergessener Opfer“ gedacht. Ein „Vermächtnis“ von neun internationalen Lagergemeinschaften vervollständigt die Publikation, der zahlreiche Leser zu wünschen sind.

Angemerkt sei: An einer Stelle (S. 49) wird von Faschismen gesprochen, womit die reale Vielfalt und mitunter recht erheblich große Unterschiedlichkeit der zahlreichen Erscheinungsformen faschistischer Ideologie, Bewegungen und Herrschaftssysteme in den Blick geraten. Doch an keiner Stelle ist von der Existenz unterschiedlicher Antifaschismen zu lesen, was zu jenen Problemen weist, die heutige Antifaschisten hin zu einem nur gemeinsam zu erreichenden Erfolg leider immer noch zu belasten scheinen.

Heinrich Fink/Cornelia Kerth (Hrsg.): Einspruch! Antifaschistische Positionen zur Geschichtspolitik. Papy-Rossa. 126 S., br., 12,00 Euro

Neues Deutschland, 17. bis 20. März 2011, S. 19.

Widersprechen! Widerstehen!

Wer besorgt auf Gegenwart und Zukunft schaut, muß den Blick auch auf geschichtliche Ereignisse richten, auf Erfahrungen, die in den Zeiten zweier Weltkriege und des Kalten Krieges nicht allein die Deutschen zu machen hatten. Eine Konferenz antifaschistischer Organisationen setzte sich deswegen im vorigen Jahr mit dem herrschenden Geschichtsbild und der Geschichtspolitik auseinander. Nun liegt das Ergebnis vor – erhellend, anregend, zu weiterem Nachdenken zwingend.

Vier in Deutschland gebetsmühlenartig vorgetragene Sentenzen – Grundelemente jener Geschichtspolitik, die im heutigen Deutschland offiziell gefördert und vielgestaltig in den Massenmedien verbreitet wird – bieten den beiden Herausgebern und 15 Autoren Stoff in Hülle und Fülle. Da ist zum einen die Behauptung, man benötige eine „grundlegende Neubewertung“ des historischen Geschehens im 20. Jahrhundert, womit sich die Absicht verbindet, Täter zu Opfern zu stilisieren und die gesellschaftlichen Ursachen faschistischer Ideologie, Bewegungen und Herrschaftsformen zu kaschieren. Des weiteren behandeln Moshe Zuckermann, Kurt Pätzold und Holger Politt Aspekte der These, daß „um alle Opfer“ von Diktaturen und Kriegen zu trauern sei. Im dritten Teil wehren sich Rosario Bentivegna, Hannes Heer und Ulrich Sander überzeugend gegen Versuche, faschistische Verbrechen zu relativieren. Einige Autoren, verantwortlich zumeist für Gedenkstättenarbeit, befassen sich in Teil IV mit der gleichmacherischen „Aufarbeitung diktatorischer Herrschaft zwischen 1933 und 1990“ und daraus sich ableitenden Problemen. Schließlich wird am Ende des Bandes „vergessener Opfer“ gedacht. Ein „Vermächtnis“ von neun internationalen Lagergemeinschaften vervollständigt die Publikation, der zahlreiche Leser zu wünschen sind.

Von einer „retrospektiven Fiktion“ und davon, daß in Stätten der Erinnerung an die Opfer des Faschismus und an Gedenktagen im Grunde nur „der Form Genüge getan“ werde, handelt das Vorwort der Herausgeber. Sie wenden sich gegen den Versuch, die Menschheitsverbrechen des deutschen Faschismus mit anderen historischen Ereignissen gleichzusetzen und die Geschichte als Mittel zur Legitimation neuer militärischer Abenteuer zu nutzen.

Hier können nicht alle Beiträge Erwähnung finden, die einzelnen Erscheinungsformen des Geschichtsrevisionismus gelten. Sie sind in Thematik wie Gehalt unterschiedlich geraten; manche schöpfen aus Erinnerungen, andere aus wissenschaftlichen Analysen. Daneben stehen mitunter recht kurze, aber erhellende Statements zu methodischen Aspekten geschichtspolitischer Argumentation. Um theoriegeschichtliche Aufklärung und eigene Begrifflichkeit bemüht sich Wolfgang Wippermann. Mit seinen Urteilen bin ich nicht immer einverstanden; seiner Warnung, daß Faschismus nicht nur Geschichte, sondern auch Gegenwart sei, ist indes- sen uneingeschränkt zuzustimmen.

Gerade die im Band erkennbaren Unterschiede im Herangehen an notwendige Auseinandersetzungen mit anti-antifaschistischen Geschichtsverdrehungen, die im Grunde eine anti-antifaschistische Funktion erfüllen, regt zu intensivem Lesen und auch zu weiterem Nachdenken an. So könnten die Organisatoren der nunmehr dokumentierten Konferenz ermutigt sein, ihr andere folgen zu lassen. Antifaschismus heute – dieses Problemfeld geht weit über Historisches hinaus und bedarf auch der Beschäftigung mit neuen Erfordernissen, Inhalten und Formen antifaschistischen Wirkens. Nicht allein konservative und neoliberale Theoretiker streben nach völliger Verkehrung der bekannten Horkheimer-These zu dem Diktum, daß derjenige, der nicht vom Kommunismus reden wolle, zum Faschismus zu schweigen habe. Zugleich verstärkt sich die seit langem zu beobachtende Tendenz, den Faschismusbegriff zu meiden und mit dem Blick auf Deutschland grundsätzlich vom „Nationalsozialismus“ zu reden. Diese gleichsam „verordnete“ Begriffsanwendung geht einher mit Versuchen, die deutsche Variante des Faschismus sowohl zu „entfaschisieren“ – also eher seine guten (mitunter

auch seine angeblich notwendigen, weil antibolschewistischen) Seiten herauszustellen, nach dem Menschlichen in Hitler zu suchen und so weiter. Versuche sind allerorten spürbar, den Faschismus auch zu „entkapitalisieren“ oder gar zu „sozialisieren“, also überhaupt nicht mehr nach dessen Wurzeln in der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu fragen oder ihn sogar als eine Spielart antikapitalistischer Strömungen darzustellen. Zu erkunden wäre vor allem der Zusammenhang zwischen den sich verändernden gesellschaftlichen Voraussetzungen, unter denen alter und neuer Faschismus in Gestalt von Parteien, Bewegungen und Ideologien entstehen und gedeihen konnten und auch weiterhin sich formieren können. Zu fragen wäre nach dem Zusammenhang von Krieg und innenpolitischer Entdemokratisierung, ferner nach Wirkungsmöglichkeiten völkisch-rassistischer Argumentationsmuster und auch nach antifaschistischen Positionen gegenüber inhumaner Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

Als in Deutschland der 30. Januar 1933 nicht hätte verhindert werden können, faßte Lion Feuchtwanger im Roman „Die Geschwister Oppermann“ seine kritische Rückschau in ein anschauliches Bild: Ein Marathonläufer sollte eine Meldekapsel überbringen, doch nach entkräftendem Lauf stellte sich heraus, daß diese leer war. Sie habe keine Botschaft enthalten, alle Anstrengungen, alles Widersprechen hätten sich daher als vergeblich erwiesen.

Überzeugungsstarke, wirkungsmächtige Botschaften einer Gesellschaft ohne Faschismus und Krieg zu formulieren und zu verbreiten – das bleibt Aufgabe des heutigen Antifaschismus: Widersprechen, um erfolgreich widerstehen zu können!

Heinrich Fink / Cornelia Kerth (Hrsg.): „Einspruch! Antifaschistische Positionen zur Geschichtspolitik“, Papy-Rossa Verlag, 126 Seiten, 29,90 Euro.

Ossietzky, Zweiwochenschrift für Politik, Kultur, Wirtschaft, Heft 6/19. März 2011, S. 222-224.

Deutsche Spitzenleistung

Topf & Söhne – eine „ganz normale“ Firma und der Holocaust

Auschwitz wäre ohne die von der Erfurter Firma „Topf & Söhne“ gelieferte Technik nicht möglich gewesen. Dies bestätigt das Buch von Annegret Schüle überzeugend. Dem Leser offenbaren sich grausige Geschäfte aus der Geschichte eines großindustriellen Betriebes, der 1878 in Erfurt entstand und als eines der führenden Unternehmen in Deutschland bei der Herstellung von Brauerei- und Siloanlagen, von Dampfkesselhäusern und Feuerungstechnik galt.

Die Gliederung des Bandes folgt betriebs-, technik- und familiengeschichtlichen Ereignissen. Von größtem Interesse ist jener Teil, der Anlass zum Schreiben des Buches wie auch für die Einrichtung des Ende Januar 2011 eröffneten Museums auf dem ehemaligen Firmengelände gewesen ist. Hier belegt die Verfasserin detailliert und akribisch, worin eine Mitwisser- und Mittäterschaft der Inhaber, Ingenieure, Kaufleute und Monteure von „Topf & Söhne“ am faschistischen Völkermord bestand.

Die Firma stürzte sich, als der Krieg nahte und massenhaft Tote zu erwarten waren, regelrecht auf das Geschäft. Sie erkannte in den KZ-Krematorien einen „zukunftsfähigen Markt“. Bereits vor dem 1. September 1939 entwarf und baute sie „Abfallvernichtungsöfen“, fahrbare – in Absprache mit der SS-Führung und von dieser ganz offensichtlich als verlässlicher Partner geschätzt. Schritt für Schritt wurden immer „leistungsfähigere“ Öfen zur Verbrennung von Leichen hergestellt. Ihre Lieferung erfolgte vor allem in die KZ Buchenwald und Auschwitz-Birkenau, vor Ort wurden sie von Mitarbeitern montiert und getestet, repariert und vervollkommen. 1943 lobte ein hochrangiger Nazi: „Das sind Spitzenleistungen!“

Die Autorin fragt, was es bedeutet, dass ein aus ihrer Sicht „ganz normales“ Unternehmen in der Hölle von Auschwitz agierte und menschenverachtende Geschäfte mit der SS gemacht hat. Dies ohne wirtschaftliche Not, denn die Lagerkrematorien machten nur zwei Prozent des Umsatzes aus. Annegret Schüle bemüht sich darüber hinaus um ein Urteil über jene Versuche, nach 1945 von „unschuldiger Technik“ zu reden, das eigene Tun zu vertuschen, zu bestreiten oder schlicht zu leugnen. Die zahlreich im Text enthaltenen Belege sowie die im Anhang reproduzierten Dokumente sprechen jedoch eine eindeutige, erschütternd kaltherzige und menschenverachtende Sprache: Da ging es um Gewinn, um persönliche Vorteile, vaterländische Pflichterfüllung und Liebe zur Technik, vor allem aber um nationalistisch geprägte Anpassungsbereitschaft und generelle Unterstützung profitversprechender Politik. Von „Tätern mit gutem Gewissen“ schreibt Annegret Schüle und konstatiert, es habe beim Pakt mit dem Teufel an „moralischer Stärke“ gefehlt.

Den Fragen nach der Rolle gesellschaftlicher Verhältnisse und Strukturen geht die Verfasserin weniger nach. Es hätte nahe gelegen, an das von Karl Marx benutzte Zitat eines englischen Gewerkschafters zu erinnern, wonach Kapital bei entsprechendem Profit „kühn“ werde und für 100 Prozent „alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß“ stampfe. So aufschlussreich alles ist und in anzuerkennender Akribie und Ausführlichkeit darlegt wurde – eingebunden in die Geschichte eines kapitalistischen Wirtschaft- und Gesellschaftssystems wird es nicht. Trotz außerordentlich guter Quellenlage heißt es hier mit dem Blick auf die Zeit von 1914/18 lakonisch: „Im Ersten Weltkrieg wurde die Produktion um Granaten, Geschützprotzen und andere Kriegsfahrzeuge erweitert“. In noch stärkerem Maße wäre wohl die Rüstungsproduktion von „Topf & Söhne“ für den Zweiten Weltkrieg einer Analyse wert gewesen. Dennoch regt der Band dazu an, auch den Krieg als moralisches Versagen, als Verbrechen zu thematisieren.

Am Ende verweist Annegret Schüle auf die Aktualität des Themas: Es könne sich auch heute der „als selbstverständlich angenommene Respekt vor Menschenwürde und Menschenleben

als bloßer Firnis herausstellen, der, bricht er unter bestimmten Umständen auf, das Gegenteil bloßlegt: das Einkalkulieren oder sogar aktive Arbeiten dafür, dass Menschenwürde verletzt und Menschenleben vernichtet werden.“ Wie wahr!

Annegret Schüle: Industrie und Holocaust. Topf & Söhne. Die Ofenbauer von Auschwitz. Hrsg. von der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora. Wallstein Verlag, Göttingen. 464 S., geb., 29,90 Euro.

Neues Deutschland, Donnerstag, 31. März 2011, S. 17.

Unbeugsamer Aufklärer

Wider Klassenjustiz und Faschismus: Emil Julius Gumbel

Von den rund 250 Publikationen, die aus der Feder des Mathematikers und Statistikers Emil Julius Gumbel stammen, erschien eine im Juni 1921, die sofort sowohl auf beachtliche Zustimmung als auch auf unbeherrschten Haß und politische Verfolgung stieß. Sie trug den schlichten Titel: „Zwei Jahre Mord“. Ihr folgten zahlreiche Bücher und Artikel, in denen er sich sachlich, nüchtern und akribisch mit dem Terror der Reaktion und der bürgerlichen Klassenjustiz in den frühen 20er Jahren auseinandersetzte. Bis ins Detail hinein konnte Gumbel ein umfangreiches politisches Mordgeschehen belegen, wobei er Lynchaktionen oder Erschießungen nach – sicher fragwürdigen – kriegsgerichtlichen Entscheidungen nicht in seine tabellarischen Übersichten aufnahm. Über die von ihm genutzten Quellen schrieb er: „Gerichtsakten, Urteile, Entscheidungen über Einstellungen des Verfahrens, Zeugenaussagen, Mitteilungen von Rechtsanwälten, von Hinterbliebenen, endlich Zeitungsnotizen. Die Prozeßberichte habe ich hauptsächlich in den rechtsstehenden Zeitungen studiert.“

Bereits 1922 erschien eine erweiterte Fassung seiner ersten diesem Thema gewidmeten Arbeit: „Vier Jahre politischer Mord“. Ihr kurzes, aber die Verhältnisse im Deutschland der Nachkriegszeit drastisch erhellendes Resümee lautete: „354 politische Morde von rechts; Gesamtsühne: 90 Jahre, 2 Monate Einsperrung, 730 M. Geldstrafe und 1 lebenslängliche Haft – 22 Morde von links; Gesamtsühne: 10 Erschießungen, 248 Jahre, 9 Monate Einsperrung, 3 lebenslängliche Zuchthausstrafen.“

Allein die bloße Gegenüberstellung unkommentierter Zahlen dokumentierte unwiderlegbar sowohl den politischen Mord als auch die Klassenjustiz der Weimarer Republik. Die zu erwartenden Reaktionen auf seine Übersicht benannte Gumbel 1921 mit den Worten: „Entweder die Justiz glaubt, daß ich die Wahrheit sage, dann werden die Mörder bestraft. Oder sie glaubt, daß ich lüge, dann werde ich als Verleumder bestraft.“ Doch er irrte: Es gab keinen einzigen Versuch deutscher Behörden, ihn zu widerlegen, ja, es konnte auch keinen geben. Regierung und Justiz wählten andere Wege: Nachdem „Zwei Jahre Mord“ an das Reichsjustizministerium sowie an alle in Betracht kommenden Staatsanwaltschaften übermittelt worden war, was einer Anzeige gleichkam, mußte die Regierung im Herbst 1921 zwar zusichern, alle benannten Fälle zu untersuchen und die Ergebnisse in einer Denkschrift zu veröffentlichen, doch man ging sehr zögerlich ans Werk. Erst im November 1923 wurde die Denkschrift, die sich eng an Gumbels Buch anschloß, dem Reichstag vorgelegt, allerdings nur in einem einzigen (!) Exemplar und nicht als Reichstagsdrucksache. Die sonst übliche Form der Veröffentlichung müsse unterbleiben, wie es hieß, wegen der Kosten und des Sparzwanges. Es lag wohl eher an den für die Regierung peinlichen Resultaten ... Allerdings überließ man – selbstverständlich gegen Bezahlung – Gumbel eine Abschrift des Dokuments. Daß er es veröffentlichen würde, war wohl nicht erwartet worden. Doch mit Hilfe des von Wieland Herzfelde gegründeten linken Malik-Verlages brachte er 1924 die Denkschrift ans Licht der Öffentlichkeit. Im selben Jahr erschien auch sein Buch „Verschwörer. Beiträge zur Geschichte und Soziologie der nationalistischen Geheimbünde seit 1918“, in dem er die sogenannte Schwarze Reichswehr behandelte, jene paramilitärischen Formationen, die mit Unterstützung der Reichswehr Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages umgehen und der deutschen Wiederaufrüstung dienen sollten. Eine abschließende Darstellung zu den politischen Morden in den ersten Jahren der Weimarer Republik gab Gumbel 1929 gemeinsam mit Berthold Jacob und Ernst Falck erneut im Malik-Verlag heraus. Ihr Titel nahm Bezug auf das Statut der Organisation Consul, in dem es hieß „Verräter verfallen der Feme“.

Angefeindet von nationalkonservativen und nationalsozialistischen Kräften sah Gumbel sich Mitte der 20er auch mehreren Verfahren wegen „Landesverrats“ ausgesetzt, die jedoch alle

eingestellt werden mußten. Ein Sturm der Entrüstung und Beschimpfung wurde entfacht, als er im Juli 1924 in einer Veranstaltung der Deutschen Friedensgesellschaft zum Thema „Nie wieder Krieg!“ um eine Ehrung der Toten sprach, die „auf dem Felde der Unehre gefallen“ seien. Herr Gumbel stehe damit „außerhalb des deutschen Volkes“, tönte es in studentischen Protestversammlungen, damit auf seine Herkunft aus einer assimilierten jüdischen Bankiersfamilie anspielend. Andere forderten, man solle ihm „den Schädel einschlagen“. Vor einem zehn Monate lang tätigen Untersuchungsausschuß der Heidelberger Universität hatte er Rede und Antwort zu stehen, zeitweilig wurde er von seinen Lehrverpflichtungen suspendiert.

Die wissenschaftlichen Leistungen, die Gumbel auf seinen Fachgebieten erbrachte, ließen sich nicht bestreiten. Erfolgreich konnte er sich habilitieren, und für kurze Zeit bearbeitete er in Moskau die mathematischen Exzerpte und Manuskripte von Marx für die Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA). Für ihn blieb jedoch lediglich die Stelle eines Privatdozenten. Akademische Anerkennung wurde ihm nicht zuteil. Erst am 4. August 1930 ernannte ihn der sozialdemokratische Kultusminister Badens zum außerordentlichen Professor an der Heidelberger Universität. Erneut schürten nationalkonservative Hochschullehrer und Studenten haßerfüllte Aktionen gegen ihn. Man beschimpfte ihn – er sei ein „Lump“, ein „Schandfleck“, ein „Hund und Landesverräter“. Wieder gab es Beleidigungen in Hülle und Fülle. Dem, der den politischen Mord bekämpfte, begegnete schlimmster Rufmord. Eine „Protestversammlung“ folgte der anderen, die Entlassung Gumbels fordernde Erklärungen machten die Runde und zeitigten Erfolg: Im August 1932 wurde ihm die Lehrberechtigung entzogen.

Von einer Gastprofessur an der Sorbonne kehrte er nach dem 30. Januar 1933 nicht nach Deutschland zurück. Seine Werke waren die ersten, die am 10. Mai 1933 in Heidelberg auf den Scheiterhaufen landeten. Schließlich gehörte er zu jenen 33 Deutschen, die am 23. August 1933 als erste offiziell ausgebürgert wurden. Seine Bibliothek wurde beschlagnahmt und zum Teil vernichtet, sein Vermögen konfisziert.

In Frankreich beteiligte er sich aktiv an der Unterstützung anderer Schicksalsgenossen, die nicht wie er in relativ sicheren finanziellen Verhältnissen leben konnten. Intensiv bemühte er sich um eine Zusammenführung antifaschistischer Emigranten, unter anderem im „Vorbereitenden Ausschuß für eine Deutsche Volksfront“. Dem Lutetia-Kreis legte er den Entwurf eines „Minimalprogramms der Volksfront“ vor, dessen 20 Punkte eine antifaschistisch-demokratische Gesellschaftskonzeption enthielten. Gegenseitige Schuldzuweisungen betrachtete er als falsch und sinnlos. Bisher, so schrieb er im Juni 1934, habe man es sich leicht gemacht, „... die einen leugneten die Niederlage, nur die anderen sind geschlagen. Die anderen schoben die Schuld auf die einen: ‚Warum seid Ihr abseits gestanden – bei unserer Niederlagenstrategie.‘ Jede Gruppe besaß den Stein der Weisen und alle anderen waren an allem Unglück schuld.“ Ohne zu resignieren, sich aber mehr und mehr seiner mathematisch-statistischen Arbeit zuwendend, sammelte er Stimmen emigrierter Gelehrter für ein Buch, das 1938 unter dem Titel „Freie Wissenschaft“ erschien. 1940 floh er in die USA. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er gelegentlich zu Vorlesungen an der FU Berlin und an der Deutschen Hochschule für Politik eingeladen. Doch die deutsche Öffentlichkeit nahm davon kaum Notiz. Am 10. September 1966 starb er in New York.

Viel zu wenig ist in Bundesdeutschland über Gumbel bekannt, doch der Blick in seine Biographie lohnt. In ihr enthüllt sich der Tiefpunkt deutscher Geschichte, aber auch ein herausragendes Beispiel wahrhaftiger antifaschistischer Verantwortung eines Intellektuellen.

Dokumente. „Schweigen heißt: Hitler stärken“

Aussage eines Studenten in einer 1931 vom Asta organisierten Versammlung in der Heidelberger Stadthalle: „Wie das Verfahren gegen Gumbel auch ausgehen mag, sein Kopf wird rollen.“

Aus einem Brief Gumbels vom 8.4.1934: „Aus Ihrer Zusendung ersehe ich, daß ich noch Mitglied der Deutschen Mathematiker-Vereinigung bin. Da diese, entgegen ihren Statuten, der Zerstörung der deutschen Wissenschaft keinen Widerstand entgegengesetzt hat, beeile ich mich, die Mitgliedschaft aufzugeben und bedaure nur, daß ich dies aus Unkenntnis nicht bereits früher getan habe.“

Aus einem Brief Gumbels vom 24.1.1936: „Zu dem, was heute in Deutschland geschieht, schweigen, heißt: Hitler stärken. Gerade weil der Zusammenhang zwischen den aus Deutschland weggegangenen Wissenschaftlern zum Teil zufällig ist, scheint es mir notwendig, sie in dem Punkt, der ihnen allen gemeinsam ist: die Gegnerschaft zu Hitler, zusammenzufassen.“

Aus Gumbels Begründung für sein „Minimalprogramm“ einer deutschen Volksfront (Februar 1936): „Wir wollen nicht, wie 1848 und 1918, mit dem Aufbau einer Verfassung beginnen, die zu schön ist, um der Not standzuhalten, welche politische Rechte verspricht und wirtschaftliche Sicherungen unterläßt. Wir wollen vielmehr die agrarischen und industriellen Drogen, die das Kaiserreich, die Republik und das III. Reich beherrschen, zugunsten der Arbeitsamen enteignen, damit wir die Not von heute durch mühsame Arbeit in den Überfluß verwandeln, den der jetzige Stand der Produktionstechnik verbürgt.“

junge Welt, Sonnabend, 18.06.2011, S. 15.

Kritik an den historischen Wurzeln des Russlandbildes deutscher Faschisten – ein „Medusenblick“?*

In der Vorbereitung auf unsere heutige Tagung fragten einige Kolleginnen und Kollegen, was denn ein „Medusenblick“ sei und weshalb ausgerechnet dieses Wort, noch dazu versehen mit einem Fragezeichen, im Titel meines Beitrages über einige Aspekte neuerer Darstellungen zum Russlandbild der deutschen Faschisten und seinen Wurzeln auftauchen würde.

Nun, jene Gestalt mit dem Namen Medusa galt in der griechischen Mythenwelt als ein geflügeltes Ungeheuer aus dem Gorgonen-Geschlecht. Sie war versehen mit Schlangenhaaren, langen Eckzähnen, einem Schuppenpanzer, glühenden Augen und heraushängender Zunge. Jede Person erstarrte zu Stein, die ihr den Blick zuwendete, ihren Kopf anschaute. Allein der Held Perseus konnte sie dank eines spiegelnden Schildes bezwingen. Danach zeigte er den Schädel der Toten als Waffe gegen seine Feinde. Wagemutige Betrachter erschauerten und verloren ihr Leben. Es tötete der Blick auf das Scheusal, nicht ein Blick aus den Augen dieses gefährlichen Wesens.

In meinem Beitrag geht es allerdings nicht um Medusa, erst recht nicht um sie als Gegenstand von bildender und darstellender Kunst, obgleich da viele berühmte Namen zu nennen wären, von Benvenuto Cellini bis Peter Weiss. Nein, hier interessiert allein das Wort „Medusenblick“. Wer es verwendet, begeht möglicherweise nur so etwas wie einen sprachlichen und letztlich verzeihbaren Fehler, entstanden auch aus Unkenntnis antiker Mythologie. Allerdings kennen wir ja zur Genüge sprachliche Verwirrspiele. Oft, nein allzu oft wird Sprache über ihre normale Kommunikationsfunktion hinaus dazu benutzt, reale Dinge zu bemänteln oder zu diskreditieren, um geschichtliche Ursachen oder auch aktuelle Zusammenhänge verschleiern oder verheimlichen zu können.

Um Letzteres handelt es sich, wenn Historiker dieses irreführende Wort verwenden und zugleich behaupten, es sei bisher von der Geschichtsschreibung ein tödlich wirkender Blick auf die deutsch-russischen bzw. deutsch-sowjetischen Beziehungen geworfen worden. Tödlich sei gewesen, das zwischen 1917 und 1945 vorherrschende Russlandbild und dessen Wurzeln in der Geschichte deutscher Eliten hauptsächlich zu kritisieren. Tötete also, um im Bild zu bleiben, eine aus meiner Sicht antifaschistisch zu nennende Sichtweise das deutsch-russische Verhältnis? Welchen Schaden sollen denn die kritischen Beschreibungen der Vorgeschichte des deutschen Überfalls auf die UdSSR und ebenso die erläuternden Bewertungen von deutscher Russophobie hervorgerufen haben, weshalb eigentlich und bei wem? Was ist gemeint, wenn damit zugleich die von vielen Historikern vertretenen Ansichten als „ideologiegeschichtliche Konstruktionen“ gebrandmarkt werden, die nicht der Realität entsprechen würden und als ein „ehernes Kontinuum deutscher Russlandfeindschaft“ anzuprangern seien? Es habe doch, so wird argumentiert, auch andere, eben russophile Tendenzen und Erscheinungen gegeben, ja das ganze Geflecht der deutsch-russischen/sowjetischen Beziehungen stelle sich zumindest auf geistig-kulturellem Gebiet sogar als „ein groß angelegtes freund-feindliches Hinüber und Herüber“ dar.

Zu finden sind solche Aussagen beispielsweise in Publikationen eines Mannes, der sich mehrfach zur Geschichte deutsch-russischer Beziehungen geäußert hat und jüngst auch als Kommunismusforscher hervorgetreten ist: Gerd Koenen. Sein im Jahr 2005 erschienenes, außeror-

* Geringfügig überarbeitete Fassung des Vortrages, der aus Zeitgründen während des Wissenschaftlichen Kolloquiums anlässlich des 70. Jahrestages des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion am 22. Juni 2011 nicht gehalten werden konnte. Siehe dazu auch meine Beiträge „Ein fataler Medusenblick?“ in: Neues Deutschland, 25./26. Juni 2011, S. W7 sowie „Retuschierte Geschichte“, in: junge Welt, 30. Juni 2011, S. 10 f.

dentlich positiv rezensiertes Buch „Der Russland-Komplex“¹ bietet Material in Hülle und Fülle über russophiles Denken und Verhalten deutscher Publizisten und Künstler sowie von konservativen Politikern und aus der Arbeiterbewegung. Der Autor erhielt 2007 dafür den „Leipziger Buchpreis für Europäische Verständigung“. Die diesem Buch zu verdankende Kenntniserweiterung sei ausdrücklich gewürdigt, und sicher steht es in einer Reihe mit dem verdienstvollen Bemühen vieler deutscher und russischer Wissenschaftler, Künstler, Museologen, Politiker u. a. m., sich „west-östlich“ zu spiegeln, Klischees und Stereotype sowie deren Nutzung für politische, ökonomische oder geostrategische Interessen zu überwinden und Raum für ein friedvolles Miteinander zu schaffen.²

Ganz in diesem Sinne zeichnet Koenen ein Bild der deutschrussischen Beziehungen, das einen „Wert an sich“ darstelle und „heller und freundlicher“ wirken soll als „jenes andere, fest etablierte, in dem die düsteren Elemente von Furcht, Hass und Verachtung dominieren“.³ Er ließ sich jedoch auch von anderen Intentionen leiten, die weniger von Wissenschaft geprägt, sondern eher politisch zu nennen sind und einem konservativ geprägten Zeitgeist Vorschub leisten. Als er ein Jahr nach dem Erscheinen seines Buches so etwas wie dessen historisch-politisches Resümee veröffentlichte⁴, meinte er, die von anderen Historikern bisher vertretene kritische Sicht auf das Russlandbild der deutschen Nationalsozialisten und auf seine Quellen als „Medusenblick“ kennzeichnen zu müssen, also als etwas, das erstarren lässt und zum Tode führt. Dies betrachte ich als einen Versuch ungerechtfertigter Diskriminierung anderer Auffassungen. Was dies im Rahmen alltäglich anzutreffender Bemühungen geschichtsrevisionistischer und totalitarismustheoretischer Art besagt und wie auch damit jene Thesen erneut belebt werden sollen, mit denen Ernst Nolte den sogenannten Historikerstreit der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts ausgelöst hat, soll Gegenstand folgender Überlegungen sein.

Da wäre zunächst zu untersuchen, gegen wen und wogegen sich Koenens Argumente richten. U. a. kritisiert er den 1979 verstorbenen Historiker Fritz Epstein, da dieser den nach 1917 in Erscheinung getretenen Antibolschewismus als eine „Verwandlungsform“ des bereits im 19.

¹ Gerd Koenen: Der Russlandkomplex – Die Deutschen und der Osten 1900-1945, München 2005; ders.: Utopie der Säuberung. Was war der Kommunismus? Berlin 2000; ders.: Was war der Kommunismus? Göttingen 2010.

² Stellvertretend für viele sei hier nur verwiesen auf die Bemühungen Lew Kopelews sowie auf Peter Jahn: Juni 1941. Der tiefe Schnitt. Ausstellungskatalog, Berlin 2001; ders.: Triumph und Trauma. Sowjetische und postsowjetische Erinnerung an den Krieg 1941-1945. Ausstellungskatalog, Berlin-Karlsdorf 2005.

³ Koenen: Der Russlandkomplex, S. 447 f. Den Zusammenhang beider Aspekte in der Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen stellt der Vf. in folgender, einseitig verabsolutierender Weise her: „Allerdings hat mich an dieser deutsch-russischen Geschichte wie an der des Kommunismus im 20. Jahrhundert, die eng dazu gehört, in besonderer Weise stets die Frage beschäftigt, wie die besten Motive sich in ihr absolutes Gegenteil verwandeln können. Die Wege zur Hölle sind, nach einer volkstümlichen Weisheit, mit guten Vorsätzen gepflastert. [...] Es schien und scheint mir eine eher hilflose, geradezu tautologische Formel, den ‚Kommissarbefehl aus dem Antibolschewismus, den ‚Generalplan Ost‘ aus der Russophobie und den Judenmord aus dem Antisemitismus zu erklären, so wie Fritz Reuters Onkel Bräsig die verbreitete Armut der Leute aus der allgemeinen Powreth erklärte.“ Ebenda, S. 448.

⁴ Gerd Koenen: Der Deutsche Russlandkomplex. Zur Ambivalenz deutscher Ostorientierungen in der Weltkriegsphase des 20. Jahrhunderts. In: Traumland Osten. Deutsche Bilder vom östlichen Europa im 20. Jahrhundert, hrsg. von Gregor Thum, Göttingen 2006, S. 1646. 2008 veröffentlichte Koenen erneut einen zusammenfassenden Text, in dem er auf das der griechischen Mythologie entlehnte Bild verzichtete: Hitlers Russland. Eine alternative Sicht auf den „kausalen Nexus“ zwischen Bolschewismus und Nationalsozialismus. In: Steffen Kailitz (Hrsg.): Die Gegenwart der Vergangenheit. Der „Historikerstreit“ und die deutsche Geschichtspolitik, Wiesbaden 2008, S. 133-153. In seinem Kommunismus-Buch von 2010 (S. 8) verwendet er auch den Begriff „Zeuskopf“. Damit meint er die kommunistischen Parteien, aus denen nach 1989, „fast über Nacht eine verwirrende Vielzahl divergierender, vielfach tödlich verfeindeter Tendenzen (sic!) und Neubildungen“ entstanden seien. Pikant ist daran sicherlich, dass ausgerechnet Athene, die Göttin der Weisheit (darin der römischen Minerva vergleichbar) in voller Rüstung dem Kopfe des griechischen Göttervaters entsprungen sein soll.

Jahrhundert verwendeten Slogans von der „russischen Gefahr“ dargestellt habe. Zudem hätte Epstein davon gesprochen, dass aggressive Ängste und russophobe Zwangsvorstellungen Hand in Hand gegangen seien mit „Expansionsträumen und Kolonisationsphantasien“.⁵ Ins Visier genommen sah sich auch Dietrich Geyer. Dem Tübinger Osteuropa-Historiker wurde vorgehalten, die deutsch-russische Beziehungsgeschichte „stark verdunkelt“ zu haben, da er in seinem 1986 gehaltenen Vortrag über „Ostpolitik und Geschichtsbewusstsein in Deutschland“ den Aufstieg des Nationalsozialismus auch mit der Manipulierbarkeit russophober Ängste erklärt habe. Des Weiteren sei zu kritisieren, dass Geyer in der Russlandfeindschaft sogar ein konstitutives Element der bürgerlichen Klassen- und Nationsbildung gesehen habe, und dies ungeachtet der Rapallo-Phase sowie zeitweiliger Konjunkturen einer „Bewunderung für die Ursprünglichkeit des russischen Natur- und Seelenmenschen“.⁶

Eigentlich hätte Koenen auch seinen Doktorvater Dietrich Beyrau kritisieren müssen, vertritt dieser doch die Auffassung, „imperialistische Ambitionen der alten Elite und die Durchsetzung eines biologistischen und schließlich eines rassistischen Deutungsmusters von Gesellschaft“ seien in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur „eine fatale Symbiose“ eingegangen.⁷ Doch da schwieg der Promovend sich vornehm aus.

Ungnade erfuhr hingegen Ian Kershaw, der bekannte britische Hitler-Biograph, weil der geschrieben hatte, der Krieg im Osten sei „von allen Teilen der deutschen Elite“ willkommen geheißen worden, gleich „ob diese nun nationalsozialistisch eingestellt waren oder nicht“. Zustimmung wird auch der Aussage Kershaws verweigert, das „Erbe von mehr als zwei Jahrzehnten tief verwurzelter, oft fanatisch vertretener Hassgefühle gegen den Bolschewismus“ sei unlöslich mit dem Antisemitismus verknüpft gewesen, wie es sich gerade nach dem Überfall auf die Sowjetunion „in seiner ganzen Grausamkeit“ offenbart habe.⁸

Mit noch größerer Verve wird schließlich Hans-Erich Volkmann beanstandet, worauf ich etwas näher eingehen möchte, auch weil ich mich persönlich involviert fühlen darf. Unter der Leitung des damals an der Universität Freiburg und im Militärgeschichtlichen Forschungsamt Tätigen war bekanntlich in den frühen 1990er Jahren ein Sammelband mit dem Titel „Das Russlandbild im Dritten Reich“ erarbeitet worden.⁹ Es galt als Fortsetzung des 1989 gescheiterten Projekts west- und ostdeutscher Historiker, gemeinsam und partnerschaftlich die Rolle einzelner deutscher Eliten auf dem Weg zum Zweiten Weltkrieg darzustellen. Das Verdikt des Kritikers lautet so: „Umstandslos“ sei von Volkmann erklärt worden, dass „die während der NS-Zeit im Schwange befindlichen Russlandbilder [...] aus tradierten Versatzstücken bestanden“ und dass diese „in Anbetracht geplanter und konkreter Politiken der Lebensraumerweiterung und rassistischer Vernichtung lediglich eine wirkungsvolle Überzeichnung“ erfahren hätten.

Gegenüber dem hier Zitierten aus Werken von Epstein, Geyer und den anderen müsse, so Koenen, ein notwendiger Versuch unternommen werden, die „fast allgemein akzeptierte Hypothese einer lang andauernden Dominanz und organischen Kombination von Antibolsche-

⁵ Fritz T. Epstein: Der Komplex „Die russische Gefahr“ und sein Einfluss auf die deutsch-russischen Beziehungen des 19. Jahrhunderts, in: I. Geiss/B. J. Wendt (Hrsg.): Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts, Düsseldorf 1973, S. 143-159. Zitiert in Koenen: Der Russlandkomplex, S. 10.

⁶ Dietrich Geyer: Ostpolitik und Geschichtsbewusstsein in Deutschland, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, H. 2/1968, S. 150.

⁷ Dietrich Beyrau: Schlachtfeld der Diktatoren. Osteuropa im Schatten von Hitler und Stalin, Göttingen 2000, S. 56. Der Vf. erklärte auch, dass das Stalinregime „trotz aller Brutalität nicht an die Perversität des NS-Regimes“ heran reiche. Ebenda, S. 119.

⁸ Ian Kershaw: Hitler 1936-1945, Stuttgart 2000, S. 514. Zitiert in Koenen: Der Russlandkomplex, S. 10, Koenen: Der Deutsche Russlandkomplex, S. 16.

⁹ Hans-Erich Volkmann (Hrsg.): Das Rußlandbild im Dritten Reich, Köln u. a. 1994.

wismus, Antisemitismus und Russophobie (bzw. Slawophobie)“ zu überprüfen.¹⁰ Das mag zunächst merkwürdig erscheinen angesichts eines doch unbestreitbaren engen und – leider! – verhängnisvoll wirksamen Zusammenhangs zwischen russophoben Entäußerungen bürgerlicher deutscher Eliten und dem nazistischen Russlandbild, das im gesamten Vorfeld des 22. Juni 1941 sowie unterschwellig auch in den beiden Jahren davor eine die Kriegsvorbereitung und dann die verbrecherische Kriegführung befördernde Rolle gespielt hat.

Gerade dieser Zusammenhang wird als minder bedeutsam betrachtet, im Grunde auch als ein aufzuhebender deklariert. Es komme darauf an, beides – deutsche Russophilie und deutsche Russophobie – ins Verhältnis zu setzen, doch die selbst gestellte Aufgabe bleibt unerfüllt: Es reicht die Erklärung nicht, dass der zunehmenden „Westbindung“ Deutschlands auch eine „geistig-politische Ostorientierung“ entsprochen habe. Zu tun hat dies möglicherweise mit der Tendenz, die Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik zu beschönigen: Nachdrücklich zeigt sich Koenen verärgert über Volkmanns These, der zufolge die Darstellung Russlands bzw. der Sowjetunion „als eines asiatisch durchdrungenen und geprägten Landes“ in Westdeutschland über 1945 hinaus lebendig geblieben und lediglich die antisemitische Komponente aus dem überkommenen Bild von Russland und der Sowjetunion weitgehend eliminiert worden sei. Dagegen hätten aufgefrischte antirussische und antikommunistische Vorurteile, über Schulbücher und andere Medien tradiert, zu den Grundlagen des bundesdeutschen Selbstverständnisses gehört.¹¹

Barsch wird solche Aussage kritisiert. Worauf gezielt wird, lässt sich nicht zuletzt an der Tatsache erkennen, dass er sich eine heutzutage sehr beliebte Denunziation nicht verkneifen wollte: So als habe es sich um eine Selbstverständlichkeit gehandelt, wird der von Volkmann herausgegebene Band als Ergebnis eines Gemeinschaftsprojektes „mit führenden Faschismus-Forschern der DDR“ vorgestellt. Dazu bemerkt er, es hätte sich in den letzten Jahren der DDR im Grundmuster der historischen Interpretation zwischen Forschern in Ost- und Westdeutschland eine „beachtliche Konvergenz“ ergeben. Im Klartext bedeutet dies, manche Historiker in der alten Bundesrepublik hätten sich „kommunistischer Sicht“ angepasst, denn in dieser seien ohnehin immer „Faschisten und Nationalsozialisten nur die Stoßtrupps des ‚bürgerlichen Antikommunismus‘ gewesen“, der der politischen und sozialen Reaktion als Schild und Schwert gedient habe.¹² Doch mit dieser von Sachkenntnis ungetrübten Aussage ist es nicht genug: Mit Bedauern und kritischem Unterton wird generalisierend festgestellt, die Auffassung von Thomas Mann, wonach der Antikommunismus zu den ‚Grundtorheiten‘ der Epoche gehöre, habe sich auch in der Bundesrepublik seit den siebziger Jahren als eine im akademischen und publizistischen Bereich weithin geteilte Auffassung durchgesetzt.¹³ Die Realität, wie wir wissen, sah und sieht anders aus!

¹⁰ Koenen: Der Russlandkomplex, S. 16. Auch an anderen Stellen meint er, von einem „ehernen Kontinuum“ (S. 10) oder von „schlichter Kontinuität überkommener Russlandfeindschaft, die sich mit einem virulenten bürgerlichen Antibolschewismus und einem notorischen Antisemitismus wie selbstverständlich kombiniert und lediglich eine weitere Steigerung und Radikalisierung erfahren hätte, kann jedenfalls keine Rede sein.“ (S. 15).

¹¹ Volkmann: Das Rußlandbild im Dritten Reich, S. 4 f. Zitiert in Koenen: Der Russlandkomplex, S. 10 f., Koenen: Der Deutsche Russlandkomplex, S. 16.

¹² Ähnlich unqualifiziert hatte sich Alexander Fischer in einer Annotation vertan, die zum Volkmann-Band in „Das historisch-politische Buch“, H. 1-2/1995, S. 36 erschien.

¹³ Koenen: Der Russlandkomplex, S. 10. Eine Relativierung der Aussage von Thomas Mann erfolgte jüngst durch Hans-Dieter Schütt: „... auch die Herren sollen arbeiten“. Thomas Mann: Antikommunismus als Grundtorheit der Epoche – ein berühmtes Zitat und sein Zusammenhang, in: Neues Deutschland, 7. April 2011, S. 15; Koenen äußerte in diesem Zusammenhang auch, dass in der DDR sogar von „Freundschaft“ mit der Sowjetunion gesprochen worden sei, obwohl doch „die gesamte neuere Geschichte Russlands im ‚Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU‘ wie in einem schwarzen Loch“ verschwunden sei.

Zusammenfassend fällt Koenen sein Urteil über bisherige geschichtswissenschaftliche Aussagen zur Geschichte deutscher Russophobie und insbesondere über deren Zusammenhang mit dem Russlandbild im Dritten Reich mit folgendem Satz: „Unter dem Medusenblick dieser scheinbar evidenten Verknüpfungen erstarrte die lange und komplexe Beziehungsgeschichte zwischen Deutschen, Russen und den Völkern des europäischen Ostens allerdings in einer Hermetik, Linearität und Eindimensionalität, die mehr verdunkelt als erhellt.“¹⁴

Natürlich kann, nur nebenbei bemerkt, nicht die Geschichte selbst „erstarrt“ sein, gemeint ist nur das Bild, das von ihr gemacht bzw. über sie verbreitet worden ist. Dann heißt es am Ende seines Buches aber auch, die nach 1945 „im Zuge neuer, heißer und kalter Kriege und Bürgerkriege formierten antagonistischen ‚Blöcke‘ und ‚Systeme‘ und die ihnen zugeschriebenen ‚Ismen‘ wie Kapitalismus und Faschismus, Kommunismus und Totalitarismus“ hätten über vier Jahrzehnte hinweg „als machtvolles Instrument der Einebnung und Überformung aller älteren historischen Erinnerungen“ gewirkt.¹⁵

Ältere Erinnerungen – damit sind lediglich die an russophile Erscheinungen gemeint. Diese seien mit dem Blick auf den Antikommunismus der deutschen Faschisten und letztlich wohl auch durch den Blick auf die realen Ursachen des Überfalls vom 22. Juni 1941 „überformt“ worden. Dazu passt auch die ebenfalls der realen Geschichte widersprechende Behauptung, es habe für den Krieg gegen die UdSSR „vorab keinerlei ideologische Vorbereitung“ gegeben, auch keinerlei „genuine ideologische Überzeugungen“.¹⁶ Stattdessen sollen eher „kriegsstrategische als weltanschauliche Gründe“ ausschlaggebend gewesen sein.¹⁷ Welch ein Konstrukt angeblich einander ausschließender Gegensätze, noch dazu in einer Begrifflichkeit, die mit dem Blick auf die „Kriegsstrategie“ wenig Raum lässt für das Ineinandergreifen wirtschaftlich, politisch, geostrategisch und auch ideologisch bestimmter Kriegsinteressen. Dass es sich beim Krieg gegen Russland um ein „Amalgam“ von Plänen zur Gewinnung von „Lebensraum“, zum Erreichen deutscher Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent und einer Weltmachtstellung, zur Vernichtung der „jüdisch-bolschewistischen Führungsschicht“ und der Juden sowie um Unterwerfung und Dezimierung der slawischen Bevölkerung gehandelt hat, ist überzeugend von vielen Historikern nachgewiesen worden.¹⁸

Insgesamt darf vermutet werden, dass Koenen gegenüber dem von Volkmann herausgegebenen Band wahrscheinlich nur aussprach, was andere ebenfalls dachten bzw. nicht zu Papier brachten. Dieses Buch fand, als es 1994 erschien, kaum öffentliches Interesse.¹⁹ Sowohl die Zeitschrift für Geschichtswissenschaft als auch die Historische Zeitschrift und die Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte verzichteten auf eine Rezension. Als 2007 an der Katholischen Universität Eichstätt eine Konferenz zum Thema „Russische Deutschlandbilder und deutsche Russlandbilder im 20. und 21. Jahrhundert“ stattfand, fand sich unter den Eingeladenen kein

¹⁴ Koenen: Der Deutsche Russlandkomplex, S. 17.

¹⁵ Ders.: Der Russlandkomplex, S. 18.

¹⁶ Ebenda, S. 424, 430.

¹⁷ Ebenda, S. 41. Ähnlich argumentiert Moritz Florian: Mobilisierung für den Vernichtungskrieg?, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2011. Hrsg. von Ulrich Mähler, Bernhard H. Bayerlein, Bernd Faulenbach, Peter Steinbach u. a., S. 31-48. Der Vf. schreibt, der Antikommunismus habe in den Jahren vor dem Hitler-Stalin-Pakt eher eine untergeordnete als eine mobilisierende Rolle in der NS-Kriegsvorbereitung gespielt. Hier zit. nach Neues Deutschland, 28. April 2011, S. 17.

¹⁸ Siehe Wigbert Benz: Kalkül und Ideologie – Das Hungervorhaben im „Unternehmen Barbarossa“ 1941, in: Klaus Kremb (Hrsg.): Weltordnungskonzepte. Hoffnungen und Enttäuschungen des 20. Jahrhunderts, Schwalbach/Ts. 2010; ders.: Der Hungerplan im „Unternehmen Barbarossa“ 1941, Berlin 2011, S. 19-37, hier S. 19 f.

¹⁹ Unberücksichtigt blieb der Band bei Rolf-Dieter Müller und Gerd R. Ueberschär: Hitlers Krieg im Osten 1941-1945. Ein Forschungsbericht, Darmstadt 2000. Auch Wolfgang Wippermann hielt es nicht für notwendig, den Band in seinem 2007 veröffentlichten Buch „Die Deutschen und der Osten. Feindbild und Traumland“ zu erwähnen.

einzig, der am Projekt Volkmanns mitgewirkt hatte.²⁰ Ein Bericht über die Beiträge von Alexei Rybakov und Leonid Luks hob hervor, dass es im nationalsozialistischen Russlandbild auch ein „verklärendes“ Naturmenschtum gegeben habe, nicht nur die Darstellung der Russen als entmenslichte Bestien.²¹ Wer indessen die zwanzig Beiträge des von Volkmann herausgegebenen Bandes unvoreingenommen liest, wird das Unhaltbare der Vorwürfe erkennen, es sei denn, man will der historischen Verantwortung und Schuld des deutschen Überfalls auf die UdSSR neue, vor allem relativierende Grenzen setzen. In keinem Teil des Bandes werden weder die Existenz russlandfreundlicher Stimmen noch die ihnen entsprechenden politischen Entscheidungen negiert.²² In meinem Artikel über das Russlandbild Hitlers und der NSDAP, der in den Band aufgenommen worden ist, schrieb ich, dass dieses sich in eine Vielzahl von einzelnen Bildern und Bildelementen aufgelöst habe, dass wir es „mit einem zwar zentral vorgegebenen und gelenkten, tatsächlich aber doch recht diffusen Gemenge aus den bestimmenden Grundkonstanten und aus zahlreichen Variablen“ zu tun hätten. Ich sprach von einem „Schüttelbild, das seine Erscheinungsformen je nach konkreter Situation und politischem Bedürfnis, je nach Adressat und parteiinternem Kräfteverhältnis bei Gruppen und Einzelpersonlichkeiten der NSDAP verändern konnte.“²³

Von erstarrter und verdunkelnder „Eindimensionalität“ kann bei allen, die Koenens Kritik treffen soll, keine Rede sein, auch nicht von einer „Einebnung“ älterer Erinnerungen an russlandfreundliche Tendenzen. Dem Text des Volkmann-Bandes lässt sich ebenso nicht entnehmen, dass das Russlandbild des Dritten Reiches einer Gesamtgeschichte deutscher Russophobie vollständig entsprochen haben würde, was gegen den Vorwurf der „Linearität“ und bruchloser Kontinuität spricht – ein Vorwurf übrigens, der fast den Eindruck erweckt, als sei er mit der These Daniel Goldhagens²⁴ von der angeblichen Kontinuität eines „eliminatorischen Antisemitismus“ in der deutschen Geschichte vergleichbar. Ebenso wenig trifft der Anwurf, die kritisierten Autoren hätten im Sinne einer religiösen Offenbarungs- und Geheimlehre oder gar

²⁰ Siehe Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte. Hrsg. von Nikolaus Lobkowitz, Leonid Luks und Alexej Rybakov. 12. Jg., 2008, H. 1: Deutsche Russlandbilder im 20. und 21. Jahrhundert, Köln u. a. 2008; ebenda. Hrsg. von dies. und Andreas Umland, H. 2: Russische Deutschlandbilder und deutsche Russlandbilder, Köln u. a. 2009.

²¹ Diese Aussage stammt aus einer Besprechung der Bände durch Ragna Boden in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas. Neue Folge, H. 2/2010, S. 274. Sie trifft jedoch zumindest auf den Beitrag von Luks nicht zu. Siehe: Anmerkungen zum nationalsozialistischen Russlandbild am Vorabend und zu Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges, in: Ebenda, H. 2, S. 85-93.

²² Volkmann wehrte sich zurückhaltend: „Wer ein neues Bild mit dem alten, viel strapazierten Motiv Russland entwirft, muss überlieferte Darstellungen für weitgehend oder partiell unzutreffend, für unpräzise oder überzeichnet halten. Gerd Koenen bedauert die seit der russischen Revolution in der deutschen Öffentlichkeit für dominant erachteten antibolschewistisch-russophoben Klischees, die dem Historiker Ernst Nolte als Vorlage seiner apologiebehafteten Interpretation vom Nationalsozialismus als zwangsläufiger Reaktion auf den Sozialismus/Kommunismus Moskauer Prägung dienten. Wenn Koenen diese heftigen kollegialen Widerspruch provozierende These Noltens als ‚im großen und ganzen [...] herrschende Auffassung der bundesdeutschen Historiographie‘ apostrophiert, lässt er den komplizierten Geschichtsdiskurs über Ursprung und Zielsetzung des Faschismus und Nationalsozialismus außer Acht. Ebenso wenig überzeugend ist seine mit Ideologieverdacht behaftete Feststellung einer Konvergenz zwischen vermeintlich linken westdeutschen mit ostdeutschen Forschern während der Perestroika in der Beurteilung der NS-Bewegung als bürgerlichen antikommunistischen Stoßtrupp.“ Hans-Erich Volkmann: Rußland mit der Seele suchend. Das schwierige Verhältnis der Deutschen zum großen Nachbarn im Osten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. November 2005.

²³ Manfred Weißbecker: „Wenn hier Deutsche wohnten ...“ Beharrung und Veränderung im Russlandbild Hitlers und der NSDAP, in: Volkmann: Rußland mit der Seele suchend, S. 53. In seinen Publikationen übernimmt Koenen den Begriff „Schüttelbild“, ohne jedoch meinen Gedanken anzunehmen, dass es darin stets „Grundkonstanten“ gegeben habe.

²⁴ Daniel Goldhagen: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust. Aus dem Amerikanischen von Klaus Kochmann, Berlin 1996.

okkultisch-esoterisch geurteilt, wie die – erneut unsaubere – Verwendung des Hermetik-Begriffes suggeriert.

Belege werden nicht erbracht. So lassen sich unterschwellig angedeutete, jedoch durchaus absichtsvolle Unterstellungen vermuten, die letztlich – dies in eindeutig politischer Funktion – dem konkreten antifaschistischen Urteilen ein vages Meinen sowie unverbindliche, historische Schuld und Verantwortung gleichmäßig auf alle Schultern verlagernde Standpunkte gegenüberstellen. Nicht die Benennung und Hervorhebung russophober Erscheinungen in der deutschen Geschichte bedürfen der Kritik. Es sind ihre Relativierung und Verdrängung, die zu beanstanden waren und bleiben. Dass viele Faktoren Geschichte bewirken, zählt zu längst Erkanntem, doch Entscheidendes für den realen Geschichtsverlauf bewirkt niemals eine bloße Summe aller ursächlich wirkenden Faktoren, ausschlaggebend sind deren innere Struktur, deren Relationen und gegenseitige Abhängigkeiten.

Politische Intentionen neuerer Geschichtsdeutungen erhellen sich auch durch die offen formulierte Einordnung in den aktuellen „Nachschlag“ zum sogenannten Historikerstreit, der vor einem Vierteljahrhundert die Gemüter erregte und außerordentlich intensiv geführt worden ist. Die den Streit auslösenden Thesen Ernst Noltes von der „asiatischen Tat“ Hitlers und vom „kausalen Nexus“, also eines ursächlichen Zusammenhangs der Jahre 1917 und 1933, waren von der Geschichtswissenschaft mehrheitlich sowohl abgelehnt als auch widerlegt worden. Dies rückgängig zu machen zählt seit einigen Jahren zum bevorzugten Anliegen beispielsweise von Eckhard Jesse, Volker Kronenberg, Heinrich August Winkler u. a. m. Denn, so lautet die Begründung Ulrich Herberts, linke Gesellschaftstheorie habe damals „so etwas wie eine intellektuelle Hegemonie“ erreicht. Und noch zugespitzter heißt es, dass aus der Sicht auf das „Zusammengehen der traditionellen Eliten mit dem Führungskern der NS-Bewegung“ ja auch „das Konzept der Nürnberger Prozesse erwachsen“ sei.²⁵

Des Pudels Kern ist also benannt! Und so wird verständlich, weshalb in jüngster Zeit alles überprüft und problematisiert werden soll, was im Zentrum des „Historikerstreits“ stand. Ohne die gegen Ernst Nolte vorgetragenen Argumente zu würdigen, wird erklärt, dieser sei lediglich wegen seines spekulativen Geschichtsdenkens methodisch kritisiert und wegen seiner apologetischen Tendenzen angeprangert worden. Kritik sei zu Unrecht erfolgt, denn „immerhin“ sei von Nolte mit dem „Nexus“ zwischen der Machteroberung der Bolschewiki im zerborstenen Russischen Reich und der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Deutschen Reich doch ein realer geschichtlicher Zusammenhang angesprochen worden. Nur habe er, so behauptet Koenen, ihn als eine bloße ideologiegeschichtliche Abstraktion dargestellt statt und nicht „als einen lebendigen, widersprüchlichen Konnex“.²⁶

Da ist sie wieder, die alte These von einem kausalen Zusammenhang der Jahre 1917 und 1933, eine These, die alle entscheidenden Ursachen für den Aufstieg und den Sieg der NSDAP im Grunde aus der deutschen Geschichte herauslosen, sie zuvörderst als Bestandteil russischer Geschichte verstanden wissen will. Es schwimmt das Bild vom Vernichtungskrieg gegen die UdSSR auch angesichts einer nahezu formelhaften Verwendung von Begriffspaaren, die in Buchhandlungen und Bibliotheken allgegenwärtig sind: „Hitler-Stalin-Krieg“, „Krieg der Diktatoren“, „Russlands und Deutschlands Katastrophengeschichte“ usw. usw. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* leistete jüngst einen aufschlussreichen Beitrag zur Verbreitung solcher Formeln: Obwohl Christian Hartmann sein neues Buch mit dem Titel „Unternehmen Barbarossa. Der deutsche Krieg im Osten 1941-1945“ (München 2011) verse-

²⁵ Ulrich Herbert: Der „Historikerstreit“ – Politische, wissenschaftliche und biographische Aspekte. In: Volker Kronenberg (Hrsg.): Zeitgeschichte, Wissenschaft und Politik. Der „Historikerstreit“ – 20 Jahre danach, Wiesbaden 2008, S. 99.

²⁶ Koenen: Der Russlandkomplex, S. 11.

hen hat, gab Dirk Blasius seiner Rezension die Überschrift: „Höllenfahrt. Der Hitler-Stalin-Krieg“.²⁷ Vor ein paar Tagen titelte *Der Spiegel* seine eigentlich sehr banale Story zum heutigen Jahrestag „Bruder Todfeind“ und schrumpfte den Zweiten Weltkrieg ganz und gar auf das „Duell zweier Jahrhundertverbrecher“ ein.²⁸

Diesen Intentionen gemäß wird de facto ein weiteres Stück der historisch schwerwiegenden Verantwortung deutscher Eliten für den Aufstieg sowie für die Herrschaft des deutschen Faschismus gleichsam abgeschliffen, entlastet und relativiert. Oft soll geschichtsrevisionistischen Bestrebungen das Argument dienen, es sei das ganze historische Feld wahrzunehmen. Als Motto wird verkündet, man brauche gegenüber dem früheren Forschungsstand endlich „differenzierende“ Untersuchungen. Gegen solche methodischen Prinzipien ist nichts, aber auch gar nichts einzuwenden, es sei denn, dass dabei unverbindliche Vieldeutigkeit statt Eindeutigkeit postuliert wird. Es muss nicht verwundern, wenn gerade die Überbetonung und eine Verabsolutierung des Vieldeutigen als „Chance einer neuen Stufe der Historisierung“ gepriesen worden ist, u. a. von Karl Schlögel²⁹ oder auch von Heinrich August Winkler, der ja bereits Mitte der 1990er Jahre Abstand von seiner früheren Kritik an Nolte genommen und eine Kehrtwendung vollzogen hatte. Winkler meinte, der seinerzeitige „Sieg der Aufklärer, von vielen ohnehin als ein Pyrrhussieg“ betrachtet, habe einen hohen Preis zur Folge gehabt. Er erhob sogar Noltés These vom „Kausalnexus“ zwischen dem „roten Terror“ der russischen Kommunisten und dem Aufstieg des deutschen Faschismus zu der „Jahrhundertfrage“ schlechthin.³⁰

In den hier dargelegten Auffassungen spiegeln sich allgemeine Erscheinungen in der neueren bundesdeutschen Geschichtsschreibung. Sie stehen im Mittelpunkt einer ganzen Reihe von Publikationen aus der Feder älterer und jüngerer Autoren, die nach 1989/90 und angepasst an die neuen Verhältnisse sich um eine neuerliche Rechtfertigung jener Argumente bemühen, welche in den achtziger Jahren den „Historikerstreit“ ausgelöst hatten. Da beklagte u. a. der 2010 verstorbene Politologe Manfred Funke, ein radikaler Anti-Antifaschist und führender Mitarbeiter der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung, es habe „publizistische Exekutionen gegen Nolte“ gegeben und man müsse endlich das um diesen angehäuften „Päckchen von Tabus aufbrechen“.³¹ Volker Kronenberg strebte schon 1999 eine Revision aller im „Historiker-

²⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. Mai 2011.

²⁸ Der Spiegel, H. 24/2011, 11. Juni 2011.

²⁹ So Karl Schlögel: Faszination und Schrecken. Diesseits des Historikerstreits: Gerd Koenens großes Buch zur Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen im 20. Jahrhundert, in: Die Zeit, Nr. 42/2005 (Literaturbeilage zur Buchmesse 2005); Heinrich August Winkler: Der Pakt mit dem Osten. Gerd Koenen über den „Russland-Komplex“ und das ambivalente Verhältnis der Deutschen zum Bolschewismus, in: Süddeutsche Zeitung, 13. Dezember 2005.

³⁰ Heinrich August Winkler: Kehrseitenbesichtigung. Zehn Jahre danach: Ein Rückblick auf den deutschen Historikerstreit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. Oktober 1996. Dieser Artikel ist auch enthalten in Heinrich August Winkler: Auf ewig in Hitlers Schatten? Über die Deutschen und ihre Geschichte, München 2007, S. 137-144. In seiner Rezension des Buches von Koenen schrieb Winkler: „Ohne Lenin kein Hitler, ohne die russische Oktoberrevolution keine Machtergreifung der Nationalsozialisten im Deutschland des Jahres 1933: Wenn die Thesen des Berliner Geschichtsforschers Ernst Nolte, die 1986 den ‚Historikerstreit‘ auslösten, einen rationalen Kern hatten, dann war es dieser. Der Urheber der Kontroverse war freilich nicht bei der Behauptung stehen geblieben, die Kommunisten hätten die Angst vor Bürgerkrieg und Diktatur des Proletariats geschürt und dadurch den faschistischen Bewegungen zu ihrem Massenanhang und zur Unterstützung von Teilen der gesellschaftlichen Eliten verholfen. Nolte ging weiter und sprach vom ‚kausalen Nexus zwischen bolschewistischem Klassenmord und nationalsozialistischem Rassenmord, so dass sich sein Plädoyer für eine Revision des Geschichtsbildes nur als Versuch deuten ließ, die Judenvernichtung als exzessive Reaktion auf die vorausgegangenen Verbrechen der Sowjetkommunisten erscheinen zu lassen. Die wissenschaftliche Debatte über den Zusammenhang zwischen ‚1917‘ und ‚1933‘ wurde dadurch nicht gefördert, sondern zurückgeworfen.“

³¹ Siehe u. a. Manfred Funke: „Antifaschismus“ – Zum Blendcharakter einer politischen Allzweckwaffe, in: Die politische Meinung. Monatszeitschrift zu Fragen der Zeit, H. 393/August 2002, S. 63-68.

streit“ geäußerten Kritik an Ernst Nolte an.³² 2006 veröffentlichte er in *Die Welt* einen Artikel mit dem bezeichnenden Titel: „Gerechtigkeit für Ernst Nolte“ und meinte, es würde sich nun, zwanzig Jahre nach dem Historikerstreit, eine „affektfreiere Auseinandersetzung mit den Mörderdiktaturen der europäischen Geschichte“ abzeichnen. „Abschied vom Gestern“ sei zu nehmen, denn Hitler würde nicht länger der „identitätsstiftende Fixpunkt deutscher Selbstbetrachtung“ bleiben. Die Bundesrepublik könne sich „zunehmend aus der Gegenwart“ definieren, sich zu einem neuen „Deutschlandgefühl“ bekennen, das sich auffällig vom Modell des Habermasschen „Verfassungspatriotismus“ aus dem Historikerstreit unterscheide.³³

Die „Jahrhundertfrage“, wie Winkler sie titulierte, sei in Deutschland tabuisiert worden. So heißt es immer wieder, und das ganz so, als hätte es keinerlei Argumente zu ihrer Charakterisierung als unzulänglich oder gar als falsch gegeben. Doch das gehört generell zum geschichtsrevisionistischen Methoden-Inventar: Das Gegensätzliche zu anderen Meinungen wird postuliert, das zum Normalen Erklärte angeblicher Unnormalität gegenübergestellt: Beispielsweise heißt es da, ein Historiker müsse „Analytiker statt Doktrinär“ sein, er habe „erkenntnispflichtig statt interessengeleitet zu überzeugen“.³⁴ Wie wahr, doch geht man über ein schlichtes Gut-Böse-Schema nicht hinaus. Das scheint auch in der Feststellung Manfred Funkes auf, man müsse „gegen den Gesittungsverfall in der Wissenschaft um die Wiederherstellung der Autorität der Argumente bemüht“ sein.³⁵ Übrigens: Wer in jüngster Zeit die Kritik am Buch über das Auswärtige Amt und seine Rolle im Holocaust verfolgt hat, wird Ähnliches in der von Johannes Hürter erhobenen Forderung nach mehr „Binnendifferenzierung“ erkennen, das heißt konkret, deutlicher zwischen den Diplomaten alter Schule und den nazistischen Emporkömmlingen zu unterscheiden, so als hätten letztere allein Verantwortung und Schuld auf sich geladen.³⁶

Zur Debatte gestellt sieht sich so, derlei rabulistischer Methodik unterworfen, letztlich das Urteil des Nürnberger Prozesses gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher Hinter dem Jahr 1917 lassen sich – so wohl die Hoffnung – auch in der Kriegsursachenforschung alle entscheidenden Faktoren des in Deutschland beschrittenen und zu verantwortenden Weges zu hitlerfaschistischer Diktatur und zum Zweiten Weltkrieg auflösen. Dahinter soll – wie es scheint – vor allem die historische Verantwortung imperialen Großmachtstrebens deutscher Eliten verborgen werden. Ökonomische, politische und geistig-ideologische Elemente imperialer, hegemonialer und rassenideologisch-expansiver Ostraumintentionen treten in den Hintergrund, Ambivalenzen hingegen drängen in den Vordergrund. Man brauche, so wird behauptet, letztere auch nicht aufzulösen, sondern solle sich lediglich ihrer bewusst sein.

Zu warnen bleibt daher vor einem in Deutschland, doch nicht allein hier³⁷, zunehmend enthistorisierenden Umgang mit der eigenen Geschichte, vor besänftigenden und neuen politischen

³² Volker Kronenberg: Ernst Nolte und das totalitäre Zeitalter. Versuch einer Verständigung, Bonn 1999.

³³ Ders.: Gerechtigkeit für Ernst Nolte. 20 Jahre nach dem Historikerstreit zeichnet sich eine affektfreiere Auseinandersetzung mit den Mörderdiktaturen der europäischen Geschichte ab, in: *Die Welt*, 22. Februar 2006; siehe auch ders.: „Verfassungspatriotismus“ – Zur Rezeption eines Begriffs im Lichte des „Historikerstreits“, in: Kronenberg: *Zeitgeschichte*, S. 123-135.

³⁴ Manfred Funke: Geleitwort zu Volker Kronenberg: Ernst Nolte und das totalitäre Zeitalter, S. 5.

³⁵ Ebenda, S. 11.

³⁶ Johannes Hürter: Das Auswärtige Amt, die NS-Diktatur und der Holocaust. Kritische Bemerkungen zu einem Kommissionsbericht in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, H. 2/2011, S. 167-192. Auf S. 170 heißt es: „So sehr dem wenig überraschenden Ergebnis der Kommissionsarbeit zuzustimmen ist, dass sich die Diplomatenelite der NS-Diktatur in ihrer professionellen und moralischen Deformation nicht grundsätzlich von anderen alten Funktionseliten unterschieden habe, so sehr muss sich die wissenschaftliche Analyse darum bemühen, Unterschiede und Binnendifferenzierung deutlich zu machen.“

³⁷ Sie u. a. Aram Mattioli: „Viva Mussolini!“ Die Aufwertung des Faschismus im Italien Berlusconis, Paderborn u. a. 2010. Kritisch rezensiert von Janus Gudian in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, H. 5/2011, S. 491; Irina Scherbakowa: *Zerrissene Erinnerung. Der Umgang mit Stalinismus und Zweitem Weltkrieg im heutigen Russland*, Göttingen 2010.

Interessen untergeordneten Unzulänglichkeiten in deren Darstellung. Kritische Selbstbestimmung sollte nach wie vor gefragt sein, nicht deren Behinderung und Relativierung. Jedes Retuschieren realgeschichtlicher Gegebenheiten, das auf ein totalitarismustheoretisches Gleichsetzen unterschiedlicher Faktoren orientiert, führt, wie dies 1990 von Horst-Eberhard Richter formuliert worden ist, zu der „Versuchung, genau die Irrwege zu wiederholen, die man unbedingt vermeiden möchte“.³⁸

Die damals nicht allein von Richter ausgesprochene Erwartung, alte Feindbilder würden endlich neuen Hoffnungen weichen, erfüllten sich bekanntlich nur zu geringem Teil. Insofern spürt wohl jeder, dass es sich in der Wiederbelebung konservativer Ausgangspunkte des „Historikerstreites“ um mehr als nur um ein historisches Problem oder um Divergenzen geschichtswissenschaftlicher Interpretationsbemühungen handelt. Trotz aller Veränderungen, die im Bild der Deutschen von den Russen nicht zu übersehen sind, sind auch heutzutage überholte russophobe Stereotype und viele primitive Schlagworte von einst nur unzureichend überwunden worden.³⁹

Alte Vorurteile, negative Klischees und anmaßende Stereotype existieren nach wie vor. Dies belegten 2007 zwei Forsa-Studien⁴⁰ zum Bild der Deutschen über Russland und die Russen. Danach hält mit 84 Prozent ein Großteil der Bundesbürger das derzeitige Russlandbild für überwiegend geprägt von Vorurteilen. Und nur zehn Prozent der Befragten vermuten, dass das vorherrschende Russlandbild auf sachlichen und fundierten Urteilen beruht. Während nur jeder Fünfte (zwanzig Prozent) sein persönliches Bild von Russland als negativ bezeichnet, glauben jedoch 46 Prozent der Bundesbürger, dass die Deutschen insgesamt ein negatives Russlandbild haben.⁴¹ Befördert werden dürfte dies in jüngster Zeit auch durch Forderungen nach stärkerer Kritik an Russlands autoritärer Führung. Diese beschwere den „Weg zur Versöhnung“, las man jüngst in *Der Spiegel*.⁴² In der Wochenzeitung *Die Zeit* forderte Andreas Umland sogar eine neue Ostpolitik Deutschlands und der Europäischen Union, die an die Stelle bisheriger „Kumpanei“ treten solle.⁴³ Die Türkei stünde Europa näher als Russland,

³⁸ Horst-Eberhard Richter (Hrsg.): *Russen und Deutsche. Alte Feindbilder weichen neuen Hoffnungen*, Hamburg 1990, S. 10.

³⁹ Siehe http://www.wintershall.com/pi-forsa-071_207.html?&L=1

⁴⁰ Sie standen in Zusammenhang mit der verdienstvollen Gemeinschaftsausstellung mit dem Titel „Unsere Russen – Unsere Deutschen. Bilder vom Anderen 1800-2000“, organisiert vom Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlshorst und dem Staatlichen Historischen Museum Moskau, zu sehen im Berliner Schloss Charlottenburg zu Berlin.

⁴¹ Für den vorliegenden Beitrag konnte die Arbeit von Eugen Esau: *Das postsowjetische Russlandbild in deutschen Printmedien: Eine qualitative Zeitungsanalyse* nicht berücksichtigt werden (VDM Verlag Dr. Müller e. K.). Dem Internet kann der Klappentext entnommen werden. Er lautet: „Die vorliegende Studie untersucht das Russlandbild der Printmedien anhand von drei Untersuchungszeiträumen in den Jahren 1996, 1999 und 2003 und arbeitet die Entwicklung des Russlandbildes über diese Zeitspanne und die Unterschiede zwischen den verschiedenen Zeitungen heraus. Das mediale Bild Russlands wird mit dem zeitgeschichtlichen Forschungsstand dieser Zeiträume konfrontiert, um mittels einer zweiten Perspektive eine mögliche Tendenz in der Berichterstattung der Printmedien aufzudecken. Diese Studie richtet sich an Russlandforschende, die sich des problematischen Russlandbildes in der Medienöffentlichkeit bewusst sind, und an Russlandinteressierte, die auf der Suche nach einem differenzierten Russlandbild sind.“ Ferner blieb unzugänglich Varvara Degtjarova: *Russlandbilder im deutschen Fernsehen 2001-2002. Studie zur Konstruktion Russlands bei Öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Sendern (ARD, NDR und RTL)* (Schriften zur Kulturwissenschaft Bd. 67).

⁴² Erich Follath und Christian Neef: *Der schwere Weg der Versöhnung*, in: *Der Spiegel*, H. 24/2011, 11. Juni 2011, S. 68.

⁴³ Andreas Umland: *Das Ende der Schröder-Doktrin. Kumpanei mit Putin reicht nicht. Die Ostpolitik der Europäischen Union muss neu ausgerichtet werden*, in: *Die Zeit*, 17. März 2011, S. 15. Es heißt u. a.: „Relevante Alternativen zur bisherigen westlichen Osteuropapolitik liegen auf der Hand: eine Refokussierung der Zusammenarbeit mit Russland auf Nichtregierungsorganisationen, prodemokratische Medienakteure und akademische Einrichtungen. Darüber hinaus scheint eine geopolitische Neuorientierung des

verkündete der Ex-Außenminister Joschka Fischer; Europa bleibe zwar noch eine Weile von russischen Rohstofflieferungen abhängig, komme auf Dauer aber ohne Russland aus.⁴⁴ Vielfach werden Versöhnung und Partnerschaft angestrebt, jedoch an erhebliche Bedingungen gekoppelt, seien sie wirtschaftlicher, militärtechnischer oder politischer Art. Erheblich belastet wurden die deutsch-russischen Beziehungen als die vorgesehene Ehrung Putins mit dem Quadriga-Preis in peinlicher Art und Weise abgesagt wurde.⁴⁵ Die Frage indessen, was sich angesichts zunehmender Krisen und neuer nationalstaatlicher Gegentendenzen zur europäischen Gemeinschaftspolitik und zur Globalisierung von den althergebrachten Klischees erneut mobilisieren lassen könnte, sollten Wirtschafts- und Politikeliten dies zur Durchsetzung handfester Eigeninteressen wieder einmal für nützlich erachten, steht auf einem anderen Blatt. Ich kann nur sagen: hoffentlich auf einem, das ein unabdingbar kritisches Bild der Ursachen des 22. Juni 1941 zeichnet und gegen alle Kriegstreiberei in der Welt gerichtetes Erinnern befördern hilft.

Vor 70 Jahren: Der Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion. Beginn des Großen Vaterländischen Krieges, Sachverhalte – Ereignisse – Wertungen. Wissenschaftliches Kolloquium im Russischen Haus der Wissenschaft und Kultur, Berlin, 22. Juni 2011, S. 128-146,

Westens notwendig. Der geografische Schwerpunkt sollte auf teildemokratische Nachfolgestaaten der UdSSR wie die Ukraine, Moldau und Georgien verlagert werden.“

⁴⁴ Kerstin Holm: Innen grün, außen noch immer Minister, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. Juni 2011, S. 32.

⁴⁵ Nach Absage des Quadriga-Preises für Putin neue Debatte um die deutschrussischen Beziehungen. Schaden auf ganzer Linie, in: Thüringische Landeszeitung, 19. Juli 2011. Siehe auch Martin Lejeune: Meinungsfreudige Russen. Kritik aus Deutschland an Russlands Medien, in: Neues Deutschland, 30./31. Juli 2011, S. W10.

Ein fataler Medusenblick?

Die Kritik an den historischen Wurzeln des Russlandbildes der Nazis

Die Medusa, das mythische geflügelte Ungeheuer aus dem Gorgonen-Geschlecht, war versehen mit Schlangenhaaren, langen Eckzähnen, einem Schuppenpanzer, glühenden Augen und heraushängender Zunge. Jede Person erstarrte zu Stein, die ihr den Blick zuwandte. Allein der Held Perseus konnte sie dank eines spiegelnden Schildes bezwingen. Danach nutzte er den Schädel der Toten als Waffe gegen seine Feinde. Wagemutige Betrachter erschauerten und verloren ihr Leben. Es tötete der Blick auf das Scheusal, nicht ein Blick aus den Augen dieses gefährlichen Wesens.

Allzu oft wird Sprache dazu benutzt, reale Dinge zu bemänteln oder zu diskreditieren, zu verschleiern oder zu verheimlichen. Um eine Irreführung handelt es sich, wenn mit der Verwendung des Wortes „Medusenblick“ behauptet wird, bisher sei von der Geschichtsschreibung hauptsächlich ein tödlich wirkender Blick auf die deutsch-russischen bzw. deutsch-sowjetischen Beziehungen geworfen worden.

West-östliche Spiegelungen

Dies meint Gerd Koenen, der 2005 ein außerordentlich positiv rezensiertes Buch „Der Russland-Komplex“ veröffentlichte, das Material in Hülle und Fülle über russophiles Denken und Verhalten deutscher Publizisten und Künstler, von konservativen Politikern und aus der Arbeiterbewegung bot. Die diesem Buch zu verdankende Kenntniserweiterung sei explizit gewürdigt; sicher steht es in einer Reihe mit dem verdienstvollen Bemühen vieler deutscher und russischer Wissenschaftler, Künstler, Museologen, Politiker u. a., sich „west-östlich“ zu spiegeln, Klischees und Stereotype sowie deren Nutzung für politische, ökonomische oder geostrategische Interessen zu überwinden und Raum für friedvolles Miteinander zu schaffen.

Koenen ließ sich jedoch auch von anderen Intentionen leiten, die weniger von Wissenschaft geprägt, sondern eher politisch zu nennen sind und einem konservativ geprägten Zeitgeist Vor-schub leisten. Er kritisiert u. a. den 1979 verstorbenen Historiker Fritz Epstein, da dieser den nach 1917 in Erscheinung getretenen Antibolschewismus als eine „Verwandlungsform“ des bereits im 19. Jahrhundert verwendeten Slogans von der „russischen Gefahr“ dargestellt habe, der Hand in Hand gegangen sei mit „Expansionsträumen und Kolonisationsphantasien“. Ungnade erfuhr bei Koenen auch Ian Kershaw, der britische Hitler-Biograf, weil der geschrieben hatte, der Krieg im Osten sei „von allen Teilen der deutschen Elite“ willkommen geheißen worden, gleich „ob diese nun nationalsozialistisch eingestellt waren oder nicht“. Und zudem äußerte, das „Erbe von mehr als zwei Jahrzehnten tief verwurzelter, oft fanatisch vertretener Hassgefühle gegen den Bolschewismus“ sei unlöslich mit dem Antisemitismus verknüpft gewesen, was sich gerade nach dem Überfall auf die Sowjetunion „in seiner ganzen Grausamkeit“ offenbarte.

Mit noch größerer Verve wird Hans-Erich Volkmann kritisiert. Unter der Leitung des Freiburger Wissenschaftlers war in den frühen 90er Jahren ein Sammelband mit dem Titel „Das Russlandbild im Dritten Reich“ erarbeitet worden. Es galt als Fortsetzung eines 1989 gescheiterten Projekts west- und ostdeutscher Historiker. Dieser Band zeigte, so Koenen, dass sich im Grundmuster der historischen Interpretation zwischen Forschern in Ost- und Westdeutschland eine „beachtliche Konvergenz“ ergeben habe, im Klartext: Historiker der alten Bundesrepublik hätten sich „kommunistischer Sicht“ angepasst, denn in dieser seien ohnehin immer „Faschisten und Nationalsozialisten nur die Stoßtrupps des ‚bürgerlichen Antikommunismus‘ gewesen“, der der politischen und sozialen Reaktion als Schild und Schwert gedient habe.

Koenen fordert, die „fast allgemein akzeptierte Hypothese einer lang andauernden Dominanz und organischen Kombination von Antibolschewismus, Antisemitismus und Russophobie

(bzw. Slawophobie)“ zu überprüfen. Er klagt: „Unter dem Medusenblick dieser scheinbar evidenten Verknüpfungen erstarrte die lange und komplexe Beziehungsgeschichte zwischen Deutschen, Russen und den Völkern des europäischen Ostens allerdings in einer Hermetik, Linearität und Eindimensionalität, die mehr verdunkelt als erhellt.“

Verdunkelt würden seiner Ansicht nach russophile Erscheinungen. Diese seien also, so lässt sich schlussfolgern, mit dem Blick auf den Antikommunismus der deutschen Faschisten „überformt“ worden. Dazu passt auch die Behauptung, es habe für den Krieg gegen die UdSSR „vorab keinerlei ideologische Vorbereitung“ gegeben, auch keine „genuine ideologische Überzeugungen“. Stattdessen sollen eher „kriegsstrategische als weltanschauliche Gründe“ ausschlaggebend gewesen sein. Welch ein Konstrukt angeblich einander ausschließender Gegensätze! Dass es sich beim Krieg gegen Russland um ein „Amalgam“ von Plänen zur Gewinnung von „Lebensraum“, zum Erreichen deutscher Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent und einer Weltmachtstellung, zur Vernichtung der „jüdisch-bolschewistischen Führungsschicht“ und der Juden sowie um Unterwerfung und Dezimierung der slawischen Bevölkerung gehandelt hat, ist indessen überzeugend von vielen Historikern nachgewiesen worden.

Nachschlag zum Historikerstreit

Politische Intentionen neuerer Geschichtsdeutungen erhellen sich auch durch die offen formulierte Einordnung in das, was ich als einen aktuellen „Nachschlag“ zum sogenannten Historikerstreit verstehe, der vor einem Vierteljahrhundert die Gemüter erregte. Die den Streit auslösenden Thesen Ernst Noltes vom „kausalen Nexus“, einem ursächlichen Zusammenhang zwischen (Lenins und Stalins) „Klassenmord“ und (Hitlers) „Rassenmord“, waren von der Geschichtswissenschaft mehrheitlich abgelehnt und widerlegt worden. Dies rückgängig zu machen zählt seit einigen Jahren zum bevorzugten Anliegen beispielsweise von Eckhard Jesse, Volker Kronenberg, Heinrich August Winkler u. a.

Als Motto wird verkündet, man brauche gegenüber dem früheren Forschungsstand endlich „differenzierende“ Untersuchungen. Dagegen ist nichts einzuwenden, es sei denn, dass dabei unverbindliche Vieldeutigkeit statt Eindeutigkeit postuliert wird. Nun wird aber gerade die Überbetonung und Verabsolutierung des Vieldeutigen als „Chance einer neuen Stufe der Historisierung“ gepriesen, u. a. von Karl Schlögel und Winkler, der bereits Mitte der 90er Jahre Abstand von seiner früheren Kritik an Nolte genommen und eine Kehrtwendung vollzogen hatte. Winkler meint, der seinerzeitige „Sieg der Aufklärer, von vielen ohnehin als ein Pyrrhussieg“ betrachtet, habe einen hohen Preis zur Folge gehabt. Er erhob sogar Noltes These vom „Kausalnexus“ zwischen dem „roten Terror“ der russischen Kommunisten und dem Aufstieg des deutschen Faschismus zur „Jahrhundertfrage“ schlechthin.

Alte Vorurteile, negative Klischees und anmaßende Stereotype existieren nach wie vor. Befördert werden diese in jüngster Zeit auch durch Forderungen nach stärkerer Kritik an Russlands autoritärer Führung. Diese beschwere den „Weg zur Versöhnung“, las man jüngst im „Spiegel“. In der Wochenzeitung „Die Zeit“ forderte Andreas Umland sogar eine neue Ostpolitik Deutschlands und der EU, die an die Stelle bisheriger „Kumpanei“ treten solle. Die Türkei stünde Europa näher als Russland, verkündete Joschka Fischer; Europa bleibe zwar noch eine Weile von russischen Rohstofflieferungen abhängig, komme auf Dauer aber ohne Russland aus. Vielfach werden Versöhnung und Partnerschaft angestrebt, jedoch an beträchtliche Bedingungen gekoppelt.

Die Frage indessen, was sich angesichts zunehmender Krisen und neuer nationalstaatlicher Gegentendenzen zur europäischen Gemeinschaftsidee sowie zur Globalisierung von den alt-hergebrachten Vorbehalten erneut mobilisieren lassen könnte, sollten Wirtschafts- und Politikeliten dies zur Durchsetzung handfester Eigeninteressen wieder einmal für nützlich erachten,

steht auf einem anderen Blatt – ich kann nur sagen: hoffentlich auf einem, das ein unabdingbar kritisches Bild der Ursachen des 22. Juni 1941 zeichnet und gegen alle Kriegstreiberei in dieser Welt gerichtetes Erinnern befördern hilft.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 25./26. Juni 2011, S. W7.

Retuschierte Geschichte

Die Kritik an den historischen Wurzeln des Rußland-Bildes der deutschen Faschisten – ein „Medusenblick“?

Medusa – jene Gestalt der griechischen Mythenwelt kennt man als ein geflügeltes Ungeheuer aus dem Gorgonen-Geschlecht. Sie war versehen mit Schlangenhaaren, langen Eckzähnen, einem Schuppenpanzer, glühenden Augen und heraushängender Zunge. Jede Person erstarrte zu Stein, die ihr den Blick zuwendete, ihren Kopf anschaute. Allein der Held Perseus konnte sie dank eines spiegelnden Schildes bezwingen. Danach nutzte er den Schädel der Toten als Waffe gegen seine Feinde. Wagemutige Betrachter erschauerten und verloren ihr Leben. Es tötete der Blick auf das Scheusal, nicht ein Blick aus den Augen dieses gefährlichen Wesens.

Hier soll es allerdings nicht um Medusa gehen, erst recht nicht um sie als Gegenstand von bildender und darstellender Kunst, obgleich da viele berühmte Namen zu nennen wären, von Benvenuto Cellini bis Peter Weiss. Nein, hier interessiert nur das irreführende Wort „Medusenblick“. Wer es verwendet, begeht möglicherweise nur so etwas wie einen sprachlichen und letztlich verzeihbaren Fehler, entstanden etwa aus Unkenntnis antiker Mythologie. Allerdings kennen wir ja zur Genüge sprachliche Verwirrspiele. Oft, nein allzu oft wird Sprache über ihre normale Kommunikationsfunktion hinaus dazu benutzt, reale Dinge zu bemänteln oder zu diskreditieren, vor allem aber um geschichtliche Ursachen und gesellschaftliche Triebkräfte verschleiern oder verheimlichen zu können.

West-östliche Spiegelungen

Feststellbar ist dies in mancherlei Variante der heutzutage dominierenden Geschichtsdeutungen. Um eine Irreführung handelt es sich auch, wenn mit der Verwendung des Wortes „Medusenblick“ behauptet wird, bisher sei von der Geschichtsschreibung hauptsächlich ein tödlich wirkender Blick auf die deutsch-russischen bzw. deutsch-sowjetischen Beziehungen geworfen worden. Tödlich sei gewesen, die Wurzeln des zwischen 1917 und 1945 vorherrschenden Rußlandbildes deutscher Eliten zu suchen. Tötete also, um im Bild zu bleiben, eine aus meiner Sicht antifaschistisch zu nennende Sichtweise das deutsch-russische Verhältnis? Welchen Schaden sollen denn die kritischen Beschreibungen der langen Vorgeschichte des deutschen Überfalls auf die UdSSR und ebenso die erläuternden Bewertungen von deutscher Russophobie hervorgerufen haben, weshalb eigentlich und bei wem? Was ist gemeint, wenn damit zugleich die von vielen Historikern vertretenen Ansichten als „ideologiegeschichtliche Konstruktionen“ gebrandmarkt werden, die nicht der Realität entsprechen würden und als ein „ehernes Kontinuum deutscher Rußlandfeindschaft“ anzuprangern seien? Es habe doch, so wird argumentiert, auch andere, eben russophile Tendenzen und Erscheinungen gegeben, ja das ganze Geflecht der deutsch-russischen/sowjetischen Beziehungen stelle sich zumindest auf geistig-kulturellem Gebiet sogar als „ein groß angelegtes freund-feindliches Hinüber und Herüber“ dar.

Ich greife aus der jüngeren Literatur Publikationen eines Mannes heraus, der sich mehrfach zur Geschichte deutsch-russischer Beziehungen geäußert hat und jüngst auch als Kommunismusforscher hervorgetreten ist: Gerd Koenen. Sein im Jahr 2005 erschienenes, außerordentlich positiv rezensiertes Buch „Der Rußland-Komplex“¹ bietet Material in Hülle und Fülle über russophiles Denken und Verhalten deutscher Publizisten und Künstler sowie von konservativen Politikern und aus der Arbeiterbewegung. Der Autor erhielt 2007 dafür den „Leipziger Buchpreis für Europäische Verständigung“. Die diesem Buch zu verdankende Kenntniserweiterung sei ausdrücklich gewürdigt, und sicher steht es in einer Reihe mit dem verdienstvollen Bemühen vieler deutscher und russischer Wissenschaftler, Künstler, Museo-

¹ Gerd Koenen: Der Rußlandkomplex. Die Deutschen und der Osten 1900-1945, München 2005.

logen, Politiker u. a. m., sich „west-östlich“ zu spiegeln, Klischees und Stereotype sowie deren Nutzung für politische, ökonomische oder geostrategische Interessen zu überwinden und Raum für ein friedvolles Miteinander zu schaffen.

Koenen ließ sich jedoch auch von anderen Intentionen leiten, die weniger von Wissenschaft geprägt, sondern eher politisch zu nennen sind und einem konservativ geprägten Zeitgeist Vorschub leisten. Als er ein Jahr nach dem Erscheinen seines Buches so etwas wie dessen historisch-politisches Resümee veröffentlichte, meinte er, die von anderen Historikern bisher vertretene kritische Sicht auf das Rußlandbild der deutschen Faschisten und auf seine Quellen als „Medusenblick“ kennzeichnen zu müssen², also als etwas, das erstarren läßt und zum Tode führt. Dies betrachte ich als einen Versuch ungerechtfertigter Diskriminierung anderer Auffassungen. Was dies im Rahmen alltäglich anzutreffender Bemühungen geschichtsrevisi-onistischer und totalitarismustheoretischer Art besagt und wie auch damit jene Thesen erneut belebt werden sollen, mit denen Ernst Nolte den sogenannten Historikerstreit der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts ausgelöst hat, soll Gegenstand folgender Überlegungen sein.

Forschungsrichtung delegitimiert

Da wäre zunächst zu untersuchen, gegen wen und wogegen sich Koenens Argumente richten. Unter anderem kritisiert er den 1979 verstorbenen Historiker Fritz Epstein, da dieser den nach 1917 in Erscheinung getretenen Antibolschewismus als eine „Verwandlungsform“ des bereits im 19. Jahrhundert verwendeten Slogans von der „russischen Gefahr“ dargestellt habe. Zudem hätte Epstein davon gesprochen, daß aggressive Ängste und russophobe Zwangsvorstellungen Hand in Hand gegangen seien mit „Expansionsträumen und Kolonisationsphantasien“.

Ins Visier genommen sah sich auch Dietrich Geyer. Dem Tübinger Osteuropa-Historiker wurde vorgehalten, die deutsch-russische Beziehungsgeschichte „stark verdunkelt“ zu haben, da er in seinem 1986 gehaltenen Vortrag über „Ostpolitik und Geschichtsbewußtsein in Deutschland“ den Aufstieg des Hitlerfaschismus auch mit der Manipulierbarkeit russophober Ängste erklärt habe. Des weiteren sei zu kritisieren, daß Geyer in der Rußlandfeindschaft sogar ein konstitutives Element der bürgerlichen Klassen- und Nationsbildung gesehen habe.

Eigentlich hätte Koenen auch seinen Doktorvater Dietrich Beyrau kritisieren müssen, vertritt dieser doch die Auffassung, „imperialistische Ambitionen der alten Elite und die Durchsetzung eines biologistischen und schließlich eines rassistischen Deutungsmusters von Gesellschaft“ seien in der Zeit der Nazidiktatur „eine fatale Symbiose“ eingegangen. Doch da schwieg der Promovend sich vornehm aus.

Ungnade erfuhr hingegen Ian Kershaw, der bekannte britische Hitler-Biograph, weil der geschrieben hatte, der Krieg im Osten sei „von allen Teilen der deutschen Elite“ willkommen geheißen worden, gleich „ob diese nun nationalsozialistisch eingestellt waren oder nicht“. Zustimmung wird auch der Aussage Kershaws verweigert, das „Erbe von mehr als zwei Jahrzehnten tief verwurzelter, oft fanatisch vertretener Haßgefühle gegen den Bolschewismus“ sei unlöslich mit dem Antisemitismus verknüpft gewesen, wie es sich gerade nach dem Überfall auf die Sowjetunion „in seiner ganzen Grausamkeit“ offenbart habe.

Mit noch größerer Verve wird schließlich Hans-Erich Volkmann beanstandet, worauf ich etwas näher eingehen möchte, auch weil ich mich persönlich involviert fühlen darf. Unter der Leitung des damals an der Universität Freiburg und im Militärgeschichtlichen Forschungsamt Tätigen war bekanntlich in den frühen 90er Jahren ein Sammelband mit dem Titel „Das Ruß-

² Ders., „Der Deutsche Rußlandkomplex. Zur Ambivalenz deutscher Ostorientierungen in der Weltkriegsphase des 20. Jahrhunderts“, in: Traumland Osten. Deutsche Bilder vom östlichen Europa im 20. Jahrhundert, hrsg. von Gregor Thum, Göttingen 2006, S. 16-46.

landbild im Dritten Reich“ erarbeitet worden.³ Er galt als Fortsetzung des 1989 gescheiterten Projekts west- und ostdeutscher Historiker, gemeinsam und partnerschaftlich die Rolle einzelner deutscher Eliten auf dem Weg zum Zweiten Weltkrieg darzustellen. Das Verdikt des Kritikers lautet so: „Umstandslos“ sei von Volkmann erklärt worden, daß „die während der NS-Zeit im Schwange befindlichen Rußlandbilder (...) aus tradierten Versatzstücken bestanden“ und daß diese „in Anbetracht geplanter und konkreter Politiken der Lebensraumerweiterung und rassistischer Vernichtung lediglich eine wirkungsvolle Überzeichnung“ erfahren hätten.

Gegenüber dem hier Zitierten aus Werken von Epstein, Geyer und den anderen müsse, so Koenen, ein notwendiger Versuch unternommen werden, die „fast allgemein akzeptierte Hypothese einer lang andauernden Dominanz und organischen Kombination von Antibolschewismus, Antisemitismus und Russophobie (bzw. Slawophobie)“ zu überprüfen. Das mag zunächst merkwürdig erscheinen angesichts eines doch unbestreitbaren engen und – leider! – verhängnisvoll wirksamen Zusammenhangs zwischen russophoben Entäußerungen bürgerlicher deutscher Eliten und dem nazistischen Rußlandbild, das im gesamten Vorfeld des 22. Juni 1941 sowie unterschwellig auch in den beiden Jahren davor eine die Kriegsvorbereitung und dann die verbrecherische Kriegführung erheblich befördernde Rolle gespielt hat.

Eine beliebte Verleumdung

Gerade dieser Zusammenhang wird als minder bedeutsam betrachtet, im Grunde auch als ein aufzuhebender deklariert. Zu tun hat dies mit der Tendenz, die Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik zu beschönigen: Nachdrücklich zeigt sich Koenen verärgert über Volkmanns These, der zufolge die Darstellung Rußlands bzw. der Sowjetunion „als eines asiatisch durchdrungenen und geprägten Landes“ in Westdeutschland über 1945 hinaus lebendig geblieben und lediglich die antisemitische Komponente aus dem überkommenen Bild von Rußland und der Sowjetunion weitgehend eliminiert worden sei. Dagegen hätten aufgefrischte antirussische und antikommunistische Vorurteile, über Schulbücher und andere Medien tradiert, zu den Grundlagen des bundesdeutschen Selbstverständnisses gehört.

Barsch wird solche Aussage kritisiert. Worauf gezielt wird, läßt sich nicht zuletzt an der Tatsache erkennen, daß er sich eine heutzutage sehr beliebte Denunziation nicht verkneifen wollte: So als habe es sich um eine Selbstverständlichkeit gehandelt, wird der von Volkmann herausgegebene Band als Ergebnis eines Gemeinschaftsprojektes „mit führenden Faschismus-Forschern der DDR“ vorgestellt. Dazu bemerkt er, es hätte sich in den letzten Jahren der DDR im Grundmuster der historischen Interpretation zwischen Forschern in Ost- und Westdeutschland eine „beachtliche Konvergenz“ ergeben. Im Klartext bedeutet dies, manche Historiker in der alten Bundesrepublik hätten sich „kommunistischer Sicht“ angepaßt, denn in dieser seien ohnehin immer „Faschisten und Nationalsozialisten nur die Stoßtrupps des ‚bürgerlichen Antikommunismus‘ gewesen“, der der politischen und sozialen Reaktion als Schild und Schwert gedient habe. Doch mit dieser von Sachkenntnis ungetrübten Aussage ist es nicht genug: Mit Bedauern und kritischem Unterton wird generalisierend festgestellt, die Auffassung von Thomas Mann, wonach der Antikommunismus zu den „Grundtorheiten“ der Epoche gehöre, habe sich auch in der Bundesrepublik seit den siebziger Jahren als eine im akademischen und publizistischen Bereich weithin geteilte Auffassung durchgesetzt. Die Realität, wie wir wissen, sah und sieht anders aus!

Zusammenfassend fällt Koenen sein Urteil über bisherige wissenschaftliche Aussagen zur Geschichte deutscher Russophobie und insbesondere über deren Zusammenhang mit dem Rußlandbild im „Dritten Reich“ mit folgendem Satz: „Unter dem Medusenblick dieser

³ Hans-Erich Volkmann (Hrsg.): Das Rußlandbild im Dritten Reich, Köln u. a., 2. Auflage 1994.

scheinbar evidenten Verknüpfungen erstarrte die lange und komplexe Beziehungsgeschichte zwischen Deutschen, Russen und den Völkern des europäischen Ostens allerdings in einer Hermetik, Linearität und Eindimensionalität, die mehr verdunkelt als erhellt.“ Natürlich kann, nur nebenbei bemerkt, nicht die Geschichte selbst „erstarrt“ sein, gemeint ist nur das Bild, das von ihr gemacht bzw. über sie verbreitet worden ist. In diesem Sinne heißt es dann am Ende seines Buches, die nach 1945 „im Zuge neuer, heißer und kalter Kriege und Bürgerkriege formierten antagonistischen ‚Blöcke‘ und ‚Systeme‘ und die ihnen zugeschriebenen ‚Ismen‘ wie Kapitalismus und Faschismus, Kommunismus und Totalitarismus“ hätten über vier Jahrzehnte hinweg „als machtvolles Instrument der Einebnung und Überformung aller älteren historischen Erinnerungen“ gewirkt.

Unhaltbare Vorwürfe

Ältere Erinnerungen – damit sind lediglich die an russophile Erscheinungen gemeint. Diese seien also, so läßt sich schlußfolgern, mit dem Blick auf den Antikommunismus der deutschen Faschisten und letztlich wohl auch durch den Blick auf die realen Ursachen des Überfalls vom 22. Juni 1941 „überformt“ worden. Dazu paßt auch die ebenfalls der realen Geschichte widersprechende Behauptung, es habe für den Krieg gegen die UdSSR „vorab keinerlei ideologische Vorbereitung“ gegeben, auch keine genuinen „Überzeugungen“. Statt dessen sollen eher „kriegsstrategische als weltanschauliche Gründe“ ausschlaggebend gewesen sein. Welch ein Konstrukt angeblich einander ausschließender Gegensätze, noch dazu in einer Begrifflichkeit, die mit dem Blick auf die „Kriegsstrategie“ wenig Raum läßt für das Ineinandergreifen wirtschaftlich, politisch, geostrategisch und auch ideologisch bestimmter Kriegsinteressen. Daß es sich beim Krieg gegen Rußland um ein „Amalgam“ von Plänen zur Gewinnung von „Lebensraum“, zum Erreichen deutscher Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent und einer Weltmachtstellung, zur Vernichtung der „jüdisch-bolschewistischen Führungsschicht“ und der Juden sowie um Unterwerfung und Dezimierung der slawischen Bevölkerung gehandelt hat, ist überzeugend von vielen Historikern nachgewiesen worden, wenngleich alles, aber auch alles getan wird, allein Hitler als den verantwortlichen „Übeltäter“ herauszustellen.

Insgesamt darf vermutet werden, daß Koenen gegenüber dem von Volkmann herausgegebenen Band wahrscheinlich nur aussprach, was andere ebenfalls dachten bzw. nicht zu Papier brachten. Dieses Buch fand, als es 1994 erschien, kaum öffentliches Interesse. Sowohl die Zeitschrift für Geschichtswissenschaft als auch die Historische Zeitschrift und die Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte verzichteten auf eine Rezension. Als 2007 an der Katholischen Universität Eichstätt eine Konferenz zum Thema „Russische Deutschlandbilder und deutsche Rußlandbilder im 20. und 21. Jahrhundert“ stattfand, fand sich unter den Eingeladenen kein einziger, der am Projekt Volkmanns mitgewirkt hatte.

Wer indessen die 20 Beiträge des von Volkmann herausgegebenen Bandes unvoreingenommen liest, wird das Unhaltbare der Vorwürfe erkennen, es sei denn, man will der historischen Verantwortung und Schuld des deutschen Überfalls auf die UdSSR neue, vor allem relativierende Grenzen setzen. In keinem Teil des Bandes werden weder die Existenz rußlandfreundlicher Stimmen noch die ihnen entsprechenden politischen Entscheidungen negiert. In meinem Artikel über das Rußlandbild Hitlers und der NSDAP, der in den Band aufgenommen worden ist, schrieb ich, daß dieses sich in eine Vielzahl von einzelnen Bildern und Bildelementen aufgelöst habe, daß wir es „mit einem zwar zentral vorgegebenen und gelenkten, tatsächlich aber doch recht diffusen Gemenge aus den bestimmenden Grundkonstanten und aus zahlreichen Variablen“ zu tun hätten. Ich sprach von einem „Schüttelbild, das seine Erscheinungsformen je nach konkreter Situation und politischem Bedürfnis, je nach Adressat und parteiin-

ternem Kräfteverhältnis bei Gruppen und Einzelpersonlichkeiten der NSDAP verändern konnte“.

Von erstarrter und verdunkelnder „Eindimensionalität“ kann bei allen, die Koenigs Kritik treffen soll, keine Rede sein, auch nicht von irgendeiner „Einebnung“ älterer Erinnerungen an rußlandfreundliche Tendenzen. Dem Text des Volkmann-Bandes läßt sich ebenso nicht entnehmen, daß das Rußlandbild des „Dritten Reiches“ einer Gesamtgeschichte deutscher Russophobie vollständig entsprochen hätte, was gegen den Vorwurf der „Linearität“ und bruchloser Kontinuität spricht. Ebenso wenig trifft der Anwurf, die kritisierten Autoren hätten im Sinne einer religiösen Offenbarungs- und Geheimlehre oder gar okkultisch-esoterisch geurteilt, wie die Verwendung des Hermetik-Begriffes suggeriert.

Belege werden nicht erbracht. So lassen sich unterschwellig angedeutete, jedoch durchaus absichtsvolle Unterstellungen vermuten, die letztlich – dies in eindeutig politischer Funktion – dem konkreten antifaschistischen Urteilen ein vages Meinen sowie unverbindliche, historische Schuld und Verantwortung gleichmäßig auf alle Schultern verlagernde Standpunkte gegenüberstellen. Nicht die Benennung und Hervorhebung russophober Erscheinungen in der deutschen Geschichte bedürfen der Kritik. Es sind ihre Relativierung und Verdrängung, die zu beanstanden waren und bleiben. Daß viele Faktoren Geschichte bewirken, zählt zu längst Erkanntem, doch Entscheidendes für den realen Geschichtsverlauf bewirkt niemals eine bloße Summe aller ursächlich wirkenden Faktoren, ausschlaggebend sind deren innere Struktur, deren Relationen und gegenseitige Abhängigkeiten.

Nolte und die Folgen

Politische Intentionen neuerer Geschichtsdeutungen erhellen sich auch durch die offen formulierte Einordnung in das, was ich als einen aktuellen „Nachschlag“ zum sogenannten Historikerstreit verstehe, der vor einem Vierteljahrhundert die Gemüter erregte und außerordentlich intensiv geführt worden ist. Die den Streit auslösenden Thesen Ernst Noltes von der „asiatischen Tat“ Hitlers und vom „kausalen Nexus“, einem ursächlichen Zusammenhang zwischen „Klassenmord“ und „Rassenmord“, waren von der Geschichtswissenschaft mehrheitlich sowohl abgelehnt als auch widerlegt worden. Dies rückgängig zu machen zählt seit einigen Jahren zum bevorzugten Anliegen beispielsweise von Eckhard Jesse, Volker Kronenberg, Heinrich August Winkler u. a. m. Denn, so lautet die Begründung Ulrich Herberts, linke Gesellschaftstheorie habe damals „so etwas wie eine intellektuelle Hegemonie“ erreicht. Und noch zugespitzter heißt es, daß aus der Sicht auf das „Zusammengehen der traditionellen Eliten mit dem Führungskern der NS-Bewegung“ ja auch „das Konzept der Nürnberger Prozesse erwachsen“ sei.

Des Pudels Kern ist also benannt! Da ist sie wieder, die alte These von einem kausalen Zusammenhang der Jahre 1917 und 1933, eine These, die alle entscheidenden Ursachen für den Aufstieg und den Sieg der NSDAP im Grunde aus der Geschichte deutscher Eliten herausgelöst sehen will. Der Krieg soll einzig und allein Hitlers Krieg gewesen sein, wobei mehr und mehr die Absicht erkennbar ist, den Krieg als gemeinsames deutsch-russisches Produkt erscheinen zu lassen. So verschwimmt das Bild der Ursachen des Raub- und Vernichtungskrieges gegen die UdSSR auch angesichts einer nahezu formelhaften Verwendung von Begriffspaaren, die in Buchhandlungen und Bibliotheken allgegenwärtig sind: „Hitler-Stalin-Krieg“, „Krieg der Diktatoren“, „Rußlands und Deutschlands Katastrophengeschichte“ usw. usf. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung leistete jüngst einen aufschlußreichen Beitrag zur Verbreitung solcher Formeln: Obwohl Christian Hartmann sein neues Buch mit dem Titel „Unternehmen Barbarossa. Der deutsche Krieg im Osten 1941-1945“ (München 2011) versehen hat, gab Dirk Blasius seiner Rezension die Überschrift: „Höllenfahrt. Der Hitler-Stalin-Krieg“ (FAZ vom 5.5.2011). Vor ein paar Tagen titelte Der Spiegel seine eigentlich inhaltlich doch

banale Story zum 70. Jahrestag des 22. Juni 1941 „Bruder Todfeind“ und schrumpfte den Zweiten Weltkrieg ganz und gar auf das „Duell zweier Jahrhundertverbrecher“ ein. Solchen Intentionen gemäß wird de facto ein weiteres Stück der historisch schwer wiegenden Verantwortung deutscher Eliten für den Aufstieg sowie für die Herrschaft des deutschen Faschismus gleichsam abgeschliffen, entlastet und relativiert.

Oft soll geschichtsrevisionistischen Bestrebungen das Argument dienen, es sei das ganze historische Feld wahrzunehmen. Als Motto wird verkündet, man brauche gegenüber dem früheren Forschungsstand endlich „differenzierende“ Untersuchungen. Gegen solche methodischen Prinzipien ist nichts, aber auch gar nichts einzuwenden, es sei denn, daß dabei unverbindliche Vieldeutigkeit statt Eindeutigkeit postuliert wird. Es muß nicht verwundern, wenn gerade die Überbetonung und eine Verabsolutierung des Vieldeutigen als „Chance einer neuen Stufe der Historisierung“ gepriesen worden ist, u. a. von Karl Schlögel oder auch von Heinrich August Winkler, der ja bereits Mitte der 90er Jahre Abstand von seiner früheren Kritik an Nolte genommen und eine Kehrtwendung vollzogen hatte. Winkler meinte, der seinerzeitige „Sieg der Aufklärer, von vielen ohnehin als ein Pyrrhussieg“ betrachtet, habe einen hohen Preis zur Folge gehabt. Er erhob sogar Noltés These vom „Kausalnexus“ zwischen dem „roten Terror“ der russischen Kommunisten und dem Aufstieg des deutschen Faschismus zu der „Jahrhundertfrage“ schlechthin.

In den hier dargelegten Auffassungen und in den für sie benutzten methodischen Instrumentarien spiegeln sich allgemeine Erscheinungen in der neueren bundesdeutschen Geschichtsschreibung. Sie stehen im Mittelpunkt einer ganzen Reihe von Publikationen aus der Feder älterer und jüngerer Autoren, die nach 1989/90 und angepaßt an die neuen Verhältnisse sich um eine neuerliche Rechtfertigung jener Argumente bemühen, welche in den achtziger Jahren den „Historikerstreit“ ausgelöst hatten. Da beklagte u.a. der 2010 verstorbene Politologe Manfred Funke, ein radikaler Anti-Antifaschist und führender Mitarbeiter der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung, es habe „publizistische Exekutionen gegen Nolte“ gegeben, und man müsse endlich das um diesen angehäufte „Packeis von Tabus aufbrechen“. Volker Kronenberg strebte schon 1999 eine Revision aller im „Historikerstreit“ geäußerten Kritik an Ernst Nolte an. 2006 veröffentlichte er in Die Welt einen Artikel mit dem bezeichnenden Titel: „Gerechtigkeit für Ernst Nolte“ und meinte, es würde sich nun, 20 Jahre nach dem Historikerstreit, eine „affektfreiere Auseinandersetzung mit den Mörderdiktaturen der europäischen Geschichte“ abzeichnen. „Abschied vom Gestern“ sei zu nehmen, denn Hitler würde nicht länger der „identitätsstiftende Fixpunkt deutscher Selbstbetrachtung“ bleiben. Die Bundesrepublik könne sich „zunehmend aus der Gegenwart“ definieren, sich zu einem neuen „Deutschlandgefühl“ bekennen, das sich auffällig vom Modell des Habermasschen „Verfassungspatriotismus“ aus dem Historikerstreit unterscheide.

Die „Jahrhundertfrage“, wie Winkler sie titulierte, sei in Deutschland tabuisiert worden. So heißt es immer wieder, und das ganz so, als hätte es keinerlei Argumente zu ihrer Charakterisierung als unzulänglich oder gar als falsch gegeben. Doch das gehört generell zum geschichtsrevisionistischen Methoden-Inventar: Das Gegensätzliche zu anderen Meinungen wird postuliert, das zum Normalen Erklärte angeblicher Unnormalität gegenübergestellt: Beispielsweise heißt es da, ein Historiker müsse „Analytiker statt Doktrinär“ sein, er habe „erkenntnispflichtig statt interessengeleitet zu überzeugen“. Wie wahr, doch geht man über ein schlichtes Gut-Böse-Schema nicht hinaus.

Unüberwundene Vorurteile

Zur Debatte gestellt sieht sich so, derlei rabulistischer Methodik unterworfen, letztlich das Urteil des Nürnberger Prozesses gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher. Hinter dem Jahr 1917 lassen sich – so wohl die Hoffnung – auch in der Kriegsursachenforschung alle ent-

scheidenden Faktoren des in Deutschland beschrittenen und zu verantwortenden Weges zu hitlerfaschistischer Diktatur und zum Zweiten Weltkrieg auflösen. Dahinter soll – wie es scheint – vor allem die historische Verantwortung imperialen Großmachtstrebens deutscher Eliten verborgen werden. Ökonomische, politische und geistig-ideologische Elemente imperialer, hegemonialer und rassenideologisch-expansiver Ostraum-intentionen treten in den Hintergrund, Ambivalenzen hingegen drängen in den Vordergrund.

Zu warnen bleibt daher vor einem offensichtlich nicht allein in Deutschland zunehmend enthistorisierenden Umgang mit der eigenen Geschichte, vor besänftigenden und neuen politischen Interessen untergeordneten Unzulänglichkeiten in deren Darstellung. Kritische Selbstbesinnung sollte nach wie vor gefragt sein, nicht deren Behinderung und Relativierung. Jedes Retuschieren realgeschichtlicher Gegebenheiten, das auf ein totalitarismustheoretisches Gleichsetzen unterschiedlicher Faktoren orientiert, wirkt notwendiger Ursachenforschung entgegen.

Die zu Beginn der 1990er Jahre ausgesprochene Erwartung, alte Feindbilder würden endlich neuen Hoffnungen weichen, erfüllten sich bekanntlich nur zu geringem Teil. Insofern spürt wohl jeder, daß es sich in der Wiederbelebung konservativer Ausgangspunkte des „Historikerstreites“ um mehr als nur um ein historisches Problem oder um Divergenzen geschichtswissenschaftlicher Interpretationsbemühungen handelt. Trotz aller Veränderungen, die im Bild der Deutschen von den Russen nicht zu übersehen sind, sind auch heutzutage überholte russophobe Stereotype und viele primitive Schlagworte von einst nur unzureichend überwunden worden.

Alte Vorurteile, negative Klischees und anmaßende Stereotype existieren nach wie vor, wie zwei 2007 erarbeitete Forsa-Studien zum Bild der Deutschen über Rußland und die Russen belegen. Befördert werden dürfte dies in jüngster Zeit auch durch Forderungen nach stärkerer Kritik an Rußlands „autoritärer Führung“. Diese beschworen den „Weg zur Versöhnung“, las man jüngst in Der Spiegel. In der Wochenzeitung Die Zeit forderte Andreas Umland sogar eine neue Ostpolitik Deutschlands und der Europäischen Union, die an die Stelle bisheriger „Kumpanei“ treten solle. Die Türkei stünde Europa näher als Rußland, verkündete der Exaußenminister Joseph Fischer; Europa bleibe zwar noch eine Weile von russischen Rohstofflieferungen abhängig, komme auf Dauer aber ohne Rußland aus. Vielfach werden Versöhnung und Partnerschaft angestrebt, jedoch an beträchtliche Bedingungen gekoppelt, seien sie wirtschaftlicher, militärtechnischer oder politischer Art.

Die Frage indessen, was sich angesichts zunehmender Krisen und neuer nationalstaatlicher Gegentendenzen zur europäischen Gemeinschaftsidee sowie zur Globalisierung von den alt-hergebrachten Klischees erneut mobilisieren lassen könnte, sollten Wirtschafts- und Politikern dies zur Durchsetzung handfester Eigeninteressen wieder einmal für nützlich erachten, steht auf einem anderen Blatt – ich kann nur sagen: hoffentlich auf einem, das ein unabdingbar kritisches Bild der Ursachen des 22. Juni 1941 zeichnet und gegen alle Kriegstreiberei in dieser Welt gerichtetes Erinnern befördern hilft.

junge Welt, Donnerstag, 30.06.2011, S. 10.

Türen geöffnet

Nazis triumphieren im Juli 1926: „Das dritte Reich zieht auf!“

Weimar am 3. und 4. Juli des Jahres 1926: In der thüringischen Landeshauptstadt führt die NSDAP einige Veranstaltungen durch und bezeichnet sie als den ersten Reichsparteitag nach ihrer Wiedergründung im Februar des Vorjahres. Am Eröffnungstag, einem Sonnabend, bestand er aus sechs sogenannten Sondertagungen, die in einzelnen Gaststätten absolviert wurden. Sie galten Beamten-, Frauen-, Presse- und Gewerkschaftsfragen, zudem den Themen Finanzen, Propaganda und Organisation. Ungefähr zwei Stunden waren jeweils dafür vorgesehen, ebenso mehrere Referenten, was offensichtlich Zeit für Anfragen oder gar für Debatten kaum erlaubte. Abstimmungen waren verboten, Entscheidungen sollten allein die „Vorsitzenden“ treffen. Am Abend wurden in den Sälen der „Armbrust“, des „Stadthauses“ und der „Berggesellschaft“ Gäste „begrüßt“, so der Stahlhelm-Führer Theodor Duesterberg und August Wilhelm von Preußen, der Sohn des letzten Kaisers. Aus Bayreuth war Winifred Wagner angereist, aus München die Verlegersgattin Elsa Bruckmann. Zu ihnen sprachen Artur Dinter, thüringischer Gauleiter und Verfasser soeben erschienener „197 Thesen zur Vollendung der Reformation“, Hans Severus Ziegler als Mitglied der „Landesleitung“ sowie Fritz Sauckel als Geschäftsführer des Gauverbandes. Das Programm wies aus, Hitler werde nach den Ansprachen „erwidern“.

„Einmütige Stärke“

Der Sonntag begann um sieben Uhr mit einem „christlichen Laienfeldgottesdienst“ im Park. Zu ihm sollten sich die einzelnen Verbände „zwanglos, möglichst geschlossen“ begeben. Danach fanden weitere drei Sondertagungen statt. Sie befaßten sich mit Schulfragen, Jugendfragen und mit den paramilitärischen Parteiformationen. Was vielleicht als „Parteitag“ zu nennen möglich gewesen wäre, passierte zwischen zehn bis 13 Uhr im Deutschen Nationaltheater. Bewußt war der Ort gewählt worden, wollte man doch einen Kontrapunkt gegen die Verfassungsgebende Nationalversammlung des Jahres 1919 setzen. Hier referierten Artur Dinter, Gregor Strasser und Gottfried Feder sowie Berichterstatter aus den einzelnen Veranstaltungen. Auch hier bestand die Aufgabe der Teilnehmer darin, geduldig zuzuhören und beifällig zu klatschen. Rein formal wurden die gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben einer Partei erledigt, stets darauf bedacht, nach außen „ein Bild der einmütigen Stärke“ zu bieten. In den Richtlinien der Parteioberen zur Vorbereitung des Parteitages hatte gestanden, dieser sei nicht mit Fragen zu „belasten, deren Entscheidung oder Klärung in einem solchen Rahmen weder möglich noch von Dauer sein würde“.

Hitler hatte sich indessen für seine Rede das Thema „Politik, Idee und Organisation“ gewählt, vom Völkischen Beobachter apostrophiert als eine mit „ganz große(n) Gedanken, aus einem naturhaft-mystischen Urgrund quellend“. Tief hatte er in die Geschichte von Völkern zu blicken versucht, um daraus die entscheidende Aufgabe von Politik abzuleiten: Dienen für das Volkstum, jedoch nicht theoretisch. Nein, man benötige dazu ein „ausgezeichnetes brutales Brecheisen“. Im „Daseinskampf“ komme es auf blinden Glauben und Tatkraft an. Nur eine disziplinierte Organisation wie seine Partei könne die Gegner an den Punkt bringen, „an dem der Feind den Stoß ins Herz hinein erhält“.

Als eigentlicher Höhepunkt des ganzen Spektakels galt am Nachmittag ein Marsch von etwa 5000 Mitgliedern und Anhängern der NSDAP durch die Straßen der Klassikerstadt. Angereist waren sie aus allen Teilen Deutschlands, ein großer Teil davon aus Bayern. Vor dem Theater begrüßte Hitler erstmals mit der erhobenen rechten Hand, dem importierten „römischen“ Gruß. Ihn hatte man gewählt, um nicht allzu offensichtlich die Nähe zum Gruß deutscher Militärs zu bezeugen. SA und SS formierten sich zu einem „Generalappell“. Pseudoreligiöse Rituale wie

die „Fahnenweihen“ bezeugten die künftige szenische Selbstdarstellung der Nazis. Für den Abend waren „öffentliche Massenversammlungen“ in drei Sälen vorgesehen.

Politischer Terror

Die Nazis spielten sich in diesen Tagen als Herren der Stadt auf, und viele Einwohner erwiesen sich durchaus als famose Gastgeber. Zwar hatte es einen Beschluß gegeben, der die Nutzung Thüringer Theater für politische Zwecke grundsätzlich untersagte, dennoch war der NSDAP von der Landesregierung am 30. April 1926 die Durchführung ihres Spektakels genehmigt worden. In der Stadt erlebten viele Bürger auf der Straße, was eine Herrschaft der Nazis bedeuten würde: Waffen wurden offen zur Schau getragen, Arbeiter von ihren Fahrrädern gezerrt, zwei über ein Brückengeländer in die Ilm geworfen. Wer jüdisch aussah oder kein Hakenkreuz trug, lief Gefahr, verprügelt zu werden. Rufe erschallten in Weimar wie „Wir schießen auf die Judenrepublik!“, „Haut sie raus, die Judenbande, aus unserem deutschen Vaterlande!“ und „Zum Putsch, zum Putsch sind wir geboren, dem Adolf Hitler haben wir's geschworen!“ Für große Aufregung sorgten Ausschreitungen randalierender Nazis, insbesondere jedoch die Tatsache, daß ein Polizeioberwachtmeister angeschossen worden war und in Lebensgefahr schwebte.

Das militante Auftreten sollte Stärke, Gewalt und Macht demonstrieren, einschüchtern und zugleich mobilisieren. Solches Gebaren empfahl Hitler generell, vor allem auch für Demonstrationen der Partei in kleineren Orten, denn – so lautete seine Begründung – geschlossen marschierende 300 Mann würden auf dem Lande besonders wirken, hingegen als ein „verlorenes Häuflein in der Steinwüste einer Stadt“ untergehen.

Tatsächlich war es der NSDAP gelungen, in aller Öffentlichkeit zu demonstrieren, daß sie ihre Krisen nach dem gescheiterten Putsch in München hatte überwinden können. Sie erwies sich bereits als eine straff ausgerichtete Parteiorganisation, in der die Chefs – vor allem der „Führer“ – einer disziplinierten Mitgliederschar nichts anderes als Befehle zu erteilen hatten. Es zeigte sich in erschreckendem Ausmaß, welche Ansprüche sie seit ihrer Neukonstituierung im Februar des Vorjahres hatte entwickeln können. Sie trat gefestigt in Erscheinung, erhob neue Ansprüche und erlebte wachsende Unterstützung. Terror gehörte von Anfang an zu den konstitutiven Elementen ihrer Politik.

In anderen Ländern des damaligen Deutschen Reiches wäre es der NSDAP kaum möglich gewesen, eine solche Veranstaltung durchzuführen. Selbst Proteste des Weimarer Stadtrates gegen den Naziterror verurteilte der Innenminister Thüringens, ein Mitglied der konservativen Deutschnationalen Volkspartei, ausdrücklich als falsch und voreilig. Dieses Verhalten einer rechts-orientierten Regierung und der Landtagsmehrheit bot in mancher Hinsicht einen Auftakt auch für vielgestaltige Formen einer Unterstützung der NSDAP durch Angehörige der wirtschaftlichen, militärischen, staatsbürokratischen und geistigen Eliten der deutschen Gesellschaft. Großzügige Duldung, stillschweigendes Umgehen gesetzlicher Vorschriften, tatenlose Hinnahme nazifaschistischer Terrorakte, verständnisvolle Entschuldigungen von Verstößen gegen die Weimarer Verfassung, diskrete Empfehlungen zur Verbesserung von Programm und Taktik, ständige Einbeziehung in den großen Kreis revanchistischer und chauvinistischer Organisationen sowie die fördernd-fordernde Anerkennung jedes militanten Antikommunismus – diese Faktoren bestimmten Mitte der zwanziger Jahre das Verhältnis der Herrschenden zur Partei des deutschen Faschismus.

Der Parteitag von 1926 hatte Türen geöffnet – kein Wunder, daß sein zehnter Jahrestag 1936 an gleicher Stelle mit pompösem Aufwand gefeiert werden sollte.

Aus den Quellen:

Nach jahrelangen unerhörten Verfolgungen und Schikanen von seiten der ehemaligen sozialdemokratisch-kommunistischen Regierung Thüringens, verbunden mit einer der sogenannten freiheitlichen Verfassung des Juden Preuß hohnsprechenden, vollständigen Unterdrückung unserer Presse, bewies blitzartig der gewaltige Wahlerfolg der Nationalsozialisten, daß vor allem unsere nationalsozialistische Idee und deren Träger den Sturz des marxistisch-kommunistischen Systems herbeigeführt hatten. (...) Dieser rastlosen und aufopferungsvollen Agitation der thüringischen Nationalsozialisten ist es zu danken, daß das Thüringer Land wieder national geworden ist.

junge Welt, Sonnabend, 02.07.2011, S. 15.

„Diktatorische Machtbefugnisse“

Vor 90 Jahren: Hitler manövriert sich an die Spitze der NSDAP

Gewaltbereitschaft, terroristische Aktionen und Putschversuche gehörten von Anfang an zum Politikarsenal deutscher Faschisten, die sich seit 1919/20 in der NSDAP zu sammeln begannen. Zwar war im März 1920 der Versuch der Herren Kapp und Lüttwitz gescheitert, eine offene Militärdiktatur zu errichten sowie die Ergebnisse des verlorenen Weltkrieges und der Novemberrevolution zu revidieren – dank des Generalstreiks von zwölf Millionen Arbeitern und anderer demokratischer Kräfte. Doch der Gedanke an einen gewaltsamen Sturz der Weimarer Republik nahm in der Vorstellungswelt seiner Initiatoren und Befürworter nach wie vor einen bedeutsamen Platz ein. Dazu trug u. a. bei, daß in Bayern die Reaktion trotz der Niederlage Kapps zufrieden sein konnte: Fast alle Ziele des Putsches hatten sich in ihrem Land erreichen lassen, sozusagen auf kaltem Wege. Das sozialdemokratische Kabinett sah sich massiv unter Druck gesetzt und mußte am 16. März einer rein bürgerlichen Regierung unter dem rechtskonservativen Monarchisten Gustav Ritter von Kahr weichen. Vor allem mit Hilfe der 300.000 Mitglieder zählenden bayerischen Einwohnerwehren gelang es, den Freistaat zu einer „Ordnungszelle“ Deutschlands zu machen, zu einer Hochburg monarchistisch-partikularistischer Kräfte, zum Schlupfwinkel rechtsradikaler Terrorgruppen und damit auch zur Brutstätte völkisch-faschistischer Organisationen.

Es war vor allem die NSDAP, die von den veränderten Verhältnissen profitierte. Ihr Treiben wurde u. a. vom Münchner Polizeipräsidenten Ernst Pöhner und Wilhelm Frick, dem Leiter der Politischen Polizei, mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gedeckt. Auch die neue bayerische Landesregierung hielt schützend ihre Hände über die Partei, empfand sie diese doch als eine willkommene Unterstützung ihrer eigenen, gegen die Reichsregierung gerichteten Bestrebungen sowie ihrer partikularistischen und teilweise sogar separatistischen Vorhaben. Sie bezeichnete die Verhältnisse im Norden Deutschlands als „bereits halb bolschewistisch“, die Reichsregierung in Berlin als eine „verschleierte Sowjetregierung“. Im Mai 1921 empfing Kahr erstmalig eine Delegation der NSDAP, vom Willen geleitet, alle „nationalen Kräfte“ gegen die vom Zentrumspolitiker Joseph Wirth geleitete Reichsregierung zu sammeln. Die Aktivitäten der deutschen Faschisten pauschal entschuldigend wie auch gleichzeitig rechtfertigend, begründete Kahr sein Verhalten mit dem Satz: „Gäbe es keinen linksgerichteten Radikalismus, so gäbe es auch keinen rechtsgerichteten nationalistischen ...“

Im Rahmen ihrer Vorbereitungen auf einen neuen Putsch richteten sich die Blicke der -NSDAP-Führer bereits 1920 über die bayerischen Landesgrenzen hinaus. Sie trachteten danach, rechtsextreme Organisationen in Deutschland zusammenführen und unter eigener Regie zusammenzuschließen. Gemeinsam mit Vertretern der 1919 entstandenen völkischen Deutschsozialistischen Partei (DSP) des Ingenieurs Alfred Brunner, der Deutschen Arbeiterpartei Württembergs, der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei und der Nationalsozialen Partei Oberschlesiens nahmen Anton Drexler als Vorsitzender der NSDAP und Hitler als deren Propagandaverantwortlicher am 7. und 8. August 1920 an einer „Zwischenstaatlichen Tagung der Nationalsozialisten des gesamten deutschen Sprachgebietes“ sowie am Parteitag einer deutsch-österreichischen Organisation in Salzburg teil. Für die angestrebte Nationalsozialistische Partei des deutschen Volkes – einer über die Grenzen des Reiches hinausgreifenden Organisation – wurde die Bildung einer Kanzlei unter Leitung des Österreichers Walther Riehl beschlossen. Während die NSDAP nach dem euphorisch gefeierten, in Wirklichkeit jedoch unrealen und völlig wirkungslosen Zusammenschluß die österreichischen Gesinnungsbrüder mit Geld und Rednern unterstützte, verstärkten sich die Spannungen zwischen ihr und der Partei „Brunner“ Brunners.

Erste Krise der Nazipartei

Zwar waren zwischen den beiden Parteien Vereinbarungen über die Abgrenzung der Wirkungsgebiete in Süd- und Nordwestdeutschland getroffen worden, doch das beachteten die Konkurrenten kaum. Differenzen in taktischen Fragen und in der jeweils unterschiedlichen, immer aber demagogischen Hervorhebung des „Nationalen“ oder des „Sozialen“ verhinderten die beschworene völkische Einheit. Beide Parteien verfolgten das Ziel, die neue Bewegung zu vereinheitlichen, sie zugleich aber unter die eigene Führung zu bekommen. Es war vor allem die Gruppe um Hitler, die jede Fusionsbestrebung ablehnte. Sie strebte nach einer völligen Unterordnung anderer Gruppen unter ihre Partei, weil sie befürchtete, Kompromisse eingehen zu müssen und damit die NSDAP zu schwächen. Den Brunner-Leuten wurde vorgeworfen, sie gäben sich mit der „traditionell gewordenen Kampfweise von früher [...] zufrieden“ und hätten sich vollständig „in das sogenannte demokratische Prinzip“ verrannt. Natürlich ging es Hitler auch um seinen Platz an der Spitze der Partei, wenngleich er mitunter davon sprach, lediglich ihr „Werbeobmann“, ihr „Trommler“ sein zu wollen. Im Grunde funktionierte Hitler damals, wie jüngst der Historiker Ludolf Herbst feststellte, im Rahmen jener Erwartungen, die bayerische Reichswehrführer in ihn gesetzt hatten.

In der ersten großen Krise der Nazipartei gingen im Sommer 1921 vor allem die Ansichten zur Übereinkunft mit der DSP weit auseinander. Trotz einer offiziellen Absage beteiligten sich Drexler und andere Ausschußmitglieder der NSDAP Ende März 1921 am Parteitag der Deutschsozialisten in Zeitz. Sie suchten nach einem Kompromiß, der als Grundlage für eine Vereinigung beider Parteien sowie mit weiteren völkischen Organisationen hätte dienen können. Gleichzeitig meldeten sich Kritiker Hitlers aus den eigenen Reihen zu Wort. In einer „Erklärung des bisherigen revolutionären Ausschusses der NSDAP“ wurde gegen den „König von München“ gewettert. Eine andere Gruppe gab vor, den „im Laufe der Zeit durch demagogische Schädlinge und diktatorische Streber in die Partei getragenen Geist bekämpfen zu wollen, der dem uns bei anderen Parteien so verhaßten Bonzentum aufs Haar gleicht“.

Als sich Hitler längere Zeit in Berlin aufhielt, wo er vor allem finanzielle Quellen für den in Schwierigkeiten geratenen *Völkischen Beobachter* zu erschließen suchte, nutzte die Gruppe um Drexler die Gelegenheit, um ihre Auffassungen in der Münchener Organisation durchzusetzen. Sie lud Otto Dickel von der Augsburger Deutschen Werkgemeinschaft, der ebenfalls als ein zugkräftiger Redner galt, zu einer großen Veranstaltung ein. Hier vertrat er die Auffassung, daß der völkische Kampf der Judenherrschaft und nicht so sehr dem Judentum gelte. Er erklärte auch, der Großgrundbesitz sei „an Gefährlichkeit dem Judentum gleich“. Solche Aussagen konnten, ja sie mußten sogar als Kritik sowohl an einigen Punkten des rassistisch-antisemitischen Programms der NSDAP als auch an Hitler empfunden werden. Dickels werkgemeinschaftlichen und von Oswald Spengler beeinflussten „abendländischen“ Ideen paßten nicht in das Konzept jener Kreise, die gerade im ersten Halbjahr 1921 die Aktivierung der NSDAP und ihrer terroristisch-demagogischen Methoden zur Gewinnung größerer Anhängerscharen betrieben. So stellten sie ihre Taktik strikt der von Dickel, Drexler und anderen vertretenen Konzeption entgegen. Kompromisse lehnten sie ab – Unterordnung statt Vereinigung, so lautete ihr Motto.

Innerparteilicher Streit

Die innerparteilichen Auseinandersetzungen ergaben sich ebenso aus unterschiedlichen Auffassungen über die von Deutschland in dieser Situation zu betreibende Außenpolitik. Unter dem Druck der Siegermächte hatte die Regierung nach langem Sträuben im Juni 1921 auch in Bayern die Einwohnerwehren auflösen müssen. Nun wurde nach einer Möglichkeit der weiteren Nutzung dieses paramilitärischen Potentials gesucht. Zugleich spitzte sich in Deutschlands wirtschaftlichen und politischen Eliten generell der Streit um die von den Alliierten ge-

forderten Reparationen zu. Realistisch denkende Kräfte zeigten sich bereit, die Zahlungsbedingungen zumindest teilweise zu erfüllen. Sie demonstrierten „guten Willen“ und versuchten, mit den Entente-Mächten ein Übereinkommen zu erzielen und diese zum Nachgeben zu bewegen, gestützt auf das drohend gebrauchte Argument, bei einer zu starken Ausbeutung und Ausplünderung der werktätigen Bevölkerung würde in Deutschland die Gefahr einer sozialistischen Revolution gegeben sein. Gegenüber diesen „Erfüllungspolitikern“ traten andere dafür ein, die Reparationsforderungen nicht zu erfüllen, selbst wenn daraus chaotische Verhältnisse erwachsen sollten. Angesichts des Londoner Ultimatums der Siegermächte, das die Anerkennung der Reparationen in Höhe von 132 Milliarden Goldmark forderte, demissionierte die vom Zentrumsolitiker Konstantin Fehrenbach geleitete Reichsregierung. Sie machte Anfang Mai 1921 einem Kabinett Platz, dem Joseph Wirth, ein Politiker aus dem linken Flügel des Zentrums, vorstand und das zur „Erfüllung“ der alliierten Bestimmungen bereit war.

Die Auseinandersetzungen unter den Herrschenden Deutschlands widerspiegeln sich auch im völkischen Lager. In dieser Situation hätte ein Kompromiß mit der DSP dazu führen können, die extrem rechten Positionen der NSDAP zu schwächen. Hitler – nachdem er zunächst wenig unternommen und nur gelegentlich mit Zornesausbrüchen reagiert hatte – sah sich schließlich veranlaßt, offensiv und provokant zu handeln: Überraschend erklärte er am 11. Juli 1921, nachdem die innerparteilichen Querelen nicht abflauen wollten und keine der beiden Gruppierungen über die andere triumphieren konnte, seinen Austritt aus der NSDAP. Mag dieser Schritt aus Unnachgiebigkeit, aus Enttäuschung über die eigene Ausstrahlungskraft oder als berechnendes Druckmittel erfolgt sein, die NSDAP geriet dadurch in ein Dilemma. Die Drexler-Gruppe wollte Hitler als gewieften Demagogen nicht entbehren, zudem befürchtete sie, er könnte eine neue Partei gründen. Sie gab nach. Hitler zeigte sich daraufhin sofort bereit, seinen Austritt zu revidieren. Jedoch formulierte er am 14. Juli sechs Bedingungen, von deren Realisierung er seinen Wiedereintritt abhängig machte: Der Ausschuß sollte binnen kurzer Zeit von einer außerordentlichen Mitgliederversammlung neu gewählt werden, wobei Hitler für sich den Posten des ersten Vorsitzenden forderte. Die Partei müsse von „fremden Elementen“ gereinigt werden, wozu ein eigener Aktionsausschuß einzusetzen sei. Hitlers Forderungen nach „diktatorischer Machtbefugnis“ bezogen sich zunächst auf das Recht, einen solchen dreiköpfigen Aktionsausschuß zu benennen. Ferner wollte er festgelegt wissen, daß München der Sitz der Bewegung zu bleiben habe und keine Vereinigung mit anderen Parteien statfinde. Jede „weitere Veränderung des Namens oder des Programms“ sollte nach Hitlers – übrigens völlig unlogischen – Worten „ein für allemal zunächst auf die Dauer von sechs Jahren vermieden“ werden.

Nach der Annahme dieser Bedingungen raffte sich der alte, offiziell noch an der Spitze der NSDAP stehende Ausschuß doch noch einmal auf und versuchte, dem Propagandaverantwortlichen den Boden für allzu große Ansprüche zu entziehen. Hermann Esser, ein fanatischer Anhänger Hitlers und wie dieser über die Reichswehr zur Partei gekommen, wurde ausgeschlossen. Oskar Körner, der ebenfalls Hitler unterstützte, mußte von seinem Amt als stellvertretender Parteivorsitzender zurücktreten. Am 20. Juli 1921 verbreiteten einige Parteimitglieder das anonyme Flugblatt „Adolf Hitler Verräter?“. Es enthielt zahlreiche Vorwürfe und fragte nach Hitlers „dunklen Hintermännern“. Drexler erbat am 21. Juli sogar von den Beamten der Münchener Polizeidirektion faktisch eine Unterstützung für seine Richtung, die „den gesetzlichen, parlamentarischen Weg einschlage“, gegenüber der Hitlerschen, die nach seinen Worten „die Parteiziele auf revolutionärem Wege unter Anwendung von Gewalt verwirklichen wolle“. Vor der für den 26. Juli angekündigten Gründung einer neuen Partei Hitlers kapitulierte Drexler jedoch endgültig und „versöhnte“ sich mit Hitler, wobei der bekannte völkische Dichter Dietrich Eckart zu vermitteln verstanden hatte.

Führerkult und Terror

Am 29. Juli 1921 entsprach eine außerordentliche Mitgliederversammlung im Münchner „Zirkus Krone“ Hitlers Forderung und erhob ihn zum Vorsitzenden der NSDAP. Drexler wurde auf den Posten eines Ehrenvorsitzenden abgeschoben. Mit diesen Entscheidungen reagierten die Nazis auf ihre Weise. Sie ergaben sich aus einer zerfahrenen Situation, weniger aus einer von Hitler längst eingeleiteten und planmäßig vorbereiteten Aktion, um sich selbst als „Führer“ durchzusetzen. Ihre Folgen gingen jedoch in Umfang und Bedeutung weit über vergleichbare Regelungen anderer politischer Parteien hinaus. Die Tür für den Weg zu einer völlig entdemokratisierten, autoritär geführten und gewaltenthemmten Partei stand offen. Mehr und mehr wurden durch sie wesentliche Elemente des militärischen Führer-Gefolgschaftsprinzips auf eine zivile Organisation übertragen. Die Konsequenz der Entwicklung zu einer diktatorisch geleiteten, jegliches demokratisches Gebaren entbehrenden bürgerlichen Partei lag in der Sache begründet: Wie anders konnte ein terroristisches Regime angestrebt werden als mit einem Diktator, einem Führer, einem „Auserwählten“ und möglichst auch von Gott Begnadeten an der Spitze. Und Hitler – zunächst noch bemüht, weitere Auseinandersetzungen zu verhindern – nutzte die ihm zugesprochenen diktatorischen Vollmachten. Sein Ehrgeiz, Geltungsdrang und Machtwillen entsprachen den erstrebten Zielen und prägten in der Folgezeit immer stärker die Entwicklung der NSDAP zu einer faschistischen „Führer“-Partei.

Die innerparteilichen Veränderungen vom Juli 1921 und die allen autoritär-hierarchisch strukturierten Organisationen wesenseigene Tendenz, einen „starken Mann“ an ihrer Spitze herauszustellen, ermöglichten das Wirken Hitlers als eines unumstrittenen und allgemein anerkannten „Führers“ der NSDAP. Sie bildeten ebenso wie die allgemeinen Führererwartungen jener Zeit einen tragfähigen Boden für eine sich schrittweise steigende Beweihräucherung und Verherrlichung Hitlers, die sich zu einem schließlich umfassende und teilweise auch makabre Formen annehmenden Kult um ihn auswuchsen. Auch um den nach wie vor in der Partei schwelenden Mißstimmungen begegnen zu können, stellte man die mühsam durchgesetzte Entscheidung als ein Problem von lediglich personeller Natur dar. Hitlers Fähigkeiten und Leistungen in der Partei wurden nunmehr in besonderem Maße hervorgehoben. Als einer der ersten veröffentlichte Eckart bereits am 4. August 1921 im *Völkischen Beobachter* eine Lobeshymne auf den – alsbald so titulierten – „Chef“ der Partei. Ihm ging es dabei weniger um die Person als vielmehr um die Verbreitung seiner Vorstellung von einem neuen „Führer“, einem Diktator, dessen Notwendigkeit und Gestalt er in internem Kreise beschrieb. In untertäniger Euphorie nahm sich – lange bevor Joseph Goebbels zum Prediger des Hitlerkultes avancieren sollte – vor allem Rudolf Heß der selbstgestellten Aufgabe an, Hitler als den neuen „Führer“ zu preisen. Nach der Juli-Krise schrieb er: „Seid ihr wirklich blind dagegen, daß dieser Mann die Führerpersönlichkeit ist, die allein den Kampf durchzuführen vermag?“

Unverkennbar dominierten seit 1921, auch als Ergebnis der nunmehr durchgesetzten autoritären Strukturen, Bestrebungen zum Aufbau einer parteieigenen Bürgerkriegstruppe. Ansätze dazu waren schon zuvor erkennbar: Vor und während der Juli-Krise hatte sich Hitler bereits mit einer „Schutz“-Truppe umgeben. Schläger u. a. aus den Reihen des Freikorps Oberland – bezahlt mit einem Tagegeld zwischen 15 und 60 Mark – sollten Veranstaltungen „schützen“. Am 3. August 1921 wurde offiziell die Sport- und Turnabteilung ins Leben gerufen, jene bald als Sturmabteilung (SA) bezeichnete Schlägergarde der NSDAP. Ihr erster Leiter, Hans Ulrich Klitzsch, kam aus jener berüchtigten Marinebrigade II unter Korvettenkapitän Hermann Ehrhardt, die bereits aktiv am Kapp-Putsch mitgewirkt hatte. Gleich ihm fanden auch andere ehemalige Soldaten in der SA eine neue „Heimat“, nachdem unter dem Druck der Entente die Einwohnerwehren und andere paramilitärische Verbände endgültig aufgelöst worden waren.

Die SA sollte alle jugendlichen Parteimitglieder umfassen. Sie wurde offiziell mit der Aufgabe betraut, den „Saalschutz“ für die eigenen Veranstaltungen zu gewährleisten, erwies sich jedoch von Anfang an als Bestandteil jener Vielzahl von Versuchen, die in Deutschland unternommen wurden, um die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages zu unterlaufen. Unbekümmert sprach Klintzsch im *Völkischen Beobachter* vom 14. August 1921 über die Aufgabe der SA, „eiserne Organisation“ und „Sturmbock“ zu sein. Eine weitere Aufgabe der SA sei es, „Trägerin des Wehrgedankens eines freien Volkes“ zu sein. Für Hauptmann Ernst Röhm, den wahrscheinlich bedeutendsten Unterstützer und „Ziehvater“ der SA, galt die Politik ohnehin nur als die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Jeder SA-Mann hatte sich schriftlich zu verpflichten, „jederzeit bereit zu sein, im Kampfe um die Ziele der Bewegung Leib und Leben einzusetzen“ und den „militärischen Vorgesetzten und Führern gegenüber [...] unbedingten militärischen Gehorsam“ zu leisten.

Formierung und Ausbau der SA wären ohne die eilfertigen Hilfeleistungen von Reichswehr und Freikorps, ohne Unterstützung und Ausbildung insbesondere durch Hermann Ehrhardt (der zugleich den geheimen Bund Organisation Consul aufbaute, aus dem die Mörder von Erzberger und Rathenau hervorgingen), Franz von Epp, Ernst Röhm und andere Reichswehroffiziere nicht möglich gewesen. Erst dadurch konnte sie sich als ein Sammelbecken von Nationalisten, Rassisten und Terroristen großen Anteil an Entfaltung und Aufstieg der NSDAP sowie am Weg Deutschlands in die größte Katastrophe erwerben.

junge Welt, Freitag, 29.07.2011, S. 10.

Eine Spurensuche

Erika Schwarz beleuchtet in einer Studie das Leben des jüdischen Bankiers Siegfried Bieber

Wer war der Mann? Habe ich seinen Namen schon einmal vernommen? Welche Rolle spielte er? Weshalb verdient die Biographie Siegfried Biebers, dem Dunkel entrissen zu werden? So wird mancher Leser fragen, nimmt er das hier vorzustellende Buch oder auch nur diese Rezension zur Kenntnis. Unwissend war auch der Verfasser, sehr dankbar indessen für bemerkenswerte Aufklärung nach der Lektüre von rund 170 Seiten – alle prall gefüllt mit detaillierten Schilderungen des Lebensweges eines jüdischen Bankiers und seiner Familie, aus der 34 Angehörige den faschistischen Mördern zum Opfer fielen. Das von der Kulturstiftung Liechtenstein geförderte Buch liefert das Bild einer Tragödie – eines von Millionen ...

Ganzheitlicher Ansatz

Die Historikerin Erika Schwarz – sie trat bereits mit mehreren Publikationen in Erscheinung und verfolgte zuletzt die Spur des Hans Globke im Gedächtnis von Überlebenden der Shoah (siehe jW vom 14./15.11.2009) – legt nun das Ergebnis einer zehnjährigen und nahezu kriminalistisch zu nennenden Arbeit vor. Veranlaßt sah sie sich dazu, als sie sich mit dem Außenlager Dahmschöde des KZ Ravensbrück befaßte. Vor Ort begegneten ihr vage Erzählungen, ein Jude habe das Schloß erbauen lassen, der zwar emigriert, aber in einem KZ zu Tode gekommen sei. Im einleitenden Abschnitt „Spurensuche“ berichtet sie, welche Wege sie für ihre Untersuchungen beschritt, wie Schwierigkeiten überwunden werden konnten, welche Hilfe ihr gewährt, welche verweigert worden ist.

Man könnte von einem ganzheitlichen Ansatz sprechen, den Schwarz ihrer Darstellung von Biebers Lebensweg (1873–1960) zugrundelegt. Während Wikipedia für ihn nur die Begriffe „Bankier“ und „Kunstsammler“ nennt, verwendet sie deren vier: Da wird nicht allein der Beruf benannt, sondern auch auf seine jüdische Herkunft, auf seine soziale Stellung und nicht zuletzt auf sein politisches Schicksal verwiesen. Das unmittelbar Biographische, das sich ja über mehrere und dazu noch recht unterschiedliche Phasen deutscher Geschichte erstreckt, wird in diese eingebettet und/oder aus ihr abgeleitet. Individuum und Gesellschaft, Lebenschancen und Karriere, Familie und menschliche Solidarität sowie Brüche und Ausgrenzung – all das scheint im ungewöhnlichen Lebensweg auf, den Schwarz sorgfältig beschreibt.

Die Darstellung gliedert sich in fünf Kapitel. Im ersten werden zunächst die in Westpreußen liegenden Wurzeln des 1873 Geborenen aufgespürt. Seine „Lehrjahre“ verbrachte er in Danzig und Berlin, seit 1892 arbeitete er in Hamburger Kaufmannshäusern, von 1896 bis 1900 in London, danach in New York. Der junge, aufstrebende Bankangestellte sah sich dank seiner Fähigkeiten und Leistungen rasch anerkannt und gefördert. 1911 führte der Weg wieder nach Europa, wo man Bieber die Leitung der Londoner Filiale der Banca Commerciale Italiana übertrug. Schmerzhaft unterbrach der Krieg die Tätigkeit auf internationalem Parkett, doch danach erleichterten ihm offensichtlich gerade die im Ausland gewonnenen Erfahrungen den Aufstieg an die Spitze der Berliner Handels-Gesellschaft. Von dieser wird mitgeteilt, daß sie weniger das aufwendige Geschäft mit Kleinkunden betrieb und sich eher auf das Aktien- und Devisengeschäft konzentrierte. Sie gehörte zu den acht Instituten, die insgesamt 87 Prozent des deutschen Bankkapitals auf sich vereinigten.

Ende einer Karriere

Biebers offensichtlich gewinnbringende Tätigkeit wird im zweiten Kapitel beschrieben. Darzustellen, wie dies finanztechnisch funktionierte und wie dies in die Politik hinein wirkte, gehörte nicht zum Untersuchungsgegenstand. Es lag wohl auch außerhalb der Möglichkeiten. Ausführlich wird indessen belegt, in welchem Wohlstand der begüterte Bankier leben konnte,

sei es in Berliner Hotels, im 1923 bezogenen 35 Räume umfassenden Dahlemer Haus oder seit 1930 auf dem Gut Dahmshöhe. Wie wenig er sich mit Politischem befaßte, läßt sich aus der kurz erwähnten Tatsache erkennen, daß sein schloßartiges Gebäude ausgerechnet der deutsch-völkische Architekt Paul Schultze-Naumburg erbauen durfte. Dieser hatte 1928 seine Anschauungen unter dem Titel „Kunst und Rasse“ präsentiert und reinigte 1930 im Auftrag des Naziministers Wilhelm Frick Weimarer Kultureinrichtungen von „kunstbolschewistischen“ Tendenzen.

Die umfangreichsten Teile des Buches befassen sich mit dem erzwungenen Ende einer Karriere, dem Aufenthalt in Amsterdam und im schweizerischen Maroggia, dem Ringen um die Staatsbürgerschaft Liechtensteins und schließlich mit den verschlungenen Wegen, die aus Europa über Südamerika wieder in die USA führten. Der Leser erfährt an Biebers Beispiel, wie die Nazis und arische Konkurrenz konkret vorgehen, um jüdisches Kapital zu enteignen, in welcher Höhe „Fluchtsteuern“ und viele andere schikanöse Gebühren erhoben wurden. Die Autorin informiert zugleich ausführlich, wie großzügig Bieber mit den ihm verbliebenen Geldern anderen Familienmitgliedern finanziell beistand. Ebenso unterstützte er viele jüdische Organisationen, ohne seine Hilfe von der Sympathie für diese oder jene Richtung des religiösen Judentums abhängig zu machen. Wie er generell zu seiner jüdischen Herkunft stand, ließ sich nicht ermitteln; es fehlen schlicht und einfach Quellen. Auf unschlüssige Annahmen und Vermutungen wollte sich Schwarz nicht einlassen.

Mit dem Gespür für Besonderes, ja Herausragendes geht die Autorin im letzten Teil den Schicksalen nach, die mehr als 70 Verwandte des Bankiers erlitten. Dabei spielt die zumeist finanzielle Beihilfe oft eine existenzsichernde Rolle. Das Bild der Familie wird abgerundet durch die Stammbäume der Biebers sowie der Familie, aus der seine Ehefrau Josephine stammte. Schwarz verfolgt schließlich nicht nur den Lebensweg des Ehepaares in der Nachkriegszeit bis zum Tod Siegfried Biebers im Jahre 1960 und dem seiner Frau zehn Jahre darauf, sondern auch die umfangreiche Spendentätigkeit zum Wohle zahlreicher Einrichtungen und Vereine. Zwei Exkurse gelten dem KZ-Außenlager Dahmshöhe und der Entwicklung des Schlosses bis zur heutigen Nutzung als Kinderkurheim.

Das Geleitwort Kurt Pätzolds bescheinigt der Autorin, in mehrfacher Hinsicht Außergewöhnliches geleistet zu haben. Und dies mit Recht!

Erika Schwarz: „... zu Lasten meines Conto's“ Siegfried Bieber – Jude – Bankier – Gutsbesitzer – Emigrant. Hentrich & Hentrich Verlag, Berlin 2011, 176 Seiten, 29,90 Euro

Quelle: Zum Testament Siegfried Biebers

Den Menschen Bieber spiegelt das Testament wider, das er fast zwei Jahre vor seinem Tod am 16. Januar 1959 verfaßt und am 22. März 1960 mit einer Ergänzung versehen hatte. Er bestimmte Josephine zu seiner Haupterin. Aus seinem Kunst- und Antiquitätenbesitz sollte sich das Metropolitan Museum of Art der Stadt New York die für seine Zwecke interessanten Stücke auswählen und übernehmen; eine Gabe, die als sein und Josephines gemeinsames Geschenk gelten sollte. Weiterhin bedachte er mehr als 30 Personen, Institutionen und Organisationen mit verschiedensten Teilen seines Nachlasses. Darunter waren Verwandte, die in den USA, Europa und in Israel lebten, wie die aus Josephines Familie in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik. Auch Freunde in den USA, sein ehemaliger Sekretär Franz Berends in Berlin sowie Angehörige seines Dienstpersonals in New York und Maroggia wurden bedacht. Finanzielle Unterstützung sollte ein Krankenhaus in New York mit der Auflage erhalten, die Pflege bedürftiger und an Krebs erkrankter Menschen zu verstärken. Eine Zuwendung von 20.000 Dollar erhielt die „Infirmary for Woman and Children“, womit künftig ein Bett für einen an Krebs leidenden Patienten subventioniert werden sollte. Beträchtliche Dollarbeträge empfangen eine Jugendhilfseinrichtung, eine Organisation, die sich für soziale

Gerechtigkeit und den Frieden in der Welt einsetzte, die Heilsarmee in New York und eine katholische Kirche. Als Testamentsvollstrecker und Treuhänder hatte Siegfried Bieber seine Frau und seinen Freund und Anwalt René Loeb benannt. In einem Zusatz zum Testament bestimmte er Zuwendungen für die Park East Synagoge (Congregation Zichon Ephraim), verbunden mit dem Wunsch, daß am Jahrestag seines Todes Gebete gesprochen würden.

Mit dem Blick auf sein Lebensende hatte Siegfried ein halbes Jahr vor seinem Tod, am 16. März 1960, gemeinsam mit Josephine eine Stiftung gegründet, die vor allem karitativen und kulturellen Zwecken dienen sollte. Der „Siegfried and Josephine Bieber Foundation“ war der Rest des Hauptteils der Erbmasse zugedacht (...)

Aus dem Buch von Erika Schwarz, a. a. O.

junge Welt, Sonnabend, 20.08.2011, S. 15.

„Heilig soll uns der Mörder sein ...“

26. August 1921:

Mitglieder der Organisation Consul erschießen den Zentrumsolitiker Matthias Erzberger

In der jungen Weimarer Republik gingen zahlreiche politische Morde auf das Schuldkonto der politischen Reaktion und ihrer paramilitärischen Organisationen, die sich sorgfältig gehätschelt sahen von Reichswehr- und Wirtschaftsführern, von konservativen Politikern und Staatsbeamten aus Polizei und Justiz. Aus der langen, langen Liste – gewissenhaft von Emil Julius Gumbel eruiert (siehe jW vom 18./19.6.2011) – ragt der Mord an Matthias Erzberger in mehrfacher Hinsicht heraus: Die Schüsse nationalistischer Terroristen vom 26. August 1921 zielten nicht allein auf den erbittert gehaßten Mann, sie galten darüber hinaus allem, was seit dem Ende des Weltkrieges in und nach der Novemberrevolution an Veränderungen im politischen Herrschaftssystem von proletarischen und bürgerlich-demokratischen Kräften hatte durchgesetzt werden können. Die Untat traf ebenso das Streben nach friedlichen internationalen Beziehungen, die nach dem erklärten Willen der Siegermächte durch eine weitgehende Beschränkung der militärischen Kräfte des Reiches gesichert werden sollten.

Der Frevel gegen Erzberger stand zudem am Beginn einer neuen Welle des mörderischen Terrors, die sich nach wie vor gegen die Arbeiterbewegung richtete, zunehmend aber auch gegen jene Teile der Bourgeoisie, die sich auf die Realität bestehender Verhältnisse einzustellen bereit zeigten. Bereits am 9. Juni 1921 war der bayerische USPD-Abgeordnete Karl Garais vor seiner Wohnung niedergeschossen worden. Im Oktober 1921 und am 4. Juni 1922 verfehlten Attentate gegen die Sozialdemokraten Philipp Scheidemann und Erhard Auer nur knapp ihr Ziel. Am 22. Juni 1922 erlag Walther Rathenau seinen Mördern, die dann auch Reichskanzler Joseph Wirth ins Visier nahmen.

Das Attentat auf Erzberger erfolgte außerordentlich hinterhältig, mit entmenschter Brutalität, einer Hinrichtung gleich. Zwei skrupellose junge Männer nutzten dessen Angewohnheit, während seines Erholungsurlaubs im Schwarzwald ausgedehnte Morgenspaziergänge zu unternehmen. Als er zusammen mit seinem Gesprächspartner, dem Reichstagsabgeordneten Carl Diez von der katholisch-großbürgerlichen Zentrumspartei, die gewundene Straße von der Spitze des Kniebis hinunter nach Bad Griesbach beschritt, sprangen die Attentäter aus einer Waldschneise hervor. Einer trat dicht an den völlig Überraschten heran und gab zwei Schüsse auf ihn ab. Schwer verletzt schleppte sich der Getroffene zu einem nahe gelegenen Abhang und rollte ein paar Meter hinunter. Mehrmals feuerten beide Attentäter auf ihn. Einer kletterte dann noch hinab und schoß dem Sterbenden mehrmals in den Kopf.

Organisierter Terrorismus

Die Mörder gehörten, wie sich rasch herausstellte, der terroristischen Organisation Consul (OC) an. Diesen geheimnisumwitterten paramilitärischen Verband – unter den vielen Freikorps, Bünden und rechtsextremen Vereinen einer der bedeutendsten – hatte Ende 1920 Korvettenkapitän Hermann Ehrhardt aus der Taufe gehoben. Damit war jener Mann wieder aktiv geworden, der im März 1920 an der Spitze einer Marinebrigade den Kapp-Putsch in besonderer Weise unterstützt und zu verantworten hatte. Gefangennahme und Verurteilung nach dem Scheitern dieses Unternehmens befürchtend, zog er sich nach Bayern zurück, da ihm und seinesgleichen in der „Ordnungszelle“ keinerlei Verfolgung drohte. Im Gegenteil: Unterstützt vom Münchner Polizeipräsidenten Ernst Pöhner und getarnt als „Bayerische Holz-Verwertungs-Gesellschaft“ konnte Ehrhardt die OC gründen und ihr gewalttätiges Netz über ganz Deutschland spannen. In ihrer Satzung – sie schloß „Fremdrassige“ ausdrücklich aus – wurde als Zweck einer „Sammlung von entschlossenen nationalen Männern“ benannt: „1. Die vollständige Revolutionierung Deutschlands zu verhindern; 2. bei den großen inneren Unruhen deren vollständige Niederwerfung zu erzwingen und durch Einsetzung einer nationalen Re-

gierung die Wiederkehr der heutigen Verhältnisse unmöglich zu machen.“ Als drittes Ziel sollte „die durch den Versailler Vertrag angestrebte Entmannung und Entwaffnung“ verhindert werden. Man wollte mit allen Mitteln die deutsche „Wehrmacht und die Bewaffnung“ erhalten. In diesem Sinne schrieb das Statut den Mitgliedern der Organisation Consul die „Bekämpfung alles Anti- und Internationalen, des Judentums, der Sozialdemokratie und der linksradikalen Parteien“ vor. In ihren Reihen sammelten sich nationalistisch-völkische Kräfte, kriegserfahrene, nun jedoch demobilisierte Soldaten, erfüllt von Haß gegenüber der Weimarer Republik und allen Versuchen, parlamentarisch-demokratisch zu regieren.

Für ihr Vorgehen hatten sie aus der Niederlage im Kapp-Putsch gelernt. Nun betrieb man alles zweigleisig: Offiziell wurde im Bereich legaler Politik agiert, man pflegte gute Kontakte zu Reichswehr und Polizei, doch insgeheim wurde eine regelrechte Terrorkampagne organisiert. Es entstand ein funktionsfähiges Netzwerk, das über klare Führungsstrukturen, getarnte Waffenlager und konspirative Wohnungen verfügte. Dem Bund, der nach allen Regeln eines militärischen Geheimdienstes handelte, gehörten mindestens 5000 Mann an, die zumeist aus der Kriegsmarine stammten. Vorgesehen war, daß sie in wenigen Stunden bei Alarm marschbereit sein sollten. In der Literatur wird von einem „Halbdunkel lizenzierter Illegalität“ (Gottfried Jasper) gesprochen, von einem „janusköpfigen Gebilde“ (Susanne Meinl) sowie von einer „terroristischen Vereinigung“ (Martin Sabrow). Zudem war sie offensichtlich eine verdeckte Einrichtung des Reichswehrministeriums, die Aufgaben eines militärischen Nachrichtendienstes und der „Abwehr“ zu erfüllen hatte (Hannsjoachim W. Koch).

„Fort mit Erzberger!“

Unfähig, die Ursachen der Niederlage Deutschlands im Krieg zu erkennen, und willens, alle Kräfte für eine Revision sowohl des Kriegsergebnisses als auch der Novemberrevolution zu mobilisieren, sahen die bürgerkriegsbereiten nationalkonservativen Kräfte alles Übel in einer Person konzentriert: Matthias Erzberger. Sein Schuldkonto schien ihnen ungeheuer groß zu sein – hatte Erzberger doch während des Krieges die Fronten gewechselt: Aus dem annexionistischen Kriegszielbefürworter war ein Politiker geworden, den Verstand und Realitätssinn erkennen ließen, daß der Krieg für das Reich nicht zu gewinnen war. Ihm wurde bewußt, daß seine ursprünglichen Kriegszielvorstellungen, wie er selbst schrieb, „auf einem erheblichen Irrtum über die militärische und politische Gesamtlage“ beruht hatten. Vor allem auf seine Initiative hin war von einer Mehrheit des Reichstages im Juli 1917 eine „Friedensresolution“ beschlossen worden, in der versichert wurde, Deutschland lasse sich nicht von Eroberungssucht leiten und suche einen „Verständigungsfrieden“. Den Kriegseintritt der USA befürchtend, lehnte Erzberger auch den uneingeschränkten U-Boot-Krieg ab, was ihm üble Beschimpfungen als „Vaterlandsfeind“, „Flaumacher“ und „Reichsverderber“ eintrug. Die zu dieser Zeit gegründete Deutsche Vaterlandspartei – im Grunde eine Vorläuferin der NSDAP – verstand sich selbst als Anti-Erzberger-Partei und wetterte, der ihr immer noch möglich erscheinende „Siegfrieden“ würde, sollte man sich mit den Alliierten verständigen, lediglich zu einem beschämenden „Verzichtfrieden“ geraten.

Erzberger war schließlich auch der Mann, der am 11. November 1918 im Wald von Compiègne den Waffenstillstand unterzeichnet hatte. Von seiner „schwächlichen Nachgiebigkeit“ ging stets die Rede, beklagte man in Deutschland die Härte der alliierten Bedingungen. Verschwiegen hingegen wurde die aktenkundig belegbare Tatsache, daß die obersten Militärführer selbst den Abschluß eines Waffenstillstandes gefordert und in Kenntnis der Bedingungen sogar zur Unterzeichnung gedrängt hatten. Mit Bedacht wollten die Militärs bei dem als schmähsch empfundenen Vorgang nicht in Erscheinung treten und die Sache einem „Zivilisten“ überlassen, somit einen Grundstein für die berüchtigte These vom tödlichen „Dolchstoß“ der Heimat in den Rücken des siegreichen Heeres legend.

In der sich konstituierenden Weimarer Republik stand Erzberger auf der Seite jener bürgerlichen Kräfte, die glaubten – nach wie vor in strikter Feindschaft gegenüber den Organisationen der Arbeiterbewegung –, ihre Macht mit den Mitteln des neuen parlamentarisch-demokratischen Regimes sichern zu können, auch wenn es dazu gewisser Zugeständnisse und vor allem eines von Katastrophen freien Wiederaufbaus der deutschen Wirtschaft bedurfte. Sie bemühten sich intensiv um eine Finanzreform, die zwar mit den erhöhten Steuern auf Verbrauchsgüter vor allem die einfachen Leute traf, darüber hinaus jedoch auch vorsah, Wohlhabende durch Steuererhöhungen und die Einführung neuer Steuern zur Kasse zu bitten, was die Sozialdemokraten zur Voraussetzung für ihre Zustimmung erhoben hatten. Als Reichsfinanzminister (Juni 1919 bis März 1920) setzte Erzberger auch die Finanzhoheit des Reiches und Ansätze einer zentralen Steuerverwaltung durch – ein Graus für alle dem Föderalismus frönenden Landesfürsten. Kriegsgewinnler schimpften nach dem „Reichsnotopfer“ vom Dezember 1919, das alle privaten Vermögen über 5000 Mark betraf, Erzberger sei ein „konfiskatorischer Sozialist“.

In die politisch motivierten Auseinandersetzungen mischten sich auch persönliche Differenzen, insbesondere die zwischen Erzberger und Karl Helfferich, dem führenden Mann der Deutschnationalen Volkspartei. Dessen Haß auf den Zentrumspolitiker stammte schon aus Vorkriegszeiten, in denen dieser mannigfach Unredlichkeiten im kaiserlichen Kolonialamt aufgedeckt hatte, wodurch der Deutschnationale seinen führenden Posten in der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes hatte aufgeben müssen. Helfferich entfachte mit einer Reihe von Reden und Schriften – eine davon betitelt „Fort mit Erzberger!“ – ein publizistisches Dauerfeuer, zudem in einer ungewöhnlich gehässigen Polemik. Alle, die unter den Konservativen und Völkischen, unter den Nationalliberalen und auf dem rechten Flügel von Zentrum und Bayerischer Volkspartei Rang und Namen hatten, beteiligten sich an den publizistischen Angriffen auf Erzberger. Helfferich gelang es im Vorfeld des Kapp-Putsches, dank zahlreicher infamer, zumeist haltloser Beschuldigungen und niederträchtigen Beleidigungen, Erzberger zu einer Anklage gegen ihn zu treiben. Im sogenannten Erzberger-Prozeß wurde der Angeklagte zu einer lächerlich geringen Geldstrafe verurteilt, dennoch sah sich der Kläger so diskreditiert, daß er als Reichsfinanzminister seinen Abschied nehmen mußte und seine politische Karriere beendet zu sein schien. Völlig berechtigt kann Helfferich als Anstifter zum Mord bezeichnet werden, als ein Schreibtischtäter besonderer Art, auch wenn es damals diesen Begriff nicht gab und der Mann heuchlerisch alle Schuld von sich wies.

Verständnisvolle Richter

Die systematisch geschürten Mordgelüste zeigten früh ihre Wirkung. Der Untat im Schwarzwald gingen mehrere Anschläge auf Erzberger voraus. Bereits 1919, als die Nationalversammlung in Weimar tagte, versuchten Soldaten des Freikorps Maercker – eigentlich zum Schutz der Regierung berufen –, ins Schloß einzudringen und ihn zu verprügeln. Später war vorgesehen, auf einer seiner Wahlveranstaltungen ihn mit einer Handgranate zu töten, dann verletzte ihn der Schuß eines Offiziersanwärters schwer an der Schulter. Milde Urteile gegenüber den Attentätern und deren „Begründungen“ – in der Regel sprachen die Richter von der ehrenwerten nationalen Gesinnung der Täter – schufen eher Spielraum für neue Untaten, als strafend und abschreckend zu wirken. Zum letzten Schlag wurde ausgeholt, nachdem am 10. Mai 1921 eine neue Reichsregierung, geleitet vom linken Zentrums- und „Erfüllungs“-Politiker Joseph Wirth, berufen worden war und Erzberger erklärt hatte, er wolle wieder in das politische Leben zurückkehren. Seinen Entschluß hatte er im Parteivorstand des Zentrums nur gegen massiven Widerstand durchsetzen können. Der Miesbacher Anzeiger, ein bekanntes Blatt bayerischer Reaktionäre, empörte sich am 6. August, es wolle also der „feist gefressene Lump“ erneut einen Platz im öffentlichen Leben einnehmen.

Die Greuelthat vom 26. August 1921 begingen zwei Männer: Heinrich Schulz und Heinrich Tillessen. Sie müssen sich recht sicher gefühlt haben: Die Reste ihrer wenig sorgfältig zerrissenen Post fand die Polizei rasch im Umfeld ihres Quartiers. Und sie konnten nach Ungarn flüchten, von München aus mit dem nötigen Geld versorgt. OC-Chef Ehrhardt, der im Münchner Polizeipräsidium ein und aus ging, entkam dank rechtzeitiger Warnung ebenfalls. Die meisten der 34 verhafteten Mitglieder des Geheimbundes wurden indessen bald wieder auf freien Fuß gesetzt. Eine Anklage gegen Manfred von Killinger, der in der Münchner OC-Zentrale die Fäden gezogen hatte und nach heutigem Sprachgebrauch ein Topterrorist zu nennen wäre, endete mit einem Freispruch. Geringfügige Strafen gab es lediglich für einige Randfiguren der OC. Fünf Monate nach der Ermordung Rathenaus konnte Ehrhardt zwar in München verhaftet werden, doch er entkam mit Hilfe seiner Leute bereits im Juli 1923 aus der Untersuchungshaft; es hatte also nach den staatlichen Maßnahmen von 1921 nicht lange gedauert, bis die geheime Organisation wieder funktionstüchtig agieren konnte ...

Schadenfreude und Triumphgeheul

Erbärmlich und beschämend reagierten jene Teile der Deutschen, die sich nicht den umfangreichen Protestaktionen von Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und anderen anschlossen. Zynisch hieß es an Stammtischen ebenso wie in bürgerlichen Salons, solch ein Mord sei zwar nicht gutzuheißen, doch immerhin durchaus der Richtige getroffen worden. Im Berliner Lokalanzeiger las man: „Jedes andere Volk würde solchen Verschwörern unbegrenztes Verständnis entgegenbringen.“ Viele gute Deutsche hätten „ein gewisses Gefühl der Befreiung“ verspürt, schrieb die deutschnationale Pommersche Post am Tag danach. Der Reichsbote verkündete sogar, es sei durch den Tod Erzbergers „Deutschland vor einem Bürgerkrieg bewahrt worden“. Doch nicht allein der Lynchjustiz wurde das Wort geredet: In manchen Städten schmückten Leute anlässlich der „deutschen Tat“ ihre Fenster mit schwarz-weiß-roten Fähnchen. Berichtet wurde auch, daß Hochstapler sich als die Attentäter ausgaben und für ihre „Flucht“ ansehnliche Summen ergaunern konnten. Burschenschaftler sangen:

„Nun danket alle Gott
Für diesen braven Mord!
Den Erzhalunken, scharrt ihn ein.
Heilig soll uns der Mörder sein;
Die Fahne schwarz-weiß-rot!“

Diese Liedzeilen brachten extrem nationalistische Gesinnung und äußerste Gewissenlosigkeit zum Ausdruck, im Grunde bereits auch faschistische Denkweisen. Ebenso offenbarte sich als abscheulich, was diffiziler daher kam und wohl die Haltung bürgerlicher und kleinbürgerlicher Kreise eher charakterisierte. Selbst aus der Partei, der Erzberger angehört hatte, ließen sich nur wenige Stimmen harscher Kritik am Mord vernehmen. Die rechte Presse kritisierte sogar recht unverfroren alle Ansätze eines gesetzlich fixierten Republikschutzes. Als Reichspräsident Friedrich Ebert drei Tage nach der Tat eine Ausnahmeverordnung erließ, um ein Verbot von Druckschriften oder Veranstaltungen zu ermöglichen, sah sich die satirische Zeitschrift Kladderadatsch veranlaßt, ausgerechnet die Schillersche Forderung „Sire, geben Sie Gedankenfreiheit“ an Ebert zu richten. Eine andere Karikatur verunglimpfte ebenfalls das Staatsoberhaupt mit der realitätsfremden Unterstellung, Ebert würde – dargestellt als Gott Jupiter – seine Blitze einzig und allein gegen die Rechte richten. Die bayerische Regierung weigerte sich sogar, die Verordnung auszuführen, und protestierte in Berlin offiziell gegen sie. Hingegen erhielt Helfferich viel Anerkennung und Lob. Eine Darstellung aus dem Jahre 1926 widmete sich einzig und allein dem „Währungspolitiker und Gelehrten“. Ihr Verfasser Karl von Lumm fand kein einziges Wort über Helfferichs Rolle im Erzberger-Prozeß, kein

Wort über die Mordtat, kein Wort zum bürgerkriegsähnlichen Vorgehen der Feinde des Weimarer Staates.

Karrieren und milde Strafen

Auch die Art und Weise, wie das Reichsgericht die Voruntersuchungen zu einer juristischen Aufarbeitung des Mordes an Erzberger führte, spricht Bände. Es gliederte im April 1922 die beabsichtigten Verfahren auf und bearbeitete nur noch die Anklagen gegen einzelne Mitglieder der OC. Das wegen Geheimbündelei schwebende Verfahren wurde einem Landgericht übertragen – ausgerechnet einem bayerischen! Erst die großen, machtvollen Demonstrationen gegen den Mord an Rathenau erzwangen ernsthaft unternommene Schritte zur Zerschlagung der OC. Deren Organisatoren schufen indessen ungerührt neue Verbände – zunächst den Neudeutschen Bund, im Mai 1923 den Bund Wiking.

Sowohl die politischen Morde als auch der Umgang mit den politischen Morden jener Zeit können nicht anders als vorbereitende Schritte auf dem Weg hin zum Staatsterror der deutschen Faschisten bezeichnet werden. Und folgerichtig fanden in deren Diktatorsystem nach Hindenburgs Straffreiheitsverordnung vom 21. März 1933 die Mörder aus den Reihen der Freikorps und anderer paramilitärischer Verbände, auch die Erzbergers, ihren angemessenen Platz:

Der eine, Tillessen, bis 1918 ein Torpedoboot-Wachoffizier, avancierte im Zweiten Weltkrieg zum Korvettenkapitän. Zwischen 1945 und 1947 gab es zunächst ein langes juristisches Hin und Her, bevor ihn ein Gericht in Konstanz wegen Mord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach dem Kontrollratsgesetz Nr. 10 zu 15 Jahren Freiheitsentzug verurteilte. Bereits im Mai 1952 durfte er sich der Haftverschonung erfreuen. Im Dezember 1952 wurde die Reststrafe zur Bewährung ausgesetzt, im März 1958 die Strafe ganz und gar auf dem Gnadenwege erlassen. Der andere, Heinrich Schulz, wurde Mitglied der SS und 1939 zum Sturmabführer, 1943 zum Obersturmbannführer ernannt. Im Juli 1950 verurteilte ihn das Landgericht Offenburg nur wegen Totschlages, nicht wegen Mordes, zu zwölf Jahren Haft. Bereits am 22. Dezember 1952 wurde die Strafe zur Bewährung ausgesetzt.

Aus den Quellen:

Aus Die rote Fahne vom 27.8.1921: „Nach dem politischen Zusammenbruch 1918 trat Erzberger für die bürgerlich-demokratische Republik ein, als der für die Bourgeoisie günstigsten Liquidation der proletarischen Revolution. Er wußte, daß die Bourgeoisie dem Proletariat gewisse Zugeständnisse machen müsse, um die Entfaltung der revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse zu verhindern. Deswegen haßte ihn die Rechte, die den Arbeitern keinerlei Zugeständnisse machen wollte. (...) Ein politischer Mord, das letzte Glied einer langen Kette. Sie beginnt mit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, sie geht weiter zu Kurt Eisner und Gareis, sie endet vorläufig bei Erzberger. Zuerst die kommunistische Vorhut, dann unabhängige Arbeiterführer, jetzt ist's vom Fleisch der Bourgeoisie einer, der unbequem wurde.“

Nach der Mordtat schrieb der konservative Reichsbote: „Die Gefahr, daß Erzberger wieder auf der Bildfläche erschiene, war größer als viele glaubten. Die letzten Schranken der Linksentwicklung wären dann gefallen. Nicht nur der Block Erzberger-Scheidemann, sondern der Block Erzberger-Scheidemann-Breitscheid würde dann zur Tat geworden sein. Durch seinen Tod ist Deutschland vor einem Bürgerkrieg bewahrt geblieben.“

Aus dem Artikel „Mildernde Umstände“, erschienen am 27.8.1921 in der Zeitung Deutsches Tageblatt des völkischen Politikers Reinhold Wulle: „Dieser Mann war ein aufgelegter Hochverräter, als Mitschuldiger des Dolchstoßes von 1918 und seither. Er war persönlich ein unsauberer Mensch. Die staatliche Rechtspflege hat ihm gegenüber versagt. Es ist nicht zu entschuldigen, aber es ist geschichtlich gesehen überaus natürlich, daß Richter Lynch da auf dem

Plan erschien (...) Gewiß, wer Menschenblut vergießt, des Blut soll wieder vergossen werden. Das werden die jungen Leute, unter deren Revolver nach der Aussage des Abgeordneten Diez der Ermordete geblieben ist – falls es nicht einfach bolschewistische Mordbuben waren– sich von vornherein gewiß sein. Und sie werden ihr Los, wenn das Schicksal es will, mit Anstand auf sich nehmen. Aber bei all dem denkt man an das Alte: Es lebt ein Gott, zu strafen und zu rächen!“

junge Welt, Donnerstag, 25.08.2011, S. 10.

Doch keine Urkatastrophe?

Der Gefreite Hitler im Ersten Weltkrieg – Mythos und Wahrheit

Wie verhielt sich Hitler während des Ersten Weltkrieges? Was erlebte und tat er? Welche Lügen und Legenden wurden später über diesen Abschnitt in seinem Leben verbreitet? Dies untersucht der in Schottland lehrende Historiker Thomas Weber, ausgewiesen auch als Mitarbeiter an Ian Kershaws bekannter Hitler-Biografie.

In der Nazi-Propaganda nahmen die Erlebnisse des Meldegängers im Range eines Gefreiten breiten Raum ein, ebenso das bayerische 16. Reserve-Infanterie-Regiment, in dem der „Führer“ seinen Dienst versehen hatte und das den Namen seines im Oktober 1914 gefallenen Kommandeurs List trug. Auf der Grundlage bislang unerschlossener Quellen kann der Verfasser ein völlig anderes, ein weitgehend reales Bild der Geschichte dieses Regiments zeichnen. Dargestellt werden dessen militärische Aktivitäten sowie der relativ bescheidene Platz, den Hitler darin einnahm.

Weber argumentiert, dass es doch erhebliche Unterschiede zwischen dem direkten Fronteinsatz der Truppe und der in geringerem Maße gefährlichen Tätigkeit als Meldegänger für den Regimentsstab gegeben habe. Er berichtet ausführlich über den Werdegang einzelner Offiziere und Soldaten, darunter auch Juden, über Auszeichnungspraktiken und die hohen Opferzahlen. Die Wiedergabe von Berichten, Briefen und Zeugenaussagen verdeutlicht Alltag im Krieg, mitunter sieht man sich regelrecht in das grauenhafte Kriegsgeschehen versetzt. Vieles liest sich wie eine Militärgeschichte „von unten“, spiegelt Stimmungen und Empfindungen der Soldaten wider, in begrenzter Weise auch deren politische und weltanschauliche Auffassungen.

Die Geschichte des List-Regiments erscheint allerdings nur in ein eng begrenztes Bezugsfeld eingeordnet. Hitler steht im Grunde über dem gesamtgesellschaftlichen Geschehen, das ihn und seine Entwicklung nicht beeinflusst zu haben scheint. Weber meint – weniger aus den Befunden, eher wohl aus gegenwärtigem Zeitgeist abgeleitet: Hitlers „Radikalisierung“ habe nicht in seiner Wiener Zeit und erst recht nicht während des Ersten Weltkrieges stattgefunden. Auch die überwiegende Mehrheit seiner militärischen Einheit sei durch den Krieg „weder brutalisiert noch radikalisiert oder politisiert“ worden. Hitler sei orientierungslos in den Krieg hineingegangen und ebenso aus ihm herausgekommen. Forsch schlussfolgert Weber, es dürfe daher dieser Krieg auch nicht als die „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ verstanden werden, wie in der Historiografie inzwischen gängig.

Welche Bedeutung kam aber dann diesem Krieg zu? Ohne es direkt auszusprechen und ohne sich auf Ernst Noltes These vom Kausalnexus zwischen den Revolutionen am Ende des Weltkrieges und dem Erfolg des Faschismus zu beziehen, die in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts den sogenannten „Historikerstreit“ ausgelöst hatte, betrachtet Weber insbesondere die Münchner Räterepublik als Anlass und Ursache für Hitlers Einstieg in die Politik, als richtungweisendes Erlebnis für sein weiteres Leben sowie als Nährboden für die Ausbreitung eines radikalen Antisemitismus.

Der ausschließlich auf Hitler konzentrierte Blick lässt unberücksichtigt, dass es schon vor dem Sommer 1919 beträchtliche Kräfte gegeben hat, die rassistisch gefärbten Antisemitismus verbreiteten, die den „Marxismus“ nicht nur bekämpfen, sondern ausrotten wollten und die zugleich alle humanistisch-demokratischen Auffassungen als „zerstörerisch“ für die „Gemeinschaft“ des deutschen Volkes denunzierten. Die Bestrebungen des Alldeutschen Verbandes oder der Deutschen Vaterlandspartei, aus der die Gründer der Deutschen Arbeiterpartei (Keimzelle der späteren Nazi-Partei) hervorgingen, tauchen nur am Rande auf. Man erfährt auch nichts darüber, wie Hitler „gemacht“ worden ist (was jüngst so nachdrücklich von Ludolf

Herbst belegt worden ist), auch nichts über jene konservative Politiker, die 1923 in Bayern gemeinsam mit der NSDAP den Putsch gegen die Weimarer Republik vorbereiteten.

Ohne auf Entwicklungsprozesse und Ursachen einzugehen wird behauptet, im Kaiserreich habe es zwar Antisemitismus gegeben, doch sei der nicht „radikal“ und nur eine Randerscheinung gewesen: National hätten alle gedacht, aber nicht nationalistisch oder militaristisch. Manche Schlussfolgerung des Autors widerspricht dem gegenwärtigen Forschungsstand. Im Dunkeln bleibt u. a. die Rolle der Reichswehr und der Freikorps. Dass Weber seine These, nach 1933 habe Hitler sich nur auf eine „partielle Zustimmung“ der Deutschen stützen können, aus Ergebnissen einer 1985 (!) erfolgten, nicht näher charakterisierten Befragung von 715 Deutschen ableitet, wirkt abstrus. Letztlich ist es ärgerlich, wenn in den Zeiten neuer Kriege die verheerenden Wirkungen des Ersten Weltkrieges auf solche Weise relativiert oder gar negiert werden wie hier.

Thomas Weber: Hitlers erster Krieg. Der Gefreite Hitler im Weltkrieg – Mythos und Wahrheit. Propyläen Verlag, Berlin 2011. 586 S., geb., 24,90 Euro.

Neues Deutschland, Donnerstag, 25. August 2011, S. 17.

Mit taktischem Kalkül

10. September 1926: Deutschland wird in den Völkerbund aufgenommen

Lang, dornig und gespickt mit mancherlei Enttäuschung war der Weg, den nach dem Ersten Weltkrieg deutsche Außenpolitiker beschritten, um das Reich Mitglied des Völkerbundes werden zu lassen. Am 10. September vor 85 Jahren sahen sie ihr Ziel erreicht: In Genf entschied die Vollversammlung, Deutschland in den Bund aufzunehmen, ja sogar auch in ihr Führungsgremium, den Völkerbundsrat. Zielstrebigkeit, Beharrlichkeit und nicht zuletzt ihre Politik des „Finassierens“, des taktischen Kalküls und der Tricks, hatten sich ausgezahlt. Für die Regierenden des Reiches schien damit die enge Bindung des Völkerbundes an das als schändlich betrachtete Friedensvertragswerk von Versailles aufgelöst, vor allem die an dessen sogenannten Kriegsschuldartikel. Zugleich verlor die League of Nations – so lautete ihre offizielle Bezeichnung – ihren unverkennbaren Charakter als ein politisches Instrument, das einzig und allein in den Händen der Siegermächte lag. Geschickt hatten die deutschen Machthaber auch die strukturellen Schwachpunkte in der Organisation des Völkerbundes genutzt, ebenso die unterschiedlichen Interessen der britischen und französischen Konkurrenten, um auf dem bereits eingeschlagenen Kurs zu einer generellen Revision der Kriegsergebnisse voranzuschreiten. Es sollte tatsächlich nach 1926 nicht mehr viel Zeit ins Land gehen, bis alle wohlklingenden Versprechungen sich als hohl erwiesen, bis man den Völkerbund vor allem für die eigene Wiederaufrüstung zu mißbrauchen verstand und das Hitlerregime schließlich am 14. Oktober 1933 die Mitgliedschaft aufkündigte. Die Herrschenden Deutschlands trugen eine gewichtige Mitschuld am Scheitern des Völkerbundes sowie jener durchaus hehren Absichten, die seine Gründer lautstark verkündet hatten.

An Bekundungen für die bewegende Idee, über die Vielzahl einzelner souveräner Staaten eine Instanz zu setzen, die in der Lage sein sollte, Streit zu schlichten und für friedliche Verhältnisse Sorge zu tragen, fehlte es in den Nachkriegszeiten nicht. Entsprechende Forderungen und Vorschläge waren allerdings nicht erst während des Ersten Weltkrieges aufgetaucht. In der Arbeiterbewegung hatte schon zuvor der proletarische Internationalismus stets eine bedeutsame, auf neuartige internationale Beziehungen und den Frieden zielende Rolle gespielt; getreu der Feststellung von Marx und Engels, wonach die feindliche Stellung von Nationen gegeneinander sich aufheben würde mit dem Fall der Klassengegensätze in ihnen. Ebenso hatten sich in mehreren europäischen Ländern bürgerlich-demokratische, liberale und pazifistische Kräfte in Friedensgesellschaften und anderen Vereinen organisiert.

Verband der Nationen

Nach 1914, angesichts des bis dahin unvorstellbar grauenhaften Kriegsgeschehens, erhielt der Gedanke eines friedenssichernden Völkerbundes indessen neuen und wirkungsvollen Auftrieb. Auswege aus der durch militärische Katastrophen verursachten Situation wurden nachdrücklich gefordert, zahlreiche Konzepte formuliert und intensiv debattiert. Viele forderten, neues Recht sei in den internationalen Beziehungen zu setzen, und an dieses sollten die Staaten unabhängig von ihrer Größe und Stärke sich gebunden sehen. Von Rechtsgleichgewicht war die Rede, im Grunde auch von einem System kollektiver Sicherheit mittels des Verzichts auf eine willkürliche Ausübung des Kriegsrechts.

Ihren Niederschlag fanden solche Ideen in vielen Dokumenten, auch verfaßt von damaligen Regierungen; an sie zu erinnern lohnt durchaus in unserem leider erneut von Kriegsgeschrei aller Art arg erfüllten 21. Jahrhundert. Da gab es das Friedensdekret russischer Revolutionäre ebenso wie das bekannte, 14 Punkte umfassende Programm des US-Präsidenten Woodrow Wilson vom 8. Januar 1918. Dessen letzte Aufforderung lautete: „Ein allgemeiner Verband der Nationen muß gegründet werden mit besonderen Verträgen zum Zweck gegenseitiger

Bürgschaften für die politische Unabhängigkeit und die territoriale Unverletzbarkeit der kleinen sowohl wie der großen Staaten.“ In der Literatur wird daher die Gründung des Völkerbundes – offiziell trat ihre Satzung am 10. Januar 1920 in Kraft – auf Wilsons Initiative zurückgeführt, doch dies ist indessen in solcher Verabsolutierung unzutreffend. In England hatten Pazifisten schon 1914 die Union for Democratic Control geschaffen, in der Schweiz war ein Komitee zum Studium der Grundlagen eines dauerhaften Friedensvertrages, in Frankreich die Vereinigung La paix par le droit entstanden. In Deutschland wirkte seit November 1914 der Bund Neues Vaterland (BNV), der eng mit der Deutschen Friedensgesellschaft zusammenarbeitete. Beabsichtigt war, wie es in der Satzung des BNV hieß, alles zu fördern, was geeignet sei, „die Politik und Diplomatie der europäischen Staaten mit dem Gedanken des friedlichen Wettbewerbs und des überstaatlichen Zusammenschlusses zu erfüllen“. Um dies erreichen zu können, müsse jedoch mit dem System gebrochen werden, „wonach einige wenige über Wohl und Wehe von Hunderten Millionen Menschen zu entscheiden haben“. Am 19. Juli 1917 beschloß eine Mehrheit des Reichstages eine Resolution, mit der ein „Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker“ angestrebt wurde. Während der Novemberrevolution forderten bekannte Führer der Arbeiterparteien, unter ihnen beispielsweise Kurt Eisner und Karl Kautsky, eine bewußte Abkehr von der Außenpolitik des Wilhelminischen Reiches, zudem eine umfassende Erhellung der Kriegsursachen. Daß gerade klare und eindeutige Positionen zur Frage von Schuld und Verantwortung für den mörderischen Weltkrieg zu einer Abwendung von ausschließlicher Revisionspolitik und hin zu einer demokratischen Außenpolitik hätten führen können, bestreiten heute wohl nur noch wenige Historiker.

Als nach dem Ersten Weltkrieg die Siegermächte die Friedensverträge mit Deutschland, Österreich, Ungarn und Bulgarien vorbereiteten, wurde in diese nicht allein der Wille zum Sichern und Nutzen des errungenen militärischen Sieges, sondern auch die Idee der Schaffung eines Völkerbundes integriert. Ein Zehnerrat der Alliierten fixierte Ende Januar 1919 für die Friedenskonferenz einen „Beschlüßantrag betreffend Völkerbund“, in dem es hieß: „1. Es ist für die Aufrechterhaltung der Neuordnung der Welt, zu der die assoziierten Mächte jetzt zusammentreten, wesentlich, daß ein Völkerbund geschaffen wird, um die internationale Zusammenarbeit zu fördern, die Erfüllung eingegangener internationaler Verpflichtungen zu sichern sowie Bürgschaften gegen den Krieg vorzusehen. 2. Der Völkerbund soll als Hauptbestandteil in den allgemeinen Friedensvertrag aufgenommen werden; er soll jeder zivilisierten Macht offenstehen, welche Gewähr dafür bietet, daß sie seine Ziele fördert. 3. Die Mitglieder des Völkerbundes sollen regelmäßig in internationalen Konferenzen zusammentreten und eine ständige Organisation und ein Sekretariat unterhalten, um die Angelegenheiten des Bundes in den Zeiten zwischen den Konferenzen zu führen.“ Nationalstaatliche Wirtschafts- und Machtpolitik verhinderte jedoch die Schaffung wirksamer Mittel zur Durchsetzung des Friedens- und Verständigungsprinzips in den internationalen Beziehungen. Geschwächt sah sich die anfangs 41 Mitgliedsstaaten umfassende Weltorganisation auch dadurch, daß die USA ihr nicht beitraten und Sowjetrußland gar nicht erst eingeladen wurde.

Für einen „wahren“ Völkerbund

Vor allem aus dem zweiten Punkt des Konzepts leiteten die Alliierten, insbesondere die Herrschenden in Frankreich, starke Vorbehalte gegen eine Aufnahme Deutschlands ab. Dennoch gehörte es zu den wichtigsten außenpolitischen Zielen aller Regierungen der Weimarer Republik, in den Völkerbund aufgenommen zu werden, dies jedoch stets gegen den Widerstand konservativer, völkischer und faschistischer Kreise – allen voran übrigens der spätere Reichspräsident Hindenburg. Die im Dezember 1918 in Berlin mit ausdrücklicher Zustimmung des Auswärtigen Amtes entstandene Deutsche Liga für Völkerbund, geleitet von Matthias Erzberger (siehe jW-Thema, 25.8.2011) und von dem bekannten Völkerrechtler Walther Schü-

cking, suchte im Reich alle „völkerbundfreundlichen“ Kräfte zu sammeln, sollte aber ebenso auf die „verständigungsbereiten“ Kräfte des Auslands zugunsten eines „wahren Völkerbundes“ einwirken. Die Liga und die Deutsche Gesellschaft für Völkerrecht erarbeiteten im Auftrag des Rates der Volksbeauftragten einen Satzungsentwurf des Völkerbundes, der als „Deutscher Völkerbundsentswurf“ im April 1919 veröffentlicht und am 9. Mai 1919 offiziell den Alliierten in Paris überreicht wurde. Das Papier fand dort jedoch keinerlei Berücksichtigung. Ebenso wurden die Anträge Deutschlands um Aufnahme in den Völkerbund abgelehnt, worauf in der deutschen Presse durchaus berechtigt mit dem Vorwurf reagiert wurde, der ohne Deutschland entstehende Völkerbund stelle ein „Zerrbild der Wilsonschen Grundsätze“ dar.

In den frühen 20er Jahren entspann sich vor allem unter führenden Politikern, insbesondere aber in den Reihen pazifistischer Intellektueller eine breite Diskussion über Sinn und Zweck des Völkerbundes sowie zu dessen von Anfang an erkennbaren strukturellen Schwächen. Hoffnungen machten sich breit, echte Ideale wurden als Grundlage realer Politik angesehen. Ein prominenter Literat – Harry Graf Kessler, seinem Selbstverständnis nach ein „Realpolitiker des Pazifismus“ – betrieb regelrecht eine Kampagne zugunsten anderer Voraussetzungen und Zielvorstellungen eines Völkerbundes. Er akzeptierte die Existenz des vorhandenen Bundes und kritisierte ihn zugleich: Diese Weltorganisation begreife sich nur negativ als eine „Weltpolizei“ und verzichte auf eine tiefere Begründung. In seinen „Richtlinien für einen wahren Völkerbund“ forderte 1919 Harry Graf Kessler, der Völkerbund sei zu „einem demokratischen Bunde der Völker“ auszubauen, der „in erster Linie von den Werktätigen (Hand- und Kopfarbeitern) getragen und beherrscht wird“. Ein solcher Bund der Völker müsse über drei autonome Organe verfügen: erstens über ein Weltparlament, zweitens über ein wirtschaftliches Zentralorgan (das nach seiner Vorstellung „aus einer Selbstverwaltung von Verbrauchern und Beschäftigten“ hervorzugehen habe) sowie drittens über ein spezielles Organ, das die großen in der Welt existierenden geistigen, ethischen und religiösen Körperschaften dem Völkerbund anzugliedern habe und das „zu einem mit den nötigen Rechten und Gewalten ausgestatteten Organe des Bundes“ zu erheben sei. Auch der Bund Neues Vaterland appellierte an die Pazifisten aller Länder, auf eine „Völkerversöhnung“ hinzuwirken und das Wirken des Völkerbundes mit einer „geistigen Weltrevolution“ zu verknüpfen. Der Friedensbund Deutscher Katholiken betrachtete den Völkerbund als eine „Übergangsform“, da er mehr sein müsse als nur „ein Mittel zur friedlichen Erledigung zwischenstaatlicher Rechtsfragen“. Der katholische Sozialtheoretiker Ernst Michel meinte, es müsse das Ziel des Völkerbundes sein, nicht die Staaten, sondern die Völker zu einer „höheren Einheit“ zusammenzuschließen. Hingegen kam aus der Paneuropa-Union Deutschlands der Vorschlag, den Völkerbund in Gruppen aufzulösen, ihn zu dezentralisieren und lediglich als Ergänzung zu „Paneuropa“ zu verstehen.

Die auf den deutschen Pazifistenkongressen zwischen 1919 und 1922 vorgestellten Völkerbundkonzeptionen, die im wesentlichen mit den offiziellen Regierungsplänen übereinstimmten, sahen insbesondere die Gleichberechtigung aller Mitglieder vor. Darüber hinaus verlangten sie die Errichtung eines Weltparlaments sowie die Schaffung einer obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit. Ebenso sollte allgemein abgerüstet und der Krieg geächtet werden. Dies setzte allerdings eine Einschränkung der einzelstaatlichen Souveränität voraus, was einen Weg zur Verhinderung weiterer Kriege ermöglicht hätte. Doch keine Regierung, weder die deutsche noch die in den alliierten Ländern, wollte auf das „ius ad bellum“, auf ihr Recht zur Kriegführung verzichten.

Großmachtambitionen

Erst 1924/25 entfalteten sich in Deutschland größere Debatten um eine Aufnahme des Reiches in den Völkerbund. Mit der Unterzeichnung des Locarno-Paktes (siehe jW-Thema,

16./17.10.2010) ließen die westlichen Vertragspartner ihre Bereitschaft erkennen, Deutschland in kürzester Frist in den Völkerbund aufzunehmen und sogar einen ständigen Sitz in dessen Führungskreis zuzubilligen. Hatten Politiker der deutschen Rechten bis dahin zumeist die Auffassung vertreten, daß erst der Versailler Vertrag revidiert sein müsse, bevor Deutschland dem Völkerbund beitreten könne, zeigten nun auch sie sich geneigt, ihre Ansichten zu relativieren. Von solcher Flexibilität unberührt blieb allerdings die großmachtbesessene Forderung, im Völkerbund sogleich eine führende Position einzunehmen. Dies zählte zu den hauptsächlichen Forderungen an die Adresse der Siegermächte. Auf keinen Fall wollte man die Rolle eines x-beliebigen Mitgliedes spielen. Eine entscheidende deutsche Mitwirkung an der Führung des Völkerbundes, so hieß es, sei erforderlich, weil dieser „reformiert“ werden müsse.

Anders als von vielen Pazifisten gedacht, verknüpften die führenden Politiker der Weimarer Republik den Beitritt zum Völkerbund mit dem nur langfristig erreichbaren Ziel einer grundlegenden Revision der Ergebnisse des Weltkrieges. Um dies gewährleisten zu können, entschieden sie sich für eine Politik des „Finassierens“. Allein halbe Wahrheiten seien auszusprechen, grundsätzliche Anliegen zu verschweigen. Letztere lassen sich indessen vielen damals geheimgehaltenen Dokumenten entnehmen, so z.B. einer Aufzeichnung des Konsuls Walter Poensgen (Auswärtiges Amt) vom 12. Dezember 1925 oder dem berüchtigten Brief des Reichsaußenministers Gustav Stresemann an den Kronprinzen Wilhelm vom 7. September 1925. Deutlich wurde hier ausgesprochen, worum es den Herrschenden des Reiches tatsächlich ging: Man wolle, so hieß es, den Völkerbund „als einen äußeren Mantel für unsere sonstigen Bestrebungen“ nutzen, eine „Schmälerung der Freiheit der selbstherrlichen Großmächte“ erreichen und schließlich auch eine neuerliche Aufrüstung Deutschlands durchsetzen. Natürlich wurde nicht von „Krieg“ und „Wiedereroberung“ verlorener Gebiete geredet, alles hingegen bemäntelt als ein dem Frieden dienendes und ihn bringendes Ringen um die deutsche Gleichberechtigung in der Abrüstungsfrage. Jene Ideale und Wertvorstellungen, die dem Frieden und der Entwicklung der League of Nations zu einem demokratischen Bund der Völker gegolten hatten, sahen sich zu revisionspolitischer Zweckmäßigkeit degradiert. So war auch abzusehen, daß die Reichsregierung sich kaum als glühende Anhängerin und Verfechterin des vom Völkerbund verfochtenen Modells der kollektiven Sicherheit erweisen würde.

Zunächst scheiterte der am 8. Februar 1926 offiziell gestellte Aufnahmeantrag. Zwar waren sich alle Mitglieder des Völkerbundes einig, daß Deutschland in ihre Reihen gehört, doch bei den Genfer Verhandlungen tauchten machtpolitische Differenzen auf: Sollte Deutschland das vorgesehene Mandat im Völkerbundsrat erhalten, so argumentierten die Vertreter Polens, Spaniens und Brasiliens, müßte dies auch für ihre Länder gelten. Eine Einigung erfolgte nicht, was in Deutschland große Enttäuschung hervorrief. Wieder wurde ein wenig „finassiert“; an den Rapallo-Vertrag anknüpfend unterzeichnete man am 24. April ein Neutralitätsabkommen mit der UdSSR. Wieder hatte man ein offensichtlich wirksames Druckmittel gegenüber Frankreich und England genutzt. Unter dem Druck der Briten fand der Völkerbundsrat bald einen Kompromiß: Für die anderen drei Länder wurden in seinem Führungsgremium „halbständige“ Sitze geschaffen.

So konnte schließlich die Völkerbundsversammlung am 8. September 1926 die Aufnahme Deutschlands in ihre Reihen beschließen und zwei Tage darauf die deutsche Delegation, geführt von Reichsaußenminister Gustav Stresemann, offiziell als neues Mitglied begrüßen. Das Ereignis wurde sogar ungestüm gefeiert. Man sprach von einem „Markstein der Völkerverständigung“, von einem „Schlußstrich“, der nunmehr unter eine lange Periode von Konflikten und Kriegen gezogen worden sei. Der deutsche Staatsmann glänzte mit einer begeistert aufgenommenen Rede – es könne nicht Sinn der göttlichen Weltordnung sein, „daß die Menschen ihre nationalen Höchstleistungen gegeneinander ehren und damit die allgemeine Kulturentwicklung immer wieder zurückwerfen“. Der französische Außenminister Aristide Bri-

and hielt ebenfalls eine vielbeachtete Rede – er und Stresemann sahen sich dafür bereits drei Monate später mit dem Friedensnobelpreis geehrt.

„Null und nichtig“

Schöne Worte und zweifellos kein bloßes Lippenbekenntnis – doch es entsprachen ihnen weder die Verhältnisse noch die Taten. Die kommenden Taten erst recht nicht, wie die deutsche Außenpolitik in den Jahren der Weltwirtschaftskrise und des zerstörerischen Abbaus der Weimarer Demokratie bewiesen haben. Und was da schließlich kommen sollte, verkündete Hitler am Tag unmittelbar nach dem Beitritt: Vor den Münchner SA-Truppen, deren Fahnen er „weihte“, wettete er gegen alle zustimmenden Reaktionen in Deutschland. Man „proste“ hier den Völkerbund an und trinke den Feinden des Landes zu, doch der „narkotische Rausch des Augenblicks“ werde rasch vergehen. Die Deutschen könnten „trotz aller List“ auf diesem Wege nichts erreichen. Schon zwei Monate zuvor, am 4. Juli, hatte er in Weimar verkündet, für seine Partei seien die Nachkriegsgrenzen ungültig, und alle Verträge, die Deutschland seither geschlossen habe, seien „null und nichtig“, nichts anderes als „Papierfetzen, die einmal zerfetzt werden müssen“.

Aus den Quellen: „Unsere Stellung wiedererringen“

Aus der Aufzeichnung „Deutschland im Völkerbund“ des Konsuls Walter Poensgen vom 12.12.1925:

„Nach den Opfern, die uns der Versailler Vertrag auferlegt hat, würden wir kaum neue Verluste zu befürchten haben, wenn wir sozusagen das geistige Erbe Wilsons antreten und die Alliierten mit fortschrittlich-idealen Prinzipien und Forderungen in die Enge treiben. [...] Es wird sich daher empfehlen, so oft wir können, uns zum Förderer neuer Gedanken (eigener und fremder) aufzuwerfen und aus der Verkündung unseres Evangeliums möglichst großes Aufheben zu machen.“

Reichsaußenminister Gustav Stresemann in einer Pressekonferenz am 12.9.1924:

„Erst die ständige Mitgliedschaft im Völkerbundsrat ist die Kennzeichnung der Großmachtstellung der dort vertretenen Staaten, und ich bin der festen Überzeugung, daß wir niemals unsere Stellung als gleichberechtigte Großmacht in der Welt wieder erringen können, wenn wir nicht darauf bestehen, uns als gleichberechtigte Großmacht zu fühlen.“

In seinem Brief an den Kronprinzen Wilhelm begründet Stresemann am 7.9.1925 Deutschlands Eintritt in den Völkerbund:

„Zudem sind alle die Fragen, die dem deutschen Volk auf dem Herzen brennen, z. B. Fragen der Kriegsschuld, allgemeine Abrüstung, Danzig, Saargebiet etc. Angelegenheiten des Völkerbunds, die durch einen geschickten Redner im Plenum des Völkerbunds zu ebenso vielen Unannehmlichkeiten für die Entente werden können“. Als das „Wichtigste“ der deutschen Politik bezeichnete Stresemann „das Freiwerden deutschen Landes von fremder Besatzung [...] Wir müssen den Würger (gemeint ist Frankreich, M.W.) erst vom Halse haben. Deshalb wird die deutsche Politik, wie Metternich von Österreich wohl nach 1809 sagte, in dieser Beziehung zunächst darin bestehen müssen, zu finassieren und den großen Entscheidungen auszuweichen.“

Tagebuchnotiz des Schriftstellers Harry Graf Kessler vom 5.2.1926:

Heute sind sie [gemeint sind leitende Beamte des Auswärtigen Amtes – M. W.] mußrepublikanisch, pazifistisch (Locarno), einer europäischen Zollunion zugeneigt, aber streng auf sich und die Macht ihrer Klique eingestellt. Dagegen kommt Nichts auf. Stresemann ist

ihr geduldeter Condottiere. Im Hintergrund steht die Schwerindustrie (Stumm). Mich benutzen u. dulden sie auch nur [...] als Handlanger.“

Aus einer Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Heinrich Held vor dem Landesausschuß der Bayerischen Volkspartei im April 1926:

„Der Völkerbund ist nichts anderes als ein Instrument der Siegerstaaten, um uns an die Wand zu drücken [...] Deutschland kann sich außerhalb des Völkerbundes viel stärker geltend machen, als es im Völkerbund möglich ist.“

junge Welt, Sonnabend, 10.09.2011, S. 10

„Schützerin der Massen“

Vor 90 Jahren: In Thüringen entsteht eine „rot-rote“ Landesregierung

Im Titel eines jüngst erschienenen lesenswerten Buches wird von einem „rot-roten Sonderweg Thüringens“ gesprochen. Dahinter setzte der Verfasser, ein jüngerer Historiker aus Erfurt, ein Fragezeichen. Mit Recht, oder doch unbegründet? Steffen Kachels Untersuchungen gelten zwar hauptsächlich dem Weg, den thüringische Sozialdemokraten und Kommunisten 1945 hin zur SED beschritten, doch sucht er auch nach den Voraussetzungen in der langen Geschichte der Arbeiterbewegung. Dabei lassen die frühen 20er Jahre des vorigen Jahrhunderts wieder einmal erkennen, daß mit einer klaren Zielsetzung sinnvolle und nützliche Wege gegangen werden konnten: Als am 11. September 1921 in Thüringen ein Landtag gewählt wurde, in dem SPD, USPD und KPD über eine knappe Mehrheit verfügten, ließ sich die Sozialdemokratie nicht auf eine Koalition mit bürgerlichen Parteien ein. Im Gegenteil: Am 7. Oktober entstand eine Linksregierung, toleriert von den Kommunisten. Der Blick auf eines der vielen Länder des Reiches mag begrenzt sein, zumal der damalige Schritt linker Sozialdemokraten hin zu gemeinsamem Handeln mit anderen Linken nicht mit der generellen Politik der SPD übereinstimmte, zum Teil auch nicht mit der des KPD-Führungskreises.

Es gewann historische Bedeutsamkeit, was da geschah. Denn es handelte sich schon um ein ungewöhnliches, ja für manche sogar um ein unerhörtes Ereignis, das sich da knapp drei Jahre nach der Novemberrevolution, anderthalb Jahre nach dem Kapp-Putsch und nach dem erdrutschartigen Wahlerfolg der bürgerlichen Parteien bei den Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 sowie nach der Vereinigung sieben thüringischer Kleinstaaten zum Land Thüringen vollzog.

Regierung der Werktätigen

Die beiden sozialdemokratischen Parteien nutzten die Möglichkeit, die Politik von „Konzessionen nach rechts“ zu beenden. Ihre Regierung stand unter der Leitung von August Frölich. Mit Karl von Brandenstein, einem in der Arbeiterbewegung geachteten Freiherrn, Karl Hartmann und Louis Rennert gehörten ihr drei weitere Vertreter der SPD an, mit Max Greil, Hermann Brill und Bruno Bielick drei Vertreter der USPD. Das Kabinett stützte sich auf die 22 Mandate beider Parteien, doch erst durch die Stimmen der sechs Kommunisten ergab sich eine Mehrheit gegenüber den 26 Abgeordneten der anderen Parteien. Ihre Unterstützung hatte die KPD der neuen Landesregierung zugesagt, „soweit sie eine arbeiterfreundliche Politik betreibt“. Mag diese Formulierung auch schwammig erscheinen, sie bezeugt dennoch sowohl Möglichkeiten als auch Grenzen in jenem programmatischen Spagat, den die Kommunisten damals erstmals zwischen hoffnungsvoller Revolutionserwartung und pragmatischer Reformpolitik wagten.

Das Regierungsprogramm sah die Verabschiedung eines Sozialisierungsgesetzes und eine gerechtere Steuergesetzgebung vor, ferner durchgreifende Veränderungen im Bildungswesen und eine Reform von Verwaltung und Justiz. Die Reichsregierung wurde aufgefordert, die Demokratisierung der Reichswehr durchzusetzen und die Absetzbarkeit von Richtern einzuführen.

Trotz begrenzter finanzieller Möglichkeiten des Landes versuchte die Frölich-Regierung, die Not zu lindern, die im Gefolge von Krieg und Inflation insbesondere Arbeiter und Kriegsopfer aller Art – Invaliden, Witwen, Waisen usw. –, mehr und mehr aber auch Geschäftsleute und Handwerker betraf. Sozial verantwortbare Politik stand im Vordergrund, ganz im Sinne der Aussage Frölichs, seine Regierung verstehe sich „in erster Linie als die Schützerin der notleidenden und ausgebeuteten Massen“. Sie werde sich „immer und überall als die Regierung des gesamten werktätigen Volkes betätigen“.

Keineswegs zufällig stand die Durchsetzung bildungspolitischer Reformen im Mittelpunkt der gesamten Regierungszeit. Allen Kindern sollten gleiche Bildungschancen geboten werden, und zwar in einem einheitlich gestalteten Bildungswesen, das vom Kindergarten bis zur Universität reichte. Der aus Gera stammende Lehrer Max Greil löste erstmalig die Volksbildung aus dem Verantwortungsbereich des Justizministeriums heraus, schuf ein eigenes Ministerium und bereitete energisch das Einheitsschulgesetz vom 24. Februar 1922 vor. Er sprach von einem System der „Einheits-, Gemeinschafts- und Arbeitsschule“. Sein Motto lautete: „Ein Volk, eine Schule, ein Lehrerstand!“ Für die Volksschulklassen sollten die gleichen materiellen Unterrichtsbedingungen geschaffen werden, wie sie bis dahin mittlere und höhere Schulen erreicht hatten. Greil wollte mit seinem Einheitsschulplan zuwege bringen, daß die Sozialstruktur der thüringischen Schülerschaft in etwa auch der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung entsprach. Ihm ging es ebenso um eine akademische Ausbildung der Volksschullehrer, um so auch die üble Geringschätzung der Volksschule überwinden zu können. Insgesamt offenbarte gerade die thüringische Schulpolitik der Jahre 1922/23 wesentliche sozialistische, in die Zukunft weisende Momente.

Reaktion macht mobil

Konservative und nationalliberale Kreise mobilisierten heftigsten Widerstand, wofür sie auch eine Reihe unüberlegter Entscheidungen – z. B. die Abschaffung des Bußtages als Feiertag – zu nutzen wußten und lautstark das Gespenst einer „Entchristlichung“ an die Wand malten. Ihre Kritik schoß jedoch weit über die realen Gegebenheiten hinaus. Noch bevor die Frölich-Regierung ihr Amt angetreten hatte, wurde der angeblich „einseitigen Klassenregierung“ und dem „einseitigen Parteiregiment“ ebenso demagogisch wie scharfmacherisch begegnet. In keiner Weise zeigten die rechten Parteien – deren Nachfolger heutzutage gern die Weimarer Republik in ihr eigenes Traditionsbild einschließen – sich bereit, inhaltlich auf die neuen parlamentarisch-demokratisch verfaßten Verhältnisse einzugehen; sie hingen eher altem obrigkeitsstaatlichen Denken an.

Der „Pakt“ der linken Parteien in Thüringen hielt bis zum Herbst 1923, auch noch, als nach quälenden internen Debatten in beiden Parteien am 16. Oktober Kommunisten in das bis dahin tolerierte Minderheitenkabinett eintraten. Wie in Sachsen marschierte dann aber auch in Thüringen die Reichswehr auf. Sie unterstellte sich die Landespolizei und erklärte verschiedene Gesetze und Verordnungen der Frölich-Regierung für ungültig. Das unmittelbare Ziel bestand keineswegs allein in der Entfernung der Kommunisten aus der Regierung, nein, es sollte die gesamte Regierung abgesetzt und dem Versuch einer sozialistischen Landespolitik ein generelles Ende bereitet werden. Das zeigte sich, als die KPD-Vertreter am 12. November das Kabinett verlassen hatten und das Militär die Regierung dennoch weitgehend ihres Einflusses beraubte. In seinem Rückblick auf die seit 1921 betriebene Reformpolitik warf der Sozialdemokrat Hermann Brill am 20. November 1923 im Thüringer Landtag dem deutschen Bürgertum vor, schon immer alles darangesetzt zu haben, „überall da, wo es die Macht der Arbeiterschaft, die diese durch parlamentarische Mehrheiten [...] errungen hat, nicht mit legalen Mitteln überwinden kann, jederzeit bereit ist, zu illegalen Mitteln zu greifen“.

Aus den Quellen: „Proletarische Kampfgemeinschaft“

Aus dem Beschluß der KPD-Zentrale vom 4.10.1923: „Angesichts der großen Gefahr, die dem deutschen Proletariat und vor allem der sächsischen und thüringischen Arbeiterschaft droht, die das erste Angriffsziel des Faschismus bildet, hat die Zentrale der KPD beschlossen, alle Bedenken zurückzustellen und in die thüringische und sächsische Regierung einzutreten, um gemeinsam mit den (...) Sozialdemokraten die Arbeiterschaft zur Abwehr der faschistischen Gefahr zusammenzuschweißen.“

Aus der sozialdemokratischen Tribüne vom 3.10.1923: „Endlich, in der Stunde der größten Gefahr, scheinen die Kommunisten vernünftig geworden zu sein. Die werdende Regierungsgemeinschaft muß zu einer proletarischen Kampfgemeinschaft werden. (...) Und dann kann vielleicht einmal – das ist unser sehnlichster Wunsch – aus dieser ersten gemeinsamen Tätigkeit die wirkliche Einheitsfront des Proletariats erstehen.“

Aus einer Erklärung des Vorstandes des Thüringer Landbundes vom 4.11.1923: „Mit Neid blickt das Thüringer Landvolk auf die geordneten Verhältnisse im Nachbarlande Bayern und erwartet, daß unter allen Umständen mit größter Schärfe auch in Thüringen für Ordnung gesorgt wird. (...) Der Gesamtvorstand erwartet, daß die Landtagsfraktion alle Mittel anwendet, um Thüringen baldigst von dieser Regierung zu befreien.“

junge Welt, Sonnabend, 01.10.2011, S. 15.

Generalangriff von rechts

11. Oktober 1931: Harzburger Front – eine „Kriegserklärung“

Was am morgigen Tag vor 80 Jahren in Bad Harzburg geschah, gehört zu jenen geschichtlich außerordentlich bedeutsamen Ereignissen, die deutlich zu erkennen geben, wer die Ergebnisse der Novemberrevolution zu revidieren versuchte, wer Schritt für Schritt das Ende der Weimarer Republik vorbereitete, wer also mit Fug und Recht als Totengräber eines parlamentarisch-demokratischen Regierungssystems zu bezeichnen ist. Verfechter schlichter Extremismustheorien finden da schwerlich überzeugende Widerworte, zumal es Attacken nationalkonservativer Kreise gegen die neuen Verhältnisse – stets verknüpft mit Bemühungen um Wiederaufrüstung und Revanche für den 1918 verlorenen Krieg – von Anfang an gegeben hatte. Zwar scheiterten sie zumeist: der Kapp-Lüttwitz-Putsch im März 1920 oder das Hitlersche Unternehmen im November 1923. Die Ermordung sozialistischer und bürgerlich-demokratischer Politiker verhalf ebenfalls nicht zu erstrebtem Erfolg. Auch die nationalistisch geprägten Volksentscheide gegen den Young-Plan (1929) sowie gegen die sozialdemokratische geführte Regierung Preußens (1931) verfehlten ihr Ziel. Dennoch verschob sich in der Regel das politische Kräfteverhältnis ein wenig nach rechts, verfestigte sich jener Boden, auf dem alldeutsch-völkischer Nationalismus und schließlich der faschistisch-rassistische Ungeist triumphieren konnten.

Im Sommer 1931, mitten in einer Welle von Bankrotterklärungen großer Banken, startete die konservative Deutschnationale Volkspartei (DNVP) einen neuen Versuch, die vom Präsidialregime des Reichskanzlers Heinrich Brüning bereits eingeschränkten, jedoch noch vorhandenen parlamentarisch-demokratischen Regeln des Regierens vollends zu beseitigen. Alfred Hugenberg, seit 1928 Chef der Partei und in ihr mit „diktatorischen Vollmachten“ ausgestattet, ergriff die Initiative und versuchte, alle im Reich wirkenden rechten Kräfte für ein großes, aufsehenerregendes Treffen zu mobilisieren. Nachdrücklich und vor allem in politisch beeindruckender Gemeinsamkeit sollte dieses vom Reichspräsidenten Paul von Hindenburg verlangen, Kanzler Brüning zu entlassen.

Vorstoß der Monopole

Was damit bezweckt war, brachte eine Gruppe prominenter Industrieller zu dieser Zeit in einem Brief an Brüning auf den Punkt: „Man muß der Wirtschaft die Fesseln abnehmen und ihr das Wirtschaften nach den ewig gültigen ökonomischen Gesetzen wieder freigeben, damit sie ihre Kräfte entfalten kann.“ Am 6. September schrieb Paul Reusch, Generaldirektor der Gutehoffnungshütte, an Ludwig Kastl, geschäftsführendes Präsidialmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (RDI), er sei der Meinung, daß Brüning die in ihn gesetzten Erwartungen nicht erfüllt habe. Der Kanzler habe nicht den Mut aufgebracht, sich „von der Sozialdemokratie zu trennen“ und den Einfluß der Gewerkschaften, auf die alles „Unheil“ zurückzuführen sei, zu brechen. Daher müsse er von der Industrie „auf das allerschärfste bekämpft werden“. Wenige Wochen darauf, am 29. September, kritisierten elf der bedeutendsten Wirtschaftsverbände in einer „Gemeinsamen Erklärung“ die „Inaktivität“ der Regierung. Obgleich der RDI als wichtigster Industriellenverband sich nicht auf einen Generalangriff auf Brüning festlegen lassen wollte, schrumpfte sein diesem gebotener Rückhalt zusehends. Wie andere Wirtschaftsverbände vertrat er auch die Meinung, es müsse Schluß gemacht werden mit einem „politisch diktierten Wirtschaftssystem“. Es dürfe keinerlei Kompromiß geben zugunsten „individualistischen“ Wirtschaftens. Daher wurde gefordert, die Ausgaben der öffentlichen Hand weiter umfassend abzubauen, das Tarif- und Schlichtungswesen zu „reformieren“ und sich abzuwenden von einer „übertriebenen Ausweitung der Sozialversicherung“ einschließlich der Arbeitslosenversicherung sowie von einer „Überspannung des Fürsorgeprinzips“.

Parallel und ganz im vorgegebenen Sinne inszenierte der Alldeutsche Verband eine Briefkampagne: Personen, auf deren Urteil der Reichspräsident großen Wert legte, schrieben diesem fordernd, er möge den Weg zu einer „nationalen Rechtsregierung“ unter einem Kanzler Hugenberg freimachen. Zu den Absendern gehörten der westfälische Großgrundbesitzer Fürst zu Salm-Horstmar, der Vorsitzende des Reichslandbundes, Graf Eberhard von Kalckreuth, Prinz zu Schoenaich-Carolath als Sprecher schlesischer Magnaten, Emil Kirdorf als Senior der Ruhrindustriellen, Fritz Thyssen, Albert Vögler und Ernst Brandi von der Vereinigten Stahlwerke AG, dem größten deutschen Montantrust, Generaldirektor Fritz Springorum vom Hoesch-Konzern, Louis Ravené vom Eisengroßhandel, der Hamburger Werftenherr Rudolf Blohm u. a. m. Bei der Zusammenkunft in Harzburg hieß es dementsprechend, die „nationale Opposition“ stehe vor der Einleitung eines „Entscheidungskampfes“, denn es gelte nunmehr, das „heutige System“ endgültig niederzuringen.

Ort und Termin des Treffens waren sehr bewußt gewählt: Das am Nordrand des Harzes gelegene Städtchen gehörte zum Freistaat Braunschweig, an dessen rechtsgerichteter Regierung sich seit kurzem auch Nazis beteiligen durften. Verbote oder Protestdemonstrationen schienen da nicht in Sicht oder wurden als leicht zu verhindern betrachtet. Die demonstrative Zurschaustellung eigener Macht sollte wenige Tage vor einer neuen Sitzung des Reichstages stattfinden, nachdem dieser ein halbes Jahr lang in eine Zwangspause geschickt worden war. DNVP und NSDAP planten, am 13. Oktober einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung zu stellen. Diesem sollte zuvor außerordentlicher Nachdruck und breite Popularität verliehen werden.

Brüning – noch von einer bourgeoisen Mehrheit gestützt sowie vom Vertrauen Hindenburgs getragen – konterte allerdings und bildete sein Kabinett am 9. Oktober um. Entlassen wurde Joseph Wirth, der sich schärfer als andere Minister gegen die Naziartei gewandt und nicht viel vom Vorschlag des Reichswehrministers Wilhelm Groener für ein Verbot der KPD gehalten hatte. Doch ausgerechnet letzterem wurde zusätzlich das Amt des Innenministers übertragen, womit er über zwei der wichtigsten Machtinstrumente des Staates verfügte. Der Kanzler übernahm auch das Amt des Außenministers. Neuer Wirtschaftsminister wurde Hermann Warmbold, ein Vorstandsmitglied der I. G. Farbenindustrie AG, des größten europäischen Chemieunternehmens. Weitere Großindustrielle einzubinden mißlang jedoch, so daß rechte Kreise die Neuformierung der Regierungsmannschaft als eine „Notlösung“ bewerteten.

„Gesinnungsgemeinschaft“

Der das Harzburger Treffen vorbereitende Arbeitsausschuß hielt die Kabinettsumbildung für völlig unzureichend. Sein deutschnationales Mitglied, der Reichstagsabgeordnete Otto Schmidt aus Hannover, erklärte in der Presse, man könne trotz dieser „Rechtsverlegung (...) in Ruhe zur Tagesordnung übergehen“. Im Klartext bedeutete dies, auf keinen Fall vom Kurs auf eine Radikallösung sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik abgehen zu wollen. Pathetisch klang hingegen die Formulierung, das Treffen werde „lebendiger Ausdruck eines Kräftestromes“ sein, der nicht aufgehalten werden könne. Stolz berichtete Schmidt von neuen Zusagen zur Teilnahme, wodurch sogar „die durch die Raumverhältnisse leider gezogenen Grenzen“ weit überstiegen würden. Man wolle keine neuen Organisationsformen, auch keine neue „Arbeitsgemeinschaft“ schaffen, sondern eine „geschlossene Front“, die „nach einem einheitlichen Plan unter Ausschaltung aller Kompetenz- und Führerstreitigkeiten“ als Grundlage der angestrebten neuen Regierung zu wirken habe. Man sprach von einer „politischen Gesinnungsgemeinschaft“, die alle Brücken zur Sozialdemokratie abbreche. Deren Politik des „kleineren Übels“ sah man im Grunde schon für überflüssig und hinderlich an. Es sei „ein Ding der Unmöglichkeit, daß bewußt konservative Gruppen und Marxisten sich in der ‚schöpferischen Synthese‘ Brünnings zusammenfinden“, hieß es. Damit folgte man der Linie, die der RDI bei

Beginn der Weltwirtschaftskrise vorgegeben hatte: Bruch jeglicher Zusammenarbeit mit SPD und Gewerkschaften.

Jene Intentionen, welche die NSDAP mit ihrer Beteiligung am Treffen der stockreaktionären Kreise verfolgte, benannte Joseph Goebbels am 9. Oktober 1931 im Berliner Sportpalast: Sinn der angekündigten Tagung in Bad Harzburg sei ein „grundlegender Systemwechsel“ und die Bildung einer neuen Regierung, und in dieser werde seine Partei als größte Kraft in der „Widerstandsfront“ für sich die Führung beanspruchen. Das Ziel heiße schärfste Opposition gegen die Regierung, endgültiger Sturz des Kabinetts und Machtübernahme durch die nationale „Aufmarschfront“. Offen bezeichnete er das Harzburger Treffen als „Kriegserklärung“ an die Adresse der bestehenden Reichsregierung.

Nazipartei wird salonfähig

Im Vorfeld der Zusammenkunft zeigte sich, daß einer ganzen Reihe von Großunternehmern und Großgrundbesitzern, Generälen der Reichswehr und Monarchisten die Entwicklung nach rechts weder schnell noch weit genug ging. Seit dem Frühjahr, verstärkt ab Sommer 1931 forderten sie eine abrupte Hinwendung zu einer autoritären Diktatur. Unter der Parole „Unternehmer an die Front!“ verlangten sie von ihresgleichen auf allen Gebieten mehr politische Aktivitäten, um die Regierungspolitik rigoros auf ihren Kurs festlegen zu können. Ganz in diesem Sinne gestalteten sich die Verbindungen zwischen den NSDAP-Führern und Angehörigen des Finanz- und Industriekapitals, des großen Grundbesitzes und zur Militärkaste immer enger. So konnte die Partei nunmehr, anders als noch zur Zeit des Volksbegehrens gegen den Young-Plan, vollständig gleichberechtigt auftreten. Gleichsam geadelt durfte sich Hitler fühlen, als er unmittelbar vor seiner Fahrt nach Bad Harzburg erstmalig vom Reichspräsidenten zu einem Gespräch empfangen worden war.

Weder das terroristische Auftreten noch das rassistisch-antisemitische Gebaren der NSDAP und erst recht nicht ihre Mitwirkung an der „Harzburger Front“ hinderten Großindustrielle, sich für diese zu engagieren. An den Beratungen und Kundgebungen des 11. Oktober beteiligten sich einige bekannte wie auch weniger prominente Generaldirektoren und Direktoren aus Bergbau und Hüttenwesen, der Kali- und der Werftindustrie; andere stimmten zwar mit den Ideen der Organisatoren überein, zeigten sich aber nicht bereit, dies auch öffentlich zu bekunden. Möglicherweise befürchteten sie, Brüning werde seine Drohung wahr machen und im Falle seines Sturzes pikante Details aus dem Innenleben von Großindustrie und Bankwesen publizieren. Vertreten waren ferner der ehemalige Präsident der Reichsbank, Hjalmar Schacht, und der Bankier Emil Georg von Stauff, die Generale Hans von Seeckt, Rüdiger Graf von der Goltz und Walther Freiherr von Lüttwitz, der Hohenzollernprinz Eitel Friedrich von Preußen sowie eine Reihe von Großagrariern und Funktionären des Reichslandbundes.

Heerschau der „Nationalen“

So vorbereitet und werbetechnisch perfekt inszeniert versammelte sich in Bad Harzburg die größte Schar der politischen Rechten, die man jemals öffentlich beisammen gesehen hatte. Das Treffen begann mit einer Kundgebung und der Parade mehrerer paramilitärischer Formationen – 2000 Mann aus der SA und 3000 Stahlhelmer. Als erstere die Tribüne passiert hatten, verließ Hitler diese und nahm auch nicht am gemeinsamen Mittagessen teil. Am Nachmittag drängten sich die Teilnehmer im großen Saal des Harzburger Kurhauses dicht an dicht, wie die Presse berichtete. Auch in den benachbarten Räumen lauschten Hunderte Gäste den Tiraden der Redner. Im Hause habe ein geradezu lebensgefährliches Gewühl geherrscht, vor allem als die Führer von DNVP und NSDAP den Saal betraten und dort von sich immer wiederholenden Rufen „Heil Hugenberg!“ bzw. „Heil Hitler!“ begrüßt wurden. Diese Ovationen hätten etwa zehn Minuten lang gedauert. Geredet wurde danach viel, wobei inhaltliche Unterschiede kaum zu erkennen waren, gleich ob da Hugenberg, Hitler, die Stahlhelm-Vorsitzenden Franz

Seldte und Theodor Duesterberg, Graf Eberhard von Kalckreuth vom Reichslandbund, Schacht, der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Heinrich Claß, oder ein weiterer Graf, Rüdiger von der Goltz, der die Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands führte, auftraten.

Allen in ihrer Kritik an Brüning regelrecht wetteifernden Rednern galt stürmischer Applaus. Den erhielt in hohem Maße Hitler, vor allem aber Schacht, der allein mit seinem unangekündigten Erscheinen und seinem Vortrag großes Aufsehen erregte. Nach seiner Aussage diene die deutsche Währung nur noch dazu, „die Illiquidität unserer Finanzinstitute und der öffentlichen Hand zu verbergen“. Es gelte, so bekannte er, „grundsätzliche“ Fehler des Systems zu kritisieren, „anstatt bei den einzelnen Tatsachen unseres Elends zu verweilen“.

Die Entschließung, die feierlich in Harzburg angenommen und entsprechend bejubelt wurde, beschrieb apokalyptisch die Lage des Reiches. Die Regierungen und der Staatsapparat hätten versagt „gegenüber dem Blutterror des Marxismus, dem fortschreitenden Kulturbolschewismus und der Zerreißung der Nation durch den Klassenkampf“, sie hätten gegenüber dem Ausland eine „Politik der Unterwürfigkeit“ betrieben und Deutschland politisch, wirtschaftlich und militärisch „entmannt“. Hindenburg wurde beschworen, in „letzter Stunde durch Berufung einer wirklich nationalen Regierung den rettenden Kurswechsel“ herbeizuführen: „Nur der starke nationale Staat kann das Leistungsprinzip in jeder Form verwirklichen und die zur Herbeiführung einer wahren Volksgemeinschaft notwendigen sozialen Maßnahmen durchführen.“ Am Ende hieß es vielsagend: „Wir verlangen von allen Volksgenossen Pflichterfüllung und Opfer.“

Vom Kompagnon zum Favoriten

Die Schlachtordnung gegen die Weimarer Republik, gegen das Kabinett Brüning und die deutsche Arbeiterbewegung schien hergestellt, wenngleich noch nicht bis ins einzelne. Denn nichts konnte eine Tatsache verdecken: NSDAP und DNVP hatten sich weder über Führung und Zusammensetzung des Kabinetts noch über dessen Programm geeinigt. Da aber weder die Konservativen noch die Nazis eine Chance sahen, auf eigene Faust voranzukommen, ließ sich absehen, daß über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg sich die Verständigungsversuche wiederholen würden. Hitler und die Seinen waren auf dem besten Wege, in diesem gemeinsamen Konzert die erste Geige zu spielen, sich vom Juniorpartner und Kompagnon zum Favoriten zu mausern. Für die NSDAP sprach, daß sie über eine im großen und ganzen einheitliche Parteispitze verfügte und zunehmend einen Massenanhang aufbieten konnte, während Person und Politik Hugenburgs auch in der DNVP umstritten waren und deren Partei- und Wählerbasis stagnierte. Allerdings konnten die deutschnationalen Führer noch darauf vertrauen, in der deutschen Gesellschaft und quer durch alle Oberschichten als die politische Kraft zu gelten, deren Haltung zu Tradition, Macht, Eigentum, Privilegien keinem Zweifel unterlag, und daß sie nicht nur die älteren, sondern auch die vertrauteren Beziehungen zu Hindenburg und den Militärkreisen besaßen. Daher beanspruchten sie ehrgeizig und hochmütig die Führungsrolle. Sie glaubten, Hitler und seine Partei als ihre Hilfskräfte in Dienst nehmen zu können. Allerdings wies das Zustandekommen der zeitweiligen antirepublikanischen Einheitsfront am 11. Oktober 1931 stärker als jedes Ereignis vorher darauf hin, daß die äußersten Rechtskräfte sich energisch und mit wachsenden Erfolgsaussichten an die Regierung zu drängen verstanden.

Keine Woche war seit der Kundgebung in Harzburg vergangen, als in Braunschweig 100000 SA-Leute aufmarschierten. Sie fielen in proletarische Viertel ein, töteten drei Arbeiter und verletzten 70 schwer. Die blutige Demonstration unterstrich noch einmal den Führungsanspruch der NSDAP innerhalb der Opposition. Aus dem Treffen in Harzburg, so erklärte ein Naziführer bei einer Veranstaltung in der Berliner „Neuen Welt“, könne nicht geschlossen

werden, daß „Hitler mit Hugenberg Hand in Hand gehe“. Erneut wurden die angeblich grundlegenden Differenzen zwischen NSDAP und DNVP „auf sozialem Gebiete“ hervorgekehrt und die eigene Partei als Kraft des Fortschritts hingestellt. Als deutschnationale Blätter die NSDAP-Führer der Untreue bezichtigten und Meldungen über Verhandlungen zwischen der NSDAP und dem Zentrum verbreiteten, dementierte Hitler dies nicht nur, sondern erklärte, das System werde durch die NSDAP und nicht durch die DNVP gestürzt werden. Wechselseitig beschuldigten sich die Harzburger Partner, am Zerfall der Front schuld zu sein.

Dennoch markierte das Treffen von Bad Harzburg eine neue Phase im Ringen der Reaktion um die Aufhebung sozialer und demokratischer Rechte, um die Zerstörung der geltenden bürgerlich-demokratischen Verfassungsordnung. Trotz aller Konkurrenz untereinander (sie wird von einigen Geschichtsschreibern zu Unrecht, aber gern und mit entsprechenden Hintergedanken in den Vordergrund gehoben) verbündeten sich die großen Parteien der deutschen Rechten erneut und leiteten schließlich am 30. Januar 1933 als „Regierung der nationalen Konzentration“ den schrecklichsten Teil deutscher Geschichte ein.

„Im Gleichschritt zur Diktatur“ – so lautet treffend der Titel einer Ausstellung, die seit Februar 2009 in der Wandelhalle des Bad Harzburger Kurbetriebes an den 11. Oktober 1931 erinnert. Sie wurde im Juli 2011 teilweise zerstört.

Aus den Quellen:

Aus dem Artikel „Vor dem Bankrott“, verfaßt von Heinz Pol und veröffentlicht in Die Weltbühne vom 9. Dezember 1930:

„Der Zusammenbruch der Demokratie in Deutschland geht mit einer Schnelligkeit vor sich, die im direkten Zusammenhang mit der Brüchigkeit des Systems steht: die Verfassung von Weimar, die Errungenschaften der Revolution, der sogenannte republikanische Gedanke – alle diese Dinge waren unmittelbar abhängig und lebten nur von der Gnade oder Uneinigkeit ihrer Gegner. Die Demokratie stirbt dahin, weder in Schönheit noch etwa unmerklich, sondern in aller Öffentlichkeit, auch von den Dümmden bemerkt. Das Unheil, auf das man zwölf Jahre wartete – jetzt tritt es durch die Tür.“

Aus einem Brief des sächsischen NSDAP-Gauleiters Martin Mutschmann an den Fabrikbesitzer Fritzsche:

„Lassen Sie sich doch nicht immer durch die Schlagworte ‚Nieder mit dem Kapitalismus!‘, die wir auf unsere Plakate schreiben, verwirren. Diese Schlagworte sind notwendig. Sie müssen wissen, mit der Losung ‚Deutschnational oder National‘ allein würde es nie möglich sein, unser Ziel zu erreichen. Wir müssen die Sprache der verbitterten sozialistischen Arbeiter sprechen, sonst werden sich diese nie bei uns zu Hause fühlen. Aus diplomatischen Gründen können wir nicht mit unserem wirklichen Programm herauskommen, ohne dessen Durchführung von vornherein unmöglich zu machen.“

Aus einer Rede des Aufsichtsratsvorsitzenden der I.G. Farbenindustrie AG, Carl Duisberg, vor Mitgliedern der Industrie- und Handelskammer am 23. Juni 1931 in Düsseldorf:

„Kommt nun ein Mann, der bewiesen hat, daß er keine Hemmungen hat, und der gesonnen ist, den Geist der Frontgeneration in friedlicher Befreiungsarbeit einzusetzen und zu verwirklichen, so muß diesem Mann auch unbedingt Folge geleistet werden.“

Aus der Rede Alfred Hugenburgs vom 11. Oktober 1931:

„Was Arbeitslosigkeit der industriellen Völker heißt, weiß jetzt die ganze Erde. Ihr wird der erste große Kampf der regierenden Nationalen Opposition gelten. Die Arbeitslosigkeit hängt eng mit dem zweiten Weltkrieg zusammen, den ein irregeleitetes internationales Kapital heute

gegen das nationale Kapital und die nationale Volkswirtschaft der ganzen Welt führt. Da der Brennpunkt dieses Krieges Deutschland ist, kann die Erlösung von der Geißel der Arbeitslosigkeit nur von Deutschland aus kommen. Sie kann auch, da der andere treibende Grund der deutschen Arbeitslosigkeit der Marxismus ist, nur von den Gegnern des Marxismus, nur von der deutschen Nationalen Opposition kommen.“

Aus der Rede Hjalmar Schachts:

„Ich überlasse es Ihnen zu urteilen, wohin ein marxistisches Gewerkschaftssystem zu klassifizieren ist, welches ohne Rücksicht auf den Erfolg der Wirtschaft seine Ansprüche mit politischen Mitteln durchzusetzen sucht. Es bedarf einer grundsätzlichen Umstellung in unserem Volke dahin gehend, daß jeder einzelne, wo immer im Produktionsprozeß er steht, verantwortlich ist für den Erfolg des Ganzen. Wenn das Wort Demokratie überhaupt noch einen Sinn haben soll, so bedeutete es die Einordnung des einzelnen, Unternehmers wie Arbeiters, unter die große Forderung des Gemeinnutzes.“

Aus einem Vortrag von Peter Schyga, Vorsitzender des Vereins Spurensuche Harzregion e.V., zur Ausstellung „Im Gleichschritt zur Diktatur“ (20.1.2011):

„Die Terror- und Vernichtungsdynamik startete nicht in Bad Harzburg, doch ihre Wurzeln waren hier geerdet, die inneren Triebkräfte ihrer Akteure wurden hier geweckt (...) Hier wurde der Knoten gelöst, der latente Einstellungen und Ansichten im Privaten, am Stammtisch, im Kriegerverein, bei irgendwelchen Weihen gefangenhielt. Bad Harzburg bewirkte, daß schwelende antidemokratische und antirepublikanische Einstellungen und Verhaltensmuster sich Raum verschaffen konnten hin zur bedingungslosen Unterstützung der Nationalsozialisten.“

junge Welt, Montag, 10.10.2011, S. 10.

Skrupellos und besessen – ein Faschist

Rezension. Notate zu Robert Gerwarths neuer Biographie über Reinhard Heydrich

Jeder weiß es: Die Geschichte kennt zahlreiche politische Verbrechen. Viele galten einzelnen Opfern, andere größeren Menschengruppen oder sogar ganzen Völkern. In jedem Fall agierten die Täter skrupellos, unbarmherzig, barbarisch, als terroristische Unholde sondergleichen und ebenso als Massenmörder. Prägten ihre Taten das Gesicht von Epochen, Ländern und Ereignissen, wird zumeist der Name eines Mannes genannt – übrigens: kaum je der eines weiblichen Wesens. Das Deutsche Reich, das sich selbst nach dem Heiligen Reich deutscher Nation und dem 1871 in Versailles aus der Taufe gehobenen Bismarck-Reich als das dritte verstand und tausend Jahre existieren wollte, hinterließ indessen aus seiner zwölfjährigen Herrschaftszeit die Erinnerung gleich an mehrere, ja sogar an viele Unmenschen. Und das gewiß nicht allein an jene, die 1946 im Nürnberger Prozeß als deutsche Hauptkriegsverbrecher angeklagt und zum Tode verurteilt worden sind. Reinhard Heydrich, wäre er da noch am Leben gewesen, hätte auf jeden Fall zu ihnen gehört. Er wäre ebenfalls, ohne daß es für irgend jemand möglich gewesen wäre, ein solches Urteil in Frage zu stellen, als eine „Schlüsselfigur des Dritten Reiches“ sowie als „zentraler Vollstrecker nationalsozialistischer Terrorpolitik“ hingerichtet worden – so lautet jedenfalls das Fazit des Buches, das hier vorgestellt wird und das zudem Anlaß bietet, nach Erscheinungen und Tendenzen deutscher Geschichtsschreibung sowie nach anscheinend unerläßlich gewordenen Merkmalen „geschäftstüchtiger“ Wissenschaft und Geschichtspolitik in unserer Zeit zu fragen.

Politische „Erweckung“

Robert Gerwarth – Jahrgang 1976, heute an der Universität in Dublin lehrend und bisher vor allem durch seine Publikation über den deutschen Bismarck-Mythos bekannt geworden – beginnt nach einer relativ knappen, dennoch aufschlußreichen Einleitung seine Untersuchungen zur Biographie Heydrichs mit einer Schilderung des Attentats, das tschechische Widerständler mit Unterstützung des britischen Geheimdienstes am 27. Mai 1942 auf den Chef des Reichssicherheitshauptamts (siehe jW vom 26./27.9.2009) und stellvertretenden Reichsprotektor für Böhmen und Mähren verübten und das wenige Tage später zu seinem Tod führte. Die unmittelbaren und weiteren Folgen des Anschlags auf eine der wichtigsten Figuren im faschistischen Herrschaftsapparat werden im neunten Kapitel des Buches unter dem Titel „Vermächtnisse der Zerstörung“ dargestellt. Zwischen diesen beiden Teilen entrollt sich ein außerordentlich umfangreiches, sehr detailliertes Bild eines Lebensweges, das vom 7. März des Jahres 1904 – dem Tag, an dem Heydrich geboren wurde – bis zu seinem Todestag am 4. Juni 1942 reicht.

Wie es sich für eine Biographie gehört und methodisch strikt einem chronologischen Darstellungsprinzip folgend, wird zunächst geschildert, in welcher Familie und unter welchen Zeitumständen Reinhard Tristan Eugen Heydrich aufwuchs. Allein die Wahl der Vornamen verrät etwas über die Rolle der Musik im Dasein und Wirken der Eltern – der Vater Komponist und Opernsänger, die Mutter Klavierlehrerin. Sie lebten in Halle an der Saale, wo Musikerziehung zum bürgerlichen Bildungskanon gehörte, und durften sich als Nutznießer des wirtschaftlichen Aufschwunges jener Zeit betrachten. Finanziell gut ausgestattet und soziales Ansehen in der Handel-Stadt genießend, ließen sie ihrem lernwilligen, lesehungrigen Sohn eine gute Ausbildung angedeihen.

Obgleich nicht direkt antisemitisch eingestellt, machte es der Familie arg zu schaffen, als Gerüchte um eine angeblich jüdische Abstammung des Vaters auftauchten. Dessen nationalkonservative Haltung führte ihn 1919 – nach den „Schrecken der Revolution“, schreibt Gerwarth – in die Deutschnationale Volkspartei. Pauschal heißt es zudem: „An dem vierzehnjäh-

rigen Reinhard dürften die tiefgreifenden Veränderungen, die seine Heimatstadt seit dem Herbst 1918 erschütterten, auch nicht spurlos vorübergegangen sein.“ Und noch allgemeiner: Wie die „meisten Kinder“ (sic! – M. W.) dürfte er „diese Ereignisse als bedrohlich empfunden haben“. (S. 46 f.) Im Zusammenhang mit dem Engagement des Jungen in der Halleschen Einwohnerwehr spricht Gerwarth von dessen politischer „Erweckung“.

Heydrich sei allerdings in der unmittelbaren Nachkriegszeit kein „Protonationalsozialist“ geworden – eine etwas nebulöse und im Grunde ahistorische Aussage, welche weder Entwicklungslinien im deutschen Faschismus noch seine völkisch-rassistischen Wurzeln berücksichtigt. Dazu paßt, daß Heydrichs Mitgliedschaft im Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund – damals die größte antisemitische Organisation und ein prägender Sammlungsort zahlreicher späterer Nazigrößen – in Frage gestellt wird. Ein Zufall, daß im umfangreichen vierzigseitigen Literaturverzeichnis das Standardwerk von Uwe Lohalm über diesen Bund und seine Rolle für die NSDAP fehlt? Möglicherweise handelt es sich dabei doch nur um ein Versehen, ähnlich dem Fehler, daß die Unterschrift zu einem Bild Heydrich als Kadetten der Marine für das Jahr 1920 ausweist, obgleich er seinen Dienst erst am 1. April 1922 antrat. Jedoch wird auch gesagt, daß Heydrich mit seiner Entscheidung, eine Karriere in der Marine zu suchen, „in eines der extremsten rechten Milieus der Weimarer Republik“ geriet (S. 55) und damit offensichtlich auch in den Umkreis jener Rechten, die nichts von Politik und Parlamentarismus, ausdrücklich nichts von politischen Parteien hielten, sondern ihre hoffnungsvolle Aufmerksamkeit eher dem Militär oder paramilitärischen Bünden widmeten.

Entscheidende „Sternstunde“?

Ausführlich äußert sich Gerwarth darüber, wie Heydrich im Dezember 1930 seine spätere Ehefrau Lina von Osten kennen und lieben lernte. Sie sei bereits eine „überzeugte Nationalsozialistin und glühende Antisemitin“ gewesen, ärgerlich darüber, daß ihr Partner kaum Interesse an Parteien und damit auch nicht an der NSDAP zu haben schien. Auf ihren Einfluß führt der Autor schließlich dessen Hinwendung zur Hitlerpartei zurück – von „Bekehrung zum Nationalsozialismus“ durch sie geht sogar die Rede (S. 63). Dabei wird die deutsche Variante des Faschismus von ihm lediglich als Ideologie gesehen, in der Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Autoritätsgläubigkeit, Gewaltbereitschaft und Großmachtstreben dominierten. Gesellschaftliche Wurzeln bleiben außen vor, u. a. taucht auch die von den Nazis lautstark verwendete Forderung „Ausrottung des Marxismus“ nicht auf.

Neben Linas Einfluß, der als kaum zu überschätzen dargestellt wird, habe auch die größte persönliche, ihn demütigende Katastrophe im Leben Heydrichs die weitere Entwicklung des Mannes „befördert“: die Entlassung aus der Marine, da ein nicht gehaltenes Eheversprechen gegenüber einer anderen Frau als unehrenhaft angesehen wurde. „Heydrich stand vor dem Nichts. Mitten in der Weltwirtschaftskrise hatte er seinen sicheren und gut dotierten Arbeitsplatz durch einen Fehltritt verloren.“ (S. 65 f.) Am 1. Juni 1931 trat er der NSDAP bei, nachdem ihm ein Verwandter den Weg in die Münchner Parteizentrale geebnet hatte. Die erste Begegnung zwischen Heinrich Himmler und Heydrich am 14. Juni 1931, von Lina später als „Sternstunde unseres Lebens“ bezeichnet, führte sofort zum bedenkenlos erteilten Auftrag, eine SS-Geheimdienstformation aufzubauen.

Wie Heydrich seine „zweite Chance“ wahrnahm und sich das Verhältnis zu Himmler – getragen durch ein „tiefes Vertrauen, komplementäre ‚Talente‘ und gemeinsame politische Überzeugungen“ (S. 71) – entwickelte, wie er auf einer steilen Karriereleiter emporstieg, wie der von ihm geleitete SS-Sicherheitsdienst (SD) sich zum einzigen Nachrichtendienst der NSDAP mauserte, und wie es ihm gelang, „Reichsfeinde“ mehr und mehr „präventiv“ zu bekämpfen – all das wird eingehend im 4. und 5. Kapitel des Buches dargestellt.

Desweiteren erfährt der Leser viel über den Anteil Heydrichs an der Judenverfolgung im eroberten Polen, über den Madagaskar-Plan und über die einzelnen Stufen – Gerwarth spricht von „schicksalhaften Entscheidungen“ –, die zum organisierten systematischen Massenmord führten. Dabei enthüllt der Biograph einen von Krieg und Kriegsverlauf abhängigen Entwicklungsprozeß, in dem Heydrich sich immer stärker radikalisierte und zu dessen Radikalisierung er selbst erheblich beitrug.

Das Ergebnis: die industriell betriebene physische Vernichtung der europäischen Juden. Dabei versuchte er durchaus auch, potentielle Rivalen in staatlicher Verwaltung oder Wehrmacht an uneingeschränkter Radikalität noch zu übertrumpfen. Insofern durfte er es wohl als persönlichen Erfolg verbuchen, daß die von ihm geleitete Wannsee-Konferenz, auf der am 20. Januar 1942 die radikalen Mordpläne übereinstimmend gebilligt und die Machtambitionen der SS in der „Judenfrage“ allgemein akzeptiert wurden. Es charakterisiert des Verfassers Liebe zu erhellenden Details, wenn er beschreibt, wie Heydrich, der für gewöhnlich weder trank noch rauchte, nach der Konferenz Kognak und Zigarette genoß. (S. 266)

Der furchterregenden Tätigkeit Heydrichs als stellvertretender Reichsprotektor für Böhmen und Mähren ist ein eigenes umfangreiches Kapitel gewidmet. Moralische Skrupel gab es für ihn nicht. Aus seinem wahrlich faschistisch zu nennenden Weltbild, ebenso besorgt ob der Wirksamkeit antifaschistischer Denk- und Verhaltensweisen und erfüllt von Furcht vor einem „Dolchstoß“ wie im Jahre 1918, erschien es ihm selbstverständlich zu sein, daß die SS als Stoßtrupp eines Großgermanischen Reiches die schmutzige Arbeit totaler Vernichtung realer und potentieller Gegner übernimmt, um angeblich eine bessere Welt für künftige deutsche Generationen zu schaffen. Sich selbst bezeichnete er dabei gelegentlich als obersten „Müllkipper“.

Biographie im Deutungsstreit

Das Buch bietet eine Fülle an Kennzeichnungen von Charakter und Persönlichkeitsstruktur Heydrichs. Da heißt es, er sei musikalisch begabt und ein eleganter Sportler gewesen, ein arroganter Sonderling, gierig auf Sex, getrieben von einem lebenslangen Ehrgeiz, stets der Beste sein zu wollen, scharfsinnig und destruktiv, unfähig zu Freundschaften, energiegeladen, von unstillbarer Machtgier erfüllt, ein glänzender Organisator, sowie stets voller Verachtung für nicht-germanische Menschen. Hitler und Himmler schätzten ihn als Vollstrecker ihrer „dystopischen“ (in der Sprache der Mediziner: organisch fehlgelagerten) Pläne, als einen „Mann mit eisernem Herzen“, während andere ihn zwar gefürchtet, ihm aber dennoch devot und effizient gedient hätten. Der Verfasser verweist auch auf Einschätzungen, denen zufolge Heydrich freundlich, strebsam, kulturell interessiert gewesen ist. Da liegt die Schlußfolgerung doch nahe, Heydrich sei eine zerrissene, in sich widersprüchliche Figur gewesen, ein Mann, der glänzend Geige spielte und als Sportfechter brillierte, aber auch Hunderttausende ohne Bedenken in den Tod schickte. Ob es jedoch ausreicht, so über Wurzeln und Wesen des deutschen Faschismus aufklären zu wollen, bleibt dahingestellt. Ein biographisch angelegtes Psychogramm erhellt bekanntlich vieles, aber nicht alles und schon gar nicht diesen Genozid.

Übereinstimmend mit der bisher erschienenen Literatur über den Holocaust wird Heydrich als einer der größten Verbrecher des 20. Jahrhunderts gesehen, als Gestapo-Chef, Erfinder der Konzentrationslager und als gnadenloser Antreiber des Völkermords an Deutschlands und Europas Juden. Bereits im Krieg gegen Polen, dann auf dem Balkan und schließlich beim Überfall auf die Sowjetunion trat er als einer in Erscheinung, der von seinen oft akademisch gebildeten Untergebenen immer noch mehr Mordtaten forderte. Erst Hunderte, dann Hunderttausende, schließlich Millionen. Auf einer seiner Inspektionsreisen, so wird berichtet, habe er kritisiert, daß die „200 Exekutionen, die täglich vorgenommen würden“, ganz und gar unzureichend seien. Das würde er „abstellen. Die Leute müßten sofort und ohne Verfahren abgeschossen oder gehängt werden.“ Auch zahlreiche andere Aussagen belegen: Heydrich war auf

keinen Fall bloß ein „Erfüllungsgehilfe“, er war eher, wie Norbert Frei in seiner Rezension des Buches für Die Zeit schrieb, ein „konzeptionell denkender Weltanschauungstäter, der [...] Härte mit Machtbewußtsein verband“.

Im Gegensatz zu anderen Autoren bewertet Gerwarth Heydrich nicht als einen ideologisch gleichgültigen Technokraten und ausschließlich karriereorientierten Manager des Massenmordes. Es könne nicht von einem „Dämonen“ gesprochen werden, vielmehr sei Heydrich ein Mensch gewesen, der die Ideologie der Nazis tief verinnerlicht habe und von der Notwendigkeit seines mörderischen Handelns völlig überzeugt gewesen sei. Insofern hätte der Wahlspruch Heydrichs, „Feind allen Feinden und Hüter alles Deutschen“ sein zu wollen, durchaus mehr Beachtung verdient. Dies gilt auch für Antworten, die der Biograph auf die ihn umtreibende berechtigte Frage findet: Wie konnte ein musisch und sportlich begabter Sohn aus gutbürgerlichem Hause zu einem der größten Massenmörder der Geschichte werden.

Erste Rezensionen, veröffentlicht vor allem in den meinungsbildenden Medien, greifen insbesondere diesen Gedanken auf. Allerdings spielt die Notwendigkeit, dabei jene Kontinuitätslinien zu verfolgen, die von rechtskonservativen, nationalistischen, revanchistischen, latent antisemitischen Positionen hin zum „Nationalsozialismus“ führten, kaum eine Rolle. Sie verstärkten eher die von Gerwarth auch getroffenen Aussagen über allgemein Menschliches und die Möglichkeiten menschlichen Versagens. Manche bemühten sich darüber hinaus, das neue Werk als sinnvollen Beweis gegen die „lange favorisierten Strukturuntersuchungen“ zur deutschen Geschichte zwischen 1918 und 1945 ins Feld zu führen.

Um in dem alten Streit der Historiker zwischen „Intentionalisten“ und „Strukturalisten“ – also zwischen denen, die hauptsächlich die Ideen im Kopf des bzw. der „Führer“ für alles verantwortlich zeichnen lassen und denen, die den Rahmenbedingungen kapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse keine untergeordnete Wirkung zuweisen – wieder einmal Punkte zugunsten ersterer sammeln zu können. Es wird betont, der junge Heydrich habe bis 1931 trotz seiner Zugehörigkeit zum reaktionären Offizierskorps der Marine keinerlei Politisierung erkennen lassen, erst recht „keine Spur einer Affinität zu völkischen oder nationalsozialistischen Parolen“.

So urteilt u.a. der Osnabrücker Klaus-Jürgen Bremm in der Zeitschrift *Glanz & Elend*, der sogar von einem Kurswechsel der Forschung spricht, ohne seinen eigenen, völlig unzulänglichen Begriff der „Politisierung“ zu erläutern. Zu schlußfolgern, Heydrich sei vor seiner Entlassung aus der Reichsmarine und ohne den Einfluß der Familie seiner Frau bis 1931 ein unpolitischer Mensch gewesen, geht an den Realitäten arg vorbei und auch an Gerwarths Darstellung von Heydrichs „politischer Erweckung“ unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg. Im Grunde sieht sich so auch dessen wiederholt getroffene Aussage konterkariert, wonach Rechtsextremismus nicht allein vom Rande der Gesellschaft, sondern ebenso und dadurch umso wirkungsvoller aus deren Mitte kommt.

Auffällig wird in den meisten Besprechungen der Einfluß hervorgehoben, den Lina Heydrich auf ihren Mann ausgeübt habe. So hörte man es am 26. September im Deutschlandradio, als Peter Carstens das Buch vorstellte, so las man es in der Mitteldeutschen Zeitung am 10. Oktober. Die Welt vom 22. Oktober meinte, es sei durch Gerwarth schlüssig herausgearbeitet worden, daß nicht nur Heydrichs Radikalisierung, sondern sogar dessen „politische Sozialisation“ erst 1931 eingesetzt habe. Die Differenz zu „politischer Erweckung“ wäre noch zu beschreiben ...

Anspruch erfüllt?

Kommt ein Buch auf den Markt, das natürlich – wie sollte es anders sein – auf vorhergehenden Arbeiten aufbaut, ist zu fragen, was denn an ihm neu ist. Heutzutage unterliegt solches

Anliegen allerdings – und auch dies kann unter den bestehenden Verhältnissen nicht anders sein – den Prinzipien von „Geschäftsinteressen“. Desavouierung jener Autoren ist angesagt, die zu anderen Zeiten und diesen verbunden andere Fragen in den Vordergrund stellten, auch noch nicht über die neu gefundenen Quellen verfügten. Bekanntlich muß Werbung sein, doch auf Kosten und zu Lasten anderer entleert sie sich aller Ideale, allen Sinns und Gebarens im Wissenschaftsbetrieb. Daß in den meisten Reaktionen auf die neue Heydrich-Biographie hervorgehoben wird, es sei die erste wissenschaftliche Arbeit über den Mann, fußt nicht zuletzt auf den von Gerwarth selbst formulierten, mitunter sogar diskreditierenden Absagen an früher erschienene Arbeiten. Es sei sonderbar, schreibt er in der Einleitung zu seinem Band, daß es fast sieben Jahrzehnte seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges noch „keine wissenschaftlichen Ansprüchen genügende, empirisch gesättigte Studie gibt, die mehr bietet als die gängigen Klischees vom ‚jungen, bösen Todesgott‘ oder das irreführende Bild des ideologisch gleichgültigen, allein karriereorientierten ‚Managers‘ des Massenmordes.“ Dies richtet sich nicht allein gegen die entsprechenden Publikationen von Shlomo Aronson, Günther Daschner, Mario Dederich u. a. m., auch kollektivbiographische Untersuchungsmethoden verfallen seiner Ablehnung. Sie reichten nicht aus, wolle man zu Heydrichs Leben und Wirken „angemessene“ Aussagen treffen, da dieser sowohl typisch als auch atypisch für die „Generation des Unbedingten“ (Michael Wildt) gewesen sei.

Führt das jedoch nicht wieder hin zu einer neuen Erkenntnis kaum ermöglichenden, weil alles individualisierenden Sicht auf die Geschichte und die Ursachen ihres Verlaufs? Da versteht man sicher besser die Vorliebe des Autors für das Adjektiv „dystopisch“: Falls es sich nicht nur um den Schnickschnack modischer Fremdwortnutzung handelt, könnte man annehmen, der Verfasser würde eine grundsätzliche Einordnung menschlichen Denkens und von Ideologien in den Bereich von Biologie und Medizin vornehmen. Sozialwissenschaft und historische Ursachenforschung sollten sich dem allerdings nicht unterwerfen.

Robert Gerwarth: Reinhard Heydrich - Biographie. Siedler Verlag, München 2011, 472 Seiten, 29,99 Euro.

Aus den Quellen: „Mit Gift und Gas“

Aus einem internen Memorandum des SS-Sicherheitsdienstes vom Mai 1934:

„Deutschland muß ihnen (den Juden, M. W.) ein Land ohne Zukunft sein, in dem wohl die alte Generation in ihren Restpositionen sterben, nicht aber die junge leben kann, so daß der Anreiz zur Auswanderung dauernd wach bleibt. Abzulehnen sind die Mittel des Radau-Antisemitismus. Gegen Ratten kämpft man nicht mit dem Revolver, sondern mit ‚Gift und Gas‘.“

Aus Heydrichs Rede vom 2.10.1941 in der Prager Protektoratsverwaltung:

„(W)ir erleben heute entscheidend die Entwicklung zum neuen Dolchstoß. Wir haben in den letzten Wochen durch Sabotage-, durch Terrorgruppen, durch Vernichtung der Ernte, durch Langsamarbeit, durchgesteuert von der Londoner Propaganda, geduldet und gefördert von der Protektoratsregierung, organisiert in einer ganz klaren Großlinien-Widerstandsorganisation, die Entwicklung (...) zum Schaden des Reiches. Selbst wenn es nur das eine ist, daß der Feind diese tschechische Bevölkerung so in Aufruhr bringt und bringen will, daß wir einen empfindlichen Verlust an Arbeitsleistung in der Rüstung, eine empfindliche Unruhe haben, die letzten Endes Vorbild hätte sein können für die übrigen besetzten Gebiete“.

Aus Heydrichs Rede vom 4.2.1942 in Prag:

„Der Tscheche, der – und das möchte ich hier nochmals feststellen – als überwiegend slawischer Mensch sich biegt, ohne gebrochen zu sein, ist eben in der Beziehung gefährlicher und anders zu behandeln als andere Menschen. Den nordischen, den germanischen Menschen

überzeugt man oder man bricht ihn – den tschechischen, slawischen Menschen kann man sehr schwer überzeugen (...) Und die Konsequenz ist, daß man den Daumen dauernd darauf halten muß, daß er eben immer gebogen bleiben muß, damit er pariert und zieht.“

Thomas Mann in seiner BBC-Sendung „Deutsche Hörer!“ zum Attentat auf Heydrich:

„Seit dem gewaltsamen Tod des Heydrich, dem natürlichen Tod also, den ein Bluthund wie er sterben kann, wütet überall der Terror krankhafter, hemmungsloser denn je. Es ist absurd und läßt wieder einmal den Ekel hochsteigen vor der Mischung aus Brutalität und kreisender Wehleidigkeit, die von jeher für das Nazitum kennzeichnend war.“

junge Welt, Sonnabend, 05.11.2011, S. 10.

Zum Sterben geboren?

1. Dezember 1936: Ein Gesetz für Jugendliche auf dem Weg zum Krieg

Was mag wohl in den Köpfen jener Jungen vorgegangen sein, die – sicher in der Hoffnung auf ein attraktives Freizeitangebot – 1934 in das erste große Zeltlager der Hitlerjugend (HJ) bei Aidling/Riegsee im bayerischen Oberland einzogen, dort aber mit dem Spruch empfangen wurden: „Wir sind zum Sterben für Deutschland geboren“? Möglicherweise hatten sie schon erfahren, sei es von den Eltern oder in der Schule, wie ihnen vor dem Ersten Weltkrieg und in diesem der Gedanke eingetrichtert worden war, es sei doch süß und ehrenvoll, fürs Vaterland zu sterben. Oder sie kannten jene Postkarten, die Soldaten in die Heimat schickten mit der Aufschrift: „Das Leben ist der Güter höchstes nicht!“ Vielleicht erinnerten sie sich an die oftmals martialisch gestalteten Denkmale, welche den Toten der Kriege für ihren „Opfertod im Dienste der Heimat“ dankten und ein heldisches Sterben priesen. Und sicher war manchem Jugendlichen auch schon die Parole der NSDAP begegnet, die da ebenso menschenverachtend wie anmaßend lautete: „Du bist nichts, dein Volk ist alles“.

Nahtlos hatten die deutschen Faschisten daran anknüpfen können, als sie sich auf den Weg machten, Deutschland zu regieren und in einen neuen Krieg zu treiben. Auch deshalb benötigte jenes Gesetz, das vor 85 Jahren, am 1.12.1936, bekanntgegeben worden ist und das einen gravierenden Einschnitt in alle Bereiche der bis dahin in der bürgerlichen Gesellschaft betriebenen Jugendpolitik darstellte, nur wenige Sätze. Es hieß, nunmehr sei die „gesamte deutsche Jugend“ in der Hitlerjugend zusammengefaßt, und sie sei „außer in Elternhaus und Schule in der Hitlerjugend körperlich, geistig und sittlich im Geiste des Nationalsozialismus zum Dienst am Volk und zur Volksgemeinschaft zu erziehen“. Der dritte Paragraph bestimmte, daß der Reichsjugendführer der NSDAP fortan als „Jugendführer des Deutschen Reiches“ gelte, damit das Amt einer Obersten Reichsbehörde führe und Hitler unmittelbar unterstellt sei. Das Gesetz beruhte einerseits auf den organisatorischen Ergebnissen in der zehnjährigen Geschichte der HJ und markierte andererseits mit wenigen Sätzen, wohin die Reise gehen sollte.

„Gleichschaltung“

Wozu die NSDAP Jugendliche gewinnen, organisieren und im Interesse großmachtpolitischer Ambitionen der Herrschenden mißbrauchen wollte, hatte sie von Anfang an erkennen lassen. Ihre erste Jugendformation – der Jugendbund der NSDAP – sah sich der SA, den paramilitärischen Sturmtrupps der Nazis, zugeordnet. Das galt erst recht für die Jugendgruppen, die nach der Wiedergründung der Partei in den Jahren nach 1925/26 entstanden, zunächst als Großdeutsche Jugendbewegung, dann als „Hitlerjugend, Bund deutscher Arbeiterjugend“. Als 1931 Baldur von Schirach Reichsjugendführer der NSDAP im Range eines SA-Gruppenführers wurde, standen SA und HJ in ihren Funktionen weitgehend auf einer Ebene. Bald gab es intensive Bemühungen um eine eigenständige faschistische Jugendorganisation. 1932 wollte man die HJ nicht unter das zeitweilig von der Brüning-Regierung verhängte Verbot von SA und SS fallen lassen. Auch galt es, den enormen Zuwachs an Mitgliedern zu bewältigen, autoritäre Strukturen zu schaffen und durchzusetzen. Nach dem 30. Januar 1933 und der direkten Ausschaltung linker Jugendverbände setzte sich dieser Prozeß fort, direkt gefördert durch die als „Gleichschaltung“ bezeichnete Auflösung oder Übernahme anderer Jugendverbände.

Als erstes, am 5. April 1933, usurpierte die HJ handstreichartig den Reichsausschuß deutscher Jugendverbände, jene fünf bis sechs Millionen Mitglieder umfassende Dachorganisation, der die HJ bis Ende 1932 nicht einmal angehört hatte. Der letzte Chef des Reichsausschusses, Generalmajor a. D. Ludwig Vogt, trat sein Amt eigenmächtig an Schirach ab und stellte sich selbst in dessen Dienst. Ersterer hatte nichts Eiligeres zu tun, als die sozialistischen und jüdi-

schen Verbände aus dem Reichsausschuß auszuschließen, da es notwendig sei, „den Kampf gegen marxistisch-jüdischen Geist bereits in der Jugend durchzuführen“. Die Bismarckjugend, die Hindenburgjugend und der Scharnhorstbund – alle bislang den konservativen Parteien verbunden – traten nahezu geschlossen der HJ bei. Aufgelöst wurde der Großdeutsche Jugendbund, zu dem sich zahlreiche bündische Jugendliche zusammengeschlossen hatten. Strukturiert nach Altersgruppen und Geschlecht, erfaßte die HJ im Deutschen Jungvolk (DJ) die 10- bis 14jährigen Jungen und die eigentliche HJ die 14- bis 18jährigen Jungen, ähnlich die Mädchen im Jungmädelsbund (JM) und dem Bund Deutscher Mädel (BDM).

Schirach formulierte in seinem 1934 erschienenem Buch über die HJ: „Wie die Partei nunmehr die einzige Partei ist, so muß die HJ die einzige Jugendorganisation sein.“ Die einheitliche Organisation – sie war gedacht als Mittel zum Zweck: Alle Jugendlichen sollten in einen straff geführten, zentral gelenkten und zu jeder Zeit für jedes Ziel einsetzbaren Verband integriert sein, „nationalsozialistisch“ denken und entsprechend handeln. Bis Ende 1934 hatten die Nazis in der HJ mit ihren 3,5 Millionen Mitgliedern nur jeden zweiten Jugendlichen erfassen können, und 1935 verlangsamte sich das Tempo des Mitgliederzuwachses. Es glich dennoch – angesichts der Repressionen gegen jene, die sich aus politischen oder konfessionellen Motiven der HJ entzogen – einer Farce, daß von der Gültigkeit des Prinzips der Freiwilligkeit gesprochen wurde – irreführend und demagogisch.

Zukunftspflichten

Die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, der beginnende Aufbau eines Massenheeres und die ersten den Krieg vorbereitenden Schritte des braunen Regimes boten die Basis für das Gesetz vom 1. Dezember 1936. Das Ziel bestand darin, in kürzester Zeit eine schlagkräftige Wehrmacht zu schaffen. Insbesondere sollten alle Jungen bereits im Vorfeld ihrer Rekrutierung auf den Wehrdienst vorbereitet und für diesen befähigt werden. Ihre vollständige organisatorische Erfassung, ihre körperliche Ertüchtigung und eine entsprechende ideologische Beeinflussung standen im Vordergrund. Dem Gesetzestext waren zwei dies klar erhellende Sätze vorangestellt: „Von der Jugend hängt die Zukunft des deutschen Volkes ab. Die gesamte deutsche Jugend muß deshalb auf ihre künftigen Pflichten vorbereitet werden.“ Von ihren Rechten gab es keine Spur mehr. Dazu paßt, daß im Dezember 1936 auch eine erste große Disziplinarordnung der HJ erlassen wurde – ihr Ziel: die „Reinhaltung von unerziehbaren Elementen“ und Ausschluß bei „Befehlsverweigerung“. 1940 wurde sie durch eine „Kriegsdienststrafordnung“ abgelöst.

Es ging eben hauptsächlich nicht um die Förderung jugendlichen Spiel-dranges und interessanten Lagerlebens, auch schlechthin nicht um Fahrten und Sport, wie dies damals in irreführend-verklärender Absicht propagiert oder nach 1945 oftmals aus Gründen einer Selbstrechtfertigung herausgestellt worden ist. Dem offiziell verkündeten Motto „Jugend wird von Jugend geführt“ lag nur insofern ein realistischer Gehalt zugrunde, als in den folgenden Jahren von den Oberen der Partei sehr viel Wert auf die Herausbildung einer jungen Garde von Führungskräften gelegt worden ist; zeitweilig erhielt diese sogar den Namen Stamm-HJ. Besonders in ihr wurden Gefolgschaftstreue, Pflichterfüllung und Willensstärke vorausgesetzt und körperliche Leistungsfähigkeit verlangt. Für die seit langem geplante und seit Mitte der 30er Jahre aktiv betriebene Vergrößerung der Wehrmacht benötigte man auch Nachwuchs an Offizieren, die im Sinne des Regimes zu funktionieren fähig sein sollten.

Diese Zielsetzungen schlugen sich auch in der Schaffung einer Vielzahl von Sondereinheiten der HJ nieder. Es gab u.a. die Nachrichten-, Marine-, Flieger- und Motor-HJ. Hinzu traten HJ-Streifendienste, die besondere Befugnisse und mit der Sicherheitspolizei gemeinsam zu wirken hatten. Die 14- bis 18jährigen Jungen wurden zielstrebig einer Schießausbildung unterworfen, alle hatten Geländedienst oder Pflichtarbeit zu leisten. Auch in dieser Hinsicht bedeu-

tete das Gesetz den Start zum totalen Mißbrauch jener 8,7 Millionen Mitglieder, die 1939 in der HJ erfaßt waren (98,1 Prozent aller Jugendlichen) für ein einziges Ziel: Vorherrschaft der Herren dieses Staates in der Welt, Eroberung neuen „Lebensraumes“, Unterjochung und Vernichtung anderer Völker. Ohne Krieg und ohne zum Sterben bereite Soldaten konnte es nicht erreicht werden.

Quellentext:

Die vier Paragraphen des Gesetzes vom 1.12.1936 lauteten:

„§1. Die gesamte deutsche Jugend innerhalb des Reichsgebietes ist in der Hitlerjugend zusammengefaßt. §2. Die gesamte deutsche Jugend ist außer in Elternhaus und Schule in der Hitlerjugend körperlich, geistig und sittlich im Geiste des Nationalsozialismus zum Dienst am Volk und zur Volksgemeinschaft zu erziehen. §3. Die Aufgabe der Erziehung der gesamten deutschen Jugend in der Hitlerjugend wird dem Reichsjugendführer der NSDAP übertragen. Er ist damit ‚Jugendführer des Deutschen Reichs‘. Er hat die Stellung einer Obersten Reichsbehörde mit dem Sitz in Berlin und ist dem Führer und Reichskanzler unmittelbar unterstellt. §4. Die zur Durchführung und Ergänzung dieses Gesetzes erforderlichen Rechtsverordnungen und allgemeinen Verwaltungsvorschriften erläßt der Führer und Reichskanzler.“

junge Welt, Sonnabend, 26.11.2011, S. 15.

Vor der Nacht der langen Messer

15. Dezember 1931: Carl von Ossietzky zur Lage in Deutschland – 80 Jahre danach von einem Historiker „interviewt“

Das Jahr 1931 neigt sich dem Ende zu. Aufregendes ist passiert, viel Schlechtes und wenig Gutes. Die Wirtschaft liegt darnieder, große Banken sind zusammengebrochen, die Zahl der Arbeitslosen steigt in bislang unbekannte Höhen, demokratiefördernde Prinzipien der Weimarer Verfassung werden zunehmend ausgehebelt und durch autoritäre Strukturen ersetzt. Am politischen Horizont droht sogar die Gefahr einer faschistischen Diktatur. Soeben, am 8. Dezember, hat Reichskanzler Heinrich Brüning eine neue Notverordnung verkündet. Sie gilt der „Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und dem Schutz des inneren Friedens“. Es handelt sich um die vierte ihrer Art, seit er in präsidentieller Abhängigkeit regiert und Gesetze kaum noch vom Parlament verabschiedet werden. Wie ist sie aufgenommen worden und wohin wird sie führen?

Diese neue Notverordnung hat eine viel bessere Aufnahme gefunden als die vorangegangenen, weil sie dem allgemeinen Wunsch nach „etwas Durchgreifendem“ entgegenkommt. Die Vierte Notverordnung, von den vielen, die nach der befreienden Tat rufen, enthusiastisch begrüßt, ist in größerem Zusammenhange gesehen nur ein besonderes Stück der heutigen deutschen Zerstörungspsychose. Sie ist ein grobes und dilettantisches Opus, das demolierend durch die noch intakt gebliebenen Teile der kapitalistischen Apparatur fegt, ohne ein sozialistisches oder auch nur soziales Äquivalent zu bieten. Sie verteilt nicht das Brot, sondern reglementiert den Hunger; nicht Planwirtschaft wird geschaffen, sondern Zwangswirtschaft. Was nützt der Zwang, wo es nicht ein Überquellen zu bändigen heißt, sondern die Schrumpfung? Hält man die fressende Energie der Auszehrung auf, indem man den Patienten in eine eiserne Corsage steckt? Nicht ordnend und befruchtend werden diese Dekrete wirken, sondern keimtötend und lähmend, und ihre einzelnen Paragraphen werden bald als Grabkreuze auf dem nächsten Massenfriedhof der Wirtschaft ragen.

In Brünings Rede klang es völlig anders ...

... teils um ein paar beschwichtigende Worte zu sprechen, teils um seine Vierte Notverordnung dem Volke menschlich näher zu bringen.

Einige Herrschaften zeigten sich danach aber tatsächlich sehr zufrieden. Das ist ...

... ein wirkliches Wunder. Die allgemeine Panik weicht kritikloser Vertrauensseligkeit. Jetzt nimmt der staatsparteiliche Deputierte wieder aufatmend sein Reisebesteck heraus, Kommerzienrats Rasierpinsel steht wieder auf dem gewohnten Platz. Was hat sich denn ereignet? Sind die Nazis zersprengt? Wächst der Regierung ein Kornfeld auf der flachen Hand, oder, wichtiger noch, hat sie einen Abnehmer dafür gefunden? Nichts von alledem. Der Herr Reichskanzler hat nur eine wenig sagende, farblose Rede gehalten, und alles erklärt sich beruhigt. Der von Oben verordnete Weihnachtsfriede kann ausbrechen, und im übrigen gab es in Berlin allein in der ersten Nacht unter dem Gesetze zum Schutze des innern Friedens einen Toten, vier Blesierte.

Also wohlklingende Reden und solche auch von anderen deutschen Politikern, aber keine Krisenbewältigung?

Zinssenkung, Mietsenkung, Preissenkung, Fluchtsteuer – das hört sich alles kraftvoll und wohlbedacht an und bleibt doch höchst problematisch. Und auch der Herr Preisdiktator ist da – Pfüt di Gott! – und erklärt sofort mit der Anmut der Bescheidenheit, daß er kein Wunderdoktor sei. Wie viele Diktatoren solcher Art hat es nicht (...) schon gegeben? Sie brüten Beglückungspläne aus, und wenn sie aus dem Amtszimmer kommen, sind sie nirgendwo zustän-

dig und kehren traurig zu ihrer Sekretärin zurück. Doch da ist noch die Lohnsenkung, und jetzt verstärkt sich allerdings der Eindruck, daß dies das einzig Reale an dem ausgedehnten Kunstbau der dekretierten Wirtschaft ist. Das ist der feste Kern, der kleine, aber betonierte Keller inmitten von haushohen Fortifikationen aus Pappe, die schnell zusammenfallen. Doch halt, nicht nur die Arbeiterschaft wird berührt, so einseitig, so klasseneng geht die Regierung nicht vor. Durch die Umsatzsteuer wird auch der noch mobile Teil der Produktion angezapft, auch hier wird das Leben tropfenweis versickern. Von hier droht neuer Bankrott, neue Deroute.

Demzufolge droht ein neuer, ein ungeheurer wirtschaftlicher Niedergang. Versprochen wird jedoch die heilende Wirkung marktwirtschaftlicher Verhältnisse. Hat die Politik wieder einmal nichts zu sagen?

Was für ein System regiert bei uns? Kein Liberalismus, kein Sozialismus, aber ein Fiskalismus, der ohne Plan, ohne Idee blindwütig drauflos verfügt. Der Reichskanzler verwahrt sich ausdrücklich dagegen, „Staatskapitalismus“ zu treiben. Wenn er's nur täte! Statt dessen wird eine Fiktion von freier Wirtschaft aufrechterhalten, die unter dem nächsten Druck zerplatzen muß. Was dann? (...) Es ist zu fürchten, daß grade dies unter den Händen der regulierenden und registrierenden Bureaukratie hinschwinden wird, und dann bleibt nur noch Vegetieren, langsames Hinsterben. Vielleicht sind wir darin schon weiter, als wir selbst wissen, und die Begeisterung, mit der diese Verordnungen begrüßt werden, bezeichnet schon die Euphorie.

Der neue Reichskommissar für die Osthilfe und Reichsminister ohne Geschäftsbereich, Hans Schlange-Schöningen, von seinen Gegnern als „Agrarbolschewist“ beschimpft, hat kürzlich in einem Rundfunkvortrag sowie in der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 6. Dezember einige beachtenswerte Fragen gestellt. U. a. heißt es da: „Wer hat heute noch das Recht, die absolute Unantastbarkeit, die Heiligkeit des Privateigentums zu predigen? Wer unternimmt es, diesen Begriff heute auch nur klar zu definieren? Wird nicht auf allen Gebieten der Wirtschaft Tag für Tag am Privateigentum gerüttelt?“

Das ist sehr richtig gesehen. Enteignet wird auf alle Fälle, es fragt sich nur: zu wessen Gunsten? Es gibt in dieser Epoche eines beinahe mechanisch berstenden Privatbesitzes zwei Lösungen: eine sozialistische, die das Privateigentum überhaupt aufhebt, auf neuer Grundlage neu beginnt, ohne zu warten, bis die letzten Stücke, gleichfalls angekränkt, auseinanderfallen. Und es gibt eine zweite Lösung, indem das ganze Volk einem alles aufsaugenden Industriekapitalismus tribut- und arbeitspflichtig wird. Für die Lebenshaltung des einzelnen mag das zu Zeiten durchaus dasselbe sein, aber für das Bewußtsein ist es nicht gleichgültig, wer das Opfer fordert. Man vergleiche die heroische Haltung, die Rußland in seinen Entbehrungsjahren gezeigt hat, mit dem deutschen Marasmus [dem körperlichen und geistigen Kräfteverfall – M. W.], mit diesem verzweifelten Lazzaronitum [Lumpenproletariat – M. W.], das sich, grotesk genug, nach außen hin noch zu nationalistischen Gebärden aufreckt. Diese zwei Lösungen gibt es nur. Die der Regierung Brüning ist keine. Sie nimmt die verwegendsten Operationen vor, sie stützt die Wirtschaft wie eine Taxushecke, aber sie hält noch immer die Illusion hoch, als handle es sich hier um etwas Vorübergehendes, um einen unangenehmen Rückweg in „normale Zustände“, worunter die frühern vollkapitalistischen zu verstehen sind. Um die Folgen des unerhörten Drucks einer ex cathedra diktierten Wirtschaft zu überwinden, dazu ist diese Regierung zu schwach. Und der Staat ist auch nicht kräftig, nicht geschlossen genug, um die Gegenstöße eines allgemeinen Auflösungsprozesses, der sehr rebellische Formen annehmen kann, zu ertragen.

Wo kann es enden, wird diese Schwäche nicht überwunden?

So fährt Deutschland weiter, gebannt an den Magnetberg der Weltkrise. Ein Haufen armer desperater Seelen auf morschen Planken gefangen; morgen ein Totenschiff.

Einer verspricht allerdings den Deutschen eine glänzende und sorgenfreie Zukunft. Man müsse, so tönt Hitler, nur den Marxismus „ausrotten“, das Ergebnis des Weltkrieges revidieren und die angeblich existierende Weltherrschaft der Juden brechen. Käme seine Partei an die Macht, entstünde ein „Drittes Reich“, das für tausend Jahre Wohlstand und Glück verheißen würde. Obgleich gewarnt wird vor dem scheußlichen Terror, den die paramilitärischen Verbände der NSDAP praktizieren, und obwohl jeder wissen kann, daß dieses angekündigte staatsterroristische Regime einen neuen Krieg verursachen wird, laufen viele Menschen den Nazis zu. Am 14. September des Vorjahres durfte diese Partei bei den Reichstagswahlen einen Erfolg verbuchen und mit 107 Abgeordneten in das deutsche Parlament einziehen. Nach den Sozialdemokraten ist sie nunmehr die zweitgrößte unter den Parteien des Reiches geworden. Wie erklären Sie sich dies?

Die gleiche Not, die alle schwächt, ist Hitlers Stärke. Der Nationalsozialismus bringt wenigstens die letzte Hoffnung von Verhungerten: den Kannibalismus. Man kann sich schließlich noch gegenseitig fressen. Das ist die fürchterliche Anziehungskraft dieser Heilslehre. Sie entspricht nicht nur den wachsenden barbarischen Instinkten einer Verelendungszeit, sie entspricht vor allem der Geistessturheit und politischen Ahnungslosigkeit jener versackenden Kleinbürgerklasse, die hinter Hitler marschiert. Diese Menschen haben auch in bessern Zeitläuften nie gefragt, immer nur gegafft. Für das Schauspiel ist gesorgt, ebenso für ihr Muschekotenbedürfnis, die Knochen zusammenzureißen, vor irgendeinem Obermotzen zu „melden“.

Sowohl die konservative Deutschnationale Volkspartei, an deren Spitze Alfred Hugenberg steht, als auch die großbürgerlich-katholische Zentrumsparlei suchen intensiv nach Möglichkeiten, gemeinsam mit den Nazis zu koalieren. Die einen versuchen es, eine „Harzburger Front“ (siehe jW-Thema, 10.10.2011) zu schaffen, die anderen zeigen sich zumindest in Hessen nach den Landtagswahlen vom 15. November 1931 durchaus zu braun-schwarzem Bündnis bereit. Befindet sich die NSDAP „an der Schwelle der Macht“, wie viele Blätter schreiben, darunter auch die britische Times?

Kommt Hitler also doch? Vor acht Tagen war der Schreckensruf „Fascismus ante portas!“ Brünings Rede hat ihn nicht verscheucht, er ist nur einstweilen stehen geblieben. (...) Es ist schwer zu glauben, daß das alles erledigt sein soll, nur weil Herr Brüning wieder einmal gesprochen hat, nur weil ein Bündel frischer Verordnungen herausgekommen ist.

Verbal spricht man sich gegen die Nazis aus und verspricht, sie zu bekämpfen. Sollte der Mann aus Braunau aber demnächst regieren dürfen, dann ...

... wird die Hitlerarmee endlich etwas zu tun haben. Dann wird auch der Sieg des monopolisierten Kapitalismus vollkommen sein. Dann wird der SA-Landsknecht die Manneszucht in den Betrieben schon übernehmen. Dann werden die Gewerkschaften zertrümmert werden, und der deutsche Mann wird, befreit von dem unwürdigen Pariageist der gewerkschaftlichen Koalition und ihrem jüdisch-marxistischen Tarifrecht, rank und schlank, hei, vor seinen Industrieherzog treten und ihm hochgemut seine Dienste als Kaufmann, Techniker oder Lampenputzer anbieten. Unter einer alten knorrigen westfälischen Eiche wird er seinem Lehnsherrn den Eid leisten, ihm allzeit treu, hold und gewärtig zu sein, und wer dann noch Geld sehen will, der wird erschossen.

Viele der Mächtigen in Wirtschaft, Politik und Reichswehr warnen aber davor und geben sich kritisch gegenüber Herrn Hitler, denn natürlich wollen sie ihre eigenen Positionen nicht geschmälert sehen. Doch kann damit wirklich der braunen Gefahr entgegengewirkt werden?

Gewiß will Brüning vor Hitler weder ruhmlos abtreten noch als minderberechtigter Partner vor ihm kuschen. Der Reichskanzler mag sich seine eigne Methode ausgedacht haben, mit dem Fascismus fertig zu werden. Aber um eine Methode, die man nicht kennt, zu tolerieren,

dazu gehört Vertrauen, und dieses Vertrauen haben wir zu Herrn Brüning nicht, wie wir das hier vom ersten Tage seiner Kanzlerschaft an betont haben. Brüning will nur die Anmaßung des Fascismus, seinen Anspruch auf Alleinherrschaft brechen, nicht ihn selbst. Neben den wirtschaftlichen Bestimmungen der Notverordnung sind die politischen in der öffentlichen Diskussion vernachlässigt worden. Und doch verdienen sie nicht mindere Beachtung. Sie geben einen wertvollen Einblick, wie sich die Regierenden die Abwehr des umstürzlerischen Nationalsozialismus vorstellen.

Wie würden Sie diese Methode der Regierenden in ihrem Umgang mit den Gewalttaten der Nazis charakterisieren?

Zunächst: Die Herren wollen die Republik retten, indem sie sich Unterstützung durch republikanische Kräfte verbitten und diese unerwünschte Unterstützung unter Strafe stellen. Das undifferenzierte Versammlungsverbot, das Verbot, Uniformen und Abzeichen zu tragen, trifft ja nicht nur die Nazis sondern viel ärger die von links. Ist es der Regierung ernst damit, den Verfassungsstaat zu verteidigen, so kann sie auf die Mobilisation aller demokratisch-republikanischen Kräfte nicht verzichten. Die res publica ist die öffentliche Sache.

Vom Staat, der vorgibt, die Demokratie zu verteidigen, und vom politischen Konzept der Regierenden überhaupt erwarten Sie ganz offensichtlich nicht allzuviel. Weshalb?

Der Staat, den Brüning und die andern verteidigen, ein Homunculus, ein Retortengeschöpf. Die vorgebliche Parität wird in der Praxis zum schreiendsten Unrecht. Denn die Organisation des Staates selbst, Militär, Exekutive, Beamtentum steckt voll von unzuverlässigen Elementen. So wie die Justiz durchweg jeden Rotfrontmann bisher härter anfaßte als einen Nationalsozialisten, so wird der Mann aus dem republikanischen Verband in Zukunft schlechter dran sein als der vom Stahlhelm oder von Hitler. Aber es ist schon grotesk genug, daß Loyalität ebenso bestraft werden soll wie Auflehnung.

Bürgerlich-demokratische Kräfte, die nicht nur taktieren wollen und ernsthaft um die Erhaltung der parlamentarisch-demokratischen Verfassung der Weimarer Republik bemüht sind, fordern von der Regierung energische Taten gegen die NSDAP und den Terror ihrer paramilitärischen SA-Truppen. Mitunter gleicht dies Hilferufen an den Staat, verbunden mit der Hoffnung, der Staat werde sicher ein Einsehen haben und schließlich doch noch eingreifen, um dem Nazi-Spuk ein Ende zu bereiten. Man las beispielsweise am 10. Dezember im sozialdemokratischen Vorwärts, daß sich führende Angehörige des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ in diesem Sinne geäußert haben.

Nein, meine Herren, diese Regierung wird gar nichts einsehen. Diese Hoffnung ist ebenso töricht wie die Parole: Staat greif zu! Wenn dieser Staat zugreift, so nimmt er, wie er es immer getan hat, die Republikaner zuerst. Wäre die Regierung wirklich gewillt, gegenüber dem Nationalsozialismus Autorität zu zeigen, so hätte sie Hitler an dem Tage, wo er wie der Chef einer Nebenregierung im Kaiserhof Parade abhielt, als Hochverräter verhaften lassen müssen, ebenso wie Rosenberg bei seiner Rückkehr aus London. Dann dürfte auch Herr Gregor Strasser nicht mehr frei herumlaufen, der soeben wieder in Stuttgart gedonnert hat: „Und wenn wir bis an die Knöchel im Blut stehen müssen um Deutschlands willen, so haben wir es haben wollen.“ Dann dürfte dieser Oberreichsanwalt sich nicht mehr auf seinem Posten befinden, der – nach den Worten des *Berliner Tageblatts* – für die Verfasser der Boxheimer Mordpläne eine Entlastungsaktion vorgenommen hat. Und dieser Herr Werner, der längste Arm des Staates, soll zupacken? Armes Reichsbanner, er wird dich zuerst haben und dich nicht so glimpflich behandeln wie Best und seine Bluthunde.

Zur gleichen Zeit, als die soeben erwähnten vom Nazi Werner Best verfaßten Boxheimer Dokumente ans Tageslicht gelangten und für große Aufregung sorgten, wurden Sie zu zwei Jah-

ren Gefängnis verurteilt. Der Grund: Ein Artikel in Ihrer Wochenschrift Die Weltbühne über die illegale Wiederaufrüstung in Deutschland. Gegen Herrn Best ist zwar eine Untersuchung eingeleitet worden, doch diese wird wie das bekannte Hornberger Schießen ausgehen. Statt dessen werden Hitler und seine Leute ...

... zur Nacht der langen Messer die Eisen wetzen lassen und vor fanatisierten Versammlungen zur Belebung der Hanfseilindustrie praktische Vorschläge machen ...

Sie ahnen also Schlimmes für die Zukunft?

So treibt Deutschland in Dunkelheit dahin, Verwesungsdünste steigen auf. (...) Das ist der deutsche Status Weihnachten 1931.

* * *

Das „Gespräch“ führte jW-Autor Manfred Weißbecker. Zu danken ist Carl von Ossietzky, dessen Antworten alle aus seinem Artikel „Kommt Hitler doch?“ (veröffentlicht in Die Weltbühne, 27. Jg., Nr. 50 vom 15. Dezember 1931, S. 875-880) stammen. Ihr Verfasser wurde im November 1931 wegen eines von ihm verantworteten Artikels über die heimliche Aufrüstung der Reichswehr zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Das Verfahren gegen Werner Best endete sang- und klanglos Ende 1932. Als die hitlerfaschistische Diktatur errichtet war, begann dessen Aufstieg in hohe Ämter von Polizei und Sicherheitsdienst der SS. Ossietzky kam zwar mit der Weihnachtsamnestie 1932 frei, doch wurde er am Morgen nach dem Reichstagsbrand erneut festgenommen, in das KZ Sonnenburg und später nach Papenburg-Esterwegen verbracht. An den Folgen seiner Haft starb er am 4. Mai 1938. Den ihm verliehenen Friedensnobelpreis (23. November 1936, siehe jW-Thema vom 23.11.2011) durfte er nicht persönlich in Empfang nehmen.

junge Welt, Donnerstag, 15.12.2011, S. 10.

Als Thüringen rot war

Kommunisten und Sozialdemokraten in einer Koalition – ein Sonderweg?

In mehrfacher Hinsicht handelt es sich um ein außerordentlich beachtenswertes Buch, steht es doch in auffallendem Kontrast zu offiziös geprägter Geschichtsliteratur. In dieser dominieren bekanntlich Werke, die das (gewiss sehr komplizierte) Gegen- und teilweise Miteinander von Sozialdemokraten und Kommunisten allein dogmatisierenden Formeln unterwerfen: Da geht die Rede von der „Zwangsvereinigung“, von der SED als „abgeleitetem Projekt der sowjetischen Besatzungsmacht“ oder von der DDR als einem System, das nicht in der Tradition der sozialistischen Arbeiterbewegung gestanden habe oder gar in einen Topf mit dem deutschen Faschismus zu schmeißen sei.

Bereits 2003, als die thüringische Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Tagung zum Thema „Rot-rote Gespenster in Thüringen. Demokratisch-sozialistische Reformpolitik einst und heute“ durchführte, berührte der Historiker Steffen Kachel – er zählt zu den jüngeren in seiner Zunft – historische und aktuelle Probleme des Verhältnisses zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Dieses untersuchte er inzwischen eingehend, auf der Grundlage intensiv und akribisch ausgewerteten Quellenmaterials. Erfolgreich hinterfragt er „manch eingeführte Sichtweisen und medial verstärkte Binsenweisheiten“, in der Hoffnung, den Lesern Einsichten in eine spannende Zeit vermitteln zu können, die „wahrhaftig Weichen stellte bis in unsere Gegenwart“. Was ihm durchaus gelungen ist.

Gerade die Geschichte beider Arbeiterparteien in Thüringen bietet zahlreiche Belege dafür, dass sich die realgeschichtlichen Fakten keineswegs in ein schematisierendes Bild von Demokratie hie und Diktatur da pressen lassen, auch nicht für die unmittelbare Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, die im Mittelpunkt der Untersuchungen steht. Kachel beschreibt auch detailliert die unterschiedlichen Parteiengruppierungen – als linke, emotionale oder kritische Kommunisten sowie linke, traditionelle oder als freiheitliche Sozialdemokraten und Linksrepublikaner.

Der Autor schlussfolgert, die SPD dürfe nicht schlechthin als Repräsentantin des mitteldeutschen Arbeitermilieus betrachtet werden, dies seien eher die Linken aus ihren Reihen und die Kommunisten gewesen. Solche und viele andere beweisbare Tatsachen setzt er gegen Thesen, die z. B. Karsten Rudolph vertritt, wonach die „Zwangsvereinigung“ mit allen Mitteln einen „Enteignungs- und Entfremdungsprozess sozialistischer Traditionen und Zielsetzungen“ bedeutet habe. Auch hätten sich, so weist Kachel nach, die Eingriffe der sowjetischen Besatzungsmacht kaum gegen die Übernahme sozialdemokratischer Politik und Werte in die SED gerichtet, sondern vornehmlich gegen die „Stabilität des Parteaufbaus und der Parteidisziplin der SPD“. Erst die später einsetzende Kampagne gegen den Sozialdemokratismus „enteignete“ die SED-Mitgliedschaft um ihre sozialdemokratische Traditionslinie, und „ihre nichtstalinistische kommunistische gleich mit“. Diese Befunde – konkret ausgebreitet für die Zeit von der Wiedergründung von SPD und KPD nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Umwandlung der SED in den zentralen Part eines volksdemokratischen Staatsgebildes – lassen sich eindeutig in einem kausalen Zusammenhang mit jenen Erfahrungen sehen, die in Thüringen zwischen 1921 und 1923 gesammelt werden konnten. Damals entschied sich hier – im Unterschied zur Situation im Reich – die thüringische Sozialdemokratie, keine Koalition mit einer bürgerlichen Partei einzugehen. Die spezifisch linke Prägung der Thüringer SPD sieht Kachel erstens in deren Versuch, den größten Teil der materiellen Lasten der Nachkriegskrise den besitzenden Schichten zu übertragen, zweitens in der Nutzung landespolitischer Spielräume für eine linksrepublikanische Kultur-, Bildungs-, Personal- und Innenpolitik, drittens in der Suche nach parlamentarischen Mehrheiten links, viertens in der innerparteilichen Kritik an der Profilarmut der Sozialdemokratie in den Koalitionen mit bürgerlichen

Parteien, fünftens im Streben nach kultureller Hegemonie in der Gesellschaft sowie sechstens in einem starken sozialistischen Selbstbewusstsein, „das die Hoffnungen und das Vertrauen der Wähler und Sympathisanten, des eigenen Milieus, wichtiger nahm als die staatsmännische Ausstrahlung auf die der Arbeiterbewegung fern stehenden Schichten“. Nebenbei bemerkt: Damals stand also statt der heute so beliebten geschichtspolitischen Rechthaberei Wichtigeres im Vordergrund.

Für das zweite Kapitel wählt der Autor eine in der Weimarer Zeit von Jungsozialisten verbreitete Losung: „Republik, das ist nicht viel – Sozialismus ist das Ziel!“ Hier verfolgt er die Entwicklung der thüringischen Sozialdemokratie vor und nach dem Ersten Weltkrieg, ihre Radikalisierung und Spaltung sowie ihre Haltung in der Konfrontation der beiden politischen Lager in der deutschen Gesellschaft. Zugleich werden sachlich-kritisch die Auseinandersetzungen und Entscheidungen in der thüringischen KPD um ihre „rechte“ Prägung dargestellt, ihre Irrtümer und Fehlentscheidungen zur Frage nach einer „revolutionären Politik in nichtrevolutionärer Zeit“.

Untersucht wird ebenso der Thüringer Arbeiterwiderstand zwischen 1933 und 1945. Das Kapitel schließt mit deiner Darstellung des Verhältnisses von Sozialdemokraten und Kommunisten im KZ Buchenwald, wobei Kachel die Wertungen von Lutz Niethammers über die „Roten Kapos“ als unzureichend erhellte, zugleich aber auf notwendige weitere Forschungen verweist.

Dem Ganzen stellte Kachel eine umfangreiche Abhandlung zu seinen theoretischen und methodischen Forschungskriterien voran. Sozialistisches Milieu, regionale politische Kultur, generationelle Aspekte und der „subjektive Faktor“ – all das ineinander verwoben lässt eine großartige Leistung erkennen.

Steffen Kachel: Ein rot-roter Sonderweg? Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949. Böhlau Verlag, Weimar 2011. 599 S., geb., 64,90

Neues Deutschland, Donnerstag, 22. Dezember 2011, S. 17.

Nur ein dummer Jungenstreich?

„Nationalsozialistischer Untergrund“

oder wie in Weimarer Zeiten der kommende Staatsterrorismus verkannt wurde

Am 26. Januar 1932 versprach Adolf Hitler in einer programmatischen Rede vor 700 Industriellen, das Privateigentum zu schützen und neuen „Lebensraum“ zu erobern. Seine „nationalsozialistische Bewegung“ drängte, möglichst rasch die Regierungsgeschäfte zu übernehmen. Ende 1931 wurden geheime Schriftstücke publik, die am Vorabend der Reichstagswahlen, die zur Ernennung Hitlers zum Reichskanzler führen sollten, für Aufsehen sorgten – allerdings fatalerweise nicht bei den Staatsdienern. Diese sahen nur eine linke Gefahr.

Antifaschisten bezeichneten die sogenannten Boxheimer Dokumente als „Blutpläne“, enthielten sie doch die Entwürfe einer Reihe von Notverordnungen, Proklamationen und Ordnungsvorschriften, die am Tag X in Kraft treten sollten und vom kommenden Staatsterrorismus kündeten, dem zum Schein ein legales Mäntelchen verliehen werden sollte. Ihr Verfasser war Werner Best, Rechtsanwalt und Amtsrichter in Gernsheim, der zudem als Rechtsberater der NSDAP-Gauleitung in Hessen wirkte.

Offene Worte

Schon am 5. August 1931 hatte Best seine Texte führenden Nazis des Gaues Hessen-Darmstadt vorgelegt, als diese im Gasthaus „Boxheimer Hof“ nahe dem hessischen Ort Lampertheim über wirtschaftliche Fragen berieten. Die Beteiligten des Treffens nahmen alles wohlwollend zur Kenntnis. Daraufhin sandte Best seine Ausarbeitungen am 6. September an die Reichsleitung der NSDAP in München, im Begleitschreiben wurden sie von ihm großspurig als „Grundlage und Kernstück der theoretischen und geistigen Vorbereitung eines Aufstandes der NSDAP“ bezeichnet.

Die Schriftstücke boten einen entlarvenden, weil authentischen Aufschluss über das Regime, das die Nazis nach der Übernahme der Staatsmacht in Deutschland errichten wollten. An der Spitze der Dokumente stand eine Präambel mit dem unverkennbar von Putschabsichten zeugenden Titel: „Bekanntmachung unserer Führung nach dem Wegfall der seitherigen obersten Staatsbehörden und nach Überwindung der Kommune“. Dem folgte eine „Proklamation“, die außerordentlich Maßnahmen von „SA und Landwehren“ ankündigten: „Schärfstes Durchgreifen der bewaffneten Macht“ sei nötig, um Ordnung und Volksernährung aufrechterhalten zu können: „Widerstand wird grundsätzlich mit dem Tode bestraft“, Waffenbesitz durch Erschießen auf der Stelle geahndet, Streikende in öffentlichen Betrieben und Dienststellen werden fusiliert. Auf schwere Verstöße gegen noch zu erlassende Notverordnungen folge die Todesstrafe. Einzelne „Richtlinien“ bestimmten u. a. die „Einrichtung von Feldgerichten“.

Eine blinde Justiz

Das alles entsprach ernsthaften Überlegungen innerhalb der NSDAP, vor allem in der SA. „Legal sind wir nur, solange wir müssen, keine Minute länger“, war das Credo. Hitler betonte zwar auch in einer Rede vor den SA-Gruppenführern, die Partei müsse „auf dem legalen Wege bleiben, der überhaupt augenblicklich der einzige sichere“ sei. Doch allein die zeitliche Einschränkung ließ auch die andere „unsichere“ Variante erkennen: Falls die Unruhen „kommunistischer Art“ seien und die Regierung derer nicht selbst Herr werde, müsse man ihr „beispringen“, sich aber nicht damit begnügen, für diese „die Kastanien aus dem Feuer“ zu holen.

Nunmehr bewiesen authentische Unterlagen der Öffentlichkeit das Gegenteil aller Legalitätsbekundungen der Nazis. Deren Führung geriet in Not, und wieder kannte sie nur ein Rezept: lügen, täuschen, verharmlosen. Es hieß, da habe einer einen „dummen Jungenstreich“ verübt, aus purer Wichtigtuerei heraus gehandelt. Rudolf Heß warf Best „Großmannssucht“ vor und

„zügellosen Drang, in der Öffentlichkeit eine Rolle zu spielen.“ Goebbels sprach von „viel Lärm um Nichts“. Hermann Göring marschierte am 26. November zum Reichswehr- und Innenminister mit der verlogenen Erklärung, die Münchener Zentrale habe erst durch die Presse von Existenz und Inhalt der Dokumente Kenntnis erhalten. Sie betrachte die Papiere als Privatarbeit, und man werde „gegen jeden, der nicht die Weisung der Legalität befolgt hat, rücksichtslos vorgehen und ihn aus der Partei ausschließen.“ Am 12. Dezember ließ er dies auch den Reichspräsidenten wissen. Auch die hessischen Nazis sprachen von der Aktion eines Provokateurs, der „den Führer meineidig“ machen wolle, hatte der doch im Herbst 1930 vor dem Leipziger Reichsgericht einen strikten Legalitätskurs seiner Partei beteuert.

Den zuständigen Reichsbehörden reichten solche Beteuerungen aus. Sie reagierten lasch. Mehr noch: Als gegen Best und die übrigen Teilnehmer des Boxheimer Treffens ein Untersuchungsverfahren eingeleitet wurde, beauftragte die Justiz ausgerechnet jenen Anwalt, der seinerzeit die skandalösen Untersuchungen zu den Morden an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht geleitet hatte. Oberreichsanwalt Karl August Werner lehnte es ab, den Vorwurf des Hochverrats zu erheben. In einem Interview erklärte er, bei den beschlagnahmten Schriftstücken handele es sich nur um die Darstellung von Maßnahmen, die sich nicht gegen die Regierung richten würden. Mit der Begründung, die genannten Maßnahmen hätten doch nur einem „kommunistischen Revolutionsregime“ gegolten, erfolgte 1932 die Einstellung des Ermittlungsverfahrens. Während Mitglieder der KPD, der SPD, des Reichsbanners, der freien Gewerkschaften und auch konsequente Demokraten bürgerlicher Herkunft und Haltung mit aller Gesetzesschärfe verfolgt wurden, erblindeten Richter und Staatsanwälte zusehends auf ihrem rechten Auge.

Auch Reichskanzler Brüning wünschte keine Auseinandersetzung darüber, ob die Tätigkeit und die Ziele der NSDAP als legal oder als illegal zu betrachten seien, erwog doch seine Partei, das großbürgerlich-katholische Zentrum, ähnlich wie die Deutschnationale Volkspartei, sich mit Hitler zu arrangieren, sei es bei der Vorbereitung einer schwarz-braunen Koalition nach den Landtagswahlen in Hessen oder auch im Hinblick auf die Wahl des Reichspräsidenten 1932. Da wollte natürlich der nahe liegende Gedanke, die Nazibewegung müsse als verfassungswidrig aufgelöst und ihre Organisationen zerschlagen werden, nicht aufkommen.

Die Namen zweier NSDAP-Mitglieder standen hauptsächlich für den Skandal: Werner Best und Wilhelm Schäfer. Von ersterem stammten die „Boxheimer Dokumente“, letzterer hatte sie am 18. oder 19. November 1931 der Polizei übermittelt. Gegen Best verlief sowohl auf staatlicher Ebene als auch in der NSDAP alles im Sande; seiner Karriere nach dem 30. Januar 1933 stand nichts im Wege: Rasch wurde er zum Staatskommissar für das Polizeiwesen und Landespolizeipräsidenten in Hessen ernannt. 1935 wechselte er nach Berlin. Sein neues Amt: Oberster Rechtsberater der Gestapo. Als Mitarbeiter Reinhard Heydrichs beteiligte er sich am Auf- und Ausbau des SS-Sicherheitsdienstes. Seit November 1942 regierte er als Reichsbevollmächtigter im besetzten Dänemark.

Der falsche Doktor

Die „Karriere“ des anderen Nazis endete bereits am 18. November 1931. Er war für die NSDAP als ihr Kreisleiter in Offenburg und als Landtagsabgeordneter untragbar geworden, nachdem zu erfahren war, dass er seinen Dokortitel zu Unrecht trug und einige Vorstrafen verschwiegen hatte. Seine Kumpane, allen voran der designierte Landtagsfraktionsvorsitzende Best, zwangen ihn zum Rücktritt. Darauf war er, entrüstet und rachsüchtig, mit den brisanten Unterlagen zur Polizei gegangen. In der Nacht zum 17. Juli 1933 endete sein Leben im Frankfurter Stadtwald durch vier Revolverschüsse als „Verräter“ – ein Verbrechen ganz im Sinne der „Boxheimer Dokumente“.

Von Jenenser Faschismusforscher Professor Weißbecker erschien jüngst im Kölner PapyRossa Verlag „Das Firmenschild: Nationaler Sozialismus: Der deutsche Faschismus und seine Partei 1919 bis 1945 (218 S., br., 14,90 Euro).

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 21./22. Januar 2012, S. W7.

Gerhard Riege

Es war vor allem das Wissen um die unermesslichen Opfer von Faschismus und Krieg, das den Lebensweg des Rechtswissenschaftlers, Hochschullehrers und Politikers Gerhard Riege prägte. Seit 1965 an der Jenaer Universität als Ordinarius für Staatsrecht tätig, war er ein außerordentlich beliebter akademischer Lehrer. Obgleich 1990 demokratisch gewählt, durfte er Rektor an seiner Universität hernach nicht bleiben.

Achtung hatte sich Gerhard Riege durch Leistung und seine Argumente im sachlichen Gespräch erworben. Ebenso überzeugten sein Eintreten für die DDR, wobei sein Blick für deren demokratische Ausgestaltung nicht verloren ging. Denn es ging ihm um ein Staatswesen, in dem weniger für, sondern durch das Volk selbst gehandelt werden sollte. So durchzog ein Grundgedanke alle seine Publikationen, Lehrveranstaltungen und Vorträge: die Notwendigkeit einer Subjektwerdung des Volkes, um Demokratie zu befördern und Volkssouveränität verwirklichen zu können. Dies dargelegt auch in seiner Dissertationsschrift, brachte ihm allerdings Parteiverfahren und Missbilligung ein.

Als die DDR kollabierte, reifte schmerzhaft in ihm die Erkenntnis, dass nicht allein eine fehler- und stümperhafte Politik, sondern grundlegende Defizite letztlich die Erfolglosigkeit dieses Staates bedingten. Riege wurde 1990 für die PDS in die letzte Volkskammer der DDR gewählt und war danach auch Mitglied des Bundestages. Hier wie auch in dem sich neu formierenden Land Thüringen bemühte er sich um die Ausarbeitung einer seinen demokratischen Vorstellungen von Staatsrecht und Bürgerrechten entsprechenden Verfassung.

Er, der selbst Toleranz als Maxime pflegte, erfuhr jedoch Ausgrenzung und beleidigende Intoleranz. Vor allem im Bundestag bekam er in beschämender Weise Engstirnigkeit und Beschränktheit zu spüren, als seine Reden mit wüsten Beschimpfungen, ordinären Ausdrücken und dümmlichen Einwürfen aus allen anderen Fraktionen unterbrochen wurden, das Mindestmaß an politischer Kultur vermissen lassend. Der feinsinnige und sensible Mann zerbrach daran und sah sich schließlich gegenüber Stasi-Beschuldigungen und anderen Vorwürfen, so belanglos und unberechtigt sie auch waren, in einer ausweglosen Lage. Vor 20 Jahren, am 15. Februar 1991, wählte Gerhard Riege den Freitod.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 18./19. Februar 2012, S. W7.

Auf Schleichwegen

25. Februar 1932:

Vor den Reichspräsidentenwahlen wird Hitler deutscher Staatsbürger

Mitunter darf, nein: muß von Duplizität historischer und aktueller Erscheinungen gesprochen werden. Im Vorfeld der für das Frühjahr 1932 vorgesehenen Wahl des Reichspräsidenten stand das Thema „Terror von rechts“ auch für jene bürgerlichen Parteien auf der Tagesordnung, die für ihre Zwecke die Unterstützung der inzwischen erstarkten NSDAP gewinnen wollten. Selbst um den Preis weiterer Vorteile für die Faschisten. Auf ihrer Konferenz beklagten die Innenminister der Länder am 17. November 1931 die im Reich zunehmenden Gewalt- und Mordtaten. General Wilhelm Groener, an der Spitze des Reichsinnenministeriums stehend, forderte zum energischen Kampf gegen solche „Kulturschande für Deutschland“ auf. Kaum zu glauben, aber wahr: Bei der Tagung spielten die Gewaltexzesse der Nazis jedoch überhaupt keine Rolle! Hingegen wurde über ein Verbot der KPD gesprochen, ebenso über allgemeine Maßnahmen gegen das Tragen politischer Uniformen und Abzeichen. Groener ging am 29. Januar 1932 noch weiter – als Reichswehrminister verkündete er einen Erlaß, der vorsah, daß künftig Mitglieder der KPD vom militärischen Dienst ausgeschlossen seien, während der NSDAP indirekt bescheinigt wurde, nicht mehr verfassungsfeindlich zu sein. Es hieß, die Mitglieder dieser Partei dürfen – falls nicht gerichtlich verurteilt – das „Ehrenrecht eines jeden Deutschen“ in Anspruch nehmen, dem „Vaterlande als Soldat zu dienen und seine Grenzen zu schützen“. Die bekannte Blindheit auf dem rechten Auge wich dem Motto, es sei allemal besser, gemeinsam mit den Rechtsextremen zu handeln.

Was damals regierungsamtlich gegen die Nazis unternommen wurde, stellte alles andere als eine ernsthaft betriebene Abwehr der Gefahr einer diktatorischen Herrschaft deutscher Faschisten und deren Kurs auf einen neuen Krieg dar. Das Konzept von Reichskanzler Heinrich Brüning und der Reichswehrführung zielte auf eine als nutzbringend betrachtete Eingliederung der NSDAP in den Herrschaftsapparat, ohne die eigene Führung abgeben zu müssen. Die Nazis sollten der angestrebten Wiederwahl Hindenburgs zustimmen, dann würde man ihre „Legalität“ anerkennen und sie in die Regierung aufnehmen. Bei dieser Kurskorrektur nach rechts wurde lediglich um die eigenen Vorteile sowie um Varianten und Modalitäten gestritten.

Hitler for president

Auseinandersetzungen gab es zudem über die Frage, ob es eventuell gelingen könnte, die Wahl des Staatsoberhauptes durch das Volk auszuhebeln und dessen Amtszeit mit Hilfe einer Zweidrittelmehrheit des Reichstages zu verlängern. Dieses Vorhaben scheiterte in den ersten Januartagen. Daraufhin wurde der 84jährige Hindenburg von einem Komitee konservativer, angeblich außerhalb der Parteien stehender Persönlichkeiten nominiert. Als sich das beschämende „Ja“ der Sozialdemokratie zu Hindenburg abzeichnete, setzte in der NSDAP-Führung hektische Betriebsamkeit ein. Für sie hatte sich ein neuer Weg aufgetan, um Macht erringen zu können: Es mußte nicht unbedingt die Spitze der Regierung erobert werden, auch der Stuhl des Staatsoberhauptes hätte ihr gedient. Daher lehnte sie die Bedingungen des Brüning-Kabinetts ab und plante Hitlers Kandidatur. Damit war zugleich ein weiterer Führungskampf innerhalb der „Harzburger Front“ angesagt, jenes Bündnisses der sogenannten nationalen Opposition, in dem die Deutschnationale Volkspartei unter Alfred Hugenberg selbst an der Spitze stehen wollte.

Hitler wußte sehr genau, wessen Unterstützung er hauptsächlich bedurfte, um mit einiger Aussicht auf Erfolg ins Rennen zu gehen. Am 26. Januar 1932 sprach er auf einer Veranstaltung, die Fritz Thyssen im Düsseldorfer Industrieklub arrangierte (siehe jW vom 21.1.2012).

Den etwa 300 Konzernherren und Bankiers stellte er das faschistische Lebensraum-Konzept vor und bezeichnete die Demokratie als „Herrschaft der Dummheit“. Im geplanten „Machtstaat“ würde der Marxismus „bis zur letzten Wurzel“ ausgerottet. Ihm wurde begeistert applaudiert – das Protokoll vermerkt: „Stürmischer, langanhaltender Beifall“. Und Spenden gab es reichlich. Erst danach – am 2. Februar, wie Goebbels in seinem Tagebuch berichtet – entschied sich Hitler zu kandidieren, verknüpft mit dem Kalkül, dies erst bekanntzugeben, wenn sich die SPD entschieden haben würde. Nebenbei: Der *Völkische Beobachter* veröffentlichte diese Rede erst am 17. April 1932, eine Woche, nachdem Hindenburg im zweiten Wahlgang gewonnen hatte.

Im Ringen um das höchste Staatsamt galt es allerdings, auch eine andere Hürde zu überwinden: Hitler lebte im Reich als ein Staatenloser, nachdem er 1913 Österreich ohne polizeiliche Abmeldung in Richtung München verlassen hatte und 1925 auf eigenen Wunsch aus der österreichischen Staatsbürgerschaft entlassen worden war. Damit war er nicht zur Übernahme eines hohen Amtes berechtigt und hätte sogar ausgewiesen werden können, zumal als 1924 rechtskräftig verurteilter Hochverräter. Ihm blieb sicher nicht verborgen, daß Ende 1931 in der sozialdemokratisch geführten preußischen Regierung Überlegungen angestellt worden waren, ihn bei einer internationalen Pressekonferenz festzunehmen und als lästigen Ausländer abzuschieben. Dies mißlang, weil die Reichsregierung intervenierte, sah sie sich doch in ihren Plänen eines Bündnisses mit den Nazis gestört.

Eine neue Planstelle

Schon seit längerem hatten sich führende Nazis bemüht, ihren Chef irgend-wo zum Beamten zu machen und ihm damit die deutsche Staatsbürgerschaft zu verschaffen. Immer wieder war dies gescheitert, kläglich vor allem der 1930 unternommene Versuch Wilhelm Fricks, als Thüringens Landesherr für diesen Zweck den Posten eines Gendarmeriekommissars im Provinzstädtchen Hildburghausen zu nutzen. Als diese Politikomödie ans Licht der Öffentlichkeit kam, reichte die kommunistische Landtagsfraktion dem thüringischen Landtag am 4. Februar 1932 eine große Anfrage „über die auf geheimen Schleichwegen erfolgte Ernennung Hitlers zum Staatsbeamten“ ein.

Die Naziführung sah sich in Schwierigkeiten: Sie beauftragte Dietrich Klagges – faschistischer Innen- und Volksbildungsminister des Landes Braunschweig – mit der Lösung des Problems. Der schlug zunächst vor, Hitler als Professor für „Organische Gesellschaftslehre und Politik“ an der Technischen Hochschule in Braunschweig zu berufen. Begründung: Hitler habe sich mit seinem „Kampf“-Buch als „wissenschaftlicher Schriftsteller“ ausgewiesen. War die „Schildburghausen“-Variante für den obersten Nazi arg dürftig gewesen, so hatte man jetzt einfach zu hoch gegriffen. Der Braunschweiger Landtag rebellierte. Da die Zeit drängte, wurde auf dem Verwaltungswege für Hitler eine Planstelle als Regierungsrat beim Landeskultur- und Vermessungsamt der Stadt eingerichtet. Gleichzeitig beauftragte man ihn „mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Sachbearbeiters für wirtschaftliche Fragen bei der Braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin“. Das monatliche Salär: 320,70 RM.

Damit war Hitler gemäß Paragraph 14 des Reichs- und Staatsbürgerschaftsgesetzes vom 22. Juli 1913 ein Deutscher, damit auch ins hohe Amt wählbar. Trotz allen Spotts, den die Linken und bürgerliche Demokraten über den skandalösen Vorgang ergossen, regte sich in den deutschen Eliten kaum Protest und Widerspruch. Beflissene Hilfestellung! Erst im nachhinein verkünden manche Historiker, die braunschweigische Eindeutschung Hitlers sei „erpreßt“ worden und gleichsam alternativlos gewesen.

Aus den Quellen

Reichskanzler Brüning am 20.11.1931 in einem Gespräch mit Staatssekretär Hans Schäffer:

„Man müsse auch wohl die Nationalsozialisten, und zwar möglichst noch im Rahmen einer parlamentarischen Regierung, in die Verantwortung zwingen (...) Die große Gefahr, die es zu vermeiden gelte, sei, daß sich die Nationalsozialisten bis zur Präsidentenwahl in der Opposition hielten. Dann sei es sehr möglich, daß Hitler im zweiten Wahlgang zum Reichspräsidenten gewählt würde, und das würde für lange Zeit die Politik festlegen.“

Carl von Ossietzky in Die Weltbühne vom 1.3.1932:

„Das ist das Erschütternde an dem gegenwärtigen Zustand: nicht der Fascismus siegt, die anderen passen sich an ihn an (...) Es mag ja Zeiten geben, wo auch in der Politik die Anpassung notwendig ist und Wunder bewirkt. Aber in so entscheidenden Phasen wie heute kommt es nicht auf Angleichung und Schutzfärbung an, sondern auf die Herausarbeitung des konsequenten Gegentyps der herrschenden Mächte.“

junge Welt, Sonnabend, 25.02.2012, S. 15.

Zweite Karriere als Werbefigur

So viel Hitler war selten – meint der „taz“-Blogger Daniel Erk

Der Autor weiß, wovon er berichtet: Seit 2006 betreibt der Politik- und Kommunikationswissenschaftler für die „taz“ den sogenannten Hitler-Blog. In diesem wird gesammelt, wo und wie Hitler, der „GröPaZ“ (größter Popstar aller Zeiten) in Film und Fernsehen, in Literatur oder Popkultur und Politik für Werbezwecke und Massenunterhaltung benutzt wird. Es sei seine Aufgabe, so Daniel Erk, den in Deutschland und vielen anderen Ländern vorhandenen „Mythos Hitler“ endgültig zu zerstören. Begründung: Es gibt Tabus, die zerstört werden müssen, „wenn wir nicht ewig daran würgen sollen.“ (George Tabori)

Die Fülle der Beispiele, die endlos langen Listen skandalträchtiger Äußerungen und demagogischer Entgleisungen, eine Übersicht zu Liedern, in denen der Name des Naziführers auftaucht, die vorgestellten Reklame-Spots und Spielfilme sowie die eingefügten Abbildungen – alles das bietet einen bedrückenden, eher noch einen beängstigenden Einblick in die Welt des medialen Wiedergängers Hitler. Umfangreiches Material konnte US-amerikanischen Quellen entnommen werden, wobei Erk meint, mit dem Thema werde umso unbefangener umgegangen, je weiter man sich von Deutschland entferne.

Der Autor stellt lakonisch fest, Hitler lebe – in welcher Inkarnation auch immer. Heute müsse sogar gesagt werden: „So viel Hitler war selten.“ Dabei interessiert ihn weniger, wie der Mann in der Geschichtswissenschaft dargestellt worden ist und wie wenig davon Eingang in die Medien findet, er sucht nach Beweisen und Erklärungen für die Tatsache, dass die Hitlerfigur aus dem politischen Bereich herausgetreten ist und nunmehr eine „zweite Karriere als Werbefigur“ durchlebt. Verursacht durch sorgloses, dreistes Gewinnstreben: Nicht nur Sex, auch Hitler verkauft sich bestens! Am Rande erwähnt Erk zwar die Gefahr, dass „der geschichtliche Kern zunehmend ins Hintertreffen gerät“. Solcher Bedrängnis sieht sich aber auch sein Buch ausgesetzt. Es bleibt bloße Beschreibung, das Dargelegte wird nicht kausal analysiert und funktional in Beziehung zu herrschender Politik und kapitalistischer Geschäftstüchtigkeit gesetzt.

Einen großen Teil des Bandes widmet Erk den zahllosen Hitler- und Nazivergleichen: Während des Kalten Krieges hätten sie zunächst der antikommunistischen Propaganda gedient, dann seien sie in Westdeutschland während der 60er Jahre polemisch gegen die Erscheinungen der „Restauration“ genutzt worden. Letzteres sei allerdings so radikal erfolgt, dass darin bereits der Schlüssel zu den heutigen „oft überschnappenden“ Vergleichen gelegen habe. Diese Radikalität soll einerseits zu den Thesen Ernst Noltes vom „bolschewistischen Klassenmord“ als einer Ursache des faschistischen Rassenmordes geführt haben, andererseits auch – dies nun fern jeglicher Kenntnis – der marxistischen Faschismustheorie geschuldet sein, „der zufolge die Nazis bloß Agenten des Großkapitals gewesen“ wären.

Erk befasst sich ferner mit der Frage, ob man über Hitler lachen dürfe. Seine etwas verwaschene Antwort lautet: „Ja, ja, Nein, bedingt. „ Im Rückblick auf die Zeit nach 1945 spricht Erk von einer mehrmaligen Verschiebung der Koordinaten des Hitler-Humors. Dieser sei in den späten 40er Jahren ein antifaschistisches Bekenntnis gewesen, habe dann ab Ende der 60er „als Reinigungsprozess gegen die damals noch quicklebendigen Mythen der Nazizeit“ gewirkt, sich allerdings in den 80ern „eine verbiestert aufklärerische Intention“ gegeben. In den 90ern sei er „mehr und mehr zu einer Art Abwehrschlacht gegen die zunehmend banale mediale Vermarktung des Dritten Reiches“ geworden.

Die naheliegende Frage, ob der laxer Umgang mit der Hitler-Figur zur sich drastisch verstärkenden Entfaltung des Rechtsextremismus beiträgt, wird nicht gestellt. Indiskutabel bleibt,

was in diesem lesenswerten Buch recht plakativ zu angeblichen oder auch realen Schwächen des Antifaschismus aufscheint.

Daniel Erk: So viel Hitler war selten. Die Banalisierung des Bösen oder Warum der Mann mit dem kleinen Bart nicht totzukriegen ist. Heyne Verlag. 238 S., br., 9,99 Euro.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 17./18. März 2012, S. W7.

Seit Kain und Abel nichts Neues unterm Firmament?

Wenn Vergangenheitsdeutungen als Entlastung heutiger Absurditäten und Verbrechen dienen

Unverkennbar: Geschichte boomt, sie ist in, oder wie auch immer neudeutsche Sprache dies bezeichnen mag! Bunte Geschichtszeitschriften füllen zuhauf die Regale in den Buchläden, kaum ein Tag vergeht ohne entsprechende Artikel in den Zeitungen oder TV-Filme mit historischen Themen. Beobachter sehen sich veranlasst, von einem Geschichts- bzw. einem Gedenktagsjournalismus zu sprechen. Auch ohne den jeweiligen – bei runden Zahlen besonders beliebten – Tagesbezug wird Geschichte nachgestellt, sei es in Gutshäusern, auf alten Seefahrerschiffen, in Schwarzwaldhütten oder gar Bräuteschulen (Kurse, wie sie einst von der SS zur Vorbereitung auf die Ehe angeboten worden sind).

Historische Ereignisse sollen in „Als-ob-Welten“ sinnliche Eindrücke vermitteln und die „Verlebendigung“ von Geschichte bewirken. In überwiegend unguter Erinnerung bleiben vor allem jene monumental angelegten Filmproduktionen, die sich der jüngsten Geschichte bedienen, darunter „Der Untergang“, „Dresden“, „Die Flucht“, „Die Gustloff“, „Die Luftbrücke - Nur der Himmel war frei“, „Der Tunnel“, „Die Frau vom Checkpoint Charlie“, „Die Prager Botschaft“ und anderes mehr. Was brachten allein die letzten Tage an gewollten Erinnerungen an Friedrich II. und Preußen?!

Fiktionen aus der History-Manufaktur

Den Historiker mag das zunächst freuen; es scheint ja sehr für seine Profession zu sprechen, für einen angesehenen Stand in der öffentlichen Meinung zu sorgen, und dort – wo öffentliche Gelder fließen – sich auch in klingender Münze auszuzahlen. Er mag zufrieden sein, darf er vermuten, dass jene, die denkend lesen und aufmerksam der Bilderflut folgen, geistigen Gewinn erreichen können. Zu fragen bleibt aber, ob des Historikers Anliegen wirklich erfüllt wird, ob wissenschaftliche Aufklärung über Geschehenes erfolgt, ob so entscheidende Ursachen und gewichtige Zusammenhänge erläutert werden. Handelt es sich um historische Aufklärung und Bildung oder eher um pure Unterhaltung und „Histotainment“? Kann ein Geschichtswissenschaftler akzeptieren, wenn die Fiktion zur Wirklichkeit gerät, wenn die Grenze zwischen vorgestellter und realer Wirklichkeit verschwimmt oder gar verloren geht, wenn Pseudo-Dokumentationen Echtheit suggerieren?

Ja, die Vergangenheit bietet ein großes Reservoir an spannenden, konfliktreichen und interessanten Begebenheiten. Alle Geschichte wird gleichsam in „happy Häppchenform“ verabreicht – man denke nur an Guido Knopps History-Manufaktur. Doch gerade in medialer Gestalt taucht sie zumeist nur in einzelnen Geschichten auf. Selten wird erkundet oder dargestellt, wie Einzelnes sich miteinander verbindet, wie eine Schau vom Teil hin zum Ganzen wachsen, wie ein in sich geschlossenes Geschichtsverständnis entstehen kann.

Oft wird solcher Umgang mit der Geschichte auch als Bestandteil erfolgreicher „Erinnerungskultur“ bezeichnet. Diese definiert z. B. Jan Assmann als ein kollektiv geteiltes Wissen von Vergangenheit, auf das eine gesellschaftliche Gruppe „ihr Bewusstsein von Einheit und Eigenart stützt“. Sie liefere diesen einen Bestand an Wiedergebrauchs-Texten, -Bildern und -Riten, in deren Gebrauch sich das „Selbstbild“ jeder Gruppe stabilisiere.

Im Grunde geht es jedoch – ganz im Sinne des heute dominierenden „Zeitgeistes“ – um die Erschaffung von positiven, der Wirklichkeit entgegengesetzten Selbstbildern, mehr noch um ihre zeitgemäße Anpassung an sich verändernde Verhältnisse und politische Erfordernisse, welche auch nutzbare Fremd- und Feindbilder einschließen. Computersprachlich könnte man es vielleicht so formulieren: Ausgewählte Bilder und Datenbanken werden mit immer neuen

„Update-Versionen“ versehen, also mit jeweils verwendungsfähigen, nützlich erscheinenden Ergänzungen.

Gerade im Zeitgeist – nach Goethe „der Herren eigner Geist, in dem die Zeiten sich bespiegeln“ – scheint Geschichte nicht anders zu sein als eine ständig neu formbare Materie, die vorhandene Deutungen vertieft oder in vorgegebenen Bahnen modifiziert. Von geschichtlicher Wahrheit ist immer weniger die Rede, auch bei vielen jener Bürgerrechtler, die sich 1989 auf die Fahnen geschrieben hatten: „Keine Lügen mehr“, wie Frank Schöbel sang.

Nein, eine vor allem nach objektiven Maßstäben strebende Geschichtsbetrachtung scheint gegenwärtig erledigt zu sein. Es dominiert eher die Suche nach „Mehrstimmigkeit“ und Verschwommenheit der Bilder. In vielerlei Varianten werden der Gegenwart entweder glänzende oder schmutzig-abschreckende Geschichtsfolien unterbreitet. Und alles selbstverständlich nicht ohne Zielstellungen. Nach denen aber muss gefragt werden sowie nach den Interessen, die damit bedient sein wollen. Erkennbar sind diese im geschichtspolitisch betriebenen Versuch einer Herabsetzung und Entwertung, einer Verächtlichmachung und Kriminalisierung, kurz: einer Delegitimierung jeglicher nicht- und antikapitalistischer Alternativen.

Ausgeklammert werden weitgehend solche exakt zu datierenden Ereignisse, die alle kapitalistischen Gesellschaften geformt haben und aus denen ein drängendes Bestreben vieler Menschen erwuchs, gegebene Verhältnisse nicht länger einfach hinzunehmen. Zu den prägenden Begebenheiten zählt da ganz gewiss der Kampf gegen den Ersten Weltkrieg und dessen Ende in der Novemberrevolution, das Ringen um den Erhalt der Weimarer Republik, der antifaschistische Widerstand gegen das Hitlerregime und den Zweiten Weltkrieg, der Tag der Befreiung und ebenso alle Versuche in Ost und West, eine Wiederholung von Faschismus und Krieg unmöglich zu machen.

Täuschende Selbstbilder

Bekanntlich hat sich die Hoffnung auf das unmittelbar nach 1989/90 proklamierte „Ende der Geschichte“ (Fukuyama) und auf den ewigen Bestand der sogenannten westlichen Demokratie zerschlagen. Dem so positiv gemalten Selbstbild steht eine von Krisen in Wirtschaft, Gesellschaft, Parteien usw. geschüttelte Realität entgegen. Es zu retten, soll auch durch eine an Umfang und Intensität kaum noch zu übertreffende Geschichtspolitik helfen. Daher spiegeln sich im dominierenden Zeitgeist hauptsächlich ein „Koste-es-was-es-wolle“-Denken und ein sich absolut gebender Wille zu kapitalistischer Profitmaximierung, demzufolge auch soziale Kälte, zunehmender Demokratie-Abbau, von eiferndem Überwachungswahn und neuerlicher Kriegsrechtfertigung ganz zu schweigen.

Täglich begegnet uns indessen eine völlig entgegengesetzte Behauptung: Links sei der Zeitgeist und groß die Gefahr, so tönt es im Blätterwald und vielen Talkshows. Dem Raunen und Klagen von Thilo Sarrazin, Peter Sloterdijk, Arnulf Baring, Karl-Heinz Bohrer, Henryk M. Broder und von vielen anderen mehr wird in der großbürgerlichen Presse breiter Raum geboten. Sie beschreiben und deuten die Realität als gefährdet durch die Linken. Schreckgespenster und regelrechte Horrorszenarien scheinen auf, so als stünde unmittelbar ein von Linken verursachter Weltuntergang bevor. Wen wundert es, dass ausgerechnet in Sachsen die CDU eine eigene Organisation mit dem Namen „Aktion Linkstrend stoppen“ ins Leben gerufen hat bzw. unterstützt.

Die Methode, sich selbst als Opfer darzustellen ist weder neu noch unbekannt. Zweckbestimmte Schauernmärchen kennen wir aus der Geschichte zur Genüge. Wie energisch wetterten doch Konservative, Völkische und Nazis gegen das „System“ der Weimarer Republik? Um nur ein Beispiel aus der thüringischen Geschichte herauszugreifen: Da begründeten rechte Parteien Ende 1929/Anfang 1930 ihr desaströses Zusammengehen mit der NSDAP in der

Frick-Regierung mit dem Argument, es würde sonst eine „rote marxistische Regierung“ ans Ruder kommen. Für die großbürgerliche Deutsche Volkspartei sprach Georg Witzmann von den „Zeiten schwerster Not“, politischer und finanzieller Art. Alles würde eine Koalition mit der NSDAP erforderlich machen. Eine Abgrenzung zur faschistischen Partei war nicht erkennbar. Auch Emil Herfurth von der Deutschnationalen Volkspartei stieß, wie aus den Landtagsprotokollen hervorgeht, in das Horn der Bündnisrechtfertiger – die Koalition sei eine „Notgemeinschaft zur Rettung Thüringens“ vor der roten Gefahr sowie aus der Finanzkrise und nicht zuletzt vor der Gefahr einer „Versklavung des deutschen Volkes“ durch die Sieger des Weltkrieges. Ein äußerer Gegner wird bekanntlich dabei ja nie vergessen.

Heutiger Zeitgeist kann nicht anders als rechtslastig bezeichnet werden. Er lastet regelrecht bleiern auf einem großen, ich denke, auf einem viel zu großen Teil der Deutschen. Ihm haftet etwas Krakenhaftes, ja auch Totalitäres an. Heutige offizielle geschichtstheoretische und geschichtspolitische Standortbestimmung weist Elemente jener Auffassungen aus, denen zufolge die Welt und damit auch ihre Vergangenheit prinzipiell undurchschaubar sei, dass die Menschen schicksalhaft gebunden wären an die „Natürlichkeit“ von Ungleichheit und triebhafter Gier – frei nach dem Motto, alles sei nun einmal so seit Kain den Bruder Abel erschlug.

Aufklärung statt Mystifizierung

So lassen sich dann wohl auch die größten Absurditäten der Kapitalgesellschaft zu Konstanten menschlicher Existenz erklären und als alternativlos deuten. Dazu passt eine zunehmende „Entökonomisierung“ von Politik, erst recht aller gesellschaftlicher Ursachen und Zusammenhänge bei gleichzeitiger Mystifizierung des Geldes, der „Märkte“ usw. Man könnte von „Entkapitalisierung“ sprechen, genauer von Entlastungskampagnen zugunsten des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, das vom bekannten Schweizer Soziologen Jean Ziegler als ein „Imperium der Schande“ charakterisiert wird.

Geschichte lässt sich im Grunde nur noch als imperiale Weltgeschichte denken, leider auch als fortwährender Völkermord. Ziegler verweist auf Berechnungen der UNO, wonach an einem Tag auf dem Erdball ungefähr 100.000 Menschen verhungern, darunter 43.000 Kinder, und 25.000 Menschen ihr Augenlicht verlieren, weil sie kein sauberes Wasser zu trinken hatten. Jahr für Jahr also 36,5 Millionen. Bei ihm heißt es: „Ein Kind, das heute verhungert, wird ermordet“, ermordet von einer „kannibalische(n) Weltordnung, hervorgebracht vom Raubtierkapitalismus.“ Ziegler und andere Aufklärer fordern dazu auf, sich gegen die bestehenden Verhältnisse zu empören. Eine sinnvoll betriebene Geschichtspolitik sollte bemüht sein, dazu ihr Scherflein beizutragen.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 31. März/1. April 2012, S. W6.

Ein Schreckgespenst?

Vor 90 Jahren:

Am 16. April 1922 schließen Deutschland und Sowjetrußland den Rapallo-Vertrag

In den unruhewollen frühen Jahren nach dem Ersten Weltkrieg, in denen sich die Ereignisse überstürzten und tiefgreifende Wandlungen stattfanden, wirbelte eine Nachricht weltweit besonders viel politischen Staub auf. Sie kam vor nunmehr 90 Jahren aus dem kleinen Badeort Rapallo an der Riviera di Levante, etwa 33 Kilometer südöstlich der italienischen Hafenstadt Genua gelegen. Und in der Tat – es glich einer unglaublichen Sensation, was da vermeldet wurde: Am Ostersonntag hatten dort am späten Nachmittag Vertreter des Deutschen Reiches und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik einen Vertrag unterzeichnet, Frieden geschlossen und Beziehungen vereinbart, die eigentlich einen völlig normalen Stand diplomatischer Beziehungen zwischen zwei Staaten darstellten. Dennoch hatte kaum jemand damit gerechnet, ja viele wollten damit auch nicht rechnen. Denn: Ein Bündnis mit den Bolschewisten? Unmöglich! Ein Pakt mit dem Teufel? Einfach verderblich! Keine Angst mehr vor dem „russischen Bären“? Sehr, sehr bedenklich! Ein Vertrag, von Juden abgeschlossen? Abenteuerlich, dem deutschen Blut zuwider!

Worin bestand so Grauensvolles? In sechs knapp gefaßten Artikeln vereinbarten Deutschland und Rußland die Beendigung des Kriegszustandes und die Wiederaufnahme diplomatischer und konsularischer Beziehungen. Beide Seiten verzichteten auf Reparationsansprüche – solche hätte Rußland auf der Grundlage des Artikels 116 des Versailler Vertrages geltend machen können – sowie auf eine Erstattung der beiderseitigen Aufwendungen für Kriegsgefangene. Das Reich verzichtete auf Forderungen, die sich gegen die Nationalisierung deutschen staatlichen und privaten Eigentums in Sowjetrußland richteten, dies allerdings unter der Voraussetzung, daß der östliche Partner „auch ähnliche Ansprüche dritter Länder nicht befriedigt“. Vereinbart wurde ferner die Gewährung des Grundsatzes der Meistbegünstigung in den beiderseitigen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen. Bei wirtschaftlichen Bedürfnissen werde man sich „in wohlwollendem Geiste wechselseitig entgegenkommen“, wobei es einen Gedankenaustausch geben sollte, wenn es auf internationaler Ebene grundsätzliche Regelungen gäbe.

Seit völkerrechtliche Prinzipien gelten sind nach Kriegen unzählige Verträge zwischen Staaten geschlossen worden; erst in späteren Zeiten kamen Friedensverträge aus der Mode. Im Grunde entsprach der Rapallo-Vertrag Standardregelungen diplomatischer Beziehungen, auch wenn sowohl seine politische als auch seine völkerrechtliche Besonderheit zu beachten bleibt. Für seine Bewertung sind der unterschiedliche Charakter beider Vertragspartner sowie die Vorgeschichte zu berücksichtigen. Selbst der Zeitpunkt spielt eine Rolle, zu dem er abgeschlossen worden ist. Aber waren die Stürme der Entrüstung in der westlichen Welt allein dem Überraschungseffekt geschuldet? Wenn ja, dann wäre wohl die Verärgerung mehr oder weniger bald abgeklungen. Doch im Gegenteil: Seither will in der kapitalistischen Welt die zumeist krasse Verurteilung des Vertrages und der auf ihm beruhenden „Rapallo“-Politik nicht enden. Eine Vielzahl kritischer und kittelnder Argumente schwirrt umher. Zumeist sind sie von strikter Ablehnung geprägt. Das Urteil reicht von überhöhten kleinlichen Bedenken bis hin zum Vorwurf, mit ihm sei verwerflicher Verrat am Westen verübt worden. Daß der Vertrag indirekt auch antipolnische Ambitionen enthielt, bleibt allerdings oft außen vor.

Alliierte kontra Sowjetrußland

Die Siegermächte des Weltkrieges verfolgten gegenüber Sowjetrußland das von Winston Churchill formulierte Anliegen, das „Baby schon in der Wiege zu erdrosseln“, dem gesellschaftspolitisch so Neuartigen also von Anfang an keine Chance zu geben. Alles sollte getan werden, den Ausbruch eines so großen Landes aus dem kapitalistischen Weltgefüge rückgängig

zu machen. Als auf militärisch-interventionistischem Wege dieses Ziel nicht erreicht werden konnte und danach auch das Konzept eines Rußland isolierenden Cordon sanitaire scheiterte, sollte ein anderer, ein wirtschaftspolitischer Weg gefunden werden. Diesem diene die für April 1922 nach Genua einberufene Konferenz, an der sich 29 europäische Staaten beteiligten, darunter auch die neutralen oder die im Kriege besiegten Länder. Offiziell ging es um die „Konsolidierung des europäischen Friedens“, um eine Heilung der „Paralyse des europäischen Systems“. Eigene Interessen und auf eigenen Vorteil bedachte Ziele in wohlklingende Worte zu gießen – dies scheint stets wesentlicher Bestandteil kapital- und profitorientierter Politik zu sein ...

Der britische Premierminister Lloyd -George sprach sogar von „Prinzipien der absoluten Gleichheit“ aller Konferenzteilnehmer, allerdings nur unter der Bedingung, daß die bis dahin getroffenen Nachkriegsvereinbarungen grundsätzlich akzeptiert werden. Der französische Vertreter Louis Barthou sprach es in seiner Eröffnungsrede deutlich aus: In Genua seien die Friedensverträge – ihrem Charakter nach Friedens-„Diktate“ – nicht zu erörtern, denn dies würde den Frieden „beträchtlich stören“. Lediglich zum künftigen Wirtschaftsaufbau in Europa seien „freie Auseinandersetzungen eröffnet und allen zugänglich“. Zeitungen kleideten diese Ausrichtung in die Formel „Hände weg von den Verträgen!“, sicher nicht zufällig analog zur Losung zahlreicher Arbeiterorganisationen vieler Länder „Hände weg von Sowjetrußland!“

G. W. Tschitscherin – er leitete die sowjetrussische Delegation auf der Genuaer Konferenz – hob in seiner ersten Erklärung hervor, man sei nicht gekommen, um die „eigenen theoretischen Ansichten zu propagieren, sondern um geschäftliche Beziehungen zu den Regierungen sowie zu den Industrie- und Handelskreisen aller Länder auf der Grundlage der Gegenseitigkeit, der Gleichberechtigung und der vollen und bedingungslosen Anerkennung zu knüpfen“. Parallel zur Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) im Inneren ging die sowjetrussische Außenpolitik von der Notwendigkeit aus, daß auch für Staaten mit unterschiedlichen sozialen Ordnungen eine Zusammenarbeit beim „allgemeinen wirtschaftlichen Aufbau“ geboten ist. Zugleich forderte Tschitscherin eine allgemeine Einschränkung der Rüstung, diese noch dazu „unter der Bedingung völliger und vorbehaltloser Gegenseitigkeit“. Dies stieß weder bei den Machthabern Britanniens noch Frankreichs auf sonderliche Gegenliebe. Zwar trieb auch sie der Wunsch, Wirtschaftsbeziehungen zu Rußland aufzubauen, doch schwebte ihnen vor, dem unliebsamen Partner ungleiche Bedingungen aufzwingen zu können. Sie forderten die Rückgabe des nationalisierten Eigentums von Ausländern, eine Bezahlung der Schulden, welche die Zaren und auch die Provisorische Regierung angehäuft hatten.

Eine der vier Unterkommissionen, die für die Tagung in Genua eingerichtet wurden, sollte sich speziell mit der „russischen Frage“ befassen. Pläne sollten beraten werden, die schon im Dezember 1921 bekannt geworden waren. Sie sahen vor, ein internationales Syndikat zur Wahrnehmung wirtschaftlicher Interessen auf russischem Boden zu schaffen. Dies verbunden mit dem Ziel, im Rahmen des beabsichtigten ökonomischen Aufbaus allmählich die kapitalistischen Verhältnisse wieder durchzusetzen. Um die Russen zu locken, verbanden es vor allem die Briten mit dem Angebot, man würde gemäß Artikel 116 des Versailler Vertrages ihr Recht auf Reparationen anerkennen. Man wolle sich also auf dem Rücken Deutschlands einigen, stellte Reichskanzler Joseph Wirth lakonisch fest. Deutschland sah sich auch von jenen Verhandlungen ausgeschlossen, die von den Westmächten am Rande der Konferenz geführt wurden.

Entscheidungen im Pyjama

Wie für Sowjetrußland sahen also die Siegermächte auch für Deutschland keine wirkliche Gleichberechtigung vor. Die deutsche Regierung ging jedoch mit dem erklärten Ziel nach Genua, so weit wie möglich die Fesseln des Versailler Vertrages zu lösen und den absoluten Besiegtenstatus aufzubrechen. Dafür wollte man sowohl die Bolschewismusfurcht der Sieger-

mächte als auch deren unterschiedliche Interessen nutzen. Wirth – neben Ago von Maltzan, dem Leiter der Ostabteilung im Auswärtigen Amt, wohl der eifrigste Befürworter einer deutsch-russischen Annäherung – hatte bereits am 17. Januar 1922 erklärt: „Es wäre das größte Unglück, wenn Rußland in den Ring von Versailles gegen uns einbezogen würde, wie es Frankreich eifrig erstrebt.“ In der Annäherung an Sowjetrußland sah man einen nützlichen Trumpf gegenüber den Westmächten zugunsten eigener Ziele. Über das Maß einer solchen rußlandfreundlichen Außenpolitik herrschten allerdings sehr unterschiedliche Meinungen, die zum Teil hart aufeinander prallten. Da stritten sich „Erfüllungspolitiker“ in der Hoffnung auf ein Einlenken der Westmächte mit anderen, die ohne härtesten Druck auf diese keinen Lösungsweg kennen wollten.

Tatsächlich glich die Außenpolitik Deutschlands zu Weimarer Zeiten einem janusköpfigen Hin und Her. Selbst unmittelbar vor der Abreise der deutschen Delegation nach Genua war ungeklärt geblieben, welche Taktik eingeschlagen werden sollte. Als kurz zuvor die sowjetische Delegation auf ihrem Weg nach Genua einen Zwischenaufenthalt in Berlin einlegte und konkrete Vorschläge für ein Abkommen unterbreitete, war sie recht kühl behandelt worden. Sieben Tage nach Beginn der Konferenz von Genua fielen die Entscheidungen sehr rasch. Als die deutsche Delegation am Abend des Karfreitages erfuhr, eine Abmachung zwischen den Westmächten und Rußland stünde unmittelbar bevor, beauftragte Reichsaußenminister Walther Rathenau Maltzan, mit den Russen „die in Berlin unterbrochenen Besprechungen wieder aufzunehmen“. Mitten in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag meldete sich die sowjetrussische Delegation und lud für den Sonntag zu Verhandlungen in Rapallo ein. Dem folgten hektische Gespräche unter den deutschen Delegierten, rasch aus den Betten geholt und nur mit ihrem Pyjama bekleidet. Im Prinzip entschieden sie nach dem Motto, lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach. In den Mittagsstunden des Ostersonntags trafen sie im „Hotel Imperiale“, dem Aufenthaltsort ihrer Partner, ein. Wenige Stunden später war der Vertrag unterzeichnet, mit einem Text, der mit den bereits in Berlin vorgelegten russischen Papieren nahezu übereinstimmte.

Beide Partner hatten *à la banque* gespielt und sich als isolierte Parias der Konferenz betrachtet, konnten nun aber den Vertrag als erheblichen diplomatischen Erfolg verbuchen. Eine deutsch-russische Interessengemeinschaft gegen den Versailler Vertrag war entstanden, getragen von nüchtern kalkulierender Staatsvernunft. Die politischen und wirtschaftlichen Vorteile für den jungen Sowjetstaat lagen auf der Hand. Darüber hinaus gab es erstmalig so etwas wie eine völkerrechtliche Anerkennung der Gleichberechtigung unterschiedlicher Eigentumsordnungen. Das Deutsche Reich konnte seine drohende Einbeziehung in eine antisowjetische Front zumindest behindert, zugleich eine Steigerung der Reparationslasten verhindert sehen. Man hatte zweckvoll die Differenzen unter den Siegern des Weltkrieges für eine Stärkung deutscher Interessen nutzen können. Wirtschaftlicher Vorteil bahnte sich an. War vor dem Krieg Deutschland der wichtigste Handelspartner des russischen Imperiums gewesen, so betrug 1921/22 das Handelsvolumen zwischen beiden Staaten weniger als zehn Prozent des Standes von 1913. Fünf Jahre nach Rapallo erreichten die sowjetischen Exporte nach Deutschland 37,6 Prozent und die sowjetischen Importe aus Deutschland 24,7 Prozent des Standes von 1913. In der sogenannten Rapallo-Dekade von 1922 bis 1932 war Deutschland erneut der wichtigste Handelspartner Rußlands. Mehr als ein Fünftel aller sowjetischen Exporte gingen nach Deutschland. Am Osthandel waren insbesondere solche Konzerne wie Siemens und die AEG, die Gutehoffnungshütte, MAN, die Reederei Blohm & Voss interessiert. Neben den wachsenden wissenschaftlich-technischen Beziehungen spielten auch militärische Verabredungen eine große Rolle. Allerdings gab es keinerlei Geheimabkommen dieser Art zum Rapallo-Vertrag, wie dies verschiedentlich behauptet, fälschlich mitunter gar als eigentliches Anliegen der deutsch-russischen Friedensaktion bezeichnet worden ist.

Geteiltes Echo

Das Echo in Deutschland geriet überwiegend positiv. Als der Vertrag im Reichstag behandelt wurde, sprach Wirth von einem „ehrlichen, aufrichtigen Friedenswerk“. Ja, er benannte ihn sogar als einen „vorbildlichen“ Friedensvertrag, weil es in ihm weder Besiegte noch Sieger gäbe. Arbeiterorganisationen begrüßten den Vertrag und werteten ihn als Erfolg auch ihrer Solidaritätsaktionen. Der Reichstag bestätigte am 4. Juli das Abkommen – einstimmig, sieht man vom negativen Votum einzelner Deutschnationaler ab. Am 2. August 1922 trat N. N. Krestinski das Amt eines Botschafters in Berlin an, das Auswärtige Amt entsandte Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau als den diplomatischen Vertreter Deutschlands nach Moskau.

Bedenken gab es dennoch, ebenso Vorwürfe, die von rechts kamen und schlimmstem Antisemitismus Ausdruck verliehen. Manche Politiker, darunter auch Reichsfinanzminister Andreas Hermes, zeigten sich erschüttert und sinnierten, wie man das verlorene „Vertrauen“ der Westmächte wieder gewinnen könne. Die Reaktion suchte zudem andere Wege: Wirth mußte mit den übelsten Beschimpfungen leben, und ausgerechnet Rathenau, der lange gezögert hatte, den Vertrag abzuschließen, bezahlte seine Unterschrift mit dem Leben – er wurde am 24. Juni 1922 auf offener Straße ermordet.

Westliche Reaktionen fielen durchweg negativ aus. Allein der Verzicht auf Reparationen und gegenseitige Entschädigungen wurde als ein schwerer Schlag gegen das Vertragswerk von Versailles und gegen die ebenso umfassend wie strikt vorgebrachten eigenen Reparationsforderungen geißelt. Es hieß, das Verhältnis Deutschlands zu den Entente-Staaten, insbesondere zu Frankreich, sei schwer belastet worden. In der französischen Presse hielt man gar einen Präventivkrieg gegen Deutschland für erforderlich. Rapallo habe den notwendigen Weg Deutschlands in den Westen beeinträchtigt, so urteilen heute manche Historiker. Kritisiert wurden allerdings nicht jene gemeinsamen antipolnischen Aspekte, die zwar nicht im Rapallo-Vertrag enthalten waren, wohl aber den Intentionen vor allem der militärischen Kräfte beider Länder entsprang. Überhaupt dürfte die Kooperation auf militärischem Gebiet, so relativ begrenzt sie auch gewesen sein mag, wenig mit dem eigentlichen „Geist von Rapallo“, mit den Prinzipien friedlicher Koexistenz, zu tun gehabt haben.

Offiziell fand der Rapallo-Vertrag sein Ende, als Hitlerdeutschland am 22. Juni 1941 die Sowjetunion überfiel. Faktisch war er, trotz der Wirtschaftsverträge vom 12. Oktober 1925 und des am 24. April 1926 unterzeichneten Neutralitätsvertrages, schon lange zuvor ausgezehrt worden. Nur für eine kurze Periode kann von relativ positiven Beziehungen zwischen beiden Ländern gesprochen werden.

„Modell für Europa?“

Nach dem Zweiten Weltkrieg und vor allem im Ringen um eine Beendigung des Kalten Krieges spielte die Erinnerung an den Rapallo-Vertrag eine bedeutsame Rolle, und dies gleichermaßen in Ost und in West, allerdings mit differierenden Vorzeichen. Historiker aus der UdSSR und der DDR – hier allen voran Günter Rosenfeld – publizierten umfangreiche Darstellungen und Dokumentationen. Während sie Rapallo als einen hoffnungsvollen Ansatz zu politischer Vernunft in den Beziehungen unterschiedlicher Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme und als Ausdruck von friedlicher Koexistenz bewerteten, wurden in den westlichen Ländern entgegengesetzte Stimmen laut. Sie sahen die „atlantische Solidarität“ gegen die drohende Gefahr aus dem Osten verletzt. Karl Dietrich Erdmann hielt 1963 einzig und allein die Frage für berechtigt, „ob und in welcher Weise der Schock von Rapallo die Substanz des Verhältnisses zwischen Deutschland und den westlichen Mächten beeinflußt“ habe. Nicht zuletzt zeigt sich die generelle Abneigung selbst gegen das Wort „Rapallo“ auch in jüngeren Darstellungen, die da glauben machen wollen, der Kalte Krieg sei lediglich von einer Seite geführt worden.

1987 – zeitgleich zum bekannten gemeinsamen Dokument von SPD und SED „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ – erschien ein wichtiges, leider zu wenig beachtetes Buch, das den Vertrag aus dem Jahre 1922 unter dem Titel befragte, ob er ein „Modell für Europa?“ sein könnte. Die Beiträge des Bandes – mit Unterstützung der Joseph-Wirth-Stiftung vom Pahl-Rugenstein Verlag veröffentlicht – lassen sich als ein nachdrückliches Plädoyer für ein neues Verständnis vom Zusammenleben aller europäischen Völker, von internationaler Sicherheit deuten.

Und heute, 90 Jahre nach Abschluß des Rapallo-Vertrages? Jubiläumsfeiern stehen nicht an, doch die prüfende Erinnerung an ungenutzte, an wenig sinnvoll vertane Chancen sowie an Fehlstellen muß sein. Zu prüfen ist jedoch weniger der am Rande der Genua-Konferenz geschlossene Vertrag, eher die Geschichte seiner Nicht- und Mißachtung, seiner Beschimpfung und Verwünschung, seiner oftmals einseitigen und schlagwortartigen Instrumentalisierung. Im heutigen Verhältnis zu Rußland, das erneut um einen Platz unter den Großen der Welt ringt, könnten die dem Rapallo-Vertrag zugrundeliegenden Ideen einen konstruktiven Platz einnehmen, zumal für die (west-)europäische Sicherheitspolitik eine „strategische Partnerschaft“ als Grundsatz deklariert worden ist. Dem steht entgegen, daß es sich de facto nicht immer um gleichberechtigte Beziehungen handelt und in vielen Medien eine nur oberflächlich als demokratisch bemäntelte Russophobie breiten Raum einnimmt.

Gewiß, die aus Rapallo abzuleitenden Denkanstöße betreffen jetzt weniger die Prinzipien eines friedlichen Gegen- und Miteinanders unterschiedlicher Gesellschaftssysteme; erübrigt durch den Untergang der realsozialistischen Staaten. Doch unabhängig davon sollten in der Welt von heute – angesichts der zahlreichen Konfliktherde und Kriege sowie der wachsenden Unterschiede zwischen reichen und armen Ländern, gefolgt von neu erwachenden Nationalismen – vor allem übereinstimmende Interessen als Grundlage eines ausgleichend-kooperativen Nebeneinanders gesucht und genutzt, sollte darüber hinaus eine Welt ohne Rüstungsproduktion, militärische Drohgebärden und unmenschliche Kriege angestrebt werden.

Aus den Quellen:

Aus der Rede Philipp Scheidemanns (SPD) im Reichstag vom 18.10.1920:

„Unsere letzte Forderung an die Regierung lautet: Aufnahme der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland (...) Wir verlangen daher die Wiederaufnahme der Beziehungen nicht wegen, sondern trotz des Bolschewismus, weil wir in der Regierungsform eines Landes eine innere Angelegenheit sehen, die für uns nicht maßgebend sein darf.“

Aus der Rede W. I. Lenins auf dem VIII. Sowjetkongreß vom 21.12.1920:

„Die deutsche bürgerliche Regierung hegt einen wütenden Haß gegen die Bolschewiki, aber die internationale Lage drängt sie gegen ihren eigenen Willen zum Frieden mit Sowjetrußland.“

W. I. Lenin auf dem XI. Parteitag der KPR (B) (27.3.1922):

„Es ist klar, daß wir nicht als Kommunisten, sondern als Kaufleute nach Genua gehen. (...) Wir gehen nach Genua mit dem praktischen Ziel, den Handel auszudehnen und Bedingungen zu schaffen, unter denen er sich am weitesten und erfolgreichsten entwickeln könnte. Aber wir bürgen keineswegs für einen Erfolg der Genueser Konferenz. Dafür bürgen zu wollen, wäre lächerlich und sinnlos. Ich muß sagen, daß bei einer ganz nüchternen und vorsichtigen Einschätzung der Möglichkeiten, die Genua zur Zeit bietet, es dennoch, glaube ich, nicht übertrieben sein dürfte zu sagen, daß wir dieses unser Ziel erreichen werden.“

Aus der Rede Joseph Wirths auf der ersten Plenarsitzung der Konferenz von Genua am 10.4.1922:

„Alle Völker der Erde bilden wirtschaftlich gesehen eine große, unlösbar verbundene Einheit. Große und kleine sind gewiß nicht von großer weltwirtschaftlicher Bedeutung, aber auch das kleinste Glied an der großen Kette der Weltwirtschaft kann nicht verletzt werden, ohne daß die Kette reißt. Ich folgere daraus den Grundsatz, der unsere Verhandlungen beherrschen muß, den Grundsatz der Gleichberechtigung aller Völker bei unserer gemeinsamen Arbeit.“

Aus einer Rede Wilhelm Piecks, veröffentlicht in Die Rote Fahne vom 21.4.1922:

„In Genua wird gestritten, wer den größten Anteil an der Beute erhalten soll. Gegenseitig versucht man sich das Vorrecht der Ausplünderung zu sichern. (...) Wenn heute die deutsche Bourgeoisie in Genua mit Sowjetrußland ein Bündnis schloß, so nicht aus Freundschaft, sondern aus zwingender Notwendigkeit unter den Fußtritten der Entente. Die deutsche Arbeiterschaft muß alles tun, um diesem papiernen Vertrag Leben zu geben. Es gilt, in den Gewerkschaften und Betrieben dahin zu wirken, daß Rußland wirkliche wirtschaftliche Hilfe gebracht wird.“

Aus der Kollektivnote der auf der Genua-Konferenz vertretenen Entente-Mächte an Joseph Wirth vom 23.4.1922:

„Die Unterzeichneten behalten ihren Regierungen ausdrücklich das Recht vor, alle Bestimmungen des deutsch-russischen Vertrags als null und nichtig anzusehen, die etwa als den geltenden Verträgen zuwiderlaufend befunden werden.“

Aus einer Rede Adolf Hitlers vom 21.4.1922:

„Die Blätter wußten zu berichten, daß Deutschland durch das Bündnis mit Rußland einen großen Erfolg erzielt habe. Wo ist nun dieser Erfolg? Nicht die Völker haben sich gefunden, sondern die führenden Juden. (...) Sowjetrußland ist nicht der Strohalm, an den sich Deutschland wie ein Ertrinkender klammern könnte, sondern ein Bleigewicht, das uns erst recht in die Tiefe zieht.“

junge Welt, Sonnabend, 14.04.2012, S. 10.

Im Visier der Nazis

Am 24. April 1932 wird in Preußen ein neuer Landtag gewählt

Kaum waren die Reichspräsidentenwahlen vorüber und der Erzreaktionär Hindenburg erneut Oberhaupt der Weimarer Republik geworden (siehe jW vom 10./11.3.2012), galt es am 24. April 1932 in Preußen – mit seinen 38 Millionen Einwohnern und auch territorial das größte unter den Ländern des Reiches –, einen neuen Landtag zu wählen. Vier Jahre zuvor hatten die Sozialdemokraten hier nahezu ein Viertel der Stimmen gewinnen können und seither in einer Koalition mit dem großbürgerlich-katholischen Zentrum und der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) regiert. Die Nazis spielten damals mit 1,8 Prozent noch keine Rolle. Otto Braun, der von sich behauptete, Preußen sei „nie preußischer regiert worden als in meiner Amtszeit“, allerdings von der Reichswehrführung regelrecht gehaßt wurde, stand als Ministerpräsident einem Kabinettsvorstand vor, in dem der Sozialdemokrat Carl Severing als Innenminister und Wilhelm Abegg (DDP) als Staatssekretär sowie Albert Grzesinski (SPD) als Berliner Polizeipräsident eine große Rolle spielten.

Manches war in Preußen, anders als im Reich, doch zugunsten der Weimarer Demokratie getan worden. Unter den Beamten konnten die alten Eliten einigermaßen erfolgreich zurückgedrängt werden. Immerhin standen am Ende der zwanziger Jahre 291 politische Beamte aus den Reihen der Koalitionsparteien an der Spitze von insgesamt 540 höheren Behörden. Von elf Oberpräsidenten gehörten neun und von 32 Regierungspräsidenten 21 den Regierungsparteien an. Nahezu alle führenden Polizeibeamten galten als Republikaner. Von dreißig Polizeipräsidenten gehörten 1928 fünfzehn der SPD, fünf dem Zentrum, vier der DDP, drei der DVP an, drei waren parteilos. Trotz aller Machtpositionen, die nach wie vor in den Händen konservativer Kräfte lagen, durfte Preußen als ein Land gelten, das den drohenden Gefahren wirkungsvolle Barrieren hätte entgegensetzen können.

Ein Dauerkonflikt

Nicht zuletzt wegen dieser politischen Haltung kam es immer wieder zu Konflikten zwischen dem Land Preußen und der Reichsregierung. Als Beamte des preußischen Innenministeriums 1929/30 in einer Denkschrift den strafbaren Charakter der Nazi-Partei bewiesen und diese als eine „staats- und republikfeindliche, hochverräterische Verbindung“ benannten, ignorierten sowohl die Reichsregierung als auch der Oberreichsanwalt Karl Werner – er trat später der NSDAP bei – jedoch schlicht und einfach das Dokument sowie alle Tatsachen und Gefahren. Unbeantwortet blieben auch der mahnende Brief Otto Brauns an den Reichskanzler vom 4. März 1932 und seine Forderung nach einem Verbot der NSDAP.

Für das Ringen jener, die übereinstimmend die Partei der deutschen Faschisten ablehnten und vor den Gefahren einer Diktatur und eines neuen Krieges warnten, hätte Preußen Erhebliches leisten können. Dies nicht allein wegen der großen Schar an Polizisten und der Verfügung über einen starken bürokratischen Apparat. Mehr noch wäre durch einen Minimalkonsens zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten zu erreichen gewesen, ganz zu schweigen von jener Anziehungskraft, die von deren antifaschistischem Zusammenstehen auf demokratisch-republikanisch gesinnte Kreise des Bürgertums ausgegangen wäre. Den preußischen Bemühungen war es hauptsächlich zu verdanken, daß im Reich am 13. April 1932 ein – wenn auch halbherzig gehandhabtes – Verbot für das uniformierte Auftreten von SA und SS erging.

Manche Verteidiger der Weimarer Republik sahen in Preußen gar den Hort der parlamentarischen Demokratie, geschwächt allerdings auch durch eine antikommunistische Grundhaltung der Regierungsparteien einerseits und die fatale Beteiligung der Kommunisten an dem 1931 von Nazis und Deutschnationalen angezettelten Volksentscheid gegen die preußische Regierung andererseits. Zwar gab es im Frühjahr und im Frühsommer 1932 erste Ansätze für eine

weitsichtigere Politik innerhalb von KPD und SPD, auch für ein Bündnis mit anderen demokratisch-antifaschistischen Kreisen, doch der von Carl von Ossietzky geforderte „runde Tisch“ kam nicht zustande. Der „alte Krieg“ gehe weiter, mußte er nach der Wahl konstatieren ...

Faschistischer Terror

Die Eroberung Preußens stand 1932 für alle nationalkonservativen und faschistischen Kräfte ganz vorn auf der Tagesordnung. Ihr Wahlkampf zielte darauf, selbst die Regierung des Landes zu übernehmen. Dem dienten neben einer Fülle sozialpolitischer Parolen – „Brot und Arbeit“ – vor allem die terroristischen Aktionen, die von den Nazis ausgingen. Sie übertrafen in Umfang und Brutalität alles bisher Dagewesene. Allein in den letzten zehn Tagen vor der Landtagswahl gab es 24 Tote und 284 Verletzte zu beklagen. SA-Truppen störten Wahlveranstaltungen ihrer Gegner, suchten sie zu sprengen und selbst zu übernehmen. Einrichtungen von Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftern wurden überfallen und demoliert. Aufmärsche in den Arbeitervierteln der Großstädte sollten Antifaschisten zu Straßenschlachten provozieren, was oft gelang. Stets versuchte die Naziartei, ihre wachsende Aggressivität zu tarnen und sich selbst als Opfer darzustellen, zugleich aber den Eindruck zu erwecken, ihre nach außen sehr diszipliniert auftretenden Banden seien ein verlässlicher Ordnungsfaktor gegenüber dem „kommunistischen Terror“. Der faschistische Terror stieß zwar auf Widerstand, doch rief er unter vielen Deutschen auch Angst und lähmende Furcht hervor. Bereits vor dem 30. Januar 1933 bewirkte er wachsende Anpassungsbereitschaft, demütige Duldung oder sogar ehrfurchtsvolle Anerkennung.

Schon im Vorfeld der Landtagswahlen ließ sich ein großer Stimmenverlust der regierenden Parteien erkennen. Ernst Heilmann, Vorsitzender der SPD-Fraktion, führte daher eine Änderung der Geschäftsordnung herbei, die für die Wahl des Ministerpräsidenten eine absolute Mehrheit vorsah und eine Minderheitsregierung verhindern sollte. Tatsächlich wurde die NSDAP mit 36,3 Prozent – fast so hoch war auch Hitlers Stimmenanteil beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahlen gewesen – stärkste Partei. Die SPD sank auf 21,2 Prozent ab. Das Zentrum kam auf 15,3 und die DDP, die seit 1930 als Deutsche Staatspartei auftrat, schrumpfte mit 1,5 Prozent fast zur Bedeutungslosigkeit. Die DNVP erhielt statt der 17,4 von 1928 jetzt nur noch 6,9 Prozent. Die Koalition hatte ihre Mehrheit verloren und kam zusammen nur noch auf 163 Mandate gegenüber den 260 der Opposition. Die KPD hatte sich von 9,6 auf 11,9 Prozent steigern können. Sie hätte das Zünglein an der Waage spielen können, zumal sie in Berlin stärkste Partei geworden war. Wie Ossietzky schrieb, gab es Kräfte, die plötzlich „ihr Herz für die KPD“ entdeckt hätten. Allerdings gehe es nicht an, die Kommunisten „plötzlich als ein vorübergehend abhanden gekommenes Anhängsel der Koalition von Weimar behandeln zu wollen, nachdem man jahrelang in ihnen nicht mehr gesehen hat als eine Kolonie für Galgen und Rad, gut genug, vom Vierten Strafsenat ihrer natürlichen Bestimmung zugeführt zu werden“. Statt „Nothelferschaft“ wäre Grundlegenderes erforderlich gewesen! Das aber gab es nicht. Für Heilmann und andere Sozialdemokraten erschien das Experiment einer schwarz-braunen Koalition sogar als das bei weitem kleinere Übel gegenüber einem von der KPD de facto tolerierten Minderheitskabinetts.

Putschpläne

Die Wahlerfolge der Rechtsparteien reichten dennoch nicht aus, um eine eigene Regierung zu bilden. Koalitionsverhandlungen zwischen dem Zentrum und der NSDAP kamen nicht voran. Daher amtierte die von Braun geführte, aber angeschlagene Landesregierung zunächst weiter. Noch vor den nächsten Reichstagswahlen – angesetzt auf den 31. Juli – wollten die ab Juni 1932 agierende Papen-Regierung sowie DNVP und NSDAP für ihre Eroberung Preußens jedoch neue Tatsachen schaffen. Sie verzichteten völlig auf jeden Versuch einer parlamentari-

schen Veränderung, statt dessen hegten sie konkrete Staatsstreichpläne. Hindenburg unterzeichnete bereits am 14. Juli eine auf dem Notstandsartikel 48 basierende, dennoch den Sinn der Verfassung brechende Blankovollmacht zur Absetzung der preußischen Regierung. Der Putsch erfolgte schließlich am 20. Juli und sollte das politische Kräfteverhältnis in Deutschland grundlegend zugunsten der Reaktion verändern.

Quellentext: Aus Carl von Ossietzkys Artikel „Ein runder Tisch wartet“

„Niemand war die Gelegenheit zu einer Annäherung der beiden großen sozialistischen Parteien günstiger, niemals aber auch sprach die Notwendigkeit diktatorischer. Die erforderliche Aussprache darf nicht durch allzu weitgesteckte Ziele verwirrt werden. Die rote Einheitsfront ist ein pathetisches Sehnsuchtswort, das auf beiden Seiten schon viel Partei-egoismus verdeckt hat, viel Versuche, in den Hürden des anderen zu wildern. Wo zwei Arbeiter sich treffen, mag es seine Wirkung haben, zwei Funktionäre jedoch macht es noch argwöhnischer, als sie schon sind. Lassen wir es heute beiseite, denn nicht um die Verschmelzung beider Parteien handelt es sich, sondern um ein operatives Zusammengehen zur Verteidigung der Arbeiterklasse.“

Aus: Die Weltbühne vom 3.5.1932

junge Welt, Sonnabend, 21.04.2012, S. 15.

Ideologie und Macht

Basiswissen Faschismus

Dem Lesenden einen Einstieg in das Verständnis vielschichtiger Begriffe zu ermöglichen, auf wenigen Seiten Grundsätzliches verständlich darzulegen sowie tiefgründige Literaturstudien anzuregen – das gilt dem PapyRossa Verlag als Anliegen seiner verdienstvollen Publikationsreihe „Basiswissen“. In dieser äußerten sich bereits Georg Fülberth zu Kapitalismus und zu Sozialismus, andere bekannte Autoren legten ihre Auffassungen zu Imperialismus und Feminismus dar. Nunmehr bieten zwei jüngere Autoren einen Band zum Thema „Faschismus“ an und werden sicher auf breites Interesse stoßen.

Drei Schwerpunkte sind es, die Guido Speckmann und Gerd Wiegel behandeln – orientiert am historischen Geschehen in Deutschland und Italien in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Fast die Hälfte des Bandes nimmt die Erörterung der Inhalte unterschiedlicher Faschismustheorien ein. Darin wird nachdrücklich betont, wie notwendig es ist, jeweils zu sagen, ob mit dem Faschismusbegriff Bestandteile der Ideologie gemeint sind, ob faschistische Bewegungen untersucht werden oder ob es sich um den Faschismus an der Macht handelt.

Der Leser erfährt außerordentlich viel über Faschismustheorien und unterschiedliche Sichtweisen auf die politischen, sozialökonomischen und geistesgeschichtlichen Voraussetzungen für den Faschismus. Dass beide Autoren in Marburg studiert haben, ist an ihrem oftmaligen Bezug auf Reinhard Kühnl erkennbar. Ausführlich legen sie dessen Auffassungen über die Grundelemente faschistischer Ideologie und seine Theorie vom Bündnis faschistischer Bewegungen mit den konservativen Eliten als der entscheidenden Voraussetzung für den Faschismus an der Macht dar.

Die Autoren diskutieren auch bonapartismustheoretische, sozialstrukturelle und psychologisierende Modelle. Im Abschnitt über neuere Definitionsbemühungen befassen sie sich insbesondere mit Roger Griffin, Wolfgang Wippermann und Karl Heinz Roth. Ihre eigenen Ansichten über den strukturellen Zusammenhang von Faschismus und bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaft fassen sie in fünf „Mindestbedingungen“ zusammen, die gegeben sein müssen, wenn der Faschismusbegriff sinnvoll verwandt werden soll. Der zweite Teil des Bandes befasst sich direkt mit der Geschichte faschistischer Organisationen. Im Vordergrund stehen die NSDAP und die italienische PNF, ergänzt durch einen kursorischen Abschnitt „Faschismus anderswo“. Im dritten Kapitel behandeln die Verfasser Neofaschismus und Rechtspopulismus, deren Organisationen als nicht „systemoppositionell“ eingeschätzt werden, da sie „im Rahmen des bestehenden politischen Systems an einer Rechtsverschiebung arbeiten“ würden.

Immer wieder greifen Speckmann und Wiegel auf die in der Kommunistischen Internationale entwickelte Definition des Faschismus zurück. Sie kritisieren deren Schwächen, vor allem das starre Beharren auf ihr – trotz weiterer Entwicklungen hin zu Krieg und rassistischem Antisemitismus. Viele Seiten lesen sich in diesem Zusammenhang wie eine Analyse innermarxistischer Streitpunkte.

Dem Kundigen fehlt einiges, anderes erscheint ihm vielleicht stärkerer Beachtung wert – doch das wird hier keinesfalls kritisch vermerkt. Jeder, der sich mit dem Thema befasst, setzt nun einmal andere Akzente, worin sich nicht zuletzt die große Differenziertheit faschistischer Ideologie und Politik, aber auch deren Gefährlichkeit spiegelt.

Guido Speckmann/Gerd Wiegel: Faschismus. PapyRossa Verlag, Köln. 127 S., br., 9,90 Euro.

Neues Deutschland, Donnerstag, 26. April 2012, S. 15.

Völkischer Aufmarsch

7. und 8. Mai 1927: Treffen des Stahlhelm-Bundes in Berlin

Vom langjährigen Chef des deutschen Generalstabes, Generalfeldmarschall von Schlieffen, berichtet die Legende, er habe 1913, im Sterben liegend, vor sich hin gemurmelt „Stärkt die Rechte! Stärkt die Rechte!“ Seine Worte bezogen sich auf den Feldzugsplan, den er ausgearbeitet hatte und der Grundlage für einen blitzartigen Überfall auf Frankreich werden sollte. Doch fast könnte man meinen, die Worte seien auch ins Stammbuch jener deutschen Parteien und Verbände geschrieben worden, die nach dem verlorenen Krieg für bürgerkriegsähnliche Zustände sorgten, die Militarisierung des Zivillebens in der Weimarer Republik betrieben und sich als Wegbereiter der hitlerfaschistischen Diktatur betätigten. Die Rechtsparteien zu stärken, um so Deutschlands „innere und äußere Befreiung“ erwirken zu können, so lautete in den Jahren der Weimarer Republik die grundlegende Zielstellung alter und neuer Militaristen. Von ihnen marschierten vor 85 Jahren 132.000 Mitglieder eines der größten unter den zahlreichen paramilitärischen Verbänden beim 8. Reichsfrontsoldatentag in Berlin auf. Lautstark propagierten sie als konkrete Forderungen: „1. Kampf gegen den Versailler Vertrag und die Kriegsschuld Klausel; 2. Kampf gegen den Verrat der Sozialisten; 3. Kampf gegen Bolschewismus, Marxismus und Internationalismus; 4. Ablehnung des Parteisystems; 5. Vereinigung aller Nationalisten in Deutschland und 6. Gewinnung der Arbeiterklasse.“

„Nationale Diktatur“

Der Name dieser Organisation: Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten. Der Erste Weltkrieg war kaum beendet, da erfolgte seine Gründung. Seit dem 13. November 1918 mit dem Plan befaßt, hob Franz Seldte (Reserveoffizier und Frontberichterstatter, am 30. Januar 1933 als Arbeitsminister in Hitlers Kabinett berufen) gemeinsam mit seinen Brüdern Eugen und Georg sowie mit Max Oppermann den Bund im Dezember 1918 in Magdeburg aus der Taufe. In der Gründungsversammlung tönte: „Zu sieben Mann haben wir Mitte November (...) beschlossen, diese Schweinerei von Revolution nicht weiter so hingehen zu lassen“. Formell benannte die Satzung, es gehe um die „Unterstützung der Regierung beim Aufbau neuer Freiwilligenverbände“ sowie um einen Beitrag zur „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“. Bereits im September 1919 konstituierte sich der Stahlhelm als Reichsbund mit Ortsgruppen auch in Göttingen, Stendal, Berlin, Leipzig, Kiel, Gera, Dortmund, Bremen, Hamburg, Stettin, Halberstadt und Helmstedt. Der erste „Reichsfrontsoldatentag“ fand am 14. März 1920 in Magdeburg statt; wohl eher zufällig an jenem Tag, an dem Putschisten wie Kapp, Lüttwitz und Ludendorff gewaltsam die Weimarer Republik aus den Angeln heben wollten.

Zwar stand den Stahlhelm-Führern nicht so sehr der Sinn nach schlecht vorbereiteten putschistischen Abenteuern, doch an ihrer Feindschaft gegenüber allen sozialistischen, demokratischen und bürgerlich-republikanischen Kräften konnte es keinen Zweifel geben. Jahr für Jahr fanden ihre Bemühungen größeren Anklang, was nicht zuletzt an der wachsenden Zahl von Teilnehmern der Reichsfrontsoldatentage ablesbar war. Bald verfügten sie über mehr als 1200 Ortsgruppen, die in Landesverbänden zusammengefaßt waren. Unverblümt forderten sie 1923, „umgehend eine nationale Diktatur zu schaffen, die nicht durch Parlamente, Parteien und Interessenverbände behindert ist“. Im Jahr darauf gründeten sie den Jungstahlhelm, um Jugendlichen einen „vollwertigen Ersatz für verbotene militärische Dienstzeit“ zu bieten, außerdem den Stahlhelm-Landsturm, der Mitglieder ohne Fronterfahrung erfassen sollte. Bald entstand auch der Stahlhelmstudentenring Langemarck. Unterstützt von Ausbildungsoffizieren der Reichswehr, fanden zahlreiche Gepäckmärsche, Feldübungen sowie Lehrgänge für das Scharfschießen mit schwerer Artillerie statt.

Mit einem solchen Betätigungsfeld wollte sich der Stahlhelm allerdings nicht länger begnügen. Seit Mitte der 20er Jahre setzte er sich auch offiziell politische Ziele. Zugleich erweiterte er seine Aufgaben über den Charakter eines (angeblich!) ausschließlichen Wehrverbandes hinaus. Man wollte nicht mehr nur eine Wehrbewegung, sondern eine „politisch-nationale Freiheitsbewegung“ sein, schrieb Seldte im Vorfeld des 8. Reichsfrontsoldatentages an Reichsaußenminister Gustav Stresemann.

Die politische Umorientierung vollzog sich schrittweise, verbunden mit heftigen inneren Auseinandersetzungen. Nachdem der Bundesvorstand im Oktober 1926 die EntschlieÙung „Hinein in den Staat“ angenommen hatte, protestierten extrem antirepublikanische Kräfte. Sie meinten, der Bund habe damit die Verfassungswirklichkeit akzeptiert und werde sich hinter die Regierung stellen. Sofort folgte eine klärende Erläuterung der neuen Parole: Sie bedeute nicht Zusammenarbeit mit dem Staat, sondern Durchdringung und Wandlung des Staates. In personeller Hinsicht standen sich Seldte und sein radikalerer Stellvertreter Theodor Duesterberg gegenüber.

Mit der Berliner Demonstration von Anfang Mai 1927 hoffte der Stahlhelm, die Hauptstadt „geistig“ erobern zu können. Dem diene vor allem der Versuch einer „weltanschaulichen Fundierung des aus dem Kriegserlebnis erwachsenen Neuen Nationalismus“, wie es in der sogenannten Berliner Grundsatzerklärung hieß. Im einzelnen ging es um die Wiedereinführung der Farben schwarz-weiß-rot, womit die Erinnerung an ein glorifiziertes monarchisches Deutschland wachgehalten werden sollte, um die Gewinnung von „Lebens- und Arbeitsraum“, um die Beseitigung „parlamentarischer Willkür“, um die Schaffung eines neuen Wahlrechts sowie um Maßnahmen gegen „die seit der Revolution gesteigerte Überfremdung unseres politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens durch fremde Elemente und gegen die Verwilderung der sittlichen Anschauungen“. Selbst antisemitische Losungen fehlten nicht.

Mystifiziertes Soldatentum

Alle Möglichkeiten zu „maßgeblicher Mitarbeit“ der Frontsoldaten im „nationalen Behauptungskampf“ zu nutzen, galt als selbstverständlich, wobei als Ideal eine Mixtur aus „Soldatentum und Politikertum“ angesehen wurde. Ersteres unterlag regelrecht einer Mystifizierung. In ihm spiegelte sich, so formulierte es der Leiter des Schulungsbüros im Bundesvorstand Eduard Stadler: „Gesinnung, Glaube, Mythos, gelebte Idee, vorbildliche Tat, heldische Bereitschaft, praktisch-kämpfende Führung, strahlend gläubige Gefolgschaft, kampfbegierige Männersolidarität, Jugendgemeinschaft, marschierende Kolonnen, Schützengrabenethos, flatternde Fahnen, Rhythmus der Militärmusik, beseelter Redefluß und Windjackenstolz.“ Nichts aus dem umfangreichen Katalog völkisch-militaristischer Floskeln durfte fehlen!

Voll und ganz stellte sich der Stahlhelm hinter den Reichspräsidenten Hindenburg, dessen Machtbefugnisse zu stärken man nachdrücklich verlangte. Trotz betonter Überparteilichkeit galt in der Öffentlichkeit der Bund als der Deutschnationalen Volkspartei nahestehend. Von den 1928 gewählten 73 Reichstagsabgeordneten der DNVP gehörten immerhin 55 dem Stahlhelm an.

Zwar stimmte der Frontsoldaten-Bund nicht in allem mit der NSDAP überein. Streitereien waren an der Tagesordnung und wurden lautstark ausgetragen. Doch geistesverwandt zeigten sie sich in vielerlei Punkten: Gemeinsam vertraten sie die ideologischen Kernpunkte und die antidemokratischen Forderungen des damaligen Rechtsextremismus. Oft marschierten sie im Gleichschritt – so 1929 beim Volksbegehren gegen den Young-Plan und 1931 in der „Harzburger Front“. Schließlich erwies sich der Stahlhelm 1933 mit seinen rund 500.000 Mitgliedern als wichtiger Helfershelfer bei der Errichtung der Nazidiktatur und danach als SA-Reserve bei deren Herrschaftssicherung. Als im März 1935 die allgemeine Wehrpflicht wie-

der eingeführt wurde und der massenhafte Aufbau der Wehrmacht für einen neuen Krieg begann, war erreicht worden, was er erstrebt hatte, und der Bund selbst überflüssig geworden.

junge Welt, Sonnabend, 05.05.2012, S. 15.

Auf dem rechten Auge blind

Das deutsche Entscheidungsjahr 1932 – historische und geschichtspolitische Überlegungen

Die folgenden Aussagen, Bemerkungen, Thesen und Fragen wurden für die Arbeitsgemeinschaft Geschichte beim thüringischen Landesvorstand der Linkspartei verfasst und dienen der Vorbereitung einer Tagung der thüringischen Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Linkspartei-Fraktion im Thüringer Landtag zum Thema „Das Entscheidungsjahr 1932 und Entscheidungsfragen unserer Zeit“. In den Debatten spielten die Frage nach Notwendigkeit, Sinn und Begrenztheit historischen Vergleichens sowie die Forderung, derzeitige Erscheinungen und Entwicklungstendenzen tiefergründiger als bisher zu analysieren, eine zentrale Rolle. Die Debatten sollten fortgesetzt werden. Verwiesen sei auch auf den Beitrag des Autors im „neuen deutschland“ vom 31.03/01.04. 2012 „Seit Kain und Abel nichts Neues unterm Firmament? Wenn Vergangenheitsdeutungen als Entlastung heutiger Absurditäten und Verbrechen dienen“.

1. Gegenwärtig lenkt das wirtschaftliche, politische und geistige Geschehen in Deutschland geschichtliches Nachdenken nachdrücklich auf jene politischen Auseinandersetzungen und Entscheidungen zurück, die 1932 unmittelbar dem 30. Januar 1933 vorausgingen. Natürlich heißt es heute nicht wie damals: „Hitler ante portas“; es lassen sich sogar gravierende Unterschiede erkennen, vor allem hinsichtlich der ökonomischen Stärke Deutschlands und der Globalisierungsfolgen. Vergangenheit und Gegenwart lassen sich nicht in eins setzen, dennoch existiert manch eine auffällige, strukturell bedingte Duplizität historischer und aktueller Erscheinungen. Vergleiche bieten sich dem Betrachter vor allem im Bereich der Politik an.

Ein Beispiel: Im Vorfeld der für das Frühjahr 1932 vorgesehenen Wahl des Reichspräsidenten in der Brüning-Regierung stand das Thema „Terror von rechts“ auf der Tagesordnung. Es gab zahlreiche Morde, Überfälle und andere grausame Aktionen, zumeist ausgeführt von deutschen Faschisten. Mit dem Thema befassten sich auch jene bürgerlichen Parteien, die für ihre antisozialen, antidemokratischen und antiparlamentarischen Zwecke die Unterstützung der inzwischen erstarkten NSDAP gewinnen wollten, selbst um den Preis weiterer Vorteile für die Faschisten. Die Innenminister der Länder beklagten auf ihrer Konferenz am 17. November 1931 die im Reich zunehmenden Gewalt- und Mordtaten. General Wilhelm Groener, an der Spitze des Reichsinnenministeriums stehend, forderte mit wohlklingenden Worten zum energischen Kampf gegen solche „Kulturschande für Deutschland“ auf. Dennoch spielten bei dieser Tagung die Gewaltexzesse der Nazis keine Rolle. Hingegen wurde über ein Verbot der KPD gesprochen, ebenso über allgemeine Maßnahmen gegen das Tragen politischer Uniformen und Abzeichen. Groener ging am 29. Januar 1932 noch weiter: Als Reichswehrminister verkündete er einen Erlass, der vorsah, dass künftig Mitglieder der KPD vom militärischen Dienst ausgeschlossen seien, während der NSDAP indirekt bescheinigt wurde, nicht mehr verfassungsfeindlich zu sein. Es hieß, die Mitglieder dieser Partei dürfen – falls nicht gerichtlich verurteilt – das „Ehrenrecht eines jeden Deutschen“ in Anspruch nehmen, dem „Vaterlande als Soldat zu dienen und seine Grenzen zu schützen“.

2. Die bekannte Blindheit auf bzw. das Nichtsehenwollen mit dem rechten Auge – auch heute charakteristisch für Justiz, Staatsbürokratie und mehrere Parteien – setzte sich Ende 1931/Anfang 1932 fort im Handeln nach dem Motto, es sei allemal besser, mit den Rechtsextremen gemeinsam gegen die Linken zu handeln. Was damals regierungsoffiziell gegen die Nazis unternommen wurde, stellte keine ernsthaft betriebene Abwehr der Gefahr einer diktatorischen Herrschaft deutscher Faschisten und deren Kurs auf einen neuen Krieg dar. Stattdessen zielte das Konzept von Reichsregierung, Reichswehrführung, großbürgerlich-katholischer Zentrumspartei und der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) auf eine als für

sie nutzbringend betrachtete juniorpartnerschaftliche Eingliederung der NSDAP in den bestehenden Herrschaftsapparat, ohne die eigene Führung abgeben zu wollen: Das Zentrum erstrebte eine schwarzbraune Koalition, die konservative DNVP die „Harzburger Front“.

Beide Varianten veränderten den politischen Kurs weiter nach rechts. Dies vollzog sich schrittweise, jedoch nicht geradlinig und durchgehend. Es gab Unterbrechungen, auch retardierende Momente. Unter den ökonomisch und politisch Mächtigen wurde intensiv und ernsthaft gestritten, wobei es sowohl um die Frage ging, bis zu welchen Schmerzgrenzen hin durch Notverordnungen Löhne gekürzt und „gespart“ werden kann, als auch um Varianten und Modalitäten des weiteren Weges imperialistischer deutscher Machtentfaltung. In hohem Maße stritt man sich jedoch auch um die jeweils eigenen Vorteile. So gab es – hier wiederum als Beispiel angeführt – Anfang 1932 Auseinandersetzungen über die Frage, ob die Volkswahl des Staatsoberhauptes auszuhebeln und dessen Amtszeit mit Hilfe einer Zweidrittelmehrheit des Reichstages zu verlängern sei. Als dieses Vorhaben scheiterte, wurde der 84-jährige Hindenburg von einem Komitee konservativer, angeblich außerhalb der Parteien stehender Persönlichkeiten als Kandidat für die anstehenden Reichspräsidentenwahlen nominiert und zugleich der Weg für eine eigenständige Kandidatur Hitlers freigemacht.

3. Wie damals wird auch heute oft behauptet, man hätte nur so die Nazis besiegen, ihre Herrschaft verhindern und die Demokratie retten können. Dieser Auffassung von Alternativlosigkeit zufolge wäre also die Zerstörung der Weimarer Republik notwendig gewesen, um sie retten zu können. Der gegenwärtige Abbau demokratischer Grundprinzipien erfährt ähnliche Rechtfertigungen. Jedoch steht fest: Weder Hindenburg noch Brüning, Hugenberg u. a. m. handelten noch gemäß der demokratisch-parlamentarischen Verfasstheit des deutschen Staates und schon gar nicht für diese. Die durch sie repräsentierten Teile der herrschenden Klasse strebten nach antidemokratisch-autoritären Herrschaftsformen, die zwar – wie sich später herausstellte – keine faschistischen, sehr wohl aber dem Faschismus dienliche, ihn fördernde und bestärkende gewesen sind. Im Grunde standen sie bereits außerhalb der Legitimität politischen Handelns. Aktiver Widerstand war daher nicht nur erforderlich, sondern auch rechtmäßig, zumal die 1918/19 in der Novemberrevolution erkämpfte Weimarer Demokratie von einer Vielzahl der Herrschenden nie vollständig akzeptiert worden ist; viele verstanden sich lediglich als „Vernunftrepublikaner“ und eher als „Herzensmonarchisten“. Bereits die 1930 erfolgte Installation eines Präsidialregimes bedeutete nicht allein Abbau demokratischer Regularien, sondern einen tiefen Bruch mit dem demokratischen Grundgehalt der Weimarer Verfassung. Die vom Reichspräsidenten abhängige autoritäre Regierungsform setzte die Verfassung jedoch nicht außer Kraft und behielt manche parlamentarische Spielregel bei.

Gerade in dieser Hinsicht lassen sich gewisse Parallelen zu gegenwärtigen Bemühungen erkennen, demokratische Grundrechte faktisch einzuschränken, zu begrenzen und mit (noch?) bemäntelten autoritären Regierungspraktiken zu ersetzen. Ob aus dem, was mitunter etwas verschämt als „postdemokratisch“ bezeichnet wird, Neofaschismus oder eine Art „Faschismus light“ als erheblicher Machtfaktor erwachsen kann, lässt sich bislang nicht erkennen. Dennoch werden Wege zu neuen menschen- und menschenrechtsfeindlichen sowie sozial völlig ungerechten Verhältnissen eröffnet, auch unter Missbrauch einer eigentlich nur auf demokratischem Wege zu verwirklichenden europäischen Gemeinsamkeit.

4. Die innenpolitischen Auseinandersetzungen der Weimarer Republik standen in außergewöhnlich engem Bezug zur Außenpolitik, bedingt durch die bedrückenden, als räuberisch und knebelnd empfundenen Bedingungen des Versailler Friedensvertrages. „Erfüllungspolitiker“ und „Katastrophenpolitiker“ erstrebten dessen Aufhebung mit unterschiedlichen Konzepten. Bis zum Beginn der Weltwirtschaftskrise hatte das Revisionsbestreben ersterer für das neuerliche deutsche Großmachtbestreben einige Ergebnisse erzielen können: Faktisch wurden seit 1931 keine Reparationen mehr gezahlt, Deutschland war in den Völkerbund aufgenommen

worden und zugleich in dessen führenden Rat, die militärischen Sanktionsmaßnahmen im Rheinland gab es nicht mehr, die Interalliierte Militär-Kontroll-Kommission war nicht mehr tätig u. ä. m. Das entsprach jedoch bei weitem nicht jenen Ziele, die Großindustriellen, Großagrariern und Reichswehrgenerälen seit 1918 als ausschlaggebend galten: Völlige Revision der Ergebnisse des Ersten Weltkrieges und, soweit da für erforderlich, auch die der Novemberrevolution.

In entscheidenden Punkten fehlte es noch an notwendigen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Revisionspolitik: Die im Versailler Vertrag gesetzten engen Grenzen für eine deutsche Militärmacht hatten sich lediglich in einigen Fällen umgehen lassen (paramilitärische Formationen, Panzerkreuzerbau, militärische Zusammenarbeit mit der UdSSR), doch nach wie vor stand einer Wiederaufrüstung des Reiches das internationale Kräfteverhältnis entgegen. Zudem gab es unter den Deutschen, vor allem in der Arbeiterklasse und im demokratisch-liberalen Bürgertum, trotz des allgemeinen Hasses auf die „Ketten von Versailles“ eine relativ große Bereitschaft zur Verteidigung der Republik. Deutliche Zeichen setzten der Generalstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch, die Protestaktionen gegen die Ermordung des Reichsaußenministers Walther Rathenau, der Volksentscheid gegen die Fürstenabfindung und eine Reihe bedeutsamer Arbeitskämpfe. Weit über die pazifistischen und linksdemokratisch-republikanischen Organisationen hinaus war die Stimmung „Nie wieder Krieg“ verbreitet. Nicht nur führende Militärs befürchteten daher, am Ende eines neuen Waffengangs könnte es wie im Jahr 1918 erneut einen „9. November“ geben. Ihre ausschlaggebende Schlussfolgerung lautete: Militärische Hochrüstung um jeden Preis und verstärkte Gewalt nach innen.

5. Letzteres brachten die Naziführer am deutlichsten zum Ausdruck: Erst müsse der „Marxismus ausgerottet“ sein, dann könne der „nationale Wiederaufstieg“ beginnen. In ihrem Visier befanden sich sowohl die KPD als auch SPD und Gewerkschaften (was antikommunistisch argumentierende Sozialdemokraten leichtfertig zu übersehen schienen und immer wieder zu vergessen scheinen). Erst müsse, so argumentierte die NSDAP, der als internationalistisch beschimpfte Geist deutscher Arbeiter nationalistischen Denkstrukturen gewichen sein. Dies manifestierte sich in einem absolut überzogenen Sinne von „Deutschland, Deutschland über alles“, in Großmachtbestrebungen („Volk ohne Raum“, „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen“) und in dem mit ihm nahezu zwangsläufig verbundenen völkerfeindlichen Rassismus. Nationalismus, Expansionismus und generelle Ablehnung jeglicher Sozialismusmodelle – darin bestanden die Fundamente des sich 1932 entfaltenden und 1933 siegreichen Bündnisses zwischen den deutschen Eliten und der NSDAP. Dass die faschistische Partei in der Zeit der Weltwirtschaftskrise vorgab, für die sozialen Interessen der Deutschen einzustehen und als Ziel „Arbeit und Brot“ propagierte, erleichterte ihr die Gewinnung eines außergewöhnlich großen Massenanhangs, zumal sie es geschickt verstand, die sozialpolitischen Versprechungen mit ihrer völkisch-nationalistischen Ideologie zu verknüpfen und den „Nationalsozialismus“ als eine vermeintliche Alternative zu anderen bürgerlichen, in Teilen der Gesellschaft arg diskreditierten Parteien hinzustellen.

6. Zu Beginn des Jahres 1932 setzte in der NSDAP-Führung, als sich das beschämende „Ja“ der Sozialdemokratie zur Wiederwahl des Erzreaktionärs Hindenburg abzeichnete, hektische Betriebsamkeit ein. Für sie hatte sich ein neuer Weg aufgetan, um Macht erringen zu können: Es musste nicht unbedingt die Spitze der Regierung erobert werden, auch der Stuhl des Staatsoberhauptes hätte ihr gedient. Daher lehnte sie die Vorstellungen des Brüning-Kabinetts für eine schwarz-braune Koalition ab und plante Hitlers Kandidatur. Damit war zugleich ein weiterer Führungskampf innerhalb der „Harzburger Front“ angesagt, jenes Bündnisses der sogenannten nationalen Opposition, in der die Deutschnationalen unter Hugenberg selbst an der Spitze stehen wollten.

Hitler wusste sehr genau, wessen Unterstützung er hauptsächlich bedurfte, um mit einiger Aussicht auf Erfolg ins Rennen zu gehen. Am 26. Januar 1932 sprach er auf einer Veranstaltung, die Fritz Thyssen im Düsseldorfer Industrieklub arrangierte. Den etwa 300 Konzernherren und Bankiers stellte Hitler das Lebensraum-Konzept der deutschen Faschisten vor. Die Demokratie bezeichnete er als die „Herrschaft der Dummheit“, im geplanten „Machtstaat“ würde der „Marxismus bis zur letzten Wurzel“ ausgerottet. Ihm wurde begeistert applaudiert – das Protokoll vermerkt: „Stürmischer, langanhaltender Beifall“. Und Spenden gab es reichlich. Erst danach – am 2. Februar, wie Goebbels in seinem Tagebuch berichtet – entschied sich Hitler definitiv zu kandidieren.

7. Die bedeutsamsten Entscheidungen des Jahres 1932 fielen nach den Reichspräsidentenwahlen (13. März und 10. April) und den preußischen Landtagswahlen (24. April). Die Nazis durften sich gestärkt fühlen: 13,4 Mill. Wähler stimmten für Hitler, und in Preußen konnten sie 162 der 420 Mandate erringen. Dem folgten Ende Mai der Sturz Brünings und die Berufung des Papen-Kabinetts der Barone und Herrenreiter durch Hindenburg, bald darauf die Aufhebung des ohnehin nur halbherzigen Uniformverbotes für SA und SS. Sogleich kam es zu einer neuen ungeheuerlichen Terrorwelle, gipfelnd im Überfall auf KPD-Abgeordnete im Preußischen Landtag (24. Mai), im Altonaer Blutsonntag (17. Juli) und der barbarischen Mordaktion in Potempa (10. August). Für den Weg der NSDAP zur Macht spielten Gewalt und Terror eine wesentliche Rolle, ermöglicht auch durch unzureichende Gegenwehr im Sinne des 1922 verkündeten, inzwischen aber de facto aufgehobenen Gesetzes zum Schutz der Republik.

Die terroristischen Aktionen, die von den Nazis ausgingen, übertrafen an Umfang und Brutalität alles bisher Dagewesene. SA-Truppen störten Veranstaltungen ihrer Gegner, suchten sie zu sprengen und selbst zu übernehmen. Einrichtungen von Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftern wurden überfallen und demoliert. Aufmärsche in den Arbeitervierteln der Großstädte sollten Antifaschisten zu Straßenschlachten provozieren, was oft gelang. Stets versuchte die Nazi-Partei, ihre paramilitärisch organisierte Aggressivität zu tarnen und sich selbst als Opfer darzustellen, zugleich aber den Eindruck zu erwecken, gerade ihre nach außen sehr diszipliniert auftretenden Banden seien ein verlässlicher Ordnungsfaktor gegenüber dem „kommunistischen Terror“ und allen Schwächen des „Systems“.

Der faschistische Terror stieß zwar auf Widerstand, doch rief er unter vielen Deutschen lähmende Furcht und existenzielle Ängste hervor. Bereits vor dem 30. Januar 1933 bewirkte er Anpassungsbereitschaft, Duldung und Resignation oder sogar ehrfurchtsvolle Anerkennung. Seine propagandistische Rechtfertigung beruhte auch auf dem allgemeinen „Zeitgeist“ – einer massenhaft verbreiteten, durch die Weltkriegserfahrungen größtenteils antikomunistisch fundierten Gewaltakzeptanz. Die furchtbare soziale Not – mit den drängenden Problemen von Arbeitslosen, Hartz-IV-Opfern, Leiharbeitern usw. kaum gleichzusetzen – führte zu existenziellem Frust und gebar in großen Teilen der Bevölkerung ein zerstörerisches Aggressionspotential, das sich – getragen von einem geschönten Selbstbild – generell gegen die als Feinde definierten Kräfte innerhalb und außerhalb Deutschlands richtete. Zugleich dominierten vertrauensselige Hoffnungen auf die versprochene bessere Zukunft, auf die „Erlösung“ durch einen neuen „starken Mann“, vor allem durch den „Führer“ Adolf Hitler, sowie eine nahezu religiös gefärbte Heils-Erwartung.

8. In der ersten Hälfte des Jahres 1932 geriet Preußen, das größte unter den deutschen Ländern, in den Fokus aller Rechtskräfte. Die Wahlerfolge ihrer Parteien bei den Landtagswahlen vom 24. April 1932 reichten nicht aus, die vom Sozialdemokraten Otto Braun geführte, aber angeschlagene Landesregierung amtierte weiter und hätte im antifaschistischen Ringen einen erheblich wirksamen Faktor darstellen können. Dies nicht allein wegen seiner 76.079 Polizeibeamten und eines intakten bürokratischen Apparates, mehr noch wegen einer zu erwartenden

Vorbildwirkung des möglichen Zusammengehens der Arbeiterparteien, darüber hinaus auch wegen der in ersten Ansätzen sich abzeichnenden Bündnispolitik mit demokratisch-antinationalsozialistischen bürgerlichen Kreisen. Im Frühjahr gab es Anhaltspunkte für politische Weitsicht innerhalb von KPD und SPD zugunsten einer überparteilichen „Antifaschistischen Aktion“. Mitunter galt Verteidigern der Weimarer Republik Preußen gar als ein Hort der parlamentarischen Demokratie, geschwächt allerdings sowohl durch den erbitterten Antikommunismus der Regierenden als auch durch die fatale Beteiligung der Kommunisten an dem 1931 von Nazis und Deutschnationalen angezettelten Volksentscheid gegen die preußische Regierung. Zudem hatten sich in innerparteilichen Machtkämpfen die KPD ihres rechten Flügels, die SPD ihres linken Flügels entledigt, in denen es klarere Auffassungen über den Faschismus und über antifaschistisches Handeln gab.

9. Noch vor den nächsten Reichstagswahlen – angesetzt auf den 31. Juli 1932 – wollten das Papen-Kabinett sowie DNVP und NSDAP für ihre Eroberung Preußens Tatsachen schaffen. Sie verzichteten völlig auf parlamentarische Veränderungen und hegten konkrete Staatsstreichpläne. Hitler erklärte, die Fraktion seiner Partei im preußischen Landtag sei „die Truppe, mit der die Endschlacht“ geschlagen werden könne. Hindenburg unterzeichnete bereits am 14. Juli die auf dem Artikel 48 basierende, dennoch den Sinn der Verfassung brechende Blankovollmacht zur Absetzung der preußischen Regierung. Mit dem Papen-Putsch vom 20. Juli veränderte sich schließlich das politische Kräfteverhältnis in Deutschland nachhaltig. Elf Tage vor der Reichstagswahl wurde die preußische Regierung gewaltsam abgesetzt. Papen fungierte nun als Kommissar des Reiches für das Land Preußen. Die meisten Verwaltungsposten in den Provinzen und Regierungsbezirken wurden mit „rechtsstehenden Persönlichkeiten“ neu besetzt, fast überall die Polizeichefs ausgetauscht. Über Berlin verhängte man zugleich den Ausnahmezustand.

Aufschlussreich hieß es in der am Abend des 20. Juli ausgestrahlten Rundfunkrede Papens, man könne in Preußen nicht mehr von geordneten parlamentarischen Verhältnissen sprechen, weil einige Parteien der KPD eine „Schlüsselstellung“ einräumen würden. Überhaupt sei der Kampf gegen links viel zu schwach gewesen. Die Grundlagen des Staates seien ernsthaft gefährdet gewesen, weil man sich in Preußen nicht habe entschließen können, „die politische und moralische Gleichsetzung von Kommunisten und Nationalsozialisten aufzugeben“. Dadurch sei „jene unnatürliche Frontenbildung entstanden, die die staatsfeindlichen Kräfte des Kommunismus in eine Einheitsfront gegen die aufstrebende Bewegung der NSDAP einreihet“. An solche und zahlreiche andere profaschistische Aussagen sollten jene Politiker und Historiker erinnern, die gebetsmühlengleich die längst widerlegte These vertreten, Weimar sei an den extremistischen Kräften sowohl von rechts als auch von links gescheitert.

10. Der Aufruf der Kommunisten zum Generalstreik verhallte. Allein hätte den ihre Partei nicht durchführen können, verfügte sie doch kaum noch über Mitglieder und Anhänger in den Betrieben. Die SPD-Führung beließ es bei verbalen Protesten: Es sollten am 31. Juli 1932 die Wähler entscheiden und man rief den Staatsgerichtshof an, der dann im Herbst nur noch vollendete Tatsachen als teilweise unberechtigt zu konstatieren hatte. Einer illegitimen Entscheidung ausschließlich legitim zu antworten, das lässt berechtigt von einer kampflosen Kapitulation sprechen; es war übrigens Konrad Adenauer, der in einem Brief am 21. Juli 1948 der preußischen Regierung vorwarf, „nicht rechtzeitig die Maßnahmen dagegen ergriffen“ zu haben, „zu denen sie fähig war“.

Ein Generalstreik – vergleichbar dem gegen den Kapp-Putsch vom März 1920 – hätte keineswegs Bürgerkrieg bedeutet, wie oft behauptet wird. Machtvoller Widerstand auf den Straßen, in den Betrieben, in den lokalen und regionalen Ämtern des bürokratischen Apparates – gewaltfreien Demonstrationen und Sitzblockaden heutiger Tage entsprechend – wäre nicht ohne gravierenden Einfluss auf das Kräfteverhältnis zwischen Faschisten und Antifaschisten

geblieben. Eine entschiedene Ablehnung der lange zuvor bekannten Staatsstreichpläne durch die SPD sowie die rechtzeitige Vorbereitung eines Generalstreiks durch die Gewerkschaften hätten durchaus Wirkung erzielt. Angesichts der verheerenden Folgen des „Preußenschlages“ sind Vorwürfe insbesondere gegen die faktische Kapitulation der sozialdemokratischen Führung zu erheben, zumal eine parteioffizielle „Aufarbeitung“ dieses Versagens bis heute nicht erfolgte.

11. Das Ergebnis der Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 bestätigte vor allem die Erfolge der NSDAP: Sie erreichte gegenüber der Wahl vom 14. September 1930 eine Verdoppelung ihres Stimmenanteils; allerdings erhielt sie nur unwesentlich mehr Zuspruch als Hitler im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahlen. Die SPD verlor gegenüber 1930 ca. 15 Prozent der Stimmen, die KPD wuchs von 13,1 Prozent auf 14,3 Prozent. Die NSDAP wurde zur weitaus stärksten Partei. Ihr Stimmenanteil (37,4 %) war größer als der von SPD und KPD zusammen (35,1 %). Sie gewann zahlreiche Erst- und ehemalige Nichtwähler, bisherige Wähler der DNVP, DVP, Wirtschaftspartei und der Deutschen Staatspartei sowie erwerbslose Arbeiter. Besonders stark war sie in mittleren und kleineren Städten sowie in Regionen mit dominierender evangelischer Konfession.

Dennoch gab es eine Art Pattsituation, da Nazis und Deutschnationale keine Mehrheit besaßen. Allenfalls hätten NSDAP und Zentrum koalieren können, doch gegen eine solche Lösung gab es in beiden Parteien erhebliche Bedenken. Unter Antifaschisten tauchten Illusionen auf. So erklärte für die Reichstagsfraktion der SPD ihr Vorsitzender Ernst Heilmann, der faschistische Ansturm sei „abgeschlagen“. Ähnlich lautete die Einschätzung sogar am 1. Januar 1933. Als großen Erfolg bezeichneten die Kommunisten ihr Wahlergebnis und sahen sich als „Führerin immer breiterer Massen des deutschen Proletariats“.

12. Was im weiteren Verlauf des Jahres 1932 folgte, ist kaum noch als Geschehnis von wirklich grundsätzlicher Entscheidungskraft zu bezeichnen. Auch die Entscheidung Hindenburgs vom 13. August, Hitler lediglich den Posten eines Vizekanzlers anzubieten und dessen Forderung „Alles oder nichts“ abzulehnen, sowie die am 3. Dezember erfolgte Einsetzung des Generals Kurt von Schleicher ins Amt des Reichskanzlers änderten daran nichts. Da gab es keinerlei Zweifel an der „nationalen Zuverlässigkeit“ der NSDAP, lediglich Befürchtungen, diese Partei und ihr „Führer“ könnten eventuell die vor allem mit sozialpolitischer Demagogie gewonnenen und kampfbereiten Anhänger nicht in ihrem Sinne beherrschen. Auch der Verlust von rund zwei Millionen Wählern für die NSDAP bei den Reichstagswahlen vom 6. November fiel wenig ins Gewicht, ja er beschleunigte eher den Gang ins „Dritte Reich“, da jene führenden Monopolherren, Bankiers und Großgrundbesitzer, die für eine rasche Übergabe der Regierungsgewalt an die NSDAP plädierten, ihren Druck mit auf Hindenburg mit der bekannten (von einigen Historikern zu Unrecht in ihrer Bedeutung heruntergespielten) Eingabe vom 19. November erheblich erhöhten.

Das Kräfteverhältnis zwischen den Faschisten und ihren Förderern einerseits und den Anti- und Nicht-Faschisten andererseits hatte sich im Sommer des Jahres 1932 enorm zu Gunsten ersterer verschoben. Es zu „drehen“ wäre zwar immer noch möglich gewesen, selbst noch unmittelbar nach dem 30. Januar 1933. Doch dazu hätte es einer umfassenderen Organisiertheit und vor allem einer neuen Qualität der gegnerischen Front bedurft. Hingegen ist für die zweite Hälfte des Jahres 1932 vor allem eine rapide Zunahme, leider auch der Hinnahme des faschistischen Terrors zu belegen. Papen sah sich zu drakonischen Maßnahmen gezwungen. In einer Notverordnung vom 9. August wurde die Todesstrafe auf Totschlag aus politischen Gründen ausgedehnt. Betroffen waren davon als erste die Mörder von Potempa. Das Sondergericht in Beuthen kam nicht umhin, diese zum Tode zu verurteilen. Daraufhin verkündete Hitler, deren Freiheit sei von nun an eine Frage seiner Ehre, was in bürgerlichen Kreisen

durchaus auf Akzeptanz stieß. So schrieben die Hamburger Nachrichten: „Was in Beuthen abgeurteilt wurde, war ja kein Gewaltakt gegen einen deutschen Volksgenossen, sondern die Beseitigung eines polnischen Halunken, der zudem noch Kommunist war. Also ein zwiefacher Minusmensch, der das Recht, auf deutschem Boden zu leben, längst verwirkt hatte (...) Hat man denn um Gottes willen in deutschen Richterkreisen immer noch nicht begriffen, dass es sich im Osten in dem Grenzkampf zwischen germanischen Edelmenschen und polnischen Untermenschen um den Daseinskampf des deutschen Volkes handelt?“

Kurze Zeit darauf entlastete der Staatsgerichtshof den Verfasser der sogenannten Boxheimer Dokumente, Werner Best, vom Vorwurf, Hochverrat begangen zu haben. Eine Mehrheit des neuen Reichstages wählte Hermann Göring zum Präsidenten des Parlaments; keiner der „Demokraten“, in deren Tradition sich heute CDU/CSU und FDP verstehen, protestierte dagegen. In Thüringen gab es seit dem 26. August die erste nahezu reine nationalsozialistische Landesregierung unter Fritz Sauckel, der Thüringen zum „Mustergau des Führers“ machte sowie als einer der deutschen Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg verurteilt und hingerichtet wurde. Auch hier hielten die bürgerlichen Parteien still. Fassungslos schrieb der religiöse Sozialist Emil Fuchs in dieser Zeit, man bekomme deutlich vor Augen geführt, „was ein deutsches Bürgertum sich an Dummheit, Rohheit, Gewalt tat und Unsinn bieten lässt“.

13. Es steht fest: Die Schuld an der Zerstörung der Weimarer Republik tragen die Rechtskräfte aus Wirtschaft, Militär, Staatsbürokratie und Politik. Zu der Frage, ob 1932 die Republik vor dem Ansturm der Rechtskräfte noch zu retten gewesen wäre, gehört indessen auch die nach der Rolle aller Gegenkräfte. Grundsätzlich übereinstimmend in ihrer Ablehnung des Faschismus sowie im Streben, dessen Diktatur und den absehbaren Weg in einen neuen Krieg zu verhindern, kamen sie dennoch ihrer historischen Verantwortung nicht nach. Vor allem die beiden großen Arbeiterparteien neutralisierten sich gegenseitig, bewerteten die reale Situation oft regelrecht falsch, unterschätzten die Gefahren und überschätzten jeweils die eigenen Kräfte. Sie ließen es an nötiger selbstkritischer Erkenntnis zu früher getroffenen fehlerhaften Entscheidungen fehlen und verharrten trotz veränderter Situation in ihren jeweiligen traditionellen Grundpositionen. Sie boten damit aber eigentlich nur einem parteipolitisch geprägten Egoismus freie Bahn. Einer Selbstentmannung gleich sahen die einen in den anderen „Sozialfaschisten“, die wiederum in den anderen „rotlackierte Faschisten“. Genützt hat es keiner der beiden Parteien. An ihrem Streit „erfreuen“ konnten sich allein die Faschisten, deren Förderer und Bündnispartner.

Die eigentlich nötige gemeinsame Abwehrfront kam nicht zustande. Wo eine proletarische Einheitsfront zustande kam und die von der KPD Ende Mai 1932 geforderte „Antifaschistische Aktion“ praktiziert wurde, da konnten Erfolge erzielt werden. Größere, gar entscheidende Wirksamkeit blieb aus. Angesichts der ungeheuren sozialen Notlage stand die Streikwelle im Herbst unter der Losung „Keinen Pfennig Lohnraub“. Das galt auch für den bekannten Streik von rund 22.000 Berliner Verkehrsarbeitern Anfang November 1932. Es gelang nicht, die Streiks „bis an die Schwelle des politischen Massenstreiks“ zu führen, wie es zu dieser Zeit Ernst Thälmann forderte. Die sich aus dem Beziehungsgeflecht sozialer und politischer Zielsetzungen ergebenden Probleme, die in der Geschichte der Arbeiterbewegung stets eine Rolle gespielt haben (und auch heute spielen), konnten nicht gelöst und dem Kampf um die Verhinderung einer faschistischen Diktatur und des mit ihr zu erwartenden Marsches in einen neuen Krieg zugeordnet werden. Der einende Wunsch, Hitler zu verhindern, und der wahre Heldennut, mit dem an der Basis Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Kommunisten gegen die drohenden Gefahren von Diktatur und Krieg angingen, gehören zwar zu den besten Seiten der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts und heute zu den Traditionen aller demokratischen Kräfte, doch für den realen Geschichtsverlauf blieben sie damals letztlich wirkungslos. Leider

...

14. Wohin alles geführt hat, ist bekannt. Wohin heute die von den Herrschenden getroffenen oder die zu erwartenden Entscheidungen führen werden, lässt sich erahnen, wenn auch nicht konkret vorhersagen. Dennoch wäre aus den geschichtlichen Erfahrungen viel abzuleiten sowie einer Erfolge versprechenden Politik linker Kräfte zugrunde zu legen. Das beginnt mit der Notwendigkeit einer kritisch-realistischen Analyse der bestehenden sozialökonomischen, politischen und geistigen Situation. Nur auf deren Grundlage können Wege gewiesen, das Beziehungsgeflecht zwischen Idealen und Notwendigkeiten sowie tagespolitisch richtige Entscheidungen getroffen werden.

Insbesondere die Frage nach dem Charakter der Zeit, in der wir leben, und nach dem Geist, der in ihr herrscht, darf keinem gleichgültig sein, erst recht nicht demjenigen, der zielgerichtet nach Alternativen zu den bestehenden Verhältnissen sucht. Täglich trifft man im Blätterwald oder TV-Talkshows auf die Behauptung, der Zeitgeist sei links und stelle eine große Gefahr dar. Dem Klagen von Thilo Sarrazin, Peter Sloterdijk, Arnulf Baring, Karl-Heinz Bohrer, Henryk M. Broder und vieler anderer mehr wird in den Massenmedien breiter Raum geboten. Schreckgespenster und regelrechte Horrorszenarien scheinen auf, so als stünde unmittelbar ein von Linken verursachter Weltuntergang bevor. Wen wundert es, dass ausgerechnet in Sachsen die CDU eine eigene Organisation mit dem Namen „Aktion Linkstrend stoppen“ ins Leben gerufen hat bzw. unterstützt? Heutiger Zeitgeist kann nicht anders als rechtsorientiert bezeichnet werden. Er lastet regelrecht bleiern auf einem großen Teil der Deutschen. Ihm haftet etwas Krakenhaftes an, ja auch Totalitäres und Extremistisches.

15. Mit dem Blick zurück wäre auch zu fragen, ob und inwieweit es neben allen Unterschieden Parallelen zwischen 1932 und unserer Gegenwart gibt. Einige liegen auf der Hand: Erkennbar und erlebbar sind vor allem dauerhaft wirkende Strukturen sozialökonomischer Verhältnisse und Krisenbewältigungsstrategien, die Grundzüge ökonomischer Begierden, politischen Machtstrebens und nicht zuletzt auch diverser machtrechtfertigender Denkweisen.

Gewisse Parallelen existieren auch hinsichtlich der geistigen Haltung deutscher Eliten und des politischen Verhaltens großer Teile der Bevölkerung: Wohl gibt es heute bei einer großen Mehrheit eine ab und zu in Erscheinung tretende, doch zumeist diffus sich äußernde Grundhaltung, die als antirassistisch und auch als antineonazistisch eingeschätzt werden kann. Sie richtet sich jedoch überwiegend allein an die Adresse Hitlers, Mussolinis und anderer Faschistenführer, aus deren Köpfen allein das Unheil entsprungen sei. Alltägliche Realität besagt, vielfach durch Umfragen belegt, in welch hohem Maße die Bemühungen greifen, beispielsweise aus den faschistischen Tätern Opfer werden zu lassen, aus den Kriegsentfesselern und Völkerrechtsverletzern Friedens süchtige, und umgekehrt Antifaschisten als solche abzustempeln, die „eigentlich“ schuld am Scheitern der Weimarer Republik, schuld an Diktatur und Krieg gewesen seien. Vieles geht einher mit direkt oder indirekt betriebener nationalistischer Selbstweihräucherung.

Ebenso ist erkennbar, dass mehr und mehr pauschalisierend „die Deutschen“ in Haft genommen werden als diejenigen, die mit den Wahlergebnissen für die NSDAP oder als deren begeisterte Anhänger den Faschismus einschließlich seiner Verbrechen überhaupt erst ermöglicht hätten. Dass damit von den tatsächlich Schuldigen, von den Förderern und Bündnispartnern der Nazis abgelenkt wird, darf jedoch nicht die geschichtstheoretische Erkenntnis vergessen machen, dass alle Manipulation der Massen von „oben“ her vergeblich sein muss, wenn es nicht auch „unten“ die Bereitwilligkeit gibt, sich beeinflussen oder sogar „berauschen“ zu lassen. Gerade in dieser Hinsicht sollte unser Blick auf Zeitgeschehen und „Zeitgeist“ mahnend und warnend geraten. Viele der düsteren Schatten, die als vergangen angesehen und als überwunden hingestellt worden sind, tauchen erneut bedrohlich und beängstigend auf. Zwar kommt vieles nicht mehr so mörderisch daher, etwa in Gestalt offener faschistischer Barbarei, doch keineswegs in geringerer Gefährlichkeit. Mit Sorge ist zu beobachten,

wie weit bestimmte Grundelemente fremdenfeindlichen, rassistischen und neonazistischen Denkens in der deutschen Gesellschaft als akzeptiert gelten können, wie antidemokratisches Handeln übersehen und letztlich hingenommen wird. Trotz Frust und Verdrossenheit sind wieder Resignation, Rat- und Hilflosigkeit zu spüren. Viele Menschen scheinen eingetaucht zu sein in ein gewöhnliches Einerlei alltäglichen Denkens und des Gewährenlassens nach dem Motto „Es ist eben so ...“ Das gilt für die Krieg-Frieden-Thematik wie auch für das Verhalten zur stetig wachsenden sozialen Ungerechtigkeit, zu Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Neonazismus.

16. Um den rechten Zeitgeist befördern zu können, bedienen sich die Massenmedien in hohem Maße der Geschichte und geschichtspolitischer Mittel. Kaum ein Tag vergeht ohne Zeitungsartikel oder TV-Filme zu historischen Themen. Bunte Geschichtszeitschriften füllen zuhauf die Regale der Buchläden. Man könnte sogar von einem Geschichts- bzw. einem Gedenktagsjournalismus sprechen. Geschichte wird nachgestellt, historische Ereignisse sollen in „Als-ob-Welten“ sinnliche Eindrücke vermitteln und die „Verlebendigung“ von Geschichte bewirken. In überwiegend unguter Erinnerung bleiben vor allem jene monumental angelegten Filmproduktionen, die sich der jüngsten Geschichte bedienen, darunter „Der Untergang“, „Dresden“, „Die Flucht“, „Die Gustloff“, „Die Luftbrücke – Nur der Himmel war frei“, „Der Tunnel“, „Die Frau vom Checkpoint Charlie“, „Die Prager Botschaft“ und viele andere mehr.

In den geschichtspolitischen Rückblicken auf das Jahr 1932 und die Weimarer Republik, wie sie vor allem Medien und ebenso einige Historiker anbieten, wird zumeist unterschlagen, dass die Republik aus dem Kampf gegen den Ersten Weltkrieg hervorgegangen ist und zerschlagen wurde, um dessen Ergebnisse in einem erneuten Völkermorden revidieren zu können. Da wird die Weimarer Republik kaum noch als Vorgeschichte zu 1933 gesehen, eher als großer deutscher Demokratie-Höhepunkt, als Verwirklichungsversuch einer demokratischen Mitte, die an den – zumeist als gleichwertig bewerteten – Attacken der Extremen gescheitert sei. Zunehmend liegt die Betonung auf den autoritären Elementen in den Strukturen von Parteien, Parlamenten, in Krisenbewältigungsversuchen. In den sogenannten Staatswissenschaften erlebt Carl Schmitt regelrecht eine Renaissance, jener Mann also, der nach dem 30. Juni 1934 die barbarische Aktion der Nazis gegen die SA-Führung mit dem aller Demokratie Hohn sprechenden Satz rechtfertigte, der „Führer setzt das Recht“. Ebenso wird verstärkt versucht, Existenz und Wirksamkeit des engen Bündnisses rechtskonservativer und völkischer Wegbereitern des 30. Januar 1933 mit den in der NSDAP organisierten Faschisten zu bezweifeln, in Frage zu stellen. Zeitweilig vorhandene taktische Streitfälle werden zu grundsätzlicher Feindschaft erhoben. Insbesondere gilt jedes selbstständige, gegen die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gerichtete Agieren der Arbeiterbewegung als an sich selbst gescheitert und für alle Zeiten diskreditiert.

17. Geschichtspolitisch geht es heute Regierenden vor allem um die Erschaffung positiver, der Wirklichkeit entgegengesetzter Selbstbilder sowie um ihre zeitgemäße Anpassung an sich verändernde Verhältnisse und politische Erfordernisse. Wie stets sehen sich darin nutzbare Fremd- und Feindbilder eingeschlossen. Computersprachlich: Ausgewählte Bilder und Datenbanken werden mit immer neuen „Update- und Upgrade-Versionen“ versehen, also mit jeweils verwendungsfähigen, nützlich erscheinenden Ergänzungen. Geschichte scheint nichts anderes mehr zu sein als eine ständig neu formbare Materie, die vorhandene Deutungen vertieft oder in vorgegebenen Bahnen modifiziert. Von geschichtlicher Wahrheit ist immer weniger die Rede, auch bei vielen jener Bürgerrechtler nicht, die sich 1989 auf die Fahnen geschrieben hatten und mit Frank Schöbel sangen: „Keine Lügen mehr“. Ausgeklammert werden in den regierungsoffiziell geförderten Geschichts-Diskursen weitgehend solche Ereignisse, die aus dem drängenden Bestreben vieler Menschen erwachsen, gegebene kapitalistische Verhältnisse nicht länger einfach hinzunehmen. Dazu zählen u. a. der Kampf gegen den Ers-

ten Weltkrieg und die Novemberrevolution, das Ringen um eine sozial gerechtere Ausgestaltung und um den Erhalt der Weimarer Republik, der antifaschistische Widerstand gegen das Hitlerregime und den Zweiten Weltkrieg, der Tag der Befreiung und ebenso alle, gleich ob in Ost und West unternommenen Versuche, eine Wiederholung von Faschismus und Krieg unmöglich zu machen.

18. Eine nach objektiven Maßstäben strebende Geschichtsbetrachtung scheint gegenwärtig erledigt zu sein. Es dominiert eher die Suche nach „Mehrstimmigkeit“ und Verschwommenheit der Bilder. In vielerlei Varianten werden entweder goldfarben-glänzende und beweihräuchernde oder schmutzig-abschreckende Geschichtsfolien unterbreitet. Gefragt werden muss nach deren Zielstellungen und noch mehr nach den Interessen, die damit bedient sein wollen. Erkennbar sind diese in den geschichtspolitisch betriebenen Versuchen einer Herabsetzung und Entwertung, einer Verächtlichmachung und Kriminalisierung, kurz: einer Delegitimierung jeglicher nicht- und antikapitalistischer Alternativen. Die Zunahme geschichtspolitischer Einseitigkeit resultiert auch aus der Tatsache, dass sich die Hoffnungen auf das unmittelbar nach 1989/90 proklamierte „Ende der Geschichte“ (Fukuyama) und auf einen ewigen Bestand der sogenannten westlichen Demokratie zerschlagen haben. Dem geschönten Selbstbild steht eine von Krisen in Wirtschaft, Gesellschaft, Parteien usw. geschüttelte Realität entgegen. Es zu retten, soll auch durch eine an Umfang und Intensität kaum noch zu übertreffende Geschichtspolitik helfen. Daher spiegeln sich im dominierenden Zeitgeist hauptsächlich ein „Koste-es-was-es-wolle“-Denken und ein sich absolut gebender Wille zu Profitmaximierung, demzufolge auch soziale Kälte, zunehmender Demokratie-Abbau, von eiferndem Überwachungswahn und neuerlicher Kriegsrechtfertigung ganz zu schweigen.

19. Politische Entscheidungen heute auch auf der Grundlage des kritischen Blicks in die Geschichte des 20. Jahrhunderts zu treffen, verlangt von den Linken, von Antifaschisten und Kriegsgegnern ein nachdrückliches Erinnern an Faschismus und Krieg sowie an eigenes geschichtliches Versagen. Verlangt ist ferner das Wissen um einige Grundelemente zeitgeistiger, also rechtslastiger Deutungen der Geschichte. Zu diesen gehören Auffassungen, denen zufolge die Welt und damit auch ihre Vergangenheit prinzipiell undurchschaubar sei, dass die Menschen schicksalhaft gebunden wären an die „Natürlichkeit“ von Ungleichheit und von triebhafter Gier, frei nach dem Motto, alles sei nun einmal so, seit Kain den Bruder Abel erschlug. Auf solche Weise lassen sich dem Unwissenden auch die größten Absurditäten der Kapitalgesellschaft als Konstanten menschlicher Existenz erklären und als alternativlos deuten. Dazu passt eine zunehmende „Entökonomisierung“ in der Erklärung von Geschichtsverläufen, erst recht in der Darstellung und Erörterung aller gesellschaftlicher Ursachen und Zusammenhänge. Gleichzeitig erfolgt eine zunehmende Mystifizierung des Geldes, der „Märkte“ usw. „Entkapitalisierung“ findet statt, genauer: Es handelt sich um Entlastungskampagnen zugunsten des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, das von dem bekannten Soziologen Jean Ziegler aus der Schweiz mit Recht als ein „Imperium der Schande“ charakterisiert wird.

20. Gegen den heutigen Marsch in eine andere, eine stärker rechtsorientierte Republik bedarf es einer konsequent-alternativen Politik und ebenso einer intensiven linken geschichtspolitischen Bildungsarbeit. Auch damit wäre zu erreichen: Empörung statt Hinnahme und Resignation, aktiver Widerstand statt duldsamer Anpassung, Gegendruck statt schrittweiser Gewöhnung an das jetzt von Herrschenden Gewollte. Kenntnisvermittlung statt massenmedialer Verdummung. Um Veränderungen bewirken zu können, ist Aufklärung über Strategien und Möglichkeiten der ökonomisch und politisch Mächtigen erforderlich, ebenso eine tiefgründige Information zu geschichtlichen und aktuellen Ereignissen. Da Alltagsbewusstsein und -verhalten aus einem komplexen und außerordentlich vielgestaltigen Bündel politischer, sozialer, ökonomischer, kultureller, religiöser und auch mentaler wie sozialpsychologischer Fakto-

ren erwachsen, hat linke Geschichtspolitik zugleich jene materiellen, sozialen, geistigen und weltanschaulichen Grund lagen zu enthüllen, die dazu führen können, dass viele Menschen in Unkenntnis und selbstverschuldeter Ohnmacht menschenfeindliche Handlungsmotive nicht erkennen, gewaltsamen Aktionen zu wenig widerstehen oder gar neue Kriege akzeptieren.

Marxistische Blätter, Heft 3/2012, 05.05.2012, S. 58-69.

„Dienst am Volkstum“

29. Mai 1922: Pfingsttagung des revanchistischen „Deutschen Schutzbundes“

An den Pfingsttagen finden seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in der Bundesrepublik Deutschland Treffen von einzelnen Landsmannschaften und den Verbänden derer statt, die im Ergebnis des Krieges ihre Heimat verlassen mußten und sich als „Vertriebene“ bezeichnen.

Für solche Pfingsttreffen gibt es Vorläufer: Unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg und der Novemberrevolution war mit dem „Deutschen Schutzbund“ eine Organisation entstanden, deren Mitglieder sich 1920 erstmalig und bis 1930 in jedem Jahr zur Pfingstzeit trafen, zumeist in grenznahen Städten Deutschlands oder Österreichs. Er vereinte als ein Kartellverband rund 120 sogenannte grenz- und auslandsdeutsche Verbände, die zum Teil schon vor 1918 existiert hatten.

„Schutz“ – mit diesem Begriff erreichte die Arbeit für die im Ausland lebenden Deutschen, seit den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts vor allem vom Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA) organisiert, nach 1918 eine wesentliche Erweiterung. Laut Versailler Friedensvertrag hatte Deutschland Gebiete an andere Staaten abtreten müssen, deren Wiedergewinnung den Herrschenden der Weimarer Republik als ein unumstößliches, wenngleich nicht sofort erreichbares Ziel galt. Erst müsse „das deutsche Schwert wieder geschmiedet“ sein, äußerte 1919 Hans Steinacher, der zwischen 1933 und 1937 den VDA zu leiten berufen war. Die Deutschen in den nun nicht mehr zum Reich gehörenden Gebieten sollten einen „Selbstbehauptungskampf“ führen und darin tatkräftig unterstützt werden, letzteres möglichst unter dem Schild von Nichtregierungsorganisationen. Auseinandersetzungen mit den Siegermächten wären dem Reich zu ersparen, dachte man.

Es war dann auch der VDA, der die Gründung des Deutschen Schutzbundes initiierte und zugleich seinen Chef zu dessen Vorsitzenden machte: Franz von Reichenau, einen kaiserlichen Gesandten a. D. Den Posten eines zweiten Vorsitzenden besetzte Generalstabsmajor Wilhelm Freiherr von Willisen, Organisator abenteuerlicher Grenzschutzaktionen paramilitärischer Verbände, die sich gegen die praktische Umsetzung der Pariser Friedensverträge richteten. Die Mitwirkung zahlreicher Militärs an der Arbeit des Bundes brachte diesem bald den Ruf ein, eine „Versorgungsanstalt für ehemals aktive Offiziere“ zu sein.

Neuordnung Europas

Als Verfechter völkischer Denkweisen und einer nationalistischen Interpretation der Heimatliebe gab der Schutzbund an, Attacken gegen deutsche Minderheiten verhindern sowie „fremdnationale Ausdehnungsgelüste“ abwehren zu wollen. Dies sei auch Aufgabe jener Deutschen, die in anderen Ländern leben. Sie hätten dort die deutsche Sprache und Kultur zu behüten sowie als Irredenta zu wirken. Der früher geforderte „Dienst für das Vaterland“ wandelte sich so in einen „Dienst am Volkstum“. Der Bund wollte das „einigende Band“ sein, das alle Deutschen „ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit und Wohnstatt im Hinblick auf ihr Volkstum miteinander und dem Mutterland“ verknüpft. Das waren Formulierungen, die zwar berechnete Anliegen vermuten ließen, doch bewußt weiter gefaßte Intentionen verbargen. Heimatgefühle und Vaterlandssinn sahen sich mit nationalistischem Sinn gefüllt und so letztlich auch für revanchistisch-expansionistische Langzeitstrategien genutzt.

Den führenden Außenpolitikern und Militärs Deutschlands war klar, ihr Anliegen auf weite Sicht nur militärisch erreichen zu können. Dementsprechend forderte der Schutzbund die „Erhaltung des Rohstoffes, der Substanz des kommenden Großdeutschen Staates“ (sic!), ferner die „Aufzucht von Trägern eines den Block des aufgeschlossenen deutschen Siedlungsgebietes in Mitteleuropa umfassenden großdeutschen Staates“, außerdem die „Schaffung einer das gesamte über die Welt verstreut siedelnde deutsche Volk erfassenden Kulturgemeinschaft“.

Man sprach von einer angestrebten „Neuordnung Europas“. In dieser Hinsicht besteht eine frappierende Übereinstimmung mit der Zielstellung deutscher Faschisten, hieß es doch im Parteiprogramm der NSDAP unter Punkt 1 kurz und bündig, man fordere ein „großdeutsches Reich aller Deutschen“. Zwar strebte der Schutzbund nicht nach faschistischen Verhältnissen, seine Anliegen sind jedoch sehr wohl dem deutschen Faschismus dienliche, ihn fördernde und bestärkende gewesen.

Das Pfingsttreffen des Schutzbundes fand 1922 in Ostpreußen statt, das durch einen sogenannten Korridor, der Polen den Zugang zur Ostsee ermöglichte, vom übrigen Reichsgebiet getrennt war. Über vier Tage erstreckten sich die Veranstaltungen in den Städten Allenstein, Marienberg, Königsberg und Pillau. Wie die Zeitschrift Volk und Heimat berichtete, sei überall großes Klagen über die „Insel“-Situation der Ostpreußen laut geworden. Obwohl ganz im Sinne der polenfeindlichen Außenpolitik der Regierenden handelnd, gab man sich dennoch einen unpolitischen Anstrich: Die eigene Arbeit liege „abseits von jeder parteipolitischen Betätigung“, es gehe lediglich um die deutsche „Volks- und Kulturgemeinschaft“.

Der Geschäftsführer des Deutschen Schutzbundes, Karl Christian von Loesch, sprach zur Eröffnung des Treffens zu „Entdeutschung und Abwehr“. Überall werde versucht, das Deutschtum zu vernichten, überall sei die Lage der grenz- und auslandsdeutschen Stämme katastrophal. Für nichts Geringeres als für die Zukunft der deutschen Nation müsse gesorgt werden, für eine Volksgemeinschaft über die bestehenden Grenzen des Reiches hinaus. Daß es nicht bei einer „Abwehr“ der Gefahren bleiben sollte, macht auch ein Vers deutlich, der in jener Zeit oft zitiert wurde: „Was sind Worte, was sind Reden? / Schöne Klänge, die verfliegen. / Was sind Taten? Hammerschläge, / Die zuletzt das Eisen biegen.“

Zugleich offenbarte dieses Pfingsttreffen einen Wandel in der praktischen Tätigkeit des Bundes. In den „heroisch“ genannten Kämpfen von 1920/21 um die Abstimmungen über die Zugehörigkeit einiger Gebiete entweder zum Deutschen Reich oder zu dessen Nachbarstaaten (Dänemark, Polen, Frankreich, Belgien) hatte der Bund u. a. den bürokratischen Apparat für diese Wahlen teils organisiert, teils unterstützt, finanzielle „Spenden“ eingetrieben, Kurierdienste aufgebaut sowie für den Transport jener Abstimmungsberechtigten gesorgt, die es vorgezogen hatten, nach dem Krieg außerhalb der betreffenden Gebiete zu leben.

Kampf um die Köpfe

Danach, als sozusagen alle Messen gesungen waren, stellte der Bund die „geistige“ Arbeit in den Vordergrund. Es begann, formuliert in der Sprache von Rechtsextremen unserer Zeit, ein „Kampf um die Köpfe“.

In der Regie des Bundes erschien eine Vielzahl „aufklärender“ Publikationen, die sich zunehmend einen wissenschaftlichen Anstrich zu geben versuchten. Die Werke von Max Hildebert Boehm, Arthur Moeller van den Bruck, Heinrich von Gleichen-Rußwurm, Hugo Grothe, Karl Christian von Loesch, Eduard Stadtler u. a. m. wurden massenhaft verbreitet. Allein von April 1923 bis März 1924 wurden 121895 Broschüren, 497.287 Flugblätter, 14.534 Prospekte, 3500 Plakate und zirka 5000 „Länderraubkarten“ verbreitet. In großen Auflagen erschienen Deutsche Briefe, Schutzbundbriefe, die Grenzdeutsche Rundschau, Kleine Schriften zur Bevölkerungspolitik, Taschenbücher u. a. m. Zugleich beteiligte sich der Schutzbund an der Schaffung von Lehrstühlen und Institutionen. Verlangt wurde der Aufbau eines neuen Wissenschaftszweiges. Wie wenig Grundprinzipien wissenschaftlichen Arbeitens eingehalten wurden, zeigt sich beispielsweise in der Behauptung, das zersplitterte Dasein von rund 34 Millionen Deutschen im Ausland sei einzig und allein auf die Pariser Friedensverträge zurückzuführen; allein neun Millionen davon lebten schon vor dem Krieg in den USA – nach späteren Angaben von Nazis sollen es sogar 20 Millionen gewesen sein. De jure löste sich der Deutsche Schutzbund am 11. Mai 1936 auf. Sein Geist wirkte weiter.

Aus den Quellen: „Gemeinschaft des Blutes“

Aus dem Programm des Deutschen Schutzbundes:

„Der DSB ist überparteilich und überkonfessionell. Er ist eine ganz unstaatliche Organisation rein privaten Charakters, sammelt die Vertreter der Grenz- und Auslandsdeutschen bzw. vertritt eher wie eine Gesandtschaft die Interessen der Grenz- und Auslandsdeutschen beim Auswärtigen Amt, anderen Behörden und sonstigen innerdeutschen Einrichtungen (...) Der DSB kämpft seinen Kampf auf geistigem Gebiete; nach außen gegen fremde Völker, soweit sie durch Propagandalügen und Gewalttätigkeiten zum Schaden des deutschen Volkes wirken, nach innen gegen Gleichgültigkeit, Unverständnis, Trägheit und Entartung (...) Er wirkt innerhalb des eigenen Staatsgebietes für die Gesundung des nationalen Instinkts und Gedankens und für seine Reinigung.“

Franz von Reichenau über den „völkischen Selbstschutz“ (1919):

„In dem Augenblick, in dem wir unseren bisherigen Staat verlieren (sic!, M.W.), gewinnen wir unser Volk, d. h. wird uns zur lebendigen Gewißheit und Klarheit, daß neben der Gemeinschaft des Reiches eine Gemeinschaft des Blutes und des Stammes besteht, die uns mit unseren Volksgenossen vereinigt.“

junge Welt, Sonnabend, 26.05.2012, S. 15.

Walther Rathenau – Opfer deutscher Terroristen

Zumindest ältere Leser werden sich vielleicht an einen Fernsehfilm über die Ermordung Walther Rathenaus erinnern, den Heinz Kamnitzer und Graf Alexander Stenbock-Fermor hergestellt hatten. Am Drehbuch dieses Streifens orientiert, legten die Autoren 1962 im (Ost-)Berliner Henschel-Verlag ein kleines Bändchen vor, in dem Arnold Zweig Gelegenheit zu einleitenden Worten gegeben wurde. Das geschah 40 Jahre nach der Mordtat, darf aber weitere 50 Jahre danach erneut mit Aufmerksamkeit und Bestürzung gelesen werden. Der Schriftsteller mahnte: „Niemand darf vergessen, dass sich in diesen vierzig Jahren das Leichenfeld des ersten Weltkrieges in einen Leichenberg verwandelte! Die Einwohnerschaft eines Reiches von fünfzig Millionen Menschen, also etwa die ganze Deutsche Bundesrepublik, wurde als Kadaver aufgetürmt, wobei auch jener fünfeinhalb Juden gedacht werde, die Walther Rathenau durch Abstammung verwandt, ihm als Asche folgen mussten. Immer ist es der Geist der Gewalt, Abkömmling der seit Menschengedenken vergötterten Einrichtung des Krieges, dem wir diese Leichenhaufen verdanken; und wenn wir heute jenen einzelnen und Vorläufer Walther Rathenau als Helden eines Films und Fernsehspiels auf uns wirken lassen, fühlen wir uns verbunden mit der Hauptader jener vierzig Jahre, in denen die Menschheit nach Frieden suchte, statt ihn sich durch geballte Tatkraft zu erobern.“

Gewalt und Terror – darin sahen in den ersten Jahren der Weimarer Republik jene Kräfte das entscheidende Mittel, die sich mit der Kriegsniederlage und der parlamentarisch-demokratischen Weimarer Verfassung absolut nicht abfinden wollten. Für große Gruppen der Unternehmer, Großagrarier und Reichswehr galt als ausschlaggebendes Zukunftsziel: Völlige Revision der Ergebnisse des Ersten Weltkrieges und, soweit dafür erforderlich, auch die der Novemberrevolution.

In ihrem Interesse agierten neben den rechts stehenden Parteien zahlreiche paramilitärische Verbände sowie Terror- und Femeorganisationen, die zugleich eine Basis der kommenden faschistischen Massenbewegung darstellten. Sie waren, noch bevor die NSDAP in großem Stil gefördert und finanziert werden konnte, in den ersten Jahren der Weimarer Republik wie Pilze nach einem warmen Regen aus dem Boden geschossen. Alle gaben sich nationalistisch und revanchistisch, antidemokratisch und antisozialistisch, auch antisemitisch. Heinrich Claß, Chef des *Alldeutschen Verbandes*, hatte sich schon am 3. Oktober 1918 nachdrücklich für die Schaffung „einer großen, tapferen und schneidigen Nationalpartei“ ausgesprochen und zu diesem Zweck auch den „rücksichtslosesten Kampf gegen das Judentum, auf das all der nur zu berechnete Unwille unseres guten und irregeleiteten Volkes abgelenkt werden muss“, gefordert. Gerade im Herausstellen eines „Sündenbocks“ in Gestalt der jüdischen Teile der deutschen Bevölkerung sahen die rechtsten unter den Reaktionären ein Erfolgsversprechendes Mittel, die für sie so bedrohlich aufgebrochenen Gegensätze zu überspielen, aus Klassengegensätzen solche der Rassen zu konstruieren und leichtgläubige, unwissende und haltlose Menschen irrezuführen. Ihnen schien sich darin eine Überwindung der Krise abzuzeichnen, und zwar auf Kosten einer Gruppe, die lediglich 0,9 Prozent der Bevölkerung ausmachte, allerdings im öffentlichen Leben – etwa in der Presse, in Kunst und Politik sowie unter Ärzten und Rechtsanwälten – überdurchschnittlich in Erscheinung trat.

Im Visier der OC

Einer der radikalsten Verbände jener Jahre nannte sich *Organisation Consul (OC)*. An ihrer Spitze stand Korvettenkapitän a. D. Hermann Ehrhardt, der im März 1920 in Berlin den Kapp-Lüttwitz-Putsch militärisch organisiert hatte und zuvor schon mit für die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, aber auch für die des Zentrumpolitikers Matthias Erzberger verantwortlich zeichnete. In das Visier der OC geriet rasch auch Walther Rathenau. Keine Unterstellung schien böse und kein Schimpfwort kräftig genug, keine Mühe wurde ge-

scheut, ihn zu verunglimpfen und zu diffamieren. Schmähschriften kursierten zuhauf. Man reimte von ihm als einer „gottverfluchten Judensau“. Seit 1919 verbreitete einer der schlimmsten Juden-Hasser und Verfasser eines oftmals aufgelegten antisemitischen „Handbuches“, Theodor Fritsch, eine Broschüre mit dem Titel „Anti-Rathenau“. Deutschvölkische Haßprediger nannten Rathenau einen „Fremdling aus Judaan“, die konservative Deutsche Tageszeitung meinte, er sei ein „Landesverderber“. Ernst von Borsig titulierte ihn als einen opportunistischen „Affen der Revolution“.

An Kenntnissen, Geistesgröße und Weitsicht anderen überlegen zu sein, allein das machte Rathenau für viele verdächtig, noch dazu jüdischer Herkunft. Der war – 1867 in Berlin geboren – zunächst in die Fußstapfen seines Vaters getreten, eines Fabrikbesitzers, der 1887 die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG) gegründet hatte. In die Leitung eines der bedeutendsten deutschen Elektro-Unternehmens stieg der Sohn kurz vor dem Ersten Weltkrieg ein. Doch nicht nur als einer der einflussreichsten Wirtschaftsführer war er in Erscheinung getreten, sondern auch als Schriftsteller. Bekannt wurde er u.a. mit dem Aufsatz „Höre, Israel!“ (1907), mit den Büchern „Impressionen“ (1902), „Reflexionen“ (1908) und „Zur Kritik der Zeit“ (1912). Ferner erschienen „Zur Mechanik des Geistes“ (1913) und „Von kommenden Dingen“ (1917). Letzteres sollte sein wohl wirksamstes literarisches Werk unter all den Arbeiten werden, in denen er sich mit wirtschaftlichen, sozialen, philosophischen und kulturkritischen Themen befasste. Nicht zuletzt verarbeitete er darin Erfahrungen, die er in den ersten Jahren des Krieges als Leiter des Kriegsrohstoffamtes im preußischen Kriegsministerium mit der Begrenztheit privatwirtschaftlichen Handelns hatte sammeln können.

In der Revolutionszeit gehörte Rathenau zu den Mitbegründern der Deutschen Demokratischen Partei, die – in einer Koalition mit den Sozialdemokraten und der großbürgerlich-katholischen Zentrumspartei – wesentlich zu Bildung und Formung der Weimarer Republik beitrug. Nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch, der am machtvollen Widerstand der Massen scheiterte, geriet er in staatliche Ämter. Im April 1920 wurde er als Wirtschaftsfachberater in die Zweite Sozialisierungskommission berufen, die den revolutionären Bemühungen der Arbeiterbewegung den Wind aus den Segeln nehmen sollte und nach neuen Formen des kapitalistischen Wirtschaftens suchte. Sein Eintreten für eine Rohstoffbewirtschaftung – von manchen furchtsam als Wirtschaftsdiktatur bewertet oder gar als kommunistisch verpönt – und insbesondere die angeblich einen Ausverkauf Deutschlands bewirkende „Erfüllungspolitik“ gegenüber den Reparationsforderungen der Siegermächte rückte ihn stärker ins terroristische Visier nationalistisch-konservativer und völkisch-faschistischer Kreise.

Reichskanzler Wirth holte Rathenau 1921 in das Wiederaufbauministerium. Dieses zeichnete verantwortlich für die Koordination und Abwicklung wesentlicher Bestimmungen des Versailler Vertrages. Da ging es um die Reparationsleistungen an die Alliierten, um einen Forderungs- und Schuldenausgleich gegenüber den Siegerstaaten und um die Entschädigungen für Auslandsdeutsche. Die ausgesprochen harten Bedingungen zu erfüllen, sah sich ein Teil der Herrschenden gezwungen, wenngleich in der Erwartung, über deren Verringerung Schritt für Schritt mit den Westmächten verhandeln zu können. Erhoffte Klassensolidarität mit dem englischen und französischen Bürgertum ließ sich in ihrer Argumentation erkennen, eine allzu große Not in Deutschland öffne nicht nur hier die Türen für den „Bolschewismus“ ...

Chef des Auswärtigen Amtes

In der Vorbereitung auf die Konferenz von Genua, die das Konzept einer wirtschaftlichen Genesung Europas entsprechend britischer und französischer Vorstellungen erarbeiten und beschließen sollte, übernahm Rathenau im Januar 1922 das Amt des Reichsaußenministers. Deutschnationale und andere rechte Blätter spuckten Gift und Galle. Für die stockkonservative *Deutsche Zeitung* bedeutete Rathenaus Regierungsfunktion den „Beginn einer unum-

schränkten Herrschaft der Kreise, die wir für die Todfeinde bewussten und aufrechten Deutschtums ansehen müssen“. Es sollten doch besser „deutsche Männer“ die deutschen Interessen in Genua vertreten, forderten mehr als zehn reaktionäre Organisationen in München, die eine „EntschlieÙung“ gegen Rathenaus Ernennung veröffentlichten. Die Zahl der Morddrohungen nahm enorm zu, weniger hingegen der polizeiliche Schutz, der Ministern zustand, zumal ihn Rathenau für sich verboten und sich ihm oft entzogen hatte.

Als der Außenminister am 16. April 1922 den Rapallo-Vertrag zwischen Deutschland und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik unterzeichnet hatte – wenngleich etwas widerwillig und in Sorge, die Westmächte damit allzu sehr zu verärgern – schien für die ausgesprochen rechtsorientierten und gewaltbereiten Kreise der letzte Tropfen das Fass zum Überlaufen gebracht zu haben. Massiv setzten schon im Vorfeld, erst recht danach, wieder regelrechte Kampagnen gegen Rathenau ein. Und erneut trat Karl Helfferich in Erscheinung, jener deutschnationale Spitzenpolitiker also, der bereits große Schuld an der Ermordung Erzbergers auf sich geladen hatte. Einen Tag vor dem Attentat gegen Rathenau geiferte er im Reichstag, der Außenminister sei die Ursache des allgemeinen Notstandes der Bevölkerung. Er forderte, ihn anzuklagen und vor ein Gericht zu stellen.

Am 24. Juni 1924 schlugen die Täter zu, nachdem sie zuvor die Gewohnheiten des Ministers erkundet hatten. Der bestieg 15 Minuten vor 11 Uhr den Wagen, ein Kabriolett ohne Verdeck, das ihn von seinem Wohnhaus in das Auswärtige Amt bringen sollte. Zehn Minuten darauf war er tot. Ein anderes Auto hatte das Gefährt des Ministers in einer Kurve überholt. Aus einer Maschinenpistole gaben die OC-Mörder Erwin Kern und Hermann Fischer ca. zehn Schüsse ab und warfen zusätzlich eine Handgranate. Fünf Patronen trafen das Opfer, doch tödlich war bereits die erste, die seinen Rücken durchbohrte. Eine Frau eilte herbei, zufällig eine Krankenschwester, doch auch sie konnte ihn nicht mehr retten. In ihren Armen verschied Rathenau. Das Auto der Mörder jagte davon, die Attentäter blieben unerkannt und entkamen – jedenfalls zunächst.

Unmittelbar nach der Ermordung Rathenaus und unter dem Druck protestierender Massen sollte ein Gesetz zum „Schutz der Republik“ dem wachsenden Einfluss völkisch-antisemitischer, nationalistisch-militaristischer und faschistischer Organisationen entgegenwirken. Doch seine Handhabung fiel halbherzig aus, auch gegenüber den Attentätern und der OC. Zum Schaden der Weimarer Republik, zum Schaden aller demokratischen und sozialistischen, aller pazifistischen und auf Völkerverständigung orientierenden Kräfte. Weimar ging schließlich am Übermaß jener Chancen zugrunde, die den ausgesprochen rechten Parteien zuteilwurden. Den Rechtsextremisten jener Zeit bot sich Spielraum, weil Rechte ebenso wie manche der so genannten Mittelparteien hofften, sie in eigene Machtambitionen einbinden und gleichsam als Juniorpartner gegen die Linken nutzen zu können. Warnungen – ausgesprochen auch von bürgerlichen Politikern – verhallten. „Der Feind steht rechts!“ – das hatte am 25. Juni 1922 Reichskanzler Joseph Wirth erklärt. Dies wiederholte zwei Jahre darauf Hugo Preuß – bekannt als der Schöpfer der Weimarer Verfassung – und kritisierte als Erbübel, Schwäche und Kurzsichtigkeit des deutschen Bürgertums, dass es leider dazu neige, die „Gefahren von links mit einem Vergrößerungsglas und aus Furcht vor diesen die von rechts gar nicht zu sehen“.

Das Ergebnis ist bekannt. Auf dieses rückblickend verwendete Helmut M. Böttcher, ein BRD-Jurist und Schriftsteller, für ein Kapitel seiner 1958 veröffentlichten Rathenau-Biografie folgerichtig den Titel: „Erstes Opfer des Dritten Reiches“.

13. Juni 2012, Mitteilungen der Kommunistischen Plattform.

<https://www.die-linke.de/start/detail/walther-rathenau-opfer-deutscher-terroristen/>

„Rathenau liegt ...“

24. Juni 1922: Der deutsche Außenminister wird ermordet

Politische Morde – man könnte sie als ein besonderes, leider oft in Erscheinung tretendes Markenzeichen (un)menschlicher Geschichte bezeichnen. Ihre lange Reihe begann nicht erst mit dem Dolchstoß des Brutus gegen Caesar und wird wohl auch nicht mit ähnlichen Verbrechen aus jüngster Zeit beendet sein. Zu den bekanntesten Opfern solcher Art von Terrorismus gehörten im 20. Jahrhundert Erzherzog Franz Ferdinand, Engelbert Dollfuß, Patrice Lumumba, Mahatma Gandhi, John F. Kennedy, Martin Luther King und Itzhak Rabin.

Die deutsche Vergangenheit kennt allerdings eine Zeit, in der mörderische Attentate auf einzelne Persönlichkeiten nahezu zum Alltag gehörten. Unmittelbar nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg und der Novemberrevolution, aus der die Weimarer Republik hervorging, fanden u. a. Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Kurt Eisner, Leo Jogiches, Karl Gareis und Matthias Erzberger den Tod durch Mörderhand. Anschläge, die nicht tödlich endeten, wurden auf Philipp Scheidemann, Maximilian Hardenberg u. a. m. verübt. Für diese Zeit ist alles vom Heidelberger Mathematiker Emil Gumbel (siehe jW vom 18./19.6.2011) akribisch erfaßt worden, in Statistiken dargestellt, die zugleich Aufschluß darüber bieten, von welchen Kräften die meisten Untaten verübt worden sind. Gerichtet waren diese in der Regel gegen führende Männer der deutschen Arbeiterbewegung und ebenso gegen bürgerliche Befürworter einer parlamentarisch-demokratischen Verfaßtheit der Weimarer Republik.

Aus der Fülle an politischen Morden jener Zeit ragt einer heraus – verübt am Reichsaußenminister Walther Rathenau. Die Untat vom 24. Juni 1922 steht zwar in einer Reihe mit allen anderen, sie war jedoch in vielerlei Hinsicht außergewöhnlich und folgenreich. Dies sowohl wegen der Ziele, die mit ihr erreicht werden sollten, als auch wegen des riesigen Ausmaßes der Proteste, die sie auslöste. In deren Ergebnis unternahmen Regierende einige Versuche, die Weimarer Republik mit Hilfe eines Schutzgesetzes und mit Verboten völkisch-faschistischer Organisationen vor der Zerstörung zu bewahren.

Haßerfüllt

Walther Rathenau wurde gehaßt wie kaum ein anderer bürgerlicher Politiker, vergleichbar darin allenfalls mit dem Zentrumspolitiker Matthias Erzberger, den zwei junge Mitglieder der Organisation Consul am 26. August 1921 im Schwarzwald umbrachten (siehe jW vom 25.8.2011). Schon lange zuvor hatte sich der Unterzeichner des Waffenstillstandes vom 11. November 1918 und spätere Reichsfinanzminister im Visier reaktionärer Kreise befunden. So erging es auch Rathenau: Keine Unterstellung schien verächtlich und kein Schimpfwort grell genug. Man scheute keine Mühe, ihn zu verunglimpfen und zu diffamieren. Schmähschriften kursierten zuhauf. Widerwärtig reimte man von ihm als einer „gottverfluchten Judensau“. Seit 1919 verbreitete einer der schlimmsten Judenhasser und Verfasser eines oftmals aufgelegten antisemitischen „Handbuches“, Theodor Fritsch, eine Broschüre mit dem provozierenden Titel „Anti-Rathenau“. Deutschvölkische Haßprediger nannten Rathenau einen „Fremdling aus Judaan“, die konservative Deutsche Tageszeitung meinte, er sei ein „Landesverderber“. Ernst von Borsig titulierte ihn als einen opportunistischen „Affen der Revolution“. Viele Seiten wären zu füllen allein mit der Aufzählung ähnlicher Suaden.

Der 1867 in Berlin geborene und vielseitig begabte Walther Rathenau war zunächst in die Fußstapfen seines Vaters getreten, eines deutsch-jüdischen Fabrikbesitzers, der 1887 die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG) gegründet hatte. In die Leitung eines der bedeutendsten deutschen Elektro-Unternehmens stieg der Sohn kurz vor dem Ersten Weltkrieg ein. Doch nicht nur als einer der einflußreichsten Wirtschaftsführer war er in Erscheinung getreten, sondern auch als Schriftsteller. Bekannt wurde er u. a. mit dem Aufsatz „Höre, Israel!“

(1907), mit den Büchern „Impressionen“ (1902), „Reflexionen“ (1908) und „Zur Kritik der Zeit“ (1912). Ferner erschienen „Zur Mechanik des Geistes“ (1913) und „Von kommenden Dingen“ (1917). Letzteres sollte sein wohl wirksamstes literarisches Werk unter all den Arbeiten werden, in denen er sich mit wirtschaftlichen, sozialen, philosophischen und kulturkritischen Themen befaßte. Nicht zuletzt verarbeitete er darin Erfahrungen, die er in den ersten Jahren des Krieges als Leiter des Kriegsrohstoffamtes im preußischen Kriegsministerium mit der Begrenztheit privatwirtschaftlichen Handelns hatte sammeln können. An Kenntnissen, Geistesgröße und Weitsicht anderen überlegen zu sein – allein das machte ihn für viele verächtlich und hassenswert.

In der Revolutionszeit gehörte Walther Rathenau zu den Mitbegründern der Deutschen Demokratischen Partei, die – in einer Koalition mit den Sozialdemokraten und der großbürgerlich-katholischen Zentrumspartei – wesentlich zu Bildung und Formung der Weimarer Republik beitrug. Als im März 1920 der Kapp-Lüttwitz-Putsch das Land erschütterte und rasch am machtvollen Widerstand der Massen scheiterte, zog es ihn in vordere Reihen politischer Ämter. Im April 1920 wurde er als Wirtschaftsfachberater in die Zweite Sozialisierungskommission berufen, die den revolutionären Bemühungen der Arbeiterbewegung den Wind aus den Segeln nehmen sollte und nach neuen Formen des kapitalistischen Wirtschaftens suchte. Hier geriet er mitten in die Auseinandersetzungen hinein, die das politische Leben der Weimarer Republik beherrschten und prägten. Sein Eintreten für eine Rohstoffbewirtschaftung – von manchen furchtsam als Wirtschaftsdiktatur bewertet oder gar als kommunistisch verpönt – und insbesondere die angeblich einen Ausverkauf Deutschlands bewirkende „Erfüllungspolitik“ gegenüber den Reparationsforderungen der Siegermächte ließen ihn immer stärker ins Visier nationalistisch-konservativer und völkisch-faschistischer Kreise geraten. Deren haßerfülltes Machtstreben machte vor Gewalteinsatz aller Art, vor Terrorismus und politischem Mord keinen Halt.

Reichskanzler Joseph Wirth, ein liberaler Zentrumsmann, holte 1921 Rathenau in das Wiederaufbauministerium. Dieses zeichnete verantwortlich für die Koordination und Abwicklung wesentlicher Bestimmungen des Versailler Vertrages. Da ging es um die Reparationsleistungen an die Alliierten, um einen Forderungs- und Schuldenausgleich gegenüber den Siegerstaaten und um die Entschädigungen für Auslandsdeutsche. Die ausgesprochen harten Bedingungen der Siegermächte zu erfüllen, sah sich ein Teil der Herrschenden gezwungen, wenngleich in der Erwartung, über deren Verringerung Schritt für Schritt mit den Westmächten verhandeln zu können. Die zugleich erhoffte Klassensolidarität mit der englischen und französischen Bourgeoisie ließ sich in ihrer Argumentation erkennen, eine allzu große Not in Deutschland würde nicht nur hier die Tür und Tor für den „Bolschewismus“ öffnen ...

Chef des Auswärtigen Amtes

Als sich die deutsche Regierung auf die Konferenz von Genua vorbereitete, die das Konzept einer wirtschaftlichen Genesung Europas entsprechend britischer und französischer Vorstellungen erarbeiten und beschließen sollte, übernahm Rathenau im Januar 1922 das Amt des Reichsaußenministers. Deutschnationale und andere rechte Blätter spuckten wiederum Gift und Galle. Für die stockkonservative Deutsche Zeitung bedeutete Rathenaus Regierungsfunktion den „Beginn einer unumschränkten Herrschaft der Kreise, die wir für die Todfeinde bewußten und aufrechten Deutschtums ansehen müssen“. Es sollten, so hieß es, doch besser „deutsche Männer“ die deutschen Interessen in Genua vertreten. Mehr als zehn reaktionäre Organisationen veröffentlichten in München eine „Entschließung“ gegen Rathenaus Ernennung. Die Zahl der Morddrohungen, die ihn auf unterschiedlichen Wegen erreichten, nahm enorm zu, weniger hingegen der polizeiliche Schutz, der den Ministern zustand, zumal ihn

Rathenau für sich verboten hatte und sich ihm oft entzog. „Vorsicht ist zwecklos. Das sind Dinge des Schicksals“, soll er geäußert haben.

Als Außenminister unterzeichnete Rathenau am 16. April 1922 in Rapallo den Vertrag zwischen Deutschland und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (siehe jW-Thema vom 14./15.4.2012). Er tat dies im Grunde widerwillig und in Sorge, die Westmächte damit allzu sehr zu verärgern. Dennoch bleibt seitdem gerade sein Name mit dem Rapallo-Vertrag verbunden, ja er wird auch heute noch als Repräsentant einer unentschiedenen, oftmals zu rußlandfreundlichen deutschen Außenpolitik betrachtet; erst am 31. Mai meinte der polnische Ministerpräsident Donald Tusk (anlässlich einer Auszeichnung durch die Walther-Rathenau-Stiftung, bei der Kanzlerin Merkel den damaligen deutschen Außenminister als einen nüchternen Visionär und Vernunftrepublikaner pries), Rathenau habe mit dem Abkommen von Rapallo ein „verheerendes Signal in Richtung Mitteleuropa“ gesandt. Im Deutschland des Jahres 1922 hatte allerdings der mit Sowjetrußland geschlossene Vertrag für die ausgesprochen rechtsorientierten und gewaltbereiten Kreise gleichsam der letzte Tropfen das Faß zum Überlaufen gebracht: Massiv setzten schon im Vorfeld, erst recht danach wieder regelrechte Kampagnen gegen Rathenau ein. Und erneut trat Karl Helfferich in Erscheinung, jener deutschnationale Spitzenpolitiker also, der mit seinen Haßtiraden bereits große Schuld an der Ermordung Erzbergers auf sich geladen hatte. Einen Tag vor dem Attentat gegen Rathenau geiferte er im Reichstag, der Außenminister sei die Ursache des allgemeinen Notstandes der Bevölkerung. Seine Tiraden gipfelten in der Forderung, Rathenau müsse angeklagt und vor ein Gericht gestellt werden.

Es waren nicht zuletzt diese gehässigen und feindseligen Kampagnen, die in den völkisch-radikalen und frühfaschistischen Verbänden alle moralischen Schwellen sinken und Mord als völlig berechtigt ansehen ließen. Bald entstanden konkrete Pläne für einen Anschlag auf Rathenau. Doch weshalb er? Weshalb nicht Wirth oder andere aus den Reihen der bekannten „Erfüllungspolitiker“? Warum werde gerade ich so gehaßt, fragte Rathenau einen ihm nahestehenden Bekannten. Weil er ein Jude sei, antwortete dieser. Auch manche Historiker führen diesen Mord darauf zurück. Doch es handelte sich wohl eher um ein Zerrbild vom Juden, das seine politischen Gegner zimmerten, um ihre eigenen Ziele erreichen zu können. In diesem Bild ließen sich alle anderen Feindbilder zusammenfassen, die es unter den deutschen Rechtskräften aller Richtungen gegeben hat: Rathenau wurde als Repräsentant der ungeliebten republikanischen Verhältnisse gesehen, als einer, in dem sich das „System“ von Weimar zu verkörpern schien. Ihm k Reidete man alle Schwächen, alle Mißerfolge und Wirkungen der sogenannten Erfüllungspolitik gegenüber den Reparationsforderungen der Siegermächte an. Sein Name stand unter dem Vertrag, der während der europäischen Wirtschaftskonferenz von Genua in Rapallo geschlossen worden war – mit den Russen, mit Verfechtern eines als jüdisch-bolschewistisch verfeimten neuen Gesellschaftssystems. Im Bild vom Juden kam alles unter, was zu bekämpfen – mit welchen Mitteln auch immer – für berechtigt gehalten worden ist.

Einzel Täter ohne Drahtzieher?

Am 24. Juni 1922 schlugen die Täter zu, nachdem sie zuvor die Gewohnheiten des Außenministers sorgfältig erkundet hatten. Der bestieg 15 Minuten vor elf Uhr den Wagen, ein Kabriolett ohne Verdeck, das ihn von seinem Wohnhaus in das Auswärtige Amt bringen sollte. Zehn Minuten darauf war er tot. Ein anderes Auto hatte das Gefährt des Ministers in einer Kurve überholt. Der Ort war günstig gewählt – die Kreuzung an der Grunewalder Königsallee zwang zu langsamer Fahrt, und sie bot Fluchtmöglichkeiten in unterschiedliche Richtungen. Aus einer Maschinenpistole gaben die Mörder acht, neun oder zehn Schüsse ab und warfen zusätzlich eine Handgranate. Fünf Patronen trafen das Opfer, doch tödlich war bereits die erste, die seinen Rücken durchbohrte. Eine Frau eilte herbei, zufällig eine Krankenschwester, doch auch

sie konnte ihn nicht mehr retten. In ihren Armen verschied Rathenau. Das Auto der Mörder jagte davon. Sie blieben unerkant und entkamen – jedenfalls zunächst. Ihre Meldung an einen der Mitverschworenen lautete: „Die Sache hat geklappt. Rathenau liegt.“

Schon in den ersten Mitteilungen und Stellungnahmen wurden Stimmen laut, die das Attentat als von langer Hand vorbereitet bezeichneten. Rasch vermutete man die Urheber in der Organisation Consul. Tatsächlich wurden vier ihrer Mitglieder in den darauffolgenden Tagen verhaftet; im Grunde ins Blaue hinein, auch um die erregte Öffentlichkeit zu beruhigen. Erst am 29. Juni konnte Ernst Werner Techow, der die Täter Erwin Kern und Hermann Fischer chauffiert und dafür 1000 Mark zur Erstattung seiner Auslagen erhalten hatte, in der Nähe von Frankfurt/Oder festgenommen werden. Innerhalb von 14 Tagen stand dann die Identität fast aller an der Tat Beteiligten fest; es hatte sich für die Kriminalpolizei ausgezahlt, ihre Ermittlungen auf die Organisation Consul und deren Umfeld zu konzentrieren.

Nur die Mörder selbst befanden sich noch auf freiem Fuß. Erst am 17. Juli, eher zufällig denn durch systematische Fahndung, wurden sie auf der Burg Saaleck in der Nähe von Naumburg aufgespürt. Die Beamten konnten hören, wie diese von der Spitze des Turmes zwei Leipziger Studenten (Spaziergänger?) zuriefen, sie mögen doch bitte Kapitän Ehrhardt, den Chef der Organisation Consul, Grüße von ihnen ausrichten und übermitteln, daß sie für ihre Ideale zu sterben wüßten und auf ihre Nachfolger hoffen würden. Bei einem kurzen Feuergefecht wurde Kern tödlich getroffen. Dies erkennend, nahm sich Fischer selbst das Leben.

Zwischen dem 3. und 14. Oktober 1922 wurden 13 Angeklagte des Mordes bzw. der Beihilfe zum Mord sowie der Nichtanzeige eines geplanten Verbrechens beschuldigt. Die Anklageschrift klammerte allerdings von vornherein die Organisation Consul aus und beschränkte sich auf eine Darstellung der Tatvorbereitungen. Der Oberreichsanwalt wollte ursprünglich sogar mit der Feststellung beginnen, dieser Geheimbund sei „als solcher“ nicht beteiligt gewesen, was nur dank einer Intervention des Reichsjustizministers Gustav Radbruch verhindert wurde. Dieser argumentierte überzeugend, es sei doch „die schnelle Anknüpfung von Beziehungen zwischen bisher miteinander unbekannten Beteiligten der Tat“ nicht verständlich. Dafür müsse es eine „Vertrautheit über geheimste Vorhaben“ und die dem zugrundeliegende „Organisation und Treue- und Verschwiegenheitspflicht“ gegeben haben. Da einige der beteiligten Richter dafür bekannt waren, auf dem Boden der Republik zu stehen, stellten die Verteidiger als erstes einen Befangenheitsantrag gegen sie, allerdings vergebens. Ungeprüft blieb die Frage, woher die Mittel gekommen sind, mit denen das Unternehmen finanziert worden war. Das Verfahren wurde außerdem geteilt – das Reichsgericht bearbeitete lediglich die Anklagen gegen einzelne Mitglieder der Organisation Consul, das wegen „Geheimbündelei“ schwebende Verfahren wurde dem bayerischen Landgericht übertragen.

Die Angeklagten unternahmen ebenfalls alles, um ihre geheime Terror- und Femeorganisation außen vor zu lassen. Dessen Chef, Korvettenkapitän a. D. Hermann Ehrhardt, wurde erst am 30. November 1922 verhaftet, konnte aber im Juli des folgenden Jahres aus dem Leipziger Untersuchungsgefängnis fliehen; das Netzwerk des Geheimbundes funktionierte weiter, auch trotz der offiziell am 2. Dezember 1923 erfolgten Selbstaflösung. Nicht nur die aktive Teilnahme mehrerer Mitglieder dieses Bundes am Hitler-Putsch belegt seine nicht unerhebliche Unterstützung für die Formierung des Frühfaschismus in Deutschland. Als Techow am 7. Januar 1930 aus der Haft entlassen wurde, empfingen ihn Spielleute der Naziartei vor dem Gefängnistor mit schmetternder Marschmusik. Der Rathenau-Biograph Helmut M. Böttcher sah im Toten vom 24. Juni 1922 das „erste Opfer des Dritten Reiches“.

Massenprotest

Millionen Deutsche, kaum daß sich die schockierende Nachricht von der Ermordung Rathenaus verbreitet hatte, verliehen ihrer Empörung lautstarken Ausdruck, übereinstimmend

im Protest und in den Forderungen nach einer strikten Verurteilung der Mörder sowie nach einem wirksamen Schutz der Republik. Am 25. Juni trat der Reichskanzler vor dem Reichstag mit einer nachdrücklichen Verurteilung des Mordes und der klaren Benennung ihrer Urheber auf. An die Adresse der Abgeordneten auf der rechten Seite des Parlaments gerichtet, sagte Wirth: „Da steht der Feind, der sein Gift in die Wunde des Volkes träufelt. Da steht der Feind – und darüber ist kein Zweifel: Dieser Feind steht rechts.“

Im Berliner Lustgarten fand schon am 25. Juni die größte aller bisherigen Massendemonstrationen statt. Auch in zahlreichen anderen Städten gab es Protestveranstaltungen, zumeist friedlich. Und das trotz aufgeheizter Stimmung, die u.a. in der Parole „Bis hierher und nicht weiter!“ zum Ausdruck kam. Auf dem Bundeskongreß der Freien Gewerkschaften, der am gleichen Tag in Leipzig stattfand, war es der kommunistische Delegierte Jakob Walcher, der als erster den Bundesvorstand zu energischen Aktionen aufforderte. Vom politischen Streit zwischen den proletarischen Parteien sei abzulassen – dieser Gedanke führte nach heftigen Auseinandersetzungen zur Empfehlung des Kongresses, am 27. Juni überall die Arbeit einzustellen und öffentliche Protestkundgebungen zu organisieren. Gemeinsam unterzeichneten SPD, USPD, KPD und der Afa-Bund ein Manifest mit dem wegweisenden Titel „Zur Verteidigung der Republik und der Grundrechte der Arbeitnehmerschaft“. Darin wurden Regierung und Reichstag aufgefordert, gesetzliche Maßnahmen zu fixieren und die monarchistische Agitation zu bestrafen. Alle „Behörden, einschließlich der Gerichte und der Reichswehr“ sollten von „antirepublikanischen Elementen“ gesäubert werden. Dem Manifest folgte drei Tage darauf ein weiterer gemeinsamer Aufruf, vor dem Beginn der parlamentarischen Verhandlungen über ein Republikenschutzgesetz erneut für kurze Zeit die Arbeit niederzulegen und „in geschlossenen Massen auf Straßen und Plätzen“ zu demonstrieren. Wie im März 1920 gegen den Putsch, wie nach der Ermordung von Gareis und Erzberger überwog unter den Arbeiterorganisationen der Gedanke an Zusammenarbeit und einheitliches Auftreten. Auch wenn es paradox zu sein schien, der tote Unternehmer und Minister Rathenau wurde so etwas wie eine Integrationsfigur vieler Organisationen der Arbeiterbewegung; zumindest zeitweilig und nur in punktueller Partnerschaft.

Erreicht wurde schließlich ein Gesetz zum Schutz der Republik, das eine Mehrheit des Reichstages nach heftigen Wortgefechten am 18. Juli annahm. In den Debatten der Parlamentarier waren jedoch einige der ursprünglichen Forderungen entschärft und ausgerechnet jene Bestimmungen entfernt worden, die sich ausschließlich gegen die ultrarechten Verbände gerichtet hatten. In der Handhabung und Umsetzung des Gesetzes erwiesen sich seine Grenzen. Streit entbrannte sofort über die im Gesetz festgelegte Schaffung eines Staatsgerichtshofes. Die bayerische Landesregierung – in deren Machtbereich sich die meisten der terroristischen Republikfeinde organisiert hatten und relativ frei bewegen konnten – verweigerte die Anerkennung der neuen Einrichtung. Sie setzte die Existenz ihrer Sondergerichte durch, die gegen die Arbeiterbewegung ins Leben gerufen worden waren. Und sie beauftragte mit der Durchführung des Republikenschutzgesetzes ausgerechnet einen deutschnationalen Minister, also einem Mann aus jener Partei, deren Führer offen gegen Rathenau gehetzt und faktisch dessen Ermordung vorbereitet hatten.

Aus den Quellen:

Rückblickend schrieb Walther Rathenau über seine Jugendzeit:

„In den Jugendjahren eines jeden deutschen Juden gibt es einen schmerzlichen Augenblick, an den er sich zeitlebens erinnert: wenn ihm zum ersten Male voll bewußt wird, daß er als Bürger zweiter Klasse in die Welt getreten ist und keine Tüchtigkeit und kein Verdienst ihn aus dieser Lage befreien kann.“

Alfred Roth, Chef des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, über Rathenau (1921):

„Frankreich und das Weltjudentum sind mit ihm zufrieden. Die deutsche Not ist weiter auf dem Vormarsche. Der Strick ist gedreht, an dem wir Deutschen durch den Judaismus immer tiefer hineingeführt werden. Dank Rathenau.“

Der Historiker Lothar Gall schrieb 2005 über den Rathenau-Mord:

„Ein antinationaler Jude mit Sympathie für den Bolschewismus – dieses von rechtsradikalen Kreisen propagierte Zerrbild begleitete ihn bis zu seinem gewaltsamen Ende und motivierte die Tat seiner Mörder.“

Der Schriftsteller Arnold Zweig äußerte sich 40 Jahre nach dem Mord:

„Niemand darf vergessen, daß sich in diesen vierzig Jahren das Leichenfeld des ersten Weltkrieges in einen Leichenberg verwandelte! Die Einwohnerschaft eines Reiches von fünfzig Millionen Menschen, also etwa die ganze Deutsche Bundesrepublik, wurde als Kadaver aufgetürmt, wobei auch jener fünfeinhalb Juden gedacht werde, die Walther Rathenau durch Abstammung verwandt, ihm als Asche folgen mußten. Immer ist es der Geist der Gewalt, Abkömmling der seit Menschengedenken vergötterten Einrichtung des Krieges, dem wir diese Leichenhaufen verdanken; und wenn wir heute jenen einzelnen und Vorläufer Walther Rathenau als Helden eines Films und Fernsehspiels auf uns wirken lassen, fühlen wir uns verbunden mit der Hauptader jener vierzig Jahre, in denen die Menschheit nach Frieden suchte, statt ihn sich durch geballte Tatkraft zu erobern.“

junge Welt, Freitag, 22.06.2012, S. 10.

Goebbels' Hetzblatt

4. Juli 1927: Erstmalig erscheint die Nazizeitung *Der Angriff*

In den Jahren des Neuaufbaus der NSDAP und bereits vor dem Beginn der Weltwirtschaftskrise verwandten die deutschen Faschisten einen beträchtlichen Teil ihrer Mittel für unzählige Propagandaschriften sowie für die Schaffung eigener regionaler Zeitungen. Einige erschienen zwar bereits, doch unterschieden sie sich vom *Völkischen Beobachter*, dessen Auflage 1929 mit 18.400 Exemplaren noch recht niedrig war, hauptsächlich durch den jeweiligen Zeitungskopf. Größeren Einfluß erlangte die Partei mit der Herausgabe diverser anderer Materialien: Bis Dezember 1928 brachte der schon seit 1921 parteieigene Eher-Verlag 61 Bücher und Broschüren mit über 400.000 Exemplaren heraus. Seit dem 1. März 1926 erschien in dem von Gregor Strasser gegründeten Kampf-Verlag für einige der nord- und westdeutschen Gaue eine eigene Zeitung mit dem Titel *Der nationale Sozialist*. Diese Formulierung richtete sich eindeutig gegen die in München residierende Führung der Partei. Strasser lehnte zwar die Radau- und Krawallmethoden seiner Münchener Kollegen nicht grundsätzlich ab, meinte aber, sie würden sich auf die weitere Entwicklung der NSDAP nicht fördernd auswirken, da mit ihnen in den Arbeiterbezirken wenig auszurichten sei.

In den programmatisch-politischen Auseinandersetzungen, die in der Mitte der 1920er Jahre die NSDAP erschütterten, setzten sich – wie stets in der Geschichte der Faschistenpartei – die extremste Variante und deren Verfechter durch. In Berlin verhalf dazu Joseph Goebbels, ein scharfzüngiger und redegewandter Intellektueller, der in seiner ursprünglich beabsichtigten schriftstellerischen Laufbahn gescheitert war und sich der Politik zugewandt hatte. Am 26. Oktober 1926 wurde er von Hitler als Gauleiter mit der Führung der Partei in Berlin betraut.

Aggressiver Aktionismus

Goebbels erwies sich bald als Organisator schlagkräftiger SA-Banden und provokatorischer Veranstaltungen in Gasthäusern und Sälen, die traditionell von Arbeiterorganisationen genutzt wurden. Antifaschisten warfen ihm politisches Rowdytum und skrupellose Hetze vor, und selbst in den eigenen Reihen sprach man besorgt über den „Meister von Gehässigkeiten und Falschheiten“ oder vom „Lügenmaul“ und „Aufschneider“. Dahinter verbarg sich vor allem ein Konflikt mit Strasser, der mit seiner Berliner Arbeiterzeitung einen anderen Kurs verfolgte. Goebbels plante, dem mit einem eigenen Organ entgegenzuwirken. Am 20. Juni 1927 holte er sich in München Hitlers Zustimmung.

Am 4. Juli erschien die erste Ausgabe seines Blattes – zusätzlich zu den 130 politischen Zeitungen, die es allein in Berlin gab – unter dem sinnfälligen Namen: *Der Angriff*. Goebbels wollte einen neuen Typ der Presse entwickeln. Deshalb verriet nicht allein der Titel, daß die Leser mehr überredet und geblendet als etwa denkend überzeugt werden sollten. Dem dienten offene Hetze, das Aufputschen sowie das Schüren nationalistischer und antisemitischer Ressentiments. Im Grunde brauchte Goebbels nur Praktiken zu übernehmen, die in Medien des vom Deutschnationalen Alfred Hugenberg geschaffenen Zeitungskonzerns bereits üblich waren. Es war auch kein Zufall, daß er auf den Posten eines Schriftleiters, d. h. des Chefredakteurs, ausgerechnet Julius Lippert holte, der zuvor in der skandalträchtigen deutschvölkischen Presse des Reinhold Wulle gearbeitet hatte und später Oberbürgermeister Berlins werden sollte.

Gehalten war das neue Blatt in absichtsvoll aggressivem Stil. Davon zeugten insbesondere die zumeist von Goebbels verfaßten Leitartikel sowie sein „Politisches Tagebuch“, in welchem er die Geschehnisse der vergangenen Woche kommentierte. Wort und Bild sollten in „agitatorischer Einheitlichkeit“, wie Goebbels in seinem Buch „Kampf um Berlin“ betonte, nicht das Ziel verfolgen, „zu informieren, sondern anzuspornen, anzufeuern, anzutreiben“.

In einer der ersten Nummern schrieb Goebbels über die Juden: „Dieses Negativum muß ausstrahlt werden aus der deutschen Rechnung ...“ Mit Raffinesse konzentrierte er seine haßerfüllten antisemitischen Tiraden auf eine Person: Am 15. August 1927 widmete er dem Berliner Vizepolizeipräsidenten Bernhard Weiß, einem Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei, einen ersten Leitartikel und nannte ihn diffamierend „Isidor“. Dieses Schmähwort wurde häufig verwendet und ließ den Angriff als ein „Anti-Isidor-Kampfblatt“ erscheinen. Die häufigen Verbote der Zeitung – zwischen November 1930 und August 1932 13 Mal; für insgesamt 19 Wochen fiel das Blatt aus – nahmen die Nazis in Kauf. Allein der Erfolg zählte, zunächst in der innerparteilichen Auseinandersetzung mit Strasser, dem Goebbels auch als Berliner Gauleiter das Wasser abzugraben verstand, dann bei der Mobilisierung neuer Wählerscharen für die Partei. Es zahlte sich auch für Goebbels aus: Bereits am 28. April 1928 ernannte Hitler ihn zum Reichspropagandaleiter der NSDAP. Und er gehörte zu den wenigen Abgeordneten der NSDAP, die im Mai 1928 in den Deutschen Reichstag einzogen.

Rassistische Karikaturen

Zunächst erschien *Der Angriff* nur als eine Wochenzeitung, bald jedoch zweimal wöchentlich und seit November 1930 als Tageszeitung. Ab Oktober 1932 gab es sogar an jedem Tag zwei Ausgaben. Die Auflage steigerte sich von 2000 Exemplaren auf rund 150.000 im Jahr 1939 und verdoppelte sich bis 1945 noch einmal. Für den Sturm der Nazis auf die (allerdings sehr nachgiebigen!) Bastionen der Weimarer Republik spielte das Blatt eine erhebliche Rolle. Goebbels gab nach dem 30. Januar 1933 sein Amt als Herausgeber auf, und in den folgenden Jahren erschien *Der Angriff* als Die nationalsozialistische Abendzeitung bzw. als Die Tageszeitung der Deutschen Arbeitsfront. Im April 1945 kam die letzte Ausgabe heraus.

Charakteristisch für das Blatt wurden auch die Karikaturen aus der Feder von Hans Herbert Schweitzer. Der hatte sich den Künstlernamen „Mjöltnir“ zugelegt – ein Rückgriff auf die altgermanische Sagenwelt und den Namen, mit dem der die Welt beherrschende Wurfhammer des Gottes Thor bedacht wurde. Schweitzer, der schon 1926 der NSDAP beigetreten war, fand mit seinen Zeichnungen im *Angriff* – von Goebbels als „zeichnerisches Genie“ bejubelt – bald den Gefallen der anderen Zeitungen deutscher Faschisten, insbesondere in Streichers *Stürmer*, im *Völkischen Beobachter* und in der *Brennessel*, dem Satireblatt der Partei. Er avancierte später zum Reichsbeauftragten für Künstlerische Formgebung und Vorsitzenden des Reichsausschusses der Pressezeichner. Seine Zeichnungen verherrlichten die gewaltbereiten SA-Kämpfer und verhöhten die politischen Gegner. Beteiligt war Schweitzer auch am Kampf der Nazis gegen die „entartete Kunst“. Nach 1945 – mit einer lächerlich geringen Geldstrafe „entnazifiziert“ – zeichnete er weiter und durfte zeitweilig auch für das Bundespresseamt tätig sein. Rechtsextremisten schätzen ihn nach wie vor und verwenden oftmals für ihre Angriffe auf Demokratie, Parlamentarismus und Völkerverständigung erneut das vieldeutige-eindeutige Hammer-Symbol.

Aus den Quellen: „Neue Demagogen treten auf“

Aus einem Aufruf der KPD vom 2. April 1924: „Neue Demagogen treten auf (...) Sie gaukeln eine alles einigende Volksgemeinschaft, eine nationale Diktatur (vor), die das Befreiungswerk nach innen und außen vollziehen werde. Sie predigen den Schafen und Wölfen die Einheit des Tierreiches. Sie hetzen gegen das jüdische Kapital, aber die christlichen Wucherer, Ausbeuter und Blutsauger wollen sie als ‚schaffendes Kapital‘ erhalten und schützen. Sie reden von ‚Werksgemeinschaften‘ und meinen damit die Beseitigung der Gewerkschaften, der Betriebsräte, des Kollektivvertrages, des staatlichen Arbeitsschutzes.“

Aus der Hitler-Rede vom 27. April 1927 in Essen vor Großindustriellen: „Wenn man begriffen hat, daß die Schicksalsfrage darin besteht, daß der Marxismus gebrochen wird, dann muß auch jedes Mittel recht sein, das zum Erfolg führen kann ...“

„Thors Hammerwurf“ – ein Gedicht von Felix Dahn, veröffentlicht 1911 in der vom Antisemiten Theodor Fritsch herausgegebenen Zeitschrift Heimat und Welt: „Thor stand am Mitternacht-Ende der Welt, / Die Streitaxt warf er, die schwere: / „So weit der sausende Hammer fällt, / Sind mein das Land und die Meere!“ – / Und es flog der Hammer aus seiner Hand, / Flog über die ganze Erde, / Fiel nieder an fernsten Südens Rand, / Daß alles sein eigen werde. / Seitdem ist's freudig Germanen-Recht, / Mit dem Hammer Land zu erwerben: / Wir sind von des Hammer-Gottes-Geschlecht / Und wollen sein Weltreich erben.“

junge Welt, Sonnabend, 30.06.2012, S. 15.

Die Millionengefolgschaft der NSDAP – Ursprünge und Triebkräfte

I

Politische Parteien versuchen, seit sie existieren sowie unabhängig von ihren unterschiedlichen Interessen, möglichst viele Mitglieder und Wähler gewinnen. Übliche Mittel waren (und sind): Propagandistisches Zurschaustellen eigener Ideen und Ziele, kritische Bewertung anderer Parteien, großmundige Zukunftsversprechen, mehr oder weniger arglistige Wählertäuschung, zumeist verzerrende Feindbilder, raffinierte Lügen und Halbwahrheiten, diverse mediale Manipulationstechniken usw. Die NSDAP bediente sich solcher Methoden radikalbedingungslos und erreichte eine Millionengefolgschaft. Diese stellte eine Voraussetzung für den Erfolg des deutschen Faschismus dar und geriet zugleich zu einem seiner wichtigsten Kennzeichen. Allerdings bestimmte sie zu keiner Zeit das Programm, den Kurs und das Ziel der Partei – das tat ihre Führungsgruppe, in deren Kalkül jene Millionen Mitglieder und Wähler bereits vor 1933 ein unentbehrliches Instrument und Faustpfand im Kampf um die Staatsmacht dargestellt hatten. Dennoch: Das faschistische Regime hätte ohne sie nicht funktionieren können. Ohne die „willigen“ Helfer wären kein totaler Krieg, keine barbarische Okkupationspolitik und erst recht kein Völkermord zu realisieren gewesen, ohne sie hätte während des Zweiten Weltkrieges das System der rund 20.000 Zwangsarbeiterlager nicht geschaffen werden können, ohne sie wäre der Krieg nicht so sinnlos und opferreich bis „fünf Minuten nach zwölf“ unterstützt worden. Darüber hinaus gilt generell, dass alle Manipulation der Bevölkerung durch Herrschende vergeblich ist, wenn es nicht auch die Bereitwilligkeit der Beherrschten gibt, sich beeinflussen oder sogar „berauschen“ zu lassen.

II

Zunächst nur ein Teil, nach 1933 die überwiegende Mehrheit der Deutschen verhielt sich begeistert, ja regelrecht enthusiastisch und fasziniert. Der Faschismusforschung ist es bisher kaum gelungen, jene Ursachenkomplexe zu erhellen, die zu der erstaunlich großen Akzeptanz des Faschismus geführt haben. Notwendig zu untersuchen wäre daher u. a. das damals massenhaft feststellbare „Alltagsbewusstsein“, das sowohl von weltanschaulich-ideologischen, geistig-moralischen als auch von psychischen und mentalen Faktoren geprägt war. Als wesentliche Faktoren sind hier vor allem zu benennen: a) die weit verbreitete Gewaltakzeptanz, b) die Verinnerlichung der nationalistisch-rassistischen Volksgemeinschafts-Ideologie, c) die dankbare Hinnahme sozialpolitischer „Erfolgsbestechung“ und anderer als lohnend betrachteter Integrationsangebote, d) das Nichterkennenwollen des Kerns der Friedensdemagogie sowie der außenpolitischen und militärischen Siege bis 1939 bzw. 1942 sowie e) das opportunistische eigene Beteiligtsein an der straffen Organisiertheit des gesamten Lebens.

III

Wirksamer als die Terroraktionen NSDAP, die an Umfang und Brutalität alles bisher Dagewesene übertrafen, war deren Akzeptanz als notwendiges Mittel zur Lösung von innen- und außenpolitischen Konfliktsituationen. Die an Kriegen so reiche Geschichte der Menschheit hatte schon zuvor die Auffassung genährt, Kriege seien unabwendbar und entsprächen der Natur des Menschen. Kriege wurden hingenommen, bestärkt auch durch manipulative Parolen wie die vom „süßen Tode auf dem Feld der Ehre“, von wiederherzustellender Ehre u. a. m. Hingenommen wurde auch, dass Menschen generell in Kriegen verrohen; gerade im ersten weltweit mit riesigen Armeen geführten Krieg von 1914 bis 1918 gerieten Entmenslichung, barbarische Handlungsbereitschaft und Gewaltakzeptanz zur Alltäglichkeit. Dies bot einen wirksamen Boden für den Faschismus, zumal seine Führer stets bemüht waren, die eigene Aggressivität zu tarnen und sich selbst als Opfer darzustellen. Die nach außen sehr diszipliniert auftretenden paramilitärischen Verbände der NSDAP ließen sich als ein verlässlicher,

teils sogar faszinierender Ordnungsfaktor ansehen. Sowohl dessen abschreckender Charakter als auch seine Mobilisierungsfunktion erwiesen sich als zweckmäßig. Der faschistische Terror stieß zwar auf Widerstand, doch er rief unter vielen Deutschen lähmende Furcht und existenzielle Ängste hervor. Schon vor 1933 bewirkten diese eine wachsende Anpassungsbereitschaft, ferner nahezu demütige Duldung und schicksalsergebene Resignation, jedoch auch ehrfurchtsvolle Anerkennung. Damit verknüpft ließ die in der Zeit der Weltwirtschaftskrise vorherrschende soziale Not – aus heutiger Sicht in Deutschland fast nicht vorstellbar – in großen Teilen der Bevölkerung ein mehr und mehr zerstörerisches, am Ende auch selbstzerstörerisches Aggressionspotential entstehen.

IV

Die Ideologie des Nationalsozialismus konnte auf Denk- und Verhaltensweisen aufbauen, die über viele Jahrhunderte hinweg nationalistisch, rassistisch, antidemokratisch und antisozialistisch geprägt worden waren. In der Weimarer Republik richteten sich diese konkret gegen das als ungerecht und bedrückend empfundene Friedensdiktat von Versailles. Es zu revidieren, erschien Deutschen aus allen Klassen und Schichten als unbedingt erforderlich. Wo die real vorhandenen Kräfte dazu nicht ausreichten, schien deren Fehlen durch fanatisches und blindwütiges Kämpfertum ersetzbar zu sein. Mit der Ablehnung des „Systems“ von Weimar war verbunden die Verdammung aller Erfolge der Arbeiterbewegung (die als „Marxismus“ geschmäht wurde), der als undeutsch und jüdisch verunglimpfte Parlamentarismus, ebenso tatsächliche wie vermeintliche Schwächen des gesamten Parteienwesens, die als „Kultur bolschewismus“ verdamnte Moderne u. a. m. So erklären sich die umfassende nationale Aufbruchsstimmung unmittelbar nach dem 30. Januar 1933, die leichtfertige Zustimmung zur Wiederaufrüstung. Weit verbreitete Stimmungen wie Enttäuschung, Unzufriedenheit und Ratlosigkeit nährten Hoffnungen auf eine bessere Zukunft, in der man in Wohlstand und Ordnung leben könne, sobald „Lebensraum“ erobert und „fremdrassische“ Völker unterworfen und verjagt seien. Dem entsprachen nahezu religiös gefärbte Heils-Erwartungen, gerichtet auf die alle Klassenschranken angeblich überwindende „Volksgemeinschaft“ sowie auf den neuen „Führer“, den Hitler geschickt darzustellen wusste.

V

Obgleich nach 1933 der Lebensstandard nicht den Stand von Mitte der 20er Jahre erreichte, erwiesen sich die Überwindung von Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit als „überzeugend“. Auch die rasante Wiederaufrüstung, die Schaffung eines Massenheeres und die damit verbundenen sozialen Aufstiegschancen wirkten als „Erfolgsbestechung“. Zugleich stärkten die mit friedensdemagogischen Parolen verbrämten außenpolitischen Erfolge (Konkordat, Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, Olympische Spiele, Anschluss Österreichs u. a. m.) das Gefühl deutscher bzw. arischer Überlegenheit. Der Anteil, den die große Mehrheit der Deutschen an den Arisierungsergebnissen bekam, hielt sich demgegenüber in Grenzen. Von größerem Gewicht sollte sich die materielle Ausplünderung der eroberten Länder in den ersten Jahren des Zweiten Weltkrieges erweisen.

VI

Dass die NSDAP bis zum Schluss intakt und in ihrem Sinne voll funktionsfähig geblieben ist, darf auch als Resultat des umfassenden, bereits in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre sorgfältig vorbereiteten Organisationensystems gesehen werden, an dessen Spitze sie stand. Die einzelnen Gliederungen und angeschlossenen Verbände – gleich ob DAF, HJ, SA, SS u. a. m. – erfassten wiederum selbst Millionen Deutsche und nahezu jeden Winkel der Gesellschaft. Wie keine andere deutsche Partei hatte die NSDAP nach 1933 einen bis dahin unbekannten, einen nicht für möglich gehaltenen flächendeckenden Grad individueller und gesellschaftlicher Organisiertheit der Bevölkerung erreicht. Sie war zum Träger einer „Organisatio-

nen“-Gesellschaft geworden, in der sich kaum einer – ob Arbeiter oder Gewerbetreibender, ob jung oder alt, Mann oder Frau usw. – dem Einfluss ihres breit gefächerten Systems sogenannter Gliederungen, angeschlossener Verbände und betreuter Organisationen entziehen konnte. Nimmt man allein die Tatsache zum Vergleich, dass bis 1933 jede gesellschaftliche Schicht oder Gruppe – Frauen, Kinder, Lehrer, Ärzte usw. – mehrere Organisationen entsprechend der politisch-ideologischen Grundströmungen in der deutschen Parteienlandschaft besaßen und zudem große Teile der Bevölkerung – z. B. fast die Hälfte derer, die statistisch zur Arbeiterklasse zählten – überhaupt keiner politischen oder gewerkschaftlichen Organisation angehörten, lässt sich leicht ermessen, zu welcher enormen Schlagkraft die Organisiertheit der deutschen Faschisten führen konnte.

VII

Für die Erhellung aller Ursachen faschistischer Massenakzeptanz bleibt ein Rest an Unauflösbarkeit. Heutige Instrumentarien der Meinungs- und Bewusstseinsforschung stehen dem Historiker nicht zur Verfügung. Umso mehr ist für Antifaschisten und für linke Geschichtspolitik unserer Tage notwendig, neben den materiellen und sozialen auch die geistig-weltanschaulichen und psychisch-mentalischen Faktoren zu enthüllen, die viele Menschen auch menschenfeindliche Handlungsmotive wenig beachten oder gar akzeptieren lassen. Denn mit Sorge ist zu beobachten, wie weit bestimmte Grundelemente fremdenfeindlichen, rassistischen und neonazistischen Denkens gegenwärtig in der deutschen Gesellschaft als akzeptiert gelten können, wie das zunehmend antidemokratische Handeln von Regierenden übersehen und auch hingenommen wird. Trotz Frust und Verdrossenheit sind wieder Resignation, Rat- und Hilflosigkeit zu spüren. Viele Menschen scheinen eingetaucht zu sein in ein gewöhnliches Einerlei alltäglichen Denkens und des Gewährenlassens nach dem Motto „Es ist eben so ...“

Das Entscheidungsjahr 1932 in Thüringen und die Herausforderungen unserer Zeit. Arbeitsmaterialien zu den Workshops: I. Attraktivitätsfaktoren rechtsextremer Ideologien und Parteien in Vergangenheit und Gegenwart; II. „Hilfloser Antifaschismus“? Historisches Versagen und künftige Erfolgsfaktoren. Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen mit Unterstützung der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, 2012, S. 1-13.

Vom Jagen zum Schlachten

Christian Ingrao über SS-Täter und intellektuelle Wegbereiter des NS-Massenmordens

Was machte, so wird seit langem diskutiert, „ganz normale Männer“ zu jenen faschistischen Massenmördern, denen mehrere Millionen Menschen zum Opfer fielen? Wo liegen die Ursachen für dieses barbarische Verhalten sondergleichen? Wer zeichnet für den Genozid verantwortlich? Unter welchen Verhältnissen konnten Menschen zu Verbrechern werden, welche individuellen Voraussetzungen gab es dafür? Die Liste der Fragen ist lang, die der bisher unter die Leute gebrachten Antworten ebenfalls.

Nunmehr beschreibt ein belgischer, in Frankreich lebender Historiker erneut Vorgeschichte und Verlauf des mörderischen Geschehens und stellt seine Sicht darauf zur Debatte. Er untersucht die Lebenswege sowie die Denk- und Verhaltensweisen von 80 führenden SS-Funktionären, die als gut aussehende, intelligente und kultivierte Akademiker – Ökonomen, Juristen, Philosophen, Historiker, Sprachwissenschaftler und Geographen – Karriere machten, an der Erarbeitung der Vernichtungskonzepte mitgewirkt und sich schließlich auch direkt an den Ausrottungsaktionen in Osteuropa beteiligt haben. Die Fakten kann man bereits den Büchern von Christopher Browning, Christian Gerlach, Ulrich Herbert, Michael Wildt und anderen Autoren entnehmen. Von diesen grenzt sich Christian Ingrao jedoch ab. Wie, das formuliert er vor allem in der Einleitung und in seinen den Band beschließenden Erläuterungen zum Forschungsstand.

Ingrao meint, die bisherige „Täterforschung“ stecke in einer Sackgasse, da sie „allzusehr der Chronologie und der institutionellen Logik verhaftet“ geblieben sei und „analytische Tiefe“ vermissen lasse. Insbesondere der deutschen Historikerkunft wirft er vor, einen funktionalistischen Erklärungsansatz zu betreiben und zu übertreiben. Sein eigener Ansatz – mitunter etwas verschwommen formuliert – zielt darauf, den „Nationalsozialismus als ein Glaubenssystem“ zu begreifen. Zwar habe auch die Politik Anteil an den Ursachen des Genozids, „aber ausschlaggebend waren Emotionen ... Inbrunst und Angst, Selbstmord und Gewalt, Utopien, Verzweiflung und Hass.“ Notwendig sei eine anthropologische Perspektive, in der zu fragen sei, „welche Bedeutung dem Menschen (oder dem Tier), dem Körper, der Abstammung und dem Glauben zukam“.

In drei Teilen wird untersucht, welche Erfahrungen die späteren Täter in ihrer Jugend, d. h. während des Ersten Weltkrieges und in der Weimarer Republik, gemacht haben und wie diese sie zur NSDAP führten. Alles will der Autor als Ergebnis von Erfahrungen verstehen, gestützt vor allem auf Selbstdarstellungen der Täter in zeitgenössischen und nach dem Krieg verfassten Dokumenten. Der erste Teil von Ingraos Buch („Eine deutsche Jugend“) ist erfahrungsgeschichtlich angelegt und behandelt, wie seine Protagonisten ihre Erlebnisse in Briefen und Lebensläufen darstellten, wie sich ihr Weltbild formte und wie sie zu „Nationalsozialisten“ wurden. Im zweiten Teil wird dann deren politisches Handeln „als kulturelle Reaktion“ auf frühe Erfahrungen dargestellt, während in Teil drei die Rhetorik der Notwehr, utopische Vorstellungen (Völkermord als unerlässliche Voraussetzung für die Germanisierung der besetzten Gebiete) und Ausrottungsfantasien sowie Realitätsverlust und Endzeitängste hinsichtlich ihrer Rolle in den Massakern der SS-Einsatzgruppen diskutiert werden. Schließlich behandelt Ingrao auch die nach dem Krieg und vor Gerichten unternommenen Versuche, sich durch Leugnen und Rechtfertigen zu retten.

Vieles liest man mit Interesse. Die ausgewählten Textstellen aus den Selbstdarstellungen der Täter stimmen nachdenklich. Fast könnte man von einer als Puzzle erscheinenden kollektiven Biografie sprechen. Allerdings wirkt manche Deutung aufgesetzt. Vor allem des Verfassers Frage, ob das Überschreiten der Schwelle zu den Massenmorden Mitte August 1941 nicht so

etwas wie einen „größeren anthropologischen Umbruch“ darstelle und mentale Abläufe vom „Jagen“ zum „Schlachten“ geführt hätten. Gerade das wird zwar in mancher Buchvorstellung und Besprechung als bereichernd gepriesen. Bringt es aber geschichtswissenschaftlichen Nutzen?

Nebenbei: Wieder einmal zeigt sich, was von beschönigender Werbung zu halten ist. Da wird ein Buch – es soll ja schließlich gekauft werden – wie eine übliche Ware angepriesen: Völlig neu sei es, hervorragend die Konzeption, zudem wegweisend. Wie sehr der Verlag dabei lediglich verkaufsfördernde Kriterien im Auge hat, erkennt man u. a. an der Titelwahl. *Hitler sells* – Hitler verkauft sich, lautet die Devise. Und so ist die deutsche Übersetzung mit „Hitlers Elite“ überschrieben. Was kümmert es, dass der 2010 in Paris erschienene Titel dem Inhalt eher entsprechend lautete: „Croire et détruire. Les intellectuels dans la machine de guerre SS“ (Glauben und zerstören. Die Intellektuellen in der Kriegsmaschinerie der SS“) Auch der Titel eines Vortrages, den Ingrao Ende 2010 in Berlin hielt, war exakter: „Akademiker im Sicherheitsdienst der SS. Eine Erfahrungsgeschichte des nationalsozialistischen Glaubens?“

Christian Ingrao: *Hitlers Elite. Die Wegbereiter des nationalsozialistischen Massenmordes*. Aus dem Franz. von Enrico Heinemann und Ursel Schäfer. Propyläen Verlag, Berlin 2012. 569 S., geb., 24,99 Euro.

Neues Deutschland, Donnerstag, 12. Juli 2012, S. 17.

Gewalthaber ohne Recht

20. Juli 1932: Papen putscht und Goebbels triumphiert: „Alles läuft programmgemäß ab“

Kaum ein anderes Ereignis aus der konfliktreichen Geschichte der Weimarer Republik – geschehen vor nunmehr 80 Jahren am 20. Juli 1932 – erwies sich als so verhängnisvoll wie die verfassungswidrige, rüde Absetzung der rechtmäßig amtierenden preußischen Landesregierung durch den am 10. April 1932 gewählten Reichspräsidenten Paul von Hindenburg und den am 1. Juni 1932 eingesetzten Reichskanzler Franz von Papen. Mit erheblichen, bitteren Folgen für die Deutschen und ebenso für Europa, ja für die Welt.

Das Geschehnis jenes Tages erhielt von Zeitgenossen und Historikern ganz unterschiedliche Bezeichnungen: Entweder hieß es vornehm-zurückhaltend „Preußenschlag“, mitunter auch „Staatsstreich“ oder der Realität eher entsprechend „Papen-Putsch“. Ernsthafter Widerstand, Streiks und größere Protestveranstaltungen blieben weitgehend aus – unterschiedlich benannt als Kapitulation oder ohnmächtiges Versagen, unterschiedlich kritisiert oder sogar als alternativlos gerechtfertigt. Indessen herrscht unter Geschichtsschreibern nahezu einhellig die Ansicht, daß an diesem Tag einer der gewichtigsten Nägel in den Sarg der 1918/19 erkämpften parlamentarisch-demokratischen Republik von Weimar eingeschlagen worden sei.

Noch vor den erneuten Reichstagswahlen – angesetzt auf den 31. Juli 1932 – suchten das vom „Herrenreiter“ Papen geleitete Kabinett und die rechten Parteien, vor allem DNVP und NSDAP, endlich in Preußen politische Veränderungen zu ihren Gunsten herbeizuführen. Nachdrücklich zeigten sie sich bestrebt, die Macht im größten Land des Reiches zu erobern, das zudem ihrem die Nazis fördernden Kurs als eine mögliche Bastion des Antifaschismus entgegenstand. Ihr Motto: Tatsachen schaffen, koste es, was es wolle. Sie verzichteten völlig auf parlamentarische Veränderungen und hegten Staatsstreichpläne. Hindenburg unterzeichnete bereits am 14. Juli, als Papen ihn auf seinem Gut Neudeck in Ostpreußen aufsuchte, eine auf dem Artikel 48 der Weimarer Verfassung basierende, dennoch deren Sinn und Grundorientierung brechende Blankovollmacht zur Absetzung der preußischen Regierung. Im Protokoll der Ministerbesprechung vom 16. Juli wird zudem vermerkt, Gustav Krupp, der Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, und Ernst Brandes, der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates, hätten beide eine sofortige Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes für das ganze Reich gewünscht. Beschlossen wurde, am 20. Juli die preußische Regierung abzusetzen und zugleich den Ausnahmezustand über Berlin und Brandenburg zu verhängen.

Planmäßige Vorbereitung

Die sorgfältig geplante Aktion solle, so lautete das in die Welt posaunte Argument, die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Preußen wiederherstellen. Unsicherheit und Unordnung jedoch hatten vor allem die unzähligen terroristischen Aktionen geschaffen, die von den Nazis ausgingen. Die übertrafen an Umfang und Brutalität alles bisher Dagewesene. Seit der Aufhebung des Uniformverbotes für SA und SS am 16. Juni 1932 gab es 99 Tote und über 1100 Verletzte. SA-Truppen störten Veranstaltungen ihrer Gegner, suchten sie zu sprengen oder selbst zu übernehmen. Einrichtungen von Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftern wurden überfallen und demoliert. Aufmärsche in den Arbeitervierteln der Großstädte sollten Antifaschisten zu Straßenschlachten provozieren, was oft gelang. Stets versuchte die Nazipartei, ihre paramilitärisch organisierte Aggressivität zu tarnen und sich selbst als Opfer darzustellen, zugleich aber den Eindruck zu erwecken, gerade ihre nach außen sehr diszipliniert auftretenden Banden seien ein verlässlicher Ordnungsfaktor gegenüber dem „kommunistischen Terror“ und allen Schwächen des „Systems“.

Ganz in diesem Sinne organisierte die NSDAP am 17. Juli einen „Werbemarsch“ durch Altona, damals noch eine zu Preußen gehörende selbständige Stadt. Den im Vorfeld zu verbieten hatten die Behörden nicht für notwendig erachtet, obwohl ein Blutbad zu erwarten war. Die NSDAP habe doch zugesichert, „Ruhe und Ordnung“ zu halten, erklärten die Beamten. Im Gegenteil: Die Polizei traf umfangreiche Vorbereitungen, um den „Umzug der NSDAP so umfassend wie möglich zu sichern.“ So konnten etwa 7000 SA- und SS-Leute aus Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg und Hannover grölend und provozierend durch Altona ziehen, begleitet von wütendem Protest und handgreiflichen Reaktionen. In den Auseinandersetzungen wurden drei Polizisten verletzt und starben 18 Menschen: Neben unbeteiligten Zivilisten drei KPD-Mitglieder, zwei Frauen, die der kommunistischen Partei nahestanden, ein Mitglied der SPD und eines des Reichsbanners sowie zwei SA-Männer und eine Angehörige der NS-Frauenschaft. Bei den Hausdurchsuchungen fand die Polizei lediglich zwei Pistolen, 91 Personen nahm sie fest, zumeist der Antifaschistischen Aktion zugehörig. Allerdings verliefen die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen bald im Sande. Was blieb, das war die gebetsmühlenartig wiederholte völlig einseitige und größtenteils sogar falsche Schuldzuweisung an die Adresse der KPD und SPD – sie allein sollten für „unverantwortliches Treiben“ und „Tumulte“ verantwortlich sein. Ein faschistisches Sondergericht klagte 1933 schließlich vier Kommunisten des Mordes an; Beweise wurden nicht erbracht, und dennoch erfolgte am 1. August ihre Hinrichtung.

Die Provokation und der „Altonaer Blutsonntag“ hatten den beabsichtigten Zweck erfüllt: Sie dienten als willkommene Begründung für den Papen-Putsch. Nunmehr sei, so äußerte sich das DNVP-Mitglied Wilhelm Freiherr von Gayl in einer Sitzung des Kabinetts, der noch fehlende „besondere Anlaß zum Eingreifen“ gegeben. Aufschlußreich hieß es indessen in der am Abend des 20. Juli ausgestrahlten Rundfunkrede Papens, man könne in Preußen nicht mehr von geordneten parlamentarischen Verhältnissen sprechen, weil einige Parteien der KPD eine „Schlüsselstellung“ einräumen würden. Überhaupt sei der Kampf gegen links viel zu schwach gewesen. Die Grundlagen des Staates seien ernsthaft gefährdet gewesen, weil man sich in Preußen nicht habe entschließen können, „die politische und moralische Gleichsetzung von Kommunisten und Nationalsozialisten aufzugeben“. Dadurch sei „jene unnatürliche Frontenbildung entstanden, die die staatsfeindlichen Kräfte des Kommunismus in eine Einheitsfront gegen die aufstrebende Bewegung der NSDAP einreihet“. An solche und zahlreiche andere profaschistische Aussagen sollten jene Politiker und Historiker sich erinnern, die gebetsmühlengleich die längst widerlegte These vertreten, Weimar sei an den extremistischen Kräften sowohl von rechts als auch von links gescheitert.

Staatsräson!

Drei Tage danach und elf Tage vor der Reichstagswahl erfolgte der seit dem 12. Juli sorgfältig geplante Schlag: die preußische Regierung wurde gewaltsam abgesetzt. Papen hatte am 18. Juli deren Vertreter für den 20. Juli, 10 Uhr, in seine Staatskanzlei beordert. Dem preußischen Innenminister Carl Severing (SPD), dem stellvertretenden preußischen Ministerpräsidenten und Zentrumsmann Heinrich Hirtsiefer sowie Otto Klepper, Mitglied der Deutschen Staatspartei und preußischer Finanzminister, eröffnete er, von Hindenburg zum Staatskommissar für Preußen ernannt worden zu sein. Kurz und bündig teilte er den Ministern mit, sie seien abgesetzt. Mit der Verwaltung des Innenministeriums habe er den Essener Oberbürgermeister Franz Bracht eingesetzt, einen eng mit dem Hause Krupp verbundenen konservativen Beamten.

Severing stellte daraufhin die Verfassungswidrigkeit der Aktion fest. Er protestierte energisch und erklärte, nur der Gewalt weichen zu wollen. Hirtsiefer verwies auf den Artikel 15 der Reichsverfassung, der besagte, daß die Reichsregierung, wenn sie etwas in einem Lande zu beanstanden habe, nur die angeblichen Mängel rügen und deren Behebung verlangen dürfe.

Für das „unerhörte“ Vorgehen der Reichsregierung, das einem „Befehlsempfang“ gleiche, wußte er „in der Geschichte kein Beispiel“ zu finden. Alle rechtlichen Einwände wurden dessen ungeachtet brüsk beiseite gewischt. Papen verlangte „Staatsräson“ und höhnte, daß sich leicht etwas vereinbaren lasse, wenn es Severing darauf ankomme, sein Gesicht wahren zu können. Der fügte sich ratlos, wie Klepper später berichtete.

Noch am gleichen Tage erfolgten weitere Schritte: Generalleutnant von Rundstedt übernahm als Wehrkreisbefehlshaber die vollziehende Gewalt in Berlin und Brandenburg, der Polizeipräsident von Berlin, Albert Grzesinski, wurde abgesetzt, ebenso sein Stellvertreter Bernhard Weiß und der Kommandeur der Schutzpolizei, der zentrumsnahe Politiker Magnus Heimannsberg. Dem kranken sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Preußens Otto Braun übermittelte Papen schriftlich eine karge Mitteilung, daß er seines Amtes enthoben sei. Gehen mußten auch jene bürgerlichen Ministerialbeamten, die sich im Kampf gegen die Nazis tatkräftig engagiert hatten, darunter vor allem Wilhelm Abegg, dem insbesondere angekreidet wurde, sich am 4. Juni mit KPD-Abgeordneten getroffen zu haben. Auch Robert Kempner, der im preußischen Innenministerium für die Überwachung der NSDAP zuständig war und später amerikanischer Ankläger im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß wurde, hatte seinen Stuhl zu räumen. Ebenso wurden tags darauf 20 Verwaltungsposten in den Provinzen und Regierungsbezirken mit „rechtsstehenden Persönlichkeiten“ neu besetzt und fast überall die Polizeichefs ausgetauscht. Bezeichnenderweise erfolgte auch die Aufhebung jenes bis dahin geltenden Verbotes, demzufolge im preußischen Staatsdienst niemand der NSDAP angehören durfte.

Kampflose Kapitulation

Spätestens seit dem 16. Juli waren der sozialdemokratischen Führung die Putschpläne bekannt. Präventive Maßnahmen blieben aus, selbst für einen Schutz der preußischen Regierungsgebäude wurde nicht gesorgt. Ebenso wenig gab es Aufrufe zu Massenkundgebungen oder zu Warnstreiks. Am Morgen des 20. Juli erschien der Vorwärts mit der markigen Forderung: „Hände weg von Preußen!“ Sollte tatsächlich ein Reichskommissar eingesetzt werden, so hieß es, würde es „allergefährlichste Verwicklungen“ geben. Ein weiterer Schritt werde gegangen auf dem Wege zum Krieg aller gegen alle, der sich immer weiter ausbreite, je mehr sich die Reichsregierung „den nationalsozialistischen Wünschen gefügig“ zeige. Vorausschauend wurde formuliert: „Reichskommissar ist Staatsstreichkommissar, in den Augen der verfassungstreuen Bevölkerung ein Gewalthaber ohne Recht. Reichskommissar bedeutet nicht Ordnung, sondern Chaos, nicht weniger Blut, sondern mehr – niemand kann sagen wieviel! Reichskommissar ist der Name des Instruments, mit dem eine gewalttätige Minderheit nach der politischen Macht greift.“

Doch die SPD beließ es, als das Befürchtete eingetroffen war, bei verbalen Protesten: Es sollten am 31. Juli 1932 die Wähler entscheiden. Und man rief den Staatsgerichtshof an. Einer illegitimen Entscheidung ausschließlich so zu antworten und den Putsch letztlich als einen Verfassungskonflikt zwischen dem Reich und einem Land zu behandeln, das läßt berechtigt von einer kampflosen Kapitulation sprechen; es war übrigens Konrad Adenauer, der in einem Brief am 21. Juli 1948 der preußischen Regierung vorwarf, „nicht rechtzeitig die Maßnahmen dagegen ergriffen“ zu haben, „zu denen sie fähig war“. So aber konnte die Reaktion das politische Kräfteverhältnis in Deutschland nachhaltig, wenn nicht sogar entscheidend zu ihren Gunsten verändern. Von Reichsinstitutionen, welche die Aushöhlung und weitgehende Beschränkung der Weimarer Demokratie auf ihre Fahnen geschrieben hatten, konnten demokratische Aktionen oder gar die Rettung der Demokratie nicht erwartet werden. Im Grunde erwies die Tolerierungspolitik gegenüber der galoppierenden Rechtsentwicklung endgültig ihr geschichtliches Versagen. Nicht zuletzt hatte sich die SPD selbst geschwächt, u.a. durch die

Preisgabe von Wahlversprechungen und den massenhaften Ausschluß linker Parteimitglieder. So sah sie ihren eigenen Handlungsspielraum wesentlich eingeschränkt.

Der Aufruf der Kommunisten zum Generalstreik verhallte. Den hätte ihre Partei auch nicht allein durchführen können, verfügte sie doch kaum noch über Mitglieder und Anhänger in den Betrieben. Ein Generalstreik – vergleichbar dem gegen den Kapp-Putsch vom März 1920 – hätte keineswegs Bürgerkrieg bedeutet, wie oft behauptet wird. Machtvoller Widerstand auf den Straßen, in den Betrieben, in den lokalen und regionalen Ämtern des bürokratischen Apparates – gewaltfreien Demonstrationen und Sitzblockaden heutiger Tage entsprechend – wäre nicht ohne gravierenden Einfluß auf das Kräfteverhältnis zwischen Faschisten und Antifaschisten geblieben. Vielfach ist belegt, daß Mitglieder sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Organisationen bereit waren zu protestieren, zu demonstrieren, zu kämpfen. Otto Buchwitz, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, schrieb später, er habe in jenen Tagen „Reichsbannerleute weinen“ sehen und wisse von enttäuschten Genossen, daß sie ihre Mitgliedsbücher hinwarfen. Wilhelm Hoegner, damals ein Reichstagsabgeordneter aus Bayern, erinnerte sich: „In den Berliner Großbetrieben warteten die Vertrauensleute der freien Gewerkschaften fiebernd auf das Zeichen zum Beginn des Generalstreiks.“ Zugleich meinte er, auch christliche Gewerkschafter hätten sich an einem Streik beteiligt, seien sie doch erbittert gegen den abtrünnigen Katholiken Papen gewesen. Aber die deutsche Sozialdemokratie habe schon damals „nicht mehr die Kraft zu einer entschlossenen Tat“ besessen.

Eine entschiedene Ablehnung der lange zuvor bekannten Staatsstreichpläne durch die SPD sowie die rechtzeitige Vorbereitung eines Generalstreiks durch die Gewerkschaften hätten durchaus Wirkung erzielt. Angesichts der verheerenden Folgen des „Preußenschlages“ sind Vorwürfe insbesondere gegen die faktische Kapitulation der sozialdemokratischen Führung zu erheben, zumal eine parteioffizielle „Aufarbeitung“ dieses Versagens bis heute nicht erfolgt ist und überwiegend Argumente derjenigen, die damals vor einem Bürgerkrieg warnten, einen Generalstreik in Zeiten der Wirtschaftskrise für unmöglich hielten und kampfflos sich dekretierter verfassungswidriger Staatsräson beugten, erneut vertreten werden.

„Urteil“ des Staatsgerichtshofes

Wie sich zeigen sollte, brachte die Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 nicht jenes Ergebnis, das sich die sozialdemokratischen Führer erhofft hatten. Auch ihr Gang zum Staatsgerichtshof endete im Grunde erfolglos. Die Richter erklärten am 25. Oktober 1932 das Geschehen vom 20. Juli mit der Reichsverfassung für vereinbar – wer hätte auch etwas anderes erwarten dürfen – und bestätigten damit den eigentlichen Verfassungsbruch. Sufficient hielten die Vertreter der beklagten Reichsregierung – zu ihnen gehörte auch Carl Schmitt, der nach dem blutigen 30. Juni 1934 erklären wird: Der „Führer setzt das Recht“ – den Klägern vor, daß ja der sozialdemokratische Reichspräsident Friedrich Ebert im Herbst 1923 gegenüber den sächsischen und thüringischen Landesregierungen ähnlich verfahren war. Allerdings hielten die Richter auch ein Trostpflaster für die unterlegenen Kläger bereit: Man kritisierte jene Formulierungen in Hindenburgs Notverordnung, welche die Staatlichkeit Preußens anzutasten schienen. Das Leipziger Urteil erlaubte zwar den Mitgliedern der abgesetzten Regierung weiter zu amtieren, doch an den realen Machtverhältnissen änderte sich dadurch gar nichts: Die Minister hatten keine Befugnisse über ihre Ministerien und galten als zuständig für die Vertretung des Landes nach außen, d.h. für das Auftreten Preußens im Reichsrat. Die gesamte Staatsmacht stand indessen nach wie vor dem Reichskommissar zur Verfügung, also dem Reichskanzler Papen, später auch Schleicher und Hitler. Am 6. Februar 1933 wurden sogar jene Befugnisse aufgehoben, die der Staatsgerichtshof der preußischen Landesregierung noch zugesprochen hatte.

Ein Spiel mit den Namen zweier Akteure jener Tage versinnbildlichte die realen Verhältnisse: „Brecht hat das Recht, Bracht hat die Macht!“ Ersterer, ein Ministerialdirektor, galt als Beauf-

tragter der preußischen Minister gegenüber dem Reichskommissar, letzterer übte als Stellvertreter Papens die erputschte und rigide gehandhabte Macht in Preußen aus.

Aus den Quellen: „Den Roten die Zähne zeigen“

Hindenburgs Notverordnung:

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 1 und 2 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen folgendes:

§ 1. Für die Geltungsdauer dieser Verordnung wird der Reichskanzler zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt. Er ist in dieser Eigenschaft ermächtigt, die Mitglieder des Preußischen Staatsministeriums ihres Amtes zu entheben. Er ist weiter ermächtigt, selbst die Dienstgeschäfte des Preußischen Ministerpräsidenten zu übernehmen und andere Personen als Kommissare des Reichs mit der Führung der Preußischen Ministerien zu betrauen.

Dem Reichskanzler stehen alle Befugnisse des Preußischen Ministerpräsidenten, den von ihm mit der Führung der Preußischen Ministerien betrauten Personen innerhalb ihres Geschäftsbereichs alle Befugnisse der Preußischen Staatsminister zu. Der Reichskanzler und die von ihm mit der Führung der Preußischen Ministerien betrauten Personen üben die Befugnisse des Preußischen Staatsministeriums aus.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Otto Klepper berichtet ein Jahr später in der Exilzeitung Das neue Tagebuch:

Er habe nach Severings Aussage, nur der Gewalt weichen zu wollen, vorgeschlagen, „die Sitzung mit Papen für eine Stunde zu unterbrechen um das weitere Vorgehen der preußischen Regierung zu besprechen, und ging zu Tür. Aber Severing erklärte, er hätte nichts mehr mit mir zu beraten und blieb sitzen. Erst jetzt, also nachdem gewiß war, daß kein Widerstand bevorstand, erhielt der Staatssekretär Planck den Auftrag, das Reichswehrkommando in Marsch zu setzen.“

Forderungen der KPD, erhoben in ihrem Aufruf „An die deutsche Arbeiterschaft“ vom 20.7.1932:

„1. Fort mit der faschistischen Militärdiktatur und dem Ausnahmezustand! 2. Fort mit der faschistischen Papen-Regierung! 3. Her mit der uneingeschränkten Versammlungs-, Demonstrations-, Presse- und Organisationsfreiheit für die Arbeiterklasse! 4. Fort mit den faschistischen Notverordnungen gegen Kriegskrüppel, Erwerbslose, Rentner, Arbeiter, Angestellte und Beamte und gegen die Freiheit der Arbeiterbewegung! 5. Für die Entwaffnung der Konterrevolution! 6. Für das Verbot der SA und SS und die Schließung der SA-Kasernen!“

Goebbels schreibt am 20.7.1932 in sein Tagebuch:

„Alles rollt programmäßig ab (...) Man muß den Roten nur die Zähne zeigen, dann kuschen sie. SPD und Gewerkschaften rühren nicht einen Finger. Die Reichswehr steht bereit, aber braucht nicht unmittelbar einzugreifen. Wir sitzen im kleinen Kreis zusammen und stellen einen Wunschzettel auf, was Bracht nun alles tun muß.“ Einen Tag darauf schreibt er: „Die Roten haben ihre große Stunde verpaßt. Die kommt nie wieder.“

Aus einem Brief des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun vom 29.08.1932 über seine Absetzung am 20.7.1932:

„Ich komme hier erst langsam über die Bitterkeit hinweg, die mich über die Art der Amtsenthebung und ihrer Begründung erfüllt. Über zehn Jahre lang habe ich (...) die Reichspolitik ohne Rücksicht auf die Zusammensetzung der Reichsregierung gestützt, oft auch unter Schädigung der Werbekraft meiner Partei (...) Und nun wegen Nichterfüllung der Pflichten gegen

das Reich wie ein Dienstbote, der gestohlen hat, und den man das Haus nicht mehr betreten läßt, aus dem Amt gejagt zu werden, ist reichlich bitter. Und um so mehr, als es auf Anordnung eines Mannes geschieht, (...) der mir nicht zuletzt seine Wiederwahl zum Reichspräsidenten verdankt.“

Der Göttinger Politologe Franz Walter urteilt über den Putsch vom 20.7.1932 (Spiegel online, 19.7.2007):

„Spätestens am 20. Juli 1932 (...) war das Schicksal der ersten deutschen Republik besiegelt. Ein Tag als Lehrstück: für die antidemokratische Skrupellosigkeit der Konservativen jener Jahre, für die Hilflosigkeit und Ermattung der stets nur rhetorisch kraftvoll auftretenden Sozialdemokratie, für die Erosion und den Zerfall der republiktreuen Mitte – schon Monate vor der Etablierung des NS-Regimes. (...) Die Ereignisse des 20. Juli 1932 haben den Konservatismus in Deutschland auf lange Dauer, im Grunde bis heute, diskreditiert. Doch ist der 20. Juli 1932 auch für die Geschichte der Sozialdemokratie ein denkbar trauriges Datum. Ein paar reaktionäre Barone brauchten lediglich einen halben Tag, um das politische Renommierwerk der Sozialdemokraten, eben das republikanische Preußen, zu zertrümmern, ohne daß die SPD diesem Treiben auch nur ansatzweise ernsthaft begegnete. Es war wie immer: Auf Kundgebungen der Partei wurden martialische Reden gehalten, empörte Proteste bekundet, scharf formulierte Resolutionen verabschiedet. Das war es dann aber auch schon.“

junge Welt, Donnerstag, 19.07.2012, S. 10.

Kurs nach rechts

31. Juli 1932: Reichstagswahlen nach gelungenem „Preußen-Schlag“

Angesetzt auf den 31. Juli 1932, stand den Deutschen erneut eine Wahl bevor. Die letzten Reichstagswahlen lagen noch keine zwei Jahre zurück, doch wieder einmal war das Parlament vor dem Ablauf seiner Legislaturperiode aufgelöst worden. Der Zentrumspolitiker Heinrich Brüning hatte als Reichskanzler zurücktreten müssen – gefeuert von Hindenburg, der in hohem Maße ihm seine Wiederwahl als Reichspräsident verdankte. Seit dem 1. Juni regierte Franz von Papen an der Spitze eines Kabinetts der Herrenreiter und Barone, das sich rasch als Steigbügelhalter für Hitler erweisen sollte. Im Hintergrund und als eigentlicher Regierungschef zog allerdings ein Mann der Reichswehr die Fäden: General Kurt von Schleicher, der gelegentlich – gemünzt auf Papen – bemerkte, er brauche keinen Kopf, nur einen Hut.

In den Monaten Juni und Juli entwickelten sich die Verhältnisse im Grunde noch chaotischer als zuvor. Die Auswirkungen der großen Weltwirtschaftskrise erreichten ihren tiefsten Punkt, eine Notverordnung jagte die andere. Leidtragende waren immer Arbeiter, Rentner, Jugendliche, aber auch Händler und Gewerbetreibende. Verwirrend erschien das Spiel der politischen Parteien. Regierung und Reichswehrführung sowie das großbürgerlich-katholische Zentrum und die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) bemühten sich, eine als für sie nutzbringend betrachtete juniorpartnerschaftliche Eingliederung der NSDAP in den bestehenden Herrschaftsapparat zu erreichen, ohne dabei die eigene Führung abgeben zu wollen: Manche erstrebten eine schwarz-braune Koalition, andere eine Neuauflage der „Harzburger Front“.

Alles veränderte den politischen Kurs weiter nach rechts, gipfelnd schließlich im „Preußen-Schlag“ Papens und Hindenburgs gegen die geschäftsführende Regierung des Freistaates (siehe jW-Thema vom 19.7.2012), seinem Erfolg und dem Ausbleiben ernsthaft betriebener Abwehr dieser illegitimen Aktion der Papen-Regierung. Die unaufhaltbar erscheinende Rechtsentwicklung vollzog sich schrittweise, jedoch nicht geradlinig und durchgehend. Es gab Unterbrechungen, auch retardierende Momente. Unter den ökonomisch und politisch Mächtigen wurde intensiv und ernsthaft gestritten. Dabei ging es sowohl um die Frage, bis zu welchen Schmerzgrenzen hin mit Hilfe von Notverordnungen Löhne, Renten, Arbeitslosenversicherungen usw. gekürzt und „gespart“ werden kann, als auch um Varianten und Modalitäten des weiteren Weges deutscher Machtentfaltung gegenüber den Siegermächten des Weltkrieges. Und immer im Visier der Streitenden: jeweils die eigenen Vorteile. In den Auseinandersetzungen um außenpolitische Entscheidungen – es ging vor allem um die Reparationszahlungen und vermeintliche Schäden der Abrüstungspolitik des Völkerbundes für das deutsche Volk – wuchsen zusehends nationalistische, zunehmend auch rassistisch-antisemitische Stimmungen an.

Welle des Terrors

Die bekannte Blindheit auf bzw. das Nichtsehenwollen mit dem rechten Auge – auch heute charakteristisch für Justiz, Staatsbürokratie und mehrere Parteien – ging zu einem Handeln über, das dem Motto folgte, es sei allemal besser, mit den Rechtsextremen gemeinsam gegen die Linken zu handeln. Was damals regierungsoffiziell gegen die Nazis unternommen wurde, stellte keine ernsthaft betriebene Abwehr der Gefahr einer diktatorischen Herrschaft deutscher Faschisten und deren Kurs auf einen neuen Krieg dar.

Von den Regierenden kaum gehindert, ergoß sich eine neue Welle des faschistischen Terrors über das Land. Allein zwischen dem 18. Juni und dem 31. Juli – dem Tag, an dem zum sechsten Mal in der kurzlebigen Weimarer Republik die höchste parlamentarische Volksvertretung gewählt werden sollte – gab es 183 Todesopfer und mehr als 2000 Verwundete. Der faschistische Terror stieß zwar auf Widerstand, doch rief er auch unter vielen Deutschen lähmende

Furcht und existentielle Ängste hervor. Bereits vor dem 30. Januar 1933 bewirkte er Anpassungsbereitschaft, Duldung und Resignation oder sogar ehrfurchtsvolle Anerkennung. Seine propagandistische Rechtfertigung beruhte auch auf dem allgemeinen „Zeitgeist“ – einer massenhaft verbreiteten, durch die Weltkriegserfahrungen größtenteils antikommunistisch fundierten Gewaltakzeptanz – sowie auf einer wachsenden Ablehnung des ausufernden, von Hitler als „undeutsch“ beschimpften Parteienwesens. Die furchtbare soziale Not führte zu umfassendem Frust und gebärte in großen Teilen der Bevölkerung ein zerstörerisches Aggressionspotential, das sich – getragen von einem geschönten Selbstbild – generell gegen die von den Herrschenden stets als „Feinde“ definierten Kräfte innerhalb und außerhalb Deutschlands richtete. Zugleich dominierten vertrauensselige Hoffnungen auf die versprochene bessere Zukunft, auf die „Erlösung“ durch einen neuen „starken Mann“, vor allem durch den „Führer“ Adolf Hitler, sowie eine nahezu religiös gefärbte Heilserwartung.

Unter solchen Bedingungen fanden am 31. Juli 1932 die Reichstagswahlen statt, wobei es selbst am Wahltag noch einmal zwölf Tote und 75 Verletzte gegeben hat. Das Abstimmungsergebnis bestätigte vor allem die jüngsten Erfolge der NSDAP: Die Partei des deutschen Faschismus erreichte gegenüber der Wahl vom 14. September 1930 eine Verdoppelung ihres Stimmenanteils; allerdings erhielt sie nur unwesentlich mehr Zuspruch als Hitler im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahlen. Den 13,8 Millionen Stimmen und 230 Abgeordneten für sie standen knapp 13,2 Millionen Stimmen sowie 133 sozialdemokratische und 89 kommunistische Abgeordnete gegenüber. Der Stimmenanteil der Nazi-Partei (37,4 Prozent) war größer als der von SPD und KPD zusammen (35,1 Prozent). Die SPD verlor gegenüber 1930 zirka 15 Prozent der Stimmen, die KPD wuchs von 13,1 Prozent auf 14,3 Prozent. Die Deutsche Staatspartei verfügte nun nur noch über vier Mandate, die Zahl der Abgeordneten des Christlich-Sozialen Volksdienstes ging von 14 auf drei zurück. Der Wirtschaftspartei blieben von 23 gar nur zwei Sitze. Das Zentrum sowie die Bayerische Volkspartei hatten sich einigermaßen behaupten können. Leichte Verluste erlitt die DNVP, die 37 Sitze errang.

Unvollständiger Sieg

Insbesondere profitierte die NSDAP von den umfangreichen Wählerbewegungen, die es insbesondere unter Angehörigen der Mittelschichten gab: sie gewann zahlreiche Erst- und ehemalige Nichtwähler, ferner bisherige Wähler der DNVP und der DVP, der Wirtschaftspartei und der Deutschen Staatspartei sowie von Angst um ihren Arbeitsplatz getriebene und bürgerlichen Organisationen angehörende Arbeiter. Besonders gestärkt sahen sich die Nazis in mittleren und kleineren Städten sowie in Regionen mit dominierender evangelischer Konfession. Hingegen konnten SPD und KPD zusammen in einigen Wahlkreisen Stimmen hinzugewinnen. In Berlin kamen sie sogar auf einen Anteil von 61,3 Prozent, in Leipzig und Hamburg auf 51,8 bzw. 49,4 Prozent der Wählerstimmen.

Dennoch brachte das Wahlergebnis, ähnlich wie das in Preußen bei der Landtagswahl vom 24. April 1932, eine Art Pattsituation. Zwar stand die Bildung einer neuen Reichsregierung auf der Tagesordnung, doch sie kam nicht zustande. Die Nazis und die Deutschnationale Volkspartei verfügten nicht über die Mehrheit, selbst dann nicht, wenn sie noch von den insgesamt neun Abgeordneten der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei unterstützt worden wären. Allenfalls hätten NSDAP und die Zentrumspartei koalieren können, doch gegen eine solche Lösung gab es in beiden Parteien erhebliche Widerstände.

Unter Antifaschisten tauchten Illusionen auf. So erklärte für die Reichstagsfraktion der SPD ihr Vorsitzender Ernst Heilmann, der faschistische Ansturm sei „abgeschlagen“; ähnlich lautete sogar am 1. Januar 1933 der Rückblick auf das vergangene Jahr. Als großen Erfolg vor allem ihrer Politik der Antifaschistischen Aktion bezeichnete die Führung der Kommunistischen Partei ihr Wahlergebnis. Sie freute sich, der SPD Stimmen „abgerungen“ zu haben und

sah darin einen Nachweis ihrer Entfaltung hin zur „Führerin immer breiterer Massen des deutschen Proletariats“.

Die NSDAP setzte im Grunde alles auf eine Karte und verlangte, Hitler müsse in einer neuen Koalitionsregierung Reichskanzler werden. Wilhelm Frick, Hermann Göring, Gregor Strasser und Joseph Goebbels sollten die Ministerien für Inneres, Luftfahrt, Arbeit und Erziehung übertragen werden. Die Entscheidung Hindenburgs vom 13. August, Hitler lediglich den Posten eines Vizekanzlers anzubieten und dessen Forderung „Alles oder nichts“ abzulehnen, ließ keinerlei Zweifel an der „nationalen Zuverlässigkeit“ der NSDAP erkennen, wohl aber Befürchtungen, diese Partei und ihr „Führer“ könnten eventuell die vor allem mit sozialpolitischer Demagogie gewonnenen und kampfbereiten Anhänger nicht in ihrem Sinne beherrschen. Einen anderen Weg benannte Reichsinnenminister Wilhelm von Gayl (DNVP) – dies ausgerechnet am 11.8.1932 in der offiziellen Feier zum Jahrestag der Weimarer Verfassung: Diese sei autoritär zu „reformieren“. Im einzelnen wollte er das Wahlalter heraufgesetzt, das Wahlrecht mit Zusatzstimmen für „Familienernährer und Mütter“ ergänzt und die Regierungsgewalt „verselbständigt“ sehen.

junge Welt, Sonnabend, 28.07.2012, S. 15.

Terror ohne Sühne

10. August 1932: Brutaler Nazimord im oberschlesischen Potempa

Im Sommer 1932 trieb es die Nazis in besonderem Maße um: Ermuntert durch ihren Erfolg bei den Reichstagswahlen vom 31. Juli, zugleich aber ernüchtert, keine Mehrheit errungen und keine Aussicht auf eine Kanzlerschaft Hitlers zu haben (siehe jW vom 28./29.7.), bemühten sie sich nachdrücklich um das Erreichen entscheidender Machtpositionen in den neu zu besetzenden Regierungsgeschäften. Sie handelten wie in solchen Situationen üblich: Ihr Terror verstärkte sich, und dies so, daß selbst ihre regierungsamtlichen Gönner sich gezwungen sahen, diesen Zuständen einen Riegel vorzuschieben, wollten sie sich in der Öffentlichkeit nicht allzu sehr als einseitig und antidemokratisch kompromittieren. Das Papen-Kabinett bereitete eine neue Notverordnung „gegen politischen Terror“ vor. Diese – beschlossen am 9. August – sah etwas vor, was es bis dahin nicht gegeben hatte: die Todesstrafe für politisch motivierten Totschlag.

Daß diese Strafverschärfung unmittelbar nach dem Inkrafttreten der Verordnung die NSDAP treffen würde, hatte man offensichtlich nicht erwartet, beschuldigten die Herrschenden doch in aller Regel als erstes immer antifaschistische Kräfte. Als das Kabinett am 4. August über die Einführung der Todesstrafe in bestimmten Fällen beraten hatte, meinte Innenminister Wilhelm Freiherr von Gayl, die „Bekämpfung der KPD werde dann leichter gehen“. Zugleich hoffte er, daß mit der Verkündung der neuen Gesetzlichkeit „gleichzeitig auch einige kommunistische Organisationen verboten“ werden könnten. Auch Hitler hatte diese Notverordnung ausdrücklich begrüßt, sei doch mit ihr „endlich ein Anfang zur Vernichtung des roten Mordbanditentums“ gemacht. Ja, sie schien ihm nicht einmal als scharf genug: „Eine nationalsozialistische Notverordnung würde hier ganz anders durchgegriffen haben“, und zwar durch die „sofortige Verhaftung aller kommunistischen und sozialdemokratischen Parteifunktionäre, die konzentrierte Ausräucherung der Mordviertel und die Unterbringung Verdächtiger und intellektueller Anstifter in Konzentrationslagern“. Nachzulesen im *Völkischen Beobachter* vom 11. August 1932, was insbesondere jenen Geschichtsschreibern zu empfehlen wäre, die in Hindenburg, Papen, Gayl usw. nicht so sehr die Wegbereiter Hitlers sehen wollen, sondern deren Kurs auf die Beibehaltung eines präsidialdiktatorischen Herrschaftsstiles eher als eine angeblich ernsthaft zu erwägende Alternative zu Hitler betrachten.

In eigenen Fallstricken

Den ersten politisch motivierten Mord, den es nach den neuen Maßstäben zu be- und verurteilen galt, verübte in der Nacht vom 9. zum 10. August eine neunköpfige Gruppe von SA-Leuten im oberschlesischen Dorf Potempa. Es handelte sich um eine selbst für die damaligen Verhältnisse und für die nazistischen Praktiken besonders grausame, ja bestialische Aktion. Fünf Mann drangen, nachdem sie gezecht und eine zielorientierte Wegstrecke von fast 20 Kilometern zurückgelegt hatten, in die Wohnung des Arbeiters und Gewerkschafters Konrad Pietrzuch ein, schossen auf ihn, prügelten und stachen unablässig auf ihn ein, alles vor den Augen seiner Mutter. Die Leiche wies 29 schwere Verletzungen auf, der Kehlkopf war total zerfetzt.

Des Falles hatte sich ein Sondergericht in Beuthen anzunehmen. Es verurteilte am 22. August fünf der Täter: den Gastwirt Paul Lachmann, den Elektriker Reinhold Kottisch, den Grubenarbeiter Rufin Wolnitza, den Häuer August Gräupner und den Markenkontrolleur Helmut Josef Müller zum Tode. Einer wurde mit zwei Jahren Zuchthaus bestraft, drei kamen mit einem Freispruch davon.

Was nun folgte, dürfte in der Geschichte politischer Parteien und selbst in der von faschistischen Organisationen einmalig sein: Hitler beschimpfte Reichskanzler Papen öffentlich als

„Bluthund“ und schickte den verurteilten Mördern ein Telegramm, das auch im *Völkischen Beobachter* erschien. Sein schamlos-erschreckender Inhalt: „Meine Kameraden! Angesichts dieses ungeheuerlichen Bluturteils fühle ich mich Euch in unbegrenzter Treue verbunden. Eure Freiheit ist von diesem Augenblick an eine Frage unserer Ehre. Der Kampf gegen eine Regierung, unter der dies möglich war, unsere Pflicht!“ Den Familien der Verurteilten ließ die NSDAP jeweils tausend Mark zukommen.

Mord als Notwehr

Vier Tage darauf verstieg sich Parteiideologe Alfred Rosenberg zu einer Erklärung, was denn „nationalsozialistisches Rechtsverständnis“ sein müsse. Dieses gehe von dem Grundsatz aus, daß Seele nicht gleich Seele, daß Mensch nicht gleich Mensch sei. Daher könne es kein Recht an sich geben. Das Recht habe sich an einem Ziel zu orientieren, und dieses sei „der starke deutsche Mensch, sein Bekenntnis ist der Schutz dieses Deutschen“. Dem habe alles Recht und Gesellschaftsleben, Politik und Wirtschaft sich unterzuordnen bzw. auf diese „Zwecksetzung einzustellen“. Und weiter sah er in der „Aufhebung des Bluturteils die unumgängliche Voraussetzung zur Wiederherstellung einer volksschützenden Neuordnung der sozialen Werte“. Am 8. September 1932 in München kündigte Hitler an, im kommenden nationalsozialistischen Reich würden niemals fünf deutsche Männer wegen eines Polen verurteilt werden.

Auch konservative Kreise sprachen sich gegen das Urteil aus. So schrieben die großbürgerlichen *Hamburger Nachrichten*: „Was in Beuthen abgeurteilt wurde, war ja kein Gewaltakt gegen einen deutschen Volksgenossen, sondern die Beseitigung eines polnischen Halunken, der zudem noch Kommunist war. Also ein zwiefacher Minusmensch, der das Recht, auf deutschem Boden zu leben, längst verwirkt hatte (...) Hat man denn um Gottes willen in deutschen Richterkreisen immer noch nicht begriffen, daß es sich im Osten in dem Grenzkampf zwischen germanischen Edelmenschen und polnischen Untermenschen um den Daseinskampf des deutschen Volkes handelt?“

Im Prozeß wurden die Potempa-Mörder von Walter Luetgebrune verteidigt, also von einem Juristen, der seine Unterstützung bereits dem Kapp-Putschisten und Chef der „Organisation Consul“ Hermann Ehrhardt gewährt hatte, darüber hinaus auch den Mördern des Reichsaußenministers Walther Rathenau sowie Erich Ludendorff, der gemeinsam mit Hitler wegen des Putsches vom November 1923 vor einem bayerischen Gericht stand. 1931 verließ er die Deutschnationale Volkspartei und trat in die NSDAP ein. Ernst Röhm, den er als Landsknechtstyp bewunderte, verlieh ihm 1932 den Rang eines SA-Gruppenführers. So geschult und dekoriert, plädierte der Staranwalt vieler nazistischer Terroristen auch in Beuthen für ein „latentes Notwehrrecht“ und forderte, die Angeklagten als „tüchtige Soldaten“ zu bewerten, die „auf einen Befehl oder einen militärischen Aufruf reagierten, ohne lange zu fragen warum und weshalb“. Allerdings unternahm er auch alles, um die Mörder als Einzeltäter ohne „Hintermänner“ erscheinen zu lassen. In der deutschen Reichsregierung entstand übrigens erst ein Diskussionsbedarf zu diesem Fall, als Hindenburg fürsorglich angeregt hatte, die Täter doch zu begnadigen – sie hätten ja eineinhalb Stunden nach dem Inkrafttreten der Verordnung noch nichts von dieser wissen können.

Nicht allein die besonders schreckliche Mordtat, noch mehr ihre Rechtfertigung und schließlich auch die am 2. September 1932 erfolgte Begnadigung zu lebenslänglichem Zuchthaus sowie die völlige Freilassung der Verurteilten am 23. März 1933 ließen deutlich erkennen, wohin Deutschland sich entwickeln würde, sollte der Mann Reichskanzler werden, der seine deutsche „Ehre“ mit dem Schicksal rechtskräftig verurteilter Mordbuben verknüpfte.

Aus den Quellen:

Aus dem Gerichtsurteil vom 22.8.1932, gestützt auf das Gutachten des Gerichtsmediziners Dr. Weimann:

„Die Verletzungen befanden sich fast ausschließlich am Oberkörper, nur zwei am rechten Bein. Alle Verletzungen sind durch große Gewalt verursacht worden. An der rechten und linken Halsseite fanden sich Würfspuren. Insbesondere waren am Halse auch ausgedehnte Hautabschürfungen, Blutungen in den Halsweichteilen, Gewebeerreißen und ein völliger Durchriß der rechten großen Halsschlagader festzustellen. (...) Der Sachverständige nimmt als sicher an, daß Konrad Pietrzuch auf dem Boden liegend mit voller Wucht getreten wurde, so daß der Hacken des Schuhs hierbei in den Hals hineingepreßt wurde.“

Walter Luetgebrune telegraphiert am 22.8.1932 an Ernst Röhm:

„... wenn Urteil auch in der ergangenen Form vollkommen verfehlt, so doch für Kameraden im Erfolg erfreulich. Hier klar erwiesen, daß in der Angelegenheit keinerlei Hintermänner.“

Thomas Mann im *Berliner Tageblatt* zu faschistischen Terrorakten von Anfang 1932 in Ostpreußen:

„Werden die blutigen Schandtaten von Königsberg den Bewunderern der seelenvollen Bewegung, die sich Nationalsozialismus nennt, sogar den Pastoren, Professoren, Studienräten und Literaten, die ihr schwatzend nachlaufen, endlich die Augen öffnen über die wahre Natur dieser Volkskrankheit?“

junge Welt, Sonnabend, 04.08.2012, S. 15.

Völkisch und reaktionär

2. September 1917: Die „Deutsche Vaterlandspartei“ wird gegründet

Im Laufe des Jahres 1917 packte in Deutschland die Herrschenden, insbesondere die konservativen und völkischen Kreise, das reine Entsetzen, als sie mehr und mehr erkennen konnten, in welchem Maße ihr Einfluß auf die Massen zu schwinden drohte. Das mörderische Kriegsgeschehen dauerte an, doch ein militärischer Sieg geriet weit außer Sicht. Der Wunsch, endlich Frieden zu schließen, erfaßte breite Kreise der Bevölkerung. Erhebungen konnten, wie die russische Februarrevolution gezeigt hatte, nicht mehr ausgeschlossen werden. Im Deutschen Reichstag fand sich eine Mehrheit aus Liberalen, katholischer Zentrumspartei und Sozialdemokraten, die am 19. Juli 1917 einen baldigen Abschluß des Krieges mit einem „Verständigungsfrieden“ forderte. Doch den vom Zaun gebrochenen Krieg mit politischer Vernunft zu beenden und sich von imperialistischen Kriegszielen zu verabschieden – das überstieg gleichermaßen Willen und Fähigkeit der konservativ-nationalistischen und militaristischen Kräfte. Ihre Parole lautete weiterhin: „Siegfrieden“. Nur ein „voller Sieg“ sei ein wirklicher Erfolg, verpackt in das Argument, Deutschland müsse so mächtig sein, „daß uns niemand mehr anzugreifen wagt“. Kündigte sich da bereits das nazistische „Endsieg“-Wollen an?

Losung: „Durchhalten“

Die annexionistischen und wirtschaftspolitischen Ziele sollten mit verschärfter Kriegführung an den Fronten erreicht werden, auf innenpolitischem Gebiet unterstützt von einem Abbau parlamentarisch-demokratischer Regeln. Wer sich einem anderen Verständnis von Frieden verpflichtet sah, dem wurden selbstmörderische Nervenschwäche und Vaterlandsverrat vorgeworfen. Letzteres ein infamer Versuch, den politischen Gegner im Inneren mit dem äußeren Feind zu identifizieren, zugleich ein Bruch mit der 1914 beschlossenen Politik eines „Burgfriedens“ mit der Sozialdemokratie. Populistisch hieß es, man müsse nur „durchhalten“, standhaft bleiben und unerschütterlich an einen als unvermeidlich propagierten Sieg glauben. Die kriegsmüde gewordenen Massen, so das Kalkül, würden sich mit maßlos gesteigerter nationalistischer Propaganda weiter mobilisieren lassen, auf die Wirksamkeit eines diktatorischen Regimes und schließlich auch auf das Auftreten einer neuen politischen Organisation hoffend.

Die Initiativen, die sich in dieser Hinsicht als die wirkungsvollsten erwiesen und in Königsberg am 2. September 1917, dem sogenannten Sedanstag, zur Gründung der Deutschen Vaterlandspartei führten, gingen von Generallandschaftsdirektor a. D. Wolfgang Kapp aus, einem unverkennbaren Interessenvertreter der ostpreußisch-konservativen Großagrarien und späteren Putschisten gegen die Weimarer Republik. In Berlin, Hamburg und Bremen besprach er mit Bankiers, Großhändlern, Großindustriellen und einigen Intellektuellen Pläne zur Schaffung eines Bismarck-Bundes gegen den Parteihader im Krieg. Doch dieser Plan wurde rasch verworfen. Man glaubte, lediglich im Rahmen einer Partei den „politisch notwendigen Sammelpunkt“ schaffen zu können. So ging die Rede mal von einer Bismarck-Partei, mal von einer Deutschen Einheitspartei, bevor das „Vaterland“ für den Namen usurpiert wurde.

Zum Gründerkreis zählten neben Kapp 20 weitere Persönlichkeiten vornehmlich aus Ostpreußen. Durch Zuruf wurden Großadmiral Alfred von Tirpitz, Johann Albrecht Herzog von Mecklenburg und Kapp an die Spitze der neuen Partei gewählt. In den Engeren Ausschuß gelangten Conrad Freiherr von Wangenheim, Reichsrat Franz von Buhl, die Historiker Georg von Below und Dietrich Schäfer, die Oberbürgermeister von Königsberg und Halle sowie der Stadtdirektor von Hannover. Wenige Tage darauf kam auch Heinrich Claß hinzu, der Vorsitzende des berüchtigten Alldeutschen Verbandes und Verfasser des Buches „Wenn ich der

Kaiser wär'. Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten“. Eine ganze Reihe von Großindustriellen engagierte sich bei der Schaffung von Landesvereinen der Partei – so z. B. Ernst von Borsig in Berlin und Paul Röchling für die Rheinprovinz. Zu den Mitgliedern zählten ebenso Carl Duisberg, Alfred Hugenberg, Emil Kirdorf, Max Roetger. Seit März 1918 wirkte Werner von Siemens im Vorstand der Partei.

Die Gründer der Vaterlandspartei sahen zunächst den Historiker Max Lenz für den Vorsitz vor. Der hatte sich zwar zuerst gegen die Schaffung einer neuen Partei ausgesprochen, schrieb aber bald bekehrt, es sei möglich, daß sich nach der Gründung der neuen Partei „ein Chor von so starker Resonanz bildet, um dem Stumpfsinn und der Mattherzigkeit unserer Quasi-Reichsvertreter zu imponieren und die Flaumacher in Berlin oben und unten zum Schweigen zu bringen“. Erläuternd setzte er hinzu: „Das Beste wäre ja wohl (...), in der Wilhelmstraße Gas abzublasen“, um so die Regierung auf Vordermann zu bringen, doch leider wären „so scharfe Mittel nur an der Front üblich“.

Imperialistisches Programm

Die Parteiführung entfaltete hektische Betriebsamkeit. Sie legte u.a. große Vorräte an Papier an, da sie Propaganda in neuem Ausmaß betreiben wollte. Zahllose Versammlungen wurden organisiert. Eine Flut von Erklärungen, Aufrufen und Schriften überschwemmte das Land. In Telegrammen an den Kaiser, die Regierung und die Oberste Heeresleitung (OHL) sollten diese aufgefordert werden, das „Unheil und die Schmach eines Verzichtfriedens“ abzuwenden. Die Landesvereine erhielten dazu vorgestanzte Formulierungen, verbunden mit der Anweisung, dennoch nicht den „Eindruck einheitlicher Lenkung“ entstehen zu lassen.

Nicht ohne zeitweiligen Erfolg zielte die Vaterlandspartei auf das Gewinnen großer Mitgliederscharen, ganz nach dem Motto: „Beherrschung der Massen durch Umklammerung!“ Mitunter wurde von der Notwendigkeit gesprochen, eine bürgerliche „Partei der Parteilosen“ zu sein. Die im Januar 1918 erfolgte Einrichtung einer eigenen „Abteilung für Werbung und nationalpolitische Aufklärung unter Arbeitern“ ließ erkennen, wer vor allem geworben werden sollte. Man wandte sich an jene Arbeiter, die „unorganisiert abseits aller Gewerkschafts- und Parteistreitigkeiten“ stünden. Diese sollten „auf nationaler Grundlage zu einer einheitlichen Kampffront“ zusammengeführt werden.

Doch eine Kampffront wofür? In allen Einzelheiten propagierte die Vaterlandspartei ihre außenpolitischen Ziele. Da ging es um die Annexion Belgiens mit der flandrischen Küste, des Erzbeckens von Brie und Longwy, großer Gebiete Nordfrankreichs mit der Kanalküste einschließlich der Normandie, ferner um die Einverleibung Luxemburgs und der Niederlande, um die Schaffung eines von Deutschland beherrschten polnischen Staates, die Besetzung der baltischen Länder sowie weiterer Gebiete in Weißrußland und der Ukraine. Nicht zuletzt strebte sie die Schaffung eines den „deutschen Lebensnotwendigkeiten“ entsprechenden geschlossenen „mittelafrikanischen deutschen Kaiserreichs“ und die Zahlung riesiger Kontributionen durch die Feindmächte an.

Die Vaterlandspartei existierte lediglich eineinhalb Jahre. Sie war mit ihren rund 300.000 Mitgliedern – sie selbst sprach von 1,25 Millionen – zeitweilig eine der größten unter den Parteien im damaligen Deutschland. In dem Maße, wie der Erste Weltkrieg sich seinem Ende zuneigte, zerfiel sie. Der leitende Reichsausschuß beschloß einen Monat nach dem Beginn der Novemberrevolution, am 10. Dezember 1918, die Partei aufzulösen.

Historisch bedeutsam sollte vor allem die Tatsache werden, daß kurze Zeit nach ihrem Ende und ihrem Aufgehen in der Deutschnationalen Volkspartei eine neue Partei direkt an sie anknüpfte: die NSDAP. Zu deren Gründern gehörte Anton Drexler, der die Vaterlandspartei euphorisch als „Lichtstrahl“ begrüßt hatte. Gleich, ob konzeptionell oder organisationsge-

schichtlich – sie war mehr als nur ein parteiengeschichtlicher Endpunkt bürgerlicher Sammlungsbewegungen im Kaiserreich. Sie wies auch über den bis dahin dominierenden Typ bürgerlicher Honoratioren-Parteien hinaus. Insbesondere kann sie als Modell für den Versuch betrachtet werden, einen ausreichenden Massenanhang – auch unter der Arbeiterschaft – zur Unterstützung nationalistischer und expansionistischer Ziele zu gewinnen. Insofern gilt sie als ein Glied in der Kette, die in der Weimarer Republik konservativ-nationale und völkisch-antisemitische Kreise mit den Nazis verband.

Aus den Quellen: „Kraftvolles Werkzeug“

Aus dem „großen Aufruf der DVLP“ vom 2.9.1917: „Unsere Regierung befindet sich nach den Geschehnissen der Vergangenheit (gemeint war die Friedensresolution der Reichstagsmehrheit – M. W.) in einer Zwangslage. Ohne einen starken Rückhalt im Volk kann die Regierung allein der Lage nicht Herr werden. Sie braucht für eine kraftvolle Reichspolitik auch kraftvolles Werkzeug. Ein solches Werkzeug muß sein eine große, auf weite vaterländische Kreise gestützte Volkspartei“.

Aus einem Rundschreiben an die Landesvereine der Vaterlandspartei: „Millionen deutscher Arbeiter stehen unorganisiert abseits aller Gewerkschafts- und Parteistreitigkeiten. Andere Millionen sind konfessionelle oder reichstreue Arbeiterorganisationen gegliedert. Diese bilden eine ernste Gegnerschaft der Umsturzbestrebungen. Es muß nun die nächste Aufgabe der Vaterlandspartei sein, die abseits stehenden Arbeiter und die vaterländisch gesinnten Arbeitergruppen auf nationaler Grundlage zu einer einheitlichen Kampffront zu sammeln.“

junge Welt, Sonnabend, 01.09.2012, S. 15.

„Die Straße frei“ – für Nazis

Vor 90 Jahren: Am 14. und 15. Oktober 1922 findet in Coburg der „Deutsche Tag“ statt

Sommer 1922: Dem sich formierenden Frühfaschismus schien ein Riegel vorgeschoben zu sein, denn unter dem Druck der umfangreichen, ja geradezu stürmischen Proteste gegen die Ermordung des Außenministers Walther Rathenau (siehe jW-thema, 22.6.2012) waren ein Gesetz zum Schutz der Republik beschlossen und Verbote für einige Verbände ausgesprochen worden. Die davon Betroffenen suchten neue Wege. Sie gründeten Ersatzorganisationen und bemühten sich verstärkt um engeren Schulterschuß im eigenen Lager. Und sie traten mit neuen, noch radikaleren und gewalttätigeren Attacken auf; darin von den staatlichen Behörden wenig behindert, oftmals sogar direkt unterstützt.

Vor allem in Bayern, das die Konservativen als „Ordnungszelle“ für das Reich verstanden, hielt die Landesregierung schützend ihre Hand z. B. über den Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund, den damals noch mit rund 200.000 Mitgliedern größten und wohl auch aktivsten unter den völkisch-rassistischen Vereinen. Während in Preußen, Thüringen, Sachsen, Hessen und einigen anderen Ländern diese Organisation verboten wurde, verweigerten die Bayern die Zustimmung zu allen Maßnahmen, die auf der Grundlage des Republikschutzgesetzes getroffen werden sollten. Völkische und Nazis galten als eine willkommene Unterstützung ihrer eigenen Bestrebungen gegen die Reichsregierung, ihrer partikularistischen und teilweise sogar separatistischen Vorhaben. Ihr Chef, Gustav Ritter von Kahr, lieferte eine – damals schon falsche und verlogene, seither dennoch oftmals verwendete – Begründung: „Gäbe es keinen linksgerichteten Radikalismus, so gäbe es auch keinen rechtsgerichteten nationalistischen ...“

Der Reaktion in Bayern schien alles recht und nützlich, was sich für den Kampf gegen die Weimarer Republik, gegen demokratische und sozialistische Bewegungen mobilisieren ließ. Daher hielt sie auch die NSDAP für „notwendig als ausgleichendes Moment gegenüber den Anmaßungen der freien Gewerkschaften“, wie es in einem Bericht der Münchner Polizei hieß. Die Überwachung der Radikalnationalisten erfolge – so eines der verschleiernenden Argumente – nur, um das „Überschäumen des jugendlichen Kraftgefühls rechtzeitig verhindern zu können“. Eine andere Aussage kam u. a. aus den Reihen der Deutschen Vereinigung, einer nationalistischen Organisation, in deren Führung katholische Großindustrielle und -agrarien den Ton angaben und die in Opposition zur Zentrums- und zur Bayerischen Volkspartei stand. In ihr brachte man zum Ausdruck, was viele dachten: Sie ließ in ihrer Presse verlauten, daß sie in der neuen Partei „gute Ansätze“ erkenne. Deutlicher noch hieß es: „Als Werkzeug der Befreiung verspricht sie, gute Dienste zu tun, zur Führung fehlt ihr noch ein Mussolini; und um große Teile der Arbeiterschaft zum nationalen Gedanken dauernd zurückzugewinnen, ist nicht nur ehrliche Begeisterung nötig, sondern noch mehr zielbewußte, systematische, unverdrossene Kleinarbeit, Erziehung von Mann zu Mann.“

„German Days“

Nach dem Ersten Weltkrieg griff der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund für seine antidemokratischen und rassistischen Veranstaltungen ein Modell auf, das zunächst von Auslandsdeutschen praktiziert worden war. Schon seit den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts trafen sich in den USA und anderen Staaten lebende Bürger deutscher Nationalität zu „German days“. Nun fanden 1920 und 1921 in Weimar und Detmold die ersten beiden „Deutsche Tage“ statt, die der Bund sowie die von ihm geleitete Gemeinschaft deutschvölkischer Bünde inszenierten. Um dabei sein zu können, mußten die Teilnehmewilligen zuvor ein sogenannte Blutsbekenntnis abgelegt haben. Erst dann durften sie sich an den Gottesdiensten, Theater- und Rezitationsabenden und Fahnenweihen beteiligen, sich die zahlreichen Reden anhören

ren und zu meist sehr martialisch gestalteten Kundgebungen antreten. Am Rande berieten führende Männer aus zahlreichen völkischen Vereinen über ihren weiteren Kurs. Mit dem Unternehmen „Deutscher Tag“ sollte auch versucht werden, eine „Kammer für deutsches Volkstum“ zu installieren, gedacht im Grunde als Form einer Alternative zum gescholtenen und diffamierten Parlamentarismus der Weimarer Republik. Allerdings hielten sich die organisationspolitischen Ergebnisse in Grenzen. Es kam keine zentrale Organisation für alle bestehenden völkischen Bünde, Orden und Verbände zustande. Die Pläne scheiterten an konzeptionellen und persönlichen Differenzen.

Erst der dritte „Deutsche Tag“ erbrachte ein außergewöhnliches Resultat. Er sollte der bekannteste und folgeschwerste werden. In die fränkische Stadt Coburg (damals oft auch mit „K“ geschrieben) wurde dazu eingeladen von Hans Dietrich, der die Funktion eines Gauleiters des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes in Nordbayern ausübte. Zugleich leitete er in Franken den Jungdeutschen Orden und muß als eine zentrale Figur im informellen Netzwerk gesehen werden, das zwischen einem großen Teil der völkisch-nationalistischen und rassistisch-antisemitischen Gruppen entstanden war. Der Ort hatte sich auch angeboten, weil die Völkischen hier in Herzog Carl Eduard von Sachsen-Coburg und Gotha einen Mann besaßen, bei dem Hermann Ehrhardt – Chef der Organisation Consul und verantwortlich für die Morde an Matthias Erzberger und Walther Rathenau – ein und ausging. Der Blaublütige stand wie viele andere auch dem Bund sehr nahe und unterstützte ihn nicht nur finanziell.

Indessen gab bei der Wahl des Ortes wohl eine andere Überlegung den Ausschlag: Man war gewiß, in Coburg einerseits auf Duldung und Unterstützung durch das ausgeprägte bürgerlich-konservative Milieu sowie andererseits auf eine relativ starke Arbeiterbewegung zu stoßen, die es zu provozieren galt, weil man es ihr einmal so richtig zeigen wollte. Die Organisatoren luden auch die Naziartei ein und verbanden dies mit einem ausgesprochen terroristischen Hintergedanken. Man habe gehofft, so schrieb der Geschäftsführende Vorsitzende des Bundes, Gertzlaff von Hertzberg, am 24. Oktober 1922, die Truppen aus München würden den eigenen Anhängern vorführen, „wie man Stoßtrupps aufzieht und durch eigene Kraft den Mob im Zaume hält“. Führende Kreise des Bundes wollten durchaus auch „eine Art Faschistenbewegung aufbauen (...) und auf diesem Wege fortschreiten“, wie Alfred Roth als Geschäftsführer des Bundes am 3. November 1922 an einen Thüringer Gesinnungsgenossen schrieb. Eine der vielen Reden, die in Coburg gehalten werden sollten, trug folgerichtig den Titel: „Neue Arbeitsmethoden in der völkischen Bewegung“ – offensichtlich in radikalisierender Absicht gerichtet gegen die oftmals beklagte „Lauheit und Gleichgültigkeit“ der Schutzbünd-Anhänger. Die ohnehin geringen Unterschiede, die es in Ideologie und Zielsetzungen zwischen den Völkischen und den noch radikaleren Faschisten gab, ebneten sich mehr und mehr ein. Erstere gerieten zu wirkungsvollen Schrittmachern und Wegbereitern der letzteren.

Rabatte für Nazis

Hitler beantwortete die Einladung nach Coburg prompt. Die Gelegenheit, über den bisherigen Wirkungskreis in der Landeshauptstadt und deren Umfeld hinaus nun auch im Norden des bayerischen Freistaates zu agieren, wollte er sich nicht entgehen lassen. Er verstand auch die Offerte, die etwas verklausuliert ihm persönlich sowie „einigen seiner Herren“ galt. Ein Sonderzug wurde geordert für 650 SA-Leute. Zudem dachte der oberste Nazi geschäftstüchtig: Für die Beteiligung seiner Leute forderte er einen „Massenrabatt“. Den gewährleistete ihm der Coburger Organisator unbedenklich und generös: „Gewähre 50 Prozent Ermäßigung auf Teilnehmergebühr – wenn notwendig noch mehr“, telegrafierte Dietrich nach München.

Mit klingendem Spiel wollten die SA-Hundertschaften in Coburg einmarschieren, doch das konnte auf dem Coburger Bahnhofsvorplatz von lautstark protestierenden Arbeitern zunächst verzögert werden. Allerdings erwiesen sich die Nazis, bewaffnet zumeist mit Bergstöcken und

Gummiknütteln, bereits hier und später in anderen Straßen sowie bei nächtlichen Einsätzen und in Aktionen gegen jüdische Bürger als regelrechte Terroristen – sowohl in angewiesener Art als auch in erwünschter Weise. Daß die SA am Sonntag wider alle Abreden mit den Völkischen allein auf die Veste Coburg marschierte, rief bei letzteren zwar eine kleine Verärgerung hervor, doch zeigte man sich recht verständnisvoll. Überhaupt schien alles in den Hintergrund gedrängt, was es an anderen Veranstaltungen im Rahmen dieses „Deutschen Tages“ für die rund 4000 Teilnehmer hatte geben sollen. Auch von den beiden Resolutionen, die bei der Abschlußveranstaltung im Coburger Hofbräuhaus verabschiedet wurden, nahm später kaum jemand Notiz – alles stand im Zeichen der „nationalsozialistischen Erfolge“.

Zu diesen trugen auch die örtlichen Behörden bei. Im Vorfeld des Tages hatten sie mit Vertretern von Arbeiterorganisationen Gespräche geführt, um am Ende zu verkünden, Coburg müsse den Völkischen „Gastrecht“ gewährleisten. Drohend wurde hinzugefügt, man werde für „Ruhe und Ordnung“ sorgen, „notfalls auch gegen die Arbeiter durch Polizeikräfte“ vorgehen, sollte die Ruhe durch sie gefährdet werden. Oberregierungsrat Ernst Fritsch setzte die Coburger Arbeiterführer schriftlich von den Sicherungsmaßnahmen der Polizei des Frankenlandes in Kenntnis; die Veranstalter darüber zu informieren, unterließ er allerdings, so daß diese hoffen durften, für sie sei die Straße „frei“!

Polizei gegen Protestierende

Auch als sich die Nazis bei ihren Märschen durch die Stadt nicht an die erteilten Auflagen hielten, erfolgte kein Einsatz der Polizei. Fritsch lud Hitler höflich zu einem Gespräch ein, doch dieser dachte nicht daran zu erscheinen. Auch das blieb folgenlos. Die staatlichen Behörden tolerierten das Verhalten der Faschisten, was in der linken Presse als „Kapitulation der Staatsgewalt vor den Hitler-Gardisten“ angeprangert wurde. In ihren offiziellen Stellungnahmen schoben die bayerischen Behörden alle Schuld auf die protestierenden Antifaschisten, gegen die vorzugehen sowohl die Nazis als auch die Polizei gezwungen gewesen wären. Als im Landtag über die Ereignisse debattiert wurde, zeigte vor allem der bayerische Innenminister Franz Schwyer verständnisvolle Sympathie für den Auftritt der Nazis, obgleich ein Augenzeuge den Berliner Behörden einen detaillierten Bericht geliefert hatte, aus dem hervorging, in welchem Maße gerade das Auftreten der SA-Trupps als primäre Ursache der gewalttätigen Auseinandersetzungen anzusehen war und wie passiv sich die Polizei gegenüber den paramilitärisch organisierten Kräften verhalten hatte.

Auch im nachhinein gab es nicht einmal eine Anklageerhebung gegen Hitler und die SA. Das Schöffengericht beim Amtsgericht Coburg verurteilte indessen einige Sozialdemokraten und Kommunisten wegen „gemeinschaftlicher Körperverletzung“, mußte allerdings viele Angeklagte wegen Mangels an Beweisen freisprechen. Was den Beamten Fritsch veranlaßte, seinen Oberen in München mitzuteilen: „Meine persönliche Überzeugung ist die, daß das Strafverfahren anders ausgegangen wäre, wenn am Tage nach der Tat die mutmaßlichen Täter sofort verhaftet worden wären; dies ist damals und bei den späteren Verbrechen des Landfriedensbruchs (sic!) nicht geschehen, und damit war und ist der Verdunkelung Tür und Tor geöffnet.“

Vom Auftritt der eingeladenen, geduldeten und auch bewunderten SA-Schlägertruppen profitierten die Einladenden allerdings nicht. In ihren Deutschvölkischen Blättern meinten sie Ende Oktober 1922 noch, ihr Bund und die NSDAP würden in Bayern „zusammen die deutschvölkische Bewegung“ darstellen, und beide sich erfreulich „in ihrem Wesen und Wirken“ ergänzen. Man sei gemeinsam „Träger des Kommenden“. Allerdings war in Coburg eher das Ende des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes eingeläutet worden. Nach dem Spektakel und sicher auch beeindruckt vom Erfolg des „Marsches auf Rom“, mit dem sich der Faschistenführer Benito Mussolini Ende Oktober 1922 in Italien an die Macht gebracht hatte,

traten zahlreiche Mitglieder des Bundes der NSDAP bei, in deren Reihen viele von ihnen Karriere machen sollten: Artur Dinter, Fritz Sauckel, Martin Mutschmann u. a. m. Auch Dietrich fand bald seinen Platz bei den Nazis. Anlässlich des Coburger „Deutschen Tages“ unterstellte sich auch Julius Streicher, der spätere Herausgeber des antisemitischen Hetzblattes Der Stürmer, mit seiner in Nürnberg wirkenden Deutschsozialistischen Partei der NSDAP. In Coburg entstanden nach dem „Deutschen Tag“ Ortsgruppen der NSDAP und der SA. Ihr Führer Franz Schwede, ein früherer Berufssoldat, wurde bereits 1930 als erster Nazi Oberbürgermeister einer Stadt – in Coburg.

Kampf um Köpfe

Das Geschehen in Coburg lieferte auch in anderer Hinsicht erneut einen Beweis: Wie in allen Veranstaltungen derer, die in den frühen Jahren der Weimarer Republik sowohl Kriegsniederlage als auch die Ergebnisse der Novemberrevolution so rasch wie möglich ungeschehen machen wollten, wurden auch in Coburg hauptsächlich nationalistische Gefühle angesprochen und rassistische Vorurteile der Zuhörer hochgepeitscht. Auch das trug dazu bei, daß es regelmäßig zu handgreiflichen Auseinandersetzungen und Gewalttätigkeiten kam. Ihre Initiatoren und Organisatoren kamen zumeist aus rechtskonservativen, völkischen oder faschistischen Parteien und Verbänden. Ihr Ziel: Kampf um die Köpfe und um die Straße. So wurde es damals zwar nicht formuliert (das taten erst die Neonazis), aber für sie standen sowohl menschenfeindliche Propaganda als auch terroristische Aktivität im Vordergrund.

Und tatsächlich: Nicht wenige der Einwohner Coburgs, Bayerns und anderer deutscher Länder zeigten sich durchaus beeindruckt von der vermeintlichen Konsequenz, mit denen soziale und politische Nöte dargestellt wurden, angetan vom pathetischen Stil der Redner sowie vom stets demonstrierten Übermaß an Draufgängertum und Gewaltbereitschaft. Bereitwillig begeisterten sie sich selbst an fanatischen Morddrohungen gegen Andersdenkende, brüllten sie „aufhängen“ oder „totschlagen“, wann immer die Versammlungsleiter oder sie selbst dies für richtig hielten. Was mancher zunächst vielleicht als anziehendes „Gaudi“ empfunden haben mag, als abwechslungsreiche Politikspielerei, verwandelte sich rasch in blutigen Ernst.

Getragen vom Erfolg in Coburg, begründete Hitler Ende Oktober 1922 in einer für finanzstarke Kreise gedachten und unter bayerischen Industriellen verbreiteten Denkschrift die Notwendigkeit des weiteren Ausbaus der NSDAP. Dieser habe mit „äußerster Schnelligkeit“ und auf zwei Ebenen zu erfolgen: An erster Stelle sollten die „Vervollständigung und Vertiefung der Propagandaorganisation“ stehen, denn – so Hitler –, was „durch Papierkugeln zu gewinnen“ sei, das brauche „nicht durch stählerne gewonnen zu werden“. Zweitens ging es ihm um den „Ausbau der praktischen Machtmittel der Bewegung“, womit in erster Linie die SA gemeint war. Mit deren Hilfe sollte die Arbeiterbewegung bekämpft und „die nationale Wirtschaft in Gang“ gehalten werden. Nahezu pedantisch listete Hitler auf, wofür seine Partei dringend Geld benötige. Erforderlich wären u.a. vier Millionen Mark für die Ausstattung von 12 bis 15 Geschäftsstellen, drei Millionen Mark für zwölf Geschäftsführer, über fünf Millionen Mark für Papierbeschaffung, zwei Millionen für die Einstellung von vier Wanderrednern, ferner jeweils acht Millionen Mark zur „Anschaffung und großzügigsten Verbreitung von Flugblättern und sonstigem Propagandamaterial für die kommenden drei Monate“, für den Aufbau einer Kraftwagenstaffel sowie für die Einkleidung der SA. Sein Kostenvoranschlag forderte „zu einem augenblicklich durchzuführenden großzügigen Ausbau der Bewegung 53.240.000 Mark, das sind in Friedenswährung rund 95.000 Mark.“

Spenden vom Kapital

Als Ende 1922 in Deutschland überall rechtsextreme Kräfte ihre Aktivitäten verstärkten und größere Anhängerscharen gewannen, flossen auch für die NSDAP reichlicher finanzielle Mittel aus den Kassen großbürgerlicher Kreise und mittelständischer Unternehmer. Das erlaubte

ihr, seit Dezember 1922 den *Völkischen Beobachter* als Tageszeitung erscheinen zu lassen. Die Spendenbeträge wurden größer, der gesellschaftliche Rang der Spender immer gewichtiger. Zu ihnen gehörte u. a. Ernst von Borsig, der spätere Vorsitzende der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und Leiter des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller. Die von ihm bereitgestellten Mittel gelangten über Dr. Valentin Litz, den Direktor der Borsig-Werke in Tegel, an Pöhner, den aktiven Nationalsozialisten ohne Mitgliedsbuch im Münchner Polizeipräsidium. Zu den Großindustriellen, die früh als Finanziers der Partei in Erscheinung traten, zählten in der Folgezeit auch Hugo Stinnes, Generaldirektor der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerk- und Hütten AG, Emil Kirdorf, Gründer des deutschen Kohlen-syndikats und Generaldirektor der Gelsenkirchener Bergwerk AG, und Fritz Thyssen, der nach dem Tode seines Vaters 1926 an die Spitze der Vereinigten Stahlwerke AG rückte und einer der mächtigsten Männer des Ruhrgebietes war. Sie interessierten sich ebenfalls bereits seit 1922 für die NSDAP, wobei letzterer im Herbst 1923 mehrere Versammlungen der NSDAP besuchte sowie an Erich Ludendorff und Hitler 100.000 Goldmark überwies.

Auch so gestärkt einigten sich, als am 2. September 1923 in Nürnberg der vierte „Deutsche Tag“ stattfand, die Beteiligten auf die Gründung des Deutschen Kampfbundes, der zwei Monate darauf als Träger und Organisator des Hitler-Putsches in Erscheinung trat. Die späteren Legendenschreiber der NSDAP motzten den Auftritt ihrer Partei in Coburg zu einem wahren Heldeneinsatz auf, sprachen analog zu Mussolinis „Marsch auf Rom“ vom „Marsch auf Coburg“ und erklärten diesen zu einem Meilenstein ihrer sogenannten „Kampfzeit“. Als sie zehn Jahre später daran erinnerten, stiftete Hitler das „Coburger Ehrenzeichen“. Es wurde an damalige Teilnehmer verliehen. In der Hierarchie der anderen Abzeichen und Orden rangierte es gleich nach dem „Blutorden“, mit dem Putschisten vom November 1923 und andere „Tote der Bewegung“ bedacht wurden. Als die NSDAP eine „20-Jahrfeier des Hitlerzuges nach Coburg“ veranstaltete, wurde eine Gedenktafel am Coburger Hofbräuhaus enthüllt. Doch da befand sie sich schon mitten in dem langfristig vorbereiteten und auch mit ihrer Hilfe entfesselten Zweiten Weltkrieg.

junge Welt, Sonnabend, 20.10.2012, S. 10.

„Dieses Schwein“

Auf Druck reaktionärer Kräfte in Politik und Wirtschaft: Reichskanzler Joseph Wirth räumt am 14. November 1922 seinen Stuhl

In das Gedächtnis vieler Deutscher grub sich der bürgerlich-demokratische Politiker Joseph Wirth als derjenige ein, der nach der Ermordung des Reichsaußenministers Walther Rathenau am 24. Juni 1922 im Deutschen Reichstag eine ebenso klarsichtige wie mahnende und erschütternde Rede gehalten hatte. Leidenschaftlich, von tiefer Trauer erfüllt, erklärte er an deren Ende, sich der rechten Seite des Plenums zuwendend: „Da steht der Feind, der sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt: Da steht der Feind – und darüber ist kein Zweifel, dieser Feind steht rechts.“ Rhetorisch brillant und von unerhörter Wirkung stellte sein Auftreten unbestreitbar einen der Höhepunkte in der Geschichte deutscher Parlamente dar.

Zweifellos war diese Äußerung des damaligen Reichskanzlers unmittelbar der Situation geschuldet. Ihr Inhalt entsprang jedoch voll und ganz den Auffassungen eines Mannes, der als Mitglied der katholisch-großbürgerlichen Zentrumspartei den Idealen der Revolution von 1848/49 huldigte und sich wortgewaltig für das Ende des Ersten Weltkrieges eingesetzt hatte. Joseph Wirth entstammte einem sozial und politisch engagierten katholischen Elternhaus, dem Nächstenliebe und Mitmenschlichkeit keine leeren Begriffe, sondern Handlungsanspruch bedeuteten. Seine Vision eines „sozialen und demokratischen Volksstaates“ ließ ihn häufig in Konflikt mit der Führung des Zentrums geraten.

Daß Wirth im Lager republikanischer Demokraten indessen nicht allein stand und andere Parteien der „Mitte“ ebenfalls die Feststellung „Der Feind steht rechts“ aufgriffen, bewies unter anderem Hugo Preuß, der 1918/19 großen Anteil an der Ausarbeitung der Weimarer Verfassung genommen hatte. Als er 1924 eine Rede anlässlich des Verfassungstages hielt, wiederholte er bewußt den Wirthschen Satz und kritisierte als Erbübel, Schwäche und Kurzsichtigkeit des deutschen Bürgertums, daß es leider dazu neige, „die Gefahren von links mit einem Vergrößerungsglas und aus Furcht vor diesen Gefahren die von rechts gar nicht zu sehen“.

Die schlichte Feststellung, der Feind stehe rechts, stieß 1922 in Deutschland auf einen empörten Widerstand der rechten Kräfte; diese kreideten Wirth das stets an, selbst in der jüngeren biographischen Literatur, beispielsweise im Buch von Heinrich Küppers (1997), wird sein Verhalten arg getadelt und zumeist als folgenreiches Resultat charakterlicher Schwächen dargestellt. Dabei befand Wirth sich schon zuvor im Visier der Rechten, denn er verkörperte einen Typ bürgerlich-demokratischer, der Weimarer Verfassung eng verbundener Politiker, gegen den sich der Haß jener deutschen Reaktionäre richtete, die möglichst rasch die Ergebnisse des verlorenen Krieges sowie die der Novemberrevolution revidiert sehen wollten. Da zeigten sich tiefe Gräben, die vor allem in der damals vorrangig diskutierten Reparationsfrage zwischen den sogenannten Erfüllungspolitikern und den Katastrophenpolitikern aufgerissen waren. Auch gegen ihn, obwohl kein Jude wie Rathenau, schmähten und hetzten völkisch-nationalistische Kräfte ohne jegliches Augenmaß. Hieß es gegen den einen: „Knallt ab den Walther Rathenau, die gottverfluchte Judensau!“, so wurde gegen den anderen gefordert: „Haut immer feste auf den Wirth! Haut seinen Schädel, daß es klirrt!“

Obstruktion gescheitert

Mitte Mai 1921 war Wirth als Reichskanzler berufen worden. Er übernahm ein schweres Erbe: Die seit der Revolution erste rein bürgerliche Regierung unter dem rechten Zentrumsminister Konstantin Fehrenbach hatte angesichts eines von den Siegermächten angekündigten Ultimatums demissioniert und sich im Grunde ihrer Verantwortung entzogen. Sie hatte zuvor, bildlich gesprochen, ein wenig mit dem Feuer gespielt und die Sieger des Krieges zu provozieren versucht. Man sei bereit, statt der verlangten 226 Milliarden Goldmark bei großzügiger

Gewährung internationaler Anleihen 30 Milliarden an Reparationen aufzubringen. Das konnte von den Westmächten nicht anders als ein gezielter Affront aufgefaßt werden. Sie setzten dennoch die Höhe der deutschen Verpflichtungen auf 132 Milliarden Goldmark herab, die in 37 Jahresraten gezahlt werden sollten. Verlangt wurde indessen die strikte Erfüllung dieser Forderungen, deren Höhe laut Versailler Vertrag bis zum 1. Mai 1921 festgelegt sein sollte, und drohten mit Sanktionen.

Nüchterne Politik hätte die Einsicht in die internationale Machtlosigkeit Deutschlands und Verhandlungsbereitschaft verlangt, statt dessen wollten die Gegner einer „Erfüllungspolitik“ durch abenteuerliche Zuspitzung des politischen Verhältnisses zu den Westmächten deren Einlenken in der Reparationsfrage erreichen. Schwerindustrielle und großagrarische Kräfte, unterstützt von Politikern insbesondere der Deutschnationalen Volkspartei, sprachen sich für Deutschlands direkte und sofortige Absage der Forderungen der Alliierten aus. Ihr Kurs kalkulierte die angedrohte militärische Besetzung deutscher Gebiete ein und nahm ebenso die daraus für die Bevölkerung erwachsenden katastrophalen Folgen in Kauf. Um wirksamen Druck auf Frankreich und England ausüben zu können, sollten im Reich maßlos Nationalismus geschürt, andere innenpolitische Verhältnisse geschaffen und faktisch so etwas wie eine Militärdiktatur angestrebt werden. Auch in den Warnungen vor dem Kommunismus sahen sie günstige Ausgangspositionen für die anstehenden Verhandlungen mit den Westmächten.

Die allerdings scheiterten, ja mußten scheitern. Die Risiken eines militärisch nicht zu verhindernden Schlages gegen Deutschland waren zu groß, hätten sie doch auch das wirtschaftliche Kräfteverhältnis zugunsten insbesondere Frankreichs verändert. Wenige Stunden vor Ablauf des Ultimatums fand sich jedenfalls am 10. Mai 1921 im Reichstag eine Mehrheit von 220 gegen 172 Stimmen für seine Annahme. Eine neue Regierung konnte berufen werden, wiederum auf der Grundlage von Vereinbarungen zwischen dem Zentrum, der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und der SPD. Sie bildeten die „Weimarer Koalition“, die nun die eingebrockte Suppe auszulöffeln hatte, ohne allerdings den eigenen, flexibleren Kurs zum Unterlaufen des Versailler Friedensvertrages aufgeben zu wollen.

Jüngster Reichskanzler

Wirth stand dieser Regierung vor, in einem Alter von 42 Jahren der jüngste unter den bisherigen Kanzlern. Er sprach von einer „Politik der Versöhnung“ und versuchte, mit 15 rasch fertiggestellten Entwürfen für neue Steuergesetze, die „Erfüllungspolitik“ auf eine einigermaßen abgesicherte Basis zu stellen; abgesichert vor allem durch Erhöhung der Massensteuern sowie der Einfuhrzölle. Die Massen sollten zahlen und wachsende Not leiden. Im Gegensatz dazu explodierten die Gewinne mancher Unternehmer geradezu: Hugo Stinnes z. B. konnte in dieser Zeit die große österreichische Alpine Montangesellschaft aufkaufen.

Der sozialdemokratische Wirtschaftsminister Robert Schmidt schlug hingegen vor, jeweils 20 Prozent der Sachwerte des ländlichen Grundbesitzes, beim Hausbesitz sowie bei industriellen und kaufmännischen Unternehmungen aller Art einschließlich der Banken zugunsten des Reparationsfonds zu enteignen. Man könne es der Bevölkerung nicht zumuten, „daß sie ein Steuerpaket von 80 Milliarden schlucke, bei dem nur ein kleiner Betrag den Besitz belaste“. Doch gegenüber der bürgerlichen Mehrheit liefen solche Pläne ins Leere. Selbst zaghafte Ansätze einer reparationspolitischen Belastung der Großindustrie stießen auf den lautstarken Protest der Rechtskräfte. In deren Presse wurden Kapitalflucht und Steuerhinterziehung offen gerechtfertigt.

Schon Ende 1921 sah sich die Wirth-Regierung unter dem Druck nationalistischer, die Entscheidung des Völkerbundes über eine Teilung Oberschlesiens nutzender Kräfte zum Rücktritt gezwungen. Wenige Tage später wurde sie jedoch von Reichspräsident Friedrich Ebert in unwesentlich veränderter Zusammensetzung erneut berufen, lediglich die DDP war nicht

mehr vertreten. Die „Erfüllungspolitik“ konnte fortgesetzt werden. Erste Erfolge schienen erreicht, als sich die Westmächte auf ein vorläufiges Moratorium für die Reparationszahlungen einließen und die Absicht bekanntgaben, im April 1922 in Genua eine Konferenz aller europäischen Staaten über den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Kontinents durchzuführen. Mit dem Vertrag von Rapallo, den sie am 16. April 1922 mit Sowjetrußland abschloß, erreichte sie auch eine gewisse Erweiterung des außenpolitischen Spielraumes Deutschlands (siehe jW-Thema vom 16.4.2012).

Als sich dann nach der Ermordung Rathenaus (jW-Thema vom 24.6.2012), nach der Verabschiedung des Republikschutzgesetzes am 18. Juli 1922 und dem Verbot einiger völkisch-radikaler Terrororganisationen das Kräfteverhältnis insgesamt etwas nach links zu verschieben begann, sahen alle rechten und rechtsextremen Kreise die Zeit zu neuen Attacken gekommen. Hinzu kam, daß sie befürchteten, mit dem Zusammenschluß von SPD und jenen Teilen der USPD, die sich nicht den Kommunisten zugewandt hatten (24. September 1922), könnte der Einfluß linker sozialdemokratischer Politiker anwachsen. Die mit der Vereinigten Sozialdemokratie möglich gewordene Erweiterung der Regierung nach links lehnten die bürgerlichen Parteien ab. Schon nach der erklärten Zusammenarbeit beider sozialdemokratischer Reichstagsfraktionen vereinigten sich am 19. Juli 1922 die der DVP, des Zentrums und der DDP zu einer „Arbeitsgemeinschaft der verfassungstreuen Mitte“. Unter den bürgerlichen Parteien tauchte bereits die Forderung auf, unbedingt auch die DVP in die Regierung einzubeziehen, jene Partei also, die zwei Jahre zuvor noch plakatiert hatte: „Von roten Ketten macht euch frei allein die Deutsche Volkspartei.“ Dennoch verfolgte auch Wirth den Kurs auf eine große Koalition, dies mit einem Wechsel seiner außenpolitischen Linie nach dem Motto mehr „couragierte Außenpolitik statt Erfüllungspolitik“ verknüpfend. Zudem stand Wirth auch unter dem Druck der katholischen Kirchenfürsten, in deren Reihen er als „Staatsmann traurigster Sorte“ bezeichnet wurde, habe er doch „dem Bolschewismus die Hintertüre nach Deutschland geöffnet“. Zentrumspolitiker warfen ihm eine zu große „Anhänglichkeit“ an die Sozialdemokratie vor.

Bayern agierte verstärkt als „Ordnungszelle“ und stellte sich gegen die Reichsregierung, gegen das als „überrot“ beschimpfte Berlin. Ganz offen mißachtete die bayerische Landesregierung unter Hugo Graf von Lerchenfeld die in allen Fragen des Staatsschutzes bestehende Reichshoheit und erließ eigene Ausnahmestimmungen. In Bayern kursierten erneut Putschpläne, und immer mehr fand auch die neue faschistische Bewegung unter Hitler hilfreiche Unterstützung und Förderung. Zwischen dieser und den völkisch-rassistischen Organisationen kam es zu neuen Bündnissen und gemeinsamen terroristischen Aktionen (jW-Thema vom 14.10.2012).

Marsch in den Ruhrkonflikt

Die „Katastrophenpolitiker“ gingen in dieser Situation wieder in die Offensive. Im Vordergrund der Auseinandersetzungen unter den ökonomisch und politisch Herrschenden stand das Für und Wider einer Beendigung der Inflation. Im Ergebnis internationaler Anleihen, um die Wirth sich bemühte, hätte sich die rasant fallende deutsche Währung leichter stabilisieren lassen, doch dies hätte auch bedeutet, dem gewinnträchtigen Export zahlreicher Industrieller den Boden zu entziehen. Es war insbesondere der Großindustrielle Hugo Stinnes, der gegen Wirths auf Ausgleich mit den Westmächten bedachte Politik Sturm lief und begann, auf eigene Faust mit Vertretern der französischen Schwerindustrie über die Bildung eines lothringisch-rheinisch-westfälischen Montantrustes zu verhandeln.

Aus dem – in sich ebenfalls zerstrittenen – Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) gab es nicht nur Vorstöße, die sich gegen den in der Revolution erkämpften Achtstundenarbeitstag richteten, sondern auch Forderungen für „allgemeine wirtschaftliche Reformmaßnahmen“, die

zu einer „produktivere (n) Ausgestaltung der allgemeinen Arbeitsleistungen“ sowie zum Bruch mit dem System der geringen Leistung und unfreien Wirtschaft“ führen sollten. Bewußt wurde die innen- und außenpolitische Situation zugespitzt. Der RDI und die Reichsbank riskierten eine Machtprobe und verlangten, die Klärung der Währungsfrage – obgleich im Sommer 1922 die eigentliche Hochphase der Inflation einsetzte – zurückzustellen zugunsten reparations- und sozialpolitischer Vorstöße.

Am 9. November 1922 trat Hugo Stinnes, mächtigster Unternehmer im Reich und DVP-Reichstagsabgeordneter, vor dem Wirtschafts- und finanzpolitischen Ausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates mit einer Rede auf, die von Zeitgenossen als „offene Kriegserklärung an die Erfüllungspolitik“ charakterisiert wurde. Sie richtete sich gegen jeglichen Kompromiß des Reiches mit Frankreich. Er forderte, daß die deutschen Arbeiter erst täglich zwei Stunden mehr arbeiten müßten, bevor überhaupt die Möglichkeit bestehe, „irgend etwas für Reparationszwecke, für Entschädigungszwecke an das Ausland geleistet“ werden könne. Am 11. November übermittelte das Direktorium der Reichsbank dem Reichskanzler eine Vielzahl von Bedingungen, die erfüllt sein müßten, bevor mit 500 Millionen Goldmark die Währung zu stützen sei. Da wurden Reformen verlangt, die – wie konnte es anders sein – wesentliche sozialpolitische Errungenschaften der Arbeiter betrafen: „Verbesserung der Arbeitszeitgesetze zur Erzielung gesteigerter Arbeitsleistung, Schutz der Arbeit gegen Terror (gemeint waren Streiks, M. W.), Zulassung von Überstunden und Akkordarbeit, (...) Einschränkung des Konsums und der Einfuhr, (...) Beseitigung der Zwangsbewirtschaftung“.

Um diese erreichen zu können, wurde immer nachdrücklicher gefordert, die DVP in die Regierung einzubeziehen und die große Koalition zu schaffen. Darauf jedoch konnte die Sozialdemokratie jedoch nicht eingehen, selbst wenn es einigen ihrer Führer als sinnvoll erschien. Eine Mehrheit von 75 Prozent ihrer Reichstagsfraktion sprach sich dagegen aus. Sie erblickten – ganz im Gegensatz zu Vorwürfen, nur eine kurzsichtige Parteitaktik zu betreiben – in der Zusammenarbeit mit der DVP keine Garantie für eine Sozialdemokratie, die auf ihre Fahnen geschrieben hatte, eine „vernünftige wirtschaftliche Ordnung“ anzustreben, deren „Leitstern das Gemeinwohl und das Recht jedes arbeitenden Menschen ist, ein menschenwürdiges Dasein zu führen.“ Zudem machten die Mehrheitsverhältnisse im Parlament keinen Regierungswechsel erforderlich. Doch die bürgerlichen Parteien beharrten auf einer Erweiterung des Kabinetts nach rechts. Dieser Kurs lag einseitig im Interesse unsozialer Forderungen mächtiger Industrieherrn und schürte zugleich neue internationale Konflikte.

Am 14. November 1922 erlag Wirth diesem Druck. Er trat zurück, gescheitert unter dem Druck mächtiger Katastrophenpolitiker, im Grunde aber auch an seiner seit Mitte des Jahres veränderten eigenen Politik. Berufen wurde Wilhelm Cuno, ein Mann aus den Reihen der Wirtschaftseliten des Reiches und zugleich der DVP nahestehend, aus der er 1920 wegen derer zögerlichen Haltung zum Kapp-Putsch ausgetreten war. Demonstrativ stellte sich der RDI hinter die bis dahin reaktionärste und am stärksten direkt mit Repräsentanten der Bourgeoisie besetzten Regierung der Weimarer Republik. Das „Kabinett der Persönlichkeiten“ ging nicht aus einer Koalitionsvereinbarung der Parteien hervor, seine Berufung erfolgte – wider die Spielregeln des Parlamentarismus und ohne eine Mehrheit des Parlaments hinter sich zu wissen – nach einer Absprache mit dem Reichspräsidenten. Die Politik des Generaldirektors der Hamburg-Amerika-Linie sollte schließlich unmittelbar zur Besetzung des Ruhrgebietes durch französische und belgische Truppen und in eine „Beinahekriegszeit“ führen.

Stets Gegner der Rechten

Joseph Wirth spielte auch in der weiteren deutschen Geschichte noch eine Rolle. 1930 wurde er in das Brüning-Kabinett berufen. Auf seinem Posten als Reichsinnenminister sah er sich zunehmend mit einer Entwicklung konfrontiert, die seinen Ansprüchen und Maßstäben zuwi-

der lief. Die NSDAP bewertete er als extrem radikal und als absolut verfassungsfeindlich, doch in seiner Auseinandersetzung mit der von Wilhelm Frick geleiteten thüringischen Landesregierung wurden ihm innerhalb der Regierung die Hände gebunden. Wie Brüning in seinen Memoiren berichtet, posaunte der Sohn Hindenburgs hinaus, daß mit „diesem Schwein (womit Wirth gemeint war, M. W.) und anderen Schweinen im Kabinett“ endlich aufgeräumt werden müsse. Schließlich erzwang der Reichspräsident im Oktober 1931 seinen Rücktritt, um das Amt des Innenministers bezeichnenderweise dem Reichswehrminister General Wilhelm Groener zu übergeben. Am 23. März 1933 stimmte die Zentrumsfraktion geschlossen dem Hitlerschen Ermächtigungsgesetz zu, doch Wirth setzte sich unmittelbar danach in den Zug nach Wien, wo ein Leben in der Emigration begann, das bis 1949 dauern sollte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg zurückgekehrt, engagierte Wirth sich für den Kampf um eine bürgerlich-demokratische Alternative zum Kurs Konrad Adenauers, des ersten Kanzlers der Bundesrepublik Deutschland. Er folgte Ende 1951 einer Einladung in die Hauptstadt der DDR, getragen von dem Willen, seinen Beitrag zu Wiederherstellung der deutschen Einheit zu leisten. Der inzwischen 72jährige führte hier zahlreiche Gespräche, u. a. mit Otto Grotewohl, mit dem Ostberliner Oberbürgermeister Friedrich Ebert sowie mit Franz Dahlem und Wilhelm Koenen. In deren Ergebnis schrieb er einen Brief an den Bundespräsidenten Theodor Heuss und einen als „Mahn- und Kampfruf“ bezeichneten Brief an alle Bundestags- und Bundsratsmitglieder; datiert mit dem 1. Januar 1952, im selben Jahr noch veröffentlicht unter dem Titel „Die Reise hinter den Eisernen Vorhang. Der gemeinsame Weg der Deutschen zur Einheit – oder zum Krieg“. Wie ein roter Faden durchzog alles der Gedanke, daß das deutsche Volk aus der Kriegsgefahr herausgeführt werden müsse. Jedes Volk wolle den Frieden, und ein Krieg löse keine Probleme. In der Spaltung Deutschlands sah Wirth hauptsächlich die Ursache für die Bedrohung des Friedens. Er forderte, auf die Wiederaufrüstung zu verzichten. Ein Krieg in Europa könne nichts anderes als Schutt und Asche hinterlassen, „auf den Trümmern des Schlachtfeldes Deutschland stünde kein deutscher Sieger“. Seine Auffassungen mündeten in die Forderung nach Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten, nach gesamtdeutschen Wahlen und der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung. Dem sollte der Abschluß eines Friedensvertrages mit den vier Mächten folgen, verbunden mit konkreten Schritte zur deutschen Einheit und zur Sicherung des Friedens.

Das veröffentlichte bundesdeutsche Echo war groß und glich einer wahren, antikommunistisch grundierten Diffamierungskampagne. Wirth habe sich „von den schlimmsten Feinden der Demokratie“ mißbrauchen lassen, sei zu einem „Opfer der sowjetischen Propaganda“ geworden und habe sich zum „Briefträger der Sowjets“ degradiert. Er sei „politisch naiv“ bzw. eine „Marionette der Machthaber in Moskau und Ostberlin“. Von der „Wallfahrt eines Kreuzritters“ war die Rede. Seine Aktion, sprachlich noch die harmloseste Variante, diene nicht den Interessen des deutschen Volkes. Welche Interessen damit wirklich gemeint waren und wie heuchlerisch die eigenen Forderungen nach einer Wiedervereinigung des gespaltenen Deutschlands gewesen sind, erhellte Adenauer am 5. März 1952 in einem Interview mit dem Journalisten Ernst Friedländer: Erst wenn der Westen stark sei, ergebe sich ein Ausgangspunkt für Gespräche mit dem Osten. Ziel sei es, „nicht nur die Sowjetzone, sondern das ganze versklavte Europa östlich des Eisernen Vorhanges zu befreien“.

junge Welt, Mittwoch, 14.11.2012, S. 10.

Faschismus – Sichtweisen und Streitpunkte

Gedanken anlässlich des 80. Jahrestages der Machtübertragung an Hitler und NSDAP

Wohin jener Tag geführt hat, der vor nunmehr 80 Jahren den Deutschen eine von Hitler geleitete „Regierung der nationalen Konzentration“ beschert hat, ist bekannt: Es entstand eine terroristische Diktatur sondergleichen, gerichtet gegen alle anders Denkenden, gegen alle Menschen anderer Herkunft oder Hautfarbe, gegen andere Völker, denen im geplanten Großgermanischen Reich allenfalls eine Existenz als auszubeutende Arbeitssklaven zugedacht worden ist. Die Großverbrechen Zweiter Weltkrieg und der Genozid an den europäischen Juden markieren den absoluten Tiefpunkt des 20. Jahrhunderts, das der kürzlich verstorbene marxistische Historiker Eric Hobsbawm insgesamt als ein „Jahrhundert der Extreme“ bezeichnete.¹ Im negativen Urteil der Völker, auch in dem der Zukunft von Geschichtsschreibern besteht nahezu Einhelligkeit sowie weitgehende Übereinstimmung in der Ablehnung aller Versuche alter und neuer Nazis, eine faschistische Herrschaft grundsätzlich zu rechtfertigen oder gar ihre Erneuerung anzustreben.

Hingegen unterscheiden sich die Meinungen über die Ursachen von Entstehung, Aufstieg und Charakter des Faschismus in außerordentlich hohem Maße. Immer und immer wieder wird die Frage zu stellen sein: Wie konnte es geschehen? In der außerordentlich großen Vielfalt von Theorien, Interpretationsversuchen und Deutungsmustern lassen sich Streitpunkte erkennen, die in einigen Debatten sich schier endlos um sich selbst zu drehen scheinen und das zu klärende Gesicht eines Antifaschismus des 21. Jahrhunderts außerordentlich belasten. Wie auch immer im Einzelnen – die Auseinandersetzungen gelten vorwiegend folgenden Fragen:

- Liegen die Wurzeln des Faschismus in der bürgerlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung oder handelt es sich um eine nichtkapitalistische bzw. sogar um eine antikapitalistische Erscheinung? Den Hintergrund dieser Frage formulierte der amerikanische Historiker Henry Ashby Turner jr. so: Sollte die Verantwortung des Kapitalismus für den Faschismus erwiesen sein, wäre der nicht mehr zu rechtfertigen.²
- Lässt er sich als eine Variante des sogenannten Totalitarismus verstehen und unabhängig von seinen gesellschaftlichen Wurzeln auf den Gegensatz zwischen diktatorischen und parlamentarisch-demokratischen Herrschaftsformen beschränken?
- In welchem Zusammenhang stehen die imperialen Großmachtbestrebungen, der „Antimarxismus“ und der rassistische Antisemitismus des Nationalsozialismus als der deutschen Variante des Faschismus in Europa?
- Welche Rolle spielten die unterschiedlichen Strömungen und Gruppen innerhalb der herrschenden bürgerlichen Eliten für die Entwicklungsmöglichkeiten faschistischer Bewegungen und Parteien?
- In welchem Maße gab es finanzielle Förderungen der NSDAP durch Großindustrielle, Großagrарier, Militärs und Staatsbürokratie? Welchen Platz nahmen die Geldmittel in deren generell vorhandener und am Ende der Weimarer Republik ausgebaute Einflussnahme auf die Politik bürgerlicher Parteien ein?
- Vollendete der deutsche Faschismus, der sich selbst mit dem „Firmenschild“ Nationalsozialismus versah, die von national-konservativen Kräften angestrebte Zerstörung der Weimarer Republik oder scheiterte Weimar sowohl am rechten wie am linken „Extremismus“?
- Konnte die NSDAP dank ihres Bündnisses mit konservativen Parteien aufsteigen und erfolgreich an die Macht gebracht werden oder hat er die Macht hauptsächlich aus eigener Kraft „erobert“?

¹ Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München und Wien 1995.

² Henry Ashby Turner jr.: Die Großunternehmen und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1985, S. 412.

- Sind die Bemühungen, mit autoritären Präsidialregimes zu herrschen als Wegbereitung des 30. Januar 1933 oder als eine, wenn auch misslungene Verteidigung der Weimarer Republik zu bewerten?
- Wurde die NSDAP von den Massen getragen und gewählt? Verwirklichte Hitler den nationalistisch-rassistischen Volkswillen? Oder war die breite Zustimmung einer Mehrheit der Deutschen Ergebnis von ideologischer Beeinflussung, terroristischer Angst-Erzeugung und zeitweiliger Erfolgs-Bestechung sowie Ausdruck einer sich über Jahrhunderte erstreckender Kontinuität nationaler Überhebung und Gewaltakzeptanz gegenüber anderen Völkern?
- Welche Rolle spielte der „Faktor Hitler,,?
- Wie sind auffällige, strukturell bedingte Duplizitäten historischer und aktueller Erscheinungen zu bewerten? Welche Vergleiche bieten sich für das heutigen Ringen von Antifaschisten um eine gerechte, demokratische und friedliche Gesellschaft an? Worin bestehen Notwendigkeit, Sinn und Begrenztheit historischen Vergleichens?

Nährboden: Kapitalismus

Im Zentrum aller Auseinandersetzungen steht – gleich ob offen formuliert oder unausgesprochen und hintergründig – das Beziehungsgeflecht, das zwischen kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnissen einerseits und faschistischer Ideologie, faschistischen Bewegungen und Parteien in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bestand.³ Jede kritische und komplexe Sicht auf das reale Geschehen in den Jahren am Ende der Weimarer Republik ließ bereits damals hinreichende Schlussfolgerungen auf den Nährboden „Kapitalismus“ zu. Bei Kommunisten führte sie – allerdings mit dem speziellen Blick auf den Faschismus an der Macht, nicht mit dem auf seine Ideologie und Bewegung – zur sogenannten Dimitroff-Definition (sogenannt, weil sie nicht von diesem bulgarischen Politiker stammt und allzu oft völlig sinnentstellt marxistischer Faschismustheorie entgegengestellt wird). Andere kamen zu dem Ergebnis, das da mit den Worten Max Horkheimers lautete: Wer vom Kapitalismus nicht reden wolle, müsse zum Faschismus schweigen.⁴ Noch heute führt kein Weg daran vorbei, trotz aller Versuche, wahrheitswidrig Um- und Irrwege zu Entlastung und Beschönigung des Ersteren zu konstruieren.⁵ Auszugehen wäre von der Tatsache, dass der Faschismus – zunächst als Ideologie und als Bewegung – nach dem Ersten Weltkrieg auf dem Boden kapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse entstand und auf diesem Boden wirksam wurde. Niemals verfolgte er das Ziel, erst recht nicht, als er an die Macht gelangt war, diese anzutasten oder auch nur in Frage zu stellen. Im Gegenteil: Er tauchte auf in einer von mächtigen sozialen und nationalen Bewegungen erschütterten Zeit und war seinem tiefsten Wesen nach gegenrevolutionär; letzteres nicht allein im Blick auf das Jahr 1917/18/19, sondern auch auf das Jahr 1789. Insofern handelte es sich bei den faschistischen Bewegungen und Parteien in allen Ländern Europas

- um *einen* der Versuche, immanente ökonomische oder/und politische Krisen mit allen Mitteln dauerhaft durch eine extrem „gewaltsame Ausgleichung“ vorhandener Widersprüche zu bewältigen,
- um *eine* der *möglichen* Folgen des generell vorhandenen Dranges ökonomisch und politisch Mächtiger nach Maximalprofit und Expansion,

³ Siehe meinen Beitrag „„Kritik“ und Kritik der ‚Dimitroff-Formel‘, im Band: Das Firmenschild Nationaler Sozialismus. Der deutsche Faschismus und seine Partei, Köln 2011, S. 188-194.

⁴ Max Horkheimer: Die Juden und Europa. In: Gesammelte Werke, Band 4, Frankfurt am Main 1988, S. 308 f. (Erstveröffentlichung in: Zeitschrift für Sozialforschung, Jg. VIII/1939).

⁵ In der Kleinen Geschichte der deutschen Parteien“ (Stuttgart u.a. 2./1994, S. 93) von Peter Lösche, einem der SPD nahestehenden Göttinger Historiker, heißt es: „Der Nationalsozialismus ist ohne Kapitalismus nicht denkbar, er bot sich nämlich in einer bestimmten politisch-ökonomischen Situation, der der Weltwirtschaftskrise, als Lösungsstrategie für bestimmte Kapitalfraktionen (insbesondere die Schwerindustrie= an, die allerdings meinten, die NSDAP für ihre Zwecke instrumentalisieren zu können.“

– um *eine* der damaligen Zeit zuzuordnende Ausgeburt der bürgerlichen Gesellschaft.

Dies bedeutete letztlich, für eine verbrecherische und völkerrechtswidrige Politik auch Kriege betreiben zu wollen. Es bedeutete auch, die ursprünglich aufklärerisch-humanistischen Anliegen des Bürgertums und alle im Laufe der Zeit insbesondere von der Arbeiterbewegung durchgesetzten Beschränkungen der Macht des Kapitals aufzuheben. Dass sich die Nazis selbst als „revolutionär“ bezeichneten und als „sozialistisch“ ausgaben oder dass dies vielfach so dargestellt wird, ändert nichts an den getroffenen Feststellungen. Erscheinungen charakterisieren selten ihr Wesen in Selbstbezeichnungen.

Im Deutungsstreit um die Ursachen des Faschismus wird in der hierzulande gängigen Literatur gern der wechselseitige Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus in Frage gestellt.⁶ Da wird von den an letzterem schuldlosen, in ihn lediglich „verstrickten“ Unternehmern, von deren unbedeutenden finanziellen Leistungen für die NSDAP oder von „überforderten Demokraten“ gesprochen.⁷ Zahlreich entäußerten sich jedoch gerade in der Zeit der Weltwirtschaftskrise die vorhandenen kausalen Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen Kapitalismus und deutschem Faschismus, und dies vor allem in mehreren sehr konkret zu benennenden Erscheinungsformen kapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Da kamen auf nationaler Ebene sowohl generelle Macht-Orientierungen der Herrschenden zum Vorschein als auch jeweilige, zumeist konkurrierende Teilinteressen.⁸ So oder so – immer ging es um das Abwälzen der Krisenlasten auf die Schultern der sogenannten kleinen Leute.⁹ Zur Erinnerung: Brünnings extensiver Sparkurs ließ mehrere Millionen Arbeiter und Angestellte ihre existenziell erforderlichen Arbeitsplätze verlieren. Unternehmen des Handwerks, der Dienstleistungen und der Agrarbetriebe wurden massenweise in den Bankrott gedrängt. Darüber hinaus gab es in Gestalt unsäglicher Notverordnungen einen Abstrich nach dem anderen an den erst wenige Jahre zuvor gesetzlich fixierten Leistungen aller sozialen Versicherungsinstrumentarien. Die Streichliste gegenüber den in der Novemberrevolution und im Kampf linker Parteien erreichten sozialpolitischen Fortschritte geriet zu erheblicher Länge.¹⁰

Dabei bemühten sich Politiker bürgerlicher Parteien sorgsam umzusetzen, was die Verfasser der Denkschrift des *Reichsverbandes der Deutschen Industrie* (RDI) vom 2. Dezember 1929 gefordert hatten. Diese trug den Entscheidung heischenden Titel „Aufstieg oder Niedergang?“. Der Titel, eine suggestiv Alternativlosigkeit vortäuschende Floskel, wurde erst jüngst wieder verwendet, und zwar von Arnulf Baring in einer seiner zumeist unsäglichen Reden vor einem Verein mit dem schönen Namen „Vorwärtsdenker“.¹¹ Allein ein kurzer Blick in dieses Do-

⁶ Bei Eberhard Kolb „Die Weimarer Republik“ (München 2002) heißt es auf S. 230 „Sofern nicht bisher unbekannte Quellenbestände auftauchen und zu neuen Schlussfolgerungen zwingen, darf als erwiesen gelten, dass die Großindustrie keinen letztlich entscheidenden materiellen Beitrag zum Aufstieg des Nationalsozialismus und zu den nationalsozialistischen Wahlerfolgen geleistet hat.“

⁷ Siehe Ursula Büttner: Weimar. Die überforderte Republik 1918-1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, Stuttgart 2008, S. 455.

⁸ Deren Zusammenhang brachte Fritz Thyssen 1929 bei einem Treffen mit Hjalmar Schacht in der Krupp-schen Villa Hügel auf die knappe Formel: „Diese Krise brauche ich jetzt! Nur dann sind Lohnfragen und Reparationsfragen auf einmal zu beseitigen.“ Zit. nach Macht und Ohnmacht der Weimarer Republik. Hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Manfred Weißbecker, Berlin 1990, S. 134 f.

⁹ Am 18.10.2012 verglich ein kritischer Wirtschaftswissenschaftler den rigiden Sparkurs der Bundesregierung mit dem Aderlass, der in mittelalterlichen Zeiten Patienten Heilung bringen sollte, diesen jedoch weiter schwächte und noch kränker werden ließ, was die Ärzte nur veranlasste, noch mehr Aderlass zu praktizieren bis hin zum Exitus.

¹⁰ Siehe meinen Beitrag „Auf dem rechten Auge blind – das deutsche Entscheidungsjahr 1932“. In: Marxistische Blätter, H. 3/2012, S. 58-69. Der vorliegende Beitrag beruht weitgehend auf ihm, ihn zugleich fortführend.

¹¹ Siehe Jürgen John: Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) 1919 - 1933. In: Lexikon zur Parteigeschichte 1789-1945. In vier Bänden. Hrsg. von Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs), Wer-

kument genügt, um die außerordentliche Aktualität der damals formulierten großindustriellen Forderungen zu erfassen.

Orientierende Nötigung

Die Arbeit an dieser Denkschrift war von den führenden Herren des RDI schon lange vor dem die Weltwirtschaftskrise auslösenden „Schwarzen Freitag“ veranlasst worden. Ihr Konzept zur Bewältigung der Krise stellte insofern lediglich eine Fortsetzung generell existierender Machtkonzepte unter veränderten Bedingungen bzw. zur Vorbereitung auf erwarteten Wandel der Verhältnisse dar. Es richtete sich wie stets in erster Linie nach innen, doch ging es – ebenfalls wie immer – Hand in Hand mit Versuchen, die im nationalstaatlichen Rahmen bestehenden Probleme durch wirtschaftliche und politische Expansion nach außen, also in einer verschärften Konkurrenz zu anderen Ländern lösen zu wollen, einschließlich militärischer Mittel. Zunächst aber war im damaligen Deutschland eine Revision des in den Pariser Friedensverträgen fixierten internationalen Kräfteverhältnisses vorgesehen, um wenigstens wieder die frühere Großmachtstellung zu erreichen.¹² Bis zum Beginn der Weltwirtschaftskrise hatte dieses Revisionsbestreben bereits einige Ergebnisse erzielen können. Doch die entsprachen bei weitem nicht jenen Interessen, die Großindustriellen, Großagrariern und Reichswehrgenerälen seit 1918 als strategisch vorrangig und ausschlaggebend galten. Deren Hauptziel lautete: Völlige Revision der Ergebnisse des Ersten Weltkrieges und, soweit dafür erforderlich, auch die der Novemberrevolution. Dem ordneten sie auch ihre Krisenbewältigungsstrategie unter, dabei behauptend, Versailles sei die entscheidende Ursache der Krise. Gerade das widerlegt die Forschung seit langem. Der Vorsitzende des RDI, Carl Duisberg, hatte schon 1926 gefordert: „Es darf nicht halbe, es muss ganze Arbeit sein, die gemacht wird. Kompromisse helfen nicht mehr. Es geht ums Prinzip, ums ganze System.“¹³ Bei den Nazis hieß es konform: „Al-

ner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker, Bd. 4, Leipzig 1986, S. 9-57, hier vor allem S. 36 ff. Zu finden unter www.vorwärtsdenker.de: „Das Treffen der Vorwärtsdenker am Mittwoch den 03.03.20 10 in Düsseldorf behandelte die aktuelle Situation und Zukunft Deutschlands. Als Referent konnte Herr Prof. Dr. Arnulf Baring, Jurist, Historiker und Publizist, gewonnen werden. Er hielt einen Vortrag zum Thema **„Deutschland im 21. Jahrhundert – Aufstieg oder Niedergang?“** An sich sollte man annehmen, dass Deutschland seit der Wiedervereinigung besser dran ist als je zuvor in den letzten 150 Jahren. Lange bedrängten uns politische Gegner und Konkurrenten aus Ost und West, während wir heute in einem befriedeten, ja freundschaftlichen Umfeld leben. Deutschland ist weltweit geachtet und als Exportnation haben wir eine starke Position. Aber bei näherem Hinsehen bahnen sich seit Jahrzehnten Krisen an, die zum Teil völlig neuartig sind und das Land vor unerwartete, schwierige Herausforderungen stellen. Es ist völlig offen, ob wir die Kraft haben, uns ihnen gewachsen zu zeigen. Der Vortrag benannte als größte Herausforderungen die Demographie und die Verschuldung Deutschlands. Prof. Baring ordnete sie in den historischen Kontext ein und erörterte die Ursachen für deren Entwicklung. In der anschließenden Diskussionsrunde wurden verschiedene Lösungswege skizziert und kritisch diskutiert.“ „Aufstieg oder Niedergang?“. Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie vom 2. August 1929. Ein Auszug findet sich in: Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung, Bd. 7, Berlin 1962, S. 649-652.

¹² Reinhard Neebe: Großindustrie, Staat und NSDAP. Paul Silverberg und der Reichsverband der Deutschen Industrie in der Krise der Weimarer Republik, Göttingen 1981, S. 50 f.: „Die Auswirkungen der Großen Depression 1929-1933 in Deutschland, so gravierend sie im einzelnen sein mochten, stellten im internationalen Vergleich gesehen keine Besonderheit dar. Der Rückgang der industriellen Produktion betrug wohl 40% gegenüber ‚nur‘ 26% in Frankreich, er blieb damit aber zugleich deutlich unter dem Wert von 48% für die USA. Der häufige Verweis auf die übergroße Belastung des Deutschen Reiches durch Versailler Vertrag und Reparationen ist rein ökonomisch gesehen unzutreffend. Nicht das Ausmaß der Betroffenheit an sich war für die deutsche Sonderentwicklung bestimmend, sondern die hier zum Tragen kommende spezifische Krisenstrategie, die vorrangig nicht an der Oberwindung der wirtschaftlichen Probleme orientiert war, sondern die Revision der inneren und äußeren Folgen des verlorenen Krieges, insbesondere der Revolution von 1918, zum leitenden Ziel der Politik erhob.“

¹³ Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Nr. 50, Januar 1930, S. 6.

les oder nichts“! Und wenn bei ihnen „Großdeutschland“ bzw. „Lebensraum“ im Programm stand, dann kann parallel dazu gelesen werden, dass der RDI in seinen *Veröffentlichungen* vom Oktober 1929, also vor dem New Yorker „Schwarzen Freitag“, die Politik aufforderte, ein „Großraum-Wirtschaftsgebiet“ zu schaffen, denn nur so sei „etwaigen Wirtschaftskrisen und sozialen Erschütterungen wirksam zu begegnen.“¹⁴

Stets standen die innen- und außenpolitischen Auseinandersetzungen der Weimarer Republik in außergewöhnlich engem Bezug zueinander. „Erfüllungspolitik“ und „Katastrophenpolitik“ erstrebten die Aufhebung der als räuberisch und knebelnd empfundenen Bedingungen des Versailler Friedensvertrages mit unterschiedlichen Konzepten. Bis zum Beginn der Weltwirtschaftskrise hatte das Revisionsbestreben ersterer für das neuerliche deutsche Großmachtbestreben einige Ergebnisse erzielen können. Doch sie entsprachen bei weitem nicht jenen Zielen, die Großindustriellen, Großagrariern und Reichswehrgenerälen seit 1918 als ausschlaggebend galten: Völlige Revision der Ergebnisse des Ersten Weltkrieges und, soweit dafür erforderlich, auch die der Novemberrevolution.

In entscheidenden Punkten fehlte es noch an notwendigen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Revisionspolitik: Die im Versailler Vertrag gesetzten engen Grenzen für eine deutsche Militärmacht hatten sich lediglich in einigen Fällen umgehen lassen (paramilitärische Formationen, Panzerkreuzerbau, militärische Zusammenarbeit mit der UdSSR), doch nach wie vor stand einer Wiederaufrüstung des Reiches das internationale Kräfteverhältnis entgegen. Zudem gab es unter den Deutschen, vor allem in der Arbeiterklasse und im demokratisch-liberalen Bürgertum, trotz des allgemeinen Hasses auf die „Ketten von Versailles“ eine relativ große Bereitschaft zur Verteidigung der Republik. Deutliche Zeichen setzten der Generalstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch, die Protestaktionen gegen die Ermordung des Reichsaußenministers Walther Rathenau, der Volksentscheid gegen die Fürstenabfindung und eine Reihe bedeutsamer Arbeitskämpfe. Weit über die pazifistischen und linksdemokratisch-republikanischen Organisationen hinaus war die Stimmung „Nie wieder Krieg“ verbreitet. Nicht nur führende Militärs befürchteten daher, am Ende eines neuen Waffengangs könnte es wie im Jahr 1918 erneut einen „9. November“ geben. Ihre ausschlaggebende Schlussfolgerung lautete: Militärische Hochrüstung um jeden Preis und verstärkte Gewalt nach innen.

Letzteres brachten die Naziführer am deutlichsten zum Ausdruck: Erst müsse der „Marxismus ausgerottet“ sein, dann könne der „nationale Wiederaufstieg“ beginnen. In ihrem Visier befanden sich sowohl die KPD als auch SPD und Gewerkschaften (was antikommunistisch argumentierende Sozialdemokraten leichtfertig zu übersehen schienen und immer wieder zu vergessen scheinen). Erst müsse, so argumentierte die NSDAP, der als internationalistisch beschimpfte Geist deutscher Arbeiter nationalistischen Denkstrukturen gewichen sein. Dies manifestierte sich in einem absolut überzogenen Sinne von „Deutschland, Deutschland über alles“, in Großmachtbestrebungen („Volk ohne Raum“, „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen“) und in dem mit ihm nahezu zwangsläufig verbundenen völkerfeindlichen Rassismus. Nationalismus, Expansionismus und generelle Ablehnung jeglicher Sozialismusmodelle – darin bestanden die Fundamente des sich 1932 entfaltenden und 1933 siegreichen Bündnisses zwischen den deutschen Eliten und der NSDAP. Dass die faschistische Partei in der Zeit der Weltwirtschaftskrise vorgab, für die sozialen Interessen der Deutschen einzustehen als Ziel „Arbeit und Brot“ propagierte, erleichterte ihr die Gewinnung eines außergewöhnlich großen Massenanhangs, zumal sie es geschickt verstand, die sozialpolitischen Versprechungen mit ihrer völkisch-nationalistischen Ideologie zu verknüpfen und den „Nationalsozialismus“ als eine vermeintliche Alternative zu anderen bürgerlichen, in Teilen der Gesellschaft arg diskreditierten Parteien hinzustellen. Hitler wusste übrigens sehr genau, wessen Unterstüt-

¹⁴ Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Nr. 48, Oktober 1929, S. 36 f.

zung er hauptsächlich bedurfte, um 1932 mit einiger Aussicht auf Erfolg um die Übertragung der Regierungsgewalt an die NSDAP zu ringen. So sprach er z. B. am 26. Januar 1932 auf einer Veranstaltung, die Fritz Thyssen im Düsseldorfer Industrieklub arrangierte. Den etwa 300 Konzernherren und Bankiers stellte Hitler das Lebensraum-Konzept der deutschen Faschisten vor. Die Demokratie bezeichnete er als die „Herrschaft der Dummheit“, im geplanten „Machtstaat“ würde der „Marxismus bis zur letzten Wurzel“ ausgerottet. Ihm wurde begeistert applaudiert – das Protokoll vermerkt: „Stürmischer, langanhaltender Beifall“. Und Spenden gab es reichlich. Erst danach – am 2. Februar, wie Goebbels in seinem Tagebuch berichtet – entschied sich Hitler definitiv, bei der Wahl des Reichspräsidenten zu kandidieren. Und auf dem Weg zum 30. Januar 1933 gab es weitere Begegnungen dieser und anderer Art ...

Der Blick auf solche Tatsachen, die daraus ziehbaren Schlussfolgerungen und ebenso viele andere Auffassungen über das Wesen des Faschismus boten in der Vergangenheit – und bieten in der Gegenwart – Ausgangspunkt und Orientierung für jedes antifaschistische Ringen. Ohne Faschismustheorie konnte und kann Antifaschismus nicht bestehen.¹⁵ Da es jedoch eine Vielzahl von Theorien über den Faschismus gibt, treten demzufolge auch unterschiedliche Antifaschismen zutage. Solche Unterschiedlichkeit scheint in divergierenden Erscheinungen und Inhalten heutiger Erinnerungskultur auf, dennoch besteht die Notwendigkeit, Antworten auf die Frage nach dem Gemeinsamen, Verbindenden und Übereinstimmenden im Antifaschismus zu finden.

In den dazu geführten Auseinandersetzungen spitzt sich zumeist alles auf die Frage zu, weshalb der 30. Januar 1933 nicht hat verhindert werden können, ein Problem, das von Lion Feuchtwanger in seinem kurz darauf erschienenen Roman „Die Geschwister Oppermann“ in ein anschauliches, zum Nachdenken anregendes Bild gefasst worden ist: Ein Marathonläufer hatte eine Meldekapsel zu überbringen, doch nach dem anstrengenden und entkräftenden Lauf stellte sich heraus, dass die Kapsel leer sei. Sie habe keine Botschaft enthalten, daher hätten sich alle Anstrengungen als vergeblich erwiesen. Das erzwingt – sei es mit dem Blick in die Vergangenheit, sei es mit dem in unsere Gegenwart – Überlegungen zur Geschichte der Faschismus-Deutungen, zu ihrer Entwicklung und ebenso zu ihrer Wirksamkeit. Vor diesem Hintergrund macht es durchaus Sinn, erneut auch jene Faschismustheorien zu befragen, die früher vertreten worden sind.¹⁶

Überlegungen zu einer Definition aus dem Jahre 1933

Das soll im Folgenden am Beispiel der bekanntesten historisch-materialistischen Deutung versucht werden, gerade weil sie seit Jahr und Tag im offiziellen Wissenschaftsbetrieb recht pauschal als unzutreffend und unwissenschaftlich diskreditiert wird, mit der „Begründung“, sie habe alles auf eine sozialökonomische Bindung des Faschismus an Existenz und Politik des Finanzkapitals reduziert. Dabei spielt die abschätzig gemeinte Verwendung des Begriffs „Dimitroff-Formel“ eine zentrale Rolle. „Formel“ – das soll besagen, die Marxisten hätten nichts anderes zustande gebracht, es lohne also nicht, darüber zu sprechen. Unberücksichtigt bleibt, dass vom Faschismus an der Macht gesprochen worden ist, dass eine differenzierte Sicht auf unterschiedliche Gruppen der Herrschenden erfolgt ist, auch dass es um die Charakterisierung des faschistischen Terrors ging und die Ziele der Faschisten als reaktionär, chauvinistisch und krieglerisch-imperialistisch benannt wurden. Nein, stets – und wider besseres

¹⁵ Siehe meine Besprechung des von Heinrich Fink und Cornelia Kerth herausgegebenen Bandes „Einspruch! Antifaschistische Positionen zur Geschichtspolitik“, Köln 2011. In: Neues Deutschland, Beilage zur Leipziger Buchmesse 17. bis 20. März 2011, S. 19. Die folgenden Passagen stützen sich auf meinen Beitrag „„Kritik“ und Kritik der ‘Dimitroff-Formel’“. Siehe Anmerkung 3. Siehe auch meinen Artikel: Eine Warnung vor Denkfaulheit. Die „Dimitroff-Formel“ – Fakten und Legenden über den Versuch einer Faschismus-Definition. In: Neues Deutschland, 07/08.08.20 10, S. 24.

¹⁶ Siehe Anmerkung 3.

Wissen – heißt es landauf landab, die Kommunisten sähen im Faschismus nichts anderes als die „Macht des Monopolkapitals“. Da so offensichtlich die Tatsachen verdreht, unlogische Schlussfolgerungen gezogen und im Grunde ein Pappkamerad aufgebaut wird, auf den es sich leicht einschlagen lässt, ist nach den Ursachen und Zwecksetzungen zu fragen.¹⁷

Im Grunde zielt alles auf eine Ehrenrettung derjenigen, die dem Hitlerfaschismus Weg und Bett bereiteten. Wie damals wird auch heute oft behauptet, man hätte nur mit der Schaffung autoritärer und militärdiktatorischer Verhältnisse die Nazis besiegen, deren Herrschaft verhindern und die Demokratie retten können. Dieser Auffassung von Alternativlosigkeit zufolge wäre also die Zerstörung der Weimarer Republik notwendig gewesen, um sie retten zu können. Der gegenwärtige Abbau demokratischer Grundprinzipien erfährt ähnliche Rechtfertigungen. Jedoch steht fest:

Weder Hindenburg noch Brüning, Hugenberg u. a. m. handelten noch gemäß der demokratisch-parlamentarischen Verfasstheit des deutschen Staates und schon gar nicht für diese. Die durch sie repräsentierten Teile der herrschenden Klasse strebten nach antidemokratisch-autoritären Herrschaftsformen, die zwar – wie sich später herausstellte – keine faschistischen, sehr wohl aber dem Faschismus dienliche, ihn fördernde und bestärkende gewesen sind. Im Grunde standen sie bereits außerhalb der Legitimität politischen Handelns. Aktiver Widerstand war daher nicht nur erforderlich, sondern auch rechtmäßig, zumal die 1918/19 in der Novemberrevolution erkämpfte Weimarer Demokratie von einer Vielzahl der Herrschenden nie vollständig akzeptiert worden ist; viele verstanden sich lediglich als „Vernunftrepublikaner“ und eher als „Herzensmonarchisten“. Bereits die 1930 erfolgte Installation eines Präsidialregimes bedeutete nicht allein Abbau demokratischer Regularien, sondern einen tiefen Bruch mit dem demokratischen Grundgehalt der Weimarer Verfassung. Gerade in dieser Hinsicht lassen sich gewisse Parallelen zu gegenwärtigen Bemühungen erkennen, demokratische Grundrechte faktisch einzuschränken, zu begrenzen und mit (noch?) bemäntelten autoritären Regierungspraktiken zu ersetzen. Ob aus dem, was mitunter etwas verschämt als „postdemokratisch“ bezeichnet wird, Neofaschismus oder eine Art „Faschismus light“ als erheblicher Machtfaktor erwachsen kann, lässt sich bislang nicht erkennen. Dennoch werden Wege zu neuen menschen- und menschenrechtsfeindlichen sowie sozial völlig ungerechten Verhältnissen eröffnet, auch unter Missbrauch einer eigentlich nur auf demokratischem Wege zu verwirklichenden europäischen Gemeinsamkeit. Es lohnt auch in dieser Hinsicht, Dimitroffs Warnung vor „Denkfaulheit“ aufzugreifen. Die umfangreichen Reden, welche er und andere 1935 auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale gehalten haben, bieten keinen Anhaltspunkt für den oftmals erhobenen Vorwurf, sie enthielten eine Theorie, die in den Faschisten nichts anderes als „Agenten“ des Kapitals sehen würde. Inhaltliche Analysen des gesamten Textes verbieten pauschale Urteile, vielmehr scheint es erforderlich, sie insgesamt in die Geschichte der Faschismustheorien einzuordnen und – im besten Sinne des Wortes – zu historisieren“. Er ist sowohl in seine Zeit als auch in den damaligen Entwicklungsstand des theoretischen Denkens über den Faschismus einzubetten. Das für seine Zeit neu Erreichte ist ebenso hervorzuheben wie das bereits damals Unzutreffende, Unrichtige. Da geht es nicht um eine parteiische „Ehrenrettung“, erst recht nicht um eine Beschönigung der Tatsache, dass der bewusste Satz in früheren Zeiten eine verheerende Vergötzung erfahren hat.

1935 wurden vor allem Erscheinungen der faschistischen Herrschaftsdoktrin benannt, um das Wissen über sie als Grundlage der eigenen Politik gegen den Faschismus zu nutzen. In seiner Hauptrede auf dem VII. Weltkongress verwendete Dimitroff den geringsten Teil seiner Ausführungen für das Charakterisieren des Faschismus; von den über 100 Seiten der gedruckten Fassung sind dem lediglich acht gewidmet. Zudem fällt auf, dass er hier aus Stalins Rede auf

¹⁷ Siehe dazu jüngst Kurt Pätzold im ND vom 6.8.2010.

dem XVII. Parteitag der KPdSU und aus den Materialien des XII. EKKI-Plenums vom Dezember 1933 zitierte. Im Schlusswort des Kongresses ging er auf die Frage, wie der Faschismus zu definieren sei, überhaupt nicht ein.

Bis heute kommt keiner an der damals getroffenen Feststellung vorbei, Faschismus an der Macht sei terroristisch, menschen- und menschenrechtsfeindlich sowie letztlich kriegsherbeiführend, erst recht nicht nach den Erfahrungen, welche die Welt mit der deutschen Kriegsführung und dem industrialisierten Völkermord während des Zweiten Weltkrieges machen musste. Nach wie vor gilt vor allem jene Einschätzung, der Faschismus sei „Chauvinismus in seiner brutalsten Form, der einen tierischen Hass gegen die anderen Völker kultiviert.“¹⁸ Der VII. Weltkongress bot eine geeignete, Erfolg versprechende Grundlage für eine antifaschistische Volksfront-Politik, wozu erst das Akzeptieren unterschiedlicher bürgerlicher Herrschaftsformen eigenen Zielvorstellungen Möglichkeiten bot. Zugleich trennte sich 1935 die kommunistische Weltbewegung endgültig von der verheerende Folgen zeitigenden Gleichsetzung von Faschismus und Sozialdemokratie. Insofern stellten gerade die von Dimitroff vorgebrachten Überlegungen damals einen theoriegeschichtlichen Schritt über bislang vertretene Auffassungen hinaus dar. Hatten Antifaschisten zuvor in der Regel sehr allgemein über den Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus gesprochen, so wurde nunmehr nicht nur zwischen Kapital und Finanzkapital, sondern auch innerhalb des Finanzkapitals differenziert.

Natürlich wies die gesamte Charakterisierung des Faschismus durch den VII. Weltkongress schon damals auch erhebliche Fehler und Schwächen auf. Sie bezeugte eine nach wie vor mechanistische Auffassung vom Verhältnis zwischen ökonomischer und politischer Macht. Zwar war gemeint, dass der Faschismus eine Diktatur im Interesse des Finanzkapitals ausübe, dass hinter ihr und sie stützend das Finanzkapital steht, doch die Formulierung selbst war absolut irreleitend. Sie führte die alte Unterschätzung der bürgerlichen Demokratie fort und überwand diesen Fehler nicht grundlegend. Die Formulierung „offene terroristische Diktatur“ zielte darauf, auch die parlamentarisch-demokratischen Verhältnisse als Diktatur zu verstehen. Liest man indessen alles in den Reden Dimitroffs, dann wird deutlich, dass er keineswegs – wie das XIII. EKKI-Plenum im Dezember 1933 es noch getan hatte – von einer direkten Machtausübung der Monopolkapitalisten gesprochen hat. Er forderte demgegenüber sehr strikt die „Aufstellung positiver demokratischer Forderungen“.¹⁹ Jede „schematische Behandlung der Frage der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie“ sei zu überwinden.²⁰ Dimitroff klammerte zwar die Existenz eines faschistischen Massenanhangs nicht aus, doch blieb es mehr oder weniger dabei, die Existenz eines großen Einflusses der Faschisten auf die Massen zu konstatieren. Viel wurde über Manipulation und Demagogie, jedoch nichts zu der Tatsache, dass diese nichts oder nur wenig bewirken würden, wenn sich die Manipulierten manipulieren ließen, dass Demagogie unnütz wäre ohne die Bereitschaft von Massen, sich demagogisch beeinflussen zu lassen. Die Erklärung, mit „verlockendsten“ Losungen – er zitierte u. a. von der NSDAP oft verwendete Schlagwort „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ – seien die „politisch unreifen Massen“ gewonnen worden, war schlicht und einfach unzureichend.²¹ Für eine materialistische Bewusstseinsforschung wurde nichts geleistet, möglicherweise auch deshalb, weil die Sicht auf die Massen im eigenen Machtbereich ebenfalls nur von „oben“ her erfolgte. Die bloße Benennung von Quellen des Masseneinflusses, über den sowohl der deutsche als auch der italienische Faschismus verfügte, konnte nicht genügen.

Schlimmer scheint mir jedoch zu sein, dass nach dem VII. Weltkongress manch ein richtiger Denkansatz nicht weitergeführt, nicht ergänzt, nicht aktualisiert worden ist. 1935 konnte fest-

¹⁸ Dimitroff, a. a. O., S. 526.

¹⁹ Ebenda, S. 646 f.

²⁰ Ebenda, S. 529.

²¹ Ebenda, S. 541.

gestellt werden, dass der Faschismus zum Krieg führen wird, aber noch nichts gesagt werden über die Maßlosigkeit seiner Expansionsziele und der barbarischen Kriegführung, erst recht nicht über den systematisch betriebenen Völkermord an den europäischen Juden, an Sinti und Roma, an slawischen Menschen. Dies alles, als es passiert war, allein in früher gebotene Definitionen pressen zu wollen, fügte historisch-materialistischem Geschichtsdenken schweren Schaden zu. Die bloße Wiederholung des einen Satzes ließ völlig außer Betracht, dass sich insbesondere der deutsche Faschismus noch entfaltet hat und neue Momente seines Wesens neue Analysen erforderlich machten. In seinem totalen Krieg gegen alle anders Denkenden und anders Artigen hatte er sich gleichsam selbst weiter „faschisiert“. Für alle aktuellen Versuche, sich mit neuen Erscheinungen auseinanderzusetzen, dürften auch andere Aussagen Dimitroffs lehrreich sein. Mit großer Deutlichkeit geißelte er 1935 jene Fehler, die den Kampf gegen den Faschismus gehemmt hätten: „In unseren Reihen wurde die faschistische Gefahr in unzulässiger Weise unterschätzt, was auch bis auf den heutigen Tag nicht überall liquidiert ist. [...] In Deutschland haben unsere Genossen lange Zeit das verletzte Nationalgefühl und die Empörung der Massen gegen den Versailler Friedensvertrag nicht genügend berücksichtigt [...] In mehreren Ländern wurde die notwendige Entfaltung des Massenkampfes gegen den Faschismus durch ein unfruchtbares *Räsonieren* über den Charakter des Faschismus ‚im allgemeinen‘ und durch *sektiererische Beschränktheit* in Stellung und Lösung der aktuellen politischen Aufgaben der Partei ersetzt.“²² Nachdrücklich warnte Dimitroff vor schablonisierendem Denken: „Wir müssen den Hang zu ausgeheckten Schemen, leblosen Formeln, fertigen Schablonen, der oft auf unsere Genossen lähmend wirkt, aufs schonungsloseste ausrotten. Wir müssen mit dem Zustand Schluss machen, wo Kommunisten, denen es an Kenntnissen und an Fähigkeiten zu einer marxistisch-leninistischen Analyse fehlt, diese Analyse durch allgemeine Redensarten und allgemeine Losungen, wie ‚revolutionärer Ausweg aus der Krise‘ ersetzen [...] Ohne eine solche Analyse werden jedoch alle ähnlichen Losungen zu einem leeren Wort, zu einer inhaltlosen Phrase, die unsere gegenwärtigen Aufgaben nur verdunkelt.“²³ Nahezu apodiktisch äußerte sich Dimitroff zur Notwendigkeit weiterer, also auch über seine Aussagen hinaus gehende Analysen: „Keinerlei allgemeine Charakteristik des Faschismus, mag sie an sich noch so richtig sein, enthebt uns der Pflicht, die Eigenart der Entwicklung des Faschismus und der verschiedenen Formen der faschistischen Diktatur in einzelnen Ländern und in verschiedenen Etappen konkret zu studieren und zu berücksichtigen. [...] Es wäre ein grober Fehler, irgendein allgemeines Entwicklungsschema des Faschismus für alle Länder und alle Völker aufstellen zu wollen.“ Regelrecht abschätzig sprach Dimitroff von „Denkfaulheit“, würde das Studium der konkreten Lage „durch allgemeine, nichtssagende *Formeln*“ ersetzt. Wer diese verwende, erinnere „nicht an *Scharfschützen*, die mitten ins Schwarze treffen, sondern an solche ‚Meisterschützen‘, die systematisch und unausbleiblich *danebentreffen*, bald höher, bald tiefer, bald weiter, bald näher am Ziel vorbeischießen.“²⁴

Antifaschismus in einer sich verändernden Welt

Jeder Versuch einer Analyse und theoretischen Erfassung gegenwärtiger Erscheinungen, die faschistisch sind oder dem Faschismus früherer Zeiten ähneln, wird sowohl grundsätzlich bewährte als auch neue, zeitgemäße Maßstäbe verlangen. Sonst könnte Antifaschisten das passieren, was hier bereits mit Lion Feuchtwangers Bild von einer mühevoll bewegten, aber botschaftslosen Kapsel angedeutet wurde.

Im Sinne einer heutigen Botschaft des Antifaschismus ist zu sagen: Alles, was uns heute begegnet, am traditionellen Faschismus und in Deutschland am Nazifaschismus zu messen, ist

²² Ebenda, S. 627.

²³ Ebenda, S. 629 f.

²⁴ Ebenda, S. 632 f.

richtig und notwendig. Daran bleibt nichts zu deuteln. Dieses Messen indessen zum wichtigsten oder gar alleinigen Kriterium zu machen, *kann* in die Irre führen. Birgt nicht manches in der Welt von heute möglicherweise noch viel größere Risiken in sich, als sie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts über die Welt gebracht wurden? Sind heute nicht noch furchtbare und globalere Folgen für die Menschheit denkbar, etwa die eines dritten bzw. vierten Weltkrieges, von Kriegen um Wasser und Nahrungsmittel, geführt mit gentechnischen Massenvernichtungswaffen u. ä. m.²⁵ Mit welchen neuen Erscheinungen einer Entmenschlichung, einer Entmoralisierung ist angesichts des anhaltenden, zum Teil sogar ganz bewusst vorangetriebenen Differenzierungsprozesses zwischen Arm und Reich zu rechnen? Ist nicht heute schon der Bau sogenannter Kapselstädte geplant, in denen das Überleben ausschließlich von Wenigen in kommenden Klimakatastrophen gesichert werden soll? Ist nicht in vielen Ländern die Verödung von Peripherien gegenüber den Zentren bereits weit verbreitet?²⁶ Was besagt es, wenn der Soziologe Wilhelm Heitmeyer kürzlich auf das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage verweisen musste, derzufolge 61 Prozent der Befragten beklagen würden, „dass man zu viele Schwache mitschleppe“?²⁷ Und wenn die These stimmt, wofür vieles spricht, dass künftig 20 Prozent der Erdbevölkerung genügen, um alles herzustellen, was gebraucht wird, dann geht es in irgendeiner der weiteren großen Krisen – und die werden gewiss kommen – nicht nur um die existenzielle Unsicherheit sogenannter Unterschichten, sondern um das menschlichen Dasein der leicht als „überflüssig“ zu diskreditierenden 80 Prozent.²⁸

Die Barbarei im Umgang von Menschen mit „anderen“ Menschen – gleich ob als rassistisch definiert, als dumm diffamiert oder als sozial minderwertig und entbehrlich angesehen – sie könnte ein neues, dann wohl aber endgültiges Maximum finden. Dies könnte dann vielleicht als ein sich immer weiter faschisierender Faschismus bezeichnet werden. Wird für dieses dem 21. Jahrhundert gemäßes Phänomen irgendein anderer, ein treffenderer Begriff gefunden werden, so wird das am humanistischen Geist des historischen und gegenwärtigen Antifaschismus nichts ändern. Zu suchen sind allerdings neue politische Inhalte und Kampfformen, für große wie für kleinere Probleme, in internationalem und nationalem Rahmen wie selbstverständlich auch in regionalen und lokalen Zusammenhängen.

Politische Entscheidungen heute auch auf der Grundlage des kritischen Blicks in die Geschichte des 20. Jahrhunderts zu treffen, verlangt von den Linken, von Antifaschisten und Kriegsgegnern ein nachdrückliches Erinnern an Faschismus und Krieg sowie an eigenes geschichtliches Versagen. Verlangt ist ferner das Wissen um einige Grundelemente zeitgeistiger, also rechtslastiger Deutungen der Geschichte. Zu diesen gehören Auffassungen, denen zufolge die Welt und damit auch ihre Vergangenheit prinzipiell undurchschaubar sei, dass die Menschen schicksalhaft gebunden wären an die „Natürlichkeit“ von Ungleichheit und von triebhafter Gier, frei nach dem Motto, alles sei nun einmal so, seit Kain den Bruder Abel erschlug. Auf solche Weise lassen sich dem Unwissenden auch die größten Absurditäten der Kapitalgesellschaft als Konstanten menschlicher Existenz erklären und als alternativlos deuten. Dazu passt eine zunehmende „Entökonomisierung“ in der Erklärung von Geschichtsverläufen, erst recht in der Darstellung und Erörterung aller gesellschaftlicher Ursachen und Zusammenhänge. Gleichzeitig erfolgt eine zunehmende Mystifizierung des Geldes, der „Märkte“ usw. „Entkapitalisierung“ findet statt, genauer: Es handelt sich um Entlastungskampagnen zugunsten des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, das von dem bekannten

²⁵ Siehe Michael Jäger: Wagenburgen gegen den Klimawandel. In: der Freitag, 26.08.2010, S. 11.

²⁶ Davon spricht z.B. der Sozialphilosoph Oskar Negt. Siehe Martin Lejeune: Nur noch Utopien sind realistisch. In: Neues Deutschland, 5.10.2010, S. 3.

²⁷ Siehe Neues Deutschland, 21.10.2010, S. 2.

²⁸ Wilfried Bommert behauptet in seinem soeben erschienenen Buch „Kein Brot für die Welt. Die Zukunft der Welternährung“ lakonisch: „Wir sind zu viele Menschen auf dieser kleinen Erde.“

Soziologen Jean Ziegler aus der Schweiz mit Recht als ein „Imperium der Schande“ charakterisiert wird.²⁹

Gegen den heutigen Marsch in eine andere, eine stärker rechtsorientierte Republik bedarf es einer konsequent-alternativen Politik und ebenso einer intensiven linken geschichtspolitischen Bildungsarbeit. Auch damit wäre zu erreichen: Empörung statt Hinnahme und Resignation, aktiver Widerstand statt duldsamer Anpassung, Gegendruck statt schrittweiser Gewöhnung an das jetzt von Herrschenden Gewollte. Kenntnisvermittlung statt massenmedialer Verdummung. Um Veränderungen bewirken zu können, ist Aufklärung über Strategien und Möglichkeiten der ökonomisch und politisch Mächtigen erforderlich, ebenso eine tiefgründige Information zu geschichtlichen und aktuellen Ereignissen. Da Alltagsbewusstsein und -verhalten aus einem komplexen und außerordentlich vielgestaltigen Bündel politischer, sozialer, ökonomischer, kultureller, religiöser und auch mentaler wie sozialpsychologischer Faktoren erwachsen, hat linke Geschichtspolitik zugleich jene materiellen, sozialen, geistigen und weltanschaulichen Grundlagen zu enthüllen, die dazu führen können, dass viele Menschen in Unkenntnis und selbstverschuldeter Ohnmacht menschenfeindliche Handlungsmotive nicht erkennen, gewaltsamen Aktionen zu wenig widerstehen oder gar neue Kriege akzeptieren.

Die Linke. Bulletin. Geraer Sozialistischer Dialog, Ausgabe 34/Dezember 2012 S. 36-43

²⁹ In einem Gespräch mit Jean Ziegler (geführt von Peter Wolter, veröffentlicht in *junge Welt*, 16.11.2012, S. 3) über sein neuestes Buch („Wir lassen sie verhungern. Massenvernichtung in der Dritten Welt“, München 2012) erklärte der Autor: „Für die Völker des Südens hat der dritte Weltkrieg längst begonnen [...] Der deutsche Faschismus brauchte sechs Kriegsjahre, um 56 Millionen Menschen umzubringen – die neoliberale Wirtschaftsordnung schafft das locker in einem Jahr“.

Der Flaschenteufel

3. Dezember 1932: Ein General wird Reichskanzler – der letzte vor Hitler

Etwas mehr als fünf Monate lang – vom Juni bis November 1932 – regierte der Herrenreiter Franz von Papen. Kein anderes Kabinett der Weimarer Republik hatte schon so rasch völlig abgewirtschaftet. Kürzer schaffte es nur noch Kurt von Schleicher, der das Amt von ihm am 3. Dezember 1932 übernahm und es bereits nach zwei Monaten wieder verlor. Und dies, obwohl der General großen Einfluß auf zahlreiche Politiker, Verbände und Zeitungen auszuüben vermochte sowie auf den Zuspruch des Reichspräsidenten Hindenburg bauen konnte. Von einer im Hintergrund agierenden „grauen Eminenz“ wurde gesprochen, und wie kaum ein anderer verfügte er über eine große Machtfülle, amtierte er doch zugleich als Reichswehrminister und als Reichskommissar für Preußen.

Schleichers Berufung zum Reichskanzler war Ergebnis und Ausdruck der Situation, in die führende Gruppen der deutschen Bourgeoisie das Land mit ihren diversen, am Ende alle auf die hitlerfaschistische Diktatur hinauslaufenden Versuchen zur Bewältigung der Wirtschaftskrise sowie zur Zerschlagung der Weimarer Republik gebracht hatten. Zwar waren zuvor – vor allem mit dem Staatsstreich vom 20. Juli 1932 (siehe jW-Thema vom 20.7.2012) – die antifaschistischen Kräfte stark zurückgedrängt worden, doch untereinander dauerten Streit und Gerangel an; eine „schwüle Berliner Atmosphäre“ verlange reinigende Gewitter, hieß es. Alles drängte nach Entscheidungen, die teils in erbitterten Machtkämpfen um unterschiedliche Konzepte, teils in regelrechten Intrigen angestrebt wurden. Deutschland befand sich auf dem Weg zu diktatorischen Verhältnissen – es ging kaum noch um das „Ob“, sondern um das „Wie“.

Herbst-, Stürme“

Eigentlich wäre Papens Rücktritt bereits am 12. September 1932 fällig gewesen. An diesem Tage hatten ihm 512 Abgeordnete des Reichstages das Mißtrauen ausgesprochen, lediglich 42 Parlamentarier für ihn votiert. Einzigartig nimmt sich diese Abstimmung in der deutschen Parlamentsgeschichte aus, auch weil sie das Ergebnis eines von der KPD gestellten Mißtrauensantrages war. Doch den Regierenden galten Verfassung und Volksvertretung schon überhaupt nichts mehr: Der de facto gestürzte Reichskanzler legte dem Reichstag eine bereits zuvor ausgefertigte Erklärung des Reichspräsidenten vor, die ihn bevollmächtigte, das erst sechs Wochen zuvor gewählte Parlament erneut nach Hause zu schicken.

Papen spekulierte bis zu seinem Rücktritt am 17. November darauf, für längere Zeit völlig ohne das Parlament zu regieren, was nur auf den Bajonetten der Reichswehr, also in Gestalt einer Militärdiktatur, oder gemeinsam mit den Nazis möglich gewesen wäre. Letztere hatten sich aber mit der Regierung überworfen, um ihre Politik des „Alles oder nichts“ durchzusetzen. Allein die Sorge, es könnte zu weiteren und größeren, zu nicht mehr beherrschbaren Unruhen kommen, hielt die meisten der Kabinettsmitglieder von einer Zustimmung zu solchen Vorhaben zurück. Noch besaß die Regierung das Vertrauen des Reichspräsidenten und ebenso die Unterstützung einflußreicher Großindustrieller und Großagrarien. Zwar gab es kaum eine Stimme, die sich nicht für eine Einbeziehung der NSDAP in die Regierung ausgesprochen hätte, doch dieser die Führung zu überlassen, stieß auf Besorgnisse und Zweifel, ob deren Massengang – geworben auch mit „sozialistischen“ Parolen – beherrschbar sein würde. Zwierspältig registrierten die ökonomisch und politisch Mächtigen gewisse Veränderungen im taktischen Verhalten dieser Partei. So hatte Gregor Strasser, der zweite Mann nach Hitler, am 10. Mai im Reichstag eine Rede gehalten, in der er von einer „großen antikapitalistischen Sehnsucht“ tonte, die „95 Prozent unseres Volkes bewußt oder unbewußt erfaßt“ habe. Im Juli 1932 verkündete Strasser in einer Publikation sogar, man sei Todfeind des kapitalistischen Wirtschaftssystems.

Das diente in erster Linie dem erneut zu führenden Wahlkampf, der heftig entbrannte, nachdem der 6. November als Termin für die erneute Wahl eines Reichstages festgesetzt worden war. Es diente vor allem dem Bemühen der Nazis, möglichst große Teile der Arbeiterschaft zu gewinnen. Der war allerdings mit purer Demagogie nicht beizukommen, wie am Stimmungsbild der Bevölkerung sowie an den stagnierenden Wahlergebnissen abzulesen war – seit dem Frühjahr 1932 konnte die NSDAP keinen Zuwachs erreichen. Sie suchte nach anderer Substanz ihres öffentlichen Auftretens, die aber Risiken in sich barg. Verstärkte sie die antikapitalistische Note in ihrer Propaganda, hatte sie zu befürchten, die Gunst der Großbürgertums und ihm nahestehender Schichten zu verlieren. Würde sie ihre sozialpolitischen und sozialistisch eingefärbten Parolen abschwächen, lief sie Gefahr, den bislang erreichten Einfluß auf Arbeiter zu verlieren bzw. nicht erweitern zu können.

Vor diesem Hintergrund breitete sich in den Reihen der NSDAP Krisenstimmung aus. Nach dem 13. August – Hitler hatte vom Reichspräsidenten den Stuhl des Kanzlers gefordert und den ihm angebotenen Posten eines Vizechefs der Regierung abgelehnt – raunte es in der Partei, man müsse endlich zugreifen und zumindest die -Chance einer Regierungsbeteiligung nutzen. Das Rumoren wuchs erheblich an, als sie bei den Wahlen vom 6. November zwar größte Partei blieb, aber einen Verlust von mehr als zwei Millionen Stimmen hinzunehmen hatte. Hatte sie bislang vom Nimbus eines unaufhaltsamen Aufsteigers zehren können, schien nun der „Zauber der Unwiderstehlichkeit“ gebrochen. Die Partei war offensichtlich an einem Kulminationspunkt ihres Masseneinflusses angelangt.

Suche nach neuen Machtmodellen

Doch nicht allein in der NSDAP spitzten sich im Herbst 1932 die internen Auseinandersetzungen erneut zu. In ihnen spiegelten sich alle Streitpunkte, die es insgesamt unter den deutschen Eliten um die weitere Bewältigung der Wirtschaftskrise sowie um den weiteren Weg zur Revision der Ergebnisse der Jahre 1918/19 gab. Obgleich in zahlreichen Gesprächen führender Politiker der bürgerlichen Parteien immer noch nach einer koalitionspolitischen Lösung zwischen der Zentrumsparterie und den Nazis bzw. zwischen diesen und den Deutschnationalen gesucht wurde, verlagerte sich im Herbst 1932 die Suche nach Entscheidungen mehr und mehr in andere Bereiche. Im wesentlichen drehten sich die Debatten und Aktionen der Herrschenden um mehrere unterschiedliche, jedoch ineinander verwobene und ineinander übergehende Konzepte:

Eine ganze Reihe mächtiger Unternehmer, Bankiers und Großgrundbesitzer setzte sich mit wachsendem Nachdruck für die Berufung Hitlers als Reichskanzler ein. Deutlich kam dies in einem ungewöhnlichen Schritt zum Vorschein: Man richtete eine entsprechende Eingabe an Hindenburg. Zu den prominenten Unterzeichnern dieser Petition gehörten Hjalmar Schacht, Fritz Thyssen sowie Graf Kalckreuth, der Chef des Reichslandbundes. Hitlers Reichskanzlerschaft forderten mit ihren Unterschriften auch Angehörige des Keppler-Kreises, so u. a. der Bankier Kurt von Schröder, Fritz Thyssen, August Rosterg, Friedrich Reinhart und der Großreeder Kurt Woermann. Mit ihnen unterzeichneten weitere Großgrundbesitzer und Funktionäre landwirtschaftlicher Verbände die Petition: Robert Graf von Keyserlingk-Cammerau und der Präsident der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg, Joachim von Oppen-Dannenwalde, beide Mitglieder des Deutschen Landwirtschaftsrates, der Präsident des Westfälischen Landbundes Engelbert Beckmann und Karl Gustav von Rohr-Mantze, Paul Reusch (Vorstandsvorsitzender der Gutehoffnungshütte Aktienverein für Bergbau und Hüttenbetrieb, zugleich stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Industrie- und Handelstages); Fritz Springorum und Albert Vögler ließen dem Reichspräsidenten separat mitteilen, daß sie „grundsätzlich voll und ganz auf dem Boden der Eingabe stehen“. Sie wünschten jedoch wie andere um ihre Teilnahme gebetene Personen, die sich verweigert hatten, nicht derart exponiert Partei zu nehmen. Letzteres galt auch für den Präsidenten der Rheinländischen Land-

wirtschaftskammer, Hermann Freiherr von Lüninck, der schon den Eintritt in das Kabinett Papens mit der Begründung abgelehnt hatte, es gehe um einen Systemwechsel, nicht nur um die Bildung einer veränderten Regierung, und der darauf verweisen konnte, daß er sich schon mündlich vor Hindenburg für „die Übertragung der Kabinettsführung an die nationalsozialistische Bewegung“ ausgesprochen hatte. Insgesamt ließ der Vorgang erkennen, daß die Zahl jener Angehörigen deutscher Eliten, die Papen zu unterstützen bereit waren, dahinschmolz – langsam aber sicher.

„Stiefelabsatz“ gegen das Volk

Demgegenüber setzten Hindenburg und Papen sowie die Unterstützer ihres Kurses in Wirtschaft, Reichswehr und Staatsbürokratie auf eine endgültige Ausschaltung der Rechte des Reichstages, auf völligen Bruch der Weimarer Verfassung. Die Verachtung der Demokratie und des Prinzips der Volkssouveränität brachte Papen mit den Worten zum Ausdruck: „Man muß dem Volke nur den Stiefelabsatz durch die Schnauze ziehen, dann pariert es schon.“ Argumente, mit denen autoritäre, ständestaatlich verbrämte Diktaturverhältnisse gerechtfertigt wurden, hatten konservative Ideologen geliefert: Edgar Julius Jung beispielsweise, der mit Fug und Recht als Ghostwriter Papens zu bezeichnen ist, war bereits 1927 mit einem viel gelesenen Buch gegen die „Herrschaft der Minderwertigen“ in Erscheinung getreten.

In diesem Konzept spielte die NSDAP eine wichtige, jedoch nicht die ausschlaggebende Rolle. Sie konnte zwar nicht mehr übergangen oder gar zurückgedrängt werden, doch war nur an ihre Mitwirkung gedacht, an die Nutzung ihres Potentials für die eigenen Ziele. Dafür wurden neue, autoritäre Herrschaftsmechanismen gesucht, auf Teilgebieten gefunden und erprobt, mitunter verworfen oder variiert. Man könnte sogar vom Testen der Kompatibilität eigener zu den weiterreichenden Vorstellungen der NSDAP sprechen, die sowohl in der Praxis stattfanden – siehe u. a. die von Konservativen zielorientiert herbeigeführte Beteiligung von Nazis an einigen Landesregierungen – als auch theoretische Fundierung erfuhren, u.a. ein Betätigungsfeld solcher Vereine wie der Gesellschaft zum Studium des Faschismus oder konservativer Rechtsgelehrter wie Carl Schmitt, dem gegenwärtig keineswegs zufällig so etwas wie eine Renaissance widerfährt.

Dieses Konzept sah eine schrittweise Beschränkung und faktische Aushöhlung der Verfassung vor, wurde aber, die Realität verschleiern, schlicht als „Verfassungsreform“ benannt. Die radikalsten Pläne trug Papens Innenminister Freiherr von Geyl ausgerechnet am Verfassungstag des Jahres 1932 sowie in einer am 28. Oktober gehaltenen Rede vor. Das aktive und das passive Wahlrecht sollte jeweils um fünf Jahre erhöht werden. Als notwendig wurde angegeben, den „selbständigen Familienernährern, gleichviel ob Mann oder Frau, und den Kriegsteilnehmern eine Zusatzstimme“ zu gewähren, um damit den „Dank des Vaterlandes zum Ausdruck“ zu bringen. Parallel dazu wurde auch eine Reichsreform angestrebt, die zu mehr Zentralismus geführt haben würde, wäre dies nicht – wie auch der 1928 ins Leben gerufene Bund zur Erneuerung des Reiches – kläglich an den Länder-Egoismen gescheitert.

Weimars letzte Chance?

In Schleichers Kabinett verblieben die meisten Minister Papens. Auch in inhaltlicher Hinsicht unterschieden sich Papen und Schleicher kaum. Letzterer betonte etwas stärker die Parole „Arbeit schaffen!“ und rief dafür ein neues Amt ins Leben: das von Günther Gereke geleitete Reichskommissariat für Arbeitsbeschaffung. Auch wollte er keine unberechenbaren Risiken eingehen, um ein folgenschweres Scheitern des Kurses auf neue Machtsysteme zu vermeiden. Rückhalt suchte er in Teilen der Parteien und anderer Organisationen. Dennoch besaß er keinerlei Rückhalt im Parlament, geschweige denn in der deutschen Bevölkerung. Im Reichstag konnte er wie vordem noch Papen nicht mit der Unterstützung durch die Deutschnationalen rechnen.

In der Öffentlichkeit wurden Aufgaben und Grenzen der neuen Regierung vielfach sehr deutlich benannt. Die von Hugo Stinnes jr. kontrollierte und einflußreiche Deutsche Allgemeine Zeitung bemerkte am 6. Dezember 1932, mit der Einsetzung dieses Kabinetts sei eine Atempause geschaffen, in der „zwischen den Inhabern der Gewalt und Hitler verhandelt werden kann“. Carl von Ossietzky schrieb, Schleicher setze der Naziartei, „um sie bündnisreif zu machen, gleichsam Blutegel an“, und charakterisierte ihn als „Flaschenteufel“. Ernst Thälmann kennzeichnete die Regierung als ein Übergangskabinett mit der Funktion des Platzhalters für eine „Hitlerkoalition bzw. Hitlerregierung“, auf deren Zustandekommen weiter hingearbeitet werde. Absurd das Gerede, mit Schleicher hätte noch eine Chance für die Weimarer Republik bestanden!

Dieses „Hinarbeiten“ erfolgte auf der Grundlage eines anderen Konzepts, einer weiteren Variante angestrebter neuer Herrschaftsformen. Auch um sie wurde in den Reihen der deutschen Eliten gestritten, darüber hinaus auch kräftig intrigiert. Dieses Konzept zielte auf die Schaffung einer „Querfront“, in der neben Teilen der NSDAP vor allem die unterschiedlichsten Gewerkschaften als Massenbasis diktatorischer und von der Reichswehr zu sichernder Machtausübung wirksam werden sollten. Der Realisierung dieses Planes galt insbesondere die Aufmerksamkeit Schleichers nach den Reichstagswahlen vom 6. November, auch unter dem Eindruck der spektakulären Beteiligung der Nazis am Streik der Berliner Verkehrsarbeiter stehend.

Um in dieser Zeit die Möglichkeiten und Grenzen der Machtsicherung auszuloten, ließ Schleicher am 18. November, einen Tag nach dem Rücktritt Papens, in seiner Eigenschaft als Reichswehrminister Einladungen zu einem Planspiel der Militärs verschicken. Dessen Thema galt den Aussichten und Gefahrenpunkten eines innenpolitischen Ausnahmezustandes. Ihm lag die Annahme zugrunde, daß die im Herbst in vielen Betrieben stattfindenden Streiks in einen Generalstreik münden würden. Das Ergebnis des Planspiels ernüchterte: Einer solchen Lage sei mit Reichswehr, Polizei und Technischer Nothilfe allein nicht beizukommen. Ferner wurde festgestellt, daß also „Ergänzungsleute“ benötigt würden, aber das dazu erforderliche „Menschenmaterial“ nur aus „Stahlhelmkreisen zu bekommen“ sei. Die vorhandenen und mobilisierbaren Kräfte, die eine gewaltsame Durchsetzung elitärer Militärdiktatur hätten absichern können, würden nicht ausreichen, so das Fazit. Diktatorisch zu regieren – das ging nur noch mit Hilfe der NSDAP.

Mit Schleichers Namen verband sich das Konzept, eine tragfähige Basis aus Teilen der Parteien bzw. den ihnen nahestehenden Organisationen zu gewinnen. Das Konzept einer „Querfront“, das der Soziologe Hans Freyer schon im Jahr zuvor als „Revolution von rechts“ charakterisiert hatte, zielte darauf, sowohl die NSDAP als auch die freien und die christlichen Gewerkschaften, ferner einige Wehrverbände und auch das Reichsbanner hinter sich bringen zu können. Bei ersteren rechnete Schleicher mit jenen, die der Rückschlag bei den Reichstagswahlen vom 6. November denken ließ, man dürfe nicht länger auf der Position „Alles oder Nichts“ verharren. Intensive Gespräche fanden auch mit Gewerkschaftsführern statt, die den angekündigten Programmen zur Arbeitsbeschaffung zustimmen sollten. Er stieß dabei nicht auf völlige Ablehnung.

In der Führung des ADGB mehrten sich in diesem Zusammenhang Stimmen gegen eine als zu eng empfundene Bindung an die SPD. In seiner aufsehererregenden Rede, gehalten am 14. Oktober in der Bundesschule der Freien Gewerkschaften, hatte deren Vorsitzender Theodor Leipart erklärt, man sei „zu sehr auf das Ganze gerichtet, um Parteifesseln zu tragen“. Das „Ganze“ sei für ihn: Dienst am Volk, deutsches Gemeinschaftsgefühl und „sozialer Kampf im Interesse der Nation“. In deutlicher Anlehnung an Ernst Jüngers kurz zuvor erschienenen Buch „Der Arbeiter. Herrschaft und Gestalt“ sprach Leipart auch davon, daß die Gewerkschafter den „soldatischen Geist der Einordnung und der Hingabe für das Ganze“ kennen

würden. Ein Mann des deutschnationalen Stahlhelm-Bundes applaudierte, Zustimmung kam aus dem Tat-Kreis um Hans Zehrer, veröffentlicht in der Täglichen Rundschau, einer Zeitung, die mit Schleichers finanzieller Hilfe erworben worden war. Leiparts Worte würden „weite Ausblicke in die Zukunft eröffnen“, reagierte Gregor Strasser. Nach seiner Auffassung brauche nun die „antikapitalistische Front“ nur noch gestaltet zu werden, was erfolgen könne, wenn sich „die einsichtigen Leute aus allen Lagern (...) zusammenfinden“.

Nach einem Gespräch zwischen Schleicher und Leipart, das am 28. November stattfand, munkelte die Presse, es stehe die Bildung eines „Schleicher-Leipart-Strasser-Kabinetts“ bevor. Auf die damit verbundenen Ankündigungen, die neue Regierung werde sich intensiv um die Beschaffung von Arbeitsplätzen bemühen, Arbeitsdienstprogramme verfolgen und sozialpolitisch agieren, reagierte ein Teil der Großindustriellen recht distanziert. Jedwede Stärkung gewerkschaftlicher Positionen schien ihnen unerträglich zu sein; man wollte „Herr im Hause“ sein und bleiben.

Strasser gegen Hitler?

Realisieren ließ sich ein solcher „Querfront“-Versuch der Krisenbewältigung ohnehin nur, wenn zumindest ein größerer Teil der NSDAP eingebunden werden konnte. Doch in deren Führung tobten erhebliche Auseinandersetzungen. Annäherung an Gewerkschaften? Das traf ins Mark faschistischer Vorstellungen, wie Macht zu erringen und auszuüben sei. Als sich Strasser bereit erklärte, dem Kabinett Schleicher als Vizekanzler beizutreten, und sich auf viele Abgeordnete der Reichstagsfraktion verlassen zu können glaubte, geriet die NSDAP in eine ernste Krise.

Als am 5. Dezember in Berlin eine Führertagung der NSDAP zusammentrat, lag durch das Ergebnis der thüringischen Landtagswahlen vom Vortage der unbezweifelbare Beweis vor, daß der Einflußverlust der Partei fort dauerte und auch Gebiete ergriff, in denen sie ihre ersten bedeutenden Erfolge erlangt hatte. In der Frage, wie gegenüber der Schleicher-Regierung taktiert werden solle, prallten die divergierenden Auffassungen aufeinander, personifiziert in der Kontroverse zwischen Hitler und Strasser. Während die Fraktion im Reichstag lavierte, um dessen erneute Auflösung und eine gefürchtete Neuwahl zu vermeiden, scheiterten alle Versuche, einen Kompromiß zu finden. Strasser, wenige Monate zuvor an die Spitze des weitverzweigten organisatorischen Apparats der NSDAP gestellt und somit aus der nur wenige Personen zählenden zweiten Reihe der Parteihierarchie noch herausgehoben, legte schließlich am 8. Dezember seine Ämter in der NSDAP nieder. Offiziell wurde verlautbart, er habe „mit Genehmigung des Führers einen Krankheitsurlaub von drei Wochen“ angetreten. Er hatte resigniert, kehrte auch nicht mehr in die Politik zurück. Auch Gottfried Feder, der einzige mit Strassers Haltung kurzzeitig offen Sympathisierende, schwenkte wieder auf Hitlers Kurs ein. Am 9. Dezember fand im Palais des Reichstagspräsidenten eine theatralische Treuebekundung für den „Führer“ statt. Hitler verpflichtete die Reichstagsabgeordneten und Gauleiter durch Handschlag zu bedingungslosem Gehorsam. Offensichtlich war die Zahl derer zu klein geblieben, von denen Strasser Unterstützung erwartet hatte – es handelte sich wohl um etwa 60 der 196 Reichstagsabgeordneten sowie um einen Gauleiter. Den offenen Machtkampf mit Hitler vermied er, denn nicht in der Zielsetzung, nur in Fragen der Taktik unterschieden sich beide Faschisten.

Das Konzept einer „Querfront“ scheiterte bereits in seinen Ansätzen. Der weitere Weg, der nun beschritten bzw. ausgekugelt wurde, führte zur Übergabe der Regierungsgewalt an Hitler, zum 30. Januar 1933. Schleicher und Strasser, die es umzusetzen bemüht waren, überlebten beide die Mordaktion der an die Macht gebrachten Faschisten vom 30. Juni 1934 nicht.

Aus den Quellen

Aus der Rede Franz von Papens vom 12.10.1932 vor Vertretern des Bayerischen Industriellenverbandes:

„Die Reichsregierung muß unabhängiger von den Parteien gestellt werden, ihr Bestand darf nicht Zufallsmehrheiten ausgeliefert sein. Das Verhältnis zwischen Regierung und Volksvertretung muß so geregelt werden, daß die Regierung und nicht das Parlament die Staatsgewalt handhabt.“

Aus der Eingabe von Industriellen, Bankiers und Großagrariern an Hindenburg vom 19.11.1932:

„Wir bekennen uns frei von jeder engen parteipolitischen Einstellung. Wir erkennen in der nationalen Bewegung, die durch unser Volk geht, den verheißungsvollen Beginn einer Zeit, die durch Überwindung des Klassengegensatzes die unerläßliche Grundlage für einen Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft erst schafft. Wir wissen, daß dieser Aufstieg noch viele Opfer erfordert. Wir glauben, daß diese Opfer nur willig gebracht werden können, wenn die größte Gruppe dieser nationalen Bewegung führend an der Regierung beteiligt wird. Die Übertragung der verantwortlichen Leitung eines mit den besten sachlichen und persönlichen Kräften ausgestatteten Präsidialkabinetts an den Führer der größten nationalen Gruppe wird die Schwächen und Fehler, die jeder Massenbewegung notgedrungen anhaften, ausmerzen und Millionen Menschen, die heute abseits stehen, zu bejahender Kraft mitreißen.“

Aus einer Rede Walter Ulbrichts auf einem Bezirksparteitag der KPD in Berlin am 19.11.1932:

„Unsere nächste Aufgabe besteht gegenwärtig, wo der Klassenfeind versucht, den Faschismus weiter zu entfalten, darin, alles daranzusetzen, durch die Einheitsfrontaktion das Tempo des proletarischen Aufschwungs so zu beschleunigen, daß unsere Kräfte schneller wachsen als die Kräfte der faschistischen Konzentration.“

Aus der Erklärung des SPD-Vorstandes zur Berufung Schleichers als Reichskanzler vom 5.12.1932:

„Es wird für alle Zeit das geschichtliche Verdienst der Sozialdemokratie bleiben, den deutschen Faschismus so lange von der Macht ferngehalten zu haben, bis sein Abstieg in der Volksgunst begann. Dieser Abstieg wird kaum weniger schnell erfolgen, als sich sein Aufstieg vollzogen hat.“

Aus Gregor Strassers Erklärung zum Rücktritt von seinen Parteiämtern vom 8.12.1932:

„Die brachiale Auseinandersetzung mit dem Marxismus kann und darf nicht – dem einzelnen überlassen – in dem Mittelpunkt der innerpolitischen Aufgaben stehen, sondern ich sehe es als das große Problem dieser Zeit an, eine große breite Front der schaffenden Menschen zu bilden und sie an den neugeformten Staat heranzubringen. Die alleinige Hoffnung auf das Chaos als der Schicksalsstunde der Partei halte ich für falsch, gefährlich und nicht im gesamtdeutschen Interesse liegend.“

Aus der 1947 abgegebenen Erklärung Kurt von Schröders, Mitinhaber des Bankhauses J. H. Stein:

„Als die NSDAP am 6. November 1932 ihren ersten Rückschlag erlitt und somit also ihren Höhepunkt überschritten hatte, wurde eine Unterstützung durch die deutsche Wirtschaft besonders dringend. Ein gemeinsames Interesse der Wirtschaft bestand in der Angst vor dem Bolschewismus und der Hoffnung, daß die Nationalsozialisten – einmal an der Macht – eine beständige politische und wirtschaftliche Grundlage in Deutschland herstellen würden. Ein

weiteres gemeinsames Interesse war der Wunsch, Hitlers wirtschaftliches Programm in die Tat umzusetzen, wobei ein wesentlicher Punkt darin lag, daß die Wirtschaft sich selbst lenken sollte zur Lösung der von der politischen Führung gestellten Probleme.“

junge Welt, Montag, 03.12.2012, S. 10.

Krise und Faschismus

Autoritäre Krisenbewältigung und das faschismusfördernde bürgerliche Parteienwesen am Ende der Weimarer Republik

Wir leben in neuen Krisenzeiten – wer könnte das bestreiten! Dennoch preisen hierzulande Medien, Politiker und auch so mancher Vertreter des offiziell geförderten Wissenschaftsbetriebes die bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse als grundsätzlich alternativlos. Mitunter wird sogar erklärt, sie seien auf Ewigkeit angelegt, nachdem die Geschichte 1989/90 zu einem glücklichen Ende gelangt sei. Vergangenes wie auch Gegenwärtiges lassen völlig Gegenteiliges erkennen. Sie bieten Beispiele im Übermaß für den folgenreichen Widerspruch eines rein profitorientierten Produzierens, brutalen Konkurrerens und imperialen Großmachtstrebens. Hinreichend sind auch die gesamtgesellschaftlichen Folgen der daraus resultierenden Krisen zu erkennen. In diesen sahen Marx und Engels eine „gesellschaftliche Epidemie“¹, letztlich ein Ergebnis von Enge und Fortschrittshemmung bürgerlicher Eigentumsverhältnisse.

Doch hier sei weniger zu den Krisen gesagt, mehr zu politischen Krisenbewältigungsstrategien, die – und das nicht nur von Leuten meines Schlages – oftmals als „Klassenkampf von oben“ bezeichnet werden. Zu fragen wäre, ob die auch bei Marx zu lesende Charakterisierung von Krisen als einer „gewaltsame(n) Ausgleichung aller Widersprüche der bürgerlichen Ökonomie“² sich direkt auf das Thema der heutigen Veranstaltung beziehen lässt, in engerem Sinne zumindest auf mein Anliegen. Bis heute ist ja oftmals eine „gewaltsame Ausgleichung“ von Krisen gelungen – doch wie ging dies konkret vor sich? Welchen Preis hatte wer zu zahlen, wem nützte sie, welche Nachwehen wurden in besonderem Maße geschichtswirksam? Und: Welche Rolle spielen dabei die bürgerlichen Parteien sowie das auf dem Boden kapitalistischer Verhältnisse gewachsene Parteienwesen?

Solche Fragen darf, nein: muss auch stellen, wer das Verhältnis von Kapitalismus und Krise einerseits und Faschismus andererseits untersucht, denn die große Weltwirtschaftskrise beförderte den Weg der Nazis an die Macht. Beförderte – so sage ich – ,denn nicht sie verursachte die von den deutschen Faschisten schließlich vollendete Zerstörung der Weimarer Republik. Fakten aus der Geschichte der bürgerlichen Parteien jener Jahre, die dem 30. Januar 1933 unmittelbar vorausgingen, mögen dies hier belegen, sowie – hoffentlich – zu produktiver Diskussion über Ähnliches und Unterschiedliches in heutigen Zeiten anregen. Nährboden: Kapitalismus Jede kritische und komplexe Sicht auf das reale Geschehen in den Jahren am Ende der Weimarer Republik ließ bereits damals hinreichende Schlussfolgerungen auf den Nährboden „Kapitalismus“ zu. Bei Kommunisten führte sie – allerdings mit dem speziellen Blick auf den Faschismus an der Macht, nicht mit dem auf seine Ideologie und Bewegung – zur so genannten Dimitroff-Definition (so genannt, weil sie nicht von diesem bulgarischen Politiker stammt und allzu oft völlig sinnentstellt marxistischer Faschismustheorie entgegengestellt wird³. Andere kamen zu dem Ergebnis, das da mit den Worten Max Horkheimers lautete: Wer vom Kapitalismus nicht reden wolle, müsse zum Faschismus schweigen.⁴ Noch heute führt kein Weg daran vorbei, trotz aller Versuche, wahrheitswidrig Um- und Irrwege zu Entlastung und Beschönigung des Ersteren zu konstruieren. Hinsichtlich der direkten, unmittelbaren Be-

¹ MEW, Bd. 4, Berlin 1972, S. 459-493.

² Ebenda

³ Siehe meinen Beitrag „„Kritik“ und Kritik der ‚Dimitroff-Formel‘“ in: Manfred Weißbecker: Das Firmenschild Nationaler Sozialismus. Der deutsche Faschismus und seine Partei, Köln 2011, S. 188-194. Siehe auch Kurt Pätzold: Die Gegenrevolution. Thesen zur Analyse des historischen Faschismus. In: junge Welt, 17.05.2010, S. 10 f.

⁴ Max Horkheimer: Die Juden und Europa. In: Gesammelte Werke, Band 4, Frankfurt am Main 1988, S. 308 f. (Erstveröffentlichung in: Zeitschrift für Sozialforschung, Jg. VIII/1939).

ziehungsgeflechte, die wesentlich mehr als die immer wieder ins Feld geführten Finanzierungsfragen beinhalten und ein vielgestaltiges komplexes Bild des Wollens und Wirkens der Gesamtheit deutscher Eliten bieten, sei hier auf die Arbeiten zum Ende der Weimarer Republik von Reinhard Kühnl, Reinhard Opitz, Kurt Gossweiler, Joachim Petzold, Wolfgang Schumann, Wolfgang Ruge, Werner Röhr, Dirk Stegmann und von vielen anderen mehr verwiesen.⁵ Frei nach dem Motto, dass jeder Krämer seine eigene Ware lobt, erlaube ich mir, in diesem Zusammenhang auch die von Kurt Pätzold und mir verfasste „Geschichte der NSDAP 1920-1945“ zu nennen.⁶

Darin gingen wir von der Tatsache aus, dass Bewegung – nach dem Ersten Weltkrieg auf dem Boden kapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse entstand und auf diesem Boden wirksam wurde.⁷ Niemals verfolgte er das Ziel, erst recht nicht, als er an die Macht gelangt war, diese anzutasten oder auch nur in Frage zu stellen. Im Gegenteil: Er tauchte auf in einer von mächtigen sozialen und nationalen Bewegungen erschütterten Zeit und war seinem tiefsten Wesen nach gegenrevolutionär; letzteres nicht allein im Blick auf die Jahre 1917/18/19, sondern auch auf das Jahr 1789. Insofern handelte es sich bei den faschistischen Bewegungen und Parteien in allen Ländern Europas

- um *einen* der Versuche, immanente ökonomische oder/und politische Krisen mit allen Mitteln dauerhaft durch eine extrem „gewaltsame Ausgleichung“ vorhandener Widersprüche bewältigen zu wollen,
- um *eine* der möglichen Folgen des generell vorhandenen Dranges ökonomisch und politisch Mächtiger nach Maximalprofit und Expansion,
- um *eine* der damaligen Zeit zuzuordnende Ausgeburt der bürgerlichen Gesellschaft.

Dies bedeutete letztlich, für eine verbrecherische und völkerrechtswidrige Politik auch Kriege betreiben zu wollen. Es bedeutete auch, die ursprünglich aufklärerisch-humanistischen Anliegen des Bürgertums und alle im Laufe der Zeit insbesondere von der Arbeiterbewegung durchgesetzten Beschränkungen der Macht des Kapitals aufzuheben. Dass sich die Nazis selbst als „revolutionär“ bezeichneten und als „sozialistisch“ ausgaben oder dass dies vielfach so dargestellt wird, ändert nichts an den getroffenen Feststellungen. Erscheinungen charakterisieren selten ihr Wesen in Selbstbezeichnungen. Faschismus ergab sich aus den Widersprüchen dieser Gesellschaft, er stellt keinen Bruch einer von dieser Gesellschaft losgelösten „Zivilisation“ dar. Ebenso wenig lassen sich die Jahre der hitlerfaschistischen Diktatur als „Ausnahme-Loch“ der deutschen Geschichte oder gar als Ausfluss eines puren Hitlerismus erkennen.

Im Deutungsstreit um die Ursachen des Faschismus wird in der hierzulande gängigen Literatur gern von den an ihm schuldlosen, in ihn lediglich „verstrickten“ Unternehmern, von deren unbedeutenden finanziellen Leistungen für die NSDAP⁸ oder von „überforderten Demokra-

⁵ Eine ausführliche Übersicht zu den Ergebnissen der in der DDR betriebenen Faschismusforschung bietet Werner Röhr: Abwicklung. Das Ende der Geschichtswissenschaft der DDR. Bd. 2: Analyse ausgewählter Forschungen. Übersichten. Register, Edition Organon Berlin 2012, S. 505-571.

⁶ Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker: Hakenkreuz und Totenkopf (1981); dieselben: Geschichte der NSDAP 1920-1945, Köln 1998; dieselben: Adolf Hitler. Eine politische Biographie, Leipzig 1997.

⁷ „Kleine Geschichte der deutschen Parteien“ (Stuttgart u. a. 2./1994, S. 93) von Peter Lösche, einem der SPD nahestehenden Göttinger Historiker, heißt es: „Der Nationalsozialismus ist ohne Kapitalismus nicht denkbar, er bot sich nämlich in einer bestimmten politisch-ökonomischen Situation, der der Weltwirtschaftskrise, als Lösungsstrategie für bestimmte Kapitalfraktionen (insbesondere die Schwerindustrie) an, die allerdings meinten, die NSDAP für ihre Zwecke instrumentalisieren zu können.“

⁸ Bei Eberhard Kolb („Die Weimarer Republik“, München 2002 heißt es auf S. 230 abwiegelnd: „Sofern nicht bisher unbekannte Quellenbestände auftauchen und zu neuen Schlussfolgerungen zwingen, darf als erwiesen gelten, dass die Großindustrie keinen letztlich entscheidenden materiellen Beitrag zum Aufstieg des Nationalsozialismus und zu den nationalsozialistischen Wahlerfolgen geleistet hat.“

ten“ gesprochen.⁹ Zahlreich entäußerten sich jedoch gerade in der Zeit der Weltwirtschaftskrise die vorhandenen kausalen Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen Kapitalismus und deutschem Faschismus, und dies vor allem in mehreren sehr konkret zu benennenden Erscheinungsformen kapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.¹⁰ Da kamen sowohl generelle Macht-Orientierungen der Herrschenden zum Vorschein als auch jeweilige, zumeist konkurrierende Teilinteressen. So oder so – immer ging es um das Abwälzen der Krisenlasten auf die Schultern der so genannten kleinen Leute. Zur Erinnerung: Brünnings extensiver Sparkurs¹¹ ließ mehrere Millionen Arbeiter und Angestellte ihre existenziell erforderlichen Arbeitsplätze verlieren. Unternehmen des Handwerks, der Dienstleistungen und der Agrarbetriebe wurden massenweise in den Bankrott gedrängt. Darüber hinaus gab es in Gestalt unsäglichter Notverordnungen einen Abstrich nach dem anderen an den erst wenige Jahre zuvor gesetzlich fixierten Leistungen aller sozialen Versicherungsinstrumentarien. Die Streichliste gegenüber den in der Novemberrevolution und im Kampf linker Parteien erreichten sozialpolitischen Fortschritte geriet zu erheblicher Länge.¹²

Dabei bemühten sich Politiker bürgerlicher Parteien sorgsam umzusetzen, was die Verfasser der Denkschrift des *Reichsverbandes der Deutschen Industrie* (RDI) vom 2. Dezember 1929 gefordert hatten. Diese trug den Entscheidung heischenden Titel „Aufstieg oder Niedergang?“¹³. Der Titel, eine suggestiv Alternativlosigkeit vortäuschende Floskel, wurde erst jüngst wieder verwendet, und zwar von Arnulf Baring in einem seiner zumeist unsäglichsten Auftritte vor einem Verein mit dem schönen Namen „Vorwärtsdenker“.¹⁴ Allein ein kurzer Blick in das Dokument aus dem Jahre 1929 genügt, um die außerordentliche Aktualität der damals formulierten großindustriellen Forderungen zu erfassen.

⁹ Siehe Ursula Büttner: Weimar. Die überforderte Republik 1918-1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, Stuttgart 2008.

¹⁰ Deren Zusammenhang brachte Fritz Thyssen 1929 bei einem Treffen mit Hjalmar Schacht in der Krupp-schen Villa Hügel auf die knappe Formel: „Diese Krise brauche ich jetzt! Nur dann sind Lohnfragen und Reparationsfragen auf einmal zu beseitigen.“ Zit. nach Macht und Ohnmacht der Weimarer Republik. Hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Manfred Weißbecker, Berlin 1990, S. 134 f.

¹¹ Am 18.10.2012 verglich ein kritischer Wirtschaftswissenschaftler den rigiden Sparkurs der Bundesregierung mit dem Aderlass, der in mittelalterlichen Zeiten Patienten Heilung bringen sollte, diese jedoch weiter schwächte und noch kränker werden ließ, was die Ärzte nur veranlasste, noch mehr Aderlass zu praktizieren bis hin zum Exitus.

¹² Siehe meinen Beitrag „Auf dem rechten Auge blind – das deutsche Entscheidungsjahr 1932“. In: Marxistische Blätter, H. 3/2012, S. 58-69.

¹³ „Aufstieg oder Niedergang?“ Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie vom 2. August 1929. Ein Auszug findet sich in: Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung, Bd. 7, Berlin 1962, S. 649-652. Siehe auch Jürgen John: Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) 1919-1933. In: Lexikon zur Parteiengeschichte 1789-1945. In vier Bänden. Hrsg. von Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker, Bd. 4, Leipzig 1986, S. 9-57, hier vor allem S. 36 ff.

¹⁴ Siehe den Bericht unter www.vorwaertsdenker.de: „Das Treffen der Vorwärtsdenker am Mittwoch den 03.03.2010 in Düsseldorf behandelte die aktuelle Situation und Zukunft Deutschlands. Als Referent konnte Herr Prof. Dr. Arnulf Baring, Jurist, Historiker und Publizist, gewonnen werden. Er hielt einen Vortrag zum Thema ‚Deutschland im 21. Jahrhundert – Aufstieg oder Niedergang?‘ An sich sollte man annehmen, dass Deutschland seit der Wiedervereinigung besser dran ist als je zuvor in den letzten 150 Jahren. Lange bedrängten uns politische Gegner und Konkurrenten aus Ost und West, während wir heute in einem befriedeten, ja freundschaftlichen Umfeld leben. Deutschland ist weltweit geachtet und als Exportnation haben wir eine starke Position. Aber bei näherem Hinsehen bahnen sich seit Jahrzehnten Krisen an, die zum Teil völlig neuartig sind und das Land vor unerwartete, schwierige Herausforderungen stellen. Es ist völlig offen, ob wir die Kraft haben, uns ihnen gewachsen zu zeigen. Der Vortrag benannte als größte Herausforderungen die Demographie und die Verschuldung Deutschlands. Prof. Baring ordnete sie in den historischen Kontext ein und erörterte die Ursachen für deren Entwicklung. In der anschließenden Diskussionsrunde wurden verschiedene Lösungswege skizziert und kritisch diskutiert.“

Orientierende Nötigung

Die Arbeit an dieser Denkschrift war von den führenden Herren des RDI schon lange vor dem die Weltwirtschaftskrise auslösenden „Schwarzen Freitag“ veranlasst worden. Ihr Konzept zur Bewältigung der Krise stellte insofern lediglich eine Fortsetzung generell existierender Machtkonzepte unter veränderten Bedingungen bzw. zur Vorbereitung auf erwarteten Wandel der Verhältnisse dar. Es richtete sich wie stets in erster Linie nach innen, doch ging es – ebenfalls wie immer – Hand in Hand mit Versuchen, die im nationalstaatlichen Rahmen bestehenden Probleme durch wirtschaftliche und politische Expansion nach außen, also in einer verschärften Konkurrenz zu anderen Ländern lösen zu wollen, einschließlich militärischer Mittel. Zunächst aber war im damaligen Deutschland eine Revision des in den Pariser Friedensverträgen fixierten internationalen Kräfteverhältnisses vorgesehen, um wenigstens wieder die frühere Großmachtstellung zu erreichen.

Bis zum Beginn der Weltwirtschaftskrise hatte dieses Revisionsbestreben bereits einige Ergebnisse erzielen können. Doch die entsprachen bei weitem nicht jenen Interessen, die Großindustriellen, Großagrariern und Reichswehrgenerälen seit 1918 als strategisch vorrangig und ausschlaggebend galten. Deren Hauptziel lautete: Völlige Revision der Ergebnisse des Ersten Weltkrieges und, soweit dafür erforderlich, auch die der Novemberrevolution. Dem ordneten sie auch ihre Krisenbewältigungsstrategie unter, dabei behauptend, Versailles sei die entscheidende Ursache der Krise. Gerade das widerlegt die Forschung seit Langem.¹⁵ Der Vorsitzende des RDI, Carl Duisberg, hatte schon 1926 gefordert: „Es darf nicht halbe, es muss ganze Arbeit sein, die gemacht wird. Kompromisse helfen nicht mehr. Es geht ums Prinzip, ums ganze System.“¹⁶ Erinnern wir uns: Bei den Nazis hieß es konform: „Alles oder nichts“! Und wenn bei ihnen „Großdeutschland“ bzw. „Lebensraum“ im Programm stand, dann kann parallel dazu gelesen werden, dass der RDI in seinen *Veröffentlichungen* vom Oktober 1929, also vor dem New Yorker „Schwarzen Freitag“, die Politik aufforderte, ein „Großraum-Wirtschaftsgebiet“ zu schaffen, denn nur so sei – ich zitiere – „etwaigen Wirtschaftskrisen und sozialen Erschütterungen wirksam zu begegnen“.¹⁷

Für den Übergang von einer Revisions- zur Expansionspolitik fehlte es in dieser Situation allerdings noch an notwendigen Voraussetzungen: Die im Versailler Vertrag gesetzten engen Grenzen für eine deutsche Militärmacht hatten sich lediglich in einigen Fällen umgehen lassen (paramilitärische Formationen, Panzerkreuzerbau, militärische Zusammenarbeit mit der UdSSR), doch nach wie vor stand einer Wiederaufrüstung des Reiches das internationale Kräfteverhältnis entgegen. Zudem gab es unter den Deutschen, vor allem in der Arbeiterklasse und im demokratisch-liberalen Bürgertum, trotz des allgemeinen Hasses auf die „Ketten von Versailles“ eine relativ große Bereitschaft zur Verteidigung der Republik.

¹⁵ Reinhard Neebe: *Großindustrie, Staat und NSDAP*. Paul Silverberg und der Reichsverband der Deutschen Industrie in der Krise der Weimarer Republik, Göttingen 1981, S. 50 f.: „Die Auswirkungen der Großen Depression 1929-1933 in Deutschland, so gravierend sie im einzelnen sein mochten, stellten im internationalen Vergleich gesehen keine Besonderheit dar. Der Rückgang der industriellen Produktion betrug wohl 40 % gegenüber ‚nur‘ 26 % in Frankreich, er blieb damit aber zugleich deutlich unter dem Wert von 48 % für die USA. Der häufige Verweis auf die übergroße Belastung des Deutschen Reiches durch Versailler Vertrag und Reparationen ist rein ökonomisch gesehen unzutreffend. Nicht das Ausmaß der Betroffenheit an sich war für die deutsche Sonderentwicklung bestimmend, sondern die hier zum Tragen kommende spezifische Krisenstrategie, die vorrangig nicht an der Überwindung der wirtschaftlichen Probleme orientiert war, sondern die Revision der inneren und äußeren Folgen des verlorenen Krieges, insbesondere der Revolution von 1918, zum leitenden Ziel der Politik erhob.“

¹⁶ *Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie*, Nr. 50, Januar 1930, S. 6.

¹⁷ *Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie*, Nr. 48, Oktober 1929, S. 36 f.

Also verlangte auch die expansionistische, selbstverständlich neue Kriegsgefahren heraufbeschwörende Politik nach rigorosem Demokratie- und Parlamentarismus-Abbau.¹⁸ Nicht erst mit dem Bruch der Großen Koalition und mit dem Übergang zur Präsidialherrschaft Hindenburgs und Brünnings im März 1930 begann eine intensive Suche nach anderen, von parlamentarischen Mehrheiten unabhängigen Regierungsmöglichkeiten. Artikel 48 der Weimarer Verfassung bot dafür zwar manche Möglichkeiten autoritären Regierens, doch wurden diese mehr und mehr als unzureichend angesehen. Schon 1928 gab es Kampagnen der DNVP und des „Stahlhelms – Bund deutscher Frontsoldaten“, dem Reichspräsidenten mehr Befugnisse zuzubilligen und den Verfassungsartikel 54 zu streichen, der besagte, dass Reichskanzler und Reichsminister des Vertrauens einer parlamentarischen Mehrheit bedürfen.

Für ihren Rechtskurs hieß es bei den meisten bürgerlichen Parteien nicht etwa, die Verfassung sei abzuschaffen. Deren schrittweise Beschränkung und faktische Aushöhlung wurde, die Realität verschleiern, „Verfassungsreform“ benannt. Die radikalsten Pläne trug übrigens Papens Innenministers Freiherr von Gayl ausgerechnet am Verfassungstag des Jahres 1932 vor.¹⁹ Parallel dazu wurde auch eine Reichsreform angestrebt, die zu mehr Zentralismus geführt haben würde, wäre dies nicht – wie auch der 1928 ins Leben gerufene und nach einem „Dritten Reich“ strebende „Bund zur Erneuerung des Reiches“²⁰ – kläglich an den Länder-Egoismen gescheitert. Ständig wurden neue, autoritäre Herrschaftsmechanismen gesucht, auf Teilgebieten gefunden und erprobt, mitunter verworfen oder variiert. Man könnte sogar vom Testen der Kompatibilität eigener zu den weiter reichenden Vorstellungen der NSDAP sprechen, die sowohl in der Praxis stattfanden – siehe u. a. die von Konservativen zielorientiert herbeigeführte Beteiligung von Nazis an einigen Landesregierungen²¹ – als auch theoretische Fundierung erfuhren – u. a. ein Betätigungsfeld solcher Vereine wie der „Gesellschaft zum Studium des Faschismus“²² oder konservativer Rechtsgelehrter wie Carl Schmitt, von dem zu sagen bleibt, dass ihm heute sicher nicht zufällig so etwas wie eine Renaissance widerfährt.

Halten wir fest: Die Weltwirtschaftskrise hatte noch nicht eingesetzt, die NSDAP dümpelte noch bei ihrem Wahlergebnis von 2,8 Prozent dahin, da wurden bereits wesentliche Weichen zum „Abmarsch nach rechts“²³ gestellt. Es war nicht so sehr die Weltwirtschaftskrise selbst,

¹⁸ Am 12.09.1932 erklärte Papen in einer Rundfunkrede: „Die Reichsregierung ist der Ansicht, dass das System der formalen Demokratie im Urteil der Geschichte und in den Augen der deutschen Nation abgewirtschaftet hat und dass es nicht zu neuem Leben erweckt werden kann.“ Zit. nach Akten der Reichskanzlei. Das Kabinett von Papen. Bd. 2, bearb. von Karl-Heinz Minuth, Boppard am Rhein 1989, S. 546-561, hier S. 557.

¹⁹ Den Text dieser Rede verbreitet die Reichszentrale für Heimatdienst (einer der Vorläufer der heutigen Bundeszentrale für politische Bildung) als Flugschrift.

²⁰ Siehe Kurt Gossweiler: Bund zur Erneuerung des Reiches (1928-1933). In: Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 1, Leipzig 1983, S. 374-382.

²¹ Als die Nazis im Januar 1930 erstmals in eine Landesregierung eintraten, schrieb die von einem Konsortium aus Schwerindustriellen, Großreedern und Bankiers herausgegebene „Deutsche Allgemeine Zeitung“ am 29.01.1930: „In praktischer Hinsicht hat das thüringische Beispiel bewiesen, dass die Nationalsozialisten den Unterschied zwischen Opposition und Verantwortung durchaus begreifen. Sie haben dort zugestimmt einer Kopfsteuer ohne Staffelung, der Erhöhung des Schulgeldes, erheblichen Ersparnissen im Wohlfahrtswesen und im Schuletat. In der Frage der Unterstützung der Erwerbslosen, Kleinrentner und Sozialrentner haben sie ihre von der Sozialdemokratie wörtlich aufgenommenen früheren Oppositionsanträge mit den übrigen Rechtsparteien zusammen niedergestimmt [...] Bei der Lektüre des ‚Völkischen Beobachters‘ und des Wirtschaftsprogramms des Herrn Abgeordneten Feder sträuben sich einem die Haare. In der praktischen Zusammenarbeit würden sich die Probleme des Tages wohl anders darstellen.“ Zit. nach Wolfgang Ruge: Weimar. Republik auf Zeit, Berlin 1969, S. 257 f.

²² Siehe den entsprechenden Beitrag von Reinhard Giersch und Walter Schmittke in: Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 3, S. 51-54; Klaus-Peter Hoepke: Die deutsche Rechte und der italienische Faschismus. Ein Beitrag zu Selbstverständnis und zu Politik von Gruppen der deutschen Rechten, Düsseldorf 1968.

²³ Detlef Lehnert: Die Weimarer Republik. Parteienstaat und Massengesellschaft, Stuttgart 1999, S. 180 f.

die der Weimarer Republik den Todesstoß versetzte. Sie bewirkte spezifische Erscheinungsformen der Krisenbewältigung, zu denen die Ermöglichung eines rasanten Aufstiegs der Nazis gehörte.²⁴

Parteienwandel in der Krise

Das ganze Hin und Her um innen- und außenpolitische Zielsetzungen schlug sich während der Krisenjahre deutlich im Wirken der Parteien nieder. Mehrere Tendenzen lassen sich erkennen. Einige seien hier in einer kleinen Auswahl vorgestellt:

Da wäre zunächst eine allgemeine Rechtsentwicklung nahezu aller bürgerlichen Parteien zu benennen, oder – um es mit dem Zeitgenossen Sigmund Neumann zu formulieren – eine „politische Generalradikalisierung“.²⁵ Dazu gehörten ein sozialreaktionärer Kurs, der Abbau demokratischer Rechte, aber ebenso eine verstärkte Betonung nationaler Aspekte. Mit Letzteren argumentierten die Konservativen, als sie im Ausschuss für ein Volksbegehren gegen den Young-Plan ein erstes offizielles Bündnis mit der NSDAP schlossen, ganz im Sinne einer ausschließlich nationalistischen Interpretation von „Deutschland, Deutschland über alles ...“. Parteipolitischer Rechtsruck äußerte sich auch in der Beseitigung bislang geltender, Demokratie vorgaukelnder innerparteilicher Spielregeln. Zunehmend wurden Parteivorsitzende als „Führer“ herausgehoben.²⁶ Zu erinnern wäre da an Alfred Hugenberg in der „Deutschnationalen Volkspartei“ (DNVP), an den rechtsorientierten Prälaten Ludwig Kaas im großbürgerlich-katholischen „Zentrum“, an die Nachfolger Gustav Stresemanns (Ernst Scholz und Eduard Dingeldey) in der „Deutschen Volkspartei“ (DVP). Aus der „Bayerischen Volkspartei“ war gar zu hören, alle Welt rufe nach Führung und für die Parteien sei „das Führerproblem zum zentralen Problem geworden“.²⁷ Ein Führerkult à la Hitler kam in Mode, ein durchaus symbolträchtiger Gegenpol zu Parlamentarismus und beschworenem Prinzip der Volkssouveränität, dienend zugleich der Verbreitung unverbindlicher, aber publikumswirksamer Heilsversprechen.²⁸

Es sind solche und andere Tatsachen, die mich bewegen, für die Zeit der Weltwirtschaftskrise von einer allgemeinen Rechtsentwicklung der bürgerlichen Parteien zu sprechen. Und diese These vertrete ich bewusst als Gegenstück zu den zahlreich verbreiteten, aber irreführenden Behauptungen vom angeblichen Zerstören Weimars durch die beiden Extreme an den Rändern der Gesellschaft. Nein, die so genannte Mitte der Gesellschaft hatte sich dankbar des rechten Randes angenommen, ihn gepöppelt und gehätschelt, sich ihm angedient und schrittweise mit ihm verbündet. Bei großen Teilen der bürgerlichen Eliten liegt die historische Schuld einer Wegbereitung des kommenden Unheils. Historiker handeln absolut unredlich, wenn sie – gemäß einer Redewendung – die Splitter im Auge der KPD zu Balken erheben und jenen Parteien, die zu direkten Koalitionen mit den Nazis bereit waren, auch noch die Absolution der Demokratie-Verteidigung erteilen. Natürlich gab es viele Demokraten in den bürgerlichen Parteien, doch spricht für meine These gewiss auch die Tatsache, dass nur wenige sich aus deren Reihen lösten: so gingen z. B. Anton Erkelenz und Ludwig Bergsträsser zur SPD, andere – so Ludwig Quidde und Hellmut von Gerlach – schufen mit der „Radikaldemokrati-

²⁴ So urteilt Ruge, Weimar. Republik auf Zeit, a. a. O., S. 250 f.

²⁵ Sigmund Neumann: Die Parteien der Weimarer Republik. Mit einer Einführung von Karl Dietrich Bracher, Stuttgart 1965, S. 66 und 72. Die Originalausgabe erschien 1932.

²⁶ Der kürzlich verstorbene marxistische Historiker Eric Hobsbawm macht darauf aufmerksam, dass in der Wirtschaft die meisten Chefs und Arbeitgeber schon längst das „Führerprinzip“ angewandt hatten und ihnen der Faschismus dafür nun eine „autoritative Rechtfertigung“ dafür bot. Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München und Wien 1995, S. 168.

²⁷ Zit. nach Manfred Weißbecker und Herbert Gottwald: Zur Rolle der Führer bürgerlicher Parteien. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, H. 4/1979 S. 305.

²⁸ Siehe ebenda.

schen Partei“ eine eigene Organisation, die ohne größere Wirksamkeit blieb. Ein einziger protestantischer Pfarrer bekannte sich zur KPD.²⁹ Groß, nein riesengroß hingegen geriet bekanntlich die Zahl der als „Märzgefallene“ verspotteten bürgerlichen Parteipolitiker, welche im März 1933 sogar dem Hitlerschen Ermächtigungsgesetz zustimmten.³⁰

Zu sprechen wäre zweitens über ein sich ausweitendes direktes Eingreifen von Großindustriellen, Junkern, Militärs usw. in das parteipolitische Geschehen sowie in die Regierungsgeschäfte durch Übernahme von Ministerposten usw., was nicht nur die Namen Hugenberg, Warmbold, Schiele, Groener, Schleicher und anderer sogenannter „Fachleute“ bezeugen.³¹ Bezeichnend ist z. B. Carl Duisbergs Äußerung auf der Gründungsversammlung der „Staatspolitischen Vereinigung“ 1926 in Berlin: „Mit Vernunft auf die Parteien einzuwirken habe ich aufgegeben! Alle Schwierigkeiten lassen sich überwinden durch planmäßige Beeinflussung.“³² Damit war nicht nur Lobbyismus gemeint, eine Erscheinung, die nach 1945 so mächtig ausuferte, da sie offensichtlich auch besser funktioniert als es eine eigene Klientel-Partei nach dem gescheiterten Modell der schon 1920 entstandenen sogenannten Wirtschaftspartei vermag.³³

Darzustellen wäre ferner – drittens – wie sich die finanzielle Förderung der bürgerlicher Parteien durch Unternehmen und Unternehmer-Verbände in Gestalt von Kuratorien institutionalisierte, ausweitete und geschäftsmäßig betrieben wurde.³⁴ Gewiss stand da die NSDAP auf den entsprechenden Listen lange Zeit nicht ganz oben, doch die Bedeutung der Zuwendungen an sie lässt sich weder minimieren und relativieren noch leugnen³⁵, wie dies ganze Heerscharen von Historikern getan haben und tun, indem sie nur von gewissen „Kontakten“ oder von

²⁹ Siehe dazu u. a. Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.): Protestantismus und Antifaschismus vor 1933. Der Fall des Pfarrers Eckert in Quellen und Dokumenten. Mit Originalbeiträgen von Wolfgang Abendroth, Karl Barth, Rudolf Bultmann, Eduard Dietz, Erwin Eckert, Hans Francke, Emil Fuchs, Aurel von Jüchen, Heinz Kappes, Walter Kreck, Julius Kühlewein, Ernst Lehmann, Paul Piechowski, Arthur Rackwitz, Martin Rade, Leonhard Ragaz, Georg Reinbold, Luise Rudolph, Ernst Schneller, Theodor von Waechter, Georg Wünsch und Klaus Wurth. Mit einem Geleitwort des badischen Landesbischofs und des Mannheimer Oberbürgermeisters, Bonn 2011.

³⁰ Siehe dazu Ludwig Elm: Legal in den Verbrecherstaat? Zum Anteil aller bürgerlichen Parteien an der Zerstörung der Weimarer Republik und der Errichtung der nazistischen Diktatur. (= Texte und Argumente, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V.), Jena 2008.

³¹ Fritz Klein wies in seinem Artikel „Zur Vorbereitung der faschistischen Diktatur durch die deutsche Großbourgeoisie (1929-1932)“ (In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, H. 6/1953, S. 872-904) nach, wie detailliert z. B. Wilhelm Cuno, Direktor der Hapag und mit maßgebenden Führern der westdeutschen Schwerindustrie Hindenburg Vorschläge unterbreitete, wie die umzubildende Brüning-Regierung personell zu besetzen sei und welches Wirtschaftsprogramm sie zu verfolgen habe. Cuno erklärte: „In der jetzigen Lage, in der nur durch eine Gesundung der Wirtschaft auch eine Gesundung der innerpolitischen Verhältnisse herbeigeführt werden kann, ist eine verantwortungsbewusste Regierung auf die Unterstützung durch die führenden Kräfte der Wirtschaft angewiesen.“ Viele der von ihm für einen „Wirtschaftsbeirat“ vorgeschlagenen Unternehmer gehörten später zum „Generalrat der Wirtschaft“, den Hitler am 15. 07.1933 schuf.

³² Zit. nach Arthur Schneckenburger: Die Geschichte des I.G.-Farben-Konzerns; Bedeutung und Rolle eines Großunternehmens, Köln 1988, S. 46.

³³ Siehe Werner Fritsch: Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei): Lexikon zur Parteigeschichte, a. a. O., Bd. 3, S. 722-738.

³⁴ Es fällt auf, dass die Parteienfinanzierung in der Literatur kaum als ein eigenständiges Thema behandelt wird. Auch in den Arbeiten, die sich mit dem System der Parteienfinanzierung in der Bundesrepublik befassen, wird dieses nicht in die allgemeine Geschichte der politischen Parteien eingeordnet.

³⁵ Mitunter wurden auch begriffliche Tricks angewendet. So schrieb Iring Fetscher: „Ganz sicher war es [...] nicht – oder jedenfalls nicht in erster Linie – die deutsche Unternehmerschaft, die Hitler einst den Weg zur Macht freilegte, sondern eine Schicht von einflussreichen Personen in Armee und Verwaltung, die in ihrer ganzen Dank- und Empfindungsweise nach vorkapitalistisch genannt werden kann.“ Iring Fetscher: Zur Kritik des sowjetmarxistischen Faschismusbegriffs. In: Gotthard Jasper (Hrsg.): Von Weimar zu Hitler, Köln und Berlin 1968, S. 168.

„Flirts“ unbedeutender Industrieherrn sprechen. Einer von ihnen, der US-Amerikaner Henry Ashby Turner brachte das Problem übrigens sehr deutlich auf den Punkt: Sollte die Verantwortung des Kapitalismus für den Faschismus erwiesen sein, wäre er nicht mehr zu rechtfertigen.³⁶ Turner war es auch, für den sich die NSDAP ganz und gar erwiesen habe „als erster Vorläufer der komplexen, sich finanziell selbst tragenden Organisationen, die seitdem zu einem vertrauten Bestandteil demokratischer Gesellschaften geworden sind.“³⁷ Diese Worte darf man sich ruhig auf der Zunge zergehen lassen; die „Bimbos“-Hinundherschieber der Bundesrepublik, die Spendenfreudigen und die neuerdings Sponsoring-Geschäfte Betreibenden sowie jene, die ein Ehrenwort gegenüber ihren Geldgebern über die Normen des Grundgesetzes stellen, können sich darüber freuen – jedenfalls noch, denn was alles über das auch als Käuflichkeit zu bezeichnende Finanzgebaren von Politikern und Parteien ans Tageslicht kommen kann, bewies u. a. die jüngste Artikelserie Otto Köhlers in der „jungen Welt“³⁸ über Helmut Kohl und lässt sich dank aktueller Wahlkampf-Debatten über die „Nebenverdienste“ deutscher Parlamentarier auch nicht mehr unter den Teppich kehren.

Zu sprechen wäre weiter – viertens – über die sich verstärkende Polarisierung zwischen den bürgerlichen Parteien einerseits und den proletarischen Parteien andererseits, über eine Lagerbildung, die mitunter als Trend hin zu einem Zweiparteiensystem gedeutet wird. Das schloss innere Differenzen nicht aus. Vor allem bei den Linken gab es ein weiteres Auseinanderdriften, da ernsthafte konzeptionelle Differenzen, aber auch parteipolitische Egoismen KPD und SPD trennten. Hingegen tobten im anderen Lager eher nur Führungsstreitereien zwischen den Verfechtern einer „Harzburger Front“ oder einer schwarz-braunen Koalition. Begleitet sah sich Polarisierendes hier wie da von Neugründungen – Stichwort: SAP und KPD (O) – und mehreren Versuchen, bürgerliche Sammlungsbewegungen zu initiieren. Letztere gab es vor allem im Rahmen kleinerer Parteien, u. a. durch die Umwandlung der „Deutschen Demokratischen Partei“ (DDP) dank ihrer Vereinigung mit dem „Jungdeutschen Orden“ des Artur Mahraun und der „Volksnationalen Reichsvereinigung“ zur „Deutschen Staatspartei“. Neu zu sammeln suchten sich konservative Kreise, die sich dem radikalisierenden Kurs Hugenberg entgegenstellten. Allein drei, zum Teil regional begrenzte Abspaltungen gab es von der DNVP: „Christlich- Sozialer Volksdienst“, die „Konservative Volkspartei“ und die „Volkskonservative Vereinigung“. Ein Zitat möge den Geist Letzterer enthüllen: In ihrem Gründungsaufruf vom 28. Januar 1930 hieß es, „das System regelloser Massenherrschaft“ müsse „durch einen der Geschichte unseres Volkes entsprechenden Staatsaufbau“ überwunden werden. Nahezu allen ging es um den „starken Staat“, um den „starken Mann“, um eine „starke Partei“, die man sich zeitweilig als einen alles übergreifenden „Hindenburg-Bund“ vorstellte.

Zu sprechen wäre ebenso über die Tatsache, dass sich innerhalb des Parteienwesens – teils erdrutschartig bei Wahlen, teils in schleichenden Prozessen – alle Proportionen verschoben. Die traditionell zwischen den Parteien bestehenden Beziehungsgeflechte unterlagen tiefer Zerrüttung und fortschreitender Destabilisierung. Die Parteien der so genannten Mitte erlebten einen gewaltigen Rückgang, nur das „Zentrum“ und die „Bayerische Volkspartei“ vermochten relativ stabil zu bleiben. Schon aus den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 gingen die Nazis als wählerstärkste bürgerliche Partei hervor.

³⁶ Im Wortlaut: „Entspricht die weit verbreitete Ansicht, dass der Faschismus ein Produkt des modernen Kapitalismus ist, den Tatsachen, dann ist dieses System kaum noch zu verteidigen.“ Turner ergänzte, dass die Beurteilung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu jenen Fragen gehöre, „über die eine Einigung geboten ist, wenn die Menschheit zu einem friedlicheren Neben- und Miteinanderleben kommen soll. Henry Ashby Turner jr.: Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft, Göttingen 1972, S. 7 f.

³⁷ Henry Ashby jr. Turner: Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1985, S. 412.

³⁸ Otto Köhler: Sein Name ist Ries, Geschmierter Weg ins Kanzleramt. Helmut, nimm uns! In: junge Welt, 29.09., 01.10. und 02.10.2012.

Was hier ebenfalls erwähnt werden muss: Sozialdemokratische und kommunistische Organisationen brachten keine gemeinsame Gegenbewegung zustande, obgleich alle konservativen, völkischen und faschistischen Bemühungen sich vorrangig unter dem Schlagwort „Ausrottung des Marxismus“ sowohl gegen die KPD als auch gegen die SPD richteten. Zwischen den Arbeiterparteien entstand lediglich zeitweilig ein relatives Gleichgewicht, das deren Vorstände jedoch zu euphorischer Überschätzung der jeweils eigenen Kraft führte und sich mit einer folgenreichen Unterschätzung des Potenzials der NSDAP verknüpfte.³⁹

Wie sehr sich pazifistisch, antifaschistisch Gesinnte vom Gegeneinander der Arbeiterparteien abgestoßen fühlten, zeigte sich beispielsweise sehr deutlich, als Carl von Ossietzkys mahnender Ruf „Ein runder Tisch wartet“⁴⁰ unbeantwortet blieb. Den Gedanken an ein sinnvolles, d. h. beide stärkendes Zusammengehen wiesen sie bekanntlich wegen unterschiedlicher Zukunftsvorstellungen weit von sich.

Was mich übrigens, durchaus nicht nur nebenbei zu der Frage veranlasst, ob eine linke Partei in ihrer Suche nach Auswegen aus den bestehenden Verhältnissen ihren Blick nicht auch auf ein alternatives Selbstverständnis sowie auf Veränderungen des gesamten Parteien- und Organisationswesens richten müsste.⁴¹

Zeitgeist im Alltagsbewusstsein der Wähler

Nun aber, nachdem bisher eigentlich nur vom Agieren der jeweiligen Partei-Oberen die Rede war, muss hier ein weiteres Problemfeld benannt werden. Es offenbart sich der Zusammenhang von bürgerlicher Gesellschaft, Krisenbewältigung und Faschismus auch in den Denk- und Verhaltensweisen von Mitgliedern, Anhängern und Wählern. Das alte Wort vom „Unverständnis der Massen“ oder das Gerede von den allerdümmsten Kälbern, die selber ihren Metzger wählen, lassen linken Frust erkennen, erklären jedoch wenig. Eher sollte nach dem so genannten Zeitgeist gefragt werden, nach der Herren eigenem Geist, wie Goethe dichtete, in dem die Zeiten sich bespiegeln und in dem zugleich das Alltagsbewusstsein derer erkennbar wird, die hauptsächlich zwar das Objekt von Politik abgeben, aber dennoch auch als duldendes, untätiges oder mit-handelndes Subjekt geschichtswirksam werden. Die Massen sollten jedenfalls weder eindimensional in ihrer „Opfer“-Rolle noch als angebliche Verursacher des Faschismus und des 30. Januar 1933 gesehen werden, was in jüngster Zeit leider auch in linken Kreisen gern betont wird.⁴² Dennoch wäre es unreal, in den Massen – mit der Begründung, das 20. Jahrhundert sei als ein Zeitalter der Massen zu werten – gar „aktive Teilhaber“ und „Protagonisten“, also Hauptdarsteller sowie Vorkämpfer sehen zu wollen.⁴³

³⁹ So schrieb Rudolf Breitscheid in „Die Gesellschaft“ 1931: „Wir dürfen hoffen, dass auch die kommunistische Welle wieder abebbt, die zur Zeit bedrohlicher ist als die nationalsozialistische.“ Zit. nach Ruge Weimar. Republik auf Zeit, a. a. O., S. 270. Andererseits befasste sich der 12. Parteitag der KPD im Juni 1929 ebenfalls eingehender mit der Sozialdemokratie und dem Thema „Sozialfaschismus“ als mit dem NS.

⁴⁰ Die Weltbühne, 03.05.1932.

⁴¹ Die Tatsache, dass in Deutschland alle politischen Parteien auf dem Boden kapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse agieren sowie in bestehende gesetzliche Regelungen eingebunden sind, machen sie zumindest in organisationsstruktureller Hinsicht einander ähnlicher, als dies die Gegensätzlichkeiten ihrer Interessen und Programme vermuten lassen.

⁴² Siehe z.B. die Debatten um den Beitrag von Mathias Wörsching „Faschismus als Ideologie – Neue Theorien befassen sich mit dessen Bewegungsdynamik“ (In: Antifa. Magazin der VVN-BdA für antifaschistische Politik und Kultur, H. 5-6/2012, S. 11); siehe auch Michael Sommer und Susann Witt-Stahl: Hayek oder Holzhacken. Die Einsicht, dass Antifaschismus und Antikapitalismus zusammengehören, droht verlorenzugehen. Teil I: Die Umdeutung des Faschismus zur Massenbewegung der Subalternen. In: junge Welt, 23.10.2012, S. 10 f., Teil II: Verschwinden in der Nebelregion. In: junge Welt, 24.10.2012, S. 10 f.

⁴³ Sigmund Neumann: Zum Studium des modernen Parteiwesens. In: Parteien in der Bundesrepublik. Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953. Mit einer Einleitung von Sigmund Neumann, Stuttgart und Düsseldorf 1955, S. XVII.

Nicht Schuld, dennoch Verantwortung trugen auch die Mitglieder und Wähler der NSDAP. Dies festzustellen ist richtig und notwendig, gerade wenn es unter Linken um die Suche nach einer angemessenen Strategie ihres antifaschistischen Ringens geht. Doch eine bloße Feststellung von Tatsachen reicht nicht aus: Es gilt, Ursachen des Verhaltens derjenigen aufzuspüren, die der NSDAP ihre Stimme gaben und Hitler zujubelten.

Eine der Ursachen lag sicher darin, dass zum damaligen „Zeitgeist“ beispielsweise eine weit verbreitete Akzeptanz von Gewaltanwendung und -verherrlichung in der Gesellschaft gehörte. Die Terroraktionen NSDAP übertrafen an Umfang und Brutalität alles bisher Dagewesene, doch sie konnten wirksam sein, weil viele Deutsche militärische Gewalt als notwendiges Mittel zur Lösung von innen- und außenpolitischen Konfliktsituationen billigten. Unkritisches Wissen über die an Kriegen so reiche Geschichte der Menschheit nährte die Auffassung, diese seien unabwendbar und entsprächen der Natur des Menschen. Kriege wurden hingenommen, bestärkt auch durch manipulative Parolen wie die vom „süßen Tode auf dem Feld der Ehre“, von wiederherzustellender nationaler Ehre u. a. m. Hingenommen wurde auch, dass Menschen generell in Kriegen verrohen; gerade im ersten weltweit mit riesigen Armeen geführten Krieg gerieten Entmenslichung und barbarische Handlungsbereitschaft zur Alltäglichkeit. Dies bot einen tauglichen Boden für den Faschismus, zumal seine Führer stets bemüht waren, die eigene Aggressivität zu tarnen und sich selbst als Opfer derer darzustellen, die künftige Kriege verhindern und eine andere, eine menschlichere Gesellschaft erstrebten. Die nach außen sehr diszipliniert auftretenden paramilitärischen Verbände der NSDAP ließen sich so als ein verlässlicher, teils sogar faszinierender Ordnungsfaktor ansehen. Als zweckmäßig, als herrschaftsdienlich erwiesen sich sowohl dessen abschreckender Charakter als auch seine Mobilisierungsfunktion.

Der faschistische Terror stieß zwar auf Widerstand, doch mehr noch rief er unter vielen Deutschen lähmende Furcht und existenzielle Ängste hervor. Schon vor 1933 bewirkten diese eine wachsende Anpassungsbereitschaft, ferner nahezu demütige Duldung und schicksalsergebene Resignation, nicht zuletzt auch ehrfurchtsvolle Anerkennung. Die schreckliche soziale Not ließ in Teilen der Bevölkerung ein mehr und mehr zerstörerisches, am Ende auch selbstzerstörerisches Potenzial an Aggressivität entstehen.

Doch auch in dieser Hinsicht lässt sich belegen, in welchem Maße die NSDAP in die Geschichte des gesamten bürgerlichen Parteienwesens einzuordnen ist. Ihre gewaltverherrlichende Ideologie konnte auf Denk- und Verhaltensweisen aufbauen, die über viele Jahrhunderte hinweg nationalistisch, rassistisch, antidemokratisch und antisozialistisch geprägt worden waren. In der Weimarer Republik richteten sie sich konkret gegen das als ungerecht und bedrückend empfundene Friedensdiktat von Versailles. Dieses zu revidieren, sahen Deutsche aus allen Klassen und Schichten als unbedingt erforderlich an. Wo die real vorhandenen Kräfte dazu nicht ausreichten, schienen sie durch fanatisches und blindwütiges Kämpfertum ersetzbar zu sein. Mit der Ablehnung des „Systems“ von Weimar war zugleich die Verdammung aller Erfolge der Arbeiterbewegung verbunden, ebenso der als undeutsch und jüdisch verunglimpfte Parlamentarismus, tatsächliche wie vermeintliche Schwächen des gesamten Parteienwesens, die als „Kulturbolschewismus“ verdamnte Moderne u. a. m.

So erklärt sich die nationale Aufbruchstimmung unmittelbar nach dem 30. Januar 1933, die leichtfertige Zustimmung zur Wiederaufrüstung. Gefühle und Stimmungen wie Enttäuschung, Unzufriedenheit und Ratlosigkeit verbanden sich mit Hoffnungen auf eine bessere Zukunft, in der man in Wohlstand und Ordnung leben könne, sobald „Lebensraum“ erobert und „fremdrassische“ Völker unterworfen und verjagt seien. Dem entsprachen nahezu religiös gefärbte Heilserwartungen, gerichtet auf die alle Klassenschranken angeblich überwindende „Volksgemeinschaft“ sowie auf den neuen „Führer“, den Hitler geschickt darzustellen wusste.

Aversionen gegen das Parteienwesen

Zum „Zeitgeist“ gehörten nicht zuletzt auch – um nun wieder direkt auf mein Thema „Parteien“ zu kommen – die bei großen Teilen der Deutschen vorhandenen allgemeinen Aversionen gegen das Parteienwesen.⁴⁴ Solche gab es im Grunde, seit die politischen Parteien in der Mitte des 19. Jahrhunderts die Bühne des Geschehens betreten hatten. Davon zeugen umgangssprachliche Wendungen wie „Parteiengezänk“ und „Parteibonzen“ oder das bekannte Wort Wilhelms II. aus dem Jahre 1914: „Ich kenne keine Parteien mehr, nur noch Deutsche“. Hindenburg formulierte 1925: „Für das Vaterland beide Hände, aber nichts für die Parteien“. Schließlich sollten zwischen 1933 und 1945 die „deutsche Volksgemeinschaft“ und die Parole: „Ein Reich, ein Volk, ein Führer“ das Parteienwesen ersetzen. Gerade in der Zeit der Weltwirtschaftskrise trug die Kritik am Parteienwesen wesentlich dazu bei, den Weg zu antidemokratischen, ja geradezu barbarisch-terroristischen Herrschaftsformen zu erleichtern.⁴⁵

Obgleich die NSDAP selbst als Partei auftrat, traf sie mit ihrer Parteienaversion⁴⁶ einen empfindlichen Nerv vieler Menschen. In dieser Hinsicht – und ganz im Unterschied zu ihren sozialpolitischen Verlautbarungen – bedurfte die nationalsozialistische Propaganda nur in geringem Maße demagogischer oder gar manipulativer Nachdrücklichkeit. Das Thema besaß Alltagsattraktivität. Es wirkte gleich einem Selbstläufer ebenso zugunsten der NSDAP wie die dieser Partei zur Verfügung stehenden politisch-rechtlichen und organisatorischen Möglichkeiten, welche der Weimarer Staat bekanntlich den rechten Gegnern der Republik reichlich angedeihen ließ. Erfolgreich konnte die nationalsozialistische Delegitimierung des Parteienwesens auch sein, weil in der nationalistischen Ideenwelt der Völkischen und vieler Konservativer das Thema stets einen festen Platz eingenommen hatte.

Im Ringen um die Gewinnung eines größeren Massenanhangs⁴⁷ dienten der NSDAP nicht nur die völkischen, sondern auch alle konservativ-nationalen, monarchischen und antidemokratischen Denktraditionen. Die Parteien seien überholt, modrig wie faulendes Aas, würden sie doch lediglich jeweils spezielle Interessen vertreten – so hatte es bereits geheißt, als an die

⁴⁴ Manfred Weißbecker: *Aversionen gegen das Parteienwesen in Deutschland vor 1933: Quellen und Folgen.* (= Texte & Argumente, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V.), Jena 2010.

⁴⁵ Auch heute begegnen sie uns, und das nicht nur in Deutschland. Heinrich Wefing konstatiert z.B. für die USA einen der Parteiendemokratie“ sowie eine Sehnsucht nach einer „unpolitischen Politik“. In: *Die Zeit*, Nr. 41 vom 04.10.2012, S. 51. Siehe auch die Aussage des Autors und Regisseurs Tariq Ali über Obamas gebrochene Wahlversprechen: „Das Recht auf Profit ist auch unter Obama sakrosankt. In Krisenzeiten wird nicht der Kapitalismus gebändigt, sondern die Demokratie.“ Zit. nach *neues deutschland*, 22.10.2012, S. 3.

⁴⁶ Es war vor allem die NSDAP, deren Führung einen enorm großen Aufwand betrieb, um die eigene Organisation als „Bewegung“, als „Partei über den Parteien“ sowie als „Überwinderin“ des Parteienwesens darzustellen. Um sich von den anderen Parteien abzuheben, diskreditierte sie diese mit allen Mitteln – doch darüber hinaus zielte sie auch auf das Existenzrecht des gesamten Parteienwesens. Dessen negative Erscheinungsformen (Parteigoismus, Selbsterhaltungstrieb, Beharrungsvermögen, Korruption und Futterkrippenwirtschaft usw.) erschienen in nationalsozialistischer Darstellung zudem stets als „undeutsche“ Übernahme westlicher Demokratiemodelle sowie als Ergebnis jüdischer Aktivitäten. Ihre Antiparteien-Propaganda trug vor allem zur Mobilisierung von Jugendlichen und bisheriger Nichtwählerscharen.

⁴⁷ Der Massenanhang bot den Nazis eine Voraussetzung für ihren Erfolg und geriet zugleich zu einem wichtigen Kennzeichen des deutschen Faschismus. Allerdings bestimmte er zu keiner Zeit das Programm, den Kurs und das Ziel der Partei – das tat ihre Führungsgruppe, in deren Kalkül jene Millionen Mitglieder und Wähler bereits vor 1933 ein unentbehrliches Instrument und Faustpfand im Kampf um die Staatsmacht dargestellt hatten. Dennoch: Das braune Regime hätte ohne ihn nicht funktionieren können. Ohne die „willigen“ Helfer wären kein totaler Krieg, keine barbarische Okkupationspolitik und erst recht kein Völkermord zu realisieren gewesen, ohne sie hätte während des Zweiten Weltkrieges das System der rund 20.000 Zwangsarbeiterlager nicht geschaffen werden können, ohne sie wäre der Krieg nicht so sinnlos und opferreich bis fünf Minuten nach zwölf unterstützt worden. Zunächst nur ein Teil, nach 1933 die überwiegende Mehrheit der Deutschen verhielt sich begeistert, ja regelrecht enthusiastisch und fasziniert.

Nazis noch nicht zu denken war. Lange vor ihrem Erscheinen auf der politischen Bühne war auch die Idee einer neuartigen „überparteilichen“ Organisation verbreitet worden.⁴⁸ Stark und umfassend drang alles in die nationalsozialistische Gedankenwelt ein, was in dieser Hinsicht konservative Kreise bereits zuvor verlautbart hatten. Wenn also von „Vordenkern“, „Schrittmachern“ und „Wegbereitern“ zu sprechen ist, lässt sich das eindeutig belegen, mitunter sehr detailliert bis in einzelne Formulierungen hinein. Und bekanntlich blieb es nicht bei den ideologischen Anleihen. Die später betriebene Bündnispolitik, bekannt unter den Schlagworten „Harzburger Front“ und „Kabinett der nationalen Konzentration“, beruhte ebenfalls auf konservativ-antidemokratischen Theorien und Schlagworten.

Mit den Parteien-Aversionen und antiparlamentarischen Bannflüchen deutscher Konservativer, die Kurt Sontheimer in seiner Analyse des antidemokratischen Denkens in der Weimarer Republik so trefflich dargestellt hat⁴⁹, sah sich die NS-Propaganda mit einem über bloße Parteitaktik hinaus wirksamen Fundament versehen. Zu erwähnen sind hier beispielsweise Ernst Jünger, der die Parteien generell als „Mauselöcher der Verantwortungslosigkeit“ abwertete⁵⁰, Oswald Spengler, der den Cäsarismus der Parteimaschinen beklagte und von Ernst Bloch recht drastisch als „verhinderter Täter“ charakterisiert worden ist⁵¹, Möller van den Bruck, der rasch Abstand nahm von seiner ursprünglichen Idee einer „dritten Partei“ und an die Stelle so genannter Parteibevormundung die Forderung setzte, ein „drittes Reich“ zu schaffen, Carl Schmitt, der die Parteien als Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung diskreditierte, Edgar Julius Jung, der von einem „frommen Werk“ sprach, würden die Parteien „mit Feuer und Schwert“ ausgelöscht, Hans Zehrer, der nicht den Parteien, sondern den Bündnen Zukunft verhieß, u. a. m.

Die strikte Ablehnung des Parteienwesens⁵² durch Verfechter der „konservativen Revolution“ erlaubte der NSDAP zu Beginn der dreißiger Jahre, d. h. parallel zum eigenen „Aufstieg“, eine erhebliche Verschärfung ihrer radikalen und zugleich terroristisch untermalten Parteien-Aversionen. In den Vordergrund trat eine pausenlos und nachdrücklich betriebene Selbstdarstellung als erfolgreich aufstrebende, sich ständig vergrößernde und wählerstärkste Partei.

⁴⁸ Siehe u. a. Peter-Christian Witt: Konservatismus als „Überparteilichkeit“. Die Beamten der Reichskanzlei zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik 1900-1933. In: Dirk Stegmann, Bernd-Jürgen Wendt, Peter-Christian Witt (Hrsg.): Deutscher Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Fritz Fischer zum 75. Geburtstag und 50. Doktorjubiläum. Bonn 1983, S. 231-280.

⁴⁹ Siehe Kurt Sontheimer: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933. München 1962.

⁵⁰ Zit. nach Ludwig Elm (Hrsg.): Falsche Propheten. Studien zum konservativ-demokratischen Denken im 19. und 20. Jahrhundert. Berlin 2./1990, S. 283.

⁵¹ Diese Feststellung traf Ernst Bloch 1936 anlässlich des Todes von Oswald Spengler. Zugleich fragte er: „Wollte er Hitler werden, hat er ihn beneidet?“ Ernst Bloch: Spengler und Russland. In: Literarische Aufsätze (Gesamtausgabe, Bd. 9) Frankfurt a.M. 1965, S. 61.

⁵² Eines der Grundprobleme politischer Parteien besteht im Verhältnis von Führung und Mitgliedsbasis. Seit Robert Michels (1876-1936) wird in diesem Zusammenhang von oligarchischen Tendenzen in den Parteien gesprochen. In seinen Untersuchungen der SPD stellte Michels zu Beginn des 20. Jahrhunderts fest, dass gerade diese Partei, die doch eigentlich die Entwicklung der Demokratie auf ihre Fahnen geschrieben hatte, die innerparteiliche Entdemokratisierung nicht zu bekämpfen vermochte und ihre Führungen dies auch nicht wollte. Michels formulierte ein „ehernes Gesetz der Oligarchie“, das seine Ursachen in der Parteiorganisation, im bürokratischen Apparat habe. Seine Thesen lauteten: „Wer Organisation sagt, sagt Tendenz zur Oligarchie ... Mit zunehmender Organisation ist die Demokratie im Schwinden begriffen“; „Die Macht der Führer wächst im gleichen Maßstab wie die Organisation“; „Die Organisation ist die Mutter der Herrschaft der Gewählten über die Wähler, der Beauftragten über die Arbeitgeber, der Delegierten über die Delegierenden.“ Im heutigen Parteienstaat kamen noch viele Möglichkeiten hinzu, die Stellung der Führungsstäbe der Parteien zu stärken, u. a. durch ihren Informationsvorsprung, die Verfügung über die Parteipresse, die Beziehungen zu den Massenmedien („Interview-Demokratie“), die Verfügung über die Parteifinanzen, die Verschränkung von Parteiführung und Fraktionen, Parlamentsausschüssen und Regierungen, mangelnde Partizipations- und Kontrollmöglichkeiten der Parteibasis u. ä. m.

Immer stärker kam Selbstüberhebung zum Vorschein, auch in ihrer Koppelung von Parteienkritik und dem Anspruch, über das Parteienwesen hinausweisen und eine angeblich reale Alternative bieten zu können. Die NSDAP formuliert dies in ihren durchaus wohlklingenden, aber dennoch irreführenden Parolen: „Volksgemeinschaft statt Klassenspaltung“, „Gemeinnutz statt Eigennutz“, „Brechung der Zinsknechtschaft“, „Du bist nichts, dein Volk ist alles“ u. a. m. Es sei, wie Hitler einmal verkündete, anzustreben, dass „alle Stände, Gruppen und Parteien, so verschieden sie sein mögen, doch zur politischen Einheit zusammengefasst“ werden müssten. Entscheidend sei das Gefühl aller, dass alle „in erster Linie Deutsche sein müssen“⁵³. Menschen fremder Art und Herkunft, anderer körperlicher Beschaffenheit und auch anderer Gesinnung sprach dies jedes Existenzrecht ab.

Das Ergebnis der hier für die Zeit vor 1933 benannten Phänomene ist bekannt: Die an Radikalität und vermeintlicher Kompromisslosigkeit unübertroffene NSDAP vermochte Schritt für Schritt alle anderen Parteien zu überwältigen und eine das Parteienwesen konterkarierende Einparteienherrschaft zu errichten. Als das berüchtigte Gesetz vom 14. Juli 1933 erging – es war übrigens das erste Parteiengesetz in der deutschen Geschichte –, hieß es zur Begründung, die Neubildung von Parteien wäre ein „Verbrechen an Staat und Volk“.⁵⁴ Der faktischen Liquidierung des Parteienwesens folgte die Diktatur einer Partei sowie eine außerordentlich straff strukturierte „Organisationen“-Gesellschaft, die alle Bürger gleichsam von der Wiege bis zur Bahre erfasste und in hohem Maße dazu beitrug, das Regime bis zur Niederlage im Zweiten Weltkrieg stabil zu halten. Man könnte von einer gewissen Ironie der Geschichte sprechen, dass die Partei der „Überwinder“ des Parteienwesens in der letzten beiden Jahren ihrer Herrschaft selbst in eine Krise geriet und schließlich mit dem 8. Mai 1945 unterging.⁵⁵

Kontinuität der Strukturen und neue Gefahren

Abschließend sei noch darauf verwiesen, dass die hierzulande geförderte Geschichtsschreibung all die genannten Fakten und die materialistisch-dialektische Deutung des Faschismus oftmals mit der schlichten These konfrontiert, es habe sich bei diesem um eine Ausnahmesituation in der deutschen Geschichte, um eine Abweichung von der Regel, um einen einzigartigen Fall gehandelt. Zu prüfen wäre daher, ob sich das, was ich hier für die letzten Jahre der Weimarer Republik als faschismusfördernd unter den Stichworten

- sozialpolitische Abwälzung von Krisenlasten,
- expansionistische und kriegsfördernde Krisenbewältigungsversuche,
- Alternativlosigkeit propagierende Niedergangs-Szenarien,
- Abbau und Abwertung von Demokratie und Parlamentarismus
- Veränderungen im Parteienwesen und
- Zunahme an Gewalt-Akzeptanz und Terror-Rechtfertigung

⁵³ Hitler in Lipperode am 12.01. 1933. Zit. nach Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen, Bd. IV, Teil 3, München 1997, S. 58.

⁵⁴ Das Kabinett erhielt am 12.07.1933 den Entwurf des Reichsinnenministers, der eine einzige Bestimmung enthielt: „Wer es unternimmt, politische Parteien neu zu bilden oder den organisatorischen Zusammenhalt einer aufgelösten politischen Partei aufrecht zu erhalten, wird als Hoch- und Landesverräter bestraft.“ Dazu äußerte allein der Reichsjustizminister in der Ministerbesprechung vom 14.07. Bedenken. Sie betrafen jedoch nur den Zeitpunkt, durch den möglicherweise die „innere Überzeugungskraft“ der Selbstauflösung der Parteien getrübt werde. Hitler wollte sich diesem Gedanken nicht verschließen und schlug vor, das Gesetz zu beschließen und es erst zu einem späteren Zeitpunkt zu veröffentlichen. Frick wies Gürtners Argument als „nicht durchschlagend“ zurück. Noch am selben Tag erfolgte die Ausfertigung des Gesetzes. Neben konkretisierten Strafbestimmungen enthielt sie noch folgende Bestimmung: „In Deutschland besteht als einzige politische Partei die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“. Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler, Teil I: 1933/34, Bd. 1, bearb. Von Karl-Heinz Minuth. Boppard am Rhein 1983, S. 661 f.

⁵⁵ Siehe dazu Pätzold/Weißbecker, Geschichte der NSDAP 1920-1945, a. a. O. S. 486 ff.

- Anwachsen eines zeitgeistkonformen Alltagsverhaltens
- u. a. m.

darlegen durfte – nein, eigentlich nur andeuten konnte –, ob sich das auch in anderen krisengeschüttelten Phasen der deutschen Geschichte nachweisen lässt.

Ich denke, da kann man fündig werden: Sei es in Untersuchungen zu Erscheinungen und Folgen der sogenannten Gründerkrise in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts, die vor allem den eher traditionellen Juden Hass in den völkisch-rassistischen Antisemitismus überführten, aber auch in den krisenhaften Situationen unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg und in der Novemberrevolution. Unter solchen Aspekten wäre die unmittelbare Nachkriegszeit in der Mitte des 20. Jahrhunderts darstellbar. Eine gründliche Analyse der Folgen der sogenannten Erdölkrise in den 70er Jahren steht noch aus, auch die der gegenwärtigen, in ihren kumulierenden Merkmalen weit über frühere Rezessionen hinaus reichenden Finanz-, Staatsschulden- und Wirtschaftskrise. Fündig werden kann man gewiss vor allem beim Blick auf die strukturellen Übereinstimmungen wesentlicher Merkmale aller Krisenbewältigungsversuche, fündig auch für die Erkenntnis, dass in diesen stets der Keim neuer Krisen lag und zu neuen Auseinandersetzungen führte.

Zu alledem gilt es zu forschen und zu diskutieren. Ganz sicher ist dabei wieder von den Grundlagen und Konturen einer kapitalistisch geprägten, Krisen aller Art in sich einschließenden Gesellschaft und vom Wirken der sie tragenden Parteien auszugehen, wenn die gegenwärtigen Erscheinungen von Neonazismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antidemokratismus und Antiparlamentarismus untersucht werden. Deren Erscheinungsformen variieren, auch nimmt sich das erneut in eine Krise geratene Parteienwesen⁵⁶ etwas anders aus als damals – doch für die Linken, zumal sie sich in einer historischen Defensivposition befinden, besteht zu irgendeiner Sorglosigkeit überhaupt kein Grund. Ganz im Gegenteil: Auch heutige Krisenbewältigungsversuche befördern wiederum einen Kurs nach rechts, weisen in künftige, wiederum schreckliche Verhältnisse und bewirken möglicherweise nicht allein weitere Krisen, sondern noch größere Katastrophen als sie der frühere Faschismus heraufzubeschwören vermocht hat. Auch wer Horrorszenarien verabscheut – Tag für Tag gibt es Nachrichten, die solche bewirken und die erschauern lassen.

Deutlich spricht von zu erwartender „Finsternis“ Eric Hobsbawm, den hier vorzustellen gewiss überflüssig ist. Am Ende seiner „Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts“, dem „Zeitalter der Extreme“, warnt im Blick auf die Gegenwart, die Welt sei „am Punkt einer historischen Krise“ angelangt. Und er mahnt, Finsternis – im wahrsten Sinne des Wortes – könnte tatsächlich entstehen, sollten Vergangenheit und Gegenwart lediglich fortgeschrieben werden.⁵⁷

Neu also muss die Zukunft gestaltet werden.

Marxistische Blätter, Heft 1/2013, S. 19-30.

⁵⁶ Aus der Fülle vorliegender Einschätzungen sei hier nur verwiesen auf: Ernst-Wolfgang Böckenförde: Die Krise unserer Demokratie verlangt eine Rückbildung des Parteienstaates. In: Günther Nonnenmacher (Hrsg.): Die gespendete Macht Parteiendemokratie in der Krise, Berlin 2000, S. 55-62; Ein Göttinger Parteienforscher spricht von fundamentalen Veränderungen der Parteien sowie vom „Ende der Volksparteien“ und erwartet die Entstehung eines völlig neuen „Parteitypus“. Peter Lösche: Ende der Volksparteien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 51/2009, S. 6-12.

⁵⁷ Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme, a. a. O., S. 720.

Beeinflusst und berauscht

Wer vom Faschismus redet ... muss auch von der Millionengefolschaft reden

Wer vom Faschismus redet, muss zugleich über den Kapitalismus reden, lautet ein bekanntes und überaus berechtigtes Diktum. Kein Weg führt daran vorbei, es sei denn, ein Umweg wird bewusst zu Entlastung und Beschönigung des Letzteren gesucht. Muss aber auch über den Massenanhang der Nazis geredet werden? Obwohl wir wissen, in welchem Ausmaß und wie radikal sich die NSDAP diverser Manipulationstechniken bediente? Selbstverständlich! Denn generell gilt, dass alle Manipulation der Bevölkerung durch Herrschende vergeblich sein kann, wenn es nicht auch die Bereitwilligkeit der Beherrschten, sich beeinflussen oder gar „berauschen“ zu lassen.

Der Massenanhang bot den Nazis eine Voraussetzung für ihren Erfolg und geriet zugleich zu einem wichtigen Kennzeichen des deutschen Faschismus. Allerdings bestimmte er zu keiner Zeit das Programm, den Kurs und das Ziel der Partei – das tat ihre Führungsgruppe. Dennoch: Das braune Regime hätte ohne ihn nicht funktionieren können, ohne die Millionen. Ohne die „willigen“ Helfer wären kein totaler Krieg, keine barbarische Okkupationspolitik und erst recht kein Völkermord zu realisieren gewesen. Ohne sie hätte während des Zweiten Weltkrieges das System der rund 20.000 Zwangsarbeiterlager nicht geschaffen werden können. Ohne sie wäre der Krieg nicht so sinnlos und opferreich bis fünf Minuten nach zwölf unterstützt worden. Nach 1933 war die überwiegende Mehrheit der Deutschen begeistert, ja regelrecht enthusiastisch und fasziniert.

Historikern gelang es bisher nicht ausreichend, die Vielfalt jener Ursachen zu erhellen, die zu der erstaunlich großen und folgenreichen Akzeptanz des Faschismus geführt haben. Notwendig zu untersuchen wäre daher u. a. das damals massenhaft feststellbare „Alltagsbewusstsein“, das sowohl von weltanschaulich-ideologischen, geistig-moralischen als auch von psychischen und mentalen Gegebenheiten geprägt war. Als wesentliche Faktoren sind hier vor allem zu benennen: die weit verbreitete Gewaltakzeptanz, die Verinnerlichung einer nationalistisch-rassistischen Volksgemeinschafts-Ideologie, die dankbare Hinnahme sozialpolitischer „Erfolgsbestechung“ und anderer als lohnend betrachteter Integrationsangebote, das Nichterkennenwollen des Kerns der Hitlerschen Friedensdemagogie, die sorglose Befürwortung außenpolitischer und militärischer Siege bis 1939 bzw. 1941/42, das opportunistische eigene Beteiligtsein an der straffen Organisiertheit des gesamten Lebens. Zu nennen wären zudem Erscheinungen, die einerseits als Gefühl politischer Ohnmacht, andererseits als Ausdruck revoltierenden Aufbegehrens bezeichnet werden können, getragen auch von Militaria-Fetischismus, Männlichkeitswahn etc.

Die Terroraktionen der NSDAP übertrafen an Umfang und Brutalität alles bisher Dagewesene. Wirksam konnten sie auch deshalb sein, weil viele Deutsche militärische Gewalt als notwendiges Mittel zur Lösung von innen- und außenpolitischen Konfliktsituationen akzeptierten. Unkritisches Wissen über die an Kriegen so reiche Geschichte der Menschheit nährte die Auffassung, diese seien unabwendbar und entsprächen der Natur des Menschen. Kriege wurden hingenommen, bestärkt auch durch manipulative Parolen wie die vom „süßen Tode auf dem Feld der Ehre“ oder von wiederherzustellender nationaler Ehre. Hingenommen wurde auch, dass Menschen generell in Kriegen verrohen; gerade im ersten weltweit mit riesigen Armeen geführten Krieg von 1914 bis 1918 gerieten Entmenslichung, barbarische Handlungsbereitschaft und Gewaltakzeptanz zur Alltäglichkeit. Dies bot einen wirksamen Boden für den Faschismus, zumal seine Führer stets bemüht waren, die eigene Aggressivität zu tarnen und sich selbst als Opfer derer darzustellen, die künftige Kriege verhindern und eine andere, eine menschlichere Gesellschaft erstrebten.

Zudem konnte die Ideologie des Nationalsozialismus auf Denk- und Verhaltensweisen aufbauen, die über viele Jahrhunderte hinweg nationalistisch, rassistisch, antidemokratisch und antisozialistisch geprägt worden waren. In der Weimarer Republik richteten sich diese konkret gegen das als ungerecht und bedrückend empfundene Friedensdiktat von Versailles. Es zu revidieren, erschien Deutschen aus allen Klassen und Schichten als unbedingt erforderlich. Wo die real vorhandenen Kräfte dazu nicht ausreichten, schien deren Fehlen durch fanatisches und blindwütiges Kämpfertum ersetzbar zu sein.

Mit der Ablehnung des „Systems“ von Weimar war die Verdammung aller Erfolge der Arbeiterbewegung (die als „Marxismus“ geschmäht wurde) verbunden, der als undeutsch und jüdisch verunglimpfte Parlamentarismus, ebenso tatsächliche wie vermeintliche Schwächen des gesamten Parteienwesens und die als „Kulturbolschewismus“ verdammte Moderne. So erklärten sich die umfassende nationale Aufbruchstimmung unmittelbar nach dem 30. Januar 1933, die leichtfertige Zustimmung zur Wiederaufrüstung. Weit verbreitete Enttäuschung, Unzufriedenheit und Ratlosigkeit verbanden sich mit Hoffnungen auf eine bessere Zukunft, in der man in Wohlstand und Ordnung leben könne, sobald „Lebensraum“ erobert und „fremdrassische“ Völker unterworfen und verjagt seien. Dem entsprachen nahezu religiös gefärbte Heils-Erwartungen, gerichtet auf die alle Klassenschranken angeblich überwindende „Volksgemeinschaft“ sowie auf den neuen „Führer“, den Hitler geschickt darzustellen wusste.

Obgleich nach 1933 der Lebensstandard nicht den Stand von Mitte der 20er Jahre erreichte, erwiesen sich die Überwindung von Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit als „überzeugend“. Auch die rasante Wiederaufrüstung, die Schaffung eines Massenheeres und die damit verbundenen sozialen Aufstiegschancen wirkten als „Erfolgsbestechung“. Zugleich stärkten die mit friedensdemagogischen Parolen verbrämten außenpolitischen Erfolge (Konkordat, Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, Olympische Spiele, Anschluss Österreichs u. a. m.) das Gefühl deutscher bzw. arischer Überlegenheit. Der Anteil, den die große Mehrheit der Deutschen an den Arisierungsergebnissen bekam, hielt sich demgegenüber in Grenzen. Von größerem Gewicht sollte sich die materielle Ausplünderung der eroberten Länder nur in den ersten Jahren des Zweiten Weltkrieges erweisen.

Dass die NSDAP bis zum Schluss intakt und in ihrem Sinne voll funktionsfähig geblieben ist, darf auch als Resultat des umfassenden, bereits in der zweiten Hälfte der 20er Jahre sorgfältig vorbereiteten Organisationensystems gesehen werden, an dessen Spitze sie stand. Die einzelnen Gliederungen und angeschlossenen Verbände – gleich ob DAF, HJ, SA, SS u. a. – erfasseten wiederum selbst Millionen Deutsche und nahezu jeden Winkel der Gesellschaft. Wie keine andere deutsche Partei hatte die NSDAP nach 1933 einen bis dahin unbekannten, einen nicht für möglich gehaltenen flächendeckenden Grad individueller und gesellschaftlicher Organisiertheit der Bevölkerung erreicht. Sie war zum Träger einer Organisationen-Gesellschaft geworden, in der sich kaum einer – ob Arbeiter oder Gewerbetreibender, ob jung oder alt, Mann oder Frau – dem Einfluss ihres breit gefächerten Systems sogenannter Gliederungen, angeschlossener Verbände und betreuter Organisationen entziehen konnte.

Ohne Parallelen ziehen zu wollen: Mit Sorge ist zu beobachten, wie weit gegenwärtig in der deutschen Gesellschaft bestimmte Grundelemente fremdenfeindlichen, rassistischen und neonazistischen Denkens weiter bestehen, wie ein zunehmend auf kriegerische Aktionen orientiertes und undemokratisches Treiben einiger Regierender widerspruchslos hingenommen oder gar gebilligt wird. Es gibt tendenziell Resignation, Rat- und Hilflosigkeit, desgleichen einen Verfall normalen Verantwortungs- und Mitgefühls. Viele, allzu viele Menschen schauen schlicht und einfach weg, scheinen eingetaucht zu sein in ein gewöhnliches Einerlei alltäglichen Denkens und des Gewährenlassens nach dem Motto „Es war so, und es ist eben so ...“

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 26./27. Januar 2013, S. W2.

Eliten und „Banditen“

Der 30. Januar 1933 (Teil I): Auch 80 Jahre später wird über die Hintergründe der Machtübertragung an Hitler gestritten. Dabei wurden Bündnisse zwischen Konservativen und Nazis schon früh geschmiedet

Vor 80 Jahren wurde ausgerechnet am 30. Januar in Hamburg eine an sich harmlose Operette von Jacques Offenbach aufgeführt. Ihr Titel: „Die Banditen“. Ihr Finale: Ein Fürst, der bestohlen werden sollte, begnadigt am Ende die Räuber und ernennt sie zu Polizisten seines Landes. Gewiß, da hatte der Zufall seine Hand im Spiel. Anders als beim Geschehen in Berlin: Reichspräsident Hindenburg – mancherorts noch heute Ehrenbürger – bescherte den Deutschen eine „Regierung der nationalen Konzentration“, geleitet von einem Mann, dessen Wahl nach Vorhersage kommunistischer Antifaschisten neuen Krieg bedeutete, den der sozialdemokratische Vorwärts als „Bandenführer gegen die deutsche Arbeiterbewegung“ charakterisierte, dessen Gewaltverherrlichung allen bekannt war und der keine sechs Monate zuvor allen Ernstes erklärt hatte, die Freiheit der brutalen SA-Mörder von Potempa sei eine Frage seiner Ehre (Anm. d. Red.: In der Nacht vom 9. zum 10. August 1932 drangen in dem ober-schlesischen Dorf Potempa fünf uniformierte SA-Leute in die Wohnung des Arbeiters und Gewerkschafters Konrad Pietrzuch ein und prügelten ihn in Anwesenheit seiner Mutter zu Tode; vgl. jW vom 4.8.2012). Man konnte wissen, wohin die Reise gehen würde ...

Was jener Tag bewirkt hat, ist bekannt: Es entstand in Deutschland eine terroristische Diktatur sondergleichen, gerichtet gegen alle Andersdenkenden, gegen alle Menschen anderer Herkunft oder Hautfarbe, gegen andere Völker, denen im geplanten Großgermanischen Reich Vertreibung oder Ermordung, allenfalls eine Existenz als auszubeutende Arbeitssklaven zugedacht worden war. Die Großverbrechen Zweiter Weltkrieg und der Genozid an den europäischen Juden markieren den absoluten Tiefpunkt eines Zeitalters, das der kürzlich verstorbene marxistische Historiker Eric Hobsbawm insgesamt als ein „Jahrhundert der Extreme“ bezeichnete. Darüber besteht im negativen Urteil der Völker nahezu Einhelligkeit, weitgehend auch innerhalb der Geschichtsschreiberzunft. Zumeist werden auch die Versuche alter und neuer Nazis abgelehnt, faschistische Regimes zu rechtfertigen oder gar deren Erneuerung anzustreben – von den dennoch sorgenvoll zu beachtenden Ausnahmen natürlich abgesehen.

Was dem 30. Januar 1933 vorausging, ist hinlänglich bekannt. Alles darf als gründlich erforscht und vielfach dargestellt gelten. Neue Quellen werden kaum noch zu erschließen sein. Und dennoch unterscheiden sich die Meinungen über die Ursachen von Entstehung und Aufstieg des Nationalsozialismus – die deutsche Variante des Faschismus im damaligen Europa. Gestritten wird sogar in außerordentlich hohem Maße. Heftig wird nach wie vor die Frage debattiert, wer eigentlich verantwortlich war und weshalb es geschehen konnte. Außerordentlich hoch ist die Zahl der Erklärungs- und Interpretationsversuche. Die der Streitpunkte ebenfalls. Einige Debatten scheinen sich schier endlos um sich selbst zu drehen und auch, so sie unter deutschen Linken geführt werden, das zu klärende Anliegen eines Antifaschismus im 21. Jahrhundert zu belasten.

Streitfrage Faschismus

Umfangreich nimmt sich die Palette der Themen und Probleme aus. Wie auch immer im einzelnen – die Auseinandersetzungen gelten vorwiegend folgenden Komplexen:

- Wer betrieb die Zerstörung der Weimarer Republik und weshalb? Welche Rolle spielten die herrschenden bürgerlichen Eliten, welche deren unterschiedlichen Strömungen und Gruppen für die Entwicklungsmöglichkeiten faschistischer Bewegungen und Parteien?
- Vollendete der deutsche Faschismus, der sich selbst mit dem tarnenden „Firmenschild“ Nationalsozialismus versah, die von national-konservativen Kräften angestrebte Zerstörung der

Weimarer Republik? Oder scheiterte Weimar, wie oft und gern behauptet wird, sowohl am rechten wie am linken „Extremismus“?

– Welchen Platz nahmen die direkten finanziellen und alle indirekten Förderungen der NSDAP durch Großindustrielle, Großagrarier, Militärs und Staatsbürokratie in deren generell vorhandener und am Ende der Weimarer Republik ausgebauter Einflußnahme auf die Politik bürgerlicher Parteien ein?

– Konnte die NSDAP dank ihres Bündnisses mit konservativen Parteien aufsteigen und erfolgreich an die Macht gebracht werden, oder hat sie die Macht hauptsächlich aus eigener Kraft erobert, so daß die gern verwendete Vokabel „Machtergreifung“ gerechtfertigt wäre?

– Sind die Bemühungen, seit 1930 mit autoritären Präsidialregimes zu herrschen, als Wegbereitung des 30. Januar 1933 zu verurteilen oder als wenn auch mißlungene Verteidigung der Weimarer Republik einzuschätzen?

– In welchem Zusammenhang standen die imperialen Großmachtbestrebungen deutscher Eliten mit der von den Nazis angestrebten „Ausrottung des Marxismus“ und ihrem völkisch-rassistischen Antisemitismus?

Es existieren also auch 80 Jahre danach hinreichend Gründe, den Weg zu beschreiben und in Erinnerung zu rufen, der zum Ende von Weimar und zur Errichtung der hitlerfaschistischen Diktatur geführt hat. Ohne diesen Tag kann weder der 1. September 1939 noch der 8. Mai 1945 erfaßt werden. Dennoch wird in den großen Medien hauptsächlich das schlimme Ende thematisiert – man denke beispielsweise an das fortwährende Hervorheben der Opfer unter den Deutschen in den großen Medien, an das Leiden unter Bombenkrieg, Zerstörung, Flucht, Vertreibung usw. Dagegen wäre an und für sich gar nichts einzuwenden, bliebe nicht allzuoft ausgeklammert, wann und wie dafür die entscheidenden Weichen gestellt worden sind und wer die Inthronisierung der NSDAP zur Regierungspartei zu verantworten hatte. Gegen denjenigen, der für die alte Bundesrepublik 1985 erstmalig diesen Zusammenhang benannte und den 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung bezeichnete, brachte sich jüngst die Junge Freiheit (13.10.2012) in Stellung: Der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker habe damit „die These einer moralischen Kollektivschuld der Deutschen [...] zur offiziellen Staatsmeinung“ erhoben. Von solch einem sehr zweckdienlich erhobenen Vorwurf fällt dann der Schritt hin zur deutlichen Infragestellung, ja sogar zur Ablehnung des Urteils gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher im Nürnberger Prozeß leicht. Und gegen dessen Rechtsspruch richtet sich im Kern alle landläufige Geschichtspolitik: Wer wieder „wer sein“ will in der Welt, wer erneut Kriege führt oder unterstützt, der will wohl auch vom Makel des Schiedsspruchs über den deutschen Faschismus reingewaschen erscheinen ...

Woran erinnern?

Zwischen 1919 und 1932 wechselte in Deutschland mehrfach das Personal auf den Regierungsthronen. Elf Politiker unterschiedlicher Parteien standen 23 Kabinetten als Reichskanzler vor. Den letzten, General Kurt von Schleicher, jagte am 28. Januar 1933 jener Reichspräsident aus dem Amt, der ihn acht Wochen zuvor berufen hatte, um Hitler das Amt zu übertragen. Zwar hatte er auf die Verfassung geschworen, doch hinderte ihn dies nicht, der in der Novemberrevolution aus der Taufe gehobenen parlamentarischen Republik den Todesstoß zu versetzen.

Nein, ein „normaler“ Regierungswechsel war es keineswegs, was da am 30. Januar 1933 über die politische Bühne ging. Völlig zu Recht nannte es Franz von Papen – im Januar 1933 die zentrale Figur im Schacher um Hitlers Kanzlerschaft und sonstige Regierungspositionen – eine „große“ Lösung, die unbedingt anzustreben sei, weil es höchstens noch eine „kleine“, auf keinen Fall aber irgendeine andere geben dürfe. Koste es, was es wolle! Groß – das bedeutete

nichts anderes, als endlich dem Führer der faschistischen Partei zur Macht zu verhelfen. Klein – das wäre ein Kabinett unter seiner, Papens, Führung und mit Ministern aus den Reihen der NSDAP gewesen. So groß und verhängnisvoll war dann die Lösung, daß sich dieses Datum unauslöschlich ins Gedächtnis vieler Zeitgenossen und Nachgeborenen eingrub.

Manche Antwort auf die Frage, wie dies möglich war, läßt sich in der Tiefe der deutschen Geschichte finden. Kontinuität wirkte von Kaiserreich und Erstem Weltkrieg her, vom imperialistischen Ringen um den deutschen „Platz an der Sonne“ sowie um ein Reich, dessen Grenzen nicht allein von der Maas bis zur Memel, von der Etsch bis an den Belt, sondern weit darüber hinaus reichen sollten. 1918 hatte Deutschland zwar den Krieg verloren, doch ihre Großmachtpläne aufzugeben waren seine konservativen Eliten in Industrie- und Finanzkapital sowie unter den Großagrariern, Militärs und bürgerlichen Parteipolitikern nicht bereit. Da kamen Kräfte sehr gelegen, die nationalistische und völkisch-rassistische Parolen aller Art verbreiteten, die gegen den „Versailler Schmachfrieden“, ebenso gegen die „Novemberverbrecher“ und die „jüdisch-bolschewistische Gefahr“ wetterten, was das Zeug hielt. „Ausrottung des Marxismus“, so lautete einer ihrer wichtigsten Appelle. Von den Repräsentanten der Weimarer Republik nahezu ungehindert, grölten die Nazis „Deutschland erwache“, und jeder konnte „Juda verrecke“ hören, das hinzugefügt wurde, um das von der Revolution im November 1918 erzwungene parlamentarisch-demokratische „System“ von Weimar ausnahmslos und durchgängig zu diskreditieren.

Bereits in den ersten Jahren der Republik war jener Weg eingeschlagen worden, der zum schmachvollen Ende der Republik von Weimar führen sollte. Schon damals begannen die ersten Vorstöße gegen jene parlamentarische Demokratie, welche nach der Novemberrevolution Eingang in zahlreiche Bestimmungen der Verfassung gefunden hatte; letzteres übrigens gegen den erbitterten Widerstand der konservativ-protestantischen Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und auch einer Reihe von Politikern der katholischen Zentrums- partei. Keineswegs zufällig hatte sich während der Vorbereitung und im Verlauf des Kapp- Putsches vom März 1920 eine neue politische Strömung bemerkbar gemacht: Erstmals waren da faschistische Organisationen und alldeutsch-völkische Politiker in Erscheinung getreten. Diese gingen in ihren Forderungen und Wünschen noch viel weiter als die konservativen Kräfte, deren reaktionäres Gedankengut sie ins Extrem wendeten und deren taktierende Vorsicht – außenpolitischen Gegebenheiten geschuldet – sie vermieden. Nach ihren Vorstellungen sollte künftig Politik in erster Linie auf eine terroristisch-präventive Ausschaltung der organisierten Arbeiterbewegung, auf eine demagogisch-chauvinistische Unterordnung möglichst vieler Deutscher unter alle Maßnahmen hin zu einem neuen Krieg zielen und eine völkisch-rassistische Unmenschlichkeit zur Alltagsnorm erheben.

Orientierende Nötigung

Eine merkwürdige Übereinstimmung oder vielmehr Orientierung findet sich bei Kapitalrepräsentanten und Faschisten: Der Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (RDI), Carl Duisberg, forderte 1926: „Es darf nicht halbe, es muß ganze Arbeit sein, die gemacht wird. Kompromisse helfen nicht mehr. Es geht ums Prinzip, ums ganze System.“ Erinnern wir uns: Bei den Nazis hieß es konform: „Alles oder nichts“! Und wenn bei ihnen „Großdeutschland“ bzw. „Lebensraum“ im Programm stand, dann kann parallel dazu gelesen werden, daß dieser heutzutage in seiner Wirkmächtigkeit mitunter arg unterschätzte Verband in seinen Veröffentlichungen vom Oktober 1929, also vor dem New Yorker „Schwarzen Freitag“, die Politik aufforderte, ein „Großraum-Wirtschaftsgebiet“ zu schaffen, denn nur so sei „etwaigen Wirtschaftskrisen und sozialen Erschütterungen wirksam zu begegnen.“

Fleißig und sorgsam bemühten sich Politiker bürgerlicher Parteien umzusetzen, was die Verfasser der Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie vom 2. Dezember 1929

gefordert hatten. Diese trug den Entscheidung heischenden Titel „Aufstieg oder Niedergang?“. Der Titel, eine suggestiv Alternativlosigkeit vortäuschende Floskel, wurde übrigens erst jüngst wieder verwendet, und zwar von dem stramm konservativen Politikwissenschaftler Arnulf Baring in einem seiner Auftritte vor einem Verein mit dem beschönigenden Namen „Vorwärtsdenker“. Allein ein kurzer Blick in das Dokument aus dem Jahre 1929 genügt, um die außerordentliche Aktualität der damals formulierten Forderungen deutscher Wirtschaftsgrößen zu erfassen.

Die Arbeit an dieser Denkschrift war von den führenden Herren des RDI schon lange vor dem die Weltwirtschaftskrise auslösenden „schwarzen Freitag“ veranlaßt worden. Ihr Konzept zur Bewältigung der Krise stellte insofern eine Fortschreibung generell existierender Machtkonzepte unter veränderten Bedingungen bzw. zur Vorbereitung auf erwarteten Wandel der Verhältnisse dar. Es richtete sich wie stets in erster Linie nach innen, doch ging es – ebenfalls wie immer – Hand in Hand mit Versuchen, die im nationalstaatlichen Rahmen bestehenden Probleme durch wirtschaftliche und politische Expansion nach außen, also in einer verschärften Konkurrenz zu anderen Staaten lösen zu wollen, einschließlich militärischer Mittel. Und eine auf Expansion bedachte, selbstverständlich neue Kriegsgefahren heraufbeschwörende Politik verlangte nach rigorosem Abbau von Demokratie und Parlamentarismus. Franz von Papen formulierte es in seiner bekannten Rundfunkrede vom 12. September 1932 so: „Die Reichsregierung ist der Ansicht, daß das System der formalen Demokratie (sic!) im Urteil der Geschichte und in den Augen der deutschen Nation abgewirtschaftet hat und daß es nicht zu neuem Leben erweckt werden kann.“

Darüber hinaus lassen sich mittelfristig und kurzfristig wirkende Faktoren vor allem in den Jahren der Weltwirtschaftskrise sowie in den letzten Monaten vor dem 30. Januar 1933 erkennen. Einer der wichtigsten bestand in der vielgestaltigen direkten oder indirekten Unterstützung und Förderung der NSDAP durch Großindustrielle, Großagrарier, Reichswehrgenerale, Richter, hohe Staatsbeamte und Führer bürgerlicher Parteien. Beispiele für das verhängnisvolle Zusammengehen von konservativ-deutschnationalen und völkischen Kräften finden sich zuhauf. Alle indirekte Begünstigung vollzog sich nach dem Modell, das 1924 vom Münchner Volksgericht geliefert worden war: Es bedachte bekanntlich den putschenden Hochverräter Hitler mit einem Urteil, in dem selbst bei bestem Willen keine Strafe zu erkennen war.

Dann kam 1929 die von den Deutschnationalen eingefädelte, gegen den Young-Plan gerichtete Kooperation mit der NSDAP. Sie brachte dieser Hof- und Salonfähigkeit ein und half ihr, rasch über den Status eines „Juniorpartners“ hinauszukommen. Man denke schließlich an das Konzept, das unter den Stichworten „Einrahmung“ und „Zähmung“ in die Geschichte rechtskonservativ-nationalsozialistischer Bündnispolitik einging und auch heute von manchen Historikern als Alternative der Demokratie zu Hitler und einzige Möglichkeit erfolversprechenden Kampfes gegen ihn dargestellt wird. Im Gegenteil: Insbesondere diese Duldung und faktische Unterstützung chauvinistischer und rassistischer Forderungen sowie der Versuch, die Nazis hoffähig zu machen und – je nach Möglichkeit und Erfordernis – für eigene Zwecke zu instrumentalisieren, erhoben den braun gefärbten Rand der Gesellschaft in den Rang von Normalität. Ihre Träger machten die tagespolitische Einträglichkeit zum obersten politischen Prinzip und lieferten schließlich die ungeliebte, weil in einer Revolution erkämpfte Weimarer Republik deren schlimmsten Gegnern aus.

Geöffnete Hintertüren

Alle Reichskanzler von Hindenburgs Gnaden – Heinrich Brüning, Franz von Papen und Kurt von Schleicher – scheiterten in ihrem Bemühen, autoritär zu regieren und eine sie selbst im Amt belassende Übereinkunft mit den Nazis zu finden. Was auch immer sie unternahmen,

bewirkte eine Stärkung der faschistischen Partei. Selbst wenn in mancher Situation zur Wahrung eigener Interessen und in deutlich ausgetragener Machtkonkurrenz starke Worte gegen Terroraktionen der Faschisten fielen oder selbst Verbote ausgesprochen wurden – immer blieben Hintertüren offen. Niemals riß der Gesprächsfaden ab, mit deren Hilfe um gemeinsame Positionen gegen die Arbeiterbewegung sowie für die Erhaltung und den Ausbau des Einflusses der Nazis auf das Geschehen gerungen wurde.

Nicht erst mit dem Bruch der Großen Koalition und mit dem Übergang zur Präsidialherrschaft Hindenburgs und Brüning im März 1930 hatte eine intensive Suche nach anderen, von parlamentarischen Mehrheiten unabhängigen Regierungsmöglichkeiten begonnen. Artikel 48 der Weimarer Verfassung bot dafür zwar manche Möglichkeiten autoritären Regierens, doch wurden diese mehr und mehr als unzureichend angesehen. Schon 1928 gab es Kampagnen der Deutschnationalen Volkspartei, gemeinsam mit dem Stahlhelm (Bund deutscher Frontsoldaten) betrieben, dem Reichspräsidenten noch mehr Befugnisse zuzubilligen und den Verfassungsartikel 54 zu streichen, der da besagte, daß Reichskanzler und Reichsminister des Vertrauens einer parlamentarischen Mehrheit bedürfen.

Für ihren Rechtskurs hieß es bei den meisten bürgerlichen Parteien nicht etwa, die Verfassung sei abzuschaffen. Deren schrittweise Beschränkung und faktische Aushöhlung wurde, die Realität verschleiern, „Verfassungsreform“ benannt. Die radikalsten Pläne trug Papens Innenminister Freiherr von Gayl ausgerechnet am Verfassungstag des Jahres 1932 vor. Parallel dazu wurde auch eine Reichsreform angestrebt, die zu mehr Zentralismus geführt haben würde, wäre dies nicht – wie auch der 1928 ins Leben gerufene und nach einem „Dritten Reich“ strebende Bund zur Erneuerung des Reiches – kläglich an den Länderegoismen gescheitert. Ständig wurden neue, autoritäre Herrschaftsmechanismen gesucht, auf Teilgebieten gefunden und erprobt, mitunter verworfen oder variiert. Man könnte sogar vom Testen der Kompatibilität eigener zu den weiter reichenden Vorstellungen der NSDAP sprechen. Das fand u. a. statt in der von Konservativen zielorientiert herbeigeführten Beteiligung der Nazis an einigen Landesregierungen. Als letztere im Januar 1930 erstmals in eine Landesregierung eingetreten waren, schrieb die von einem Konsortium aus Schwerindustriellen, Großreedern und Bankiers herausgegebene Deutsche Allgemeine Zeitung am 29. Januar 1930: „In praktischer Hinsicht hat das thüringische Beispiel bewiesen, daß die Nationalsozialisten den Unterschied zwischen Opposition und Verantwortung durchaus begreifen. Sie haben dort zugestimmt einer Kopfsteuer ohne Staffelung, der Erhöhung des Schulgeldes, erheblichen Ersparnissen im Wohlfahrtswesen und im Schuletat. In der Frage der Unterstützung der Erwerbslosen, Kleinrentner und Sozialrentner haben sie ihre von der Sozialdemokratie wörtlich aufgenommen früheren Oppositionsanträge mit den übrigen Rechtsparteien zusammen niedergestimmt [...] Bei der Lektüre des Völkischen Beobachters und des Wirtschaftsprogramms des Herrn Abgeordneten Feder sträuben sich einem die Haare. In der praktischen Zusammenarbeit würden sich die Probleme des Tages wohl anders darstellen.“ Dieser Kompatibilitätstest erfuhr durchaus auch eine theoretische Fundierung in den Betätigungsfeldern solcher Vereine wie der Gesellschaft zum Studium des Faschismus oder konservativer Rechtsgelehrter wie Carl Schmitt, von dem zu sagen bleibt, daß ihm heute sicher nicht zufällig so etwas wie eine Renaissance widerfährt.

Politiker der bürgerlichen Parteien wußten damals durchaus, was kommen wird: So meinte der zur Deutschen Staatspartei gehörende Theodor Heuss damals zu einem Bekannten: „Das wird für euch Juden eine schlimme Zeit werden“. Indessen: Bei seiner Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933 schien er diese Warnung vergessen zu haben! Und dieser Mann jubelte, als die Nazis 1938 den Anschluß Österreichs vollzogen: „Großdeutschland entsteht“. Er schrieb auch von der „seelischen Taktlosigkeit einer Handvoll entwurzelter jüdischer Literaten“. 1948 las man aus seiner Feder: „Es ist allerhöchste Zeit, daß die Epoche der Spruchkammer-Weltanschauung zu Ende geht.“ Ein Jahr darauf wurde er erster Präsident der

Bundesrepublik. Heute urteilt sein Biograf Peter Merseburger, Heuss sei zwar wie alle „mitgeschwommen“, habe aber entscheidend dazu beigetragen, „das solide Fundament für die zweite deutsche Demokratie zu legen.“

junge Welt, Mittwoch, 30.01.2013, S. 10.

Drift nach rechts

Der 30. Januar 1933 (Teil II und Schluß): In der Endphase der Weimarer Republik -verschoben sich die Koordinaten der bürgerlichen Parteien erkennbar in Richtung Faschismus

Für den Weg hin zum 30. Januar 1933 hatten sich auch bedeutsame Erscheinungen im Wirken der politischen Parteien und des deutschen Parteienwesens als verantwortlich erwiesen. Als Folge des autoritären Präsidialregimes lassen sich in der Zeit der Weltwirtschaftskrise wesentliche Veränderungen erkennen. Einige seien hier angeführt.

Da wäre vor allem eine allgemeine Rechtsentwicklung nahezu aller bürgerlichen Parteien zu benennen, oder – um es mit dem Zeitgenossen Sigmund Neumann zu formulieren – eine „politische Generalradikalisierung“. Dazu gehörten ein sozialreaktionärer Kurs, der Abbau demokratischer Rechte, aber ebenso eine verstärkte Betonung nationaler Aspekte. Mit letzteren argumentierten die Konservativen, als sie im Ausschuß für ein Volksbegehren gegen den Young-Plan ein erstes offizielles Bündnis mit der NSDAP schlossen, ganz im Sinne der nationalistischen Interpretation von „Deutschland, Deutschland über alles ...“. Parteipolitischer Rechtsruck entäußerte sich auch in der Beseitigung bislang geltender, Demokratie vorgaukelnder innerparteilicher Spielregeln. Zunehmend wurden Parteivorsitzende als „Führer“ herausgehoben. Zu erinnern wäre da an Alfred Hugenberg in der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), an den rechtsorientierten Prälaten Ludwig Kaas im großbürgerlich-katholischen Zentrum, an die Nachfolger Gustav Stresemanns (Ernst Scholz und Eduard Dingeldey) in der Deutschen Volkspartei (DVP). Aus der Bayerischen Volkspartei war gar zu hören, alle Welt rufe nach Führung, und für die Parteien sei „das Führerproblem zum zentralen Problem geworden“. Der kürzlich verstorbene marxistische Historiker Eric Hobsbawm verwies in diesem Zusammenhang auf die Tatsache, daß in der Wirtschaft die meisten Chefs und Unternehmer ohnehin schon längst das „Führerprinzip“ angewandt hatten und ihnen der Faschismus dafür nun eine „autoritative Rechtfertigung“ bot. Nun kam ein Führerkult à la Hitler in Mode, ein durchaus symbolträchtiger Gegenpol zum Parlamentarismus und zum beschworenen Prinzip der Volkssouveränität, dienend zugleich der Verbreitung unverbindlicher, aber publikumswirksamer Heilsversprechen.

Gepäpelter rechter Rand

Es sind solche und andere Tatsachen, die für die Zeit der Weltwirtschaftskrise von einer allgemeinen Rechtsentwicklung der bürgerlichen Parteien sprechen lassen. Diese These steht natürlich in völligem Gegensatz zu den zahlreich verbreiteten, aber irreführenden Behauptungen von der angeblichen Zerstörung Weimars durch die beiden Extreme an den Rändern der Gesellschaft. Nein, die sogenannte Mitte der Gesellschaft hatte sich dankbar des rechten Randes angenommen, ihn gepäpelt und gehätschelt, sich ihm angedient und schrittweise mit ihm verbündet. Bei großen Teilen der bürgerlichen Eliten liegt die historische Schuld einer Wegbereitung des kommenden Unheils. Historiker handeln absolut unredlich, wenn sie – gemäß einer Redewendung – die Splitter im Auge der KPD zu Balken erheben und jenen Parteien, die zu direkten Koalitionen mit den Nazis bereit waren, auch noch die Absolution der Demokratieverteidigung erteilen. Natürlich gab es viele Demokraten in den bürgerlichen Parteien, doch spricht für die These gewiß auch die Tatsache, daß nur wenige sich aus deren Reihen lösten: so gingen z. B. Anton Erkelenz und Ludwig Bergsträsser zur SPD, andere – so Ludwig Quidde und Hellmut von Gerlach – schufen mit der Radikaldemokratischen Partei eine eigene Organisation, die allerdings ohne größere Wirksamkeit blieb. Lediglich einer der protestantischen Pfarrer bekannte sich zur KPD. Groß, nein riesengroß hingegen geriet bekanntlich die Zahl der als „Märzgefallene“ verspotteten bürgerlichen Parteipolitiker, welche im März 1933 sogar dem Hitlerschen Ermächtigungsgesetz zustimmten.

Veränderungen in den bürgerlichen Parteien werden zudem belegt durch einen sich ausweitenden direkten Eingriff von Großindustriellen, Junkern, Militärs usw. in das parteipolitische Geschehen sowie in die Regierungsgeschäfte durch Übernahme von Ministerposten usw., was nicht nur die Namen Hugenberg, Warmbold, Schiele, Groener, Schleicher und andere sogenannte „Fachleute“ bezeugen. Der DDR-Historiker Fritz Klein wies schon 1953 nach, daß z. B. Wilhelm Cuno, Direktor der Hapag, und andere maßgebende Führer der westdeutschen Schwerindustrie dem Reichspräsidenten Hindenburg sehr detaillierte Vorschläge unterbreiteten, wie 1931 die umzubildende Brüning-Regierung personell zu besetzen sei und welches Wirtschaftsprogramm sie zu verfolgen habe. Cuno erklärte: „In der jetzigen Lage, in der nur durch eine Gesundung der Wirtschaft auch eine Gesundung der innerpolitischen Verhältnisse herbeigeführt werden kann, ist eine verantwortungsbewußte Regierung auf die Unterstützung durch die führenden Kräfte der Wirtschaft angewiesen.“ Viele der von ihm für einen „Wirtschaftsbeirat“ vorgeschlagenen Unternehmer gehörten übrigens später zum „Generalrat der Wirtschaft“, den Hitler am 15.7.1933 schuf. Bezeichnend ist ebenso Carl Duisbergs Äußerung auf der Gründungsversammlung der Staatspolitischen Vereinigung 1926 in Berlin: „Mit Vernunft auf die Parteien einzuwirken habe ich aufgegeben! Alle Schwierigkeiten lassen sich überwinden durch planmäßige Beeinflussung.“ Damit war nicht nur der Lobbyismus gemeint, eine Erscheinung, die nach 1945 so mächtig ausuferte, da sie offensichtlich auch besser zu funktionieren vermag, als dies einer eigenen Klientel-Partei nach dem gescheiterten Modell der schon 1920 entstandenen sogenannten Wirtschaftspartei gelang.

Darzustellen wäre ferner, wie sich die finanzielle Förderung der bürgerlicher Parteien durch Unternehmen und Unternehmerverbände in Gestalt von Kuratorien institutionalisierte, ausweitete und geschäftsmäßig betrieben wurde. Gewiß stand da die NSDAP auf den entsprechenden Listen lange Zeit nicht ganz oben, doch die Bedeutung der Zuwendungen an sie läßt sich weder minimieren und relativieren noch leugnen, wie dies ganze Heerscharen von Historikern getan haben und tun, indem sie nur von gewissen „Kontakten“ oder von „Flirts“ unbedeutender Industrieherrn sprechen. Zur Erinnerung: Einer von ihnen, der US-Amerikaner Henry Ashby Turner jr., brachte das Problem sehr deutlich auf den Punkt: Sollte die Verantwortung des Kapitalismus für den Faschismus erwiesen sein, wäre er nicht mehr zu rechtfertigen, hieß es in einem seiner Bücher. Turner war es auch, für den sich die NSDAP ganz und gar erwiesen habe „als erster Vorläufer der komplexen, sich finanziell selbst tragenden Organisationen (sic!), die seitdem zu einem vertrauten Bestandteil demokratischer Gesellschaften (sic!) geworden sind“. Entfernter von der Realität kann wohl ein Historiker kaum urteilen, aber freuen können sich darüber natürlich alle, die den Parteien wohlsortierte und kaschierte Spenden zukommen lassen, die neuerdings intensiv das Sponsoring-Geschäft betreibenden Unternehmer und Institutionen sowie jene, die ein Ehrenwort gegenüber ihren Geldgebern über die Normen des Grundgesetzes stellen. Ob die Freude anhält? Noch, aber mehr und mehr kommt ein Finanzgebaren von Politikern und Parteien ans Tageslicht, das in erregten Debatten mitunter sogar als Käuflichkeit bezeichnet wird. Das bewies u.a. die Artikelserie Otto Köhlers in der jungen Welt (29.9., 1. und 2.10.2012) über Helmut Kohl und läßt sich dank aktueller Wahlkampfdebatten über die „Nebenverdienste“ deutscher Parlamentarier auch nicht mehr völlig unter den Teppich kehren.

Starker Mann, starker Staat

Zudem vollzog sich in den Jahren vor dem 30. Januar 1933 eine verstärkende Polarisierung zwischen den bürgerlichen Parteien einerseits und den proletarischen Parteien andererseits, eine Lagerbildung, die mitunter als Trend hin zu einem Zweiparteiensystem gedeutet wird. Das schloß innere Differenzen nicht aus. Vor allem bei den linken Kräften gab es ein weiteres Auseinanderdriften, da ernsthafte konzeptionelle Differenzen, aber auch parteipolitische Egoismen KPD und SPD trennten. Hingegen tobten im anderen Lager eher nur Führungsstreite-

reien zwischen den Verfechtern einer „Harzburger Front“ oder einer schwarz-braunen Koalition zwischen NSDAP und katholischem Zentrum. Begleitet sah sich Polarisierendes hier wie da von Neugründungen – Stichwort: SAP und KPD (O) – und mehreren Versuchen, bürgerliche Sammlungsbewegungen zu initiieren. Letztere gab es vor allem im Rahmen kleinerer Parteien, u. a. durch die Umwandlung der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) dank ihrer Vereinigung mit dem Jungdeutschen Orden des Artur Mahraun und der Volksnationalen Reichsvereinigung zur Deutschen Staatspartei. Neu zu sammeln suchten sich konservative Kreise, die sich dem radikalisierenden Kurs Hugenburgs entgegenstellten. Allein drei, zum Teil regional begrenzte Abspaltungen gab es von der DNVP: der Christlich-Soziale Volksdienst, die Konservative Volkspartei und die Volkskonservative Vereinigung. Ein Zitat möge den Geist letzterer enthüllen: In ihrem Gründungsaufwurf vom 28. Januar 1930 hieß es, „das System regelloser Massenherrschaft“ müsse „durch einen der Geschichte unseres Volkes entsprechenden Staatsaufbau“ überwunden werden. Nahezu allen ging es um den „starken Staat“, um den „starken Mann“, um eine „starke Partei“, die man sich zeitweilig als einen alles übergreifenden Hindenburg-Bund vorstellte.

Nicht übersehen darf werden, daß sich innerhalb des Parteienwesens – teils erdrutschartig bei Wahlen, teils in schleichenden Prozessen – alle Proportionen verschoben. Die traditionell zwischen den Parteien bestehenden Beziehungsgeflechte unterlagen tiefer Zerrüttung und fortschreitender Destabilisierung. Die Parteien der sogenannten Mitte erlebten einen gewaltigen Rückgang, nur das Zentrum und die Bayerische Volkspartei vermochten relativ stabil zu bleiben. Schon aus den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 gingen die Nazis als wählerstärkste bürgerliche Partei hervor.

Und was hier ebenfalls erwähnt werden muß: Sozialdemokratische und kommunistische Organisationen brachten keine gemeinsame Gegenbewegung zustande, obgleich alle konservativen, völkischen und faschistischen Bemühungen sich vorrangig unter dem Schlagwort „Ausrottung des Marxismus“ sowohl gegen die KPD als auch gegen die SPD richteten. Zwischen den Arbeiterparteien entstand lediglich zeitweilig ein relatives Gleichgewicht, das deren Vorstände jedoch zu euphorischer Überschätzung der jeweils eigenen Kraft veranlaßte und sich mit einer folgenreichen Unterschätzung des Potentials der NSDAP verknüpfte. So schrieb der Sozialdemokrat Rudolf Breitscheid in der Zeitschrift Die Gesellschaft 1931: „Wir dürfen hoffen, daß auch die kommunistische Welle wieder abebbt, die zur Zeit bedrohlicher ist als die nationalsozialistische.“ Andererseits befaßte sich der 12. Parteitag der KPD im Juni 1929 ebenfalls eingehender mit der Sozialdemokratie und dem Thema „Sozialfaschismus“ als mit der Naziartei. Wie sehr sich pazifistisch, antifaschistisch Gesinnte vom Gegeneinander der Arbeiterparteien abgestoßen fühlten, zeigte sich beispielsweise sehr deutlich, als Carl von Ossietzkys mahnender Ruf „Ein runder Tisch wartet“ unbeantwortet blieb. Den Gedanken an ein sinnvolles, d. h. beide stärkendes Zusammengehen wiesen sie bekanntlich wegen unterschiedlicher Zukunftsvorstellungen weit von sich.

Letzte Weichenstellungen

Was sich – ermöglicht von vielen länger- und mittelfristig geschichtswirksam gewordenen Faktoren – dann unmittelbar in den letzten Wochen und Tagen vor dem 30. Januar abspielte, kann nur als ein übles, abstoßendes Gestrüpp aus Winkelzügen und Intrigen bezeichnet werden. Da wurde hinter den Kulissen Geheimdiplomatie betrieben, da fanden sich Gesprächsrunden zusammen, die nach allen Regeln konspirativer Kunst organisiert und deren Resultate dennoch rasch jenen zu Ohren kamen, für die sie nicht bestimmt waren. Deutschnationale und nationalsozialistische Weichensteller betrieben Tag für Tag ihr schmutziges Werk. Auf der Straße verstärkten die bewaffneten Horden der NSDAP ihr terroristisches Treiben. Sie empfahlen sich als die schlagkräftigste Truppe im Kampf der deutschen Rechten gegen die ge-

samte Arbeiterbewegung und gegen alle anderen, die sich zur Verteidigung der Reste an Weimarer Demokratie bereit zeigten.

Spätestens in den ersten Januarwochen waren alle Weichen gestellt. Was am vierten Tag des neuen Jahres im Hause des Bankiers Kurt von Schröder begonnen hatte, fand rasante Fortsetzung und führte zu neuen Attacken großagrarischer und großindustrieller Kreise gegen den im Dezember 1932 zum Reichskanzler gekürten General Kurt von Schleicher. Die einen beklagten sich über des Kanzlers „Agrarbolschewismus“, die anderen ließen vermöge des mächtigen Reichsverbands der Deutschen Industrie den General kritisieren. Nach der Wahl im kleinen Ländchen Lippe am 15. Januar sahen sich auch die Nazis, die ja bei der Reichstagswahl vom 6. November 1932 rund zwei Millionen Stimmen verloren und innerparteilichen Zank zu bewältigen hatten, wieder im Spiel. Ihr Propaganda- und Terrorapparat lief auf Hochtouren, um sich den Mächtigen des Landes in Wirtschaft und Militär als stärkste und beste nationale Kraft zu empfehlen. Der „Marxismus muß niedergeknüppelt werden“, erklärte Hitler in einem vertraulichen Gespräch mit Alfred Hugenberg am 17. Januar in der Dienstwohnung des Reichspräsidenten Hermann Göring. Aufatmend formulierte danach ein Vertrauter des kommenden Wirtschaftsministers, es sei nun „alles wieder gut“ zwischen Hitler und Hugenberg.

Die Besprechungen und Treffs zwischen Vertretern von DNVP und NSDAP jagten in jenen Tagen einander. Fieberhaft wurde nach Lösungen gesucht. Dabei spielte Franz von Papen eine zentrale Rolle. Als Beauftragter Hindenburgs sollte er sondieren, wie ein neues Kabinett beschaffen sein und wie es geschaffen werden könnte. Am 18. Januar traf er sich gegen 12 Uhr mit Hitler im Berliner Haus Ribbentrops. Als letzte Vorbehalte gegen eine Berufung Hitlers zum Reichskanzler nicht auszuräumen waren, wurde sogar der – wie es hieß: in der Verfassung nicht vorgesehene – Sohn Hindenburgs eingeschaltet. Mit ihm traf sich Hitler am 22. Januar. Anwesend war auch Otto Meißner, Staatssekretär im Büro des Reichspräsidenten. Zu alldem schrieb der Vorwärts am 20. Januar: „Hitler bei Papen, Strasser bei Schleicher, Hugenberg bei Hitler, Papen bei Hugenberg, Hugenberg bei Hindenburg. Alvensleben schiebt vorne, Thyssen schiebt hinten [...] Wer findet sich noch zurecht in der Geheimpolitik, die ohne das deutsche Volk betrieben wird?“

Zentraler Streitpunkt

Es muß nicht überraschen, daß die eindeutig existierenden Beziehungsgeflechte zwischen kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnissen einerseits und faschistischer Ideologie, faschistischen Bewegungen und Parteien andererseits im Zentrum aller geschichtspolitischen Auseinandersetzungen stehen, und das seit eh und je, gleich ob offen formuliert oder unausgesprochen. Auch heutzutage und mehr noch: Bei anderen Themen wird im normalen Wissenschaftsbetrieb Streitkultur gewahrt. Da kann den Beteiligten durchaus ein demokratisches Pluralismusverständnis zugesprochen werden. Doch die Geister scheiden sich, sobald der Nährboden Kapitalismus erhellet werden soll. Und in den Medien wird rasch mit Haken und Ösen operiert. Da vermögen selbst schlichteste Normen wissenschaftlichen Arbeitens keine Grenzen mehr zu setzen für mitunter absonderliche Behauptungen, für irreleitende Verdrehungen und regelrechte Geschichtsfälschungen.

Etwas vornehmer gesagt: Im Deutungsstreit um die Ursachen von Aufstieg und Sieg der Nazis am 30. Januar 1933 wird in der hierzulande gängigen Literatur und noch mehr in den -Medien gern der wechselseitige Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus in Frage gestellt und völlig relativiert. Da wird von den an letzterem schuldlosen, in ihn lediglich „verstrickten“ Unternehmern, von deren unbedeutenden finanziellen Leistungen für die NSDAP oder von „überforderten Demokraten“ gesprochen. Wer ökonomische Interessen als Grundlage politischen Handelns benennt, sieht sich dem Vorwurf ausgesetzt, „ökonomistisch“ zu ar-

gumentieren, sei doch Hitler die treibende Kraft gewesen. Mehr und mehr kommt in Mode zu behaupten, die Herrschenden hätten gar nicht anders handeln können, da sie dem Denken und den Wünschen der Massen hätten Folge leisten müssen.

In engem Zusammenhang mit den Antworten, die es auf die Fragen nach den Ursachen und Wegen hin zum 30. Januar 1933 gibt, stehen auch jene nach dem Wirken der an die Macht gelangten Faschisten und dessen Folgen. Insofern verlangt Erinnerung an den Tag vor 80 Jahren mehr: Auch über dieses Datum hinaus ranken sich viele Debatten um den deutschen Faschismus und seinen Ort in der Geschichte. Da geht es um sein Auftreten als Weltanschauung und Ideologie, um ihn als Erscheinung und Bestandteil des Organisations- und Parteienwesens oder schließlich als Herrschaftsform, die er lediglich in einigen Ländern zu erreichen vermochte. Zu bestimmen bleibt sein Platz in der Geschichte des 20. Jahrhunderts.

Auch da prallen unterschiedliche, jeweils an bestimmte Interessen gebundene Meinungen aufeinander, oft in Fragen eingebettet, die zugleich Antworten erkennen lassen:

– War deutscher Faschismus nichts anderes als purer „Hitlerismus“, wie Guido Knopp im ZDF und manch anderer zu suggerieren sich intensiv bemühen, nach Belastung einzelner Personen und direkter Entlastung aller anderen, insbesondere der deutschen Eliten suchend?

– Tragen andererseits die Massen die Schuldenlast, weil sie Hitler anhingen und die Nazipartei wählten? Verwirklichte Hitler nichts anderes als den nationalistisch-rassistischen Volkswillen? Oder war die breite Zustimmung einer Mehrheit der Deutschen eher ein Ergebnis von ideologischer Beeinflussung, terroristischer Angsterzeugung und zeitweiliger Erfolgsbestechung? Läßt sich der These von Götz Aly zustimmen, gerade die „kleinen Leute“ seien Nutznießer von Diktatur, Krieg und Judenmord gewesen und wären dank einer „sozialen Aufwärtsmobilisierung“ die „zentrale Triebkraft des Nationalsozialismus“ gewesen?

– Kann man in der deutschen Variante des Faschismus in Europa das Ergebnis und den Spiegel einer sich über Jahrhunderte erstreckenden Kontinuität nationaler Überhebung und Gewaltakzeptanz gegenüber anderen Völkern sehen und auf dieser Grundlage einen deutschen Sonderweg erkennen?

– Läßt sich der Faschismus als eine Variante des sogenannten Totalitarismus verstehen und seine Deutung sich gar darauf beschränken? Läßt sich der gesamtgesellschaftliche Kontext ausblenden, indem lediglich ein Gegensatz zwischen diktatorischen und parlamentarisch-demokratischen Herrschaftsformen gesehen wird? Ist der sogenannte „Klassenmord“ durch Kommunisten mit dem „Rassenmord“ gleichzusetzen, was zwar im großen „Historikerstreit“ Mitte der 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts weitgehend widerlegt werden konnte, nun aber im bekannten Diktum von den „zwei Diktaturen“ fortlebt?

Nährboden Kapitalismus

Nein, der deutsche Faschismus an der Macht war keine nichtkapitalistische, erst recht nicht eine antikapitalistische Erscheinung. Seine Wurzeln lagen in der bürgerlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Noch heute führt kein Weg an dieser Tatsache vorbei, trotz aller Versuche, wahrheitswidrig Um- und Irrwege zu Entlastung und Beschönigung des Ersteren zu konstruieren. Auszugehen ist von der Tatsache, daß der Faschismus – zunächst als Ideologie und als Bewegung – nach dem Ersten Weltkrieg auf dem Boden kapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse entstand und auf diesem Boden wirksam wurde. Niemals verfolgte er das Ziel, diese anzutasten oder auch nur in Frage zu stellen, und das erst recht nicht, als er an die Macht gelangt war. Im Gegenteil: Er tauchte auf in einer von mächtigen sozialen und nationalen Bewegungen erschütterten Zeit und war seinem tiefsten Wesen nach gegenrevolutionär; letzteres nicht allein im Blick auf das Jahr 1917 bzw. 1918/19, sondern auch auf das Jahr 1789.

Insofern handelte es sich bei den faschistischen Bewegungen und Parteien in allen Ländern Europas um einen der Versuche, immanente ökonomische oder/und politische Krisen mit allen Mitteln dauerhaft durch eine extrem gewaltsame Lösung vorhandener Widersprüche zu bewältigen, ferner um eine der möglichen Folgen des generell vorhandenen Dranges ökonomisch und politisch Mächtiger nach Maximalprofit und Expansion, insofern also tatsächlich um eine der damaligen Zeit zuzuordnende Ausgeburt der bürgerlichen Gesellschaft. Alles schloß ein, unmenschliche und völkerrechtswidrige Politik betreiben, Kriege führen und selbst auf schlimmste Kriegsverbrechen und Genozide nicht verzichten zu wollen. Es schloß ebenso ein, die ursprünglich aufklärerisch-humanistischen und demokratisch-parlamentarischen Anliegen des Bürgertums und alle im Laufe der Zeit insbesondere von der Arbeiterbewegung durchgesetzten Beschränkungen der Macht des Kapitals zugunsten bourgeoiser Zwecke aufzuheben. Daß sich die Nazis selbst als „revolutionär“ bezeichneten und als „sozialistisch“ ausgaben oder daß dies vielfach so dargestellt wird, ändert nichts an den getroffenen Feststellungen. Da blieben die privaten Eigentumsrechte gesichert, da boten sich den Unternehmern weitgehende Entscheidungsspielräume, da lief auch in der stark staatlich regulierten Rüstungswirtschaft alles zumeist zugunsten unmittelbarer und langfristiger Handlungsperspektiven der Wirtschaft: Feststellungen, die jüngst auch die Mannheimer Wirtschaftshistoriker Christoph Buchheim und Jonas Scherner trafen.

Wir leben in neuen Krisenzeiten – wer könnte das bestreiten! Dennoch preisen hierzulande Medien, Politiker und auch so mancher Vertreter des offiziell geförderten Wissenschaftsbetriebes die bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse als grundsätzlich alternativlos. Mitunter wird sogar erklärt, sie seien auf Ewigkeit angelegt, nachdem die Geschichte 1989/90 zu einem glücklichen Ende gelangt sei. Vergangenes wie auch Gegenwärtiges lassen indes völlig Gegenteiliges erkennen.

junge Welt, Donnerstag, 31.01.2013, S. 10.

„Wer Hindenburg wählt ...“

Am 4. Februar 1933 erläßt der Reichspräsident die „Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes“. Es ist dies der erste formale Schritt zur Machtbefestigung und zum Aufbau der faschistischen Diktatur

Vor nunmehr 80 Jahren betraute einer, der nach 1918 als Kriegsverbrecher in die Annalen eingehen sollte, den künftigen Hauptkriegsverbrecher mit der Regierungsgewalt in Deutschland. Verhallt und in den Wind geschlagen sah sich jene wahrhaft hellseherische Warnung, die im Frühjahr 1932 von Kommunisten ausgesprochen worden war, als erneut der Reichspräsident gewählt werden sollte: Wer Hindenburg wähle, würde Hitler und damit neuen Krieg wählen. Dies bestätigte sich am 30. Januar 1933. Nur sechseinhalb Jahre darauf und noch folgenreicher das andere.

Hingegen erfüllten sich an diesem Tage die Vorstellungen und Wünsche jener, die in der Weimarer Republik von Anfang an deren politischen Ruck nach rechts für nötig hielten und einen neuen Waffengang zur Revision der Ergebnisse des Ersten Weltkrieges anstrebten. Dafür war bereits viel mit der Wahl des Feldmarschalls zum Reichspräsidenten 1925 und erst recht 1932 erreicht worden. Zu ihnen gehörten: Militärs, die – kaum daß sie den Ersten Weltkrieg verloren hatten – hauptsächlich darüber nachdachten, wie eine neuer Krieg besser und in neuer totaler Dimension zu führen sei; Großindustrielle und Großagrarier, die – wie nach dem Zweiten Weltkrieg bekannt wurde – Gelder in Millionenhöhe spendeten, um im letzten Jahr der Weimarer Republik die Wiederwahl des Reichspräsidenten zu unterstützen; Monarchisten, die sich im „Sieger von Tannenberg“ einen „Ersatzkaiser“ erträumten und von ihm den Weg zu neuem Kronenglanz gewiesen bekommen wollten; Kirchenfürsten, die Hindenburg als „Wunderstern der ganzen Welt“ voran leuchten sahen und dem Ziel einer Revision der Kriegsergebnisse religiöse Weihe verliehen; konservative Ideologen, die Hindenburg als geschichtlich überragende Gestalt und über den Parteien stehend priesen; Politiker bürgerlicher Parteien, die in den Sozialdemokraten noch immer nichts anderes als „Vaterlandsverräter“ sahen und denen deren Mitwirkung an den Regierungsgeschäften ein Dorn im Auge war.

„Starke Staatsautorität“

General Kurt von Schleicher vertraute Ende März 1932, vor dem erforderlichen zweiten Wahlgang einem anderen General seine Meinung über die Sozialdemokratie an, er freue sich auf einen Wahlsieg Hindenburgs, denn „dann wird man mit diesem Lügengesindel einmal offen Fraktur reden können“.

Indessen priesen andere im Vorfeld der Errichtung einer hitlerfaschistischen Diktatur ausgerechnet den Repräsentanten dieser Kräfte als einen Gewährsmann der Weimarer Demokratie, ja gar als Bollwerk gegen Hitler. Voller Illusionen, glaubensstark und erwartungsvoll prophezeite Ernst Heilmann – Vorsitzender der preußischen Landtagsfraktion der SPD und Vorstandsmitglied dieser Partei – in der sozialdemokratischen Zeitschrift Freies Wort, daß „der Mann, den wir seit sieben Jahren als Reichspräsidenten kennengelernt haben, niemals [...] ein Reichspräsident des Faschismus, ein Reichspräsident des nationalsozialistischen Verfassungsbruchs und Blutregiments“ sein werde. Niemals – welch ein katastrophaler Irrtum! Offiziell trat die SPD mit der Parole auf: „Du mußt es jedem Wähler sagen: Für Hindenburg, heißt Hitler schlagen!“ Wolfgang Ruge, einer der bedeutendsten Historiker in der DDR, zitierte in seiner (heute kaum noch wahrgenommenen, dennoch lesenswerten) Hindenburg-Biografie, wie dies von Erich Weinert verspottet worden ist: „Von links her sah man nichts mehr vom Armee-rock,/Man sah nur den verfassungsmäß'gen Gehrock [...]/Und wenn der deutsche Großpapa aus Eisen/versehentlich an der Verfassung dreht – Gott, auch ein Präsident kann mal entgleisen!/Und außerdem hat man Respekt vor Greisen/und einen Hang zur Objektivität.“

Hindenburg unterzeichnete jede Notverordnung, welche die von präsidentialen Befugnissen abhängigen Reichskanzler in den Jahren der Weltwirtschaftskrise für wünschenswert hielten. Nie verweigerte er seine Zustimmung. Im Gegenteil: Alle sozialpolitischen Grausamkeiten fanden seine Unterstützung, ebenso alle Maßnahmen, die dem rigorosen Abbau in der Verfassung verbriefter parlamentarisch-demokratischer Rechte dienten. Der Dank ließ nicht auf sich warten: Abgesehen vom Geschenk, das ihm 1927 mit dem Gut Neudeck gemacht wurde, beflößigten sich Politiker der rechten Parteien, die Verfassung auch dadurch auszuhebeln, daß sie die Stellung Hindenburgs an der Spitze der Weimarer Republik wesentlich verstärkt sehen wollten. Sie traten für eine Reform der Verfassung ein, die eine „starke Staatsautorität“ bewirken sowie die Positionen der Exekutive gegenüber dem Parlament erweitern sollte.

In den Zeiten der Präsidentialregierungen Brüning, Papen und Schleicher wurde vor allem der berüchtigte Artikel 48 der Weimarer Verfassung genutzt. Dieser richtete sich, geht man allein von den ersten Sätzen der Ausnahmebestimmungen aus, gegen alle Versuche, die Einheitlichkeit des Deutschen Reiches aufzusprengen. In Absicht und Wirkung dominierte jedoch die mit ihm gebotene Möglichkeit, alle in der Verfassung fixierten demokratischen Grundrechte außer Kraft zu setzen. Das Regieren mit Notverordnungen, das die parlamentarisch-demokratischen Grundregeln deformierte, firmiert oft unter dem Titel „Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“. Sie enthielten jedoch vor allem Kürzungen und Streichungen sozialpolitischer Versicherungsleistungen und Unterstützungen für die kleinen Leute. Zudem wurde auch mit ihrer Hilfe das staatliche Schlichtungswesen Schritt für Schritt in den Dienst eines massiven Lohnabbaus gestellt. Die restriktive Haushalts- und Finanzpolitik sah sich begleitet von staatsrechtlichen Änderungen und Einschnitten in die Rechte der Länder. Und die Justiz leistete Schützenhilfe: Ende 1931 lieferte der Staatsgerichtshof eine juristische Begründung für die Ausweitung des Artikel 48. Es hieß, der Reichspräsident müsse sein Gesetzgebungsrecht, das ursprünglich nur für Unruhen und Revolten gedacht war, auf alle Gebiete des öffentlichen Lebens ausdehnen, insbesondere in wirtschaftlichen und finanziellen Belangen.

Ausschaltung der Linken

Präsidentialdiktatur und Notverordnungs politik ebneten den Weg zum 30. Januar 1933. Wofür nun die von Hindenburg berufene Hitler-Regierung in erster Linie eintrat, verkündete der zum Reichskanzler Erhobene als erstes der Reichswehrgeneralität, zu der ja im Grunde auch Hindenburg als ihr verfassungsmäßiger Oberster Befehlshaber zählte. In der aufschlußreichen Veranstaltung vom 3. Februar (siehe jW-Thema vom 1.2.2013) behandelte Hitler die Frage, wozu und wie die gewonnene politische Macht genutzt werden soll: „Ausrottung des Marxismus“, „Beseitigung des Krebschadens der Demokratie“, „Stärkung des Wehrwillen mit allen Mitteln“, „Eroberung neuen Lebensraumes im Osten“. Von Übereinstimmung muß gesprochen werden, denn in diesen Zielen war man sich einig.

Wie nicht anders zu erwarten, spielten Notverordnungen ebenfalls eine große Rolle, als die neu inthronisierten Machthaber knallhart begannen, fernab allen Rummels, den braune Marschierer und Jubler eifrig betrieben, das diktatorische Regime auch „staatsrechtlich“ zu festigen. Ebenso eifrig dabei wie förderlich: Reichspräsident Hindenburg. Seine erste Aktion nach der Machtübertragung war die Unterzeichnung der „Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes“ am 4. Februar 1933. Mit ihr sollte in der Vorbereitung auf die für den 5. März angesetzte Neuwahl des Reichstages – nach Papens Wunsch die letzte überhaupt – jeder Widerstand als strafwürdig bezeichnet werden können und somit verhindert werden. Im Grunde begann damit die formell legalisierte Ausschaltung des politischen Wirkens aller Parteien und Verbände der organisierten Arbeiterbewegung sowie deren verstärkte strafrechtliche Verfolgung und Unterdrückung.

In 26 Paragraphen gefaßt – teils schwammig, teils sehr detailreich formuliert – erlaubte der schon zu Papens und Schleichers Zeit vorbereitete Text sowohl das Verbot als auch die Auflösung politischer Veranstaltungen, Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel, wenn „eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu besorgen ist“. Als eine gefährliche Situation charakterisierte die Verordnung im einzelnen: „1. wenn in ihnen zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen oder die innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen der verfassungsmäßigen Regierung oder der Behörden aufgefordert oder angereizt wird, oder 2. wenn in ihnen Organe, Einrichtungen, Behörden oder leitende Beamte des Staates beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden, oder 3. wenn in ihnen eine Religionsgesellschaft des öffentlichen Rechts, ihre Einrichtungen, Gebräuche oder Gegenstände ihrer religiösen Verehrung beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden, oder 4. wenn in ihnen zu einer Gewalttat gegen eine bestimmte Person oder allgemein zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen aufgefordert oder angereizt wird, 5. wenn sie nicht angemeldet oder wenn sie verboten sind oder wenn von den Angaben der Anmeldung absichtlich abgewichen oder wenn einer Auflage zuwidergehandelt wird.“

Damit waren Tür und Tor für willkürliche Handlungen gegen alles geöffnet, was mit absurden Begründungen als regierungsfeindlich, sprich: als antifaschistisch – gleich ob kommunistisch, sozialdemokratisch, pazifistisch oder parlamentarisch-demokratisch – verunglimpft und denunziert wurde. Im Grunde ermächtigte die Verordnung jedes Polizeiamt – ausdrücklich waren im Text die Ortspolizeibehörden benannt – zu Verbots- und Auflösungsaktionen. Der fünfte Paragraph sprach dem Reichsinnenminister das Recht zu, im ganzen Reichsgebiet „Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge sowie das Tragen einheitlicher Kleidung, die die Zugehörigkeit zu einer politischen Vereinigung kennzeichnet“, zu verbieten und bei Zuwiderhandlungen Gefängnis- oder Geldstrafen allein oder nebeneinander anzudrohen. Ausdrücklich wurde es den „Ortspolizeibehörden“ zur Pflicht gemacht, „Druckschriften, deren Inhalt geeignet ist, die öffentliche Sicherheit oder Ordnung zu gefährden“, zu beschlagnahmen und einzuziehen (§ 7). Bestätigt wurden im folgenden Paragraphen die Vorschriften des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 (!) über die Beschlagnahme von Druckschriften ohne richterliche Anordnung sowie alle Bestimmungen des Strafgesetzbuchs über „den Verrat militärischer Geheimnisse“. Daß gegen Verbote periodisch erscheinender Druckschriften „kein Rechtsmittel zulässig“ sein solle, legte Paragraph 13 fest. Nahezu alle anderen Paragraphen erhöhten die bislang geltenden Bestimmungen für das Strafmaß gegen alle „Verstöße“, die in der Verordnung fixiert worden waren.

Ebensowenig entsprach die „Verordnung zur Herstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preußen“ vom 6. Februar 1933 der Weimarer Verfassung. Im Gegenteil: Sie nahm alles auf, was Hindenburg und Papen zur Begründung ihres Staatsstreiches vom 20. Juli 1932 angeführt hatten und hob selbst das auf, was daran Monate später vom Staatsgerichtshof sehr vage als unrechtmäßig bezeichnet worden war. Für Preußen wurden neue Landtagswahlen anberaumt sowie sämtliche Provinziallandtage, Kreistage, Gemeindevertretungen und andere lokale Vertretungskörperschaften aufgelöst. Zugleich übertrug sie die Zuständigkeit der preußischen Ministerien für Wirtschaft, Landwirtschaft und Arbeit dem Reichswirtschaftsminister. Auch kam keinerlei Einwand oder gar Widerstreit von Hindenburg, als der Reichstagsausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung (bekannt als Überwachungsausschuß) in seiner Arbeit behindert, boykottiert und faktisch aufgelöst wurde. Die Tatsache, daß der Ausschuß von der Reichstagsauflösung nicht betroffen war und rechtmäßig hätte weiter arbeiten müssen, spielte schon keine Rolle mehr.

Ausnahmegesetzlicher Hebel

Das so angewendete und ausgeweitete Notverordnungsrecht des Reichspräsidenten sollte sich in dieser Situation als ein wichtiges Instrument für die Festigung der an Hitler und die

NSDAP übertragenen Macht erweisen. Es machte den Weg frei für eine wesentliche, jede Demokratie konterkariierende Stärkung der Exekutive, aber auch für alle personellen Veränderungen, die nun im Staatsapparat durchgesetzt wurden. Was nach dem sogenannten „Preußenschlag“ noch nicht in vollem Umfange hatte erreicht werden können, wurde jetzt vollzogen: 14 Polizeipräsidenten in preußischen Großstädten wurden zwangsweise in den Ruhestand versetzt. Ebenso erging es einer ganzen Reihe von Regierungspräsidenten und, Landräten. In den meisten Fällen setzte Hermann Göring als Reichskommissar für Preußen die Beförderung eigener Leute durch, ohne auf die Mitwirkung deutschnationaler Kräfte zu verzichten.

Das personelle Revirement fand Ergänzung und Absicherung durch weitere Erlasse, die den Regierungsparteien, insbesondere der NSDAP, Vorteile im Wahlkampf bringen sollten. So wies Göring am 17. Februar die preußischen Polizeibehörden an, „bestes Einvernehmen“ mit SA, SS und dem Stahlhelm-Bund herzustellen sowie die „nationale Propaganda mit allen Kräften zu unterstützen“. Wichtiger noch war dabei die Anweisung, allen Gegnern der Regierung „mit den schärfsten Mitteln“ entgegenzutreten“, und „wenn nötig, rücksichtslos von der Schußwaffe Gebrauch zu machen.“ Ein bemerkenswerter Zusatz lautete: „Polizeibeamte, die in Ausübung dieser Pflichten von der Schußwaffe Gebrauch machen, werden ohne Rücksicht auf die Folgen des Schußwaffengebrauchs von mir gedeckt; wer hingegen in falscher Rücksichtnahme versagt, hat dienststrafrechtliche Folgen zu gewärtigen.“

Vielfach sind in der Literatur die Folgen dieses „Schießbefehls“, sind die grausamen Taten von SA- und SS-Truppen und der neu geschaffenen „Hilfspolizei“, sind die Verbotsmaßnahmen, die brutalen Durchsuchungen von Büros der Arbeiterorganisationen und die in großer Zahl erfolgten Beschlagnahmungen oppositioneller Zeitungen beschrieben und analysiert worden. Faktisch sah sich die KPD schon in die Illegalität gedrängt. Andere reagierten eingeschüchtert, verängstigt und vorsichtig. Die bloße Androhung von Verboten, würde die Regierung „beleidigt“ oder „verächtlich“ gemacht werden, reichte liberalen Zeitungsredaktionen aus, in der Darstellung des Geschehens einen deutlich zurückhaltenden Ton zu wählen. Hingegen sahen sich führende Großindustrielle – darunter viele, die zuvor noch an den Nazis Bedenkliches gefunden hatten – überhaupt nicht veranlaßt, von Wahlkampfspenden an die alle Grundrechte mit Füßen tretende Naziartei abzusehen. Im Gegenteil: Nach der Veranstaltung Hitlers mit Spitzen der Unternehmer flossen reichlich Gelder in Millionenhöhe in den NSDAP-Wahlhilfsfond.

Unmittelbar nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 setzte Hindenburg seine Unterschrift unter die nächste Notverordnung, die nunmehr endgültig der auf diesem Weg betriebenen Regierungspolitik neue Qualität verlieh. Selbst der Schein einer wenn auch verfassungsgemäßen Aktion wurde aufgegeben. Sie ging weit über die bis dahin erlassenen Verordnungen hinaus. Eine der wichtigsten Veränderungen bestand darin, daß die Gewaltausübung im Ausnahmezustand nicht mehr dem Militär obliegen sollte, sondern der Reichsregierung. Verbal legitimierte sich diese Verordnung mit dem Kampf gegen die Kommunisten – formuliert als „Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte“.

Willkürlich gehandhabter Polizeistaatlichkeit stand im Grunde nichts mehr entgegen. Die Verordnung vom 28. Februar und schließlich das Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 machten den Ausnahmezustand zu einer dauerhaften, rechtlich firmierter Rechtlosigkeit und Illegimität des Regimes. Der faktisch vollzogenen Ausschaltung einer mißliebigen Partei, gegen die angeblich die Verordnung zum Schutz von Volk und Staat ausschließlich gerichtet sein sollte, folgte die anderer Parteien, im Sommer 1933 jedoch auch die Gleichschaltung aller bürgerlicher Parteien.

Es war schließlich mehr als nur eine Geste der Dankbarkeit, als Hitler sich tief vor dem greisen und in altpreußischer Generalfeldmarschallsuniform auftretenden Reichspräsidenten am

21. März bei der Eröffnung des Reichstages vor der Potsdamer Garnisonskirche verbeugte. In der Form ehrerbietig, in Wirklichkeit siegestrunken, hatte ihm doch der Reichspräsident nicht allein alle verfassungs- und staatsrechtlichen Hürden aus dem Weg geräumt, sondern auch der beginnenden faschistischen Diktatur wirksam geholfen, sich unter dem Anschein gewahrter Gesetzmäßigkeit neue, unrechtmäßige und auch kriminelle Handlungsmöglichkeiten zu erschließen. Berichtet wird von einer Äußerung Hindenburgs: „Wer Geschichte machen will, muß auch Blut fließen lassen können.“

Beschönigung

Einige der damaligen Vorgänge hinter den Kulissen, interne Auseinandersetzungen und Versuche der Interessenwahrung nahmen Memoirenschreiber und Historiker nach 1945 zum Anlaß, gewisse Zögerlichkeiten Hindenburgs gegenüber den Nazis als Beleg für die These, er sei der letzte „moralische Faktor“ gewesen, um ein Abgleiten in eine gesetzlose Diktatur zu verhüten (Otto Meissner). Erst Hindenburgs Tod habe Hitler den Weg zur Diktatur frei gemacht (Walther Hubatsch). Wird seine geschichtliche Größe gewürdigt und dennoch seine Verantwortung für den 30. Januar benannt, dann geraten die Kamarilla und „unglückselige Berater“ (Walter Rauscher) oder seine Eitelkeit, Selbstgefälligkeit und Träumereien in den Blick oder auch „das Spannungsverhältnis zwischen charismatischer und legaler Herrschaft“ (Wolfram Pyta). Bei letzterem heißt es auch, eine aktuell bevorzugte Deutung der Massen als am Faschismus eigentlich Schuldige aufnehmend: „Hindenburg verkörpert einen besonderen Typus von Herrschaft, die aufs engste verwoben ist mit der politisch-kulturellen Befindlichkeit der Deutschen im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts.“

Daß der Reichspräsident es einerseits mit Freude sah, wie die schwarz-rot-goldene Flagge durch das alte Schwarz-weiß-rot ersetzt wurde, andererseits aber Bedenken gegen die zum gleichberechtigten deutschen Banner erhobene Hakenkreuzfahne äußerte, kann wohl kaum einer als demokratische Heldentat mißverstehen wollen. Wenig Verständnis brachte der Militarist allerdings dafür auf, daß Juden, die sich im Kriege durch große Tapferkeit vor dem Feind ausgezeichnet hatten, mit den anderen als „undeutsch“ diskriminierten Elementen gleichgesetzt wurden. Auch der nazistische Straßenjargon entsprach kaum seinen elitären Wertvorstellungen. Doch alles das hinderte ihn nicht, auch über die tatsächlichen Konflikte hinwegzusehen, die es zwischen den Konservativen und den Nazis in dieser Phase der Machtbefestigung letzterer gegeben hat. Das Bündnis zwischen den nationalkonservativen Eliten und der NSDAP existierte und funktionierte; es kann nicht vertuscht werden, auch wenn der Historiker Hermann Beck neuerdings verkünden zu müssen meinte, das Verhältnis sei „vorwiegend durch Antagonismus gekennzeichnet“ gewesen.

Als Hindenburg am 30. Januar versucht hatte, Hitler im neuen Kabinett mit einigen konservativen Figuren „einzurahmen“, stand ihm der Sinn weniger danach, dem Reichskanzler die Hände zu binden oder ihn zur „Mäßigung“ zu bewegen. Im Gegenteil: Alle Minister waren auf dessen Politik eingeschworen, die meisten übten, von dem bereits im Sommer 1933 geschafften Wirtschaftsminister Hugenberg abgesehen, über lange Zeit ihre Ämter aus: Drei blieben es bis 1937/38, wovon einer später als Reichsprotektor von Böhmen und Mähren fungierte, ein anderer trat rasch der NSDAP bei, ganz zu schweigen von ihrer aktiven Mitwirkung an Diktatur und Kriegsvorbereitung.

Man mag es noch hinnehmen, wenn in der jüngst (am 7. Januar 2013) auf Arte ausgestrahlten Dokumentation für die Zeit bis zum 30. Januar 1933 von einem Pokerspiel um die Macht zwischen Hindenburg und Hitler gesprochen wird, doch berechtigt muß nach den Interessen derjenigen gefragt werden, die ernsthaft behaupten, wenn jemand Hitler habe verhindern können, dann sei das Hindenburg gewesen. Muß es da noch verwundern, daß da nicht mit einem einzigen Wort an Hindenburgs Rolle beim verhängnisvollen Papen-Putsch vom 20. Juli 1932, an

die bekannte Eingabe Großindustrieller und Großagrarien vom 19. November 1932 und erst recht nicht an die Warnung erwähnt wurde: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler! Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“? Und das 80 Jahre danach ...

junge Welt, Montag, 04.02.2013, S. 10.

Deutschland – nicht wiederzuerkennen

23. März 1933: Ein Ermächtigungsgesetz ersetzt die Weimarer Verfassung und ebnet den Weg in die Diktatur

Nur wenige Wochen nach dem 30. Januar 1933 versetzte die Mehrheit der am 5. März gewählten Reichstagsabgeordneten den verbliebenen Resten parlamentarischer Demokratie und damit der Weimarer Verfassung den Todesstoß: Sie stimmte am 23. März, zwei Tage nach dem Spektakel von Potsdam, einem Gesetz zu, das der Regierung außerordentlich umfassende Vollmachten zubilligte.

Ein kurzer Text nur, gefasst in fünf dürre Paragraphen, doch riesengroß seine Auswirkungen; triumphierend durften ihn die braunen Machthaber als ihr „Reichsführungsgesetz“ bewerten. Vor allem sprach das sogenannte Ermächtigungsgesetz der Hitler-Regierung grundsätzlich das Gesetzgebungsrecht zu. Dies sollte auch für Artikel 85 und 87 der Verfassung gelten, die das Haushaltsrecht – zentrale Machtposition jedes Parlaments – betrafen. Ausdrücklich hieß es, die nunmehr allein von der Regierung zu beschließenden Gesetze können von der Verfassung abweichen. Schließlich sollten auch die Verträge mit anderen Staaten keiner Zustimmung mehr durch die „an der Gesetzgebung beteiligten Körperschaften“ bedürfen. Das alles bedeutete: Übertragung der legislativen Rechte an die exekutive Macht. Selbst eine Mitwirkung des Reichspräsidenten an neuen Gesetzen war nicht mehr vorgesehen. Der Verfassungsgrundsatz, eine Gewaltenkonzentration auf ein Staatsorgan, eine Partei oder eine Person zu verhindern, wurde völlig aufgehoben, somit auch das Grundprinzip von Volkssouveränität und parlamentarisch-demokratisch fundierter Herrschaft. Zwar hieß es, nach vier Jahren trete das Ermächtigungsgesetz außer Kraft, doch das konnte im Grunde von vorn herein als bedeutungslos erkannt werden. Hitler tönte drohend, man werde danach „Deutschland nicht wiedererkennen“.

Keine Stunde Null

Von „Selbstentmannung“ der Parlamentarier, von „Selbstaufgabe“, von gutgläubiger Hoffnung des liberalen Bürgertums und einer lediglich unter ausuferndem Druck erfolgten Zustimmung der bürgerlichen Parteien ist seitdem in den meisten Geschichtsbüchern die Rede. Mitunter erscheint das Hitlersche Ermächtigungsgesetz, das am 24. März mit Hindenburgs Unterschrift in Kraft trat, als etwas völlig Neues, das zwar auf legalem Wege zustande gekommen sei, jedoch gleichsam eine „Stunde Null“ deutscher Vergangenheit darstelle. In solcher Deutung bleiben die Vorgeschichte dieses Gesetzes wie die sich in ihm offenbarenden Interessen unterbelichtet oder ganz verborgen.

Hingegen muss an die Tatsache erinnert werden, dass bereits am 4. August 1914 der Reichstag einem „Gesetz über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen und über die Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts im Falle kriegesischer Ereignisse“ zugestimmt hat. Es versetzte Bundesrat und Reichsleitung in die Lage, „kriegsnotwendige“ wirtschaftliche Maßnahmen zu treffen und bot während des Krieges für mehr als 800 Anordnungen die entsprechende rechtliche Grundlage. Nach Auffassung des bekannten Verfassungshistorikers Ernst Rudolf Huber kam dies dem „Durchbruch eines neuen verfassungspolitischen Prinzips von außerordentlicher Tragweite“ gleich.

Die Verfassung der Weimarer Republik, am 14. August 1919 in Kraft getreten, war den konservativen, völkisch-rassistischen und faschistischen Kräften von Anfang an als ein Dorn im Auge. Und dies obwohl insbesondere der berühmt-berüchtigte Artikel 48 die Handhabe bot, Regierungen „ermächtigt“ handeln zu lassen. Weimarer Kabinette machten davon zur „Behebung von Staatskrisen“ und „Abhilfe wirtschaftlicher Schädigung“ rege Gebrauch, insbesondere in den Jahren 1919 und 1923, in denen es sechs Ermächtigungsgesetze und 136 Notver-

ordnungen gab. Allerdings: Alle Ermächtigungen galten in der Regel nur für bestimmte Fristen und unterlagen parlamentarischer Kontrolle.

Papens Stiefelabsatz

In den Jahren der großen Weltwirtschaftskrise dachten Mitglieder der Präsidialkabinette unter Heinrich Brüning, Franz von Papen und Kurt von Schleicher intensiv und lautstark über die angebliche Notwendigkeit einer „Verfassungsreform“ nach. Insbesondere die Gesetzgebungsrechte des Reichstages sollten weitgehend ausgeschaltet werden. Es brach sich Verachtung der Demokratie und des Prinzips der Volkssouveränität Bahn. Papen – Reichskanzler von Juli bis November 1932 – brachte dies mit den Worten zum Ausdruck, man müsse „dem Volke nur den Stiefelabsatz durch die Schnauze ziehen, dann pariert es schon“. Alle Argumente, die autoritäre bzw. ständestaatlich verbrämte Diktaturverhältnisse rechtfertigten sollten, hatten konservative Ideologen schon zuvor geliefert: Edgar Julius Jung beispielsweise, der 1927 mit einem viel gelesenen Buch gegen die „Herrschaft der Minderwertigen“ in Erscheinung getreten war. Bezeichnend: Die radikalsten Pläne trug Papens Innenminister Freiherr von Gayl ausgerechnet am Verfassungstag des Jahres 1932 vor, ergänzt mit einer am 28. Oktober gehaltenen Rede. Eine Reichsreform sollte u. a. die föderale Rechte beschneiden und mehr Zentralismus bewirken sollte. Schließlich war es Alfred Hugenberg, Chef der Deutschnationalen Volkspartei und Hitlers Wirtschaftsminister, der in der ersten Sitzung des neuen Kabinetts am 30. Januar 1933 von der Möglichkeit eines neuen Ermächtigungsgesetzes sprach, sekundiert von Hermann Göring.

Den Führungsriege der NSDAP galt die Weimarer Verfassung ohnehin nur als ein verdammenswertes Werk der „Novemberverbrecher“. Im Ringen um die Befestigung und den Ausbau ihrer Macht reichten ihnen dann jene 20 Notverordnungen nicht mehr aus, die zwischen dem 30. Januar und dem 23. März 1933 auf der Grundlage des Artikel 48 erlassen wurden. Konkret wurde das Ermächtigungsgesetz schon zwei Tage nach den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 vorbereitet. Reichsinnenminister Wilhelm Frick (der im November 1923 gegen die Weimarer Republik geputscht, also Hochverrat betrieben hatte) legte dem Kabinett am 15. März inhaltliche Schwerpunkte und am 20. März den Entwurf des „Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich“ vor – ein Titel, der die der Vorläufigerordnungen vom 4. und 28. Februar nur unwesentlich variierte, aber wörtlich den des Ermächtigungsgesetzes vom 8. Dezember 1923 übernahm.

Bereits in der Vorbereitung des Ermächtigungsgesetzes von 1933 erwies sich die NSDAP als das, was sie war: eine faschistische Partei, die nun ihre Macht mit allen Mitteln zu befestigen gewillt war. Terroristisch ging sie gegen die 81 kommunistischen Mandatsträger vor. Deren parlamentarische Rechte wurden schlicht und einfach aufgehoben, was übrigens keine der anderen Parteien zu irgendeinem Protest veranlasste. Ebenso konnten 26 Abgeordnete der SPD an der entscheidenden Reichstagssitzung nicht teilnehmen, weil auch sie ihrer Freiheit beraubt worden oder untergetaucht waren, um einer Verhaftung zu entgehen. Als die Nazis erkannten, auf diese Weise eventuell nicht die Anwesenheit von zwei Dritteln der Abgeordneten zu erreichen, wurde kurzerhand die Geschäftsordnung des Reichstages geändert: Unentschuldig fehlende oder ausgeschlossene Parlamentarier sollten als „anwesend“ betrachtet werden. Die sogenannten Parteien der „Mitte“ verweigerten sich dem nicht – ein Vorspiel zu ihrem beschämenden Verhalten in der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz.

Als die Reichstagsabgeordneten am 23. März in die Kroll-Oper einzogen, dem Ersatzort für das ausgebrannte Reichstagsgebäude, sahen sie sich von uniformierten SA- und SS-Schlägern bedroht. Auch Hitler erschien zu seinem Auftritt in brauner Kluft. An der Stirnwand des Sitzungssaales prangte eine überdimensionierte Hakenkreuzfahne.

Gottes Wille?

444 „Ja“-Stimmen besiegelten das Aus der Weimarer Verfassung, erteilt von 288 Nazis und 156 Abgeordneten der sieben anderen bürgerlichen Parteien: 72 des Zentrums, 53 der Deutschnationalen Volkspartei, 19 der Bayerischen Volkspartei, fünf der Deutschen Staatspartei, vier des Christlichsozialen Volksdienstes, zwei der Deutschen Bauernpartei und eine der Deutschen Volkspartei. Keiner von ihnen wollte sich dem als „national“ und „antimarxistisch“ gepriesenen Anliegen der Hitler-Regierung verschließen. Allein die 94 Sozialdemokraten stimmten mit „Nein“, was Otto Wels in einer bemerkenswerten Rede begründete, in der er aber die Außenpolitik Hitlers ausdrücklich als unterstützenswert bezeichnete.

Einer christdemokratischen Zustimmung konnten sich die Nazis durchaus sicher sein, war doch bereits vor den Reichstagswahlen vom Fraktionsgeschäftsführer des Zentrums im Preussischen Landtag signalisiert worden, man sei zur Mitarbeit bereit, würde die Regierung „Personalveränderungen“ unterlassen. Was einem Kuhhandel glich. Im Hintergrund spielte wohl auch die Aussicht auf ein Konkordat mit dem Vatikan eine Rolle. In beiden Parteien jedenfalls setzte sich die vom konservativen Prälaten Ludwig Kaas geführte Mehrheit durch. Gerichtet an die Adresse von etwa einem Dutzend Fraktionsmitglieder, die in den Debatten vor der Abstimmung vor einem „Ja“ warnten, erklärte dieser, „wir müssen Gottes Willen tun und Gottes Willen erfüllen. Das Vaterland ist in höchster Gefahr, wir dürfen nicht versagen.“ Dem Fraktionszwang fügten sich schließlich alle, trotz jener Bedenken und Missfallensäußerungen, die in heutiger Literatur gern hervorgehoben werden, jedoch den Eindruck einer geschichtlich folgenreichen Fehlentscheidung nicht übertünchen können.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 23./24. März 1933, S. W7.

Verordnetes Gedenken

Trauern um verstorbene Verwandte, Freunde, Kollegen oder Bekannte gehört zum Wesen von Humanität. Es zeichnet Menschen aus, um den Verlust anderer zu weinen und der Toten zu gedenken. Durchaus edel darf solches Gefühl von Menschlichkeit genannt werden. Wird in dessen in Gruppen, Stämmen, Verbänden oder auch in Staaten getrauert, kommen unweigerlich soziale, politische, kulturelle oder auch wirtschaftliche Interessen ins Spiel. Individuelles Erleben zeigt sich in gesellschaftliche Dimensionen erhoben und wird dabei vermeintlich Größerem zu- oder mehr noch untergeordnet. Oftmals offenbart sich dann, wie die Mitscherlichs 1967 mit dem Blick auf den Umgang mit faschistisch geprägter Geschichte beklagten, die Unfähigkeit zu trauern.

Kein Wunder also, wenn manches im öffentlichen Raum praktizierte Gedenken zweckgebunden, ja auch verlogen genannt zu werden verdient. Vor allem dann, wenn es um die in Kriegen Getöteten geht. Kurt Tucholsky sprach von den lügenden Tafeln, die eigentlich ein ehrendes Gedenkzeichen für die Toten sein sollten. Gelogen werde mit der Angabe: gestorben *für* das Vaterland. Es müsse heißen, so las man in der *Weltbühne* vom 21. April 1925: „Getötet durch diesen niedrigen Begriff ›Staat‹, getötet durch diesen Wahnsinn, der die Heimat, die jeder liebt, mit einem Nützlichkeitsbegriff verwechselt, der den meisten nicht einmal von Vorteil ist, sondern nur den wenigen.“

Dies thematisiert und analysiert Kurt Pätzold. Und wie gewohnt, nimmt er sich eines problembeladenen Themas an, darf der Leser sich geistig außerordentlich angeregt und gedanklich bereichert fühlen. Seine neueste Publikation verdient durchaus, eine die Gegenwart unmittelbar berührende Streitschrift genannt zu werden. Er beschreibt nicht allein geschichtliche Werdegänge und Hintergründe des in Denkmale gegossenen verordneten Gedenkens, er untersucht den in ihnen erkennbaren Zeitgeist, der stets der Herren eigener Geist gewesen ist. In 16 Kapiteln – jedes ist für sich im Grunde ein eigenständiger Essay – befaßt er sich so ziemlich mit allen Aspekten der in deutschen Städten und Dörfern zu findenden Kriegerdenkmale, häufig orientiert an entsprechenden Redewendungen wie „Ich habe gern fromme Diener“, „Auf dem Bette der Ehre“, „Unsere Heldensöhne“ oder auch „Unsere gerechte Sache wird siegen“. Mit jedem Detail aus dem umfänglichen Bild- und Wortmaterial wird erhellt, wie es zur Verklärung von Kriegen benutzt worden ist und immer noch mißbraucht wird. Kriegerdenkmale sind Pätzold nicht nur Orte des Gedenkens, sondern auch „Instrument von Geschichtspropaganda und zur Ausrichtung auf die Politik und künftige Pläne der Herrschenden.“ (S. 29) Das „übliche Vokabular“ wird regelrecht seziiert, als demagogisch und mordspatriotisch gekennzeichnet. Ebenso finden jene wenigen Denkmale, die aus anderem Sinne errichtet wurden, eine Nachdenklichkeit be- und erzeugende Hervorhebung.

Dem „unverwüstlichen“ Soldaten, dienend als Werkzeug der Vernichtung, widmete Bertolt Brecht seine Kurzgeschichte vom „Statuenmensch“. Diesem wurde es als Folge einer Verschüttung vor Verdun möglich, vollkommen unbeweglich zu verharren und so um milde Gaben zu betteln. Angesichts dieses besonderen Denkmals – Brecht sah es in der südfranzösischen Stadt La Ciotat – fragte sich der Autor, ob solche Krankheit der Unempfindlichkeit, diese „furchtbare, ungeheuerliche, so überaus ansteckende Krankheit“, nicht doch heilbar sein sollte. Ich las Pätzolds Buch als empfehlenswerten Beitrag zu weiterem Nachdenken über und zu entschiedenem Nein gegen alles, was lügenden Tafeln zu entnehmen war und bleibt.

Kurt Pätzold: „Kriegerdenkmale in Deutschland. Eine kritische Untersuchung“, Spotless, 125 Seiten, 9,95 Euro. Ossietzky, Zweiwochenschrift für Politik, Kultur, Wirtschaft, Heft 9 v. 20.04.2013, S. 326 f.

Ein mahrender Forschungsbericht

Groß ist die Zahl der Parteien, Vereine, Gemeinschaften und Grüppchen, die sich in fast allen europäischen Ländern seit 1945 in der Grauzone zwischen Neonazis und anderen rechten Kräften angesiedelt haben. Gegenwärtig trachten sie danach, diesen Ort verstärkt auszubauen. Dies geschieht mit mehr oder weniger Erfolg, unterschiedlich in den Staaten der Europäischen Union und anderer Länder des Kontinents, aber auch in den USA. Zumeist und hauptsächlich verbal bemühen sie sich um Abstand zum Neonazismus, sofern dieser offen und terroristisch auftritt. Verständlich, denn jene, die sich in irgendeiner Weise am traditionellen Faschismus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts orientieren, unterliegen dessen historischer Diskreditierung sowie einer veränderten Interessenlage des herrschenden und sich globalisierenden neoliberalen Machtapparates.

Versuche der Neonazis, organisatorisch in der bundesdeutschen Gesellschaft Fuß zu fassen, endeten gerade in jüngster Zeit vielfach mit Niederlagen. Unter anderem misslingt ihnen mehr und mehr, das Gedenken an die Opfer der Zerstörung deutscher Städte während des Zweiten Weltkrieges für ihre nationalistischen und geschichtsrevisionistischen Zwecke zu instrumentalisieren. Zunehmend scheitern ihre Aufmärsche an antifaschistischen Protesten. Die Zahl der NPD-Mitglieder ist gesunken, nicht zuletzt im Ergebnis innerer Auseinandersetzungen. Spärlich gerieten Erfolge bei den Wahlen zu Bundestag und Landtagen, sieht man von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern ab. Und auf denen, die der neonazistischen Szene Unterstützung gewähren, lastet ein öffentlicher Druck, verstärkt seit die Mordtaten des NSU bekannt wurden.

Dennoch erscheint es vermessen, die Gesamtheit der extremen Rechten pauschal als „eine randständige, weithin einflusslose politische Subkultur“ zu bewerten.¹ Ihrer partei- und organisationspolitischen Schwäche steht die besorgniserregende Tatsache entgegen, dass gegenwärtig unter den Deutschen ein hinreichend rechtsextrems, rassistisches Potenzial vorhanden ist, das weit bis in die Mitte der Gesellschaft reicht. Seine Stärke belegten die jüngsten Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung oder die des Teams um Wilhelm Heitmeyer in Bielefeld.

Vor diesem zeitgeschichtlichen Hintergrund ergibt sich die Notwendigkeit, intensiv und detailliert alle Bemühungen derer zu analysieren, die gleichsam unterhalb der Schwelle, die zwischen dem Neonazismus und anderen rechten Kräften besteht, geistigen und politischen Einfluss erstreben, um so die Positionen des Rechtsextremismus insgesamt stärken zu können. Für sie hat sich der Begriff des Rechtspopulismus weitgehend durchgesetzt. Der Autor des vorliegenden Bandes bezeichnet den Rechtspopulismus folgerichtig als „eine sich in das Kontinuum des Rechtsextremismus einfügende und in Wechselwirkung mit anderen rechten Strömungen stehende Bewegung“, die sich anschicke, eine parlamentsfähige Massenbasis für administrativ-autoritäre Politik herzustellen. (S. 25 f. und 104)

Wird von Rechtspopulismus gesprochen, sieht sich damit ein Begriff verwendet, der als außerordentlich ambivalent zu gelten hat. Zunächst bezeichnet Populismus ja nur einen „Inszenierungs- und Agitationsstil bzw. eine Form der Politikansprache“. (S. 17) Dies gibt es indes unabhängig von „rechts“ und „links“ und existiert als vielfach verwendetes Mittel politischer Beeinflussung oder gar der geistig-politischen Manipulation von Wählern und Anhängern, wie jegliche historische Erfahrung belegt. Daher ist davon strikt zu unterscheiden, was als relativ eigenständige Erscheinung auftritt und unter Bezugnahme auf das Volk (populus), dessen Streben nach Demokratie und sozialer Gerechtigkeit, nach politischer Freiheit und nach einem Leben ohne Krieg zurückzudrängen gewillt ist.

¹ Siehe z. B. Gideon Botsch: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland (1949-2009), Darmstadt 2012, S. 1.

Becher hat sich der gewiss schwierig zu nennenden Aufgabe unterzogen, den in diesem Sinne wirkenden und sich „parteilich“ organisierenden Rechtspopulismus zu untersuchen. Ausführlich befragt und kommentiert er die bislang erschienene Literatur. In seinen theoriebezogenen Aussagen stützt er sich vor allem auf Arbeiten von Reinhard Opitz und Reinhard Kühnl, sich dabei kritisch vor allem mit den Arbeiten von Eckardt Jesse auseinandersetzend. Lesenswert ist, wie der Vf. nach Kriterien einer realitätsbezogenen Bewertung von Auffassungen, Vorgängen und Strukturen rechtspopulistischer Erscheinungen sucht.

Verdienstvoll ist zu nennen, dass sich sein Blick nicht allein auf die deutschen Verhältnisse richtet. Im Gegenteil: Sein Blick in Geschichte und Gegenwart, der leider etwas verwirrend in zwei von einander getrennten Kapiteln erfolgt, umfasst mehrere europäische Länder, darunter Dänemark, Frankreich, Österreich, Italien, Schweiz, Belgien, Niederlande, Ungarn sowie die USA. Schade, dass rechtspopulistische Erscheinungen in osteuropäischen Staaten außen vor bleiben.

Die Bundesrepublik Deutschland gilt B. angesichts der in anderen Ländern stärker hervortretenden Erscheinungen eher als ein „rechtspopulistisches Entwicklungsland“ (S. 68). Was er allerdings selbst ausführlich zu den PRO-Bewegungen, zur Partei „Die Freiheit“ sowie zur „Alternative für Deutschland“ schreibt, und was noch zu der im Mai 2012 entstandenen Partei „Die Rechte“ zu sagen wäre, steht dazu in einem gewissen Widerspruch. Nach seiner Auffassung, im abschließenden Kapitel „Fazit und Ausblick“ dargelegt, muss in der näheren Zukunft mit einer verstärkten Präsenz rechtspopulistischer Gruppierungen in Europa sowie in den USA gerechnet werden. Gelegenheiten gäbe es hinreichend, den Unmut über die derzeitige sozialpolitische Situation und gesellschaftliche Entwicklungsprozesse „rechts aufzuladen“. (S. 106)

Dem Band, der sinnvollerweise auch umfangreiches Verzeichnis der Literatur und Quellen enthält (S. 108-123), sei eine aufmerksame Leserschaft gewünscht, dem Autor für seine informative Übersicht und die anregenden Aussagen gedankt.

Phillip Becher: Rechtspopulismus (Basiswissen. Politik / Geschichte / Ökonomie). PapyRossa Verlag Köln 2013, 123 S., ISBN 978-3-89438-511-8, 9,90 Euro.

Marxistische Blätter, 5/2013, S. 126 f.

Schaulaufen in Nürnberg

Vom 31. August bis zum 3. September 1933 zelebrierten die Nazis ihren „Parteitag des Sieges“. Mit dem inszenierten Spektakel sollte unter den faschistischen Anhängern Einheit hergestellt werden

Eigenartig: Seit sich im 19. Jahrhundert politische Parteien formierten und im Rahmen bürgerlicher Gesellschaftsverhältnisse zu wirken begannen, fanden zahlreiche Parteikongresse bzw. Parteitage statt. Veranstaltungen also, die parlamentarisch-demokratischem Regelwerk gemäß für Programmfindung, grundsätzliche Entscheidungsprozesse und das Kürten des Führungspersonals zuständig zeichnen. Indessen tauchen im Rückblick nur sehr wenige Parteitage auf, denen eine beachtenswerte historische Bedeutsamkeit zuzusprechen ist. Bei näherem Hinsehen erscheinen die meisten eher als solche, die lediglich in das politische Tagesgeschäft eingeordnet zu werden verdienen. Sie blieben ohne dauernden Wert für das reale Wirken der Parteien, erst recht für ihre Entwicklung. Das gilt auch für jene Partei des deutschen Faschismus, die sich als Arbeiterpartei ausgab und sich selbst als nationalsozialistisch bezeichnete. Gleichwohl überrascht die oftmalige Erwähnung und Darstellung der sogenannten Reichsparteitage der NSDAP. Setzten diese wirklich geschichtliche Marksteine und Zäsuren? Läßt sich ihnen tatsächlich historische Bedeutsamkeit zuschreiben? Und wenn ja, worin besteht diese? Welche Rolle spielte insbesondere der „Parteitag des Sieges“, der vom 31. August bis zum 3. September 1933 in Nürnberg stattfand?

Geht man den Fragen nach, wäre zunächst an eine allgemeine Erscheinung zu erinnern: Die Parteitage aller Parteien unterlagen (und unterliegen) stets machtvoller Regie durch die jeweiligen Führungen. Deren Rolle wiederum erwuchs (und erwächst) nicht zuletzt aus dem Wesen gesellschaftlicher Organisiertheit, aus der Tendenz zu einer Oligarchisierung sowie einer Bürokratisierung sich ausweitender, von der Basis abhebender Parteiapparate. Solche Prozesse veranlaßten bereits vor dem Ersten Weltkrieg Soziologen und Politologen zu aufschlußreichen Untersuchungen. In ihrem Ergebnis stellte beispielsweise Robert Michels 1911 fest, daß die SPD – obwohl gerade sie das Ringen um Demokratie auf ihre Fahnen geschrieben hatte – eine fortschreitende innerparteiliche Entdemokratisierung nicht bekämpfen konnte und ihre Führung offensichtlich diese auch nicht einmal bekämpfen wollte. Michels sprach in diesem Zusammenhang von den Wirkungen eines „ehernen Gesetzes der Oligarchie“, das seine Ursachen in der Parteiorganisation, im bürokratischen Apparat habe. Mit zunehmender Organisation sei „die Demokratie im Schwinden begriffen“, und die Macht der Führer wachse „im gleichen Maßstab wie die Organisation“. Und schließlich konstatierte er: „Die Organisation ist die Mutter der Herrschaft der Gewählten über die Wähler, der Beauftragten über die Arbeitgeber, der Delegierten über die Delegierenden.“¹

Zelebrierter Gigantismus

Die NSDAP hob auch dies in ein äußerstes Extrem. Bereits vor dem 30. Januar 1933 hatten ihre Parteitage allenfalls etwas mit dem Namen, nicht aber mit dem Begriff zu tun. Die in ihr zur Führung Erhobenen stellten sich zur Schau und wiesen den Beteiligten die Funktion von Schaulaufenden zu. Zuvor getroffene Entscheidungen wurden, wenn überhaupt, lediglich verkündet, bejubelt und vor allem im Auftritt militarisierter Formationen präsentiert. Es dominierte die Selbstdarstellung, zumeist inhaltslos, aber salbungsvoll und sakral-theatralisch, vordergründig und gewaltverherrlichend. In dieser Hinsicht glichen sich alle Reichsparteitage, auch wenn sich die konkreten Veranstaltungskonzepte massiv erweiterten. Zwischen 1933 und 1938 nahmen sie bekanntlich gigantische Dimensionen an. Obwohl sich auch ihre jewei-

¹ Robert Michels: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens (1911). Neu hrsg. von Werner Conze, Stuttgart 1969.

ligen Zielsetzungen veränderten, teilweise sogar recht deutlich, so blieben doch die grundlegenden Intentionen der Organisatoren stets erkennbar.

Was Anfang September 1933 als Reichsparteitag in Nürnberg zelebriert wurde, unterschied sich von den NSDAP-Parteitagen der vorausgegangenen Jahre. Da hatten die Nazis gegen den Staat von Weimar und gegen das Parteienwesen gezetert, generell die Republik als „System“ beschimpft, dieses als von „Novemberverbrechern“ geschaffen und undeutsch charakterisiert, dessen Repräsentanten „ausgerottet“ werden mußten. Parteitage wurden als lästige Pflichterfüllung bewertet, nur weil es das Vereinsrecht erfordere. Anzunehmen war also nach der Errichtung des braunen Regimes, daß Abstand von solch ungeliebter Praxis genommen würde. Entsprechende Überlegungen gab es offensichtlich, der an die Macht gekommenen Partei andere Aufgaben zuzuweisen und ihre Stellung in der Gesellschaft zu ändern. Möglicherweise erklärt sich daraus der späte Beginn der Vorbereitung des Parteitages. Joseph Goebbels vertraute seinem Tagebuch erst am 29. Juli 1933 an, der Parteitag sei „beschlossen“. Aus seinen Notizen, die er unmittelbar vor dem Parteitag zu Papier brachte, gehen zudem Unsicherheit und Unzufriedenheit hervor. Immer wieder heißt es über Gespräche mit Hitler, man habe den Parteitag „durchberaten“. Robert Ley, zuständig für die Organisation des Ereignisses, sei ein unfähiger Dilettant und „seine Arbeitsfront macht uns Sorgen. Viel Marxismus“ (sic!). Selbst in den späten Abendstunden des 31. August, nachdem Hitler von Nürnbergs Oberbürgermeister empfangen worden war und der Parteitag damit offiziell begonnen hatte, notiert er: „Ich fahre mit dem Führer ab. Überlegen im Hotel noch zusammen den Ritus der Kongreßeröffnung.“ Mehrmals überarbeitete er seinen eigenen Vortrag, dem er den Titel „Die Rassenfrage und Weltpropaganda“ gegeben hatte, weil nach seiner Auffassung die Rassenfrage im Mittelpunkt des Parteitages stehen sollte. Am 1. September heißt es indessen: „Ich schreibe meine Rede noch mal um. In der Judenfrage abgemildert. Aus außenpolitischen Gründen.“

Das Konzept des Parteitages lief jedoch grundsätzlich auf eine umfassende Selbstdarstellung des angeblich oder tatsächlich seit dem 30. Januar Geschaffenen hinaus. Alles erschien als lautstark untermalte Lobpreisung der eigenen Macht, des eigenen Erfolges sowie als Rechtfertigung des eigenen brachial-diktatorisch errichteten Herrschaftssystems. Das selbstgezeichnete Bild der neuen Verhältnisse richtete sich sowohl nach innen, in die Partei hinein, als auch nach außen, in die Reihen der übrigen deutschen Bevölkerung. Darüber hinaus galt das Ausland als Adressat diverser Signale und Botschaften, die alle besagen sollten, Deutschland sei eine „geeinte Nation“, eine wahrhaft geschlossene „Volksgemeinschaft“. Das Reich trete in neu gewonnener Stärke auf, wolle aber nichts anderes als Frieden und Verständigung. So hatte es Hitler mit taktisch motivierter Friedensrhetorik am 17. Mai im Reichstag vorgegeben. (siehe jW-Thema vom 17.5.2013)

Die NSDAP betrieb bereits 1933 einen an Gigantismus grenzenden Aufwand, den sie dennoch in den folgenden Jahren immer wieder zu übertreffen vermochte. Die veränderten Verhältnisse erlaubten ihr neue und wesentlich vergrößerte Formen der Selbstdarstellung. Die Organisatoren charterten allein 250 Sonderzüge, um zirka 400.000 Parteimitglieder nach Nürnberg zu bringen. SA- und SS-Abteilungen reisten auch auf Lastwagen an, wobei auffiel, daß nur ein Bruchteil der zwei Millionen SA-Angehörigen beteiligt war. Offensichtlich deuteten sich da schon Veränderungen im Machtgefüge der Naziorganisationen an. Verwirrung hatte es sogar um die Beteiligung des Frauenbundes der Partei gegeben. Ursprünglich sollten Frauen nicht teilnehmen, dann war eine Sondertagung der NS-Frauenschaft geplant, doch die wurde eine Woche vor Nürnberg abgesagt.

Fabrikhallen, Gastwirtschaften, Schulen und ähnliche Räume dienten zur Unterbringung der nach Nürnberg gebrachten Massen. Große Lager entstanden, in denen jedes Zelt 400 und mehr Mann aufzunehmen hatte, mitunter zu Bedingungen, die allen hygienischen Vorschriften und

menschlichem Miteinander Hohn sprachen. Die Versammelten hatten – in Uniformen gepreßt und ausschließlich auf Befehl – zu marschieren, frenetisch jubelnd auf Ansprachen zu reagieren und ihr Gesicht der beworbenen Idee einer deutschen Volksgemeinschaft zu leihen. Zwar hatte die Sonderausgabe des Völkischen Beobachters zum Parteitag betont, es würde nicht allein marschiert und gefeiert, sondern auch „wichtige Fragen“ seien zu erörtern und zu entscheiden, doch dies fand nicht statt, wie sich in diesen Tagen zeigen sollte. Immerhin sollte also nach außen der Hauch eines Anscheins gewahrt bleiben, was Hitler aber nicht daran hinderte, auf die Zeitung der Partei „stark“ zu schimpfen – wie Goebbels am 24. August niederschrieb.

Rituale und Gerede

Der eigentliche Kongreß begann am Morgen des 1. September. Zu den langatmigen Zeremonien gehörten: Ovationen für Hitler bei jeder passend erscheinenden Gelegenheit, Einmarsch des Trägers der sogenannten Blutfahne der Partei und Aufstellung hinter der Rednertribüne, Musik (es erklang die Ouvertüre zu Wagners „Meistersinger“), gemeinsamer Gesang des „Altniederländischen Dankgebets“, rituelle Totenehrung mit dem Verlesen einer Liste mit den Namen getöteter Parteigenossen durch Ernst Röhm, Bekanntgabe einer Grußbotschaft Mussolinis. Danach durften Julius Streicher als fränkischer Gauleiter reden und Gauleiter Adolf Wagner die Proklamation Hitlers an den Parteitag vortragen. Im Text des Parteiführers wurde allerdings nur wiederholt, was seit dem 30. Januar des Jahres stets an Behauptungen über die Schädlichkeit, Verderbtheit und Anstandslosigkeit der zerschlagenen Weimarer Republik verbreitet worden war. Dem Marxismus sei endlich Einhalt geboten worden, ebenso dem „bolschewistischen Ansturm“ und der Macht der Juden. Betont wurde, dies gelte als die Erfüllung einer „europäischen Mission“. Die anderen Völker, so der Sinn, hätten eigentlich dankbar zu sein, durch Deutschland gerettet worden zu sein.

Am Nachmittag wettete Hitler in einer Veranstaltung des Kampfbundes für deutsche Kultur und kündigte an, daß es „Nichtariern“ künftig in Deutschland verboten sein würde, sich künstlerisch zu betätigen. Sie würden ohnehin – im Gegensatz zu den kreativen Fähigkeiten nordischer Menschen – nicht über eigene schöpferische Talente verfügen.

Am zweiten Tag fand alles zumeist im Freien statt: Da marschierten die Politischen Leiter der NSDAP – 160.000 an der Zahl – auf die Zeppelinwiese, was mehrere Stunden dauerte. Am Nachmittag versammelten sich 60.000 Mitglieder der Hitlerjugend im Stadion. Erst am späten Nachmittag ging es wieder in die Kongreßhalle. Vor 15.000 sogenannten Amtswaltern redete als erster Alfred Rosenberg frohlockend über das Verschwinden des Internationalismus der früheren Arbeiterparteien und über die Wiedergeburt des Nationalismus, wobei er ausführlich die angebliche Notwendigkeit einer „Rassenreinheit“ der Deutschen zu begründen bemüht war. Gottfried Feder, seines Zeichens Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, und Joseph Goebbels folgten. Wieder wurde Deutschlands Rolle als Bollwerk gegen den Marxismus gepriesen: „Die Völker, die die Zweite und Dritte Internationale zulassen, beschwören für sich selbst genau die Gefahr herauf, die wir gerade gebannt haben. Die ständig zunehmende Bolschewisierung der Wirtschaft, der Politik und des Lebens in seiner Gesamtheit ist eine offene Wunde.“ Am Ende des Vortrages formulierte der Propagandaminister: „Wir brauchen das Urteil der Welt im Rassenproblem nicht zu fürchten, und in der Lösung dieses Problems liegt die Zukunft unseres Volkes.“

Den Vormittag des folgenden Tages gestaltete die SA. Mehr als 150.000 Mann traten in der Luitpold-Arena zu einem Appell und traditioneller Fahnenweihe an. Bekannt sind die Aufnahmen von Hitler und Röhm, die gemeinsam und nahezu gleichberechtigt durch die Reihen hin zur Tribüne schritten; bereits im Jahr darauf gab es das nicht mehr, nachdem die SA-Führung am 30. Juni enthauptet worden war. Am Nachmittag nahm Hitler auf dem Marktplatz den Vorbeimarsch der nach Nürnberg beordneten Nazis ab. Mit einer Rede Hitlers ende-

te der Parteitag. Allerdings sorgten zwei der Nazioberen – Hitler und Hermann Göring – für eine aufschlußreiche Fortsetzung des Parteitages: Gemeinsam besuchten sie militärische Übungen der 5. Reichswehrdivision in der Nähe von Ulm, so die kommenden „Tage der Wehrmacht“ als immanenten Bestandteil der Reichsparteitage vorwegnehmend.

Aufgerüstete Propaganda

Die Siegesfeiern täuschten nicht über die Tatsache hinweg, daß dem Hitler-Regime internationaler Gegenwind zu schaffen machte. Das hatte sich beispielsweise in den Protesten gegen den Boykott jüdischer Geschäfte vom 1. April gezeigt, aber auch in dem Entsetzen über Willkür und Brutalität in der Verfolgung politischer Gegner oder über die Bücherverbrennungen. Zwar gab es keinerlei wirksame diplomatische Schritte gegen Deutschland, doch sahen sich die Regierungen der westlichen Länder erheblich dem Druck der öffentlichen Meinung ausgesetzt. Das Reich hatte außenpolitisch – sieht man vom Konkordat ab, das mit dem Vatikan vereinbart werden konnte – noch nichts erreicht. Im Völkerbund standen nach wie vor Verhandlungen über Abrüstung bzw. Rüstungsbegrenzungen auf der Tagesordnung, während es den deutschen Faschisten in erster Linie um die deutsche Aufrüstung ging, um die Erfüllung jenes Programms der Kriegsvorbereitung und der Germanisierung des Ostens, das Hitler der Reichswehrgeneralität schon am dritten Tag seiner Reichskanzlerschaft erläutert hatte.

Daß die Schau von Nürnberg propagandistische Funktionen für die Öffentlichkeit zu erfüllen hatte, läßt sich am Aufwand für die „Berichterstattung“ der Presse erkennen: 3000 Reporter waren registriert worden. Weitere 600 erhielten eine besondere Erlaubnis zur Teilnahme an allen Veranstaltungen. Aus dem Ausland kamen nur rund 200 Korrespondenten. Ungefähr 1000 Ehrengäste hatten eine Einladung erhalten, darunter Diplomaten, Reichstagsmitglieder, hohe Offiziere der Wehrmacht und persönliche Gäste Hitlers. In der Zusammensetzung der Gästelisten spiegelte sich nicht zuletzt auch wider, welche inneren Auseinandersetzungen und welches Machtgerangel es zwischen einzelnen Organisationen und Verbänden sowie zwischen einzelnen Naziführern gegeben hat.

Sowohl die nationalsozialistische als auch die gleichgeschaltete Presse übertrafen einander mit Lobeshymnen. Die Zeitung *Der Montag* schrieb, der Parteikongreß müsse als „Deutschlands wirklicher Reichstag“ bewertet werden. Die *Börsenzeitung* sprach davon, daß der Parteitag den „magischen Zauber der Herrenrasse“ demonstriert habe. In seiner Zeitung *Der Angriff* stellte Goebbels die Behauptung auf, seine Partei stehe der Welt als ein durch sie vertretenes Reich gegenüber. Der Parteitagsfilm „Sieg des Glaubens“ von Leni Riefenstahl wurde ab 1. Dezember in den Kinos gezeigt. 20 Millionen Zuschauer sollen ihn gesehen haben, bevor er nach dem 30. Juni 1934 in der Versenkung verschwand. Das traf auch auf die mit „Herbstparade“ betitelte Publikation der SA über den Parteitag zu. In ihr war nicht einmal das Wort Reichsparteitag aufgetaucht und selbstherrlich und machtheischend über den eigenen Auftritt geschrieben worden: „ein Bild von unerhörter Einheitlichkeit und Wucht, wie es selbst die größten Paraden der alten Armee nicht zu bieten vermochten“.

Grundsätzlich Substantielles spielte in den Berichten kaum eine Rolle – nicht verwunderlich angesichts inhaltlicher Leere und inszenierter Begeisterung. Von „Kraft“, „Wille“ und „Glaube“ wurde getönt, eingebettet in eine zunehmend militarisierte Begrifflichkeit. Der Parteitag wurde als paramilitärische „Heerschau“ gepriesen, und seine Wirkung als „Mobilisierung“ für weitere Kämpfe hervorgehoben. In mancher Hinsicht, so äußerte sich Hitler später, hätten die Parteitage „wertvolle Vorbereitungsarbeit für den Krieg geleistet“.²

² Henry Picker: Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941 - 1942. Im Auftrag des Verlages neu hrsg. von Percy Ernst Schramm, Stuttgart 1963, S. 445.

„Ideologische Konsensfabrik“

Dies alles gehörte zu den im Geschehen selbst sowie in den Berichten erkennbaren Zielsetzungen des mit erheblichem Aufwand betriebenen Spektakels. Aufscheinen sollte darin Entschlossenheit der Partei und sich als Verkörperung des Willens des deutschen Volkes zu präsentieren. Teilnehmer wie Beobachter sollten beeindruckt und in ihrer Haltung zum Faschismus bestärkt werden sowie sich selbst zu historischer Bedeutsamkeit erhoben fühlen. Das inszenierte Moment eines egalisierenden Handelns hatte, wie es Albert Speer nach dem Parteitag in der parteiamtlichen Zeitschrift *Unser Wille und Weg* formulierte, jedem einzelnen in der versammelten Gemeinschaft das Gefühl einer unbedingten Zusammengehörigkeit einzuprägen. Jeder solle „einen lebendigen Begriff von der demonstrativen Wucht“ der Riesenkundgebung erhalten und stolz darauf sein, ein kleines Glied darin zu sein. Die Schlußfolgerung des danach zum Baumeister des Parteitagsgeländes Erhobenen lautete: „Dieses psychologische Element ist keinesfalls gering einzuschätzen. Gerade auf einfache Menschen wird es seine gewaltigste Wirkung haben.“ Speer dürfte damit aufgenommen haben, wie Hitler in „*Mein Kampf*“ von einer gewaltigen Wirkung des suggestiven Rausches und der Notwendigkeit von Massensuggestion geschwärmt hatte.

Die psychisch wirksame, später durch architektonische Monumentalbauten unterstützte Überwältigung des Individuums entsprach diesen Absichten. Die demonstrative Machtentfaltung hatte jeglichen Zweifel, selbst nachdenkliche Gedanken im Keim zu ersticken. Statt dessen wurde auf Prestigegewinn orientiert und die Sicherung der erreichten Stabilität des Regimes für kommende Zeiten angestrebt. Ebenso wurde eine hinreichende Legitimation für künftige Politik und für erforderlich gehaltene Maßnahmen zur Herrschaftssicherung erhofft. Durchaus zutreffend wird in der neueren Forschung über die Reichsparteitage der NSDAP von deren Funktion als einer „ideologischen Konsensfabrik“ gesprochen, die in erster Linie Gemeinschaft zu konstruieren und als – letztlich doch illusionäre – Volksgemeinschaft zu zelebrieren angehalten war. Und Walter Benjamin urteilte damals, der Faschismus sehe sein Heil darin, die Massen zu ihrem Ausdruck kommen zu lassen, aber „beileibe nicht zu ihrem Recht“.

junge Welt, Mittwoch, 04.09.2013, S. 10.

Die lange Vorkriegszeit

Gedanken zum 75. Jahrestag der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges

Wie es scheint, nehmen zurzeit etablierte Geschichtswissenschaft und bundesdeutsche Medien kaum Notiz von jenem Tag, an dem der bislang schlimmste aller Kriege begann, vom 1. September 1939. Wie gebannt dreht sich das Bücherkarussell vorrangig um das Jahr 1914. Zumeist wird den jüngst in die Welt gesetzten Behauptungen über die „Schlafwandler“ gefolgt, die 1914 im hektischen Hin und Her diplomatischer Schachzüge nervös agiert hätten und das Grauen des neuen Krieges nicht haben vorhersehen können. Blind und von Albträumen geplagt seien die Akteure gewesen.¹ Damit werden allenfalls auslösende Momente als Kriegsursache interpretiert, Kriege also auf unzulängliches Überlegen und Vorausschauen, auf empfindsames Reagieren und ängstliches Handeln zurückgeführt. War also der Ausbruch des Ersten Weltkrieges nur einer Fehlfunktion des menschlichen Gehirns und genetischer Disposition geschuldet? Wer dies annimmt, stellt keine Ansprüche an das notwendige Erhehlen der Tatsache, dass der Krieg aus gesellschaftlichen Verhältnissen, aus kapitalistischer Konkurrenz und imperialistischer Geostrategie resultierte. Wie passend für 100 Jahre danach Regierende: Von der Hauptverantwortung deutscher Eliten für den Krieg braucht man demzufolge nicht mehr reden. Und bequem ist es zudem, von den „Schlafwandlern“ des Jahres 1914 sowie vom „Traumwandler“ Hitler des Jahres 1939 ...

Geschichtspolitisch geht es jedoch kaum um die beiden Weltkriege. Wird deren Beginn gleichsam als Ergebnis zufälliger Umstände, ja als eine Art Betriebsunfall und Ergebnis vom Handeln einzelner Politiker gewertet, dann kann das geschönte Bild einer für Kriege angeblich unzuständigen Gesellschaft gemalt werden. Dann könnte von den großen Kriegen des 20. Jahrhunderts als einer zwar fatalen, aber inzwischen völlig überwundenen Unterbrechung der Kontinuität demokratisch-kapitalistischer Verhältnisse gesprochen werden.² Und die Kriege der Gegenwart, welche Formen diese auch immer inzwischen angenommen haben, sowie eine erneut ungeheuerliche Katastrophenpolitik sehen sich ebenso ausgenommen von einer ansonsten angeblich erfolgreichen Geschichte westlichen Demokratie-Verständnisses.

Das wiederum erlaubt verklärendes Geschwafel über die neue, die unbedingt und auch militärisch wahrzunehmende „deutsche Verantwortung“ in allen Teilen der Welt. Um diese wider alle Vernunft und jeden Humanismus rechtfertigen zu können, soll dem Nachdenken über die Ursachen aktueller Politik und militärischer Aktionen sowie über deren reale Wurzeln kein Raum geboten werden. Zu moralischer Verworfenheit derjenigen, die mit militärischer Gewalt drohen und/oder solche – zumeist skrupellos – nutzen, tritt mit der Verschleierung der sowohl für 1914 wie für 1939 verantwortlichen Profitinteressen, Großmachtbestrebungen und geopolitischen Strategien eine verlogene Beschönigung heutiger Verhältnisse und neuer kriegsgerischer Politik hinzu.

1914: „Schlafwandler“ ... 1939: der „Führer“

Geht es um die Ursachen des Zweiten Weltkrieges, erscheint alles fokussiert auf eine Person: Hitler. Oder auch auf zwei, denn antikomunistische und antirussische Phobien würden gern in Stalin zumindest einen Mitschuldigen, wenn nicht gar den allein alle Verantwortung Tragenden sehen. Hitler, so liest man zumeist, habe 1938/39 den Rubikon überschritten, habe die (oft sehr verständnisvoll betrachtete) Politik einer Revision des Versailler Friedens durch die der Expansion und des Vernichtungskrieges ersetzt. Und dies auch gegen einzelne (nach 1945 aufgebauerte) Bedenken einzelner Militärs zu Rüstungstempo und Marschrichtungen durchgesetzt.

¹ Christopher Clark: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog (2013).

² Siehe dazu u. a.: <http://geschichteundpolitik.wordpress.com/2014/03/22/also-doch-hineingeschlittert-anmerkungen-zur-aktuellen-debatte-uber-die-ursachen-des-ersten-weltkrieges-und-deren-geschichtspolitische-implikationen>

In keiner Weise lässt sich das geschichtswirksame Handeln Hitlers relativieren, doch unumstößlich steht fest: Der Weg hin zum 1. September 1939 war ein langer. Er wurde schon beschritten, als der Erste Weltkrieg noch tobte und Deutschlands militärische Niederlage absehbar war. 1918 durften die Kriegsziele deutscher Großindustrieller, Bankiers, Großgrundbesitzer, rechter Politiker und ihrer geistigen Klopffechter als verfehlt gelten, doch sie waren nicht aufgegeben, schon gar nicht durch eine auf Abrüstung und kollektive Sicherheit orientierende Politik aufgehoben.

Zwar ging von der Weimarer Republik kein Krieg aus³ – worauf zu verweisen in der heutigen Berliner Republik sehr sinnvoll ist –, jedoch wurde in ihr der Krieg, der bis dahin vor allem als Fortsetzung von Politik gegolten, nun direkt in die Politik der ökonomisch und politisch Mächtigen hineingezogen. Jeglicher Friedenspolitik, selbst jenen Bemühungen, die mit den Stichworten Rapallo, Locarno, Völkerbund und Abrüstung angedeutet sein sollen, wurden riesige Steine in den Weg gelegt – innenpolitische, rüstungswirtschaftliche, außenpolitische und geistige. Der Frieden wurde von Anfang an in Frage gestellt. Immer ging es neben realpolitischer Anpassung an die weltweiten Kräfteverhältnisse um die Frage, wie und in welchem Tempo neue Voraussetzungen für eine mehr oder weniger rasche Revision der Kriegsergebnisse geschaffen werden können.

Ein entsprechendes Konzept war von General Kurt von Schleicher – später der letzte Kanzler der Republik – bereits am 20. Dezember 1918 formuliert worden: Zunächst müsse man im Innern wieder eine durchsetzungsfähige Regierungsgewalt schaffen, wobei das mit Hilfe der Soldaten verhältnismäßig schnell gehe. Dann sei eine Gesundung der Wirtschaft möglich, auf deren Schultern „alsdann nach langen, mühevollen Jahren an die Wiedererrichtung der äußeren Macht herangegangen“ werden könne. Noch deutlicher äußerte sich General Wilhelm Groener am 19. Mai 1919: „Wenn man um die Weltherrschaft kämpfen will, muss man dies von langer Hand her vorausschauend mit rücksichtsloser Konsequenz vorbereiten. Man darf nicht hin- und herschaukeln und Friedenspolitik betreiben, sondern man muss restlos Machtpolitik treiben.“⁴

Für die Ursachen von Kriegen zeichnen Generäle zwar niemals allein verantwortlich, doch in ihrem Tun und Lassen spiegeln sich nach 1918 grundlegende Interessen der deutschen Eliten – der wirtschaftlichen wie der politischen und geistigen. Allen ging es um eine Revision der Ergebnisse von 1918, darüber hinaus um eine deutsche Vorherrschaft in Europa und der Welt. Und deutsche Militärs spielten dabei eine herausragende Rolle.

1921 legte Hans von Seeckt als Chef der Heeresleitung seine „Grundlegenden Gedanken für den Wiederaufbau unserer Wehrmacht“ vor. Reichswehroffiziere erarbeiteten seit 1923/24 konkrete Pläne, wie ein deutsches Heer beschaffen sein müsse, um erneut sowie erfolgreich einen weiteren Waffengang wagen zu können. In drei Stufen sollte ein Heer von 2,8 Millionen Soldaten geschaffen werden, gegliedert in 102 Divisionen, von denen 39 dem „Grenzschutz“ zu dienen hatten und 63 als „Felddivisionen“ ausgegeben wurden. Verblüffend: 1939 war diese „Kriegsstärke“ erreicht! Selbst die Zahl von 252 Generälen, über die das Heer verfügen sollte, stimmte mit dem Etat der Wehrmacht für 1939 überein.

Als der erste große Rüstungsplan entstand, saß Hitler noch auf der Festung Landsberg und blieb auch nach seiner vorzeitigen Entlassung eher am Rande des Geschehens. Auch an der Ausarbeitung der weiteren Pläne, darunter die für die Schaffung einer neuen Kriegsmarine und das zweite Rüstungsprogramm von 1931. Wie sie im Einzelnen aussahen, haben Carl

³ Wolfgang Ruge: Nachdenken über Weimar. In: Ehrenpromotion Wolfgang Ruge (1988), S. 11-20.

⁴ Zit. nach Manfred Weißbecker, Werner Fritsch und Reinhard Giersch: Macht und Ohnmacht der Weimarer Republik (1990), S. 59.

Dirks und Karl-Heinz Janßen 1999 in einem bemerkenswerten Buch enthüllt.⁵ Es muss nicht verwundern, dass es auf die empörte Ablehnung einiger „Kritiker“ stieß.

Hitler brauchte den Militärs nicht erst zu sagen, dass und wie Krieg zu führen sein werde – sie hatten ihn ohnehin im Visier. Sie zielten auf eine militärische Macht, die jene des Kaiserreiches noch in den Schatten stellen sollte. Erkennbar ist in den Dokumenten auch, dass da keineswegs nur die Absicht bestand, die Grenzen von 1914 wieder zu erreichen. Selbst das Kriegsbild der deutschen Faschisten schien in den Dokumenten aus der Weimarer Zeit bereits auf. Der Terror wurde zum Kampfmittel erhoben. An einer Stelle hieß es: „Hemmungen irgendwelcher Art darf es nicht geben [...] Ein auf das Äußerste zu steigender nationaler Hass darf vor keinem Mittel der Sabotage, des Mordes und der Verseuchung zurückschrecken.“⁶

Bündnis von Nazis und Militärs

Unmittelbar nach dem 30. Januar 1933, als die Kooperation von Konservativen und Faschisten regierungsoffiziell wurde, schlossen auf dieser Grundlage am 3. Februar 1933 Nazis und Militärs ein Bündnis. Da erschien der neue Reichskanzler zum Antrittsbesuch bei der Generalität und sprach von der „Eroberung neuen Lebensraumes im Osten und dessen rücksichtslose(r) Germanisierung“.⁷ Keinem der Reichswehrführer kamen da Bedenken in den Sinn, für sie zählte nur die Aussicht auf die neuen Möglichkeiten, die sich mit dem 30. Januar für die Förderung von Rüstungswirtschaft, für eine intensiv betriebene Militarisierung der Gesellschaft und für weitere Schritte direkter Kriegsvorbereitung ergeben hatten. Es waren ebenfalls die nationalkonservativ geprägten und sich nun „nationalsozialistisch“ orientierenden Militärs, die Hitler Ende September/Anfang Oktober zum Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund drängten und eine Ausschaltung der SA forderten, als deren Pläne zur Umwandlung der Wehrmacht in eine von ihr geführte „Volksmiliz“ eigene Pfründe zu schmälern schienen. Sie dankten Hitler für die Mordaktionen vom 30. Juni 1934, als sie vor dem erwarteten Tode Hindenburgs einer faktischen Übernahme des Reichspräsidentenamtes durch den Reichskanzler zustimmten. Sie jubelten über die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht im März 1935 und legten Plan für Plan vor, in denen akribisch alle militärisch zu sichernden oder kriegerisch zu unternehmenden Schritte fixiert waren. Ohne sie wäre alles undenkbar gewesen, was vor dem 1. September 1939 die „Erfolge“ des braunen Regimes kennzeichnete: Angliederung des Saarlandes, Österreichs, des Sudetenlandes und des Memelgebietes an das „Großdeutsche Reich“ sowie die Schaffung des sogenannten Reichsprotectorats Böhmen und Mähren.

Es lassen sich – und daran wäre im Rückblick auf den 1. September 1939 nachdrücklich zu erinnern – mehrere Phasen in der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges erkennen: eine erste, noch nicht von den Nazis beeinflusste oder gar dominierte allgemeine und grundlegende Planung von Voraussetzungen und Mitteln neuerlicher deutscher Kriegsführung, in der mit der Zerstörung der Weimarer Republik auch alle innenpolitischen Hemmnisse des Kriegskurses beseitigt wurden, eine zweite, in der zwischen 1931/32 und 1934 ein enges und für den Weg zum neuen Krieg konstitutives Bündnis zwischen Militärs und NSDAP geschmiedet wurde, sowie eine dritte, in der aufbauend auf Erreichtem letztere und ihr „Führer“ – wirtschaftliche, außenpolitische und ideologische Gegebenheiten dabei durchaus geschickt, aber wenig sorgsam nutzend – die konkreten Termine zur Erfüllung der Pläne fixierten.

Wird heute über den 1. September 1939 gesprochen, darf im Erinnern und politischen Nachdenken eine Tatsache nicht fehlen: Es waren die deutschen Kommunisten, die sieben Jahre zuvor vorausschauend gewarnt hatten: „Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“

Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE, Heft 9/2014 (Nummer 295) 24. Jahrgang, S. 20-23.

⁵ Carl Dirks und Karl-Heinz Janßen: Der Krieg der Generäle. Hitler als Werkzeug der Wehrmacht (1999).

⁶ Zit. nach ebenda, S. 32 f.

⁷ Zit. nach Reinhard Kühnl: Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten (6/1987), S. 208 ff.

Organisierte Wegelagerei

Am 13. September 1933 verkündete Hitler die „Aktion gegen Hunger und Kälte“. Die Spendensammlungen entlasteten den faschistischen Staat finanziell – das kam der Aufrüstung zugute

Das sogenannte Winterhilfswerk (WHW) der Nazis startete vor 80 Jahren – wie auch anderes in der Geschichte des deutschen Faschismus – mit einer Lüge: Großspurig verkündete Hitler am 13. September, es werde in Deutschland die erste Hilfsaktion des deutschen Volkes gegen Hunger und Kälte geben. Erstmalig? Offensichtlich rechneten die Nazis mit der Vergeßlichkeit der Menschen. Hatte denn in Deutschland nicht bereits während des Ersten Weltkrieges eine „Kriegswinterhilfe“ existiert? Hatte es nicht während der Inflationszeit in einzelnen Städten (für Hamburg sorgfältig von Peter Zolling untersucht) entsprechende Bemühungen gegeben? War nicht in der Weimarer Republik von vielen politischen, kirchlichen und karitativen Organisationen Wohlfahrt betrieben worden? Hatten nicht in den letzten beiden Jahren der großen Weltwirtschaftskrise die Sammlungen der Reichsregierung im Zeichen der Winterhilfe einen Gesamtwert an Geld- und Sachspenden von 97 bzw. 91 Millionen Reichsmark eingebracht?

Neu war es auch nicht, nach Möglichkeiten zu suchen, wie armen Menschen, insbesondere in harten Notzeiten, geholfen werden kann. Gehungert und gefroren wurde nicht allein in der Weimarer Republik, obgleich dies die Nazis propagierten: Ihre Parole „Keiner soll hungern, keiner soll frieren“ würde sich erst realisieren lassen, wäre das nach der Novemberrevolution in Deutschland geschaffene „System“ beseitigt. Man brauche lediglich, so tönte Hitler, die „internationale marxistische Solidarität“ beseitigen und an deren Stelle die „blutmäßig ewig begründete“ und „lebendige nationale Solidarität des deutschen Volkes“ setzen. Er appellierte an den bereits im Weltkrieg 1914 bis 1918 bewiesenen Opfersinn der Deutschen und kündigte den Armen, Hungernden und Frierenden sofortige Hilfe an.

Was da als sich bewährender „Sozialismus der Tat“ gepriesen wurde, erwies sich vor allem als ein Versuch zur Stabilisierung der faschistischen Diktatur. Sozialstaatliche Regelungen, zuvor mühsam durchgesetzt, sollten abgebaut und die Gefahr sozialer Unruhen dennoch gebannt werden. Politische und soziale Disziplinierung waren beabsichtigt, und nicht zuletzt sollte auch auf diesem Wege die militärische Aufrüstung finanziell ermöglicht werden. Natürlich fiel kein Wort zu den realen sozialökonomischen Ursachen von Armut und Not und damit zu der Tatsache, daß es in den von Klassenherrschaft geprägten Gesellschaften immer zu viele Menschen gab, die sich wegen der herrschenden Verhältnisse nicht aus eigener Kraft den notwendigen Lebensunterhalt erarbeiteten konnten.

Zugleich hatte es auch immer die Suche nach gnädiger Hilfe gegeben, auch wenn Menschen dadurch im Grunde zu Bittstellern degradiert wurden. Religiöse Einrichtungen setzten auf das Prinzip der Barmherzigkeit und des Teilens. Almosen zu spenden galt als gottgefällig, gut für das eigene Seelenheil. Eine staatliche Wohlfahrts- und Sozialpolitik hatte erkämpft werden müssen und setzte ein, als proletarische Selbsthilfeorganisationen, Versicherungsvereine, gewerkschaftliche Hilfskassen und Genossenschaften entstanden waren. Sie sorgten dafür, daß ihre Mitglieder nicht völlig schutzlos den Wechselfällen des Lebens ausgeliefert blieben. Mit Recht sprechen Autoren in der sozialgeschichtlichen Literatur – z. B. Michael R. Krätke und Christoph Butterwegge – vom „proletarischen Ursprung“ der Sozialversicherung. Wie Wohlfahrt und Sozialpolitik konkret gestaltet werden, das läßt viel vom Wesen und Charakter gesellschaftlicher Verhältnisse, von den konkreten Zielsetzungen jeweiliger Aktionen erkennen. Zu allen Zeiten, erst recht auch 1933.

Instrumentalisierte „Magenfrage“

Selbst die Tatsache, daß die an die Macht gebrachten Nazis für den Winter 1933/34 eine Hilfsaktion ankündigen, hätte überraschen können: Wer Hitlers „Mein Kampf“ kannte, wußte um die sozialdarwinistisch verbrämten Attacken gegen die „lächerlichen wie zwecklosen Wohlfahrtsduseleien“. Diese würden eigensüchtig und zur Selbsthilfe untauglich machen sowie die „Entartung einzelner“ bewirken. Wie sollte da eine Volkswohlfahrt ins Konzept passen, wenn Front gemacht wurde gegen das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz von 1922 und die Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht von 1924 sowie gegen die 1926 erfolgte Regelung einer Zusammenarbeit von Staat und den auf diesem Gebiet tätigen Verbänden?

Von einer absolut negativen Sicht war man allerdings schon abgerückt, als es die Partei für angebracht hielt, wenigstens ihre in Not geratenen Mitglieder zu unterstützen. So entstand 1931 in Berlin eine eigenständige „Nationalsozialistische Volkswohlfahrt“ (NSV), doch parteioffiziell wurde erklärt, diese betreibe Mißbrauch mit dem Namen der Bewegung. Erst im Frühherbst 1932 ließ Gregor Strasser – damals noch der zweite Mann in der Parteiführung – in einem Brief an die Gauleiter verlauten, weshalb die NSDAP auf diesem Gebiet tätig werden müsse: In der „Magenfrage“ seien alle zu berücksichtigen, weil so das Ziel der Partei erreicht werden könne: „Einbruch in die Front des gesamten Marxismus“. Doch selbst gegen ein solches Aushängeschild für die machtpolitischen Zwecke der NSDAP regten sich in der Partei Unmut und Widerspruch – bis schließlich Hitler am 3. Mai 1933 die NSV offiziell anerkannte. Da sprachen dann alle vom „sozialen Arm“ der Partei, auch wenn egoistische Interessen einzelner Teilorganisationen weiter verfolgt wurden und Eifersüchteleien zwischen deren Führungen nicht zu übersehen waren.

Die NSV, geleitet von Erich Hilgenfeldt, einem ehemaligen Offizier und Mitglied des deutschnationalen Stahlhelm-Bundes, gewann als eine der NSDAP angeschlossene Organisation Bekanntheit und zunehmendes Gewicht innerhalb des faschistischen Organisationensystems. Diese Entwicklung war auch dem Winterhilfswerk (WHW) zuzuschreiben, das zu einer Dauereinrichtung wurde. Hatte 1934 die NSV rund 3,7 Millionen Mitglieder, so sollten es 1941 bereits fast 16 Millionen sein. Sie war damit nach der Deutschen Arbeitsfront die zweitgrößte Organisation der deutschen Faschisten. Zahlende Mitglieder aus allen Bevölkerungsschichten wurden geworben, die sich wie die Angehörigen aller anderen Organisationen mit besonderen Ansteckzeichen kenntlich zu machen hatten. Das WHW vergab Plaketten, die angebracht an Geschäfts- und Wohnungstüren die Spender auswiesen, mitunter aber auch vor anderen aufdringlichen Werbern oder weiteren Belästigungen schützen konnten.

Die NSV profitierte 1933/34 materiell, insbesondere finanziell, von der rigorosen Gleichschaltung aller Verbände, die bis dahin Wohlfahrtsarbeit geleistet hatten. Ihren Führungsanspruch setzte sie auf unterschiedliche Weise durch: Während der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband als korporatives Mitglied in den NSV eingegliedert wurde und die christlichen Organisationen (Innere Mission, Caritas usw.) noch geduldet wurden, wurden die 1919 von Sozialdemokraten gegründete Arbeiterwohlfahrt, die 1921 entstandene Christliche Arbeiterhilfe und erst recht die Rote Hilfe der KPD schlicht aufgelöst und enteignet. Jegliche Zusammenarbeit mit der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden wurde ausgeschlossen. Hilgenfeldt, der Reichsbeauftragte für das Winterhilfswerk, agierte als Chef der Reichsarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege, zu der die seit 1924 bestehende Deutsche Liga der freien Wohlfahrtspflege umfunktionierte wurde. Als ihre Aufgabe betrachtete sie eine „Vereinfachung“ der Wohlfahrtsarbeit, das Ausmerzen „unwirtschaftlicher Anstalten“ sowie die Absicht, „aus den verbleibenden Einrichtungen bei größtmöglicher Ausnutzung das höchste an Leistungen herauszuholen“.

Das Ganze sollte mit geschichtspolitischen Argumenten gerechtfertigt werden: Es gehe darum, den „Trümmerhaufen“ zu beseitigen, der auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege und Fürsorge aus einem „liberalistisch-marxistischen Ungeist heraus betrieben“ worden sei und das Volk „wirtschaftlich und seelisch an den Rand des Abgrundes gebracht“ hätte. Der bisherige Wohlfahrtsstaat habe das Verantwortungsgefühl gegenüber dem einzelnen „Volksgenossen“ durch Züchtung von sogenannten Unterstützungsempfängern geschwächt. Im Volke sei die Auffassung verbreitet worden, daß allein das Wohlfahrtsamt dazu da sei zu helfen: „Von der ungesunden Verweichlichung und dem übertriebenen Ich-Denken wird eine Umkehr der Erziehung zum Volksbewußtsein, zur Gemeinschaft und zum führenden Opfergedanken stattfinden müssen.“ Ein Runderlaß des Preußischen Innenministers vom 1. Juni 1933 hatte es noch offener auf den Punkt gebracht: Die Wohlfahrtspflege sei in der Weimarer Zeit „erheblich und unnötig verteuert“ worden.

Faschistische Wohlfahrt

Auch wenn die Nazis das Winterhilfswerk nicht erfunden hatten, sie setzten es 1933 lautstark und effektiv in Szene. Die Sammelaktionen, an denen rund eineinhalb Millionen Mitglieder ihrer Partei, der SA, SS, HJ usw. ehrenamtlich beteiligt waren – wurden von einem nahezu unermesslichen Propagandarummel begleitet. Von der „Volksgemeinschaft“ ging hauptsächlich die Rede, aber auch vom Volk, das sich selbst helfen müsse. NSDAP und NSV zeigten außerdem von Beginn der WHW-Kampagne an, wie virtuos sie Korruption, Demagogie und repressiven Druck miteinander verbinden konnten. Sie schickten ihre Anhänger mit Sammelbüchsen auf die Straßen, ließen sie treppauf, treppab an Wohnungstüren Geld und Nahrungsmittelspenden eintreiben. Ein feinmaschiges Netz war geknüpft: Für jede Straße gab es Sammellisten, in denen zu erfassen war, wer spendete, sich verweigerte oder sich säumig erwies. Seit dem 9. Oktober 1933 inszenierte das WHW auch eine „Kleidersammlung“. Zudem wurde oft ein „Winterpfennig“ verlangt, erhoben als Aufrundung bei Preisen in den Läden, bei Stromrechnungen und weiteren Gelegenheiten. Eine eigens gegründete Reichswinterhilfe-Lotterie vertrieb eine Million Lose zu je 50 Pfennig.

Den Werktätigen – im nazistischen Sprachgebrauch „Arbeiter der Stirn und der Faust“ – wurde automatisch ein „Opfer von Lohn und Gehalt“ in Höhe von zehn Prozent der Lohnsteuer abgezogen. Spenden mußten sie dennoch sowohl auf den Straßen als auch bei den Hausbesuchen. Von den Bauern wurden „freiwillige“ Spenden erwartet, die nach Zentnern wogen. Personen, die sich verweigerten, sahen sich öffentlichen, mitunter in der NSDAP-Presse platzierten Angriffen als Gegner der „deutschen Volksgemeinschaft“ ausgesetzt. In einzelnen Fällen veranstalteten WHW-Werber vor Gehöften Demonstrationen, beschimpften „gebeunwillige“ Bauern in Sprechchören als „Asoziale“ und demolierten ihnen auch Fensterscheiben. Einem Landwirt, dessen Verhalten nicht den so gesetzten Normen entsprach, schrieb der NSDAP-Kreisleiter im fränkischen Weißenburg: „Ich glaube, daß Sie als Bauer (...) es nicht soweit kommen lassen, Sie dorthin zu bringen, wo in der Regel Staatsfeinde und Volksschädlinge verwahrt werden.“

Angeordnet wurden auch sogenannte „Eintopfsonntage“. Naziführer löffelten auf öffentlichen Plätzen in Gulaschkanonen gekochte Gerichte, um so ihre Anteilnahme am Leben von Millionen Not und Hunger leidenden „Volksgenossen“ zu bekunden. Im Stadtzentrum Berlins forderten Minister, höchste Parteiführer und Reichsbeamte von Passanten Geldspenden, wobei sich die populärsten von ihnen im Menschentrubel fotografieren ließen. Allerdings bewerteten staatliche Ämter die von der NSV bedürftigen Menschen gewährten Mahlzeiten als „zusätzliche Leistung“ und zogen einen entsprechenden Betrag von der staatlichen Unterstützung ab, was für die Betroffenen eine Verschlechterung ihrer Lebenslage bedeutete.

Fixiert wurde auch, daß jeder, der Unterstützung erhalten wollte, dessen „würdig“ zu sein hatte und kein „Gemeinschaftsfremder“ sein durfte. Dem WHW war mit schwammiger, den politischen und rassistischen Hintergrund nur ungenügend verbergender Formulierung verboten, „Asoziale, Minderwertige, Arbeitsscheue und Trinker“ zu unterstützen. Hingegen sollten „bewährte Kämpfer der Bewegung“, Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene bedacht werden. Art und Maß der Fürsorge seien auszurichten am „Wert des einzelnen für das Volksganze“.

Ideologische Stabilisierung

Unter dem Slogan „Keiner soll hungern, keiner soll frieren“ sowie mit Kartoffel- und Kohlen Spenden, mit Tüten voller Mehl, Linsen und Graupen vermochten die Nazis nicht wenige verarmte, vereinsamte und hilflose Menschen für sich einzunehmen. Verknüpft mit Repressionen, materiellen und immateriellen Sanktionen bedeutete dies zugleich eine durchaus wirksame Sozialdisziplinierung. Der bei den verschiedensten Gelegenheiten und Anlässen ausgeübte terroristische Anpassungsdruck bewirkte, daß sich ständig mehr Deutsche dauernd oder in immer mehr Situationen dem Strom der Gefolgschaft anschlossen und ihn verbreiterten. Aus der Höhe der Spenden verschafften sich die Organisatoren und ihre Helfer zudem direkte Aufschlüsse über die Einsatzfreude der ausgesandten Sammler, die Haltung von Widerwilligen und differenzierte, in Mark und Pfennig sich ausdrückende Angaben über die politische Stimmung in der Bevölkerung. Viel Überzeugtheit, Willenskraft und auch Findigkeit gehörten dazu, dem Sog wie dem Druck standzuhalten.

Das WHW erwies sich im Winter 1933/34 als ein wirksamer Faktor zur Stabilisierung der faschistischen Herrschaft. Die Nazis waren erfolgreich darin, gesetzlich fixierte Sozialpolitik in wohlfahrtsstaatliche Aktivitäten zurückzuführen. Zugleich bestand ein nicht unerheblicher Nebeneffekt darin, daß in der Kampagne die zerstrittene Führung des Regimes erneut zusammengebracht und die Öffentlichkeit von inneren Widersprüchen der „Bewegung“ und von ungelösten Problemen der Machtkonsolidierung abgelenkt werden konnte.

Auf die Weckung von „volksgemeinschaftlichen“ Gefühlen – wofür die Machthaber keine Gelegenheit ausließen – zielte auch der schwülstige Weihnachtsrummel im Zeichen des Hakenkreuzes. Das Einkaufen von Geschenken wurde für die Zahlungskräftigen wegen seiner konjunkturbelebenden Wirkung zur nationalen Pflicht erklärt. Einschlägige Läden boten „Hitlerpuppen“, Figuren in SA-, SS- und HJ-Uniform, an und hielten die verschiedensten Waren mit Symbolen des Faschismus feil. Produktion und Verkauf von politischem Kitsch nahmen groteske Ausmaße an und drohten Gegenstand von Gespött zu werden. Reichspropagandaminister Joseph Goebbels schritt deshalb schließlich gegen die größten Wucherungen ein, und Reichsinnenminister Wilhelm Frick verbot im Juni 1934 sogar alle öffentlichen Sammlungen, dies allerdings nur bis zum 31. Oktober.

„Waffenhilfswerk“

Das WHW erbrachte im Winter 1933/34 nach amtlicher Schlußrechnung an Geld- und Sachspenden 358 Millionen Reichsmark; ein spektakulär hoher Betrag im Vergleich zu den vorherigen Winterhilfsaktionen. Die Geldspenden hatten 184,3 Millionen RM erreicht und machten 64,6 Prozent des Gesamtwerts aus. Sie stammten zu einem Drittel aus Firmen und Organisationen, jedoch zu 51,2 Prozent aus den „Opfern“, die Arbeitern und Angestellten direkt von Lohn und Gehalt abgezogen worden waren. Die „Opfersonntage“ hatten rund 25 Millionen RM, die Straßensammlungen knapp sechs Millionen, die WHW-Sammellisten 14,4 Millionen RM eingebracht.

Auch in den folgenden Jahren trieb das WHW, methodisch stets ausgeweitet und zu einem straff durchorganisierten Kontributionssystem perfektioniert, riesige Geldsummen ein. Der

Anteil der Sachspenden ging stark zurück, er sank bis 1939 von 35,4 auf 20,1 Prozent. Bei der letzten Sammlungskampagne vor Beginn des Zweiten Weltkrieges kamen 566 Millionen RM zusammen, 1941 dann sogar 916 Millionen RM. Die ohnehin erforderlichen Aufwendungen für die wirtschaftlich schwachen Teile der Bevölkerung wurden dem Volk selbst aufgebürdet. In den sozialdemokratischen Deutschland-Berichten hieß es Mitte der 1930er Jahre, die Sammlungen des WHW hätten dank ungehemmter Einsatzbereitschaft der Nazis „vollends den Charakter organisierter Wegelagerei angenommen“. Der Staat entlastete sich auf diese Weise finanziell, vor allem zugunsten der intensiv vorangetriebenen Aufrüstung und später direkt der Kriegsführung. Im Volksmund stand WHW oftmals für „wir hungern weiter“, und folgerichtig sprachen Antifaschisten auch von einem „Waffenhilfswerk“.

junge Welt, 13.09.2013, S. 10.

Täter auf der Couch?

Naziverbrechen im Visier

Wer den Film „Der gewöhnliche Faschismus“ des sowjetischen Dokumentaristen Michael Romm aus dem Jahr 1964 kennt, der weiß, dass sehr viele Hände nötig gewesen waren, um die ungeheuer große Zahl an Naziverbrechen überhaupt begehen zu können. Früher vertretene Vorstellungen, allein Hitler und Leute seines engeren Umfeldes seien am Genozid an den europäischen Juden und an anderen Völkern schuldig, sind von der Forschung widerlegt.

Nachzulesen ist in zahlreichen Publikationen – darunter von Christopher Browning, Christian Gerlach, Ulrich Herbert, Gerhard Paul, Michael Wildt und Harald Welzer –, welche Rolle sowohl der Krieg, die gesellschaftlichen Strukturen als auch ideologische Motive und persönliche Erfahrungen spielen. Erforscht sind sozialpsychologisch-situative Aspekte wie Gruppendruck und Kameradschaftsgeist. Man geht heute davon aus, dass bis zu 250.000 Deutsche und Österreicher aktiv am Morden beteiligt gewesen sind. Eingebürgert hat sich für sie der semantisch kaum hinterfragte Begriff „Täter“.

Klaus-Michael Mallmann, ein vor allem sozial- und milieugeschichtliche Aspekte betonender Historiker, trug wesentlich zur Bereicherung unseres Wissen über die Mörder bei. Ihm ging und geht es dezidiert um eine Analyse der Sozialisation, Politisierung und Motivation der Täter, wobei er gelegentlich sogar meinte, über deren Rolle und Motive sei das „Bewegungsgesetz“ der hitlerfaschistischen Diktatur zu erfassen. Ihm nun ist der hier anzuzeigende Band gewidmet.

Eröffnet und beendet wird er mit außenpolitischen Themen. Wolfram Pyta befasst sich mit der Rolle Japans im machtpolitischen Kalkül von Hitler. Jeffrey Herf untersucht die Nazi-propaganda in der arabischen Welt und die „ideologische Kollaboration“ zwischen dem „Dritten Reich“ und einigen muslimischen Führern während des Zweiten Weltkrieges. Über die Tätigkeit der Tschechoslowakischen Regierungskommission zur Verfolgung von NS-Kriegsverbrechern berichtet Lenka Šindelářová. Aufschlussreiches teilt Ulrike Becker über die deutsche Militärberatergruppe mit, die in den 1950er Jahren in Ägypten wirkte und eng mit dem bundesdeutschen Wirtschaftsministerium zusammenarbeitete. Martin Cüppers widmet sich dem Verhältnis der Bundesrepublik zu Israel und fragt: „Freundschaft oder Staatsräson?“

Am umfangreichsten geriet der lesenswerte Beitrag von Christopher Browning, der sich wie eine Ergänzung zu dessen Buch von 1992 über die „ganz normalen Männer“ des Reserve-Polizeibataillons 101 liest. Der US-amerikanische Historiker befasst sich mit überlieferten Fotoalben und Bildern. Auch Gerhard Paul schreibt über „Bilder der Gewalt“ und meint, das Fotografieren und Filmen – so während des Lemberger Pogroms Ende Juni 1941 – sei selbst eine Form der Gewalt.

In mehreren Beiträgen kommen auch die Opfer zu Wort und in den Blick. Andrea Löw fragt beispielsweise, was die Juden in den Ghettos von Litzmannstadt und Warschau über die Vernichtungspläne der Nazis wissen konnten. Kritisch äußert sich Dan Michman über die nahezu ausschließliche Konzentration der Holocaustforschungen auf Osteuropa. Zudem moniert er das Fehlen einer „integrativen“ Geschichtsschreibung, die alle Facetten anti-jüdischer Politik, inklusive wirtschaftlicher Interessen, darzustellen habe. Drei bemerkenswerte Texte gelten schließlich dem Umgang von Justiz und Öffentlichkeit mit den Naziverbrechen.

Wer nun meint, den Tätern werde zu viel Aufmerksamkeit geschenkt, dem sei widersprochen. Gerade auch angesichts heutiger neonazistischer Untaten bleibt Täterforschung unabdingbar.

Martin Cüppers/ Jürgen Matthäus/Andrej Angrick (Hrsg.): Naziverbrechen. Täter, Taten. Wissenschaftliche Buchgemeinschaft. 384 S., geb., 59,90 Euro.

Neues Deutschland, 9. bis 13. Oktober 2013, S. 22.

Das „große Tamtam“

Am 14. Oktober 1933 verläßt Deutschland die Genfer Abrüstungskonferenz und tritt aus dem Völkerbund aus. Der Schritt dient den Nazis zur weiteren Kriegsvorbereitung

Am Abend des 14. Oktober 1933 hielt Hitler wieder einmal eine lange Rede, ausgestrahlt von allen deutschen Radiosendern. Er versuchte, der Öffentlichkeit die überraschende Nachricht zu begründen, daß Deutschland die Genfer Abrüstungskonferenz verlassen habe und aus dem Völkerbund austreten werde. Zugleich kündigte er die Auflösung des Reichstages, der erst am 5. März 1933 gewählt worden war, sowie dessen Neuwahl und eine Volksabstimmung an. Tags darauf erschien eine umfangreiche Sondernummer des Völkischen Beobachters mit dem gesamten Redetext. Zudem enthielt das Parteiblatt einen Aufruf des Reichskanzlers, den Joseph Goebbels bei einer Pressekonferenz verlesen hatte, sowie – was schon etwas verwunderlich war – einen weiteren Aufruf, den die Reichsregierung präsentierte. Der richtete sich ebenfalls an das „deutsche Volk“, diente jedoch offensichtlich dem Versuch, die Nachbarstaaten zu beruhigen und die deutsche Politik als eine ausschließlich dem Frieden Europas dienende zu tünchen. Im Mittelpunkt stand das Bemühen kundzutun, in Deutschland gäbe es eine völlige Übereinstimmung von Regierung und Volk.

In seiner Rede behauptete der „Führer“ dreist und wider besseres Wissen, Deutschland habe seine Waffen „zerstört“ und alle auferlegten Verträge „in geradezu fantastischer Treue erfüllt“. Wie in der Reichstagssitzung vom 17. Mai (siehe jW-Thema vom 17.5.2013) betonte er, jeden Krieg zu verabscheuen. Dieser dürfe kein Dauerzustand der Menschheit werden. Das von ihm regierte deutsche Volk hätte das westliche Europa vor dem Kommunismus gerettet, nun sei es auch bereit, durch seine Werke, friedliche Arbeit und gesittete Kultur „mitzuhelfen am Wiederaufbau einer heute seelisch unglücklichen Welt“. Leider würde aber diese Welt, „der wir nichts zuleide tun“, die Deutschen mit einer „Flut von Lügen und Verleumdungen“ überziehen. Gewissenlose Hetzer würden Greuelnachrichten verbreiten, obwohl nach dem 30. Januar „nicht ein einziges Schaufenster zertrümmert, kein Geschäft geplündert und kein Haus beschädigt“ worden sei.

Außenpolitisches Programm

Das mag rhetorisch geschickt gewesen sein, doch die Taten des braunen Regimes belegten völlig Gegenteiliges. Das reale Geschehen bot hinreichend Anlaß zu Besorgnis und Vorsicht. Daß in Deutschland auf- und nicht abgerüstet wurde, konnte niemand übersehen. Ebenso die Tatsache, daß es hier an einer Abrüstung, die diesen Namen verdient haben würde, absolut kein Interesse gab. Im faschistischen Deutschland stand nicht das „Ob“ einer Wiederaufrüstung zur Debatte, es ging allein um die Suche nach dem besten Weg und den geeigneten Mitteln. Demagogisch verlogen gerieten daher alle „Argumente“, die das Ausscheiden aus den Abrüstungsverhandlungen und aus dem Völkerbund begründen sollten.

Die Entscheidung vom 14. Oktober wies zwar Momente eines plötzlich gefaßten Entschlusses auf und stellte einen Überraschungseffekt dar – sie entsprang indessen folgerichtig jenem Kurs, den sowohl die Nazis als auch ihre deutschnationalen Bündnispartner, das Auswärtige Amt und die Reichswehrführung gemeinsam seit Jahresbeginn eingeschlagen hatten. Über einen solchen herausfordernden Affront gegen den Bund der Völker war zuvor schon nachgedacht worden, zumal Japan im Mai des Jahres sich mit dem Austritt aus dem Völkerbund größere Handlungsfreiheit verschafft hatte. Eine entsprechende Andeutung ließ sich auch der „Friedensrede“ Hitlers vom 17. Mai entnehmen. Nun wurde kaum fünf Monate später eine sich anbietende Gelegenheit genutzt. Sie schien geeignet, die tatsächlich betriebene Wiederaufrüstung zu beschleunigen und zudem noch zu legitimieren. Alles Gerede vom Willen, nichts anderes als internationale Gleichberechtigung zu erlangen, lag gleichsam wie tarnender Puder über einem klar konturierten, langfristig angelegten außenpolitischen Programm.

Dessen Konturen hatte Hitler bereits am 3. Februar 1933 im kleinen Kreis führender Militärs dargelegt. Es gehe um die „Eroberung neuen Lebensraumes im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung“. Und er hatte auch Voraussetzungen benannt sowie Wege und Mittel gewiesen: Der Marxismus müsse mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden, der Krebschaden „Demokratie“ sei strikt zu beseitigen, der „Wehrwillen“ mit allen Mitteln anzustreben. Die Jugend und das ganze deutsche Volk seien auf den Gedanken einzustellen, daß „Kampf“ erforderlich sei. Diesem gegenüber habe „alles zurückzutreten“. Unverblümt formuliert und von den Zuhörern widerspruchlos akzeptiert, mehr noch sogar begrüßt: Diktatur im Innern als Grundlage einer verstärkt betriebenen, systematisch geförderten Aufrüstung zu Gewinnung eines größeren Lebensraumes. Diese Zielstellungen gingen weit über jene Bestrebungen hinaus, „nur“ die Ergebnisse des Ersten Weltkrieges revidieren zu wollen. Ihr expansionistischer Kern war bekannt, hatte Hitler doch bereits in seinem Buch „Mein Kampf“ davon gesprochen, es sei „ein politischer Unsinn von Ausmaßen und Folgen“, ja sogar ein Verbrechen, lediglich ein Minimalziel deutscher Revisionsbestrebungen ins Auge zu fassen. Es lohne nicht, nur für die Vorkriegsgrenzen „erneut das Blut unseres Volkes einzusetzen“.

Spätestens seit der Veranstaltung vom 3. Februar handelte es sich nicht mehr allein um Hitlers Ideen, wie gern behauptet wird, nein: Die versammelte Führung der Reichswehr sah sich verstanden und bestätigt. Von einer als „Morgenröte des 3. Februar 1933“ gepriesenen Politik wurde gesprochen, und General Walter von Reichenau erklärte später für die Wehrmacht: „Wir sind Nationalsozialisten auch ohne Parteibuch. Die Besten, Treuesten und Ernstesten.“

Ohne Säbelrasseln

Wie ein roter Faden zog sich 1933 das Programm beschleunigter Aufrüstung durch nahezu alle Beratungen des Kabinetts sowie der Parteigremien. Kontinuierlich fortgesetzt und erweitert wurde, was in der Weimarer Republik begonnen und erreicht worden war. Die Übergänge waren fließend von einer Politik, die hauptsächlich eine Revision der Versailler Friedensverträge anstrebte, hin zu einer Politik der Expansion und Gewinnung von „Lebensraum“ auch außerhalb der Grenzen von 1914. Zudem durfte sich letzteres durchaus auch auf Traditionen des Wilhelminischen Kaiserreiches berufen, auf den im Ersten Weltkrieg versuchten „Griff nach der Weltmacht“. Sowohl Reichswehrminister Werner von Blomberg als auch Außenminister Konstantin Freiherr von Neurath, die beide zu dem Zeitpunkt noch nicht der NSDAP angehörten, hielten ein Abkommen über Abrüstung von vornherein „weder für erwünscht noch für möglich“. Sie plädierten für eine Politik des „leeren Stuhles“ und rieten zum Ausscheiden Deutschlands aus den Abrüstungsverhandlungen. 1933 verhielt sich Hitler in diesem Prozeß oftmals sogar zurückhaltender als die beiden Minister. Seine „Friedens“-bekundungen gewährten Raum für die Aufrüstung, ja garantierten diese sogar. Während Hitler bei vielen Gelegenheiten taktisch vom Frieden sprach, faßte sein Kabinett Ende Mai/Anfang Juni mehrere gewichtige Grundsatzbeschlüsse für ein umfangreiches Aufrüstungsprogramm. Die Weichen wurden gestellt hin zum langfristigen Aufbau eines großen Heeres. Hjalmar Schacht, der neue Reichsbankpräsident, sorgte im Zusammenspiel mit Rüstungsindustriellen für dessen ausreichende Finanzierung. Er gewährte für acht Jahre einen Kredit in Höhe von 35 Milliarden Reichsmark, die der Reichswehr Jahr für Jahr 4,37 Milliarden auszugeben ermöglichte, zusätzlich zu deren Jahreshaushalt von zirka 600 bis 700 Millionen RM.

Klartext sprach der „Führer“ indessen am 6. Juli auf einer Konferenz der Reichsstatthalter, zu denen viele der NSDAP-Gauleiter ernannt worden waren. Hier bilanzierte er die bisherigen Ergebnisse der „nationalsozialistischen Revolution“ und stellte fest, man stehe nun in der Phase einer „langsamen Vollendung des totalen Staates“. Dennoch, so hieß es mit dem Blick über Deutschlands Grenzen hinaus, dürfe man sich „nicht zu unüberlegten Schritten hinreißen“ lassen. Für alle Reichsorgane sei „allergrößte Zurückhaltung in außenpolitischen Fragen

geboten“. Keine Rede war natürlich von einer Zurückhaltung beim militärischen Aufrüsten. Statt dessen galt: „Aufrüstung muß innerlich geschehen. Wir tun besser, darüber kein großes Tamtam zu schlagen.“ Hitler forderte: „Im Inneren handeln und immer vom Frieden und von der Abrüstung reden.“ Es sei auch nicht richtig, vom Ringen um Gleichberechtigung zu sprechen, da diese Deutschland ja Ende 1932 zumindest formell zugestanden worden war. Würde jetzt dieser Begriff verwendet, könnte daraus eventuell geschlußfolgert werden, Deutschland wolle aufrüsten. Es müsse daher immer heißen, das Reich betreibe eine Politik des „Friedens und der Verständigung“. Das Auswärtige Amt lieferte dazu Richtlinien, worauf die Abrüstungspropaganda in Deutschland besonders zu achten habe. Jeder Anschein einer Aufrüstung müsse vermieden werden. Über den Wehrsport, die Tätigkeit der Hilfspolizei und vor allem über Veranstaltungen von SA, SS, Stahlhelm usw. sei so zu berichten, daß deren nichtmilitärischer Charakter gegenüber dem Ausland bewiesen werden könne.

Alle Aufrüstung sollte also geräuschlos vor sich gehen, den Westmächten sollte kein Anhaltspunkt für gegen Deutschland gerichteten Vorwürfe oder sogar für eventuell mögliche Sanktionsmaßnahmen geboten werden. Diesem Kurs entsprach die Paraphierung des von Italien vorgeschlagenen (jedoch niemals ratifizierten) Viermächteabkommens am 15. Juli 1933, mit dem sich Deutschland, Italien, Frankreich und Großbritannien verpflichteten, auf der Grundlage bestehender Verträge alle auftretenden völkerrechtlichen Probleme gemeinsam zu beraten und den Frieden bewahren zu wollen. Vor allem entsprachen ihm die fortgesetzte Beteiligung an den Abrüstungsverhandlungen und die Zustimmung zu Gesprächen, die in Genf über den im März 1933 vorgelegten Plan des britischen Premierministers Ramsey MacDonald geführt wurden. Dieser griff auf den Briand-Kellogg-Pakt von 1928 zurück und unterstrich die Kriegsverbotsklausel. Er sah vor, auf dem Kontinent (dem sich Großbritannien nicht zugehörig fühlte) innerhalb von fünf Jahren abzurüsten. In diesem Zeitraum sollte ein Gleichstand der Heere von jeweils bis zu 200.000 Mann erreicht werden. Für Deutschland hätte dies in erster Linie eine Verdoppelung seines erlaubten militärischen Potentials bedeutet. Hingegen hätten Frankreich, Polen, Rußland und andere Staaten ihre Heere erheblich reduzieren müssen. Der MacDonald-Plan enthielt ferner die Zielstellung, im selben Zeitraum die Armeen der europäischen Mächte einheitlich auszurüsten; die der Deutschen allerdings nur mit den im Versailler Vertrag fixierten Waffenarten. Als wünschenswert benannte der Plan die Abschaffung der Luftwaffen. In einer ersten Reaktion erklärte der deutsche Außenminister, Deutschland müsse selbstverständlich alle Waffengattungen besitzen, wolle es seine Sicherheit nicht freiwillig vernachlässigen. Zugleich warf er den Verhandlungspartnern vor, keine Abrüstung anzustreben, was auf dem diplomatischen Parkett einen Sturm der Entrüstung hervorrief und Hitler veranlaßte, mit seiner Rede vom 17. Mai Schadensbegrenzung anzustreben.

Abbruch der Verhandlungen

Französische Bedenken, nationalstaatliche Interessen und vor allem die Kenntnis der tatsächlich in Deutschland betriebenen Rüstungsbemühungen waren es, die im Sommer 1933 zu einer Abänderung des MacDonald-Planes führten. Demnach sollte es vor der geplanten Abrüstung erst eine vierjährige Phase geben, in der festzustellen sei, ob Deutschland aufrichtig eine Politik der Verständigung und keine Revisionspolitik betreibe. Wenn ja, dann könne sich Deutschland auch mit schweren Waffen ausrüsten.

Bei aller berechtigten Besorgnis über die den Frieden gefährdende Entwicklung im faschistischen Reich – dieser Schritt mußte die Abrüstungsverhandlungen belasten. Erheblich sogar, jedoch nicht in einem solchen Ausmaß, daß ihr Abbruch gerechtfertigt gewesen wäre. Stets hatten sich bisher, im Ergebnis von Verhandlungen und schrittweise, Entscheidungen zugunsten Deutschlands erreichen lassen. Der eingeschlagene Weg hätte fortgesetzt werden können. Weder das Verhandlungspotential noch die diplomatischen Mittel konnten als völlig erschöpft

angesehen werden. Nicht einmal militärische Sanktionen hätte Deutschland wirklich zu befürchten gehabt, war doch deren Untauglichkeit zur Lösung von Krisen bereits in den zwanziger Jahren zutage getreten.

Statt dessen verlangte die deutsche Regierung ultimativ die Abrüstung der anderen. Zugleich wurde am 4. Oktober eine grundsätzliche Entscheidung getroffen, alles in eine Richtung zu drängen, die es ermöglichte, nicht mehr an den Genfer Verhandlungen teilzunehmen und den Völkerbund zu verlassen. Der Taktik, ein „großes Tamtam“ zu vermeiden, folgte ein offen betriebener konfrontativer Kurs, ein Mittel, das den sogenannten Katastrophenpolitikern in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre vergleichbar war.

Im relativ kurzen Entscheidungsprozeß der deutschen Reichsführung gab es kaum nennenswerte Differenzen. Drastisch lehnte die Führung des Auswärtigen Amtes den neuen Plan ab; eine Warnung vor voreiligen Schritten, die der Leiter der deutschen Delegation auf der Genfer Abrüstungskonferenz, Rudolf Nadolny, geltend machte, blieb ungehört. Es hieß landauf und landab, der neue Konventionsentwurf sei eine unerhörte Diffamierung Deutschlands und völlig unannehmbar. Es war vor allem Reichswehrminister von Blomberg, der einen radikalen Schritt nahelegte und erneut als „Urfrage“ stellte: Austritt oder weitere Verhandlungen.

Mit der Bekanntgabe der Entscheidung am 14. Oktober durch Hitler – zwei Tage vor dem Start einer neuen Verhandlungsrunde in Genf – begann die deutsche Außenpolitik, sich zu ändern. An die Stelle von Akzeptanz der Orientierung auf kollektive Zusammenarbeit trat das Konzept, mit Hilfe zweiseitiger Verträge die deutsche Machtstellung auszubauen. Dementsprechend wurde bereits kurze Zeit später, am 26. Januar 1934, mit Polen ein Nichtangriffsvertrag geschlossen. Die Bilateralisierung der Beziehungen zu anderen Ländern ersetzte multilaterale Schlichtungs- und Verständigungspolitik. Gekoppelt mit zunehmender, zumeist auch in erpresserischer Manier erfolgender Androhung von Gewalt zielte nun die Außenpolitik der deutschen Faschisten darauf, die europäischen Nachbarstaaten zu entsolidarisieren und einzeln als Partner in ihren Dienst zu stellen oder einzeln als Gegner zu behandeln. Dazu paßte Abenteuerliches: Selbst der Ausbruch eines Krieges sollte in Kauf genommen werden. Für den Fall, daß gegen Deutschland Sanktionen verhängt werden würden, gab es eine Weisung an die Reichswehr, datiert vom 25. Oktober und unterzeichnet von Blomberg, derzufolge sie jedem feindlichen Vorgehen „ohne Rücksicht auf militärische Erfolgsaussicht örtlich bewaffneten Widerstand entgegenzusetzen“ habe.

Eine Wahlfarce

In der Zeit zwischen dem 14. Oktober und dem 12. November 1933 – der Tag, an dem der neue Reichstag gewählt und die Volksabstimmung stattfinden sollte, entfachte das braune Regime eine außerordentlich umfangreiche und nationalistische Kampagne. Zahlreiche Veranstaltungen standen unter dem realitätsfremden Slogan: „Mit Hitler gegen den Rüstungswahnsinn“. Und der, mit dessen Namen hauptsächlich geworben wurde, zog selbst alle Register. In mehr als einem Dutzend Städte trat er auf: Kelheim, Regensburg, Berlin, Hannover, Stuttgart, Neumarkt, Frankfurt am Main, Weimar, Essen, Breslau, Elbing, Kiel, München. Als er am 24. Oktober im Berliner Sportpalast sprach, kündigte er mit großem Pathos an: „Ich für meine Person erkläre, daß ich jederzeit lieber sterben würde, als daß ich etwas unterschriebe, was für das deutsche Volk meiner heiligsten Überzeugung nach nicht erträglich ist.“ Seine Rede beendete er mit der Aussage, sollte er sich irren oder das Volk einmal glauben, „meine Handlungen nicht decken zu können, dann kann es mich hinrichten lassen: Ich werde ruhig standhalten.“ Am 10. November wandte er sich auf dem Gelände des Siemens-Betriebes ausdrücklich an die „deutschen Arbeiter“.

Der gesamte Propagandaapparat lief auf Hochtouren. Und zeigte Wirkung. Sie fiel wunschgemäß aus. Bei der Reichstagswahl stimmten 39 Millionen der Kandidatenliste zu, welche die

NSDAP und Reichsinnenminister Wilhelm Frick vorgelegt hatten und 661 Namen umfaßte, darunter 22, die nicht der NSDAP angehörten und als „Gäste“ geführt wurden. Mit 95,1 bzw. 92 Prozent war die Beteiligung der Abstimmungsberechtigten recht hoch. 40,5 Millionen Ja-Stimmen gab es beim Plebiszit über den Austritt aus dem Völkerbund. Mit Nein stimmten 2,1 Millionen, und in den Urnen fanden sich rund 760.000 ungültige Stimmen. Lediglich in einigen ehemaligen Hochburgen der Arbeiterparteien lag der Anteil der Nein-Stimmen über zehn Prozent.

Das braune Regime durfte die Ergebnisse als großen Erfolg verbuchen. Mit erheblichem Widerstand im Inneren und von außen brauchte es auf absehbare Zeit nicht zu rechnen. So gestärkt, konnte rasch ein „Umbau“ der Reichswehr in Angriff genommen werden. Schon am 17. Oktober hatte der Reichswehrminister angewiesen, es müsse eine „Weisung zur einheitlichen Vorbereitung auf einen zukünftigen Krieg“ ausgearbeitet werden. Dem kam am 21. November 1933 General Ludwig Beck, Chef des Truppenamtes im Reichswehrministerium, nach. Er forderte, durch Etaterhöhungen, Umstellung vorhandener Einheiten, Aufstellung neuer Einheiten und administrative Maßnahmen die Zukunft eines – wie es verschleiernd hieß – „neuen Friedensheeres“ zu sichern. Die schließlich so betitelte Weisung vom 14. Dezember 1933 sah vor, innerhalb der nächsten vier Jahre die Stärke der deutschen Truppen von 21 Divisionen auf 67 Divisionen und zwei Brigaden zu erhöhen, insgesamt auf 300.000 Mann (ausschließlich Luftwaffe und Marine). Als Ziel dieses Umbaus der Wehrmacht wurde ausdrücklich formuliert, es müsse in kürzester Frist daraus ein ausreichendes „Kriegsheer“ entstehen.

„Hitler bedeutet Krieg“ – so war im Jahr zuvor von deutschen Kommunisten gewarnt worden. Vergeblich ...

Aus den Quellen

Aus Hitlers Rede vom 06.7.1933 auf der Reichsstatthalterkonferenz:

„Wir müssen tatsächlich versuchen, zu einer Verständigung zu kommen mit jedermann, mit dem man sich verständigen kann, weil wir noch keine andere Möglichkeit haben. Ich befinde mich hier im Gegensatz zu Stresemann, der diese Verständigung anstrebte, damit sein System im Inneren sich an der Herrschaft halten konnte, nicht weil er eine Verständigung anstrebte. Der Zweck meiner Verständigung ist ein anderer. Ich treibe Verständigungspolitik, um dadurch zu einer Politik der Stärke später einmal zu kommen. Jeder muß denken: Was ich nicht weiß, macht mir (sic!) nicht heiß. Die Regierung wird schon das Richtige tun, um uns aus unserer schmachvollen Lage herauszubringen.“

Aus dem Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk vom 14.10.1933:

„Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind sich einig in dem Willen, eine Politik des Friedens, der Verantwortung und der Verständigung zu betreiben als Grundlage aller Entschlüsse und jeden Handelns. Die deutsche Regierung und das deutsche Volk lehnen daher die Gewalt als ein untaugliches Mittel zur Behebung bestehender Differenzen innerhalb der bestehenden Staatengemeinschaft ab. Die deutsche Regierung und das deutsche Volk erneuern das Bekenntnis, jeder tatsächlichen Abrüstung der Welt freudigst zuzustimmen mit der Versicherung der Bereitwilligkeit, auch das letzte deutsche Maschinengewehr zu zerstören und den letzten Mann aus dem Heere zu entlassen, insofern sich die anderen Völker zu Gleichem entschließen.“

Aus dem Tagebuch von Victor Klemperer, 14.11.1933:

„Am Sonntag stimmte ich beim Plebiszit mit ‚Nein‘, und über den Wahlzettel zum Reichstag schrieb ich auch ‚Nein‘. Eva gab beide Zettel leer ab. Das war beinahe eine tapfere Tat, denn alle Welt rechnete mit dem Bruch des Wahlgeheimnisses. Es hat sich mancher, um entweder

der Wahl überhaupt oder der Wahlkontrolle zu entgehen, einen Stimmschein geben lassen, um außerhalb zu wählen. Ich glaube nicht, daß man wirklich das Geheimnis verletzt hat. Es war ja aus doppeltem Grund unnötig: 1. genügt es, daß jedermann an den Bruch des Geheimnisses glaubte und also Angst hatte; 2. war garantiert für die Richtigkeit des gemeldeten Ergebnisses, da die Partei ohne Gegenkontrolle alles beherrscht. Ich will auch noch anerkennen, daß durch die wochenlange maßlos verlogene ‚Friedenspropaganda‘, der kein gedrucktes oder gesprochenes Wort gegenüberstand, Millionen besoffen gemacht wurden. – Trotz alledem: Als nun gestern der Triumph veröffentlicht wurde (...) – da war ich niedergeschlagen, da glaubte ich das beinahe auch und hielt es für Wahrheit. Und seitdem heißt es in allen Tonarten: das Ausland erkennt diese ‚Wahl‘ an, es sieht ‚ganz Deutschland‘ hinter Hitler, es rechnet mit Deutschlands Einigkeit, bewundert sie, wird ihr entgegengekommen etc. etc. Das alles macht mich nun auch besoffen, ich fange an, an die Macht und an die Dauer Hitlers zu glauben. Es ist gräßlich.“

junge Welt, Montag, 14.10.2013, S. 10.

Mythos Novemberputsch

Die Nazis stellten die Erinnerung an den versuchten Staatsstreich vom 9. November 1923 in den Dienst von Machtgewinn und Kriegsvorbereitung

Vieles gehörte zum ideologischen Waffenarsenal der Nazis, darunter von Beginn an ständig der Mißbrauch von Geschichte. Sie betrieben, modisch formuliert: Geschichtspolitik. Ihr Welt- und Geschichtsbild war durch und durch völkisch, rassistisch und imperialistisch, wie 1967 der Historiker Karl Ferdinand Werner formulierte. „Deutsche Größe“ – so lautete der Titel einer Ausstellung, die am 8. November 1940 in München eröffnet wurde. Also am Vorabend des 17. Jahrestages des gescheiterten Putschversuches. In der Exposition wurde der Kern hitlerfaschistischer Geschichtspromaganda deutlich. Als Ziel galt, „allen Volksgenossen das Wesen der Deutschheit zu erschließen“. Mit den alten Germanen habe der Aufstieg einer neuen Welt begonnen. Dem Kult um sie folgte die Bewunderung deutscher Macht in den Reichen Karls des Großen und der Staufer. Hervorgehoben wurde vor allem die Ostexpansion der Hanse und des Deutschen Ordens. In besonderer Gunst standen auch die Helden des Nibelungenliedes, allen voran die Lichtgestalt des unbezwingbaren, nur durch schändlichen Verrat zu stürzenden Siegfried. Nach Friedrich dem Großen und Otto [von] Bismarck sei allerdings das deutsche Volk im Ersten Weltkrieg an den Rand des Abgrundes geführt worden, gerettet dann aber durch den zu endgültigem Siege strebenden „Führer“.

Im Mittelpunkt standen Machtentfaltung und Expansion sowie die Idee, alle Geschichte sei eine des Kampfes zwischen „höher- und minderwertigen Völkern“ und „Rassen“, eines Ringens um den „Lebensraum“. Kriegerische Gewalt wurde als naturgegeben gerechtfertigt, ebenso die Militarisierung aller Lebensbereiche der Gesellschaft. Dafür bereitwillig, gehorsam, heldenhaft zu kämpfen und selbst den Tod in Kauf zu nehmen, sich also zu opfern, wollten die Naziideologen zum höchsten Lebensideal derer machen, die für sie in den Krieg ziehen sollten. In seinem „Kampf“-Buch hatte Hitler von „verzichtsfreudiger Opferbereitschaft“ getönt, von einer notwendigen Weckung „fanatischer, ja hysterischer Leidenschaften“, von „blindem Glauben“ an das „siegreiche Schwert“. Alles gipfelte im weitverbreiteten Spruch: „Du bist nichts, dein Volk ist alles“ – Unterordnung, Verzicht, Dienen, Hingabe und restloses Aufgehen des Individuums in einem „höheren Ganzen“ verlangend.

Erhebung zu Märtyrern

Insbesondere nutzten die Nazis für ihre Geschichtspolitik das Erinnern an den „großen Krieg“ von 1914 bis 1918. In seinem 1929 verfaßten Gedicht „Des Daseins Sinn“ mit der abschließenden Zeile vom Bewahrtsein für den Krieg zielte Baldur von Schirach, „Reichsjugendführer“ und späterer Gauleiter von Wien, auf eine gewaltsame Revision der entstandenen Verhältnisse. Er suggerierte, der verlorene Krieg könne und müsse in denen der Zukunft gleichsam rückwirkend gewonnen werden. Werte wie Tapferkeit, Kameradschaft, Opferbereitschaft und Solidarität der Kriegs-„Helden“ wurden vehement umgedeutet und dienten als Grundlage neuerlicher Kriegsvorbereitung. Vor allem unter den männlichen, aber auch unter den weiblichen Jugendlichen sollte die Bereitschaft zu künftigem Selbstopfer erzeugt werden.

Dabei kam den Nazis zugute, daß vor allem in den letzten Jahren der Weimarer Republik der Kult um die im Weltkrieg „heldenhaft Gefallenen“ regelrecht ausgeübert war. Allgegenwärtig sah sich ein mehr oder weniger striktes Bekenntnis zu Soldatentum und nationalistisch interpretierter Opferbereitschaft geehrt und gefeiert. Bekannte Literaten produzierten zuhauf ein Kondensat aus nationalistischem Idealismus, sozialdarwinistischer Kriegsbejahung, Sehnsucht nach Volkseinheit, bedingungsloser Hingabe des einzelnen für das Vaterland und opfermythischem Heldenkult. Das Töten und Getötetwerden wurden verklärt, ja sogar regelrecht sakralisiert. Dafür ließ sich die christliche Märtyreriologie nutzen, ebenso wie traditionelle

militärische Zeremonien. Dem kam entgegen, daß das Gefühl, man sei nach dem Vermächtnis der Opferhelden selbst zu Heldentum verpflichtet, in nahezu allen Klassen und Schichten weit verbreitet war.

Die NSDAP – neue Kriege anstrebend – inszenierte das Gedenken an die Opfer der Jahre 1914 bis '18 in besonderem Maße. Sie heroisierte die Gefallenen und glorifizierte soldatische Opferbereitschaft. Zum erklärten Ziel erhob sie die „Wiederherstellung“ der – angeblich durch den Ausgang des Krieges und durch den sogenannten Dolchstoß der Heimat in den Rücken des eigentlich siegreichen Heeres beschmutzten – Ehre deutscher Frontsoldaten. Ihr Weltkriegsgedenken glich einer permanenten Politisierung der Erinnerungen an den Krieg, einer mentalen Dauermobilmachung für neue Kriege.

In den Mittelpunkt nazistischer Heldeninszenierungen rückte jedoch das Gleichsetzen der Gefallenen des Weltkrieges mit jenen Toten, die am 9. November 1923 beim vergeblichen „Marsch auf die Münchner Feldherrnhalle“ umgekommen waren. Für die Nazis spielte es keine Rolle mehr, daß es ein abenteuerlicher Putsch gewesen war, den die 1920 entstandene NSDAP in engem Bunde mit einigen Militärs, paramilitärischen und vaterländischen Verbänden für den fünften Jahrestag der Novemberrevolution vorbereitet hatte, ihn schließlich aber allein unternahm. Sie waren glanzlos gescheitert, hatten aber faktisch den Bürgerkrieg geprobt.

Legendenproduktion

Am Abend des 8. November wurde im Münchner Bürgerbräukeller der Beginn der „nationalen Revolution“ verkündet und die „Regierung der Novemberverbrecher in Berlin“ für abgesetzt erklärt. Die Putschisten – allen voran Hitler, von General Erich Ludendorff nachhaltig unterstützt – hatten gehofft, am folgenden Tag ihren Forderungen mit einem „Erkundungs- und Demonstrationsmarsch“ Nachdruck verleihen zu können. Als jedoch die SA-Leute und Mitglieder anderer paramilitärischer Verbände das Regierungsviertel erreicht hatten, waren sie auf einen etwa 100 Mann starken Kordon der Landespolizei gestoßen. Trotz des Rufes „Nicht schießen! Exzellenz Ludendorff und Hitler kommen!“ war ein Schuß gefallen. Wer auch immer ihn abgegeben hatte – ihm folgte ein heftiges Feuergefecht. Bei der Feldherrnhalle, einem zum Ruhme Wittelsbacher Heerführer erbauten klassizistischen Gebäude, hatten die Salven den Marsch der Putschisten gestoppt.

Die Geschichtsschreibung der NSDAP räumte dem fehlgeschlagenen Staatsstreich einen zentralen Platz ein und konstruierte in heroisierender Weise zahlreiche Legenden. Sie fälschte wesentliche Details des Geschehens, um Abenteuerlichkeit und Dilettantismus vergessen zu machen. Hitler widmete den 16 toten Nazis seinen ersten Band von „Mein Kampf“ und nannte diese namentlich. Natürlich nicht aus reinem Trauergefühl: Er wandte sich gegen „sogenannte nationale Behörden“, die den Toten ein gemeinsames Grab verweigert hätten. Zugleich wünschte er, es mögen diese „Blutzeugen“ den Anhängern der Partei „dauernd voranleuchten“. 1925 sprach er davon, seine Bewegung habe durch den Putsch „die Bluttaufe empfangen“. Seit 1926 stilisierte die Partei eine Fahne, die vom Blut der umgekommenen Putschisten getränkt gewesen sein soll, als „Blutfahne“ regelrecht zur zentralen Reliquie ihrer Mitglieder. Stets wurde diese für die „Weihe“ weiterer Fahnen in Szene gesetzt. Zudem erhielten alle Ortsgruppen die Anweisung, alljährlich am 9. November Gedenkfeiern abzuhalten. Ausdrücklich wurde gefordert, dabei auch die Getöteten des Ersten Weltkrieges einzubeziehen. Das gab ihren November-Veranstaltungen von Anfang an eine doppelte Stoßrichtung: Die Toten des Putsches mit denen des Krieges identifizierend hieß es, alle seien für das „Vaterland“ gefallen, und den Soldaten des Krieges seien die „Soldaten“ der Partei in den Tod gefolgt. Da wurde jeder Unterschied negiert, eine nicht zu hinterfragende Gleichwertigkeit der Opfer postuliert und eine zu neuem Einsatz verpflichtende Erinnerung verlangt.

Kontinuität des Krieges – so nahm sich der Kern dieses Konstruktes aus. Der Putsch von 1923 war zum Symbol einer „das Letzte gebenden Einsatzbereitschaft“ geworden, an der jedes Parteimitglied gemessen werden sollte. Als generelles Orientierungsmaß galt fortan die „Todesbereitschaft“. So urteilt der Historiker Ludolf Herbst in einem 2010 erschienenen Buch „Hitlers Charisma: Die Erfindung eines deutschen Messias“.

Glorifizierungskampagne

Als die Nazis 1933 an die Macht gebracht worden waren, boten sich ihnen neue Möglichkeiten des geschichtspolitischen Umgangs mit dem gescheiterten Putsch. Die Feierlichkeiten anlässlich des zehnten Jahrestages wiesen andere Formen und Deutungen auf. Der Parteimythos sollte nun für alle Deutschen verbindlich gemacht werden. In München wurde der Marsch zur Feldherrnhalle wiederholt. Diesmal allerdings mit dem Makel versehen, daß Ludendorff sich nicht beteiligte. Auf den Stufen des Gebäudes standen erstmalig auch die Spitzen der Reichswehr und der baye-rischen Landespolizei. Ein kleines Denkmal wurde enthüllt, eine Tafel mit den Namen der Opfer. Davor hatte ständig ein Doppelposten der SS zu stehen, eine Ehrenwache. Erwartet wurde, daß alle Passanten hier den Hitlergruß entboten und nicht in die sogenannte Drückebergergasse auswichen.

In den späten Abendstunden des 9. November 1933 erfolgte eine Vereidigung der Leibstandarten Hermann Görings und Ernst Röhm durch Hitler. In seinen Reden betonte letzterer, es sei kein Leichtsinns gewesen, der ihn damals geleitet habe. Man habe „im Auftrag einer höheren Gewalt“ gehandelt, nur die Zeit sei dafür noch nicht reif gewesen. Eine seiner Aussagen inmitten der sonst zumeist langatmigen Parteierzählungen klang nach speziellem politischen Zweck: Nachdrücklich erklärte er, es sei nie daran gedacht gewesen, sich gegen die Wehrmacht zu erheben. Dies war offensichtlich eine Bekräftigung des Bündnisses, das die Reichswehrführung unmittelbar nach seinem Amtsantritt als Reichskanzler mit ihm eingegangen waren. Aber auch als Warnschuß an die Adresse der SA-Führung gedacht, die sich selbst als eine Art Volksmiliz an die Stelle der Wehrmacht zu setzen plante und dadurch in eine Konfrontation zur Reichswehr und Reichsregierung geraten war. Pathetisch und dennoch unüberhörbar warnend bezeichnete Hitler es als „höchstes Glück“, daß Militär und Volk wieder „eins geworden“ seien und diese Einheit „niemals mehr zerbrechen“ werde.

Die festlich gestalteten Zeremonien wiederholten sich nun Jahr für Jahr, parallel übrigens zu den Veranstaltungen, die regelmäßig an die Schlacht um den flandrischen Ort Langemarck erinnerten. Militärisch unerfahrene Studenten und Soldaten waren dort Anfang November 1914 begeistert und mit dem Deutschlandlied auf den Lippen sinnlos in einen aussichtslosen Kampf geschickt worden. Das Geschehen erhob man sogleich zu einem Sinnbild bedenkenloser Opferbereitschaft der Jugend zum Langemarck-Mythos. Ehrende Veranstaltungen fanden zumeist am 11. November statt, hoffend, es werde dadurch der als schmachvoll empfundene Tag des Waffenstillstandes im Walde von Compiègne in den Hintergrund treten.

Die an den Putsch von 1923 erinnernden Veranstaltungen erfuhren jeweils langfristige Vorbereitung und ebenso eine intensive Auswertung in den Medien Nazideutschlands. Das zeigte sich vor allem in den beiden folgenden Jahren. Am 24. Januar 1934 strahlte der Deutschlandsender erstmalig eine sogenannte Totengedenkstunde aus. Die Sendung trug den Titel „Uns sind Altar die Stufen der Feldherrnhalle“. Allein in der Wahl des Wortes Altar kam erneut eine religiöse Dimension des Kultes um die 1923 umgekommenen Nazis zum Vorschein, eine heilsgeschichtliche Überhöhung des Putsches, die die Gläubigkeit vieler Menschen geschickt ausnutzte. Am 27. Februar legte ein Gesetz fest, den 1926 eingeführten Volkstrauertag für die Opfer des Ersten Weltkrieges künftig als „Heldengedenktag“ zu begehen. Im März 1934 stiftete die NSDAP einen für Teilnehmer des Putsches vorgesehenen „Blutorden“ mit der Aufschrift: „Und ihr habt doch gesiegt“. Er galt fortan als höchste Auszeichnung der Nazipartei.

Eine weitere Gleichsetzung der zwei Millionen getöteten Soldaten mit den 16 Toten des Putsches und den übrigen angeblich 240 „Opfern der Bewegung“ erfolgte, als im Juli durch den Reichspräsidenten das „Ehrenkreuz des Weltkrieges“ gestiftet wurde. Ein Orden allerdings, der in mehr als acht Millionen Fällen verliehen wurde. Im November entstand zusätzlich eine „Stiftung für die Blutzugehörigen der Bewegung“.

Im Vordergrund: Militärs

Bei den Feiern 1934 verzichtete man am 8. und 9. November in München allerdings auf den Erinnerungsmarsch; zu stark wirkte nach, was als „Röhm-Putsch“ bezeichnet worden war und eine am 30. Juni vollzogene „Enthauptung“ der SA-Führung bedeutet hatte. Manches davon klang in den Reden Hitlers an: Wenn man nur wolle, könne sich jede Katastrophe in einen Sieg verwandeln. Nur Feiglinge würden sich selbst aufgeben, erforderlich seien „innere Härte und Widerstandsfähigkeit“. Neu indessen war das Argument, man sei 1923 mit den eigenen Aktionen lediglich einem „separatistischen Putsch“ zuvorgekommen.

Im darauffolgenden Jahr fand der Erinnerungsmarsch wieder statt, alles in allem sowohl eine Propagandaaktion als auch ein Trauerzug, eine Siegesparade und ein Huldigungsumzug. Er orientierte sich an Liturgie und Heiligenverehrung katholischer Prozessionszüge. Zudem waren – gedacht als „Ewige Wache“ – ganz im Stile nazistischer Kultarchitektur am Münchner Königsplatz zwei „Ehrentempel“ gebaut worden. Dorthin verbrachten Soldaten auf Lafetten der Wehrmacht die 16 Särge der zwölf Jahre zuvor Umgekommenen. Nahezu gespenstisch, beklemmend und beängstigend ging das Spektakel über die Bühne. Gepriesen als Ort von „Andacht und Gebet in Stein“ erhob man ihn zu einer „Wallfahrtsstätte“ des Volkes. Alles diene ebenso dem Kult um Hitler. Pathetisch beschrieb der Völkische Beobachter dessen stummes Gedenken vor den Särgen: „Statuenhaft steht er vor den Sarkophagen, selber einer, der über das Maß des Irdischen bereits hinausgewachsen.“

Auch in den nächsten Jahren fand statt, was im Feierkalender der deutschen Faschisten mehr und mehr in den Mittelpunkt rückte eine „strahlende Wiederauferstehung“ des deutschen Volkes. Immer stärker schob sich dabei das Militär im Vordergrund. 1936 durfte Reichskriegsminister Werner von Blomberg direkt neben Hitler und Göring an der Spitze des Zuges auftreten. Zwei Jahre später galt diese Ehre den am 4. Februar 1938 neu eingesetzten Herren der Wehrmacht: Wilhelm Keitel als Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Walther von Brauchitsch als neuer Oberbefehlshaber des Heeres und Verkünder des Mottos „Über die Schlachtfelder vorwärts!“ Mit dabei waren auch Erich Raeder als Oberbefehlshaber der Marine und Erhard Milch als Generalinspekteur der Luftwaffe. Die Feier der „alten Kämpfer“ als Ausgangspunkt des antijüdischen Pogroms zu nutzen, das hatte Hitler dem Propagandachef Joseph Goebbels überlassen.

Neben dem generellen Anliegen dieser zumeist düster und unheilswirkenden Erinnerungsfeiern brachten vor allem die Reden Hitlers sowie die entsprechenden Berichte der Medien zum Vorschein, worauf – die Geschichte mißbrauchend – der Blick gelenkt wurde. So spielte Hitler 1938 offensichtlich auf den Wechsel in der Führung der Wehrmacht an, als er sich gegen „Leute“ wandte, die da sagen würden, auch er als „Führer“ könne sich mal irren. Im selben Jahr trat er auch mit der Behauptung auf, ein „Zusammenbruch“ wie der 1918 – gemeint war die Novemberrevolution – würde sich „im nächsten Jahrtausend nicht mehr wiederholen“. Im Kopf hatte er da schon seine Rede, die er am 10. November vor Vertretern der Presse hielt. In dieser ging es ihm um die Abkehr von der bislang als notwendig gehandhabten Friedensdemagogie.

Seit 1939 galt der 9. November sogar als staatlicher Feiertag. Die fällige Veranstaltung – „gestört“ allerdings durch das mutige Attentat Georg Elzers – wurde genutzt, um die „Vorsehung“ zu preisen, die ihre Hände schützend über Hitler gehalten habe. In den Kriegsjahren

wechselten dann die Stimmungen von Siegesrausch und demonstrativ betonter Kompomißlosigkeit gegenüber den Kriegsgegnern hin zu dröhnenden Bekundungen unbeirrbarer Siegeszuversicht. Das Ausmaß der Feiern vor der Münchner Feldherrnhalle und den beiden „Ehrentempeln“ am Königsplatz reduzierte sich zunehmend. In den Bürgerbräukeller kam Hitler letztmalig 1943. Beruhigend warb er, was auch kommen werde, er würde es meistern: „Am Ende steht der Sieg!“ Im Jahr darauf legten Keitel und der bayerische Gauleiter Hermann Giesler nur noch einen „Kranz des Führers“ an der Feldherrnhalle nieder, während am selben Tag Goebbels – seit Juli auch „Reichsbevollmächtigter für den totalen Kriegseinsatz“ – in Berlin Angehörige des neu geschaffenen „Volkssturmes“ zu weiterem, sinnlos gewordenem Kriegseinsatz verpflichtete.

Der erstrebte Kriegserfolg ließ sich nicht erreichen. Es half auch zweckdienlicher Rückgriff auf die Geschichte nicht mehr ...

Aus den Quellen:

Aus der Rede Baldur von Schirachs beim Reichsjugendtag der NSDAP in Potsdam am 1. und 2.10.1932:

„Wir fühlen uns in dieser Stunde eins mit den Toten der Feldherrnhalle, wir fühlen uns eins mit all den ermordeten Kameraden der SA und SS und der Hitlerjugend, wir fühlen uns aber auch eins mit den zwei Millionen Toten des großen Krieges. Wir wissen: Was wir tun und was wir gestalten, ist letztlich nichts anderes als die Vollendung ihres Wollens und ihrer Sehnsucht, und so nehmen wir, die nationalsozialistische Jugend, für uns das Recht in Anspruch, uns die Träger der Tradition der Front zu nennen (...).“

Das Blatt *Unser Wille und Weg* schreibt im Dezember 1935:

„Die Feier vom 9. November, in jener Monumentalität, die den Stil des Nationalsozialismus kennzeichnet und die uns niemand auf der Welt nachmacht, war eine zutiefst im germanischen religiösen Empfinden verankerte weihevollte Handlung (...) und brachte dabei doch die alte germanische Vorstellung von der ewigen Erneuerung des göttlichen Lebens in der Verbindung zwischen Totenfeier und Verpflichtung jugendlichen Nachwuchses in eindrucksvoller Weise zum Ausdruck.“

Hitler am 10.10.1938:

„Die Umstände haben mich gezwungen, jahrzehntelang fast nur vom Frieden zu reden. Nur unter der fortgesetzten Betonung des deutschen Friedenswillens und der Friedensabsichten war es mir möglich, dem deutschen Volk Stück für Stück die Freiheit zu erringen und ihm die Rüstung zu geben, die immer wieder für den nächsten Schritt als Voraussetzung notwendig war. Es ist selbstverständlich, daß eine solche jahrzehntelang betriebene Friedenspropaganda auch ihre bedenklichen Seiten hat; denn es kann nur zu leicht dahin führen, daß sich in den Gehirnen vieler Menschen die Auffassung festsetzt, daß das heutige Regime an sich identisch sei mit dem Entschluß und dem Willen, einen Frieden unter allen Umständen zu bewahren. Das würde aber nicht nur zu einer falschen Beurteilung der Zielsetzung dieses Systems führen, sondern es würde vor allem auch dahin führen, daß die deutsche Nation (...) mit einem Geist erfüllt wird, der auf die Dauer als Defätismus gerade die Erfolge des heutigen Regimes wegnehmen würde und wegnehmen müßte. Der Zwang war die Ursache, warum ich jahrelang nur vom Frieden redete. Es war nunmehr notwendig, das deutsche Volk psychologisch allmählich umzustellen und ihm langsam klarzumachen, daß es Dinge gibt, die, wenn sie nicht mit friedlichen Mitteln durchgesetzt werden, mit den Mitteln der Gewalt durchgesetzt werden müssen.“

Hitler am 8. November 1939:

„Aus dieser ganzen Not ist unsere Bewegung entstanden, und sie hat daher auch schwere Entschlüsse fassen müssen vom ersten Tage an. Und einer dieser Entschlüsse war der Entschluß zur Revolte vom 8./9. November 1923. Dieser Entschluß ist damals scheinbar mißlungen, allein, aus den Opfern ist doch erst recht die Rettung Deutschlands gekommen.“

Aus der Rede des Oberbefehlshabers des Heeres, Walther von Brauchitsch, bei einer Langemarck-Feier im November 1940:

„Zur gleichen Stunde, in der es 1914 wie ein Schwur der deutschen Jugend über dieses Feld hallte, ‚Deutschland, Deutschland über alles‘, wollen wir uns erneut darüber klar werden, was es heißt, ein Deutscher zu sein. Damit gehöre ich einem 80-Millionen-Volk an, das im Herzen Europas seinen Platz hat, dessen Geschichte ein nie aufhörender Kampf um den Lebensraum, eine von der Natur vorgezeichnete kämpferische Aufgabe gewesen ist und dessen Bestimmung gelautet hat: Über Schlachtfelder vorwärts! Der Nationalsozialismus ist die Erfüllung der Sehnsucht des Weltkriegskämpfers, er ist frontgeboren. (...) Dieser Krieg, den wir jetzt erleben, schließt zwei Generationen zusammen, die Weltkriegskämpfer und die jungen Soldaten. Mit dem 28. Mai 1940, mit dem Tag, an dem die Reichskriegsflagge in Langemarck gehißt wurde, ist das Vermächtnis der Jugend von 1914 erfüllt worden.“

junge Welt, Freitag, 08.11.2013, S. 10.

Menschliches bei einem Verbrecher?

Volker Ullrich hat sich an eine neue Hitler-Biografie gewagt

Man wisse zwar viel, aber doch noch nicht alles über den Menschen Adolf Hitler, über dessen Charakter und sein Privatleben. Diese Ansicht veranlasste den Historiker Volker Ullrich, erneut die Lebensstationen jenes Mannes zu beschreiben, der einen wesentlichen Beitrag zur Zerstörung der Weimarer Republik geleistet, an der Spitze des faschistischen Herrschaftssystems stehend Deutschlands Weg in den Zweiten Weltkrieg weitgehend geprägt und Millionen Tote zu verantworten hat. Der erste Band der neuen Biografie – beworben als eine weitere große Darstellung nach den als bedeutsam benannten Büchern von Konrad Heiden, Alan Bullock, Joachim C. Fest und Ian Kershaw – reicht bis zum 50. Geburtstag des „Führers“. Der angekündigte zweite Band wird sich den letzten sechs Lebensjahren im Zweiten Weltkrieg zuwenden. Ullrich verfolgt, zunächst dem chronologischen Darstellungsprinzip entsprechend, Hitlers Weg bis zum „Schicksalsmonat“ Januar 1933. Dies wird nur durch ein eigenartig platziertes Kapitel über „Hitler und die Frauen“ unterbrochen und ergänzt mit „Der Mensch Hitler“. Die folgenden Jahren werden in acht systematischen Kapiteln beleuchtet – von der Errichtung der Diktatur über Führerkult und Volksgemeinschaft, Herrschaftsstil und Monumentalarchitektur bis hin zur Radikalisierung der „Judenpolitik“ und den Weg in den Krieg. Redundanzen sind weitgehend vermieden worden, jedoch erscheinen Zusammenhänge oftmals auseinander gerissen.

Das Buch ist gut geschrieben, lesbar, ja auch lesenswert. Viel, darunter auch Neues, erfährt der Leser über Einschätzungen, die berühmte Zeitgenossen wie Thomas Mann, Harry Graf Kessler, Victor Klemperer und Carl von Ossietzky formulierten. Ebenso finden sich Aussagen (un)verantwortlich regierender Politiker, vor allem von Leuten aus Hitlers Umgebung. Oft wird Rudolf Heß zitiert, zudem Albert Speer und die Sekretärin des „Führers“ Christa Schroeder. Auf sehr, sehr vielen Seiten taucht der Autor tief in die Tagebücher von Joseph Goebbels ein, fast immer als Beleg eigener Auffassungen.

Nach dem Urteil der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (12.10. 2013) habe Ullrich das Buch aus Überdruß an den „grassierenden trivialen Deutungen“ Hitlers geschrieben. In der Tat beabsichtigt dieser, mit seinem Blick auf das Menschliche an Hitler eine Reihe als unzulänglich und überholt bezeichneter Auffassungen zu widerlegen. So sei behauptet worden, Hitler wäre nur „eine Figur recht gewöhnlichen Zuschnitts mit beschränktem geistigen Horizont“ gewesen. Er müsse nicht so sehr als Demagoge gesehen werden, sondern als „ein überaus begabter Schauspieler“, ein „Meister der Verführung und Verstellung“. Der Blick auf die wirkliche Person Hitler sei lange Zeit einer dämonisierenden Tendenz gefolgt. Doch es sei, so Ullrich, „ein großer Irrtum zu glauben, ein Jahrhundertverbrecher vom Schlage Hitlers müsse auch persönlich ein Monster gewesen sein. Natürlich wäre es einfacher, könnte man ihn zu einem Psychopathen stempeln, der seine mörderischen Impulse zielstrebig in politisches Handeln umgesetzt habe.“ Hitlers eigentümliche Doppelnatur weise sowohl gewinnenden Charme als auch kriminelle „Züge“ (sic!) auf.

In den bisherigen Reaktionen auf das Buch findet sich zumeist die der Käuferwerbung dienende Aussage, es biete ein „überraschendes Porträt des Menschen hinter der öffentlichen Figur“. Hitler werde nicht nur mit den „Abgründen seiner Persönlichkeit“ dargestellt. Gerade dadurch werde das Geheimnis seines Aufstieges „greifbar“. Für solch bezweifelbaren Wertungen bietet Ullrich indes selbst hinreichend Stoff.

In seiner Einleitung erklärt der Autor vorsichtig, er biete keine „völlig neue Deutung“, sondern wolle das Bild über Hitler „komplexer und vielschichtiger“ zeichnen. Ullrich will den Hitler-Mythos „dekonstruieren“ und in gewisser Weise „normalisieren“. Er wendet sich,

Eberhard Jäckel folgend, gegen die Wertung Hitlers als opportunistischen Machtpolitiker, weil dieser – bei allem Wahnwitz – von einer konsistenten Weltanschauung ausgegangen sei und daran mit unbeirrbarer Konsequenz festgehalten habe. Dem renommierten britischen Historiker Ian Kershaw wirft Ullrich vor, er habe sich weniger für den Charakter Hitlers interessiert, sondern vielmehr für die gesellschaftlichen Bedingungen und Kräfte, die Hitler ermöglicht hatten. Wie Joachim C. Fest, der Hitler als weltbewegendes Zentrum deutete, sieht auch Ullrich im „Führer“ die alles entscheidende und letztlich alles bestimmende Person seiner Zeit.

Im Literaturverzeichnis fallen Fehlstellen auf, was bei der übergroßen Fülle an Büchern zum Thema kaum zu vermeiden ist. Es dürfte jedoch wohl keinem Zufall geschuldet sein, dass die von Martin Broszat und Klaus Schwabe sowie von Ludwig Nestler herausgegebenen Bände über den Weg deutscher Eliten in den Zweiten Weltkrieg nicht zu finden sind. Broszats These vom „Faktor Hitler“ bleibt unerwähnt. Man vermisst ebenso einen Hinweis auf das Buch von Hannes Heer „Hitler war’s. Die Befreiung der Deutschen von ihrer Vergangenheit“.

Die Notwendigkeit einer neuen Hitler-Biografie begründet Ullrich auch mit der Tatsache, dass seit dem Erscheinen der beiden Bände von Kershaw rund 15 Jahren verstrichen sind, in der zahlreiche neue Forschungsergebnisse vorgelegt wurden. Die gelte es zu verarbeiten. Dem kann gefolgt werden. Zu fragen ist aber, ob gegenwärtig tatsächlich ausgerechnet die Betrachtung des Menschen Hitler „wieder in den Mittelpunkt gerückt werden muss“ – in einer Zeit neuer Krisen, neuer Kriege sowie erstarkenden Rechtspopulismus, Rassismus und Neonazismus. Eine Frage, die auch angesichts der neu aufgeflammt Diskussion um die Veröffentlichung von „Mein Kampf“ zu stellen wäre.

Volker Ullrich: Adolf Hitler. Die Jahre des Aufstiegs 1889-1939. Band 1. S. Fischer. 1088 S., geb., 28,00 Euro.

Neues Deutschland, Freitag, 13. Dezember 2013, S. 14.

Ein Leben im 20. Jahrhundert

Mario Keßler, Ruth Fischer. Ein Leben mit und gegen Kommunisten (1895-1961) (= Zeithistorische Studien. Hrsg. vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, Bd. 51), Böhlau Verlag, Köln u.a. 2013, 759 S., 59,90 Euro.

Mit fast 800 Seiten, zudem relativ klein bedruckt, liegt hier nicht nur ein gewichtiges, sondern von seinem Inhalt her ein außerordentlich achtunggebietendes Buch vor. Wer zu ihm greift, darf vermuten, es handele sich um eine reine bzw. um eine politische Biografie. Nun, dies trifft unzweifelhaft zu, und doch handelt es sich zugleich um die Darstellung eines Lebensweges, der wie kaum ein anderer sowohl ein Pro als auch ein Kontra in sich vereint. Ein Lebensweg, der wie kaum ein anderer das 20. Jahrhundert in all seiner Ereignisfülle und Kompliziertheit widerspiegelt, einen Zeitraum, der sowohl durch umfassende Weltkriege als auch von gesellschaftlichen Umbrüchen und Gegensätzen gekennzeichnet war. In diesem Sinne bezeichnet der Autor sein Werk als eine „Biografie der Epoche“ (16). Man könnte ebenso von einer Doppel-Biografie sprechen, da neben der titelgebenden Gestalt auch der Lebensweg von Ruth Fischers langjährigem Partner Arkadij Maslow vorgestellt wird. Darüber hinaus sieht sich nahezu jede weitere im Buch auftauchende Person mit aufschlussreichen biografischen Angaben versehen

Im Vordergrund steht aber Ruth Fischer: Ihr Name ist selbstverständlich Historikern bekannt, aber darüber hinaus heute wohl kaum jemandem geläufig. Allenfalls im Zusammenhang mit ihren beiden Brüdern Hanns und Gerhart Eisler taucht Ruth Fischer aus dem Dunkel der Vergangenheit auf

Was jedoch den Blick auf Leben und Wirken Ruth Fischers ebenso interessant wie brisant erscheinen lässt, hängt vor allem mit ihrer Rolle als ultralinken Führerin der Kommunistischen Partei Deutschlands in den Jahren 1924/25 sowie mit der als einer Kronzeugin US-amerikanischer Kommunistenjäger zusammen. Das eine wie das andere darzustellen und zu erklären, gehört zum insgesamt erfolgreich verwirklichten Anliegen des Autors.

Das erste der insgesamt neun Kapitel schildert familiäre Hintergründe, die den Beginn des Lebensweges von Elfriede Eisler zunächst in Leipzig, dann in Wien prägten. Sozialismus Gerhart – das bedeutete für sie entschiedene Opposition zum Krieg und führte die Studentin in die Reihen der Sozialdemokratischen Arbeiter-Partei Österreichs. Mehr und mehr wollte sie aber nicht allein mit der als erledigt angesehenen bürgerlichen Gesellschaft brechen, sondern auch mit deren sozialdemokratischen „Nachläufern“. Sie gehörte am 3. November 1918 zu den Gründern der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs, die nichts anderes erstrebte, als das, was die Sozialdemokratie „in ihrer Jugend“ gewollt habe. An der Spitze der neuen Partei stehend gab sie den „Weckruf“, das Organ der Partei, heraus und veröffentlichte eine viel diskutierte Broschüre mit dem Titel „Die Sexualethik des Kommunismus“. Keßler bezeichnet dieses Werk als einen anarcho-kommunistisch getönten Aufschrei der Generation, die den Weltkrieg als Zäsur zwischen der alten, scheinbar vernichteten und einer neuen, noch nicht erstandenen Welt erlebt habe. Generell schlussfolgert der Autor, darin sein generelles Anliegen erkennen lassend: „Die intellektuellen Wortführer dieser Generation verstanden sich nicht nur als Akteure eines radikalen Neubeginns, sie dachten auch fast nur im Begriffspaar des Entweder-Oder. Sie gaben dem frühen Kommunismus, aber auch den jeweiligen Varianten eines radikalen bürgerlichen Nationalismus, schließlich dem Faschismus das Gepräge. Ihre rigorose Ablehnung überkommener Konventionen ging nur allzu oft mit dem Bestreben einher, den politischen Opponenten zum Todfeind zu erklären. Dieses Bestreben überdauerte die politischen Stellungswechsel der Akteure. Es sollte bei vielen zur Manie werden und den Kommunismus wie auch den Antikommunismus des 20. Jahrhundert unheilvoll prägen – nicht zuletzt unter tatkräftiger Mithilfe der Exkommunisten.“ (54)

Enttäuscht von der Niederlage der ungarischen Räterepublik, von den Auseinandersetzungen in den eigenen Reihen und auch von ihrem Ehemann Paul Friedländer verließ Elfriede Eisler im Spätsommer 1919 Österreich. In Deutschland traf sie Clara Zetkin, Willi Münzenberg und Paul Levi. Sie trat der KPD bei, arbeitete als Übersetzerin im Westeuropäischen Sekretariat der Kommunistischen Internationale und nahm den Namen Ruth Fischer an. In dieser Zeit kreuzte sich ihr Weg mit Maslow, der zum bestimmenden Mann in Ruth Fischers Leben werden sollte. Beide zeigten sich persönlich einander eng verbunden, auch in ihrer Radikalität, in ihren Träumen, in ihrer der Realität sich entfremdenden Hoffnung, auf putschistischem Wege gestellte Ziele erreichen zu können. Zumindest gelang es ihnen, Paul Levi zu verdrängen, ein ursprünglich demokratisch-kommunistisches Parteikonzept beiseite zu schieben und der KPD einen folgenreichen linksradikalen Kurs aufzuzwingen. Dieser führte zu Aufstandsversuchen, so im März 1921 im mitteldeutschen Industrierevier.

Ausführlich verfolgt Keßler die Auseinandersetzungen, die sich gleich einem Dreh- und Angelpunkt um die Begriffe „Einheitsfront“ und „Arbeiterregierung“ rankten und zu unterschiedlichem Verhalten gegenüber der Sozialdemokratie sowie zu Positionen einer Ablehnung der notwendigen Verteidigung der Weimarer Republik gegen ihre rechten Feinde führten. Was den Leser gewiss aktuelle Parallelen ziehen lässt, auch wenn er von zeitweiligen Kompromissen erfährt, von einem Hin und Her, das nicht zuletzt den innen- und außenpolitischen Erwägungen russischer Kommunisten geschuldet war. Es gelingt dem Autor hervorragend, sowohl die Revolutionsrhetorik der Parteilinken als auch das Schlingern des Parteikurses zwischen „Einheitsfront und Putschismus“ darzustellen, insbesondere in jenen Teilen, die sich mit dem Krisenjahr 1923 und dem Scheitern des „Deutschen Oktobers“ befassen.

Umfangreich gerät die Darstellung des kometenhaften Aufstiegs Ruth Fischers an die Spitze der KPD und des abrupten Endes ihrer Karriere in dieser Partei. Seit sie am 23. Mai 1924 den Vorsitz des Politsekretariats und damit das entscheidende Führungsamt der KPD übernahm, war ihr Name eng mit jener Kampagne verbunden, mit der die „Bolschewisierung“ der Partei durchgesetzt und die Basis für ihr späteres stalinistisches Erscheinungsbild geschaffen worden ist. Im Grunde legt Keßler hier eine nahezu vollständige Geschichte der Suche deutscher und russischer Kommunisten nach einem Ausweg aus den Folgen des gescheiterten „Deutschen Oktobers“ vor. Die Auseinandersetzungen beherrschten die Partei in einem Ausmaß, der in eine Selbstisolation der KPD und folgerichtig zu einem Rückgang von Mitgliederzahlen und Wählerstimmen in den Jahren 1924/25 führte. Verbalradikalismus, revolutionäre Phraseologie versetzten die Partei in einen ultralinken Fieberzustand. Jede innerparteiliche Willensbildung wurde folgenreich lahmgelegt. Das alles wird anhand klug analysierter Dokumente der Parteiführung, aus veröffentlichten und unveröffentlichten Materialien einzelner Akteure sowie aus Beobachtungen anderer Zeitgenossen dargestellt. Seine Arbeit an den Quellen verbindet der Autor mit kritischem Blick auf bisherige Wertungen in geschichtswissenschaftlichen und publizistischen Darstellungen. Sicher würde jeder Leser gern mehr darüber erfahren, welche Motive Ruth Fischer dazu veranlassten, sich unmittelbar vor ihrem Sturz als Kritikerin ultralinken Positionen zu gerieren, zumal sie auch später mancherlei Wende vollzog. Hingegen ist den subtilen Überlegungen zu folgen, die den Ursachen des erfolgreichen Weges von Ernst Thälmann an die Spitze der Partei gelten.

Mitunter wagt Keßler sich hier – immer den Blick auf die KPD gerichtet – auch in Bereiche vor, die allgemeinere und geschichtstheoretische Fragen betreffen: das Verwechseln von Wünschen und Realitäten, Sprache als Mittel politischer Auseinandersetzungen, Bindekräfte politischer Bewegungen, Verhältnis von Intellektuellen und Basis, Rolle von Frauen sowie von Herrschaftsapparaten in Parteien u. ä. m.

Ähnlich dicht, materialreich und sorgfältig durchdacht bieten sich die folgenden Kapitel dar. In ihnen behandelt Keßler den zehnmonatigen Aufenthalt Ruth Fischers im Moskauer Hotel

Lux, dann ihr Auftreten als Außenseiterin in der KPD, ihr kurzzeitiges Wirken im Leninbund, ihre den Unterhalt sichernde Tätigkeit als Sozialfürsorgerin, ihre Sicht auf das Anwachsen und die Aktionen der Nazipartei, vor allem aber die kritischen Auffassungen zu KPD und dem Stalinschen Kurs der Kommunistischen Internationale. Gemeinsam mit Maslow flüchtete sie am 9. März 1933 aus Deutschland. Es begann ein Leben, das sich im Zeichen von „ausgestoßen und gejagt“ zu sein bewegte. Sie wurde sowohl von Hitler als auch von Stalin verfolgt und lebte mehr schlecht als recht in Paris und Lissabon. Hin- und hergerissen sah sie sich zwischen den zahlreichen Kleingruppen des antifaschistischen Exils, näherte sich Trotzki an und entwickelte gleichzeitig eine kritische Sicht auf ihn. Sie lehnte die Bemühungen um eine Volksfront in Frankreich als „Schwindelei“ ab und litt an ihrer Isolation unter den antifaschistischen Intellektuellen. Letztere bestünden, so urteilte Fischer apodiktisch, „zu neunzig Prozent aus Stalinisten und fellow travellers“.

Nachvollziehbar stellt der Verfasser die verheerenden Wirkungen der Moskauer Prozesse dar, die Ruth Fischer erkennen ließen, dass alle Hoffnungen, die innerparteiliche Opposition möge sich stärker als Stalin erweisen und könne die Partei von Grund auf reformieren, auf Sand gebaut waren. Ihre Schlussfolgerung: Nur über die Zerschlagung der kommunistischen Partei und der Komintern werde der Stalinismus überwunden werden können. Zugleich befasste sie sich in zahlreichen Publikationen mit der Frage: Warum Stalin? Mehr aber noch mit Anschuldigungen an andere Exilanten, die sie des Mordes an Maslow zieh und einer aus Russland gesteuerten Verschwörungsbereitschaft gegen die USA bezichtigte. Es fällt schwer, ohne Empörung zu lesen, wie sie in den letzten Jahren des Krieges und unmittelbar danach zugunsten US-amerikanischer Sicherheits- und Verfolgungsapparate hasserfüllt und wider besseres Wissen falsche Behauptungen in die Welt setzte, um anderen Antifaschisten zu schaden – darunter ihren Brüdern Hanns und Gerhart, ferner Bertolt Brecht (tituliert als „Minnesänger“ des sowjetischen Geheimdienstes), Carl Zuckmayer, Oskar Maria Graf, Hermann Duncker, Albert Schreiner, Alfred Kantorowicz, Jakob Walcher, um nur einige zu nennen. An einer Stelle (400) spricht Keßler von ihrer fatalen Neigung, ungeprüft Namen aneinanderzureihen, deren Träger sie in der einen oder anderen Weise mit prostalinistischer Gesinnung assoziierte und damit regelrecht einer „Hexenjagd“ (so das Urteil von Arthur Miller) aussetzte. Einen ganzen Abschnitt widmet er später der Frage, weshalb Ruth Fischer log und wer welche Antworten dazu fand.

Ein weiteres Kapitel widmet Keßler dem Buch „Stalin and German Communism“, das Ruth Fischer 1948 veröffentlichte und das zwei Jahre später in deutscher Übersetzung erschien. Er schildert, wie es entstand, mit welchen Geldmitteln seine Erarbeitung unterstützt worden ist und wie es der im Kalten Krieg aufkommenden Totalitarismustheorie entsprach. Mit Recht wirft er der Autorin vor, ihren eigenen Beitrag zur „Bolschewisierung“ der KPD nicht thematisiert zu haben. Vor allem habe sie die vernunftgemäße Auseinandersetzung mit dem Kommunismus durch eine Verschwörungstheorie ersetzt, was sie auch dazu brachte, im „Dickicht von Geheimdiensten“ zu wirken sowie selbst mit rechtsradikalen Kräften und deutschen Altnazis zusammenzuarbeiten. Damit sei sie „zur Sprecherin einer undifferenzierten, demokratische Werte infrage stellenden Kommunistenfeindschaft (geworden), die über eine rationale Kommunismuskritik weit hinausging.“ (491)

Die letzten fünf Lebensjahre – Ruth Fischer starb am 13. März 1961 – sieht Keßler als eine Zeit, in der sie sich mit ihrer Sicht auf die neuen Entwicklungen in der Welt „zurück zum Kommunismus“ bewegt habe. Das lesenswerte Buch beschließt er mit den Worten: „Am Ende gelangte sie zu mancher Einsicht. Als demokratische Sozialistin entsagte sie den Verschwörungstheorien. Sie kehrte, wenn auch spät, zur Humanität zurück, die sie 1914 gezeigt hatte, als die Umwelt dem Kriegstaukel verfiel. Ihre schweren Irrtümer wie der ernsthafte Versuch, sie zu korrigieren, sollten nicht vergessen werden, denn viele Widersprüche, mit denen sie

rang, sind noch immer ungelöst. Sie zu lösen, bedarf anderer Wege als jener, denen Ruth Fischer allzu lange folgte.“ (618)

Der unter anderem auch von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderte Band sollte trotz seines Umfangs viele Leser finden, zumal die Darstellung klar und logisch strukturiert erscheint. Der Text liest sich spannend, anregend sicher auch für jeden, der manche Deutung des Geschehens durch den Verfasser zu teilen nicht bereit ist.

Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 96, Dezember 2013, S. 187-191.

Terroristische Formierung

30. Januar 1934: Die Nazis orientieren nach dem ersten Jahr ihrer Herrschaft auf „Endsieg im Inneren“ und außenpolitischen Machtgewinn

Obgleich die Naziführer vor allem den ersten Jahrestag ihrer Berufung an die Macht für eine Bilanz und dafür die Tribüne des Reichstages nutzen wollten, traten schon an der Jahreswende 1933/34 kraftprotzende Herrschaftspose und unverhüllte Freude zutage – zumindest in ihrer öffentlichen Selbstdarstellung. Der *Völkische Beobachter* und ebenso die gleichgeschaltete Presse schwelgten in Triumphmeldungen. Vom Jahr der „deutschen Revolution“ ging die Rede, deklariert auch als eine Zeit der „nationalsozialistischen Revolution“. Eine ganze „Welt“ von Auffassungen und Einrichtungen sei beseitigt und eine andere an ihre Stelle gesetzt worden, tönte Hitler. Und: In „maßvoller Form“, recht friedlich und „fast ohne jedes Blutvergießen“ sei alles verlaufen. Das gaben ausgerechnet jene von sich, die den Terrorismus zum obersten Staatsprinzip erhoben hatten. Betroffen waren Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Pazifisten, Demokraten und Juden. Deren Organisationen waren zerschlagen worden, ihre führenden Kader verhaftet, drangsaliert oder gar umgebracht. Aus der Illegalität heraus urteilte der Neue Vorwärts, gegenüber dem jüngst Erlebten sei die Verfolgung in der Zeit des Bismarckschen Sozialistengesetzes regelrecht liberal zu nennen, da es keine Morde, keine Mißhandlungen und keine Konzentrationslager gegeben habe.

Wegbestimmung der NSDAP

Höchst unterschiedlich in den Anreden und fein nuanciert versandte Hitler zum Jahreswechsel Grußtelegramme an einige Naziführer. Er bedankte sich nachdrücklich bei Rudolf Heß, etwas zurückhaltender bei Ernst Röhm, die beide wenige Wochen zuvor zu Mitgliedern der Reichsregierung erhoben worden waren, darin jedoch kein Amt erhalten hatten. Des „Führers“ Dank galt auch Hermann Göring, Joseph Goebbels, Heinrich Himmler, Robert Ley, Alfred Rosenberg, Franz Xaver Schwarz, Max Amann, Baldur von Schirach, Walter Buch und Franz Sedde. Hitler nutzte die Gelegenheit, seine eigene Rolle ins rechte Licht zu setzen: Es sei ihm, so hieß es, von den Dankesempfängern ermöglicht worden, den „Kampf um die Macht durch die Niederringung des marxistischen Gegners endgültig zu bestehen“. Nebenbei: Die Hoffnung des Propagandaministers, sein Herr und Meister werde einen solchen „warmen Brief“ nicht an Hermann Göring richten, erwies sich als falsch. Dies hielt ihn allerdings nicht davon ab, dessen Wirken verächtlich und auch das anderer, z. B. das von Heß und Darré, negativ zu bewerten. Trotz aller „Erfolge“, das Gerangel in der zweiten Reihe der Nazihierarchie hatte noch kein Ende gefunden. Mit allen Mitteln sollten weitere Machtpositionen errungen oder bestehende gefestigt, Konkurrenten zurückgedrängt oder ausgeschaltet werden. Immer ging es allerdings um unterschiedliche Interessen und Positionen in der Frage, welche der demnächst zu treffenden innen- und außenpolitischen Entscheidungen das Regime am effektivsten voranbringen würden auf dem eingeschlagenen Kurs hin zu einer endgültigen Revision der Ergebnisse des Ersten Weltkrieges und zur Vormachtstellung in der Welt.

Auffällig: Nirgendwo war von einem Dank an Reichswehr, Großindustrie, Staatsbürokratie oder an den zeitweiligen deutschnationalen Koalitionspartner die Rede. Auch das mag möglicherweise manche der allein auf Hitlers Wirken fixierten Historiker dazu verleiten, deren Rolle bei Errichtung und Stabilisierung der faschistischen Diktatur im Verlauf des Jahres 1933 geringzuschätzen. Die Nazis priesen indessen den Reichspräsidenten. Mit Recht. Der hatte ihnen nicht nur zur Macht verholfen, sondern wünschte nun während seines Neujahrsempfanges am 1. Januar 1934, sie sollten im neuen Jahr den „Endsieg im Inneren“ erreichen und auch den aggressiven Kurs der Politik nach außen „weiter führen“. Damit hatte Hindenburg zwei der wesentlichen Problemfelder für den weiteren Ausbau des neuen Herrschaftsapparates und die Vorbereitung deutschen Machtgewinns auf internationaler Ebene benannt.

„Für das Schlimmste bereit sein“

Absolute Zufriedenheit mit Erreichtem zu verkünden und zugleich die weitere Sicherung der Herrschaft im Inneren zu fordern, galt Hindenburg wie den Nazioberen als ein besonders wichtiger Bestandteil begonnener Aufrüstung und Kriegsvorbereitung. Zwar hatte Goebbels am letzten Tag des Jahres 1933 in seinem Tagebuch notiert, dieses sei „groß und berauschend“, ja „segensreich“ gewesen, doch fügte er am 1. und 2. Januar hinzu, das neue Jahr „wird Kämpfe und muß Siege bringe“. Man solle „für das Schlimmste bereit sein“.

Als „schlimm“ wurde offensichtlich betrachtet, daß trotz Zerschlagung aller anderen Parteien und Ausschaltung jeglicher Opposition die neue „Einheit“ der Deutschen zwar gepriesen, die Umsetzung der Idee einer nationalistisch geprägten „Volksgemeinschaft“ jedoch nicht in gewünschtem Maße funktionierte. In der Tat: Die den kapitalistischen Verhältnissen wesenseigene Spaltung der Gesellschaft blieb auch 1933 erhalten. Die Massenarbeitslosigkeit war nur um ein Drittel zurückgegangen; außerdem hatte sich die wirtschaftliche Situation der Arbeitenden nicht wesentlich verbessert. Die äußerlich so radikal erfolgten Veränderungen und die Zustimmung einer breiten Mehrheit der Deutschen dazu konnten Zweifel der Naziführung an der Dauerhaftigkeit und der Stabilität des überraschend gewonnenen Massenanhangs nicht ausräumen.

Mit sicherem Gespür für Gefahren, die dem braunen Regime daraus erwachsen konnten, sprach Hitler von der „Kluft“ zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft, die es zu überwinden gelte. Die Presse veröffentlichte am 27. Januar 1934 ein Gespräch, das er mit Hanns Johst geführt hatte. Dieser – ein durch viele nationalistische Dramen und Romane bekannt gewordener Literat, der vorgab, immer seinen Revolver zu entsichern, so er das Wort „Kultur“ höre und der solcherart qualifiziert 1935 Präsident der Reichsschriftumskammer werden sollte – durfte fragen, weshalb sich die Partei als eine der Arbeiter ausbe und welche Vorstellungen Hitler vom „Bürger“ habe.

In seinen Antworten wetterte Hitler grundsätzlich gegen Menschen, die uninteressiert am politischen Leben seien. Spießbürger nannte er sie. Er dulde keine „Flucht in das Private“ und warnte vor „Drückebergerei“. Der Begriff des Arbeiters müsse seines internationalen Charakters entledigt werden, da ihn der national denkende Bürger mißtrauisch betrachte. Sein Ziel sei es, den Arbeiter „einbürgern“ zu lassen in die „Gewalt der deutschen Sprache und in die Hoheitsrechte und Pflichten des deutschen Volkes“. Andererseits dürfe sich der Bürger nicht länger „als eine Art Rentner“ fühlen und nicht mehr allein „der Tradition und dem Kapital“ verpflichtet sein. Er dürfe auch nicht „durch die marxistische Besitzidee vom Arbeiter getrennt“ leben wollen. Hingegen solle er mit offenem Sinn erstreben, „als Arbeiter dem Ganzen eingefügt zu werden, denn er ist ja gar nicht Bürger im Sinne jener entstellenden Deutung, durch die er als feindlicher Bruder innerhalb der Volkschaft verhetzt wurde“.

Verquast und dennoch eindeutig: Ein zum Mythos erhobenes Konstrukt sollte die Realität ersetzen. Gefordert wurde von jedem die Bereitschaft, über Klassenschranken hinweg gemeinsam zu handeln. Die Faschisten erhofften sich, so die gegebenen sozialen Unterschiede übertünchen sowie den Arbeiter allen wirtschaftlich und politisch gesetzten Zielen bedingungslos unterwerfen zu können.

Arbeitsgesetz und Reichsreform

Im Grunde lassen sich Hitlers Ergüsse als eine demagogisch bemäntelnde Interpretation des am 20. Januar 1934 verkündeten „Gesetzes über die Neuordnung der Arbeit“ lesen. Mit diesem sah sich der Unternehmer gesetzlich zu einem „Betriebsführer“ erhoben, der gegenüber der Gefolgschaft in allen betrieblichen Angelegenheiten zu entscheiden hatte. Er übernahm auch den Vorsitz in einem an die Stelle von Betriebsräten tretenden „Vertrauensrat“. Der soll-

te zwar von den Arbeitern gewählt werden, doch wurde ihm nicht einmal erlaubt, ohne den Chef des Unternehmens eine Sitzung durchzuführen. Seit Mitte der 30er Jahre fanden solche Wahlen nicht mehr statt. Das Gesetz definierte, daß der „Vertrauensrat“ „das gegenseitige Vertrauen innerhalb der Betriebsgemeinschaft zu vertiefen“ habe. Selbst den von der NSDAP geschaffenen Organisationen, die vorgaben, Interessen der Arbeiter zu vertreten, blieb jegliche Einflußnahme auf die Wirtschaft verwehrt. Dies bewertete der Historiker Tim Mason als einen Zähmungsprozeß, in dessen Verlauf die Nazibewegung „den etablierten Eliten in Staat und Wirtschaft dienstbar“ gemacht worden ist. Das vor allem gegen die Gewerkschaften gerichtete Streben deutscher Großindustrieller, allein „Herr im Hause“ zu sein, triumphierte nun über alles, was während der Weimarer Republik arbeitsrechtlich fixiert worden war.

Den ersten Jahrestag ihres Machtantritts nutzten die Nazis auch für einen vorläufigen, jedoch durchaus wirkungsvollen Akt in der Neugestaltung des Staatsaufbaus. Die Länder sollten zu Verwaltungsstrukturen des Reiches umgemodelt werden. Per Gesetz, das weder im Kabinett besprochen worden war noch vom Reichstag beraten werden durfte, wurde das Prinzip des Föderalismus über Bord geworfen. Mit einem Federstrich hob man die in den Ländern gewählten Parlamente auf. Die Hoheitsrechte der Länder gingen auf das Reich über. Alle Landesregierungen sahen sich der Reichsregierung unterstellt, die Reichsstatthalter dem Reichsinnenminister zugeordnet. Zudem war es für notwendig gehalten worden, einen Paragraphen einzufügen, der der Regierung das Recht zusprach, neues Verfassungsrecht zu setzen. Das sollte wohl helfen, die erwarteten großen Schwierigkeiten bei der Durchsetzung neuer Staatsstrukturen und bei der Herstellung der „Einheit von Partei und Staat“ zu bewältigen. Den tatsächlich folgenden Streitereien setzte Hitler bald eine Ende. Er untersagte schlicht alle weiteren Debatten über die Reichsreform. Ein im Entwurf vorliegendes „Gesetz über die Gliederung des Reiches in Gaue“ wurde nicht erlassen.

„Charakterlich schwache Subjekte“

Als Hitler am 30. Januar vor dem Reichstag auf das erste Jahr seiner Kanzlerschaft zurückschaute und wieder einmal langatmig die Entwicklung der NSDAP in der Weimarer Republik darlegte (in der Öffentlichkeit oft karikiert als „Parteierzählung“), äußerte er sich in ungewohnter Offenheit auch über Widerstände und Ressentiments, die es in seiner bisherigen Regierungszeit gegeben habe. Als erstes nannte er das Wirken „verkommener Emigranten“, die zum größten Teil aus „rein kriminellen Gründen“ Deutschland verlassen hätten und nun eine „leichtgläubige Welt mit echter Spitzbubengewandtheit und Verbrechergewissenlosigkeit“ gegen das Reich zu mobilisieren versuchen würden. Das erkennbare Bestreben, Antifaschisten generell zu diskreditieren und zu kriminalisieren, kam vor allem in seinen Aussagen über die Kommunisten zum Vorschein. Sie würden versuchen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen und sich dabei eines „Untermenschentums“ bedienen sowie „verbrecherische Instinkte“ ausleben. Danach, wenngleich recht nebulös, beschimpfte er bürgerliche Intellektuelle, die sich nicht mit den Tatsachen abfinden wollten, sowie „unverbesserliche Rückwärtsschauer“ und ein „Grüppchen völkischer Ideologen“.

Hitler bezifferte die genannten Kräfte auf zwei Millionen. Es war kaum zufällig, daß er damit die Zahl der Neinstimmen bei Reichstagswahl und der Volksabstimmung vom 12. November 1933 anführte. Indessen sei aber, so seine Aussage, mit ihnen leicht fertig zu werden. Demgegenüber würde es indessen zwei Kategorien von Menschen geben, in denen „eine wirkliche Belastung des heutigen und künftigen Reiches“ zu erblicken sei: „Politische Wandervögel“, „charakterlich schwache Subjekte“ und „Konjunkturfanatiker“. Diese seien gefährlich, weil sie „unter der Maske des neuen Regimes“ lediglich rein persönliche und egoistische Interessen zu befriedigen suchten. Staat und Partei müßten von diesen „aufdringlichen Parasiten“ und „obskuren Elementen“ gesäubert werden. Ohne konkret benannt worden zu sein, waren so kommende Opfer des faschistischen Terrors ins Visier geraten. Die später einsetzende

Kampagne gegen „Kritikaster und Miesmacher“ war damit indirekt vorweggenommen. Alles sollte schließlich in der Mordaktion vom 30. Juni 1934 gipfeln. Gezielt wurde auf jene, die, mit ihrem geringen Anteil an erbeuteter Macht unzufrieden, eine „zweite“ Revolution forderten, anstelle der Reichswehr selbst Nutznießer militärischer Aufrüstung sein wollten und eine Miliz für die erstrebten Kriege als besser geeignet betrachteten. Gemeint waren auch Kräfte, die dem „Führer“ lediglich die Rolle eines Wegbereiters erneuerter monarchischer Verhältnisse zusprachen. Vieles verband sich zudem mit der bis dahin völlig ungeklärten, aber viel diskutierten Frage, welche Rolle die NSDAP im und für den Staat spielen sollte. Und nicht zuletzt stand als Problem an, wer nach dem erwarteten Tod des Reichspräsidenten dessen Platz zu besetzen habe.

In anderem, deutlich milderem Ton deutete Hitler am 30. Januar 1934 an, daß es auch Auseinandersetzungen mit beiden christlichen Konfessionen gebe und daß begonnen worden sei, mit „wahrhaft revolutionären Maßnahmen“ gegen „Erbkranke“ vorzugehen. Man müsse dem drohenden Verfall des deutschen Volkes begegnen. Es dürfe nicht länger den Gesunden das zum Leben Nötigste entzogen werden, um „Ungesunde künstlich am Leben zu erhalten“. Ohne das am 1. Januar 1934 in Kraft getretene „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ zu erwähnen, lieferte Hitler eine Begründung für die berüchtigten Sterilisierungsaktionen, im Grunde auch schon für die als „Euthanasie“ getarnte Ermordung von Menschen mit körperlichen und geistigen Gebrechen.

Lob der Wehrmacht

Den außenpolitischen Teil seiner Rede leitete Hitler mit einer kurzen, jedoch erhellenden Eloge auf das Militär ein. Es sei „ein einzigartiges geschichtliches Beispiel“, wie herzlich die verantwortlichen Führer seiner Partei und die der Wehrmacht miteinander verbunden seien. Die Armee und ihre Führung hätten in „bedingungsloser Treue und Gefolgschaft zum neuen Staat gestanden“. Mit ihrer Hilfe sei ein Bürgerkrieg vermieden worden. Nur mit dieser Wehrmacht seien auch andere, insgeheim bereits formulierte Ziele zu erreichen. Das bildete unausgesprochen den Hintergrund aller Darlegungen über die internationalen Beziehungen Deutschlands. Dabei standen die zu Polen, zu Österreich sowie zu Frankreich im Vordergrund.

Vom Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund (siehe jW-Thema, 14.10.2013) und von Aufrüstung war nur am Rande die Rede. Gebetsmühlenartig wiederholte Hitler alle friedensmagischen Phrasen, die Aufrüstung und Ausweitung der Wehrmachtsstärke zu tarnen hatten. „Aufrichtig“ (sic!) strebe man Beziehungen „im Geiste der Versöhnlichkeit und der Verständigungsbereitschaft“ an. Dies meinte indessen nur, anstelle einer Beteiligung an der multilateralen Schlichtungspolitik nunmehr auf bilateralem Wege und mit Hilfe entsprechender Verträge eine deutsche Vormachtstellung in Europa zu erreichen. Gekoppelt war das mit zunehmender, zumeist auch in erpresserischer Manier erfolgreicher Androhung von Gewalt. Alles zielte darauf, die europäischen Nachbarstaaten zu entsolidarisieren und einzeln als Partner in den Dienst der deutschen Faschisten zu stellen oder einzeln als Gegner zu behandeln. In diesem Sinne war auch am 26. Januar 1934 die Unterzeichnung eines Vertrages mit Polen erfolgt. Den pries Hitler als Beleg deutscher „Friedens“-Politik. Die Regierungen beider Länder hatten vereinbart, sich in den nächsten zehn Jahren nicht militärisch angreifen zu wollen. Der Kurs lautete: Mit Warschau gegen Moskau, denn parallel zu der Annäherung an Polen wurden die mit dem Rapallo-Vertrag von 1922 eingeleiteten Beziehungen zur UdSSR gelockert sowie die geheime Zusammenarbeit von Reichswehr und Roter Armee eingestellt. Hitler äußerte allerdings über den Nichtangriffsvertrag mit dem östlichen Nachbarn intern noch im Jahr seines Abschlusses: „Alle Abmachungen mit Polen haben nur vorübergehenden Wert. Ich denke gar nicht daran, mich ernstlich mit Polen zu verständigen.“

Ausführlich behandelte Hitler jedoch das Verhältnis zwischen Deutschland und Österreich. Es hatte sich seit Mitte 1933 zusehends zugespitzt, als die Nazis beider Länder versuchten, die Regierung des Bundeskanzlers Engelbert Dollfuß wirtschaftlich unter Druck zu setzen und sie zu stürzen. So sollten Voraussetzungen für Österreichs „Heimkehr ins Reich“ geschaffen werden. Hingegen wollte die Alpenrepublik ihre Selbständigkeit bewahren und warb – zunächst auch erfolgreich – vor allem um Unterstützung durch das faschistische Italien.

Sehr konkret forderte Hitler von Frankreich, das „Saarproblem“ rasch zu lösen. Da es keine andere territoriale Frage zwischen beiden Ländern geben würde, sollte Frankreich sich bereit erklären, schon vor der laut Versailler Vertrag 1935 anstehenden Befragung der Bevölkerung des Saarlandes, ob sie zu Frankreich oder zu Deutschland gehören wolle, einer vertraglichen Regelung zuzustimmen. Mit ihr wollten die Nazis vor allem die gegen den Anschluß des Saarlandes ans Reich gerichtete Propaganda „unverantwortlich“ handelnder Emigranten verhindern. Auch dies tarnten Phrasen von deutscher Verständigungsbereitschaft und wahrhafter Friedensliebe.

So zeigten sich an der Jahreswende und insbesondere am 30. Januar 1934 deutlich die nächsten innen- und außenpolitischen Vorhaben der faschistischen Machthaber. Ebenso waren die Wege angedeutet worden, auf denen alles erreicht werden sollte. Goebbels lobte den zwei-stündigen Auftritt Hitlers über alle Maßen, zumal dem „Genie der Vereinfachung“ im Reichstag stürmische Ovationen zuteil geworden seien. Und er pries die Rede Hitlers als dessen „revolutionärste“. Verwendete der Propagandachef vielleicht diesen Superlativ im Wissen um den Kern jener Äußerungen, die zum letzten Teil der Rede gehörten? Gerade diese erhellten jedem, der hinzuhören verstand, was künftig erstrebt werden sollte: Nachdrücklich war da vom „Führer“ verkündet worden, er wolle der Welt gegenüber noch einmal wiederholen, daß „keine Gewalt“ das deutsche Volk jemals bewegen könne, auf alle dem Deutschen Reich „zustehenden Rechte Verzicht zu leisten“.

junge Welt, Dienstag, 28.01.2014, S. 10.

Auf- statt Verklärung

Deutschland und der Erste Weltkrieg

Wissbegierige Leser mit Scheu vor jenen in großer Zahl erscheinenden und zumeist sehr umfangreichen Wälzern über den Ersten Weltkrieg dürfen sich freuen: Es gibt nun auch eine kleinere Publikation, leicht lesbar und zugleich außerordentlich lesenswert.

Kenntnisreich versteht es Gerd Fesser, auf knappen Raum komplizierte Vorgänge zu erhellen sowie das Handeln der Regierenden darzustellen. Seine sachlich korrekte Benennung der Fakten und überzeugende Argumentation helfen, das jüngst wieder aus der Versenkung hervorholte Bild vom „Hineinschlittern“ in den Ersten Weltkrieg als falsch und bestimmten Zwecken dienlich zu erkennen. Klar grenzt er sich von der gegenwärtig in den Vordergrund geschobenen These des Historikers Christopher Clark ab, wie „Schlafwandler“ seien die Führungen aller Mächte gleichermaßen am Ausbruch des Krieges schuld gewesen. Er charakterisiert demgegenüber die besondere Verantwortung der deutschen Politik für Herbeiführung und Auslösung dieses Krieges. Dies ganz im Sinne des Buches „Griff nach der Weltmacht“ (1963), in dem Fritz Fischer eindeutig belegte, dass es in Deutschland vor 1914 keinen Willen zur Kriegsverhütung, dafür aber unter Militärs und in rechtsorientierten Kreisen völlig Gegenteiliges gegeben hat. Und damit heftigen Streit in der BRD auslöste.

Die 23 Kapitel des Bandes bieten jeweils in sich geschlossene Darstellungen zur Vorgeschichte des Krieges, zu dessen Verlauf sowie zu einzelnen Problemfeldern. Sie enthalten treffende Aussagen auch zu Auswirkungen des Krieges auf das Leben in Deutschland, zur Entwicklung der wirtschaftlichen Situation und zum politisch-geistigen Zustand einer in sich zerrissenen Gesellschaft der Deutschen. Mit Interesse lässt sich lesen, wie die Mehrheit führender Sozialdemokraten sich auf die Politik des „Burgfriedens“ mit den Herrschenden einließ, was im Grunde wohl als Versagen und „Urkatastrophe“ der SPD bewertet werden muss. Viel Raum wird den Bemühungen linker und bürgerlich-demokratischer Oppositioneller gegen den Krieg gewidmet.

Das Ganze darf als eine gelungene Synthese von historisch-chronologischer und systematisch- ausgewählter Darstellung von Ursachen, Verlauf, Ergebnis und historiographischer Deutung jener schlimmen vier Jahre deutscher Geschichte gekennzeichnet werden. Und es fordert 100 Jahre nach dem Ausbruch des Ersten und 75 Jahre nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges aktuelle Nachdenklichkeit heraus – sei es über das erneut unverantwortliche Drehen an der Rüstungsspirale, über die aus dem Ringen der Großmächte Rohstoffressourcen und Einflusszonen erwachsenden Gefahren, über eine selbst vor Lügen nicht zurückschreckende Rechtfertigung militärischer Aktionen oder Ähnliches mehr.

Es bleibt ein Wunsch an den Verlag: Selbst wenn nur „Basis“-Wissen vermittelt werden sollte, hätten topografische Skizzen gut getan.

Gerd Fesser: Deutschland und der Erste Weltkrieg. PapyRossa, Köln 2014. 123 S., br., 9,90 Euro.

Neues Deutschland, Freitag, 14. Februar 2014, S. 16.

Reklame für den Krieg

„Vollgas voraus“: Die 24. Internationale Automobilausstellung 1934

Von Robert Allmers, dem Vorsitzenden des Reichsverbandes der Deutschen Automobilindustrie, stammt jene Parole vom Gas, das voll zu geben sei. Die sollte später zwar noch einen ganz anderen Sinn erhalten, bezog sich aber 1934 auf deutsche Autofahrer. Von denen gab es noch nicht allzu viele, aber sie könnten nun auf neu gebauten Straßen schneller und sicherer fahren. Mit der erfundenen Wendung betitelte er eine Broschüre, die drei Reden enthielt – gehalten am 7. März 1934 anlässlich des Beginns der 24. Internationalen Automobil- und Motorradausstellung in Berlin.

Schon bevor die Regierungsgewalt an die NSDAP übertragen worden war, hatte der Industrielle auf die Partei gebaut, war er sich doch gewiß, daß sie sich der „Angelegenheiten der Automobilindustrie annehmen“ und diese fördern werde. Sehr wahrscheinlich war ihm bekannt, was der Verfasser von „Mein Kampf“ geschrieben hatte: Schon „im nächsten Kriege“ würde die allgemeine Motorisierung der Welt „in überwältigender Weise kampfbestimmend in Erscheinung treten“. Hitler beklagte dabei aber, daß dem von Deutschland „fast gar nichts entgegengestellt werden“ könne. Etwas allgemeiner hatte er 1927 von sich gegeben, das Automobil sei „das große Verkehrsinstrument der Zukunft“. Immer aber wurde das Autofahren – wie auch bei anderer an sich „harmloser Betätigung“ (Tucholsky) – nationalistisch-rassistisch aufgeladen und für deutsche Großmacht- und Vorherrschaftspläne instrumentalisiert.

Man brauchte sich also nicht verwundert die Augen zu reiben, daß Hitler wenige Tage nach seiner Inthronisierung, am 11. Februar 1933, als erster Reichskanzler eine Automobilausstellung eröffnete – dazu von Hindenburg beauftragt, und dies sicher nicht allein wegen Hitlers Vorliebe für schnelle Autos oder dessen Bewunderung für den amerikanischen Autobauer und Antisemiten Henry Ford. Es paßte in das von beiden verfolgte Konzept einer raschen, umfangreichen und effektiven Aufrüstung der Reichswehr. Natürlich enthielt Hitlers Rede keinerlei militärische Andeutungen. Vielmehr trat er wie ein Lobbyist der Automobilindustrie auf und versprach, in den Strukturen des Staatsapparates dem Kraftwagenverkehr gegenüber der Eisenbahn eine eigenständige Einrichtung schaffen sowie zweitens eine Senkung der Kfz-Steuer anstreben zu wollen. Zudem kündigte er einen großzügigen Plan für den Straßenbau an. Artig bedankte er sich bei den Industriellen für ihren Kampf gegen die „z. T. so viel beseitigte Kraftwagen-Industrie des Auslandes“.

Bereits am 1. Mai 1933 kündigte Hitler ein „gigantisches Unternehmen“ an, womit der Bau eines Straßennetzes gemeint war, das nur dem Automobilverkehr vorbehalten sei. Gesetzliche Grundlagen wurden am 27. Juni geschaffen, und wenige Tage darauf wurde Fritz Todt zum Generalinspekteur für das deutsche Straßenwesen ernannt. Empfohlen hatte dies der Bankier Hjalmar Schacht. Schließlich vollzog Hitler publikumswirksam am 23. September in der Nähe von Frankfurt am Main den ersten Spatenstich. (jW-Thema, 23.9.2013)

„Volk auf Rädern“

Dem folgte am 8. März 1934 – erneut bei der Eröffnung einer großen Schau neuer Autos und Motorräder – Hitlers Ankündigung, es sei ein Auto herzustellen, in dem vier Personen einigermmaßen bequem Platz finden sollten und dessen Preis unter 1000 Reichsmark liegen müsse. Nur so könne es auch von vielen Menschen gekauft werden, denen der Besitz eines Pkw bisher nicht möglich gewesen sei. Auch diese sollten ihre Freizeit genießen dürfen. Wie der „Volksempfänger“ würde künftig auch ein von allen erwerbbares Auto zur Grundausstattung deutscher Haushalte gehören. Die Schwierigkeiten waren absehbar. Dennoch finanzierten die Firmen Daimler-Benz, Auto Union AG und der Reichsverband der Deutschen Automobilindustrie eine Forschungsgruppe, die unter der Leitung von Ferdinand Porsche stand und das

verkündete Projekt in die Tat umsetzen sollte. Der Grundstein für eine durchsichtige, dennoch wirksame Legende war gelegt, bald geknüpft an den Begriff „Volkswagen“.

Die Naziführung hatte viele Motive für eine „starke Motorisierung“. Mit Recht sprach Hitler sowohl vom wirtschaftlichen als auch vom sozialen „Nutzen“. Nachteile und Reibungsverluste konnten vermieden werden, die bislang aus dem Gegeneinander von Eisenbahn, Schifffahrt und Autoverkehr resultierten. Mit Hilfe des Baus neuer Straßen und Autos könne, so das realitätsfremde Argument, die Massenarbeitslosigkeit beseitigt werden. Allerdings ließen sich die Leistungen von Technikern und Ingenieuren in besonders wirksamer Weise propagandistisch vermarkten. Alles schien von Initiative, Tatkraft und Konsequenz zu künden, alles sich als Gegensatz zum „System“ von Weimar darzustellen. Jeder Spatenstich, jede Eröffnung von Teilstrecken, kurz jede Gelegenheit diene groß aufgezogenen Schauveranstaltungen. Alles wurde genutzt, um den Kult um Hitler zu verstärken. Der galt rasch sogar als Erfinder (sic!) der Autobahn, und die wurde als „Straße des Führers“ bezeichnet. Nicht zuletzt ließ sich das gesamte Verkehrskonzept auch für den Zweck nutzen, den Deutschen und der Welt die lautstark beteuerte „Friedensliebe“ als glaubhaft zu präsentieren. Vor allem in dieser Hinsicht und weniger direkt, als oft angenommen, sah sich das Militär beteiligt und gefördert.

„Kämpfer am Lenkrad“

Und selbstverständlich spielte die große Faszination eine Rolle, die von Autorennen und der Sucht nach Geschwindigkeitsrekorden ausging. Die damals von deutschen Rennfahrern erzielten Siege wurden gepriesen als Demonstration deutscher Leistungsfähigkeit und als Ergebnis „arischen“ Heldentums. Wofür die Nazis solches brauchten, zeigte sich wenige Tage vor Hitlers zweitem Auftritt bei einer Automobil- und Motorradausstellung. Die Nazis schafften Ende Februar 1934 den „Volkstrauertag“ ab, der seit seiner Einführung im Jahre 1926 den Opfern des Ersten Weltkrieges gegolten hatte. Unzureichend seien Trauer und Schmerz, Gedenken und Besinnung allein, vielmehr bedürfe es eines „gläubigen Nacherlebens“, einer „Bestärkung des Glaubens an die deutsche Kraft und des Hoffens auf neues deutsches Leben“. Daher sollten die Gefallenen als Helden verehrt, es müsse an deren „Einsatz und rasenbewußte Kampfbereitschaft“ erinnert werden. Aus dem Volkstrauertag wurde ein „Heldengedenktag“. Der – so legte Hitler später folgerichtig fest – sollte stets am 16. März stattfinden, weil an diesem Tag im Jahr 1935 die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt worden war.

Aus den Quellen:

Kurt Tucholsky zur Frage, warum der Segelflug „ein stolzes Zeugnis deutschen Geistes“ sei (Die Weltbühne 27/1931)

Wozu muß in diese, wie man denken sollte, harmlose Betätigung das Gift des Nationalismus hineingetragen werden? Weil in Deutschland keine Verdauungsstörung vor sich geht, ohne daß nicht einer dazu brüllt: ‚Im Felde unbesiegt! Trotz allem!‘ [...] Es ist übelste Wichtigmacherei, Nationalismus, geistige Aufrüstung an allen Ecken und Enden und Reklame für den nächsten Krieg.“

Carl Eduard Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha, „Ehrenführer“ des Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps, im August 1933:

„Förderung der Motorisierung auf national-wirtschaftlicher Grundlage ist aber nicht nur eines der ersten Mittel, durch Bestellung eines fast brachliegenden Feldes Arbeit und wirtschaftliches Leben zu schaffen. Ihr Zweck ist hierneben auch nicht allein Vervollkommnung unserer Verkehrsverhältnisse oder Erfüllung der nach Individualisierung strebenden Wünsche unseres Zeitalters. Motorisierung bedeutet vielmehr auch Stärkung der Wehrfähigkeit. Denn Wirt-

schaftsmotorisierung ist die Voraussetzung, um einst einmal eine etwa notwendige Heeresmotorisierung zu ermöglichen.“

Hitler in seiner Rede vom 7. März 1934:

„Vor wenigen Monaten erst ist es der deutschen Industrie gelungen, durch die Fabrikation eines neuen Volksempfängers eine enorme Anzahl von Radioapparaten auf den Markt zu bringen und abzusetzen. Ich möchte es nun als die bedeutendste Aufgabe für die deutsche Kraftwagenindustrie hinstellen, immer mehr den Wagen zu konstruieren, der ihr zwangsläufig eine Millionenschicht neuer Käufer erschließt, denn nur wenn es uns gelingt, die breiteste Masse für dieses neue Verkehrsmittel zu erobern, wird nicht nur der volkswirtschaftliche, sondern auch der soziale Nutzen ein unbestreitbarer sein.“

junge Welt, Sonnabend, 08.03.2014, S. 15.

Schlachtfeld Erinnerung

Mitunter hat es den Anschein, als gäbe es in allen Zeitungen und auf den TV-Kanälen nichts anderes als historische Themen. Immer neue Geschichtszeitschriften kommen auf den Markt, und das Fernsehen wartet mit monumentalen Großproduktionen auf. Oftmals wird Alltagsgeschichtliches nachgestellt, sei es das Geschehen auf den Schlachtfeldern oder in den Büros der Regierenden, sei es das in Familien oder auf den Straßen. In der Tat: Historische Themen sind für die Medien offensichtlich höchst attraktiv, in finanzieller wie in politischer Hinsicht.

Gegenwärtig wird insbesondere an den Beginn des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren erinnert. Ein großes Thema gewiss. Gern wird da von der „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts gesprochen, aber zumeist bleibt der Blick, wenn es um die ihr folgenden Katastrophen geht, nur auf den Faschismus und den Kommunismus gerichtet. Allenfalls wird eine Linie vom Ersten hin zum Zweiten Weltkrieg gezogen. Der Kalte Krieg, der in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts tobte, bleibt gänzlich unbeachtet. Erst recht nicht wird von jener Politik gesprochen, welche in den Nachkriegszeiten betrieben worden ist und die zu neuen Vorkriegszeiten führten, zu katastrophaler Brandstiftung für neue Kriege. Und das in sogenannten Friedenszeiten!

Nach 1918 bemächtigten sich konservative Kreise von Anfang an des politischen Erinnerns an den Krieg, vor allem an dessen Ausgang. Alles richtete sich grundsätzlich gegen menschliche Friedensbedürfnisse und gegen alle Versuche, eine Zukunft ohne Kriege anzustreben. Konsequenter wurde privater Schmerz in „stolzer Trauer“ umgemodelt, ständig die Opferbereitschaft der Krieger gepriesen, der Kult um die „Helden“ exzessiv gesteigert. Das brachte einerseits die Sakralisierung des soldatischen Todes mit sich und andererseits eine Säkularisierung des kirchlichen Märtyrer-Kultes. Auf dem damaligen „Schlachtfeld Erinnerung“ verschoben sich die Kennzeichen von „Heldentum“: von Mut, Kühnheit und Tapferkeit hin zu Ausdauer, Beharrlichkeit, Treue und Gehorsam gegenüber den Befehlshabern sowie zu unerschütterlicher Bereitschaft, vaterländische „Pflichten“ zu erfüllen.

Hauptadressat dieser Art von Erinnerungspolitik waren Jugendliche, sozusagen das „Menschenmaterial“ eines künftigen Krieges. Sowohl unter den männlichen, aber auch unter den weiblichen Jugendlichen sollte Bereitschaft zum Selbst-Opfer in weiteren Kriegen geweckt werden. Dazu trugen nicht zuletzt auch die Jugendverbände der meisten Parteien bei. In hohem Maße waren diese nationalistisch orientiert, darunter keineswegs nur die am rechten Rand der Gesellschaft angesiedelten. Vor allem während der späten 1920er und in den 1930er Jahre gab es ein intensives Opfer- und Heldengedenken nicht nur in den rechten, sondern in allen bürgerlich-liberalen, christlichen und ansatzweise selbst in sozialdemokratischen Jugendorganisationen. In der Literatur ist dies eingehend für die „Deutsche Freischar“ den „Großdeutschen Jugendbund“, den „Katholischen Jungmännerbund Deutschlands“ untersucht worden, aber auch für das sozialdemokratische „Jungbanner“ im „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, deren Führungen auch pazifistischen Überzeugungen auf unterer und mittlerer Verbandsebene entgegenwirkten. Bemerkenswert eindeutig sind Gemeinsamkeiten und Übereinstimmungen, die es in allen nationalistisch agierenden Jugendverbänden gegeben hat, so dass die Grenzen hin zu den Nazis und deren Jugendorganisation verschwammen.

In den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen verstärkte sich die Mystifizierung des deutschen Soldatentums und dessen angeblich generell gegebener Überlegenheit über Menschen und Militärs anderer Länder. Es dominierte ein ausschließlich auf die eigene Nation bezogenes, sich mehr und mehr rassistisch färbendes Selbstbild: Der Deutsche als angeblich generell friedlicher, zu Kriegen stets nur gezwungener und kulturell, in Technik wie Wissenschaft allen anderen Völkern überlegener Mensch. Dieses Selbstbild hatte Existenz und Fortwirkung alter wie neuer Feindbilder zu legitimieren. Im Bild von den Fremden sahen sich diese auf

eine niedere kulturgeschichtliche Stufe gesenkt, als schwach, niederträchtig und minderwertig charakterisiert. Aus biologistisch-rassistischen Denkstrukturen ergab sich die Rechtfertigung des „Ausmerzens“ von „unwertem Leben“ sowie von „Untermenschen“, wie es in der Sprache der Faschisten hieß. Es erfolgte eine „Erziehung zum Krieg“ – darin übrigens der Erziehung zum Krieg im Deutschen Kaiserreich vergleichbar, nur dass jetzt auch durch den Krieg, seine Darstellung, seine Deutung usw. „erzogen“ werden sollte.

Und heute? Da werden nach Strich und Faden jene gesellschaftlichen Verhältnisse beschönigt, auf deren Boden Kriege entstanden sind, auf deren Boden solche auch zur Zeit geführt oder vorbereitet werden. Bedrohlich erscheint die Gegenwartigkeit des Vergangenen, erschreckend, wie den Kriegen vor allem Naturhaftigkeit und Alternativlosigkeit unterstellt wird, umhüllt mit Phrasen von „Verantwortung“ u. ä. m.

Gerade der gegenwärtig zu erlebende Umgang mit der Geschichte des Krieges von 1914/18 stellt sich dar als ein bewusstes Umgehen-Wollen aller Fragen nach Kriegsursachen und Kriegszielen. Mit alten und neuen Thesen sollen alte wie auch die neuerlich erkennbaren Vorherrschafts-Ambitionen in mildes Licht getaucht werden. Im Grunde geht es gar nicht so sehr um den Krieg von 1914/18. Wird dessen Ausbruch gleichsam als Ergebnis zufälliger Umstände, ja als eine Art Betriebsunfall gewertet, dann können geschönte Bilder einer angeblich für Kriege unzuständigen Gesellschaft gemalt werden. Dann lässt sich von beiden Weltkriegen und anderen Kriegen als einer bloßen Unterbrechung obsiegender Kontinuität demokratisch-kapitalistischer Verhältnisse reden. Neuerliche Katastrophenpolitik sieht sich so ausgenommen von einer ansonsten angeblich erfolgreichen Geschichte westlichen Demokratie-Verständnisses.

Zur moralischen Verworfenheit derjenigen, die mit militärischer Gewalt drohen und/oder solche – zumeist skrupellos – nutzen, tritt mit der Verschleierung der für 1914 verantwortlichen Profitinteressen, Großmachtbestrebungen und geopolitischen Strategien eine verlogene Beschönigung heutiger Verhältnisse und neuer kriegereischer Politik hinzu.

Die Kehrseite. Die Linke. Steglitz-Zehlendorf, 4/2014, S. 4-5.

Hitler an Bord

Vor 80 Jahren: Mit Reichswehrführern auf der Ostsee

Begeben sich Staatenlenker an Bord von Schiffen, so mag dies mitunter der Erholung dienen, dem Genuß einer frischen Meeresbrise. Gern ging Wilhelm II. auf See, das private Vergnügen indessen eng mit politischen Ambitionen verbindend. Auch auf diese Weise, zudem höchst persönlich wollte er den Sinn damals weitverbreiteter Parolen verdeutlichen, die da suggerierten, die Zukunft der Deutschen liege „auf dem Wasser“ und der Dreizack – Zepter und Waffe des antiken Meeresgottes Poseidon – gehöre „in die deutsche Faust“. Angetan hatten es ihm insbesondere die Gewässer vor Norwegen, wohin er seine Yacht fast jedes Jahr steuern ließ – letztmalig im Sommer 1914. Seemacht galt schlechthin als Weltmacht, und zu solcher wollte ja das Deutsche Kaiserreich aufsteigen. Auch mit militärischen Mitteln und intensiver Flottenrüstung sollte der „Platz an der Sonne“ erkämpft werden.

Andere „Seereisen“ dienten direkt hoher Politik und demonstrativem Machtgehabe: Wer hat da nicht in Erinnerung, wie 2003 der damalige US-amerikanische Präsident George W. Bush im Dreß eines Luftwaffenpiloten auf dem Flugzeugträger „USS Abraham Lincoln“ landete und dann von einer Vollendung der „Mission“ im selbst entfesselten Krieg gegen den Irak faselte. Dieser medienwirksam inszenierte Auftritt gilt allerdings inzwischen als Symbol für Fehleinschätzungen und Fehler, an die US-Machtpolitiker ungern erinnert werden möchten.

In die Reihe derartiger „Seefahrer“ gehörte auch Hitler, obgleich ihm nachgesagt wird, er sei der Marine nicht sonderlich gewogen gewesen und habe das angestrebte Bündnis mit England nicht gefährden wollen. Das hatte ihn nicht gehindert, Ende Juli 1932 in Wilhelmshaven den Kreuzer „Köln“ zu besuchen. Ebenso unternahm er im April des Jahres 1934 eine Seereise. Dazu hatte er sich die „Deutschland“ ausgesucht, ein Panzerschiff, dessen Bau 1928 trotz energischer Proteste (auch mit den Stimmen der SPD; siehe jW-Thema vom 8.8.2008) beschlossen worden war und das im Mai 1931, getauft von Reichspräsident Paul von Hindenburg, vom Stapel lief. Als es schließlich in Dienst gestellt wurde, war die Weimarer Republik bereits zerschlagen und hatte der seit langem geplante „Umbau“ von Heer und Marine sowie der Bau weiterer Kampfschiffe begonnen.

Geheimnisumwittert

Äußerst kurz gerieten die Pressemitteilungen über diese Reise, nicht einmal in den Akten der Reichskanzlei fand sie Erwähnung. Ebenso nehmen Hitlers Biographen (auch wenn sie dessen Lebensweg nahezu minutiös zu erfassen suchen) von ihr kaum Notiz. Vergebens blickt man in die als großartig gepriesenen Werke von Alan Bullock, Joachim C. Fest, Ian Kershaw, Marlies Steinert, Volker Ullrich usw. Fehlstellen enthalten selbst umfassendste Publikationen zur Geschichte von Reichswehr und Aufrüstung, erst recht jene Bücher und Filme Guido Knopps, die alle nur den „Helfern“ Hitlers gelten. Offensichtlich können nicht einmal die Reisedaten richtig angegeben werden: Einige Autoren nennen die Zeit vom 10. bis zum 14., andere die vom 11. bis 15., einer die vom 12. bis 14. April 1934. Propagandaminister Joseph Goebbels notierte am 16. April, Hitler sei zurückgekehrt.

An der Reise beteiligten sich neben Hitler Werner von Blomberg und Erich Raeder sowie weitere namentlich nicht genannte hohe Offiziere. Ersterer war Reichswehrminister, letzterer Chef der Reichsmarine. Wer mag wen eingeladen haben? Was wurde beredet? Sehr wahrscheinlich standen alle jene Probleme auf der Tagesordnung, die es damals gab, und zwar in Hülle und Fülle.

Neben den gegensätzlichen Intentionen von Militärs und SA-Führern zur eigenen Rolle und den dementsprechend divergierenden Führungsansprüchen spielten weitere, noch nicht geklärte Fragen eine Rolle: Welchen Platz sollten NSDAP und SA im neuen Herrschaftsapparat

einnehmen, welchen ihre konservativen Bündnispartner? Wie lassen sich spürbar gewordene wirtschaftliche Probleme zugunsten forcierter Aufrüstung lösen, ohne daß es zu größerer Empörung oder gar zu Widerstand kommt? Wer übernimmt nach dem erwarteten Tod Hindenburgs das Amt des Reichspräsidenten? Sollte dies vielleicht der Sohn Wilhelms II. sein? Unter welchen Umständen kann die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt werden? Wie werden im Rahmen der Aufrüstung die Gelder zwischen Heer, Marine und Luftwaffe verteilt? Wie läßt sich die Aufrüstung außenpolitisch absichern, z. B. bei den bevorstehenden Verhandlungen mit England über ein Abkommen, das Verhältniszahlen zwischen britischer und deutscher Kriegsmarine festlegen sollte?

Offiziere sichern Einfluß

Offensichtlich darf, nein: muß von einem Pakt gesprochen werden, der in diesen Tagen auf dem Panzerschiff geschlossen worden ist. Die Generäle nahmen Hitler in die Pflicht und sicherten ihm zu, ihn als Nachfolger Hindenburgs und damit als Oberbefehlshaber der Wehrmacht zu akzeptieren, würde er in der Auseinandersetzung mit der SA-Führung ihnen entschlossen zur Seite stehen. Sie betrachteten Hitler als einen Garanten der angestrebten Rüstungsfreiheit, als willkommenen Bündnispartner. Sie hofften, daß sich mit seiner Hilfe ihre eigenen, seit dem Ende des Ersten Weltkrieges durchgängig verfolgten Ziele in die Tat umsetzen ließen. Ihr Denken bewegte sich allein in den Kategorien von Kriegsvorbereitung und Krieg für eine deutsche Weltmachtstellung. Sie suchten ihr Waffenträgermonopol zu festigen und entscheidenden Einfluß auf Außen- und Militärpolitik sowie auf die Rüstungswirtschaft zu erlangen.

Man war Hitler natürlich auch entgegengekommen: Blomberg verfügte Ende Februar, der sogenannte Arierparagraph des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ habe auch für die Reichswehr zu gelten, was sofort zur Entlassung von etwa 70 Offizieren und Soldaten führte. Zugleich befahl er, an den Wehrmachtsuniformen seien auch die Hoheitszeichen der NSDAP anzubringen. Mit letzterem, so tönte er in internem Kreis, solle dem Kanzler „die nötige Stoßkraft der SA gegenüber gegeben werden“.

Röhm muß weg

Hitler lehnte zwar das Konzept seines SA-Stabschefs Ernst Röhm ab, die Landesverteidigung zu einer „Domäne der SA“ und die Reichswehr zu einer Ausbildungsstätte für den militärischen Nachwuchs der SA zu machen. Doch er fürchtete andererseits die gegen ihn mobilisierbare Kraft der nach einer „zweiten Revolution“ strebenden vier Millionen SA-Männer. Im Frühjahr 1934 zeigte er sich eher als ein zur Lösung des Problems Getriebener. Lax formuliert: Die Generäle trugen ihn zur Jagd auf deren Widersacher Röhm. Dies öffentlich zu machen paßte damals nicht zum Kult um Hitler. Es ordnet sich zudem nicht in das Weltbild jener Historiker ein, die allein im „Führer“ den alles Entscheidenden sehen wollen. Es ist ja auch bequemer zu sagen: „Der Hitler war’s“, als nach den Interessen der deutschen Eliten und den Wurzeln ihres Strebens nach Revision der Ergebnisse von 1918 sowie nach deutscher Vormachtstellung in der Welt zu fragen. Und das paßt nun wiederum auffällig zu gegenwärtigen Bemühungen, den Ersten Weltkrieg dem Wirken von „Schlafwandlern“ zuzuschreiben ...

Lange vor seiner Seereise, spätestens am 28. Februar 1934 beim Treffen von Reichswehr- und SA-Führung, hatte sich Hitler bereits grundsätzlich gegen die Schaffung eines von der SA dominierten Volksheeres entschieden. Doch es fehlte an praktischen, eindeutigen und unwiderruflichen Entscheidungen. Nach außen schien Hitlers Verhältnis zu Röhm ungetrübt. Das änderte sich allerdings sofort nach der Reise. Am 17. April fand im Berliner Sportpalast ein Frühjahrskonzert der SS statt: Hitler saß zwischen Blomberg und Röhm. Letzteren habe er bereits als einen Moriturus gemustert, schreibt der alle Reden und Auftritte Hitlers akribisch

verzeichnende Historiker Max Domarus. Überschwenglich gratulierten drei Tage darauf die Generäle Hitler zu dessen 45. Geburtstag.

Es war eine faschistische Politik und Ideologie völlig entsprechende und diese zugleich enthüllende Lösung der Probleme, die Hitler, gestützt von den Militärs, schließlich fand: Die Enthauptung der SA am 30. Juni 1934, die Ermordung Röhm und anderer unbequemer Widersacher – darunter zwei Generäle, was bei ihren „Kollegen“ nicht einmal mehr wirksamen Protest hervorrief. Als Hitler Anfang August auch den verstorbenen Reichspräsidenten beerben durfte und damit neuer Oberbefehlshaber der Wehrmacht wurde, hatte sich die Nazidiktatur vollends konsolidiert.

junge Welt, Sonnabend, 12.04.2014, S. 15.

Schützenhilfe für Hitler & Konsorten

Waldemar Pabst und die Gesellschaft zum Studium des Faschismus

Auf dem Büchermarkt erschienen bereits bemerkenswerte Untersuchungen über jenen Generalstabsoffizier, der eine Schlüsselrolle bei der Niederschlagung der deutschen Novemberrevolution und der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht einnahm: Waldemar Pabst. Die vorliegende Publikation fügt dem Wissen über den umtriebigen Antidemokraten weniger Bekanntes hinzu. So hat Pabst Ende 1931 die Gesellschaft zum Studium des Faschismus (GSF) ins Leben gerufen. Dieses speziellen Kapitels auch der Vorgeschichte der hitlerfaschistischen Diktatur hat sich Manfred Wichmann detailliert angenommen. Die GSF entstand, nach dem die ersten Bündnisversuche der NSDAP mit der Deutschnationalen Volkspartei sowie dem Stahlhelm an unüberwindlich scheinende Interessen gestoßen waren. Tragfähige Schnittmengen einer künftigen rechten Koalitionsregierung sollten gefunden werden. Darüber hinaus bemühte sich Pabst, wenngleich erfolglos, um die Schaffung einer ländereübergreifenden Organisation, die in Europa als „Weiße Internationale“ den Kommunismus bekämpfen sollte.

Wichmann bezeichnet die GSF als einen elitären politischen Klub, vergleichbar dem Herrenklub und Nationalklub. Deren Vortrags- und Diskussionsabende hätten vorrangig politische Zwecke verfolgt. Die Akteure suchten, am italienischen Faschismus orientiert, Konzepte für die Zeit nach Überwindung der Weimarer Republik. Vor allem war zu klären, wie diverse Interessen unter den Hut einer Diktatur zu bringen seien. Die GSF verstand sich als Brückenbauer zwischen Rechtskonservatismus, Militarismus und Faschismus. Tatsächlich bereitete die GSF Wege hin zum 30. Januar 1933. Danach zerbröckelte sie und löste sich schließlich auf. Auf Hitlers Regierungspolitik vermochte sie keinen Einfluss zu nehmen, einige ihrer Mitglieder stiegen aber in die Zentren politischer und gesellschaftlicher Führungsinstanzen auf.

Dass der 30. Januar 1933 eine der wichtigsten Zäsuren des 20. Jahrhunderts darstellt, wird kaum bezweifelt. Allerdings entbrennen immer wieder Auseinandersetzungen über die Frage, wie es dazu kommen konnte. Da ist oft die Rede von schuldlosen oder lediglich „verstrickten“ Unternehmern und Adligen und von unbedeutenden finanziellen Leistungen für die NSDAP. Da wird den damaligen bürgerlichen Parteien unterstellt, sie hätten selbst in den Zeiten von Hindenburgs Präsidialregime die Weimarer Republik verteidigt und seien lediglich „überforderte Demokraten“ gewesen. Vor allem aber geistert durchs Land die Behauptung, die Weimarer Republik wäre gleichermaßen von rechten und linken Extremisten zerstört worden. Dabei bleibt die Schützenhilfe von nationalkonservativen, militärischen und ideologisch rechts orientierten Kräften, wie sie in der GSF versammelt waren, unbeachtet. Diese weiter zu leugnen, dürfte dank dieser Publikation nun noch schwieriger sein.

Manfred Wichmann: Waldemar Pabst und die Gesellschaft zum Studium des Faschismus 1931-1934. Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung. Edition Organon, Berlin. 276 S., geb., Waldemar Pabst Foto: AKG 24,00 Euro.

Neues Deutschland, Freitag, 2. Mai 2014, S. 16.

Von der Springflut zu einem Rinnsal

Ernst Piper hat eine Kulturgeschichte des Ersten Weltkriegs verfasst – über bellizistische Dichter und Denker

In den 1990er Jahren zog ein durchaus produktiver Begriff in die Geschichtsschreibung ein, der jedoch inzwischen inflationären, mitunter kuriosen Gebrauch findet: Allein in den letzten Jahren wurden eine „Kulturgeschichte“ des Klimas, der Medizin, der Friedhöfe, der Literatur, der Lüge, der Politik, des Politischen, des Wahlkampfes, der Drogen, der Flugzeugentführungen, des Donnerbalkens, der Hagelversicherungen usw. publiziert. Selbst den Mausefallen galt eine so betitelte Publikation. Im alten Spiel, modisch Begriffe zusammenfügen zu wollen, auch wenn deren Inhalt sich ausschließt, passen insbesondere die des Krieges und der Kultur kaum zueinander. Dies sei eine skandalös zu nennende Zumutung an die Vernunft, formulierte jüngst der Kulturhistoriker Bernd Hüppauf.

Eine „Kulturgeschichte des Krieges“, gab es in Deutschland bereits während des Ersten Weltkrieges, was Ernst Piper allerdings übersehen hat. Als sie erschien, ging der Krieg in sein zweites Jahr, und viele Menschen begannen nachzudenken – manche aus Enttäuschung über ausbleibende Siege, andere in Sorge über die Folgen begangener Untaten. So hatten deutsche Militärs skrupellos das Völkerrecht missachtet, als die verbürgte Neutralität Belgiens beiseite gewischt und die Kathedrale von Reims beschossen worden war. Aber auch, als die kunsthistorisch wertvolle Stadt Löwen (Leuven) einschließlich ihrer einmaligen Bibliothek einem sinnlosen „Strafgericht“ zum Opfer fiel.

Um aufkeimende Bedenken gegen die deutsche Kriegführung zu zerstreuen und der „Feind-Propaganda“ zu begegnen, hielten Historiker im Rahmen der Leipziger „volkstümlichen Hochschulkurse“ Vorträge. Paul Herre – ein Historiker, der später auch Hitler zu huldigen bereit war – erhob Anklage gegen „unsere Feinde“, weil die sich am „deutschen Kulturvolk“ vergangen hätten. Frankreichs Verfehlungen seien durch eine „nationale Entartung“ bestimmt, die Russlands von dessen „barbarischer Halbkultur“. Rücksichtslos würden die Briten im Krieg „unzivilisierte Truppen“, einsetzen – gemeint waren nepalesische Gurkhas, „Senegalneger“ und andere Farbige. Es gäbe im Deutschen Reich auch keinen „kulturwidrigen Militarismus“, denn der deutsche Daseinskampf sei selbst „kulturschaffend“. Von einer solchen nationalistischen, großmachtsüchtigen Begriffsdeutung der Kultur ist heute weniger zu hören. Selbst die These Samuel Huntingtons vom „Kampf der Kulturen“ (1996) findet kaum noch zustimmende Beachtung.

Piper geht es um eine Darstellung „symbolischer Formen der Vergangenheit“. Gemeint sind Zeichen, Metaphern oder Rituale, in denen sich die unmittelbare Reaktion der handelnden Akteure auf das damalige Geschehen erkennen lasse. Sein Augenmerk richtet er insbesondere auf die „diskursiven Anstrengungen zur Legitimation des kriegerischen Handelns“, die im Kontext der geistigen Mobilmachung propagandistisch, wissenschaftlich, literarisch und künstlerisch in Deutschland und in anderen am Krieg beteiligten Ländern unternommen worden sind. Politik- und Militärgeschichte sucht er in eins zu setzen mit der Geschichte der Propaganda, subjektiven Wahrnehmungen der Zeitgenossen und darin aufscheinenden Mentalitäten.

Viel ist aus dem Buch zu erfahren über die unterschiedlichsten Zustimmungserklärungen und Rechtfertigungen, die für den Krieg selbst und die in ihm verfolgten Ziele gefunden worden sind – geäußert auch von bekannten Schriftstellern wie Gerhart Hauptmann und Thomas Mann oder Malern wie Paul Klee.

Mit Recht spricht Piper von einer „bellizistischen Hochstimmung der Dichter und Denker“. Ausführlich stellt er auch dar, wie die euphorische Kriegsbegeisterung deutscher Literaten

verrauchte. Schon 1916 sei die „Springflut der patriotischen Reime „ zu einem Rinnsal geworden. Mit dem Fortschreiten des Krieges gerieten pures Entsetzen und das Beschreiben von dessen unmenschlicher Grauenhaftigkeit in den Vordergrund.

Piper belegt es u. a. mit der Zeile „Alle Straßen münden in schwarze Verwesung“ aus einem Gedicht von Georg Trakl. Trauer, Empörung, Verzweiflung – alles ließ Veränderungen deutlich werden, aus denen neue Sinnsuche erwuchs.

Piper fragt weniger nach den Ursachen des Krieges oder nach dessen Verlauf. Er erzählt vom damals Geschriebenen, Gedichteten oder Dargestellten. Biografisches spielt eine große Rolle. Ebenso Episodisches. Mitunter kann sich der Leser sogar erinnert fühlen an die Darstellungsweise, die Florian Illies für sein Buch über das Jahr 1913 wählte.

Wie literarische „Wehrertüchtigung“ betrieben worden ist, gelingt Piper besser darzustellen als jenen Beitrag zu erhellen, den Wissenschaftler aller Art dazu geleistet haben. Zwar wird gesagt, dass nationalistisches Fieber gerade bei Historikern und Philosophen „viel kriegerische Rhetorik“ erzeugt habe. Doch die Ursachen für die Bereitschaft, in „akademischen Schützengräben“ militärischen Einsatz, Kriege und Menschenrechtsverletzungen aller Art gedanklich zu untermauern, harren weiterer Deutung. Was übrigens bedeutsam wäre nicht allein für einen Rückblick auf den Ersten Weltkrieg.

Besonderes Interesse wecken jene Kapitel, die sich mit der Lage des Judentums sowie mit dem Schweizer Exil befassen. Hingegen bleibt in den Darlegungen zu den „Ideen von 1917“ manches offen. Sie enthalten u. a. die bemerkenswert falsche Aussage, die Gründung der USPD habe den Grundstein für die Spaltung der Arbeiterbewegung gelegt. Leider ist auch hier anzumerken: Obgleich Piper sich ausführlich mit den konservativ-deutschnationalen und völkischen Organisationen befasst und deren „Organisationskultur“ benennt, erwähnt er das Lexikon ostdeutscher Historiker zur Geschichte von Parteien und Vereinen nicht. Die zu seinem Thema passenden Bücher von Claus Ritter (u. a. „Kampf um Utopolis oder die Mobilmachung der Zukunft“) fehlen ebenfalls; auch sie erschienen in der DDR.

Ernst Piper: Nacht über Europa. Kulturgeschichte des Ersten Weltkriegs. Propyläen Verlag, Berlin. 587 S., geb., 20,99 Euro.

Neues Deutschland, Freitag, 30. Mai 2014, S. 16.

„Uns hat der Krieg behütet für den Krieg“

Gern wird, dem Urteil des US-amerikanischen Diplomaten und Historikers George F. Kennan folgend, vom Ersten Weltkrieg als der „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts gesprochen. Auch wenn diesem Begriff etwas Naturgesetzliches, etwas anscheinend nicht zu Erfassendes und die Kriegsursachen letztlich Verklärendes anhaftet – er bezeichnet durchaus zutreffend jene außerordentlich weitreichenden, zerstörerischen und unmenschlichen Folgen dessen, was im August vor nunmehr 100 Jahren begann. Der direkte Zusammenhang zwischen Erstem und Zweitem Weltkrieg liegt auf der Hand, ebenso der mit dem Kalten Krieg. Nicht allein in der deutschen Gesellschaft offenbart sich die generelle Verschränkung dieser Kriege mit allen großen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Auseinandersetzungen des vergangenen Jahrhunderts und auch unserer Zeit.

Seit einiger Zeit befassen sich Historiker speziell mit den geistig-mentalenen Auswirkungen des Krieges von 1914/18. Diese prägten weitgehend das Leben in der Weimarer Republik und beförderten in hohem Maße die Entwicklung hin zur hitlerfaschistischen Diktatur. Zudem wird die systemstabilisierende Rolle untersucht, welche das Instrumentalisieren des Gedenkens an Opfer und Folgen für das braune Regime auf dem Weg zum Zweiten Weltkrieg spielte. Jüngst erschienene Publikationen – u. a. die von Gerhard Hirschfeld, Gerd Krumeich und Irina Renz – wären da zu nennen.

Aus dem Umfeld dieser Autoren stammt auch das aus einer Dissertation hervorgegangene und hier vorzustellende Buch. Sein Verfasser untersucht vor allem die Formen und Inhalte sowie die mobilisierenden Funktionen des Gedenkens an den Ersten Weltkrieg, welches es – neben dem der Institution Schule – in den Jugendverbänden vieler Parteien gab. Gründlich analysiert er den intensiv betriebenen Kult um jene, die im Krieg „heldenhaft“ gekämpft hatten oder gefallen waren. Dieser Kult bestimmte nach seiner Auffassung weitgehend das Leben und Denken weiter Teile der organisierten Jugend vor allem in den letzten Jahren der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Er bewertet ihn als „Multiplikator eines heroischen Männer- und Soldatenbildes“.

Der Band bietet eine Fülle an gründlich recherchiertem Material, entnommen vor allem aus diversen zeitgenössischen und systematisch ausgewerteten Zeitschriften, Leitfäden, Veranstaltungsprogrammen und -berichten. Wenngleich die Wiederholung gleicher oder ähnlicher Aussagen das Lesen nicht unbedingt erleichtert, so entsteht doch ein ernüchternder, zugleich erschreckender Gesamteindruck von Umfang und Wirkung zielorientiert betriebener Geschichtspolitik. Diese suchte rigoros alle Erinnerungen an den „Großen Krieg“ zu nutzen, um unter den männlichen, aber auch unter den weiblichen Jugendlichen Bereitschaft zum Selbst-Opfer in weiteren Kriegen bewirken zu können. Vermeintlich positive Werte wie Tapferkeit, Kameradschaft, Opferbereitschaft und Solidarität der Kriegs-„Helden“ wurden vehement umgedeutet und dienten als Grundlage der Jugend-„Erziehung“.

Im Mittelpunkt der Darstellung steht die Rezeption des Krieges durch die *Hitler-Jugend* (HJ). Für den Titel dieses vierten Kapitels nutzte Weinrich die abschließende Zeile des Gedichts „Des Daseins Sinn“ von Baldur von Schirach, das 1929 entstand. Mit den Worten „behütet“ (oder auch „bewahrt“) für den Krieg zielte es auf eine kriegsreife Revision der Nachkriegsverhältnisse und suggerierte, dass der verlorene Krieg in denen der Zukunft gleichsam rückwirkend gewonnen werden könne und müsse. Der Autor verfolgt detailliert, welche Konjunkturen und Verschiebungen es zwischen 1926 und 1945 in der Erinnerung der HJ an den Krieg gab und wie sich ein ausufernder Kult um die heldenhaft „Gefallenen“ entfaltete. Zugleich wird untersucht, welche Auseinandersetzungen um diese geistige Vorbereitung auf einen neuen Waffengang stattfanden. Bei diesen – es gab sie insbesondere zwischen der HJ und anderen Wehrverbänden – ging es vor allem um Deutungshoheit und politische Machtinteressen.

Erstere, so der Verfasser, habe sich mehr und mehr selbst als Trägerin des „Vermächtnisses der Front“ in Szene setzen können und solchen Organisationen wie dem *Kyffhäuser-Bund* oder auch dem *Stahlhelm* jegliche Berechtigung abgesprochen, das Fronterlebnis als Legitimationsfolie für eigene politische Forderungen zu instrumentalisieren.

Der Leser findet im HJ-Kapitel oftmals Rückgriffe auf die – nach Meinung des Rezensenten interessanteren und wirklich Neues bietenden – Kapitel zwei und drei. Hier stellt er das Helden- und Opfergedenken der späten 1920er und frühen 1930er Jahre dar und analysiert, wie in bürgerlichen, christlichen und ansatzweise auch in sozialdemokratischen Jugendorganisationen – insbesondere der *Deutschen Freischar*, dem *Großdeutschen Jugendbund*, dem *Katholischen Jungmännerbund Deutschlands* und dem sozialdemokratischen *Jungbanner im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold* – über den Ersten Weltkrieg, seine Ursachen und die deutsche Niederlage gedacht worden ist. Bemerkenswert eindeutig urteilt W. über die Gemeinsamkeiten und Übereinstimmungen, die es in allen nationalistisch sowie nationalsozialistisch agierenden Jugendverbänden gegeben hat. Allgegenwärtig waren auch in den untersuchten Verbänden ein mehr oder weniger striktes Bekenntnis zu Soldatentum und nationalistisch interpretierter Opferbereitschaft, ferner die Verklärung und Sakralisierung des Tötens und des Getötet-Werdens. Das Gefühl war weit verbreitet, man sei dem Vermächtnis der Opferhelden zu eigenem opferbereitem Heldentum verpflichtet.

Natürlich fragt W. nicht allein nach den Schnittmengen von rechter und rechtsradikaler Ideologie, sondern auch nach den Unterschieden. In inhaltlicher Hinsicht lässt sich allerdings kaum originär Faschistisches benennen. Mit Recht meint Weinrich, die Bedeutung beispielsweise von Gorch Fock, Hermann Löns und Walter Flex als im Ersten Weltkrieg gefallener Dichter sei kaum zu überschätzen. Vor allem Letzterer hätte einen bildungsbürgerlichen Kanon vorgegeben, der ein zeittypisches Kondensat aus nationalistischem Idealismus, sozialdarwinistisch-vitalistischer Kriegsbejahung, Sehnsucht nach Volkseinheit, bedingungsloser Hingabe des einzelnen für das Vaterland und opfermythischem Heldenkult darstellte. Als eine der wichtigsten Differenzen dieser Kreise zu den Nazis bezeichnet er neben deren rassistischer Ideologie die vehemente Mobilisierung zur Gewalt. Doch da beschönigt er wohl eher das Auftreten, die Auffassungen und die Wirksamkeit der zahlreichen paramilitärischen Organisationen, die zu Weimarer Zeiten neben der HJ agierten. Grundsätzlich schlussfolgert Weinrich aber völlig berechtigt, dass der 30. Januar 1933 „für die Weltkriegsrezeption der Jugend keine Zäsur darstellt. Vielmehr machte die HJ mit zentralen Elementen ihres Kriegs- und Heldengedenk-Diskurses ein weitgehend konsensfähiges Deutungsangebot, das gemeinhin nicht als NS-spezifisch betrachtet, sondern eher als selbstverständlich hingenommen wurde und damit – so kann vermutet werden – die Integration in die sich rapide zur Staatsjugend entwickelnden HJ erleichterte.“ (66) Im Vorwort zum Buch, das Ian Kershaw beisteuerte, heißt es, Hitler „hätte nicht allzu viele Zuhörer gefunden, wenn es nicht Millionen gegeben hätte, die bereit waren, wenigstens partiell seiner Diagnose des deutschen Missgeschicks und der seiner Ansicht nach notwendigen Abhilfe zuzustimmen. Der Band macht deutlich, wie sehr diese Bereitschaft auf die zahllosen Methoden und Praktiken zurückzuführen ist, mit denen die Nationalsozialisten das Trauma des Ersten Weltkriegs ausbeuteten.“

Den Band beschließt ein lesenswertes fünftes Kapitel über das militärisch sinnlose, indessen mythisch nahezu unvergleichlich verklärte Opfer, das junge und auch ältere Männer in der Schlacht bei Langemarck am 10. November 1914 bedenkenlosen Befehlen folgend gleichsam rauschhaft erbracht hatten. Auch hier enthüllt Weinrich die teils erbittert ausgefochtenen Machtkämpfe um die geschichtspolitische Deutungshoheit zwischen der HJ und der nazistischen Studentenorganisation. Dargestellt werden auch die Versuche, den Langemarck-Mythos als Mittel zur Überwindung von Konflikten zwischen den älteren Frontkämpfern und der jün-

geren Generation zu nutzen. Dabei wurde letzterer „der ritualisierte, ehrfürchtige Kotau vor dem zeitlosen Heldentum der Soldaten der alten Armee“ abverlangt.

Alles in allem kann der Leser zu interessanten und überzeugendverallgemeinernden Schlussfolgerungen gelangen. Beispielsweise belegt das Material eindeutig, dass sowohl die Zerstörung der Weimarer Republik als auch die Zustimmung einer großen Mehrheit der Deutschen zur Politik der regierenden NSDAP ermöglicht worden sind durch das nationalistisch geprägte, auch geistig und mental vorbereitete Bündnis zwischen den rechten bürgerlichen Parteien einerseits und den Nazis andererseits. Dem Band ist auch zu entnehmen, dass dieses Bündnis zustande kam trotz aller Erinnerungen an die Schrecken des Krieges, trotz allgemeiner Ablehnung von Kriegen und der lebhaft befürworteten Losung „Nie wieder Krieg!“ Kriegskritische und heroisierende Auffassungen hätten einander nicht ausgeschlossen, meint W. und erklärt, dass die weitgehende Kompatibilität von Kriegsverdammung und Glorifizierung soldatischer Opferbereitschaft „zum Signum der Weimarer Kultur“ gehört habe.

Der Frage, wie generell das Thema „Krieg“ und sein Platz in der Geschichte der Menschheit von den Nazis als Mittel militaristischer Erziehung und Kriegsbereitschaft genutzt worden ist, wird nicht gestellt. Gelegentliche Einsprengsel und Anklänge an die in Bundesdeutschland landläufig vorgegebene These vom Zusammenspiel rechts- und linksextremer Parteien bei der Zerstörung der Weimarer Republik mögen eine dem Autor vielleicht als notwendig erscheinende Verneigung an den Zeitgeist sein – den quellengestützten Befunden und dem Dargestellten entsprechen sie nicht.

Arndt Weinrich, *Der Weltkrieg als Erzieher. Jugend zwischen Weimarer Republik und Nationalsozialismus* (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte – Neue Folge, hrsg. von Gerhard Hirschfeld, Bd. 27), Klartext Verlag Essen 2012, 351 S., 39,95 Euro

Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 98, Juni 2014, S. 207-210.

„Ave Imitator“

Der „Duce“ empfängt am 14. Juni 1934 erstmals den „Führer“

Zu Mussolini hatte Hitler seit Ende 1922 aufgeschaut. Unter den Nazis hieß es, wenn von der Notwendigkeit eines neuen deutschen „Führers“ gesprochen wurde, er müsse so sein wie Mussolini: Ein Kerl, der durchgreife, hart sei und sich nicht scheue, mit äußerster Gewalt im Kampf gegen die Arbeiterbewegung, gegen alle Pazifisten und Demokraten vorzugehen. Im Interesse guter Beziehungen zum faschistischen Italien hatte Hitler es gegen Widerstände in den eigenen Reihen sogar gewagt, Südtirol – das Land, das 1920 von Österreich getrennt und Italien zugeschlagen worden war – von Expansionsgelüsten auszunehmen. Manches wurde den italienischen Schwarzhemden und deren martialischem Auftreten schlicht abgeschaut. Vielleicht raunte es auch deshalb im Volksmund, Mussolini habe, als es zur ersten persönlichen Begegnung der beiden kam, seinem Gast mit den Worten „Ave Imitator“ begrüßt.

Doch nicht allein die Nazis schauten zu Weimarer Zeiten auf Italien. Dies taten ebenso deutschnationale und rechtsliberale Kreise. Auf der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie vom 2. Dezember 1929 erschallten Bravo- und „Mussolini“-Rufe. 1931 entstand sogar eine „Gesellschaft zum Studium des Faschismus“. Ihr Ziel: tragfähige Schnittmengen einer künftigen rechten Regierung, also eines Bündnisses zwischen NSDAP einerseits und der Deutschnationalen Volkspartei sowie dem Stahlhelm andererseits zu finden.

Immer hatte es Hitler nach einer persönlichen Begegnung mit Mussolini gedrängt, erst recht nachdem er auf den Stuhl des Reichskanzlers gebracht worden war. Diplomatische Fühler wurden ausgestreckt, doch zunächst blieben alle Avancen unerwidert. Selbst die lobhudele Grußbotschaft an Mussolini vom 31. Januar 1933 fruchtete nicht, in der es hieß: „Mit Sicherheit verdanke ich es dem Faschismus, daß ich bis zu diesem Punkt gekommen bin.“ Trotz vieler Übereinstimmungen auf ideologischem Gebiet dominierten die unterschiedlichen Macht- und Expansionsinteressen der italienischen und der deutschen Faschisten. Die einen orientierten sich auf die Schaffung eines Mittelmeerimperiums und strebten eine Weltmachtgeltung im asiatischen Osten sowie in Afrikas Nordwesten an, die anderen zielten (zunächst) auf Südosteuropa. Beide sahen in der österreichischen Republik den politisch-geographischen Schlüssel zum gewünschten Erfolg. Dem Programm der Nazis entsprechend sollte der „Zankapfel“ dem Reich unmittelbar angeschlossen werden, während die Bewahrung österreichischer Selbständigkeit wesentlicher Bestandteil des italienischen Konzepts war.

Seit Anfang März 1934 nahmen die Pläne für eine Reise Hitlers nach Italien konkrete Gestalt an. Der Zusammenhang mit den krisenhaften und schließlich zu den brutalen Mordaktionen vom 30. Juni führenden Auseinandersetzungen innerhalb der Nazidiktatur ist unverkennbar. Es sollte überhaupt die erste normale Fahrt dieses Mannes ins Ausland sein, hatte er doch nur als Soldat Deutschlands Grenzen überschritten. Als Termin wurden die Tage vom 14. bis 16. Juni ausgehandelt, als Ort die Lagunenstadt Venedig.

Reichlich Propaganda ...

Aufwendig gestalteten die Italiener das Rahmenprogramm. Es begann mit einer Begrüßung auf dem Flugplatz, als Mussolini in großer Uniform seinen unauffällig zivil gekleideten deutschen Kollegen empfing. Gemeinsam besuchten beide ein Konzert, in dem Werke von Giuseppe Verdi und Richard Wagner erklangen. Keine Gelegenheit zu theatralischer Selbstdarstellung wurde ausgelassen. Schwarzhemden paradierten in großer Zahl auf dem Markusplatz, was den Gast sehr beeindruckt haben soll.

Ob das auch für die Rede Mussolinis gilt, darf bezweifelt werden, es sei denn, man war sich darin einig, alle Welt über ihre wirklichen Ziele im Unklaren zu lassen. Es gelte nicht, so tonte Mussolini, „die politische Karte Europas und der Welt nezugestalten oder zu verändern.“

(...) Wir sind zu dem Versuch zusammengekommen, die Wolken, die den Horizont des politischen Lebens Europas verdunkeln, zu zerstreuen.“

Im Mittelpunkt des Gipfeltreffens standen zwei längere Unterredungen der beiden Faschistenführer. Ein Dolmetscher erübrigte sich, da Mussolini die deutsche Sprache weitgehend beherrschte. Protokollanten waren auch nicht vorgesehen. So lassen sich sowohl die behandelten Themen als auch die Gesprächsergebnisse lediglich aus späteren Berichten und Aufzeichnungen deutscher und italienischer Diplomaten erkennen. Alles ergibt ein in sich sehr ungenaues und widersprüchliches Bild, übrigens auch von dem, was beide zur inneren Situation Deutschlands, über die Stellung zur katholischen Kirche und zum Antisemitismus geäußert haben. Überliefert ist das Wort Mussolinis, sein Gast sei ein „Narr“, der nur „von Anschluß und Krieg“ gesprochen habe und „die fürchterlichsten Waffen der modernen Technik anwenden“ möchte. Hitler zeigte sich indessen nach seiner Rückkehr im Gespräch mit Joseph Goebbels recht zufrieden. Das wiederum steht in Gegensatz zum Urteil vieler Zeitgenossen und Historiker, der „Führer“ sei enttäuscht und verärgert gewesen.

... und ein Streit

Fest steht, daß es Streit hauptsächlich um die Zukunft Österreichs gegeben hat. Wie so oft in der Geschichte ging es also um einen an den Verhandlungen nicht beteiligten Staat. Mussolinis Unterstützung für die ebenfalls diktatorisch regierte Alpenrepublik folgte eigenen Interessen, darunter auch der Vorstellung, Italien könne seine Positionen in Europa dadurch stärken, wenn es gelingt, zwischen Deutschland, Frankreich und England zu vermitteln. Man einigte sich indessen darauf, daß es in Österreich rasch und weitgehende Veränderungen geben müsse: Ein neuer Bundeskanzler solle gefunden werden, und nach Wahlen seien die österreichischen Nazis an der Regierung zu beteiligen. Das hielt indessen den Völkischen Beobachter nicht davon ab, am 17. Juni zu fordern, es sei in Österreich eine neue Regierung zu bilden, an deren Spitze ein den Nazis gewogener Politiker zu stehen habe.

Hitler soll in Venedig erklärt haben, es werde keine Annexion Österreichs durch Deutschland geben. Was sein Wort wert war, erwies sich bereits nach wenigen Wochen als Lüge. In Österreich putschten am 25. Juli 1934 seine Anhänger, Bundeskanzler Engelbert Dollfuß wurde ermordet. Das betrachtete Mussolini als persönlichen Affront und ließ ihn ungehalten reagieren: Er befahl zwei italienischen Divisionen, am Brenner aufmarschieren zu lassen. Das erwies sich als sehr wirksam, wovon Hitlers scheinheiligen Beteuerungen, er habe mit dem Putsch in Wien nichts zu tun, sowie sein Verhalten gegenüber den österreichischen Nazis zeugten.

Doch schon beim nächsten Treffen – es fand im September 1937 in Deutschland statt – hatten sich die Verhältnisse verändert: Mussolini bedurfte einer Unterstützung seines zu scheitern drohenden Feldzugs in Äthiopien. Beide waren sich einig geworden, den Kampf des Generals Franco gegen die Spanische Republik zu unterstützen. Antikommunistische Gemeinsamkeit und gegenseitige Unterstützung expansionistischer Kriegsaktionen führten zur Schaffung einer „Achse zwischen Rom und Berlin“, um die sich das übrige Europa drehen müsse.

Quellentexte. „Mussolini, der an die Stelle des Marxismus den Faschismus setzte“

Aus einem Artikel Hitlers in der Zeitschrift Deutschlands Erneuerung vom April 1924: Die nationalsozialistisch-völkische Bewegung kennt [...] nur einen Feind; es ist dies allerdings der Todfeind der heutigen Menschheit insgesamt: den Marxismus! [...] Dieses am klarsten erkannt und am folgerichtigsten durchgeführt zu haben, ist das weltbedeutende Verdienst Benito Mussolinis, der an Stelle des auszurottenden internationalen Marxismus den national fanatischen Faschismus setzte, mit dem Erfolg einer fast vollständigen Auflösung der gesamten marxistischen Organisationen Italiens.

Juni 1934: Tagebuchnotizen Alfred Rosenbergs: Eben vom Führer. Er ist noch ganz berauscht von Venedig. Schätzt die Begeisterung für Mussolini als echt ein. Der Fanatismus sei nicht gekünstelt. Die Menschen vom Lande ständen gebeugt in Ehrfurcht vor ihm wie vor einem Papst, und er nähme die in Italien übliche cäsarenhafte Pose an. Das falle aber alles in einer persönlichen Unterhaltung ab. Da werde Mussolini menschlich und liebenswürdig.

Aus einer Rede Mussolinis vom 6.9.1934: 30 Jahrhunderte der Geschichte erlauben uns, mit überlegenem Mitleid auf gewisse Theorien jenseits der Alpen zu blicken, die von den Nachkommen eines Volkes vertreten werden, das zu einer Zeit, als Rom Cäsar, Virgil und Augustus besaß, nicht einmal die Schrift kannte, um Zeugnisse seines Lebens zu überliefern.

junge Welt, Sonnabend, 14.06.2014, S. 15.

Geschichte als Waffe

Dokumentation. Die Katastrophe nach 1918: Erinnerungspolitik, um den verlorenen Ersten Weltkrieg nachträglich zu gewinnen

Am 11. Juni fand in Berlin das Kolloquium „Vor 100 Jahren: Beginn des Ersten Weltkrieges. Ursachen und Wertungen“ statt. Veranstalter waren die Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung sowie der Verein der Berliner Freunde der Völker Rußlands. Wir dokumentieren den um das erste Drittel gekürzten Vortrag von Professor Dr. Manfred Weißbecker. Weitere Beiträge der Veranstaltung werden auf den Themaseiten folgen. (jW)

Bei meinen Überlegungen zu den Deutungen des Ersten Weltkrieges in den zwanziger und dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts möchte ich den Blick weniger auf den Bereich der persönlichen Erinnerungen lenken, weder auf individual-psychologische Merkmale noch auf das Verblässen und Verklären von Erinnerungen im Laufe der Zeiten. Schmerz und Trauer im individuellen Verarbeiten von Kriegserlebnissen sind nicht auszuklammern. Doch entgegen allen rein psychohistorischen und anthropologischen Deutungen erlangten sie Geschichtswirksamkeit wohl insbesondere durch eine richtungsweisende Überlagerung und Färbung, durch eine bewußt betriebene, umfangreich organisierte und außerordentlich folgenreiche Erinnerungspolitik.

Ich bestreite keineswegs die Existenz eines spannungsreichen Verhältnisses zwischen individuellem Trauerbedürfnis einerseits und einflußnehmender Erinnerungspolitik andererseits. Ich meine aber, daß es notwendig ist, wenn es um die Erfassung von Entwicklungslinien sowie um die Erklärung geschichtswirksamer Prozesse geht, den Blick mehr auf die geschichtspolitisch und propagandistisch instrumentalisierte Erinnerung an den Ersten Weltkrieg – also auf die „Brandstifter“ in Friedenszeiten – zu richten.

Geht es um diesen „Boden“, sollte übrigens niemand die Tatsache übersehen, daß unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg vielen unter den Deutschen das Wort „Nie wieder Krieg!“ als Lebensmaxime galt, daß sie in den neuen parlamentarisch-demokratischen Strukturen an die Möglichkeit entweder einer Überwindung des Kapitalismus oder zumindest an die seiner Begrenzung glaubten. Bei vielen Menschen dominierte eine Stimmung des Aufbruchs. Lautstark, nachdrücklich und unüberhörbar erscholl der Ruf nach einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel, nach Sozialisierung von Bergbau und Schwerindustrie, und damit nach einer weitgehenden Entmachtung von Großindustriellen und Großagrariern. Selbst bürgerlich-demokratische Kreise erklärten: „Die bisherige Gesellschaftsordnung hat uns in den Abgrund geführt. (...) Nur die sozialistische Gesellschaft kann die Völker vor dem Verfall in die Barbarei retten.“¹

Gegen „Nie wieder Krieg!“

Tatsächlich hatte sich zunächst ein neuer Trend bemerkbar gemacht. Auch im geistig-kulturellen Leben, das mannigfaltig die von Revolution und Weimarer Verfassung gebotenen Möglichkeiten nutzte wie auch verteidigte und so den kritischen Vorkriegs- und Antikriegsgeist weiterleben ließ. Aufbruchsideen regten sich und erfaßten Menschen aller Lebensbereiche. In zahlreichen Werken von Schriftstellern, Malern, Baumeistern usw. fand die historische Dimension des Wandels bemerkenswerten Niederschlag. Strikte Ablehnung von Monarchie, Krieg, Militarismus, Deutschtümelei und imperialem Großmachtstreben verband sich mit vehement vorgetragenen Gedanken an eine Zeit notwendiger Veränderungen der Gesell-

¹ Zitat aus dem Text des Plakats des „Bundes Neues Vaterland“, unterschrieben von René Schickele, Magnus Hirschfeld, Helene Stöcker und Kurt von Tepper-Laski.

schaft. Nachdrücklich wurde eine „Menschheitserneuerung“ verlangt, Neues gesucht und erkundet.

Bekanntlich wurde dem allen massiv entgegengewirkt, und das nicht erst, als in den letzten Jahren der Weimarer Republik die kriegsverherrlichende und nationalistische Literatur zu dominieren begann. Bereits in den ersten Jahren der Weimarer Republik empfanden es Weimars Militärs und ihre geistigen Kopfflechter empörend, wie weit verbreitet die Vorstellung von einer Zukunft ohne Krieg unter der Bevölkerung war. Hans von Seeckt, Chef der Heeresleitung, bezeichnete ein solches „Friedensbedürfnis“ und den Ruf „Nie wieder Krieg!“ schlicht als „töricht“. Zwar ging von der Weimarer Republik kein Krieg aus, worauf zu verweisen in der heutigen Berliner Republik sehr sinnvoll ist. Hatte jedoch bis 1918 der Krieg vor allem als Fortsetzung von Politik gegolten, so wurde dieser nun direkt in die Politik einbezogen. Allen Ansätzen einer Friedenspolitik, selbst jenen Bemühungen, die hier mit den Stichworten „Rapallo“, „Locarno“, „Völkerbund“ und „Abrüstung“ angedeutet sein sollen, wurden schwere Steine in den Weg gelegt – innenpolitisch, rüstungswirtschaftlich, außenpolitisch und geistig. Nach meiner Auffassung bestand einer der dicksten Brocken in der zielorientierten Nutzung von menschlicher Trauer und Trost suchendem Gedenken an die Opfer des Krieges.

Transformation der Trauer

Von Anfang an bemächtigten sich konservative Kreise des politischen Erinnerns an den Krieg, mehr noch an die Niederlage, alles aber vielgestaltig, umfassend und zielorientiert und gegen alle menschlichen Friedensbedürfnisse gerichtet. Nach meinem Dafürhalten lässt sich das Konzeptionelle ihrer damaligen Erinnerungspolitik hauptsächlich in vier Punkte fassen.

Erstens zeichneten sich in allen breitgefächerten, inszenierten, medial intensiv und demonstrativ unterstützten Darlegungen solche erinnerungspolitischen Argumentationsmuster ab, die zwar den Frieden als erstrebenswert priesen, gleichzeitig jedoch den Krieg generell als unabänderlichen Teil der Menschheitsgeschichte werteten sowie die spezielle deutsche Kriegsniederlage – gleich ob direkt oder unterschwellig – mit der Frage verknüpften, wie in der Zukunft alles wettzumachen sei und was dafür in der Gesellschaft insgesamt und speziell auf den Gebieten Aufrüstung, Kriegführung und Kriegspsychologie unternommen werden sollte. Dabei wandelte sich das Entsetzen über den vergangenen Krieg rasch in eines über die unmittelbaren Kriegsfolgen.

Zweitens wurde konsequent eine Umwandlung von privatem Schmerz in „stolze Trauer“ betrieben. Dem diente ständiges Lobpreisen von Opferbereitschaft und ein sich exzessiv steigender Kult um die Opfer des Krieges, was einerseits Sakralisierung des soldatischen Todes und andererseits Säkularisierung des kirchlichen Märtyrerkultes bedeutete. Zunehmend wurden die auf den Schlachtfeldern Gefallenen, die Verwundeten und auch die Überlebenden zu „Helden“ stilisiert. Auf dem damaligen „Schlachtfeld Erinnerung“ verschoben sich deren Kennzeichen von Mut, Kühnheit und Tapferkeit hin zu Ausdauer, Beharrlichkeit, Treue und Gehorsam gegenüber den Befehlshabern sowie unerschütterlicher Bereitschaft zur Pflichterfüllung. Gern wurde „wahres“ oder „echtes Heldentum“ gepriesen. Im Kult um die toten „Helden“ entfalteten sich – wie Sabine Behrenbeck in ihrer Arbeit über den der Nazis schreibt – destruktive Phantasien, die einer „Lizenz zum Töten“ gleichkamen. Darüber hinaus diente der Heldenkult als Folie für das fordernde Herausstellen messianischer „Erlöser“ und für das Entfalten eines zunächst allgemeinen, später jedoch vor allem auf Hitler bezogenen Führerkultes.²

² Sabine Behrenbeck: Der Kult um die toten Helden. Nationalsozialistische Mythen, Riten und Symbole 1923-1945. SH-Verlag, 2. Auflage 2011.

Drittens verstärkte sich die Mystifizierung des deutschen Soldatentums und dessen angeblich vollständig gegebener Überlegenheit über Menschen und Militärs anderer Länder. Generell stand im Vordergrund ein ausschließlich auf die eigene Nation bezogenes, sich mehr und mehr rassistisch färbendes Selbstbild: der Deutsche als angeblich generell friedlicher, zu Kriegen stets nur gezwungener und kulturell, in Technik wie Wissenschaft, allen anderen Völkern überlegener Mensch. Ein solches Selbstbild hatte Existenz und Fortwirkung alter wie neuer Feindbilder zu legitimieren. Im Bild vom Fremden sahen sich diese auf eine niedere kulturgeschichtliche Stufe gesenkt, als schwach, niederträchtig und minderwertig charakterisiert. Aus biologistisch-rassistischen Denkstrukturen ergab sich später die Rechtfertigung des „Ausmerzens“ von „unwertem Leben“ sowie von „Untermenschen“, wie es in der Sprache der Faschisten hieß. Es erfolgte eine „Erziehung zum Krieg“ – übrigens der Erziehung zum Krieg im Deutschen Kaiserreich vergleichbar, nur daß jetzt auch durch den Krieg, seine Darstellung, seine Deutung usw. „erzogen“ werden sollte.

Schließlich bestand viertens die Erinnerungspolitik der damaligen Nachkriegszeit aus einer ausgesprochen nationalistisch-kriegerisch gefärbten und zudem religiöse Heilsvorstellungen nutzenden Orientierung auf eine als ideal dargestellte Zukunft. Um diese erreichen zu können, sei es in erster Linie notwendig, entsprechend dem Modell der (fiktiven!) Schützengrabengemeinschaft in einer wahren deutschen „Volksgemeinschaft“ alle Spaltung in Klassen und Parteien zu überwinden.

Eigene Kriegsunschuld nachweisen³

Realistisch-kritisch denkende Zeitgenossen erkannten das rasch. Heinrich Mann verglich die Wiederaufrüstung der Republik mit der Rüstung des Kaiserreichs und sprach von einer „Verschwörung des Staates mit den Konzernen, mit der Klasse der Verdienener“ sowie von „Abneigung des regierenden Personals, irgend etwas unmittelbar mit dem Volk zu tun“ haben zu wollen.

1922 meinte der aufrechte Demokrat und Kritiker der preußischen Polen-Politik, Hellmut von Gerlach, es sei in Deutschland zur entscheidenden Frage geworden: „Zurück zu 1914 oder los von 1914?“ Zwar wüßten auch die Rechten, daß Deutschland keinen Krieg führen könne: „Aber sie wollen den kriegerischen Geist im Volke aufrechterhalten oder, soweit er nicht mehr existiert, ihn wieder wachrufen. Sie predigen Haß und Hoffnung auf Revanche.“ Und es war Kurt Tucholsky, der sich darüber mokierte, weshalb in Deutschland der Segelflug – an sich ja, wie man denken sollte, ein harmloser Sport – als „ein stolzes Zeugnis deutschen Geistes“ gepriesen werde. Er fragte, wozu müsse selbst in diese Betätigung „das Gift des Nationalismus hineingetragen“ werden. Seine Antwort: „Weil in Deutschland keine Verdauungsstörung vor sich geht, ohne daß nicht einer dazu brüllt: ‚Im Felde unbesiegt! Trotz allem!‘. (...) Es ist übelste Wichtigmacherei, Nationalismus, geistige Aufrüstung an allen Ecken und Enden und Reklame für den nächsten Krieg.“

Damit hatte der Publizist benannt, was inhaltlich im Mittelpunkt aller Erinnerungspolitik der Weimarer Republik stand: der Versuch, die eigene Unschuld am Krieg und die Schuld, zumindest aber die Mitschuld, der anderen nachzuweisen. Alles rankte sich um die Behauptung, die militärische Niederlage sei von meuternden Proletariern, hinterhältigen Juden, verantwortungslosen Pazifisten usw. verursacht worden. Das zu verbreiten, leistete für jene wirksame Schützenhilfe, die mit Waffengewalt gegen die als „innere Feinde“ diskreditierten Streikenden und um revolutionäre Ziele kämpfenden Arbeiter vorgingen, für jene, die vor politischen

³ „Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben.“

Morden nicht zurückschreckten und die von Anfang an Pläne für einen neuen Waffengang schmiedeten.

An vorderster Stelle muß in diesem Zusammenhang von der Dolchstoßlegende gesprochen werden, doch Bekanntes soll hier nicht wiederholt werden. Verweisen will ich indessen auf die Tatsache, daß der Staat eigene Ämter schuf, die einzig und allein auf ihr beruhende Propaganda betrieben und koordinierten. So hatte das Auswärtige Amt bereits Ende 1918 ein spezielles Büro eingerichtet, das seit 1919 als „Kriegsschuldreferat“ fungierte und sich auch als „Zensur“-Behörde betätigte. Mit dem von ihm gesammelten Material wurde eine deutsche Kriegsschuld geleugnet und zugleich jenen Vorwürfen entgegnet, Deutschland habe im Krieg das Völkerrecht mißachtet.

Es lohnt an dieser Stelle allerdings ein kurzer Blick auf deutsche Historiker. Eine übergroße Mehrheit diente beflissen dem Mainstream. Nur wenige widersprachen, darunter vor allem Eckart Kehr, aber auch Hermann Kantorowicz und Arthur Rosenberg. Sie stießen zumeist nicht so sehr auf kritische Gegenargumente, eher auf haßerfüllte Ablehnung. Nur ein Beispiel sei erwähnt: Der konservative Gerhard Ritter diffamierte Kehr als einen „für unsere Historie ganz gefährlichen ‚Edelbolschewisten‘“ und empfahl ihm, er solle doch „gleich lieber in Rußland habilitieren“. Wäre es nicht, nebenbei gesagt, lohnenswert, gewisse Traditionslinien solcher Geisteshaltung aufzuspüren?

Im Grunde darf die Dolchstoßlegende auch als eine Folie gelten, vor deren Hintergrund es rasch nach Kriegsende Bemühungen um die Fürsorge für die Gräber deutscher Soldaten im Ausland gab. Dafür wurde Ende 1919 ein eigener Bund geschaffen, der „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ (VDK). Die Präsidentschaft übernahm Oberst Joseph Koeth, der 1918/19 für die Demobilisierung zuständig gewesen war und zugleich als ein führendes Mitglied im „Reichsverband der Deutschen Industrie“ sowie bis 1930 auch als Vorsitzender der „Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft“ fungierte. Ihm folgte im Amt Pfarrer Fritz Siems, der den „Haß gegen den Erbfeind Frankreich“ predigte und das Alte Testament zitierte: „Du sollst Deinen Freund lieben und Deinen Feind hassen, Auge um Auge, Zahn um Zahn.“ Emmo Eulen, einer der Mitbegründer des VDK, nannte als Ziel seiner Organisation, es gelte, „die heldische Lebensauffassung im deutschen Volke wiederzuerwecken“. Später – da stand er schon den Nazis nahe – betonte er die Diskrepanz der Ziele des VDK zu denen der „art- und volksfremden Machthaber des Jahres 1919“.

Mit Recht erklärten Politiker der Arbeiterparteien, das Gedenken an die Toten des Weltkrieges werde „mißbraucht, um einen verderblichen Revanchegedanken zu wecken und wachzuhalten“. Schaut man heute in offizielle Darstellungen dieses Bundes, wird man selbst den leisesten Hauch einer selbstkritischen Rückschau vermissen und alles nur als „Dienst am Frieden“ dargestellt sehen.

Erst 1926 führten die Bemühungen des VDK zur Einführung eines „Volkstrauertages“, der allerdings ohne eine gesamtstaatliche Regelung blieb. Eine Analyse der Redner und ihrer Ansprachen sowie der Gestaltung des jeweiligen „Ehrengedenkens“ an die Gefallenen läßt – von wenigen Ausnahmen abgesehen – erkennen, daß Mitleid, Weinen, Trauern als unheroisch, als unvölkisch galt und regelrecht stigmatisiert wurde. Dem Volkstrauertag sollte daher wenig Bestand beschieden sein. Im Februar 1934 erhielt er die Bezeichnung „Heldengedenktag“, wobei davon mitunter schon Mitte der 20er Jahre getönt worden war.

Indoktrination der Jugend

Stichwortartig sei noch verwiesen auf weitere Erscheinungsformen politischer Erinnerungsarbeit in der Weimarer Republik. Zu erwähnen wären:

- das Wirken jener Vielzahl an Organisationen, die unmittelbar nationalistisch-revanchistische Propaganda gegen den Versailler Vertrag auf ihre Fahnen geschrieben hatten: „Deutscher Schutzbund“, „Deutscher Ostbund“ usw. Als zentrale Einrichtung zur Finanzierung und Koordinierung aller Deutschtumsorganisationen und -institutionen in den Gebieten, die dem Versailler Vertrag entsprechend von Deutschland abgetrennt worden waren, gründete die Regierung am 22. November 1920 die halbstaatliche „Deutsche Stiftung“. Im Frühjahr 1921 trat mit dem „Arbeitsausschuß Deutscher Verbände“ ein neuer Dachverband in Erscheinung. Ihm gehörten zunächst etwa 500, später sogar fast 2000 Organisationen an, die sich alle propagandistisch mit dem Vertrag von Versailles und insbesondere mit dessen Artikel 231 befassen. Eines der Ziele des Ausschusses bestand darin, die „deutsche Volksbewegung“ für eine Revision des Versailler Vertrags zu einer „Weltbewegung“ zu erweitern. Da paßte es, daß 1924 mit Heinrich Schnee, der ehemalige kaiserliche Gouverneur der Kolonie Deutsch-Ostafrika und bald der NSDAP angehörig, die Präsidentschaft übernahm. Hans Draeger, seines Zeichens Geschäftsführer des Verbands, wurde 1933 Abteilungsleiter beim Wehrpolitischen Amt der NSDAP;
 - das Wirken von Kriegervereinen und paramilitärischen Verbänden, von denen u. a. der „Kyffhäuserbund“ über 2,5 Millionen und der „Stahlhelm-Bund der Frontsoldaten“ über fast eine halbe Million Mitglieder verfügte;
 - die überall aufgestellten Kriegerdenkmale;
 - das vor allem unter Studenten grassierende Langemarck-Gedenken;
 - die ungeheuer große Zahl von Publikationen aus der Generalstabshistoriographie und der sogenannten Regimentsgeschichten;
 - die Tätigkeit der trotz aller Krisen stets finanziell geförderten Stuttgarter Weltkriegsbücherei;
 - die Verbreitung der zu Beginn des Krieges entstandenen Frontliteratur und der literarischen Lobpreisungen des Soldatentums. Letzterem dienten u. a. Werke von Gorch Fock, Hermann Löns und Walter Flex als im Ersten Weltkrieg gefallener Dichter, die weit verbreitet waren und deren Wirkung kaum zu überschätzen ist. Neben den Büchern von Werner Beumelburg, Edwin Erich Dwinger, Ernst Jünger, Franz Schauwecker, Georg Schmückle und Hans Zöberlein gehörten auch sie in den letzten Weimarer Jahren zu einem bildungsbürgerlichen Kanon. In ihm manifestierte sich ein zeittypisches Kondensat aus nationalistischem Idealismus, sozialdarwinistisch-vitalistischer Kriegsbejahung, Sehnsucht nach Volkseinheit, bedingungsloser Hingabe des einzelnen für das Vaterland und opfermythischem Heldenkult;
 - Eigenständige und umfassende Kapitel wären ferner auch klerikaler Kriegsrechtfertigung und jenen Bemühungen zu widmen, den Krieg mit einer religiösen Aura zu versehen.
 - Ebenso dürfen die Schulen nicht unerwähnt bleiben. Der Weltkrieg war noch nicht zu Ende, da veröffentlichte der Altenburger Schuldirektor Christian Ufer ein Buch mit dem Titel: „Schulerziehung nach dem Krieg“. Aus ihm sei ein einziges Zitat angebracht: Die „Vorbereitung auf einen künftigen, hoffentlich in weiter Ferne liegenden Krieg (...) muß unser ganzes Volkstum erfassen. (...) Es gilt erneut und zweifellos in noch höherem Grade als schon bisher die Schaffung eines Volkes in Waffen, und ein ganz wesentlicher Teil an der Lösung dieser Aufgabe fällt unstreitig der Schulerziehung zu.“
- Hauptadressat politischer Erinnerungsarbeit war die Jugend, sozusagen das „Menschenmaterial“ eines künftigen Krieges. Sowohl unter den männlichen, aber auch unter den weiblichen Jugendlichen sollte Bereitschaft zum Selbstopfer in weiteren Kriegen geweckt werden. Dazu trugen nicht zuletzt auch die Jugendverbände der meisten Parteien bei.

Überschaut man dieses Feld, ergibt sich ein ernüchternder, zugleich erschreckender Gesamteindruck von Umfang und Wirkung zielorientiert betriebener Geschichtspolitik. Und es fällt auf, in welch hohem Maße nahezu alle Jugendorganisationen nationalistisch orientiert gewesen sind, keineswegs also nur die am rechten Rand der Gesellschaft angesiedelten.

Die große Zahl der Schnittmengen zwischen rechtem und rechtsradikalem, zwischen national-liberalem, deutschnationalem, völkischem und nationalsozialistischem Kriegsgedenken berechtigt zu der Aussage, daß in dieser Hinsicht der 30. Januar des Jahres 1933 keine besonders tiefgreifende Zäsur darstellt. Vielmehr wurden schon vorher weitgehend die hauptsächlichen Elemente des Kriegs- und Heldengedenkens der Faschisten als konsensfähig betrachtet. Man könnte auch sagen, sie wurden nahezu als selbstverständlich hingenommen und für bündnispolitische Erwägungen genutzt. Dem darf, nein, dem muß für die Zeit bis 1933 eine systemzerstörende, für die Zeit danach eine systemstabilisierende Wirkung zugesprochen werden. Der verlorene Krieg, der sollte gleichsam rückwirkend gewonnen werden. Dafür wurde indoktriniert und mobilisiert, mit anderen Worten, eine „kriegsadäquate Konditionierung“ betrieben. Als des „Daseins Sinn“ verkündete Baldur von Schirach 1929: „uns hat der Krieg behütet für den Krieg!“ Behütet für den Krieg – das hieß auch, der geistigen und mentalen Vorbereitung die körperliche „Ertüchtigung“ folgen zu lassen, entsprechend einer nicht erst seit 1933 geltenden Devise, alles Denken und Handeln der künftigen Krieger so auszurichten, als ob ein neuer Krieg unmittelbar bevorstehe oder sogar schon da sei. Und das alles in Friedenszeiten!

Historiker als Bombenfabrikant

„Worte müssen rollen für den Krieg“, so titelte Ende Januar dieses Jahres Die Welt. Die Geschichte, so sagte Eric Hobsbawm, sei einsetzbar als eine gefährliche Waffe. Die Arbeitszimmer der Historiker könnten zu „Bombenfabriken“ konvertieren. Das gilt wohl generell – auf jeden Fall aber und in jeder Hinsicht für die hier behandelte kriegsfördernde Erinnerungspolitik, die weitgehend menschliches – oder sollte man besser sagen: unmenschliches – Verhalten steuerte, die kriegsfördernden Charakter trug. Die Erinnerungspolitik Weimarer Regierungen, rechter Parteien und die der deutschen Faschisten muß als eine verheerende Nachkriegskatastrophe bewertet werden.

Zugleich handelte es sich um eine Vorkriegsbrandstiftung. Sie mißachtet alle Menschenrechte, und das allein verlangt, generell geächtet zu werden. Zu überlegen wäre, wie ihr nicht allein politisch und geistig zu widerstehen ist, sondern auch, wie sie sogar als straffähiges Verbrechen behandelt und geahndet werden kann, bevor es zu spät ist.

junge Welt, Mittwoch, 18.06.2014, S. 10.

„... uns hat der Krieg behütet für den Krieg“

Nachkriegs-Katastrophe: Erinnerungspolitik

„Worte sind heute Schlachten: Richtige Worte gewonnene Schlachten, falsche Worte verlorene Schlachten.“¹ Dieses Zitat, allen Weltkriegskennern sicher geläufig, entstammt jener Denkschrift, die auszuarbeiten Erich Ludendorff angefordert hatte. Major Hans von Haeften, Chef eines Kriegspresseamtes, lieferte sie am 3. Juni des letzten Kriegsjahres ab. Ihr Inhalt schien neue Siegeshoffnung zu wecken.² Doch mit Worten den Krieg gewinnen wollen – war das nur gesponnen, überzogen und situationsbedingter Suche nach irgendeiner wunderbaren Waffe geschuldet, die den kaum mehr zu erwartenden Sieg doch noch bringen könnte? Oder wollte da jemand lediglich seinem Amte und den Medien mehr Aufmerksamkeit und die Aura geschichtlicher Bedeutsamkeit verliehen sehen? Nein, der Major, später leitend im Reichsarchiv tätig und *spiritus rector* des amtlichen Weltkriegswerks, traf durchaus ins Schwarze! Seine Aussage, so bedeutungslos sie für das letzte Kriegsjahr gewesen sein mag – sie erwuchs aus der bis dahin betriebenen Kriegspropaganda³ und erreichte ein brisantes Gewicht in jenen Jahren, die gleichermaßen eine Nachkriegs- und eine neue Vorkriegszeit darstellten.

Ja, wortgewaltige Erinnerungen an den Krieg prägten nach 1918 weitgehend das geistig-mentale Leben. Dazu seien hier einige ausgewählte Überlegungen vorgetragen. Sie betreffen die Voraussetzungen, die Inhalte sowie Formen und Entwicklungstendenzen im Verwenden „richtiger Erinnerungsworte“, also solcher, die zu neuen, zu siegreichen Schlachten führen sollten. Mein Beitrag gilt insbesondere einer konservativ-nationalistischen Erinnerungspolitik, in deren Ergebnis bestimmte Denk- und Verhaltensmuster einerseits genutzt und befördert sowie andererseits zielbewusst geschaffen wurden.⁴

¹ Zit. nach Jeffrey Verhey: Der „Geist von 1914“ und die Erfindung der Volksgemeinschaft (2000), S. 327.

² Haeften hatte vorgeschlagen, einen politischen Sieg hinter den feindlichen Fronten durch aktive und über deutsche Ziele täuschende Propaganda zu erreichen. Die Westmächte sollten den Eindruck gewinnen, in Deutschland gäbe es eine starke Gruppe, die für einen Frieden der allgemeinen Verständigung wirke. Eine „Vergewaltigung der Randstaaten“ sei nicht vorgesehen, allerdings seien die Annexionen im Osten „gegen die zerstörerischen Kräfte des Bolschewismus“ erforderlich“. Siehe Manfred Nebeling: Ludendorff. Diktator im Ersten Weltkrieg (2010), S. 426 ff.

³ Siehe Klaus-Jürgen Bremm: Propaganda im Ersten Weltkrieg (2013) sowie die Rezension dieses Bandes durch Gerhard Engel in: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, H. 2014/II, S. 245 ff.

⁴ Zum Thema liegen zahlreiche Publikationen vor, die unterschiedliche Aspekte darstellen. Siehe u. a. Janina Fuge: Zwischen Kontroverse und Konsens. „Geschichtspolitik“ als pluralistische Bewährungsprobe der deutschen Nachkriegsgesellschaft in der Weimarer Republik. In: Harald Schmidt (Hrsg.): Geschichtspolitik und kollektives Gedächtnis. Erinnerungskulturen in Theorie und Praxis (2009), S. 123-142; Ulrich Heinemann: Die verdrängte Niederlage (1984); Peter März: Nach der Urkatastrophe. Deutschland, Europa und der Erste Weltkrieg (2014); Bernd Ulrich: Die umkämpfte Erinnerung. Überlegungen zur Wahrnehmung des Ersten Weltkrieges in der Weimarer Republik. In: Kriegsende 1918. Hrsg. von Jörg Duppler und Gerhard P. Groß, München 1999. S. 367-375; Kriegsbegeisterung und mentale Kriegsvorbereitung. Interdisziplinäre Studien. Hrsg. von Marcel van der Linden und Gottfried Mergner unter Mitarbeit von Herman de Lange (1991); Volker Ackermann: Nationale Totenfeiern in Deutschland. Von Wilhelm I. bis Franz Josef Strauß. Eine Studie zur politischen Semiotik (1990); Gerd Krumeich (Hrsg.): Nationalsozialismus und Erster Weltkrieg (2010); Der Erste Weltkrieg in der populären Erinnerungskultur. Hrsg. von Barbara Korte, Sylvia Paetschek und Wolfgang Hochbruck (2008); Alexandra Kaiser: Von Helden und Opfern. Eine Geschichte des Volkstrauertages (2010); Jost Dülffer und Gerd Krumeich (Hrsg.): Der verlorene Frieden. Politik und Kriegskultur nach 1918 (2002); Edgar Wolfrum: Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung (2002); Arndt Weinrich: Der Weltkrieg als Erzieher. Jugend zwischen Weimarer Republik und Nationalsozialismus (2013); Manfred Weißbecker: Kriegsideologie und Friedensdemagogie in der NSDAP 1919-1933. In: Reinhard Kühnl und Karen Schönwälder (Hrsg.): Sie reden vom Frieden und rüsten zum Krieg (1986), S. 137-173; ders., Von Weltkrieg zu Weltkrieg: Die

Beginnen möchte ich jedoch mit allgemeineren Bemerkungen, die abseits von geschichtlichen Themen zu liegen scheinen und andere Wissenschaftsgebiete berühren. Was Menschen erleben, erfahren, fühlen und empfinden – alles das findet bekanntlich mehr oder weniger Raum in ihrem Gedächtnis, gerät zu einem Bestandteil ihrer Erinnerungen. Das Gehirn – modern gesprochen – speichert kleine Geschehnisse oder große Ereignisse, Belangloses oder Bedeutsames, Erfreuliches oder Erschreckendes. Menschen leben mit Erinnerungen. Ohne diese lässt sich das Leben in allen seinen Facetten kaum vorstellen. Nach Verarbeitung, Wertung und Abruf erwachsen aus ihnen schließlich Handlungen. Dabei zeigt sich, in welchem hohem Maße Erinnerungen abhängig sind vom Eingebettetsein des Individuums in die Gesellschaft. Sie sind insofern Ausdruck und Ergebnis sozialer Prozesse.⁵ In deren Rahmen wird in Vergangenes rekonstruiert, kategorisiert, verändert, reduziert oder gar neu produziert – alles stets in Kenntnis des jeweils Gegenwärtigen. Hinreichend Raum ist so geboten sowohl für gezielte Beeinflussung jedes Menschen als auch für dessen Bereitschaft, sich beeinflussen zu lassen.

Dies belegt jeder alltägliche Blick in den kapitalistischen Wirtschaftsbetrieb: Nicht ohne Grund gilt Werbung als sein unentbehrliches Schmiermittel. Ohne Reklame sei er nicht in Gang zu halten, heißt es. Und ebenso unverblümt wird gefordert, potenziellen Kunden geschäftstüchtig ins Gehirn – ich zitiere – zu „kriechen“ und möglichst viele Menschen – ich zitiere erneut – mit „schnellen Schüssen ins Gehirn“⁶ für den Erwerb eines bestimmten Produkts zu bewegen.⁷ Reklame, Suggestion, Gehirnwäsche, Gleichschaltung, Seelenmassage usw. – so lauten landläufig verwendete Begriffe, mit denen zweckorientiertes mediales Dauerfeuer⁸ und systematisch betriebene Manipulation umschrieben wird, in welchem Bereich des Lebens der Gesellschaft auch immer.

Um deren Wirksamkeit zu untersuchen, zu erklären und natürlich auch um sie verstärken zu können, wird seit langer Zeit intensiv auf dem Gebiet der „Hirnforschung“ gearbeitet. Diese fragt, verkürzt gesagt, nach dem Funktionieren der Nervenzellen, nach den neuronalen Mechanismen des Denkens und zwischenmenschlicher Kommunikation. Gefragt wird auch danach, wie und wann im Hirn Gespeichertes abgerufen wird, was bei welchen Anlässen und unter welchen Voraussetzungen auftaucht oder schlicht vergessen wird, welche Erinnerungen wann andere verdrängen, überwölben oder ganz und gar umformen.⁹ Einige Hirnforscher betonen die Macht des Unterbewusstseins und meinen, der Mensch sei dessen Marionette. Das Gehirn fungiere als Autopilot und alles sei durch „Verschaltungen“ der grauen Zellen determiniert. Man würde nur glauben, der Verstand sei es, der die Welt regiere. Das Hirn lasse indessen dem Menschen überhaupt keine Willensfreiheit zu. Und weil das so sei, müsse alles,

friedlose NSDAP. In: Ludwig Nestler (Hrsg.): Der Weg deutscher Eliten in den zweiten Weltkrieg. Nachtrag zu einer verhinderten deutsch-deutschen Publikation (1990), S. 327-381.

⁵ Maurice Halbwachs: Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen (1985; erstmals 1925); ders., Entwurf einer Psychologie sozialer Klassen. Über die gesellschaftlichen Antriebe des Menschen (2001; erstmals 1938).

⁶ Siehe dazu u.a. Manfred Weißbecker: „Schüsse ins Gehirn – alte und neue Schlagwörter in unserer Zeit. In: Konservative Perspektiven im neoliberalen Zeitalter. Protokollband einer gemeinsamen Tagung von Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V. und Thüringer Verband VdN/BdA e.V. anlässlich des 70. Geburtstages von Prof. Dr. Ludwig Elm, durchgeführt am 25. September 2004 in Jena (2005), S. 45-53.

⁷ Zu den Belegen auch Manfred Weißbecker: „Schüsse ins Gehirn“ – alte und neue Schlagwörter in unserer Zeit. In: Konservative Perspektiven im neoliberalen Zeitalter. Hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V., Jena 2005, S. 45-53.

⁸ Auf die Entwicklung von einzelnen „schnellen Schüssen ins Gehirn“ hin zu einem medialen Dauerfeuer macht aufmerksam Rainer Gries. Siehe Thüringische Landeszeitung, 10.05.2014.

⁹ Wolfrum, Geschichte als Waffe, a. a. O., S. 6 f., bezeichnet das Vergessen als einen „Effekt des Erinnerns“. Er schreibt: „Vergessen schafft erst Raum für die Erinnerung an das, was wichtig ist – wobei das, was als wichtig erscheint, sich im Zeitverlauf ändern kann und vom gesellschaftlichen Kontext abhängig ist.“

was bislang als Moral, Verantwortung, Rechtsprechung usw. gefasst würde, neu geprüft werden. Auf einen fatalistischen Punkt gebracht lautet die These: „Keiner kann anders als er ist. Verschaltungen (also unbeeinflussbare Vorgänge im Hirn, M. W.) legen uns fest. Deshalb wäre es verfehlt, von Freiheit zu reden.“¹⁰ Ebenso sei der „Mythos Intelligenz“ ad acta zu legen.¹¹

Nach meiner Auffassung sollte sich auch der Historiker von Fragestellungen und Ergebnissen kognitions- und neurowissenschaftlicher Forschungen berührt sehen; wohl wissend um die Tatsache, dass es Menschen sind, die Geschichte „machen“, sowie berücksichtigend, dass dies stets unter bestimmten Voraussetzungen und Bedingungen geschieht.¹² Das Thema gehört natürlich auch in eine Veranstaltung über Ursachen und Folgen des Ersten Weltkrieges.¹³

Drei Gründe seien angeführt: Zum einen weil in zahlreichen Geschichtsdarstellungen neuerdings verstärkt alle kausalen Aspekte dem „Raubtierinstinkt der menschlichen Natur“ zugeschrieben¹⁴, als „archaische“ oder „ethnisch begründete“ Gewalt beschrieben¹⁵ sowie auf Fremdenhass, Phobien und/oder Feindbilder zurückgeführt werden.¹⁶ Zum anderen können viele Begriffe, mit denen das damalige Geschehen beschrieben wird, in die Irre führen: Da geht die Rede nur von Paranoia, von unglücklichen Verläufen, von Versagen, von Unfähigkeit und Leichtsinn, von Ängsten, die sich Bahn gebrochen hätten.¹⁷ Und schließlich ähnelt

¹⁰ Wolf Singer: Keiner kann anders als er ist. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.01.2004, S. 33. Der TV-Sender 3sat widmete dem Thema „Mythos Intelligenz“ Anfang April 2014 eine sogenannte Themenwoche.

¹¹ Siehe Peter Zekert: Hirn oder Geist? Die Rolle der Medien im Streit um Hirnforschung, Menschenbild und Hirnforschung. In: Sven Jaros (Hrsg.): „Science: Who cares?“. Ein studentisches Kolleg fragt nach dem Wert von Wissenschaft für die Gesellschaft. Magdeburg und Leipzig 2010, S. 131-140. Der Bonner Philosoph Markus Gabriel schreibt: „Neuerdings sind es die Gehirne oder vielmehr bestimmte Gehirnareale, die sowohl das Bewusstsein als auch seinen bunten Umgebungsbilder erzeugen. Was bleibt, ist die Idee eines kognitiven Gefängnisses: ‚als ob es tausend Stäbe gäbe und hinter tausend Stäben keine Welt‘ (Rilke). Dies gefiel schon Schopenhauer, der einer der Ersten war, die dem Gehirn die Funktion zuschrieben, die ‚Welt als Vorstellung‘ hervorzuzaubern, an die sich die überlebenshungrigen Menschentiere dann in einer dauernden Lebensgeilheit verlieren. Heute soll es nicht mehr der metaphysische Weltwille sein, der unser Bewusstsein steuert, sondern das Gehirn, das sich wie ein fremdes Ich hinter unserem oberflächlichen Ich versteckt und mit der DNA kooperiert, die wiederum mit dem neuesten Über-Ich, der Evolution, im Verbunde steht.“ Markus Gabriel: Wir Verblendeten In: Die Zeit, 05.06.2014, S. 50.

¹² Siehe dazu den bekannten Brief von Friedrich Engels an Joseph Bloch vom 21.09.1890. In: MEW, Bd. 37 (1967), S. 462-465.

¹³ Zu verweisen ist darauf, dass die Marx-Engels-Stiftung am 24.05.2014 in Münster eine Tagung zum Thema „Manipulation oder kritische Wissenschaft? Zum Verhältnis von Hirnforschung, Psychologie und Menschenbild“ durchgeführt hat. Siehe auch Georg Fülberth: Doppelter Boden der Marx-Renaissance. In: Marxistische Blätter H. 1/2014, S. 18-27. Siehe auch Dirk Baecker: Neurosoziologie. Ein Versuch (2014). Der Vf. bemüht sich, eine „soziologische Theorie des Gehirns“ zu schaffen. Siehe dazu die Rezension von Michael Zander in „junge Welt“, 15.05.2014, S. 12.

¹⁴ Siehe das umfangreiche Kapitel über Selbst- und Gegenbilder bei Rainer Hering: Konstruierte Nation. Der Alldeutsche Verband 1890-1939 (2003). Den Hinweis auf dieses Kapitel erhielt der Vf. dankenswerterweise von Erich Hahn.

¹⁵ Siehe z. B. Wolfgang Höpken: Archaische Gewalt oder Vorboten des „totalen Krieges“? In: Ulf Brunnbauer, Andreas Helmedach und Stefan Troebst (Hrsg.): Schnittstellen. Gesellschaft, Nation, Konflikt und Erinnerung in Südosteuropa (2007).

¹⁶ Siehe Gunter Kessellring: Der Jugend von heute fehlt ein Feindbild: eine kritisch, hermeneutische Betrachtung aktueller Erziehung und das möglicherweise fehlende Feindbild neuer Generationen (2011).

¹⁷ Siehe z. B. Herfried Münkler: Und die Massen marschierten. Aus Angst vor dem „großen Krieg“ rüsteten die europäischen Großmächte auf – und machten diesen überhaupt erst möglich. In: Der Tagesspiegel, 28.05.2014, S. 27.

die These, das menschliche Handeln sei entscheidend durch „Hirnkausalität“ bedingt¹⁸, arg den jüngst in die Welt gesetzten Behauptungen über die „Schlafwandler“.

Gern wird gerade unter solchen Aspekten vom Ersten Weltkrieg als der „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts gesprochen. Dem Begriff, so zutreffend die außerordentlich weitreichenden, zerstörerischen und unmenschlichen Folgen damit gekennzeichnet sein mögen, haftet jedoch vor allem etwas Naturgesetzliches, etwas anscheinend nicht zu Erfassendes und die Kriegursachen letztlich Verklärendes an. Nebenbei: Christlicher Anthropologie entsprang schon lange zuvor der parallel verwendete Begriff von der „Ursünde“, mit dem ein Hineingeborensein aller Nachkommen in eine Unheilsgeschichte begründet wird.

Bei meinen Überlegungen zu den Deutungen des Ersten Weltkrieges in den 20er und 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts möchte ich den Blick weniger auf den Bereich der persönlichen Erinnerungen lenken, weder auf individualpsychologische Merkmale noch auf das Verblässen und Verklären von Erinnerungen im Laufe der Zeiten. Schmerz und Trauer im individuellen Verarbeiten von Kriegserlebnissen sind nicht auszuklammern, doch entgegen allen rein psychohistorischen und anthropologischen Deutungen erlangten sie Geschichtswirksamkeit wohl insbesondere durch eine richtungsweisende Überlagerung und verformende Färbung, durch eine bewusst betriebene, umfangreich organisierte und außerordentlich folgenreiche Erinnerungspolitik.

Ich bestreite keineswegs die Existenz eines spannungsreichen Verhältnisses zwischen individuellem Trauerbedürfnis einerseits und Einfluss nehmender Erinnerungspolitik andererseits, meine aber, dass es notwendig ist, wenn es um Erfassung von Entwicklungslinien sowie um die kausale Erklärung geschichtswirksamer Prozesse geht, den Blick mehr auf die geschichtspolitisch und propagandistisch instrumentalisierte Erinnerung an den Ersten Weltkrieg – also auf die „Brandstifter“¹⁹ in Friedenszeiten – zu richten, weniger auf die, welche dazu einen empfangsbereiten Boden abgaben.²⁰

Geht es um diesen „Boden“, sollte übrigens niemand die Tatsache übersehen, dass unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg vielen unter den Deutschen das Wort „Nie wieder Krieg!“ als Lebensmaxime galt, dass sie in den neuen parlamentarisch-demokratischen Strukturen an die Möglichkeit entweder einer Überwindung des Kapitalismus oder zumindest an die seiner Begrenzung glaubten. Bei vielen Menschen dominierte eine Stimmung des Aufbruchs. Lautstark, nachdrücklich und unüberhörbar erscholl der Ruf nach einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel, nach Sozialisierung von Bergbau und Schwerindustrie, und damit nach einer weitgehenden Entmachtung von Großindustriellen und Großagrariern. Selbst bürgerlich-demokratische Kreise erklärten: „Die bisherige Gesellschaftsordnung hat uns in den Abgrund

¹⁸ Peter Janich: Menschen können Fahrrad fahren, nicht aber Hirne. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.07.2008. Siehe auch das von diesem Philosophen 2009 veröffentlichte Buch „Die Sprache der Hirnforscher“.

¹⁹ In der öffentlichen Debatte um das Buch von Christopher Clark wurde u. a. gefragt: Schlafwandler oder Brandstifter.

²⁰ Bernd Ulrich spricht in diesem Zusammenhang von einem „spannungsreichen Verhältnis, meint aber, die Formel sei zu einfach, „dass die in dem einen oder anderen Sinne bestimmte geschichtspolitische oder propagandistisch instrumentalisierte Erinnerung an den ‚Großen Krieg‘ in ihrem Erfolg immer abhängig war [und ist] von den Bedürfnissen derer, die darauf eingeschworen werden sollten.“ Bernd Ulrich: Die umkämpfte Erinnerung, a. a. O., S. 368 f.; Hingegen spricht Wolfram Pyta von einem „überaus politikmächtigen kulturellen Resonanzboden, der die Ausgangslage für Hitler „dramatisch“ verbessert habe. Wolfram Pyta: Die Privilegierung des Frontkämpfers gegenüber dem Feldmarschall. Zur Politikmächtigkeit literarischer Imagination des Ersten Weltkrieges in Deutschland. In: Politische Kultur und Medienwirklichkeiten in den 1920er Jahren. Hrsg. von Ute Daniel, Inge Marzolek, Wolfram Pyta und Thomas Welskop (2010), S. 165.

geführt [...] Nur die sozialistische Gesellschaft kann die Völker vor dem Verfall in die Barbarei retten.“²¹

Tatsächlich hatte sich zunächst ein neuer Geist bemerkbar gemacht; dies auch im geistig-kulturellen Leben, das mannigfaltig die von Revolution und Weimarer Verfassung gebotenen Möglichkeiten nutzte, widerspiegelte und verteidigte, so den kritischen Vorkriegs- und Antikriegsgeist fortführend. Aufbruchsideen regten sich und erfassten Menschen aller Lebensbereiche – Künstler, Frauen, Jugendliche, Intellektuelle. In zahlreichen Werken von Schriftstellern, Malern, Baumeistern usw. fand die historische Dimension des Wandels bemerkenswerten Niederschlag. Strikte Ablehnung von Monarchie, Krieg, Militarismus, Deutschtümelei und imperiales Großmachtstreben verband sich mit vehement vorgetragenen Gedanken an eine Zeit notwendiger Veränderungen der Gesellschaft. Nachdrücklich wurde Menschheitserneuerung verlangt, Neues gesucht und erkundet.

Dem wurde massiv entgegengewirkt, und das nicht erst, als in den letzten Jahren der Weimarer Republik die kriegsverherrlichende und nationalistische Literatur zu dominieren begann.²² Bereits in den ersten Jahren der Weimarer Republik empfanden es Weimars Militärs und ihre geistigen Kopfflechter empörend, wie weit verbreitet die Vorstellung von einer Zukunft ohne Krieg unter der Bevölkerung war. Hans von Seeckt, Chef der Heeresleitung, bezeichnete ein solches „Friedensbedürfnis“ und den Ruf „Nie wieder Krieg“ schlicht als „töricht“.²³ Zwar ging von der Weimarer Republik kein Krieg aus²⁴, worauf zu verweisen in der heutigen Berliner Republik sehr sinnvoll ist. Hatte jedoch bis 1918 der Krieg vor allem als Fortsetzung von Politik gegolten, so wurde dieser nun direkt in die Politik hineingezogen. Jeglichen Ansätzen einer Friedenspolitik, selbst jenen Bemühungen, die mit den Stichworten Rapallo, Locarno, Völkerbund und Abrüstung angedeutet sein sollen, wurden mächtige Steine in den Weg gelegt – innenpolitische, rüstungswirtschaftliche, außenpolitische und geistige. Nach meiner Auffassung bestand – ich bleibe im gewählten Bild – einer der dicksten Brocken in der zielorientierten Nutzung von menschlicher Trauer und Trost suchendem Gedenken an die Opfer des Krieges.

Von Anfang an bemächtigten sich konservative Kreise des politischen Erinnerns an den Krieg, mehr noch an die Niederlage, alles aber vielgestaltig, umfassend und zielorientiert und gerichtet gegen alle menschlichen Friedensbedürfnisse. Nach meinem Dafürhalten lässt sich das Konzeptionelle ihrer damaligen Erinnerungspolitik hauptsächlich in vier Punkte fassen:

– *Erstens* zeichneten sich in allen breit gefächerten, inszenierten, medial intensiv und demonstrativ unterstützten Darlegungen solche erinnerungspolitischen Argumentationsmuster ab, die zwar den Frieden als erstrebenswert priesen, gleichzeitig jedoch den Krieg generell als unabänderlichen Teil der Menschheitsgeschichte werteten²⁵ sowie die spezielle deutsche Kriegsniederlage – gleich ob direkt oder unterschwellig – mit der Frage verknüpften, wie in der Zukunft alles wettzumachen sei und was dafür in der Gesellschaft insgesamt und speziell auf den Gebieten Aufrüstung, Kriegführung und Kriegpsychologie unternommen werden sollte.²⁶ Dabei

²¹ Mitteilungen des Bundes Neues Vaterland. Neue Folge, Nr. 1. Revolutionsnummer, November 1918, S. 7.

²² Es gehört leider zu irreführenden Annahmen, dass Literatur, der gegenwärtig hohe Qualität usw. bescheinigt wird, auch zum Zeitpunkt ihres Erscheinens allgemein anerkannt gewesen sei. Forschungen über Auflagenhöhen, zeitgenössische Rezensionen oder das Verschweigen in den Massenmedien stehen noch aus.

²³ Zit. nach Otto-Ernst Schüddekopf: Das Heer und die Republik (1955), S. 160.

²⁴ Wolfgang Ruge: Nachdenken über Weimar. In: Ehrenpromotion Wolfgang Ruge (1988), S. 11-20.

²⁵ Weinrich, a. a. O., S. (S: 66 f.) meint, kriegskritische und heroisierende Auffassungen hätten einander nicht ausgeschlossen, und erklärt, dass die weitgehende Kompatibilität von Kriegsverdammung und Glorifizierung soldatischer Opferbereitschaft „zum Signum der Weimarer Kultur“ gehört habe.

²⁶ Siehe u. a. Rüdiger Bergien: Die bellizistische Republik. Wehrkonsens und „Wehrhaftmachung“ in Deutschland 1918-1933 (2012), der die Auffassung vertritt, dass auf dem Felde der Landesverteidigungspolitik der Zäsurcharakter des 30. Januar 1933 zu relativieren sei.

wandelte sich das Entsetzen über den Krieg rasch in eines über die unmittelbaren Kriegsfolgen.

– *Zweitens* wurde konsequent eine Umwandlung von privatem Schmerz zu „stolzer Trauer“²⁷ betrieben. Dem diente ständiges Lobpreisen von Opferbereitschaft²⁸ und ein sich exzessiv steigernder Kult um die Opfer des Krieges, was einerseits Sakralisierung des soldatischen Todes und andererseits Säkularisierung des kirchlichen Märtyrer-Kultes bedeutete. Zunehmend wurden die auf den Schlachtfeldern Gefallenen, die Verwundeten und auch die Überlebenden zu „Helden“ stilisiert. Auf dem damaligen „Schlachtfeld Erinnerung“²⁹ verschoben sich deren Kennzeichen von Mut, Kühnheit und Tapferkeit hin zu Ausdauer, Beharrlichkeit, Treue und Gehorsam gegenüber den Befehlshabern sowie unerschütterliche Bereitschaft zur Pflichterfüllung. Gern wurde „wahres“ oder „echtes Heldentum“ gepriesen.³⁰ Im Kult um die toten „Helden“ entfalteten sich – wie Sabine Behrenbeck in ihrer Arbeit über den der Nazis schreibt – destruktive Fantasien, die einer „Lizenz zum Töten“ gleich kamen.³¹ Darüber hinaus diente der Heldenkult als Folie für das fordernde Herausstellen messianischer „Erlöser“ und für das Entfalten eines zunächst allgemeinen, später jedoch vor allem auf Hitler bezogenen Führerkultes.³²

– *Drittens* verstärkte sich die Mystifizierung des deutschen Soldatentums und dessen angeblich generell gegebener Überlegenheit über Menschen und Militärs anderer Länder. Generell stand im Vordergrund stand ein ausschließlich auf die eigene Nation bezogenes, sich mehr und mehr rassistisch färbendes Selbstbild: Der Deutsche als angeblich generell friedlicher, zu Kriegen stets nur gezwungener und kulturell, in Technik wie Wissenschaft allen anderen Völkern überlegener Mensch. Dieses Selbstbild hatte Existenz und Fortwirkung alter wie neuer Feindbilder zu legitimieren.³³ Im Bild von den Fremden sahen sich diese auf eine niedere kul-

²⁷ Der Begriff ist entlehnt einem Beitrag von Utz Jeggle in den „Tübinger Beiträgen zur Volkskultur“ (1986), S. 242-259.

²⁸ Bei einem Diözesantreffen der „Sturmschar des Katholischen Jungmännerverbandes Deutschlands“ hieß es in der Rede des Generalpräses: „War der Krieg auch ein furchtbares Unheil, die Opferkraft der jungen Stürmer war etwas ungeheuer Großes und Herrliches! Darum brauchen wir Begeisterung in der Sturm-schar, aber keine schwulstige Wortbegeisterung – Opferkraft des Dienens, des Sichbescheidens, des Opfers an Zeit, des Opfers an Eigenwillen, des Opfers an eigener Lust – das alles ist ein Stück des Lebens opfern. [...] Sturmschar ist nur, wer in der Gemeinschaft steht und die Opfer der Gemeinschaft zu bringen bereit ist.“ Zit. nach Weinrich, a. a. O., S. 103

²⁹ Peter Kümmel: Sarajevo, später. Wann begann der Erste Weltkrieg? Und ist er überhaupt vorbei? Der Theaterregisseur Hans-Werner Kroezinger recherchiert in der bosnischen Hauptstadt für sein neues Stück „Schlachtfeld Erinnerung“. In: Die Zeit, 08.05.2014, S. 53.

³⁰ „Vom echten Heldentum“ – so betitelte der Jenaer Theologie-Professor Erich Fascher seine 1930 gehaltene Rede zum Totensonntag, in der er die „Liebe von Langemarck, die in den Herzen von Hoch und Niedrig, Jung und Alt glühte“, beschwor und von den Studenten „Zucht, Selbstkritik, Entsagung“ forderte. (931), S. 4 ff.

³¹ Sabine Behrenbeck: Der Kult um die toten Helden. Nationalsozialistische Mythen, Riten und Symbole (2./2011), S. 548 f. Die Verfasserin konstatiert zwar, dass der Boden für eine bereitwillige Aufnahme der nationalsozialistischen Opfervorstellungen schon von anderen bereitet worden war, klammert dies jedoch völlig aus ihren Darlegungen aus.

³² Dieser Zusammenhang wird in der geschichtswissenschaftlichen Literatur selten dargestellt. Siehe u. a. Klaus Schreiner: Politischer Messianismus, Führergedanke und Führererwartung in der Weimarer Republik. In: Was ist Gesellschaftsgeschichte? Positionen, Themen, Analysen. Hrsg. von Manfred Hettling, Claudia Huerkamp, Paul Nolte und Hans-Walter Schmuhl (1991), S. 237-247; Manfred Weißbecker: Zur Herausbildung des Führerkults in der NSDAP. In: Monopole und Staat in Deutschland 1917-1945 (1966), S. 116-126; Manfred Weißbecker und Herbert Gottwald: Zur Rolle der Führer bürgerlicher Parteien. Biographische Aspekte in der Geschichte der politischen Parteien des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis 1945. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1979, H. 4, S. 299-315.

³³ Dazu gehört auch, die Feindbild-Propaganda der Feinde ins Feld zu führen. Dies erfolgt gegenwärtig in rechtsextremen Kreisen der BRD, die in der gegenwärtigen Rückschau auf den Ersten Weltkrieg gern auf ein „Gebet“ verweisen, das zu Beginn der Sitzung des 65. Kongress der USA am 10. Januar 1918 von ei-

turgeschichtliche Stufe gesenkt, als schwach, niederträchtig und minderwertig charakterisiert. Aus biologistisch-rassistischen Denkstrukturen ergab sich später die Rechtfertigung des „Ausmerzens“ von „unwertem Leben“ sowie von „Untermenschen“, wie es in der Sprache der Faschisten hieß. Es erfolgte eine „Erziehung zum Krieg“ – darin übrigens der Erziehung zum Krieg im Deutschen Kaiserreich vergleichbar³⁴, nur dass jetzt auch durch den Krieg, seine Darstellung, seine Deutung usw. „erzogen“ werden sollte.

– Schließlich bestand *viertens* die Erinnerungspolitik der damaligen Nachkriegszeit aus einer ausgesprochen nationalistisch-kriegerisch gefärbten und zudem religiöse Heilsvorstellungen nutzenden³⁵ Orientierung auf eine als ideal dargestellte Zukunft. Um diese erreichen zu können, sei es in erster Linie notwendig, entsprechend dem Modell der (fiktiven!) Schützengraben-Gemeinschaft in einer wahren deutschen „Volksgemeinschaft“ alle Spaltung in Klassen und Parteien zu überwinden.

* * *

In dieser Art politischen Erinnerns an den Krieg setzte der sich fort.

Realistisch-kritisch denkende Zeitgenossen erkannten das rasch. Heinrich Mann verglich die Rüstung des Kaiserreiches mit der Wiederaufrüstung der Republik und sprach von einer „Verschwörung des Staates mit den Konzernen, mit der Klasse der Verdienere“ sowie von „Abneigung des regierenden Personals, irgend etwas unmittelbar mit dem Volk zu tun“ haben zu wollen.³⁶

1922 meinte der bekannte liberale Pazifist Hellmut von Gerlach, es sei in Deutschland zur entscheidenden Frage geworden: „Zurück zu 1914 oder los von 1914?“³⁷ Zwar wüssten auch die Rechten, dass Deutschland keinen Krieg führen könne: „Aber sie wollen den kriegerischen Geist im Volke aufrechterhalten oder, soweit er nicht mehr existiert, ihn wieder wachrufen. Sie predigen Hass und Hoffnung auf Revanche.“³⁸ Und es war Kurt Tucholsky, der sich darüber mokierte, weshalb in Deutschland der Segelflug – an sich ja, wie man denken sollte, ein harmloser Sport – als „ein stolzes Zeugnis deutschen Geistes“ gepriesen werde. Er fragte, wozu müsse eigentlich selbst in diese Betätigung „das Gift des Nationalismus hineingetragen“ werden. Seine Antwort: „Weil in Deutschland keine Verdauungsstörung vor sich geht, ohne dass nicht einer dazu brüllt: ‚Im Felde unbesiegt! Trotz allem!‘ [...] Es ist übelste Wichtigma-

ner größeren Gruppe der Abgeordneten gesprochen worden sei: „Allmächtiger Gott! Unser himmlischer Vater! [...] Du weißt, dass wir in einem Kampf auf Leben und Tod stehen gegen eine der schändlichsten, gemeinsten, gierigsten, geizigsten, blutdürstigsten, geilsten und sündhaftesten Nationen, die je die Seiten der Geschichte geschändet haben. Du weißt, dass Deutschland aus den Augen der Menschheit genügend Tränen gepresst hat, um ein neues Meer zu füllen, dass es genügend Blut vergossen hat, um jede Woge auf dem Ozean zu röten, dass es genügend Schreie und Stöhnen aus den Herzen von Männern, Frauen und Kindern gepresst hat, um daraus Gebirge aufzutürmen. [...] Wir bitten Dich, entblöße Deinen mächtigen Arm und schlage das mächtige Pack hungriger, wölfischer Hunnen zurück, von deren Fängen Blut und Schleim tropfen. Wir bitten Dich, lass die Sterne in ihren Bahnen und die Winde und Wogen gegen sie kämpfen [...] Und wenn alles vorüber ist, werden wir unsere Häupter entblößen und unser Antlitz zum Himmel erheben [...] Und Dir sei Lob und Preis immerdar, durch Jesus Christus. Amen.“

³⁴ Siehe u. a. Bruno Jannis Lilge: *Erziehung zum Krieg im Deutschen Kaiserreich 1890-1914*. (1997). Lilge definiert Erziehung zum Krieg als pädagogische Intention und Durchführung von Erziehung, um bei Kindern und Jugendlichen psychische und physische Kriegsbereitschaft und -fähigkeit herzustellen.

³⁵ Behrenbeck untersucht zudem eingehend die religiösen Elemente des nationalsozialistischen Heldenkultes. Dieser habe auf religiöse Sinnbedürfnisse reagiert und kollektive Symbolformen bereitgestellt, um die religiösen Empfindungen zum Ausdruck bringen zu können. S. 19 f.

³⁶ Heinrich Mann: *Das Bekenntnis zum Übernationalen*. In: ders., *Der Hass*. Deutsche Zeitgeschichte (zuerst 1933, hier 1983)

³⁷ Hellmut von Gerlach: *Die große Zeit der Lüge. Der Erste Weltkrieg und die deutsche Mentalität (1871-1921)*. Hrsg. von Helmut Donat und Adolf Wild. Mit einem Vorwort von Walter Fabian (1994), S. 143.

³⁸ Ebenda, S. 179.

cherei, Nationalismus, geistige Aufrüstung an allen Ecken und Enden und Reklame für den nächsten Krieg.“³⁹

Damit hatte der Publizist benannt, was inhaltlich im Mittelpunkt aller Erinnerungspolitik der Weimarer Republik stand: Der Versuch, die eigene Unschuld am Krieg und die Schuld, zumindest aber die Mitschuld der anderen nachzuweisen. Alles rankte sich um die Behauptung, die militärische Niederlage sei von meuternden Proletariern, hinterhältigen Juden, verantwortungslosen Pazifisten usw. verursacht worden. Das zu verbreiten leistete wirksame Schützenhilfe für jene, die mit Waffengewalt gegen die als „innere Feinde“ diskreditierten Streikenden und um revolutionäre Ziele kämpfenden Arbeiter vorgingen, für jene, die vor politischen Morden nicht zurückschreckten und die von Anfang an Pläne für einen neuen Waffengang schmiedeten.

An vorderster Stelle muss in diesem Zusammenhang von der Dolchstoßlegende⁴⁰ gesprochen werden, doch Bekanntes soll hier nicht wiederholt werden. Zu verweisen ist indessen auf die Tatsache, dass der Staat eigene Ämter schuf, die einzig und allein auf ihr beruhende Propaganda betrieben und koordinierten. So hatte das Auswärtige Amt bereits Ende 1918 ein spezielles Büro eingerichtet, das seit 1919 als „Kriegsschuldreferat“ fungierte und sich auch als „Zensur“-Behörde betätigte. Mit dem von ihm gesammelten Material wurde deutsche Kriegsschuld geleugnet und zugleich jenen Vorwürfen entgegnet, Deutschland habe im Krieg das Völkerrecht missachtet.

Es lohnt an dieser Stelle allerdings ein kurzer Blick auf deutsche Historiker. Eine übergroße Mehrheit diente beflissen dem Mainstream. Nur wenige widersprachen, darunter vor allem Eckart Kehr, aber auch Hermann Kantorowicz und Arthur Rosenberg.⁴¹ Sie stießen zumeist nicht so sehr auf kritische Gegenargumente, eher auf hasserfüllte Ablehnung. Nur ein Beispiel sei erwähnt: Der konservative Gerhard Ritter diffamierte Kehr als einen „für unsere Historie ganz gefährlichen ‚Edelbolschewisten‘“ und empfahl ihm, er solle doch „gleich lieber in Russland habilitieren“.⁴² Wäre es nicht, nebenbei gesagt, lohnenswert, gewisse Traditionslinien solcher Geisteshaltung aufzuspüren?

Im Grunde darf die Dolchstoßlegende auch als eine Folie gelten, vor deren Hintergrund es rasch nach Kriegsende Bemühungen um die Fürsorge für die Gräber deutscher Soldaten im Ausland gab. Dafür wurde Ende 1919 ein eigener Bund geschaffen, der „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ (VDK). Die Präsidentschaft übernahm Oberst Joseph Koeth, der 1918/19 für die Demobilisierung zuständig gewesen war und zugleich als ein führendes Mitglied im „Reichsverband der Deutschen Industrie“ sowie bis 1930 auch als Vorsitzender der „Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft“ fungierte. Ihm folgte im Amt Pfarrer Fritz Siems, der den „Hass gegen den Erbfeind Frankreich“ predigte und zugleich und das Alte Testament zitierte: „Du sollst Deinen Freund lieben und Deinen Feind hassen, Auge um Auge, Zahn um Zahn.“ Emmo Eulen, einer der Mitbegründer des VDK, nannte als Ziel seiner Organisation, es gelte, „die heldische Lebensauffassung im deutschen Volke wiederzuerwecken.“ Später – da stand er schon den Nazis nahe – betonte er die Diskrepanz der Ziele des

³⁹ Die Weltbühne 27/1931.

⁴⁰ Siehe Joachim Petzold: Die Dolchstoßlegende. Eine Geschichtsfälschung im Dienst des deutschen Imperialismus und Militarismus (1963); Boris Barth: Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1914-1933 (2003); Kurt Pätzold: Im Felde unbesiegt, den Dolchstoß im Rücken. In: Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker (Hrsg.): Schlagwörter und Schlachtrufe. Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte, Bd. 1, Leipzig 2002, S. 102-111.

⁴¹ Zu Kehr gibt es bislang noch keine umfassende Biografie. Siehe hingegen Mario Keßler: Arthur Rosenberg. Ein Historiker im Zeitalter der Katastrophen (1889-1943), (2003).

⁴² Klaus Schwabe und Rolf Reichardt: Gerhard Ritter. Ein politischer Historiker in seinen Briefen (1984), S. 236 ff.

VDK zu den „art- und volksfremden Machthabern des Jahres 1919.“ Mit Recht erklärten Politiker der Arbeiterparteien, das Gedenken an die Toten des Weltkrieges werde „missbraucht, um einen verderblichen Revanchegedanken zu wecken und wachzuhalten.“⁴³ Schaut man heute in offizielle Darstellungen dieses Bundes, wird man selbst den leisesten Hauch einer selbstkritischen Rückschau vermissen und alles nur als „Dienst am Frieden“ dargestellt sehen.⁴⁴

Erst 1926 führten die Bemühungen des VDK zur Einführung eines „Volkstrauertages“, der allerdings ohne eine gesamtstaatliche Regelung blieb. Eine Analyse der Reden und ihrer Ansprachen sowie der Gestaltung des jeweiligen „Ehrengedenkens“ an die Gefallenen lässt – von wenigen Ausnahmen abgesehen – erkennen, dass Mitleid, Weinen, Trauern als unheroisch, als unvölkisch galt und regelrecht stigmatisiert wurde.⁴⁵ Dem Volkstrauertag sollte daher wenig Bestand beschieden sein: im Februar 1934 erhielt er die Bezeichnung „Heldengedenktag“, wobei davon mitunter schon Mitte der 20er Jahre getönt worden ist.

Stichwortartig sei noch verwiesen auf weitere Erscheinungsformen politischer Erinnerungsarbeit in der Weimarer Republik. Zu erwähnen wäre – das Wirken jener Vielzahl an Organisationen, die unmittelbar nationalistisch-revanchistische Propaganda gegen den Versailler Vertrag auf ihre Fahnen geschrieben hatten⁴⁶: „Deutscher Schutzbund“, „Deutscher Ostbund“ usw. usf. Als zentrale Einrichtung zur Finanzierung und Koordinierung aller Deutschtums-Organisationen und -institutionen in den Gebieten, die dem Versailler Vertrag entsprechend von Deutschland abgetrennt worden waren, gründete die Regierung am 22. November 1920 die halbstaatliche „Deutsche Stiftung“. Im Frühjahr 1921 trat mit dem „Arbeitsausschuss Deutscher Verbände“ ein neuer Dachverband in Erscheinung. Ihm gehörten zunächst etwa 500, später sogar fast 2000 einzelne Organisationen an, die sich alle propagandistisch mit dem Vertrag von Versailles und insbesondere mit dessen Artikel 231 befassten. Eines seiner Ziele bestand darin, die „deutsche Volksbewegung“ für eine Revision des Versailler Vertrages zu einer „Weltbewegung“ zu erweitern. Da passte es, dass 1924 mit Heinrich Schnee, der ehemalige kaiserliche Gouverneur der Kolonie Deutsch-Ostafrika und bald der NSDAP angehörig, die Präsidentschaft des Ausschusses übernahm. Ein kleines Detail sei am Rande erwähnt: Hans Draeger, seines Zeichens Geschäftsführer des Ausschusses, wurde 1933 Abteilungsleiter beim Wehrpolitischen Amt der NSDAP.

- das Wirken von Kriegervereinen und paramilitärischen Verbänden, von denen u. a. der „Kyffhäuser-Bund“ über 2,5 Millionen und der „Stahlhelm-Bund der Frontsoldaten“ über fast eine halbe Million Mitglieder verfügte;
- das weite Feld der Kriegerdenkmale⁴⁷;
- das vor allem unter Studenten grassierende Langemarck-Gedenken⁴⁸;
- die ungeheuer große Zahl von Publikationen aus der Generalstabs-Historiografie und sogenannter Regimentsgeschichten;
- die Tätigkeit der trotz aller Krisen stets finanziell geförderten Stuttgarter Weltkriegsbücherei⁴⁹;

⁴³ Zit. nach Jan-Henrik Meyer: Die Reden auf den zentralen Veranstaltungen zum Volkstrauertag bzw. Heldengedenktag 1922-1989. Wissenschaftliche Hausarbeit, Berlin 2001; Siehe auch Alexandra Kaiser: Von Helden und Opfern. Eine Geschichte des Volkstrauertages (2010).

⁴⁴ So z. B. die Festschrift 1919-1969 Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. 50 Jahre Dienst am Menschen Dienst am Frieden.

⁴⁵ Michael Geyer: Das Stigma der Gewalt und das Problem der nationalen Identität in Deutschland. In: Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Hans Mommsen zum 5. November 1995 (1995), S. 682.

⁴⁶ Parteien-Lexikon.

⁴⁷ Peter Franz: Martialische Idole. Die Kriegerdenkmäler in Thüringen und ihr Botschaften (1999); Kurt Pätzold: Kriegerdenkmale in Deutschland. Eine kritische Untersuchung (2012).

⁴⁸ Siehe dazu als jüngste Darstellung Weinrich, a. a. O., S. 245-312.

- die Verbreitung der zu Beginn des Krieges entstandenen Frontliteratur und den literarischen Lobpreisungen des Soldatentums.⁵⁰ Letzterem dienten u. a. Werke von Gorch Fock, Hermann Löns und Walter Flex als im Ersten Weltkrieg gefallener Dichter, die weit verbreitet waren und deren Wirkung kaum zu überschätzen ist. Neben den Büchern von Beumelburg, Dwinger, Jünger, Schauwecker, Schmückle, Zöberlein⁵¹ gehörten auch sie in den letzten Weimarer Jahren zu einem bildungsbürgerlichen Kanon. In ihm manifestierte sich ein zeittypisches Kondensat aus nationalistischem Idealismus, sozialdarwinistisch-vitalistischer Kriegsbejahung, Sehnsucht nach Volkseinheit, bedingungsloser Hingabe des einzelnen für das Vaterland und opfermythischem Heldenkult.⁵²
- Eigenständige und umfassende Kapitel wären ferner auch klerikaler Kriegsrechtfertigung und jenen Bemühungen zu widmen, den Krieg mit einer religiösen Aura zu versehen.⁵³
- Ebenso dürfen die Schulen nicht unerwähnt bleiben. Der Weltkrieg war noch nicht zu Ende, da veröffentlichte der Altenburger Schuldirektor Christian Ufer ein Buch mit dem Titel: „Schulerziehung nach dem Krieg“. Aus ihm sei ein einziges Zitat angebracht: Die „Vorbereitung auf einen künftigen, hoffentlich in weiter Ferne liegenden Krieg [...] muss unser ganzes Volkstum erfassen. [...] Es gilt erneut und zweifellos in noch höherem Grade als schon bisher die Schaffung eines Volkes in Waffen, und ein ganz wesentlicher Teil an der Lösung dieser Aufgabe fällt unstreitig der Schulerziehung zu.“⁵⁴

Die Hauptadressaten politischer Erinnerungsarbeit war die Jugend, sozusagen das „Menschenmaterial“ eines künftigen Krieges.⁵⁵ Sowohl unter den männlichen, aber auch unter den weiblichen Jugendlichen sollte Bereitschaft zum Selbst-Opfer in weiteren Kriegen geweckt werden. Dazu trugen nicht zuletzt auch die Jugendverbände der meisten Parteien bei. Überschaut man dieses Feld, ergibt sich ein ernüchternder, zugleich erschreckender Gesamteindruck von Umfang und Wirkung zielorientiert betriebener Geschichtspolitik. Und es fällt auf, in welch hohem Maße nahezu alle Jugendorganisationen nationalistisch orientiert gewesen sind, keineswegs also nur die am rechten Rand der Gesellschaft angesiedelten.

⁴⁹ Siehe Gerhard Hirschfeld: Die Stuttgarter ‚Weltkriegsbücherei‘. In: Der Erste Weltkrieg in der populären Erinnerungskultur. Hrsg. von Barbara Korte, Sylvia Paletschek und Wolfgang Hochbruck (2008), S. 47-57.

⁵⁰ Siehe u. a. Karl Prümm: Die Literatur des soldatischen Nationalismus der 20er Jahre 1918-1933. Gruppenideologie und Epochenproblematik (1974).

⁵¹ Obgleich viele ihrer Romane bereits vor 1933 erschienen, wird von Historikern zumeist nur die Literatur im Nationalsozialismus benannt und werden Bücher angeführt, die zwischen 1933 und 1945 erschienen. Leider war nichts Näheres zu ermitteln über ein „Kriegsdichtertreffen“, das 1936 stattfand.

⁵² Weinrich, a. a. O., S. 76.

⁵³ Siehe Ria Blaicher: Gottes Strafgericht. Hirtenbriefe der deutschen Bischöfe während des Ersten Weltkrieges. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, H. 4/2014, S. 315-328. Da heißt es u.a.: „Nach dem Desaster des Weltkrieges hätten Katholiken [...] Richtlinien für eine künftige Friedenspolitik von ihren Oberhirten erwarten können. Dafür hätten grundsätzliche Fragen beantwortet werden müssen: Wie ist das Verhältnis von Machthabern und Kirche, von Individuum und Staatsmacht? Wann muss die Kirche dem Staat aus moralischen Gründen in die Schranken weisen? Wie muss die Kirche reagieren, wenn der eigene Staat aus Machtinteressen einen Krieg vorbereitet? Wie kann sich die Kirche gegen Ausbeutung von Individuen und Völkern zur Wehr setzen und wie Diskriminierung und Anfeindung anderer Menschen, Völker und Religionen in ihren Anfängen aufdecken und Zurückweisen?“ Davon sei nach dem Ersten Weltkrieg jedoch nichts zu spüren gewesen (S. 328). Siehe auch Heinrich Fink: Kirche vor der Entscheidung. In: antifa. Magazin der VVN-BdA für antifaschistische Politik und Kultur, H. Mai/Juni 2014, S. 24.

⁵⁴ Zit. nach Eberhard Demm: Zwischen Propaganda und Sozialfürsorge – Deutschlands Kinder im Krieg. In: ders., Ostpolitik und Propaganda im Ersten Weltkrieg (2002), S. 121. Siehe auch Christian Ufer: Im Wandel der Zeit 1856-1921 (1926).

⁵⁵ Die folgenden Ausführungen stützen sich insbesondere auf das Buch von Arndt Weinrich: Der Weltkrieg als Erzieher. Jugend zwischen Weimarer Republik und Nationalsozialismus (2012).

Die große Zahl der Schnittmengen zwischen rechtem und rechtsradikalem Kriegsgedenkens berechtigt zu der Aussage, dass in dieser Hinsicht 1933 keine tief greifende Zäsur darstellt.⁵⁶ Vielmehr wurden schon vorher weitgehend die hauptsächlichen Elemente des Kriegs- und Heldengedenkens der Faschisten als konsensfähig betrachtet. Man könnte auch sagen, sie wurden nahezu als selbstverständlich hingenommen und für bündnispolitische Erwägungen genutzt. Dem darf, nein: dem muss eine für die Zeit bis 1933 eine systemzerstörende, für die Zeit danach eine systemstabilisierende Wirkung zugesprochen werden. Der verlorene Krieg, der sollte gleichsam rückwirkend gewonnen werden. Dafür wurde indoktriniert und mobilisiert, mit anderen Worten: eine „kriegsadäquate Konditionierung“⁵⁷ betrieben. Als des „Daseins Sinn“ verkündete Baldur von Schirach 1929: „[...] uns hat der Krieg behütet für den Krieg!“⁵⁸ Behütet für den Krieg – das hieß auch, der geistigen und mentalen Vorbereitung die körperliche „Ertüchtigung“ folgen zu lassen, entsprechend einer nicht erst seit 1933 geltenden Devise, alles Denken und Handeln der künftigen Krieger so auszurichten, als ob ein neuer Krieg unmittelbar bevorstehe oder sogar schon da sei.⁵⁹ Und das alles in Friedenszeiten!

* * *

Am Beginn meines Vortrages zitierte ich, dass mit „richtigen“ Worten Schlachten gewonnen oder verloren werden könnten. „Worte müssen rollen für den Krieg“, so titelte jüngst „Die Welt“. Abschließend und ergänzend möchte ich dies mit einem in der Tat leider völlig berechtigten Wort Eric Hobsbawms. Die Geschichte, so sagt er, sei einsetzbar als eine gefährliche Waffe.⁶⁰ Das gilt generell – auf jeden Fall und in jeder Hinsicht aber für die hier behandelte kriegsfördernde Erinnerungspolitik, die weitgehend menschliches – oder sollte man besser sagen: unmenschliches – Verhalten steuerte, die kriegsfördernden Charakter trug. Die Erinnerungspolitik Weimarer Regierungen, rechter Parteien und die der deutschen Faschisten muss bewertet werden als eine verheerende Nachkriegs-Katastrophe.

Zugleich handelte es sich um eine Vorkriegs-Brandstiftung. Diese missachtet und verletzt – wann auch immer, wo auch immer – alle Menschenrechte, und das allein verlangt, generell geächtet, wenn nicht sogar als straffähiges Verbrechen geahndet zu werden.

Vielen Dank für das geduldige Zuhören.

Die „Urkatastrophe“. Vor 100 Jahren: Beginn des Ersten Weltkrieges. Ursachen und Wirkungen. Veranstaltung in: Russisches Haus der Wissenschaft und Kultur, Berlin 2014, S. 1-17.

⁵⁶ Weinrich, a. a. O., S. 69, konstatiert, dass die „heroische Jugendkultur“ spätestens seit den frühen 30er Jahren „wesentliche Elemente des Weltkriegsgedenkens der HJ nach 1933 bereits vorwegnahm.“

⁵⁷ Weinrich, a. a. O., S. 127.

⁵⁸ Baldur von Schirach: Die Feier der neuen Front (1929), S. 11.

⁵⁹ So urteilte Lindlay Frazer über die Propaganda der NSDAP in seinem Buch: Kriegsschuld und Propaganda. Deutschland zwischen den zwei Weltkriegen (1947), S. 149.

⁶⁰ Eric Hobsbawm: Die Erfindung der Vergangenheit. In: Die Zeit, 09.09.1994; Siehe auch Wolfrum, Geschichte als Waffe, a. a. O.; Manfred Weißbecker: Geschichte als Waffe. Die Katastrophe nach 1918. Erinnerungspolitik, um den verlorenen Ersten Weltkrieg nachträglich zu gewinnen. In: junge Welt, 18.06.2014, S. 10 f.

Konservatismusforscher

Dem Historiker Ludwig Elm zum 80. Geburtstag

In den Bücherregalen vieler Leser der jungen Welt, der Zeitung Neues Deutschland, der Marxistischen Blätter und anderer linker Medien stehen oft Bücher eines Wissenschaftlers, der am 10. August seinen 80. Geburtstag begeht: Ludwig Elm. Ihm sei zugleich gedankt für sein einflussvolles Wirken als ein hervorragender Historiker, als ein Homo politicus, der stets für eine friedliche, von sozialer Gerechtigkeit und demokratischer Gleichberechtigung geprägte Gesellschaft eingetreten ist und eintritt.

Elms Lebensweg begann im thüringisch-preußischen Greußen. Nach dem Studium in Berlin und Leipzig führte ihn 1956 der Weg nach Jena, wo er an der Friedrich-Schiller-Universität rasch akademische Grade erwarb. Beide Qualifizierungsschriften kamen rasch auf den Büchermarkt: 1968 erschien „Zwischen Fortschritt und Reaktion. Geschichte der Parteien der liberalen Bourgeoisie in Deutschland 1893-1918“, 1972 „Hochschule und Neofaschismus. Zeitgeschichtliche Studien zur Hochschulpolitik in der BRD“. Damit waren wesentliche Arbeitsgebiete abgesteckt, auf denen er bis in die Gegenwart weiter tätig ist. Doch das Feld der Konservatismusforschung, betrieben seit Mitte der 70er Jahre, rückte mehr und mehr in den Vordergrund. Elm leitete über viele Jahre hinweg eine größere, interdisziplinär zusammengesetzte Arbeitsgruppe, der Angehörige anderer DDR-Universitäten ebenfalls angehörten. Sie wirkte über die Landesgrenzen hinaus und fand selbst in der Bundesrepublik achtungsvolle Anerkennung, die dort indes immer in die Formel gepackt war, wonach es zu „Verzerrungen“ durch die vorgegebene marxistische Deutung gekommen sei. Dennoch: Die kapitalismuskritische Position zu Liberalismus und Konservatismus in die Wissenschaft eingeführt und dargestellt zu haben, zählt zu den verdienstvollsten und sicher auch nachhaltigsten Bemühungen des Jubilars. Wird heute über Wurzeln, Elemente und geschichtliche Wirkungen des Konservatismus, über dessen Spielarten und Entwicklungsstränge sowie über „Falsche Propheten“ (so der Titel eines von ihm 1984 herausgegebenen Bandes) und Leitbilder des deutschen Konservatismus geforscht, führt kein Weg an den Ausführungen Ludwig Elms vorbei. Verdient machte er sich ebenso auf anderen Gebieten, so der Geschichte von Hochschulen, Universitäten und Burschenschaften oder auch der frühen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Seine wissenschaftlichen Leistungen, selbst das hohe Ansehen, das er unter Gelehrten der damaligen Bundesrepublik erwerben konnte, retteten den 1970 zum Hochschulprofessor Berufenen in der „Wendezeit“ dennoch nicht vor der „Abwicklung“, sprich: vor einer Bestrafung für sein politisches Wirken als FDJ- und SED-Mitglied, als langjähriger Prorektor für Gesellschaftswissenschaften oder auch als Mitglied des Kulturbundes, dessen Fraktion in der DDR-Volkskammer er während der 80er Jahre angehörte.

Für Ludwig Elm gab es indessen kein Aufhören, keinen Rückzug ins Private oder gar eine Abkehr von seinen Überzeugungen. Nach dem Zusammenbruch der DDR, deren antifaschistischen und sozialistischen Anspruch er konsequent teilte, endete zwar die staatliche Unterstützung für Lehre und Forschung, nicht aber seine kontinuierlich, sorgfältig und gründlich betriebene Analyse derjenigen gesellschaftlichen Kräfte, die in der Bundesrepublik den antikomunistischen Ton angegeben hatten und 1990/91 auch im Osten Deutschlands wieder die Macht übernehmen und eine Rückkehr zu kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnissen durchsetzen konnten.

Seit Mitte der 90er Jahre engagierte er sich in der thüringischen Organisation der Verfolgten des Naziregimes; er stand einige Zeit an der Spitze des Thüringer Verbandes, den er zudem im Geschäftsführenden Vorstand der VVN-BdA vertrat.

Zahlreiche Publikationen, darunter Bücher und Zeitschriftenartikel, Reden und Essays sind seither erschienen. Auf große Resonanz stieß 1991 der Band „Nach Hitler. Nach Honecker. Zum Streit der Deutschen um die eigene Vergangenheit“. Seine Kritik galt vor allem dem modisch gewordenen, aus sprudelnden Finanzquellen gespeisten und mit der historischen Wahrheit auf Kriegsfuß stehenden „Diktaturenvergleich“.

Von besonderem Gewicht geriet der Band „Der deutsche Konservatismus nach Auschwitz. Von Adenauer und Strauß zu Stoiber und Merkel“. In diesem 2007 erschienenen Abriß der Geschichte des deutschen Konservatismus betrachtet er diesen als eine Grundrichtung von Politik, Ideologie und Theorie, die sich als nachhaltig wirksame Reaktion auf Aufklärung und Französische Revolution herausgebildet habe. Der Konservatismus reiche geschichtlich von den feudal-aristokratischen, großbürgerlichen, monarchistischen und klerikalen Widerständen gegen die bürgerlichen Revolutionen des 17. und 18. Jahrhunderts bis zum Antisozialismus/Antikommunismus, zu autoritären und imperialen Herrschaftskonzepten des Großkapitals und seines militärisch-bürokratischen Anhangs sowie zu zahlreichen Parteien des 20. und des beginnenden 21. Jahrhunderts. Er komme selten als stromlinienförmiges und monokausales, sondern vielmehr als ein sehr komplexes und zugleich in sich widersprüchliches Phänomen daher, weise viele Grauzonen und fließende Übergänge zu völkischen, antisemitischen und neuerdings auch zu neonazistischem Denken auf. Allem liegt Elm zufolge das Wechselspiel von Kontinuität und Diskontinuität, von Zählebigkeit und Flexibilität konservativer Denkmuster zugrunde. Wer in den unterschiedlichsten Erscheinungsformen des Konservatismus das Übereinstimmende sucht, dem empfiehlt Elm verlässliche Prüfsteine: das jeweilige Verhältnis zu emanzipatorischen Bewegungen, zum Pazifismus, zu Gewerkschaften sowie zu Faschismus und Antifaschismus.

Kolleginnen und Kollegen, Weggefährten und Freunde wissen zu schätzen, wie ungemein aufgeschlossen, freundlich und zugleich anspruchsvoll Ludwig Elm ein Leben lang seiner Profession gefolgt ist, intensiv akribische Forschungsarbeiten betrieb und andere dazu anhielt. Redlich, selbstlos, pflicht- und verantwortungsbewußt – so stellte er sich seinen Aufgaben, so verfolgte er seine Ziele.

Worte und Zeugnisse

Aus Elms Beitrag zu einer Publikation über Theodor Maunz, den er als „Globke“ des Franz Josef Strauß bezeichnete (1964):

„Ein intellektueller Kriegsverbrecher und Judenmörder ist seit sieben Jahren Kultusminister in Bayern. Ein führender NS-, Rechtswahrer‘ stand als Präsident der westdeutschen Ständigen Konferenz der Kultusminister ein Jahr lang an der Spitze der offiziellen kulturpolitischen Institutionen der Bundesrepublik. Der Gestapo-Theoretiker des Jahres 1943 lehrt an der Universität, an der im gleichen Jahr die Geschwister Scholl und ihre Gefährten gegen den Faschismus und seine Kreaturen aufstanden. Sie wurden ermordet, weil es die Freisler gab, die Henker und die Maunz.“ (Maunz – Globke des Strauß, August 1964)

Aus: „Rückgriff auf reaktionäre Traditionen“, 1972:

„Darf man heute konservativ sein?‘ Diese Frage stellte Professor Dolf Sternberger einem Leitartikel in der großbürgerlichen Frankfurter Allgemeinen Zeitung im Oktober 1970 voran. Natürlich wußte auch der Fragesteller, daß die Frage durch die konservativ-antidemokratische Restauration und die Entwicklung der Rechtskräfte in der BRD in der Sache längst entschieden wurde. Die rhetorische Floskel und die zugehörige Betrachtung sollten nunmehr vor allem auf ein Ja zu einem offen erklärten, programmatischen Konservatismus vorbereiten. Nahezu überflüssig zu vermerken, daß es bei der hauptsächlichen Leserschaft und den Anhängern jenes Blattes dazu keiner übermäßigen geistigen und politisch-moralischen Anstren-

gungen mehr bedurfte. Trotzdem geht es um einen Schritt, der erst für die jüngste Phase ideologischer Profilierung und Manipulation führender Rechtskräfte charakteristisch ist.“

Aus einem persönlichen Grußwort vom 24. Oktober 1995 anlässlich der Verabschiedung des Schriftstellers Stefan Heym aus der Bundestagsgruppe der PDS:

„Lieber Stefan Heym, Sie haben in Ihrem Leben oft interveniert, darunter auch am 22. Juni 1995 im Bundestag anlässlich der Einsetzung der Enquete-Kommission. Es solle die Frage interessieren, warum ‚ein deutscher Staat, der sich vorgenommen hat, etwas so Edles wie den Sozialismus durchzuführen‘, eine Ordnung schuf, von der sich viele Menschen abkehrten und die schließlich kollabiert ist. Ich wünsche mir, daß über nächste Kontroversen hinaus diese Fragestellung für möglichst viele Menschen Leitmotiv des Interesses an der DDR wird und von den Antworten Impulse für die Zukunft ausgehen.“

junge Welt, Sonnabend, 09.08.2014, S. 15.

Die Jasager

Im Streit um den Dawes-Plan zerlegt sich die konservative Deutschnationale Volkspartei im Spätsommer 1924 beinahe selbst. Letztlich geht sie daraus gestärkt hervor und verschiebt das politische Kräfteverhältnis nach rechts

Voller Spannung sah die Öffentlichkeit am 29. August 1924 – zehn Jahre nach dem Beginn und sechs Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkrieges – einer Entscheidung entgegen, die in Deutschlands Parlament, dem Reichstag, gefällt werden mußte: Für oder gegen ein Gesetz, das die Annahme des Dawes-Planes ermöglichen sollte. Dieser war von der Reparationskommission der Siegermächte Großbritannien und Frankreich erarbeitet, am 9. April 1924 vorgelegt und von der Londoner Konferenz der Alliierten am 16. August zum Beschluß erhoben worden. Am 30. August sollte die formelle Unterzeichnung des Abkommens erfolgen; dies unter der Voraussetzung, daß Deutschland gesetzliche Grundlagen zu seiner Realisierung schaffe und entsprechende Schritte zu dessen Umsetzung einleite.

Da die Kommission von Charles G. Dawes, dem Mitinhaber des mächtigsten Finanzinstituts der Welt, J. P. Morgan & Co., geleitet worden war, ging das 124 Seiten umfassende Dokument unter seinem Namen in die Geschichte ein. Es enthielt vor allem Vorschläge für eine Stabilisierung der deutschen Währung und der Wirtschaft. Die Weimarer Republik sollte in die Lage versetzt werden, die geforderten Reparationszahlungen leisten zu können. Der Plan sah konkrete Summen zwischen einer Milliarde (1924) und 2,5 Milliarden (ab 1928) Goldmark vor, die von Deutschland jährlich zu zahlen seien. Gesamthöhe und Dauer der Reparationsleistungen blieben jedoch erneut unbenannt. Das für die Zahlungen erforderliche Kapital sollte aus Mitteln des Reichs (Zölle, Steuern usw.) sowie aus einer Belastung der Reichsbahn aufgebracht werden. Um letzteres gewährleisten zu können, sah sich der deutsche Staat aufgefordert, die Reichsbahn in eine Aktiengesellschaft und die Reichsbank in eine unabhängige Notenbank umzuwandeln, an der sich sowohl die Reichsregierung als auch die Reparationsgläubiger beteiligten, sowie zu sichern, daß von der deutschen Industrie Zinsen und Tilgung einer Schuldverschreibung in Höhe von fünf Milliarden Goldmark erbracht werden.

Im Zusammenhang mit dem Dawes-Plan erhielt Deutschland eine Anleihe von 800 Millionen Goldmark. Sie wirkte gleichsam als Türöffner für einen nun in das Reich fließenden Kreditstrom. Bis 1929 gewährten ausländische Banken und Firmen Kredite im Umfang von rund 21 Milliarden Mark. Sie förderten maßgeblich die wirtschaftliche Stabilisierung Deutschlands. Mit den so ermöglichten Reparationszahlungen an die Siegermächte sahen die sich in die Lage versetzt, ihrerseits Kriegskredite aus den USA zu tilgen.

Zoff um ein Gesetz

Über die Annahme dieses Planes hatte der Deutsche Reichstag zu entscheiden. Erfolgen sollte dies insbesondere durch die Bestätigung eines Gesetzes über die Deutsche Reichsbahn. Den Bedingungen der Siegermächte entsprechend war vorgesehen, die Sachwerte der Reichsbahn in Höhe von elf Milliarden Goldmark als Pfand zur Deckung der deutschen Reparationsschulden einzusetzen und sie einer internationalen Kontrolle zu unterstellen. Die sollte allerdings keine totale sein, denn es war dafür gesorgt, daß im Verwaltungsrat der Reichsbahn-Gesellschaft eine deutsche Mehrheit agiert. Zudem sollten Streitigkeiten zwischen der Gesellschaft und dem Reich zunächst vor deutschen Gerichten ausgetragen werden, nur in besonderen Fällen und in zweiter Instanz war der Ständige Internationale Gerichtshof als Schiedsrichter vorgesehen. Unter allen Umständen blieb dem Deutschen Reich das Eigentum an den Eisenbahnen erhalten.

Das vorgesehene Reichsbahn-Gesetz trug verfassungsändernden Charakter und verlangte die Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der Reichstagsabgeordneten. Ein solches Ergebnis

schien indessen unerreichbar zu sein. Die Mandate der die Regierung von Wilhelm Marx stützenden Parteien und der SPD reichten allein nicht aus: Die Parteien des politischen Katholizismus, Zentrum und Bayerische Volkspartei (BVP), verfügten über 81 Sitze, die Deutsche Volkspartei (DVP) über 45, die Deutsche Demokratische Partei (DDP) über 28 und die Sozialdemokraten über 100. Bei der zweiten Lesung des Gesetzes votierten am 27. August lediglich 248 Parlamentarier für die Vorlage. Unter der Voraussetzung, daß alle 472 Reichstagsabgeordnete sich an der Abstimmung beteiligt hätten, wären mindestens 314 Stimmen erforderlich gewesen.

Alles hing vom Verhalten der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) ab. Die hatte bei den Reichstagswahlen vom 4. Mai 1924 95 Mandate gewinnen können und stellte damit die zweitstärkste Fraktion des Parlaments – ein Ergebnis, das die zu Gunsten der reaktionären Kräfte veränderten Verhältnisse in Deutschland nach dem heißen Herbst des Jahres 1923 widerspiegelte. Ihr Erfolg stellte die Rechten vor die Frage, mit welchen Zielen und mit welcher Taktik dieser zu sichern war und wie er im Sinne ihrer grundsätzlichen Ablehnung der parlamentarisch-demokratischen Verhältnisse genutzt werden konnte. Zunächst hatten die Konservativen versucht, den 1923 verhängten militärischen Ausnahmezustand für eine geraume Zeit noch beizubehalten und das Ermächtigungsgesetz verlängern zu lassen. Im Kabinett erklärte der zu diesem Zeitpunkt parteilose Ernährungsminister Gerhard Graf von Kanitz sogar, ein Regieren mit dem Reichstag sei unmöglich und dessen Neuwahl zu verhindern. Doch das ließ sich nicht durchsetzen – am 4. Mai 1924 wurde ein neuer Reichstag gewählt. Den herrschenden Eliten war es zwar gelungen, mühsam erkämpfte soziale Rechte abzubauen und die demokratische Substanz der Weimarer Verfassung einzuschränken, doch insgesamt sahen sie sich gezwungen, einen flexibel zu nennenden Rechtskurs einzuschlagen. Schrittweise wurde zu parlamentarischen Regierungsmethoden zurückgekehrt. Der militärische Ausnahmezustand wurde am 1. März, der zivile am 25. Oktober 1924 aufgehoben. Ebenso fiel das Verbot der KPD, die bei den Wahlen 62 Reichstagsmandate eroberte. Erstmals zog allerdings auch eine 32 Mann starke Fraktion der Faschisten in das deutsche Parlament ein, die sich den Namen Nationalsozialistische Freiheitspartei (NSFP) gab – für die deutschen Rechten ein weiterer Erfolg, wenngleich dies für sie auch mit neuem Konfliktpotential verbunden war.

Die Führung der DNVP, sich im Aufwind sehend, verlangte nach dem 4. Mai demonstrativ den Rücktritt der vom Zentrumsmann Wilhelm Marx geleiteten Reichsregierung und schlug am 15. Mai vor, der 75jährige Großadmiral Alfred von Tirpitz – der ehemalige Chef des Reichsmarineamtes und Exponent des völkisch-antisemitischen Alldeutschen Verbandes – solle das Amt des Reichskanzlers übernehmen. Dafür zeigte sie sich sogar bereit, einen politischen Preis zu zahlen und bei Erfüllung weiterer Bedingungen über ihre Zustimmung zum Dawes-Plan zu verhandeln. Als das am Widerstand der anderen bürgerlichen Parteien scheiterte, zog sie alle Register der nationalistischen Propaganda: Landauf und landab wetterten die Deutschnationalen unaufhörlich, unerbittlich und nachdrücklich, der Dawes-Plan dürfe nicht angenommen werden. Der würde Deutschlands Zukunft völlig zerstören und bedeute ein „zweites Versailles“ sowie eine „fremde Zwangsherrschaft“ über das deutsche Volk. Die Regelung über die Reparationszahlungen sei von „französischem Starrsinn und angelsächsischer Selbstsucht“ diktiert, daher ohnehin „mit deutscher Ehre und Selbstachtung unvereinbar“. Wer sich für die Annahme aussprach, wurde von den Rechten als „Ausverkaufs-Jasager“ beschimpft, der an „Gehirnseuche“ und „Gehirnpest“ leide. Im Vorfeld der entscheidenden, für Ende August vorgesehenen Sitzungen des Reichstages verkündete die DNVP nachdrücklich ihr grundsätzliches Nein. Und sie bestand darauf, die lange Zeit betriebene „Katastrophenpolitik“ nach dem Motto fortzusetzen: „Komme, was da wolle“.

Parlamentarischer Spuk

Mit dieser Orientierung hatte sich die DNVP indessen selbst eine Falle gestellt: Ein großer Teil ihrer industriellen und großagrарischen Mitglieder und Förderer sah sehr wohl, worin die Vorteile des Dawes-Planes für Deutschlands Wirtschaft bestanden. Sie plädierten nicht nur für nein: sie forderten dessen Annahme, wohl wissend, daß sonst die erwünschten US-amerikanischen Kredite nicht fließen würden. Partei und Fraktion der Deutschnationalen sahen sich mit der Frage konfrontiert: Ökonomische Interessen wahrnehmen oder politisch auf nationalistische Ideologie und Propaganda fixiert bleiben? Die großen Unternehmerorganisationen, vor allem der Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) und der Reichslandbund (RLB), verlangten von den ihnen nahestehenden DNVP-Abgeordneten ein zustimmendes Votum. Deutlich hatte der Chemieindustrielle Carl Duisberg für den RDI bereits am 24. April den Plan als eine „geeignete Grundlage zur Lösung des Reparationsproblems“ bezeichnet. Auf die Wirkung ausländischer Kredite für die Landwirtschaft hoffend, nahm auch der RLB, dem 52 der deutschnationalen Reichstagsabgeordneten angehörten, mehr und mehr Abstand von seiner strikten Protesthaltung. Ja, er stellte sogar am 23. August seinen Vertretern in der Fraktion formell frei, sich gegen die Fraktionsdisziplin zu stellen und für das Gesetz zu stimmen.

In der DNVP und in ihrer Reichstagsfraktion kam es daher zu lebhaften Auseinandersetzungen. Zu den strikten Gegnern des Dawes-Plans gehörte vor allem der Partei- und Fraktionsvorsitzende Oskar Hergt, ferner zählten Alfred Hugenberg, Mitbegründer des Alldeutschen Verbandes und Chef eines eigenen Pressekonzerns, Reinhold Quaatz, Vorsitzender des Zweckverbandes Nordwestdeutscher Wirtschaftsvertretungen, und Axel Freiherr von Freytagh-Loringhoven, ein bekennender Monarchist und Antisemit, der seit 1924 bis zu seinem Tode im Jahre 1942 für die DNVP und die NSDAP im Reichstag saß. Zu ihnen gehörte auch Otto Schmidt genannt Schmidt-Hannover, der später zum engsten Vertrauten Hugenbergs werden sollte. Er sprach offen vom „Ring zwischen Politik und Wirtschaft“: Auf der einen Seite stünden „vaterländisch-politische Forderungen“, auf der anderen „wirtschaftlich-kreditorische Augenblickserwägungen“. Im Sinne des rechtskonservativen Geschichtsphilosophen Oswald Spengler ordnete er seine Argumentation in einen naturgesetzlichen Rahmen ein: Das Völkerleben von „Wehr und Gegenwehr, Schuld und Sühne, Selbsterhaltungs- und Rassetrieb“ sei nun einmal „mächtiger als die grausame Geschäftsklugheit der Wallstreet“. In der Praxis des politischen Geschäfts der DNVP trat etwas anderes hervor: Die „Nein“-Sager nahmen sogar Kontakt mit den Faschisten auf, um Druck auf die „Ja“-Sager in den eigenen Reihen auszuüben. Obwohl dies scheiterte, zeichnete sich da bereits der später eingeschlagene Weg zum Bündnis zwischen Konservativen und Nazis ab.

Was sich als „mächtiger“ erwies, sollte sich rasch zeigen: Um den „Verrat“ an ihren Positionen halbwegs zu kaschieren, inszenierte die Führung der DNVP eine parlamentarische Komödie. Sie hob mit einem Federstrich auf, was stets machtpolitisch praktiziert wurde (und wird), auch wenn es dafür keine verfassungsrechtliche Grundlage gab (und gibt): die Fraktionsdisziplin. In der entscheidenden dritten Lesung des Gesetzes am 29. August 1924 votierten „freier Gewissensentscheidung“ gemäß auch 48 Deutschnationale mit Ja. Mehr waren für die Annahme des Gesetzes nicht erforderlich gewesen: Von den 441 abstimmenden Abgeordneten hatten 314 dem Gesetz über die parlamentarische Hürde geholfen.

Krise und Stärkung

Das kam für viele völlig unerwartet. Die Überraschung war groß, allerorten wurde gerätselt und nach den Ursachen gefragt. Mögliche Folgen für das Parteienwesen und den Parlamentarismus wurden bedacht. Zunächst hatte die DNVP einen hohen Preis zu zahlen: Sie geriet in eine tiefe Krise, die Spaltung der Partei war nicht mehr ausgeschlossen. Vor allem aus den ostelbischen Gebieten trafen in der Zentrale viele Austrittserklärungen ein. Vom „Verrat an

der deutschnationalen Sache“ wurde geredet und der sofortige Parteiausschluß der „Umfaller“, „Jammerlappen“ und „Weichlinge“ gefordert. Proteste richteten sich gegen die Aufhebung des Fraktionszwanges sowie generell gegen den Parlamentarismus, dem die als überflüssig betrachtete Behandlung außenpolitischer Entscheidungen angelastet wurde. Die innerparteilichen Auseinandersetzungen tobten zwischen dem radikal-oppositionellen und einem als „gouvernemental“ geltenden Flügel. Letzterer drängte darauf, die Partei an der Regierungsgewalt zu beteiligen. Einzelne Landesverbände, darunter auch der thüringische, drohten, die Beziehungen zur Parteiführung abzubrechen, würde die nicht unverzüglich erneuert. Der Vorsitzende Hergt trat schließlich im Oktober von seinen Ämtern in der Partei zurück.

Allerdings hielten sich die negativen Folgen für die DNVP durchaus in Grenzen. Das Debakel führte nicht zu einer Isolierung der Deutschnationalen, im Gegenteil: Führende Kreise der Zentrums- und der von Gustav Stresemann geführten Deutschen Volkspartei drängten mehr und mehr darauf, der DNVP eine Beteiligung der Partei an der Regierungsgewalt zu ermöglichen. Man kam dem Streben der Konservativen weit entgegen und befürwortete nachdrücklich eine Öffnung des Kabinetts „nach rechts“. Als das nicht auf Anhieb gelang, löste man den Reichstag schlicht und einfach auf und setzte dessen Neuwahl für den 7. Dezember 1924 an. In deren Ergebnis konnte die SPD wieder die stärkste Fraktion stellen, während die KPD fast ein Drittel der Stimmen vom Mai einbüßte, was auf die Politik ultralinken, sektiererischer Kräfte um Ruth Fischer zurückzuführen war. Sowohl die Parteien der bisherigen Minderheitsregierung (Zentrum, BVP, DVP und DDP) als auch die DNVP gewannen hinzu. Der Weg zur Bildung einer „Bürgerblock“-Regierung war frei. Neuer Reichskanzler wurde der bisherige Finanzminister Hans Luther, ein parteiloser Verwaltungsjurist mit guten Beziehungen vor allem zur Ruhrindustrie. Die Ministerien für Inneres, Wirtschaft, Finanzen und indirekt auch das für Ernährung standen erstmalig unter deutschnationaler Führung, allerdings nur für ein paar Monate. Ein politischer Rechtsruck zeigte sich auch bei einer Reihe von Landtags- und Kommunalwahlen der Jahre 1924/25. Da gewannen vor allem bürgerliche Sammlungsbewegungen. Rechtsorientierte Regierungen entstanden u. a. in Thüringen, Braunschweig, Oldenburg und Mecklenburg-Schwerin; dort also, wo es später bereits in der Endphase der Weimarer Republik faschistisch geführte Kabinette geben sollte.

Wandel auf Abruf

Insgesamt zeigte sich in den Auseinandersetzungen um Annahme oder Ablehnung des Dawes-Planes sowie danach, daß sich Mitte der 20er Jahre parallel zur wirtschaftlichen Stabilisierung – erreicht nicht zuletzt dank der Entscheidung vom 29. August – die Verfechter einer „Erfüllungspolitik“ und jene einer „Katastrophenpolitik“ einander annäherten. Von letzterer hatten sich jene DNVP-Verteter öffentlich verabschiedet, die den Dawes-Plan begrüßten, aber es begannen auch andere nationalkonservative Kreise in Wirtschaft und Politik, sich von den allzu offen propagierten republikfeindlichen Positionen zu entfernen. Allerdings verfolgten sie dabei die Absicht, das parlamentarische System der Weimarer Republik von innen her auszuhöhlen. Der in der Nachfolge von Hergt amtierende DNVP-Vorsitzende Johann Friedrich Winckler und der neue starke Mann der Partei, Kuno Graf von Westarp erklärten, man werde unverändert an Zielen und Grundsätzen festhalten. Ganz in diesem Sinne gab der paramilitärische Verband „Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten“ 1926 die Losung aus: „Hinein in den Staat!“ Ein anderer deutschnationaler Politiker schrieb an Hugenberg, der 1928 die Parteiführung übernahm: „Wir müssen den parlamentarischen Weg mißbrauchen, um in die Machtstellungen des Staates zu kommen mit der festen Absicht, eines Tages von diesen Machtstellungen aus das Parlament zu vernichten!“ Es wurde in Kauf genommen, daß sich daraus zeitweilig einige Dissonanzen zu den noch weiter rechts stehenden Kreisen ergaben, die sich u. a. in der Deutschvölkischen Freiheitspartei, im Nationalverband Deutscher Offiziere sowie in anderen Wehrverbänden gesammelt hatten und Putschpläne gegen die Weimarer

Republik verfolgten. Als die preußische Polizei bei Hausdurchsuchungen Dokumente fand, aus denen Staatsstreichpläne hervorgingen, verbot die Regierung einige dieser militaristischen Organisationen.

In der Literatur findet sich mitunter die Aussage, „Herzensmonarchisten“ hätten sich Mitte der 20er Jahre des vorigen Jahrhunderts zu „Vernunftrepublikanern“ entwickelt. Sie wurden jedoch damit keineswegs zu Demokraten: In den Vordergrund ihrer Bestrebungen rückte die vielgestaltig erhobene Forderung nach einem „starken Staat“. Es hieß nun, die Machtbefugnisse der Exekutive seien auszubauen, die Rechte der Parlamente zu beschneiden und die Einflußnahme der Sozialdemokratie auf Gesetzgebung und Verwaltung zu verhindern. Seit 1924 wurde verlautbart, man strebe eine „Reform“ der Verfassung an, nicht deren Beseitigung. Als Präsident des RDI definierte der Chemieindustrielle Carl Duisberg diesen Kurs mit den Worten: „Das Wichtigste in unserer heutigen Lage ist ein machtvoller Staat, eine starke und energische Regierung. Über Formen mögen Toren streiten. Ich stehe zur Verfassung, wie sie in Weimar beschlossen ist, und wünsche nur, daß sie sich den Zeitverhältnissen entwicklungsgemäß anpaßt.“

Auf dieser Basis und mit tatkräftiger Unterstützung anderer bürgerlicher Parteien gelang es den Deutschnationalen, die eigentlich unabwendbar erscheinende Spaltung ihrer DNVP zu verhindern. Ja, sie bot der Öffentlichkeit relativ rasch nach dem Debakel vom 29. August sogar ein Bild wiederhergestellter Geschlossenheit. Bei der Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924 gewann sie überraschend Stimmen und einige Mandate hinzu. Sie hatte ihre Stammwähler halten sowie neue Wähler vor allem aus den Reihen völkisch-nationalsozialistischer Kreise gewinnen können. Ihr Weg in das Reichskabinett und damit der zur Bildung der ersten Bürgerblock-Regierung, des bis dahin am weitesten rechts stehenden Kabinetts in der Weimarer Republik, war frei.

Aus den Quellen

Aus den „Grundsätzen“ der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) vom Dezember 1918:

Wir fordern eine starke und stetige, nur durch deutsche Gesichtspunkte bestimmte auswärtige Politik.

Der Landtagsabgeordnete der DNVP, Paul Rütter, erklärte am 4.7.1923 in Der Tag, einer Zeitung des deutschnationalen Scherl-Verlages:

Es bleibt (...) so wie die Dinge liegen, nur eine wirtschaftliche und politische Verbindung mit Rußland übrig. Es muß freilich ausgesprochen werden, besonders angenehme Zeitgenossen sind die Russen von heute nicht; aber hier entscheidet nicht Sympathie oder Antipathie, sondern die Macht der Tatsachen.

Aus dem am 9.4.1924 veröffentlichten Bericht der Dawes-Kommission der Siegermächte des Ersten Weltkriegs Großbritannien und Frankreich:

Die deutsche Industrie hat sich völlig neue Einrichtungen geschaffen, die vielfach mehr produzieren können als vor dem Krieg. Daher ist Deutschland wohl versehen mit Hilfsquellen und Betriebsmitteln. Wenn die derzeitige Kreditknappheit überwunden ist, wird es im normalen Wettbewerb der Welt wieder eine bevorzugte Stellung haben. Es gehört kein besonderer Optimismus dazu, um anzunehmen, daß Deutschlands Schaffenskraft ausreicht, seinen eigenen Bedürfnissen gerecht zu werden und daneben die in dem Plan vorgesehene Reparation zu leisten.

Die Deutsche Zeitung, ein Organ des Alldeutschen Verbandes, urteilt am 15.9.1924 über die DNVP:

Die Partei hat als Ganzes versagt. Die Parteileitung hat versagt. Immer wieder wurde von der Zentrale versichert, an einen Umfall sei nicht zu denken, (...). Die Parteileitung hat versagt. Entweder sie war über die Stimmung in ihren eigenen Reihen nicht unterrichtet, oder sie hat ihre Wähler und Anhänger bewußt falsch unterrichtet.

Aus der programmatischen Verlautbarung der DNVP-Reichstagsfraktion vom 21.10. 1924:

Unsere Partei bleibt, was sie war: monarchisch und völkisch, christlich und sozial. Unsere Ziele bleiben wie unser Name: deutsch und national. Unsere ruhmreichen Farben bleiben Schwarz-Weiß-Rot, unser Wille fester denn je: ein Deutschland zu schaffen, frei von Judenherrschaft und Franzosenherrschaft, frei von parlamentarischem Klüngel und demokratischer Kapitalherrschaft.

Aus dem Wahlaufuf der DNVP vom 29.10.1924:

Jetzt gilt es so stark zu werden, daß wir unseren Eintritt in die Regierung mit dem unserer Stärke und Bedeutung entsprechenden Einfluß erzwingen, jetzt naht der Großkampftag im Reich und in Preußen, der über Schwarz-Weiß-Rot oder Schwarz-Rot-Gelb entscheidet. Keine Zersplitterung im nationalen Lager.

junge Welt, Freitag, 29.08.2014, S. 10.

Wer über damals schweigt, will von heute nicht reden

Der lange Weg in den Zweiten Weltkrieg: von 1914 zu 1939.

Es scheint, als hätten die etablierte Geschichtswissenschaft und die großen Medien ihn völlig vergessen – jenen Tag, an dem der bislang schlimmste aller Kriege begann, der 1. September 1939. Wie gebannt dreht sich das Bücherkarussell vorrangig um das Jahr 1914. Zumeist wird den jüngst in die Welt gesetzten Behauptungen über die „Schlafwandler“ gefolgt, die 1914 im hektischen Hin und Her diplomatischer Aktivitäten nervös agiert hätten und das Grauen des neuen Krieges nicht hätten vorhersehen können. Blind und von Albträumen geplagt seien die Akteure gewesen. Damit werden allenfalls auslösende Momente als Kriegsursache interpretiert, Kriege also auf unzulängliches Überlegen und Vorausschauen, auf empfindsames Reagieren und ängstliches Handeln zurückgeführt.

Wer den Ausbruch des Ersten Weltkrieges nur einer Fehlfunktion des menschlichen Gehirns und genetischer Disposition zuschreibt, stellt keine Ansprüche an das notwendige Erhellende der Tatsache, dass der Krieg aus gesellschaftlichen Verhältnissen, aus kapitalistischer Konkurrenz und imperialistischer Geostrategie resultiert. Wie passend für hundert Jahre nach dem Ersten und 75 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg Regierende und wieder Kriege Führende: 1914 waren es „Schlafwandler“, 1939 der „Führer“. Die großen Kriege des 20. Jahrhunderts erscheinen als eine zwar fatale, aber inzwischen völlig überwundene Unterbrechung demokratisch-kapitalistischer Kontinuität. Und die Kriege der Gegenwart sehen sich ebenso angenommen von einer ansonsten erfolgreichen Geschichte westlicher Demokratien. Das wiederum erlaubt verklärendes Geschwafel über die neue „deutsche Verantwortung“ in aller Welt.

Geht es um die Ursachen des Zweiten Weltkrieges, erscheint alles wieder nur auf eine Person fokussiert: Hitler war's. (Manche würden gern in Stalin zumindest noch einen Mitschuldigen sehen.) Hitler, so liest man zumeist, sei 1938/39 zu weit gegangen, habe die Politik einer Revision des Versailler Friedens durch die der Expansion und des Vernichtungskrieges ersetzt. Und dies auch gegen (nach 1945 aufgebauchte) Bedenken einzelner Militärs zu Rüstungstempo und Marschrichtungen durchgesetzt.

In keiner Weise lässt sich das geschichtswirksame Handeln Hitlers relativieren, doch unumstößlich steht fest: Der Weg hin zum 1. September 1939 war ein langer. Er wurde schon beschritten, als der Erste Weltkrieg noch tobte und Deutschlands militärische Niederlage absehbar war. 1918 durften die Kriegsziele deutscher Großindustrieller, Bankiers, Großgrundbesitzer, rechter Politiker und ihrer geistigen Klopffechter als verfehlt gelten, doch sie waren nicht aufgegeben, schon gar nicht durch eine auf Abrüstung und kollektive Sicherheit orientierende Politik aufgehoben.

Zwar ging von der Weimarer Republik kein Krieg aus – worauf zu verweisen in der heutigen Berliner Republik sehr sinnvoll ist –, jedoch wurde in ihr der Krieg, der bis dahin vor allem als Fortsetzung von Politik gegolten hat, nun direkt in die Politik der ökonomisch und politisch Mächtigen hineingezogen. Jeglicher Friedenspolitik, selbst jenen Bemühungen, die mit den Stichworten Rapallo, Locarno, Völkerbund und Abrüstung angedeutet sein sollen, wurden riesige Steine in den Weg gelegt: innenpolitische, rüstungswirtschaftliche, außenpolitische und geistige. Der Frieden wurde von Anfang an in Frage gestellt. Immer ging es neben realpolitischer Anpassung an die weltweiten Kräfteverhältnisse um die Frage, wie und in welchem Tempo Voraussetzungen für eine rasche Revision der Kriegsergebnisse geschaffen werden können.

Ein entsprechendes Konzept war von General Kurt von Schleicher – später der letzte Kanzler der Republik – bereits am 20. Dezember 1918 formuliert worden: Zunächst müsse man im Innern wieder eine durchsetzungsfähige Regierungsgewalt schaffen, wobei das mit Hilfe der

Soldaten verhältnismäßig schnell gehe. Sodann sei eine Gesundung der Wirtschaft möglich, auf deren Schultern „nach langen, mühevollen Jahren an die Wiedererrichtung der äußeren Macht herangegangen“ werden könne. Noch deutlicher äußerte sich General Wilhelm Groener am 19. Mai 1919: „Wenn man um die Weltherrschaft kämpfen will, muss man dies von langer Hand her vorausschauend mit rücksichtsloser Konsequenz vorbereiten. Man darf nicht hin- und herschaukeln und Friedenspolitik betreiben, sondern man muss restlos Machtpolitik treiben.“

Für die Ursachen von Kriegen zeichnen Generäle zwar niemals allein verantwortlich, doch in ihrem Tun und Lassen spiegeln sich nach 1918 grundlegende Interessen der deutschen Eliten – der wirtschaftlichen wie der politischen und geistigen. Allen ging es um eine Revision der Ergebnisse von 1918, darüber hinaus um eine deutsche Vorherrschaft in Europa und der Welt. Und deutsche Militärs spielten dabei eine herausragende Rolle.

1921 legte Hans von Seeckt als Chef der Heeresleitung seine „Grundlegenden Gedanken für den Wiederaufbau unserer Wehrmacht“ vor. Reichswehroffiziere erarbeiteten seit 1923/24 konkrete Pläne, wie ein deutsches Heer beschaffen sein müsse, um erneut sowie erfolgreich einen weiteren Waffengang wagen zu können. In drei Stufen sollte ein Heer von 2,8 Millionen Soldaten geschaffen werden, gegliedert in 102 Divisionen, von denen 39 dem „Grenzschutz“ zu dienen hatten und 63 als „Felddivisionen“ ausgegeben wurden. Verblüffend: 1939 war diese „Kriegsstärke“ erreicht. Selbst die Zahl von 252 Generälen, über die das Heer verfügen sollte, stimmte mit dem Wehrmachtsetat 1939 überein.

Als der erste große Rüstungsplan entstand, saß Hitler noch auf der Festung Landsberg und blieb auch nach seiner vorzeitigen Entlassung eher am Rande des Geschehens. Auch an der Ausarbeitung der weiteren Pläne, darunter die für die Schaffung einer neuen Kriegsmarine und das zweite Rüstungsprogramm von 1931, hatte er einen Anteil. Wie sie im einzelnen aussahen, haben Carl Dirks und Karl-Heinz Janßen 1999 in einem bemerkenswerten Buch enthüllt. Es muss nicht verwundern, dass es auf die empörte Ablehnung einiger Kritiker stieß. Hitler brauchte den Militärs nicht zu sagen, dass und wie Krieg zu führen sein werde – sie planten ihn ohnehin. Sie zielten auf eine militärische Macht, die jene des Kaiserreiches noch in den Schatten stellen sollte. Erkennbar ist in den Dokumenten auch, dass da keineswegs nur die Absicht bestand, die Grenzen von 1914 wieder zu installieren. Selbst das Kriegsbild der deutschen Faschisten schien in den Dokumenten aus der Weimarer Zeit bereits auf. Der Terror wurde zum Kampfmittel erhoben. Der Reichswehroberst und spätere Wehrmachtsgeneral von Stülpnagel schrieb: „Hemmungen irgendwelcher Art darf es nicht geben ... Ein auf das Äußerste zu steigender nationaler Hass darf vor keinem Mittel der Sabotage, des Mordes und der Verseuchung zurückschrecken.“

Unmittelbar nach dem 30. Januar 1933, als die Kooperation von Konservativen und Faschisten regierungsoffiziell wurde, schlossen auf dieser Grundlage am 3. Februar 1933 auch Nazis und Militärs ein Bündnis. Der neue Reichskanzler erschien zum Antrittsbesuch bei der Generalität und sprach von der „Eroberung neuen Lebensraumes im Osten und dessen rücksichtslose(r) Germanisierung“. Keinem der Reichswehrführer kamen da Bedenken in den Sinn, für sie zählte nur die Aussicht auf die neuen Möglichkeiten, die sich mit dem 30. Januar für die Förderung von Rüstungswirtschaft, für eine intensiv betriebene Militarisierung der Gesellschaft und für weitere Schritte direkter Kriegsvorbereitung ergeben hatten.

Es waren ebenfalls die nationalkonservativ geprägten und sich nun „nationalsozialistisch“ orientierenden Militärs, die Hitler Ende September/Anfang Oktober zum Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund drängten und eine Ausschaltung der SA forderten, als deren Pläne zur Umwandlung der Wehrmacht in eine von ihr geführte „Volksmiliz“ eigene Pfründe zu schmälern schienen. Sie dankten Hitler für die Mordaktionen vom 30. Juni 1934, als sie vor

dem erwarteten Tode Hindenburgs einer faktischen Übernahme des Reichspräsidentenamtes durch den Reichskanzler zustimmten. Sie jubelten über die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht im März 1935 und legten Plan für Plan vor, in denen akribisch alle militärisch zu sichernden oder kriegertisch zu unternehmenden Schritte fixiert waren. Ohne sie wäre alles undenkbar gewesen, was vor dem 1. September 1939 die „Erfolge“ des braunen Regimes kennzeichnete: Angliederung des Saarlandes, Österreichs, des Sudetenlandes und des Memelgebietes an das „Großdeutsche Reich“ sowie die Schaffung des sogenannten Reichsprotektorats Böhmen und Mähren.

Es lassen sich – und daran wäre im Rückblick auf den 1. September 1939 nachdrücklich zu erinnern – mehrere Phasen in der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges erkennen: eine erste, noch nicht von den Nazis beeinflusste oder gar dominierte allgemeine und grundlegende Planung neuerlicher deutscher Kriegsführung, in der mit der Zerstörung der Weimarer Republik auch alle innenpolitischen Hemmnisse des Kriegskurses beseitigt wurden; eine zweite, in der zwischen 1931/32 und 1934 ein enges und für den Weg zum neuen Krieg konstitutives Bündnis zwischen Militärs und NSDAP geschmiedet wurde; sowie eine dritte, in der aufbauend auf Erreichtem die Militärs und ihr „Führer“ – wirtschaftliche, außenpolitische und ideologische Gegebenheiten geschickt nutzend – die konkreten Termine zur Erfüllung der Pläne fixierten.

Wird heute über den 1. September 1939 gesprochen, sollte man sich aber auch erinnern, dass es deutsche Kommunisten waren, die sieben Jahre zuvor vorausschauend gewarnt hatten: „Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 30./31. August 2014, S. 21.

Im Kampf um die Kinder

Käthe Raphael erinnert an ihre jüdische Familie

Den Zeiten zum Trotz steht im thüringischen Apolda ein kleines Gebäude, das ehemalige Geschäftshaus eines jüdischen Kleinunternehmers. Ein Verein will es vor dem Verfall retten. Ein Ort des Lernens, der Erinnerung und der Begegnung soll es werden. Betreut wird es von der Geschichtswerkstatt des „Prager-Haus Apolda e. V.“, zu dessen Gründungsmitgliedern auch die in Jena lebende Käthe Raphael gehört. Sie konnte kürzlich ihren 90. Geburtstag feiern.

Oft erzählt sie vom Schicksal ihrer Familie, vom jüdischen Leben einst in Deutschland und davon, wie die Nazis bemüht waren, es nahezu vollständig auszurotten. Käthe Raphael trug 2008 auch zur Entstehung des Buches „Jüdische Familien in Apolda“ bei, auf dessen Grundlage zahlreiche Stolpersteine in der Stadt gesetzt worden sind.

Nun kommen mit dem hier anzuzeigenden Band neue, bewegende, erschütternde wie aufschlussreiche historische Tatsachen ans Licht. Das Buch bezeugt, wie die Eltern von Käthe Raphael, vor allem Mutter Elsa, in den Jahren 1938 bis 1941 einen beeindruckenden und letztlich sogar erfolgreichen Kampf um das Überleben ihrer drei Kinder führten. Um die Erinnerungen faktisch zu belegen, recherchierte Udo Wohlfeld im Weimarer Hauptstaatsarchiv; er fand aussagestarke Akten, die hier dokumentiert sind.

Im Mittelpunkt der verdienstvollen Publikation steht der Briefwechsel, den die Mutter mit thüringischen und Berliner Ämtern führte. Ein quälendes Hin und Her betraf die Einordnung der drei Kinder in die antisemitischen Kategorien „Halbjude“, „Mischling ersten Grades“ oder „Geltungsjude“. Es grenzt an ein Wunder, dass eine den sicheren Tod bedeutende Zuordnung der Kinder zu den „Geltungsjuden“ verhindert werden konnte. Der Vorgang ging bis in Hitlers Kanzlei, denn dieser hatte sich vorbehalten, selbst über Anträge zu Fällen zu entscheiden, die nicht eindeutig den Nürnberger Rassegesetzen und deren makaberen Ausführungsbestimmungen entsprachen.

Die Protestantin Elsa Raphael hatte 1922 einen jüdischen Mann geheiratet und war – den Erwartungen der Schwiegereltern folgend – zum Judentum übergetreten. Nach dem 30. Januar 1933 vereinbarten die Eheleute eine offizielle Trennung, die Mutter trat einem christlichen Verein bei. Dennoch wurden 1938 die Kinder vom Schulunterricht ausgeschlossen. Das konnte die Mutter nicht verhindern, doch sie hat ihnen mit ihrer Hartnäckigkeit, mit sorgfältiger Argumentation und klugen Schachzügen das Leben gerettet. Ihr Vater wurde als „Geltungsjude“ 1943 ermordet.

Das reich bebilderte Buch enthält neben den Erinnerungen Käthe Raphaels auch einen Stammbau der Familie, an dessen sorgfältiger Erarbeitung der heute in Israel lebende Zeev Raphael mitwirkte, ein Großcousin von Käthe Raphael. Es folgen lesenswerte Kapitel über Jakob Raphael, Käthes Großvater, sowie ein Bericht über die Erlebnisse ihres Vaters im Ersten Weltkrieg: „Erwins 1799 Tage für Deutschland“. Udo Wohlfeld und Peter Franz – der eine ein Lebensmitteltechnologe, der andere Theologe – verfassten das zentrale Kapitel „Zwei Jahre Kampf um die Kinder“. In „Deportation ‚außer der Reihe‘“ und „Der Hilferuf“ wird dem Leidensweg Erwin Raphaels nachgegangen. Im Abschnitt „1945 ... und sie leben doch!“ stellt Käthe Raphael selbstbewusst und stolz dar, wie die geretteten Kinder nach der Befreiung vom Faschismus ihr Leben gestalten konnten.

Käthe und Zeev Raphael: Eine jüdische Familie in Thüringen. Der beispiellose Kampf einer Mutter um das Leben ihrer drei Kinder. Unter Mitarbeit von Peter Franz und Udo Wohlfeld. Geschichtswerkstatt Apolda. 268 S., br., 22,90 Euro.

Neues Deutschland, Freitag, 5. September 2014, S. 16.

Ein „Leitfaden“ – eindrucksvoll, tragfähig und wegweisend

Mir wurde die Ehre zuteil, hier ein soeben neu verlegtes Buch¹ vorstellen zu dürfen, es zu würdigen und in die lange Geschichte von Faschismusforschungen einzuordnen. Voran stelle ich den großen Dank, der dem Verlag gebührt, ebenso seiner langjährigen Zusammenarbeit mit meinem Kollegen und Freund Reinhard Kühnl. Sie führte zu guten, beachtenswerten Ergebnissen, hat inzwischen eine eigene Geschichte, die nun mit dem Band „Faschismustheorien“ einen bedauernswerten Endpunkt gefunden hat. Doch dem Thema kann und darf kein Ende gesetzt werden, wie wir wissen, leider! Die heutige Veranstaltung ergab sich gewiss auch aus dem Bemühen, nach dem allzu langen und dennoch allzu frühen Tod des Autors Rückschau zu halten, sich zu vergewissern, welcher Wissens- und Gedankenschatz uns damit verloren ging, zu ermessen, wie umfassend der Verlust ist, auch um zu bedenken, was wir an Neuem in den letzten Jahren erlebten und ohne ihn, ohne sein kluges Wort zu verarbeiten haben. Jedoch, es bleibt uns mit Kühnls Buch ein außerordentlich nützlicher „Leitfaden“, dessen Analysen von Ursachen und Triebkräften des Faschismus sich viel zu unserer Gegenwart entnehmen lässt. „Leitfaden! – ja, der Untertitel scheint klug gewählt. Wir halten einen solchen tatsächlich in der Hand, der Rückschau auf Vergangenes bereitet und der in jeder Hinsicht den analytischen Blick auf Gegenwärtiges wie ebenso den Blick auf notwendiges Handeln unterstützen hilft. Letzteres weil feststeht: Ohne Faschismustheorie konnte – ich setze hinzu: kann – Antifaschismus nicht bestehen, d. h. weder das Ringen um die Verhinderung von terroristisch-rassistischem Gewaltstreben noch jenes Ringen, das wir mit dem Begriff „Widerstand“ fassen. Die Tatsache, dass es eine Vielzahl von Theorien über den Faschismus gibt, auch weil der in unterschiedlichen Formen auftrat, verlangt Nachdenken auch über mannigfache Antifaschismen sowie über deren notwendiges Zusammenwirken.

Dafür sind schlussfolgernde Überlegungen notwendig. Man könnte auch bei der Befragung von Reinhard Kühnls Hinterlassenschaft von „Denkübungen“ sprechen – von solchen, die sich sowohl auf historische Entwicklungswege der Faschismustheorien beziehen als auch auf aktuelle gesellschaftsanalytische Probleme und nicht zuletzt auch auf einige der offenen Fragen an einen zeitgemäßen Antifaschismus richten. Ich gestehe: Mich bewegt in diesem Zusammenhang immer und immer wieder die Frage, weshalb der 30. Januar 1933 nicht hat verhindert werden können, ein Problem, das von Lion Feuchtwanger in seinem kurz darauf erschienenen Roman „Die Geschwister Oppermann“ in ein anschauliches, zum Nachdenken anregendes Bild gefasst worden ist: Ein Marathonläufer hatte eine Meldekapsel zu überbringen, doch nach dem anstrengenden und entkräftenden Lauf stellte sich heraus, dass die Kapsel leer ist. Sie habe keine Botschaft enthalten, daher hätten sich alle Anstrengungen als vergeblich erwiesen. Nutzen wir auch deshalb den „Leitfaden“ als eine „Botschaft“, als Auskunft, Ratschlag, Belehrung, Ermunterung oder wie man sonst es noch benennen könnte.

Reinhard Kühnl – im Nachwort von Frank Deppe trefflich als ein stets „hart arbeitender Wissenschaftler, Publizist und öffentlicher Intellektueller“ charakterisiert – spricht selbst von einer „Einführung“, die er dem Leser mit der Darstellung der Haupttypen von Faschismusinterpretationen habe geben wollen. Eine Einführung, die zugleich hinleitet zu allgemeinen Theorien über Geschichte und Gesellschaft. Folgerichtig stellte er dem eigentlichen Thema des Bandes ein Kapitel voran, das sich mit dem Doppelcharakter von Wissenschaft befasst. Es erhellt sowohl deren nützliche Tätigkeit als auch ihre Funktion als Mittel von Herrschaft und Unterdrückung. Zu Reinhard's „nützlichen“, leider aber unverwirklichten Plänen gehörte eine kleine Weltgeschichte. In diesem Teil des Bandes ist zu spüren, welchem Konzept er dabei folgen wollte. Ich würde es als ein materialistisch-dialektisches bezeichnen wollen.

¹ Reinhard Kühnl: Faschismustheorien. Ein Leitfaden. Zweite Neuauflage. Nachwort von Frank Deppe, Distel Verlag Heilbronn 2014, 371 S.

Vieles gäbe es, was am vorliegenden Band hervorgehoben zu werden verdienen würde und im Detail darzustellen wäre. Es sei mir gestattet, zunächst lediglich von persönlichen Empfindungen zu sprechen und allgemeine Eindrücke kundzutun:

Etwas davon sei mit dem Wörtchen „also“ benannt. Oft, nein sehr oft taucht es im Text auf. Ein Wiederholungsfehler, den Lektoren hätten tilgen sollen? Ganz im Gegenteil: Es soll den Leser in den Gang der Gedanken des Autors einbeziehen, ihm die logischen Schritte der stichhaltigen Argumentationsketten verdeutlichen und zu eigenen Schlussfolgerungen führen. Dies gelingt Kühnl geradezu vorbildlich und sondergleichen. Andere ebenso oft verwendete Worte lauten „zwar“ oder auch „wenn ... dann“. Kühnl setzte sie ein, um seine Auseinandersetzung mit dem Stoff und seinen Deutungen nicht nach dem ansonsten so beliebten Motto „entweder – oder“ zu führen. Es gehe, so formuliert er (z. B. auf S. 213), stets um die Prüfung realer Tatbestände. Er fragte daher stets auch nach den realen Inhalten kritisierter Auffassungen, nach deren Ansatzpunkten für die Erweiterung oder Bestätigung eigener Auffassungen, sodann nach der inneren Widersprüchlichkeit kritisierter Thesen. Man könnte beinahe von einem Dialog reden, ausdrucksvoll, logisch und recht überzeugend geführt. Ferner regt sich in meinem Empfinden Bewunderung für einen bemerkenswerten Stil, für die klare Strukturiertheit der Texte, für das sorgfältige Dokumentieren eines umfangreichen Beweismaterials sowie für die immens breite Kenntnis der Literatur. Letzteres übrigens weit über jene politischen Grenzen hinaus, die im offiziellen Geschichts-Diskurs stets gegen „links“ gezogen werden, trotz allen Geredes von einem pluralistisch und freiheitlich grundierten Wissenschaftsbetrieb. Das jüngste Beispiel findet sich dafür in einem soeben erschienenem Band, der „Wege der Forschung“ über den Faschismus in Europa behandelt, aber so tut, als habe es weder Reinhard Kühnl und Reinhard Opitz gegeben und DDR-Historiker nur dilatorisch mit Arbeiten aus 50er und 60er Jahren erwähnt.²

Noch von einem anderen Eindruck will ich reden: Er gilt der unerschütterlichen Verwendung des allgemeinen Faschismusbegriffs. Dies erfolgt in einem geschichtswissenschaftlichen Umfeld, dessen Hauptakteure und mediale Vermittler alles, aber auch wirklich alles daran setzen, für die deutsche Geschichte lediglich den Begriff „Nationalsozialismus“ gelten zu lassen. Kühnl verweigerte sich solch einer zweckdienlichen Sprachregelung und daraus ableitbarer Versuche, diesen aus dem Faschismus herauszulösen, ihn in die Nähe von Sozialismus/Kommunismus zu bringen und alles in bleierne totalitarismustheoretische Bahnen zu lenken. Er widerstand einer, wie man vielleicht sagen könnte, einer „Entkernung“ des Faschismusbegriffs durch den Versuch, ihn dem des Nationalsozialismus entgegenzustellen und damit auf die demagogische Selbstetikettierung der Nazis hereinzufallen. Und wenn dennoch von Faschismus gesprochen wird, dann bitte mit Zusätzen versehen, die anspruchsvoll, aber einschränkend bzw. verwirrend klingen: „generisch“, „palingenetisch“, „metapolitisch“ usw. Dabei scheint deutschen Historikern und ihrer demonstrativen Fixiertheit auf die Unterscheidung von Faschismus und Nationalsozialismus ein kräftiger Wind ins Gesicht zu blasen: Neuere Forschungen und Faschismus-Deutungen – sie kommen vor allem aus dem anglo-amerikanischen Raum oder durch diese angeregt – belegen immer nachdrücklicher übereinstimmende Elemente faschistischer Parteien und Bewegungen in der europäischen Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Das geht hin bis zu den Feststellungen über den starken Einfluss des Rassismus auf den italienischen Faschismus, der bislang stets verharmlost, wenn nicht gar verleugnet worden ist.

In inhaltlicher Hinsicht lässt sich auch heute noch der von Kühnl verwendeten Struktur existierender Faschismustheorien folgen. Er unterscheidet acht Varianten: 1.) Faschismus als Pro-

² Thomas Schlemmer und Hans Woller (Hrsg.): Der Faschismus in Europa. Wege der Forschung, München 2014.

dukt des Führers, 2.) Faschismus als Produkt nationaler Besonderheiten, 3.) Faschismus als Mittelstandsbewegung, wozu auch soziologische und psychologische Theorien untersucht werden, 4.) Faschismus als Totalitarismus 5.) phänomenologische Theorien, 6.) Faschismus als Modernisierung, 7.) Faschismus als Bündnis und 8.) Faschismus als Diktatur des Monopolkapitals.

Was dazu gelesen werden kann, will ich hier vorlesend nicht anbieten. Eher liegt mir am Herzen, wie schon gesagt, Überlegungen oder Denkübungen dazu anzustellen, wie Kühnls Texte gelesen werden sollten, und dies auch mit dem Blick auf unsere Gegenwart. Aus den genannten acht Hauptvarianten der Faschismustheorien seien beispielhaft zwei ausgewählt. *Zunächst* einige Bemerkungen zum Thema: „Faschismus als Produkt des Führers“:

Mit Bedacht und zu Recht setzt Kühnl sich vor allem mit den in Literatur und Medien dominierenden Auffassungen auseinander, denen zufolge der Faschismus hauptsächlich auf als ein „Produkt des Führers“ erscheint. Er erkannte, weshalb nach 1945 aus dem bis dahin positiv verwendeten Vorzeichen des Kultes um Hitler ein negatives geworden ist, und spricht von einer „Personifikation des Teufels“ (S. 205) Die These „Der Hitler war’s“ bot Möglichkeiten, eigene Verantwortung und Schuld zu verschleiern und zu leugnen. Hannes Heer hat dies in seinem Buch hervorragend dargestellt. Für Kühnl war die Auseinandersetzung mit solch einer nahezu ausschließlich personengeschichtlich orientierten Denkweise so wichtig, dass er in seinem Denken wenig Raum für biographische Aspekte und deren Rolle für jeweilige Faschismustheorien ließ. Dessen ungeachtet erkannte er durchaus als ein Defizit linker Geschichtsforschung, zu wenig und nicht systematisch zur Rolle Hitlers gearbeitet zu haben. (S. 316) Dennoch: Wichtiger war ihm alles andere, zu Recht, wie ich meine. Am ehesten scheint Biographisches auf, wenn er über „Irrationales“ und „Dysfunktionales“ im deutschen Faschismus spricht, das Verhältnis von Kalkül und Wahn thematisierend.

Kühnl sah indessen auch Veränderungen, Bemühungen um eine Revision von Theorien, die als „Hitlerismus“ oder „Mussolinismus“ daherkamen. Da sprach Martin Broszat vom „Faktor Hitler“, andere von einer „Ermöglichung“ Hitlers. Vor allem Sozial- und Gesellschaftshistoriker wandten sich mehr und mehr gegen die als „Intentionalisten“ bezeichneten Verfechter personalistischer Geschichtsschreibung.

Was Kühnl indessen in den letzten Jahren seines Lebens nicht mehr sehen konnte, darf heute mit Fug und Recht als eine Revision der Revision betrachtet werden. Wir sind erneut bei einer erneut nahezu absoluten Dominanz personengeschichtlicher Betrachtungsweisen angelangt. Neue Biographien erscheinen gleichsam am laufenden Band. Und Überhaupt: Wer im Internet nach dem Mann sucht, der einen wesentlichen Beitrag zur Zerstörung der Weimarer Republik geleistet und an der Spitze des faschistischen Herrschaftssystems stehend Deutschlands Weg in den Zweiten Weltkrieg weitgehend geprägt hat, landet rund 77 Millionen Treffer. Im Vergleich dazu kommen Mussolini auf etwa 10 Millionen und Stalin auf 24 Millionen. Es dürften bisher bereits rund 150.000 Bücher erschienen sein, die sich mit Hitler befassen, dessen Lebensstationen nachzeichnen und, wie es oft heißt, das „Rätsel“ Hitler erkunden. Würde ich allein die Titel nennen wollen und für jeden 10 Sekunden benötigen, könnte ich davon in einer Stunde lediglich 360 anführen; für alle müssten wir ca. siebzehn Tage und drei Stunden miteinander verbringen. Als Mitautor einer „Geschichte der NSDAP“ darf ich vielleicht noch sagen, dass die Zahl solcher Bücher sich immer noch an zwei Händen ablesen lässt ...

Meine Bemerkungen zum *zweiten* Thema „Faschismus als Produkt nationaler Besonderheiten“ beginnen mit einem Zitat. Kühnl schreibt auf S. 95: „Es war also das Zusammenwirken von ideologischen Traditionen, aktuellen politischen Prozessen und konkreten sozialökonomischen Interessen, das dem faschistischen Imperialismus den Boden bereitete.“ Demgegenüber steht heute, wird überhaupt von Faschismus gesprochen, eine „palingenetische“ Deu-

tung. Das meint, Faschismus gäbe es nur bzw. überall dort, wo die Nation im Vordergrund stehe, wo Sehnsucht nach nationaler Wiedergeburt sowie nach einer „Säuberung“ von Dekadenz und moralischem Verfall herrsche.

Es ist vor allem der Historiker Roger Griffin, der mit seinem vor 20 Jahren erschienen Buch „The Nature of Fascism“ (London 1991) Furore machte. Mit der These vom „revolutionären Ultranationalismus“ hebt er ein einzelnes Moment als durchgängig feststellbar hervor. Weil er dieses jedoch verabsolutiert, hält seine neue „Theorie des Faschismus“ nur bedingt einer Prüfung stand. Das gilt ebenso für das vorwiegend verwendete Methodenkonstrukt Verabsolutierend meint er, ein „definitorisches Minimum“ des Faschismus sei lediglich im Bereich seiner Ideologie zu sehen, in diesem Modell spielen gesellschaftliche Zusammenhänge, sozialökonomische und politische Strukturen sowie konkrete historische Situationen keine Rolle. Alles das wird ausgeklammert und bleibt unberücksichtigt – das sich logisch daraus ergebende Verschwimmen von Begriffskonturen und deren willkürliche Verwendung werden gleichsam billigend in Kauf genommen.

Die Bestimmung dessen, was als „palingenetsch“ bezeichnet wird, erfolgt merkwürdig unbestimmt und vage. Mal geht die Rede vom völkischen Nationalismus, mal von einem Ultranationalismus, mal von einer chauvinistischen Form des Nationalismus, mal von einem integralen oder aggressiven bzw. Populistischen Ultra-Nationalismus. Generell fehlt zum Problemfeld Nationalismus jeder Ansatz theoretischer Verarbeitung oder zu einer Auseinandersetzung mit der reichhaltigen Literatur. Mit Kühnl wissen wir jedoch: Keine politische Bewegung, keine Strömung, keine Partei usw. kann auf ihre Ideologie reduziert werden – eigentlich eine geschichtswissenschaftliche Binsenweisheit. Wird diese missachtet, offenbart sich dem Betrachter nichts anderes als ein ahistorischer Umgang mit allen anderen Faktoren aus dem umfangreichen Katalog aller Definitionsfaktoren mit denen geschichtlich gegebene komplexe Erscheinungen zu analysieren nötig ist. Das Verabsolutieren eines einzigen Aspekts aus der Geschichte des Faschismus gerät so wieder einmal zu einer letztlich monokausalen Betrachtungsweise, was bekanntlich mit mehr oder weniger guten Gründen marxistischen Faschismusforschern vorgeworfen worden ist, nun aber als Grundlage für die Arbeit aller sog. *non-marxist historians* angeboten wird.

Beim Thema „Faschismus als Diktatur des Monopolkapitals“ glich Kühnls Kritik inhaltlich berechtigten Vorwürfen antimarxistischer, antikommunistischer Kräfte, doch alles war bei ihm angelegt auf innermarxistische Debatte und Überwindung von geschichtstheoretischer Dogmatik. Es gab bei ihm nie jene Pauschalverurteilung, die undifferenziert, zumeist in bewusst einseitiger Nutzung vorhandener Quellen sowie formelhaft daher kommt. Auch da brachte Kühnl eine historisch-materialistische Deutung des traditionellen Faschismus ein. Und was davon heute in notwendige Debatten einzubringen wäre, besteht – trotz aller Vielfalt neuer Erscheinungen – nach meiner Auffassung in einigen Grundaussagen. In fünf Punkten seien sie angedeutet. [...] ³

Was sei künftig zu erwarten? Auch mit dieser Frage beschäftigte sich Reinhard Kühnl, durchgehend sogar, denn schließlich war er durch und durch ein *homo politicus*. In seinem Sinne sei hier abschließend ein Blick auf mögliche Zukunfterscheinungen gewagt, ein Blick, mit dem er möglicherweise trotz bzw. wegen seiner Sicht auf den Neofaschismus nicht einverstanden wäre, worüber zu diskutieren er sich jedoch bereit zeigen würde.

Alles, was uns heute begegnet, am traditionellen Faschismus und in Deutschland am Nazifaschismus zu messen, ist richtig und notwendig. Daran bleibt nichts zu deuteln. Dieses Messen

³ Dieser Teil ist nahezu identisch mit meinen Aussagen zu Grundaussagen des Verfassers zum Faschismus, die in diesem Band im Beitrag „Faschismustheorie – gestern und heute“ enthalten sind.

indessen zum wichtigsten oder gar alleinigen Kriterium zu machen, *kann* – ich betone: kann – auch in die Irre führen. Birgt nicht manches in der Welt von heute noch viel größere Risiken in sich, als sie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts über die Welt gebracht wurden? Sind heute nicht noch furchtbarere und globalere Folgen für die Menschheit denkbar, etwa die eines dritten bzw. vierten Weltkrieges, von Kriegen um Wasser und Nahrungsmittel, geführt mit gentechnischen Massenvernichtungswaffen u. ä. m.? Mit welchen neuen Erscheinungen einer Entmenschlichung, einer Entmoralisierung ist angesichts des anhaltenden, zum Teil sogar ganz bewusst vorangetriebenen Differenzierungsprozesses zwischen Arm und Reich zu rechnen? Ist nicht heute schon der Bau sogenannter Kapselstädte geplant, in denen das Überleben ausschließlich von Wenigen in kommenden Klimakatastrophen gesichert werden soll?⁴ Was besagt es, wenn der Soziologe Wilhelm Heitmeyer auf das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage verweisen musste, der zufolge 61 Prozent der Befragten beklagen würden, „dass man zu viele Schwache mitschleppe“?⁵ Und wenn die These stimmt, wofür vieles spricht, dass künftig 20 Prozent der Erdbevölkerung genügen, um alles herzustellen, was gebraucht wird, dann geht es in irgendeiner der weiteren großen Krisen – und die werden gewiss kommen – nicht nur um die existenzielle Unsicherheit sogenannter Unterschichten, sondern um das menschlichen Dasein der leicht als „überflüssig“ zu diskreditierenden 80 Prozent.⁶

Die Barbarei im Umgang von Menschen mit „anderen“ Menschen – gleich ob als rassistisch definiert, als dumm diffamiert oder als sozial minderwertig und entbehrlich angesehen – sie könnte ein neues, dann wohl aber endgültiges Maximum finden. Um doch beim Thema zu bleiben – dies könnte dann vielleicht als ein sich immer weiter faschisierender Faschismus bezeichnet werden. Wird indessen für dieses dem 21. Jahrhundert gemäße Phänomen irgendein anderer, ein treffenderer Begriff gefunden werden, so könnte das dennoch am humanistischen Geist des historischen und gegenwärtigen Antifaschismus nichts ändern. Zu suchen sind allerdings neue politische Inhalte und Kampfformen, für große wie für kleinere Probleme, in internationalem und nationalem Rahmen wie selbstverständlich auch in regionalen und lokalen Zusammenhängen.

Doch wie auch immer und was auch immer: Eine wünschenswert gründliche Lektüre von Kühnls Texten wird dabei in jedem Fall außerordentlich hilfreich sein!

Auszug aus einem Vortrag, gehalten anlässlich der Vorstellung des Buches „Faschismustheorien“ von Reinhard Kühnl am 11.9.2014 in Heilbronn. Die fehlende Passage ist identisch mit den jenen Teilen des im vorliegenden Band enthaltenen Beitrages „Faschismustheorien – gestern und heute“, die Grundaussagen des Verfassers zum Faschismus enthalten.

⁴ Siehe Michael Jäger: Wagenburgen gegen den Klimawandel. In: der Freitag, 26.8.2010, S. 11.

⁵ Siehe Neues Deutschland, 21.10.2010, S. 2.

⁶ Wilfried Bommert behauptet in seinem 2010 erschienenen Buch „Kein Brot für die Welt. Die Zukunft der Welternährung“ lakonisch: „Wir sind zu viele Menschen auf dieser kleinen Erde.“

„V-Mann“ Adolf Hitler

Als „Vertrauensmann“ und Propaganda-Redner der Reichswehr begann Adolf Hitler seine politische Karriere. Ziel seiner Auftraggeber war der Aufbau eines „starken Stoßtrupps“ für eine nationalistische, militaristische und anti-sozialistische Bewegung.

Üblicherweise beginnen die meisten Darstellungen zur Geschichte des Nationalsozialismus, der deutschen Variante des europäischen Faschismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, mit biografischen Angaben und Aussagen über Adolf Hitler. Dieser gilt jenen HistorikerInnen, die zumeist der veralteten Denkstruktur „Männer machen Geschichte“ verhaftet bleiben und moderner Sozialgeschichtsschreibung fern stehen, als entscheidende Triebkraft der „Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei“ (NSDAP). Und das gleichsam von Anfang an – so als habe dieser Mann die Partei höchstpersönlich ins Leben gerufen. Im Grunde wird mit solchen Auffassungen jenen Mythen gefolgt, die Hitler und seine Gefolgsleute selbst in Umlauf gesetzt hatten. Bekanntlich fälschte Hitler seine Mitgliedsnummer zunächst von 555 auf sieben und 1925 schließlich auf eins. Sieht sich Hitler derart in den Vordergrund gestellt, werden der gesellschaftliche Hintergrund, wesentliche Ursachenkomplexe und ebenso real existierende Hintermänner von vornherein als zweitrangig bewertet oder sogar ausgeblendet.

„Vertrauensmann“ Hitler

Wen wundert es also, dass in den meisten Darstellungen zur Geschichte der NSDAP die eigentlich unübersehbare, in vieler Hinsicht ausschlaggebende Rolle bayerischer Militärs für den Weg Hitlers in die Politik übergangen wird? Hitler war einer ihrer „Vertrauensmänner“ – so die offiziell in der Reichswehr verwendete Bezeichnung. Es steht frei, dafür auch andere Begriffe zu verwenden: Handlanger, Gehilfe, Späher, Kundschafter, Beobachter oder auch Spitzel und Agent. Doch wie man es auch immer nennen mag: Hitler „diente“ 1919/20 in der Reichswehr und war darüber hinaus deren Führung mit der Erfüllung besonderer Aufträge zu Diensten.

Was aber war das Anliegen derer, die Hitler als V-Mann schulten und einsetzten? Sie suchten bereits 1919 nach Voraussetzungen für eine Korrektur der Ergebnisse des 1. Weltkrieges. Gezielt wurde auf eine gewaltsame Beseitigung der verfassungsmäßigen Ordnung der Republik hingearbeitet. Und man hoffte, in offener Konfrontation zu den westlichen Rivalen die verlorenen Positionen Deutschlands wiedergewinnen zu können. Diese Ziele durchzusetzen sollte ein nationalistisch gesinnter Massenanhang helfen – vergleichbar jenen Scharen, die 1914 voller Begeisterung und zumeist frei von kritischen Bedenken in den Krieg gezogen waren, ihm allerdings vier Jahre darauf mit ihrer revolutionären Erhebung auch ein Ende bereitet hatten und nun dem Gedanken „Nie wieder Krieg!“ anhängen. Der in neuen Kriegen erwartete Sieg sollte vor allem nicht durch einen neuen 9. November 1918 gefährdet werden. Neue Mittel und Wege wurden für die innenpolitischen Auseinandersetzungen gesucht und zielgerichtet auf eine Kombination von brutalem Terror und raffinierter ideologischer Beeinflussung der deutschen Bevölkerung – insbesondere der ArbeiterInnenschaft – orientiert.

Die „Deutsche Arbeiterpartei“ (DAP) – aus ihr ging später die NSDAP hervor – erwuchs aus dem generell friedensfeindlichen, militant-terroristischen und rassistischen Potenzial der deutschen Gesellschaft. Sie tauchte am 5. Januar 1919 nicht als eine autonome, vom reaktionären Zeitgeist sowie von den ökonomisch Mächtigen und politisch Herrschenden völlig unabhängige Bewegung auf. Ihre Entstehung und ihr Ausbau zur NSDAP beruhten auf neuen Bedürfnissen, von denen sich ein Teil der deutschen Oberschichten im Kampf gegen die Weimarer Republik leiten ließ. Neue politische Organisationen ihres Typs wurden gebraucht, um unveränderte Expansionsabsichten und innenpolitischen Antidemokratismus artikulieren sowie eine

dies unterstützende breite Anhängerschaft gewinnen zu können.

Vor allem sollte die organisierte ArbeiterInnenbewegung – in ihr wurde der Hauptträger der ungeliebten Republik, ja auch künftiger Revolutionen gesehen – präventiv ausgeschaltet und weitgehend zerschlagen werden. Gleichzeitig wurde versucht, auch ohne größere soziale Zugeständnisse möglichst große Teile der Werktätigen ideologisch einzubinden und für die eigene Massenbasis zu gewinnen; daher die Selbstbezeichnung der Nazis als „Arbeiterpartei“, daher die Verwendung des Begriffes „Sozialismus“, daher die Orientierung auf eine „deutsche Volksgemeinschaft“, deren soziale und politische Interessen vorgeblich nur im siegreichen Kampf gegen andere Völker verwirklicht werden könnten. Dies sah sich verknüpft mit der nationalistisch-demagogischen Behauptung, die Schuld an der militärischen Niederlage und an der Revolution trügen die Juden und ihre revolutionären Handlanger, insbesondere die Kommunisten und die Sozialdemokraten. Das deutsche Volk hätte den Krieg gewinnen können, wenn es nur einig gewesen und von besseren „Führern“ befehligt worden wäre, was im Klartext hieß: An die Stelle der als zu schwach und lasch eingeschätzten Reichsleitung müsse ein neuer, ein starker „Führer“ treten.

Propaganda für die Reichswehr

Auch die DAP geriet in das Blickfeld der politisierenden Reichswehroffiziere, unter anderem des Generalmajors Arnold von Möhl, Chef des Reichswehrgruppenkommandos Nr. 4, des Oberst Konstantin Hierl, der Hauptleute Ernst Röhm und Karl Mayr. Sie fühlten sich berufen, „eine sinnvolle Neubegründung aller innerstaatlichen Verhältnisse“ durchzusetzen. Ihre Tätigkeit entsprach der von der zentralen Reichswehrführung gestellten Aufgabe, die Funktionalität des inneren Unterdrückungsapparates zu erhöhen. In Deutschland, so erklärte der an der Spitze der Reichswehr stehende Generalleutnant Wilhelm Groener, gehe es in den nächsten Jahren um „die restlose Wiederherstellung der Staatsautorität“.

In diesem Sinne betrachteten bayerische Reichswehrführer auch nach der brutalen Niederschlagung der Münchner Räterepublik Anfang Mai 1919 ihr blutiges Geschäft noch nicht als abgeschlossen. Spezielle Untersuchungskommandos wurden eingesetzt. Sie fahndeten nach verdächtigen Soldaten und Arbeitern, unterstützt von einem ausgedehnten politischen Nachrichtendienst. Das Reichswehrgruppenkommando 4 begann darüber hinaus, eine neue Welle antisozialistischer und nationalistischer Propaganda zu entfachen. Ein vertrauliches Rundschreiben von Arnold von Möhl kündigte am 16. Mai 1919 die Fortsetzung der Untersuchungen gegen „Spartakisten“ an und warnte vor deren Aktionen nach dem geplanten Abzug der preußischen Truppen. Sehr wichtig seien aus diesem Grunde die Förderung der „Werbetätigkeit“ für die Reichswehr und „kräftige Bekämpfung jeden Widerstandes gegen die Werbung. Unerlässlich sei zudem, dass die politischen Parteien zu „etwas regerer Gegenwirkung ange-regt werden“.

„Aufgerichtetes Hakenkreuzbanner“

„Beobachten“ und „anregen“, diese Aufgabenstellung bezog sich auch auf die Vorgabe neuer Ziele und Leitbilder. So erklärte sich von Möhl in einem umfangreichen Brief mit Major a. D. Fritz von Trützschler völlig einverstanden, der erklärt hatte, es gelte, ein „mächtiges, hochaufgerichtetes Hakenkreuzbanner“ zu schaffen, um das sich ein von „Feuergeistern“ geleitetes Volk zu scharen habe. An den Chef des Gruppenkommandos hatte der Major geschrieben: „Das einzige, was heute in München sichtbar von Führung und Zielbewusstheit des Handelns zeugt, sind die militärischen Kommandos, die Maschinengewehre und der Stacheldraht. [...] Aber kein vernünftiger Mensch und kein Offizier wird glauben, dass man auf die Dauer mit Stacheldraht und Maschinengewehren Politik machen können [...] Worauf es ankommt ist, dass unter dem Schutze des Militärs jetzt seitens der Bürgerschaft etwas Bleibendes, Brauchbares, Wetterbeständiges aufgebaut wird. Wir müssen eine Macht schaf-

fen, an der sowohl die bolschewistische Welle wie der Vernichtungswille unserer Feinde schließlich zu Schanden werden.“

Unterstützung nationalistischer Bewegung

Es waren also kaum militärische Aufgaben, denen sich die bayerischen Militärs im Sommer 1919 mit großer Intensität zuwandten. Auf die Liste der von ihnen zu observierenden Organisationen setzten sie 49 Parteien und Verbände. Dieser faktischen Polizeiaufsicht unterlagen selbstverständlich die Parteien der ArbeiterInnenbewegung, aber auch die „Bayerische Volkspartei“ sowie zahlreiche Verbände und Vereine. Die berüchtigte rechte „Thule-Gesellschaft“ blieb bezeichnenderweise unbehelligt. Unter Führung des Hauptmanns Karl Mayr richteten die Militärs eine eigene Propaganda- und Presseabteilung beim Reichswehrgruppenkommando ein, die teils mit Mitteln der Berliner Reichsverwaltung, teils aus privaten Fonds finanziert wurde. Die „Dienststelle I b/P“ organisierte die finanzielle Unterstützung nationalistischer Organisationen und Verlage und half bei der Verbreitung von Propagandamaterial. Zugleich begann sie, „antibolschewistische Lehrgänge“ durchzuführen, in denen Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten geschult wurden, um in der Öffentlichkeit „aufklärend“ wirken zu können.

Einer dieser als „Aufklärer“ tätigen Vertrauensleute der Reichswehr tat sich während der Lehrgänge besonders aktiv hervor: Adolf Hitler. Der Gefreite war das Muster eines deutschen Chauvin. Er hatte sich bis zuletzt für diesen Krieg eingesetzt und sehnsüchtig den Sieg erwartet, ohne dass sich damit Pläne für die fernere Gestaltung seines eigenen Lebens verbanden. Als das militärische Fiasko eingetreten war und die Revolution begonnen hatte, drohte ihm erneut das ziel- und bedeutungslose Vorkriegsleben. Um dem solange wie möglich zu entinnen, klammerte er sich auch weiterhin an die Armee, wo er Tisch und Bett, Verpflegung und Geselligkeit hatte und ihm eigene Entscheidungen durch Befehle weiter abgenommen wurden.

Hitler nutzte ebenso ehrgeizig wie geschickt die Chance, die ihm seit Frühjahr 1919 im Rahmen der politischen Aktivitäten bayerischer Reichswehrführer geboten wurde. Dienst in ihren Reihen – das konnte ein Ende seiner unsicheren Lebensumstände bedeuten, ihm darüber hinaus auch fester Halt für seine eigenen doch recht wirren politisch-ideologischen und weltanschaulichen Gedanken sein. Hitlers Karriere begann mit den Befehlen, die ihm erteilt wurden sowie mit den Aufträgen, die er direkt von Hauptmann Mayr erhielt. Für sie nutzte er gleichermaßen Räume wie Material, ohne auf dienstliche Schwierigkeiten zu stoßen. Und das auch später, nachdem er am 31. März 1920 aus der Reichswehr ausschied.

„Volksredner 1. Ranges“

In einem aufschlussreichen Brief an Wolfgang Kapp – die führende Figur des konservativ-militaristischen Putsches vom März 1920 – stellte Mayr die neue Partei als eine „Organisation des nationalen Radikalismus“ und sogar als seine Schöpfung hin: „Die nationale Arbeiterpartei muss die Basis geben für den starken Stoßtrupp, den wir erhoffen. Das Programm ist gewiss noch etwas unbeholfen und vielleicht auch lückenhaft. Wir werden es ergänzen. Sicher ist nur, dass wir unter dieser Fahne doch schon recht viele Anhänger gewonnen haben. Seit Juli vorigen Jahres suche ich soweit mir möglich die Bewegung zu stärken [...] Ich habe sehr tüchtige junge Leute auf die Beine gebracht. Ein Herr Hitler z. B. ist eine bewegende Kraft geworden, ein Volksredner 1. Ranges“. Es sollte sich herausstellen, dass die Militärs mit diesem V-Mann durchaus einen guten Griff getan hatten, allerdings einen zum Schaden Deutschlands, Europas und der Welt.

der rechte rand, Nr. 150, September/Okttober 2014, S. 4-5.

Zerfallerscheinungen

Die Weltwirtschaftskrise, die Präsidialkabinette und der Aufstieg der NSDAP. Die Weimarer Republik ging um 1930 ihrem Ende entgegen

In diesen Tagen erscheint im Kölner PapyRossa-Verlag in der Reihe Basiswissen der Band „Weimarer Republik“ aus der Feder Manfred Weißbeckers. Der Text beruht zu großen Teilen auf Artikeln, die der Autor zuerst in dieser Zeitung veröffentlicht hat. jW übernimmt aus dem Buch einen Auszug aus dem V. Kapitel, in dem der Zeitabschnitt vom Beginn der Weltwirtschaftskrise im Oktober 1929 bis zu den Reichstagswahlen im September 1930 behandelt wird. (jW)

Die Weltwirtschaftskrise – offen ausgebrochen am 25. Oktober 1929 mit einem überraschenden und ungeheuer tiefen Sturz der Aktienkurse an der New Yorker Börse – ergriff alle kapitalistischen Länder der Welt. Sie traf mit besonderer Wucht und Intensität Deutschland. Eine zyklisch auftretende Überproduktionskrise verschmolz hier mit der seit Jahren schwelenden Agrarkrise. Drastisch wurden die Produktionskapazitäten gedrosselt und massenhaft Arbeitsplätze vernichtet, Löhne und Gehälter rapide gesenkt. Alle Folgen der Krise gingen zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung, des Proletariats und ebenso von Gewerbetreibenden, Händlern, Künstlern, Intellektuellen usw. Die rasch zunehmende Arbeitslosigkeit – 1932 erfasste sie rund sechs Millionen Menschen – und sinkende Kaufkraft führten noch tiefer in die Krise. Immer breitere Schichten der Bevölkerung gerieten in schwere Not. Im Krisenstrudel brachen selbst angesehene Großbanken und altbekannte Firmen zusammen. Die vor allem mit den Reparationsverpflichtungen verbundene Abhängigkeit vom internationalen, insbesondere vom US-amerikanischen Finanzkapital belastete zusätzlich die Verhältnisse in Deutschland. Doch die schlimmsten Folgen der Krise entstanden mit dem Versuch führender Kreise der deutschen Eliten, dieselbe als eine willkommene Möglichkeit zur Durchsetzung ihres bereits seit Mitte der 20er Jahre ins Auge gefassten innen- und außenpolitischen Kurswechsels zu nutzen. Bei einem Treffen mit Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht in der Kruppschen Villa Hügel fasste Thyssen dies 1929 in einer knappen Formel zusammen: „Diese Krise brauche ich jetzt! Nur dann sind Lohnfragen und Reparationsfragen auf einmal zu beseitigen.“ Krisennutzung nach innen und nach außen – so lautete das Motto einer krisenverschärfenden Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die alle Fesseln der Weimarer Verfassung zu lösen und den Versailler Vertrag völlig zu überwinden anstrebte. Die zwangsläufig zunehmenden sozialen Konflikte sollten in Kauf genommen und mit verschärftem Repressionsdruck bewältigt werden.

„Kompromisse helfen nicht mehr“

Eine Denkschrift markiert den Übergang der Weimarer Republik in die Krisenzeit der Weltwirtschaft. Sie wurde verfasst vom Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) und veröffentlicht am 2. Dezember 1929. Ihr Titel täuschte Alternativlosigkeit vor: „Aufstieg oder Niedergang?“ Die Arbeit an diesem geschichtlich bedeutsamen Dokument war schon geraume Zeit zuvor von deutschen Großindustriellen veranlasst worden. Sie hatten mit Sorge verfolgt, wie die Konjunktur der letzten Jahre sich abschwächte und die Unternehmensgewinne zurückgingen. Was vorgelegt wurde, bedeutete den Beginn verstärkter und offensiv betriebener Versuche, die Regierung nachdrücklich zu beeinflussen und zur Erfüllung oft erhobener Forderungen zu zwingen.

Im einzelnen verlangte der RDI eine generelle „Umstellung“ der deutschen Wirtschaftspolitik, wobei die „Förderung der Kapitalbildung“ als Ausgangspunkt aller neu zu treffenden Maßnahmen zu gelten habe. Kategorisch hieß es: Die deutsche Wirtschaft müsse von allen unwirtschaftlichen Hemmungen befreit werden. Die Belastung der Wirtschaft durch Steuern sei auf ein unumgänglich notwendiges Maß zurückzudrängen. Alle Unternehmen in öffentlicher

Hand sollten künftig grundsätzlich in privatwirtschaftlicher Form betrieben werden. Zu reformieren sei das Sozialversicherungswesen, ebenso die Arbeitslosenversicherung. Aufzuheben seien die bestehende Schlichtungsordnung und das, was die Industriellen als „Zwangslohnsystem“ bezeichneten. Sie meinten damit die Beseitigung der staatlichen „Zwangsseinwirkung auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen“ und wandten sich auch gegen die Schiedssprüche bei Tarifauseinandersetzungen, welche nicht länger als verbindlich betrachtet werden dürften. Alle Ausgaben der öffentlichen Körperschaften sowie die Steuern sollten einer „wesentlichen Senkung“ unterliegen. Hingegen seien die indirekten Steuern, insbesondere die Verbrauchssteuern „stärkerer Anspannung“ zu unterwerfen.

Alles zielte direkt gegen die Bemühungen, errungene sozialpolitische Positionen zu bewahren. Es blieb eine Frage der Zeit, bis die von Reichskanzler Hermann Müller (SPD) angeführte Regierung einer großen Koalition kapitulieren würde. Es nützte der Sozialdemokratie auch nicht, ebenfalls einen starken Staat zu wünschen, und, wie Reichsinnenminister Carl Severing schrieb, „die Kommunisten scharf anzufassen“. Letzteres praktizierte der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin, Karl Zörgiebel, am 1. Mai 1929, als er erstmals seit dem Sturz der Monarchie die traditionelle Maidemonstration verbot und sie, als sie auf Initiative der KPD trotzdem stattfand, zusammenschießen ließ. Nach dem „Blutmai“ – der ähnlich verheerend alle Bemühungen für ein gemeinsames Handeln der Arbeiterparteien beeinträchtigte wie die kommunistische Losung von den „Sozialfaschisten“, die in seiner Folge in der KPD vollends Fuß fassen konnte – wurde auch der Rote Frontkämpferbund verboten.

Entscheidende Schritte für Müllers Sturz unternahm die Deutsche Volkspartei (DVP) nach dem Tod Gustav Stresemanns, dessen Warnung in seiner Partei kein Gehör fand, nicht zu einer „reinen Industriepartei“ zu werden. Im März 1930 entfachte sie eine Kampagne gegen die Arbeitslosenversicherung, der die Hauptschuld am defizitären Reichshaushalt angelastet wurde. Als sich der Reichskanzler wegen der starken gewerkschaftlichen Proteste genötigt sah, eine Gesetzesvorlage über eine erneute Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zurückzuziehen, traten mehrere bürgerliche Minister demonstrativ zurück. Das Schicksal der großen Koalition war damit besiegelt, der Weg frei für eine umfassendere Realisierung der Forderungen deutscher Wirtschaftsverbände. Im Gegensatz zu den Koalitionen, die nach den Regeln des Parlamentarismus entstanden waren, folgte nun die Schaffung eines autoritär wirkenden Kabinetts. An dessen Spitze berief der Reichspräsident am 30. März 1930 den konservativen Zentrumspolitiker Heinrich Brüning.

Mit dem Übergang zu einer Präsidialherrschaft – sie wurde von der Sozialdemokratie als „kleineres Übel“ toleriert und eröffnete durch fortschreitenden Demokratieabbau dem größeren Übel wachsender faschistischer Gefahr unheilvolle Chancen – endete eine lange und intensiv betriebene Suche nach anderen, von parlamentarischen Mehrheiten unabhängigen Regierungsmöglichkeiten. Bislang bot der Artikel 48 der Weimarer Verfassung manche Möglichkeiten autoritären Regierens, doch wurden sie, weil der Artikel dem Reichstag eine Mitsprache einräumte, mehr und mehr als unzureichend angesehen. In diesem Sinne war vom Vorsitzenden des RDI, Carl Duisberg, schon 1926 gefordert worden: „Es darf nicht halbe, es muss ganze Arbeit sein, die gemacht wird. Kompromisse helfen nicht mehr. Es geht ums Prinzip, ums ganze System.“ In der Sprache der Nazis hieß das: „Alles oder nichts!“ Und wenn bei ihnen „Großdeutschland“ bzw. „Lebensraum“ im Programm stand, dann kann parallel dazu gelesen werden, dass der RDI in seinen Veröffentlichungen vom Oktober 1929, also noch vor dem „Schwarzen Freitag“, die Politik aufforderte, ein „Großraum-Wirtschaftsgebiet“ zu schaffen, denn nur so sei „etwaigen Wirtschaftskrisen und sozialen Erschütterungen wirksam zu begegnen“. Schon 1928 hatte es Kampagnen der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und des Wehrverbands „Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten“ gegeben, dem Reichspräsidenten mehr Befugnisse zuzubilligen und den Verfassungsartikel 54 zu streichen, der

besagte, dass Reichskanzler und Reichsminister des Vertrauens einer parlamentarischen Mehrheit bedürfen.

Was seit 1930 praktiziert wurde, entsprach nicht mehr der demokratisch-parlamentarischen Verfasstheit der Weimarer Republik. Es diene dieser auch in keiner Weise, denn es lag im Grunde bereits außerhalb der Legalität politischen Handelns. Das politische Kräfteverhältnis verschob sich weiter nach rechts, womit jener Boden verfestigt wurde, auf dem alldeutsch-völkischer Nationalismus sich entfalten und schließlich faschistisch-rassistischer Ungeist triumphieren konnte. Die pseudo- und antidemokratisch-autoritären Herrschaftsformen ließen sich nicht als faschistisch charakterisieren, wie Zeitgenossen oftmals behaupteten, wohl aber waren sie dem Faschismus dienlich, ihn fördernd und bestärkend.

„Fauls Lügengewäsch“

Allerdings bemühten sich Brüning und die sein Kabinett unterstützenden Parteien, die beabsichtigten „sozialpolitischen Maßnahmen“ so zu gestalten, dass sie ihren linken Gegnern keinen „bedenklichen Agitationsstoff“ bieten würden. Der Kanzler strebte vor allem ein Ermächtigungsgesetz an, da parlamentarische Mehrheiten für weitere Notverordnungen zwar notwendig, aber nicht zu erwarten waren. Im Kabinett wurden auch Wahlrechtsänderungen erwogen. Allein die Themen, die in den Ministergesprächen mehrfach zur Debatte standen, sprechen Bände: Osthilfe, Reform der Arbeitslosenversicherung und der Krankenversicherung, Maßnahmen zur Verhütung „unwirtschaftlicher Preisbindungen“, Einführung einer „Bürgersteuer“, Senkung der „Industriebelastung“, Erhöhung von Agrarzöllen, Handelsverträge u. ä. m. Im Kabinett hieß es mit dem Blick auf den Wahlkampf demagogisch: „Dieser ganze Verordnungsinhalt müsse gerechtfertigt werden mit der Devise: Aufrechterhaltung (sic!) der Arbeitslosenversicherung und Maßnahmen zur Ermöglichung der Beschäftigung der Arbeitslosen.“ (aus dem Protokoll der Ministerbesprechung vom 24.7.1930)

Als am 18. Juli 1930 eine Mehrheit des Reichstages gegen eine Reihe von Notverordnungen des Brüning-Kabinetts stimmte, löste Hindenburg das Parlament auf. Wieder einmal hielten dafür die Artikel 48 und 25 der Weimarer Verfassung her. Andere Artikel dieses Grundgesetzes blieben indessen unberücksichtigt: Niemals hätten dieselben Notverordnungen nach dem Nein des Parlaments wieder in Kraft gesetzt werden dürfen, doch genau das tat die Regierung. Mit Recht sprechen Kritiker von einem Staatsstreich. Brüning redete hingegen – wider besseres Wissen und eigene Zielsetzung – davon, dass er den Parlamentarismus nicht abschaffen, sondern ihn etwas verändern wolle, um ihn retten zu können.

Zum Kurswechsel nach rechts gehörte auch ein zunehmend unkritischeres Verhältnis konservativer und rechtsliberaler Kräfte zu jener neuen Partei, die rechts von ihnen ganz offen den Kampf gegen alle Ergebnisse der Novemberrevolution, gegen die Weimarer Republik, für eine umfassende Revision der Ergebnisse des Ersten Weltkrieges und für Deutschlands Vormachtstellung in der Welt auf ihre Fahnen schrieb. Es mehrte sich die Zahl der lokalen und regionalen Bündnisse rechter Organisationen mit den Nazis. Antifaschisten wurden weitgehend behindert. Mehr Gelder flossen in die Kassen der NSDAP. Vor allem deren 1929 erfolgte Aufnahme in die Reihen der Organisatoren eines Volksbegehrens gegen die deutschen Reparationszahlungen betreffenden Young-Plan hatte sie „salonfähig“ gemacht. Den meisten der nationalistisch-antidemokratischen Parteien und Verbänden schien sie ein nützlicher Bündnispartner zu sein. Auch mit ihrer Hilfe wollte man angeblich alle Wirtschaftsprobleme allein durch das Brechen der „Knechtschaft von Versailles“ gelöst sehen, vor allem aber die Aktionskraft der organisierten Arbeiterbewegung schwächen.

Nach der Auflösung des Reichstages begann ein erbittert geführter Wahlkampf. Die in der Regierung vertretenen Parteien gaben vor, gegen jeden Radikalismus auftreten zu wollen. Im Auge hatten sie indessen nur die Arbeiterparteien. Zwar rechnete man auch mit einem gewis-

sen Zuwachs für die NSDAP, doch der wurde als relativ klein und unerheblich eingeschätzt. Brüning erklärte am 31. August 1930 in Trier sogar, es könne doch keinem verantwortlichen deutschen Staatsmann in den Sinn kommen, das deutsche Volk „in Abenteuer irgendwelcher Art zu verstricken“. Mit sich selbst beschäftigt und um die Durchsetzung der Notverordnungen bemüht, wurden alle Gefahren außer acht gelassen, die von der erstarkenden NSDAP ausgingen. Eine völlige Fehlbeurteilung der politischen Lage zeigte sich auch im sorglosen Umgang mit einer Denkschrift, die 1929/30 im preußischen Innenministerium ausgearbeitet worden und zu dem Ergebnis gekommen war, die NSDAP sei eine staats- und republikfeindliche, hochverräterische Verbindung. Die Reichsregierung meinte indessen ausweichend, sich zur Frage von deren Legalität oder Illegalität nicht äußern zu können.

Warnende, ja geradezu beschwörende Stimmen vor dem, was eine erfolgreiche NSDAP mit sich bringen würde, kamen vor allem aus den Reihen von KPD, SPD und Gewerkschaften. Sie sahen in den Hakenkreuzlern die größte Gefahr, warnten vor dem Faschismus und erreichten bei Großveranstaltungen mit dem Motto „Nie wieder Krieg“, z. B. am 1. August 1930 in Berlin, mehrere zehntausend Menschen; die eine fand allerdings im Lustgarten, die andere auf dem Winterfeldtplatz statt. Von antifaschistischer Gemeinsamkeit keine Spur, im Gegenteil: KPD und SPD nutzten jede Gelegenheit, sich gegenseitig zu beschuldigen. Da diffamierten die einen die anderen als „Sozialfaschisten“, jene wiederum die anderen als „rotlackierte Nazis“. Demokraten und Pazifisten, die wie Carl von Ossietzky in Die Weltbühne vom Februar 1930 den „Rotkoller“ der Herrschenden erkannt hatten, zeigten sich vom realitätsfernen Verhalten der Arbeiterparteien enttäuscht.

Niemandem kam die Auflösung des Reichstages gelegener als den Nazis. Man stehe, so erklärte Hitler am 2. August, an der „Wende des deutschen Schicksals“ und werde ein Vielfaches gegenüber der bisherigen Zahl an Stimmen erhalten. Seine Hoffnung war nicht unbegründet: Die NSDAP verbuchte einen erheblichen Zulauf an Mitgliedern. Auch dadurch wuchsen ihre finanziellen Mittel, wovon auch der Ankauf des Barlowschen Palais im Zentrum Münchens zeugte, das nach seinem Umbau den Namen „Braunes Haus“ erhielt. Wiederholte Aufrufe an Mitglieder und Gönner, Erwerb und Einrichtung dieses verschämten „Zentralheim“ genannten Palastes finanzieren zu helfen, sollten auch vertuschen, dass es schließlich vor allem eine aus einem Darlehen hervorgegangene Spende Fritz Thyssens war, die dem Zentralapparat der Faschistenpartei zu feudaler Residenz und höherer Funktionstüchtigkeit verhalf. In dem Schwerindustriellen besaß die NSDAP eine ihrer verlässlichsten Stützen im Ruhrgebiet, wo traditionell die Deutschnationalen gefördert wurden. Thyssen – nach früherer Mitgliedschaft im Zentrum noch Mitglied der DNVP – blieb der NSDAP verbunden und bis Anfang 1932 deren Stadtverordneter in Mülheim/Ruhr. Viele Großindustrielle folgten ihm, wenngleich sie dies zumeist nicht derart demonstrativ taten.

Ihren Wahlkampf führte die NSDAP sowohl gegen die beiden Arbeiterparteien als auch gegen die anderen bürgerlichen Parteien. Hitler sprach vom „Elend“, das der Marxismus dem deutschen Volke aufgeladen habe: „Sozialdemokratie und Kommunismus haben gemeinsam Deutschland in dieses namenlose Unglück gestürzt, beide müssen vernichtet werden“. Zugleich klagte er das Bürgertum an, da es mit der „Pest des Marxismus“ paktiere. Alle wurden als Novemberverbrecher und Systemparteien beschimpft. Plakate zeigten „saukende Minister“ und „feiste Bonzen“. Bestechungsskandale, in die Beamte verwickelt waren, wurden weidlich ausgebeutet, um das als verkommen bezeichnete Gemeinwesen anzuprangern. Es müsse durch einen sauberen Staat ersetzt werden. Solche Attacken appellierten an eine unausgegorene Gedankenwelt unter Anhängern und Suchenden, knüpften an Unzufriedenheit, Enttäuschungen und verletzte Gefühle an. Den vorgetäuschten Antikapitalismus nahm die wachsende Gefolgschaft hin, ohne zu bemerken, wie sorgsam mit der antisemitisch orientierten Trennung von „schaffendem“ und „raffendem“ Kapital vermieden wurde, die kapitalistische Ge-

sellschaft als ganze anzugreifen. Einzelne Politiker und deren Parteien erschienen als die Alleinschuldigen am Massenelend. Ihre Beseitigung und Ersetzung durch eine von Hitler geführte Regierung sollte als Ausweg erscheinen. Doch wie? Dafür boten die Nazis an: „Ausrottung des Marxismus“, „Raumerweiterung“ und Durchsetzung „deutscher Grundwerte“ in der ganzen Welt. Man dürfe nicht von „Brüderlichkeit“ oder „Nie wieder Krieg“ faseln, denn das sei zu allen Zeiten nur „ein faules Lügengewäsch“ gewesen.

Zu der rund 34.000 Veranstaltungen umfassenden Wahlkampagne der Nazis gehörte auch ein immer rabiateres Vorgehen gegen Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter. Die in Uniform und in Zivil auftretenden Schlägertrupps verübten Anschläge auf das Eigentum von Arbeiterorganisationen, überfielen politische Gegner mit Revolvern, Hieb- und Stichwaffen. Demonstrativ bekannten sich SA-Führer zu individuellem Terror. Zugleich perfektionierte die NSDAP Organisation und Technik ihres öffentlichen Auftretens. In Städten mietete sie die größten Versammlungshallen und verstand es meist, sie komplett zu füllen, so dass häufig Übertragungen per Lautsprecher ins Freie oder in benachbarte Säle notwendig wurden. Auch dadurch gewann die Öffentlichkeit den Eindruck, dieser Partei würden die Massen unaufhaltsam zuströmen. SA-Trupps, die vor den Rednerbühnen aufzogen, suggerierten Jugendlichkeit, Kraft und Geschlossenheit und standen bereit, jeden Zwischenrufer aus dem Saal zu prügeln. Systematisch wurde die Bevölkerung der Kleinstädte und des platten Landes bearbeitet. Die NSDAP schickte geübte Parteiredner auch in entlegene Gebiete. Manche von ihnen waren in der am 1. Juli 1929 ins Leben gerufenen Rednerschule vorbereitet worden, nach deren Besuch sie eine parteiamtliche Anerkennung erfuhren. Sie hatten ein festgelegtes Pensum von Einsätzen zu bestreiten, und ihre Dienste wurden nach jedem Einsatz auch finanziell belohnt.

„Bindet den Helm fester“

Der sich demagogisch als „nationalsozialistisch“ bezeichnenden Partei des deutschen Faschismus brachte die Wahl einen ersten großen Erfolg: Nahezu sechseinhalb Millionen Wähler votierten für sie. Ihr Stimmenanteil erhöhte sich von den mageren 2,6 Prozent – erreicht im Mai 1928 – auf 18,3 Prozent. Die größten Zugewinne verbuchte sie in Nord- und Ostdeutschland. In Schleswig-Holstein stieg ihr Anteil von vier Prozent sogar auf 27 Prozent, auch in Ostpreußen, Pommern, in der Provinz Hannover und in Mecklenburg erreichte sie über 20 Prozent. Der 14. September 1930 machte sie sensationell zur zweitstärksten Partei, unter den bürgerlichen Parteien sogar zur stärksten. Sie verfügte jetzt über 107 Sitze im höchsten deutschen Parlament, 95 mehr als bis dahin. Profitiert hatte sie sowohl von den Schwächen aller anderen Parteien, von den allgemein verwendeten nationalistischen Parolen und ihren eigenen sozialpolitischen Verheißungen, aber auch von einer sehr hohen Wahlbeteiligung. Zahlreiche Jugendliche hatten sich ihr zugewandt, auch solche aus proletarischen Kreisen. Die rechten bürgerlichen Parteien erlitten hingegen herbe Verluste. Der Stimmenanteil der DVP ging von 8,7 auf 4,5 Prozent zurück, jener der DNVP von 14,2 auf 7,0 Prozent. Auch die Sozialdemokratie verlor 5,3 Prozentpunkte, obgleich sie immer noch mit 24,5 Prozent stärkste Partei war. Die Kommunisten hatten sich um 2,5 Prozentpunkte verbessert und kamen jetzt auf 13,1 Prozent. Allein die großbürgerlich-katholische Zentrumspartei und die BVP konnten ihren Wählerstamm bewahren.

Als der neue Reichstag am 13. Oktober 1930 eröffnet wurde, kam es sofort zu einem Eklat: Die 107 Abgeordneten der NSDAP erschienen alle in brauner Parteiuniform und verstießen damit provokativ gegen das in Preußen geltende Uniformverbot. Dennoch brauchten sie eine Strafverfolgung nicht zu befürchten, da dazu ihre politische Immunität hätte aufgehoben werden müssen. Zugleich erlebte Berlin an diesem Tag pogromartige Ausschreitungen. Für Juden gehaltene Passanten wurden von SA-Leuten beschimpft und verprügelt, dem Kaufhaus Wertheim wurden die Schaufensterscheiben eingeworfen.

Im Reich und auch im Ausland wuchsen Befürchtungen vor einem erneuten Putsch der NSDAP, zumal diese die Parole verbreitete: „Nach dem Sieg – Bindet den Helm fester!“ Doch anders als noch im Herbst 1923 bemühte sich ihre Führung zugleich, den Ludergeruch von Unzuverlässigkeit und illegitimem Verhalten gegenüber Bündnispartnern loszuwerden. Eine demonstrativ genutzte Gelegenheit bot ein Prozess vor dem Leipziger Reichsgericht, der vom 23. September bis zum 4. Oktober 1930 gegen drei ehemalige Reichswehroffiziere stattfand, die in Kontakt mit SA-Führern versucht hatten, im Heer nationalsozialistische Zellen zu bilden. Der als Zeuge geladene Hitler konnte eine zweistündige Rede über die angebliche vollkommene Legalität der Methoden und Ziele seiner Partei halten. Obwohl dem obersten Gericht der Republik zahlreiche Dokumente vorlagen, durch welche die hochverräterische Tätigkeit der NSDAP bewiesen wurde, konnte Hitler unbestritten behaupten, seine gesamte Partei lehne eine gewaltsame Beseitigung der Verfassung ab. Die SA habe keinen militärischen Charakter, sei waffenlos und lediglich als Schutztruppe gegen linke Überfälle bestimmt. Werde in seiner Bewegung von „Revolution“ gesprochen, sei lediglich ein geistiger Prozess gemeint. Als Hitler darauf eine oft zitierte Stelle aus den Nationalsozialistischen Briefen vorgehalten wurde, wonach er selbst drohend angekündigt hatte, dass im Kampf um die Macht Köpfe in den Sand rollen würden, gab er dem zynisch die Auslegung, der Henker werde erst nach dem Sieg seiner Bewegung und dann auf der Grundlage von Urteilen eines Staatsgerichtshofes in Aktion treten.

junge Welt, Freitag, 16.01.2015, S. 12.

„... bis alles in Scherben fällt“

Der „Nero-Befehl“ vom 19. März 1945: Hitler ordnet die Zerstörung von Verkehrs- und Nachrichtenanlagen, von Industrie- und Versorgungseinrichtungen im Reichsgebiet an

Marschierten in Deutschland vor dem Zweiten Weltkrieg Verbände von SA, SS und anderen nazifaschistischen Organisationen auf, sangen sie oft ein Lied. Sein Titel: „Es zittern die morschen Knochen“. Text und Komposition stammten von Hans Baumann, der seit 1934 als Mitglied der Reichsjugendführung das „ewig-germanische Wesen“ und die „Frontkameradschaft“ pries. Schauerhaft tönte der Refrain: „Wir werden weiter marschieren, wenn alles in Scherben fällt, denn heute, da hört uns Deutschland und morgen die ganze Welt.“ Jeder sollte verstehen, die ganze Welt habe auf Deutschland zu hören, ihm zu gehorchen und mehr noch: zu gehören. Zudem hieß es: „Und liegt vom Kampfe in Trümmern die ganze Welt zuhauf, das soll uns den Teufel kümmern ...“ Zwölf Jahre, nachdem den Nazis die Macht übertragen worden war, lag das von ihnen beherrschte Land in Trümmern – zerstört in einem 1939 durch sie entfesselten Krieg, der 1944/45 auf deutschen Boden zurückkehrte, zerstört ebenso durch unsinnige, barbarische Befehle zur Selbstvernichtung, die 1944/45 erteilt wurden, als die Lage des Reichs militärisch völlig ausweglos geworden war.

Alle Literatur und auch jene medialen Darstellungen, die sich mit den letzten Monaten des Zweiten Weltkrieges befassen, verwenden für die faschistische Strategie der Selbstzerstörung den Begriff „Nero-Befehl“. Indessen ist eine solche Bezeichnung des von Hitler am 19. März 1945 unterzeichneten Erlasses in mehrfacher Hinsicht anfechtbar. Zum einen greift er auf die – von Althistorikern mit ziemlicher Sicherheit widerlegte – Legende zurück, der römische Kaiser dieses Namens habe im Juli des Jahres 64 Rom selbst angezündet und sich am Schein des verheerenden und die Stadt fast völlig vernichtenden Feuers erfreut. Selbst wenn es so gewesen wäre – im Vergleich dazu ging es 1945 nicht allein um eine Stadt. Zuvor hatten die deutschen Faschisten ganz Europa mit Krieg überzogen und zahlreiche Länder gebrandschatzt. Zudem lässt der Name des Befehls erahnen, dass auch der schließlich geführte „Krieg an der Heimatfront“ einzig und allein den Wahnideen des „Führers“ zugeordnet werden soll. Und letztlich soll er die widersprüchlichen Bemühungen Albert Speers (der seit 1942 als Reichsminister für Bewaffnung und Munition die Rüstungsbetriebe zu immer größeren Leistungen angetrieben hatte), angesichts des unausweichlich nahenden Endes vor allem die Großindustrie vor der befohlenen Zerstörung zu schützen, einzig positiv darstellen.

Vernichtungskrieg an der Heimatfront

Hitler befahl am 19. März 1945 nichts anderes als die Anwendung der Prinzipien eines totalen Vernichtungskrieges, von dem er erstmalig am 30. März 1941 gesprochen hatte, nichts anderes auch als die Befolgung jener barbarischen Taktik der „verbrannten Erde“, die beim Rückzug der Wehrmacht aus okkupierten und besetzten Gebieten im Osten angewandt worden war. Wie bekannt mit entsetzlichen Folgen: Da hatten deutsche Truppen alles zerstört, was für die siegreichen Gegner hätte von Bedeutung sein können und für das Leben der Menschen unentbehrlich war. Der am 18. Februar 1943 von Goebbels im Berliner Sportpalast ausgerufene „totale Krieg“ gegen die Kriegsgegner sollte nun auch gegen die Lebensgrundlagen der eigenen Bevölkerung geführt werden. Sie sollte mit untergehen. Von der Durchhalteparole „Sieg oder Bolschewismus“ ging man über zu der von „Sieg oder Untergang“. Das Marschieren „bis alles in Scherben fällt“ galt nun auch für Deutschland selbst, das nach dem verächtlichen Selbstverständnis des „Führers“ nicht wert sei, ohne ihn und ohne seine Partei weiter zu existieren.

Recht pauschal sprach Hitler am 19. März 1945 von „militärischen Anlagen“, die zu vernichten seien. Da blieb Spielraum für Interpretationen. Die Kapitulation der Wehrmacht und ihre

Auflösung war jedenfalls nicht gemeint. Statt dessen sollten alle auch zivil genutzten Verkehrs- und Nachrichtenanlagen gesprengt oder anderweitig unbrauchbar gemacht werden, ebenso Industrie- und Versorgungseinrichtungen.

Der Wortlaut des „Nero-Befehls“ war kurz, die Begründung voller Widersprüche. Da hieß es zwar, die befohlenen Maßnahmen seien notwendig, um die Existenz des deutschen Volkes zu gewährleisten, doch ihr Inhalt setzte diese in geradezu barbarischer Weise aufs Spiel. Nach der Überlieferung durch Speer habe Hitler zu ihm gesagt: „Wenn der Krieg verlorengeht, wird auch das deutsche Volk verloren sein. Es ist nicht notwendig, auf die Grundlagen, die das deutsche Volk zu seinem primitivsten Weiterleben braucht, Rücksicht zu nehmen. Im Gegenteil, es ist besser, selbst diese Dinge zu zerstören. Denn das Volk hat sich als das schwächere erwiesen, und dem stärkeren Ostvolk gehört ausschließlich die Zukunft. Was nach diesem Kampf übrigbleibt, sind ohnehin nur die Minderwertigen, denn die Guten sind gefallen!“ Dass mit der Zerstörung insbesondere der Industrieanlagen zugleich alle rüstungswirtschaftlichen Voraussetzungen für die Weiterführung des Krieges in Frage gestellt wurden, nahm die faschistische Führungsrige in der Phase ihrer Agonie billigend in Kauf. Doch dieser Kurs stellte zugleich großbürgerliche Nachkriegskonzeptionen in Frage und gefährdete einen Übergang vom Krieg zum Frieden, wie ihn große Teile der deutschen Wirtschaftseliten erwarteten – einen Übergang, bei dem sozialpolitische Risiken anders als am Ende des Ersten Weltkrieges bewältigt werden könnten und die strukturellen Grundlagen ihrer ökonomischen Macht unangetastet blieben.

Sogar einige der Formulierungen des „Nero-Befehls“ lassen Streitereien in den nazistischen Führungskreisen erkennen. Man hatte zwar den Krieg entfesseln und anfangs durchaus erfolgreich führen können, doch ein Weg zu seiner Beendigung war völlig offengelassen worden. Der Katalog von Maßnahmen, mit denen auf deutschem Boden weiter gekämpft werden sollte, sah lediglich ein sogenanntes ARLZ-System vor: Auflockerung – Räumung – Lähmung – Zerstörung. Von einer „Erhaltung der Substanz“ hatte man zwar gesprochen, damit jedoch nur das Potential zur Weiterführung des Krieges gemeint.

Großsprecherische Siegesgewissheit paarte sich mit Realitätsverlust. Einer, der schon Anfang 1942 zu bedenken gegeben hatte, dass keine Aussicht mehr bestand, den Krieg zu gewinnen, kam unter merkwürdigen Umständen ums Leben: Rüstungsminister Fritz Todt. Nicht 1944 und erst recht nicht in den letzten Kriegsmonaten gab es weder Absicht noch konkrete Pläne, den Krieg vor einem immer noch angestrebten „Endsieg“ zu beenden. Trotz allen Wissens um die Tatsache, dass auch der zweite Griff nach der Weltmacht nicht gelingen würde, ließ sich die Führung des „Dritten Reiches“ von realitätsvergessenen Motiven leiten. Ohne jede Chance sprach Hitler von der „Rückgewinnung verlorener Gebiete“. Unsinniger noch: Goebbels diktierte in sein Tagebuch, als er von den Bombenschäden an seinem 1933 bezogenen Ministeriumsgebäude erfuhr, dies sei ein schlechtes Omen für die „kommenden zwölf Jahre“.

Im Grunde stand Hitlers Erlass vom 19. März 1945 lediglich an der Spitze unzähliger Maßnahmen, mit denen die Kriegsverbrecher ihrer totalen Niederlage entgehen zu können hofften: Die Weichen auf einen Vernichtungskrieg gegen das eigene Volk waren schon gestellt, als es im Sommer 1944 hieß, man müsse entweder siegen oder untergehen. Der Erlass erhielt zudem zahllose unverantwortliche Ergänzungen durch die Wehrmachtsführung, die in ihrer überwiegenden Mehrheit bewusst den Weg in die Katastrophe wählte und den aussichtslosen Kampf ohne Rücksicht auf Soldaten und Zivilbevölkerung weiterführen ließ. Illusionäre Durchhaltebefehle und -parolen wurden in der Agonie der Nazierrschaft drakonisch ergänzt durch einen opferreichen Durchhalteterrorismus.

Befehle, Befehle, Befehle

- 16. September 1944: Hitler befiehlt, es solle, nachdem der Krieg „auf weiten Abschnitten auf deutschen Heimatboden übergegriffen“ habe, nur noch ein „Halten der Stellung oder Vernichtung“ geben.
- 15. Februar: Justizminister Otto Georg Thierack ordnet die Einrichtung von Standgerichten in den bereits von den Alliierten besetzten deutschen Gebieten an. Die Forschung zählt allein 6.000 bis 7.000 Todesurteile, die von diesen Standgerichten ausgesprochen wurden.
- 26. Februar: Der „Reichsführer SS“ Heinrich Himmler verfügt die Einrichtung zusätzlicher „Sonderstandgerichte zur Bekämpfung von Auflösungserscheinungen“.
- 5. März: Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel verkündet, Hitler habe befohlen: „Wer in Gefangenschaft gerät, ohne verwundet zu sein oder nachweisbar bis zum Äußersten gekämpft zu haben, hat seine Ehre verwirkt. Die Gemeinschaft der anständigen und tapferen Soldaten stößt ihn von sich. Seine Angehörigen haften für ihn.“
- 9. März: Hitler verfügt die Einrichtung „fliegender Standgerichte“.
- 13. März: Nach den Todesurteilen gegen jene Offiziere, die in den Augen der Nazis „versagt“ und die Rheinbrücke von Remagen nicht gesprengt hatten, droht Generalfeldmarschall Albert Kesselring: „Wer nicht in Ehren stirbt, stirbt in Schwäche. Ich befehle hiermit erneut, dass jeder Versagensfall auf kürzestem Weg zu überprüfen und zu erledigen ist. Ich erwarte von den Standgerichten schärfstes Durchgreifen und größte Härte.“
- 14. März: Hitler spricht von den Prioritäten, die in den zu „räumenden“ Gebieten nach ihrem Wert für die Fortführung des Krieges zu setzen seien: Wehrmacht, Kohle, dann Lebensmittel. Flüchtlinge, so hieß es, könnten nur berücksichtigt werden, wenn entsprechend Platz vorhanden sei.
- 26. März: Himmler befiehlt die sofortige Erschießung aller männlichen Personen aus jedem Haus, aus dem eine weiße Fahne gehisst wurde.
- 25. März: Der von US-amerikanischen Truppen eingesetzte Oberbürgermeister Aachens, Franz Oppenhoff, wird von einem Fallschirm-Kommando der SS als „Verräter“ ermordet, da er sich den Alliierten zur Verfügung gestellt habe.
- 30. März: Hitler präzisiert seinen Erlass vom 19. März zur „einheitlichen Durchführung“ und lässt Speer Spielraum für konkrete Entscheidungen.
- 2. April: Martin Bormann ordnet als Leiter der NSDAP-Parteikanzlei an: „Von jetzt ab gilt: Der Kampf gegen den ins Reich eingedrungenen Gegner ist überall mit aller Unnachgiebigkeit und Unerbittlichkeit zu führen [...] Jetzt gilt nur noch eine Parole: Siegen oder fallen!“
- 10. April: In Thüringen ergeht der Befehl, die Särge von Goethe und Schiller „unter keinen Umständen in die Hände des Feindes fallen“ zu lassen und zu vernichten (was indessen verhindert werden konnte).
- 12. April: Hitler verbietet jegliche Übergabe von Festungen und Städten an die Alliierten.
- 12. April: Himmler befiehlt den SS-Truppen, jedes Dorf und jede Stadt „mit allen Mitteln zu verteidigen“.
- 13. April: Der NSDAP-Gauleiter von Westfalen-Süd, Albert Hoffmann, ordnet kurz vor seiner Flucht an, zahlreiche kleinere und größere Brücken im Raum Hagen zu sprengen.

– 16. April: Hitler appelliert in seinem letzten Tagesbefehl an die Soldaten der Ostfront: „Wer Euch Befehle zum Rückzug gibt, ohne dass Ihr ihn genau kennt, ist sofort festzunehmen und nötigenfalls augenblicklich umzulegen ...“

Wer danach sucht, wie und in welchem Maße dem Befehl Folge geleistet worden ist und welche Schwierigkeiten dadurch der deutschen Bevölkerung beim Wiederaufbau nach dem Tag seiner Befreiung von Faschismus und Krieg bereitet wurden, muss vor allem in die zahllosen regional- und lokalgeschichtlichen Studien schauen. Die Menge der vernichteten Brücken und Versorgungsanlagen ist unüberschaubar. Dies gilt beispielsweise für Thüringen, wie u. a. dem vor zehn Jahren veröffentlichten Buch „Das Kriegsende 1945 in Thüringens Städten und Dörfern“ zu entnehmen ist. Wo Brücken und in wenigen Fällen auch Städte vor der geplanten Vernichtung gerettet werden konnten, war dies das Werk von Menschen, die weit weniger als Speer und andere Naziführer, als die Gau- und Kreisleiter der NSDAP oder auch die Wehrmachtsgenerale über Möglichkeiten einer Rettung verfügten. Im Gegenteil: Wer wirklich verantwortungsbewusst handelte, verlor oftmals sein Leben. Denn groß war die Zahl jener Nazis, die da – um das bevorstehende Ende ihrer Karrieren und den Verlust ihrer Pfründe wissend – Entscheidungen ganz im Sinne des "Nero-Befehls" trafen.

Für das Leben des Volkes?

Nach 1945 wurde gern und intensiv an Legenden gestrickt, wurden die von Hitlers Befehl abweichenden Auffassungen überzeichnet dargestellt und fast in die Nähe von antifaschistischem Widerstand gerückt. Ging es vorrangig um ein Verhindern von Zerstörungen mit der Begründung, diese würden „das Leben des Volkes treffen“? So beschrieb Albert Speer nach dem Krieg seine Argumentation gegenüber Hitler, die er in einer Denkschrift am 15. März verfasst hatte und vier Tage später – an seinem 40. Geburtstag – überreichte. Sie enthielt die Aussage, die Produktion werde in vier bis acht Wochen „endgültig“ zusammenbrechen. Dass er an diesem Tag Hitler auch eine zweite Denkschrift übergab, hielten Speer in seinen Büchern sowie Joachim C. Fest und Gitta Sereny in ihren Speer-Biographien nicht für erwähnenswert. Verständlich, hatte er sich doch in ihr für ein „zähes Festhalten“ an den Fronten am Rhein und an der Oder ausgesprochen, da dies „dem Gegner Achtung abgewinnen und vielleicht doch noch das Ende des Krieges günstig bestimmen“ könne.

Was Speer in Übereinstimmung mit mehreren Großindustriellen (Dietrich Eichholtz hat im dritten Band seiner „Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft“ alle Begegnungen akribisch aufgelistet) befürchtete und zu verhindern bemüht war, betraf vor allem jenen Teil des Befehls, der die Zerstörung von Industrieanlagen vorsah und die Vernichtung auch der ökonomischen Substanz deutscher Wirtschaftseliten bedeutet haben würde. Es war daher kein Wunder, dass es schließlich gerade um dieses totale Untergangskonzept zu großen Meinungsverschiedenheiten kam, weil hier divergierende Interessen aufeinander prallten.

In den Bemühungen, den „Nero-Befehl“ zu umgehen und aufzuheben, tat sich mit Speer ausgerechnet jener Adlatus Hitlers hervor, der als Nachfolger Todts für ein sogenanntes Rüstungswunder zu sorgen verstand und damit geholfen hatte, den Krieg um Jahre zu verlängern. Selbst bei Goebbels kamen – wenn auch nur zeitweilig – Bedenken auf, ebenso bei Gerhard Klopfer, dem Vertreter Martin Bormanns in der Partei-Kanzlei. Am 30. März musste sich Hitler, widerwillig und schon nahezu wie betäubt von den Ereignissen, damit einverstanden erklären, die Industrie nur zu „lähmen“, anstatt wie ursprünglich vorgesehen auch auf sie die Taktik der „verbrannten Erde“ anzuwenden. Speer wurde beauftragt, die dafür nötigen Durchführungsbestimmungen herauszugeben.

Auch darin kam die Konzeption deutscher Eliten für eine möglichst unbehinderte Fortexistenz ihrer wirtschaftlichen Machtpositionen sowie eine Zusammenarbeit mit den Westmächten zum Ausdruck. Bereits im Juli 1944 hatte ein kleiner Teil der deutschen Oberschichten ver-

sucht, sich von der NSDAP und ihrem „Führer“ zu lösen. In den letzten Monaten des Krieges aber dominierte dieses Bestreben in den Reihen der Wirtschaftseliten. Da ging es um eine Wiederherstellung von Verbindungen zu den Konzernen im Ausland, wobei „belastende“ Papiere vernichtet und erhebliche materielle Werte von Ost nach West verlagert wurden. Alles diente der Schaffung günstiger Startbedingungen für die Zeit nach dem Krieg. Ihr Hauptinteresse galt der „Bewahrung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“ – ein treffendes Urteil, gefällt u. a. vom BRD-Historiker Ludolf Herbst wie zuvor schon von Dietrich Eichholtz und anderen DDR-Historikern.

Aus den Quellen

Aus dem Grundsatzbefehl Hitlers vom 16. September 1944:

„In der Kampfzone muss unser Einsatz zu äußerster Härte und unter Beteiligung jedes wehrfähigen Mannes auf das äußerste Höchstmaß gesteigert werden. Jeder Bunker, jeder Häuserblock in einer deutschen Stadt und jedes deutsche Dorf muss zu einer Festung werden, an der sich der Feind entweder verblutet oder die Besatzung im Kampf Mann gegen Mann unter sich begräbt. Es gibt nur noch Halten der Stellung oder Vernichtung.“

Aus der Ergänzung des Hitler-Befehls vom 16. September 1944 durch den Oberbefehlshaber West, Gerd von Rundstedt, am 21. September 1944:

„Die Härte des Kampfes kann dazu zwingen, nicht nur Besitztum zu opfern, sondern es auch aus Kampfgründen zerstören zu müssen oder durch Kampf zu verlieren. Dieser Kampf um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes macht in seiner Härte auch nicht vor Kunstdenkmälern und sonstigen kulturellen Werten halt. Er muss durchgeführt werden.“

Aus dem „Nero-Befehl“ zu Zerstörungsmaßnahmen im Reichsgebiet vom 19. März 1945:

„Der Kampf um die Existenz unseres Volkes zwingt auch innerhalb des Reichsgebietes zur Ausnutzung aller Mittel, die die Kampfkraft unseres Feindes schwächen und sein weiteres Vordringen behindern. Alle Möglichkeiten, der Schlagkraft des Feindes unmittelbar oder mittelbar den nachhaltigsten Schaden zuzufügen, müssen ausgenutzt werden. Es ist ein Irrtum zu glauben, nicht zerstörte oder nur kurzfristig gelähmte Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versorgungsanlagen bei der Rückgewinnung verlorener Gebiete für eigene Zwecke wieder in Betrieb nehmen zu können. Der Feind wird bei seinem Rückzug uns nur eine verbrannte Erde zurücklassen und jede Rücksichtnahme auf die Bevölkerung fallenlassen. Ich befehle daher: 1) Alle militärischen, Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versorgungsanlagen sowie Sachwerte innerhalb des Reichsgebietes, die sich der Feind für die Fortsetzung seines Kampfes irgendwie sofort oder in absehbarer Zeit nutzbar machen kann, sind zu zerstören. 2) Verantwortlich für die Durchführung dieser Zerstörungen sind die militärischen Kommandobehörden für alle militärischen Objekte, einschließlich der Verkehrs- und Nachrichtenanlagen. Die Gauleiter und Reichsverteidigungskommissare für alle Industrie- und Versorgungsanlagen sowie sonstige Sachwerte. Den Gauleitern und Reichsverteidigungskommissaren ist bei der Durchführung ihrer Aufgabe durch die Truppe die notwendige Hilfe zu leisten. 3) Dieser Befehl ist schnellstens allen Truppenführern bekanntzugeben, entgegenstehende Weisungen sind ungültig.“

Aus der Anordnung Hitlers vom 30. März 1945:

„Zur einheitlichen Durchführung meines Erlasses vom 19.3.1945 ordne ich an: 1. Die befohlenen Zerstörungsmaßnahmen von Industrieanlagen dienen ausschließlich dem Zweck, dem Gegner die Nutzung dieser Anlagen und Betriebe zur Erhöhung seiner Kampfkraft unmöglich zu machen. 2. In keinem Fall dürfen die ergriffenen Maßnahmen die eigene Kampfkraft schwächen. Die Produktion muss bis zum letztmöglichen Zeitpunkt, selbst unter der Gefahr

aufrechterhalten bleiben, dass bei schnellen Bewegungen des Gegners einmal ein Werk unzerstört in seine Hände fällt. Industrieanlagen aller Art, einschließlich der Versorgungsbetriebe, dürfen daher erst dann zerstört werden, wenn sie vom Feind unmittelbar bedroht sind."

Aus dem Lagebericht des Großadmirals Karl Dönitz vom 7. April 1945: „Geben wir uns selbst auf, ist alles verloren [...] In dieser Lage gibt es nur eins: Weiter zu kämpfen und allen Schicksalsschlägen zum Trotz doch noch eine Wende herbeizuführen. Fanatischer Wille muss unsere Herzen entflammen! Felsenfeste Überzeugung in die Gerechtigkeit unseres Kampfes muss unsere Widerstandskraft bis zum Äußersten steigern! Unbedingtes Vertrauen zu dem einmaligen Genie unseres Führers muss uns stark machen. Deutschland darf nicht untergehen. Ein altes Sprichwort sagt: ‚Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg!‘ Danach wollen wir handeln. Es gilt, in letzter Stunde das Ruder doch noch herumzureißen.“

junge Welt, 19.03.2015, S. 12.

Russlandbilder des deutschen Faschismus – auferstehend aus Ruinen?

Sich mit der langen Geschichte deutscher Russlandbilder zu befassen und dabei insbesondere die des deutschen Faschismus in Erinnerung zu rufen – das gebietet der kritische Blick auf einige neue (nicht minder aber auch auf alte) Erscheinungen in den Krisen und Kriegen unserer Zeit sowie in der gegenwärtig betriebenen bundesdeutschen Außen- und Militärpolitik. Noch mehr scheint dies erforderlich zu sein, blickt man auf die sogenannte Erinnerungskultur der Bundesrepublik, deren Grundzüge sich auch im zwielichtigen, teils auch erschreckend niveaulosen Umgang mit dem „Tag der Befreiung“ und seiner 70. Wiederkehr offenbaren. Wer nach dem Ende des Kalten Krieges hoffen oder gar glauben durfte, es könne eine neue Zeit des Friedens, der Kooperation und des Interessenausgleichs beginnen, sieht sich 25 Jahre danach eines anderen belehrt: Die Welt stellt sich zusehends gewalttätiger dar, rechtspopulistische Stimmungen schwellen bedrohlich an, Kriege aller Art sind angezettelt worden und werden mit wachsender Beharrlichkeit geführt.

Vieles in den Auseinandersetzungen der Welt von heute rankt sich um den Platz, den Russland in ihr einnimmt oder einnehmen sollte. In diesem Zusammenhang lässt sich ein ängstigend hohes Maß an wiederkehrender Russophobie feststellen, eingebettet in ein teilweise irrationale Züge annehmendes Putin-Dämonisieren sowie in cholerische Frontstellungen zu denjenigen, die sich als sogenannte Putin-Versteher diffamiert sehen. Das Rechtfertigen neuer Aufrüstung der Bundeswehr und deren vermehrt geforderte Einsätze in aller Welt, darunter auch in Osteuropa, haben unheilschwangere Ausmaße angenommen. In allen Konfliktlösungsversuchen, erst recht in deren medialer Darstellung spielen zunehmend historisch-politische sowie geostrategische Aspekte eine maßgebliche Rolle, die möglicherweise auch erklären helfen, weshalb es unübersehbar irritierende Übereinstimmungen in aktuellen Meinungsäußerungen von Rechtspopulisten, Neonazis und aus Kreisen der Linken zum Thema Russland gibt.

Das, was ich hier vorstelle und debattiert wissen möchte, zielt insbesondere darauf, das seit mehreren Jahrhunderten zu beobachtende Auf und Ab in der Parallelität von Russophobie und Russophilie zu erhellen, ferner darauf, Wesen und Entwicklungen der nazistischen Russlandbilder zu kennzeichnen. Und nicht zuletzt möchte ich einige der in die Gegenwart reichenden russophoben Kontinuitätslinien beleuchten sowie deren stringente Abhängigkeit von jeweiligen politischen, ökonomischen, geostrategischen, kulturellen und propagandistischen Interessen.

Man könnte auch sagen: Es geht um einen Blick auf die Wirkungsmöglichkeiten des sogenannten Zeitgeistes, der – nach Goethes „Faust“ – als „der Herren eigener Geist, in dem die Zeiten sich bespiegeln“, zu verstehen ist. Dies wird oft zitiert, weniger das Urteil des Weimarer Geistesheroen, dass der Zeitgeist „sich der Menge bemächtigt“ und mit seinem Triumph so einen Rückzug entgegengesetzten Denkens erreichen könne. Dieses müsse „sich in die Enge zurückziehen und für den Augenblick im stillen verbergen“.

Folgt man dem, so wäre also sowohl zu fragen, *welche* Russlandbilder *wann* „triumphieren“ konnten, als auch zu erklären, *wie* sie sich der Menge zu „bemächtigen“ in der Lage gewesen waren bzw. heute noch sind. Zu Letzterem bietet sich eine der möglichen Antworten an, wird auf Schlagwörter und Redewendungen geschaut, die Kurt Pätzold und ich in unseren Publikationen doch wohl recht zutreffend auch als „Schlachtrufe“ bezeichnet haben. Wer kennt nicht das Bild vom „russischen Bären“, in dem sich einerseits Anerkennung von kraftvoller Stärke paart mit einem nahezu liebevollen Hinweis auf das „Mütterchen Russland“ und die „russische Seele“, das aber andererseits ebenso für x-beliebige Bedrohungsszenarien Angst und Furcht vor dem zähnefletschenden Untier zu bewirken vermag. Bekannt ist das auf asiatische

Gefahren verweisende und im Grunde bereits rassistische Wort, dass, wenn man am Russen kratze, ein Tatar zu finden sei. Ähnliches kann auch von den herablassenden Redewendungen „barbarisches Russland“, „Koloss auf tönernen Füßen“ oder vom „Rätsel Russland“ gesagt werden. Und wer kennt nicht die fatalen Wirkungen, die sowohl im Dritten Reich als auch in der BRD das warnen sollende Wort von den Russen auslöste, die da „kommen“ würden?

Gegensätzliche Russlandbilder

Merkmalsbestimmungen, besser: solche Klischees und Stereotype reichen weit in die Vergangenheit zurück. So las man vom starken Bären bereits in dem weit verbreiteten Reisebericht eines österreichischen Diplomaten, der Mitte des 16. Jahrhunderts erschien. Hingegen wurden in einer Beschreibung von Eigenschaften von Völkern, veröffentlicht 1710 in Wien, die Moskowiter mit Eseln verglichen und als boshaft, grob und grausam dargestellt; nur für die Türken – bekanntlich auf dem Balkan herrschend – hagelte es noch schlechtere Urteile.

Tatsächlich existierten über viele Jahrhunderte hinweg sowohl russophobe als auch gegenteilige Bilder nebeneinander. Belege solche Parallelität finden sich in der Literatur zuhauf, beispielsweise in Wolfgang Wippermanns Buch über die Deutschen und der Osten, dem er den bezeichnenden Untertitel gab „Feindbild und Traumland“. Ähnlich klingt ein anderer Buchtitel: „Furcht und Faszination“. Dennoch: Bis in das 19. Jahrhundert hinein überwogen der Ideentransfer in Literatur, Musik, Malerei sowie eine gegenseitige Rezeption naturwissenschaftlicher und medizinischer Forschungsergebnisse. Nebenbei, jedoch ausschussreich: Diese Tatsache herauszustellen und sie in Erinnerung zu rufen war in Ost wie West ein vor allem in den 1970er und 1980er Jahren intensiv verfolgtes Anliegen mehrerer Autoren. So brachten die DDR-Historiker Eduard Winter und Günther Jarosch 1983 einen Band mit dem Titel „Wegbereiter der deutsch-slawischen Wechselseitigkeit“ heraus. In der BRD bemühten sich Mechthild Keller, Heinrich Böll und andere gemeinsam mit Lew Kopelew um das Thema „Westöstliche Spiegelungen“. 1980 sprach der Schriftsteller Leo Sievers von tausend Jahren gemeinsamer Geschichte, in denen sich Menschen aus beiden Völkern „immer wieder mit einer merkwürdigen Intensität zueinander hingezogen“ gefühlt hätten. Es gelte, so lautete der letzte Satz in dem von Gerhard Simon 1987 herausgegebenen Buch „Weltmacht Sowjetunion“, „möglichst viele Fakten zusammenzutragen, bevor man sich zu einem Bild von der Sowjetunion entschließt, und stets den Fakten mehr zu trauen als unserem vorgefassten Bild.“

Darin spiegelten sich die Zeiten, jene Zeiten also, in denen zumindest einigermaßen ernsthaft und nicht ohne Erfolg auf internationaler Ebene gerungen worden ist um friedliche Koexistenz und gegenseitige Abrüstung, um Annäherung und normale Beziehungen, um eine – wie es im auch daran scheiternden sozialistischen Lager hieß – „Koalition der Vernunft“.

Eine ähnliche Welle von differenzierten, um Sachlichkeit und Verständnis bemühten Büchern, Tagungen und Ausstellungen gab es auch nach den „Wende“-Jahren bis hinein in das erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts. Da entäußerten sich Erwartungen, alte Feindbilder könnten neuen Hoffnungen weichen, wie Horst-Eberhard Richter es formulierte, oder Forderungen, eine „unerledigte Sache“ zu bewältigen und Frieden mit dem Osten anzustreben. Zu erwähnen wären die Publikationen der Historiker Karl Schlögel, Gerd Koenen, Gregor Thum und anderer, der Publizisten Peter Scholl-Latour und Gabriele Krone-Schmalz. In Leipzig fand eine große Tagung zum Zusammenwirken deutscher und russischer Naturforscher und Ärzte statt, und das Bonner Haus für die Geschichte der BRD organisierte eine Ausstellung zum Thema „Deutsche und Russen in der Geschichte“.

Von alledem lässt sich gegenwärtig sehr viel weniger bemerken, eher Gegenteiliges, Hassgefülltes und Verdammendes, auf jeden Fall Einseitiges. Eine Wende hat sich vollzogen, die sich durchaus vergleichen lässt mit der Tatsache, dass auch am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts die lange Tradition des regen Austausches und Miteinanders auf geistig-

kultureller und wissenschaftlicher Ebene vergessen, zumindest in den Hintergrund gedrängt und aus dem „Zeitgeist“ verbannt zu sein schien. Alle Russophilie fiel im damaligen Deutschen Reich – kurz gesagt – imperialistischen Bestrebungen und den Kriegswilligen zum Opfer. Der angestrebte „Platz an der Sonne“ ließ sich nur auf Kosten anderer erreichen, und der Spruch vom „deutschen Wesen“, an dem die Welt genesen solle, ließ einen sich terroristisch und rassistisch färbenden Nationalismus erkennen, gerichtet insbesondere gegen Osten.

Russophobie im Vormarsch

Im Blick darauf lassen sich Entwicklungstrends und Entfaltungslinien einer sich faschisierenden Russophobie erkennen. Als sich den Deutschen 1917/18 zudem Gelegenheit bot, in Brest-Litowsk dem besiegten und revolutionserschütterten Russland einen Frieden zu diktieren, machten sich unter deutschen Militärs und Politikern außerordentlich expansionistische und zugleich menschenfeindlich-unbarmherzige Herrschaftsgelüste breit. Russland verlor durch diesen Friedensvertrag 26% des damaligen europäischen Territoriums, 27% des anbaufähigen Landes, 26% des Eisenbahnnetzes, 33% der Textil- und 73% der Eisenindustrie sowie 73% der Kohlegruben. Alle abzutretenden Gebiete, die faktisch als deutsche Satellitenstaaten geformt und beherrscht wurden, umfassten insgesamt 1,42 Millionen km², auf denen rund 60 Millionen Menschen, mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung des *einstigen Russischen Reiches* lebten. Die Dimensionen des im März 1918 abgeschlossenen Vertrages reichen übrigens weit hinaus über die des wesentlich bekannteren Versailler Vertrages, der Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg aufgezwungen worden ist. Wenn eine These vieler Historiker lautet, der Versailles-Komplex habe dazu beigetragen, der NSDAP Massenanhang zu ermöglichen und sie an die Macht zu tragen, kann dem zugestimmt werden, vorausgesetzt man weiß um das „Super-Versailles“ von Brest-Litowsk. Ludendorffs Pläne für das deutsche Friedensdiktat von 1917 umfassten sogar weit mehr als das schließlich Erreichte und zielten – vor Hitler also – auf ein deutsches Ostreich. Wäre sein Forderungskatalog durchsetzbar gewesen, hätte dies nach dem Urteil des Ludendorff-Biografen Manfred Nibelin nichts anderes „als die Errichtung der deutschen Herrschaft über Osteuropa“ bedeutet.

Diese Ostpolitik jener Zeit offenbarte zudem noch anderes: Da wurde die sowjetrussische Forderung nach einem Frieden ohne Annexionen mit der These unterlaufen, es sei kein Landraub, würden sich russische Gebiete „freiwillig“ dem Deutschen Reich anschließen. Ob aus eigenem Antrieb oder unter Zwang – das Verhalten gegenüber der Bevölkerung in den besetzten Ostgebieten, insbesondere auch gegenüber den Juden blieb gleich. Was von deutschen Truppen in den damals als „Ober-Ost“ bezeichneten Gebieten praktiziert worden ist – angestachelt auch durch antisemitische Äußerungen des deutschen Kaisers – gilt in vieler Hinsicht als ein „Vorspiel zum Holocaust“. Und ebenso entlarvend lautet die Begründung, mit denen ein Hindenburg 1917 die faktischen Annexionen rechtfertigte: Er sprach davon, sie seien notwendig, um „für den nächsten Krieg gegen Russland den Raum für die Bewegung des linken deutschen Flügels“ sichern zu können.

Das dieser Politik zugrunde liegende Russlandbild lässt sich nicht anders als präfaschistisch charakterisieren, in hohem Maße terroristisch und barbarisch-rassistisch. Daher verwundert es nicht, dass die NSDAP in den ersten Jahren ihrer Existenz den Vertrag von Brest-Litowsk als „vorbildlich“ kennzeichnete. Es würde sich sogar, wie Hitler argumentierte, um einen Vertrag handeln, dessen Artikel alle „Liebe, Versöhnung und Verständigung“ atme, erlangt dank „deutscher Gutmütigkeit“.

Solche Argumentation entsprang der Auffassung, man müsse hauptsächlich gegen das Versailler Diktat der Westmächte vorgehen. Daher konnten sich in der NSDAP kurzzeitig sogar sogenannte national-bolschewistische Stimmungen Gehör verschaffen. Es könne nicht oft genug betont werden, so tönte Joseph Goebbels Anfang 1926, dass „uns noch viel weniger mit dem westlichen Kapitalismus verbindet als mit dem östlichen Bolschewismus“. Russland

sei „der uns von der Natur gegebene Bundesgenosse gegen die teuflische Versuchung und Korruption des Westens“. Gregor Strasser hatte da schon eine Debatte zum Thema „Russland und wir“ eröffnet und für eine prorussische Einstellung seiner Partei die Parole ausgegeben: „Das deutsche Mitteleuropa – im Kampf gegen den Westen, mit vorläufiger Unterstützung des Ostens!“ Man beachte: Vorläufig. Und es ging keineswegs nur um Mitteleuropa – denn so Goebbels im Originalton: „Ich bin Deutscher! Ich will, dass Deutschland die Welt ist.“ Wohl- gemerkt, das wurde Mitte der 1920er Jahre formuliert. Löst man in einem Gedankenexperi- ment alle Argumente jener Zeit von den Adjektiven kapitalistisch und kommunistisch, bleibt reinstes Großmachtbegehren und eine auf militärische Gewalt setzenden Außenpolitik nach konkurrenzbestimmten und geostrategischen Prinzipien übrig.

Gerade dieses Groß- bzw. Weltmachtdenken, das wesentlich zum Ausbruch des Ersten Welt- krieges beigetragen hatte und auch nach der Niederlage in großen Teilen der deutschen Eliten dominierte, führte bei den Nazis zu der fatalen Symbiose von „Lebensraum“- Gewinnungszielen und einer Verteufelung Russlands. Das Bild von Russland, mit dessen Hil- fe Hitler in dem langen Kapitel „Ostorientierung oder Ostpolitik“ von „Mein Kampf“ die Er- oberung von Land im Osten rechtfertigte, ging von russophoben Vorstellungen aus, denen sich politische und ideologische Sichtweisen zuordneten wenn nicht gar unterordneten. Das von Hitler in seinem Buch und am 3. Februar 1933 vor deutschen Generälen formulierte Ziel einer Eroberung und Kolonialisierung des Landes der Russen durch die Deutschen, prägte alle Russlandbilder des deutschen Faschismus, ebenso sein taktierendes und zeitweise friedens- demagogisches Verhalten gegenüber der als „jüdisch-bolschewistisch“ charakterisierten Sow- jetunion. Alfred Rosenberg, Chefideologe der Nazis, sprach von Russland als einer Apfelsine, die zu verspeisen nur gelänge, wenn sie in einzelne Teile zerlegt würde. Ohne bereits den „Plan Barbarossa“ im Auge zu haben, entfaltete sich frühzeitig das rassistisch-militante und antibolschewistische Russlandbild der Nazis als ein den künftigen Expansionskurs vorberei- tendes Feindbild. Diejenigen, die Hitler auf den Kanzlerstuhl hoben, taten dies in Kenntnis des Konzepts, nicht in verlorener Unschuld, wie seitdem Konservative immer wieder behaup- ten.

Russophober Antikommunismus

Nach dem 30. Januar 1933 standen zunächst realpolitische Belange über den ideologischen Prämissen der NSDAP, doch für die Indoktrination der Massen entstanden neue Instrumenta- rien. Da gab es die umfangreichen Aktivitäten des „Gesamtverbandes deutscher antikomu- nistischer Vereinigungen“, der seit 1935 als „Antikomintern“ und nach außen als privat fir- mierte. In Wirklichkeit unterstand er dem Goebbels-Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda. Die berüchtigten antibolschewistischen Parteitage von 1935, 1936 und 1937 wurden „gänzlich und allein mit dem Material der Antikomintern bestritten“, stellte deren Leiter Eberhard Taubert fest – dies allerdings erst nach 1945.

Der antibolschewistische Propagandakrieg der 1930er Jahre verknüpfte sich eng mit einer pejorativ auf den Volkscharakter bezogenen russophoben Argumentation. Da wurde die The- se von einer „rassisch-völkischen Bedingtheit der bolschewistischen Revolution“ vertreten; da wurde behauptet, in Russland sei eine Vermischung von „nordisch bestimmte(m) Charakter“ und „mongolisch-asiatischen Instinkten“ vor sich gegangen, wodurch das Wesen des Russen- tums geprägt worden sei; da wurde von einer „Bastardisierung“ der charakterschwach gewor- denen Russen gefaselt usw. usf. Immer wieder tauchte auch das „Argument“ auf, die Russen seien dank ihres „Zerstörerinstinkts“ nicht zu staatenbildender Kraft in der Lage und lediglich bedeutsam geworden unter der Vorherrschaft von Normannen und Deutschen.

So absonderlich und abstrus dieser antibolschewistische Propagandakrieg auch gewesen sein mag, er drang tief in die Köpfe der meisten Deutschen ein. Der später geführte Vernichtungs-

krieg gegen Russland ist wohl als erst konsequente Verwirklichung dieser von Aggressivität und nationalistisch-rassistischer Selbstüberhebung gekennzeichneten Feindbilder vorstellbar, die massenwirksam zu machen den Nazis gelungen ist.

Da störten auch nicht jene Verwirrungen und Dissonanzen, die es in Deutschland rund zwei Jahre nach dem Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes am 23. August 1939 gab. Von einem Tag zum anderen brach für Mitglieder und Anhänger der NSDAP zwar ein Weltbild zusammen, doch es wurde nicht durch ein anderes ersetzt. Goebbels notierte tags darauf in sein Tagebuch, die Frage des Bolschewismus sei „im Augenblick von untergeordneter Bedeutung“, man sei in der Not und fresse „des Teufels Fliegen“. Rosenbergs Beamte mahnten im November 1939, es sei nicht nötig, antibolschewistische Literatur „voreilig aus dem Buchhandel zurückzuziehen oder sie sogar einstampfen zu lassen“.

Arroganz und Selbstüberhebung ließen allerdings in der Zeit des „Russen-Vertrages“, d. h. auch in der Zeit der Vorbereitung des Überfalls auf die UdSSR, kein realitätsnahes national-sozialistisches Russlandbild zu. Forderungen nach einer „zuverlässigen“ Berichterstattung sahen sich nach wie vor abgeblockt. Das, was im Dritten Reich als „Sowjetforschung“ betrieben wurde, verbaute der Naziführung jeden einigermaßen realistischen Blick auf Russland. Manches sollte sich bekanntlich rächen.

Der am 22. Juni 1941 begonnene Krieg erwies sich gleichsam als die Nagelprobe für das faschistische Russlandbild. Es sah sich unmittelbar fortgesetzt im berüchtigten „Generalplan Ost“ und mit Machtausübungsfragen verknüpft. „Beute“-Pläne entstanden in großer Zahl, hatte doch Hitler am 16. Juli 1941 erklärt, es komme nun darauf an, den „riesenhaften Kuchen handgerecht zu zerlegen, damit wir ihn erstens beherrschen, zweitens verwalten und drittens ausbeuten können.“ Rosenberg, im November 1941 zum Reichsminister für die besetzten Ostgebiete ernannt, verwahrte sich gegen Vorstellungen, man führe einen Kreuzzug gegen den Bolschewismus und wolle die Russen von diesem befreien. Nein, man sei angetreten, „um deutsche Weltpolitik zu treiben“ und werde „nicht mehr aus diesem Raum herausgehen“. Im Kampf gegen Russland, so erklärte Goebbels im Sommer 1942, handele es sich um einen „Krieg für Getreide und Brot, für einen vollgedeckten Frühstücks-, Mittags- und Abendtisch, [...] um Gummi, um Eisen und Erze“.

Das in den ersten Jahren des Krieges gegen die Sowjetunion verbreitete Russlandbild war ein in den schwärzesten Farben gemaltes. Es lag der großen Ausstellung „Sowjetparadies“ zugrunde und ebenso den zahllos veröffentlichten Feldpostbriefen aus dem Osten. Die faschistisch-rassistische Deutung trat in den Vordergrund. Das ging sogar so weit, dass der „Völkische Beobachter“ am 19. Juli 1941 verkündete, es gäbe keine „Russen im eigentlichen Sinne“ mehr. Es sei mit dem „Sowjetmenschen“ eine neue Rasse entstanden. Von Rosenberg stammt die Einschätzung, Deutschland „stehe die Steppe plus Slawe plus europäischer Technik gegenüber, der berittene Mongole und der motorisierte Untermensch“. In einem Schulungsmaterial der NSDAP hieß es, der Osten sei ganz und gar ein „Nährboden und Ausfallstor des Untermenschentums“.

Helfer statt „Heloten“?

Indessen dauerte der Krieg länger als geplant. Es gab Niederlagen, Frontlinien mussten „begradigt“ werden, zunehmend fehlten der Rüstungsindustrie Arbeitskräfte. Den schlichten russlandpolitischen Negativ-Klischees stand spätestens seit der verlorenen Schlacht um Stalingrad die militärische Realität gegenüber. Darüber hinaus hatten viele Deutsche entgegengesetzte Erfahrungen im Umgang mit sowjetischen Kriegsgefangenen und mit den nach Deutschland verschleppten Zwangsarbeitern gemacht. Die parteioffiziellen Darstellungen wurden an den Realitäten gemessen und in Frage gestellt. Angesichts dessen brach intern geführter Streit aus. Neue Konzepte wurden gesucht. Zunächst sah sich jedoch alle Russophobie

weiter gesteigert. So wollte Rosenberg das Russlandbild der NSDAP zwar neu bearbeitet sehen und „vollständiger“ machen, beließ es aber bei der Erklärung, die „Wildheit der Steppe“ trete in „neuer Form“ in Erscheinung. Festzustellen sei „ein perverser Neu-Messianismus des Ostens“ und ein „in Auswertung primitiver Heimatgefühle hochgezüchteter Fanatismus.“ Neben diesem strikten Beharren auf der totalen Ausplünderung der besetzten Gebiete und auf der Vernichtungspolitik gegenüber der russischen Bevölkerung wurde zugleich nach veränderten Sichtweisen gesucht. Denkschriften kursierten, deren Autoren die Frage aufwarfen, ob man die Russen nicht besser als „Helfer“ gewinnen solle statt sie weiter als „Heloten“ zu behandeln. Die einzelnen Antworten und Vorschläge lassen ein breites Spektrum erkennen. Innerhalb der Reichspropagandaleitung hieß es u. a., es dürfe nicht länger „von Sumpfmenschen, Barbaren, Bestien und Kolonialpolitik geredet werden“. Geplant war eine „Proklamation an die Ostvölker“. In ihr sollte verkündet werden, Deutschland würde sich für eine „Gleichberechtigung der Ostvölker in der europäischen Völkerfamilie“ einsetzen. Zu einer Veröffentlichung dieser Proklamation kam es nicht. Hitler bezeichnete in seiner Rede zum 10. Jahrestag seiner Erhebung zum Reichskanzler ganz im Stile der bislang geführten „Bestien“-Kampagne die Russen stattdessen als „Halbaffen auf Panzern“.

1943/44 häuften sich unter den Deutschen Zweifel am vorgegebenen Bild von den Russen, wiedergegeben in den Berichten des Sicherheitsdienstes der SS: Woher rühre die überraschende Tapferkeit und Zähigkeit der Russen, weshalb wiesen ihre Waffen so hohe Qualität auf, wieso zeigten sich in den Betrieben die „Ostarbeiter“ sich als intelligent und lernfähig usw.? Auch mit solchen der Realität geschuldeten Überlegungen sah sich Grundsätzliches der Nazi-Ideologie in Frage gestellt. Dies berücksichtigend wurde Abkehr von den bekannten Gleichsetzungen gesucht: Russe gleich jüdischer Bolschewist, gleich Untermensch und Bestie. An der faschistischen Propaganda änderte sich indessen kaum etwas, allerdings nahm man pragmatische Lösungen vor: So kam es nach langem Zögern und Hinhalten zur Formierung der Wlassow-Armee, in der antikommunistische und nationalistisch denkende sowjetische Kriegsgefangene an der Seite von Wehrmacht und SS kämpften. Doch selbst in den kriegsbedingt als „nützlich“ betrachteten Kollaborateuren sahen viele nach wie vor nur die politisch, geistig und rassisch minderwertigen „Heloten“.

Barbarisches „Schüttelbild“

Das Russlandbild der NSDAP stellt sich dar als ein diffuses Gemenge aus bestimmenden Grundkonstanten und zahlreichen variabel einsetzbaren Bildelementen. Es handelte sich gleichsam um ein „Schüttelbild“, genauer: um ein vielgestaltiges Zerrbild, das seine Erscheinungsformen je nach konkreter Situation und politischem Bedürfnis, je nach Adressat und innerparteilichem Kräfteverhältnis verändern konnte. Es handelt sich um ein Feindbild-Konglomerat, um ein großmachtbesessenes Gemisch, das sich in erbarmungsloser Konsequenz gleichermaßen gegen „slawische Untermenschen“ und „asiatische Horden“ sowie gegen den „jüdischen Bolschewismus“ richtete. Im nazistischen Russlandbild radikalisierten und bündelten sich alle in der Gesellschaft vorhandenen ideologischen Quellen und rassistischen Traditionen zu einem hasserfüllten, total destruktiven Fremden- und Feindbild. Seine Handhabung und propagandistische Rechtfertigung führten zu einer qualitativ neuen Stufe in der allgemeinen Geschichte des Denkens über andere Länder und andere Völker. Sowohl die erzeugte Furcht vor den Russen als auch ein vor Überlegenheitsgefühlen strotzendes Selbstbild ließen im Dritten Reich allein die Worte „Russland“ oder „Russen“ als völlig negativ besetzt erscheinen.

Diese Russlandbilder der deutschen Faschisten gehören zu einem Abschnitt der deutschen Geschichte, der mit der Befreiung der Völker vom Joch faschistischer Herrschaft und Kriegsführung endete. Zwar geriet die Niederlage der Aggressoren total, doch eine totale Überwin-

derung der hier behandelten russophoben Denkschemata scheint bis heute noch nicht erfolgt zu sein. Nach wie vor sprudeln aus den vom Vormachtstreben in Europa geprägten Quellen neue antirussische Feindbilder, darunter auch solche, die gleichsam aus „Ruinen auferstehen“.

Um ein kontinuierliches Fortwirken faschistischer Russlandbilder handelt es sich zweifellos, was jüngst dem Blatt „Christ & Welt“, einem Überbleibsel des „Rheinischen Merkur“ zu entnehmen war. Da wurden Brutalität von Russen“ unterschätzen. Da wird erneut von alten und neuen russischen Expansionsgelüsten geredet, da wird ganz Europa (wozu demzufolge Russland nicht gehört) als Angriffsziel räuberischer und das Völkerrecht verletzender Russen ausgemacht. Einige Kontinuitätslinien sind unverkennbar.

Gefragt werden muss indessen, in welchem Maße sich Russlandbilder solcher Art in der Politik zur Bewältigung der eingangs benannten krisenhaften Erscheinungen widerspiegeln und inwieweit sie erneut sich der Massen zu „bemächtigen“ vermögen. Trotz konservativer und neoliberaler Dominanz des heutigen Zeitgeistes kann dieser nicht in früherer Totalität wirksam werden. Russophobie stößt offensichtlich auf größere Grenzen als in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und in den Hoch-Zeiten des Kalten Krieges. Das hebt jedoch keinesfalls die politisch-moralische Pflicht auf zu prüfen, *ob* und *wenn ja wie* sich die wesensbestimmenden Grundkonstanten aller faschistischen Auffassungen über Russland in heutiger Zeit entäußern, in welchen Varianten und Verschleierungen auch immer. Zum Kern nazistischer Zielstellungen und ihrer rassistisch-ideologischen Rechtfertigung gehörten in erster Linie eine maßlose, nur mit militärischen Mitteln durchzusetzende imperialistische Gier nach den Bodenschätzen und allen wirtschaftlichen Ressourcen des „Raumes im Osten“, gepaart sowohl mit dem Versuch einer „rücksichtslosen Germanisierung“ als auch mit jener Politik einer Völker-Vernichtung, die eine deutsche Vorherrschaft in Europa und darüber hinaus auch in der Welt ermöglichen und absichern sollte. Der jede Menschlichkeit negierende Rassismus ging Hand in Hand mit der Bereitschaft, sowohl nach außen als auch nach innen antidemokratisch, antiparlamentarisch auch mit allen Mittel von Terrorismus zu regieren.

Russophobie Reloaded?

Viele dieser „Ruinen“ spielten in der Geschichte der BRD eine konstitutive Rolle. Antikommunismus stellte sich als Antisowjetismus und Russenhass dar. Von einer Befreiung des deutschen Volkes war bis 1985 offiziell nie die Rede; lange galt, was Konrad Adenauer und Theodor Heuss in einem Vieraugengespräch am 18. März 1955 zu ihrem Prinzip im Umgang mit der Erinnerung an den 8. Mai 1945 erhoben – es hieß „... dass dieser Tag möglichst geräuschlos vorübergehe“. Selbst das rassistische Moment blieb nicht ungenutzt. So erklärte der Bundeskanzler auf dem Karlsruher CDU-Parteitag von 1951: „Wir müssen uns entscheiden für asiatisches Heidentum oder für europäisches Christentum.“

Von den „Ruinen“ – um in dem gewählten Bild zu bleiben – scheint nach meiner Auffassung gegenwärtig relativ wenig „auferstanden“ zu sein. Hinzuzufügen wäre indessen das Wort „noch“. Denn was einmal in der Welt war, existiert weiter, oft unterschwellig oder heuchelnd überdeckt. Es lässt sich indessen – bei geänderten Verhältnissen und zu Gunsten entsprechender Zielsetzungen – relativ leicht erneut an den Tag befördern. Abhängig ist dies von den Möglichkeiten, die politischen Verhältnisse nach rechts zu verschieben, abhängig auch von der Relation zwischen großmachtpolitischen Nah- und Fernzielen, abhängig ebenso von jeweiligen Nützlichkeitsabwägungen zu passgerechter Funktionalisierung ideologischer Rechtfertigungsargumente im Sinne jeweiliger wirtschaftlicher, politischer und geostrategischer Interessen.

Da wo Putin oder das „System Putin“ – ob mit Recht oder zu unrecht kritisiert, bleibt in diesem Zusammenhang völlig unerheblich – als Erscheinungsbild des Russen, seines Charakters, seiner Lebensweise usw. gewertet wird, lässt sich eine erhebliche Nähe zu den früheren Deu-

tungen vermuten und in manchen Fällen auch nachweisen. Erneut wird zu untersuchen sein, welche Wegbereiter-Funktionen die latent durchaus vorhandene Russophobie für den „faktisch geführten Krieg gegen Russland“ wahrnehmen sowie für die bereits begonnene Um- und Aufrüstung der Bundeswehr nutzbar gemacht werden können.

Zugleich wäre in der Bundesrepublik Deutschland nachdrücklich zu fragen, inwieweit in den gegenwärtig medial verbreiteten Russlandbildern wieder ein sich stark völkisch-nationalistisch färbendes Selbstbild der Deutschen enthalten ist, das mit neuen Bedrohungsszenarien auf den Spuren alten Überlegenheits- und Vorherrschaftsdenken wandelt, das aber dem in allen Krisenzeiten verwendeten Mittel dient, mit radikalen Feinbildern von eigenen Unzulänglichkeiten abzulenken und eigene Machtpositionen vor inneren Gefahren zu schützen. Zu warnen wäre vor jeder bewussten Verwendung tradierter Negativ-Klischees und ebenso vor realitätsfernen Bildern, die weder einer erfolgversprechenden Friedenspolitik noch den Alltagsinteressen der Deutschen nützen können. Und schließlich wäre zu fragen, wie Relikte nazistischer Russlandbilder bzw. deren erneut wirkende Bestandteile den wiederkehrenden Kalten Krieg zu befördern vermögen, wie sie einer weiteren Durchsetzung sogenannter hybrider Kriegeformen dienen können oder wie sie gar einem Dritten Weltkrieg Tür und Tor zu öffnen helfen.

(Leicht gekürzter Vortrag auf der Tagung der Marx-Engels-Stiftung vom 18.4.2015, vollständig dokumentiert auf www.marx-engels-stiftung.de)

Marxistische Blätter, Heft 3/2015, 01.04.2015, S. 102-112.

Die Ästhetisierung des Holocaust

Wolfram Pyta versucht, Hitler als „Führerkünstler“ zu beschreiben – ein höchst fragwürdiges Unternehmen

Ein Ende ist nicht abzusehen. Volker Ullrichs erster Band einer Hitler-Biografie war kaum auf dem Markt, da erschienen eine Bildbiografie von Armin Fuhrer und ein weiteres, vor allem an Jugendliche gerichtetes Buch über den Diktator aus der Feder von Thomas Sandkühler. Der Siedler-Verlag kündigt eine „umfassende“ Darstellung Hitlers durch Peter Longerich an. Und dieser Tage nun erschien auch von Wolfram Pyta, der vor ein paar Jahren eine umstrittene Biografie über Hindenburg als Bindeglied zwischen Bismarck und Hitler verfasst hat, ein voluminöses Porträt über den gebürtigen Österreicher, der Kunstmaler werden wollte und zum größten Verbrecher der Menschheitsgeschichte avancierte.

Pyta meint, einen besonders originellen Ansatz bieten zu müssen. Der Verlag dankt es, die Werbung verspricht einen „völlig neuen Blick“ auf Hitler, seine Persönlichkeit und Herrschaft. Zunächst: Pytas Anspruch ist in der Tat hoch, sehr hoch sogar. Kulturgeschichte und Politikgeschichte sollen „fruchtbringend“ miteinander verbunden werden. Das klingt interessant. Doch Pyta betrachtet Hitler hauptsächlich als einen Künstler, vor allem als verhinderten Architekten und passionierten Wagnerianer. Die überraschende These des Autors: Dank seiner künstlerischen Ader sei Hitler zunächst zum dominanten Politiker und schließlich auch zum überragenden Feldherrn geworden, vor dem das deutsche Militär kuschte. Es habe ein Transfer von symbolischer Politik hin zu herrschaftlicher Befugnis gegeben, liest man.

Der Autor befragte bekannte Quellen neu und wertete bislang wenig beachtete Notizen und Aufzeichnungen aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges aus, vor allem aus der Entourage Hitlers. Ob der Erkenntnissertrag daraus indes eines so umfangreichen Bandes bedurfte (dessen Sprache zudem arg überfrachtet, gekünstelt und nicht sehr lesefreundlich ist) oder ob dafür nicht ein Essay genügt hätte, soll jeder Leser selbst entscheiden.

Pyta widmet sich drei „Leitfragen“. Die erste lautet schlicht und einfach: Wie trat Hitler politisch auf? Anknüpfend an die bekannte These von Walter Benjamin über die im Faschismus erfolgte „Ästhetisierung der Politik“ richtet der Stuttgarter Geschichtsprofessor seinen Blick auf „Performativität und Theatralik in Hitlers raffinierten überwältigungsästhetischen Praktiken“. Er konzidiert dem „Führer“ Talent zu Ton-Bild- und Wort-Raum-Interaktion und somit zu wirkungsvoller Inszenierung politischer Auftritte. Hitler habe sich wesentlich besser auf massenwirksame Formen öffentlicher Darstellung verstanden als andere Politiker und sei damit ein „Führerkünstler“ geworden. Da dieser sowohl in der „Präsenzkultur“ als auch in der „Sinnkultur“ heimisch gewesen sei, habe er seine Herrschaft zu legitimieren und kulturell zu festigen vermocht. Nun ja, das alles hat man schon so oder ähnlich gehört und gelesen.

Mit seiner zweiten Leitfrage greift Pyta auf Max Webers Konzept vom charismatischen Herrscher zurück und betont, Hitler habe als solcher nicht sein können ohne eine permanente Zustimmung seiner Gefolgschaft. Er habe seine Herrschaft durch performative Akte und deren mediale Vervielfältigung ständig erneuern und sich immer wieder der Treue der Massen versichern müssen. Letzteres sei auch dank intensiver Nutzung des Konzepts, Hitler als ein Genie zu stilisieren, erreicht worden. Pyta schlussfolgert, dass gerade Hitlers „genialisch“ überhöhte Herrschaft „die zerstörerischen Potenzen einer Auslieferung der Politik an einen Künstler-Politiker“ offenbart habe. In diesem Zusammenhang wird zwar wenigstens erwähnt, dass das deutsche Volk sich dem auf Gedeih und Verderb ausgeliefert habe, doch ansonsten äußert sich der Verfasser nicht zu wesentlichen Ursachen und Folgen. Es wäre sicher produktiv gewesen, auch sozial- und massenpsychologische Untersuchungen einzubeziehen, wie sie u. a. von Wilhelm Reich und Erich Fromm vorgelegt worden sind.

Die dritte Frage, von der sich Pyta leiten lässt: Wie führte Hitler den Krieg? Es sei eine kulturgeschichtliche Herausforderung zu fragen, inwieweit Hitlers militärische Entschlüsse „aus einem letztlich künstlerisch generierten militärischen Führungsanspruch erwachsen“ und „wie sich Hitlers Genie-Anspruch im gezielten Regelbruch und in der bewussten Abwendung von etablierten Standards des Kriegshandwerks manifestierte, weil er gerade darin eine Beglaubigung seiner schöpferischen Originalität erblickte“. Hitlers Kriegsführung wird als Ausfluss seiner künstlerischen Inspiration gewertet. Zudem heißt es, Hitler habe erst die Feldherrnschaft, also die absolute militärische Führerschaft, gewinnen müssen, bevor die Entscheidung über den Beginn des Holocausts fallen konnte.

Letztlich läuft alles auf einen Erklärungsversuch dafür hinaus, warum Hitlers Einfluss auf die Massen in den letzten Kriegsjahren erhalten blieb, obwohl der Diktator zunehmend auf massenwirksame Auftritte verzichtete. Laut Pyta hätten nach Stalingrad Prozesse von „Entcharismatisierung“ und „Entperformativierung“ stattgefunden. Hinter diesen hochtrabenden Begriffen versteckt sich die banale Tatsache, dass Feldherren eine Rednertribüne stets mieden und meiden, wenn keine Siege mehr zu verkünden waren oder sind. Der Verlust an Charisma nach Stalingrad, so der Autor weiter, sei jedoch durch die Mobilisierung des Genie-Kults kompensiert worden.

Am Ende seines Buches konstatiert Pyta: „Hitlers genialisch überhöhte Herrschaft offenbart wie kein zweites Beispiel der Weltgeschichte die zerstörerischen Potenzen einer Auslieferung der Politik an einen Künstler-Politiker.“ Was will uns der Autor damit sagen? Soll es eine Warnung sein? Wovor? Die Deutschen hätten, so behauptet Pyta schließlich am Ende seines Buches, bei ihrem zweiten Versuch demokratischer Selbstbestimmung ein gesundes (sic!) Misstrauen gegen jede Form von ästhetischer Überladung der Politik entwickelt. Kein Wort verliert der Autor zum heutigen weit verbreiteten Misstrauen gegen die Inhalte interessengeleiteter Politik und zu den neuen Formen „ästhetisiert“ beworbener Politik. Kurzum: Ein Buch, auf das die Welt nicht gewartet hat.

Wolfram Pyta: Hitler. Der Künstler als Politiker und Feldherr. Eine Herrschaftsanalyse. Siedler, München 2015. 846 S., geb., 39,99 Euro.

Neues Deutschland, Freitag, 4. Juli 2015, S. 16.

Die Saat ist aufgegangen ...

Wer immer noch notwendige Warnungen vor der Neuen Rechten, die in unterschiedlichster Gestalt auftritt und Zulauf erhält, für übertriebenen Alarmismus oder gar für überflüssig hält, dem sei das vorliegende kleine Bändchen nachdrücklich zur Lektüre empfohlen. Wie die Verfasser anderer Publikationen bieten auch seine Autoren Einblicke in widersprüchliche, schwierig zu durchschauende und dennoch furchterregende Erscheinungen aus jüngster Zeit. Die sorgfältig ausgebreiteten Fakten lassen den Leser erschrecken: Während in den großbürgerlich geprägten Medien und in jenen Veröffentlichungen, die auf dem bundesdeutschen Medienmarkt dominieren, zumeist lediglich besonders skandalträchtige Ereignisse benannt und diese zudem allzu oft nur in heuchlerischer Art und Weise kritisiert werden, richtet sich hier der Blick tief in regionale und lokale Bereiche. Da tauchen zahlreiche Namen von Personen auf, die gleichsam vor Ort jenes Gedankengut verbreiten, das gemeinhin nur Petry, Gauland, Lucke, Bachmann usw. zugeschrieben wird. Hingegen sehen sich hier der große Facettenreichtum in den neuen rechten Erscheinungen sowie die Alltäglichkeit politisch-ideologischer Argumentationsstrukturen und üblicher Metaphern deutlich erhellt.

Nach einem einleitenden Teil, der generelle Informationen zum Thema und methodische Überlegungen enthält, wird ein aufschlussreicher Überblick über eine Vielzahl der neuen bürgerlichen Protestbewegungen in Deutschland geboten. Dem folgt ein Kapitel, das diese in das politische Kräftespektrum der 2010er Jahre einordnet. Zu begrüßen ist die Aufnahme eines Exkurses über rechtspopulistische Erscheinungen in Großbritannien, Frankreich und Italien. An anderen Stellen wird auch auf Österreich und die Schweiz geschaut. Das ermöglicht Vergleiche und weckt zugleich Neugier auf Aussagen zu weiteren europäischen Ländern. Ein abschließendes, relativ kurzes Kapitel ist Fazit und Ausblick gewidmet.

Deutlich markieren die Verfasser jene Hypothesen, von denen sie sich in ihrer Analyse und Kritik grundsätzlich leiten ließen. Ross und Reiter gelte es zu benennen, also Ursachen zu erhellen und Zusammenhänge zu fixieren. Völlig berechtigt werden Auffassungen bezweifelt, denen zufolge mehr oder weniger nur Zufälle dazu geführt hätten, dass AfD einerseits und der Protest auf den Straßen andererseits nebeneinander existieren. Das besonders zu begrüßende Anliegen der Autoren besteht darin, das als symbiotisch charakterisierte Verhältnis beider Erscheinungen zu untersuchen.

Salon und Straße – mit diesen Begriffen werden wesentliche Bestandteile des gegenwärtig von einigen Teilen der deutschen Eliten aus Wirtschaft, Politik und regierenden Parteien unternommenen Versuches bezeichnet, Schritt für Schritt ein weiter nach rechts verschobenes Gesellschaftsprojekt zu etablieren. Dieses sei in erster Linie „wirtschaftsfreundlich“, von einer neuen „Ordnungsidee“ getragen und könne nicht anders als autoritär bezeichnet werden. Was in kapitalkräftigen Kreisen, deren Rolle selten thematisiert wird, sowie in den bürgerlichen Salons vorgedacht worden sei, werde gegenwärtig von einer massenhaften Bewegung auf die Straße getragen. Und bei dieser gehe es nicht schlechthin um einen „plumpen Rassismus“, wie oft erklärt wird, sondern „um die Herstellung einer Massenbasis, die dem fortgesetzten Abbau von sozialen und demokratischen Rechten auf breiter Linie zuträglich sein soll.“ (S. 116) Es könne „davon ausgegangen werden, dass mit der AfD und ihrem in Bürokratie, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik erfahrenem Personal ein professionalisierendes Element in die deutsche Rechte gekommen ist, das bereits jetzt Rückwirkungen auf deren Platz im politischen Kräftespektrum der bürgerlichen Gesellschaft hat.“ (S. 18) Die Saat geht also auf: zielorientierte und machtpolitisch geprägte Veränderungen lassen sich im Feld neu-

rechter Parteien und der Bewegungen erkennen. Ihre ideologische Liaison jedenfalls trägt bereits gegenwärtig Früchte.¹

Es wäre vermessen, von einer solchen knappen Überblicksdarstellung sowie von der auf einen zentralen Aspekt fokussierten Untersuchung darüber hinausgehende Ergebnisse erwarten zu wollen. Weiteres Beobachten und Analysieren sind erforderlich.² Allerdings bestätigt alles, was nach Redaktionsschluss dieser lesenswerten Publikation über die politische Bühne gegangen ist, sowohl die dargestellten kausalen Zusammenhänge als auch die Notwendigkeit, den weiter zu erwartenden Erscheinungen eindeutig und konsequent zu widerstehen. Politikern aller Parteien, die sich als demokratisch verstehen, wäre daher die Lektüre des Bandes eindringlich zu empfehlen.

Phillip Becher, Christian Begass und Josef Kraft: Der Aufstand des Abendlandes. AfD, PEGIDA & Co.: Vom Salon auf die Straße (Neue Kleine Bibliothek 216), PapyRossa Verlag Köln 2015, 130 S., 11,90 Euro.

Marxistische Blätter, Heft 5/2015, 01.09.2015, S. 145-146.

¹ Ob dies, wie Tomasz Koniecz meint, generell als eine „Allianz zwischen Mob und Elite“ bezeichnet werden kann, die für den deutschen Präfaschismus charakteristisch sei, und ob sich der europäische Kontinent bereits „auf dem Weg in einen Faschismus des 21. Jahrhundert“ befindet, darf bezweifelt werden. Tomasz Koniecz: Kampffeld Europa. In: neues deutschland, 20.7.2015, S. 10.

² Einer der Autoren, Phillip Becher, verwies im neuen deutschland vom 22.7.2015, S. 4 auf paradoxe Situationen und zu erwartende Entscheidungskämpfe im Ringen um ein gemeinsames Projekt der Neuen Rechten, mit dem ein „mögliches gegenseitiges Kannibalisieren der Rechtskräfte“ vermieden werden soll.

Ein enthüllendes Arbeitsjournal

Die Lektüre lohnt, dies sei der Besprechung ausdrücklich vorangestellt, handelt es sich doch um ein Buch von höchster Aktualität und zugleich von besonderer Art, das Ulrich Sander den bisher von ihm verfassten oder herausgegebenen Publikationen folgen ließ.¹ Wer des Verfassers unermüdliche und konsequente antifaschistische Tätigkeit kennt, wird weder vom Thema noch von den eindeutigen Fragestellungen und Aussagen überrascht sein. Diese gelten jener unrühmlichen Wiedergutmachungs- und Erinnerungspolitik, die in Bundesdeutschland regierungsamtlich betrieben worden ist und betrieben wird. 55 Jahre mussten vergehen, bevor die Zwangsarbeit – nach Schätzungen geleistet von etwa 20 Millionen Menschen – als nationalsozialistisches Unrecht offiziell in einem Gesetz anerkannt wurde.

Soeben, im Jahr 2015, war zu erleben, wie mühselig gekämpft werden musste, um die juristische Klausel „Kriegsgefangenschaft begründet keine Leistungsberechtigung“ unwirksam werden zu lassen und die wenigen noch lebenden sowjetischen Kriegsgefangenen entschädigen zu können. Ebenso mühselig war es auch am Ende des 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts gewesen, eine Entschädigung für die ausländischen Zwangsarbeiter erreichen. Bei deren Versklavung und menschenunwürdiger Ausbeutung hatte es sich um eines der schwersten Verbrechen deutscher Faschisten gegen die Menschheit gehandelt, doch Politik und Wirtschaft wollten sich ihrer Verantwortung entziehen. Erst erheblicher Druck schuf rund 50 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg Veränderungswillen. Der ungewisse Ausgang zahlreicher Sammelklagen auf Entschädigung, die von ehemaligen Zwangsarbeitern in den USA eingereicht worden waren, sowie die in Deutschland aufflammende politische Diskussion führten im Jahre 2000 zur Gründung der „Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“. Für diese sollten mehrere Milliarden DM aufgebracht werden, zu gleichen Teilen von Industrie und Bund; allerdings wären die Unternehmer – wie Thomas Kuczynski berechnete – zum Zahlen des Achtzehnfachen verpflichtet gewesen. Unter der Voraussetzung, dass alle Klagen vollständig zurückgenommen werden, durften schließlich ehemalige Zwangsarbeiter in fünf osteuropäischen Staaten sowie in Israel und in den USA Anträge auf Entschädigung stellen. Nicht nur die den Deutschen zugesprochene besondere Gründlichkeit verlangte dafür erheblichen bürokratischen Aufwand und vielerlei Recherchen: Antragsteller hatten Nachweise vorzulegen, die zu beschaffen unheimlich viel Aufwand erforderte, Listen mussten erarbeitet und Betriebe ausfindig gemacht werden, die Zwangsarbeiter beschäftigt hatten, usw. usf.

Das alles bietet den geschichtlichen Hintergrund des hier vorzustellenden Buches. Sein Verfasser wirkte, beginnend am 2. Mai 2000 und endend im November 2001 als Nutzer einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme zur Erforschung der Zwangsarbeit in der südwestfälischen Stadt Lüdenscheid – dies trotz mancher Widerstände² erfolgreich. In Form eines Tagebuches beschreibt er die eigene Tätigkeit, seinen Einzug ins Rathaus, seine Ansprech- und Verhandlungspartner, seine Schritt für Schritt vorgelegten Ergebnisse. Am Ende lagen 7.462 Kurzbiografien von Zwangsarbeitern in Lüdenscheid und Umgebung vor, die in Datenbanken zusammengefasst zudem diverse statistische Analysen erlauben. Nicht ohne berechtigten Stolz darf Sander am Ende schreiben, dass nur wenige deutsche Städte über eine aus den vorhandenen Quellen erarbeitete Materialsammlung verfügen (S. 210).³ Vermutlich konnten auf der

¹ Die Macht im Hintergrund. Militär und Politik in Deutschland von Seeckt bis Struck, (Köln 2004); Mörderisches Finale. NS-Verbrechen bei Kriegsende (2008); Von Arisierung bis Zwangsarbeit. Verbrechen der Wirtschaft an Rhein und Ruhr 1933 bis 1945 (2012).

² Um den Auftrag an Sander rankte sich ein Verfassungsschutzskandal, dem der Leiter des Lüdenscheider Stadtarchivs, Dieter Saal, Beeinträchtigungen in seiner Berufsbiografie zu verdanken hatte.

³ Im Zusammenhang mit dem 70. Jahrestag der Befreiung entstanden in anderen Städten und Regionen mehrere Arbeiten, die in unterschiedlichster Weise auch das Thema Zwangsarbeit berühren. Zu verweisen wäre

Grundlage der Lüdenscheider Recherchen etwa 1.500 Überlebende eine Entschädigung erhalten.

Mehrere Darstellungsstränge des Bandes sind ineinander verwoben, ebenso aufschlussreich wie kunstvoll. Pars pro toto – ein Teil anstelle einer Gesamtheit von Vorgängen: Diesem Motto folgt Sander geradlinig und konsequent. Eine der roten Linien seiner Darstellung gilt den Eintragungen in ein Tagebuch. Hier wird akribisch erfasst, was wann und wie zu tun erforderlich gewesen und was jeweils erreicht worden ist. Da erscheinen mitunter Details, die sonst kaum Eingang in historische Darstellungen finden, die jedoch alltägliche Mühen und kleingeistige Querelen drastisch erhellen. Eingebettet in die Tagesberichte tauchen Briefe, Ausschnitte aus Zeitungsartikeln und anderen Dokumenten auf. Das verleiht der Darstellung über weite Strecken dokumentarischen Charakter. Beschrieben werden ebenso Zustände und Verbrechen in einigen Arbeits- und anderen Lagern, gestützt vor allem auf die Publikationen von Gabriele Lotfi und anderer Autoren.⁴ Eingestreut sind auch bemerkenswerte Ausführungen zu den Schicksalswegen einzelner Zwangsarbeiter, zu denen jedoch der titelgebende, aber eher symbolisch angeführte „Iwan“ nicht gehört.⁵ Längere Untersuchungen sehen sich dem spurlosen Verschwinden von 118 montenegrinischen Zwangsarbeitern gewidmet, das offensichtlich zu jenen mörderischen, von NSDAP-Gauleiter und Reichsverteidigungskommissar Albert Hoffmann in den letzten Kriegswochen angeordneten Verbrechen gehört. Die Agonie der Nazi Herrschaft sah sich drakonisch ergänzt durch einen opferreichen Durchhalte-Terrorismus. Mit diesem sollte weniger der propagierte „Endsieg“ gewährleistet werden, eher ging es um das Verwischen von Spuren sowie um Versuche, das Überleben von ausbeutungsgierigen Großindustriellen und führenden Nazis in den erwarteten Kämpfen befreiter Zwangsarbeiter zu sichern.

Immer wieder finden sich in die Tagebuchnotizen eingestreute allgemeine Betrachtungen. Sie entstammen zumeist den in jener Zeit gehaltenen Vorträgen oder publizierten Artikeln des Verfassers. Darin setzt sich Sander ständig mit den unterschiedlichsten, zum Teil auch unsinnigen „Argumenten“ auseinander, denen zufolge es überflüssig oder gar falsch wäre, Entschädigungen zu zahlen. Erhellte wird vor allem Inhalt und Charakter der Forderung, dass endlich ein „Schlussstrich“ gezogen werden müsse.

In seinem Nachwort mit dem Titel „Zehn Jahre danach: Keine Anklage gegen die Quandts und Co.“ berichtet der Verfasser von den leider erfolglosen Bemühungen um eine Mahntafel an einem Gebäude anzubringen, das früher der Familie Quandt gehörte. Hingewiesen sollte damit auf die verhängnisvolle Rolle von Wirtschaftskreisen im Dritten Reich beziehungsweise im Zweiten Weltkrieg. Ferner wird ausführlich ein Vortrag referiert, den Thomas Kuczynski am 8. Mai 2011 im Rückblick auf die Entschädigungsdebatte gehalten hat. Das Resümee: „Ablass zu Ausverkaufspreisen“ ...

u. a. auf Marc Bartuschka (Hrsg.): Nationalsozialistische Lager und ihre Nachgeschichte in der Stadt Region Jena. Antisemitische Kommunalpolitik – Zwangsarbeit – Todesmärsche, Jena 2015; Dieter Rosowski (Hrsg.): Lausitzer Almanach. Sonderausgabe II zum 70. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus: Das Kriegsende in Ostachsen (Berichte, Erinnerungen, Gedanken), Kamenz 2015.

⁴ Gabriele Lotfi: KZ der Gestapo. Arbeitserziehungslager im Dritten Reich, München 2000; Ulrich Herbert: Fremdarbeiter – Politik und Praxis des „Ausländereinsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Bonn 1999; Winkler, Ulrike (Hrsg.): Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte. Köln 2000; Thomas Kuczynski: Brosamen vom Herrentisch, Berlin 2004.

⁵ In Anlehnung an das Buch von Richard David Precht „Lenin kam nur bis Lüdenscheid“ verzichtet der Verfasser auf das Wörtchen „nur“ und erklärt: „Die Iwans aus dem Lande Lenins kamen nicht nur bis Lüdenscheid, sie kamen bis in jedes deutsche Dorf [...] Keiner kam je als Eroberer – so wie die Fritzen als Eroberer und Unterdrücker und als Mörder in ihr Land kamen.“ (S. 233)

Ulrich Sander, Journalist und Bundessprecher der VVN-BdA, versteht seine Recherchen als „kleinen Ausschnitt aus einer leider noch nicht geschriebenen großen Anklageschrift gegen die Täter“ und fühlt sich dem bekannten Schwur der befreiten KZ-Häftlinge von Buchenwald verpflichtet, die den Kampf erst einstellen wollten, „wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht“ (S. 17). Folgerichtig lautet der letzte Satz des lesenswerten Buches: „Das Ringen um Gerechtigkeit geht weiter.“ (S. 237) Die Schlussfolgerung, die er aus dem beschämenden Verhalten deutscher Großunternehmer in den Auseinandersetzungen um die Entschädigung der Zwangsarbeiter zieht und seiner Publikation gleichsam voranstellt, lautet: Ohne Wirtschaftsdemokratie wird es auf die Dauer keine Demokratie mehr geben, wie es auch „ohne die Einschränkung von Rüstungskonzernen und Rüstungsexporten“ keinen Frieden geben könne (S. 13).

Ulrich Sander: Der Iwan kam bis Lüdenscheid. Protokoll einer Recherche zur Zwangsarbeit (Neue Kleine Bibliothek 212), PapyRossa Verlag Köln 2015, 237 S., ISBN 9783-89438-582-8, 15,90 Euro.

Marxistische Blätter, Heft 5/2015, 01.09.2015, S. 149-151.

Und dann sieht man weiter

Die innere Logik von Geschichte für die Zukunft erschließen:

Zum 75. Geburtstag von Friedrich-Martin Balzer

Würde Friedrich-Martin Balzer selbst auf die 75 Jahre seines Lebens zurückblicken und nach einem Motto suchen, er fände es gewiss in dem Ausspruch: „On s’engage, et puis on voit“ – man engagiert sich, und dann sieht man weiter.

Seine Engagiertheit und sein Blick nach vorn auf neue Ziele und Projekte, getragen von unermüdlichem Arbeitswillen, das alles kennzeichnet den über Marburg hinaus bekannten Historiker, Dokumentaristen und Publizisten, der stets für die fortschrittliche Veränderung der Gesellschaft durch sozialkritisch-historisches Wissen eintritt.

Angetrieben von der Befürchtung, dass der Faschismus dort, wo er einmal möglich war, auch immer alles möglich sei, wurden Antifaschismus sowie entschiedene Opposition gegen menschenverachtende Kriege zu Balzers Lebensmaximen. Sie sind das Ergebnis seiner Wege vom Verbindungsstudenten zum Teilnehmer am Internationalen Vietnamkongress im Februar 1968 in Westberlin, vom studentischen Gegner der „Notstandsgesetze“ in der ersten Hälfte der 60er Jahre zum Bibliographen der Gesamtwerke von Wolfgang Abendroth, Helmut Ridder und Hans Heinz Holz, dem Dreigestirn der Notstandsopposition. Balzer wurde vom Sprecher des Marburger Forums zum Mitinitiator und Kandidaten der „Friedensliste“ bei den Europawahlen 1983, vom Kriegskind im Westen zum Teilnehmer des vom Weltfriedensrat ausgerichteten Moskauer Kongresses aus Anlass des 40. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus, vom Studiendirektor im Privatschuldienst zum Mitglied der Marx-Engels-Stiftung.

FMB, wie er oft abgekürzt wird, oder Martin, wie ihn Freunde und Bekannte nennen, lässt sich vom Wissen um die unabweislich wahrzunehmende Verantwortung jedes einzelnen in und für die Gesellschaft leiten. In diesem Sinne versteht er sich als Homo politicus und will mehr als ein schlichter Registrator von Gewesenem sein. Ihm gilt es, die innere Logik von Geschichte und ihre Bedeutung für die Gestaltung von Zukunft zu erschließen. Balzer hält es daher mit Helmut Ridder, dem er viele Anstöße zu eigenem wissenschaftlichen Denken und politischem Handeln verdankt, sah der doch generell in der Wissenschaft ein Synonym für eine bessere Zukunft, die nur hervorgehen kann aus „geschichtsbewusster Gegenwart, d. h. aus einer Gegenwart, die die Vergangenheit nicht verfälscht“.

Als Sohn eines Pfarrers der sich gegen die Gleichschaltung des Protestantismus durch die Nazis wehrenden Bekenntnenden Kirche lernte Martin Balzer früh, gegen den Strom zu schwimmen. Sinnvoll nutzte er im sozialdemokratisch regierten Hessen sich bietende Gelegenheiten und Möglichkeiten. Als Schüler erlebte er einerseits Lehrer, die – den Nachkriegsverhältnissen angepasst – tätig waren, ohne die eigene politisch verfehlte Vergangenheit in den zwölf Jahren hitlerfaschistischer Diktatur aufgearbeitet zu haben, andererseits – und deshalb um so nachhaltiger – wirkte auf ihn Robert Neumanns eindrucksvoller Vortrag im Norddeutschen Rundfunk, betitelt „Ausflüchte unseres Gewissens“. Schließlich geriet eine persönliche Begegnung mit Neumann, damals Vizepräsident des internationalen PEN-Clubs, zu einem Schlüsselerlebnis.

Zugleich trat ein anderer Antifaschist in Balzers Blickfeld: Wolfgang Abendroth, der für ihn prägend werden sollte. Einen Vortrag seines späteren akademischen Lehrers über die deutschen Eliten, die dem faschistischen Mordregime aktiv Unterstützung gewährt hatten, könnte man durchaus als grundlegend und lebensverändernd für Balzer bezeichnen. Mit ihm wird der Teil „Anstöße“ im jüngst erschienenen, den Jubilar ehrenden Band eröffnet.

In Abendroths Vorlesungen hörte der junge Student erstmals den Namen des Pfarrers Erwin Eckert, des Vorsitzenden des Bundes der religiösen Sozialisten in der Weimarer Republik,

der unmittelbar nach seinem Ausschluss aus der SPD 1931 der KPD beigetreten war. Von dessen politischer Widerständigkeit angeregt, begann Balzers eigenes wissenschaftliches Arbeiten. Er fand das Thema, das sein weiteres Leben bestimmen sollte: das Versagen und die Schuld des deutschen Protestantismus vor und während des Faschismus. Zahlreiche Publikationen bezeugen dies, vor allem die gründlich erforschte und spannend erzählte Biographie, die er schließlich dem Pfarrer und Kommunisten Eckert widmete. Bei der Untersuchung der Geschichte des deutschen Protestantismus im 20. Jahrhundert führt an Balzers Arbeiten kein Weg vorbei.

Aus seinen weiteren Publikationen als Verfasser oder Herausgeber ragen jene heraus, die dem antifaschistischen Widerstandskampf und dem geschichtspolitischen Umgang mit ihm gelten oder in denen er sich zum Beispiel mit bundesdeutschen Gerichtsprozessen befasste, deren Aufgabe es war, die Friedensbewegung zu kriminalisieren. Zumeist jedoch sicherte er Spuren von Leben und Werk solcher Persönlichkeiten, die trotz oder gerade wegen ihrer vorbildlichen Haltung verkannt oder gar verachtet waren und ansonsten längst in Vergessenheit geraten wären. Er würdigte die Leistungen von Juristen, Philosophen, Hochschullehrern, Politikern, Historikern und Theologen, die wie er selbst auf jeweils eigene Weise „Abschied vom Bürgertum“ genommen hatten.

Die Gratulation zum „75.“ verbindet sich mit erwartungsvoller Hoffnung: Mögen Dir, lieber Martin, noch viele Jahre in passabler Gesundheit, mit erfolgreicher wissenschaftlicher Arbeit im Kampf um eine friedliche und antifaschistische Zukunft vergönnt sein!

Der Verfasser hat ein Lesebuch von und für Friedrich-Martin Balzer mit Texten von Wolfgang Abendroth u. a. herausgegeben: Anstöße – Erträge – Spiegelungen. Selbstverlag, Marburg 2015, 408 S.

junge Welt, Dienstag, 24.11.2015, S. 11.

Entschädigungslos enteignen

Der 25. November 1925 bildete den Auftakt für eine breite Volksbewegung zum Umgang mit den Vermögen der deutschen Fürstenhäuser

Nach dem November 1918, als die radikale, ja sogar entschädigungslose Enteignung der deutschen Herzoge und Könige möglich und auch zu realisieren gewesen wäre, wurde jahrelang verhandelt. Es floss viel Geld in die Schatullen deutschen Fürsten, die zwar unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg im revolutionären Sturm rasch ihre Throne und Kronen verloren, doch ihre umfangreichen Besitztümer weitgehend behalten hatten. Halbherzig und inkonsequent verhielt sich der „Rat der Volksbeauftragten“, der keine Klärung der Vermögensverhältnisse anstrebte. Wohl hatte er angekündigt, Großgrundbesitzer seien ebenso wie Großindustrielle zu enteignen, allerdings habe dies erst nach der Schaffung einer neuen Reichsverfassung und auf deren Grundlage zu erfolgen. Über das Eigentum der Fürsten sollte zudem nur in den einzelnen Ländern beschlossen werden. Die Orientierung des Rats lautete: Alle Entscheidungen auch über die beschlagnahmten Vermögen haben „rechtsstaatlich“ zu erfolgen, was in der Praxis den Gerichten – in ihnen saßen nach wie vor die monarchistisch gesinnten Richter – freie Hand ließ. Die Folgen waren Dauerquerelen dank der Verlagerung einer an sich politischen Entscheidung auf die juristische Ebene sowie passende Ergebnisse für die blaublütigen Feudalerben.

Einzig in Sachsen-Gotha hatte es am 31. Juli 1919 ein Gesetz gegeben, das den gesamten Besitz des Herzoghauses in Staatseigentum überführte. Betroffen war davon unter der Bezeichnung „Fideikommiss“ vor allem eine Vermögensmasse, in der Regel Grundbesitz, der nicht verkauft werden durfte und beim Tode des Besitzers auf einen Familienangehörigen überging. Der Herzog klagte, gewann aber zunächst nur die Schmalkaldener Forsten zurück. Für den Coburg-Teil des Herzogtums verblieben ihm indessen Schloss, Park und Gut Vallenberg, das Wohnrecht auf der Veste Coburg sowie eine stattliche Abfindung in Höhe von 1,5 Millionen Mark. Für Sachsen-Meiningen betrug die Abfindungssumme sogar 11 Millionen Mark, was zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses 5,8 Millionen Goldmark entsprach.

Entmachtet, aber nicht machtlos

Ähnliches gab es auch in anderen Ländern: In Anhalt erhielt der Herzog 1919 rund 6,5 Millionen Mark. In Mecklenburg-Schwerin verblieben dem Großherzog 10.000 Hektar als Feld- und Forstbesitz. Zudem wurde er mit 6 Millionen Mark abgefunden. Nach dem Ende der Inflation stellte er dennoch, wie viele andere auch, Aufwertungsforderungen. Das sächsische Königshaus erhielt 14 Millionen Mark. Der ihm gebliebene Grundbesitz umfasste 5.143 Hektar und entsprach 1921 einem Gegenwert von 26,7 Millionen Mark. Den bayerischen Wittelsbachern verblieb ein Vermögen im Wert von 150 Millionen Goldmark. Dem württembergischen König wurde eine jährliche Rente von 200.000 Mark zugesprochen und seiner Frau eine Witwenrente in halber Höhe. Zugleich blieben der Familie ca. 11.000 Hektar land- und forstwirtschaftlicher Grundbesitz. Der hessische Großherzog wurde mit knapp 11 Millionen Mark abgefunden und erhielt eine jährliche Rente von 440.000 Mark. Der preußische Staat musste jährlich 2,1 Millionen Mark an Renten und Entschädigungen zahlen.

Genug der Beispiele. Alle belegen, dass keiner der Entthronten am Hungertuche nagen musste. Im Gegenteil: Ihre verbliebenen Besitztümer und die ihnen gezahlten Gelder erlaubten ein Leben, das sich himmelweit von dem breiter Kreise der Bevölkerung unterschied. Diese waren 1924/25 von einer Reihe gewichtiger antisozialer Maßnahmen betroffen, durchgesetzt von den Regierungen der Reichskanzler Wilhelm Marx (30.11.1923-15.1.1925) und Hans Luther (20.1.1925-18.5.1926). Trotz eines beginnenden wirtschaftlichen Aufschwungs wurde mit Hilfe von Notverordnungen der in der Revolution erreichte Achtsturentag faktisch aufgehoben, das Arbeitsrecht verschlechtert, manch eine der Massensteuern erhöht und die Arbeitslo-

senunterstützung gekürzt. Letzteres erfolgte, obgleich allein zwischen dem Oktober 1925 und dem Februar 1926 die Zahl der Erwerbslosen auf das Siebenfache stieg. Alle üblen Nachwirkungen der Inflation, die in den ersten Nachkriegsjahren ungeahnte Ausmaße erreicht hatte, trafen insbesondere die werktätigen Massen. Die wiedereingeführten Schutzzölle für eine Reihe landwirtschaftlicher Produkte bedeuteten beispielsweise für eine vierköpfige Arbeiterfamilie, dass sie im Durchschnitt jährlich 150 Mark mehr als zuvor ausgeben mussten. Zeitgenössische Einschätzungen besagen, dass 1925/26 das Einkommen von sechs bis acht Millionen Deutschen nahe an der sogenannten Hungergrenze lag. Ebenso zählten viele Mittelständler zu den Opfern der Hyperinflation wie auch von den – sie in besonders hohem Maße benachteiligenden – Aufwertungsverfahren, die im Sommer 1925 per Gesetz in Gang gebracht und später sogar von einer eigenen Partei, der 1926 gegründeten Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung, bekämpft wurden.

Soziale Not, alltäglich erlebte, aber politisch gewollte Ungleichheit und Ungerechtigkeit sowie unterschiedliche Konzepte zur weiteren Ausgestaltung des Herrschaftssystems der Weimarer Republik schürzten sich zu einem Knoten, der auf die eine oder andere Weise gelöst werden musste. Jedenfalls sorgte diese Lage unter der Bevölkerung für Missfallen, Empörung und beherzten Veränderungswillen. Der Gedanke lag gleichsam in der Luft, der Untätigkeit und der Unfähigkeit von Regierungen in den sich zuspitzenden Auseinandersetzungen um Abfindung und Entschädigung der deutschen Fürsten mit den in der Weimarer Verfassung gebotenen Möglichkeiten einer direkten Befragung des Volkes zu begegnen. Deren erster Artikel bestimmte ja, dass alle Macht vom Volke ausgehen solle. Entsprechend den Artikeln 73 bis 76 sowie des Gesetzes über den Volksentscheid vom 27. Juni 1921 und der Reichsstimmordnung vom 14. März 1924 waren Plebiszite grundsätzlich erlaubt, wenngleich arg reglementiert und mit hohen Hürden versehen. Sowohl der Reichspräsident als auch der Reichsrat, die Vertretung der Länder, besaßen das Recht, einen Volksentscheid zu beantragen. Den Initiativen von unten musste ein Volksbegehren vorausgehen, das von mindestens einem Zehntel aller stimmberechtigten Wähler unterstützt sein sollte. Selbst dem Volksbegehren war noch ein Zulassungsverfahren vorgeschaltet: Dem Reichsinnenministerium sei ein Antrag von mindestens 5.000 Stimmberechtigten vorzulegen bzw. ein Antrag von Parteien, die glaubhaft machen konnten, dass 100.000 ihrer stimmberechtigten Mitglieder das angestrebte Volksbegehren unterstützen würden. Auf Reichsebene hatte es bis 1926 noch keinen Volksentscheid gegeben, lediglich in einzelnen Ländern – u. a. in Sachsen, Bayern und Braunschweig – fanden 13 mehr oder weniger erfolgreiche Volksbegehren statt.

Helfende Richter und Regierungen

Die Fürsten gehörten als Immobilienbesitzer nicht zu den Verlierern von Inflation und den ihr folgenden Aufwertungsmaßnahmen. Dennoch fochten viele von ihnen ursprünglich zustande gekommene Verträge erneut an, u. a. mit der Begründung, man hätte „nur unter Zwang und Drohung“ zugestimmt. Und sie stellten, wie erwartet werden konnte, immer neue und höhere Forderungen. Die beliefen sich insgesamt auf etwa 2,6 Milliarden Mark. Ende 1925 schwebten vor deutschen Gerichten rund 100 von den Fürsten angestrengte Prozesse. Man hatte Morgenluft gewittert: Alle Ansätze neuer revolutionärer Aktionen waren im Herbst 1923 zerschlagen worden. Erstmals gab es Reichsregierungen ohne Beteiligung der SPD. Statt dessen saßen in ihnen auch Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), die sich in hohem Maße den Interessen feudaler Eigentümer verpflichtet fühlten. Für die alten monarchistischen Kräfte wurde 1925 zudem ein Ereignis in besonderer Weise bedeutsam: Dem verstorbenen Friedrich Ebert folgte im Amte des Reichspräsidenten mit Paul von Hindenburg ein treuer Hüter fürstlicher Interessen, die er wider alle Pflichten seines Amtes 1926, als der Kampf um den Volksentscheid seinen Höhepunkt erreichte, auch in aller Öffentlichkeit mit einem als „privat“ deklarierten Brief unterstützte.

Deutlich widerspiegeln sich die zugunsten der Herrschenden veränderten Verhältnisse in einem Urteil des Reichsgerichtes vom 18. Juni 1925. Es hob in einem „Normenkontrollverfahren voller Kabalen“¹ jenes Gesetz als nicht verfassungsgemäß auf, das in Gotha 1919 die Einziehung des gesamten Domänenbesitzes der Herzöge von Sachsen-Coburg und Gotha vorgesehen hatte. Die Richter sprachen dem Fürstenhaus nun den kompletten Land- und Forstbesitz wieder zu, dessen Gesamtwert sich auf 37,2 Millionen Goldmark belief. Nebenbei: Auch den Verfassern dieses Urteils konnte eigentlich nicht entgangen sein, dass Carl Eduard Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha als entschiedener Gegner der Weimarer Republik auftrat und die Nazis förderte.

Bereits im Jahr zuvor hatten auch die Hohenzollern im Streit um die westpreußischen Güter Flatow und Krojanke vor dem Reichsgericht einen großen Erfolg erfochten. Prinz Friedrich Leopold erstritt am 21. Juni 1924, dass beide Güter zu alleinigem Privatbesitz erklärt wurden. Die obersten Richter der Weimarer Republik sprachen dem Freistaat Preußen alle Rechte daran ab. Auch Wilhelm II. prozessierte um einige Güter – und das Landgericht Cottbus entschied im Februar 1925 zu seinen Gunsten. Nicht zuletzt in der Absicht, den hohen Kosten verlorener Prozesse entgegen zu können, suchte die preußische Regierung, an deren Spitze der Sozialdemokrat Otto Braun stand, nach einem Vergleich zwischen Staat und Hohenzollern. Ein entsprechender Vertragsentwurf wurde am 12. Oktober 1925 vorgelegt. Der aber durfte nicht publiziert werden, die Öffentlichkeit erfuhr nur auf Umwegen von einigen Details. Selbst den Mitgliedern des preußischen Landtages stand es nicht zu, den Text in vollem Wortlaut zu lesen – zu groß war offensichtlich die Furcht vor stürmischen Protesten und Aktionen gegen solche „gemeinschädliche“ Abmachungen, von denen sogar die großbürgerliche *Frankfurter Zeitung* sprach. Zu groß war wohl auch der Aufruhr unter Wählern und Mitgliedern bürgerlicher Parteien, was vor allem in der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) sowie in der großbürgerlich-katholischen Zentrums Partei zu einigen Zerreißproben führte.

In der Tat: Der Inhalt des Vertragsentwurfes bot viel Anlass zu Empörung und Widerstand. Er sah vor, dass dem preußischen Staat 111.000 Morgen Grundbesitz, den Hohenzollern hingegen 390.000 Morgen Land zufallen sollten. Zudem verblieben letzteren einzelne Schlösser, der Familienschmuck, zahlreiche Kunstwerke. Als Barabfindung waren 30 Millionen Reichsmark vorgesehen. Wie Hohn nahm sich Erklärung von Sprechern des Fürstenhauses aus, das Ergebnis sei vor allem dank seines „Entgegenkommens“ möglich gewesen. In dieser Situation regten einige Politiker an, die Probleme mit Hilfe eines Reichsgesetzes zu klären. Mehrere Länder, darunter auch Thüringen, wo der konservative „Ordnungsbund“ regierte, forderten dies ebenfalls und erklärten nachdrücklich, es müsse so endlich auch der Notlage des Volkes „gebührend Rechnung“ getragen werden.

Um die erwarteten Debatten über den umstrittenen Vergleich zwischen Preußen und den Hohenzollern zu entschärfen und möglichst sogar abzuwenden, legte die Reichstagsfraktion der DDP am 23. November 1925 dem Parlament einen Gesetzentwurf vor, der die Länder ermächtigen sollte, ihre Auseinandersetzungen mit den ehemaligen Landesherren „durch Landesgesetz unter Ausschluss des Rechtsweges zu regeln“. Anzustreben sei, so wurde oft auch von anderen getönt, eine „gerechte“ und mit dem „Staatswohl“ vereinbare Abfindung der ehemaligen Fürsten.

KPD gegen Raubzug der Fürsten

Daraufhin brachte die Fraktion der Kommunisten, der Entrüstung und dem Protest in breiten Kreisen der Bevölkerung folgend, zwei Tage später einen eigenen Gesetzentwurf ein, der eine entschädigungslose Enteignung der früheren Fürstenhäuser vorsah. Das glich einem Paukenschlag und verstärkte in der Öffentlichkeit sowie in allen Parteien die erregten Debatten, kam

¹ Otmar Jung: Direkte Demokratie in der Weimarer Republik, Frankfurt/New York 1989, S. 51

jedoch keineswegs überraschend. Ein Antrag zur „Enteignung des Vermögens der vormaligen Bundesfürsten“ war von der KPD bereits im Oktober 1924 vorgelegt worden. Im Januar 1925 hatte sie eine entschädigungslose Enteignung „allen Großgrundbesitzes“ gefordert. Auf ihrem X. Parteitag (12.-17.7.1925) war eindeutig formuliert worden, es gelte, die Reste des „Feudalismus auf dem Lande“ zu beseitigen. In ihrem Gesetzentwurf vom 25. November hieß es, das Eigentum der Fürsten solle den einzelnen Ländern zufallen und die „Landnot kleiner Bauern und Pächter“ lindern helfen. Die Schlösser und Gebäude sollten zur Behebung der Wohnungsnot dienen oder als Genesungs- und Versorgungsheime für Kriegsbeschädigte, Sozialrentner, bedürftige Opfer der Inflation und verarmte Kleinrentner sowie für Kinderheime und Erziehungsanstalten verwendet werden.

Ähnliche Forderungen waren auch von Sozialdemokraten erhoben worden. Dem Heidelberger Parteitag der SPD lag Mitte September 1925 ein Antrag vor, der sich für die „Einziehung des gesamten Hohenzollernbesitzes“ aussprach. Man überwies ihn an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Dort allerdings kam er nicht zur Sprache, als man am 23. November 1925 auf den DDP-Vorstoß positiv reagierte und an diesem lediglich kritisierte, er enthalte nichts zu einer rückwirkenden Besteuerung des Fürstenbesitzes seit 1918.

Hart prallten die Meinungen aufeinander, als der Reichstag am 2. Dezember 1925 sowohl über den Antrag der DDP als auch über den der KPD zu debattieren begann. Kommunistische und sozialdemokratische Redner, darunter Theodor Neubauer und Philipp Scheidemann, stimmten in der Analyse der schändlichen Verhältnisse weitgehend überein, weniger in den politischen Schlussfolgerungen. In den Reden der Vertreter anderer Parteien tauchten hingegen bereits in dieser Reichstagssitzung alle Argumente auf, die in den folgenden Monaten (und fortgesetzt auch von einigen Geschichtsschreibern!) gegen die Initiative der Kommunisten ins Feld geführt wurden. Zeitgenossen behaupteten, eine Enteignung sei Unrecht (obgleich Artikel 153 der Weimarer Verfassung eine solche als möglich auswies), sie verstoße gegen den Rechtsstaat, widerstrebe aller Moral, sie bedeute nichts anderes als Raub und Diebstahl. Demgegenüber verwies Theodor Neubauer für die KPD-Fraktion auf die unerhörte Tatsache, dass die Regierung bereit sei, Millionenwerte denen auszuliefern, die maßgeblich an der Katastrophe des Weltkrieges mitgewirkt hatten, den Opfern und Leidtragenden dieses Krieges aber nicht einmal das Notwendigste zum Leben gewähren wolle. Die Frage, ob es eine Abfindung der Fürsten oder deren Enteignung geben solle, sei so gewichtig, dass darüber das Volk entscheiden müsse. Damit kam in den Auseinandersetzungen um das Vermögen der Fürsten der Gedanke an eine neue Form der Lösung strittiger Fragen auf die politische Tagesordnung. Ein „offener Brief“, den die KPD am 2. Dezember an die Vorstände der SPD und anderer Verbände richtete, warb für ein gemeinsames außerparlamentarisches Vorgehen mit der Parole „Keinen Pfennig den Fürsten!“

Damit war der Stein ins Rollen geraten. Es entstand eine Volksbewegung, die sich gegen die Fürsten sowie gegen Fürstendiener und Fürstenbediener richtete: Dies führte im folgenden Jahr zunächst zu einer (leider nicht anhaltenden) Verständigung zwischen den Arbeiterparteien, zu einem erfolgreichen Volksbegehren (4. bis 17. März 1926), dann zum Volksentscheid vom 20. Juni 1926, an dem sich nahezu 40 Prozent aller Wahlberechtigten beteiligten und 14,6 Millionen Bürger für eine entschädigungslose Enteignung der deutschen Fürsten stimmten – mehr als bis dahin für die Arbeiterparteien gestimmt hatten, zu wenig schließlich, um den gesetzlichen Vorgaben zu entsprechen.

Aus den Quellen:

Artikel zwei und drei des Gesetzentwurfes der KPD zur entschädigungslosen Enteignung der deutschen Fürsten lauteten:

„Das enteignete Vermögen wird verwendet zugunsten a) der Erwerbslosen; b) der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen; c) der Sozial- und Kleinrentner; d) der bedürftigen Opfer der Inflation; e) der Landarbeiter, Kleinpächter und Kleinbauern durch Schaffung von Siedlungsland auf dem enteigneten Landbesitz. Die Schlösser, Wohnhäuser und sonstigen Gebäude werden für allgemeine Wohlfahrts-, Kultur- und Erziehungszwecke, insbesondere zur Errichtung von Genesungs- und Versorgungsheimen für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene, Sozial- und Kleinrentner sowie von Kinderheimen und Erziehungsanstalten verwendet. [...] Die Durchführung dieses Gesetzes kontrolliert ein Ausschuss von 50 Personen, die aus den Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gewählt werden. Die Sitzungen dieses Ausschusses müssen öffentlich sein.“

Theodor Neubauer (KPD) am 2. Dezember 1925 im Reichstag:

„Das deutsche Volk ist mit den Fürsten so verfahren wie kein anderes Volk. [...] Die Situation, in der wir heute stehen, ist das Vollkommenste an Bizarrem, was man in Deutschland erleben kann. Es gab eine Zeit, in der man durch einen Federstrich hätte enteignen können, einfach durch die Macht des Proletariats. Heute nun kommen die Gesetzesentwürfe, wo ein monarchistischer Reichspräsident da ist, wo wir eine monarchistische Regierung haben, die Regierung Luther-Stresemann-Kanitz-Geßler, wo wir eine Reichstagsmehrheit haben, über deren monarchistische Gesinnung kaum ein Zweifel bestehen kann. Ich habe die Ehre, diese Rede unter einem Präsidenten zu halten, dessen monarchistische Gesinnung auch wohl nicht unbekannt ist. Angesichts dieser Situation geben wir uns keinen großen Illusionen über das hin, was bei diesen Beratungen herauskommen wird. [...] Wir sind der Meinung, dass hier das Volk entscheiden muss“.

Philipp Scheidemann (SPD) am 2. Dezember 1925 im Reichstag:

„Der kommunistische Antrag ist ganz agitatorisch aufgezogen. Parlamentarisch ist damit nichts anzufangen. [...] Das Land ist den Fürsten nichts schuldig, die Fürsten dem Land alles! Die Herausgabe der geforderten Länder und Güter, der Millionen an die Fürsten wäre eine Herausforderung des deutschen Volkes, wie man sie sich schlimmer in dieser Situation nicht vorstellen kann. Meine Damen und Herren! Es liegt Zündstoff genug draußen. Hüten wir uns, dass wieder Funken hinausgehen, die großes Unheil anrichten könnten. Stellen Sie sich auch vor, wie das Volk aufgewühlt werden müsste bei einem Volksentscheid. Und ist einer unter Ihnen, der im Zweifel darüber ist, wie der Volksentscheid ausfallen würde, wenn man dem Volk, von dem drei Viertel, vielleicht fünf Sechstel, tatsächlich schwerste Not leiden, die Frage vorlegte, Millionen und Milliarden an die Fürsten hinauszugeben oder nicht? Ich zweifle nicht daran, wie diese Antwort ausfallen würde. Niemand von Ihnen, meine Damen und Herren, vergesse, dass wir hier sitzen als erwählte Vertreter des deutschen Volkes, aber nicht als Fürstenknechte!“

Zu den Ursachen der Volksbewegung für eine entschädigungslose Enteignung der deutschen Fürsten schreibt der Politikwissenschaftler Otmar Jung (Direkte Demokratie in der Weimarer Republik, 1989, S. 52):

„Es wirkte absurd, wenn im siebten Jahr nach dem Ende der Monarchie eine Schaumburg-Lippische Nebenlinie ein Paragium [Abfindung nachgeborener Prinzen, M. W.] gerichtlich erstritt; die geprellten Sparer fühlten sich provoziert, wenn thüringische Duodezfürsten die Aufwertung ihrer Abfindungen forderten; die Menschen verstanden es nicht, dass der sozialdemokratisch regierte Freistaat Preußen 1925 mit den Hohenzollern einen Vertrag schließen zu müssen meinte, der diesen Hunderte von Millionen in Latifundien und Kapital übergeben sollte. Im Grunde handelte es sich um einen bemerkenswerten Fall von Ungleichzeitigkeit: Die Akteure verhandelten, stritten und provozierten weiter, wie es seit Jahren Routine war, und merkten nicht, wie ihr Tun anachronistisch wurde. Was 1918/19 überall fast mit Selbst-

verständlichkeit hingenommen worden war – die großzügige Abfindung der gestürzten deutschen Fürsten – [...] ließ in seiner Karikatur von 1925 den etablierten Politikbetrieb bersten.“
junge Welt, Mittwoch, 25.11.2015, S. 12.

Er, und wieder nur er

Der Historiker Peter Longerich meint: Hitler war's!

Ja, schon wieder erschien ein dickleibiges Buch über Hitler. Verfasst hat es Peter Longerich, seit 2013 tätig an der Bundeswehr-Universität in München. Wer lediglich nachschlagen will, wann was der „Führer“ geredet, geschrieben, entschieden, befohlen hat oder wohin er gereist ist, der wird hier bedient. Alles ist penibel erfasst und ausführlich dargestellt – und doch gibt es bemerkenswerte Lücken.

Natürlich wird auch für dieses Buch geworben, wie es das Verlagsgeschäft nun einmal verlangt. Es setze neue Maßstäbe und enthalte, so heißt es, einen „neuen Blick auf Hitlers Herrschaft und seine Rolle in der Geschichte des Nationalsozialismus“. Neu ist jedoch weder die Tatsache, dass Hitler bis 1919 ein „Niemand“ war, noch die interessengeleitete Förderung des angehenden Politikers durch die Reichswehr (wobei Longerich vornehm formuliert, Hitler habe „unter“ deren Schutz gestanden). Neu ist ebenso wenig der Versuch, Hitler für die Jahre zwischen 1930 und 1933 als die zentrale Figur darzustellen, ganz nach dem Motto: Machtergreifung durch ihn statt Machtübertragung an ihn. Hitler sei weder von einer Massenbewegung noch von einer konservativen Camarilla, die ihn instrumentalisieren wollte, ins Kanzleramt getragen worden. Wolle man seinen Weg erklären, so Longerich, müsse „das Moment von Hitlers persönlichem Handeln ins Zentrum gerückt werden“.

Berechtigt wird als neu herausgestellt, Hitler sei im „politischen Tagesgeschäft“ aktiver als bisher angenommen tätig und ein „Kontrollfreak“ gewesen. Alles andere ist lediglich als eine ausführliche Neuauflage des alten Mottos: Hitler war's. Er allein! Ohne ihn keine Diktatur, kein Krieg, kein Holocaust. Longerichs Buch ist eine „One-Man-Show“, ließ ein Kritiker im konservativen Blatt „Die Welt“ (6.11.) verlauten.

Verständlich, dass da die Auffassungen anderer Autoren sehr kurz und mitunter wenig schmeichelhaft abgetan werden. Beispielsweise führt Longerich gegen die These von Martin Broszat über den „Faktor Hitler“, das Argument an, man dürfe Hitler nicht nur als „Katalysator“ oder „Medium“ historischer Prozesse darstellen, die „unabhängig von seiner Person existierten“. Ebenso dürfe man nicht, wie dies Ian Kershaw „strukturalistisch“ getan habe, Hitler primär mit dem Verweis auf gesellschaftliche Kräfte sowie das Bedingungsgefüge des NS-Herrschaftssystems erklären. Es lauere die Gefahr (sic!), dass Hitler als handelnde Person verloren gehe, würden die „historischen Umstände und Bedingungen“ umfassend erläutert. Dies führe dazu, „Hitler in seiner historischen Bedeutung zu marginalisieren und seine persönliche Verantwortung in einem historischen Prozess verschwinden zu lassen“. Kurzerhand fordert Longerich auch, sich endgültig von Hans Mommsens Bild des „schwachen Diktators“ zu verabschieden. Eine Auseinandersetzung mit Publikationen marxistischer Historiker über Hitler und die Geschichte des deutschen Faschismus findet gleich gar nicht statt.

Berührt Longerich strittige Fragen der Deutung (z. B. zu den Ursachen des Reichstagsbrandes, zur Relation innen- und außenpolitischer Motive u. ä. m.), rettet er sich mehrfach in die Aussage, sie seien ohne Belang oder zweitrangig, da eh angenommen werden dürfe, alles sei von Hitler entschieden worden. Nach seiner Auffassung sind entscheidende Weichenstellungen in Hitlers Politik nicht auf äußere Zwangslagen und strukturelle Bedingungen zurückzuführen, sondern auf Entscheidungen, die „er gegen Widerstände und erhebliche retardierende Elemente durchgesetzt“ habe. Alles dank seiner Fähigkeit, „außerordentlich komplexe Situationen durch geschicktes, flexibles und (nach längerem Zögern dann doch) entschlossenes politisches Handeln neu zu ordnen; dies ... mithilfe eines Herrschaftsinstrumentariums, das auf die Durchführung seiner Politik hin gestaltet und abgestimmt war.“

Der Band dient, das soll hier nicht verkannt werden, einer sachlich (frei auch von sonst üblichen antikomunistischen Vorwürfen) gehaltenen Vermittlung von Kenntnissen. Er offenbart indessen zugleich eine arg beschränkende Erkenntnisabstinenz zu Gunsten der These, Hitler habe sich selbst einen enormen Handlungsspielraum, ja sogar eine „Handlungsautonomie“ verschafft: „Er war in der Lage, über Krieg oder Frieden zu entscheiden, er legte die Grundlagen für die ‚Neuordnung‘ des europäischen Kontinents nach eigenem Gutdünken fest, er entschied über Genozid und andere Massenmorde willkürlich aufgrund ‚rassischer‘ Gesichtspunkte.“ Hitler sei weniger ein Programmatiker oder Ideologe als vielmehr ein primär skrupelloser und aktiver Politiker gewesen. Auch hätten sein Charisma und die ihm zugeschriebenen übermenschlichen Fähigkeiten nicht jene Rolle gespielt, die oftmals als Erklärung der enthusiastischen Zustimmung großer Teile der Deutschen herhalten müssten. In diesem Zusammenhang wird berechtigt auf die Tatsache verwiesen, dass es zwischen 1933 und 1945 keine in sich geschlossene „Volksgemeinschaft“ gab, wie die zeitgenössische Propaganda glauben machen und damit eine „ausgeklügelte Herrschaftstechnik“ verdecken wollte.

Natürlich werden historische Voraussetzungen und Bedingungen erwähnt. Insbesondere sei die Existenz einer „rechtsextremen Massenbewegung als Reaktion auf die Kriegsniederlage, Revolution und den Versailler Vertrag, auf die Weltwirtschaftskrise und das Versagen der Demokratie“ bedeutsam gewesen, schreibt Longerich. Doch beiläufig und nur für die 1920er Jahre wird die Rolle der deutschen Eliten erwähnt, überdies lückenhaft. Da fehlt z. B. die Denkschrift Hitlers aus dem Jahre 1927, die der Großindustrielle Emil Kirdorf von ihm verlangt hatte und die er unter seinesgleichen verbreiten ließ. Nicht erst in den Jahren der Weltwirtschaftskrise wollten zahlreiche Wirtschaftsbesitzer mehr über die neue Bewegung erfahren und sie für die Durchsetzung eigener politischer Ambitionen nutzen. Merkwürdig auch, dass Longerich die wegweisende Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie vom Herbst 1929 mit dem suggestiv Alternativlosigkeit vortäuschenden Titel „Aufstieg oder Niedergang?“ nicht einmal erwähnt. Ebenso fehlt die bekannte Eingabe von Industriellen und Großagrariern an Hindenburg vom November 1932, in der die Einsetzung Hitlers als Reichskanzler gefordert worden ist. Die Begegnung führender Industrieller mit Hitler am 20. Februar 1933 ist Longerich nur sieben Zeilen wert.

Sicher trifft zu, dass jede Zeit und jede Generation sich ein neues Bild von der Geschichte macht, auch von Hitler. Es muss aber die Frage erlaubt sein, wem es dient, in Zeiten weltweiter Krisen und Kriege für den bislang schlimmsten aller Kriege lediglich eine einzige Person verantwortlich zu machen und Fragen nach gesellschaftlichen Verhältnissen und Interessen zu vernebeln.

Peter Longerich: Hitler. Biografie. Siedler Verlag, München 2015. 1296 S., geb., 39,99 Euro.

Neues Deutschland, Freitag, 18. Dezember 2015, S. 16.

Ein altes Thema neu gemustert

Der Münchener Historiker Thomas Vordermayer, der als Mitarbeiter des Münchener Instituts für Zeitgeschichte an der kritischen Edition des Hitlerschen Kampf-Buches mitgewirkt hat und zu deren Herausgebern gehört, untersucht in seiner ideologie- und literaturgeschichtlichen Arbeit außerordentlich quellengesättigt das Thema der ideologischen Wegbereitung des Faschismus am Beispiel von drei „Wegbereitern“, die er als „gemäßigt“ charakterisiert: Hans Grimm, Autor des bekannten und damals weit verbreiteten Romans „Volk ohne Raum“¹, Guido Kolbenheyer, Verfasser zahlreicher Bücher und Theaterstücke sowie im Dritten Reich hofierter Schriftsteller, und Wilhelm Stapel, der vor allem als Chefredakteur der vom *Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband*² unterstützten Zeitschrift *Deutsches Volkstum. Monatsschrift für das deutsche Geistesleben* in Erscheinung trat.

Allen drei bescheinigt der Verfasser, 1914 keine Kriegsenthusiasten gewesen zu sein und sich erst unter dem Eindruck der Niederlage im Ersten Weltkrieg radikalisiert zu haben. Eine „prekäre Verengung ihres politischen Denkens“ sei zur „Basis und Grundvoraussetzung ihres schriftstellerischen und publizistischen Einflusses während der Weimarer Republik“ geworden. Von der Novemberrevolution wird in diesem Zusammenhang nicht gesprochen, lediglich von einer grundstürzenden Erschütterung herkömmlicher Vorstellungen und dem Bewusstsein einer existenziellen Bedrohung durch innere und äußere Feinde (45 f.).

Vordermayers Untersuchungen beruhen weniger auf den literarischen Produkten der drei Personen, sondern auf neu erschlossenen Nachlassen, in denen der private Briefwechsel eine intensive Interaktion und Zusammenarbeit völkischer Schriftsteller erkennen lässt. Der Verfasser beschreibt auf dieser Grundlage vor allem deren Rezensions- und Werbetätigkeit als ein Netzwerk jenseits der engeren Grenzen des völkischen Vereins- und Verbandswesens, dessen ideologisches Kompetenzgerangel und gegenseitige Beargwöhnung bislang allein im Vordergrund der Forschung gestanden hatten. Insbesondere geht er zwei zentralen Fragestellungen nach: *erstens* der nach den Formen und Grenzen konstruktiver Kooperation, die es sowohl in der Weimarer Republik, als auch im Dritten Reich und in den frühen Jahren der Bundesrepublik zwischen Grimm, Kolbenheyer und Stapel gegeben hat; *zweitens* der Frage, wie und mit welchem Erfolg die drei Anschluss an die Eliten des Bildungsbürgertums fanden, wozu exemplarisch einige Publikationen dreier Hochschullehrer analysiert werden.

Der Band gliedert sich in sechs größere Kapitel. Im ersten und einleitend werden der Begriff des „Völkischen“ erörtert sowie die bisherige Forschung und die Quellenlage vorgestellt. Der zweite Teil behandelt die Lebenswege der drei Hauptfiguren sowie die Formen ihrer „symbiotischen Kooperation“. Hier warnt der Verfasser aus seiner netzwerkanalytischen Perspektive davor, trotz der ausführlich behandelten persönlichen Spannungen und Konflikte zwischen den Akteuren diese sowie die Rolle verletzter Eitelkeiten und ausufernder Geltungsbedürfnisse überbewerten zu wollen. Der dritte Teil untersucht die gesellschaftliche Tiefenwirkung der drei Autoren und erhellt ihren stets erhobenen, aber angesichts der Fakten völlig unberechtigten Vorwurf, in der Öffentlichkeit „totgeschwiegen“ zu werden. Mit Recht spricht Vordermayer davon, diese Larmoyanz sei auch als eine wider besseres Wissen betriebene „rhetor-

¹ Siehe dazu vor allem Annette Gumbel: „Volk ohne Raum“. Der Schriftsteller Hans Grimm zwischen national-konservativem Denken und völkischer Ideologie, Darmstadt 2003; Jungst befasste sich der (zumindest in Ostdeutschland sehr bekannte) Literaturhistoriker Dieter Schiller mit Grimm. Siehe Dieter Schiller: Kolonialideologie und Sozialdemagogie. Notizen zu Hans Grimms Roman „Volk ohne Raum“. In: Rundbrief. Hrsg. von der Bundesarbeitsgemeinschaft Antifaschismus der Partei DIE LINKE, H. 2/2015, S. 20-27.

² Siehe dazu den von Dieter Fricke und Werner Fritsch verfassten Beitrag in: Lexikon zur Parteiengeschichte 1789-1945. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland, Bd. 2, Leipzig 1984, S. 457-475.

rische Strategie im fortwährenden Kampf um literarische Absatzmärkte“ zu verstehen (105 f.). Um die in panischer Angst formulierte Aussage völkischer Kulturkritiker zu widerlegen, nicht weniger als 95 Prozent der deutschen Presse stunden unter direktem jüdischen Einfluss, stellt der Autor fest, es habe in den freien Berufen keine Dominanz von Juden gegeben, was antisemitische Autoren dennoch nicht davon abhielt, Schlagworte wie „Überfremdung“, „Zersetzung“, „Verniggerung“ und so weiter zu verbreiten. Da mag, nebenbei gesagt, durchaus der Eindruck entstehen, dass in der gegenwärtig festzustellenden Wiederbelebung rechtsnationalistischer sowie völkisch-rassistischer Thesen nicht nur alte Klischees neu verwendet werden, sondern auch alte Methoden ihrer Verbreitung erneut angewandt werden.³

Im vierten Teil, im Grunde die den Ehrenpromotionen Grimms und Kolbenheyers gewidmeten universitätsgeschichtlichen Erkenntnisse des dritten fortführend, wird völkisches Denken gesinnungsgleicher Professoren am Beispiel ihrer wichtigsten Bücher analysiert. Es handelt sich um die Publikation *Selbstbesinnung in deutscher Not* von Felix Kruger (Leipziger Ordinarius für Philosophie und Direktor des Instituts für experimentelle Psychologie), um das Buch *Der Völker Vergehen und Werden* von Andreas Thomsen (Strafrechtsprofessor in Münster) und die völkisch-rassistischen Thesen von Adalbert Wahl (Tübinger Ordinarius für Neuere Geschichte). Das als zweites Grundanliegen des Bandes bezeichnete Hineinwirken von Grimm, Kolbenheyer und Stapel in das deutsche Bildungsbürgertum umfasst knapp 40 Seiten und damit gerade mal rund zehn Prozent des gesamten Textes. Ausführlich stellt Vordermayer im fünften Teil die großen Erwartungen dar, die es bei Grimm, Kolbenheyer und Stapel gegenüber der NSDAP gab, die nach 1933 in Enttäuschungen mündeten. Bei ihnen sei „eine spannungs- und widerspruchsvolle Gleichzeitigkeit von Wohlwollen und Skepsis, Hoffnung und Verunsicherung, Unterschätzung und Bedeutungszuschreibung“ zu beobachten. Doch Gleichzeitigkeit besagt nicht Gleichrangigkeit oder gar einen Minderungsgrund für die Rolle, die sie tatsächlich im faschistischen Herrschaftssystem gespielt haben.

Von dieser zeugen hingegen die umfangreich verwendeten Quellen recht eindeutig. Belegt wird, dass Stapel nachdrücklich das Anliegen des Putsches vom November 1923 verteidigte, auch wenn er – was als Kritik, nicht als taktischer Ratschlag dargestellt wird – nach der Neugründung der NSDAP monierte, man hatte nicht in München bleiben, sondern nach Berlin gehen sollen. Auch in Grimms publizistischen Beiträgen sei eine frühe Unterstützung für die Nazis zu erkennen. Kolbenheyer trat 1931 dem Rosenbergschen Kampfbund für deutsche Kultur bei, trotz der Sorge, er könne zu einem „Parteidichter“ gestempelt werden. Vielmehr wollte er einen Platz als Lehrmeister für den Chefideologen der NSDAP einnehmen. Ganz in diesem Sinne hatte auch Stapel einer Zeitung mitgeteilt, er habe „nicht die Absicht, als Gegner des Nationalsozialismus aufzutreten“, er wolle aber „eine bessere Erfahrung“ einbringen. Dies einem „pädagogischen Anspruch auf politische Belehrung“ zuzuschreiben, geht in die Irre, zumal Vordermayer seine Untersuchungsergebnisse kaum mit realgeschichtlichen Problemen zu verbinden weis. Das lässt sich unter anderem an seiner Darstellung so mancher „Bitte“ erkennen, die im Herbst 1932 der NSDAP zuteil wurde. Da riet Grimm, sie solle nicht zu sehr „Arbeitnehmer-Politik alten und [...] marxistischen Stils“ betreiben. Ohne die krisenhafte Situation zu skizzieren, in der die NSDAP sich damals befand, ohne auch nur einmal die sozialdemagogischen Bemühungen Gregor Strassers zu erwähnen, es wird – wie konnte es anders sein – lediglich auf den Streik der Berliner Verkehrsarbeiter verwiesen. Grimm begriff in seiner Furcht vor dem Kommunismus offensichtlich nicht einmal den taktischen Sinn einer Beteiligung der Nazis an diesem Streik, was ihm Goebbels mit den Worten nahe legte, er solle doch nicht „den Schein von heute für das Sein von morgen“ nehmen (278). Er, Kolbenheyer und Stapel sahen sich nach dem bejubelten 30. Januar 1933 zu wenig respektiert und ge-

³ Abgesehen von einer kurzen Erwähnung Thilo Sarrazins (237) vermeidet der Verfasser den Blick auf aktuelles Geschehen.

würdigt, fühlten sich als Angehörige einer älteren Generation ausgegrenzt und meinten recht selbstbewusst, eine Nichtbeachtung ihrer Ratschläge wurde zu einer existenziellen Krise des Staates führen. An ihrer grundsätzlichen Befürwortung des braunen Regimes änderte das allerdings nichts, auch nichts an ihrer Bereitschaft zu propagandistischer Lobpreisung des „neuen“ Deutschlands sowohl innerhalb oder außerhalb seiner Grenzen. Brutaler Terrorismus gegenüber Antifaschisten, Judenverfolgung, Aufrüstung, „Raum“-Gewinn, der Angriff auf die Sowjetunion (von Kolbenheyer als Verteidigung der gesamten „weisen Kulturrasse“ gerühmt) – nichts davon fand Ablehnung oder gar Protest. Man stand zum Dritten Reich in demonstrativer Treue. Dass der Autor von den drei nicht als Nazis spricht, obgleich Kolbenheyer 1940 der NSDAP beitrug, ergibt sich aus seinem Konzept. Unverständlich bleibt jedoch, weshalb er sie sogar als „gemäßigte“ Völkische“ bezeichnet (4).

Das letzte Kapitel behandelt die gesellschaftliche „Ausgrenzung“ der drei nach 1945, gedeutet als jäher gesellschaftlicher Bedeutungsverlust (7), dem sie zum Teil mit trotzigem Aufbegehren und wiederholt mit Versuchen einer Ehrenrettung des Hitlerfaschismus begegneten. Erneut stellten sie sich als Opfer und abermals Schlechtweggekommene dar, darin sogar untereinander Versöhnung findend nach den früher lebhaft ausgetragenen Konflikten. Bis zu ihrem Tod blieb der Faschismus zentraler Bezugs- und Fixpunkt ihres politischen Denkens. Während Stapel zu resignieren begann, versuchten die beiden anderen in einer Vielzahl von Büchern, Artikeln (unter anderem in der Zeitschrift *Nation Europa*) und Veranstaltungen, die angeblich hehren Ideen des „Nationalsozialismus“ und des „Führers“ zu feiern. Deren Ehrenrettung galt ihr Anliegen. Dabei fanden sie bis weit in die 1960er Jahre hinein ihr Publikum.⁴ Für die Zeit danach heißt es, lediglich marginale Randgruppen der Gesellschaft hatten sich noch mit ihren Werken identifiziert.

Sein Buch beschließt Vordermayer mit dem Satz: „Und so ist es bis heute geblieben“. Geht jedoch die Rechtsentwicklung in Deutschland und in anderen europäischen Ländern so wie in den letzten Jahren weiter, muss daran allerdings gezweifelt werden.

Thomas Vordermayer: Bildungsbürgertum und völkische Ideologie. Konstitution und gesellschaftliche Tiefenwirkung eines Netzwerks völkischer Autoren (1919-1959) (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, Bd. 109), DeGruyter Verlag Oldenburg 2016, 470 S., 49,95 Euro.

Marxistische Blätter, Heft 2/2016, 01.03.2016, S. 148-151.

⁴ Leider fehlt die Gedenkrede auf Grimm, Kolbenheyer und Will Vesper des völkischen Ultranationalisten und späteren NPD-Mitgliedes Wilhelm Pleyer (München und Stuttgart 1962) in dem ansonsten umfang- und hilfreichen Quellen- und Literaturverzeichnis (429-464).

Erfrischender Märzsturm

Im Frühjahr 1926 unterschrieben rund 13 Millionen Staatsbürger des Deutschen Reichs für ein Volksbegehren zur Enteignung der Fürsten

Mächtig rumorte es vor neun Jahrzehnten in Deutschland: Empörung machte sich breit, wachsender Protest richtete sich gegen offenkundige Ungerechtigkeit. Da gab es auf der einen Seite das enorme Vermögen der Fürstenhäuser. Auf der anderen Seite litten Arbeitslose alltäglich unter wachsender sozialer Not, ebenso all die anderen Opfer von Inflation und Aufwertungsgesetzen. Sechs bis acht Millionen Deutsche lebten nahe der sogenannten Hungergrenze, wie Zeitgenossen errechneten, während adlige Familien ihre in Revolution und Inflation geretteten Reichtümer auf deren Kosten erheblich vermehren wollten. Von dieser Situation ausgehend hatten die kommunistischen Abgeordneten mit ihrem am 25. November 1925 im Reichstag eingereichten Antrag auf eine entschädigungslose Enteignung der deutschen Fürsten (jW-Thema, 25.11.2015) einen mächtigen Stein ins Rollen gebracht. Der Gesetzesentwurf gab den antifeudalen und republikanischen Stimmungen eine Orientierung und löste vielfältige Aktionen einer breiten demokratischen Volksbewegung aus.

Vorgegeben war damit das Hauptthema für alle Auseinandersetzungen in den ersten Monaten des Jahres 1926. In dieser Zeit entbrannte der Kampf um ein Volksbegehren, das verfassungsgemäß einem Volksentscheid voranzugehen hatte. Rasch nahm dies den Charakter einer politischen Auseinandersetzung um grundlegende Fragen mit hoher gesellschaftlicher Sprengkraft an. Auf der Tagesordnung standen Durchsetzung und Sicherung der Weimarer Demokratie. Darüber hinaus ging es in allen beteiligten Parteien auch um die Klärung der grundlegenden Frage, wie angesichts bestehender Eigentumsverhältnisse soziale Gerechtigkeit erreicht oder aber verhindert werden kann. Die Kluft zwischen Regierungspolitik und dem Volkswillen war zu groß geworden, um die Fürsten nach ihrer politischen Entmachtung durch die Novemberrevolution von 1918 weiterhin wie bis dahin „abfinden“ oder auch nur teilweise enteignen zu können.

Der Weg zum Volksbegehren begann, als sich die Wahlberechtigten vom 4. bis zum 17. März 1926 in die Listen einschreiben konnten, um mit mindestens zehn Prozent ihrer Stimmen den Gesetzesentwurf zur Fürstenenteignung in den Reichstag zu bringen, was bei dessen Ablehnung dort die Vorbereitung eines Volksentscheids bedeutete. Dabei leisteten die Initiatoren und Organisatoren ein Vierteljahr angespanntester Arbeit mit Erfolgen und Misserfolgen. Manchem Schritt voran folgte einer zurück. Die Schar der Mitstreiter wuchs, neue Formen des Kampfes wurden gefunden und aktiv tätige Netzwerke geschaffen. Die organisierte Arbeiterbewegung stieß dabei oft auf Möglichkeiten, allzu starre Grenzen zwischen ihren Parteien und Verbänden zu überwinden, doch zugleich auch auf Versuche, das notwendige gemeinsame Vorgehen zugunsten parteipolitisch-egoistischer Interessen zu verhindern.

Bereits am 2. Dezember 1925, nachdem erwartungsgemäß im Reichstag die parlamentarische Debatte wie das berühmt-berüchtigte Hornberger Schießen ausgefallen war, richtete die Führung der KPD ein Schreiben an andere proletarische Organisationen. Sie entsprach damit jener Einheitsfronttaktik, die nach langen internen Auseinandersetzungen mit sektiererischen Kräften durchgesetzt worden war. Mit dem Brief wurde auch auf eine Mitteilung reagiert, die am Vortage im sozialdemokratischen Vorwärts erschienen war. Sie besagte, dass es in sozialdemokratischen Kreisen ebenfalls Debatten um das Thema „Volksentscheid“ zur Enteignung fürstlicher Besitztümer gab. Der Brief – das KPD-Organ Die Rote Fahne veröffentlichte ihn am 4. Dezember – richtete sich an die Vorstände der SPD, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), des Allgemeinen freien Angestelltenbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes sowie an die Bundesleitungen der mehrheitlich sozialdemokratisch orientierten Veteranenorganisation „Reichsbanner“ und des der KPD nahestehenden

Roten Frontkämpferbundes. Man solle doch, so hieß es, in den nächsten Tagen gemeinsam beraten, was für Vorbereitung und Durchführung eines Volksentscheides zu tun sei. Angesichts der erwiesenen Nachgiebigkeit der Länder gegenüber den Fürsten müsse rasch eine übergreifende reichsrechtliche Regelung erreicht werden, denn Reichsrecht breche Landesrecht. Auch müsse etwas getan werden, um den Abschluss schwebender Gerichtsverfahren mit Urteilen über hohe Abfindungen zu verhindern, solange noch kein neues Gesetz beschlossen sei.

Eine offizielle Antwort blieb aus, auch auf weitere Angebote zum Miteinanderreden. Während in vielen deutschen Städten auf zahlreichen, gut besuchten Kundgebungen und Veranstaltungen für die Losung „Keinen Pfennig den Fürsten! Brot und Arbeit dem notleidenden Volke!“ demonstriert wurde, widmeten sich führende Sozialdemokraten eher der Frage, ob es nach dem Rücktritt der Bürgerblockregierung unter dem parteilosen Reichskanzler Hans Luther am 5. Dezember 1925 möglich wäre, einer neuen großen Koalition beizutreten. Man befürchtete, eine außerparlamentarische Aktionsgemeinschaft mit den Kommunisten würde die Chance mindern, mit bürgerlichen Parteien zusammenarbeiten zu können. Man wollte wieder mitregieren und begründete dies u.a. mit der Hoffnung, in einem neuen Kabinett über ein Gesetz diskutieren zu können, das zu „einer gerechten und mit dem Staatswohl vereinbaren Abfindung der ehemaligen Fürsten“ führen könne. Allerdings stimmte die SPD-Fraktion zusammen mit einigen bürgerlichen Parteien im Reichstag dem Antrag der KPD zu, bis zu einer neuen gesetzlichen Regelung alle noch laufenden Gerichtsverfahren auszusetzen.

Der Kuczynski-Ausschuss

Zu Beginn des Jahres 1926 erwies sich immer mehr, dass die Enteignung der Fürsten durchaus nicht allein ein Anliegen von Kommunisten und Sozialdemokraten war. Unterstützt von ersteren bildete sich am 6. Januar ein Ausschuss, der für einen Volksentscheid zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten eintrat. Seine Gründung erfolgte auf Initiative des Deutschen Friedenskartells, eines Dachverbandes pazifistischer und demokratisch-republikanischer Organisationen, in dem die Deutsche Friedensgesellschaft eine führende Stellung einnahm. Schon am 10. Dezember 1925 hatte dessen Spitze einige Mitglieder beauftragt, Gespräche mit anderen Vereinen zu führen, die an einem Volksbegehren interessiert waren. Bei einer Beratung in den Räumen der Deutschen Liga für Menschenrechte – sie fand am 17. Dezember 1925 statt – wurde ein vorläufiger Ausschuss gebildet. Bei einer weiteren Beratung, bei der erstmalig auch die KPD vertreten war, kam es am 6. Januar 1926 zur Gründung des „Ausschusses zur Durchführung des Volksentscheids für entschädigungslose Enteignung der Fürsten“, gemeinhin Kuczynski-Ausschuss genannt. Ihm gehörten weit über 40 Organisationen an, darunter u. a. die Deutsche Liga für Menschenrechte, die Internationale Liga für Frieden und Freiheit – Deutscher Zweig, der Deutsche Pazifistische Studentenbund, die Freie Aktivistische Jugend Deutschlands, der Bund für radikale Ethik, der Volksbund für Geistesfreiheit, der Deutsche Monistenbund.¹

Mit dem renommierten Wirtschaftswissenschaftler und engagierten Politiker René Robert Kuczynski übernahm ein Mann den Vorsitz, von dem Industrielle und DDP-Politiker Walther Rathenau gelegentlich erklärt hatte, er würde immer eine Einmannpartei bilden und auf deren linkem Flügel stehen. An der intensiven Arbeit des Ausschusses beteiligten sich zahlreiche demokratisch-republikanisch gesinnte Publizisten, darunter Hellmut von Gerlach, Otto Lehmann-Rußbüldt, Ludwig Quidde und Helene Stöcker. Die Sitzungsprotokolle spiegeln sowohl ernsthafte Bemühungen um richtige Formulierungen und Entscheidungen wider als auch

¹ Zu den hier genannten Organisationen siehe das vierbändige Lexikon zur Parteiengeschichte, das während der frühen 80er Jahre in der DDR erschien. Der PapyRossa Verlag brachte 2015 eine digitalisierte Fassung auf den Markt.

Wünsche und Bedenken. So äußerte der Vertreter der „Zentralkommission für Arbeiter-Sport und Körperpflege“, seine Organisation könne sich nicht anschließen, weil „die in Betracht kommenden Parteien nicht konform gingen“. Ein anderer befürchtete, die KPD werde, nachdem sie sich bislang zurückhaltend verhalten habe, vielleicht allein vorgehen. Wieder andere hegten Misstrauen in die Praktiken der Parlamente und hatten generelle Aversionen gegen das Parteienwesen. Das Deutsche Friedenskartell wiederum nahm an den Sitzungen des Ausschusses nur als „Beobachter“ teil, da sich nicht alle der in ihm vereinten Verbände zur Mitarbeit hatten entschließen können. Es appellierte jedoch an alle, am Volksbegehren teilzunehmen: „Diejenigen Pazifisten, die in der entschädigungslosen Enteignung der Fürsten nicht die ideale Lösung erblicken, erkennen doch, dass nach Lage der Dinge die Annahme des vom Volk begehrten Gesetzes ein weit geringeres Übel wäre als seine Ablehnung.“

Im März gründeten einige Politiker und Intellektuelle den „Staatsbürgerlichen Ausschuss zur Förderung des Volksbegehrens“. Zu ihm gehörten neben dem DDP-Vertreter Otto Nuschke bekannte Wissenschaftler, Schriftsteller und Künstler wie Albert Einstein, Siegfried Jacobsohn, Käthe Kollwitz, Paul Oestreich, Max Pechstein, Erwin Piscator, Kurt Tucholsky und Heinrich Zille. Volkswohl stehe über Fürstenvorrecht, wurde verkündet. Auch der „Bund religiöser Sozialisten Deutschlands“, dem der Pfarrer Erwin Eckert vorstand, und die von Vitus Heller geleitete Christlich-Soziale Reichspartei unterstützten die Volksbewegung. Sie handelten ihrem christlichen Gewissen entsprechend und forderten, da es beim Volksbegehren um Wichtigeres gehe als um „den Mammon der Fürsten“, Gott mehr zu gehorchen als den Menschen. Viele Künstler schufen eindrucksvolle Plakate, Grafiken, Karikaturen und Fotomontagen. Darunter waren: Alfred Beier, Otto Dix, George Grosz, John Heartfield und Otto Nagel.

Der Kuczynski-Ausschuss stellte sich zunächst die Aufgabe, den Entwurf eines Gesetzes für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten auszuarbeiten und beim Reichsinnenministerium ein Volksbegehren zu beantragen. Dieses musste zugelassen werden, wenn mindestens 5000 stimmberechtigte Wähler es verlangten. Allein in Berlin-Neukölln stimmten am 16. und 17. Januar 30.000 Wahlberechtigte dem vorgelegten Gesetzentwurf und der Forderung nach einem Volksentscheid zu. Das konnte nicht ohne Wirkung bleiben. Tatsächlich änderte sich die Haltung der Sozialdemokratie. Deren Führung beschloss am 19. Januar, sich für einen Volksentscheid einzusetzen und mit dem Kuczynski-Ausschuss zu verhandeln. Das war sowohl dem Druck der eigenen Basis geschuldet als auch der Tatsache, dass eine große Koalition nicht zustande kommen konnte. Ergebnis war eine neue Reichsregierung, die am 20. Januar zusammentrat und erneut vom parteilosen Hans Luther geleitet wurde. Ihm gehörten Vertreter der Deutschen Volkspartei (DVP), des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei (BVP) an. An die Stelle der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) trat die Deutsche Demokratische Partei (DDP).

Zwei Gesetzentwürfe

Bei den Gesprächen vom 22. und 23. Januar, moderiert von einem Mitglied des ADGB-Bundesvorstandes, einigten sich Kommunisten und Sozialdemokraten darauf, die Durchführung eines Volksbegehrens gemeinsam zu beantragen. Es kam der Text eines Gesetzentwurfes zustande, dem alle zustimmten. Robert René Kuczynski sowie die Parteivorsitzenden Otto Wels (SPD) und Ernst Thälmann (KPD) übergaben ihn und forderten im Namen ihrer Parteien und des Ausschusses die Zulassung des Volksbegehrens, das zwei Wochen lang den Abstimmungswilligen Gelegenheit zu bieten habe, sich in die Listen einzutragen.

Für die Zusammenarbeit beider Parteien fand sich indessen ein Haken: Am Tag darauf legten sie fest, wie von der SPD vorgeschlagen, dass alle Propaganda, Versammlungen, Demonstrationen und andere Veranstaltungen zugunsten des Volksbegehrens jeweils „für sich selbständig“ zu führen sei. Das ließ im Grunde nur rein „technisches“ Zusammenarbeiten, eine „Akti-

onseinheit auf Distanz“ zu – ein Manko mit Folgen für die demokratische Volksbewegung. Gegenüber den eigenen Mitgliedern argumentierten führende Sozialdemokraten, der KPD ginge es gar nicht um den Volksentscheid, sondern lediglich um „partieegoistische Zwecke“, ohne einzugestehen, dass sie selbst nicht bereit waren, über Parteigrenzen hinaus zu handeln. Man brauche keine sogenannten Einheitskomitees, durch die die SPD-Leitung auf die eigene Partei Schaden zukommen sah, was wiederum einen erforderlichen Sieg des Volksbegehrens gefährden würde. Und man verbreitete das Argument, SPD und „Reichsbanner“ seien dank ihrer Stärke auch allein in der Lage, die gesetzten Ziele zu erreichen.

Gleichzeitig kamen weder die neue Reichsregierung noch die bürgerlichen Parteien umhin, sich mit dem Thema zu befassen. Ein eigener Gesetzentwurf zur Fürstenabfindung wurde erarbeitet, von dem man im Kabinett hoffte, er könne die Zustimmung der SPD finden und als Grundlage einer „Abwehr der radikalen Volksentscheidungsbewegung“ dienen. Sein Text wurde am 2. Februar dem Rechtsausschuss des Reichstages vorgelegt. Im Kern bedeutete dies, die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zu „entpolitisieren“ und wieder auf die juristische Ebene zu verlegen. Ein eigenes Reichssondergericht sollte unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Walter Simons für alle Fragen der Auseinandersetzungen mit den Fürsten zuständig sein. Wie sich das Reichsgericht verhalten hatte, war bereits erwiesen – alles sollte so weiterlaufen wie bisher, nur statt auf Länderebene nun auf der des Reiches. Das hatte nicht einmal mehr etwas mit jenem Antrag zu tun, den die DDP im November im Reichstag gestellt und dem die sozialdemokratische Fraktion weitgehend zugestimmt hatte. Seine Verfasser bezeichneten ihn demagogisch als „Kompromiss“-Entwurf. Paul Löbe, zu dieser Zeit Präsident des Reichstages, reagierte kritisch und fragte in der sozialdemokratischen Breslauer Volkswacht, ob auf diesem Wege nicht doch das Eigentum des Volkes „zum großen Teil in die Taschen der Fürstenhäuser entschlüpft“, und sprach von einem „Attentat auf Deutschlands Volksvermögen“.

Als sich eine hohe Beteiligung am Volksbegehren abzeichnete, regte Reichspräsident Paul Hindenburg am 15. März an, eine neue Hürde für den Volksentscheid zu schaffen. Er teilte Reichsjustizminister Wilhelm Marx mit, aus seiner Sicht würden die erstrebten Enteignungen nicht dem Wohl der Allgemeinheit dienen, sondern nichts anderes als eine Vermögenshinterziehung aus politischen Gründen darstellen. Das aber sehe die Verfassung nicht vor. Sollte der Volksentscheid erfolgreich sein, müsse er die Zustimmung der Hälfte aller Stimmberechtigten erlangen. Wenn dann der Reichstag den Gesetzentwurf behandle, würde er eine einfache Mehrheit nicht akzeptieren. Eine Zweidrittelmehrheit sei erforderlich.

Trotz aller Warnungen vor einer Zusammenarbeit mit der KPD, der er eine üble „Dolchstoßtaktik“ vorwarf, rief der SPD-Parteivorstand am 3. März alle Sozialdemokraten auf, an der Abstimmung teilzunehmen und für sie zu werben. Eine entschädigungslose Enteignung sei „die einzige treffende Antwort“ auf jene „nur formalen widersinnigen und unsittlichen ‚Rechtsansprüche‘, die von einzelnen Fürstenfamilien zu dem schamlosen Versuch missbraucht worden sind, wesentliche Teile des deutschen Volksvermögens in ihre Hand zu bringen“. Der Aufruf schloss mit den Worten: „Es geht darum, in dem größten Abstimmungskampf, den die Welt erlebte, die Kraft unserer Partei zu beweisen! Es geht darum, die Grundlagen der Demokratie zu sichern, von denen allein ein Aufstieg der arbeitenden Massen zu den Zielen des Sozialismus möglich ist!“

Volk gegen Fürstenhabgier

In die Listen des Volksbegehrens trugen sich zwischen dem 4. und dem 17. März 1926 rund 12,5 Millionen Wahlberechtigte ein, 31,8 Prozent der Wähler. Nach Artikel 173 der Verfassung hätte bereits ein Zehntel der Stimmberechtigten den Volksentscheid durchsetzen können. Gegenüber der letzten Reichstagswahl (7. Dezember 1914) hatte sich die Zahl der Stimmen

für SPD und KPD um fast zwei Millionen erhöht. Ihr Anliegen war auch im bürgerlichen Lager auf beachtliche Zustimmung gestoßen. In jenen Kreisen, die als Hochburgen der Zentrumsparterie galten, sprachen sich offensichtlich viele Katholiken für die Fürstenenteignung aus und lehnten damit die Vorgaben ihrer Partei- und Kirchenoberen ab. Der Zuwachs gegenüber den letzten Wahlergebnissen für die Arbeiterparteien betrug beispielsweise in Baden 89,8, in Köln-Aachen 66,6 und im oberschlesischen Oppeln 49,0 Prozent. Vor allem in den großen Städten war die Beteiligung höher als im Reichsdurchschnitt. In Berlin lag sie bei 58,9, in Chemnitz-Zwickau bei 49,4, in Leipzig bei 48,4, in Hamburg bei 47,4 und in Dresden-Bautzen bei 44,4 Prozent. Im Gegensatz dazu hatten in ländlichen Gebieten nur 7,9 in Niederbayern, 12,6 in Ostpreußen, 13,6 in Oberbayern und 17,8 Prozent in Pommern mit ihren Unterschriften das Volksbegehren unterstützt. Offensichtlich hatten die intensiven Bemühungen der Kommunisten, die Kleinbauern und Landarbeiter zu gewinnen, in den großagrari-schen Gebieten nur wenig bewirken können. Auf dem Lande war oftmals selbst das Auslegen der Listen verhindert worden. Begründung: „Zu Raub und Diebstahl wird hierorts kein Vor-schub geleistet.“ Gutsbesitzer hatten mit Sanktionen gedroht für den Fall, dass ihre Landarbei-ter sich beteiligen würden. DNVP und BVP, der großagrari-sche Interessen vertretende Reichs-Landbund und die Kirche konnten hier triumphieren, zumal in Bayern sich nicht ein-mal alle Wähler von KPD und SPD beteiligt hatten.

Dennoch: Die starke Beteiligung am Volksbegehren setzte ein deutliches Zeichen. Der Weg zum Volksentscheid war frei; gleichwohl wollten schockierte Vertreter bürgerlicher Parteien ihm noch größtmögliche Hindernisse in den Weg legen. Ein erfrischender Märzsturm sei über das Land gebräust, notierte der Publizist und Geschäftsführer des Kuczynski-Ausschusses Emil Rabold in der Weltbühne vom 30. März und teilte zugleich mit, man habe nur sieben, höchstens acht Millionen Stimmen erhofft. Optimistisch schrieb er: „Nun, da es 13 geworden sind, werden auch die 20 aufzubringen sein.“

Aus den Quellen

Aus einem Artikel der KPD-Zeitung Die Rote Fahne vom 10.1.1926:

„Beim Ausschuss zur Durchführung des Volksentscheids, Berlin SW 48, Wilhelmstr. 48, sind bereits über 5000 schriftliche Zustimmungserklärungen aus dem ganzen Reich eingegangen. Charakteristisch ist, dass sie in der Hauptsache aus bürgerlichen Kreisen bis weit in die Rechtskreise stammen und sämtlich die entschädigungslose Enteignung der Fürsten fordern. Auch aus Kreisen der technischen Angestellten und der Beamten liegen zahlreiche Sammel-zustimmungserklärungen mit vielen Unterschriften vor. „

Aus dem Aufruf für ein Bündnis der Arbeiter und schaffenden Bauern der KPD vom 14.2.1926:

„Die Kommunistische Partei sieht eine ihrer Hauptaufgaben darin, das arbeitende Landvolk und die industrielle Arbeiterschaft zu vereinigen. Der gemeinsame Kampf aller Schaffenden in Stadt und Land wird allein imstande sein, der schamlosen Ausbeutung und dem Wucher der Großindustriellen, Großbanken und Großgrundbesitzer ein Ende zu machen.“

Aus dem Aufruf von 39 deutschen Intellektuellen vom 5.3.1916:

In einer Zeit „des wirtschaftlichen Tiefstandes und der allgemeinen Verarmung wagen es die ehemaligen Fürsten, Vermögensansprüche in Höhe von mindestens drei Milliarden Goldmark an den Staat zu stellen. Auf diese Herausforderung gibt es nur eine Antwort: entschädigungs-lose Enteignung. Diese Maßnahme ist notwendig geworden, nachdem die Gerichte sich als willfährig genug erwiesen, für die Fürsten und gegen die notleidenden Massen zu entschei-den. Sie ist ein Akt der Selbstverteidigung und der Notwehr all derer, die durch Krieg und Inflation um Hab und Gut gebracht, also ebenfalls enteignet worden sind, und die jetzt der

Wirtschaftskrise und dem Steuerdruck erneut zu erliegen drohen. Sie ist ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit: Wenn der Staat die Opfer des Krieges und der Inflation mit Bettelpfennigen zu entschädigen wagt, dürfen die Fürsten, die an dem Unglück Deutschlands in erster Linie mitschuldig sind, nicht bevorzugt und mit Milliarden abgefunden werden.“

Gegen das Argument, der Volksentscheid würde gegen das 7. Gebot Gottes verstoßen, erklärte Vitus Heller für die Christlich-Soziale Reichspartei:

„Wir bekennen uns voll und ganz zum 7. Gebot! Aber wir erklären ebenso: Bei der Frage der Fürstenabfindung steht das Stehlen bei den Fürsten und nicht beim Volke, darum ist das 7. Gebot für das Volk und nicht für die Fürsten anzuwenden!“

junge Welt, Freitag, 04.03.2016, S. 12.

Antifa-Arbeit sogar in Ägyptens Wüste

Rainer Holze und Marga Voigt legen einen Band zum geistigen Neuanfang 1945 vor

In einer Zeit, in der die medial betriebene Nutzung von Geschichte für jeweils aktuelle Politikziele wellenartig von Jahrestag zu Jahrestag hüpfte, erscheinen Publikationen zur jeweils „vorletzten“ Themenwelle verspätet, wenn nicht gar überholt zu sein. Dies indessen sollte bei einer der wesentlichsten Zäsuren des 20. Jahrhunderts nicht zutreffen – und der vorliegende Band belegt dies. Zu gewichtig ist einerseits das Thema, andererseits ist es zudem äußerst lesenswert, was Herausgeber und Autoren zu sagen für notwendig halten. Angeschrieben wird hier gegen jene wirkungsmächtigen Deutungen, die den alliierten Sieg über den faschistischen Mächteblock immer noch relativieren und diskreditieren oder ihn mit dem Leiden der Deutschen aufrechnen.

Weit verbreitet ist nach wie vor auch die Auffassung, der 8. Mai 1945 stelle in der deutschen Geschichte eine „Stunde Null“ dar. Diesen imaginären Nullpunkt gab es nicht. Mit Recht spricht Günter Benser von einem „Ensemble von Brüchen, Übergängen und Rückgriffen auf vorfaschistische Verhältnisse“. Es gab ihn erst recht nicht im subjektiven Verständnis der Realität. Letzteres – bezeichnet als „geistige Situation“ – zu untersuchen war im vergangenen Jahr Anliegen einer Veranstaltung des Berlin-Brandenburger Bildungswerkes e. V. und des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V. Rechtzeitig zum 71. Jahrestag der Befreiung liegt nun das Ergebnis vor, problemreich, quellengesättigt, aufschlussreich und anregend.

Wer weiß, wie schwer die geistige Situation unserer Gegenwart zu bestimmen oder gar zu erklären ist, obwohl doch zahlreiche Ergebnisse gezielter Umfragen, statistischer Erhebungen und deutbarer Wahlergebnisse vorliegen, der wird diesem Unternehmen, das einer weit zurückliegenden Zeit gewidmet ist, große Hochachtung zollen. Nach den beiden einleitenden Beiträgen zu den Ursachen des 30. Januar 1933 und ihrer Spiegelung im zeitgenössischen Verständnis (Rainer Holze, Reiner Zilkenat) sowie der Frage, inwieweit das Jahr 1945 eine Zäsur von weltgeschichtlichem Rang darstellt (Günter Benser), befassen sich weitere 15 Autoren mit speziellen Aspekten. Da finden sich interessante, außerordentlich informative und geschichtliches Denken befördernde Beiträge zu strategisch-taktischen Überlegungen von Sozialdemokraten (Peter Brandt) und Kommunisten (Jürgen Hofmann), ferner detaillierte Ausführungen zur Frauenpolitik nach der Befreiung (Gisela Notz), zum Fortwirken traditioneller Denkweisen in der Intelligenz, die dennoch oft ein praktisches Mitwirken an notwendigen Veränderungen nicht ausschlossen (Siegfried Prokop). Jörg Roesler befasst sich mit der schwierigen Situation der damaligen Flüchtlinge, wobei er aufschlussreiche Vergleiche zwischen dem Geschehen in der sowjetischen und in der britischen Besatzungszone anstellt. Benser erörtert in seinem zweiten Beitrag am Beispiel der Bremer Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus die Aktivitäten antifaschistischer Ausschüsse, die basisdemokratisch organisiert waren und oftmals quer zu den Parteien lagen.

Kurt Schneider würdigt das in Leipzig wirkende Nationalkomitee Freies Deutschland sowie die Arbeit Fritz Selbmans im Antifaschistischen Block der Stadt. Wolfgang Abendroths Bemühungen um eine Auseinandersetzung mit faschistischem Denken junger deutscher Kriegsgefangener im Rahmen seiner legendenumwobenen Lehrtätigkeit an der sogenannten Wüstenuniversität in Ägypten werden von Andreas Diers erinnert. Jörg Wollenberg untersucht das Scheitern demokratischer Sozialisten (darunter Hermann Louis Brill), deren konzeptionelle Vorstellungen über einen politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Neuaufbau nicht in die Rahmenbedingungen eines bereits früh begonnenen Kalten Krieges der Siegermächte passten. Persönliche Rückblicke auf Ereignisse des Jahres 1945 bieten Heinz Sommer und

Roger Reinsch, während Günter Wehner Aufsätze von Schülern über ihre Erlebnisse im April und Mai 1945 vorstellt, die er im Landesarchiv Berlin fand.

Obgleich der Band dem Denken und Fühlen unterschiedlicher Gruppen und Personen 1945 gewidmet ist, wurde mit Recht auch ein beachtenswerter Beitrag aufgenommen, der sich mit dem Umgang beider deutscher Staaten mit dem 8. Mai befasst. Trotz mancher Veränderung in den sieben Jahrzehnten nach dem „Tag der Befreiung“ sei, so die Schlussfolgerung von Harald Wachowitz, auch heute die Diskussion um ihn nicht beendet.

Wie wahr, schaut man auf das neuerliche Aufleben völkisch-rassistischer Parolen, das Erstarren rechtspopulistischer Bewegungen und die Zunahme neonazistischer Aktionen mit erkennbar zur Schau gestelltem Kult um Hitler.

Rainer Holze/Marga Voigt (Hrsg.): 1945 – eine „Stunde Null“ in den Köpfen? Zur geistigen Situation in Deutschland nach der Befreiung vom Faschismus. Edition Bodoni. 269 S., br., 18,00 Euro.

Neues Deutschland, Freitag, 6. Mai 2016, S. 16.

Die geistigen Wegbereiter der braunen Barbarei

1933, nach dem 30. Januar, kam in Deutschland rasch ein Buch auf den Markt, herausgegeben von Wilhelm Freiherr von Müffling, einem bedeutungslosen Nachkömmling des bekannten Adelsgeschlechts, aus dem im 18. und 19. Jahrhundert mehrere hohe Militärs hervorgegangen waren. Es enthielt Bilder und kurze Charakterisierungen von 168 Personen, die für den Weg in das „neue Deutschland“ einen wesentlichen Beitrag geleistet hatten. Im selben Jahr veröffentlichte auch Rudolf von Sebottendorf, eine schillernde Figur aus den völkischen Kreisen und der berüchtigten Thule- Gesellschaft, ein den Vorläufern des Nationalsozialismus gewidmetes Buch.¹ Ja, es waren viele Völkische, die, nachdem die Regierungsgewalt an Hitler übertragen worden war, ihren Anteil am „Sieg“ über die organisierte Arbeiterbewegung und die Weimarer Demokratie herauszustreichen versuchten – dies nicht zuletzt in der Hoffnung auf anerkennende Ehrung und lukrative Posten in dem sich neu formierenden Machtapparat. Allerdings galt ihnen und anderen „Wegbereitern“ im Dritten Reich, sofern sie nicht zu „Mitgestaltern“ wurden, wenig Aufmerksamkeit. Sie unterlagen oft einer Taktik des Verschweigens und der Missachtung. Mitunter wurde mit perfide zu nennender Bosheit und Kleinkariertheit gegen sie vorgegangen. So manche Publikation geriet auf den Index, einige ihrer Organisationen wurden verboten. Vor allem fortgesetztes Konkurrenzgebaren, aber auch sieges-trunkene Bemühungen, alte Streitigkeiten im Nachhinein erfolgreich zu beenden, sowie persönliche Animositäten und lokale Interessen spielten eine beträchtliche Rolle. Vom „Kampf ums Urheberrecht“ sprach einer der Betroffenen in seiner Auseinandersetzung mit Alfred Rosenberg, dem insbesondere daran liegen musste, jeden Anschein eines epigonalen Charakters der Ideologie des „Nationalsozialismus“ zu vermeiden. Mehr noch: Der um den „Führer“ entfesselte Kult, ein geradezu konstitutives Element des neuen Machtsystems, vertrug sich in keiner Weise mit allem, was an der behaupteten Originalität und der erwünschten Einmaligkeit Hitlers zu zweifeln erlaubt hätte. Ideologische Rechtfertigung des Faschismus an der Macht und der forcierten Aufrüstung für einen neuen Krieg verlangten anderes als die meisten der geistigen Helfershelfer auf dem Weg zur Macht bis dahin geboten hatten. Die hielten still, zeigten sich enttäuscht oder marschierten mit in Reih und Glied.

Erst nach 1945 gelangte das Wegbereiter-Problem wieder in den Fokus der Öffentlichkeit. Da legten Betroffene keinen Wert mehr auf früher gepriesene „Verdienste“. Durchaus passend zu dem Entlastung heischenden Motto „Der Hitler war’s“ begann in den westlichen Besatzungszonen und in der frühen BRD eine eifrige Suche nach Möglichkeiten, Streitpunkte und Differenzen mit dem braunen Regime darzustellen. Tatsächlich vorhandenes kritisches, zumeist aus elitären Vorstellungen abgeleitetes Verhalten gegenüber einzelnen Aktionen des Nazi-Führungspersonals dienten nun als Grundlage sogenannter Persilscheine, die allenfalls von opportunistischem Mitläufertum zu künden hatten. Anders im Osten Deutschlands: Hier wurden neben jenen Großunternehmen und Politikern bürgerlicher Parteien, welche die NSDAP gefördert und unterstützt hatten, ebenfalls zahlreichen Intellektuellen ihr gerüttelt Maß an Schuld und historischer Verantwortung zugesprochen. Am deutlichsten geschah Letzteres in den Arbeiten des Historikers Joachim Petzold. Sein 1978 veröffentlichtes Buch über die geistigen Wegbereiter der faschistischen Diktatur² erschien auch in Westdeutschland. Hinsichtlich jener Organisationen, die als Vorläufer, als Wegbegleiter oder als Bündnispartner gewirkt hatten, bot das vierbändige „Lexikon zur Parteiengeschichte“ aus den frühen 1980er Jahren reichhaltiges Material. Es kam ebenfalls auf den westdeutschen Buchmarkt, jüngst sogar in

¹ Bevor Hitler kam. Urkundliches aus der Frühzeit der nationalsozialistischen Bewegung. Deukula-Verlag, München 1933. Neuausgabe: Faksimile-Verlag, Bremen 1982.

² Joachim Petzold: Konservative Theoretiker des deutschen Faschismus. Jungkonservative Ideologen in der Weimarer Republik als geistige Wegbereiter der faschistischen Diktatur, Berlin 1978 und 2/1982.

digitalisierter Fassung.³ Diese Publikationen zu erwähnen hielten indessen die Herausgeber des zu besprechenden Buches, zumeist ihren Anspruch auf wissenschaftlich-akribisches Arbeiten bekennd, nicht für notwendig.⁴

Mit der Hinwendung zur sogenannten Täter-Forschung und den neu gegebenen Möglichkeiten umfassender empirischer Untersuchungen, die u. a. auch für die Herausgabe der kommentierten Ausgabe von Hitlers „Mein Kampf“ erforderlich waren, offensichtlich aber auch im Zusammenhang mit der in den letzten Jahren arg zunehmenden Ausbreitung alter und neuer völkischer Ideologeme scheint gegenwärtig hinlänglich Anlass geboten, das Wegbereiter-Thema erneut aufzugreifen. Fragen zu Wirksamkeit und Bedeutung geistig-kultureller Faktoren für den Aufstieg der NSDAP gewinnen an politischer Aktualität. Man muss es daher nicht unbedingt als zufällig betrachten, dass um die Jahreswende 2015/16 einige das Thema betreffende Publikationen erschienen. Die eine liegt als Sammelband vor, der Beiträge zu einer im Herbst 2013 veranstalteten Tagung⁵ vereint. In den zwölf Artikeln des Sammelbandes wird an einzelnen Beispielen gefragt, in welchem Maße die behandelten Personen, Organisationen oder Netzwerke als Wegbereiter, Weggefährten, Schrittmacher, Steigbügelhalter, Vordenker, Helfershelfer, Türöffner, Bündnispartner usw. bezeichnet werden können. Die Antworten gerieten zwiespältig. Auf der einen Seite tragen alle Autoren dazu bei, das einende Dach zwischen der NSDAP und denen, die ihr halfen, den Weg zum 30. Januar 1933 zu bereiten, hervorzuheben und bisherige Forschungsergebnisse aus neu erschlossenen Quellen zu bestätigen. Behandelt wird die nach dem Ersten Weltkrieg und nach der Novemberrevolution ausgesprochen nationalistisch argumentierende Fundamentalopposition gegen die Weimarer Demokratie, ferner die strikte Ablehnung aller universalistischen Postulate von Aufklärung und Französischer Revolution, der völkisch-rassistische Antisemitismus, Aversionen gegen Parteienwesen und Parlamentarismus, die überbordende Gewaltbereitschaft – generell also mehrere Erscheinungsformen einer spätbürgerlicher Gegenrevolution.⁶

In der Tat kann die Etablierung der hitlerfaschistischen Herrschaft nur vollständig erklärt werden, wenn auch all jene Kräfte berücksichtigt werden, die sich nationalistischer, völkisch-rassistischer und antisemitischer Gesinnung verschrieben hatten, selbst wenn sie nicht unmittelbar zu den Organisationen der NSDAP gehörten. Brigitte Zuber verweist zum Beispiel auf die breite Zustimmung katholischer Kreise zu völkisch-antisemitischen Positionen – eine Haltung, die sich vor allem aus dem vorherrschenden Antikommunismus speiste. Zudem spricht sie in ihrer Analyse des Netzwerks bayerischer Eliten von „protofaschistischen Wegbereitern“ (145), verdeutlicht durch eine interessante grafische Darstellung (148 f.) Ihr Fazit: Es sei belegt, „dass die zum Sturz der Weimarer Republik gegründeten Organisationen sowohl im paramilitärischen als auch im parteipolitischen und kulturpolitischen Bereich ihren Ursprungsort nicht an der Basis – ‚im Volk‘ oder bei den Arbeitern – hatten, sondern gezielt durch die gesellschaftlichen Eliten eingerichtet oder gefördert wurden.“ (S. 160) Ein solches Urteil ist sehr bemerkenswert angesichts der neuerlich von Historikern sowie von Meinungsbildenden Me-

³ Siehe Dieter Fricke (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit Manfred Weißbecker u. a.: Lexikon zur Parteiengeschichte 1789-1945. Band I-IV. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland. PapyRossa Verlag Köln (2015).

⁴ Lässt sich diese politisch motivierte Selektion noch erklären mit wie auch immer zu bewertenden Aversionen gegen die Geschichtswissenschaft in der DDR, so scheinen diese aber ebenso jenen Publikationen zu gelten, die in den alten Bundesländern aus der Feder von links orientierten Wissenschaftlern stammen (z. B. bleiben Reinhard Kühnls bündnistheoretische Überlegungen völlig außen vor) oder die nach der sogenannten Wende in den neuen Bundesländern erschienen.

⁵ Siehe den Tagungsbericht von Kathrin Bass und Astrid Mohr: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/index.asp?id=5304&view=pdf&pn=tagungsberichte&type=tagungsberichte>.

⁶ Davon spricht Karl Heinz Roth: Franz von Papen und der Deutsche Faschismus. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, H. 7/2003, S. 589-625. Hier S. 624.

dien betriebenen Zuschreibung aller historischen Verantwortung einzig und allein auf Hitler, allenfalls auch – völlig undifferenziert – auf „die“ Deutschen.⁷

Andere Autoren des Sammelbandes versuchen, die Wegbereiter-These als „plakativ“ und „eindimensional“ zu bewerten und unterscheiden zwischen Faschisten nationalsozialistischer Prägung einerseits (hauptsächlich bestimmt durch Kriterien wie Vernichtungskrieg und anti-semitischer Massenmord) und völkisch-rassistischen Kräften andererseits, die oft als „moderat Völkische“, „naïve Wegbereiter“ und ähnliches mehr erscheinen. Abgesehen von einer notorischen Ablehnung der Demokratie (so dürftig fassen die Herausgeber es zusammen) hätte die extreme Rechte „ein in sich höchst differenziertes, häufig durch ideologische Grabenkämpfe und persönliche Animositäten geprägtes Spektrum“ dargestellt. Dessen Verhältnis zum Nationalsozialismus sei „durch temporäre, regionale und personelle Bündnisse sowie bisweilen ostentative Nähe, aber auch durch Distanzierungsprozesse, Verwerfungen und unverhohlene Konkurrenzen gekennzeichnet“ gewesen (9). Dass diese jedoch keinesfalls überbewertet werden dürfen, zeigen insbesondere die aussagestarken Beiträge über den Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund (Uwe Lohalm/Martin Ulmer), die Deutschvölkische Freipartei (Stefanie Schrader), die Gesellschaft zum Studium des Faschismus (Manfred Wichmann), die paramilitärischen Verbände der österreichischen Heimwehren (Martin Moll), die im Hintergrund wirkende Figur des thüringischen Politikers Max Robert Gerstenhauer (Alexandra Esche), die „Wegbereiterinnen“ Mathilde Ludendorff (Annika Spilker) und Edith Salzburg (Heidrun Zettelbauer). Jan-Philipp Pomplum und Alexander Graf kommen in ihren Analysen zweier südwestdeutscher Freikorps beziehungsweise studentischer Verbindungen zu der Schlussfolgerung, die biografischen Kontinuitäten hin zu den NS-Organisationen ließen nicht zu, sie als „Keimzellen“ der NSDAP zu betrachten. Einige Beiträge behandeln unter dem Stichwort „regionale Netzwerke“ die Karrieren führender NS-Funktionäre in den NSDAP-Gauen Südhannover-Braunschweig und Osthannover (Detlef Schmiechen-Ackermann) sowie den Bund für Deutsche Kirche in der schleswig-holsteinischen Landeskirche (Hansjörg Buss).

Bedauerlich ist, dass einige Vorträge, die 2013 in Gelsenkirchen gehalten worden sind, nicht in den Band aufgenommen worden sind oder, aus welchen Gründen auch immer, nicht gedruckt werden konnten. Immerhin wäre z. B. etwas zu erfahren gewesen über die sogenannten Alten Kämpfer der Berliner NSDAP,⁸ deren Herkunft und Milieuzugehörigkeit in bildungsbürgerlichen Schichten zu verorten seien, ferner über das Verhältnis der bündischen Jugend zur Naziapartei, zu den Nazis in der Schwarzen Reichswehr⁹ oder auch zur Übertragung politischer Ideen in die christliche Religion. Schließlich mag erstaunen, dass nicht einmal ansatzweise über die geistige und politische Wegbereitung hinaus auf die ganz reale Förderung der NSDAP durch Großindustrielle, Großagrarier, Reichswehr, Staatsbeamte und Parteipolitiker geschaut worden ist.¹⁰ Ganz und gar verrannt dürften sich allerdings die Herausgeber haben, wenn sie glauben machen wollen, es ließe sich bis 1933 und auch noch in die Regimephase hinein bei den im Band thematisierten individuellen und kollektiven Wegbereitern „alternative“ (sic!) Strömungen feststellen, weshalb die NSDAP nicht nur als Catch-All-Party, sondern

⁷ Siehe dazu u. a. die Rezension des Verfassers zu der 2015 erschienenen Hitler-Biografie von Peter Longe-rich. In: neues deutschland, 18.12.2015, S. 16.

⁸ Es wäre sicher sinnvoll, den Beitrag von Anja Hildebrandt zu vergleichen mit dem von Oliver Reschke vorgelegten Band „Kampf um den Kiez. Der Aufstieg der NSDAP im Zentrum Berlins 1925-1933“, Berlin 2014.

⁹ Im Tagungsbericht heißt es, der Referent habe von Teilidentitäten der Interessen gesprochen, welche eine wechselseitige Annäherung von Reichswehr und NSDAP befördert habe. Siehe Fußnote 5.

¹⁰ Die Debatte darüber wird sicher erneut angefacht werden durch die soeben veröffentlichte Dissertation von Karsten Heinz Schönbach: Die deutschen Konzerne und der Nationalsozialismus von 1926 bis 1943, Berlin 2016.

auch als Sammlungsbewegung eines Milieus verstanden werden solle, das seine Heterogenität bewahrte (18). Vielleicht darf ein Lapsus vermutet werden, da es im Tagungsbericht ausdrücklich heißt, es sei von „alternativen faschistischen Strömungen“ geredet worden. Dies würde durchaus Sinn machen, nicht aber die nahe liegende Schlussfolgerung, dass jene Kreise, deren „Heterogenität“ die Herausgeber bewahrt sehen, nicht dem 1933/34 errichteten Diktatursystem zugeordnet und nicht als Nazis bezeichnet werden sollten. Demgegenüber hält es der Rezensent eher mit der These von Karl Heinz Roth, dass die fünf von ihm benannten Strömungen (der Jungkonservatismus, die militaristisch-nationalistischen Kampfbünde und Freikorps, die völkisch-rassistische Bewegung, der politisch-paramilitärische Arm des Hugenberg-Konzerns sowie der Stahlhelm – Bund deutscher Frontsoldaten und die Deutschnationale Volkspartei, der universalistisch-rechte Rand des politischen Katholizismus) als unterschiedliche Ausprägungen des deutschen Faschismus zu deuten sind.¹¹ Für die Zeit zwischen 1933 und 1945 spricht er von „vielstimmigen Mitgestaltern des deutschen Faschismus“.¹² Gerade mit dem Blick in die Gegenwart scheinen die überzogenen Differenzierungsbemühungen jene zu stützen, die zwar offen faschistischen Ungeist zur Schau stellen, zugleich lautstark und inständig beteuern, man sei doch kein Nazi.¹³

Daniel Schmidt, Michael Sturm und Massimiliano Livi (Hrsg.): Wegbereiter des Nationalsozialismus. Personen, Organisationen und Netzwerke der extremen Rechten zwischen 1918 und 1933 (= Schriftenreihe des Instituts für Stadtgeschichte. Beiträge, Bd. 9), Klartext Verlag Essen 2015, 290 S., 19,95 Euro.

Marxistische Blätter, Heft 3/2016, 01.05.2016, S. 138-142.

¹¹ Roth, a. a. O., S. 603 ff.

¹² Ebenda, S. 606.

¹³ Während die Herausgeber und Autoren generell den gegenwärtigen Beziehungsgeflechten zwischen Neonazismus und völkisch-rechtspopulistischen Erscheinungen ausweichen, befasste sich Roth jüngst in seinen faschismustheoretischen Arbeiten auch mit dem Neofaschismus in Europa. Vgl. Karl Hein Roth: Der Neofaschismus in Europa. In: Ossietzky. Zweiwochenschrift für Politik, Kultur, Wirtschaft, H. 1/2014.

Wiederkehrend: „Millionen stehen hinter mir!“

Karsten Heinz Schönbach, *Die deutschen Konzerne und der Nationalsozialismus 1926-1943* (= Hochschulschriften, Bd. 38), trafo Verlagsgesellschaft Berlin 2015, 658 S., 59,80 Euro

Wer kennt nicht jene Fotomontage, mit der John Heartfield im Oktober 1932 auf seine Weise den Sinne des Hitler-Grußes darstellte: In die erhobene rechte Hand des „Führers“ legt eine überlebensgroße Gestalt – Sinnbild mächtigen Unternehmertums – ein Bündel von 1000-Mark-Scheinen. Damit sah sich ein strukturelles Merkmal politischer Interessenvertretung in der kapitalistischen Gesellschaft gekennzeichnet. Seither und keineswegs zufällig nimmt gerade diese Illustration wirkungsmächtiger Ursachen für den Aufstieg Hitlers in allen Darstellungen zur NSDAP-Geschichte und darüber hinaus auch in allen faschismustheoretischen Deutungen breiten Raum ein. Kaum einem anderen Kunstwerk, das als Karikatur gleichermaßen aufklärend wie plakativ politischen Auseinandersetzungen diene, wurde bislang mehr Aufmerksamkeit zuteil. Benutzt wird es jedoch oftmals auch für Versuche, gesellschaftliche Ursachenkomplexe entweder zu erhellen oder sie auszublenden, zu negieren und kleinzureden. Als eine Art Negativfolie dient es der These, die Nazis wären in demokratischen Wahlen zur Macht gekommen, vor allem jedoch den ideologie- und personengeschichtlichen Erklärungsversuchen, die dem Motto frönen: „Der Hitler war’s“ – kein anderer, nichts anderes!

Zu allen dieser üblich gewordenen Interpretationen der NSDAP-Geschichte steht der vorliegende Band in striktem Gegensatz. Sein Autor rechtfertigt den eigentlichen Sinn des Spruches von den Millionen, die hinter und eigentlich ja über Hitler stehen. Der Text, den Heartfield für seine Collage wählte, gehört nicht zum Buch-Titel, er erscheint, einem Wasserzeichen gleichend, lediglich auf dem Einband. Versehen ist er hier allerdings mit zwei Ausrufezeichen – berechtigt, wie die Lektüre ergibt, überzeugend, weil alles dem Motto „Fakten, Fakten und nochmals Fakten“ gemäß geschrieben wurde. Zu lesen ist beispielsweise, dass am 17. April 1931 der Hamburger Großreeder Wilhelm Cuno, Reichskanzler des Jahres 1923, im Düsseldorfer Industrieclub erklärte, man brauche die NSDAP, weil „in unserem Volke immer mehr der Glaube an Kraft und Segnung des Kapitalismus schwindet.“ Auch der Großindustrielle Rudolf Blohm sah zu dieser Zeit in der Nazibewegung „ein Instrument zur Unterdrückung des Klassenkampfes und zur Sicherung der kapitalistischen Weltordnung.“ Die vertrauliche Niederschrift über eine Aussprache von Mitgliedern der *Geschäftsführervereinigung der landwirtschaftlichen Industrieverbände im Reichsverband der Deutschen Industrie* enthält die Forderung, es sei dafür zu sorgen, „dass Geist von unserem Geist in der Nationalsozialistischen Partei Wurzel fasse“. Ausgesprochen hatte sie Max Schenker, seines Zeichens Hauptgeschäftsführer des *einflussreichen Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen*, bekannt als *Langnamverein*. Als Mitte des folgenden Jahres einige Nazi-Führer verstärkt „sozialistische“ Ansprüche propagierten und dem Reichstag entsprechende Anträge vorgelegten, stellten Experten der Reichsbank in einer internen Untersuchung fest: „Die Anträge sind darauf abgestellt, die Massen bei der Stange zu halten. Eine Partei, die auf der einen Seite mit kapitalistischen Wirtschaftsführern liebäugelt (Krupp, Thyssen, Kirdorf, Abbé, Mannesmann, Siemens), sich gleichzeitig mit der sozialistischen Arbeiterschaft nicht entzweien will [...] muss notwendigerweise nach allen Richtungen hin Konzessionen machen. Ihre Anträge bilden daher ein Kuriosum, wie es in der Wirtschaftsgeschichte wohl einzigartig dasteht.“

Zuhauf finden sich im vorliegenden Band solche Selbstbekundungen, die den so oft bestrittenen kausalen Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus eindeutig erhellen. Sie sammeln und befragt sowie analysiert und mit überzeugender Kritik an den führenden deutschen Großindustriellen und Bankiers bewertet zu haben, das darf getrost als ein wissenschaftlich und geschichtspolitisch bedeutsames Ergebnis gewürdigt werden. Denn: Viele Regale der Bibliotheken sind gefüllt mit Arbeiten von Historikern und Publizisten, denen es um

nichts anderes geht als eben diesen Zusammenhang zu verschleiern oder sogar zu leugnen. Ganz nach dem Motto, das der amerikanische Historiker Henry Ashby Turner bereits 1972 so formulierte: „Entspricht die weitverbreitete Ansicht, dass der Faschismus ein Produkt des modernen Kapitalismus ist, den Tatsachen, dann ist dieses System nicht zu verteidigen.“ Der Vf. hält sich da eher an das – im Buch jedoch nicht auftauchende – Wort Max Horkheimers, dass, wer nicht vom Kapitalismus reden wolle, auch vom Faschismus schweigen solle.

Mit Recht führt S. alle nach dem Zweiten Weltkrieg in die Welt gesetzten Behauptungen auf die Verteidigungsstrategie zurück, die der Großindustrielle Ernst Poensgen – zuletzt Vorstandsvorsitzender der Vereinigten Stahlwerke – bereits im Februar 1945 in einem Manuskript mit dem Titel „Hitler und die Ruhrindustriellen“ entwickelt hatte. Sachkundig zerpflückt und widerlegt werden „Argumente“, die seitdem immer wieder auftauchen und besagen, es habe unter den Förderern der NSDAP nur einige Einzelgänger, erst recht keine hochkarätig zu nennenden Großindustriellen gegeben. Diese hätten keineswegs hinter Hitler gestanden. Es sei auch kein Geld an die Nazis gezahlt worden. Deren Kassen wären vor allem durch Selbstfinanzierung gefüllt worden, ein Argument, das völlig realitätsfremd von Turner mit der Behauptung auf die Spitze getrieben wurde, die NSDAP sei die erste Partei gewesen, die eine heute übliche (sic!) Selbstfinanzierung der Parteien praktiziert habe. Zuwendungen habe es für die NSDAP erst nach dem 30. Januar 1933 gegeben. Und diese seien lediglich dem Versuch geschuldet, eine politische Absicherung der eigenen Geschäfte zu erreichen. In der Wirtschaftsorganisation des Dritten Reiches wäre von den Unternehmern versucht worden, „das Schlimmste zu verhindern“. Auch hätten sie den Krieg abgelehnt. Was getan worden sei, wäre nur dem Pflichtgefühl gegenüber dem Vaterland geschuldet gewesen.

In seiner gründlichen Auseinandersetzung mit solchen „Argumenten“ schöpft S. aus vorhandenen und neuen, zudem sehr intensiv erschlossenen Quellen. Zu letzteren gehören zeitgenössische Veröffentlichungen von Industrie- und Bankverbänden, zahlreiche interne Geschäftsberichte, Reden und Briefe führender Industrieller und ihrer Zu- bzw. Mitarbeiter. Allein das Verzeichnis der in Archiven benutzten Bestände füllt fünf Seiten und bezeugt sowohl immensen Fleiß als auch ein gutes Gespür für aussagekräftiges Material. Dass die Nutzung von Betriebs- und Verbändearchiven kritischen Historikern nach wie vor erschwert und teils auch verwehrt wird, durfte auch S. erleben. Dennoch gelang es ihm, Einsicht in die Akten von 12 Industrie-Konzernen, sieben Banken und sechs Industrieverbänden zu nehmen. Selbstverständlich nutzte er ferner das in den Nürnberger Prozessen gegen die Hauptkriegsverbrecher vorgelegte Material. Oft stützt er sich auf die in der DDR herausgegebenen Dokumentenbände und Darstellungen aus der Feder marxistischer Historiker (u.a. Eberhard Czichon, Roswitha Czollek, Dietrich Eichholtz, Kurt Gossweiler, Fritz Klein, Ludwig Nestler, Kurt Pätzold, Joachim Petzold, Hans Radandt, Werner Röhr, Wolfgang Ruge, Wolfgang Schumann, Manfred Weißbecker), darüber hinaus auch auf die kritischer Wissenschaftler, die in der BRD publizierten (u. a. Ulrike Hörster-Phillips, Reinhard Kühnl, Reinhard Opitz).

Als Autoren jener Rechtfertigungsschriften, die unmittelbar dem Konzept von Poensgen folgten, benennt der Vf. August Heinrichsbauer, Louis Lochner, Tilo Freiherr von Wilmowsky und Wilhelm Zangen. Zu Beginn der 1970er Jahre war es vor allem Turner, der erneut daran anknüpfte. Dessen Thesen widersprach in der Bundesrepublik vor allem Dirk Stegmann. Ebenso befassten sich mit ihnen Bernd Weisbrod, Reinhard Neebe, Dieter Petzina. Demgegenüber sei in Publikationen von Arthur Schweitzer, Tim Mason, Gerhard Mollin, Ludolf Herbst, Gustav Luntowski u. a. m. „eine Art Negation des Kapitalismus als einer geschichtlichen Komponente“ erfolgt, verbunden mit der Erhebung Hitlers zu einem universellen Handlungsträger, hinter dem die Großindustrie verschwinden würde. An die Stelle einer sorgfältigen Geschichtsschreibung sei ein stilisierter „Hitlerismus“ getreten mit einem „geradezu übermenschlichen, gottgleichen aber unhistorischen Diktator im Zentrum“. (25)

In diesem Sinne bietet die Einleitung des Bandes eine historiografische Übersicht zum Stand der Forschungen. Manches könnte man sich in detaillierterer Form vorstellen, doch das tut der Qualität des Bandes keinen Abbruch. Alles ist zugleich als eine Geschichte der zum Thema geleisteten Forschungsarbeiten zu lesen, in der auch die jeweiligen politischen Rahmenbedingungen geschichtswissenschaftlicher Arbeit und geschichtspolitischer Deutungen – Stichwort: Kalter Krieg – nicht ausgeklammert werden. Als Ziel seiner Studie benennt S. eine Darstellung der politischen Dimensionen im Verhältnis der maßgeblichen deutschen Großindustriellen und Bankiers zur NSDAP-Führung. Diese bezeichnet er als „Kapitalelite“ (32) und sucht, deren politische Fern- und Hauptziele vor und im Ersten Weltkrieg sowie in der Weimarer Republik zu ergründen. Ferner fragt er nach der Rolle, welche die NSDAP in den politischen Konzepten deutscher Großindustrieller und Bankiers während der Weimarer Republik gespielt hat. Darüber hinaus fragt er auch, ob die Kapitalelite in der Zeit nach 1933 entscheidenden Einfluss auf den Staatsapparat ausgeübt und den politischen Kurs mitbestimmt habe.

Die umfangreiche Gliederung mag zunächst erstaunen. Sie erfasst eine Fülle dargestellter Ereignisse, Absichten, Erklärungen usw. in acht großen Kapiteln: I. Die politischen Hauptziele der deutschen Großindustriellen und Bankiers zwischen 1900 und 1933; II. Die Beziehungen zwischen Großbanken, Industrie und NSDAP von 1927 bis Sommer 1932; III. Der Angriff auf die Republik; IV. Der Aufstieg der NSDAP-Führung zur Regierung; V. Die Rekonsolidierung des Kapitalismus in Deutschland; VI. Der Raubzug nach Südosteuropa; VII. Der Raubzug durch Europa; VIII. Der Raubzug nach Osten. Sie untergliedern sich in zahlreiche – in einem Kapitel sogar 14 – Teilstücke. Einige gleichen eigenständigen Studien, vor allem jene in den beiden letzten Kapiteln.

Im ersten Kapitel greift S. in die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zurück. Hier untersucht er Inhalte und Entstehung wesentlicher Kriegsziele, die der auf Regierungsebene betriebenen Kriegszielpolitik „als Vorhut“ voran liefen und nicht im Gefolge hinterher. Behandelt wird das Konzept der „Ostexpansion“, dessen Größenwahn selbst das spätere Hitlerregime kaum noch habe übertreffen können. (48) Was an Belegen zitiert wird, regt nicht zuletzt an, das bereits vor 1918/19 existierende faschistische Gedankenpotential zu analysieren und damit jenen entgegenzutreten, die wider besseres Wissen sogar meinen, alle Ideen von „Lebensraum“, „Volk ohne Raum“, „Wiederaufstieg der Nation“, „Volksgemeinschaft statt Klassenkampf“ seien allein Hitler zuzuschreiben. Selbst jenen ins Rassistische gewendeten Antisemitismus gab es bereits auch im politischen Denken großer Unternehmer (dazu sehr aufschlussreich: 100-109). Profitmaximierung insbesondere aus rüstungswirtschaftlichen Quellen und antisoziale Gegnerschaft zur Demokratie bezeugten die von Turner bestrittenen politischen Aktivitäten von Großindustriellen und Bankiers und mündeten in deren direkte Einflussnahme auf Regierungen und Parteien. Eine diktatorische Staatsform stand voran auf ihrer Wunschliste, empfanden sie doch zumeist Demokratie, Parlamentarismus und Parteienwesen lediglich als Störung des „wirtschaftlichen Gesamtprozesses“. (98)

Von solchen Positionen ausgehend stellt S. in den weiteren Teilen des Bandes den Weg zum 30. Januar 1933 als einen langwierigen, ungleichmäßig verlaufenden und komplizierten Prozess dar, in dem immer radikalere Lösungen angestrebt wurden. Aus der Fülle des verarbeiteten Materials, das in einer Rezension nicht einmal annähernd benannt werden kann, seien hier beispielhaft lediglich zwei Themenkomplexe herausgegriffen. So geht S. im Rahmen der Darstellung des Beziehungsgeflechts zwischen Industriellen, Bankiers und NSDAP auch auf die vielfach umstrittene, mitunter in der Bedeutung überhöhte, zumeist aber beschönigte Frage der NSDAP-Financen ein. Glänzend wird Turners These von der Selbstfinanzierung der NSDAP widerlegt, besonders in den Abschnitten „Das finanzielle Budget der NSDAP“ und „Legenden zur NSDAP-Finanzierung“ (183-207). Zugleich wird das Auf und Ab in den finanziellen Zuwendungen eingeordnet in den Komplex von Reibungen, taktischen Differenzen

und Zerwürfnisse, die es insbesondere immer dann gab, wenn in der Propaganda der NSDAP so genannte antikapitalistische Ziele in den Vordergrund traten. Da dominierten Zweifel und Befürchtungen, und dies selbst angesichts eines von deren Führung speziell, für Ohren und Augen der Kapitalelite gedachten Wirtschaftsprogramms. Insgesamt urteilt S. resolut: Ohne die Zuwendungen durch Großindustrielle und Bankiers wäre die NSDAP nicht in der Lage gewesen, „den Weg ihres Aufstiegs zu finanzieren.“ (207)

Ein zweiter hier zu benennender Themenkomplex sei dem fünften Kapitel entnommen. Hier wird u. a. die Frage verfolgt, wie sich das 1933 installierte Nazi-Regime gegenüber den Wünschen der führenden deutschen Kapitalisten verhielt. S. vergleicht die Versprechungen aus der Zeit vor 1933 mit der Realität der Jahre danach und konstatiert einen krassen Widerspruch, dargelegt am Beispiel der unterschiedlichen Behandlung von Arbeitern der Opel-Firma und ihres Chefs: Die einen wurden im Juni 1936 fristlos entlassen, nachdem sie gegen eine Lohnsenkung protestiert hatten, hingegen hätte Fritz von Opel auf der Grundlage des „Volksvertratsgesetzes“ von 1933 eine Zuchthausstrafe wegen Steuerhinterziehung erwarten müssen – er kam jedoch mit einer vergleichsweise niedrigen Geldstrafe davon. Das Verfahren wurde nicht in der vorgeschriebenen Schärfe durchgeführt, noch dazu „in Kenntnis und mit Willen des Reichswirtschaftsministers und des Führers“, wie es amtliche Berichtersteller formulierten. Der Vf. schlussfolgert: „Die einen – die Kapitalisten – schützte die Hand des ‚Führers‘ und die anderen – die Arbeiter – waren der Mittel zur Verteidigung ihrer sozialen Rechte beraubt und es blieb ihnen im Ernstfall nichts anderes übrig, als jede Misshandlung hinzunehmen.“ Die vielgepriesene „Volksgemeinschaft“ erwies sich in der Praxis als eine Fiktion. (399 f.) Die deutsche Kapitalelite hatte also nach 1933 nicht mehr zu befürchten, dass antikapitalistisch auftretende Nazis irgendeinen Erfolg hätten erreichen können. Selbst die Gefahr einer Wiederholung diverser Sozialisierungs-Versprechungen musste nicht befürchtet werden.

Es sei zitiert, wie S. seine Sicht auf die politischen Hauptziele der führenden deutschen Großindustriellen und Bankiers zusammenfassend formuliert: „Erstens, eine Ostexpansion, die darauf abzielte, diese Wirtschaftsräume in direkten Besitz zu nehmen; zweitens, die Beseitigung des Versailler Vertrages und der Wiedereinstieg ins lukrative Rüstungsgeschäft; drittens, der sogenannte ‚Wiederaufstieg‘; viertens, der radikale Abbau des sozialen Systems der Weimarer Republik; fünftens, die Errichtung einer diktatorischen Regierungsform mit stark wirtschaftspolitischem Charakter, zugeschnitten auf die Bedürfnisse der deutschen Wirtschaft.“ (115 f.) In seinem Fazit (603-614) geht S. auf solche dem Kapitalismus immanente Faktoren nicht noch einmal ein. Er skizziert hier in Auseinandersetzung mit drei Grundrichtungen bisheriger Geschichtsschreibung zum Thema (benannt als marxistische, konservativ-westliche und kritisch-westdeutsche Historiografie) fünf Phasen, die es in den Beziehungen zwischen der deutschen Großindustrie und den Bankkonzernen zur NSDAP gegeben habe: In der Zeit von 1926 bis zum Sommer 1931 sieht er eine Phase der Annäherung, in der bis zum März 1933 eine Bündnisphase, vom Sommer 1933 bis Ende 1935 eine Phase der frühen Rüstung, dann bis 1939 eine Phase der Auslieferung der wirtschaftspolitischen Macht an die deutschen Großindustrie- und Bankkonzerne sowie fünftens eine von Mai 1940 bis zum Herbst 1942 reichende Phase der Konfrontation zur Naziregierung. Für die von S. nicht untersuchten Jahre 1941 bis 1945 wird angedeutet, es habe weitere Transformationsprozesse gegeben, durch die neue Problemfelder und Auseinandersetzungen zwischen der NS-Administration und der Großindustrie entstanden seien.

Mit zwei gewichtigen Thesen endet der Band. Die eine besagt, dass die gesellschaftliche Oberschicht maßgeblich am Aufstieg der NSDAP beteiligt gewesen ist. Großindustrielle und Bankiers haben sich „jahrelang dafür eingesetzt, in Kooperation mit führenden Militärs, höchsten Staatsbeamten, Großgrundbesitzern und rechtskonservativen Historikern, die Voraussetzungen für jene politische Situation zu schaffen, welche die Vernichtung der Republik

und in Zusammenhang damit die Auslieferung der politischen Macht an Hitler überhaupt erst möglich machte.“ Die zweite lautet: „Die führenden deutschen Konzerne hatten entscheidenden Anteil an der Vorbereitung und Durchführung des Zweiten Weltkrieges, wobei ihnen dieser Anteil nicht unter dem Zwang der Hitler-Regierung zufiel. Sie nahmen Anteil aus freiem, eigenem Willen und verfolgten dabei eigene Ziele. Die deutschen Konzerne setzten eine eigene Rüstungskonzeption um, und die Banken trugen den Großteil der Finanzierung. Die deutschen Konzerne übernahmen durch Raubgeschäfte einen großen Teil der europäischen Industrie und Rohstoffquellen. Durch das Prinzip der ‚wirtschaftlichen Besetzung‘ waren die deutschen Konzerne selbst an der Unterwerfung der europäischen Länder unter das deutsche Primat beteiligt und dehnten dabei ihre eigene wirtschaftspolitische Macht über nie erreichte Grenzen hinweg aus. Dazu erfolgte bis 1941 eine Abgabe nahezu aller wirtschaftspolitischen staatlichen Befugnisse und Kompetenzen von Seiten der NS-Administration an führende Konzerne der Chemieindustrie, der Schwerindustrie und des Bankensektors.“ (613 f.)

Man kann sicher sein: Die Bemühungen um eine wie auch immer geartete Relativierung der historischen Verantwortung deutscher Großindustrieller und Bankiers für Faschismus und Krieg werden ihre Fortsetzung finden. Doch die vorliegenden Untersuchungsergebnisse des 1972 in Eisenhüttenstadt (DDR) geborenen und von Wolfgang Wippermann zur Promotion geführten Autors wird niemand umgehen können.

Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 106, Juni 2016, S. 215-221.

„14 Millionen Schweinehunde“

20. Juni 1926: „Der Sturm ist vorüber“. Große Beteiligung und dennoch „zuwenig. Der Volksentscheid für eine entschädigungslose Enteignung der deutschen Fürsten scheitert

Als vor 90 Jahren am Abend des 20. Juni die Wahllokale schlossen, endete eines der bedeutendsten Ereignisse in der Weimarer Republik. Knapp 15,6 Millionen der Stimmberechtigten hatten sich an einem Volksentscheid beteiligt – 39,3 Prozent aller Wähler. Von ihnen votierten etwas mehr als eine Million gegen den Gesetzentwurf, der sowohl von KPD und SPD als auch dem im Januar 1926 entstandenen Kuczynski-Ausschuss zur entschädigungslosen Enteignung der deutschen Fürsten vorgelegt worden war (siehe jW-Thema vom 25.11.2015 und vom 4.3.2016), oder hatten ungültige Wahlscheine abgegeben. Damit war der Volksentscheid gescheitert. 5,4 Millionen Stimmen fehlten, um eine Behandlung des Gesetzentwurfes im Parlament zu erzwingen.

Dem standen jedoch 14,5 Millionen Ja-Stimmen entgegen, vier Millionen mehr, als die beiden Arbeiterparteien bei der letzten Reichstagswahl erhalten hatten. Und es waren noch einmal zwei Millionen mehr als beim Volksbegehren, das vom 4. bis zum 17. März dem Volksentscheid vorausgegangen war. Ähnlich wie im März fiel die Beteiligung in den einzelnen Wahlkreisen des Reiches sehr unterschiedlich aus: In den großen Städten Berlin, Hamburg und Leipzig sowie in Chemnitz und in den beiden Potsdamer Wahlkreisen lag der Durchschnitt weit über 50 Prozent, in Berlin sogar bei 68,4 Prozent. In den ländlichen Regionen Ostpreußens kam indessen nur jeder fünfte an die Urne, in Niederbayern beteiligten sich gar nur 13,2 Prozent. Allerdings bedeutete dies, dass sich die Beteiligung gegenüber der am Volksbegehren verdoppelt hatte. Erneut zeigte sich in katholisch dominierten Wahlkreisen, deren Bevölkerung vor allem der Zentrums Partei nahestand, eine große Bereitschaft, die Enteignung der Fürsten durchzusetzen.

Erfolg im Scheitern

Mit Recht konnten die Antragsteller das Ergebnis als großen Erfolg werten. Zum ersten Mal sei es gelungen, die kommunistischen, die sozialdemokratischen und die parteilosen christlichen Arbeiter zu einer „Einheitsfront“ zusammenzuführen, erklärte die KPD. Allerdings müsse der Kampf nun weitergehen, und das als einer von einheitlich handelnden Massen gegen die „ganze kapitalistische Gesellschaft“. Sie bereite in diesem Sinne einen „Kongress der Werktätigen“ vor, der dann im Dezember 1926 in Berlin stattfand. Auch der Kuczynski-Ausschuss appellierte unmittelbar nach dem 20. Juni an die SPD und den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, die außerparlamentarische Massenbewegung gemeinsam weiterzuführen. Die sozialdemokratische Führung wollte davon jedoch nichts wissen, obgleich auch sie das Ergebnis feierte. Es war trotz des gegenseitig nur mit Zurückhaltung geschlossenen Aktionsbündnisses beider Parteien erstaunlich gut; es hätte als also noch besser ausfallen können.

Wie nach allen Wahlen üblich brach nun die Zeit der Analysen an. Viel Richtiges wurde formuliert, allerdings vertieften sowohl SPD als auch KPD mit ihren jeweiligen Erklärungen zum Scheitern des Volksentscheides bestehende Gräben. Die KPD-Führung, sich ihrer beschränkten finanziellen Mittel bewusst und stolz auf den unermüdlichen Einsatz ihrer Mitglieder, blickte dabei durchaus selbstkritisch auf eine als unzureichend empfundene Arbeit auf dem Lande sowie darauf, ihre Einheitsfrontpolitik von unten zu wenig mit der von oben verbunden zu haben. Völlig zu Recht hob sie hervor, die einzige Partei gewesen zu sein, die konsequent für die Ziele der Volksbewegung eintrat. Fragen nach dem Maß der Radikalität ihrer Forderung nach einer entschädigungslosen Enteignung der Fürsten, die z. B. Carl von Ossietzky stellte, tauchten nicht auf. Strategische Ziele und taktische Anliegen in ein richtiges,

erfolgreich umzusetzendes Verhältnis zu bringen, gelang nur teilweise und schien zudem unter den gegebenen Umständen auch nicht möglich zu sein. Wieder stand der Vorwurf des „Verrats“ im Raum.

Die Sozialdemokratie bewertete den Ausgang des Volksentscheides als einen „großen moralischen Sieg“, mit dem allen monarchistischen Bemühungen ein arger Stoß versetzt worden sei. „Die Republik und die Arbeiterschaft gehen gestärkt aus diesem Kampf hervor“, hieß es im *Vorwärts*. In ihren Reihen gewannen bald jene wieder Oberwasser, die nur dem Druck der eigenen Basis nachgegeben, eher unwillig mitgewirkt hatten und allzu sehr geneigt waren, einen Kompromiss mit den Konzepten bürgerlicher Parteien zu suchen. Bestärkt sahen sie sich durch die bewusst verschwommen gehaltene Aussage von Reichskanzler Wilhelm Marx, erneut die Möglichkeit einer großen Koalition zu prüfen. Um so widersinniger und haltloser fiel manche Schuldzuweisung an die Adresse der KPD aus. Ihr warf man vor, sie habe mit ihrer Einheitsfrontpolitik lediglich SPD-Mitglieder zum Übertritt in die KPD gewinnen wollen; dass sie selbst plakatiert hatte „Werdet Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei“, schien vergessen. Ihr zwiespältiges Verhalten und die innere Widersprüchlichkeit hatten im Ringen um den Volksentscheid nicht verdeckt werden können. Ein bürgerlicher Politiker – Wilhelm Külz (DDP) – verdächtigte sogar die SPD, sie sei wohl über das Scheitern „nicht besonders ungehalten“. Darüber hinaus resümierte der *Vorwärts*, der Volksentscheid sei in der vorliegenden Form „kein praktisches Mittel“ gewesen, um eine „wirkliche Lösung“ herbeizuführen.

Bürgerliche „Abwehrschlacht“

Tatsächlich war damit ein Grundproblem bürgerlich-parlamentarischer Demokratie berührt, und nicht nur jener in der Weimarer Republik. Die erste große Hürde gegen die Verwirklichung postulierter Volkssouveränität durch eine plebiszitäre Entscheidungen lag in der Weimarer Verfassung sowie im 1921 beschlossenen Gesetz über Volksentscheide. Die Messlatte lag ungewöhnlich hoch und wurde im Frühjahr 1926 auf Initiative des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg weiter erhöht. Das Fehlen einer Wahlpflicht und vor allem eine offene Verletzung des verfassungsmäßig garantierten Wahlgeheimnisses gaben den Gegnern des Volksentscheides ein äußerst wirksames Instrument in die Hand: Sie riefen zum „Fernbleiben“ auf. Darauf zielten alle Argumente und praktischen Maßnahmen einer „Abwehrschlacht“, an der sich bürgerliche Parteien, selbstverständlich alle Adelsverbände, ebenso die zahlreichen paramilitärischen und vaterländischen Verbände sowie die Kirchen beteiligten. Trotz aller Querelen untereinander erreichten die Entscheidungsgegner ein hohes Maß an Einheitlichkeit, wovon auch die am 15. April 1926 erfolgte Gründung eines „Arbeitsausschusses gegen den Volksentscheid“ zeugte. Ihm gehörten die DNVP, die DVP, die Deutschvölkische Freipartei, die Wirtschaftspartei, der Stahlhelm, der Reichslandbund, der Tannenbergbund, die Deutsche Industriellenvereinigung und die Vaterländischen Verbände an.

Geredet wurde von einer „Kommunistenmusterung“; jedem solle klar sein, dass er mit seiner Beteiligung am Volksentscheid als Befürworter der KPD erkannt und registriert werden würde. Ein dies androhnendes Plakat wurde z. B. in Leipzig verbreitet: „Wer unsere Staats- und Wirtschaftsordnung erhalten will, bleibt zu Hause. Wer der Abschaffung des Privateigentums vorarbeiten und damit das deutsche Volk in schwere Wirren stürzen will, macht beim Volksentscheid mit. Diese klare Scheidung hebt das Wahlgeheimnis auf. Ein jeder, der am 20. Juni zur Wahl geht und dabei in der Wählerliste angezeichnet wird, gibt sich als Freund und Helfershelfer der sozialistisch-kommunistischen Internationale zu erkennen. Wen es angeht, der wird es sich merken. Auch wir werden Musterung halten.“ Bekannt sind Instruktionen an Wahlbeobachter in Berlin-Schöneberg, genau hinzusehen, „damit wir wissen, wer alles wählt“. Unverhohlen wurde auch mit wirtschaftlichen Sanktionen gedroht, vor allem auf dem Lande.

Im Vordergrund aller „Argumente“ standen antikommunistische Behauptungen. Sie verbanden sich mit einer Panikmache vom bevorstehenden Zusammenbruch des Staates. Für die „Staatserhaltung“ und die Sicherung aller rechtlichen Grundlagen der Gesellschaft müsse ein klarer „Führerwille“ hervortreten, „wo Volksbegehrlichkeit anderes Handeln zu erheischen scheint“. Einer der juristischen Fürstendiener, Kammergerichtsrat Alfred Friedemann, forderte dazu auf, die alte biblische Geschichte „von jenem Volke, das ein großer Staatsmann und Gesetzgeber sicher durch ein anderes Rotes Meer zu führen wusste“, neu zu durchdenken. Hinter der Idee eines Volksentscheides stehe eine bolschewistische „Auszehrungsparole“, dem Volksbegehren zur Enteignung der Fürsten würden andere, ja Pogrome zur „Enteignung des Gesamtbesitzes“, folgen. Alter russophober Argumentation folgend und den Spruch aufgreifend, wonach man am Russen kratzend den Tataren erkenne, hieß es: „Kratzt am Volksbegehren, und Ihr werdet auf den Bolschewismus stoßen.“

Als unvereinbar mit den „Grundsätzen des christlichen Sittengesetzes“ beschimpfte die Fuldaer Bischofskonferenz den Volksentscheid. Aus dem Vatikan in Rom kam die Weisung, „die Gläubigen davor zu warnen, etwas zu tun, was gegen die christliche Moral verstoße“. Der den Deutschnationalen nahestehende Evangelische Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen erklärte Mitte April, es stünden „die elementaren Grundlagen christlicher und nationaler Ethik auf dem Spiel“. Regelrecht barbarisch geriet die Argumentation des Hof- und Dompredigers Bruno Doehring, als er daran erinnern wollte, schon Christus sei durch einen „Volksentscheid, durch das ‚Kreuzigt ihn!‘ der aufgebrachten Menge, hingerichtet worden“. Daher sei nicht nur der bevorstehende Volksentscheid gegen die Fürsten zu verwerfen, sondern Volksentscheide überhaupt widersprüchen der Religion. Wenige Tage vor der Abstimmung erklärte der Deutsche Evangelische Kirchenausschuss, das höchste Organ der evangelischen Landeskirchen Deutschlands: „Die beantragte entschädigungslose Enteignung bedeutet die Entrechtung deutscher Volksgenossen und widerspricht klaren und unzweideutigen Grundsätzen des Evangeliums.“ Gewettert wurde gegen „Hass“, „Neid“, „Feindschaft“ und die moralische Verderbtheit jener, die mit „Ja“ stimmen würden. Pfarrer, die den Volksentscheid zu unterstützen bereit waren, wurden bedroht, versetzt oder gar suspendiert. Wieder gingen Thron und Altar zusammen – eine religiös verbrämte, aber wirksame Schützenhilfe.

In einigen Kreisen der Rechten formte sich neben dem Bild vom Verlust „christlich-abendländischer Kultur- und Rechtstradition“ auch jenes vom „jüdisch-bolschewistischen“ Feind, das beileibe nicht erst die Nazis erfanden. Die Völkischen brachten im Reichstag einen Antrag ein, um ein Volksbegehren zur entschädigungslosen Enteignung der „Bank- und Börsenfürsten“ zu erreichen, das sich insbesondere gegen die „seit 1. August 1914 zugezogenen Ostjuden und sonstigen Fremdstämmigen“ richtete. Obwohl er abgelehnt wurde, nahm der Antisemitismus in der bürgerlichen „Abwehrschlacht“ einen breiten Raum ein. Auch mit dem Begriff der „Kommunistenzählung“ verband sich die Erinnerung an die schreckliche „Juden-zählung“ während des Ersten Weltkrieges. In deutschnationalen Kreisen war bereits im Januar 1926 das Vorhaben erwogen worden, durch einen Volksentscheid „alles Vermögen zu enteignen, das sich in jüdischen Händen befindet“. Nach einer kurzen Kontroverse in der NSDAP setzte Hitler die Bewertung des Volksentscheidungs als „jüdischen Schwindel“ durch. Der *Völkische Beobachter* und *Der Stürmer* sprachen direkt von einem „Judenbegehren“ und befürchteten, dass „der Kampf gegen die Ostjuden im deutschen Volke zu erlahmen beginne“.

Besorgte Bürger

Einen besonderen Coup landete der deutschnationale Politiker Friedrich Wilhelm von Loebell. Er nutzte seine guten Beziehungen zu Hindenburg und übermittelte diesem „in schwerer Sorge“ am 19. Mai einen Brief. Sein Verlangen: Der Reichspräsident solle öffentlich Stellung

zum Volksentscheid nehmen, weil sonst die „Gefahr einer Staatskrise und einer Präsidentenkrise“ drohe. Taktisch geschickt wählte er die Form eines Privatbriefes, der jedoch ebenso wie Hindenburgs Antwort bewusst an die Öffentlichkeit lanciert wurde. Der Reichspräsident bedauerte, durch sein Amt an einer persönlichen Stellungnahme gehindert zu sein, schrieb aber nichtsdestotrotz, dass er in dem Enteignungsverlangen „einen sehr bedenklichen Vorstoß gegen das Gefüge des Rechtsstaates“ sehe, „dessen tiefstes Fundament die Achtung vor dem Gesetz und dem gesetzlich anerkanntem Eigentum“ sei. Das Begehren des Volkes verstoße gegen die Grundlagen von Moral und Recht: „Würde dieses Volksbegehren Annahme finden, so würde einer der Grundpfeiler, auf dem der Rechtsstaat beruht, beseitigt und ein Weg eröffnet, der auf abschüssiger Bahn haltlos bergab führt, wenn es der Zufälligkeit (sic!, M.W.) einer vielleicht noch dazu leidenschaftlich erregten Volksabstimmung gestattet sein soll, verfassungsmäßig gewährleistetes Eigentum zu entziehen oder zu verneinen.“

Loebell ließ Hindenburgs Antwort als Plakat drucken und auch als Flugblatt in allen Teilen Deutschlands verbreiten. Ein Skandal! Einer, der selbst die Verfassung missachtete, stellte sich als Beschützer der Verfassung dar. Auch in anderen Aktionen kam zum Vorschein, wie im Kampf gegen den Volksentscheid die politische Macht nach rechts gerückt werden sollte: Anfang Mai 1926 hatte das Kabinett dekretiert, künftig sei auf Handelsschiffen neben der schwarz-rot-goldenen Flagge auch eine schwarz-weiß-rote zu führen. Das Wiederaufleben der alten Monarchistenfahne zielte nicht allein auf die offiziellen Farben der Weimarer Republik, sondern gegen diese selbst. Als die Reichsregierung angesichts der durch das Land flammenden Proteste die Verordnung etwas korrigieren wollte, scheiterte dies am Einspruch Hindenburgs. Die Regierung trat zurück, statt Hans Luther besetzte Wilhelm Marx den Kanzlerstuhl; das Kabinett blieb jedoch nahezu unverändert. Zehn Tage vor dem Volksentscheid wurde – im Grunde recht demagogisch – verkündet, die Regierungsparteien stünden für eine reichsgesetzliche Regelung ein, die den Fürsten nur das Eigentum belasse, das sie zweifelsfrei als Privateigentum erworben hätten.

Eine Reihe von Ereignissen wies im Frühjahr 1926 auf die Ernsthaftigkeit hin, mit der rechte Kreise das parlamentarische Regierungssystem autoritär zu verändern oder ganz abzuschaffen trachteten. Hausdurchsuchungen bei Vertretern reaktionärer Verbände und einigen prominenten Industriellen förderten Mitte Mai Pläne zu einem Putsch ans Licht der Öffentlichkeit. Notverordnungen sollten die Weimarer Verfassung außer Kraft setzen und einem autoritären Führerstaat den Weg ebnen. Im Haus von Heinrich Claß, dem Chef des berüchtigten Alldeutschen Verbandes, fand die Polizei auch einen entsprechenden Briefwechsel mit dem ehemaligen Kaiser im holländischen Doorn. Eine Diktatur sei erforderlich, so der Gedankengang dieser putschbereiten Kreise, weil mit der geplanten Fürstenenteignung eine „zweite Revolution“ nach dem November 1918 in Deutschland bevorstehe. Ganz in diesem Sinne schrieb Kronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen am 14. Mai an Hindenburg, er möge doch bitte alle staatlichen Mittel „rücksichtslos“ gegen die „zersetzenden Tendenzen“ einsetzen, die in der Vermögensauseinandersetzung zutage getreten seien. Solchem Geist erwuchs wohl nach dem Ende des Volksentscheides auch die Bemerkung des abgehalfterten Kaisers, es gebe in Deutschland „14 Millionen Schweinehunde“.

Nachwehen

Mit dem Scheitern des Volksentscheides war das Thema nicht vom Tisch. Reichsregierung und bürgerliche Parteien bemühten sich weiterhin, ihren mehrfach überarbeiteten und vielfach für schwammig gehaltenen „Kompromissantrag“ durchzusetzen, fanden jedoch selbst im Reichstag nicht jene Zweidrittelmehrheit, deren Fehlen KPD, SPD und Kuczynski-Ausschuss zu ihrer außerparlamentarischen Initiative veranlasst hatte. Der deutschnationalen Fraktion lag noch mehr an Fürstenbegünstigungen am Herzen, als im Gesetzentwurf ohnehin enthalten

war. Die Sozialdemokratie sah sich angesichts des anhaltenden innerparteilichen Streits und des zu erwartenden Vertrauensverlustes nicht in der Lage zuzustimmen. So blieb es im Grunde bei alten Zuständen. Nach wie vor oblag es den Ländern, mit den Fürsten zu verhandeln. Signalwirkung ging aus vom Vergleich, den das Land Preußen im Herbst 1926 mit den Hohenzollern schloss. Letztere gaben etwas nach, sahen sich und ihre hohen Forderungen aber grundsätzlich bestätigt.

Auch wenn am 20. Juni 1926 greifbare Ergebnisse ausblieben, hatte die Volksbewegung gegen die Fürsten das politische Klima in Deutschland zu ändern vermocht. Pläne für die Wiedererrichtung der Monarchie waren endgültig vom Tisch. So sah sich beispielsweise Reichswehrchef Hans von Seeckt zum Rücktritt veranlasst, als er zu den Herbstmanövern des Jahres 1926 den preußischen Prinzen Wilhelm einlud und ihn in Uniform eines alten Infanterieregiments auftreten ließ. Ossietzky hielt die vierzehneinhalb Millionen Stimmen für ein „sehr annehmlisches Druckmittel“ in den weiteren Auseinandersetzungen.

Wer nach dem Zweiten Weltkrieg gehofft hatte, zumindest in einem Teil Deutschlands sei mit der Bodenreform eine Lösung der „Fürstenfrage“ und eine gerechte Behandlung von Grund und Boden sowie von kulturellen Schätzen erreicht worden, musste sich nach der sogenannten Wende von 1989/90 bitter enttäuscht sehen. Im Grunde kann von Nachfolgekosten des 1926 gescheiterten Volksentscheides gesprochen werden, die ostdeutschen Bürgern entstanden, als neue, die Fürsten wieder begünstigende Verträge durchgesetzt wurden. Bezogen auf Thüringen sprach der SED-Politiker und nachmalige PDS-Landtagsabgeordnete Klaus Höpcke von einer partiellen Refeudalisierung sowie von einem „Vorhutgefecht für Wiederanschaffung monarchiekompatibler Verhaltensweisen.“

Man könnte es für eine Ironie der Geschichte halten, dass ausgerechnet ein sozialdemokratischer Abgeordneter 2003 im Thüringer Landtag mit einem Stoßseufzer seinem Herzen Luft machte: „Wann endlich schafft es der deutsche Rechtsstaat, diese blaublütigen Krämerseelen ein für allemal in die Schranken zu weisen?“

Aus den Quellen

Gedicht „Volksentscheid“ von Erich Weinert:

Der Wille des Volkes ist höchstes Gesetz!

Bundesarchiv, Bild 102-02779 / CC-BY-SA 3.0

Die Gegner schürten die Angst vor dem Zusammenbruch und beschwörten das Schreckgespenst des Kommunismus: „Kratzt am Volksbegehren, und Ihr werdet auf den Bolschewismus stoßen“, hieß es unter anderem (Kundgebung gegen die Fürstenenteignung in Berlin)

Wer diesen Monarchen die Stimme gab,

Der gräbt seiner eigenen Freiheit Grab.

Jede Million

Für den Fürstenthron

Ist für das Pulver der Reaktion!

Wer überliefert dem Feind Milliarden?

Denkt daran, was ihr tut!

Ihr kauft den Fürsten Gewehre und Garden!

Es riecht nach Blut!

Der Tag ist da, nun ist es Zeit!

Nicht einer fehle zum Volksentscheid!

Zwanzig Millionen, herauf auf die Schanze!

Es geht um die Freiheit! Es geht ums Ganze!

Aus der Erklärung der Reichsregierung zum Volksbegehren vom 24.04.1926:

„Die entschädigungslose Enteignung des gesamten Vermögens der Fürsten, wie sie der Entwurf vorsieht, widerspricht den Grundsätzen, die in einem Rechtsstaate die Grundlage für jeden Gesetzgebungsakt zu bilden haben. Die Reichsregierung vermag daher den Inhalt des Entwurfs nicht als brauchbare Unterlage für die Auseinandersetzung zwischen den Ländern und den ehemals regierenden Fürstenhäusern anzusehen und spricht sich auf das entschiedenste gegen die Annahme des Entwurfs durch den Reichstag aus.“

Aus dem Brief Hindenburgs an Friedrich Wilhelm von Loebell vom 22.05.1926:

„Ihrer Anregung, zu dem Volksbegehren auf Enteignung der Fürstenvermögen in einer öffentlichen Kundgebung Stellung zu nehmen, vermag ich aber aus staatsrechtlichen, sich aus der verfassungsmäßigen Stellung des Präsidenten des Deutschen Reiches ergebenden Gründen nicht zu entsprechen. (...) Ich will es aber doch nicht unterlassen, Ihnen meine persönliche Auffassung dahin mitzuteilen, dass ich die von Ihnen geäußerten Gedanken in vollem Umfange teile und die gleichen Bedenken wie Sie auch schon von Anfang dieser Entwicklung der Dinge an auch der Reichsregierung gegenüber zum Ausdruck gebracht habe. Dass ich, der mein Leben im Dienste der Könige von Preußen und der deutschen Kaiser verbracht habe, dieses Volksbegehren zunächst als ein großes Unrecht, dann aber auch als einen bedauerlichen Mangel an Traditionsgefühl und als großen Undank empfinde, brauche ich Ihnen nicht näher auszuführen.“

Carl von Ossietzky in Die Weltbühne Nr. 25 vom 22.06.1926:

„Gewiss, es ist keine Schande, einer Übermacht zu unterliegen, aber, trösten wir uns nicht mit Redensarten über Bitterkeiten hinweg, es ist auch kein Vergnügen. Ja, es war eine Übermacht, trotzdem hinter uns die Parteien der arbeitenden Massen standen. Auf der einen Seite war das Recht, auf der anderen – die Peitsche.“

junge Welt, Montag, 20.06.2016, S. 12.

Nachruf

Dietrich Eichholtz

Ein langjähriger Weggenosse, geachteter Kollege und liebenswerter Freund lebt nicht mehr: Dietrich Eichholtz. Er starb vor wenigen Tagen. Traurig macht die Nachricht von seinem Tod. Er reißt eine beträchtlich große Lücke in die deutsche Geschichtswissenschaft, zumal in die Schar marxistischer Historiker und insbesondere in den Kreis derer, die sich eingehend mit der Geschichte von Faschismus und Zweitem Weltkrieg befassen, die mit ihren Arbeiten generell über das „Geheimnis“, in dem Kriege gemacht werden, aufklären sowie Ross und Reiter klar benennen wollen. Mit Fug und Recht galt er als ein großartiger und weithin anerkannter antifaschistischer Gelehrter.

Sein Lebensweg begann am 22. August 1930 in Danzig. In den frühen 50er Jahren studierte er an der Berliner Humboldt- Universität, wo er sich – nicht zuletzt unter dem Einfluss von Jürgen Kuczynski – den Wirtschaftswissenschaften und der Wirtschaftsgeschichte zuwandte. 1959 kam er an die Akademie der Wissenschaften der DDR, in deren Zentralinstitut für Geschichte er über viele Jahre hinweg erfolgreich wirkte und dem er verbunden blieb auch in den Zeiten seines Wirkens als Dozent und Honorarprofessor an der Greifswalder Universität.

Dietrich Eichholtz hinterlässt ein großartiges Werk, das in seiner voluminösen „Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945“ kulminiert; davon zeugt auch die Tatsache, dass es im Jahre 2002 noch einmal als Nachdruck im renommierten Saur-Verlag erscheinen durfte und als Standardwerk immer wieder zitiert wird. Viel ging davon ein in die sechsbändige Darstellung „Deutschland im Zweiten Weltkrieg“, mit der Historiker der DDR in den 70er Jahren eine gewichtige Leistung erbrachten. Mit klugem Konzept und Geschick erfüllte Dietrich Eichholtz auch Herausgeberpflichten. Davon zeugt der 1969 zusammen mit Wolfgang Schumann erarbeitete Dokumentenband „Anatomie des Krieges“, der mit neu entdeckten Quellen kritisch die Rolle des deutschen Monopolkapitals während des Zweiten Weltkrieges belegt. Gemeinsam mit Kurt Gossweiler zeichnete er verantwortlich für den Band „Faschismusforschung. Positionen, Probleme, Polemik“ (1980). Dem folgte in Kooperation mit Kurt Pätzold 1989 das Buch „Der Weg in den Krieg. Studien zur Geschichte der Vorkriegsjahre“. In Erinnerung wird auch bleiben, was er über das Amt des „Menschendiktators“ Sauckel, über den massenmörderischen „Generalplan Ost“ und zuletzt insbesondere über das Kriegsziel, in den Jahren 1938 bis 1943 ein deutsches Erdölimperium zu schaffen, veröffentlichte.

Nach der „Wende“ forschte und lehrte Dietrich Eichholtz an der Berliner TU. Zugleich war er Mitbegründer, über viele Jahre hinweg sogar Vorsitzender der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 2./3. Juli 2016, S. 25.

Russophobie in der ideologischen Vorbereitung des Überfalls auf die UdSSR

Viele Historiker – zumindest solche, die derartig bezeichnet werden können – wiesen unwiderlegbar nach, dass es sich bei dem vor 75 Jahren entfesselten Krieg gegen die UdSSR um ein *mixtum compositum* interessengeleiteter Pläne gehandelt hat. Diese bezweckten die Gewinnung von „Lebensraum“, sie galten der angestrebten Vorherrschaft des deutschen Faschismus auf dem europäischen Kontinent und der Gier nach deutscher Weltmachtstellung. In Russland sollte die „jüdisch-bolschewistische Führungsschicht“, sollten die Juden und ein großer Teil der slawischen Bevölkerung radikal dezimiert werden.¹ An diesem Ursachen-Komplex führt kein Weg vorbei. Dennoch frage ich – dem mir auferlegten Thema gemäß – im heutigen Rückblick auf die Vorgeschichte des 22. Juni 1941 zugleich nach der Rolle ideologischer und ebenso nach der geistig-mentaler Faktoren. Dass sie eine Rolle spielten, mag wie eine Binsenweisheit klingen, doch diese ist bislang wenig berücksichtigt geschweige denn umfassend erörtert worden. Ich wage indessen zu behaupten: Ohne eine Analyse solcher Aspekte lassen sich wesentliche Abläufe in der Vorbereitung auf den Krieg kaum erklären. Ohne sie finden wir übrigens auch in der Gegenwart keine Antwort auf die derzeit brennenden Fragen neuer Kriege. Ohne sie erschließt sich zudem keine Erfolg versprechende Orientierung für ohnehin mühsame Versuche, bereits in Gang gesetzte militärischen Abenteuer zu beenden oder solche zu verhindern. Zumindest größere Teile der Bevölkerung müssen seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, seit proklamierter Volkssouveränität und praktiziertem Parlamentarismus – wie es so unschön im parteiischen Politsprech heißt – „mitgenommen“ werden, um herrschen zu können, auch um Kriege vorbereiten und führen zu können. Massen in einem solchen Sinne zu beeinflussen, das gelang bekanntlich immer und immer wieder. Nicht zuletzt mit Hilfe der Medien, die sowohl Stimmungen erzeugen als ihnen auch entsprechen, die indessen oft genug als eine massenpsychologisch wirksame „Kriegswaffe“ zu dienen vermochten und – ich ergänze – es immer noch vermögen.² Wie sagte schon Heinrich Heine: „Die Macht der Großen existiert zuvörderst in den Köpfen der Kleinen.“

¹ Siehe Kurt Pätzold: Der Überfall. Der 22. Juni 1941: Ursachen, Pläne und Folgen, Berlin 2016; siehe auch Wigbert Benz: Kalkül und Ideologie – Das Hungervorhaben im „Unternehmen Barbarossa“ 1941. In: Klaus Kremb (Hrsg.): Weltordnungskonzepte. Hoffnungen und Enttäuschungen des 20. Jahrhunderts, Schwalbach/Ts. 2010; ders., Der Hungerplan im „Unternehmen Barbarossa“ 1941, Berlin 2011, S. 19-37, hier S. 19 f.

² Siehe Thymian Bussemer: Medien als Kriegswaffe. Eine Analyse der amerikanischen Militärpropaganda im Irak-Krieg. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 49/50 – 2003, S. 20-28; ders., Psychologie der Propaganda. In: Ebenda, Nr. 11 vom 12.03.2007, S. 19-25. Hier heißt es: „... Propagandabotschaften müssen stets so gestaltet sein, dass sie a) mit den Interessen und Zielen der Propagandisten in Einklang stehen, b) durch das Mediensystem freiwillig oder auf Grund von Zwang transportiert werden können und c) vom Publikum im Sinne der Propagandisten aufgenommen werden. Letzteres, die Akzeptanzfähigkeit der Botschaften bei ihren Empfängern, ist in der Propagandakommunikation der zentrale Punkt, der über Erfolg oder Misserfolg entscheidet. Überlegungen und Spekulationen auf Seiten der Propagandisten über die vermuteten Eigenschaften des Publikums und die psychologischen Faktoren des Wirkungsprozesses stehen so im Mittelpunkt jeder Reflexion über Propaganda.“ Diese könne „nicht aus dem Nichts heraus agieren und völlig neue Themen auf der Agenda platzieren. Vielmehr muss sie an Stimmungen und Themen anknüpfen, diese bündeln und zuspitzen. Trifft diese Wirkungsvermutung zu, ist Propaganda nur noch zur Hälfte der Agent der sie betreibenden Gruppen. Zur anderen Hälfte wird sie zur Ausdrucksform von Bedürfnissen der Empfänger. Sie ist also ein Medium, in dem Interessen verhandelt werden, und sie kann nur Erfolg haben, wenn sie authentische Interessen 'von unten' vertritt. Diese Reziprozität – die Antizipation von vorhandenen Interessen durch Propagandisten und die Akzeptanz und Weiterverbreitung der auf zugeschnittenen Propagandabotschaften durch die Rezipienten – ist nach heutigem Verständnis der eigentliche Kern der Propagandakommunikation. Das bedeutet, dass sie keine Inhalte doktrinär verordnen, sondern nur Bedeutungen verhandeln kann – im Guten wie im Schlechten.“

Um Menschen „mitnehmen“, um dumpfe Massenloyalität³ schaffen zu können, wurde (und wird!) ein enorm großer geistig-politischer Aufwand betrieben. Dazu gehört insbesondere die Konstruktion von Feindbildern, die den „Guten“ die „Bösen“ gegenüberstellen, die Menschen anderer Art und Lebensweise diskreditieren, ja sogar dämonisieren. Gern werden dafür sogenannte anthropologische Gesetzmäßigkeiten bemüht.

So verkündete Heinrich Himmler am 12. November 1935⁴, der Kampf zwischen Menschen und „Untermenschen“ sei eine „geschichtliche Regel“. In einer auch vor 80 Jahren herausgegebenen Schrift des SS-Hauptamtes beim Reichsführer SS hieß es erläuternd: „Der Untermensch – jene biologisch scheinbar völlig gleichgeartete Naturschöpfung mit Händen, Füßen und einer Art von Gehirn, mit Augen und Mund, ist doch eine ganz andere, eine furchtbare Kreatur, ist nur ein Wurf zum Menschen hin, mit menschenähnlichen Gesichtszügen – geistig, seelisch jedoch tieferstehend als jedes Tier. Im Inneren dieses Menschen ein grausames Chaos wilder, hemmungsloser Leidenschaften: namenloser Zerstörungswille, primitivste Begierde, unverhüllteste Gemeinheit. Untermensch – sonst nichts!“⁵

In diesem sich so schrecklich überbordenden Nationalismus und Rassismus entäußerte sich auch Russophobie. Diese betrachte ich als eine Erscheinungsform von allgemeiner Fremdenfeindlichkeit, die – entsprechend einer Definition des Sozialwissenschaftlers Wilhelm Heitmeyer – von ablehnender, ausgrenzender oder feindlicher Haltung geprägt ist gegenüber Personen oder Gruppen, die als andersartig gesehen werden. Das spezielle Beispiel, dem mein Thema gilt, verlangt also auch Generelles zu erörtern und von der Tatsache auszugehen, dass es Xenophobie schon lange in der deutschen Geschichte gegeben hat – in unterschiedlicher Ausformung und wechselnder Intensität. Sie bot stets ein bis zu offener Feindschaft und Gewaltbereitschaft reichendes und völlig negativ besetztes Bild. Dabei unterstellten russophobe Grundstimmungen den Russen, eigentlich allen Slawen einen naturgegebenen, also unveränderbaren Charakter. Nationale Eigenheiten erscheinen vorrangig als genetisch bedingt. Alles Russische, so wird behauptet, entstamme vor allem byzantinischer Orthodoxie und tatarischem Despotismus. Es verkörpere barbarisches Asiatentum. Zudem weise es eine generelle Bereitschaft zu tyrannischen Herrschaftsformen auf und führe kontinuierlich zu aggressiven Expansionsgelüsten, gerichtet gegen ein Europa, dem Russland nicht zugehöre.⁶

Russophobie tritt indessen nicht allein in ethnischem Gewande auf. Rassistisch-biologistische Argumentation und sozialpsychologisch-nationalistische Erklärungsmuster überlagern sich oft auch mit religiösen, vor allem christlichen Motiven. Und sie kommt ebenso in antikommunistischer bzw. einer sogenannten antitotalitären Gestalt daher. Bekanntlich trat aber an die Stelle der primär antikommunistisch geprägten Russophobie nach dem Zusammenbruch der UdSSR wieder das allgemeinere Feindbild Russland.⁷

³ Feindbilder sind Instrumente einer „psychischen Herrschaftssicherung zur Herstellung einer Massenloyalität.“ Siehe Hans Nicklas: Die politische Funktion von Feindbildern. Thesen zum subjektiven Faktor in der Politik. In: Gert Sommer und Johannes Becker (Hg.): Feindbilder im Dienste der Aufrüstung. Beiträge aus Psychologie und anderen Humanwissenschaften, Marbur 1992, S. 34.

⁴ Zit. nach Schmitz-Berning, Cornelia: Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin u.a. 1998, S. 620.

⁵ Zit. nach Bergschicker, Heinz: Deutsche Chronik 1933–1945. Ein Zeitbild der faschistischen Diktatur, Berlin 1981, S. 101.

⁶ Zur Frage, ob Russland zu Europa gehöre, siehe die Sammlung von Texten aus dem 18., 19. und 20. Jahrhundert, herausgegeben von Dmitrij Tzschichzewskij: „Europa und Russland. Texte zum Problem des westeuropäischen und russischen Selbstverständnisses“, Darmstadt 1959.

⁷ Siehe Hannes Hofbauer: Feindbild Russland. Geschichte einer Dämonisierung, Wien 2016, S. 267. Siehe auch Stefan Bollinger: Über deutsche Hysterie und ihre Ursachen – Meinst du, die Russen wollen Krieg?, Berlin 2016.

Natürlich gehört zur Geschichte deutscher Russlandbilder – darauf ist hier ausdrücklich und nicht nur nebenbei zu verweisen – ebenso Gegenteiliges, was mit dem oftmals verwendeten Begriff *Russophilie* möglicherweise unzureichend benannt wird. Zwischen beiden gab es stets ein Hin und Her, wobei die eigenen Interessen im Vordergrund standen, auch wenn diese als Reaktion auf vermeintliche oder reale Aktionen russischer Politik dargestellt wurden. Viel Ambivalenz spiegelt sich selbst in viel gebrauchten Schlagworten, die oft genug zugleich Schlachtrufe waren.⁸ Wer kennt nicht das Bild vom „russischen Bären“, in dem sich einerseits Anerkennung von kraftvoller Stärke paart mit einem nahezu liebevollen Hinweis auf das „Mütterchen Russland“ und die „russische Seele“, das aber andererseits ebenso für x-beliebige Bedrohungsszenarien Angst und Furcht vor dem zähnefletschenden Untier zu bewirken vermag. Bekannt ist ebenso das Wort vom „Rätsel Russland“, ferner das auf asiatische Gefahren verweisende und im Grunde bereits rassistische Wort, dass, wenn man am Russen kratze, ein Tatar zu finden sei.⁹ Ähnliches kann auch von den herablassenden Redewendungen „barbarisches Russland“ oder dem „Koloss auf tönernen Füßen“ bzw. von den abwertenden Adjektiven „blindgläubig“, „primitiv“, „faul“, „schmutzig“, „verschlagen“ und „trunksüchtig“ gesagt werden.¹⁰ Alles in allem: Es waren fatale Wirkungen, die sowohl im Dritten Reich als auch in der BRD das warnen sollende und Furcht verbreitende Wort von den Russen auslöste, die da „kommen“ würden.

* * *

Welche Rolle die Russophobie für den Weg zum Krieg gegen die UdSSR gespielt hat, sei hier in der gebotenen Kürze in drei thesenartig formulierten Punkten angedeutet sowie durch einige Bemerkungen zu ihrem Wirken im Krieg ergänzt:

Eine *erste* These gilt der Tatsache, dass eine durchaus faschistisch zu nennende Russophobie nicht erst seit 1933, auch nicht erst seit der Gründung der NSDAP im Jahre 1920 festzustellen ist. Bekanntlich vollzog sich am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine rigorose Abkehr von Idealen der Verständigung und Zusammenarbeit mit Russland.¹¹ Sie machte die lange Tradition des regen Austausches und Miteinanders auf geistig-kultureller und wissenschaftlicher Ebene vergessen, drängte diese in den Hintergrund und verbannte sie aus dem „Zeitgeist“. Alles fiel im damaligen Deutschen Reich imperialistischen Bestrebungen und den Bemühungen kriegswilliger Eliten zum Opfer. Der angestrebte „Platz an der Sonne“ ließ sich nur auf Kosten anderer erreichen, und der Spruch vom „deutschen Wesen“, an dem die Welt genesen solle, ließ einen völkischen, d. h. einen sich terroristisch und rassistisch färbenden Nationalismus erkennen, gerichtet insbesondere gen Osten.

Für die damalige Wende sei ein kleines, jedoch symbolträchtiges Beispiel benannt: Im ersten Jahr des Weltkrieges schuf ein deutscher Künstler eine Medaille, die den nackten Hindenburg mit erhobenem Schwert stehend über den darniederliegenden russischen Bären zeigt. Damit sah sich der Sieger in der Schlacht von Tannenberg als „Befreier Ostpreußens“ glorifiziert, die Art der Darstellung ließ indessen auch den Willen zum Töten, zum Zerstören, zum Ver-

⁸ Siehe Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker (Hg.): Schlagwörter und Schlachtrufe. Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte, 2 Bände, Leipzig 2002; dieselben (Hg.): Kleines Lexikon historischer Schlagwörter, Leipzig 2005. Siehe auch Herbert Schui: Politische Mythen & elitäre Menschenfeindlichkeit. Halten Ruhe und Ordnung die Gesellschaft zusammen? Paderborn 2014.

⁹ Siehe Ekkehart Klug: Das „asiatische“ Russland. Über die Entstehung eines europäischen Vorurteils. In: Historische Zeitschrift 245 (1987), S. 265-289.

¹⁰ Im „Seydlitz“, einem bekannten Geographie-Schullehrbuch, wurde 1908 geschrieben: „Die russischen Stämme sind Halbasiaten. Ihr Geist ist unselbständig, Wahrheitssinn wird durch blinden Glauben ersetzt, Forschungstrieb mangelt ihnen. Kriecherei, Bestechlichkeit, Unreinlichkeit sind echt asiatische Eigenschaften.“ Zit. nach Hofbauer, a.a.O., S. 35.

¹¹ Siehe dazu generell Hofbauer, a.a.O.

nichten des russischen Bären, aber auch der anderen Konkurrenten erkennen. Auf millionenfach verbreiteten Ansichtskarten und Plakaten hieß es: „Jeder Brit ein Tritt“ und „Jeder Stoß ein Franzos“, und nicht des Reimes wegen klang „Jeder Schuss ein Russ“ ausnehmend martialisch.

Lange also vor Hitlers Einzug in die Politik ist eine sich faschisierende Russophobie erkennbar.¹² Als sich 1917/18 Gelegenheit bot, in Brest-Litowsk dem besiegten und revolutionerschütterten Russland einen Frieden zu diktieren, machten sich unter deutschen Militärs und Politikern außerordentlich expansionistische und zugleich menschenfeindlich-unbarmherzige Herrschaftsgelüste breit. Ludendorffs Pläne für das deutsche Friedensdiktat von 1917 umfassten sogar weit mehr als das schließlich in Brest Erreichte und zielten – ich wiederhole: vor Hitler also – auf ein deutsches Ostreich. Wäre sein Forderungskatalog durchsetzbar gewesen, hätte dies nach dem Urteil des Ludendorff-Biografen Manfred Nibelin nichts anderes „als die Errichtung der deutschen Herrschaft über Osteuropa“ bedeutet.¹³

Die deutsche Ostpolitik jener Zeit offenbarte zudem noch anderes: Zum einen wurde die sowjetrussische Forderung nach einem Frieden ohne Annexionen mit der These unterlaufen, es sei kein Landraub, würden sich russische Gebiete „freiwillig“ Europa anschließen; Entschuldigung – Europa heißt es ja heute, damals ging nur von einem Anschluss an das Deutsche Reich die Rede.¹⁴ Ob aus eigenem Antrieb oder unter Zwang – für das Verhalten in den besetzten Ostgebieten gegenüber der Bevölkerung, insbesondere gegenüber den Juden, spielte dieser „Unterschied“ übrigens keine Rolle. Was von deutschen Truppen in den damals als „Ober-Ost“ bezeichneten Gebieten praktiziert worden ist – angestachelt auch durch antisemitische Äußerungen des deutschen Kaisers – gilt in vieler Hinsicht als ein „Vorspiel zum Holocaust“.¹⁵

Zum anderen und ebenso entlarvend lautete jene Begründung, mit denen 1917 Hindenburg die faktischen Annexionen rechtfertigte: Er sprach davon, sie seien notwendig, um „für den nächsten Krieg gegen Russland den Raum für die Bewegung des linken deutschen Flügels“ sichern zu können.¹⁶ In solcher Russophobie steckte mehr als das eigene Überlegenheitsgefühl, eher ein expansionistischer Sieges- und Herrschaftswillen, auf jeden Fall der Wille, sich die Ressourcen fremder Gebiete nutzbar zu machen, koste es was es wolle. Eingebettet sah sich der deutsche „Drang nach Osten“ in eine weit verbreitete Vorstellung von einem immerwährenden feindlichen Gegensatz zwischen Slawen und Germanen sowie von einem „unvermeidlichen Endkampf“ zwischen ihnen, den 1912 auch Wilhelm II. als „Rassenkampf“ prophezeit hatte.¹⁷

¹² Das Folgende beruht unmittelbar auf meinem Artikel „'Wenn hier Deutsche wohnten ...' Beharrung und Veränderung im Russlandbild Hitlers und der NSDAP“. In: Hans-Erich Volkmann (Hrsg.): Das Russlandbild im Dritten Reich, Köln u.a. 1994, S. 9-54.

¹³ Siehe Manfred Nibelin: Ludendorff. Diktator im Ersten Weltkrieg, München 2010, S. 364 f.

¹⁴ Siehe F. Nowak (Hrsg.): Die Aufzeichnungen des Generalmajors Max Hoffmann, Berlin 1929, Bd. 2, S. 200. Zit. nach Wolfgang Ruge: Deutschland von 1917 bis 1933, Berlin 3-1978, S. 23.

¹⁵ Siehe den aufschlussreichen Artikel „Im Reich Ober Ost“. In: Die Zeit, 20.02.2014.

¹⁶ Zit. nach Ruge, a.a.O., S. 23; Ludendorff formulierte auch: „Deutschland braucht für eine gesicherte Zukunft ein russisches Hinterland, das uns bevorzugt und billig mit den nötigen Rohstoffen beliefert, mit Erzen aus der Ukraine, Manganerzen aus dem Kaukasus, Asbest, Kupfer, Nickel, Zinn“. Zit. nach Gaby Krone: Vom Kiever Reich zum Kalten Krieg. Vorstellungen von Russen und Russland im Schulfunk nach 1945 beim Westdeutschen, Norddeutschen und Bayerischen Rundfunk sowie Radion Bremen. Diss. phil. Köln 1977, S. 108.

¹⁷ Siehe Fritz Fischer: Hitler war kein Betriebsunfall, München 1982, S. 177 f.; Wolfgang Wippermann sieht im Schlagwort von „Drang nach Osten“ mehr eine Ideologie, denn eine Wirklichkeit. Siehe Der „Deutsche Drang nach Osten“. Ideologie und Wirklichkeit eines politischen Schlagwortes, Darmstadt 1981.

Meine *zweite* These besagt: Russophobie basierte letztlich auf den Konzepten einer „Ostexpansion“ deutscher Großkonzerne, deren Größenwahn bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts nach dem Urteil von Karsten Heinz Schönbach selbst das spätere Hitlerregime habe kaum noch übertreffen können.¹⁸ Selbst jenen ins Rassistische gewendeten Antisemitismus gab es bereits im politischen Denken großer Unternehmer.¹⁹ Ohne das russophobe Denken früher völkischer und konservativer Theoretiker ist auch Hitlers Russlandpolitik undenkbar. Insbesondere lässt sich das angedeutete Russlandbild preußisch-deutscher Militärs sich nicht anders als präfaschistisch, terroristisch und barbarisch-rassistisch charakterisieren. Daher verwundert es nicht, dass die NSDAP in den ersten Jahren ihrer Existenz den Vertrag von Brest-Litowsk als „vorbildlich“ kennzeichnete. Solche Argumentation entsprang der Auffassung, man müsse hauptsächlich gegen das Versailler Diktat der Westmächte vorgehen. Daher konnten sich in der NSDAP kurzzeitig sogar sogenannte national-bolschewistische Stimmungen Gehör verschaffen. Es könne nicht oft genug betont werden, so tönte Joseph Goebbels Anfang 1926, dass „uns noch viel weniger mit dem westlichen Kapitalismus verbindet als mit dem östlichen Bolschewismus“. Russland sei „der uns von der Natur gegebene Bundesgenosse gegen die teuflische Versuchung und Korruption des Westens.“ Gregor Strasser hatte da schon eine Debatte zum Thema „Russland und wir“ eröffnet und für eine prorussische Einstellung seiner Partei die Parole ausgegeben: „Das deutsche Mitteleuropa – im Kampf gegen den Westen, mit vorläufiger Unterstützung des Ostens!“ Aber man beachte: *Vorläufig*. Und es ging keineswegs nur um Mitteleuropa – denn so Goebbels im Originalton: „Ich bin Deutscher! Ich will, dass Deutschland die Welt ist.“ Wohl gemerkt, das wurde Mitte der 20er Jahre formuliert.

Es war gerade das deutsche Groß- bzw. Weltmachtdenken, das wesentlich zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges beigetragen hatte und auch nach der Niederlage in großen Teilen wirtschaftlicher, politischer sowie geistiger Eliten dominierte.²⁰ Es wirkte wegbereitend für die Nazis und bei diesen zu der fatalen Symbiose von „Lebensraum“-Gewinnungszielen und einer regelrechten Verteufelung Russlands. Das Bild von Russland, mit dessen Hilfe Hitler in dem langen Kapitel „Ostorientierung oder Ostpolitik“ seines Kampf-Buches die Eroberung von Land im Osten rechtfertigte, ging von vorhandenen russophoben Vorstellungen aus, denen sich politische und ideologische Sichtweisen zuordneten wenn nicht gar unterordneten. Das von Hitler bereits in „Mein Kampf“ sowie am 3. Februar 1933 vor deutschen Generälen formulierte Ziel einer Eroberung und Kolonialisierung des Landes der Russen durch die Deutschen, prägte schließlich nahezu alle Russlandbilder des deutschen Faschismus, unabhängig von allem taktierenden und zeitweise friedensdemagogischen Verhalten gegenüber der als „jüdisch-bolschewistisch“ charakterisierten Sowjetunion.

Meine *dritte* These: Phobien gehen generell Hand in Hand mit politischem Aktionismus. Sie verlangen gleichsam kategorisch gewaltsames Handeln. Geforderte Abwehrreflexe paaren sich mit angebotenen Lösungswegen, die angeblich zu Erfolgen führen, würde man nur aktiv und konsequent genug handeln. So sprach Alfred Rosenberg, Chefideologe der Nazis, schon früh von Russland als einer Apfelsine, die zu verspeisen gelänge, würde sie in einzelne Teile zerlegt.

¹⁸ Karsten Heinz Schönbach: Die deutschen Konzerne und der Nationalsozialismus 1926-1943, Berlin 2015, S. 48.

¹⁹ Ebenda dazu sehr aufschlussreich S. 100-109.

²⁰ Hans Grimm, Verfasser des bekannten Romans „Volk ohne Raum“, beschwor in der Weimarer Republik die Gefahr eines kulturell und rassenbiologisch nivellierenden Eindringens östlicher Völker in Deutschland und Europa. Auch andere völkisch-rassistische Schriftsteller, Publizisten und Universitätsprofessoren warnten vor einer bevorstehenden „Slawisierung“ europäischer „Kulturvölker“, die damit der Gefahr einer „Entedelung“ ausgesetzt seien. Zit. nach Thomas Vordermayer: Bildungsbürgertum und völkische Ideologie. Konstitution und gesellschaftliche Tiefenwirkung eines Netzwerks völkischer Autoren (1919-1959), Berlin/Boston 2016, S. 246 f.

Ohne bereits den „Plan Barbarossa“ oder den berüchtigten „Generalplan Ost“²¹ im Auge gehabt zu haben, entfaltete sich seit Mitte der 20er Jahre das feindselige, rassistisch-militant und antibolschewistisch geprägte Russlandbild der Nazis als ein konstitutiver Bestandteil ihres künftigen Eroberungs- und Vernichtungskurses. Ihr antibolschewistischer Propagandakrieg der 1930er Jahre verknüpfte sich dann eng mit einer auf den Volkscharakter bezogenen pejorativen Argumentation. Da wurde von einer „rassisch-völkischen Bedingtheit der bolschewistischen Revolution“ geredet. Da wurde behauptet, in Russland sei eine Vermischung von „nordisch bestimmte(m) Charakter“ und „mongolisch-asiatischen Instinkten“ vor sich gegangen, wodurch das Wesen des Russentums geprägt worden sei. Da hieß es, im Laufe der Zeit habe sich eine „Bastardisierung“ der charakterschwach gewordenen Russen vollzogen. Und immer wieder tauchte auch das „Argument“ auf, die Russen seien dank ihres „Zerstörerinstinkts“ nicht zu staatenbildender Kraft in der Lage gewesen. Sie hätten also, um bedeutsam zu werden, einer Vorherrschaft von Normannen und Deutschen bedurft.

So absonderlich und abstrus dieser antibolschewistische Propagandakrieg auch gewesen sein mag, seine Inhalte drangen tief in die Köpfe der meisten Deutschen ein. Kritisches Nachfragen wurde rigoros unterbunden. Den Nazis gelang es, ihre von nationalistisch-rassistischer Selbstüberhebung und verbrecherischer Aggressivität gekennzeichneten Feindbilder gebetsmühlenartig massenwirksam zu machen. Sie schufen keine inhaltlich neue Russophobie, sondern verstärkten und vertieften die in den Köpfen bereits vorhandene. Da störten schließlich auch jene Verwirrungen und Dissonanzen nicht, die es in Deutschland rund zwei Jahre nach dem Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes am 23. August 1939 gab. Von einem Tag zum anderen brach für Mitglieder und Anhänger der NSDAP zwar ein Weltbild zusammen, doch es wurde nicht durch ein anderes ersetzt. Goebbels notierte in sein Tagebuch, die Frage des Bolschewismus sei „im Augenblick von untergeordneter Bedeutung“, man sei in der Not und fresse „des Teufels Fliegen“. Rosenbergs Beamte mahnten im November 1939, es sei nicht nötig, antibolschewistische Literatur „voreilig aus dem Buchhandel zurückzuziehen oder sie sogar einstampfen zu lassen“. Arroganz und Selbstüberhebung ließen allerdings selbst in der Zeit der unmittelbaren Vorbereitung des Überfalls auf die UdSSR nicht einmal ansatzweise ein realitätsnahes Russlandbild zu. Forderungen nach „zuverlässiger“ Berichterstattung sahen sich nach wie vor abgeblockt. Das, was im Dritten Reich als sogenannte „Sowjetforschung“ betrieben wurde, verbaute der Naziführung selbst jeden einigermaßen realistischen Blick auf Russland. Manches sollte sich bekanntlich rächen. Hass macht eben blind!

Mit einigen Bemerkungen möchte ich *viertens* das Thema ergänzen und auf die Russophobie im Krieg schauen. Auf ihrer Grundlage entstanden „Beute“-Pläne in großer Zahl, hatte doch Hitler am 16. Juli 1941 erklärt, es komme nun darauf an, den „riesenhaften Kuchen handgerecht zu zerlegen, damit wir ihn erstens beherrschen, zweitens verwalten und drittens ausbeuten können.“ Rosenberg, im November 1941 zum Reichsminister für die besetzten Ostgebiete ernannt, verwahrte sich gegen Vorstellungen, man führe einen Kreuzzug gegen den Bolschewismus und wolle die Russen von diesem befreien. Nein, man sei angetreten, „um deutsche Weltpolitik zu treiben“ und werde „nicht mehr aus diesem Raum herausgehen“. Im Kampf gegen Russland, so erklärte Goebbels im Sommer 1942, handele es sich um einen „Krieg für Getreide und Brot, für einen vollgedeckten Frühstücks-, Mittags- und Abendtisch, [...] um Gummi, um Eisen und Erze“. Daran muss erinnert werden, weil davon Vieles – und wie ich meine Entscheidendes – hinter der offiziell gebräuchlichen Formel von „Hitlers Eroberungs-

²¹ Siehe Dietrich Eichholtz: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Berlin 1985, S. 430 ff.; Mechthild Rössler und Sabine Schleiermacher (Hrsg.): Der „Generalplan Ost“. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik, Berlin 1993.

und Vernichtungskrieg“ in gewünschtem Nebel zu verschwinden droht. Schließlich vernichtet jeder Krieg Menschen und zielt auf die Eroberung von Macht und Vorherrschaft.

Dementsprechend erwies sich das in den ersten Jahren des Krieges gegen die Sowjetunion verbreitete Russlandbild als ein in den allerschwärzesten Farben gemaltes. Es lag der großen Ausstellung mit dem Titel „Sowjetparadies“ zugrunde und spiegelte sich in den veröffentlichten Feldpostbriefen aus dem Osten. Die faschistisch-rassistischen Deutungsmuster radikalisierten sich weiter. So verkündete der *Völkische Beobachter* am 19. Juli 1941, es gäbe keine „Russen im eigentlichen Sinne“ mehr. Es sei mit dem „Sowjetmenschen“ eine neue Rasse entstanden. Von Rosenberg stammt die Einschätzung, Deutschland „stehe die Steppe plus Slawe plus europäischer Technik gegenüber, der berittene Mongole und der motorisierte Untermensch“. In einem Schulungsmaterial der NSDAP hieß es, der Osten sei ganz und gar ein „Nährboden und Ausfallstor des Untermenschentums“. Dies schlug durch bis in jene Stammtischniveau ausweisende Unmenschlichkeit, die der Ausspruch eines Nazi-Kreisobmannes belegt: „Ich sehe jedenfalls ein unterernährtes rachitisches Russenkind lieber als ein gut genährtes gesundes, vollbusiges Russenweib.“

Indessen: Der Krieg dauerte länger als geplant. Es gab Niederlagen, Frontlinien mussten „beegradigt“ werden, zunehmend fehlten der Rüstungsindustrie Arbeitskräfte. Die allzu schlichten russlandpolitischen Negativ-Klischees mussten sich spätestens seit der verlorenen Schlacht um Stalingrad an der militärischen Realität messen lassen. Darüber hinaus hatten viele Deutsche entgegengesetzte Erfahrungen im Umgang mit sowjetischen Kriegsgefangenen und mit den nach Deutschland verschleppten Zwangsarbeitern gemacht. In der Führung der NSDAP brach ein intern geführter Streit aus. Neue Konzepte kamen zum Vorschein. Zwar sah sich alle Russophobie weiter gesteigert, doch neben dem strikten Beharren auf der totalen Ausplünderung der besetzten Gebiete und auf der Vernichtungspolitik gegenüber der russischen Bevölkerung wurde zugleich nach veränderten Sichtweisen gesucht. Denkschriften kursierten, deren Autoren die Frage aufwarfen, ob man die Russen nicht besser als „Helfer“ gewinnen solle statt sie weiter als „Heloten“ zu behandeln. Selbst innerhalb der Reichspropagandaleitung hieß es u.a., es dürfe nicht länger „von Sumpfmenschen, Barbaren, Bestien und Kolonialpolitik geredet werden“. Geplant war eine „Proklamation an die Ostvölker“. In Ihr sollte Anfang 1943 verkündet werden, Deutschland würde sich für eine „Gleichberechtigung der Ostvölker in der europäischen Völkerfamilie“ einsetzen. Zu ihrer Veröffentlichung kam es jedoch nicht. Hitler bezeichnete in seiner Rede zum 10. Jahrestag seiner Erhebung zum Reichskanzler die Russen ganz im Stile der bislang geführten „Bestien“-Kampagne stattdessen als „Halbaffen auf Panzern“.

Als sich 1943/44 unter den Deutschen Zweifel am vorgegebenen Bild von den Russen häuften, wiedergegeben in den Berichten des Sicherheitsdienstes der SS, sah sich sogar Grundsätzliches der Nazi-Ideologie in Frage gestellt. Nun sollte, wie einige Nazis vorschlugen, nicht mehr gesagt werden: Russe gleich jüdischer Bolschewist, gleich Untermensch und Bestie. Man begann nach pragmatischen Lösungen zu suchen. So kam es allerdings erst nach langem Zögern und Hinhalten zur Formierung der Wlassow-Armee, in der antikommunistische und nationalistisch denkende sowjetische Kriegsgefangene an die Seite von Wehrmacht und SS traten. Doch selbst in den kriegsbedingt als „nützlich“ betrachteten Kollaborateuren sahen viele nach wie vor nur die politisch, geistig und rassistisch minderwertigen „Heloten“.

* * *

Abschließend sei bitte noch erlaubt zu sagen, dass die Russlandbilder der Nazis zu einem Abschnitt der deutschen Geschichte gehören, der mit der Befreiung der Völker vom Joch faschistischer Herrschaft und Kriegführung endete, dass die Niederlage der Aggressoren zwar total geriet, doch eine totale Überwindung der hier behandelten Denkschemata bis heute noch nicht

erfolgt zu sein scheint. Hasserfülltes und Verdammendes, auf jeden Fall Einseitiges lässt sich wieder vernehmen, Tag für Tag.²²

Manches hat sich zwar im Laufe der Zeiten geändert, abgemildert und – wie manche meinen – sogar sogkultiviert, doch generell wäre immer zu berücksichtigen, dass das, was einmal in der Welt war, weiter existiert und wirkt, oft unterschwellig oder heuchlerisch überdeckt. Es lässt sich auch relativ leicht abermals an den Tag befördern. Die sogenannte Qualitätspresse und sogenannte „Alpha“-Journalisten spielen dabei eine wesentliche, kaum zu unterschätzende Rolle. Natürlich nicht allein sie: Medien machen Stimmungen, aber sie treffen auch auf solche. Meinungen werden verlangt, doch sie spiegeln auch vorhandenes Verlangen. Massenmedien ermöglichen indessen kollektive Ängste, lassen aus Angst vor Fremden Fremdenfeindlichkeit erwachsen und mobilisieren animalische Denk- und Verhaltensweisen. Schließlich kann selbst eine nur latent vorhandene Russophobie Wegbereiter-Funktionen aufweisen für eine Außenpolitik, die manche Kritiker bereits als einen faktisch geführten „Krieg gegen Russland“ bezeichnen.²³ Der wieder entfachte Kalte Krieg wird durch militärische Kriegsspiele unmittelbar vor russischen Grenzen noch verstärkt. Man mag sich nicht ausmalen, wie so einer weltweiten Katastrophe Tür und Tor geöffnet werden könnte.

Nichts hebt daher die politisch-moralische Pflicht auf zu prüfen, ob und wenn ja wie sich Grundkonstanten russophober Auffassungen in heutiger Zeit entäußern, in welchen Varianten und Verschleierungen und wo auch immer.

Und es sei als eine Erfahrung, gewonnen in jüngster Zeit, formuliert, dass Debatten dringend notwendig sind über das angeblich höchste Gut der Meinungsfreiheit, dessen offizielle, ja sogar höchstgerichtliche Deutung alles zu erlauben und zu dulden scheint, was erwiesenermaßen selbst Kriegsvorbereitung und Kriege ermöglicht hat. Ich meine, es sollten endlich strikte Grenzen gesetzt werden für die Verbreitung rassistischer Behauptungen und fremdenfeindlicher Klischees. Zumindest sollte mit dem Blick zurück eindringlich vor jeder Verwendung tradierter Negativ-Klischees und ebenso vor realitätsfernen Bildern mit Verve und Vehemenz gewarnt werden.

Jede vernünftige politische Bildungsarbeit, verlangt auch von Historikern, würde ich sogar hauptsächlich daran messen wollen, wie sie die kritische Auseinandersetzung mit diesen betreibt und wie sie hilft, Wege zu einer konstruktiven und hoffentlich auch erfolgreichen Friedens- und Sicherheitspolitik zu finden. Denn deren Ziele können nicht ohne oder gar gegen Russland erreicht werden, nicht konfrontativ, sondern nur kooperativ und partnerschaftlich.²⁴

Vortrag für die Tagung am 15. Juni 2016 in Berlin anlässlich des 75. Jahrestages des deutschen Überfalls auf die UdSSR.

Veröffentlicht in: junge Welt, Freitag, 08.07.2016, S. 12,

²² Siehe Wolfgang Geier in der Einleitung zu der von ihm herausgegebenen Publikation „Deutsche und Russen. Wahrnehmungen aus fünf Jahrhunderten“, Potsdam 2014.

²³ Davon spricht Eugen Ruge: Der Krieg gegen Russland. In: Die Zeit, 08.05.2014, S. 44. Diese Einschätzung fortführend kann auch gesagt werden, er sei – nach den Feldzügen Napoleons und Hitlers – der dritte Versuch innerhalb von 200 Jahren, Russland militärisch zu überwältigen.

²⁴ Siehe Wolfgang Schwarz: Russland und Europa: Wie weiter?. In: Das Blättchen. Zweiwochenschrift für Politik, Kunst und Wirtschaft, Nr. 6/ 14.03. 2016.

Schlusswort

Das letzte Wort zu unserer gehaltvollen und anregenden, zugleich auch sehr informativen und problemreichen Debatte ist mir aufgetragen worden. Leicht fällt mir dabei lediglich, im Namen der Veranstalter den Rednern allen Teilnehmern und damit einem sachkundigen Publikum ein herzliches Dankeschön zu übermitteln. Dem schließe ich an meinen persönlichen Dank für die Initiatoren und Organisatoren, für die Unterstützer und Sponsoren unserer Tagung. Ohne sie, darunter auch ohne das gastgebende Russische Haus der Wissenschaft und Kultur, wäre es wohl kaum gelungen, sich über zahlreiche Problemfelder zu verständigen, die es aus Anlass des 75. Jahrestages des Überfalls der deutschen Faschisten auf die UdSSR zu diskutieren galt und die es ganz sicher auch weiterhin auf der Tagesordnung stehen werden.

Selbstverständlich war es zu begrüßen, dass es kritische Fragen und kontroverse Positionsbekundungen gab; dies sowohl zu manch einem historischen Details, in denen sich das sogenannte Große und Ganze spiegelt, als auch zu fragwürdigen Deutungen und irrigen Legenden wie z. B. jener vom Überfall als einer notwendigen Präventivmaßnahme.

Bei allem stand für mich Im Hintergrund die beklagenswerte und schlimme Besorgnis weckende Tatsache, dass wir gegenwärtig und damit innerhalb von 200 Jahren – nach Napoleons Marsch auf Moskau von 1812 und Hitlers Überfall von 1941 – den dritten großen Versuch erleben, Russland in die Knie zu zwingen. Zwei davon endeten desaströs für alle Beteiligten, und für den dritten ist dasselbe zu befürchten. Grund genug, sieben Jahrzehnte nach dem 22. Juni 1941 auf das Ereignis, auf seine Ursachen und insbesondere auch auf seine Folgen intensiv zu schauen. Alle Beiträge und auch die Diskussion bestätigten, dass der faschistische Spuk vor sieben Jahrzehnten zwar sein verdientes Ende fand, jedoch neuerliche Gefahren aufscheinen, sei es in den wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen sich selbst als demokratisch bezeichnenden Großmächte, sei es in einer russenfeindlichen Politik oder auch in Ideologie und demagogischer Propaganda.

Mit Recht ist heute oft auf das gegenwärtig die Gemüter erhitzende Manöver der NATO Bezug genommen worden. Für dieses verwendete man gewiss nicht zufällig die Bezeichnung Anakonda, den Namen einer Riesenschlange also, die ihre Opfer umschlingt und erdrückt. Russland im Würgegriff – das sähe man sicher gern im Lager derer, die erneut dem alten „Feindbild Russland“ frönen. Der angenommene Ausgangspunkt dieses Manövers – einem russischen Angriff müsse begegnet werden – steht in übler Tradition. Stets behaupteten Kriegsanzetteler, sich „verteidigen“ zu müssen. Dafür wurde das Bild bemüht, Russen seien geradezu eine Inkarnation von Bedrohung, Gefahr und Kriegstreiberei. Ihre „Dämonisierung“ erweist sich als eine üble, aber übliche Methode, deren lange Geschichte im jüngst erschienenen und außerordentlich lesenswerten Buch von Hannes Hofbauer („Feindbild Russland. Geschichte einer Dämonisierung“) überzeugend nachgewiesen wird. Sucht man indessen nach den entscheidenden Ursachen, stellt sich rasch heraus, dass das Land der Russen wie ehemals heutigen Imperialisten gleichsam als ein natürlicher Expansionsraum eigener Politik gilt: Eurasien sei – so der Vordenker und Stratege Zbigniew Brzezinski – Dreh- und Angelpunkt der Weltbeherrschung.

Sicher gehen wir heute auseinander im Wissen um die Tatsache, dass jeder Blick in unsere Gegenwart den geschichtlichen Rückblick erfordert, gerade auch den auf das Datum 22. Juni 1941. Unabdingbar scheint mir dies in mehrfacher Hinsicht zu sein, vor allem weil gegenwärtig heftig versucht wird, eine Neubewertung des Zweiten Weltkrieges durchzusetzen, insbesondere des Krieges der Faschisten gegen die UdSSR. Davon lässt sich die deutsche Bundesregierung in ihrer – vornehm gesagt – eigenartigen Gedenkpolitik leiten. Absichtsvoll preisen einige Historiker multikausale Methoden geschichtswissenschaftliche Arbeitens, verdrängen aber selbst wesentliche Ursachenkomplexe. Doch das Wissen um die wirtschaftlichen, geopo-

litischen und ideologischen Interessen, die vor allem zum Krieg gegen die Sowjetunion führten, darf nicht verlorengehen. Es darf ebenso nicht der Tendenz weichen, historische Verantwortlichkeiten von den Tätern hin zum Opfer des Überfalls zu verschieben. Ebenso wenig lässt sich alle Kausalität lediglich einem Manne bzw. Hitler und Stalin zuschreiben. Und: Es gilt generell, immer und immer wieder das so sorgsam gehütete „Geheimnis“ zu lüften, wie Kriege gemacht, wie barbarisch sie geführt und wie alte, vernarbte Wunden neu aufgebrochen werden.

Unser heutiger Blick zurück bietet auch Anlass für Gedankenspiele im Interesse antifaschistisch-antimilitaristischer Zukunftsvisionen. Musste denn wirklich, so frage ich, der Krieg gegen die UdSSR stattfinden, bevor die Antihitlerkoalition aus der Taufe gehoben wurde? Wäre er nicht gar verhinderbar gewesen? Und das führt auch zu der Frage, was heute getan werden kann, was getan werden sollte, um Kriege zu verhindern. Stichwortartig sei verwiesen u. a. auf Forderungen wie das Wettrüsten beenden, Waffengeschäfte verhindern, Rüstungsausgaben minimieren, Rüstungsforschung einstellen, Verhandeln statt riskanter Manöver, alte Lösungen reaktivieren wie „Schwerter zu Pflugscharen“, „Frieden schaffen ohne Waffen“ und „Loks statt Leos“. Ich plädiere in diesem Zusammenhang, zumindest nebenbei sei dies gesagt, für eine Wiederbelebung der Historischen Friedensforschung, wie sie in der DDR initiiert und betrieben worden ist unter dem Stichwort „Koalition der Vernunft“ bzw. in der BRD etwas von Wolfram Wette u. a. m. betrieben wird.

Schließlich bietet der Blick zurück auch Anlass für einen optimistischen Blick voraus. Erinnern wir uns doch beispielsweise mehr als bislang getan an die Grundsätze, die der Rapallo-Politik zugrunde lagen, an den Moskauer Vertrag zwischen der BRD und der UdSSR von 1960, an die Idee vom gemeinsamen „Haus Europa“, an die ab und zu doch klug gestalteten und für beide Seiten nützlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland.

Abschließend darf ich sicher sagen, dass in diesem Sinne unsere Rückbesinnung sinnvoll, anregend und erfolgreich war. Sie wird allerdings auch künftig dringend erforderlich sein ...

Schlusswort auf der Tagung am 15. Juni 2016 in Berlin anlässlich des 75. Jahrestages des deutschen Überfalls auf die UdSSR.

Gegen den Zeitgeist

Zum Tode des marxistischen Historikers und Faschismusforschers Kurt Pätzold

Nach schwerer und wissend ertragener Krankheit starb ein weithin geachteter Historiker, ein wissensreicher und anregender Kollege, ein guter Freund, im Alter von 86 Jahren.

Im Erinnern an Kurt Pätzold tauchen zahlreiche Bilder auf; sicher unterschiedliche, aus jeweiligen Blickrichtungen erzielte und auf unterschiedliche Anliegen bezogene, vielleicht auch divergierende. Entstanden sind sie aus langjährigem Zusammenleben, aus dem Miterleben seines Lebensganges, aus dem Begleiten in Zeiten sowohl freudvollen Glücks als auch in denen unverschuldeter Schwierigkeiten. Viele Bilder verschmelzen ineinander, formen sich zu dem eines Jugendlichen, der mit seinen Eltern in Breslau die Gräueltaten faschistischer Barbarei und des schrecklichen Zweiten Weltkrieges erlebte und zu kritischem Blick erzogen wurde. Eines Mannes, für den sich in den ersten Jahren der Nachkriegszeit ein erstrebenswertes Ziel individuellen und gesellschaftlichen Lebens erschloss. Eines Gelehrten, dessen Lebensweg viele Höhen, aber auch erschütternde Tiefen umfasst.

Seit seinem Geschichtsstudium an der Jenaer Friedrich-Schiller-Universität befasste Kurt Pätzold sich mit dem verhängnisvollen Wirken jener Kräfte, die sich im 20. Jahrhundert dem historischen Fortschritt in den Weg stellten, indem sie die Ergebnisse des Ersten Weltkrieges zu revidieren trachteten, den parlamentarisch-demokratisch verfassten Weimarer Staat zerstörten und eine massenmörderische Diktatur errichteten. Sein Blick galt dem Weg, den die deutschen Faschisten – sich selbst als „Nationalsozialisten“ tarnend – im Bunde mit großbürgerlichen und militärischen Eliten in den Zweiten Weltkrieg gegangen sind.

Seine Sicht auf die Wurzeln der braunen Barbarei erwuchs stets aus einer komplexen Kenntnis von Strukturen und Entwicklungssträngen der kapitalistischen Gesellschaft. So konnten ihn jene Vorwürfe einer „ökonomistischen“ Deutung des Faschismus nicht treffen, die seit eh und je gesellschaftskritischen, erst recht marxistischen Historikern gemacht worden sind, wider besseres Wissen auch immer noch erhoben werden. Ein unvoreingenommener Blick in seine biografischen Arbeiten über Adolf Hitler, Rudolf Heß, Julius Streicher, Hans Frank, Alfred Jodl oder Arthur Seyß-Inquart genügt, ebenso die Kenntnis des von ihm gemeinsam mit anderen herausgegebenen Bandes „Biographien zur deutschen Geschichte“ oder auch der Publikationen zur Geschichte der NSDAP.

Unter den Faschismusforschern der DDR gehörte Kurt Pätzold zu den wenigen, die sich intensiv mit der nationalsozialistischen Ideologie und insbesondere mit der rassistisch-antisemitischen Judenverfolgung befassten. Mehrere Publikationen bezeugen das Geschick, tief in das Geschehene einzudringen, es in nahezu literarischem Stil darzustellen und die Vielgestaltigkeit von Ursachen-Bündeln zu verdeutlichen. Der ersten größeren Arbeit „Faschismus – Rassenwahn – Judenverfolgung. Eine Studie zur politischen Strategie und Taktik des faschistischen deutschen Imperialismus (1933-1935)“ folgten die – teils gemeinsam mit Erika Schwarz erarbeitete – Bände „Verfolgung Vertreibung Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933 bis 1942“, „Pogromnacht 1938“, „Tagesordnung Judenmord. Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942“, „Auschwitz war für mich nur ein Bahnhof. Franz Novak, der Transportoffizier Adolf Eichmanns“.

Vor über zwei Jahrzehnten verlor Kurt Pätzold – wie viele andere auch – seine Anstellung an der Berliner Humboldt-Universität. Eine abenteuerliche und wohl doch bewusst gewählte Begründung sollte ihn und mehr noch sein Geschichtsverständnis, seine Sicht auf den absoluten Tiefpunkt deutscher Geschichte treffen. Das mag sein hartes, aber doch eindeutiges und treffendes Urteil erklären: Was von manchen als Prozess einer „Erneuerung“ ostdeutscher

Hochschulen betrieben und beschrieben wurde, sei auch eine „Geschichte von Ignoranz, Fälschung und Heuchelei“.

Es gelang nicht, was in den Wendezeiten versucht worden war: Kurt Pätzold verstummte nicht. Im Gegenteil. Noch deutlicher als zuvor, noch intensiver und umfangreicher trat er in Erscheinung, das Instrumentarium kritisch-dialektischer Analyse glänzend beherrschend. Ihm ging es dabei immer auch um eine kritisch-kreative Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR, mit seiner eigenen Biografie, dabei turmhoch über allerlei Rechtfertigungsprodukten oder Verdammungsschriften stehend.

Den guten Traditionen deutscher Historiker folgend, bewegte er sich nun erst recht in seiner Zeit, diese nicht allein kontemplativ betrachtend, sondern zugleich mit dem Ziel verknüpft, sie bewegen, sie verändern zu wollen. Eine andere Welt als die kapitalistisch geprägte anstreben, eine menschlichere Form gesellschaftlichen Zusammenlebens gewinnen zu wollen – dies könnte als innere Triebkraft seines Strebens und Wirkens verstanden werden. Damit gehört er zu jenen, denen es in der 1990 vergrößerten Bundesrepublik Deutschland gelungen ist, auch außerhalb des ihm verwehrten Platzes im offiziellen Wissenschaftsbetrieb Gehör zu finden. Ein international renommierter Wissenschaftler sei er, konstatierte der Historiker-Kollege Wolfgang Benz vor einigen Jahren.

Mit den Mitteln des Historikers, eines parteilichen wohl, nicht eines parteiischen, bezog Kurt Pätzold vor allem Position gegen einen im neuen Zeitgeschehen dominierenden Geist, der hauptsächlich von einem Koste-es-was- es-wolle-Denken und unerbittlichem Willen zu Profitmaximierung geprägt erscheint, demzufolge auch von nur notdürftig verbrämter sozialer Kälte, von zunehmendem Demokratie- Abbau, von eiferndem Überwachungswahn und sogar – besonders abscheulich – von teils geduldetem, teils gefördertem rechtsextremen Ungeist und schamloser Rechtfertigung neuerlichen Kriegstreibens.

Zielgerichtet Alternativen anzustreben, bestimmte sowohl sein wissenschaftliches Arbeiten als auch seine umfangreichen geschichtspolitischen Bemühungen. Sein Anteil an linker politischer Bildungsarbeit war groß, auch über den Rahmen der Rosa-Luxemburg-Stiftung hinaus. Gebeten wurde er oft zu Vortragsveranstaltungen, und es gibt wohl nur wenige Städte im Osten oder Westen Deutschlands, in denen ein interessiertes Publikum – oftmals auch ein jüngerer – ihm noch nicht gelauscht und das Gespräch gesucht hätte.

Ihn bewegten unendlich viele Fragen: Wie entstand und entwickelte sich das, was seit eh und je zum Zeitgeist erhobene Leitgedanken jeweils machtausübender Potentaten, Priester, Parteien usw. gewesen sind? Dringlicher noch: Welche Ideen zum Lauf der Welt, welche Denkmuster bewegen den Geist beherrschter Massen? Wie erklärt sich die Bereitschaft vieler Menschen, darunter auch von Linken, Konzessionen an den jeweiligen Zeitgeist zu machen? Und: In welchen Wechselwirkungen zum Zeitgeist stehen jene, die gegen ihn wirken wollen und auch zu wirken vermögen, falls sie nicht vorrangig über sich selbst nachdenken und in linker Wollust zum Streiten untereinander den sprichwörtlichen Wald vor lauter Bäumen nicht mehr sehen können?

Zunehmend wandte sich Kurt Pätzold auch anderen Themen zu. Autobiografischen zumal oder an bedeutsame Jahrestage gebundenen wie den Befreiungskriegen von 1813 oder dem Ersten Weltkrieg. Oft beschrieb er nicht allein geschichtliche Werdegänge und Hintergründe, beispielsweise die von Kriegerdenkmalen, sondern befasste sich auch mit den gesellschaftspolitischen Wirkungen historischer Redewendungen. „Schlagwörter und Schlachtrufe“ – so lautet auch der Titel zweier Bände, die davon künden. Sein Band „Faschismus-Diagnosen“ wird in keinem Bücherregal um Klarheit ringender Antifaschisten fehlen dürfen.

Zuletzt beschäftigte er sich wieder mit dem Zweiten Weltkrieg und der deutschen Geschichte zwischen 1933 und 1945, wozu allein in der verdienstvollen Reihe „Basiswissen“ des Kölner PapyRossa Verlages demnächst zwei Bände erscheinen werden. Er befasste sich mit dem deutschsowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 sowie mit dem zwei Jahre darauf erfolgten Überfall auf die UdSSR; „Ursachen, Pläne und Folgen“ – so lautete der Untertitel seines jüngst veröffentlichten Bandes über den 22. Juni 1941. Manch eine seiner Publikation verdient, eine die Gegenwart unmittelbar berührende Streitschrift genannt zu werden.

Einige seiner vielen Projektideen ließen sich nicht verwirklichen, bedauerlicherweise, darunter die eines Bandes mit jenen Reden, Artikeln oder ähnlichen Texten, die als „Nekrologe“ für nach der Wende verstorbene DDR-Historiker zu verstehen gewesen wären und sicher interessante Aspekte der Geschichtswissenschaft verdeutlicht hätten. Gespannt sein darf man auf den Druck eines Manuskripts, in dem es ihm um die Hintergründe von Entstehen und Wirken der umfangreichen Nazi-Gefolgschaft ging. Daran arbeitete er seit vielen Jahren und sogar bis zu seinem Tode, ständig an jeder Formulierung feilend.

Oftmals mit Kurt Pätzold gemeinsam arbeiten, diskutieren und Projekte verwirklichen zu können, bedeutete, ihn als kenntnisreich und dennoch stets lernbegierig, als anregend und problembewusst zu erleben. In ihm fand sich ein Partner, dem Fehlerhaftes und Stilloses ein Grauen bereitete und der sich selbst strengster Arbeitsdisziplin unterwarf. Kritische, zugleich aber produktive Hilfsbereitschaft und uneigennützige Solidarität widerfuhr vielen Studierenden, Freunden und Bekannten, die sich fragend und bittend an ihn wandten, fern von überheblicher Selbstherrlichkeit.

Die von materialistisch-dialektischem Denken geleitete Schar der Historiker erleidet einen herben Verlust. Sie hat einen beharrlichen Weggenossen verloren, der bestrebt war, möglichst Nutzbringendes und Ersprießliches zu leisten, Anerkennenswertes zu schaffen, nach Verhältnissen zu streben, in denen Gerechtigkeit und friedliches Miteinander dominieren können.

Neues Deutschland, Montag, 22. August 2016, S. 15.

Terror gegen die Republik

26. August 1921: Matthias Erzberger wird auf offener Straße ermordet

Skrupellos nutzten zwei junge Männer, nationalistischer Hetze und dem Willen organisierter Terroristen erlegen, am 26. August vor 95 Jahren die Angewohnheit des Reichsfinanzministers a. D., Matthias Erzberger, während seines Erholungsurlaubs im Schwarzwald ausgedehnte Morgenspaziergänge zu unternehmen. Als er zusammen mit einem Gesprächspartner die gewundene Straße von der Spitze des Kniebis hinunter nach Bad Griesbach beschritt, sprangen die Attentäter aus einer Waldschneise hervor. Einer trat dicht an den völlig Überraschten heran und gab zwei Schüsse auf ihn ab. Der Schwerverletzte schleppte sich zu einem nahe gelegenen Abhang und rollte ein paar Meter hinab. Die Täter setzten ihm nach und gaben mehrere Schüsse auf den Kopf des Sterbenden ab: hinterhältig, einer Hinrichtung gleich.

Die Mörder gehörten, wie sich rasch herausstellte, der Organisation Consul (OC) an, in deren Reihen sich nationalistisch-völkische Kräfte, zumeist demobilisierte Soldaten, gesammelt hatten – erfüllt vom Hass gegen die Weimarer Republik und alle Versuche, parlamentarisch-demokratisch zu regieren. Die OC, unter den vielen Freikorps, Bünden und rechtsextremen Vereinen eine der bedeutendsten Organisationen, war Ende 1920 von Korvettenkapitän Hermann Ehrhardt aus der Taufe gehoben worden, von einem Mann, der im März 1920 an der Spitze einer Marinebrigade den Kapp-Putsch in besonderer Weise zu verantworten hatte. Unterstützt vom Münchner Polizeipräsidenten Ernst Pöhner und getarnt als „Bayerische Holz-Verwertungs-Gesellschaft“ hatte die OC ihr gewalttätiges, schätzungsweise 5000 Personen umfassendes Netz über ganz Deutschland spannen können.

Organisierter Terrorismus

Bereit zum Bürgerkrieg sahen damals die nationalkonservativen und völkischen Kräfte alles Übel in einer Person konzentriert: Matthias Erzberger. In ihren Augen war er dreifach belastet: Er hatte während des Ersten Weltkrieges die Fronten gewechselt. Aus dem annexionistischen Kriegszielbefürworter war ein Politiker geworden, den sein Realitätssinn erkennen ließen, dass der Krieg nicht zu gewinnen war. Ihm wurde bewusst, dass seine ursprünglichen Vorstellungen, wie er selbst schrieb, „auf einem erheblichen Irrtum über die militärische und politische Gesamtlage“ beruht hatten. Vor allem auf Erzbergers Initiative hin war im Juli 1917 von einer Mehrheit des Reichstages eine „Friedensresolution“ beschlossen worden, in der versichert wurde, Deutschland lasse sich nicht von Eroberungssucht leiten und suche einen „Verständigungsfrieden“. Den Kriegseintritt der USA befürchtend, lehnte Erzberger auch den uneingeschränkten U-Boot-Krieg ab, was ihm üble Beschimpfungen als „Vaterlandsfeind“, „Flaumacher“ und „Reichsverderber“ eintrug. Die zu dieser Zeit gegründete Deutsche Vaterlandspartei – im Grunde eine Vorläuferin der NSDAP – verstand sich selbst als Anti-Erzberger-Partei und warnte vor einem „beschämenden Verzichtfrieden“.

Erzberger war zudem der Mann, der als Staatssekretär ohne Portefeuille am 11. November 1918 im Wald von Compiègne den Waffenstillstand mit Frankreich und Großbritannien unterzeichnet hatte. Von seiner „schwächlichen Nachgiebigkeit“ ging stets die Rede, beklagte man in Deutschland die Härte der alliierten Bedingungen. Verschwiegen wurde hingegen die aktenkundig belegbare Tatsache, dass die Oberste Heeresleitung selbst den Abschluss eines Waffenstillstandes gefordert und in Kenntnis der Bedingungen sogar zur Unterzeichnung gedrängt hatte. Mit Bedacht wollten die Militärs bei dem als schmähsch empfundenen Vorgang nicht in Erscheinung treten und die Sache einem „Zivilisten“ überlassen. Sie legten damit den Grundstein für die berühmte Legende vom „Dolchstoß“.

Der dritte Grund, warum Erzberger den Hass der Rechten auf sich zog, liegt in seinem Eintreten für die Weimarer Republik. Der Politiker stand auf der Seite jener bürgerlichen Kräfte, die

glaubten – nach wie vor in strikter Feindschaft gegenüber der organisierten Arbeiterbewegung, – ihre Macht mit den Mitteln des neuen parlamentarisch-demokratischen Regimes sichern zu können, auch wenn es dazu gewisser Zugeständnisse und vor allem eines von Katastrophen freien Wiederaufbaus der deutschen Wirtschaft bedurfte. Sie bemühten sich intensiv um eine Finanzreform, die zwar mit den erhöhten Steuern auf Verbrauchsgüter vor allem die einfachen Leute traf, darüber hinaus jedoch auch vorsah, Wohlhabende durch Steuererhöhungen und die Einführung neuer Steuern zur Kasse zu bitten. Als Reichsfinanzminister (Juni 1919 bis März 1920) setzte Erzberger auch die Finanzhoheit des Reiches und Ansätze einer zentralen Steuerverwaltung durch – ein Graus für alle dem Föderalismus anhängenden Landesfürsten. Kriegsgewinnler schimpften nach dem „Reichsnotopfer“ vom Dezember 1919, das alle privaten Vermögen über 5000 Mark betraf, Erzberger sei ein „konfiskatorischer Sozialist“.

Systematische Hetze

Gegen Erzberger wurde systematisch gehetzt. Vor allem Karl Helfferich, eine der Führungspersönlichkeiten der Deutschnationalen Volkspartei, entfachte mit einer Reihe von Reden und Schriften – eine davon betitelt „Fort mit Erzberger!“ – ein publizistisches Dauerfeuer. Was unter den Konservativen und Völkischen, unter den Nationalliberalen und auf dem rechten Flügel von Zentrum und Bayerischer Volkspartei Rang und Namen hatte, beteiligte sich an den publizistischen Angriffen. Hemmungslos wurde er geschmäht. Im Miesbacher Anzeiger, einem bekannten Blatt bayerischer Reaktionäre, hieß es am 6. August 1921, Erzberger sei ein „feist gefressener Lump“. Andere beschimpften ihn als „Reichsschädling“, „Landesverräter“, „Volksfeind“, „Erzhalunke“. Alles gedeckt von einem – wie man heute formulieren würde – Recht auf Meinungsfreiheit, das nach rechts stets gewährt und nach links zumeist ausgesetzt wurde.

Solchem Ungeist folgte die Untat. Die Schüsse vom 26. August 1921 hatten jedoch nicht allein den erbittert gehassten Mann zum Ziel. Der entfesselte nationalistische Terrorismus galt allem, was seit dem Ende des Weltkrieges in und nach der Novemberrevolution an Veränderungen im politischen Herrschaftssystem von proletarischen und bürgerlich-demokratischen Kräften hatte durchgesetzt werden können. Ziel der terroristischen Aktion war auch das Streben nach friedlichen internationalen Beziehungen, die nach dem erklärten Willen der Siegermächte durch eine weitgehende Beschränkung der militärischen Kräfte des Reiches gesichert werden sollten. Die Reaktion hatte beides im Visier: gesellschaftlichen Fortschritt und Demokratie sowie das friedliche Miteinander der Völker.

Quellen:

Das ist Herr Erzberger, der das deutsche Volk (...) zur gänzlichen Vernichtung führen wird, wenn ihm nicht endlich das Handwerk gelegt wird! Deshalb gibt es für das deutsche Volk nur eine Rettung. Überall im Lande muss mit unwiderstehlicher Gewalt der Ruf ertönen: Fort mit Erzberger!

Karl Helfferich: Fort mit Erzberger!, Berlin 1919

Dieser Mann war ein aufgelegter Hochverräter, als Mitschuldiger des Dolchstoßes von 1918 und seither. Er war persönlich ein unsauberer Mensch. Die staatliche Rechtspflege hat ihm gegenüber versagt. Es ist nicht zu entschuldigen, aber es ist geschichtlich gesehen überaus natürlich, dass Richter Lynch da auf dem Plan erschien. (...) Gewiss, wer Menschenblut vergießt, des Blut soll wieder vergossen werden. Das werden die jungen Leute, unter deren Revolver nach der Aussage des Abgeordneten Diez der Ermordete geblieben ist – falls es nicht einfach bolschewistische Mordbuben waren – sich von vornherein gewiss sein. Und sie werden ihr Los, wenn das Schicksal es will, mit Anstand auf sich nehmen. Aber bei all dem denkt man an das Alte: Es lebt ein Gott, zu strafen und zu rächen!

Deutsches Tageblatt, 27. August 1921

Ein politischer Mord, das letzte Glied einer langen Kette. Sie beginnt mit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, sie geht weiter zu Kurt Eisner und Gareis, sie endet vorläufig bei Erzberger. Zuerst die kommunistische Vorhut, dann unabhängige Arbeiterführer, jetzt ist's vom Fleisch der Bourgeoisie einer, der unbequem wurde.

Die Rote Fahne, 27. August 1921

junge Welt, Sonnabend, 27.08.2016, S. 15.

Völkisch-alldeutsch voran ... in die Katastrophe!

Das vorliegende Buch ging aus einer Dissertationsschrift hervor, die vor zwei Jahren an der Mannheimer Universität entstand. Es kann – nicht zuletzt auch unter den bedrückenden aktuellen Vorzeichen – mit Gewinn gelesen werden und ergänzt in sinnvoller Weise bislang erschienene Darstellungen zur Geschichte des 1894 gegründeten und 1939 aufgelösten Alldeutschen Verbandes (ADV). Genutzt wurde auch die in der DDR entstandene Forschungsliteratur, die in sachlichem Stil und – deshalb erwähnenswert – ohne die im offiziellen Wissenschaftsbetrieb üblich gewordene pejorative Begleitmusik ausgewertet wird.

Beim Alldeutschen Verband handelte es sich um eine Organisation, die strikt dem Leitsatz „Deutschland über Alles“ folgte und ein „deutsches Weltreich“ anstrebte. Sie war in der Tat – wie es der Untertitel des Bandes ausweist – trotz ihrer relativ geringen Größe in besonderem Maße einflussreich und von verhängnisvoller Wirksamkeit. Das Denken und Handeln des ADV bezeichnet Jungcurt als extremistisch. Es sei von einem ausgeprägten Machtstreben (das die Verfasserin als bürgerlichen „Partizipationswillen“ umschreibt) und aggressiver nationalistischer Maßlosigkeit getragen worden. In diesem Spannungsfeld agierte der ADV fast ein halbes Jahrhundert lang, mal mit mehr, mal mit weniger Erfolg, indessen stets als radikaler Ausdruck und offensichtliches Merkmal imperialistischer Interessen.

Ein ausgedehntes erstes Kapitel schildert, wie der ADV in arbeitsteiliger Kooperation ein umfangreiches, auf breite mediale Wirkung ausgerichtetes Netzwerk unterschiedlicher Verbände und Vereine zu schaffen und zu lenken verstand. In zahlreichen Denkschriften und öffentlichen Erklärungen entwickelten und verbreiteten ihre führenden Köpfe – allen voran Heinrich Claß und Alfred Hugenberg – radikale Konzepte des Kampfes für eine deutsche Weltmacht-politik sowie gegen den proletarischen Internationalismus und die Sozialdemokratie. Sie rechtfertigten nicht nur Gewalt und Krieg schlechthin, sondern forderten die Verwirklichung umfangreicher Annexionsziele sowie ethnischer Säuberungen nach dem Motto, erobertes Gebiet müsse ein „Land frei von Menschen“ sein. Wo es nicht möglich wäre, auf diese Weise neues Land zu erwerben, müssten der verbliebenen Bevölkerung die Bürgerrechte entzogen werden. Wohlgemerkt: Solche Konzepte wurden in einer Zeit verbreitet, in der es weder die faschistische NSDAP noch ihren „Führer“ gegeben hat. Dem klagenden Gerede vom „Volk ohne Raum“ ging das Konzept einer Eroberung von „Raum ohne Volk“ voraus. Welch eine Vorwegnahme späterer Politik des deutschen Faschismus!

Akribisch wird dargestellt, wie es einzelnen Alldeutschen vor 1914 und danach gelang, die Meinungsführerschaft in der Kriegszielbewegung einzunehmen und Schlüsselpositionen in den „Vorzimmern der Macht“ zu besetzen. Sie hätten ihre expansiven und aggressiven Ziele auch bei jenem Teil der Herrschenden „diskussions- und akzeptanzfähig“ gemacht, der zwar zu nationalem Überschwang fähig war, sich bislang jedoch nicht extremistisch verhielt (S. 68). Insbesondere habe der ADV während des Ersten Weltkrieges einen entscheidenden Beitrag zur Ausweitung des Antisemitismus leisten können und so die judenfeindlichen Momente der „Dolchstoß“-Lüge vorbereitet.

Das zweite und zugleich umfangreichste Kapitel des Bandes behandelt Sozialstruktur, Selbstverständnis und Handlungsformen der Alldeutschen in der Weimarer Republik. Die Autorin belegt, dass sich gegenüber der Zeit vor 1914 das soziale Rekrutierungsfeld des ADV kaum veränderte. Von den 1921 erfassten 500 Ortsgruppenvorsitzenden waren 45% Beamte, von denen wiederum 90% im höheren Dienst standen. Der Anteil an Akademikern lag bei 69%, der von Offizieren bei 8%. Insofern sei vom ADV als einer Organisation vor allem des Bildungsbürgertums zu sprechen. Ausführlich werden in Einzelbiografien jene alldeutschen Funktionäre und Autoren vorgestellt, die als Multiplikatoren sowie als staatliche Entscheidungs- und Verantwortungsträger wirkten. Deren Umfeld und Einflussbereich stellten in er-

heblichem Maße das soziale und politische Kapital des Verbandes dar. Anschaulich belegen dies einige Beispiele, bei denen gleichsam vor Ort in einem „Treibhausklima des Chauvinismus“ sträflich vorhandene Entscheidungsräume genutzt werden konnten.

Große Aufmerksamkeit gilt den Biografien der durchweg älteren Männer, die in der Weimarer Republik an der Spitze des ADV standen. Über sie entstanden in verdienstvoller Kleinarbeit aufschlussreiche Skizzen. Im Einzelnen gehören dazu vor allem die über die alldutschen Juristen (Heinrich Claß, Paul Bang, Gertzlaff von Hertzberg, Theodor Thomsen, Franz Dinghofer, Fürst Otto zu Salm-Horstmar, Erich Jung). In den Weimarer Jahren stieg der Anteil höherer Offiziere im Verband (Konstantin Freiherr von Gebattel, Eduard von Liebert, Max von Grapow). Ferner werden erörtert die Lebenswege von alldutschen Kirchenmännern (Karl Klingemann, Reinhold Seeberg), von Professoren (Joseph Hertle, Dietrich Schäfer, Georg von Below, Max von Gruber, Hans F. K. Günther, Max Wundt), von Journalisten (Hans Knirsch, Erich Kühn, Friedrich von Schwerin), von Publizisten (Houston Stewart Chamberlain, Georg Schiele; unverständlich allerdings das Fehlen von Max Maurenbrecher, der in den frühen 1920er Jahren die dem ADV nahestehende *Deutsche Zeitung* leitete) und von Medienmanagern (Julius Friedrich Lehmann, Alfred Hugenberg). Die sozialstrukturelle Zuordnung Hugenbergs mag ebenso verwundern wie auch die des einflussreichen Großunternehmers Emil Kirdorf und die Nichtbehandlung von Carl Gottfried Gok, der als Generaldirektor der Reederei Blohm im ADV wirkte. Nur eine untergeordnete Rolle spielten drei Frauen (Mathilde Claß, Franziska von Poremsky, Irmgard Wrede). Wenngleich die für den ADV tätigen Intellektuellen nach den Berechnungen der Autorin nur rund ein Fünftel des gesamten deutschen Bildungsbürgertums ausmachten, so liest sich jedoch dieser Teil des Bandes geradezu wie die Illustration des Denkens und Verhaltens eines überwiegenden Teils der damaligen Intelligenz.

Unter dem Titel „Alldutsche Denkwege“ behandelt das dritte Kapitel sogenannte Denkfiguren, vermeintliche Analysen und völkisch-rassistische Zukunftsprojektionen. Im Vordergrund steht hier das Verständnis von „Ehre“ sowie und deren zielgerichtete Nutzung als Kampf- und Exklusionsbegriff. Mit seiner Hilfe wurden Feinde gekennzeichnet, Schuldzuweisungen vorgenommen und Rassenhass gesät. Ebenso sei der Begriff „Volk“ sakralisiert, transzendiert und metaphysisch überhöht worden. „Völkischer Wille“ und „völkische Tat“ seien im Verlauf der Weimarer Republik zum Topos alldutscher Propaganda geworden. Der ADV entwickelte zudem eigene Konzepte des Übergangs vom „Kaisertum“ zum „Führertum“ sowie die einer „völkischen Diktatur“. Die Schaffung letzterer erprobte man zu Beginn des Jahres 1922 in einer dreitägigen manöverartigen Sandkastenübung als „politisches Kriegsspiel“: Aufrufe für eine „Gegenrevolution“ wurden geschrieben, Regierungserklärungen verfasst, Ermächtigungsgesetze und Notverordnungen entworfen und der Ernstfall eines Militärputsches inszeniert. Eines der Dokumente für den Tag X sah die standrechtlich zu vollziehende Todesstrafe vor für „Verbrechen“ (!) wie „Teilnahme an aufgelösten parlamentarischen Körperschaften, Verweigerung der Arbeitsdienstpflicht, Streik, Widerstand gegen Judendeportationen, Hilfeleistung für einen Geächteten.“ Das liest sich wie ein Vorgriff auf 1933, wobei Jungcurt „auffällige Gemeinsamkeiten“ konstatiert, die zwischen der „nationalsozialistischen Machteroberung „ einerseits und den „alldutschen Legalitätsstrategien und Maßnahmenkatalogen zur Judenentrechtung und zur Staatsstreichabsicherung „ andererseits bestanden (S. 351).

Abschließend urteilt die Autorin, es sei den Alldutschen in einer Zeitspanne von etwas mehr als zwölf Jahren, von Claßens 1912 veröffentlichtem „Kaiserbuch“ bis 1924 gelungen, detailliert ein „totalitäres Herrschaftskonzept“ auszuformen. Das zuvor vertretene Modell einer scheinkonstitutionellen Monarchie mit Mehrklassenwahlrecht auf der Basis germanischer und preußischer Herrschaftstradition habe man überführt in „eine Herrschaftsform, in der aus dem Monarchen und seinen Beratern ‚Führer‘ und einer ausgewählten ‚Edelrasse‘ angehörende

Zuchtmeister geworden waren, die das ganze Land mit einem Führernetz überzogen und damit den totalitären Zugriff auf alle Bereiche der Gesellschaft bis weit hinein in die Privatsphäre ermöglichten.“ Diese alldeutsche Handlungsstrategie, dargestellt im vierten Kapitel des Bandes, glich einer Kampfansage an den Staat von Weimar und sollte mit Hilfe einer „völkischen Diktatur“ ins Werk gesetzt werden (S. 247 f.).

Die im Fazit formulierte Schlussfolgerung, die Alldeutschen hätten mit ihren enthumanisierenden und brutalisierenden „Grenzüberschreitungen“ die mentalen Bedingungen für die NS-Diktatur und ihrer Folgen geschaffen (S. 352 f.), ist zuzustimmen. Sie scheint jedoch merkwürdig auf eine psychologisierende Betrachtungsweise beschränkt zu sein. Dies mag wohl mit dem erklärten Vorsatz zusammenhängen, dass die alldeutschen Bekundungen nicht allein als propagandistisches Wortgetöse abgetan werden dürfen, man müsse auch die tief empfundenen emotionalen Befindlichkeiten der Akteure in den Blick nehmen. Nicht alles sei nur rationalem Kalkül entsprungen sei (S. 17), was sicher stimmt und auch von marxistischen Historikern immer berücksichtigt werden sollte, doch hier wäre sicher das Zusammenwirken von völkisch-rassistischem Wahn und dem aus imperialistischen Zielsetzungen entspringenden Kalkül stärker hervorzuheben sinnvoll und notwendig gewesen. An anderer Stelle (S. 259) äußert sich Jungcurt indessen sehr viel deutlicher über die alldeutsche Wegbereiter- und Schrittmacherfunktion für die Installierung des faschistischen Regimes. Es heißt, gerichtet gegen Auffassungen, die Alldeutschen seien lediglich Steigbügelhalter für Hitler gewesen: „Waren sie nicht eher erfahrene Sattlermeister, die den Sattel samt Steigbügeln konstruiert und zusammengebaut hatten, den der Vorsitzende der NSDAP 1933 besteigen konnte? Was ihnen fehlte, waren – hält man an der Reiter-Metapher fest – die reiterliche Begabung, die Fähigkeiten und das Fingerspitzengefühl, derer es bedurfte, um dem sensiblen, geängstigten Tier, einer desorientierten, teils entwurzelten, existentiellen Ängsten ausgesetzten Volksmasse, Vertrauen einzuflößen und sie ihrem Willen zu unterwerfen. Dies gelang Hitler. Sattel und Zaumzeug, die zu diesem Dressurakt ebenso erforderlich waren wie die reiterliche Begabung, brauchte er nicht selbst herzustellen. Sie wurden ihm aus den Reihen der Alldeutschen und ihrer Gesinnungsgenossen vorgefertigt geliefert.“

Uta Jungcurt: Alldeutscher Extremismus in der Weimarer Republik. Denken und Handeln einer einflussreichen bürgerlichen Minderheit, De Gruyter, Berlin 2016, 395 S., 59,95 Euro.

Marxistische Blätter, Heft 5/2016, 01.09.2016, S. 116-119.

Recht, nicht Rache

Der Nürnberger Prozess 1946 – Geburt des modernen Völkerrechts

Vor sieben Jahrzehnten fand der bedeutendste Prozess des 20. Jahrhunderts, geführt vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher, mit der Verkündung und Begründung des Urteils sein Ende. Das Gericht hatte auf der Grundlage gesetzten Rechts, das sinnvoll und keineswegs willkürlich weiter entwickelt worden war, fair verhandelt und eindeutige Zeichen gesetzt. Große, anstrengende und mühevolle Arbeit war geleistet worden. Bereits das Erschließen einer Vielzahl historischer Quellen durch das Gericht darf als einmalig betrachtet werden. Aber nicht allein die Geschichtswissenschaft, vor allem das Völkerrecht trug reichen Gewinn davon.

Der Blick zurück gibt die Sicht frei auf Deutschland und seine Geschichte in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts, ja er beleuchtet sie in einer von manchen noch immer, von anderen bereits wieder als unangenehm empfundenen Schärfe. Es bleibt das Verdienst der Juristen der vier Siegermächte sowie der Männer und Frauen in ihren Stäben, die eine Arbeit auf sich nahmen, welche zuvor noch niemand in der Geschichte hatte leisten müssen. Auf ihnen lastete zudem die Erwartung von Millionen Menschen in aller Welt. Sie forderten, dass die begangenen Verbrechen nicht ungestraft bleiben dürften. Sie verlangten, dass wirksame Barrieren gegen denkbare Wiederholungen geschaffen würden. Dem suchten die Richter von Nürnberg im Bewusstsein der Begrenztheit ihrer Möglichkeiten und Wirkungen gerecht zu werden.

Sie waren entschlossen, wie Robert M. W. Kempner, einer der Ankläger, sich ausdrückte, den „Augiasstall“ zu säubern. Doch es leitete sie das Prinzip: Recht, nicht Rache. Daher war von ihnen auch jeder Gedanke an einen „kurzen Prozess“ verworfen worden. Und sie waren bestrebt, die Breite gesellschaftlicher und individueller Verantwortlichkeit für Faschismus, Krieg und Verbrechen an der Menschheit gerichtsnotorisch zu markieren. Das brachte nicht nur die führenden Parteigenossen Hitlers vor die Schranken des Gerichts, sondern ebenso Militärs und zivile Kommandeure aus Wirtschaft und Staatsbürokratie, aus Diplomatie und Propaganda.

Zwiespältig nahmen damals die Deutschen das Urteil auf. Seither haben sich erhebliche Veränderungen in ihrem Verständnis für das politische, juristische und moralische Vorgehen gegen die Verbrechen am Frieden und die Kriegsverbrechen vollzogen. Dass die faschistischen Untaten größten Ausmaßes heute nicht mehr angefochten werden können, schließt jedoch nicht aus, dass sie um politischer Zwecke Willen bezweifelt, relativiert oder gar für rechters erklärt werden. Allerdings wird seither immer wieder darüber gestritten, welche Rolle die sogenannten Nürnberger Prinzipien in den Auseinandersetzungen um Krieg und Frieden spielen sollten. Obgleich von einem revolutionären Umbruch im Völkerrecht gesprochen werden kann, der mit dem Urteil von Nürnberg insbesondere bei der Beurteilung von Verbrechen gegen den Frieden erreicht worden ist, sieht die Welt von heute sich erneut kriegerischen Aktionen und drohenden Kriegsgefahren ausgesetzt, deren Bestrafung durch ein internationales Gericht wohl nicht zu erwarten ist. Groß, allzu groß erscheint die Gefahr, dass die Welt des 21. Jahrhunderts ein weiteres Zurückfallen hinter Nürnberg erlebt. Die Wirkungen des Urteils blieben bis zum heutigen Tage beschränkt und weit unter den Erwartungen von Zeitgenossen und Nachgeborenen, doch das kann zum wenigsten den Richtern und Staatsanwälten des Tribunals angelastet werden. Dass Millionen Menschen in vielen Teilen der Welt auch gegenwärtig Kriege erleben und Opfer von Massenverbrechen werden, haben erneut Politiker und ihre mehr oder weniger großen Anhängerscharen zu verantworten.

Zwar dominiert heute die Anerkennung des Prozesses als einer notwendigen Maßnahme, die gerecht und fair durchgeführt worden ist, doch stehen dem verbreitet Auffassungen entgegen,

denen zufolge das Tribunal lediglich ein „Gericht der Sieger“ gewesen sei. Da wird auch der diskreditierende Vorwurf artikuliert, in Nürnberg sei von einer „Kollektivschuld der Deutschen“ ausgegangen worden. Möglicherweise lässt sich auch das leider festzustellende stillschweigende Akzeptieren von Kriegen als einer geschichtlichen und nicht vermeidbaren Erscheinung ähnliche Deutungen über den Nürnberger Prozess zu. Von „Visionen“ und „legalistischen Illusionen“ geht die Rede.

Hingegen wird – dank gewisser TV-Serien und zahlreicher biografischer Werke – viel über jene gewusst, die 1946 zum Tode verurteilt worden sind, also über jene zehn Männer, die 16 Tage nach der Verkündung des Urteils die dreizehn Stufen zum Galgen hinaufzusteigen hatten.

Noch mehr wird allerdings über den Mann gewusst, der sich dem Gericht der Völker entzogen hatte: Hitler. Über ihn gibt es doch gerade in den letzten Jahren erneut eine ausufernde Vielzahl an Publikationen, zumeist nach dem verkürzenden Motto: Hitlers Ideologie, Hitlers Politik, Hitlers Krieg usw. So erscheinen mitunter wieder jene, die ihm unmittelbar zur Seite standen, lediglich als an Weisungen gebundene und Befehle ausführende Gehilfen. So hatten sich die Angeklagten in Nürnberg selbst dargestellt. Doch das Gericht, Staatsanwälte wie Richter zerrissen diese Schutzbehauptung. Sie vermochten die herausragende und eigenständige Rolle jedes Angeklagten nachzuweisen. Das darauf beruhende Bild scheint mittlerweile etwas verblasst zu sein, weil ersetzt durch einen neuen, wenngleich nunmehr „negativen“ Hitlerkult. Dieser allein könnte schon den notwendigen Blick zurück auf den Nürnberger Prozess und seine Erkenntnisse begründen.

Mehr indessen noch aber, weil weithin, landauf, landab, am wenigsten über die „Nürnberger Prinzipien“ gewusst wird, über die ausschlaggebende Rechtsgrundlage des Prozesses. Wird diese gar bezweifelt oder in ihr Gegenteil verkehrt, lässt sich eine Wiederkehr schlimmster Vergangenheit befürchten. Denn das am 1. Oktober vor 70 Jahren verkündete Urteil zählt zu den Fundamenten eines erweiterten und in vielerlei Hinsicht neuen internationalen Rechts. Es ermöglichte und begründete – ebenso wie die Konferenzen von Jalta, Teheran und Potsdam und die Gründung der Vereinten Nationen – auch die vielfältigen Bemühungen um eine von Kriegen freie Weltordnung. Deren Grundlage sollte das Verbot von Angriffskriegen sein ebenso wie die seit Nürnberg juristisch anwendbaren Straftatbestände: Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Verbrechen gegen den Frieden und Kriegsverbrechen.

Diese in Nürnberg fixierte Trias von Friedens-, Kriegs- und Menschheitsverbrechen zu ignorieren, gelang unverantwortlich agierenden Politikern in den letzten sieben Jahrzehnten leider oft – doch zu tilgen und aus der Welt zu schaffen war sie nicht. Jeder neue Krieg, jedes neue Menschheitsverbrechen ruft Erinnerungen an sie hervor und belebt sinnvolle Debatten um reale, auch strafrechtliche Wege zu wahrhaft friedlichen Verhältnissen.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag/Montag, 1.-3. Oktober 2016, S. 25.

Vom streunenden Hund zum „Führer“

Thomas Weber versucht zu erklären, wie Adolf Hitler zum Nazi wurde

Merkwürdige Blüten treibt die Sucht jener Scharen von Historikern, immer und immer wieder in Lebensweg und Deutungen Hitlers eine Lücke zu finden, die gefüllt werden müsse. Dabei erhebt so mancher zumeist aus der Fülle wirksamer Geschichtsfaktoren jeweils ein Ereignis, ein Detail, ein Zitat oder Ähnliches mehr zur Grundlage eigenständiger biografischer Lesart. Da wurde in den letzten Jahren Hitler als Künstler oder als außerordentlich charismatische Persönlichkeit, als Psychopath oder ganz schlicht als „Mensch“ gesehen. Kamen bislang unbekannte Details ans Licht, blieben sie durchweg ohne größere Bedeutung für das bestehende Gesamtbild.

Der in Schottland lehrende Thomas Weber – der derzeit in deutschen Feuilletons Furore macht, weil er eine vor „Mein Kampf“ veröffentlichte Autobiografie Hitlers entdeckt haben will – bietet in seinen Büchern nahezu von allem etwas. Sie sind als Teilbiografien angelegt. Als erstes erschien 2010 der Band über Hitler im Ersten Weltkrieg (überzogen als „Hitlers erster Krieg“ betitelt). Jetzt folgte eine Lebensbeschreibung für die Jahre 1919 bis 1926.

Hitler sei zunächst ein „streunender Hund“ (so der Titel des ersten Teils) gewesen, ziellos und opportunistisch handelnd, vor allem um seinen Lebensunterhalt bemüht, bevor er ein „Teil des Rudels“ (der Titel des zweiten Teils) geworden sei. Im letzten Kapitel, das Mitte 1921 einsetzt und wesentlich weniger bietet als die vorangegangenen, wird Hitler als „Anführer des Rudels“ behandelt. Bereits da sei er mehr als nur ein „Trommler“ für die NSDAP gewesen und habe sich selbst als „Genie“ und geeignet für den Posten eines Diktators gesehen.

Detailreich stellt Weber das Verhalten Hitlers während der Novemberrevolution, der Münchener Räterepublik sowie unmittelbar nach deren brutaler Niederschlagung dar. Er sucht Belege und Indizien für die Wandlungen in Hitlers politischem Denken. Mit dessen verlogener Selbstdarstellung in „Mein Kampf“ wird gründlich aufgeräumt. Weder am Ende des Krieges noch in den revolutionären Zeiten habe Hitler das getan, was er später vorgab und was im Kult der Nazis um den „Führer“ dominieren sollte. Bis Mitte 1919 sei er allenfalls ein gewissenhafter Befehlsempfänger, ein Opportunist und Anpasser an die neuen Gegebenheiten gewesen. Dem ist gewiss zuzustimmen, dennoch reicht es nicht aus, allein Hitlers Lebensumstände für die Entwicklung seines Denkens in den Blick zu nehmen. So eingengt, gelangt Weber zu der These, Hitler habe in und mit der Reichswehr dem „neuen sozialistischen Regime“ gedient und sei ein „Rädchen im Getriebe des Sozialismus“ gewesen. Logische Folgerung, die Weber am 13. Mai 2016 in einem „Welt“-Interview zog: Die Schnittmengen zwischen Rechten und Linken hätten es Hitler einfach gemacht, zu einem Rechten zu werden.

In der bayerischen Reichswehr sieht der Autor ein Instrument der Räterepublik, nur weil es dieser unterstellt gewesen sei. Vergebens sucht der Leser z. B. nach jener Orientierung, die der an der Spitze der Reichswehr stehende Generalleutnant Wilhelm Groener 1919 formuliert hatte und die einer „restlosen Wiederherstellung der Staatsautorität“ galt. Ebenso unerwähnt bleibt der aufschlussreiche Brief des bayerischen Chefs der Reichswehr Arnold von Möhl (von Weber als linksliberal charakterisiert), in dem er sich mit einem Offizier völlig einverstanden erklärte, der ihm geschrieben hatte, es gelte, ein „mächtiges, hochaufgerichtetes Hakenkreuzbanner“ zu schaffen, um das sich ein von „Feuergeistern“ geleitetes Volk zu scharen habe. Dabei komme es darauf an, „dass unter dem Schutze des Militärs jetzt seitens der Bürgerschaft etwas Bleibendes, Brauchbares, Wetterbeständiges aufgebaut wird. Wir (sic!) müssen eine Macht schaffen, an der sowohl die bolschewistische Welle wie der Vernichtungswille unserer Feinde schließlich zu Schanden werden.“ Doch dies spielt für Weber keine Rolle;

er will demgegenüber zeigen, wie Hitler gleichsam aus sich selbst heraus ein solches Konzept doppelter Zielsetzung geschöpft und sich dabei zu einem Nazi entwickelt habe.

Hitlers Politisierung und Radikalisierung verknüpft Weber mit der am 9. Juli 1919 erfolgten Annahme des Versailler Friedensvertrages durch den Reichstag. Verspätet sei ihm erst in diesem „Damaskuserlebnis“ bewusst geworden, dass Deutschland den Krieg verloren hatte: „Die Erkenntnis der deutschen Niederlage war das A und O seiner Metamorphose.“. Seitdem sei Hitler im Rest seines Lebens immer wieder auf zwei Fragen zurückgekommen: „Wie ließ sich die Niederlage, die Deutschland im November 1918 erlitten hatte, rückgängig machen? Wie konnte man ein Deutschland schaffen, das nie wieder einen November 1918 erleben, sondern gegen dergleichen für alle Zeit gefeit sein würde?“ Merkwürdig: Stellte sich wirklich nur Hitler solche Fragen?! Natürlich nicht, das ist auch Weber klar. Doch mehrfach betont er, Hitler sei keine „Summe“, kein „typisches Produkt“ seiner Schulung in den Propagandakursen der Reichswehr oder das Ergebnis der Bemühungen seines unmittelbaren Vorgesetzten Karl Mayr gewesen. Nebenbei: In den Werken jener Historiker, denen Weber solche Formulierungen unterstellt, lassen sich diese nicht finden ...

Interessant und zugleich aufschlussreich ist hingegen, was Weber zur Entwicklung des Hitler-schen Antibolschewismus im Kontext seiner geopolitischen Konzeption herausgefunden haben will. Zu einem Antikommunisten sei der Mann erst später geworden. Zunächst habe ein ausgeprägter Antikapitalismus und Antiamerikanismus dominiert. Der Verfasser spricht davon, dass gemeinsame Sache mit Russland gegen den Westen zu machen, durchaus in Betracht gezogen worden sei. Noch 1920 habe Hitler geglaubt, der antibolschewistische Antisemitismus stelle nur eine Funktion des antikapitalistischen Antisemitismus dar. Das Regime in Russland habe sich ihm als ein Ergebnis der Verschwörung jüdischer Finanzkapitalisten dargestellt. Indessen habe er nach Lenins Tod (bei Weber falsch datiert auf den 21. Februar 1924) nicht mehr mit einem Zusammenbruch der Sowjetunion gerechnet und sein bisheriges „Sicherheitskonzept“ (sic!) durch das einer Eroberung und Kolonialisierung Russlands ersetzt.

Auf die Frage, wie es zum Faschismus kam, benannte 1940 der sozialdemokratische Politiker Otto Braun in seinen Erinnerungen zwei Faktoren: Versailles und Moskau. Sollte die deutsche Geschichtswissenschaft wirklich noch nicht über solche simple Antwort hinausgekommen sein?

Thomas Weber: Wie Adolf Hitler zum Nazi wurde. Vom unpolitischen Soldaten zum Autor von „Mein Kampf“. A. d. Engl. v. Heike Schlatterer und Karl Heinz Siber. Ullstein. 528 S., geb., 26,00 Euro.

Neues Deutschland, Freitag, 14. Oktober 2016, S. 14.

Völkische Quellen

„Wir sind doch keine Nazis“ – ein Satz, oft zu hören in aktuellen Auseinandersetzungen mit denen, die sich selbst als „besorgte Bürger“ verstehen und zahllose Argumente verbreiten, die es in der nahezu zwei Jahrhunderte umfassenden Geschichte völkischer Ideologen und Bewegungen bereits gegeben hat. „Noch nicht“, so wäre wohl mit einem Blick in die Vergangenheit dem Zitierten zu begegnen, denn völkisch orientierte Denk- und Verhaltensstrukturen gehörten zu den Fundgruben der sich selbst als nationalsozialistisch bezeichnenden Ideologie. Und: Viele der sogenannten Völkischen gehörten zu den Wegbereitern der hitlerfaschistischen Diktatur. Selbstverständlich kann nicht von Identität beider Spielarten ultrarechter Strömungen gesprochen werden. So fand Hitler schon in seinem Kampfbuch drastische Worte gegen die Völkischen, und nach 1933 spielten deren führende Köpfe keine größere Rolle mehr – sie waren in den Hintergrund gedrängt oder gar Verfolgte.

Und dennoch ist einer verallgemeinerten These zu widersprechen, die Nazis hätten sich gegen die völkische Ideologie gewandt. Ganz im Gegenteil: Hitler betonte bei zahlreichen Gelegenheiten seine „völkische Weltanschauung“, Goebbels sprach, kaum Propagandaminister geworden und den Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933 planend, nun habe ein neues, ein „völkisches Zeitalter“ begonnen. Auch Alfred Rosenberg tönte ganz in diesem Sinne, dies übrigens oft im Parteiblatt, das bis zum Ende *Völkischer Beobachter* hieß. Es ist auch nicht bekannt, dass jemals den Völkischen gegenüber jener Ton angeschlagen worden wäre, der in den faschistischen Parolen „Ausrottung des Marxismus“ und „Juda verrecke“ oder im Diktum von der „jüdisch-bolschewistischen Weltgefahr“ zum Vorschein kam.

Differenzen gab es zwischen den Organisationen und ihren führenden Politikern. Die Konkurrenzbedürfnisse verbanden sich mit dem Streit um elitäre Konzepte der Beherrschung von Massen. Hinzu kam eine dem „Führer“-Kult immanente Logik: Ein als originär, einmalig und unersetzlich hingestellter Erlöser beziehungsweise eine Heilsfigur bedurfte, um wirksam zu sein, keiner Vorgänger, geschweige denn Vorbilder. Rudolf von Sebottendorf, um lediglich ein Beispiel anzuführen, wurde 1933 kaltgestellt und seine aus dem Germanenorden hervorgegangene Thule-Gesellschaft vom Sicherheitsdienst ständiger Beobachtung unterworfen. Der Grund: Er hatte 1933 ein Buch mit dem Titel „Bevor Hitler kam“ veröffentlicht und als Untertitel sogar gewählt: „Urkundliches aus der Frühzeit der nationalsozialistischen Bewegung“.

Völkisches Denken existiert in Deutschland seit langem. Es war unter anderem Johann Gottlieb Fichte, der 1811 meinte: „deutsch heißt schon der Wortbedeutung nach völkisch“. Was in der Zeit des antinapoleonischen Kampfes gemeint sein konnte, trat erst nach der 1871 – übrigens in Versailles, im Lande des französischen Erbfeindes – erfolgten Gründung des Deutschen Reiches deutlicher in Erscheinung. Diese hatte ja zugleich die sogenannte kleindeutsche Lösung besiegelt, die Tatsache also, dass seit 1866 Deutsche hauptsächlich in zwei Staaten lebten – in Deutschland und in Österreich. Daher scheint es nicht dem Zufall geschuldet zu sein, dass zunächst Deutsch-Österreicher den Gedanken aufbrachten, man müsse das Wort „national“ verdeutschen, weil es aus der französischen Sprache stamme. Ein Deutscher müsse stattdessen „völkisch“ sagen. Und wiederum geschah es nicht zufällig, dass nach der Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg erneut ein Verdeutschungswörterbuch mit dem Titel „Entwelschung“ erschien. In ihm hieß es, das Wort völkisch sei „seit 1875 gut eingebürgert, erst recht durch die grundlose Bekämpfung, ja Verhöhnung; zur dringend nötigen Ausmerzung von national – Welschwort für Volkstum! – trefflich geeignet“.

Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts und zu Beginn des 20. Jahrhunderts sammelten sich zuhauf völkisch denkende Deutsche in einem Gewirr von Vereinen, Bündeln, Gesellschaften, Orden und so weiter. Allein die wichtigsten Namen zu nennen würde viel Platz in Anspruch

nehmen. Wäre nicht ihre Zersplitterung so bestimmend gewesen, könnte direkt von einer Massenbewegung gesprochen werden. Große Teile vor allem des Bildungsbürgertums, aber auch anderer Bevölkerungskreise nahmen gierig auf, was ihnen völkische Denker und Schriftsteller anboten.

Ihnen allen ging es nicht allein um eine Förderung des deutschen „Volkstums“ durch die „Entwelschung“, eher um eine strikte Abgrenzung von den Leitbildern der französischen Revolution „Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit“, dies jedoch zumeist verbunden mit Diskriminierung des französischen Volkes. Mit so gewonnenem Feindbild verknüpfte sich ein Selbstbild, das die Grenzen des Nationalstaates Deutschland eben durch deutsches „Volkstum“ gesetzt und damit wesentlich ausgedehnt sehen wollte. Neben den rund 60 Millionen Deutschen im Reich und den acht Millionen Deutschen im k. u. k. Österreich-Ungarn lebten weitere 30 bis 35 Millionen Deutsche auch in anderen Teilen Europas und der Welt. Wie vom deutschen „Platz an der Sonne“ wurde auch von einem Reich geträumt, dessen Grenzen nicht allein von der Maas bis zur Memel, vom Etsch bis zum Belt, sondern weit darüber hinaus reichen sollten. Als nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland der Schlachtruf „Zurück zu den Grenzen von 1914“ verbreitet wurde, setzten dem die Nazis als ersten Punkt ihres Parteiprogramms vom Februar 1920 entgegen: „Wir fordern den Zusammenschluss aller Deutschen [...] zu einem Großdeutschland.“ Am Ende stand der Wunsch nach einem Großgermanischen Weltreich, dessen Hauptstadt im Jahre 1955 (!) das in Germania umbenannte Berlin werden sollte.

Neu war dies nicht. Völkische Literatur hatte Vorarbeit geleistet, etwa in dem Gedicht „Thors Hammerwurf“. Es stammt aus der Feder des damals viel gelesenen Felix Dahn und erschien 1911 auf dem Titelblatt der Zeitschrift *Heimat und Welt*. Es hätte sicher auch in den *Blättern für deutschen Sinn* erscheinen können, die der Reichshammerbund des wüsten Antisemiten Theodor Fritsch herausgab: „Thor stand am Mitternacht-Ende der Welt, / Die Streitaxt warf er, die schwere: / ‚So weit der sausende Hammer fällt, / Sind mein das Land und die Meere!‘ – / Und es flog der Hammer aus seiner Hand, / flog über die ganze Erde, / Fiel nieder an fernsten Südens Rand, / Dass alles sein eigen werde. / Seitdem ist’s freudig Germanen-Recht, / Mit dem Hammer Land zu erwerben: / Wir sind von des Hammer-Gottes-Geschlecht / Und wollen sein Weltreich erben.“ (In: *Heimat und Welt*. Monatshefte der Vereinigung Heimat und Welt, Jg. 1910/1911, H. 1.)

Expansionistische Kriegswilligkeit tauchte also keineswegs erst als ein Merkmal des sich nach dem Ersten Weltkrieg entfaltenden Faschismus auf. Gewaltrechtfertigung und darauf aufbauende Kriegsbefürwortung gehörten bereits zu solchen geistig-kulturellen Stereotypen, die schon zuvor für alle Völkischen weitgehend prägend waren. Anderes kam auch damals innerer Logik gemäß hinzu: Wer andere Länder erobern, also Krieg führen will, bedarf eines sicheren Hinterlandes – der Heimatfront, wie es später hieß – und muss klären, was mit den Menschen passieren soll, auf die man in Feindesland trifft. Der Blick in fremde Länder dürfe „nicht zimperlich“ sein, tönte es 1894 aus dem berüchtigten Alldeutschen Verband. Sozialdarwinistische Orientierungen mit der Parole vom „Recht des Stärkeren“ führten rasch zur Teilung der Menschheit in hochwertige und minderwertige Völker. In einer alldeutschen Zeitung stand: „Der alte Drang nach Osten soll wieder lebendig werden. Nach Osten und Südosten hin müssen wir Ellenbogenraum gewinnen, um der germanischen Rasse diejenigen Lebensbedingungen zu sichern, deren sie zur vollen Entfaltung ihrer Kräfte bedarf, selbst wenn darüber solch minderwertige Völklein wie Tschechen, Slowenen und Slowaken ... ihr für die Zivilisation nutzloses Dasein einbüßen sollten. Deutsche Kolonisation, deutscher Gewerbefleiß und deutsche Bildung ... sollen bis nach Kleinasien als ein Bindemittel dienen, durch das sich große und zukunftsreiche Wirtschaftsgebiete ... uns angliedern.“ (*Alldeutsche Blätter*, 01.01.1894. Zit. nach Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 1, 1983)

Letztlich fand hier bereits ein ins Rassistische gewendeter Antisemitismus seinen Platz, gepaart mit generellem Verdikt gegenüber den Slawen und auch denen, die eine „gelbe Gefahr“ bedeuten würden. Menetekel unterschiedlichster Art wurden an die Wand gemalt. Immer befanden die Völkischen, Deutschland sei in schrecklicher Gefahr, es werde „überfremdet“ und „bastardisiert“ und sei schließlich dem Untergang geweiht. Immer wurde gegen entfaltete Horrorszenarien die Forderung gesetzt, die Heimat zu schützen, Blut und Boden zu bewahren, Rassenhygiene zu betreiben sowie – ja, auch das gab es – einen rassereinen arischen Menschen zu züchten. Gesellschaftsmodelle wurden gehandelt, in denen für Parlamentarismus und Demokratie – gelinde gesagt – wenig Raum blieb, das Parteienwesen als dem Deutschen wesensfremd diskreditiert erschien, und überhaupt alles als Moderne abgetan wurde, da sie nicht dem eigenen nationalistischen Rahmen entspreche. Überwölbt wurde alles von der Hoffnung auf einen Erlöser, auf den starken Mann, der vor dem Sturz in den Abgrund bewahrt und den Sieg über alles Unheil gewährleistet.

Wer sich näher anschaut, was vor 1933, ja schon vor 1914 von den Völkischen gedacht und gefordert worden ist, dem erschließt sich nahezu zwangsläufig deren Charakterisierung als Wegbereiter, Geburtshelfer, Nährmutter (oder wie auch immer) des faschistischen Ungeistes. Solche Begriffe, in der DDR-Geschichtswissenschaft verwendet, haben ihre Berechtigung mit dem Ende der DDR keineswegs verloren; und das selbst dann nicht, wenn angesichts neuer Forschungsergebnisse zu differenzieren ist, da nicht bei allen Völkischen alles Völkische aufscheint, oder wenn das Bild zu präzisieren ist – beispielsweise um religions-, mentalitäts-, motivations- und ästhetikgeschichtliche Aspekte –, auch nicht dann, wenn das Kooperieren von Völkischen, Nationalkonservativen und Nationalsozialisten – genauer als es früher möglich war – mit Tendenzen von Parallelität und detailbezogener Gegensätzlichkeit zusammen zu denken ist.

Völkisches Denken und Verhalten war und ist nationalistisch und rassistisch. Es konnte (und es kann) umschlagen in ein radikaleres, mörderisches faschistisches Denken. Es hat sich zu solchem gewandelt. An diese Tatsache muss heute wieder erinnert werden. Sie stellt eine Messlatte dar für jegliches wissenschaftliche Urteil über die „Völkischen“ und ihren Platz in jeweiligen Abschnitten der deutschen Geschichte. Sicher verbieten sich direkte Vergleiche mit heutigen Ideologen und Politikern. Doch Fragen nach deren Ahnherren und nach dem heute erneut angenommenen Erbe sind leider allzu berechtigt. Wer Nationalismus und Rassismus rechtfertigt, unterschätzt deren Gefahren. Mit Recht schrieb der Literaturhistoriker Günter Hartung: „Aber da es [das Völkische, *M. W.*] einmal in der Welt war, sollten die Nachgeborenen nicht die kleinste der Quellen missachten, aus denen solche Phänomene [wie der Nationalsozialismus, *M. W.*] sich speisen. Denn auch die unsinnigste und unmoralischste Ideologie kann zur Weltgefahr werden, wenn sie Machtmittel in die Hand bekommt.“ (Günter Hartung: „Völkische Ideologie“. In: Handbuch zur „Völkischen Bewegung“ 1871-1918. Hrsg. von Uwe Puschner u. a., 1996)

Ossietzky. Zweiwochenschrift für Politik, Kultur, Wirtschaft. H. 22/05.11.2016, S. 780-784.

Standhaft gegen die Nazis

Ein neues Buch über den Kampf Emil Julius Gumbels gegen die Wegbereiter der Barbarei

Wir leben nicht in der Weimarer Zeit, erklärte vor wenigen Tagen Nachbundespräsident Joachim Gauck, verärgert über die sogenannten besorgten und wütenden Bürger, forderte aber Gelassenheit im Umgang mit ihnen. Er griff damit erneut das früher weitverbreitete Schlagwort „Bonn ist nicht Weimar“ auf. Da wäre doch gewiss zu fragen gewesen, ob auch das heutige Berlin den Vergleich zu jener Republik herausfordert, der ihre rechten Gegner nur ein Dasein von rund 14 Jahren erlaubten? Zu fragen wäre ebenso nach den Erfahrungen derjenigen, die Weimar verteidigten und deshalb gejagt, bestraft, verfolgt und schließlich ermordet wurden.

Gewiss wird der Herr im Schloss Bellevue das vorliegende Buch nicht zur Kenntnis nehmen. Er sollte es aber tun. Denn Dietrich Heitherr schreibt informativ, gedankenvoll-abwägend und aufklärend über einen unbeugsamen, verantwortungsbewussten und klar denkenden Mann, der seit dem Ersten Weltkrieg entschieden gegen diejenigen kämpfte, die später zum Kern der Nazi-Partei wurden oder dieser zur Macht verhalfen. Gelassenheit – nein, Emil Julius Gumbel (1891-1966) steht gleichsam als ein Markenzeichen für das Gegenteil. Sein Wirken vermittelt die geschichtliche Lehre, bereits im Vorfeld diktatorisch-rassistischer Herrschaft aktiv sein zu müssen, nicht schweigen und stumm zuschauen zu dürfen, wenn die Demokratie und das Recht auf Meinungsfreiheit – skrupellos deren Möglichkeiten nutzend – abgebaut und eingeschränkt werden. Mit Recht schreibt der Verfasser des vorliegenden Buches, es sei auch heute noch vieles zu lernen aus jenen Forschungsarbeiten zum Weimarer Präfaschismus, die Emil Julius Gumbel wissenschaftlich-akribisch und faktengestützt betrieb, dabei seine Existenz aufs Spiel setzend und um sein Leben fürchtend.

Es war die erlebte Wirklichkeit des Krieges, die Gumbel zu einem pazifistischen Antimilitaristen, zu einem friedensbewegten Aktivist werden ließ. Als Mitglied des „Bundes neues Vaterland“ und der USPD bewies er Charakterstärke. Heitherr rühmt seinen aufrechten Gang, das zivilcouragierte Auftreten, das politische Durchhaltevermögen und seine Standhaftigkeit gegenüber allen Attacken auf Humanität und aufklärerisches Denken. Beschrieben wird zugleich das grundlegende Dilemma, in dem Gumbel sich wie andere Linksintellektuelle auch zwischen 1918 und 1933 befand. Einerseits befürwortete er linken Aktionismus, der jedoch mit politischen Fehleinschätzungen und Irrwegen verbunden war, andererseits stützte er einen perspektivlosen Pragmatismus mit seinen geringen Chancen, gesellschaftliche Veränderungen durchsetzen zu können. Im Spannungsverhältnis von Anerkennung der parlamentarischen Demokratie und Streben nach einer sozialistischen Gesellschaft habe er eine „Rätekonzeption von unten“ vertreten.

Gumbel war zweifellos ein politisch aktiver Wissenschaftler, ein Gelehrter, der in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts die Untaten militant-völkischer und faschistischer Gruppen statistisch erfasste und über deren Gefahren für die Weimarer Republik aufklärte. Zugleich warnte er vor den neuen Kriegsgefahren und gab vielfältige Impulse für alle Bemühungen zur Abwehr rechtsradikaler Strömungen. Dass Gumbel zu jenen deutschen Intellektuellen gehörte, deren Werke nach einem Wort von Arnold Zweig in den „Blutkeller der deutschen Reaktion“ tief hineinleuchteten, ist in der Literatur oft erwähnt. Doch eine umfassende Würdigung wurde ihm selten zuteil. Nun kam – endlich könnte man sagen – ein schmaler, aber inhaltsreicher und anregender Band auf den Büchermarkt, der eingehend Gumbels Lebensweg verfolgt und seinen unermüdlichen politischen Kampf darstellt. Zugleich erfährt der Leser, weshalb und wie Gumbel bedrängt, gehetzt und drangsaliert worden ist, wie sein Wirken in Vergessenheit geraten konnte und welche Bedeutung dem im 21. Jahrhundert zukommt.

Das Buch öffnet den Blick auch auf das vielgestaltige Urteil, das Freunde wie Feinde des Porträtierten sowie (westdeutsche) Historiker und Publizisten über ihn fällten. Heither versteht Gumbel als einen stets selbständig denkenden Sozialisten, der ein politischer Grenzgänger und kein organisatorisch „Linientreuer“ war. Er sei mehr „couragierter Zivilist“ als ein „Parteisoldat“ gewesen, angetrieben von hohen moralischen und kapitalismuskritischen Grundsätzen. Insofern wäre von einem gesellschaftlichen Außenseiter und Einzelgänger zu sprechen, der im besten Sinne des Wortes Aufklärung leistete, wenngleich vergeblich. Der Autor bietet in seiner politisch-biographisch angelegten Publikation zugleich bedenkenswerte Einblicke in den gesamtgesellschaftlichen Rahmen sowie in das erschreckende Versagen der Weimarer Justiz, die – wie Gumbel sarkastisch feststellte – noch nicht einmal den Versuch unternahm, ihren Klassencharakter zu beschönigen. Nicht zuletzt thematisiert Heither die folgenreiche Spaltung der organisierten deutschen Arbeiterbewegung.

Dietrich Heither: Ich wusste, was ich tat. Emil Julius Gumbel und der rechte Terror in der Weimarer Republik. PapyRossa Verlag, Köln 2016, 131 S., 12,90 Euro.

junge Welt, Montag, 07.11.2016, S. 15.

Wertvolle Hinterlassenschaft: Kurt Pätzold zur Erinnerung

Am 18. August 2016 verstarb Kurt Pätzold, zweifellos einer der produktivsten und bedeutendsten Historiker der DDR. Die von materialistisch-dialektischem Denken geleitete Schar der Geschichtsschreiber erlitt herben Verlust. Sie verlor einen beharrlichen Weggenossen im Bestreben, möglichst Nutzbringendes und Ersprößliches zu leisten. Anerkennenswertes zu schaffen, nach Verhältnissen zu streben, in denen Gerechtigkeit und friedliches Miteinander dominieren können. Sein Tod riss eine große Lücke auch in die heutige deutsche Geschichtswissenschaft, selbst wenn er seit 1990 nicht mehr der offiziell an Universitäten und Instituten organisierten Zunft angehören durfte. Jedoch: Ihn zur Kenntnis zu nehmen und ihn als einen der führenden Köpfe in der „zweiten Wissenschaftskultur“ Deutschlands (Walter Schmidt) zu akzeptieren, dar an fuhr kein Weg vorbei. Nachrufe bezeugen dies eindrucksvoll.¹

Seit seinem Geschichtsstudium an der Jenaer Friedrich-Schiller-Universität befasste Kurt Pätzold sich mit dem verhängnisvollen Wirken jener Kräfte, die sich im 20. Jahrhundert dem historischen Fortschritt in den Weg stellten, indem sie die Ergebnisse des Ersten Weltkrieges zu revidieren trachteten, den parlamentarisch-demokratisch verfassten Weimarer Staat zerstörten und eine massenmörderische Diktatur errichteten. Sein Blick galt dem Weg, den die deutschen Faschisten – sich selbst als „Nationalsozialisten“ tarnend – im Bunde mit großbürgerlichen und militärischen Eliten in den Zweiten Weltkrieg gegangen sind. Seine Sicht auf die Wurzeln der braunen Barbarei erwuchs stets aus einer komplexen Kenntnis von Strukturen und Entwicklungssträngen der kapitalistischen Gesellschaft. So konnten ihn jene Vorwürfe einer „ökonomistischen“ Deutung des Faschismus nicht treffen, die seit eh und je gesellschaftskritischen, erst recht marxistischen Historikern gemacht worden sind, wider besseres Wissen auch immer noch erhoben werden. Jeder unvoreingenommene Blick in seine biographischen Arbeiten über Adolf Hitler, Rudolf Heß, Julius Streicher, Hans Frank, Alfred Jodl oder Arthur Seyß-Inquart genügt, ebenso die Kenntnis des von ihm gemeinsam mit anderen herausgegebenen Bandes „Biographien zur deutschen Geschichte“ oder auch die gemeinsam mit dem Autor dieses Beitrages verfassten Publikationen zur Geschichte der NSDAP.

Unter den Faschismusforschern der DDR gehörte Kurt Pätzold zu den wenigen, die sich intensiv mit der nationalsozialistischen Ideologie und insbesondere mit der rassistisch-antisemitischen Judenverfolgung befassten. Mehrere Publikationen bezeugen das Geschick, tief in das Geschehene einzudringen, es in nahezu literarischem Stil darzustellen und die Vielgestaltigkeit von Ursachen-Bündeln zu verdeutlichen. Zum Thema Antisemitismus veröffentlichte er 1975 erste Ergebnisse seiner Forschungen in dem auch heute noch lesenswerten Band „Faschismus – Rassenwahn – Judenverfolgung. Eine Studie zur politischen Strategie und Taktik des faschistischen deutschen Imperialismus (1933-1935)“. Dem folgte 1988 ein gemeinsam mit Irene Runge erarbeitetes Buch über die Pogromnacht im November 1938. Danach publizierte er in den 90er Jahren – teils gemeinsam mit Erika Schwarz erarbeitet – die Bände „Verfolgung Vertreibung Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933 bis 1942“, „Tagesordnung Judenmord. Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942“ und „Auschwitz war für mich nur ein Bahnhof. Franz Novak, der Transportoffizier Adolf Eichmanns“.

Wie viele andere Wissenschaftler der DDR verlor auch Kurt Pätzold nach der „Wende“ von 1989/90 seine Anstellung an einer deutschen Universität. Eine abenteuerliche, in sich wider-

¹ Walter Schmidt für Die Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin e.V. ; Mario Keßler für die Zeitschrift „Sozialismus“, H. 10/2016, mit einer ausführlichen Übersicht zu Pätzolds Publikationen; Ulrich Schneider für die VVN-BdA. Die drei folgenden Absätze beruhen auf meinem Nachruf: Gegen den Zeitgeist. Zum Tode des marxistischen Historikers und Faschismusforschers Kurt Pätzold. In: Neues Deutschland“, 22.08.2016, S. 15.

sprüchliche und wohl doch bewusst gewählte Begründung sollte ihn und mehr noch sein Geschichtsverständnis, seine Sicht auf den absoluten Tiefpunkt deutscher Geschichte treffen. Das mag sein hartes, aber doch eindeutiges und treffendes Urteil erklären: Was von manchen als Prozess einer „Erneuerung“ ostdeutscher Hochschulen betrieben und beschrieben wurde, sei auch eine „Geschichte von Ignoranz, Fälschung und Heuchelei.“ Es misslang indessen, was versucht worden war: Er verstummte nicht. Im Gegenteil. Noch deutlicher als zuvor, noch intensiver und umfangreicher trat er in Erscheinung, das Instrumentarium kritisch-dialektischer Analyse glänzend beherrschend. Ihm ging es dabei immer auch um eine kritisch-kreative Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR, mit seiner eigenen Biografie, dabei turmhoch über allerlei Rechtfertigungsprodukten oder Verdammungsschriften stehend, was vor allem sein Buch „Die Geschichte kennt kein Pardon“ (2008) belegt. Den guten Traditionen deutscher Historiker folgend bewegte er sich nun erst recht in seiner Zeit, diese nicht allein kontemplativ betrachtend, sondern zugleich mit dem Ziel verknüpfend, sie bewegen, sie verändern zu wollen. Eine andere Welt als die kapitalistisch geprägte anstreben, eine menschlichere Form gesellschaftlichen Zusammenlebens gewinnen wollen – dies könnte als innere Triebkraft seines Strebens und Wirkens verstanden werden.

Mit den Mitteln des Historikers, eines parteiichen wohl, nicht eines parteiischen, bezog Kurt Pätzold vor allem Position gegen einen im neuen Zeitgeschehen dominierenden Geist, der hauptsächlich von einem „koste-es-was-es-wolle“-Denken und unerbittlichem Willen zu Profitmaximierung geprägt er scheint, demzufolge auch von nur notdürftig verbrämter sozialer Kälte, von zunehmendem Demokratie-Abbau, von eiferndem Überwachungswahn und sogar – besonders abscheulich – von teils geduldetem, teils gefordertem rechtsextremen Ungeist und schamloser Rechtfertigung neuerlichen Kriegstreibens.

Kalkül und Wahn

Kurt Pätzold konnte noch kurz vor seinem Tod das gedruckte Ergebnis seiner Beschäftigung mit den Ursachen und Plänen, die zum 22. Juni 1941 geführt hatten, in den Händen halten. Erst jetzt erschienen die beiden Bände, die sich mit der deutschen Geschichte zwischen 1933 und 1945 befassen. In allen Texten spiegeln sich seine in den letzten Jahren intensiv betriebene Bemühung um eine erneuerte marxistische Faschismustheorie², in der vor allem Zusammenhänge von wirtschaftspolitischem Kalkül und ideologischem Wahn der „nationalsozialistischen“ Führung sowie die Frage nach dem Denken und Verhalten der Volksmassen einen zentralen Platz einnehmen. Dafür Quellen und Dokumente – bekannte ebenso wie bislang ungenutzte oder gering beachtete – zu erschließen, betrachtete er als eine wesentliche Voraussetzung für eine materialistisch-dialektische Analyse und Wertung jenes Geschehens, das in den geschichtspolitischen Kämpfen unserer Zeit nach wie vor zu den bevorzugten Themen gehört. Ohne eine solche Grundlage ließen sich, so sein Credo, keine dem historischen Fortschritt dienende Schlussfolgerungen ziehen.

Keinen Zweifel lässt Pätzold aufkommen an der Tatsache, dass das, was am 22. Juni 1941 begann, ein imperialistischer Eroberungs- und Vernichtungskrieg gewesen ist, in dem es um Land und Öl, um Bodenschätze und Arbeitssklaven sowie um die Ausrottung des „jüdischen Bolschewismus“ ging, von den Nazis verklärt als ein präventiv notwendiger „Kreuzzug Europas gegen den Bolschewismus“. In einer Zeit, in der das deutsch-russische Verhältnis erneut einen Tiefpunkt erreicht hat und vor allem in den großen Medien russophobe Tendenzen breiten Raum einnehmen³, leistet Kurt Pätzold mit dem Buch zum faschistischen Überfall auf die

² Kurt Pätzold: Faschismus-Diagnosen, Verlag am Park in der Edition Ost, Berlin 2015.

³ Siehe dazu u.a. Stefan Bollinger: Über deutsche Hysterie und ihre Ursachen - „Meinst du, die Russen wollen Krieg?“, Berlin 2016; Hannes Hofbauer: Feindbild Russland. Geschichte einer Dämonisierung. Wien 2016, 303 S.; Manfred Weißbecker: Der Feind im Osten. Der wiedererwachte Hass auf den „Iwan“

UdSSR einen wichtigen Beitrag zu historischer Aufklärung. Der mag als Warnung gelesen werden, schreibt er am Ende seines Vorwortes: „Denn die missbräuchliche Mobilisierung von Völkern gegen ihre eigenen Interessen gehört nicht der Vergangenheit an. Geändert und ungeheuer vermehrt hat sich aber das Instrumentarium, das dafür eingesetzt wird. Joseph Goebbels lebt in vielerlei Gestalt weiter, wenn auch nicht in Braun und mit einer Hakenkreuzbinde am Arm.“ (13)⁴

Den Vf. interessiert jedoch nicht allein das manipulierende Handeln, das Tun und Lassen der Herrschenden, ihn bewegt darüber hinaus, weshalb der „Betrug“ an den Volksmassen so vollkommen gelang und wie sich das jubelnde oder schweigende Volk in einen Krieg führen ließ, in dem es „nur verlieren konnte: das eigene Leben, Verwandte und Freunde, Hab und Gut und gemein sam das Ansehen, das seine Vorfahren als Nation sich einst erwarb.“ (12 f.) Seine Antwort auf die Frage nach der Selbstverschuldung der Massen lautet eindeutig: Es trafen des „Führers“ Versprechen und Prophezeiungen mit den Wünschen der Mehrheit der Deutschen zusammen. Dies habe diese wehrlos und unfähig gemacht, „zu dem Gehörten oder Gelesenen eine kritische Dis tanz herzustellen. Sie wollten den Krieg nicht verlieren und glaubten Anfang 1942 noch, wenn ihnen der Gedanke an solches Ende überhaupt schon kam, dass sich das vermeiden lasse.“ (101 f.)

Das „Überfall“-Buch enthält auf rund 100 Seiten viel Material, das u. a. auch die erheblichen Probleme der sowjetischen Führung in ihrer Einschätzung der deutschen Politik beleuchtet und über Stalins Verhalten in dieser Zeit ein vernichtendes Urteil fällt. Insgesamt gilt die Aufmerksamkeit des Vf. weniger den militärhistorischen Aspekten von Kriegsvorbereitung und -führung als vielmehr den unterschiedlichen und durchaus nicht einhellig-zustimmenden Reaktionen der deutschen Bevölkerung, soweit diese Eingang in die umfangreichen Berichten des Sicherheitsdienstes der SS fanden und aus anderen Quellen erschließbar sind. Der Vf. ist sich der Begrenztheit aller Aussagen der Stimmungs-Beobachter bewusst, hüteten sich doch vor allem die anders Denkenden vor den Ohren der Spitzel. Zudem spielte das Eigeninteresse der Be richtenden eine der Wahrheit mitunter nicht dienende Rolle. Anhand der SD-Berichte vermag der Autor dennoch so manchen Gegensatz zwischen Schein und Wirklichkeit, Versprechen und Illusionen, Vorgegebenem und Gewünschten aufzuhellen. Deutlich wird, wie viele Deutsche auf ein rasches Kriegsende hofften und wie angesichts des Scheiterns der Wehrmacht vor Moskau sich die Fragen nach Fehlern in der Einschätzung des „Koloss auf tönernen Füßen“ häuften. In den 63 Dokumenten finden sich auch aufschlussreiche Auszüge aus Tagebüchern, Feldpostbriefen und Memoiren. Lesenswert ist insbesondere jenes anrührende Kapitel, das sich mit den Briefen des an der Ostfront kämpfenden Gefreiten T. an seine Liebste befasst. (103-118)

Auch in den beiden Basiswissen-Bänden 1933/39 und 1939/45⁵ dominiert die Sicht auf das Denken und Verhalten einer Mehrheit der Deutschen; ersterer enthält dazu sogar ein eigenes Kapitel: „Das Regime und die Massen“. Diesem Thema hatte sich Pätzold seit langer Zeit zugewandt und erste Überlegungen dazu bereits 1980 auf einer Tagung in Jena vorgestellt. Er benannte als entscheidende Faktoren für das Zustandekommen des Masseneinflusses der NSDAP die direkten und indirekten Auswirkungen des Furcht erregenden faschistischen Ter-

hat in Deutschland eine lange Tradition. Besonders menschenverachtend war das Russlandbild zur Zeit des Faschismus. In: junge Welt, 20.04.2015, S. 12. f.; ders., Russophobie als ideologische Waffe. Gedanken anlässlich des deutschen Überfalls auf die UdSSR vor 75 Jahren. In: Junge Welt, 08.07.2016, S. 12 f.

⁴ Kurt Pätzold; Der Überfall. Der 22. Juni 1941: Ursachen, Pläne und Folgen, edition ost im Verlag Das neue Berlin 2016, 254 S., 14,99 Euro.

⁵ Kurt Pätzold: Deutschland 1933-39. Vorkrieg, (Basiswissen Politik, Geschichte, Ökonomie) PapyRossa Verlag, Köln 2016, 153 S., 9,90 Euro; ders.: Deutschland 1939-45. Krieg, (Basis wissen Politik, Geschichte, Ökonomie) PapyRossa Verlag, Köln 2016, 142 S., 9,90 Euro.

rors, die Rolle der in Deutschland weit verbreiteten nationalistisch-rassistischen Ideologie sowie die spürbare Wirksamkeit innen- und außen politischer Erfolge des Regimes. In der Diskussion erweiterte sich der Blick hin zur Rolle der NSDAP und ihres umfassenden Organisationengefüges.⁶ Da war, wie Richard Dehmel zu den ersten Veröffentlichungen des jungen Dichters Johannes R. Becher bemerkt hatte, zwar viel Rauch, jedoch noch kein Feuer.⁷ Doch – um im Bilde zu bleiben – an den jüngst erschienenen Publikationen Pätzolds lassen sich Ausweitung und Vertiefung seines Wissens und seiner Erkenntnisse zu dem brennend aktuellen „Forschungsproblem“ erkennen.

Pätzold wählt einen völlig anderen Ansatz als jene Autoren, die – sich von der so genannten Täterforschung⁸ abwendend – im Begriff der „nationalsozialistischen Volksgemeinschaft“ den Kern aller Probleme entdecken wollen. Ihm missfiel, dass damit wiederum – wie mit dem Wort „Nationalsozialismus“ – sehr schlicht eine Selbstbezeichnung übernommen wird. Statt von einer Volksgemeinschaft zu reden, spricht er von der „Gefolgschaft“ und verwendet damit einen in sein Konzept passenden und zugleich präziseren Begriff. Deutlich ist sein Unbehagen zu erkennen, wenn lediglich Hitlers Zustimmungsgemeinschaft gemeint ist und letztlich vom Fortbestehen der Klassengesellschaft in Hitler-Deutschland geschwiegen werden soll.⁹ Ihn bewegten viele Fragen zu Entstehung, Entwicklung und Wirksamkeit der Hitler-schen Anhängerscharen, die er als wichtigen Bestandteil seiner Sicht auf die Geschichte des deutschen Faschismus, des so genannten Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges betrachtete.¹⁰

Pätzold wusste um die Kompliziertheit des Themas, um die schwierige und eigentlich unzureichende Quellenlage sowie um die vielfältig vorhandenen Pauschalurteile. So wählte er entsprechende Stilmittel, mitunter eine Art von Frage- und Antwortspiel. Aus Fakten und Behauptungen suchte er, gleichsam den Leser in der Logik seiner Gedankengänge mitnehmend, nach möglichst sinnvollen Aussagen und der Realität nahekommenden Schlussfolgerungen. Stets hinterfragt er die Interessen der Herrschenden und deren Orientierungsziele, aber er sucht auch nach den Ursachen und Folgen des Denkens der Beherrschten. Dass manche seiner Urteile sehr hart ausfallen, liegt an der Realität, nicht – wie vermutet werden könnte – am Enttäuschtsein eines konsequenten Antifaschisten. Zugleich verrät seine argumentative Darstellungsweise die Erfahrungen eines Hochschullehrers und begabten Redners. Geschickt sieht sich das Chronologische den eher systematisch gegliederten Teilen seiner Texte zu- bzw.

⁶ Kurt Pätzold: Die faschistische Manipulation des deutschen Volkes. Zu einem Forschungsproblem In: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte, H. 45/1981, S. 22-50. Siehe auch Manfred Weißbecker: Das Jenaer Faschismus-Kolloquium. Eine Dokumentation (1971-1990). In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, H. 2/2007, S. 77-102.

⁷ Siehe Jens-Fietje Dwars: Johannes R. Becher. Triumph und Verfall. Eine Biographie, Berlin 2003.

⁸ Zu dieser siehe u.a. die Publikationen von Christopher Browning: Ganz normale Männer Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen, Reinbek bei Hamburg 1996; Ulrich Herbert: Best. Biografische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, Bonn 1996; Michael Wildt: Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2002; Michael Mallmann und Gerhard Paul (Hrsg.): Karrieren der Gewalt. Nationalsozialistische Täterbiographien, Darmstadt 2004; Harald Welzer: Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden, Frankfurt a. M. 2007.

⁹ Zur Kritik des Volksgemeinschafts-Begriffs siehe u.a. Peter Schyga : Ober die Volksgemeinschaft der Deutschen. Begriff und historische Wirklichkeit jenseits historiografischer Gegenwartsmoden. Baden-Baden 2015.

¹⁰ Siehe Kurt Pätzold: Zweierlei Blindheit. Unterschiede der geschichtswissenschaftlichen Debatte über das Verhalten der deutschen Bevölkerung zwischen 1933 und 1945. Über die Rolle der Volksmassen im Faschismus (junge Welt 20.08.2016, S. 12 f.); ders. Mitläufer und Täter. Nach 1933 entschloss sich nur eine Minderheit der Deutschen zum Widerstand, der Großteil der Bevölkerung fügte sich in die neuen Verhältnisse ein. Über die Rolle der Volksmassen im Faschismus (junge Welt 22.08.2016, S. 12 f.).

auch untergeordnet. Vor allem die acht Kapitel des Bandes über die 30er Jahre tragen Züge eigenständiger, mitunter auch essayistisch anmutender Abhandlungen.¹¹

Friedensjahre oder Vorkriegszeit?

Als Untertitel des ersten Bandes wählt Pätzold das Wort: „Vorkrieg“. Dies soll als Programm verstanden werden und richtet sich gegen jene, die da meinen, es seien hauptsächlich schöne Friedensjahre, sichere Zeiten usw. gewesen. Nach Pätzolds Verständnis sind sie jedoch die Jahre, „in denen die Masse des deutschen Volkes tatsächlich, wenn auch nicht schuldlos und nicht ohne eigenes Zutun, betrogen wurde und sich für Ziele einnehmen ließ, von denen sie sich besser und zum eigenen Nutzen abgewendet hätte. Es sind Jahre, in denen sie für Handlungen konditioniert und trainiert wurde, die bis zu den dann massenhaft verübten Verbrechen an anderen Völkern reichten.“ (9) Selbst die unerhörte Mordaktion vom 30. Juni 1934 habe keine Welle des Absehens zur Folge gehabt. Stillhalten sei durch Einschüchterung und Terror bewirkt worden, ebenso durch eine alle Zweifel erstickende, dreiste und verlogene Propaganda. In der Stabilisierungsphase der faschistischen Diktatur sei alles zugleich ein Ausdruck des großen Vertrauens gewesen, das die Massen den großen und kleinen Unternehmern, den bürgerlichen Parteien, den Kirchen und den Militärs entgegengebracht hätten, ohne deren erhebliche Dienstbarkeit für das Regime zu erkennen. Zum Verhalten der Bevölkerungsmehrheit in Deutschland heißt es drastisch: „Mit der Anpassung unter Druck oder aus eigenem Entschluss vollzog sich in weiten Teilen des Volkes [...] ein moralischer Verfall. Resignation, Gleichgültigkeit und Teilnahmslosigkeit verbreiteten sich, wenn nötig mit dem Argument gerechtfertigt, man könne gegen dieses Regime und seine Macht ohnehin nichts ausrichten.“ (50 f.)

Zugleich macht Pätzold deutlich, dass der 1. September 1939 keine unabwendbare Folge des 30. Januar 1933 gewesen ist. Erwähnt werden konzeptionelle Bemühungen von Widerständlern sowie die auf internationaler Ebene vorhandenen Möglichkeiten, Kriege durch eine Politik der kollektiven Sicherheit zu vermeiden. Sein Blick richtet sich auf die Interessen der beteiligten Mächte und das internationale Kräfteverhältnis, kurz: auf jene Hintergründe, die zum Zweiten Weltkrieg führten. Er nimmt diese ebenso als Beispiel für alle Verhältnisse, die generell kriegsartige Lösungen von Machtkämpfen und Krisen ermöglichen. Dem diene auch der bereits 2015 im PapyRossa Verlag erschienene Band zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges.¹²

Der hier vorzustellende Band „Deutschland 1939-45“ schließt direkt an den über die 30er Jahre an, hält sich jedoch stärker an den Verlauf des Geschehens.¹³ In seiner guten alltagsgeschichtlichen Darstellung verliert Pätzold auch hier all jene Fragen nicht aus dem Auge, die das Denken und Verhalten der Massen betreffen. Dem Leser wird gezeigt, wie sich unterschiedliche, ja auch gegensätzlich wirkende Faktoren des gesellschaftlichen Lebens miteinander verwoben. Er erfährt, welche große Rolle wirtschaftliche und soziale Probleme für die Stimmungen großer Teile der Deutschen spielten. Ihm werden ebenso die schlimmen Auswirkungen jener Propaganda vor Augen geführt, in der ständig vom Friedenswillen des „Führers“ gefaselt, Schreckbilder einer Bedrohung durch andere Völker gemalt, deren Schuld am Kriege beteuert, von notwendiger „Vergeltung“ und „Wunder“ verheißenden Waffen geredet sowie von einem zu erwartenden Sieg der grundsätzlich überlegenen germanischen Rasse

¹¹ Das Inhaltsverzeichnis weist aus: 1. „Siegheil“, 2. Der faschistische Staat wird errichtet, 3. Das Regime und die Massen, 4. „Volk ans Gewehr“, 5. „Die Juden sind unser Unglück“, 6. Zum Gipfel von Macht und Ansehen, 7. Zwei Stufen zum Kriege, 8. „Danzig ist nicht das Objekt“.

¹² Kurt Pätzold: Zweiter Weltkrieg (= Basiswissen. Politik, Geschichte, Ökonomie), Köln 2015.

¹³ Das Inhaltsverzeichnis weist aus: 1. Polen - die leichte Beute, 2. Der komische Krieg, 3. „Frankreich im Sturm überrannt“, 4. „Es bleibt nur noch ein Feind“, 5. Wie zum Endsieg?, 6. In Napoleons Spur, 7. Raub, Ausbeutung und Mord, 8. Stalingrad, 9. Alltag im totalen Krieg, 10. Der D-Day, 11. „... bis alles in Scherben fällt“, 12. Besiegt und befreit.

geschwätzt wurde. Hinsichtlich der den Deutschen verheimlichten Massenmorde an den europäischen Juden urteilt Pätzold: „Wie viel oder wie wenig die Deutschen von den Verbrechen immer hörten oder lasen, sie wussten oder ahnten doch so viel, dass sie alle wünschten, nicht zu teilen, was den Juden geschah.“ (68)

Pätzold untersucht zudem jene Wandlungen, die sich in den Stimmungen der Massen vollzogen, als die militärischen Erfolge ausblieben und sich in ihrer materiellen Versorgung erhebliche Verschlechterungen einstellten. Als von der Verbreitung einer unbedingten Siegeszuversicht zur Forderung „Durchhalten“ übergegangen wurde, schwanden im Verlauf des Krieges die Hoffnungen und nahmen Zweifel zu. Am Beispiel Görings wird gezeigt, wie das Ansehen des Regimes mehr und mehr verloren ging. Pätzold vertritt auch die These, dass sich bereits vor dem 8. Mai 1945 das Hitler-Bild vieler „Volksgenossen“ in das eines Mannes zu verwandeln begonnen“ habe, der für die Zustände Verantwortung trug, in die sie geraten waren. (106)

Für die Zeit des Kriegsbeginns stellt der Vf. fest, sie sei in besonderem Grade eine Herausforderung für alle Nazigegner gewesen. Für ihn handelte es sich bei einer ganzen Reihe damals verfasster politischer Erklärungen um Dokumente, die Wünschbares, aber nicht Reales enthielten. In ihnen sieht er einen „Tiefpunkt sozialpolitischer Diagnose“. (19) Im Zusammenhang mit dem Attentat vom 20. Juli 1944, über dessen Wirkung auf die Deutschen sich kein gesichertes Urteil gewinnen lasse, wird von den unüberwindlich scheinenden Gegensätzen aller Hitler-Gegner gesprochen. Dies habe den Nazis erleichtert, die Verschwörer schlicht als Landesverräter zu bezeichnen und auch über 1945 hinaus jahrzehntelange Debatten ausgelöst, wie das Attentat zu bewerten sei. Gern hätte man mehr aus Pätzolds Feder zu Einschätzungen von Kommunisten, Sozialdemokraten und anderen Gegnern der NSDAP über „die Deutschen“ gelesen, auch über die Veränderungen, die es im Laufe der Zeit in den größeren Widerstandsgruppen oder auch im Nationalkomitee Freies Deutschland gab. Allerdings verweist er im Kapitel „Besiegt und befreit“ auf die Schwierigkeit, der sich die Minderheit von Antifaschisten und Hitlergegnern ausgesetzt sah, als sie nach dem Mai 1945 vor der Frage stand, „in welchen Dosen sie der Masse die Wahrheiten [über deren Dienstbarkeit für Faschismus und Krieg, M. W.] nahe bringen sollte und konnte, ohne sich von ihr noch stärker zu isolieren, als sie es anfänglich ohnehin war.“ (113)

Beide Bände enden mit ausführlichen Nachworten, die sich knapp mit dem bislang erreichten Forschungsstand, ausführlich indessen mit den vorhandenen Quellen sowie mit der in beiden deutschen Staaten veröffentlichten Literatur befassen. Sein Anliegen u. a.: Dem heutigen Zeitgeist entgegenzuwirken, der von den Ergebnissen ostdeutscher und marxistischer Historiker kaum Notiz nimmt, und jene in der DDR erbrachte Leistungen, seien sie dokumentarischer oder wissenschaftlicher Art, wieder in Erinnerung zu rufen.

Man mag bedauern, dass Kurt Pätzold es nicht vergönnt gewesen ist, eine große Gesamtdarstellung zur Geschichte des deutschen Faschismus und vor allem zu der Rolle der Deutschen in den Zeiten des braunen Regimes und des Zweiten Weltkrieges zu verfassen. Den Ausgangspunkt boten zwei umfassen de Bände, der eine zur Geschichte der NSDAP und der andere über Adolf Hitler.¹⁴ Sie galt es zu vervollständigen und weiterzuführen, zumeist im Zusammenhang mit unterschiedlichen Anlässen wie Jahrestagen oder aktuellen geschichtspolitischen Auseinandersetzungen. Unter anderen Verhältnissen, etwa bei einer normalen Integration in den alltäglichen Wissenschaftsbetrieb und in die materiell gesicherte Wissenschaftsorganisation, auch bei normaler und nicht ausschließlich politisch motivierter Kritik in der His-

¹⁴ Beide gemeinsam mit dem Autor dieses Beitrages verfasst; „Hitler. Eine politische Biographie“, Leipzig 1995, und „Hakenkreuz und Totenkopf. Die Partei des Verbrechens“, Berlin 1981, fortgesetzt als „Geschichte der NSDAP 1920-1945“, Köln 1999.

torikerzunft, wäre noch viel und sicher auch Großartiges zu erwarten gewesen. Dennoch: Mit Kurt Pätzolds Hinterlassenschaft liegt Wertvolles und die deutsche Geschichtswissenschaft Bereicherndes vor.

Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 108, Dezember 2016, S. 186-193.

„Der Feind steht rechts“ – eines seiner Opfer: Walther Rathenau

*„Dem Rathenau, dem Walter
blüht auch kein hohes Alter“*

*„Haut immer feste auf den Wirth!
Haut seinen Schädel, dass es klirrt!
Knallt ab den Walther Rathenau,
die gottverfluchte Judensau!“*

Unzählige Sprüche solcher Art waberten in den frühen 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts durch Deutschland, ersonnen von strikten Gegnern der Revolution des Jahres 1918 und der Weimarer Republik, verbreitet von völkisch-antisemitischen Zeitungen, leichthin aufgegriffen an zahlreichen bierseligen Stammtischen (deren geistige Armseligkeit sich heute in den sogenannten sozialen Medien breit macht). Damals verwandelte sich solcher Ungeist in blutigen Ernst. Nationalistisch-rechtsextreme Organisationen hatten sich vorgenommen, mit allen Mitteln und koste es was es wolle, das junge und ihnen zutiefst verhasste, weil aus dem Novemberumsturz hervorgegangene parlamentarisch-demokratische System aus den Angeln zu heben. Ihren Zielen zuliebe setzten sie unentwegt den verlorenen Weltkrieg als Bürgerkrieg fort. Verbrechen zu begehen galt ihnen als sinnerfüllte Heldentat in den Auseinandersetzungen mit innenpolitischen Gegnern; sie wollten ein entschiedener Feind sowohl der beiden großen Arbeiterparteien und der Gewerkschaften als auch aller jener bürgerlichen Kräfte sein, die für eine demokratische Verfasstheit des Staates und für die Überwindung des Versailler Friedens durch Verhandlungen mit den Siegern eintraten.

Bluttaten gegen Führer der Arbeiterbewegung

Tausende Arbeiter, gleich ob sie für bessere Lebensbedingungen streikten oder für eine Sozialisierung der Schlüsselindustrien eintraten, gleich ob sie den Weimarer Staat verteidigten oder eine sozialistische Gesellschaft erkämpfen wollten, fielen diesem Terror der Rechten zum Opfer. Spektakuläre Bluttaten richteten sich gegen ihre Führer: Dies begann, als Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von einer barbarischen Soldateska am 15. Januar 1919 regelrecht hingerichtet worden waren, und setzte sich fort mit der Ermordung von Leo Jogiches, der nach dem Tode der beiden die Leitung der KPD übernommen hatte. Neben Eugen Leviné kamen Anfang Mai 1919 viele andere als Funktionäre und Anhänger der zeitweilig in München errichteten Räterepublik gewaltsam zu Tode. Im Frühjahr 1920 forderte die Niederschlagung der gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch gerichteten Aktionen ebenfalls zahlreiche Opfer.

Im Jahr darauf erhob sich erneut eine große Welle rechtsradikaler Terroraktionen. Sie traf Anfang Juni 1921 den bayerischen USPD-Führer Karl Gareis und am 26. August Matthias Erzberger, der bei einer Wanderung im Schwarzwald von zwei ehemaligen Offizieren erschossen wurde. Das Attentat galt weniger dem amtierenden Reichsfinanzminister, vielmehr dem Politiker aus der großbürgerlich-katholischen Zentrumspartei, der im November 1918 als Zivilist couragiert genug gewesen war, einen Waffenstillstand zu unterzeichnen, den die Oberste Heeresleitung zwar gefordert hatte, aber selbst zu unterschreiben geschickt vermieden hatte. Hugo Haase, der Vorsitzende der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei erlag im November 1921 einem Mordanschlag. Am 4. Juni 1922 wurde auf den Sozialdemokraten Philipp Scheidemann ein Blausäure-Attentat verübt, das er nur dank glücklicher Umstände überlebte.

Terroristischer Ungeist

Unverblümt riefen im Frühjahr und im Sommer 1922 nationalistische Zeitungen zu weiteren Morden auf. In ihr Visier gerieten nun vor allem Walther Rathenau, der im Februar 1922 in das Amt des Außenministers eingeführt worden war, und Reichskanzler Joseph Wirth. Beide

hatten maßgeblich den Vertrag von Rapallo vorbereitet und durchgesetzt, der im April mit Sowjetrußland geschlossen wurde und die internationale Isolierung beider Länder aufbrechen half, jedoch allen nationalistischen und antikommunistischen Kreisen ein Dorn im Auge war. Übrigens: Dies ist er auch heute noch, denn Rapallo – eigentlich ein Begriff, der generell für normale, friedliche und beiderseitigem Nutzen dienende Beziehungen zwischen Ost und West steht – wird gehasst von jenen NATO-Kräften, die Deutschland lediglich in das sogenannte Lager des Westen eingebunden sehen wollen, die eine russlandfeindliche Politik betreiben und sich dazu auch schlimmster Russland-Phobien bedienen. Leider ist gegenwärtig von einem vernünftigen Verhältnis zu Rußland weit und breit wenig zu bemerken – eher Gegenteiliges, Hasserfülltes und Verdammendes, auf jeden Fall Einseitiges. Dem steht u. a. die klare Aussage des Ex-Bundeskanzlers Helmut Schmidt entgegen, die er den regierenden Politikern gleichsam ins Stammbuch schrieb: „Rußland ist der größte Partner und der mächtigste Nachbar in Europa. Ohne Rußland kann es in Europa keinen Frieden geben.“³¹⁹

Damals galt Rathenau der völkischen Rechten nicht allein als „Freund“ der russischen Bolschewisten, mehr noch als Inkarnation der verhassten „Judenrepublik“. Deutschnationale Reichstagsabgeordnete scheuten nicht vor der Forderung zurück, die deutsche Regierung müsse vor dem Staatsgerichtshof angeklagt werden, weil sie eine zu nachgiebige und daher „verbrecherisch“ zu nennende Politik gegenüber den Siegermächten des Krieges betreiben würde. Mit einem solchen Appell war der Bankier Karl Helfferich – während einiger Jahre vor dem Ende des Ersten Weltkrieges Vizekanzler und nun einer der führenden deutschnationalen Politiker – am 23. Juni 1922 im Reichstag aufgetreten. Am Morgen des nächsten Tages wurde Rathenau ermordet, als er im offenen Wagen durch Berlin-Grünwald fuhr, um ins Auswärtige Amt zu gelangen. Ein anderes Auto hatte ihn verfolgt und in dem Moment, da sich beide Wagen auf gleicher Höhe befanden, fielen fünf Schüsse, eine Handgranate explodierte.

Der Anschlag war von langer Hand vorbereitet worden. In welchen politischen Kreisen die Mörder zu suchen waren, konnte jeder wissen. Nach einer reichsweiten Fahndung stellte die Polizei schließlich am 17. Juli zwei der Täter: Erwin Kern und Hermann Fischer. Den einen trafen tödliche Schüsse der Verfolger, der andere nahm sich das Leben. Alle Spuren führten zur Organisation Consul (OC), die im Mai 1920 aus der am Kapp-Lüttwitz-Putsch aktiv beteiligten und danach verbotenen Marinebrigade des Kapitäns Hermann Ehrhardt hervorgegangen war. Diese geheime Terror- und Femeorganisation hatte sich die Sammlung von „entschlossenen nationalen Männern“ zum Ziel gesetzt, bereit zu Mordtaten und putschistischen Aktionen. In ihren Satzungen umschrieb sie diese als unumgänglich für die Einsetzung einer nationalen Regierung“, welche die „Wiederkehr der heutigen Verhältnisse unmöglich“ mache. Auch die Mörder Rathenaus kamen aus der OC, aus einer von vielen völkisch-rassistischen Organisationen, die allesamt den Boden für die Ausbreitung der faschistischen Bewegung bereiten halfen.

Rathenaus Tod rief Erschütterung und Empörung hervor. Als der Reichstag sich am 24. und 25. Juni versammelte, um über den Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Republik zu debattieren, stieß die Nachricht von der neuerlichen Untat auf Entrüstung und Protest der parlamentarischen Mehrheit. Den deutschnationalen Karl Helfferich empfingen mehrere Abgeordnete mit dem Ruf „Mörder, Mörder, hinaus mit dem Mörder“, anderen Mitgliedern der rechten Parteien wurden sogar Schläge angedroht. In dieser gespannten Situation hielt Wirth eine leidenschaftliche, von tiefer Trauer erfüllte Rede, an deren Ende er – auf die rechte Seite des Plenums schauend – erklärte: „Da steht der Feind, der sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt: Da steht der Feind – und darüber ist kein Zweifel, dieser Feind steht rechts.“ Rhetorik

³¹⁹ Helmut Schmidt: Er wagt die Wahrheit. In: Die Zeit, 1. April 2015, S. 45.

risch brillant und von unerhörter Wirkung stellte sie zweifellos einen der Höhepunkte in der Geschichte deutscher Parlamente dar.

Der Feind steht rechts!

Zwar war nicht neu, was Wirth formuliert hatte, doch dass er es als bürgerlicher Politiker und als Reichskanzler aussprach, verlieh dem Wort bedeutungsvolles Gewicht. *Der Feind steht rechts* – Erkenntnis und Formulierung gehörten damals in den Reihen der proletarischen Bewegungen zu selbstverständlicher Gewissheit. Und Wirth stand auch im Lager republikanischer Demokraten nicht allein – das bewies u. a. Hugo Preuß, der 1918/19 großen Anteil an der Ausarbeitung der Weimarer Verfassung genommen hatte und 1924 als Erbübel, Schwäche und Kurzsichtigkeit des deutschen Bürgertums kritisierte, dass es leider dazu neige, „die Gefahren von links mit einem Vergrößerungsglas und aus Furcht vor diesen Gefahren die von rechts gar nicht zu sehen.“³²⁰

Unterschätzte Gefahren

Seither besagt eine der bittersten, leider oftmals unberücksichtigten Erfahrungen deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert: Wer damals, in jenen Jahren der Weimarer Republik, das Potential der Rechtesten unter den Rechten zu nutzen versucht hatte, half entscheidend es zu fördern. Insbesondere die Duldung und Unterstützung chauvinistischer und rassistischer Forderungen, der Versuch, sie zu legalisieren und – je nach Möglichkeit und Erfordernis – für eigene Zwecke zu instrumentalisieren, erhoben den sich braun färbenden Rand der Gesellschaft in den Rang von Normalität. Tagespolitische Einträglichkeit wurde zum obersten politischen Prinzip erhoben und ließ schließlich die vielgerühmte „Mitte“ der Gesellschaft zum opferwilligen Spielball selbstzerstörerischer Absagen an jegliche Form von Demokratie werden. Wer seine Gegner hauptsächlich unter den deutschen Linken, unter Antifaschisten aller Richtungen sah, stärkte den Rechten den Rücken, der erleichterte die schrittweise Hinwendung nach rechts und lieferte zugleich Munition für die zahllosen Argumente, mit denen Gefahren kleingeredet und unterschätzt wurden. Die Folgen sind bekannt

Prof. Dr. Weißbecker publizierte vor fünf Jahren in den „Mitteilungen“: „Walther Rathenau – Opfer deutscher Terroristen“, Juni 2012, S. 11-14.

Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE, Heft 6/2017, Nr. 328, 26. Jahrgang, S. 3-5.

³²⁰ Hugo Preuß: Um die Reichsverfassung von Weimar, Berlin 1924, S. 72.

Vom Wort zur Tat

Der französische Historiker Johann Chapoutot zeigt, wie kurz der Weg von populistischen Versprechen zu Verbrechen ist

Wie oft ist zu hören, man sei doch kein Nazi oder gar ein Faschist. Die Behauptung kann durchaus berechtigt sein. Und niemand sollte allzu schnell und schlicht über andere urteilen. Dennoch: Wer sich so äußert, schränkt die Begriffe zumeist willkürlich ein: Um Nationalsozialismus, also die deutsche Form des europäischen Faschismus, soll es sich lediglich gehandelt haben, als die Juden ermordet wurden und ein Vernichtungskrieg stattfand. Wer jedoch solcher Definition folgt, lässt drei Dimensionen außen vor: die ideologische, die Bewegungen und Parteien sowie schließlich die Verbrechen selbst. Sind die Idee der 1920 gegründeten Nazi-Partei und ihres „Führers“ vor dem Zweiten Weltkrieg etwa nicht als nazistisch bzw. faschistisch zu charakterisieren?

Darauf läuft hinaus, was ein Autor des „Spiegels“ im Jahresrückblick auf 2016 von sich gab. Ihm ging es zwar um den neuen US-Präsidenten, der „gefährliche Dinge“ gesagt, sie bislang jedoch nicht getan habe. So aber sei der Unterschied zwischen Populismus und Faschismus zu charakterisieren. Merkwürdig, denn es erlaubt zu schlussfolgern: Gefährliche Dinge zu äußern, sei allenfalls „populistisch“ und berechtige nicht zu härterem Urteil. Was für ein irreführendes Denkmodell, das die Begriffe abhängig machen will von der Differenz zwischen Sagen und Handeln!

Abhilfe bietet da der vorliegende Band. Sein Autor ein französischer Historiker, der an der Pariser Sorbonne lehrt und vor drei Jahren mit einem Buch über den „Nationalsozialismus und die Antike“ in Erscheinung trat. Er befasst sich nun eingehend mit der Ideen- und Ideologengeschichte der NSDAP, mit ihren Wurzeln, vielgestaltigen Erscheinungsformen und Auswirkungen. Seiner Attacke gegen oftmals „hohle Phrasendrescherei“ kann, nein: muss gefolgt werden. Texte, Bilder und Reden der Nazis sollten ernst genommen werden – Unbehagen, Spott oder Empörung allein reichen nicht, ihre Taten zu erklären.

Johann Chapoutot versucht, tief in den (Un-)Geist der Nazis einzudringen, da dieser grundlegend für deren kriminelle Gewalt gewesen sei. Er untersuchte 1200 Buch- und Zeitschriftenartikel sowie ca. 50 Filme. Ans Licht gefördert wird eine Unmenge an Aussagen, die in ihrer barbarischen Unmenschlichkeit erschüttern und zugleich einen Tiefpunkt in der Geschichte deutscher Intellektueller markieren. Sie bezeugen „drei kategorische Imperative“, die dem „NS-Projekt seine Grundlagen geliefert“ hätten. Chapoutot spricht weiter von drei Handlungsarten, die Deutschland „ewiges Leben garantieren sollten“. Für sie verwendet er die Begriffe: Zeugung, Kampf und Herrschaft.

Im völkischen Denken werde, so der Autor, von den Menschen ein Pflichtbewusstsein für die biologische Substanz des Volkes bzw. der Nation verlangt. Es gebe ein „Zeugungsgebot“: Die germanische Rasse müsse „fruchtbar sein und massenweise Kinder produzieren, insbesondere im Hinblick auf den slawischen Feind“. So könne Erhalt und Zukunft der Rasse gesichert werden, allerdings nur dann, wenn man auf deren Gesundheit und Reinheit achte und alle nicht lebensfähige Substanz beseitige. Geredet wurde daher von den Lebensgesetzen der Natur, von Rasseninstinkt und natürlicher Vererbung, vor allem vom Blut, das den Rassen jeweils wesenseigene Werte diktiere. Gegen alle zersetzenden Mächte und gegen die Gefahr einer Zersetzung, Abschaffung und „Denaturierung“ des deutschen Volkes müsse letztlich immer das Blut zu siegen befähigt werden. Dafür bedürfe es eines permanenten Kämpfens, sowohl nach innen (gegen die „Volksfremden“) als auch nach außen („erbarmungsloses Herrenmentum“). An die Stelle von Gewissen trete die Konsequenz, das Ringen um eine „Endlösung“, die völlige Kompromisslosigkeit.

Ob und wie völkisch-rassistische Gedanken ihre „normative Natur“ entfalten, zu Geboten für das Handeln werden und zu unmenschlichen Taten führen, hängt nach Auffassung des Autors von den gesellschaftlichen Kontexten ab, die zeitlich und ortsgebunden sind. Erst sie ermöglichen das „Herrschen“ als Realisierung vorhandener Gedanken. Es gelte, gleichsam kartographisch die Gedankenwelt zu erfassen, worin die „NS-Verbrechen erst ihren Sinn und ihren Platz erhalten“. Damit sei auch zu erklären, dass nach 1945 die Täter sich für nicht schuldig hielten. Sie seien überzeugt gewesen, richtig gehandelt zu haben. In ihren Augen sei das Handeln „sinnhaltig“ gewesen, weil eine „Aufgabe“ – gleich ob angenehm oder unangenehm – notwendig zu erfüllen gewesen wäre.

Natürlich fragt Chapoutot auch danach, wie es zur Zustimmung großer Teile der Deutschen zu den Ideen der Nazis hatte kommen können, die nicht von jenen erfunden worden sind: „Westlicher Antisemitismus, Kolonial-Rassismus, Sozialdarwinismus, Eugenik, Imperialismus, Furcht vor und Hass auf den jüdischen Bolschewismus, Angst vor den Ostjuden, gepaart mit Verachtung – all das sind Elemente eines europäischen und westlichen Textes, dessen Auswirkungen man auch zu anderen Zeiten und an anderen Orten, beispielsweise im Frankreich der Dreyfus-Affäre, in den Kolonialreichen und in Ländern wie der Schweiz, Skandinavien und den USA mit ihrer Sozialtechnologie, studieren konnte. Dieser Text wurde freilich im Kontext des Deutschlands der 1920er Jahre verdichtet, kompakter gemacht und radikalisiert, um schließlich in den 1930er Jahren im Dritten Reich mit ungekannter Brutalität und Intensität in Taten umgesetzt zu werden.“

Es lohnt, mit dem in die Vergangenheit gerichteten Blick des Autors gegenwärtige Erscheinungen zu bewerten und ihnen energisch zu begegnen. Völkisch orientierte Denk- und nationalistische Verhaltensstrukturen gehörten zu den Fundgruben der sich selbst als nationalsozialistisch bezeichnenden Ideologie. Und viele derjenigen, die damals „nur“ völkisch dachten, gehörten zu den aktiven Wegbereitern der hitlerfaschistischen Diktatur und halfen, deren Verbrechen zu ermöglichen.

Johann Chapoutot: Das Gesetz des Blutes. Von der NS-Weltanschauung zum Vernichtungskrieg. Wissenschaftliche Buchgemeinschaft. 475 S., geb., 39,95 Euro.

Neues Deutschland, Freitag, 31. März 2017, S. 16.

Enthüllter Seelentrost

Flüchtig lebt die Geschichtspolitik – wer erinnert heute noch an den Beginn des Ersten Weltkrieges? Der große Rummel um den 100. Jahrestag ist vorbei – ein Jahrestag mit der Zahl 103 scheint Historikern wie Medien keine Aufmerksamkeit wert zu sein. Letztere trieben seitdem, wie es im Volksmund heißt, andere Säue durchs Dorf, ließen andere Aufgeregtheiten folgen: Schon im Jahre 2015 schaute man eher auf das Ende des zweiten großen Völkermordens, das für viele keine Befreiung gebracht haben soll. Bald danach standen die Revolutionen im Fokus, welche vor einhundert Jahren die Macht der Herrschenden erschütterten. In geschichtsrevisionistischer Manier geht da jedoch die Rede weniger vom Frieden, den sie hätten bringen können, weil vielen Menschen das Wort „Nie wieder Krieg!“ als Lebensmaxime galt.

Wer sich heute für Geschichte interessiert, erlebt neue Kriege und militärische Aktionen in nahezu allen Teilen der Welt. Nach den Ursachen Fragende orientieren sich möglicherweise immer noch leichtgläubig am Angebot, das Christopher Clark mit seinem von Norbert Juraschitz übersetzten „Schlafwandler“-Buch unterbreitete, an seiner Offerte, die nicht einmal neu war und nur aufgewärmt daherkam (siehe *Ossietzky* 22/2013). Er lud dazu ein, alles Geschehen mit naturgegebenen Unzulänglichkeiten des Menschen zu erklären. Seine These: 1914 habe eine Tragödie begonnen, nicht etwa ein geplantes und herbeigeführtes Verbrechen. Man sei wegen einer europaweiten Schlafwandelei in den Krieg „hineingeschlittert“. Eigentlich habe ihn niemand gewollt (natürlich außer den Russland nahestehenden und von Clark dämonisierten Serben!), er sei ausgebrochen wie ein Vulkan. Vor allem der deutsche Imperialismus sei frei von Schuld und benötige daher Seelentrost, denn die berechnete Anklage will nicht aus dem Gedächtnis weichen. Dementsprechend lauten irreführende Begriffe: unglücklicher Verlauf, Versagen, Unfähigkeit, Leichtsinn, Angst, Paranoia, Schicksal und so weiter. Dazu passt das gern gebrauchte Wort von der „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts. Haftet ihm doch auch etwas Naturgesetzliches an, etwas anscheinend nicht zu Erfassendes und Kriegursachen letztlich Verklärendes. Zugleich mit erlösender Entlastung Schuldiger finden sich immer andere, die es als Sündenbock zu verdammen gilt.

Gegen solche Geschichts- und Gegenwartsdeutungen wendet sich nun, gleichsam im Nachgang, ein lesenswertes Buch, verfasst von Klaus Gietinger und Winfried Wolf. Ersterer lieferte den Hauptteil, der andere eine sehr ausführlich geratene Einleitung. Beiden gelang in der Auseinandersetzung mit Clarks Thesen und Behauptungen eine eigenständige Darstellung der Ursachen, die zum Krieg führten und die den gegebenen Zusammenhang mit den kapitalistischen Eigentums-, Krisen- und Konkurrenzverhältnissen erkennen lassen. Und der Krieg selbst erscheint als profitables kapitalistisches Business, wie es auf Seite 25 im Klartext heißt. Deutlich wird, dass die Debatte über das Clark-Buch eigentlich eine war über das große Thema der heutigen Welt: Weshalb werden erneut Kriege geführt? Wie weiter in den existenziellen Fragen von Krieg und Frieden?

Selbstverständlich geht es den Autoren nicht allein um Clark, den im Mittelpunkt stehenden „Seelentröster“ deutscher Interessenten an einer bundesrepublikanischen Vormachtstellung in Europa und in der Welt. Ihm schlossen sich ja Herfried Münkler (siehe *Ossietzky* 20/2014) und andere an, darunter auch Historiker, die zuvor durchaus kritische Positionen vertreten hatten: Gerd Krumeich, Sönke Neitzel, Jörn Leonhard und andere mehr, während viele sich etwas zurückhielten, so dass es nicht zu einem neuen großen Historikerstreit kam, vergleichbar jenem in den 80ern des vorigen Jahrhunderts. Clarks Werk bietet indessen die passende Folie, gleich ob inhaltlich oder in ihrer Machart, für das Erhellende einer selektiv-prodeutschen und von Kapitalismuskritik völlig freien Geschichts-„Erzählung“. Es bietet zugleich Raum für die erforderliche Kritik an einer Darstellung, die bewusst Lücken lässt und Tatsachen schlicht unterschlägt, sollten sie nicht ins gewählte Korsett passen. Und es lässt sich zeigen, wohin es

führen kann, wenn nicht nach kausalen Zusammenhängen gesucht, wenn ökonomische Interessen völlig außen vor gelassen bleiben, wenn alles Kausale auf individualpsychologische Aspekte begrenzt erscheint.

Insofern geriet der vorliegende Band zu einer gleichermaßen enthüllenden Widerlegung sowie zum aufschlussreichen und detailliert überzeugenden Widerpart. Er darf als ein gelungenes Beispiel gelten für das Verknüpfen von historischer Darstellung und treffsicherer Auseinandersetzung. Beides sinnvoll miteinander zu verzahnen, zwang zu einer relativ umfangreichen und stark von systematisierenden Vorgaben getragenen Gliederung. Vorteilhaft kann so der Band, obgleich er möglichst in Gänze gelesen werden sollte, auch zur Aufklärung einzelner Komplexe genutzt werden, erleichtert durch eine Fülle von Teilzusammenfassungen. Der Nachteil: Redundanzen. Doch die können in Kauf genommen werden. Dem nach Belegen suchenden und möglicherweise selbst forschenden Leser dienen zahlreiche Hinweise auf Möglichkeiten, Quellen und Dokumente nicht allein in umfänglichen Publikationen, sondern auch in den neuen elektronischen Medien zu nutzen. In Hülle und Fülle wird auf wissenschaftliche Werke und publizistische Beiträge verwiesen, die sich kritisch mit Clark und den Debatten um seine Thesen befassten; leider fehlt da der Band „1914. Das Ereignis und sein Nachleben“ von Kurt Pätzold.

Bemerkenswerte Parallelen zur Behandlung der Kriegsschuldfrage im Deutschland der Weimarer Republik hätten vielleicht ausführlicher behandelt werden können. Es bleibt bei wiederholten Feststellungen, Clark habe die Geschichtswissenschaft mit seinen Verdrehungen und unzutreffenden Feststellungen, die nahezu als Verfälschungen zu bezeichnen sind, auf den Stand der „Unschuldshagiografie“ der 1920er und der 1950er Jahre zurückgeworfen. Bekanntlich wurden auch damals vor allem Historiker aus anderen Ländern gehätschelt und bejubelt, machten sie die „Unschuld“ des deutschen Imperialismus zu ihrem Anliegen. Ebenso ließen sich zu jener Zeit große Teile der Deutschen davon das Hirn vernebeln.

Das Urteil Gietingers fällt eindeutig aus: Clark propagiere wieder ein nahezu weltkriegsunschuldiges Deutschland. Sein Buch stelle „die scheinbar wissenschaftliche Bestätigung für ein Gefühl [dar], das die meisten Bürger dieses Landes in den 20ern, 30ern, während des Faschismus und in den 50ern, bis weit in die 60er hinein beschlichen hat: schuldlos zu sein“. Die oft zitierte Bemerkung des britischen Ex-Premierministers Lloyd George, alle Mächte seien in den Ersten Weltkrieg hineingeschlittert, erscheine „verglichen mit Clarks Buch noch geradezu deutschkritisch“ (S. 298). Wer des Seelentrösters Ergüsse nicht parallel zur Kritik der Autoren lesen möchte, kann sich auf eine „kurze Zusammenfassung“ des Schlafwandler-Buches stützen (S. 320-326).

Klaus Gietinger und Winfried Wolf: „Der Seelentröster. Wie Christopher Clark die Deutschen von der Schuld am I. Weltkrieg erlöst“, Schmetterling Verlag, 345 Seiten, 19,80 Euro.

Ossietzky. Zweiwochenschrift für Politik, Kultur, Wirtschaft, H. 13/24.06.2017, S. 454-456.

„Warum Menschen sowas mitmachen?“

Bereits im Jahre 1550 dachte der französische Jurist Étienne de La Boétie – er gilt vielen als ein Ahnherr des Anarchismus – über das Bestehen einer „freiwilligen Knechtschaft“ von Menschen nach und stellte die rhetorische Frage: „Wie kommt er [der Tyrann, M. W.] zur Macht über euch, wenn nicht durch euch selbst? Wie würde er wagen, euch zu verfolgen, wenn ihr nicht einverstanden wärt?“ Und in jüngster Zeit fragte Ulrich Schneider, Präsident des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, bei einer Veranstaltung im Berliner Karl-Liebknecht-Haus: „Wie konnte eine ökonomische Ideologie wie die des Neoliberalismus derart populär, derart erfolgreich im Sinne von durchsetzungsstark werden? Und wie kann es sein, dass eine ganz breite Mehrheit in der Bevölkerung sich permanent gegen ihre eigenen Interessen verhält?“

Das Problem erscheint als ein zweigeteiltes: Zum *einen* besteht es darin, dass große Teile der Bevölkerungen die nationalkonservativen Kräfte attraktiv finden, ihnen zustimmen, sie akzeptieren und sie mit solchem Denken und Verhalten unverkennbar stärken. Zum *anderen* aber darin, dass Politik und Medien den Blick auf die gesellschaftlichen Grundlagen dieser Erscheinungen verschleiern. Dazu passt gewiss ein Orientierungs-Motto, das Ex-Bundespräsident Gauck am 22. Juni des vorigen Jahres in einem Gespräch, ausgestrahlt von der ARD, so formulierte: „Nicht die Eliten sind das Problem, die Bevölkerungen sind im Moment das Problem.“

Erfreulich hingegen: Nicht alles, was zu den Ursachen des politischen Denkens und Verhaltens von Menschen in der Gesellschaft gesagt wird, ist schlicht und vordergründig gestrickt. Selbst in großbürgerlichen Medien lassen sich besorgte Töne erkennen. Anregende wissenschaftliche Literatur gibt es zuhauf, ältere wie jüngere. Eines der neuen Bücher stammt von Patrick Schreiner. Der Politologe, Publizist und hauptamtliche Gewerkschafter beschäftigt sich seit einiger Zeit direkt mit solchen Fragen. Zu Beginn des vorigen Jahres erschien bei PapyRossa sein Buch „Unterwerfung als Freiheit. Leben im Neoliberalismus“, inzwischen auf dem Markt in vierter Auflage, also gern gekauft und gelesen. Seine These besagt, dass weit über Politik und Wirtschaft hinaus der Neoliberalismus sich längst im Alltagsleben der Menschen verankert habe und im Grunde den „Zeitgeist“ bestimmen würde. Wird Unterwerfung als Freiheit akzeptiert, erhält letztere einen anderen Sinn als in allen Wert-Beteuerungen betont.

Jetzt veröffentlichte Schreiner ebenfalls bei PapyRossa ein neues Buch mit dem Titel „Warum Menschen sowas mitmachen. Achtzehn Sichtweisen auf das Leben im Neoliberalismus“. Nach seiner Auffassung benötige man mehr als eine einzige Perspektive, um diese Phänomene zu verstehen und ihnen nicht aufzusitzen. In der Tat: Nicht nur die Geschichte erfolgreicher Beeinflussung der Massen ist lang, ebenso ist die eines vielfältigen Nachdenkens über die Ursachen der Bereitschaft von Menschen, sich manipulieren zu lassen. Oft gab es Versuche, die Ursachen menschlichen Verhaltens mit Hilfe eines Verbundes von Marxismus und Psychoanalyse zu erschließen, ohne dass irgendein Freudomarxismus entstanden wäre. Viele Fragen reichen auch weit über psychologische Aspekte hinaus, von der Gefahr einer weniger sinnvollen, oftmals sogar irreführenden Psychologisierung gesellschaftlicher Themen ganz abgesehen.

Es lohnt hingegen zu fragen, ob entsprechende Aussagen großer Denker wie Karl Marx sowie Erich Fromm, Theodor Adorno, Max Horkheimer, Antonio Gramsci, Michel Foucault, Norbert Elias, Stuart Hall, David Harvey, Naomi Klein, Eva Illouz u. a. m. hilfreich sein können für linke Theorie und Politik in unserer Zeit? Eine solche Herangehensweise sucht nach Vielfältigkeit und Differenziertheit, nicht nach einer einzigen stringenten Erklärung. Schreiner

bemüht sich daher, bekannte und eher unbekannte Erklärungen, auch gegensätzliche Aussagen in einem Überblick darzustellen. Das kann als gelungen bezeichnet werden.

Der vorliegende Band stellt im Grunde eine auf ausgewählten Beispielen beruhende kleine Geschichte wissenschaftlichen Nachdenkens zum Thema dar. Er schlägt einen Bogen von Marx und Engels über Theoretiker des 20. Jahrhunderts bis zu gegenwärtig in Erscheinung tretende Autoren. Gefragt ist vor allem, *ob* sich unterschiedliche Auffassungen – und wenn ja – *wie* mit den jeweils im einzelnen benannten Aspekten zusammenführen lassen in einer Kritik der heutigen kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse, wobei diese im Begriff des Neoliberalismus gefasst sind. In Frage gestellt sehen sich hingegen Auffassungen, denen zufolge die Natur des Menschen für alles verantwortlich sei oder alles gar allein mit den Mechanismen der Gehirnzellen erklärt werden müsse.

Dass Macht einer Beherrschung der Massen bedarf, gehört gleichsam zu den Binsenweisheiten, uralte gebunden an die sich herausbildende Klassengesellschaft. Nimmt man beispielsweise Bezug auf die Rhetorik eines Aristoteles (384-322 v. Chr.), so zeigt sich durchaus, dass es bei dieser keineswegs allein um die Kunst des „schönen Redens“ ging. Über rationale und logische Argumente sollten Gefühle, Stimmungen, Leidenschaften usw. davon angesprochen werden. Zu nennen in der länger zurückliegenden Geschichte wäre vieles, darunter auf jeden Fall auch die kirchlichen Dogmen mit dem Versprechen himmlischen Friedens oder der Androhung höllischer Qualen für den Fall botmäßigen oder unfügsamen Verhaltens. Zu nennen wären die Herrschaftsprinzipien eines Niccolò Machiavelli (1469-1527). Des Menschen Triebkraft bestehe in ewiger Unzufriedenheit, Maßlosigkeit, Habsucht und unersättlichem Ehrgeiz. Daraus sei zu schlussfolgern, dass – die Menschen an sich „schlecht“ seien, ihr Herrscher keinen moralischen Werten folgen müsse und der Zweck alle Mittel heilige, das Lügen eingeschlossen.

Tatsache aber ist, dass die Frage nach der Rolle der Massen neues und zugleich erhebliches Gewicht nach der französischen Revolution und erst recht in den Zeiten des Übergangs vom 19. zum 20. Jahrhundert gewann. Aus einer Menge von Menschen wurde die eine Eigendynamik entwickelnde Masse, deren Wirksamkeit und Rolle für das gesellschaftliche Geschehen eine neue Qualität erreichten – bedingt durch Konzentration und Zentralisation der Produktion, durch das enorme Anwachsen der Bevölkerungszahlen, durch die Formierung politischer Parteien und den Kampf um die Durchsetzung des Parlamentarismus, durch die sich vertiefenden Klassengegensätze sowie, diese durchaus auch überlagernd, als Folge der alle Bereiche des Lebens erfassenden Gegensätze, also zwischen den Geschlechtern, zwischen Jüngeren und Älteren, Stadt- und Landbewohnern, unterschiedlichen Konfessionen und Regionen usw.

Keineswegs zufällig wurde am Ende des 19. Jahrhunderts begonnen, auch mit den Mitteln der Wissenschaft nach Möglichkeiten zu suchen, vorrangig mit der Intention, der Massen Herr bleiben oder wieder Herr werden zu können. Es war dann vor allem der Franzose Gustave Le Bon (1841-1931), der mit seiner „Psychologie der Massen“ (1895) in Erscheinung trat und den Herrschenden konkrete Ratschläge lieferte. Die Kenntnis dessen, was in den Köpfen der Massen vor sich gehe, sei „heute das letzte Hilfsmittel für den Staatsmann“. Verachtung, Herabsetzung und Beleidigung der Massen dominieren in seinem Buch. Der Mensch, wenn er „Glieder einer Masse“ ist, steige „mehrere Stufen von der Leiter der Kultur hinab. Als einzelner war er vielleicht ein gebildetes Individuum, in der Masse ist er ein Triebwesen, also ein Barbar.“ Es heißt auch bei ihm: „Bei der Aufzählung der Faktoren, die imstande sind, die Menschenseele zu erregen, könnten wir uns die Erwähnung der Vernunft ersparen, wenn man nicht den negativen Wert ihres Einflusses aufzeigen müsste.“ Ratschläge galten direkt denen, die Wahlen gewinnen wollen und die „gegnerischen Bewerber [...] zu vernichten“ suchen sollten.

Dazu trugen – und das sei nicht nur nebenbei angemerkt – auch rein ökonomische Intentionen bei: Es gab neue Erfordernisse und neue Möglichkeiten für die Entfaltung von Reklame und Lockmittel aller Art, dies zunächst für den Absatz von Waren, zunehmend auch für die Politik. Massenmedien traten auf den Plan – Zeitungen und Illustrierte sowie Radio und Film. Werbung galt als notwendiges „Schmiermittel“ im kapitalistischen Wirtschaften und Handel. Darin macht sich oftmals selbst das Unsinnigste bezahlt, um Aufmerksamkeit zu erregen, um von den Produkten der Konkurrenz abzulenken und eigenständiges Denken zu betäuben. Es gelte, so hat es einmal der Zeitungswissenschaftler Hans Domizlaff formuliert, in das „Gehirn der Massen“ zu kriechen. Drastischer verglich ein anderer Marketingtheoretiker, Werner Kroebe-Riel, werbende Bilder mit „schnellen Schüssen ins Gehirn“. In der Film-Werbebranche lautet das Motto „Pack die Zuschauer an der Gurgel und lasse sie nicht mehr los!“ Die Botschaft lautet stets schlicht und einfach: „Kaufe mich ...!“, „Schau auf mich ...!“ oder eben auch „Wähle mich ...! und „Schließe dich mir an ...“¹

Wie wurde das Problem von Manipulation und Manipulierbarkeit im 20. Jahrhundert und wie wird es in jüngster Zeit gesehen? Der Verfasser bietet dazu 18 Sichtweisen an. Nicht alle können hier referiert werden. Zwei Beispiele seien ausgewählt. Das eine betrifft den Blick des Autors auf Antonio Gramsci. In dessen Gefängnisheften, geschrieben zwischen 1929 und 1935, sei der Frage nachgegangen worden, weshalb außerhalb Russlands Arbeiterparteien nicht die Macht haben erreichen können. Entgegen aller Auffassungen, dass die Widersprüche im Kapitalismus sozialistische Revolutionen gleichsam zwangsläufig und unumgänglich machen würden, suchte Gramsci nach Elementen bourgeoiser Herrschaft, die über den Gebrauch von Zwang und Gewalt hinausgehen. Was er als „geistige und kulturelle Hegemonie“ benannte, beruhe auf einer politischen und ideologischen Einbindung der Beherrschten in die Herrschaft, auf ihre weitreichende Zustimmung im Bereich der die Macht des Staates ergänzenden, sie stützenden „Zivilgesellschaft“. Dabei spiele eine entscheidende Rolle, dass die Interessen der Bourgeoisie sogar glaubhaft als allgemeine Interessen der ganzen Gesellschaft vermittelt würden, indem an reale Bedürfnisse und Ängste angeknüpft werde. Die soziale Position bestimme also nicht immer Identität und Meinung des Menschen. Der „Kampf um die Köpfe“ finde auf vielen Ebenen statt, an Orten, wo es nicht erwartet wird bzw. in Formen, die ihn kaum erkennbar werden lassen. Gramsci widmete daher moralischen, rechtlichen und kulturellen Fragen, darunter der Literatur und der sogenannten populären Kultur, große Aufmerksamkeit.

Schreiner führt solche Gedanken mit Erläuterungen der Ideen von Michel Foucault weiter. Der französische Soziologe verwende die Formulierung von der „Regierung in Dir“, was meinte, es würde zunehmend ein Ineinanderfließen von „Fremdführung“ und „Selbstführung“ geben. Aus den von außen gesteuerten Erwartungen würden immer mehr innere Vorhaben, ein Prozess, der eine „Selbstformation“ darstelle. Verwiesen wird in diesem Zusammenhang auch auf Norbert Elias, der das einen „Prozess der Zivilisation“ nannte.

Vom etwas irreführenden Zivilisations-Begriff abgesehen stellt die These von der „Selbstformation“ für das Verständnis von Denken und Verhalten der Massen sicher einen produktiven Ansatz dar. So wird Individuum und Gesellschaft in ein Verhältnis gesetzt, das als ein dialektisches zu sehen ist. Schreiner sieht die Menschen einem alltäglichen Dreischritt ausgesetzt: Von ihnen sei *Selbstthematisierung* verlangt, also eine Analyse eigener Schwächen und Verbesserungsmöglichkeiten. Dem würden eine permanente *Selbstoptimierung* sowie die *Selbstdarstellung* folgen, denn es sei ja im (individualisierten kapitalistischen) Konkurrenzkampf nötig, andere auf die eigenen neu gewonnenen Stärken aufmerksam zu machen. Um bestehen

¹ Siehe auch meinen Beitrag „Schüsse ins Gehirn“ – alte und neue Schlagwörter in unserer Zeit. In: Marxistische Blätter, H. 6/2004, S. 45-51.

zu können, müsse man an sich selbst arbeiten, sich selbst optimieren, sich selbst zu effektiver Leistung befähigen. Der Gedanke wäre erweiterbar: Mit solcher Selbstformation verlagert sich ebenso die Kontrolle des Verhaltens von oben, sozusagen der primäre Ausgangsfaktor, sich gleichsam in die Menschen hinein. Heute sei das „Self-Tracking“ in Mode gekommen, die digitale Selbst-Überwachung, von der Simon Schaupp meint, sie werde mit einer Leidenschaft betrieben, die „jeden Blockwart alt aussehen“ lasse.“ Zygmunt Baumann erklärt in ähnlicher Weise, dass eine alltägliche Selbstinstrumentalisierung erfolge und dabei die Medien zur „Ausstellungsfläche für die öffentliche Präsentation privater Probleme und Bekenntnisse“ verkommen seien. Im Grunde verlagert sich damit auch die durch Staat, Politik und Wirtschaft erfolgende Kontrolle der Menschen in diese hinein. So erfolgt eine bewusste oder unbewusste Verinnerlichung der von oben gegebenen Normen.

Schreiner fragt eingehend nach den alltäglichen Mechanismen, die Menschen neoliberale Ansätze und Ideen als gut und angemessen empfinden sowie als alternativlos akzeptieren lassen. Dazu nimmt er das Bildungswesen, Ratgeberliteratur und Management-Trainings, Esoterik, Sport und Fitness, Stars, Fernsehformate wie Reality-TV und Seifenopern, Soziale Netzwerke im Internet sowie Konsum und Lifestyle in den Blick. An zahlreichen Beispielen zeigt er, wie und weshalb der Neoliberalismus das ganze Sein und Denken der Individuen vereinnahmt. Auf jeden Fall ist zuzustimmen, wenn der Verfasser die Verwendung neuer Techniken in engster Verbindung sieht mit der Aushöhlung geltender freiheitlicher und demokratischer Grundrechte. Begrenzt würde insbesondere das Grundrecht auf Privatsphäre durch digitale Netzwerke und Medien. Autonomes Verhalten, propagiert als ein Grundmerkmal von Freiheit, werde zurückgedrängt und demgegenüber konformistisches Denken befördert.

Nebenbei: „Selbsttäuschung“ wäre wahrscheinlich ein zutreffenderer Begriff, doch den findet man kaum in der Literatur. Aber wie auch immer formuliert – die so entstehende Individualisierung und Emotionalisierung gehen Hand in Hand mit Entpolitisierung und Entsolidarisierung. Folgerichtig gerät einerseits die Macht der Apparate-Beherrscher in einen hilfreichen Nebel ihrer Anonymität. Andererseits verändert sich das Bild vom Menschen, denn es kann sich der Typ eines neuen Untertanen entfalten: pflegeleicht, kreuzbrav, treudoof.

Bei aller Zustimmung bleibt nur zu fragen, ob mit dem heutigen Blick auf real gegebene Prozesse einer „Selbstformation“ und auf das Streben nach „Selbstoptimierung“ generell qualitativ Neues in den Ursachen für das Verhalten von Massen zu sehen ist oder ob es sich eher um eine Weiterentwicklung jener Ursachenkomplexe handelt, die generell in der kapitalistischen Gesellschaft liegen und der Dominanz des Konkurrenzprinzips entspringen. Immerhin stellte schon Ernst Jünger fest, es gäbe „einen Grad an Unterdrückung, der als Freiheit empfunden wird.“ Möglicherweise handelt es sich auch nur um eine Akzentverlagerung in der Forschungsperspektive weg von früher massenpsychologisch begründeten Erscheinungen hin zu einer Individualpsychologie mit verallgemeinernden Aussagen.

Abschließend beschreibt Schreiner als letztlich entscheidende Aufgabe, aus der dargestellten Situation einen Ausweg zu suchen: „Wie auch immer eine Lösung aussehen mag: Sie kann nur eine gesellschaftliche und eine solidarische sein. [...] Sie wird grundlegende gesellschaftliche und ökonomische Veränderungen herbeiführen müssen, ohne die fortschrittlichen Elemente der bürgerlichen Gesellschaft und selbst des Neoliberalismus preiszugeben. Einige der in diesem Buch vorgestellten AutorInnen wird man auch in diesem Sinne mit Gewinn lesen können.“ (S. 143)

Patrick Schreiner: Warum Menschen sowas mitmachen, Köln 2017, 13,90 Euro.

Marxistische Blätter, Heft 5/2017, 01.09.2017, S. 134-137.

Mensch und Masse

Gedanken anlässlich der Veröffentlichung von Kurt Pätzolds posthum erschienener Studie über die „Gefolgschaft unterm Hakenkreuz“

Manfred Weißbecker stellte am 16. August 2017 das Buch „Gefolgschaft hinterm Hakenkreuz. Zwanzig Kapitel zu zwölf Jahren deutscher Geschichte“ des im vergangenen Jahr verstorbenen Historikers Kurt Pätzold vor (siehe junge Welt vom 14. August 2017). Wir dokumentieren im folgenden den leicht gekürzten Vortrag, den der Geschichtswissenschaftler anlässlich der Buchpräsentation gehalten hat. (jW)

Viele hier im Saal werden möglicherweise bereits in das Buch geschaut haben. Auf eine der üblichen Buchvorstellungen kann also durchaus verzichtet werden. Eher soll nach den „roten Fäden“, d. h. nach den Konstanten, und vor allem nach den Anregungen gefragt werden, die uns Kurt Pätzold mit seinem Text hinterlassen hat. In diesem Sinne erlaube ich mir, hier einige Überlegungen vorzutragen, die mir bei der redaktionellen Arbeit an dem Buch in den Sinn gekommen sind.

Mich beeindruckte die konsequente materialistisch-dialektische Darstellung und Deutung gesellschaftlicher Zusammenhänge, die als Manipulation von oben, als Manipulierbarkeit von Massen, als Zurichtung einer Gefolgschaft bezeichnet werden können. Entgegen früherer Zurückhaltung beim linkem Nachdenken über Ideelles wird hier Emotionen, Apathie, Ängsten, Gewohnheiten und Dummheiten breiter Raum gegeben. Da ist auch von zahlreichen Karrieristen und Postenjägern die Rede, von Ehrgeizlingen und opportunistischen Überläufern, die sich beeilten, gefällige Musterschüler und Nutznießer des neuen Regimes zu werden.

Kurt Pätzold verband die Unterschätzung solcher Erscheinungen mit Kritik, ja auch mit Selbstkritik an unzureichender theoretischer Arbeit, die zu Fehlurteilen und Realitätsverlust geführt hat. Aber: In streitbarem Gegensatz zu anderen verliert er sich nicht in gängigen Deutungen, die im schlechten Wesen des Menschen, in seiner Natur also, allein oder vordergründig entscheidende Ursachen erkennen wollen.

Pätzolds Vorgehen erscheint auch deshalb als sinnvoll, weil solche Theorien durchaus politisches Gewicht entfalten: „Ein Gespenst geht heute um in der westlichen Welt. Ein Gespenst des wütenden und unberechenbaren Volkes“, schrieb jüngst eine Publizistin.¹ Hingegen fand der mit soviel Glanz und Gloria verabschiedete Exbundespräsident deutlichere Worte: Er erklärte am 22. Juni vor zwei Jahren in einem Gespräch, ausgestrahlt von der ARD: „Nicht die Eliten sind das Problem, die Bevölkerungen sind im Moment das Problem.“ Möglicherweise ist Joachim Gauck nicht zu unterstellen, auch an die Geschichte zwischen 1933 und 1945 gedacht zu haben. Er hätte jedoch eine Anleihe bei jenen Historikern, Soziologen und Philosophen nehmen können, die da strikt behaupten, es sei lediglich dann von Faschismus zu sprechen, wenn dieser als Massenbewegung daherkomme, von den Massen getragen und akzeptiert werde. Oder die erklären, die Massen seien die entscheidende „Triebkraft“ des „Dritten Reichs“ gewesen. Wie hingegen Pätzold den Faschismus in die gesplante Gesellschaft einordnet, gab er – angelehnt an die bekannte Formulierung des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale – mit seinem Definitionsversuch deutlich zu erkennen: „Der Faschismus an der Macht ist eine terroristische Diktatur, deren Hauptinteressent und Hauptnutznießer Gruppen des Finanzkapitals sind.“²

Diese gesellschaftliche Kausalität erscheint im Buch immer wieder auch als eine geschichtliche. Alle Erscheinungen finden sich eingeordnet in jeweilige Situationen sowie in die Wirksamkeit mittel- und langfristig vorhandener Faktoren. Letzteres wird besonders deutlich,

¹ Antonia Grunenberg: Die Lüge als System. Hannah Arendt und die Krise der Demokratie. In: Blätter für deutsche und internationale Politik (2017), H. 6, S. 72.

² Kurt Pätzold: Faschismus-Diagnosen, Berlin 2015, S. 28

wenn es um den Rassismus, speziell um den Antisemitismus der Nazis, geht. Es versteht sich wie von selbst, dass da oftmals auf jahrhundertealte Praktiken der Kirchen verwiesen wird.

Gift des Nationalismus

Zu den Konstanten gehört insbesondere Kurt Pätzolds Auffassung von der verheerenden Rolle des Nationalismus. Dieser erscheint im Buch selbst wenig dargestellt, darf aber als Grundlage für alle behandelten Stimmungen gelten. Der Verfasser nutzte das allgemein Bekannte als eine wesentliche Bedingung z. B. für die breite Zustimmung, welche die vom neuen Regime lautstark erklärte Absicht erhielt, endlich alte, angeblich mit dem deutschen Wesen unvereinbare Zustände überwinden zu wollen. Wir wissen, dass diese gewiss schlimm waren, vor allem während der Weltwirtschaftskrise und unter den autoritären Präsidialregierungen am Ende der Weimarer Republik. Sie wurden jedoch in rechtspopulistischer Manier in noch schlimmeren, alles überzeichnenden Horrorbildern dargestellt.

Der Nationalismus bildete auch den Hintergrund der von vielen Deutschen gehegten Hoffnung, die neue und zugleich neuartige Naziapartei werde den alten Parteienwirrwarr sowie den praktizierten Parteienegoismus zugunsten eines neuen Gemeinschaftsgefühls überwinden. Geglaubt wurde insbesondere der Behauptung, mit einer grundlegenden Erneuerung politischen Regierens könne ein Ausweg aus der Deutschland ja besonders hart treffenden Weltwirtschaftskrise gefunden werden.

Es zählt für mich zu Kurts Leistungen, die richtigen Fragen gestellt zu haben, darunter die nach den Strategien und Taktiken, die von den Naziführern zur Beherrschung und Lenkung der Massen eingesetzt worden sind, darunter ebenso die, weshalb Millionen Frauen und Männer, alte und junge, ein von Anbeginn an verbrecherisches Regime gestützt haben, weshalb sie halfen, Pläne zu verwirklichen, die über ihre nahen und fernen Nachbarn und schließlich auch über sie selbst Leiden und Sterben ohne Beispiel brachten. Und dies obwohl es erhebliche Friedenswünsche gab, obwohl Hoffnungen auf Kriegsvermeidung oder Kriegsbeendigung immer spürbar waren, die allerdings das Regime nicht erschütterten und von den Kriegswilligen erfolgreich übergangen oder sogar genutzt werden konnten.

Mit Bedacht hatte sich Kurt Pätzold entschieden, sein letztes Manuskript in eine hohe Zahl von Kapiteln zu gliedern. Er wollte jedes der zwölf Jahre bzw. jeden Entwicklungsabschnitt möglichst genau untersuchen. 20 Kapitel sind es geworden – man könnte auch von 20 Antwortbündeln reden. Dargestellt werden einzelne, aber auch komplexe und ineinander übergehende Faktoren situativer, wirtschaftlicher, ideologischer, manipulativer und psychosozialer Art. Es finden sich zudem viele Anregungen zu weiterer Suche nach den vielgestaltigen, miteinander verschränkten Bindekräften zwischen Regime und Gefolgschaft, zur Wirkungsmächtigkeit von Gefühlen und Stimmungen, zur Wechselwirkung von Eigen-Liebe und Fremden-Hass, zum polarisierendem Freund-Feind-Denken sowie nach der Notwendigkeit von gemeinschaftlicher und ebenso von individueller Verantwortung.

Gegen alle hitlerzentristische Vereinfachung der Geschichte formuliert Pätzold knapp, aber deutlich und treffend: Dieser „Führer“ war nicht denkbar ohne Heinrich Himmler und Reinhard Heydrich. Der Naziterror führte zu Angst und Disziplinierung, zu Anpassungs- und Unterwerfungsdruck, worauf insbesondere die Arbeiterparteien nicht angemessen vorbereitet gewesen seien. Aber: Die Mehrheit der Deutschen sah sich selbst nicht von Verfolgung, KZ-Haft oder Ermordung bedroht. Im Gegenteil: Weithin wurde der Anwendung strikter Gewalt zugestimmt. So ungeheuerlich dies auch erscheinen mag, es existierte auch da eine gedankliche Übereinstimmung zwischen der Führung und großen Teilen der Massen. Oder, wie es Erich Fromm 1941 formulierte: ein Gleichklang autoritärer Charakterstrukturen von Führern und Geführten.

Mit Recht spricht Pätzold von einer Doppelrolle des Terrors. Von diesem sei eben nicht nur Abschreckung ausgegangen, er habe auch gewinnende Wirkung ausgeübt. Für die Wirksamkeit propagierter Feindbilder, realer oder solcher, die sogenannte „Sündenböcke“ betrafen, bot sich damit Grundlegendes für die Entfaltung eines auf beliebige Ziele ausrichtbaren Kampfeswillens und eines beträchtlichen Zerstörungspotentials.

Ausführlich setzt sich Pätzold auch mit dem falschen Bild von einem „bedrückt“ lebenden Volk auseinander. Er zitiert u. a. den NS-Jubel-Dichter Will Vesper, der 1938 verkündete: „Es ist wieder höchste Lust, ein Deutscher zu sein“, und damit der allgemeinen Stimmung Ausdruck verlieh, einem Ergebnis intensiver Pflege und Vertiefung patriotischer Stimmungen durch Literatur, Filme, Feiern usw. Bekanntlich enthielten von den zwischen 1933 und 1945 gedrehten Filmen lediglich fünf Prozent einen rein politischen oder rassistischen Inhalt – Propaganda waren sie dennoch. Alles zielte auf eine Flucht aus der Wirklichkeit, alles schuf oder bestätigte Illusionen, deren Dauerhaftigkeit in der „Rumpelkammer“ des kollektiven Gedächtnisses ja bis in die Gegenwart reicht.

Tier ohne Leine

Das Thema indessen ist zugleich uralte. Beeinflussung, Verführung und Manipulation haben eine lange Geschichte. Schon Aristoteles (384-322 v. u. Z.) ging es in seiner Rhetorik keineswegs allein um die Kunst des „schönen Redens“. Über rationale und logische Argumente sollten Gefühle, Stimmungen, Leidenschaften usw. angesprochen werden.

Keineswegs zufällig wird am Ende des 19. Jahrhunderts begonnen, auch mit den Mitteln der Wissenschaft nach Möglichkeiten zu suchen, um der Massen Herr bleiben oder wieder Herr werden zu können. Dazu trugen auch rein ökonomische Intentionen bei: Es gab neue Erfordernisse und neue Möglichkeiten für die Entfaltung von Reklame und Lockmittel aller Art, dies zunächst für den Absatz von Waren, zunehmend auch für die Politik. Massenmedien traten auf den Plan, Zeitungen und Illustrierte sowie Radio und Film. Werbung wurde zum notwendigen „Schmiermittel“ des Kapitalismus. Es gelte, so hat es einmal der Werbepsychologe Hans Domizlaff formuliert, in das „Gehirn der Massen“ zu kriechen.³

Intensiv befassten sich konservative Denker im 19. Jahrhundert mit dem Blick von oben auf die Massen. 1895 war es Gustave Le Bon (1841-1931), der mit seinem Buch „Psychologie der Massen“ den Herrschenden konkrete Ratschläge lieferte. Die Kenntnis dessen, was in den Köpfen der Massen vor sich gehe, sei „heute das letzte Hilfsmittel für den Staatsmann“.⁴ Verachtung, Herabsetzung und Beleidigung der Massen dominieren in seinem Buch. Der Mensch, wenn er „Glieder einer Masse“ ist, steige „mehrere Stufen von der Leiter der Kultur hinab. Als einzelner war er vielleicht ein gebildetes Individuum, in der Masse ist er ein Triebwesen, also ein Barbar.“⁵ Seine Ratschläge galten direkt denen, die Wahlen gewinnen wollen: „Den gegnerischen Bewerber [...] muss man zu vernichten suchen, indem man durch Behauptung, Wiederholung und Übertragung zu beweisen sucht, er sei der ärgste Schuft, von dem jeder wisse, dass er etliche Verbrechen begangen habe. Selbstredend ist es unnötig, etwas vorbringen zu wollen, was einem Beweis ähnelt. Ist der Gegner ein schlechter Kenner der Massenpsychologie, so wird er sich durch Beweise zu rechtfertigen suchen, anstatt auf verleumderische Behauptungen einfach mit anderen ebenso verleumderischen zu antworten, und wird dann keine Aussicht auf Sieg haben.“⁶

³ Hans Domizlaff: Ethik im Werbefach. Festvortrag zum zehnjährigen Bestehen der Werbefachschule Hamburg am 14. September 1956, zit. n. Rainer Gries: Produkte als Medien. Kulturgeschichte der Produktkommunikation in der Bundesrepublik und der DDR, Leipzig 2003, S. 119.

⁴ Gustave Le Bon: Psychologie der Massen, Stuttgart 1964, S. 6.

⁵ Ebd., S. 17.

⁶ Ebd., S. 129.

In der Beschreibung ist das durchaus realitätsnah, in der Deutungsart jedoch die Massen ver-
teufelnd und vor ihnen warnend. Dies setzte sich vielfach fort, darunter in den bekannten
Aussagen zur Gefahr einer „Vermassung“, die das Ende aller Kultur bedeuten würde. Zu den-
ken wäre etwa an das Buch „Der Aufstand der Massen“ von José Ortega y Gasset (1883-
1955), das 1930 erschien und große Verbreitung fand. Die Massen, so heißt es bei ihm, seien
nicht imstande zu regieren, und sie dürften dies auch nicht, sonst käme es zu einer „Hyperde-
mokratie“ sowie zu existentiellen Krisen von Völkern, Nationen und Kulturen. Und er warnt:
„Wenn die Masse selbständig handelt, tut sie es nur auf eine Art: Sie lyncht.“⁷

Der französische Soziologe Serge Moscovici (1925-2014) verglich die Masse mit einem sozi-
alen Tier, das sich von der Leine gerissen habe.⁸ Masse sei gleich Mob, der gewalttätig auf die
Straße geht, der streikt, Tumulte entfesselt und revoltiert. In seinem Buch „Das Zeitalter der
Massen“ führte er den Aufstieg von Diktatoren auf das Verlangen der Massen nach „Führern“
zurück.

Marx und Freud

Ich erspare mir weitere Beispiele und Zitate. Ganz gewiss wird es auch jedem, der Pätzolds
Buch schon in der Hand hatte, wie mir gegangen sein: Alles liest sich in furchtbarer Aktualität.
Daher gerät manch ein in der Versenkung verschwundener Autor, manch eine Debatte aus
den Reihen der deutschen Arbeiterbewegung wieder in unser Blickfeld. Da wurde beispiels-
weise zu Beginn des 20. Jahrhunderts von Sozialdemokraten nach Kombinationsmöglichkei-
ten von Marxismus und Psychologie gesucht. Vor allem zwei Themenkreise dienten als Aus-
gangspunkt: zum einen die Debatten in der SPD zum Massenstreik, zum anderen die Notwen-
digkeit, in die Diskussion die wachsende Zahl der in Gewerkschaften organisierten Arbeiter
sowie darüber hinaus auch die politisch unorganisierten Teile der Klasse einzubeziehen bzw.
deren überwiegend ja spontan erfolgende Beteiligung an den Streiks zu erklären.

Karl Kautsky blickte 1914 in einer Bilanz der Massenstreikdiskussionen auf jene Teile der
Massen, die „sich gelegentlich, durch bestimmte Veranlassungen getrieben, zur Bekämpfung
bestimmter sie bedrückender Faktoren“ zusammenfinden würden. „Organisierte Gruppen
können in ihr vorkommen, werden ganz selten fehlen, machen aber nicht ihren Hauptbestand-
teil aus.“ Er verneinte auch Auffassungen, eine fortschreitende Organisation des Proletariats
mache die Aktionen unorganisierter Arbeiter unnötig. Da solche Massenaktionen unbere-
chenbar seien und sich aus solcher Unberechenbarkeit kaum Möglichkeiten eines Erfolges
ergäben, könnten sie „sowohl reaktionär wie revolutionär sein“.⁹

Die Debatten um, vereinfacht gesagt, Marx plus Freud setzten sich verstärkt nach dem Ersten
Weltkrieg und den Revolutionen von 1918/19 fort.¹⁰ Dies sowohl in durchaus offener Form in
Sowjetrußland und der frühen UdSSR als auch dort, wo sozialistische Revolutionsversuche
scheiterten. Dabei waren ja Diskrepanzen zwischen den Interessen der Arbeiterklasse einer-
seits und deren Verhaltensweisen andererseits zutage getreten, speziell von denen der poli-
tisch nicht organisierten Arbeiter. Deutlicher als zuvor sah sich nun das Nachdenken über die
Massen immer enger, auch immer grundsätzlicher mit Analysen kapitalistischer Wirtschafts-
und Gesellschaftsverhältnisse verknüpft, zugleich auch mit dem weiteren Streben nach positiv
veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen.

⁷ José Ortega y Gasset: Der Aufstand der Massen, Hamburg 1930, S. 86.

⁸ Serge Moscovici: Das Zeitalter der Massen. Eine historische Abhandlung über die Massenpsychologie.
Mit einem Nachwort von Carl Friedrich Graumann, München/Wien 1984, S. 13.

⁹ Karl Kautsky: Der politische Massenstreik. Ein Beitrag zur Geschichte der Massenstreikdiskussionen
innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, Berlin 1914, S. 256.

¹⁰ Aus der Fülle der Publikationen seien hier erwähnt: Sigmund Freud: Massenpsychologie und Ich-
Analyse, Leipzig, Wien/Zürich, 1921.

Es waren vor allem Linkssozialisten, die weiter nach Übereinstimmungen von Psychoanalyse und Marxismus suchten. Ich erwähne hier nur drei von ihnen, denen meines Erachtens früher zu Unrecht vorgeworfen worden ist, sie würden die Niederlagen der Arbeiterbewegung „psychologisieren“. So setzte sich Siegfried Bernfeld (1892-1953), ein Psychoanalytiker, der als Begründer der modernen Jugendforschung gilt, 1926 in der Zeitschrift *Der sozialistische Arzt* mit den „materialistischen Grundlagen“ der Denkweisen im Marxismus und in der Psychoanalyse auseinander.¹¹ In Thüringen, insbesondere an der Heimvolkshochschule Gera-Tinz, suchte Anna Siemsen (1884-1958) nach den „psychologischen Voraussetzungen des Sozialismus“ und sprach von der Notwendigkeit, mit deren Hilfe die „Unreife des Proletariats“ zu überwinden. Dabei ging es ihr vorrangig um die Faktoren „Intelligenz, Disziplin und Organisationstalent“. In diesen drei Punkten sah sie psychologische Vorbedingungen einer sozialistischen Herrschaft.¹² Von Otto Jenssen (1883-1963) stammt ein Artikel, betitelt „Zur Psychologie der Masse“, in dem er Übereinstimmungen und Differenzen zwischen Kautsky und Freud untersuchte.¹³ Nach seiner Auffassung vermindere sich in den Zeiten eines sogenannten friedlichen Klassenkampfes „die Kraft der sozialen Triebe“. Es verschärfe sich hingegen der „Gegensatz zwischen persönlichen Interessen und allgemeinen Klasseninteressen“. Aufmerksamkeit verdient auch seine Warnung, dass man sich hüten müsse, bei aller Berücksichtigung der „Psychologie der unorganisierten Massen [...] in sich selbst [gemeint ist die Partei, M. W.] das Vaterverhältnis zwischen Führer und Masse zu überspannen und die Organisation zu einer modernen Horde zu machen“.¹⁴

Wenn ich von Autoren sprach, die vergessen wurden, denke ich auch an Wilhelm Reich (1897-1957) und sein 1933 veröffentlichtes Buch „Die Massenpsychologie des Faschismus“. Reichs Annahmen zum Verhältnis von Sexualunterdrückung und anzustrebender Sexualökonomie (zu verstehen als Einheit von Lust und Liebe) waren Ausdruck einer weitgehenden Überschätzung der befreienden Kraft von „orgiastischer Potenz“ und dem, was er mit dem Begriff „Genitalität“ bezeichnete. Natürlich vermag dies nicht als Motor des Kampfes gegen soziale Unterdrückung und wirtschaftliche Ausbeutung zu wirken.

Langsamkeit der Psyche

Reichs psychologische Theorie geriet daher bald in Vergessenheit. Man kann aber durchaus von einem methodologischen und politischen Erbe sprechen, das er hinterließ und das es zu nutzen gilt. Gestützt auf Marx, stellte er fest, dass die Menschen ihren „Seinsverhältnissen“ auf doppelte Art unterliegen, zum einen „direkt der unmittelbaren Einwirkung ihrer ökonomischen und sozialen Lage“ und zum anderen „indirekt vermittelt der ideologischen Struktur der Gesellschaft“. Weiter heißt es bei ihm, dass ihr Denken und Handeln ebenso widerspruchsvoll sei wie die Gesellschaft, der es entspringen würde. Verändere die gesellschaftliche Ideologie die psychische Struktur der Menschen, so verändere sich ihr Handeln, und widerspruchsvoll handelnde Menschen würden zu materieller Kraft. Hinzu komme die Tatsache, dass die psychischen Strukturen sich immer langsamer entwickeln würden als die technischen Produktivkräfte. Ihr Zurückbleiben löse unweigerlich Konflikte mit der Realität durch ein Verharrenwollen in der „Tradition“ aus.¹⁵

Zu erinnern wäre auch an Reichs Kapitalismus- und Faschismuskritik sowie seinen Vorwurf, die linken Parteien hätten 1933 versagt, weil sie den Faschismus, also eine neue Erscheinung

¹¹ Siegfried Bernfeld: Sozialismus und Psychoanalyse. In: *Der sozialistische Arzt*. Vierteljahreszeitschrift des Vereins sozialistischer Ärzte 2 (1926), H. 2/3, S. 15-22.

¹² Anna Siemsen: Psychologische Voraussetzungen des Sozialismus. In: Otto Jenssen (Hrsg.): *Der lebendige Marxismus*. Festgabe zum 70. Geburtstag von Karl Kautsky, Jena 2004, S. 383-393.

¹³ Otto Jenssen: Zur Psychologie der Masse. Kautsky und Freud. In: Ebd., S. 589-604.

¹⁴ Ebd., S. 603.

¹⁵ Wilhelm Reich: *Die Massenpsychologie des Faschismus*, Frankfurt am Main 1983, S. 39.

des 20. Jahrhunderts, „mit Begriffen zu fassen versucht hätten, die dem 19. Jahrhundert entsprachen“.¹⁶ Dem folgte die Kritik, der Marxismus habe sich in den 1920er Jahren eingeschränkt mit Fragen von Wirtschaft und Politik beschäftigt, demgegenüber den subjektiven Faktor der Geschichte, die Ideologie der Massen, in ihrer Entwicklung und in ihren Widersprüchen weder aufmerksam verfolgt noch begriffen. Er habe es vor allem unterlassen, seine „eigene Methode des dialektischen Materialismus immer neu anzuwenden, immer lebendig zu erhalten, jede neue gesellschaftliche Erscheinung mit dieser Methode neu zu erfassen“. Linke Politiker seien derart in politische Alltagskämpfe verstrickt, dass sie „die von Marx und Engels überlieferten Grundsätze lebendiger Lebensanschauung nicht weiterentwickelten“.¹⁷ Auffällig ist die Übereinstimmung mit Aussagen, die in den Referaten Georgi Dimitroffs auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale von 1935 zu finden sind.

Gesolltes Wollen

Unvermittelt führen also viele Anregungen Kurt Pätzolds direkt in aktuelle Debatten hinein, die sich allerdings weniger mit den Massen, eher mit dem Individuum und seiner Beziehung zur Gesellschaft abmühen. Ich verweise, um nur ein Beispiel zu nennen, auf Michel Foucault (1926-1984) und seinen Begriff von der „Regierung in dir“, also das Ineinanderfließen von „Fremdführung“ und „Selbstführung“. Aus den von außen gesteuerten Erwartungen würden immer mehr innere Vorhaben. Dies stelle einen Prozess dar, der einer „Selbstformation“ gleichkomme. Man könnte auch von einem „gesollten Wollen“ sprechen. Dazu mag ein Blick genügen auf das Bildungswesen, in die vielfältige Ratgeberliteratur, auf Management-Trainingsangebote, die aufblühende Esoterik, diverse Fernsehformate und Seifenopern sowie auf Lifestyleempfehlungen.

Tatsächlich ist heute zu konstatieren, dass es in zunehmendem Maße eine bewusste oder unbewusste Verinnerlichung gegebener Normen gibt, dass diese sich im Wunsch nach „Selbstoptimierung“ niederschlägt und zu entsprechender Selbstdarstellung führt. Um bestehen zu können, so heißt es, müsse man an sich selbst arbeiten, sich selbst zu effektiver Leistung befähigen. Der Gedanke wäre erweiterbar: Mit solcher Selbstformation verlagert sich ebenso die Kontrolle des Verhaltens von oben, sozusagen der primäre Ausgangsfaktor, gleichsam in die Menschen hinein. Längst ist das „Self-Tracking“ in Mode gekommen, die digitale Selbstüberwachung, von der Simon Schaupp meint, sie werde mit einer Leidenschaft betrieben, die „jeden Blockwart alt aussehen“ lasse.¹⁸

Die so entstehende Individualisierung und Emotionalisierung geht Hand in Hand mit einer Entpolitisierung. Folgerichtig gerät einerseits die Macht der Apparatebeherrscher in einen hilfreichen Nebel der Anonymität. Andererseits verändert sich das Bild vom Menschen, denn der Typ eines neuen Untertanen kann sich entfalten: pflegeleicht, kreuzbrav und treudoof.

Wie ticken die Menschen? Was bringt sie dazu, „mitzumachen“, übrigens gleich in welcher Gefolgschaft auch immer? Natürlich muss es bei der Suche nach Antworten um das anscheinend unergründliche Individuum gehen, doch die Suche bleibt ergebnislos, wenn keine Gesellschafts- und Herrschaftsanalyse betrieben wird.

Daher will ich mit der Hoffnung schließen, dass sich andere, jüngere, gesellschaftskritische Autoren finden, die ebenso gründlich wie Kurt Pätzold nach gebündelten Antworten zur Geschichte der deutschen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg suchen. Bündel also, die einzelne, aber auch komplexe und ineinander übergehende Faktoren aller Art erfassen, seien es sol-

¹⁶ Ebd., S. 21.

¹⁷ Ebd., S. 29 f.

¹⁸ Simon Schaupp: Digitale Selbstüberwachung. Self-Tracking im kybernetischen Kapitalismus, Heidelberg 2016, S. 136

che, die jeweiligen Situationen entsprechen, oder solche, die wirtschaftlichen, ideologischen, psychosozialen oder auch allein manipulativen Gründen entspringen. Mit ihrer Hilfe lassen sich die vielgestaltigen, miteinander verschränkten Bindekräfte erkennen, die es zwischen „Oben“ und „Unten“, zwischen Herrschenden und Beherrschten gibt und die ein riesiges Potential menschlicher Verführbarkeit ebenso benötigen wie ermöglichen.

Was ein Gleichklang von Manipulation und Manipulierbarkeit zu bewirken in der Lage war, demonstrierten Gläubigkeit und Hingabe gleichsam im Exzess, als es – wie in Pätzolds Buch gezeigt – jenen außergewöhnlich hohen Grad an Kooperation und Kollaboration der meisten Deutschen mit dem braunen Regime gab. Muss daher nicht gefragt werden, wohin uns die Zukunft angesichts der neuen und wesentlich besseren Voraussetzungen massenpsychologisch wirksamer Instrumentarien noch führen kann?

Erschreckende Abgründe tun sich da für mich auf. Zumal wir in der an überzeugungsstarker Theorie ja so arm gewordenen Linken bislang keine Antwort gefunden haben auf die Frage, wie Menschen zu bewussterem Handeln bewegt und zum Übersteigen der Grenzen ihrer Verführbarkeit veranlasst werden können. Das schließt das Problem ein, wie mit den Verführbaren umzugehen ist. Ganz gewiss sind die dem Bestehenden willig Folgenden nicht als ahnungslose Unschuldslämmer abzutun. Individuelle Verantwortung ist daher gefordert und sollte eingefordert werden durch geduldige Aufklärung sowohl über die gesellschaftlichen Ursachen von Denkstrukturen und Verhaltensmustern der Menschen als auch über ihren sozial geprägten Charakter. Um die Suche nach und um die Verbreitung von Erklärungen für die Wirkungsmächtigkeit von Emotionen und Stimmungen, von Zufriedenheit ebenso wie von „Wut-Bürgerlichkeit“ kommt jedenfalls keine Wissenschaft und keine Politik herum.

junge Welt, 05.09.2017, S. 12.

Warum Hitler Kanzler wurde

30. Januar 1933 und heute: Fragen an einen zeitgemäßen Antifaschismus

Es verwundert also keineswegs, wenn angesichts der Rechtsentwicklung in Deutschland und in anderen Ländern vergleichend zurückgeschaut wird. Mitunter wird auch von einer neuen NSDAP gesprochen, verständlich wenn man auf das in der AfD verwendete Vokabular schaut, das von einigen offen provokant, von anderen taktisch gezielt oder auch dümmlich verwendet wird, warnend vor einer „Umvolkung“, vor „Mischvölkern“ und drohendem Untergang der Deutschen, hoffend auf neue „tausend“ Jahre eines deutschen Reiches.

„Und nun meine Herren, vorwärts mit Gott!“, ruft Reichspräsident Paul von Hindenburg, nachdem er am Mittag des 30. Januar 1933 Adolf Hitler zum Kanzler ernannt hat. Ein verhängnisvolles Datum.

Alles ist bekannt, sowohl das Geschehen an diesem Tag vor 85 Jahren als auch das, was ihm vorausging und ihm folgte. Jedes Detail wurde bereits mehrfach und gründlich erforscht. Die erreichbaren Quellen dürften als erschöpft gelten, neue sind kaum auszumachen und würden – sollten sie eines Tages noch auftauchen – kaum etwas am Gesamtbild ändern. Den spähenden Historikeraugen blieb wenig verborgen; umfangreiche, mitunter auch aufgeblähte Wälzer bezeugen dies. Allerdings lassen sich in der Auswahl sowie in der Deutung der Fakten Unterschiede erkennen, zumeist in erheblichem Maße. Vor allem aber kontrastiert der hohe Wissensstand zu den oftmals erbärmlich wirkenden Kenntnissen derer, die in Schulen „informiert“ werden oder sich hauptsächlich von Medien „bilden“ lassen.

Jeder kann und sollte wissen, wohin jener geschichtsträchtige Tag geführt hat. Er bescherte den Deutschen eine von Hitler geleitete Regierung, die eine „der nationalen Konzentration“ sein wollte. Hinter der schönenden Bezeichnung verbarg sich das Bündnis der konservativen Deutschnationalen Volkspartei mit der NSDAP, eine Allianz, die seit der im Jahre 1929 geschlossenen „Harzburger Front“ eine wechselvolle Geschichte des Miteinanders und des konkurrierenden Gegeneinander erlebt hatte. Der Weimarer Republik und ihren parlamentarisch-demokratischen Grundlagen war nicht allein von den Nazis der Todesstoß versetzt worden. Es entfaltete sich nun – auch mit Unterstützung anderer bürgerlicher Parteien, die alle dem Ermächtigungsgesetz zustimmten – eine neue, eine terroristische Diktatur sondergleichen.

Das Ergebnis bestand in einem Regime, gerichtet gegen alle anders Denkenden sowie gegen alle Menschen anderer Herkunft oder Hautfarbe. Es richtete sich ebenso gegen friedliche Verhältnisse in Europa und zielte auf neue Kriege, gegen andere Völker, denen im geplanten und nur durch neue Kriege erreichbaren „Großgermanischen Reich“ Vertreibung oder Ermordung, allenfalls eine Existenz als auszubeutende Arbeitssklaven zugedacht wurde. Die Großverbrechen Zweiter Weltkrieg und Genozid an den europäischen Juden markieren den absoluten Tiefpunkt eines Zeitalters, das Eric Hobsbawm insgesamt als ein „Jahrhundert der Extreme“ bezeichnete.

Im negativen Urteil über den deutschen Faschismus nationalsozialistischer Prägung besteht – seit er militärisch überwunden worden ist – nahezu Einhelligkeit. Weitgehend herrscht auch heute Übereinstimmung in der Ablehnung von Versuchen alter und neuer Rechtspopulisten, dieses Regimes zu rechtfertigen oder gar dessen Erneuerung anzustreben – abgesehen von leider zahlreicher werdenden Ausnahmen: Erinnert sei unter anderem an das Echo auf Peter Gaulands Ehrenrettung für die Soldaten der Wehrmacht und die zahlreichen rassistischen Einlassungen von AfD-Politikern.

Es verwundert also keineswegs, wenn angesichts der Rechtsentwicklung in Deutschland und in anderen Ländern vergleichend zurückgeschaut wird. Mitunter wird auch von einer neuen NSDAP gesprochen; verständlich angesichts des in der AfD verwendeten Vokabulars, das von einigen offen provokant, von anderen taktisch gezielt oder auch dümmlich verwendet wird, warnend vor einer „Umvolkung“, vor „Mischvölkern“ und drohendem Untergang der Deutschen, hoffend auf neue „tausend“ Jahre eines deutschen Reiches. Auf jeden Fall kennt

man sich gut aus im Sprachmissbrauch der Nazis, in deren nationalistisch-völkischen Schlagworten und Denkstrukturen.

Diese offen zu zeigen – das passt jedoch nicht in heutige politische Verhältnisse. Diese werden von Globalisierung und Neoliberalismus geprägt, wodurch sowohl wirtschaftlich als auch gesellschaftlich für die Aufrechterhaltung der Macht des Kapitals hinreichend Oberwasser gewonnen werden konnte. Es wird keine neue NSDAP, kein historisch diskreditiertes und letztlich auch erfolgloses Modell benötigt. Selbst die AfD vertritt (möglicherweise: noch) keine Ideologie, die mit der des historischen Nationalsozialismus gleichzusetzen wäre. Im Vordergrund steht insbesondere ein Rassismus, der eher an den völkischen Wegbereitern der hitlerfaschistischen Diktatur orientiert zu sein scheint, aber auch viele Berührungspunkte mit einem von zahlreichen Konservativen vertretenen, mitunter recht abstrus wirkenden Alltagsrassismus enthält. Letzteres muss nicht verwundern, steht doch das Programmatische der AfD in großem Einklang mit jenem, das weit bis in die 1980er Jahre hinein auf den Fahnen von CDU/CSU zu finden war und das sich neu wieder zu artikulieren begonnen hat.

Wer sich heute mit dem 30. Januar 1933 befasst, sollte insbesondere fragen, von wem, wann, wo und wie die Wege dahin beschritten worden waren. Da kann kein Zweifel aufkommen an der Schuld deutscher Eliten, erwachsen aus ihren generellen innen- und außenpolitischen Machtorientierungen, auch wenn diese zugleich auf konkurrierenden Teilinteressen beruhten. Grundsätzlich ging es um eine weitgehende Revision der Ergebnisse des Ersten Weltkrieges sowie denen der Novemberrevolution von 1918/19.

Dennoch tobt gerade zur historischen Verantwortung der deutschen Eliten ein heftiger Deutungsstreit. Da werden in der gängigen Literatur und noch mehr in den Medien jene Beziehungsgeflechte zwischen den Wirtschaftseliten und der NSDAP gern übersehen, da wird eher von den schuldlosen, in das braune Regime lediglich „verstrickten“ Unternehmern gesprochen. Oft heißt es, die Eliten des Militärs, der Justiz, der Staatsbürokratie und nicht zuletzt die bürgerlichen Parteien seien „überforderte Demokraten“ gewesen. Dazu passt eine allgemeine, leider zunehmende „Entökonomisierung“ in der Erklärung von Geschichtsverläufen, in der Darstellung und Erörterung gesellschaftlicher Ursachen und Zusammenhänge. Gleichzeitig erfolgt eine Mystifizierung des Geldes, der „Märkte“ usw. Es findet also eine „Entkapitalisierung“ statt, genauer: Es handelt sich um Entlastungskampagnen zugunsten des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, das vom bekannten Soziologen Jean Ziegler zu Recht als ein „Imperium der Schande“ charakterisierte.

Mehr und mehr kommt auch in Mode zu behaupten, die Herrschenden hätten 1933 gar nicht anders handeln können, da sie dem Denken und den Wünschen der Massen hätten Folge leisten müssen. Da geriet wohl zu einem Orientierungs-Motto, dem der damalige Bundespräsident Joachim Gauck am 22. Juni 2016 im ARD-Gespräch Ausdruck verlieh: „Nicht die Eliten sind das Problem, die Bevölkerungen sind im Moment das Problem.“ Geht es noch schlichter? Lassen sich Schuldfragen auf innenpolitischer Ebene so klären wie auf der internationalen und außenpolitischen Ebene, wo jeder Konflikt, jede Untat anderen, zumeist jedoch den Russen in die Schuhe geschoben wird?

Zu erinnern wäre in unserer Zeit indessen auch an die Tatsache, dass es unter den Linken viel Streit über Begriff und Inhalt des Faschismus gibt, ja, dass einige Debatten sich schier endlos um sich selbst drehen und so das zu klärende Gesicht eines Antifaschismus im 21. Jahrhundert außerordentlich belasten. Das Problem, das Klärung verlangt, hatte Lion Feuchtwanger in seinem 1933 erschienenen Roman „Die Geschwister Oppermann“ in ein anschauliches, zum Nachdenken anregendes Bild gefasst: Ein Marathonläufer sollte eine Meldekapsel überbringen. Beschwerlich und entkräftend sei der Lauf gewesen, doch danach habe sich herausgestellt, dass

die Dose leer war und keine Botschaft enthielt. Alle Anstrengungen hätten sich als vergeblich erwiesen.

Eine tiefgründige Analyse der Welt von heute ist erforderlich, anderenfalls könnte Antifaschisten wieder passieren, was Feuchtwangers Bild von einer mühevoll bewegten, aber botschaftslosen Kapsel meinte. Daher sei hier im Sinne einer solchen „Botschaft“ gesagt: Alles, was uns heute begegnet, am traditionellen Faschismus und in Deutschland am Nazifaschismus zu messen, ist notwendig. Daran bleibt nichts zu deuteln. Dieses Messen indessen zum wichtigsten oder gar alleinigen Kriterium zu erheben, wird in die Irre führen. Notwendig sind neue Analysen einer neuen Situation. Es stellen sich neue Fragen an einen zeitgemäßen Antifaschismus. Schlichte historische Vergleiche verbieten sich.

Birgt nicht manches in der Welt von heute möglicherweise noch viel größere Risiken in sich, als sie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts über die Welt gebracht wurden? Sind heute nicht noch furchtbarere und globalere Folgen für die Menschheit denkbar, etwa die eines dritten oder vierten Weltkrieges, von Kriegen um Wasser und Nahrungsmittel, geführt mit gentechnisch hergestellten biologischen Massenvernichtungswaffen und ähnliches mehr? Mit welchen neuen Erscheinungen einer Entmenschlichung, einer Entmoralisierung ist angesichts des anhaltenden, zum Teil sogar ganz bewusst vorangetriebenen Differenzierungsprozesses zwischen Arm und Reich zu rechnen? Ist nicht heute schon der Bau sogenannter Kapselstädte geplant, in denen das Überleben ausschließlich von Wenigen in kommenden Klimakatastrophen gesichert werden soll? Ist nicht in vielen Ländern die Verödung von Peripherien gegenüber den Zentren bereits weit verbreitet? Was besagt es, wenn Umfragen ergeben, dass 61 Prozent der Befragten beklagen würden, man schleppe „zu viele Schwache mit“? Und wenn die These stimmt, wofür vieles spricht, dass künftig 20 Prozent der Erdbevölkerung genügen, um alles herzustellen, was gebraucht wird, dann geht es in irgendeiner der weiteren großen Krisen – und die werden gewiss kommen – nicht nur um die existenzielle Unsicherheit sogenannter Unterschichten, sondern um das menschlichen Dasein der leicht als „überflüssig“ zu diskreditierenden 80 Prozent.

Die Barbarei im Umgang von Menschen mit „anderen“ Menschen – gleich ob als rassistisch definiert, als dumm diffamiert oder als sozial minderwertig und entbehrlich angesehen – könnte ein neues, dann wohl aber endgültiges Maximum finden. Dies könnte vielleicht als ein sich immer weiter faschisierender Faschismus bezeichnet werden. Wird für dieses dem 21. Jahrhundert gemäßes Phänomen irgendein anderer, ein treffenderer Begriff gefunden werden, so kann das am humanistischen Geist des historischen und gegenwärtigen Antifaschismus nichts ändern. Zu suchen sind allerdings neue politische Inhalte und Kampfformen, für große wie für kleinere Probleme, in internationalem und nationalem Rahmen sowie selbstverständlich auch in regionalen und lokalen Zusammenhängen.

Gegen den heutigen Marsch in eine andere, eine stärker rechtsorientierte Republik bedarf es einer konsequent-alternativen Politik. Mit ihr wäre anzustreben: Empörung statt Hinnahme und Resignation, aktiver Widerstand statt duldsamer Anpassung, Gegendruck statt schrittweiser Gewöhnung an das jetzt von Herrschenden Gewollte. Da Alltagsbewusstsein und -verhalten aus einem komplexen und außerordentlich vielgestaltigen Bündel politischer, sozialer, ökonomischer, kultureller, religiöser und auch mentaler wie sozialpsychologischer Faktoren erwachsen, wären zugleich jene materiellen, sozialen, geistigen und weltanschaulichen Grundlagen zu enthüllen, die dazu führen können, dass viele Menschen in Unkenntnis und selbstverschuldeter Ohnmacht menschenfeindliche Handlungsmotive nicht erkennen, gewalttätigen Aktionen zu wenig widerstehen oder gar neue Kriege akzeptieren. Damals wie heute.

Neues Deutschland, Dienstag, 30. Januar 2018, S. 18.

Der Hass auf die anderen

James Q. Whitman über Hitlers US-amerikanisches Vorbild

Der (Un-)Geist völkisch-antisemitischer und nationalistisch-konservativer Kreise, verbreitet in den Zeiten des Kaiserreiches und der Weimarer Republik, lieferte in Hülle und Fülle Stoff für die Ideologie des deutschen Faschismus nationalsozialistischer Prägung. Daher verorten viele Historiker die NSDAP nicht allein in der Geschichte von 1920 bis 1945, sondern in der des 19. und 20. Jahrhunderts. Diesem nationalgeschichtlichen Ansatz gegenüber darf der des an der Yale-Universität lehrenden Rechtshistorikers James Q. Whitman als umfassender betrachtet werden, denn er sucht den Ort des deutschen Rassismus in einer Weltgeschichte des Rassismus zu bestimmen.

Der Autor fragt, inwieweit in den frühen Jahren des „Dritten Reiches“ dessen führende Juristen die Rassengesetzgebung in den USA analysierten, um zu jenen schmachvollen Gesetzen gelangen zu können, die im September 1935 der Reichsparteitag der NSDAP beschloss: das „Reichsbürgergesetz“ und das schändliche „Blutschutzgesetz“. Ersteres entzog Menschen, die nicht „deutschen oder artverwandten Blutes“ waren, die Staatsbürgerschaft und machte insbesondere deutsche Juden zu Staatsangehörigen zweiter Klasse. Das andere verbot die sogenannten Mischehen und drohte mit Zuchthausstrafen. Ebenso wurde außerehelicher Verkehr zwischen Juden und Reichsbürgern verboten. Alles zielte darauf, die „Blutsfremden“ aus dem Land zu treiben.

Der Blick des Autors richtet sich zunächst auf die Vorgeschichte der Gesetze von 1935. Er beginnt mit dem 25-Punkte-Programm der NSDAP, dessen rassistische Forderungen in vielem an die rechtsextreme Hetze im heutigen Europa erinnern würden, sowie mit diversen Äußerungen Hitlers über die USA. Ausführlich wird das Protokoll einer Tagung behandelt, zu der sich am 5. Juni 1934 führende Juristen des braunen Regimes trafen. Die Leitung oblag dem aus der Deutschnationalen Volkspartei kommenden und bis 1941 wirkenden Reichsminister Franz Gürtner. Beteiligt waren unter anderem der „Judenreferent“ Bernhard Lösener aus dem Reichsinnenministerium, Roland Freisler, der spätere Präsident des berüchtigten Volksgerichtshofes, Fritz Grau, späterer Obersturmbannführer der SS, Karl Klee, Senatspräsident des Berliner Kammergerichts. Die 17 Teilnehmer stützten sich in ihrer Debatte auf Studien von Heinrich Krieger, der 1936 ein Buch über das Rassenrecht in den USA publizierte, oder auch des Münchener Staatsrechtlers Otto Koellreutter und des widerwärtigen Antisemiten Johannes von Leer. Auch Wilhelm Stuckart wird erwähnt, allerdings nicht Hans Globke (sic!), die beide gemeinsam die „Kommentare zur deutschen Rassengesetzgebung“ formulierten.

Die beteiligten Juristen befassten sich intensiv mit der Gesetzgebung in den USA bzw. der einzelner Bundesstaaten. Man wollte ausdrücklich von den USA lernen und legte ein „nachhaltiges, signifikantes und mitunter sogar eifriges Interesse“ an den Tag. Gefunden wurden dabei in den USA (nicht allein in deren Südstaaten!) Anschauungsmaterial, Vorläufer, Parallelen und Inspiration. Größte Aufmerksamkeit galt dem rassistisch geprägten Zuwanderungsrecht sowie dem in den USA weit verbreiteten Verbot von Mischehen. Dass darin von Juden nicht die Rede war, spielte überhaupt keine Rolle. Man suchte nach Inspiration und Exempel. Diese nahmen sie auf, unabhängig von ihrer Kritik an den „liberalen Werten“ in den USA.

Das Augenmerk der NS-Juristen richtete sich insbesondere auf alles, was in den USA eine rechtliche Degradierung von amerikanischen Schwarzen bewirkt hatte. Es ging ihnen um Übernehmbares aus dem US-amerikanischen Einwanderungsrecht, der Wahlrechtsverweigerung, dem Zweiklassen-Staatsbürgerschaftsrecht und der praktizierten Strafjustiz. Auf Interes-

se stießen auch die verdeckten rechtlichen Tricks, die in den USA angewendet wurden, um unliebsamen Bevölkerungsteilen politische Rechte vorzuenthalten.

Whitman verweist auf die Tatsache, dass in den USA bis 1930 das Prinzip galt, amerikanischen Frauen die Staatsbürgerschaft zu entziehen, wenn sie einen „ausländischen Asiaten“ geheiratet hatten. Ebenso seien – was jedoch nicht explizit behandelt wird – die deutsche Expansion in Richtung Osten und die Versuche zur Kolonialisierung großer Landmassen stets von Verweisen auf die amerikanische Eroberung des Westens begleitet gewesen.

Der Autor formuliert ein für ihn schmerzliches Eingeständnis: „Das rassistisch begründete Einwanderungs- und Staatsbürgerschaftsrecht der USA war Anfang des 20. Jahrhunderts nun einmal das Maß aller Dinge.“ Das Fazit richtet sich vor allem an seine Landsleute: „Wenn es um die Rassengesetze ging, betrachteten zahlreiche NS-Juristen Amerika als das wichtigste Vorbild; und so gerne wir die Augen davor verschließen würden, war es keineswegs abwegig, dass sie ihr Programm der frühen 1930-er Jahre als eine gründlichere und rigorosere Verwirklichung amerikanischer Haltungen gegenüber Schwarzen, Asiaten, Indianern, Filipinos, Puerto-Ricanern und anderen betrachteten – auch wenn das Regime sich einem neuen Ziel in Gestalt der Juden zugewandt hatte, auch wenn es später die rassistische Ausübung moderner staatlicher Macht in eine unvorstellbar schreckliche neue Richtung lenken sollte.“

Mit Recht thematisiert Whitman auch, dass und wie die US-amerikanische Gesetzgebung sich inzwischen positiv verändert hat; sein Buch – geschrieben offensichtlich noch vor dem Einzug von Donald Trump ins Weiße Haus – verlangt nun wohl eine kritische Fortschreibung, in Deutschland jedoch vor allem eine achtungsvolle Berücksichtigung. Denn es kann der argumentativen Wappnung gegen alle Versuche dienen, auf der Grundlage alter „völkischer“ Thesen das Staatsbürgerschaftsrecht fremdenfeindlich gestalten zu wollen.

James Q. Whitman: Hitlers amerikanisches Vorbild. Wie die USA die Rassengesetze der Nationalsozialisten inspirierten. A. d. Engl. v. Andreas Wirthensohn. C. H. Beck Verlag, 249 S., geb., 26,95 Euro.

Neues Deutschland, 15. bis 18. März 2018, S. 15.

Mit Feuer und Schwert

Ein uraltes Phänomen: Rechte Parteienkritik und Untergangsszenarien.

Kaum waren in der Mitte des 19. Jahrhunderts politische Parteien auf der Bühne des Geschehens aufgetaucht, da setzte Kritik an ihrer Existenz und an ihrem Wirken ein, in der Regel vorgetragen von konservativen Denkern und herrschenden Politikern. So schrieb 1871 Karl Ludwig Aegidi, ein Hochschullehrer und führender Burschenschaftler, an den antisemitischen Historiker Heinrich von Treitschke, er hoffe auf eine „vollständige Umgestaltung“ des Parteiwesens sowie auf die „Bildung einer großen Partei der Deutschen Männer“, die im Gegensatz „zu den konservativen, liberalen, nationalliberalen, fortschrittlichen, demokratischen, sozialistischen alten Weibern und Greisen und dummen Jungen“ stehen solle. Treitschke wiederum sah den Staat durch den Parteikampf zerfallen. Drastisch äußerte sich auch Reichskanzler Bismarck am 8. Mai 1884: „Die politischen Parteien sind der Verderb unserer Verfassung und der Verderb unserer Zukunft.“

Die Palette rechter Kritik an den Parteien geriet seitdem sehr umfangreich. Sie kennt totale Bannflüche, so die der Nazis in der Weimarer Republik gegen die „Systemparteien“, ebenso lautstark erhobene Forderungen nach „Überparteilichkeit“ und Ersatz durch „Bewegungen“. Sie reicht von Parteienprüderie bis Parteienverdrossenheit, von Unmutsäußerungen bis zu den gegenwärtig oft gestellten Fragen, ob denn Parteien überhaupt noch eine Zukunft hätten. Die der CSU nahestehende Hanns-Seidel-Stiftung lobte bereits 2007 einen „Nachwuchsförderpreis für politische Publizistik“ zum Thema „Haben die Volksparteien Zukunft?“ aus. Die Presse unserer Tage ist voll mit verneinenden Antworten. Im „Spiegel“ sah man (17.2.) das „Zeitalter der großen Parteien“ zu Ende gehen. Da lohnt ein Blick in die Geschichte.

Die Bedeutung der Parteien, die sich auf der Grundlage divergierender Interessen und des Konkurrenzgeschehens der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts formiert hatten, nahm mit dem sich durchsetzenden Prinzip der Volkssouveränität und des Parlamentarismus außerordentlich zu. Ihr Erfolg hing mehr und mehr davon ab, sich aus Klientel- und Wahlvereinen zu großen Mitgliederparteien zu entfalten. Um dies erreichen zu können, glaubten ihre Führungen, die jeweiligen partikularen Interessen – ökonomischer, sozialer, ideologischer, religiöser oder regionaler Art – mit verhüllenden Bezeichnungen verbergen zu können. Während der Novemberrevolution nahmen Konservative, Nationalliberale und zeitweilig auch die katholische Zentrumspartei den Begriff „Volk“ in den Namen ihrer Parteien auf. Es gehört seitdem zu gern gepflegten Legenden, von den sogenannten Volksparteien würden die allgemeinen Interessen von Staat, Nation oder Volk vertreten. Nach dem Urteil von Hannah Arendt habe jedoch das Unglück der Parteien begonnen, als diese sich des „Materialismus“ ihrer Interessen zu „schämen“ anfangen und den Beweis antreten wollten, dass „die jeweiligen, besonderen Interessen einer Klasse oder Gruppe haargenau mit dem Gesamtinteresse der Nation oder gar dem Interesse der gesamten Menschheit übereinstimmen“. Deutlich sprach sie von „verlogenen Kombinationen engster Interessen und allgemeiner Weltanschauungen“. Parteien würden gern den Begriff „Bewegung“ usurpieren, um mehr Mitglieder und Wähler für sich gewinnen zu können.

Vor allem die Geschichte der Nazipartei belegt diese Feststellungen. Deren Führung betrieb einen enorm großen Aufwand, die eigene Organisation als „Bewegung“, als „Partei über den Parteien“ sowie als Überwinderin des „alten“ Parteienwesens darzustellen. Um sich von den anderen Parteien abzuheben, diskreditierte sie diese mit allen Mitteln. Zudem bewertete sie die unübersehbar vorhandenen negativen Erscheinungsformen (Parteienegoismus, Korruption, Futterkrippenwirtschaft usw.) als „undeutsche“ Übernahme westlicher Demokratiemodelle sowie Ergebnis jüdischer Aktivitäten. Es müssten, so Hitler, „alle Stände, Gruppen und Parteien, so verschieden sie sein mögen, doch zur politischen Einheit zusammengefasst“ werden.

Alle hätten „in erster Linie Deutsche“ zu sein. Wie wir heute erleben, ist dieser völkisch-rassistische Anspruch noch nicht tot.

Die NSDAP konnte die bislang mitgliederstärkste Partei in Deutschland werden, weil viele Menschen ihre Kritik am Parteiensystem teilten. In der nationalistischen Ideenwelt der Völkischen und vieler Konservativer hatte das Thema stets Vorrang besessen. Mit ihren Aversionen gegen das Parteienwesen und den diversen Szenarien eines drohenden Untergangs der Deutschen trafen die Nazis den Nerv insbesondere der Jüngeren. Das Thema besaß Alltagsattraktivität und wirkte gleich einem Selbstläufer. Zunächst hatte sich die NSDAP bis in die Mitte der 1920er Jahre hauptsächlich darum bemüht, einen eigenständigen Platz im bestehenden Parteiensystem zu gewinnen. Ihre Hinwendung zu grundsätzlich antidemokratischer Kritik am gesamten Parteienwesen erfolgte erst, als sie selbst Machtpositionen anzustreben begann. Da konnte sie nicht nur die völkischen, sondern auch alle konservativ-nationalen, monarchistischen und antiparlamentarischen Denktraditionen nutzen.

Lange vor dem Erscheinen der Nazi-Partei auf der politischen Bühne war bereits die Idee einer neuartigen „überparteilichen“ Organisation verbreitet worden, ihr so ein erforderliches, wenn auch in sich nicht immer stimmiges Fundament bietend. Zu erwähnen wären beispielsweise Ernst Jünger, der die Parteien generell als „Mauselöcher der Verantwortungslosigkeit“ abwertete; Oswald Spengler, der den Cäsarismus der Parteimaschinen beklagte und von Ernst Bloch recht drastisch als „verhinderter Täter“ charakterisiert worden ist; Carl Schmitt, der die Parteien als Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung diskreditierte; Edgar Julius Jung, der von einem „frommen Werk“ sprach, würden die Parteien „mit Feuer und Schwert“ ausgelöscht.

Waren die bürgerlichen Parteien in Deutschland 1918/19 nur ein Stück nach „links“ gerückt, so gingen sie am Ende der Weimarer Republik gleich mehrere Schritte nach rechts, verbunden mit einer auffälligen Polarisierung, Entdemokratisierung und neuen autoritären Führungsstrukturen. Innerhalb des Parteienwesens verschoben sich – teils erdrutschartig bei Wahlen, teils in schleichenden Prozessen – die bestehenden Beziehungsgeflechte. Alles unterlag tiefer Zerrüttung und fortschreitender Destabilisierung.

Das Ergebnis ist bekannt: Die an Radikalität und vermeintlicher Kompromisslosigkeit unübertroffene NSDAP vermochte, Schlag auf Schlag alle anderen Parteien zu überwinden. Das berüchtigte Gesetz vom 14. Juli 1933 – es war das erste Parteiengesetz in der deutschen Geschichte – bewertete die Neubildung von Parteien als ein „Verbrechen an Staat und Volk“. Der faktischen Liquidierung des Parteienwesens folgte die Diktatur einer Partei sowie eine außerordentlich straff strukturierte Organisations-Gesellschaft, die alle Bürger gleichsam von der Wiege bis zur Bahre erfasste und in hohem Maße dazu beitrug, das Regime bis zur Niederlage im Zweiten Weltkrieg relativ stabil zu halten.

Die Parteien stehen gegenwärtig erneut in arger Kritik. In einer von der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegebenen Publikation hieß es vor einigen Jahren sogar: „Die Partei ist heute die bestgehasste Erscheinung unseres öffentlichen Lebens.“ Beklagt wird die schwindende Kraft der Volksparteien und das Entstehen von Vielparteiensystemen, immer verbunden mit Besorgnis und Angst weckenden Ankündigungen eines „Unterganges“ der Deutschen und ihres Reiches, des Abendlandes, westlicher „Werte“ usw. usf. Solche Einschätzungen und Warnungen münden direkt in die Frage, worin möglicherweise Analogien zu früheren Parteienaversionen bestehen und welche Unterschiede dennoch erkennbar sind.

In quantitativer Hinsicht scheint sich nichts geändert zu haben. Befragungen und Untersuchungen weisen Parteienverdrossenheit und sinkende Akzeptanz der Parteien als weit verbreitete Erscheinung aus. Es wird von ihrer Vergreisung gesprochen, auch davon, dass besonders die großen unter ihnen eher die Interessen der Menschen verraten als vertreten. Nahezu 80

Prozent der Deutschen halten ihre Politiker für unehrlich, viele bezweifeln deren Problemlösungskompetenz. Anders sieht es hingegen in qualitativer Hinsicht aus. Die Parteien unterliegen kaum noch totaler Negation, selbst nicht in ausgesprochen nationalistischen und rechts-extremistischen Gruppen. Eher wird gegen die „Altparteien“ gewettert und deren „Erneuerung“ gefordert. Stark ist offenbar die Erkenntnis, dass politische Parteien als solche unentbehrlich für das Funktionieren eines Staates geworden sind.

Diese Tatsache sollte jedoch Debatten über notwendige Reformen, darunter vor allem solche zur Parteienfinanzierung, sowie eine sinnvolle Suche nach Alternativen nicht behindern. Jeder Versuch, Parteienverdrossenheit als eine im Grunde normale, stets vorhandene und zu negierende, als erfolglose oder gar zu nutzende Erscheinung zu bewerten, leitet theoretisch wie praktisch in die Irre. Parteienverdrossenheit führt nicht – wie leider oft verkannt wird – zu Politikverdrossenheit. Im Gegenteil: Abneigung und Widerwille gegen die Parteien bewirken eher Bereitschaft, politisch aktiv sein zu wollen, aktiv für eine andere Politik, zumeist allerdings für rechtsextremistische Konzepte. Leider begegnen dem manche unter den Linken lediglich mit beschämendem Zank untereinander, personifizierender Richtungsstreiterei und hilfloser Selbstzerstörung.

Auch wenn es sich bei der Kritik am Parteienwesen und den Warnungen vor künftigem Verderben der Nation oft eher um Stimmungen handelt – die Probleme bedürfen dennoch sorgfältiger Beachtung. In Stimmungen verdichten sich Eindrücke, aus Eindrücken erwachsen Vorstellungen, aus diesen wiederum Konzepte und Interessen. Es wäre verkehrt, das alles nicht ernst zu nehmen. Denn: Stets waren im 20. Jahrhundert alle Parteien- Aversionen einhergegangen mit Unmut und bitterem Groll, mit Unzufriedenheit und Abscheu, mit Verunsicherung und Radikalisierung. Die Folgen ließen nicht auf sich warten.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 26./27. Mai 2018, S. 27.

Gescheiterter Aufbruch

Nach den großen Vermarktungswellen zum Thema „vor 100 Jahren“ – über den Beginn des Ersten Weltkrieges und die russische Oktoberrevolution – begann jetzt die zum Jahrestag der Novemberrevolution in Deutschland, einer Revolution, die im offiziellen Betrieb der Geschichtswissenschaft eher beschwiegen worden ist oder argen Missdeutungen unterliegt. Das scheint sich jetzt zu ändern.

Die Zeit verknüpfte zu Beginn des neuen Jahres, geschichtspolitisch wohl orientierend gemeint, ein drei Seiten umfassendes „Abschiedspanorama“ über das Verhalten von Kaiser, Königen und Fürsten mit dem Lob für das Bemühen der damaligen Mehrheitssozialdemokraten, Deutschland möglichst gewaltlos (sic!) von einer De-facto-Diktatur der preußischen Generale in einen parlamentarisch regierten Staat umzuwandeln. Historiker, Publizisten und Literaten stehen schon seit geraumer Zeit in der Startlöchern: Da bot der Berliner Geschichtspräsident Daniel Schönplüg einen eher romanhaft und kaleidoskopartig gestalteten Blick auf das Ganze eines „Kometenjahres“, auf eine sich im Aufbruch befindliche Welt. Da gab es das interessante durch Karl Heinz Siber ins Deutsche übersetzte Buch von Mark Jones „Am Anfang war die Gewalt“, das irreführend betitelt erscheint, weil es die gegenrevolutionäre Gewalt als den „wirklichen Gründungspfeiler“ der Weimarer Republik behandelt. Da beschrieb der SWR-Redakteur Wolfgang Niess die Revolution hauptsächlich als eine gelungene, der SZ-Redakteur Joachim Käppner sie indessen als eine unvollendete und zwiespältige. Ersterer spricht vom „wahren Beginn unserer Demokratie“, letzterer von einer „Revolution der Besonnenen“. Vielfach steht – erstaunlich – Bayern im Fokus: Von „Träumern“ und einer Machtübernahme durch die Dichter handelt das Buch von Volker Weidermann, und Ralf Höllers „Das Wintermärchen“ lässt Schriftsteller über die Münchner Räterepublik berichten. Zum Wirken von Berliner Literaten, beispielsweise denen im „Rat der geistigen Arbeiter“ um Kurt Hiller, erschien kaum neuere Lektüre, man kann jedoch durchaus auf den Beitrag „Intellektuelle in der Revolution“ zurückgreifen, den Wolfgang Beutin vor zehn Jahren lieferte für den von Ulla Plener herausgegebenen Band „Die Novemberrevolution 1918/1919 in Deutschland. Für bürgerliche und sozialistische Demokratie“.

Zumeist lautet das Fazit neuerer Darstellungen: Die heutige Demokratie fuße auf den Ergebnissen der Revolution von 1918/19. Lobpreisung ist angesagt. Das könnte optimistisch stimmen, doch man achte auf die Betonung: Sie liegt auf „gegenwärtig“, also auf einer Form der Demokratie, die allzu gern autoritäre Züge annimmt, sich zunehmend nach rechts orientiert und insofern durchaus jener damaligen entspricht, die – neben mancherlei realem Fortschritt – vor allem den grundlegenden Ausnahme-Artikel 48 Ausnahme-Artikel 48 kannte, die eine Präsidialdiktatur erlaubte, die den deutschen Linken kaum Raum zu erfolgreichem Handeln ließ, dafür aber den Rechtsten unter den Rechten ungezählte Freiheiten für eine brutale Abschaffung aller Revolutionsergebnisse bot.

Anderes kann beim Soziologen Simon Schaupp gelesen werden. Sein Buch „Der kurze Frühling der bayerischen Räterepublik – ein Tagebuch der bayerischen Revolution“ erfasst biographisch drei Akteure (Erich Mühsam, Hilde Krämer, Ernst Toller) und rückt das massenhafte Engagement der bayerischen Bevölkerung für revolutionäre Veränderungen ins Zentrum. Anderes auch in Klaus Gietingers neuestem Buch – ebenso erfreulich wie für diesen Autor selbstverständlich. Es handelt von den verpassten und ungenutzten, vor allem aber von den verhinderten Chancen der Novemberrevolution. Es kann als bittere Anklage gegen die von der SPD-Führung gedeckte, teils auch gewünschte exzessive Gewalt der nicht entmachteten Militärs sowie zugleich als ein lebhaftes Plädoyer für Rätebewegung und Basisdemokratie gelesen werden. Und es folgt dem Urteil Sebastian Haffners, der von einer sozialdemokratischen Revolution sprach, die von sozialdemokratischen Führern niedergeschlagen wurde, und dies als einen Vorgang kennzeichnete, der „in der Weltgeschichte kaum seinesgleichen“ habe.

Gestützt auf Forschungsergebnisse jüngerer Historiker sowie frühere Darstellungen prüfend, bietet Gietinger einen detailreichen, akribisch erarbeiteten und kritischen Blick auf das vielgestaltige, teils auch verwirrende Geschehen in der Revolutionszeit. Der Leser fühlt sich unmittelbar hineingezogen in die Zeit. Drei Teile stehen zeitlich gegliedert im Mittelpunkt des Buches, poetisch verknüpft mit zwei jahreszeitlichen Begriffen: „Revolution – Frühling im November?“, „Die zweite Revolution – Frühling im Frühling?“ und „Das braune Band des Herbstes – Konterrevolution März 1919 - Mai 1919“. Zwei Fragezeichen also und ein nicht gedrucktes, aber vernehmbares Ausrufezeichen. Umrahmt sehen sich diese Kapitel von einem Blick auf den Spaltungsprozess der Arbeiterbewegung während des Ersten Weltkrieges und von einem Fazit. Stets spielen dabei der (an jeweilige Zeiten und diverse Interessen gebundene) Forschungsstand und seine geschichtspolitische Deutung eine erhellende Rolle.

Alles ist informativ, aufschlussreich, bemerkenswert. Lang würde eine Aufzählung des vom Autor Geleisteten geraten. Hier sei nur beispielhaft auf jene Abschnitte verwiesen, deren Aussagen konträr zu üblichen Verdrehungen stehen oder zu geringe Beachtung erfuhren. Das betrifft die vehemente Absage an den falschen, aber dennoch oft benutzten Begriff „Spartakusaufstand“ oder die klare Darstellung der Ziele, mit denen die Berliner Arbeiterräte im März 1919 den Generalstreik begannen. Zu deren Forderung nach einer schnellen Sozialisierung des Wirtschafts- und Staatslebens heißt es: „Das umzusetzen hätte wirklich Frühling bedeutet. Hier wurde eine neue, eine bis dahin nie dagewesene und auch bis heute nicht verwirklichte Demokratie in allen Bereichen der Gesellschaft gefordert.“ Beabsichtigt sei weder eine Auflösung der Nationalversammlung noch ein Regierungssturz, wohl aber eine „Vergesellschaftung von unten, durch die Räte“ gewesen. (S. 153)

Ausführlich wird dargestellt, was dem gescheiterten Generalstreik folgte: barbarische Massaker, die von einer enthemmten Soldateska auf der Grundlage unrechtmäßiger Befehle des sozialdemokratischen Ministers Gustav Noske und verlogener Pressekampagnen begangen worden sind. Ihnen bescheinigt Gietinger eine frühfaschistische Qualität. Rund 2000 Menschen wurden brutal gemartert, schamlos hingerichtet, willkürlich ermordet. Die Schießbefehle, die im April 1919 auch gegen die basisdemokratischen Versuche der bayerischen Räterepublik ergingen und ähnlich wie in Berlin gehandhabt worden sind, begründete Reichspräsident Ebert mit dem Argument, je rascher und durchgreifender gehandelt werde, desto weniger Widerstand und Blutvergießen würde es geben. Der Autor verweist mit Recht auf eine Kontinuitätslinie der Machtbesessenheit, hatte doch Hindenburg schon früher erklärt, der „grausamste Krieg“ sei der kürzeste, und Goebbels 1944 im Berliner Sportpalast verkündet: „Totaler Krieg ist kürzester Krieg.“ Es erschreckt den Verfasser und sicher auch Leser dieses Buches, dass selbst heute Historiker sich nicht scheuen, dies als eine „Strategie der kontrollierten militärischen Abschreckung“ zu preisen. (S. 173 f.)

Eine Randbemerkung sei erlaubt. Revolution und Gegenrevolution lassen sich jeweils nur verstehen, wenn sie in ihrer Komplexität und gleichsam als Zwillinge betrachtet werden. Zweifellos spielte das bereits in der Nacht vom 9. zum 10. November 1918 geschlossene Bündnis zwischen Ebert und Groener eine entscheidende Rolle. Letztlich verhinderte das Militär, gedeckt vom sozialdemokratischen Führungspersonal, einen Sieg der revolutionären Arbeitermassen, die sowohl eine neue Form von Demokratie erstrebten als auch Kapitalismus und Militarismus abschaffen wollten. Von diesem unrühmlichen Kapitel handelt hauptsächlich das vorliegende Buch. Vielleicht wäre es (zumindest aus der Sicht eines Historikers, der sich seit langem mit der Parteien- und Verbändegeschichte befasst) sinnvoll gewesen, auch auf andere Facetten der Gegenrevolution einzugehen, zum Beispiel auf die parteipolitische und medienpolitische Organisiertheit der Bourgeoisie. Bereits vor sowie unmittelbar nach dem 9. November 1918 verbreiteten bürgerliche Parteipolitiker und ihre „Vordenker“ in den Medien die Forderung nach einer Nationalversammlung, abgeleitet auch aus ihrer völlig über-

zeichneten, irrealen und mythisierten Bolschewismusfurcht. Im November formierten sich die konservativen und liberalen Parteien sowie die katholische Zentrumsparterie in neuer Demagogie als „Volksparteien“. Gerade wenn die Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen und sozialen Schichten einerseits sowie zwischen den Parteien und geistigen Strömungen andererseits analysiert werden, geht es auch um den notwendigen Blick auf die politisch und ideologisch geprägte Situation, auf Denk- und Verhaltensweisen derjenigen, die dem verhängnisvollen Handeln wenig entgegensetzten.

Schließlich: Der lesenswerte Band enthält noch einen Paukenschlag, dem viel, sogar sehr viel Öffentlichkeit zu wünschen ist. Ihn lieferte der Verfasser des Vorworts Karl Heinz Roth. Bereits zehn Jahre zuvor hatte er gefordert, die Historische Kommission der SPD möge ein Handbuch mit den Kurzbiografien jener 4500 bis 5000 Menschen erarbeiten, die unter der Mitverantwortung der SPD dem Weißen Terror der Jahre 1918 bis 1920 zum Opfer gefallen sind. Doch damit nicht genug. Offensichtlich in Erinnerung an die nach der Wende geforderten Vergebungsbitten wird gekontert: „... wenn sie dazu noch die Adressen der Nachkommen von Opfern jener Jahre ermittelt, dann wäre es dem Parteivorsitzenden möglich, sie – bei gleichzeitiger Überreichung eines Widmungsexemplars – um Entschuldigung zu bitten.“ (S. 14) Sicher, dies wäre gewiss ein Zeichen von „Erneuerung“, von der heutzutage so viel die Rede ist. Zu erwarten ist es leider nicht – wie damals, als man zwar lautstark „Sozialisierung“ propagierte, aber gleichzeitig gegen sie die Waffen des Militärs sprechen ließ.

Klaus Gietinger: „November 1918. Der verpasste Frühling des 20. Jahrhunderts“. Mit einem Vorwort von Karl Heinz Roth. Edition Nautilus, 270 Seiten, 18,00 Euro.

Ossietzky. Zweiwochenschrift für Politik, Kultur, Wirtschaft. Heft 11, 2.06.2018, S. 366-369.

Eine nationale Wesensart?

Der Psychoanalytiker Andreas Ploeger über die „Dominanz des Machterlebens“ der Deutschen

Für Historiker, die nach den Wirkungsmöglichkeiten des deutschen Faschismus fragen und sich mit dem Massenanhang der NSDAP befassen, bringen oftmals jene Publikationen Gewinn, in denen Psychologen mit den Mitteln ihrer Wissenschaftsdisziplin Antworten zu geben versuchen. Lohnend ist da ein Blick in das legendäre Buch „Die Massenpsychologie des Faschismus“ von Wilhelm Reich, ebenso auf die Arbeiten von Erich Fromm, Theodor Adorno, Max Horkheimer oder die von Alexander und Margarete Mitscherlich.

Keineswegs zufällig kamen in den letzten Jahren, in den Zeiten wachsender gesellschaftlicher Krisen, mehrere Bücher auf den Markt, die nach der großen Berliner Ausstellung „Hitler und die Deutschen“ (2010) Denkweisen und Verhaltensformen jubelnder, das braune Regime stützender Menschen darstellen und erklären wollen. Vor allem wurde der rassistisch geprägte und propagandistisch ausgeschlachtete Begriff der „nationalsozialistischen Volksgemeinschaft“ ins Visier genommen (Michael Wildt, Detlef Schmiechen-Ackermann und andere). Für eine neue Taschenbuchreihe unter dem Titel „Die Deutschen und der Nationalsozialismus“ (C. H. Beck) schrieb Dieter Süß über „Ein Volk, ein Reich, ein Führer“; angekündigt ist vom Verlag für 2019 von Sybille Steinbacher das Buch „Dass ihr mich gefunden habt“. Hitlers Weg zur Macht“. Und bereits 2007 fragte Stefan Marks: „Warum folgten sie Hitler? Die Psychologie des Nationalsozialismus“. Leser dieser Zeitung werden vor allem den aufschlussreichen und empfehlenswerten Band „Gefolgschaft hinterm Hakenkreuz“ des leider 2016 verstorbenen marxistischen Historikers Kurt Pätzold zur Kenntnis genommen haben.

Drei Problemkomplexe sind es jedoch, die in der Regel den historischen Erkenntnisgewinn psychologisch angelegter Forschungen begrenzen: Zumeist erfolgt – ob absichtlich oder unbewusst – eine Relativierung der ausgeübten Macht. Aus dem Blickfeld geraten zweitens jene, in deren Interesse Macht ausgeübt worden ist. Und drittens heißt es fast immer pauschal: „die“ Deutschen. Da mag der oft erhobene Vorwurf einer Psychologisierung der Geschichte durchaus zutreffen. Diesen kann man auch dem Band des renommierten, in diesem Jahr verstorbenen Aachener Psychiatrieprofessor Andreas Ploeger (geboren 1926) machen, der sein Buch ausdrücklich gegen Krieg und gegenwärtig erstarkende nationalistische Strömungen geschrieben haben will. Persönlich Erlebtes sieht sich gekoppelt mit Ergebnissen seiner wissenschaftlichen Arbeit, gewonnen unter anderem bei der Betreuung von Opfern in extremer Lebensbedrohung.

Mit Repression, Gewalt und Androhung des Todes habe die Hitler-Diktatur eine bereits zuvor vorhandene individuelle Neigung der Deutschen stimuliert, „Unterwerfungsbereitschaft“ wie auch „Streben nach Macht“. In erster Linie sei, so Ploeger, nicht nach dem autoritären Charakter Hitlers, sondern nach solchen Eigenschaften bzw. seelischen Dispositionen der Deutschen zu suchen, welche die Katastrophe erst möglich machten.

Die von ihm beschriebene „Struktureigentümlichkeit“ sei seit 1945 zwar gemindert, aber unter den Deutschen dennoch weit verbreitet. Für Ploeger stellt sich die „Dominanz des Machterlebens“ als eine Eigenschaft dar, die aus der Spannung zwischen dem Leben unter extremer Starfandrohung einerseits und dem Angebot einer das individuelle Machtstreben befriedigenden Ideologie andererseits erwachse, kulminierend im Prinzip: „Wer gehorcht, darf auch befehlen“ oder: „Nach oben buckeln und nach unten treten“.

„Die Beziehung zu anderen Menschen wird damit ausschließlich oder vorwiegend durch die hierdurch erlebte Unterlegenheit bzw. Überlegenheit gegenüber diesen anderen bestimmt.

Angst auf der unteren und Machtgefühl auf der oberen Seite sind dabei die emotionalen Korrelate.“ Oder anders formuliert: „Angst vor oben“ und „Machteifer gegen unten“.

So stimmig alles im Einzelnen in diesem Buch auch sein mag, es wird unstimmig in der durchgängigen Verabsolutierung. Und es führt bei der Deutung des historischen Geschehens in die Irre, wenn Ploeger beispielsweise das ausgedehnte System der Gliederungen und angeschlossenen Verbände der NSDAP als das Ergebnis der „Dominanz des Machterlebens“ betrachtet. Ebenso wenn es heißt, das Ende der Weimarer Republik sei auf das als antidemokratisch charakterisierte Prinzip dominanten Machterlebens zurückzuführen. Zwar beruft sich der Autor mitunter auf Historiker, aus deren Zunft für ihn jedoch Guido Knopp herausragt. Begrenzt bleibt der Blick auf die Wurzeln autoritärer Persönlichkeitsstrukturen, die allein aus frühkindlichen Familienverhältnissen abgeleitet werden, wobei das Erleben in der Arbeitswelt völlig unbeachtet bleibt. Davor, dass es in der kapitalistischen Wirtschaft autoritär, ja sogar diktatorisch zugeht, sollte eigentlich keiner die Augen verschließen können.

Um zu verhindern, dass sich eine Katastrophe vergleichbar der Hitler- Diktatur wiederholt, setzt Ploeger eine „Umstrukturierung der deutschen Wesensart voraus“. Es gelte, gegen die „Dominanz des Machterlebens“ zwischenmenschliche Motive zu stärken, wie etwa „Offenheit, Akzeptanz, Einfühlungsgabe, Gerechtigkeitssinn, Mitteilungs- und Wahrnehmungsbereitschaft, Vertrauen und ganz allgemein ein freundliches Akzeptieren und eine zur hilfreichen Kommunikation bereite Zwischenmenschlichkeit“. Vorzusorgen sei mit einer entsprechenden „Erziehung und Sozialisation in Kindheit und Jugend“. Zweifellos eine hehre, wohlklingende Forderung, doch lässt sich Geschichte punktuell vom Sinnen und Trachten der Deutschen her interpretieren? Und: Kann sich die Welt derart wirklich von profitorientierten Mächtigen und von Kriegen befreit werden?

Andres Ploeger: Gewalt und Gehorsam. Die Dominanz des Machterlebens der Deutschen unter Hitler. Ein Buch gegen den Krieg. Verlag Schattauer, 308 S., geb., 24,99 Euro.

Neues Deutschland, Freitag, 22. Juni 2018, S. 16.

Die letzten 75 Tage

Rüdiger Barth und Hauke Friedrichs berichten über das jähe Ende einer Demokratie – der Weimarer Republik

Für jeden, der sich mit dem 30. Januar 1933 befasst, gelten als immer wieder zu stellende Kernfragen: Wie konnte es dazu kommen und wer schaufelte der Weimarer Republik das Grab? Die Antworten sind zumeist abhängig von politischem Standpunkt und sich veränderndem Zeitenlauf.

Als 1987 die Alma mater jenensis einen Ehrendokortitel an Wolfgang Ruge verlieh, trug der weithin bekannte DDR-Historiker sein „Nachdenken über Weimar“ vor. Er weckte damals große Aufmerksamkeit mit der Frage, ob das entsetzliche Fiasko der in Revolutionszeiten 1918/19 geschaffenen Republik wirklich, wie oft behauptet, ihr wichtigstes Charakteristikum gewesen sei oder sie nicht doch besser als ihr Ruf gewesen sei. Ruge wollte in ihre Geschichte hineinhorchen, auch um Gegenwartsprobleme ergründen zu können. Dabei bezog er sich auf die seinerzeit gegebene Möglichkeit einer friedlichen Koexistenz unterschiedlicher Systeme und Staatenbündnisse. Im Vordergrund stand die These: Von Weimar ging kein Krieg aus. Diese Republik habe nicht allein Ausgangspunkt und Nährboden für Faschismus und Krieg geboten, sondern eher ein Riesenlaboratorium gesellschaftlichen Ringens dargestellt, demokratische und in eine andere Zukunft weisenden Potenziale enthalten.

Gilt das auch für den gegenwärtigen Blick auf die Weimarer Republik und ihr Ende? Muss sich heute nicht wieder zunehmend der Blick auf damalige Versuche ökonomischer, politischer und autoritärer Krisenbewältigung richten? Auf das folgenreiche Übermaß an Toleranz gegenüber beschämenden Erscheinungen nationalistischer und rassistischer Fremdenfeindlichkeit? Auf die Ursachen und Folgen des damals so unzulänglichen, ja geradezu förderlichen Umgangs mit den Nazis durch (un)verantwortlich handelnde Behörden und Parteien?

Wird so das von Rüdiger Barth und Hauke Friedrichs vorgelegten Buch befragt, lassen sich Antworten für die letzten 75 der rund 5200 Tage des nach Weimar benannten Staates finden – der Leser mag entscheiden, ob die zeitliche Begrenzung auch inhaltliche Schranken mit sich bringt. Der Blick in das Buch lohnt auf jeden Fall. Es ist zudem brillant geschrieben: faktenreich und kurzweilig, abwechslungsreich und unterhaltsam. Bei der Wiedergabe von Gesprächen handelnder Akteure könnte beinahe der Eindruck entstehen, man sei dabei gewesen. Mitunter sind sogar Gedichte eingefügt – beeindruckend die von Mascha Koléko.

Die Autoren ließen sich von der amerikanischen Polit-Serie „House of Cards“ inspirieren. Sie lehnten sich offensichtlich auch an das Collagen-Modell an, mit dem das Buch „1913. Der Sommer des Jahrhunderts“ von Florian Illies Furore machte. In einem Interview bekannten beide, sie hätten die Fakten gewissermaßen als Vorlage für ein Drehbuch genommen und ein Drama montiert, so als würde es aus sich selbst heraus erzählen.

Barth/Friedrichs gehen strikt chronologisch vor: Vom 17. November 1932 bis zum 30. Januar 1933. Sie erfassten Tag für Tag in einem Online-Archivsystem, sortierten Bruchstücke aus unterschiedlichsten Quellen. Ausgewertet wurden neben Standardwerken – die von Ruge und anderen DDR-Historikern gehören nicht dazu – Protokolle, Tagebücher, Briefe, Zeitungsartikel, behördliche Dokumente.

Tag für Tag beginnt jede Zusammenstellung mit Schlagzeilen aus einzelnen Zeitungen, dabei oft aus dem NS-Hetzblatt „Völkischer Beobachter“, aber auch dem Organ der KPD, der „Roten Fahne“, sowie der bürgerlichen „Vossischen Zeitung“. Brocken und Bruchstücke, Splitter und scherbengleiche Stücke reihen sich zu Bildern vom Tagesgeschehen. Oft erfährt der Leser Belangloses: Bella Fromm von der „Vossischen Zeitung“ wird ein koketter Mund zugesprochen, den Kanzler Kurt von Schleicher hätten „schöne Hände“ geziert, am Hals von Staats-

sekretär Otto Meissner sei stets der Krawattenknoten zu eng gewesen, Abraham Plotkin, ein 40-jähriger amerikanischer Gewerkschaftsfunktionär, habe nach einem Theaterbesuch auf seinem Heimweg 30 Prostituierte gezählt und sich mit kaltem Wasser waschen müssen. Aus dessen Tagebuch wird häufig zitiert, offensichtlich dient sein Verfasser als ein Alltägliches beobachtender und nachdenklich fragender „kleiner Mann“ der Straße. Oft kommen auch Harry Graf Kessler und Frau Fromm zu Wort, seltener Carl von Ossietzky. Hingegen blitzt manch Wichtiges gelegentlich am Rande auf, so beispielsweise als Hindenburg am 19. November 1932 einen Brief namhafter Wirtschaftsführer erhält. Eine knappe Seite enthält Zitate aus diesem Dokument. Dazu heißt es: Hindenburg sei sehr beeindruckt. Punkt. Mehr nicht, auch später nicht.

Von den Autoren als „Tiefenbohrungen“ angekündigte Teile gibt es selten. Was sie als eine zur „Untergrundtätigkeit der KPD“ anpreisen, lässt sich als solche nicht erkennen. Während sie differenziert auf Streit und Tatenlosigkeit der Sozialdemokratie schauen, wird leichthin behauptet, den Kommunisten hätte einzig die SPD als Feind gegolten. Die bekannte Warnung, wer Hitler wähle, wähle den Krieg, wird mit zwei Fragen versehen: „Hellseherische Worte? Oder Hetze eines Stalinisten?“ Das Programm der Nazis, den Marxismus „ausrotten“, d. h. SPD, KPD, Gewerkschaften und andere Organisationen der Arbeiterbewegung vernichten zu wollen, taucht lediglich einmal indirekt in einer Aussage von Hitlers deutschnationalem Konkurrenten Alfred Hugenberg auf.

Gut nachvollziehen kann der Leser jedoch die Hintertreppenpolitik der politischen Eliten – ein Gestrüpp aus Winkelzügen und Geheimdiplomatie. Hinter den Kulissen betriebene Intrigen und Ränkespiele, Kabalen und arglistig organisierte Gesprächsrunden – das alles charakterisiert das damalige, selbst vor einem Bündnis mit den Faschisten nicht zurückschreckende Machtstreben.

Bereits Titel und Umschlag des Buches verraten, dass bei aller Faktendichte und schillerndem Panorama kaum eine historische Analyse erfolgt. Es handelt vorwiegend von fünf Personen: Hindenburg, Schleicher, Papen, Hitler und Goebbels. Laut Werbung für das Buch waren es Strippenzieher, Glücksritter, Extremisten und Volksverführer, die einen skrupellosen Kampf um die Macht führten und über das Schicksal der Deutschen entschieden.

Nebenbei: Etwas unstimmig verwenden Barth/Friedrichs die Berufsbezeichnung Totengräber als Metapher. Mit ihr sind in der Regel Bestatter gemeint. Das Problem, warum die Weimarer Republik „starb“, so dass Hitlers Machtantritt möglich wurde, wird von ihnen jedoch nicht konkretisiert. Auf die Bestrebungen der Eliten, die Ergebnisse sowohl des Weltkrieges als auch der Novemberrevolution zu revidieren, wird nicht eingegangen, ebenso kaum auf den in dieser Hinsicht besonders folgenreichen Papen-Putsch vom 20. Juli 1932.

Rüdiger Barth/Hauke Friedrichs: Die Totengräber. Der letzte Winter der Weimarer Republik. S. Fischer, 410 S., geb., 24,00 Euro.

Neues Deutschland, Freitag, 7. September 2018, S. 14.

Wegbereitung von Hitlerfaschismus und Krieg – eine ferne Vergangenheit?¹

In Zeiten neuer Faschisierung?

Nicht erst seit den jüngsten Ereignissen in Chemnitz, seit deren Vertuschungen und Missdeutungen wird über eine möglich gewordene Wiederkehr der sogenannten Weimarer Verhältnisse debattiert. Ich halte die Frage durchaus für berechtigt, ob wir erneut in Zeiten einer Faschisierung der Verhältnisse leben oder ob gar der Faschismus erneut siegen könnte.

„Bonn ist nicht Weimar“. Das war in der alten Bundesrepublik über viele Jahrzehnte hinweg eine Formel, die bezeugen sollte, es sei aus den Fehlern der in der Novemberrevolution von 1918/19 entstandenen Weimarer Republik und deren am 30. Januar 1933 erfolgtem Scheitern gelernt worden. Heute kann die Berliner Republik schon eher mit der von Weimar verglichen werden. Daher sind Geschichtliches und Aktuelles neu miteinander zu verknüpfen, ganz im Sinne jener warnenden Worte, die Kurt Pätzold und ich an den Schluss des Buches „Geschichte der NSDAP 1920-1945“ setzten. Sie lauteten: „Einmal gewonnene geschichtliche Erfahrungen, Herrschaftserfahrungen zumal, gehen im Laufe der Geschichte nicht einfach verloren [...] das zunächst abgewiesene Erbe des Faschismus wird an anderer Stelle längst auf seine Verwendbarkeit schon durchgesehen und sortiert, und seine Teilstücke sind unter anderen Namen in der Erprobung.“ (S. 520 f.)

Geschrieben wurde das im Jahr 1998. Vielen galt es als ein unwirkliches Orakel. Nun aber bieten sich dafür zahlreiche Belege an, Belege, die Argwohn, Besorgnis und Furcht erregen. Auch müsste das Zitierte wohl anders formuliert werden, dringlicher und zukunfts näher allemal. Konnte früher gefordert werden, den Anfängen sei zu wehren, so haben wir es jetzt bereits mit einer neuartigen und erstarkenden Variante faschistischer Ideologie zu tun, leider auch mit einem wachsendem und nicht zu unterschätzendem Massenzulauf für die Rechtsten unter den Rechten. Nicht nur nebenbei: Manches erinnert auch an den hilflosen Antifaschismus, der vor 1933 in seiner unheilvollen Zerstrittenheit und fehlerhaften Inkonsequenz den Übergang von einer parlamentarisch-demokratischen zu autoritärer Herrschaft und weiter zur hitlerfaschistischen Diktatur nicht verhindern konnte.

Weimar als Boden für den Hitlerfaschismus

Zwei Daten – der 9. November 1918 und der 30. Januar 1933 – kennzeichnen jenen kurzlebigen und dennoch außerordentlich bedeutsamen Zeitraum, der als „Weimarer Republik“ in die Geschichte einging. Ersteres benennt ihre Geburtsstunde, die wirkliche also, die heute in der sozialdemokratischen Geschichtsschreibung gern zu Gunsten von Entscheidungen der ab Februar 1919 tagenden Nationalversammlung vergessen wird. Mit einer Revolution wollte es damals Friedrich Ebert nicht zu tun haben, er bekannte, sie zu hassen wie die Sünde. Heute entledigen sich die SPD-Oberen einer Historischen Kommission, die gerade daran erinnern müsste und Fehlentscheidungen in der Geschichte der Sozialdemokratie endlich „aufzuarbeiten“ hätte.

Es handelte sich 1918/19, wie der deutsch-britische Historiker Sebastian Haffner einmal formuliert hat, um eine sozialdemokratische Revolution, die von sozialdemokratischen Führern niedergeschlagen worden sei, und damit um „einen Vorgang, der in der Weltgeschichte kaum seinesgleichen“ kenne. Jüngst forderte der bekannte Publizist Karl Heinz Roth deshalb, die Historische Kommission der SPD möge ein Handbuch mit den Kurzbiografien jener 4500 bis 5000 Menschen erarbeiten, die unter der Mitverantwortung der SPD-Oberen dem Weißen

¹ Gekürzte Fassung eines Vortrages auf einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der VVN-BdA in Halle/ Saale, 16. Oktober 2018.

Terror der Jahre 1918 bis 1920 zum Opfer gefallen sind. Offensichtlich in Erinnerung an die nach der „Wende“ von anderen geforderten Vergebungsbitten wünschte er zusätzlich, der sozialdemokratische Parteivorstand solle auch die Nachkommen der damaligen Opfer um Entschuldigung bitten. Sicher, dies wäre gewiss ein Zeichen von „Erneuerung“, von der heutzutage so viel die Rede und so wenig die Tat ist.

Das zweite Datum – 14 Jahre und drei Monate später – kündigt vom schmachvollen Ende der Weimarer Republik. Deren Name galt anfangs als Synonym für den Versuch, im krisengeschüttelten und von Kriegsfolgen schlimmster Art gebeutelten Deutschland etwas unter einen Hut zu bringen: traditionelles bürgerlich-demokratisches und parlamentarisches Denken sowie proletarisch-sozialistische Zukunftsvorstellungen, und dies trotz der weiter bestehenden kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse. Mit dem Endpunkt 30. Januar 1933 wurde sie zu einem Symbol schwächerer Demokratie, gepaart mit anschwellendem Nationalismus und Rassismus, getragen vom Ziel, die Ergebnisse des Ersten Weltkrieges und die der Novemberrevolution zu revidieren, verbunden mit einer Aufrüstung, die sich als Ringen um „deutsche Gleichberechtigung“ auf dem Weg zu neuen Kriegen tarnte.

Erbitterte Auseinandersetzungen tobten von 1918/19 an zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse, Konservativen und Liberalen, Militärs und Pazifisten, Herrschenden und Beherrschten, Ausbeutern und Ausgebeuteten. Nationalistisch-rassistischer Ungeist bedrängte eine zeitweilig aufblühende humanistische Kultur. Am Ende triumphierten die entschiedenen Gegner von Demokratie, Parlamentarismus und Vorstellungen über eine sozialgerechte Gesellschaft. Da suchten vor allem die Nationalkonservativen den Schulterschluss mit völkisch-antisemitischen Gruppen sowie mit dem Faschismus, der unter falschem Namen an dessen Spitze stand. Dass der in diesem Pakt die Oberhand gewann, erlaubt zwar, von einer gewissen Tragik zu sprechen, nicht aber von ihrer historischen Verantwortung abzusehen.

Aus alledem erwuchs den Nazis Vorteil auf Vorteil. Doch alles entwickelte sich recht widerspruchsvoll, keineswegs jedoch zwangsläufig. Leider wurden die gebotenen Handlungsräume derer zu gering genutzt, welche die Weimarer Republik verteidigten und voranbringen wollten. Unbestreitbar bewirkte auch das zusammen mit einer Vielzahl unterschiedlicher Faktoren Weimars bitteres Ende, doch heute muss – mehr als noch vor einigen Jahren – vor allem wieder gefragt werden, wer hauptsächlich welche Schuld und wer Mitverantwortung für den verfehlten Demokratie-Versuch trägt.

Wegbereiter des Scheiterns

Meine Antwort lautet: Die Weimarer Republik scheiterte an den großmachtbesessenen Interessen von Großindustriellen, Großagrariern, Militärs und Staatsbeamten, zugleich an Unwillen und Unfähigkeit regierender Parteipolitiker, dem sich entfaltenden Faschismus aktiv und konsequent entgegen zu treten. Sie scheiterte am Bemühen konservativ-nationalistischer Kreise, die organisierte Arbeiterbewegung mit Hilfe nationalistischer und sozialpolitischer Argumente sowie faschistischer Organisationen einzudämmen oder gar zu zerschlagen. Geduldet, nein sogar gefördert wurde ein breites Netzwerk unterschiedlicher Personen, Gruppen, Verbände und Vereine, das bereits in den frühen 1920er Jahren den Boden des kommenden Unheils und des Weges zu einem neuen Krieg bereitete. Da handelten zu Gunsten der NSDAP Wegbereiter, Weggefährten, Schrittmacher, Steigbügelhalter, Vordenker, Helfershelfer, Türöffner, Bündnispartner usw., von denen viele schließlich zu aktiven Mitgestaltern des braunen Regimes werden sollten. Die Etablierung des Hitler-Regimes kann nur unter der Berücksichtigung all jener Akteure verstanden werden, die sich völkischem, nationalistischem und rassistisch-antisemitischem Gedankengut verschrieben hatten, auch wenn sie selbst nicht der NSDAP angehörten.

Jeder kennt die „Harzburger Front“, also jenes offiziell geschlossenes Bündnis zwischen konservativer Deutschnationaler Volkspartei (DNVP) und NSDAP, das 1931 gemeinsam die Brüning-Regierung zu stürzen versuchte, sich dann zeitweilig zerstritt und 1933 in Hitlers „Kabinetts der nationalen Konzentration“ mündete. Ein Beispiel übrigens, das erinnern lässt an gegenwärtig stattfindende Debatten in der sächsischen CDU, ob nach den nächsten Wahlen „Schwarz“ und ein mitunter ins „Braun“ changierendes „Blau“ miteinander koalieren sollten.

Manches war bereits spürbar, als die deutschen Eliten mit allen Mitteln versuchten, ein positives Ergebnis des Volksentscheides für eine entschädigungslose Enteignung der Fürsten zu verhindern. Trotz aller Querelen untereinander erreichten die Entscheidungsgegner ein hohes Maß an Einheitlichkeit, wovon auch die am 15. April 1926 erfolgte Gründung eines *Arbeitsausschusses gegen den Volksentscheid* zeugte. Ihm gehörten die DNVP, die DVP, die *Deutschvölkische Freiheitspartei*, die *Wirtschaftspartei*, der *Stahlhelm*, der *Reichs-Landbund*, der *Tannenbergbund*, die *Vaterländischen Verbände* sowie, man beachte, auch die *Deutsche Industriellen Vereinigung* an.

Im Vordergrund aller fürstenfreundlichen „Argumente“ standen Behauptungen antidemokratischer Natur. Für die „Staatserhaltung“ und die Sicherung aller rechtlichen Grundlagen der Gesellschaft müsse gegen die „Volksbegehrlichkeit“ ein klarer „Führerwille“ hervortreten. Oft ertönte die furchtvolle Ankündigung, Deutschland sei in schrecklicher Gefahr, es werde „überfremdet“ und „bastardisiert“ und sei schließlich dem Untergang geweiht. Die Verfasser solcher populistischen Horrorszenarien kennen wir nur allzu gut aus den Zeiten davor: Heinrich von Treitschke, Heinrich Claß, Graf Teja, Oswald Spengler. Und wir finden es wieder in Thilo Sarrazins bahnbrechendem Buch „Deutschland schafft sich ab“, das vor zehn Jahren erschien.

1926 forderte einer der juristischen Fürstendiener, Kammergerichtsrat Alfred Friedemann, sogar dazu auf, die alte biblische Geschichte „von jenem Volke, das ein großer Staatsmann und Gesetzgeber sicher durch ein anderes Rotes Meer zu führen wusste“, neu zu durchdenken. Gewettert wurde gegen „Hass“, „Neid“, „Feindschaft“ und moralische Verderbtheit jener, die mit „Ja“ stimmen würden. Alle, die den Volksentscheid zu unterstützen bereit waren, wurden bedroht, versetzt oder gar aus Ämtern und Arbeitsstellen entlassen. Darüber hinaus formte sich in einigen Kreisen der Rechten neben dem Bild vom Verlust „christlich-abendländischer Kultur- und Rechtstradition“ auch jenes vom „jüdisch-bolschewistischen“ Feind, das beileibe nicht erst die Nazis erfanden. Auch der gegen die „zugezogenen Ostjuden und sonstigen Fremdstämmigen“ gerichtete Antisemitismus nahm in bürgerlichen Kreisen breiten Raum ein. So war von DNVP-Mitgliedern die Absicht erwogen worden, durch einen von ihnen zu organisierenden Volksentscheid „alles Vermögen zu enteignen, das sich in jüdischen Händen befindet“. Der *Völkische Beobachter* und *Der Stürmer* befürchteten sogar, dass „der Kampf gegen die Ostjuden im deutschen Volke zu erlahmen beginne“.

Ein weiteres Beispiel: 1928 gab in der DNVP Alfred Hugenberg mit seinem im *Berliner Lokal-Anzeiger* veröffentlichten Text „Block oder Brei?“ den Startschuss für eine weitere Rechtsentwicklung dieser ohnehin schon auf der Rechten stehenden Partei. Unterstützung fand er dabei vor allem durch eine Organisation sogenannter Frontkämpfer des Ersten Weltkrieges, genannt *Der Stahlhelm*, der in seiner „Fürstenberger Hassbotschaft“ vom 2. September 1928 verkündete: „Wir hassen mit ganzer Seele den augenblicklichen Staatsaufbau, seine Form und seinen Inhalt, sein Werden und sein Wesen. Wir hassen diesen Staatsaufbau, weil in ihm nicht die besten Deutschen führen, sondern weil in ihm ein Parlamentarismus herrscht, dessen System jede verantwortliche Führung unmöglich macht [...] Wir hassen diesen Staatsaufbau, weil er uns die Aussicht versperrt, unser geknechtetes Vaterland zu befreien und das deutsche Volk von der erlogenen Kriegsschuld zu reinigen, den notwendigen deutschen Le-

bensraum im Osten zu gewinnen, das deutsche Volk wieder wehrhaft zu machen.“ Der *Stahlhelm* landete bei der SA, marschierte mit ins Völkermorden und ging in ihm unter. Doch seine Ziele ebenso wie seine auf einen neuen Krieg orientierenden Ausdrucksformen scheinen sich heute wieder rechter Beliebtheit zu erfreuen.

Noch ein anderes Beispiel: 1932 brachte Franz von Papen, zeitweilig Mitglied der katholischen Zentrumspartei, Reichskanzler und unter Hitler Vizekanzler, seine Verachtung der Demokratie und des Prinzips der Volkssouveränität mit den Worten zum Ausdruck: „Man muss dem Volke nur den Stiefelabsatz durch die Schnauze ziehen, dann pariert es schon.“ Für ihn und die hinter ihm stehenden Kreise schien dies die Rolle der Nazi-Partei zu sein. Es war an deren Mitwirkung gedacht, an die Nutzung ihres Potenzials für die eigenen Ziele.

Es kann also insgesamt keinerlei Zweifel aufkommen an der Schuld deutscher Eliten, erwachsen aus ihren generellen innen- und außenpolitischen Macht-Orientierungen, auch wenn diese zugleich auf konkurrierenden Teilinteressen beruhten. Grundsätzlich ging es um eine weitgehende und nur militärisch zu erreichende Revision der Ergebnisse des Ersten Weltkrieges sowie, soweit dafür erforderlich, auch jener der Novemberrevolution von 1918/19.

Hätte ich bei diesen Beispielen keine Namen und keine Jahreszahlen genannt – man hätte vielleicht an Ergüsse von Gauland, Höcke, Kubitschek, Kaiser, Weißmann u. a. m. denken können. In der Tat, vieles aus damaliger Zeit klingt so, als sei es heute verfasst und verbreitet. Es muss also nicht nur verglichen, es muss deutlich von neofaschistischem Ungeist und von Versuchen gesprochen werden, die noch (!) zersplitterten Kräfte nationalkonservativer, autoritärer, rechtsradikaler und neofaschistischer zu bündeln. Erste Mischformen ließen sich bei den Ereignissen in Chemnitz erkennen, doch nicht dort allein.

Macht über Massen – Massen für Macht

Natürlich muss, wird von bourgeoisen Eliten und Wegbereitern der Diktatur und des Krieges gesprochen, auch ein anderer geschichtswirksamer Faktor in den Blick gerückt werden. Aufstieg und Sieg der NSDAP ermöglichten sich auch durch die Mitwirkung eines leider viel zu großen Teils der Deutschen. Es gilt also, sowohl die gesellschaftlichen Verhältnisse und den sogenannten Zeitgeist zu benennen, die a) durch eine vielgestaltig lenkende Manipulation der Massen von oben her zustande kamen, und die b) auf einen fruchtbaren und empfänglichen Boden fielen. Es gab eine beträchtlich umfangreiche Manipulierbarkeit, besonders der braunen Anhängerscharen. Es gab und es gibt bei einer Vielzahl an Menschen so manche Übereinstimmung mit vorgegebenem Denken und direkten Verhaltensorientierungen. Manche „erlagen“ nicht nur den Sirenen der Rechten, sie wählten diese oder Rechtstele bewusst, sie zeigten sich sozusagen aus freiem Willen gewaltbereit und gewalttätig, auch auf der Straße. Das war damals und ist heute zwar politisch und moralisch verantwortungslos, aber durchaus geschichtswirksam.

Natürlich führte der brutale Nazi-Terror zu Angst und Disziplinierung, zu Anpassungs- und Unterwerfungsdruck. Doch es darf nicht übersehen werden: Die Mehrheit der Deutschen sah sich selbst nicht von Verfolgung, KZ-Haft oder Ermordung bedroht. Im Gegenteil: Weithin wurde der Anwendung strikter Gewalt zugestimmt. Man müsse es, so hieß oft, es den Roten, den Arbeitsscheuen, den Faulen und Asozialen ordentlich zeigen, sie bestrafen, in Konzentrationslagern isolieren und umerziehen. So ungeheuerlich dies auch erscheinen mag, es existierte da eine gedankliche Übereinstimmung zwischen der Führung und großen Teilen der Massen. Zu sprechen wäre sogar von einer Doppelrolle des Terrors. Dieser schreckte nicht nur ab, nein er übte auch gewinnende Wirkung aus, vor allem, wenn scheinbar dem kleinen Mann, der nach oben buckeln muss, Gelegenheit gegeben wurde, selbst nach unten treten zu können. Der Wirksamkeit propagierter Feindbilder und realer oder angebotener „Sündenböcke“ bot sich damit Grund-Legendes für die Entfaltung eines auf beliebige Ziele ausrichtbaren Kamp-

feswillen, schließlich auch eines beträchtlichen Zerstörungspotenzials. Wirksam eigentlich bis zum Schluss am 8. Mai 1945.

Ja, viele Deutsche ermöglichten faschistische Machtausübung, Kriegsvorbereitung und brutale Kriegführung. Seitdem gehört das Thema „Macht und Massen“, das es seit eh und je gab, in besonderem Maße auf die Tagesordnung antifaschistischer Politik. Eine solche Politik ist zu verstehen als eine Politik unterschiedlichster sozialer, politischer, religiöser, pazifistischer, bürgerlich-demokratischer, rassistisch verfolgter und anderer Kräfte, die geeint waren allein durch die strikte Feindschaft, die ihnen der Hitlerfaschismus entgegenbrachte, sowie durch ihren Widerspruch zu undemokratischer Machtausübung und barbarischer Friedlosigkeit. Man könnte auch von einer schwierigen, aber möglichen Einheit nichtfaschistischer Vielheiten sprechen, getragen vom kleinsten Nenner an Gemeinsamkeit, ohne den politische Kraft nicht zu erlangen war und auch heute nicht zu erlangen ist.

Wie „ticken“ die Massen?

In heutigem Sprachgebrauch könnte gefragt werden: Wie tickten die Menschen damals, wie ticken sie heute? Wie kamen und wie kommen Wahlergebnisse zustande, die autoritären Regimen Mehrheiten verschaffen und diesen Rückhalt bieten selbst in Krisensituationen? Weshalb gewannen und gewinnen Parteien und Bewegungen Zulauf, *obwohl* sie rechtspopulistisch argumentieren und agieren? Oder sollte man eher davon ausgehen, dass sie erstarken, *weil* sie so argumentieren?

Das Problem erscheint als ein zweigeteiltes: Zum *einen* besteht es darin, dass große Teile der Bevölkerungen die nationalkonservativen Kräfte durchaus attraktiv finden, ihnen zustimmen, sie akzeptieren und mit solchem Denken und Verhalten unverkennbar stärken. Zum *anderen* aber darin, dass manche Politiker und viele Medien alles verschleiern helfen, worin die gesellschaftlichen Grundlagen dieser Erscheinungen bestehen. Unkenntlich soll bleiben, wie die Verhältnisse den Zeitgeist prägen, welche dialektischen Wechselwirkungen zwischen Macht und Machtlosigkeit bestehen. In eine falsche Richtung warnend las man in den an sich hervorragenden *Blättern für deutsche und internationale Politik*: „Ein Gespenst geht heute um in der westlichen Welt. Ein Gespenst des wütenden und unberechenbaren Volkes“. Dazu passt wie die Faust aufs Auge jenes Orientierungs-Motto, das Ex-Bundespräsident Gauck am 22. Juni 2016 Jahres formulierte: „Nicht die Eliten sind das Problem, die Bevölkerungen sind im Moment das Problem.“

Sieht man von dem erkennbaren Ablenkungsmanöver ab, muss Antifaschisten aber schon bewegen, was Denken und Handeln von Bevölkerungen so problematisch erscheinen lässt, wie es zu erklären und wie dem zu begegnen ist. Wir haben es mit einem allgemeinen, sich durch die Geschichte der Menschheit ziehenden Problem zu tun. Bereits im Jahre 1550 dachte der französische Jurist Étienne de La Boétie – er gilt vielen als ein Ahnherr des Anarchismus – über das Bestehen einer „freiwilligen Knechtschaft“ von Menschen nach und stellte seinen Lesern die rhetorische Frage: „Wie kommt er [der Tyrann, M. W.] zur Macht über euch, wenn nicht durch euch selbst? Wie würde er wagen, euch zu verfolgen, wenn ihr nicht einverstanden wärt?“

Von großer geschichtlicher Bedeutung wurde die Tatsache, dass die Massen neues und zugleich erhebliches Gewicht nach der französischen Revolution und erst recht in den Zeiten des Übergangs vom 19. zum 20. Jahrhundert gewannen. Aus einer Menge von Menschen wurde die eine Eigendynamik entwickelnde Masse, deren Wirksamkeit und Rolle für das gesellschaftliche Geschehen eine neue Qualität erreichte – bedingt durch Konzentration und Zentralisation der Produktion, durch das enorme Anwachsen der Bevölkerungszahlen, durch die Formierung politischer Parteien und den Kampf um die Durchsetzung des Parlamentarismus, durch die sich vertiefenden Klassengegensätze sowie, diese durchaus auch überlagernd,

als Folge der alle Bereiche des Lebens erfassenden Gegensätze, also zwischen den Geschlechtern, zwischen Jüngeren und Älteren, Stadt- und Landbewohnern, unterschiedlichen Konfessionen und Regionen usw.

Keineswegs zufällig wurde am Ende des 19. Jahrhunderts begonnen, auch mit den Mitteln der Wissenschaft nach Möglichkeiten zu suchen, u. a. um Herr über die Massen bleiben zu können. Es war dann vor allem der Franzose Gustave Le Bon, der mit seiner „Psychologie der Massen“ (1895) in Erscheinung trat und den Herrschenden konkrete Ratschläge lieferte. Die Kenntnis dessen, was in den Köpfen der Massen vor sich gehe, sei „heute das letzte Hilfsmittel für den Staatsmann“. Verachtung, Herabsetzung und Beleidigung der Massen dominieren in seinem Buch. Der Mensch, wenn er „Glied einer Masse“ ist, steige „mehrere Stufen von der Leiter der Kultur hinab. Als einzelner war er vielleicht ein gebildetes Individuum, in der Masse ist er ein Triebwesen, also ein Barbar.“ Es heißt bei ihm: „Bei der Aufzählung der Faktoren, die imstande sind, die Menschenseele zu erregen, könnten wir uns die Erwähnung der Vernunft ersparen, wenn man nicht den negativen Wert ihres Einflusses aufzeigen müsste.“ Ratschläge galten direkt denen, die Wahlen gewinnen wollen und die „gegnerischen Bewerber [...] zu vernichten“ suchen sollten.

Wurzeln und Wirkungen

Die Geschichte erfolgreicher Beeinflussung der Massen durch die Herrschenden ist lang, ebenso auch die eines vielfältigen Nachdenkens über die Ursachen der Bereitschaft von Menschen, sich manipulieren zu lassen. Oft gab es Versuche, die Ursachen menschlichen Verhaltens mit Hilfe eines Verbundes von Marxismus und Psychoanalyse zu erschließen, ohne dass irgendein Freudomarxismus entstanden wäre. Viele Fragen reichen auch weit über psychologische Aspekte hinaus, von der Gefahr einer weniger sinnvollen, oftmals sogar irreführenden Psychologisierung gesellschaftlicher Themen ganz abgesehen. In Frage zu stellen sind ebenso Auffassungen, denen zufolge die Natur des Menschen für alles verantwortlich sei oder alles gar allein mit den Mechanismen der Gehirnzellen erklärt werden müsse.

Gern erinnere ich in diesem Zusammenhang an Auffassungen des italienischen Marxisten Antonio Gramsci. Der suchte nach Elementen bourgeoiser Herrschaft, die über den Gebrauch von Zwang und Gewalt hinausgehen und sprach von einer „geistigen und kulturellen Hegemonie“. Diese beruhe auf einer politischen und ideologischen Einbindung der Beherrschten in die Herrschaft, auf ihre weitreichende Zustimmung im Bereich der die Macht des Staates ergänzenden, sie stützenden „Zivilgesellschaft“. Dabei spiele eine entscheidende Rolle, dass die Interessen der Bourgeoisie sogar glaubhaft als allgemeine Interessen der ganzen Gesellschaft vermittelt würden, indem an reale Bedürfnisse und Ängste angeknüpft werde. Die soziale Position bestimme also nicht immer Identität und Meinung des Menschen. Es kann also nicht allein um einen „Kampf um die Köpfe“ gehen, wenn die Linke etwas Besseres erreichen will, es muss zugleich Veränderung der Verhältnisse angestrebt und berücksichtigt werden, dass Hegemonie auf vielen Ebenen stattfindet und an Orten, wo es nicht erwartet wird bzw. in Formen, die sie kaum erkennbar werden lassen.

Neoliberale Forderung: „Selbstoptimierung“

Heute sehen sich viele Menschen einem alltäglichen Dreischritt ausgesetzt, der ihnen durch die Fülle sogenannter Ratgeberliteratur, durch Esoterik, Lifestyle-Empfehlungen, Sport und Fitness, kultische Verehrungspraxis von Promis und Stars aller Art, Reality-TV und Seifenoperen, nicht zuletzt auch durch soziale Netzwerke anempfohlen wird: Von ihnen wird *Selbstthematisierung* verlangt, also eine private Analyse eigener Schwächen als Grundlage individueller Verbesserungsmöglichkeiten. Dem soll eine permanente *Selbstoptimierung* sowie die *Selbstdarstellung* folgen, denn es sei ja, wie es heißt, im (individualisierten kapitalistischen) Konkurrenzkampf nötig, andere auf die eigenen neu gewonnenen Stärken aufmerksam zu

machen. Um am Arbeitsplatz und überhaupt in der Gesellschaft bestehen zu können, müsse man an sich selbst arbeiten, sich selbst optimieren, sich selbst zu effektiver Leistung befähigen.

Mit solcher „Selbstformation“, die m. E. zugleich eine bittere „Selbsttäuschung“ darstellt, verlagert sich zudem die Kontrolle des Verhaltens von oben, sozusagen der primäre Ausgangsfaktor der Macht, gleichsam in die Menschen hinein. So erfolgt eine bewusste oder unbewusste Verinnerlichung der von oben gegebenen Normen. Heute sei das „Self-Tracking“ in Mode gekommen, die digitale Selbst-Überwachung, von der Simon Schaupp meint, sie werde mit einer Leidenschaft betrieben, die „jeden Blockwart alt aussehen“ lasse.

Die so entstehende Individualisierung und Emotionalisierung gehen Hand in Hand mit Entpolitisierung und Entsolidarisierung. Folgerichtig gerät einerseits die Macht der Apparate-Beherrscher in einen hilfreichen Nebel ihrer Anonymität. Andererseits verändert sich das Bild vom Menschen, denn es kann sich der Typ eines neuen Untertanen entfalten: pflegeleicht, kreuzbrav, treudoof.

Neue Abgründe

Wir in der an Theorie so arm gewordenen Linken haben bislang keine Antwort gefunden auf die Frage, wie Menschen zu bewussterem Handeln bewegt und zum Übersteigen der Grenzen ihrer Verführbarkeit veranlasst werden können. Das schließt auch das Problem ein, wie mit den Verführbaren umzugehen ist, denn ganz gewiss sind die dem Bestehenden willig Folgenden nicht als ahnungslose Unschuldslämmer abzutun. Individuelle Verantwortung ist daher gefordert, und sollte erreichbar sein sowohl mit geduldiger Aufklärung über die gesellschaftlichen Ursachen von Denkstrukturen und Verhaltensmustern der Menschen als auch über ihren sozial geprägten Charakter. Um die Suche nach und um die Verbreitung von Erklärungen für die Wirkungsmächtigkeit von Emotionen und Stimmungen, von Zufriedenheit ebenso wie von Wut-Bürgerlichkeit kommt jedenfalls keine Wissenschaft, keine Politik herum.

Hingegen ist es leider bedauernswerte Tatsache, dass es unter den Linken viel unnützen Streit gibt, ja, dass einige Debatten sich schier endlos um sich selbst drehen und so das zu klärende Gesicht eines Antifaschismus im 21. Jahrhundert außerordentlich belasten. Alles, was uns heute begegnet, am traditionellen Faschismus und in Deutschland am Nazifaschismus zu messen, ist notwendig. Daran bleibt nichts zu deuteln. Dieses Messen indessen zum wichtigsten oder gar alleinigen Kriterium zu erheben, wird in die Irre führen. Notwendig sind neue Analysen einer neuen Situation sowie neue Zielbestimmungen. Es stellen sich neue Fragen an einen zeitgemäßen Antifaschismus und an sein Zukunftsprogramm. Schlichte historische Vergleiche verbieten sich auch in dieser Hinsicht.

Existenzielle Gefahren

Birgt nicht manches in der Welt von heute möglicherweise noch viel größere Risiken in sich, als sie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts über die Welt gebracht wurden? Sind heute – also in den Zeiten zunehmender Konkurrenz zwischen Mächtigkeitsgruppen und in diesen selbst, in den Zeiten der alles destabilisierenden Rückzüge auf nationale Interessen, in den Zeiten ohne jede ernsthafte internationale Verständigung, in den Zeiten von Kriegen und weltweit gestützten Bürgerkriegen – sind da nicht noch furchtbarere und globalere Folgen für die Menschheit denkbar? Wahrscheinlich wird es kaum einen dritten bzw. vierten Weltkrieg in der Form des ersten oder zweiten geben, doch schlimmer und folgenreicher könnten schließlich globale Kriege sein um Wasser und Nahrungsmittel, um Rohstoffressourcen, Einflusszonen u. ä. m., geführt mit atomaren und gentechnischen Massenvernichtungswaffen, mit elektronischen Mitteln in Netz und Cloud. Welche Folgen zeichnen sich für die Bewegung ganzer Völkergruppen ab, wenn – wie der Internationale Währungsfonds (IWF) jüngst in einer Untersu-

chung vorausgesagt hat – in den nächsten zwei Jahrzehnten auf der ganzen Welt durch eine weitere Automatisierung der Industrie 180 Millionen Frauen arbeitslos werden sowie weitere 150 Millionen „männliche“ Arbeitsplätze verloren gehen? Mit welchen neuen Erscheinungen von Entmenschlichung und Entmoralisierung ist angesichts des anhaltenden, zum Teil sogar ganz bewusst vorangetriebenen Differenzierungsprozesses zwischen Arm und Reich zu rechnen? Was besagt es, wenn Umfragen ergeben, dass fast zwei Drittel von Befragten beklagen würden, man schleppe in der Gesellschaft „zu viele Schwache mit“? Und wenn die These stimmt, wofür vieles spricht, dass künftig 20 Prozent der Erdbevölkerung genügen, um alles herzustellen, was gebraucht wird, dann geht es in irgendeiner der weiteren großen Krisen – und die werden gewiss kommen – nicht allein um die existenzielle Unsicherheit sogenannter Unterschichten, sondern um das menschliche Dasein der leicht als „überflüssig“ zu diskreditierenden Mehrheit.

Die Barbarei im Umgang von Menschen mit „anderen“ Menschen – gleich ob als rassistisch definiert, als dumm diffamiert oder als sozial minderwertig und entbehrlich angesehen – sie könnte ein neues, dann wohl aber für die Menschheit ein endgültiges Maximum finden. Dies wäre dann vielleicht als ein sich immer weiter faschisierender Faschismus zu bezeichnen. Kann für Verfechter eines solchen Gefahrenhorizonts irgendein anderer, ein treffenderer und realitätsbezogenerer Begriff als der Faschismus gefunden werden, so wird das am humanistischen Geist des historischen Antifaschismus und dem der gegenwärtigen Bewegungen für soziale Gerechtigkeit und reale Demokratie sowie für friedliche Verhältnisse nichts ändern. Zu suchen sind allerdings neue politische Inhalte, auch neue Kampfformen für die Lösung großer und kleiner Probleme, in internationalem und nationalem Rahmen wie selbstverständlich auch in regionalen und lokalen Zusammenhängen.

Gegen den heutigen Marsch in eine andere, eine stärker rechtsorientierte Republik bedarf es keiner „blauen“, sondern einer konsequent-alternativen Politik. Mit ihr wäre anzustreben: Empörung statt Hinnahme und Resignation, aktiver Widerstand statt duldsamer Anpassung, Gegendruck statt schrittweiser Gewöhnung an das jetzt von Herrschenden Gewollte. Da Alltagsbewusstsein und -verhalten aus einem komplexen und außerordentlich vielgestaltigen Bündel politischer, sozialer, ökonomischer, kultureller, religiöser und auch mentaler wie sozialpsychologischer Faktoren erwachsen, wären immer zugleich jene materiellen, sozialen, geistigen und weltanschaulichen Grundlagen zu enthüllen, die dazu führen können, dass viele Menschen in Unkenntnis und selbstverschuldeter Ohnmacht menschenfeindliche Handlungsmotive nicht erkennen, gewaltsamen Aktionen zu wenig widerstehen oder gar neue Kriege akzeptieren.

Die Vergangenheit liegt keineswegs fern vom Heute, im Gegenteil: Sie geriet wieder zu großer Nähe. Streiten wir daher mit aller Kraft und gemeinsam gegen ein mögliches „Morgen“, das ein „Gestern“ wiederholen, nein: in andere und alles Leben bedrohende Höhen führen würde!

Vortrag für eine Veranstaltung von Rosa-Luxemburg-Stiftung und VVN-BdA im Halle an der Saale, 16. Oktober 2018, Sonderdruck, 24 S.

Abedruckt auch in: Marxistische Blätter, Heft 1/2019, 01.01.2019, S. 94-102.

Marx für rechts?

Wer den Trubel kennt, den „runde“ Jahrestage auslösen, weiß auch um die Bereitschaft einer Vielzahl von Historikern, Publizisten, Journalisten usw., daran aktiv teilhaben zu wollen, schließlich kann jede Wortmeldung auch mit persönlichem Nutzen verbunden sein, gleich ob ideeller oder finanzieller Art, gleich ob aus Karriere-Intentionen oder handfesten politischen Ambitionen. Das gilt auch für Autoren, die auf der rechten Seite der Gesellschaft stehen und die bestehenden politischen Machtverhältnisse zu ihren Gunsten verändern möchten. Die Chance der großen – für manche doch etwas überraschenden – Konjunktur des Mannes Karl Marx anlässlich seines 200. Geburtstages ließen auch sie nicht ungenutzt vorübergehen. Manche Publikation belegt dies, auch die vorliegende. Doch solche Nützlichkeitsabwägungen lediglich als ein temporäres Tun zu werten, wäre zu kurz gedacht. So beabsichtigen die Autoren des vorliegenden Bandes mit dem Titel „Marx von rechts“ nicht, Marx ein wiederholtes Mal vom Sockel zu stoßen. Ihnen liegen ebenso die immer noch landläufig vorgebrachten Begründungen fern, von Marx habe ein direkter Weg zum realen Sozialismus, zu Stalins Terror, zum Unrechtsstaat DDR usw. geführt.¹

Nicht ohne Grund hielt es der Dresdener Jungeuropa Verlag allerdings für notwendig, im Impressum des Buches zu erwähnen, der Titel sei vom Verlag bestimmt worden und spiegele nicht zwangsläufig die Meinung der Autoren wider. Berechtigt: Den Autoren geht es schlicht und einfach darum, Karl Marx – um im Bild zu bleiben – auf einen anderen Sockel zu stellen. Sie meinen, seine Kapitalismus-Analysen könnten einer grundsätzlichen Positions- und Zielbestimmung der sogenannten Neuen Rechten dienen, und hoffen, in der Gesellschaft, insbesondere unter Arbeitern und allen von sozialen Problemen Betroffenen mehr Einfluss erreichen zu können. Sie versuchen, der – zwar zunehmenden, aber (noch) zersplitterten – rechtslastigen Szenerie Deutschlands² eine tragfähige Orientierung zu bieten. Dabei leitet sie der Wunsch, so die diversen rechten Parteien, Gruppen und Strömungen unter einen Hut zu bringen sowie die dafür als notwendig betrachteten Entscheidungs- und Konzentrationsprozesse in Gang zu setzen. Ihren zur Schau getragenen Antikapitalismus stellen sie dar als eine theoretische Basis für das politische Wirken der Neuen Rechten. Das Ergebnis: Eine eigenwillig-selektive Interpretation der Kritik von Marx am Kapitalismus als Grundlage eigener Kritik am Parteienwesen, an Parlamentarismus und an liberaler Demokratie. Alles dient dem erkennbaren Ziel, innerhalb der Neuen Rechten eine völkisch-nationalistische, genauer: eine „volks-gemeinschaftliche“ Sozialpolitik durchzusetzen. Wie dazu in dem doch recht schmal geratenen Band historisch und politisch argumentiert wird, soll hier im Vordergrund stehen.

Seit langem kann die „soziale Frage“ als Spaltpilz innerhalb des ohnehin unübersichtlichen Mosaiks jener Kreise bezeichnet werden, die sich rechts von CDU/ CSU (oder auch in deren Reihen) verorten. Vergeblich bemüht sich die AfD bislang, eine klare sozialpolitische Programmatik zu finden; erst im Jahr 2019 soll ein gesonderter Sozialpolitik-Parteitag Klarheit bringen. Konträr stehen sich gegenüber: Verfechter eines völkischen Sozialpopulismus³ und jene, die wie Alice Weidel und Jörg Meuthen eher nationalliberale und marktradikale Positionen vertreten. In der Gefolgschaft des Scharfmachers Björn Höcke wird hingegen einem „so-

¹ Der Verfasser dieser Besprechung lebt in Jena – er weiß also, wie hier mit solchen „Argumenten“ ein Schmierentheater aufgeführt wird, nur um eine 1953 vor dem Hauptgebäude der Friedrich-Schiller-Universität aufgestellte Marx-Büste weiterhin in der 1992 verordneten Entfernung aus der Öffentlichkeit zu halten. Marx dürfe weder verteufelt noch weiter angebetet werden.

² Eine aufschlussreiche Übersicht bietet magazine. eine publikation des apabiz e. V., Nr. 1 vom Mai 2018 unter dem Titel Rechte Printmedien und die AfD.

³ Davon spricht Kai Budler in einem Artikel über den Alternativen Arbeitnehmerverband Mitteldeutschland. In: der rechte rand. magazin von und für antifaschistInnen, Nr. 171, März/ April 2018, S. 8-11. Siehe hier (S. 16 ff.) auch Richard Gebhardt: Antikapitalismus für Deutschland. Zur Renaissance der Kapitalismuskritik von rechts.

lidarischen Patriotismus“ Vorrang zugesprochen. Von Jürgen Pohl (aus der thüringischen AfD stammend und in seiner Bundestagsfraktion als „Sprecher für Arbeitnehmerfragen“ tätig) stammt die Aussage, die Sozialpolitik sei das „große Zukunftsthema“, zumindest müsse dies als entscheidend für die nächsten im Osten Deutschlands anstehenden Wahlen betrachtet werden. Originalton Höcke: „Sozial ohne rot zu werden“ – das sei die richtige Parole. Sozial, aber nicht links, also sozial und national. Was wohl doch eher an das aus früheren Zeiten bekannte Zusammenfügen von Nationalismus und Sozialismus mit dem Begriff Arbeiterpartei erinnert.

Es gelingt Philip Stein recht prägnant auf den sieben Seiten seines Vorworts, die angedeuteten konzeptionellen Überlegungen vorzustellen und zu erläutern. Obwohl noch recht jung, machte der Autor schon viel von sich reden. Er gehört der AfD an, wie bei Wikipedia zu lesen ist, und gilt nicht allein als rechtsradikaler deutscher Verleger, sondern auch als ein durchaus „ultra-rechter Burschenschafter“, „völkischer Stratege“ und „rechter Netzwerker“. Unsagbares will er, der sich als Deutscher nicht seines Passes, sondern „seines Blutes wegen“ (sic!) versteht, wieder sagbar machen. Gleich zu Beginn gibt es eine heftige Philippika gegen Versuche seiner (hier nicht genannten) Partei, einen „Minimalkonsens“ zwischen den „wirtschaftsliberalen Parlamentariern“ und jenen Kräften zu schaffen, die – ebenso etwas nebulös – als „grundsätzliche, sozial orientierte Aktivisten“ bezeichnet werden. Nach seiner Auffassung müssten sich die Antipoden „sozial“ und „libertär“ innerhalb der Neuen Rechten zu einer „breiten Front“ vereinen, sonst könne diese langfristig nicht „sanktionsfähig“ bleiben. Dafür wären jedoch grundlegende Fragen im Rahmen „einer neurechten Theorie als unabdingbares Fundament der politischen Praxis“ zu klären: Soll mit der geistigen Überwindung von Kapitalismus und Liberalität ein tiefgreifender Neubeginn oder lediglich eine behutsame Reform des Bestehenden angestrebt werden? Letzteres wird allerdings als ein Totengrab „für alle Hoffnungen auf eine Wiederauferstehung der Gemeinschaft“ verstanden.

Es geht also um Ersteres und damit zugleich um den Versuch, den in der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bestehenden Hauptwiderspruch zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse umzudeuten in einen, der zwischen unterschiedlichen Gruppen bürgerlicher Eliten besteht. Dieser – rein ontologisch und eher mit Hegel statt mit Marx gedeutet – habe als Grundlage „alternativer“ Politik zu gelten.⁴ Man wolle ein „kohärentes rechtes, nichtkapitalistisches und soziales Ideengebäude“ errichten. Deshalb sei es an der Zeit, Marx den „Klauen einer mit dem Kapitalismus kooperierenden Linken zu entreißen“. Weil von ihm zu lernen sei, was den Kapitalismus in seinem Innersten zusammenhält: „Von Marx lernend, dabei überholten und ideologischen Ballast zurücklassend, können wir als kapitalismuskritische Rechte fortschreiten und endlich (sic! M. W.) wieder auf das hinarbeiten, was unser aller Ziel sein sollte: die Einheit.“

Eine in sich uneinheitliche, geteilte Gesellschaft sei unvereinbar mit „Brüderlichkeit“. Das „Gemeinwohl“ müsse über den Klassen und Parteien stehen. Teilung bedinge Hass und würde, wie es höchst nationalistisch heißt, das Gefühl „in den Gliedern ein und desselben Volkes“ erlöschen, Teil eines höheren Ganzen, einer hohen, allumfassenden, geschichtlichen Einheit zu sein.“ Ein „zeitloses Ideal“, zu verstehen als Ausdruck eines angeblich homogen bestehenden Volkes, habe „über Klassen, Parteien und anderen mechanischen Konflikten“ zu stehen. Von einer nationalen und sozial(istisch)en Volksgemeinschaft, wie sie in Deutschland bereits

⁴ In einer kritischen Besprechung des vorliegenden Buches schlussfolgert der Hamburger Philosoph Siegfried Gerlich (Pianist und Publizist sowie ebenfalls ein Autor und Herausgeber im rechten Sezession-Verlag Antaios) spöttisch, aber treffend: Wenn das liberal-kapitalistische Weltsystem zum Hauptfeind erklärt wird, dann müssten „die liberal-konservativen Kollaborateure aus dem eigenen Lager zumindest als Nebenfeinde betrachtet werden, die es gleich mitzuerledigen“ gelte. <https://sezession.de/59438/marx-von-rechts-eine-debatte-1>

zwischen 1933 und 1945 propagiert worden ist, wird zwar nicht gesprochen, doch nur sie kann gemeint sein. Verklauusliert, aber unverkennbar!⁵

Neu ist das alles nicht. Aus eigenen Interessen und aus dem Wissen um die Dringlichkeit der nicht zu übersehenden sozialen Frage sahen viele Konservative sowohl im 19. als auch im 20. Jahrhundert ihren Hauptgegner in einer von Parlamentarismus und Liberalismus geprägten bürgerlichen Welt. Solche „Denktraditionen“ werden wieder aufgegriffen und für „alternative“ Politik genutzt, im Band vor allem praktiziert von Benedikt Kaiser. Von ihm – er ist ebenfalls ein junger Politologe und Publizist, dem rechtsintellektuellen Milieu um Götz Kubitschek zugehörig und regelmäßig für die vom „Institut für Staatspolitik“ herausgegebene Zweimonatszeitschrift „Sezession“ schreibend – stammt der umfangreichste und wohl auch gewichtigste Beitrag (S. 13-78). Hier wird ausführlich die Geschichte rechter Kapitalismuskritik in Deutschland reflektiert, beginnend mit dem preußischen Rittergutsbesitzer und Abgeordneten der Deutschen Nationalversammlung Karl Rodbertus (1805-1875), fortführend mit Gustav Schmoller (1838-1917) und Adolph Wagner (1835-1917), die beide eine Rolle in dem 1872 von sogenannten Kathedersozialisten gegründeten Verein für Sozialpolitik, mit Wichard von Moellendorf (1881-1937) und Werner Sombart (1863-1941) spielten. Dass Letzterer 1934 in seinem Buch *Deutscher Sozialismus* ganz im Sinne der hitlerfaschistischen Politik eine Theorie des Sozialkapitalismus vertrat, erfährt der Leser hier nicht. Wie auch alles ausgeklammert bleibt, was eigentlich zu Inhalt und Funktion der Sozialpolitik des deutschen Faschismus zu sagen gewesen wäre. Selbst der Begriff Nationalsozialismus wird nicht erläutert. Hitler, Göring, Rosenberg u. a. m. hätten nur mit einem sozialen und antibürgerlichen Vokabular „kokettiert“. Der Kapitalismus sei nur „rassisch ‚gesäubert‘ und national gezügelt“, sei aber nicht dezidiert kritisch gesehen worden. Da klingt der Vorwurf wohl doch recht eigenartig, es seien nicht einmal „ansatzweise Analysen der spezifischen kapitalistischen Produktionsweise und Gesellschaftsbeziehungen“ vorgenommen sowie die Gedanken von Marx nicht einmal selektiv „rezipiert“ worden.

So richtig die Aussage ist, von den Nazis sei der Kapitalismus nicht in Frage gestellt worden, so sehr wäre auch danach zu fragen gewesen, weshalb die NSDAP ihre Wahlkämpfe hauptsächlich mit der Forderung nach „Brot“ versah, weshalb sie sich bemühte, den Marxismus „auszurotten“, verbunden mit der Erklärung, dieser sei durch Parlamentarismus, Demokratie, Liberalismus, Parteien usw. ermöglicht, geduldet, unzureichend bekämpft worden. So war gegen das „System“ gewettert worden, um es zu bekämpfen und zu überwinden. Die historische Realität der Nazi-Kritik am Bürgertum wird von Kaiser übergangen. Kein Wort davon, dass dem Bürgertum vorgeworfen worden war, es habe die Niederlage im Ersten Weltkrieg bewirkt, die Juden zu lasch behandelt und sich aller Revolutionäre von 1918/19 – beschimpft als „Novemberverbrecher“ – nicht konsequent entledigt. Man hätte vielleicht bei Hitlers *Mein Kampf* oder anderen Quellen nachschlagen sollen.

Kaiser stellt ferner die „die rechte bzw. nationale Grundierung des Antikapitalismus“ einer ganzen Reihe von Publizisten dar, die im sogenannten Tatkreis wirkten: Giselher Wirsing, Ernst Wilhelm Eschmann und Hans Zehrer. Ferner wird auf Otto Strasser, teils sogar auf dessen Bruder Gregor Strasser sowie auf Ernst Niekisch verwiesen. Bedauert wird das „Schattendasein“ einer antikapitalistischen Rechten nach dem Zweiten Weltkrieg, beklagt die Tatsache, dass es in Deutschland kaum, wohl aber in Frankreich eine Rückbesinnung auf die antikapitalistischen Rechten der Weimarer Republik gegeben habe. Vor allem Alain de Benoist sei es zu

⁵ Auch auf die Frage, für welche Ziele eine „deutsche Volksgemeinschaft“ zu wirken habe, wird nicht eingegangen. Deutlich sind diese jedoch im jüngst erschienenen Buch von Björn Höcke „Nie zweimal in dem selben Fluss“ als Vision eines europäischen Großraums mit Deutschland als Kraftzentrum formuliert worden. Auf den faschistischen Charakter dieser Zielstellung macht Andreas Kemper in seinen Publikationen über Höcke aufmerksam.

danken, dass die Ideen der Konservativen Revolution konsequent mit den Ergebnissen der zeitgenössischen Wissenschaften weitergeführt und zu neuen Theorien genutzt wurden. Deren Ergebnis bestehe in der Erklärung des Liberalismus zum „Hauptfeind“ der Rechten, wobei dieser als „universalistische Ideologie“ bezeichnet wird (wo bleibt da das Ökonomische?!, M. W.) und von drei Pfeilern getragen sei: „Kapitalismus, ‚Religion der Menschenrechte‘ und Marktgesellschaft“.⁶ Harsche Kritik trifft den heute herrschenden „Linksliberalismus“. Um den zu schlagen, was Gebot der Stunde sei, müsse debattiert werden, ob der Weg dahin ohne Marx, weil ein „rotes Tuch“ für viele Denker und belastet mit einem „Gros marxistischer Irrungen und Fehlleistungen“⁷, oder aber mit einem „nicht-marxistischen Marx“ bzw. mit einem Ur-Marx zu gehen sei.

Dieser Umgang mit Marx gerät selektiv – vorrangig werden der Ökonom und seine Analysen zur inneren Logik kapitalistischen Wirtschaftens betrachtet, der Philosoph nur bedingt und der Politiker überhaupt nicht.⁸ Gestützt auf Robert Kurz wird der „exoterische“ vom „esoterischen“ Marx getrennt. Ersterer sei der Theoretiker des Klassenkampfes, der Verfasser des Manifests der Kommunistischen Partei und der Ökonomisch-philosophischen Manuskripte aus seinen frühen Jahren, letzterer der „Marx der Reifezeit“. Der Klassenkampf stellt ein immanentes Wesensmerkmal des Kapitalismus dar – nicht so bei den Autoren. Auch taucht die zentrale Frage nach der Rolle des Eigentums an den Produktionsmitteln nicht auf. Völlig unklar bleibt, wie eine Gesellschaft aussehen und funktionieren soll, die den Kapitalismus überwunden hat, sieht man von den zitierten und letztlich idealistischen Aussagen über eine „Volksgemeinschaft“ ab.

In den Beiträgen von Alain de Benoist („Karl Marx und der Warenfetischismus“ sowie „Wertkritik“) und Diego Fusaro („Geschichte, Ideologie, Wahrheit. Marx und die Deduktion der Kategorien“) lassen sich die von Stein und Kaiser gesetzten politisch-theoretischen Ambitionen weniger bzw. kaum erkennen. Benoist, der 2005 in einem Artikel der Jungen Freiheit abwertend meinte, man dürfe bloß von einer „Rhetorik der Menschenrechte“ sprechen, referiert Aussagen besonders aus dem vierten Kapitel des Kapitals zu Arbeit, Wert, Ware und Warenfetischismus. Er fordert eine „Kulturrevolution von rechts“ und übt sich in einer „rechten“ Deutung der Hegemonie-Ideen Antonio Gramscis. Wahrscheinlich kein Zufall: Das so betitelte und 1985 erstmalig auf Deutsch erschienene Benoist-Buch wurde 2017 von Kaiser im Jungeeuropaverlag neu ediert. Der italienische Philosoph Fusaro wendet sich schließlich vor allem gegen die These vom Ende aller Ideologien. Diese sei wohl die perfideste Idee des Liberalismus und bedeute Unabänderlichkeit. Stattdessen sucht er, auf Hegel zurückgreifend, nach einer „neuen Ontologie des gesellschaftlichen Seins“.

Steht Marx nun auf einem neuen Sockel? Ganz gewiss nicht. Kann der Band zumindest als ein sich auf Marx gründender Beitrag zu den angestrebten rechts-alternativen, nicht-kapitalistischen Zukunftsentwürfen angesehen werden? Wohl kaum! Eher bestätigt er, dass Marx sich nicht von den Rechten aneignen lässt und weiterer Richtungsstreit unter den Rechten der Rechten erwartet werden darf.⁹

⁶ An anderer Stelle wird Alain de Benoist zitiert: Hauptgegner der Neuen Rechte sind „der Kapitalismus und die Konsumgesellschaft auf ökonomischer Ebene, der Individualismus auf philosophischer Ebene, die Bourgeoisie auf gesellschaftlicher Ebene und die USA auf geopolitischer Ebene.“ Alain de Benoist: Am Rande des Abgrunds. Eine Kritik der Herrschaft des Geldes, Berlin 2012, S. 175.

⁷ Hier verweist Kaiser auf die Publikation von Christina Morina: Die Erfindung des Marxismus. Wie eine Idee die Welt eroberte, München 2017.

⁸ Mit Recht spricht Wilfried Nippel in seiner neuen Marx-Biografie vom „Politiker hinter den Kulissen der Arbeiterbewegung“.

⁹ Das Buch hinterlasse, so urteilt Gerlich als rechter Kontrahent Kaisers, „insgesamt den Eindruck einer zunehmenden Realitätsverweigerung“. Sein Resümee: „Weht dem Leser in dem beherzten Vorwort noch

Benedikt Kaiser, Alain Benoist und Diego Fusaro: Marx von rechts. Mit Übersetzungen von Fritz Hoewer und Michael Klotz. Mit einem Vorwort von Philip Stein. Jungeuropa Verlag Dresden 2018, 144 S., 22,00 Euro
Marxistische Blätter, Heft 6/2018, 01.11.2018, S. 141-145.

eine frische Sturmböe entgegen, so wird ihm die Luft in den Hauptbeiträgen immer dünner, und am Ende findet er sich unter einer ideologischen Käseglocke wieder.“ Ebenda.

Rechte Sammlungsbewegung

Vor 100 Jahren wurde in München die Deutsche Arbeiterpartei gegründet. Sie war der Vorläufer der NSDAP

Anlässlich des 100jährigen Jubiläums kann viel Neues zu Verlauf und Ergebnissen der Novemberrevolution in Deutschland gelesen werden, vor allem Kritisches zum Handeln von SPD und USPD sowie zur KPD-Gründung. Weniger hingegen ist zu erfahren über jene Kräfte, die im Hintergrund gegen die Novemberrevolution wirkten, getreu der von General Wilhelm Groener später getroffenen Einschätzung, man habe „die Zügel (...) aus der Verborgenheit heraus zu lenken verstanden“.

Neben den kaiserlichen Militärs, mit denen sich die Führung der SPD bereits in der Nacht vom 9. zum 10. November 1918 verbündet hatte, und den ungehindert fortwirkenden hohen Staatsbeamten betrieben auch die bürgerlichen Parteien das Werk der Konterrevolution. Sie sahen sich zunächst in ihren Grundfesten erschüttert, formierten sich aber rasch neu und orientierten sich alle ein wenig nach links. Mit dem Blick auf ihre nun in einem republikanisch-parlamentarischen Herrschaftssystem wahrzunehmende Rolle suchten sie sich den veränderten Bedingungen anzupassen, die Unzulänglichkeiten des Charakters alter „Honoratioren“-Parteien abzustreifen und über den traditionellen Stamm von Wählern hinaus einen breiten Massenanhang zu gewinnen.

Neue Namen, die Wandel, Volksverbundenheit und soziales Engagement andeuten, sollten es richten: Deutschnationale Volkspartei (DNVP), Deutsche Volkspartei (DVP), zeitweilig auch Christlich-demokratische Volkspartei (Zentrum). Da blieb wenig Platz für die 1917 entstandene Deutsche Vaterlandspartei (DVLP), deren präfaschistischer Charakter heute kaum noch bestritten wird. Viele ihrer Mitglieder gingen zur DNVP, ohne jedoch dort den Ton angeben zu können.

Zugleich entstand ein organisationspolitisch offener Raum, in dem die Rechtsten unter den Rechten sich neu zu formieren versuchten. Bereits am 3. Oktober 1918 hatte Heinrich Claß als Chef des Alldeutschen Verbandes getönt, es müsse „eine große, tapfere und schneidige Nationalpartei“ geschaffen und rücksichtslosester Kampf gegen das Judentum geführt werden, „auf das all der nur zu berechnete Unwille unseres guten und irregeleiteten Volkes abgelenkt werden“ müsse. Es gab zwar ein breites Geflecht alter sowie neuer paramilitärischer, konservativ-deutschnationaler, alldeutscher und völkisch-rassistischer Verlage, Zeitschriften, Gesellschaften und Zirkel, doch Wirkung erzielten sie nur in den eigenen Reihen. Sie alle stellten aber einen Nährboden für die Herausbildung neuer völkisch-rechter Parteien dar.

Eine, die diesem Bild entsprechen sollte, entstand unbemerkt von der Öffentlichkeit am 5. Januar 1919 in der Hinterstube des kleinen Münchener Cafés Gasteig am Rosenheimer Berg. Ungefähr 25 Anwesende gaben sich großspurig und vieldeutig den Namen Deutsche Arbeiterpartei (DAP). Karl Harrer, eines von rund 1.500 Mitgliedern der antisemitischen und finanzstarken Thule-Gesellschaft, hatte ihn vorgeschlagen und durchgesetzt. Seine Begründung lautete: Der Weg in die Öffentlichkeit sei zu suchen.

Großkapital schützen

Den Vorsitz übernahm Anton Drexler, ein ganz im Banne nationalistischen und antisemitischen Denkens stehender Werkzeugschlosser. Er führte die Tradition des berüchtigten Alldeutschen Verbandes fort und knüpfte direkt an die gescheiterte DVLP an, deren großindustrielle und junkerliche Gründer eine Massenbasis für die Militärdiktatur der Obersten Heeresleitung unter Hindenburg und Ludendorff sowie deren abenteuerliche „Siegfrieden“-Pläne hatten schaffen wollen. Im Sommer 1918 war er in den Reichsausschuss des mehrere hundert-

tausend Mitglieder umfassenden „Freien Arbeiterausschusses für einen guten Frieden“, in München sogar an die Spitze eines gleichnamigen Gremiums gewählt worden.

Drexlers Forderungen galten der „Adelung des deutschen Arbeiters (...) als ein dem Mittelstande gleichgestellter Staatsbürger“ sowie einer resoluten „Aufklärung unter den Arbeitermassen über den Verrat ihrer undeutschen Führer“. Undeutsch – dieser Vorwurf traf alle: Sozialdemokraten und Kommunisten wie auch Pazifisten und Anhänger der parlamentarischen Demokratie. Programmatisch formulierte Drexler, es müsse in der „neuen kommenden Weltordnung (...) ein neues geeinigtes Deutschland erstehen“. Ihm ging es vorrangig um einen „festen Nationalismus“, dem Parteihader, Klassenkampf und Bruderhass zu weichen hätten. Drexlers Überlegungen gipfelten in der Warnung vor einem „Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft“, falls die von breiten Teilen der deutschen Arbeiterbewegung in der Novemberrevolution 1918/19 angestrebte Sozialisierung, die Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel, durchgesetzt würde. In seinen „Richtlinien“ für die Arbeit der DAP schlussfolgerte Drexler, das „Großkapital“ sei „als Brot- und Arbeitgeber zu schützen“. Er verband dies mit der verschwommenen, sich an bourgeoiser Sozialpolitik orientierenden Einschränkung, es dürfe „rücksichtsloseste Ausbeutung des Arbeiters diesem ein menschenwürdiges Dasein“ nicht unmöglich machen.

Kein Hintertreppenspek

Die Gründung der DAP bedeutete mehr als Vereinsmeierei und Hintertreppenspek. Hier fanden – wie auch in zahlreichen anderen Orten Deutschlands und anderen europäischen Ländern – Kräfte zusammen, die auf bislang unbekannte Art Politik betreiben wollten. Ihre Strömung wurde bald überall, die Selbstbezeichnung der italienischen Schwarzhemden-Bewegung Benito Mussolinis übernehmend, als Faschismus bezeichnet. Mit der DAP, die ein Jahr darauf ihrem Namen das Adjektiv „nationalsozialistisch“ hinzufügte, setzte in Deutschland dessen Formierung ein. Ihr Ziel war es, die Ergebnisse des verlorenen Krieges und das Wirken der „Novemberverbrecher“ so rasch und so gründlich wie möglich rückgängig zu machen, verbunden mit der Bereitschaft, sich dafür aller verfügbaren Gewaltmittel zu bedienen, selbst um den Preis eines neuen Krieges nach außen und eines Bürgerkrieges.

Von Anfang an konnte die DAP auf die Unterstützung und Förderung aus den Reihen wirtschaftlicher, militärischer, politischer und geistig-kultureller Oberschichten zählen, denen die neue Partei aus unterschiedlichsten Gründen dienlich und von politischem Nutzen schien. Sie ermöglichten damit auch den späteren Aufstieg der NSDAP, die sich als Schmelztiegel aller nationalistischen, völkisch-rassistischen und gegen die Weimarer Republik gerichteten Organisationen erweisen sollte.

„Je weiter wir nach links gehen, desto eher werden wir Eindruck machen und eine Katastrophe ablenken können. (...) Wenn das Haus brennt, löscht man schließlich mit Jauche, auf die Gefahr hin, dass es nachher in dem Hause eine Weile nachstinkt.“ Aus einem Brief des Industriellen Robert Bosch an Conrad Haußmann vom 24.10.1918

„Warum sind die vaterlandslosen Banden immer noch nicht zu Paaren getrieben? Die bittere Notwendigkeit, die drohende Fremdherrschaft sollte Ihnen die eiserne Kraft verleihen, ohne Zögern mit Gewalt durchzugreifen. ‚Landgraf, werde hart!‘ rufen Ihnen täglich Millionen deutscher Bürger, Bauern und Arbeiter zu.“ Aus einem Brief von Professor Lange aus Oberkirch in Baden an Friedrich Ebert vom 11.12.1918

„Die DAP ist eine aus allen geistig und körperlich schaffenden Volksgenossen zusammengesetzte sozialistische Organisation, die nur von deutschen Führern geleitet sein darf, welche alle eigennützigen Ziele zur Seite stellen und nationale Notwendigkeiten als höchsten Programmsatz gelten lassen.“ Aus den von Anton Drexler verfassten Richtlinien für die DAP.

„Zahlenmäßig ist die (...) mit Blindheit geschlagene Arbeiterschaft in der Minderheit. Millionen deutscher Arbeiter stehen unorganisiert abseits aller Gewerkschafts- und Parteistreitigkeiten. Andere Millionen sind in konfessionelle oder reichstreue Arbeiter-Organisationen gegliedert. Diese bilden eine ernste Gegnerschaft der Umsturzbewegungen. Es muss nun die nächste Aufgabe der deutschen Vaterlandspartei sein, die abseits stehenden Arbeiter und die vaterländisch gesinnten Arbeitergruppen auf nationaler Grundlage zu einer einheitlichen Kampffront zu sammeln.“ (Aus einem Rundschreiben der Hauptgeschäftsstelle der Deutschen Vaterlandspartei vom Januar 1919)

junge Welt, Sonnabend, 05.01.2019, S. 15.

Erinnern – unentbehrlich für die Auseinandersetzung mit Nationalismus und Rassismus¹

Viele Gedanken bewegten mich, als ich jüngst vor dem Tor stand, das jener vieldeutige Spruch „jedem das Seine“ zierte. Ich führte Gäste aus meiner Familie durch das Tor hinaus auf das Lagergelände. Dabei ein Junge, gerade 18 geworden, sehr interessiert, weil einerseits klug und andererseits kenntnisarm. Zugegen auch seine Mutter um die 50, aufgewachsen in der DDR, erschüttert in der Wiederbegegnung mit der Stätte des barbarischen Unheils. Anwesend zudem eine Frau in meinem Alter, früher als Geschichtslehrerin tätig. Alle aus drei Generationen also, alle ohne eigenes Erleben der damaligen Zeit des Grauens, alle von unterschiedlichen Lebenserfahrungen und Lebenszielen geprägt. Für sie erzählte ich von den im Lager begangenen Verbrechen und beschrieb das Leiden der Opfer, verbunden mit einem Versuch, zugleich den Sinn des Erinnerns an das mutige widerständige Ringen gegen Faschismus und Krieg aufzuhellen. Es galt zu berichten, deutend zu erörtern und Ursachen zu erklären.

Heute darf ich hier von meinen Gedanken und Überlegungen erzählen, die mich seitdem umtreiben, zumeist sorgenvoll und angsterfüllt, ab und zu auch zuversichtlich. Meine Profession ist zwar die eines Historikers – ich verstehe mich dennoch ebenso als ein kritisch beobachtender Zeitgenosse. Mein Blick zurück kommt nicht aus ohne den auf unsere Gegenwart, erst recht nicht ohne den auf neue Gefährdungen unserer Zukunft. Daher möchte ich in dem, was ich hier vortrage, Geschichtliches und Aktuelles miteinander verknüpfen.

Auszugehen wäre dabei von Fragen wie: *Weshalb* erinnern? *Woran* erinnern und *wie* ist zu gedenken?

Antworten auf sie wurden schon oft erteilt. Beliebige viele sogar. Passende und unpassende, richtige und falsche, Unterschiedliche immer, dies auch in unterschiedlichen Zeiten. Nahezu unüberschaubar scheint ihre Zahl zu sein. Stets aber gab es neue Fragen, veränderte in den sich wandelnden Zeiten. Neue Fragen – die stellen sich erst recht in unserer so wild bewegten und bedrohlich gewordenen Gegenwart. Erinnern findet heute statt in Zeiten einer allgemeinen Rechtsentwicklung, einer rassistischen Vergiftung des gesellschaftlichen Klimas und des unheilschwangeren Vormarsches der Neuen Rechten. Spüren wir da nicht alle, dass zunehmend das allumfassende Thema „Widerstand“ sowohl an erneuter Bedeutung gewinnt als auch vor neuen Herausforderungen steht? Ist dessen Aktualität nicht an allen Tagen mit allen Händen zu greifen? Verlangt historisch-politische Verantwortung von uns Zeitgenossen nicht erneut humanistische Solidarität und mutiges Widerstehen – in Deutschland, in Europa, in der Welt? Hoffnungen, Vergangenes würde nicht mehr zurückkommen können, zerschlugen sich. Vieles taucht wieder auf, bemüht um ein Verschleiern des alten Kerns in neuen Gewändern – scheußlich und erschreckend!

Ich plädiere daher für eine Erinnerungs- und Gedenkkultur, die eine breite Bewegung gegen alle Rechtsentwicklung und Friedensgefährdung ermöglicht. Sie könnte vielleicht, nein: sie sollte sich heute als das einigende Band entfalten für die vielen und erfreulich aktiven Protestgruppen, Bewegungen und Demonstrationen. Diese wenden sich gegen wachsende soziale Ungerechtigkeit und Ungleichbehandlung der Geschlechter, gegen die existenzielle Bedrohung der Natur, gegen Mietwucher, unlautere Entlohnung und herzlos ökonomisierte Gesundheitspolitik. Viele kehren sich ab von hilflos erscheinender Politik der Regierenden. Kritisiert werden Demokratie-Abbau und weitere Schritte hin zu autoritärem Regieren in einem neuen Überwachungsstaat. Vorgegangen wird gegen Rüstungswirtschaft und neue Kriege.

¹ Text einer aus Zeitgründen am 14. April 2019 nur teilweise gehaltenen Rede beim „X. Treffen der Nachkommen“ der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora anlässlich des 74. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald.

Zunehmend bekämpft sehen sich Gewaltbereitschaft und Terrorismus. Befürchtet wird der Missbrauch neuer Techniken im digitalisierten Kapitalismus.

Ja, große Teile der Gesellschaft sind in Bewegung geraten. Und alle von Krisen und Politik Betroffenen erwarten eine andere Zukunft statt jener gefährvollen, die ihnen von „oben“ angeboten wird. Aber: Es scheint wohl doch zu sehr für jeweils als vorrangig betrachtete Ziele gefochten zu werden², oftmals auch gegeneinander. Jeweilige Interessen sehe ich in den Vordergrund gerückt. Parteien- und Vereinsegoismus erweist sich nahezu als unausrottbar. Dabei bietet doch gerade ein sinnvoll genutzter Pluralismus den Boden für partnerschaftliche Verständigung und einträchtiges Miteinander. Anzustreben wäre wohl eher die Gemeinschaftlichkeit im Ringen um eine Welt, in der es möglich sein sollte, unterschiedliche Zukunftsvorstellungen zu beraten, vielleicht sogar zu erproben, bevor alles hinfällig wird im Falle des Sieges der extremen Rechten und eines Lebens in neuen Kriegszeiten, gleich, ob kalte oder heiße. Oder sollte ich nicht auch sagen: Im Falle eines erneuten Scheiterns der zerstrittenen Linken?

Das gilt es zu verhindern, mit vielen Mitteln und Anstrengungen. Aus deren breiter Palette heraus sei hier eine Lanze gebrochen für historisches Wissen, für Wissen vor allem aus der Geschichte von Weimarer Republik und deutschem Faschismus. Notwendig sind solide Kenntnisse über das Geschehene. Zu fordern ist ein Wissen, das einfach nicht erlauben will, wegzuschauen und den Kopf mutlos-verängstigt in den Sand zu stecken. Wissen kann Nachdenklichkeit wecken und eigenes Gemüt aufrütteln. Ich sage allerdings auch: es *kann* wachmachen und aktivieren, *muss* es aber nicht.

Folgt man jedoch meiner Auffassung, dass historisches Wissen gebraucht wird, stellt sich sofort die Frage: *Welches* Wissen? Und das mündet gleich in die Frage: *Woran* muss heute in erster Linie erinnert werden, was sollte vorrangig ausgewählt werden? Gewiss gehören dazu in erster Linie die ungeheuerlichen Verbrechen, begangen von einer terroristisch-barbarischen Diktatur, erwachsen aus der umfassenden Kriegsvorbereitung und rigiden Kriegführung der Nazis, mündend in den gnadenlosen rassistischen Völkermord. All dies war indessen möglich, weil der Faschismus an die Macht gelangen bzw. gebracht werden konnte. Von einer solchen Diktatur kann heute (noch?) keine Rede sein, von Wegen hin zu ähnlichen friedlosen und lebensbedrohenden Machtmethoden schon.³ Zu erinnern wäre daher an die „Vorgeschichte“ der Verbrechen, an deren Ermöglichung sowie an ungenutzte Möglichkeiten ihrer Verhinderung.

Daher meine ich, es sollte uns gegenwärtig auch, vielleicht sogar vor allem interessieren, wie früher Faschismus ermöglicht worden ist, wie sich die Nazi-Ideologie schon lange vor 1933 entfalten durfte, wie und weshalb antidemokratische und terroristische Organisationen in parlamentarischen Regimen folgenreich geduldet worden sind, wie weggeschaut und verharmlost wurde. Faschismus als Ideologie und Bewegung sollte abgehoben betrachtet werden von einem Faschismus an der Macht. Seine Ideologie und seine Organisationen waren bereits bekämpfungswert, als sie im Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg auftauchten und bevor er an die Macht gelangen konnte. Es passierte damals jedoch anderes: In Deutschland wurde die NSDAP zunächst von nationalkonservativen Kreisen sogar als willkommener Juniorpartner gegen die organisierte Arbeiterbewegung und im Ringen um eine deutsche Machtstellung in der Welt gehätschelt! Man machte sie zunächst hoffähig und behinderte den Kampf gegen sie!

* * *

² Beispielsweise erklärte die Politologin Anna Stiede am 23.03.2019 in Leipzig: „Die wichtigste weltweite Bewegung gegen rechts ist der Feminismus.“ Zit. Nach „neues deutschland“, 25.03.2019, S. 23.

³ Am Ende des von Kurt Pätzold und mir verfassten Bandes „Geschichte der NSDAP 1920-1945“ (Köln 1998, S. 520 f.) schrieben wir: „einmal gewonnene geschichtliche Erfahrungen, Herrschaftserfahrungen zumal, gehen im Verlauf der Geschichte nicht einfach verloren [...] das zunächst abgewiesene Erbe des Faschismus wird an andere Stelle längst auf seine Verwendbarkeit schon durchgesehen und sortiert, und seine Teilstücke sind unter anderem Namen in der Erprobung.“

Rosa Luxemburg schrieb mitten in der Novemberrevolution anlässlich der Auseinandersetzung um „Nationalversammlung oder Räterepublik“, es gelte, eine „wissenschaftliche Blendlaterne an die verborgenen Triebfedern des ökonomischen und politischen Räderwerkes der bürgerlichen Gesellschaft“ zu halten sowie deren „Tun und Gehaben bis in die feinste Veränderung ihres Fühlens und Denkens“ auszuleuchten.⁴

Im Schein einer solchen Blendlaterne halte ich es für sinnvoll, immer wieder festzustellen, dass bereits am Ende des Ersten Weltkrieg und danach in einigen europäischen Ländern jene Organisationen die politische Bühne betraten, die sich selbst als faschistisch bezeichneten oder unter anderen Namen präfaschistische Ziele in neuen gesellschaftlichen Ordnungen erstrebten. Zu letzteren gehörte in Deutschland die *Deutsche Vaterlandspartei*, die 1917/18 noch immer einen „deutschen Siegfrieden“ erreichen wollte und jede Verständigung über ein allgemeines Kriegsende ablehnte. Nicht zu vergessen: Sie war sogar in der Lage, dafür rund eine Million Mitglieder zu mobilisieren. In Deutschland bemühten sich dann nach 1918 zahlreiche alte und neue Organisationen darum, die ungeliebten Ergebnisse von Novemberrevolution und Kriegsniederlage rückgängig zu machen. Aus ihren Reihen ging die NSDAP hervor. Sie bezeichnete sich zwar als *national-sozialistisch*, verbreitete jedoch von Beginn an extrem nationalistisch-rassistische und antidemokratische Ideen, zudem expansionistische Wunschvorstellungen. Alles in ihrer Ideologie und Programmatik kündete von Weltmachtambitionen und zielte im Kern, da nicht anders zu verwirklichen, auf neue Kriege.

Heutzutage wird vielfach die Weimarer Republik gerühmt, ihre demokratische Verfassung gepriesen und ihr Ende ausschließlich den Nazis, mitunter eher den Kommunisten oder eben unterschiedslos beiden angelastet. Oft wird erklärt, die sogenannten Weimarer Verhältnisse seien mit den heutigen nicht zu vergleichen. Auch da sehe ich verharmlosende Unkenntnis im Spiel, zumindest Unwillen gegenüber einem kritischen Blick auf vergleichbare gesellschaftliche Strukturen und Unzulänglichkeiten dieser Demokratie. Denn diese und der Weimarer Parlamentarismus waren schon vor 1933 ausgehöhlt und zweckentfremdet. Der erste Schritt dazu steckte schon in der Verfassung und hieß Artikel 48. Zahlreiche Schritte richteten sich von Anfang an gegen die Weimarer Republik.

Auf einige sei hier der Blick gerichtet: Die Nazis existierten noch gar nicht, als am 3. Oktober 1918, also noch vor dem Beginn der Novemberrevolution, der Chef des berüchtigten „Alldeutschen Verbandes“ Heinrich Claß es als „wichtigste Aufgabe“ bezeichnete, „rücksichtslosen Kampf gegen das Judentum“ zu führen. Auf die Juden müsse – wieder wörtlich – „all der nur zu berechnete Unwille unseres guten und irregeleiteten Volkes abgelenkt“ werden.⁵ Daraus spricht nichts anderes als eine planmäßig vorbereitete und betriebene Verstärkung des rassistischen Antisemitismus! Nächstes Beispiel: Die Nazis beschränkten ihren Einfluss noch auf die bayerische Hauptstadt, als überall in Deutschland gegen die aus dem Osten eingewanderten jüdischen Bürger oder gegen die farbigen Soldaten in den besetzten Gebieten gehetzt wurde. Alltäglich brach sich da Rassismus freie Bahn! Konservative Kreise, offiziös gern als Nazi-Gegner oder gar als deren entschiedene Gegner dargestellt, traten antisemitisch in Erscheinung als sie z. B. Mitte der 20er Jahre nach „Argumenten“ gegen die Volksbewegung zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten suchten. Da formte sich in einigen Kreisen der Rechten neben dem Bild vom Verlust „christlich-abendländischer Kultur- und Rechtstradition“ auch jenes vom „jüdisch-bolschewistischen“ Feind, das also beileibe nicht erst die Nazis erfanden. Die Völkischen brachten im Reichstag einen Antrag ein, um ein Volksbegehren zur entschädigungslosen Enteignung der „Bank- und Börsenfürsten“ zu erreichen. Er richtete sich gegen die

⁴ Rosa Luxemburg: Nationalversammlung oder Räterepublik? In *Gesammelte Werke*, Bd. 4, Berlin 1974, S. 461.

⁵ Zit. Nach *Lexikon zur Parteiengeschichte 1789-1945*. Bd. 1, Leipzig 1983, S. 33.

„seit 1. August 1914 zugezogenen Ostjuden“ und ebenso, man beachte es, gegen die „sonstigen Fremdstämmigen“. Auch in nationalkonservativen Kreisen erwog man im Januar 1926, „alles Vermögen zu enteignen, das sich in jüdischen Händen befindet“. Mit dem Versuch, die Teilnehmer des Volksentscheides als „Kommunistenzählung“ zu nutzen, verband sich die Erinnerung an die schreckliche „Juden­zählung“ während des Ersten Weltkrieges.

Weiter: Die Nazis spielten noch keine Rolle, als im März 1920 der Putschist Wolfgang Kapp versuchte, die Republik auszuhebeln. Sie befanden sich noch in nahezu totaler Minderheit, als der Erzreaktionär und Militarist Hindenburg kandidierte, um auf Wunsch bürgerlicher Parteien Reichspräsident zu werden. Sie spielten auch keine Rolle, als Mitte der 20er Jahre in der Reichswehr-Führung jene Pläne für ein neues Massenheer ausgearbeitet wurden, die in Umfang und Struktur dann 1939 Realität geworden sind.

Und, was auch nicht vergessen werden sollte: Der Vorsitzende des mächtigen Reichsverbandes der Deutschen Industrie (RDI), Carl Duisberg, forderte schon 1926, es dürfe „nicht halbe, es muss ganze Arbeit sein, die gemacht wird. Kompromisse helfen nicht mehr. Es geht ums Prinzip, ums ganze System.“⁶ Bei den Nazis hieß es konform: „Alles oder nichts“! Und wenn bei ihnen „Großdeutschland“ bzw. „Lebensraum“ im Programm stand, dann kann parallel dazu gelesen werden, dass der RDI in seinen *Veröffentlichungen* vom Oktober 1929, also vor dem New Yorker „Schwarzen Freitag“, die Politik aufforderte, ein „Großraum-Wirtschaftsgebiet“ zu schaffen, denn nur so sei – ich zitiere – „etwaigen Wirtschaftskrisen und sozialen Erschütterungen wirksam zu begegnen.“⁷

1928 gab Alfred Hugenberg mit seinem polarisierenden Zeitungsartikel „Block oder Brei?“⁸ den Startschuss für eine weitere Rechtsentwicklung seiner ohnehin schon auf der Rechten stehenden konservativen Deutschnationalen Volkspartei (DNVP). Unterstützung fand er dabei vor allem durch eine Organisation sogenannter Frontkämpfer des Ersten Weltkrieges, genannt Der Stahlhelm. Der verkündete, ohne dafür staatlich attackiert zu werden, in seiner „Fürstenberger Hassbotschaft“ vom 2. September 1928: „Wir hassen mit ganzer Seele den augenblicklichen Staatsaufbau, seine Form und seinen Inhalt, sein Werden und sein Wesen. Wir hassen diesen Staatsaufbau, weil in ihm nicht die besten Deutschen führen, sondern weil in ihm ein Parlamentarismus herrscht, dessen System jede verantwortliche Führung unmöglich macht [...] Wir hassen diesen Staatsaufbau, weil er uns die Aussicht versperrt, unser geknechtetes Vaterland zu befreien und das deutsche Volk von der erlogenen Kriegsschuld zu reinigen, den notwendigen deutschen Lebensraum im Osten zu gewinnen, das deutsche Volk wieder wehrhaft zu machen.“⁹ Der Stahlhelm landete folgerichtig bei der SA und marschierte mit ins Weltkriegs-Völkermorden.

Sein Gedankengut – sofern man da überhaupt von einem Gut sprechen kann – taucht dennoch in so manchen Ergüssen von Bundestagsabgeordneten der AfD auf. „Umvolkung“, „Volks­tod“ – ein Marc Jongen vermutet schamlos, sie seien das Ziel regierungsamtlicher Erinnerungspolitik. Während er das Ende von Schulbesuchen in Stätten nationalsozialistischer Vernichtungspolitik fordert, scheint sein Fraktionskollege Thomas Ehrhorn sogar nicht abgeneigt zu sein, Konzentrationslager doch als einen richtigen Haftort zumindest für manche Opfergruppen anzusehen. Man müsse, so erklärte er in einer der jüngsten Debatten, „schon einmal etwas genauer hinschauen“, um wen es sich da gehandelt habe.¹⁰

⁶ Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Nr. 50, Januar 1930, S. 6.

⁷ Ebenda.

⁸ Berliner Lokal-Anzeiger, 26. und 28. August 1928.

⁹ Deutsche Rechtsgeschichte in Dokumenten 1849-1934, Bd. III, Berlin 1934, S. 82.

¹⁰ Siehe die offiziellen Unterlagen der Debatten in der Sitzungswoche des Deutschen Bundestages vom 3. bis 5. April 2019.

Nun wieder zur Geschichte und woran zu erinnern ist: Jeder kennt die „Harzburger Front“, also jenes offiziell geschlossene Bündnis zwischen der konservativen Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und der NSDAP das 1931 gemeinsam die Brüning-Regierung zu stürzen versuchte, sich dann zeitweilig zerstritt, jedoch 1933 in Hitlers „Kabinett der nationalen Konzentration“ mündete. Dass in diesem Pakt schließlich die NSDAP die Oberhand gewann, erlaubt zwar von einer gewissen Tragik ihrer Partner zu sprechen, nicht aber von deren historischer Verantwortung abzusehen. Vielleicht darf dies in gewisser Weise als ein besonders warnendes Beispiel gesehen werden, wenn heute mancherorts darüber nachgedacht wird, ob nach den nächsten Landtagswahlen nicht doch und trotz bisheriger Schwüre „Schwarz“ mit dem mitunter ins „Braun“ changierenden „Blau“ koalieren sollte. Aus den zu Wachsamkeit mahnenden Seiten der Geschichte Weimarer Verhältnisse wissen wir um die Schuld deutscher Eliten. Wir kennen aber – auch wenn es schmerzt – die nicht zu bestreitende Tatsache, dass Aufstieg und Sieg der NSDAP sowie Aufrüstung, Kriegsvorbereitung und Kriegführung ebenfalls durch die Mitwirkung eines großen Teils der Deutschen ermöglicht wurden. Viele, allzu viele waren den Verlockungen nationalistischer Ideologie und demagogisch-populistischer Propaganda gefolgt, viele erlagen diktatorischem Druck und freuten sich über schwindende Arbeitslosigkeit und außenpolitische Erfolge des Regimes.

Ja, es gab bereitwillige Zustimmung, großen Jubel und aktives Mitwirken – bereits vor 1933 und erst recht danach. Auch daran muss erinnert werden, auch dazu sind Erklärungen nötig. Wird es gedeutet als ein von „oben“ her erstrebtes Ergebnis, lässt sich gewiss von Manipulation sprechen. Zugleich muss jedoch ebenso die leider vorhandene Manipulierbarkeit von Menschen Beachtung finden. Schauen wir auf das Denken und Verhalten der NSDAP-Wähler und dann einer übergroßen Mehrheit der Deutschen im Dritten Reich, fällt mir der französische Jurist Étienne de La Boétie ein. Der gilt als Ahnherr des Anarchismus und hatte im 16. Jahrhundert von einer „freiwilligen Knechtschaft“ von Menschen gesprochen und seine Leser gefragt: „Wie kommt er [der Tyrann, M.W.] zur Macht über euch, wenn nicht durch euch selbst? Wie würde er wagen, euch zu verfolgen, wenn ihr nicht einverstanden wärt?“¹¹

Ich halte es für sinnvoll, immer wieder und erst recht heute nach Erscheinungsformen und Ursachen eines solchen „freiwilligen Einverständnisses“ zu suchen, selbst wenn nicht direkt und unmittelbar von „Knechtschaft“ zu reden ist. In zunehmendem Maße lässt sich indessen bei vielen Menschen eine bewusste oder unbewusste Verinnerlichung vorgegebener Normen feststellen. Sie resultiert aus einem Komplex von alltäglich wirkenden Faktoren, die jemanden dazu bringen, „mitzumachen“ oder still-zuhalten. Viele Sozialpsychologen und Vertreter anderer Wissenschaftsdisziplinen sprechen warnend davon, dass sich in der neoliberalen Gesellschaft viele Menschen alltäglich der Forderung ausgesetzt sehen, sich selbst zu thematisieren. Verlangt werde also eine private Analyse eigener Schwächen als Ausgangspunkt einer Suche nach individuellen Verbesserungsmöglichkeiten. Um am Arbeitsplatz sowie in der Gesellschaft bestehen zu können, müsse man an sich selbst arbeiten, sich selbst formen und optimieren, sich selbst zu effektiver Leistung befähigen.¹²

Gesprochen wird oft von einer „Selbstformation“, was ich eher als „gesolltes Wollen“ und letztlich als bittere „Selbsttäuschung“ bezeichnen würde. Wie auch immer: Es erfolgt durch sie eine bewusste oder unbewusste Verinnerlichung der von oben gegebenen Normen. Mit solcher „Selbstformation“ kann sich zudem die ohnehin vorhandene Kontrolle des Verhaltens von

¹¹ Étienne de La Boétie: Von der freiwilligen Knechtschaft des Menschen (1550).

¹² Dazu schreibt der Münchener Historiker Andreas Wirsching: „Ziel ist das autonome, marktbereite, arbeitende Individuum, das sich befreit hat von Bindungen, Traditionen und persönlichen Loyalitäten; das stets bereit ist, in die eigenen Arbeitskraft zu investieren und zugleich die Risiken dieses Investments selbst trägt.“ In: Andreas Wirsching, Berthold Kohler und Ulrich Wilhelm (Hrsg.): Weimarer Verhältnisse? Historische Lektionen für unsere Demokratie, Bonn 2018, S. 114.

oben, sozusagen der primäre Ausgangsfaktor der Macht, gleichsam in die Menschen hinein verlagern. Heute sei das „Self-Tracking“ in Mode gekommen, eine digitale Selbst-Überwachung, von welcher der Münchener Historiker Simon Schaupp meint, sie werde mit einer Leidenschaft betrieben, die „jeden Blockwart alt aussehen“ lasse. Folgerichtig gerät einerseits die Macht der Apparate-Beherrscher in einen hilfreichen Nebel ihrer Anonymität. Andererseits könnte sich das Bild vom Menschen verändern, könnte sich der Typ eines neuen Untertanen entfalten: pfllegeleicht, kreuzbrav, treudoof.¹³

Ja, ob gewollt oder nicht, wir Menschen sind beeinflussbar und können dem unterliegen, der für seine Interessen Macht erringen, ausüben und bewahren will. Macht benötigt nun einmal Ohnmächtige, will auf deren individuelles Denken und Fühlen einwirken und sie steuern. Eigentlich will sich niemand beeinflussen lassen, und dennoch belegt jeder alltäglich erlebbare Blick in den Wirtschaftsbetrieb anderes. Nicht ohne Grund gilt beispielsweise Werbung als dessen unentbehrliches Schmiermittel. Ohne Reklame sei dieser nicht in Gang zu halten, wird offen gesagt. Und ebenso wird unverblümt gefordert, potenziellen Kunden geschäftstüchtig ins Gehirn – ich zitiere – zu „kriechen“ und möglichst viele Menschen – ich zitiere erneut – mit „schnellen Schüssen ins Gehirn“ für den Erwerb eines bestimmten Produkts zu bewegen.¹⁴ Reklame, Suggestion, Gehirnwäsche, Gleichschaltung, Seelenmassage usw. – so lauten landläufig verwendete Begriffe, mit denen zweckorientiertes mediales Dauerfeuer¹⁵ und systematisch betriebene Manipulation umschrieben wird, in welchem Bereich des Lebens der Gesellschaft auch immer.

Also auch da, wo es um geschichtliches Erinnern geht. Womit ich wieder bei der Geschichte angelangt bin. Es überrascht eben keineswegs, wenn die Geschichte für soziale, ökonomische, politische und geistig-kulturelle Interessen gebraucht, häufiger indessen missbraucht wird. Letzteres sogar in wachsendem Maße. Da wird – vor allem in den Medien – Vergangenes vielfach rekonstruiert, kategorisiert, verändert, reduziert oder gar neu produziert. Alles zumeist, so meine These, zum Nutzen für gegenwärtig Bestehendes.

Unverkennbar: Geschichte boomt, sie ist in, oder wie auch immer in neudeutscher Sprachschluderei bezeichnet! Bunte Geschichtszeitschriften füllen zuhauf die Regale in den Buchläden, kaum ein Tag vergeht ohne entsprechende Artikel in den Zeitungen oder ohne TV-Filmserien mit historischen Themen: Untergang, Babylon, Charité, Weimar, Bauhaus usw. usf. Das große Interesse für Geschichte mag den Historiker zunächst erfreuen, denn es scheint ja seinen Beruf sehr zu befördern sowie für einen angesehenen Stand in der öffentlichen Meinung zu sorgen (und dort – wo öffentliche Gelder fließen – sich auch in klingender Münze auszuzahlen). Er mag zufrieden sein, jedoch nur dann, wirklich nur dann, wenn denkend gelesen und aufmerksam-kritisch der Bilderflut gefolgt wird, was allein geistigen Gewinn erreichen lässt.

Solcher Nutzen ist möglich – er wird allerdings in vielfacher Weise erschwert: Geschichte verabreicht man zumeist in einzelnen Geschichten, gewissermaßen nur in „Happy-Häppchen-Form“. Selten wird erkundet oder dargestellt, wie Details sich miteinander verbinden, wie eine Schau vom Teil hin zum Ganzen wachsen kann, wie ein in sich geschlossenes Geschichtsverständnis entstehen sollte. Geschichtspolitik betreibt Umdeutung, Verkennung oder in manchen Fällen auch direkte Fälschung gegebener Inhalte. Dies spiegelt sich auch in ver-

¹³ Simon Schaupp: Digitale Selbstüberwachung. Self-Tracking im kybernetischen Kapitalismus, Heidelberg 2016, S. 296.

¹⁴ Zu den Belegen siehe Manfred Weißbecker: „Schüsse ins Gehirn“ -alte und neue Schlagwörter unserer Zeit. In: Konservative Perspektiven im neoliberalen Zeitalter. Hrsg. Von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V., Jena 2005, S. 45-53.

¹⁵ Auf die Entwicklung von einzelnen „schnellen Schüssen ins Gehirn“ hin zu einem medialen Dauerfeuer macht aufmerksam Rainer Gries. Siehe Thüringische Landeszeitung, 10.05.2014.

wendeter Sprache und Methodik. Oft hat es den Anschein, dass historische Ereignisse in „Als-ob-Welten“ schweben, auch wenn behauptet wird, man wolle sie „verlebendigen“.¹⁶

So jedenfalls erfolgt wenig wissenschaftliche Aufklärung über Geschehenes, so werden vor allem entscheidende Ursachen und gewichtige Kausal-Zusammenhänge kaum behandelt, geschweige denn erläutert. Oft handelt es eher um pure Unterhaltung, um eine als „Histotainment“ bezeichnete Medialisierung von Geschichte. Fiktion wird zur Wirklichkeit stilisiert, die Grenze zwischen vorgestellter und realer Wirklichkeit verschwimmt oder geht verloren. Der Schriftsteller Christoph Hein berichtete vor kurzem, Studenten hätten gelegentlich gemeint, es sei falsch, die DDR differenziert zu betrachten, man habe die Realität doch im Film „Das Leben der Anderen“ gesehen ...¹⁷

Ich wage zu behaupten, dass sich auch mit geschichtspolitischer Hilfe erneut ein nationalkonservativ und völkisch gefärbter und letztlich auch friedensfeindlicher „Zeitgeist“ auszubreiten vermag.

War das nicht beispielsweise schon so im Umgang mit dem 100. Jahrestag des Kriegsbeginns von 1914? Da dominierte ja die These, „Schlafwandler“ hätten im hektischen Hin und Her diplomatischer Schachzüge nervös agiert und das Grauen des neuen Krieges nicht vorhersehen können. Blind und von Alpträumen geplagt seien die Akteure gewesen.¹⁸ Ein auslösendes Moment wird als Kriegsursache interpretiert, der Krieg also auf unzulängliches Überlegen und Vorausschauen, auf empfindsames Reagieren und ängstliches Handeln zurückgeführt. Den Handelnden wird letztlich Somnambulismus attestiert, so jene Fakten verbergend, die belegen, dass Kriege vor allem aus gesellschaftlichen Verhältnissen, aus kapitalistischer Konkurrenz und imperialistischer Geostrategie resultieren. Die Palette der gesellschaftlichen Übel, die demzufolge ebenso nicht zu untersuchen wären, lässt sich leicht erweitern: Wirtschaftskrisen, Arbeitslosigkeit, soziale Ungerechtigkeit, Naturzerstörung, nicht zuletzt auch der Faschismus ...

Im Grunde geht es solcher Art von Geschichtspolitik – ganz im Sinne des heute dominierenden Zeitgeistes – um die Schaffung von positiven, der Wirklichkeit entgegengesetzten Selbstbildern, mehr noch um ihre zeitgemäße Anpassung an sich verändernde Verhältnisse und politische Erfordernisse, welche auch die jeweils nutzbaren Fremd- und Feindbilder einschließen. Computer-sprachlich könnte man vielleicht es so formulieren: Ausgewählte Bilder und Datenbanken werden mit immer neuen „update-Versionen“ versehen, also mit jeweils verwendungsfähigen, nützlich erscheinenden Ergänzungen. In vielerlei Varianten werden der Gegenwart entweder glänzend polierte oder schmutzig-abschreckende Geschichtsfolien unterbreitet. Vorhandene Deutungen werden in vorgegebene Bahnen von „Mehrstimmigkeit“ und irreführender Verschwommenheit modifiziert.

Worin kann aber das Ergebnis bestehen? Wohl kaum in wünschenswerter Erinnerungskultur – nach meiner Auffassung eher in der Rechtfertigung eines „Koste-es-was-es-wolle“-Denkens, in der Ausbreitung sozialer Kälte und zunehmendem Demokratie-Abbau¹⁹, ganz abgesehen von eiferndem Überwachungswahn und neuerlicher Kriegsrechtfertigung. Dazu passt eine zunehmende „Ent-Ökonomisierung“ von Politik, erst recht aller gesellschaftlicher Ursachen

¹⁶ In überwiegend unguter Erinnerung bleiben z. B. jene monumental angelegten Filmproduktionen, die sich der jüngsten Geschichte bedienen, darunter „Der Untergang“, „Dresden“, „Die Flucht“, „Die Gustloff“, „Die Luftbrücke – Nur der Himmel war frei“, „Der Tunnel“, „Die Frau vom Checkpoint Charlie“, „Die Prager Botschaft“, „Babylon“, „Charité“ u. a. m.

¹⁷ Christoph Hein: Gegenlauschangriff. Anekdoten aus dem letzten deutsch-deutschen Krieg, Berlin 2018.

¹⁸ Siehe Christopher Clark: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog, Berlin 2013.

¹⁹ Zu verweisen wäre auf eine Theodor W. Adorno zugeschriebene Äußerung: „Ich fürchte mich nicht vor der Rückkehr der Faschisten in der Maske des Faschismus, sondern vor der Rückkehr der Faschisten in der Maske der Demokratie.“

und Zusammenhänge bei gleichzeitiger Mystifizierung der „Märkte“, des Geldes usw. Man könnte auch von „Ent-Kapitalisierung“ sprechen, genauer von Entlastungskampagnen zugunsten des bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, das von dem bekannten Schweizer Soziologen Jean Ziegler als ein „Imperium der Schande“ charakterisiert wird.²⁰

Zu dieser „Schande“ gehören auch ein überbordender, von völkischem (Un)Geist geprägter Nationalismus sowie schlimme Tendenzen einer Re-Nationalisierungspolitik, welche die Basis bieten für hasserfüllte, aktionsbereite Fremdenfeindlichkeit und zunehmendes rassistisches Verhalten.

Auch für die Abwehr solcher Erscheinungen hilft ein Blick in die Geschichte. Als untereinander konkurrierende Nationalstaaten entstanden, tauchten zugleich sowohl ein durchaus positiv zu nennendes, den gesellschaftlichen Zusammenhalt beförderndes Nationalgefühl als auch Nationalismus und Chauvinismus auf, alles nationales Denken maßlos übersteigernd. Da wurde in der Nation kaum der Ausdruck und das Ergebnis politischer Willens-gemeinschaften gesehen, man sprach eher von einem unvermeidlichen Produkt ethnischer Abstammungsgemeinschaften. Das „Blut“ in seiner als angeboren betrachteten Mischung sei die natürliche Grundlage von Nationen, hieß es. Mit dem Ringen um die Erhaltung solcher Staaten, noch mehr aber um eine Ausweitung ihrer Grenzen bot sich damit jedoch hinreichend ein Nährboden für Kriege, in denen die einen Rohstoffe, Länder und Ausbeutungspotentiale gewinnen wollten, die anderen dafür Heimat und Habe sowie ihr Leben zu verlieren hatten.

Für Kriege fanden sich so hinreichend „Argumente“, entnommen einem sozialdarwinistisch-rassistischen Weltbild, das sich im Grunde gegen die bekannten Freiheits-, Egalitäts- und Brüderlichkeitsforderungen der Französischen Revolution von 1789 und des aufsteigenden Bürgertums richtete.

Nie kam man dabei ohne Rassismus aus, dessen Frühformen zumeist in mythischen und religiösen Zusammenhängen entstanden waren, der jedoch mit dem wachsenden Nationalismus besonders seit Ende des 18. Jahrhunderts ideologisch und politisch an Bedeutung gewann. Er breitete sich im Kontext des weltweiten Kampfes um Rohstoffgebiete, Exportmärkte und Kapitalanlagesphären wie ein Krebsgeschwür aus und diente als Rechtfertigung für die kolonialistische Unterwerfung anderer Völker. Für Deutschland, das als Kontinentalmacht zunächst um die Vormachtstellung in Europa rang, weil es Weltmacht werden wollte, schien sich anzubieten, jüdische Menschen als Sündenböcke für alle Übel der Welt zu diskreditieren. Zugleich bot der Rassismus eine Möglichkeit, „Erbfeindschaften“ zu postulieren, slawische Völker in die Kategorie der „Minderwertigen“ einzuordnen, vor einer „gelben Gefahr“ zu warnen usw. usf.

Aber auch hier wissen wir aus schlimmer Erfahrung: Für ihre rassistischen Zwecke konnten die Nazifaschisten jene weit verbreiteten Auffassungen nutzen, denen zufolge die Welt und damit auch ihre Vergangenheit prinzipiell undurchschaubar sei, jene Behauptungen, dass die Menschen schicksalhaft gebunden wären an die „Natürlichkeit“ von triebhafter Gier, frei nach dem Motto, alles sei nun einmal so seit Kain den Bruder Abel erschlug. Und sie nutzten nicht zuletzt auch die allgemeine Akzeptanz eines letztlich rassistischen Denkens, welches das Leben ausschließlich als „Kampf ums Dasein“ deutet, welches das sogenannte „Recht des Stärkeren“ sowie Kriege als angeblich unabänderliche Erscheinung menschlichen Zusammenlebens nicht kritisch hinterfragt.

* * *

Die Losung „Nie wieder Krieg!“ paarte sich im April 1945 folgerichtig mit dem Schwur „Nie wieder Faschismus!“, geleistet von jenen, die mutig für ihre Befreiung gekämpft hatten. Cou-

²⁰ Jean Ziegler: Das Imperium der Schande. Der Kampf gegen Armut und Unterdrückung, München 2005.

ragiertes Ringen um rechtzeitige Verhinderung von Kriegen oder um deren rasche Beendigung stellt seitdem ein zentrales Anliegen von Menschlichkeit, von Menschenrecht und Menschenwürde dar – heute wie gestern.

Das Wort „gestern“ meint die Zeit vor 1945, blickt man aber auf die Gegenwart, da wäre eher zu sagen: Heute wieder mehr als gestern. Vor allem in den letzten beiden Jahrzehnten haben sich erschreckende Veränderungen vollzogen. Es sind neue Kriege entfesselt worden, es hat sich die Bandbreite der Kriegstypen erweitert. Wieder spekulieren Kriegswillige mit dem Einsatz autonomer und atomarer Waffen, unabsehbare Folgen militärischer Einsätze aller Art billigend in Kauf nehmend, eine von „künstlicher Intelligenz“ gesteuerte Kriegführung hemmungslos befördernd.²¹ Auf dem Vormarsch befindet sich ein „autoritärer Nationalradikalismus“ – ein Begriff übrigens, den der Soziologe Wilhelm Heitmeyer an die Stelle des schwammigen und lediglich Politikmethoden bezeichnenden Wortes Rechtspopulismus gesetzt wissen will.²² In der Tat, mit ihm lassen sich lediglich Methoden von Politik, sowohl aber kaum deren gesellschaftliche Grundlagen oder gar die spezifischen Inhalte rechtslastiger erfassen.

Dem gilt es entgegen zu wirken. Daher plädiere ich – wie eingangs bereits gesagt – für eine neue Erinnerungskultur demokratischer, antirassistischer und friedliebend-antimilitärischer Prägung.

Nach meinem Verständnis wäre dies ein Antifaschismus des 21. Jahrhunderts, ein kritisch reflektierter, ein erweiterter und fortführender. Denn auch er muss in neuen Zeiten sich neue Fragen stellen, z. B., die, ob nicht manches in der Welt von heute noch viel größere Risiken in sich birgt als jene damals von Faschisten über die Welt gebrachten? Sind heute nicht noch furchtbarere und globalere Folgen für die Menschheit denkbar, etwa die eines dritten bzw. vierten Weltkrieges, von Kriegen um Rohstoffe, Wasser und Nahrungsmittel, geführt mit modernisierten Massenvernichtungswaffen?

Fast schlimmer noch die Frage, wohin die zum Teil bewusst vorangetriebenen Differenzierungsprozesse zwischen Arm und Reich führen können? Lapidar hieß es im Magazin der Wochenzeitung „Die Zeit“, man könne „kaum noch eine Zukunftsvision für alle formulieren.“²³ Für wen also darf es diese nur geben? Und was besagt es eigentlich, wenn Wilhelm Heitmeyer auf das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage verweisen musste, der zufolge 61 Prozent der Befragten beklagen würden, „dass man zu viele Schwache mitschleppe“?²⁴

In irgendeiner der weiteren großen Krisen – und die werden gewiss kommen – könnte es dann nicht nur um die existenzielle Unsicherheit einzelner Völker, sondern um menschliches Dasein generell gehen?²⁵

Zu streiten wäre also mit aller Kraft und gemeinsam gegen ein mögliches „Morgen“, das ein „Gestern“ nicht nur wiederholen, sondern in andere und alles Leben bedrohende Untiefen führen würde! Die Barbarei im Umgang von Menschen mit „anderen“ Menschen – gleich ob

²¹ Hier wäre auf die These Wolfgang Fritz Haugs zu verweisen, dass die kriegerische Außenpolitik westlicher Staaten und deren Innern mit einer Faschisierung der Gesellschaft einhergehen. Siehe Mirko Knoche: Terror und moderner Faschismus. Antirepressionskongress in Hamburg – Forscher diskutieren. In: Neues Deutschland, 13.10.2010, S. 15.

²² Wilhelm Heitmeyer: Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung, Berlin 2018.

²³ Tillmann Prüfer: Wir erleben gerade eine technische Revolution des Wohnens. Aber von Zukunftseuphorie ist in der Gesellschaft nichts zu spüren. Stimmt etwas nicht mit uns? In: Die Zeit. Zeitmagazin vom 16.10.2014, S. 23 f.

²⁴ Siehe Neues Deutschland, 21.10.2010, S. 2.

²⁵ Wilfried Bommert behauptet in seinem 2010 erschienenen Buch „Kein Brot für die Welt. Die Zukunft der Welternährung“ lakonisch: „Wir sind zu viele Menschen auf dieser kleinen Erde.“

als rassistisch definiert, als dumm diffamiert oder als sozial minderwertig und entbehrlich angesehen – sie könnte ein also neues, dann wohl aber endgültiges Maximum finden.

Doch das führt über bisher Gesagtes hinaus, zumal ein Historiker kein Hellseher, kein Wahrsager oder gar ein Prophet sein kann. Schließen aber will ich mit einem Hoffnung weckenden Zitat. Es entstammt der Feder des Dichters Friedrich Hölderlin und lautet: „Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch.“

Erinnern an Faschismus und Krieg, erinnern an deren Opfer und an die, die diese bekämpften – darin können bemerkenswerte Aspekte rettender Hilfe für unsere menschenwürdige Zukunft gesehen werden!

74. Jahrestag Selbstbefreiung der Häftlinge. KZ Buchenwald. Das KZ Buchenwald nach dem Beginn des Krieges am 1. September 1939. Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora e. V. (Hrsg.). Berlin 2019, S. 56-75.

Nicht zu trennende Zwillinge

Die Marx-Engels-Stiftung Wuppertal erinnert an die Wegmarke Revolution

Sowohl auf das Davor als auch auf das Danach ist der Blick der neun Autoren, darunter drei Studierende, gerichtet. Die Herausgeber verfolgen ein Konzept, das weniger auf Ereignisschilderung orientiert ist, sondern mehr eine Darlegung geschichtlicher Prozesse verlangt. In diesem Sinne befasst sich Gerhard Engel mit dem Platz der Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichte sowie im Geschichtsbild der Deutschen. Er widmet breiten Raum vor allem der Frage nach Charakter und Wirken der Rätebewegung. Deren innerer Zerrissenheit sieht er als ein Spiegelbild der gespaltenen Arbeiterbewegung. Das damalige revolutionäre Geschehen wird als eine breite Volksbewegung für Frieden und Republik gewürdigt, zugleich als die größte demokratische Massenaktion in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, als eine „nicht zu unterschätzende Wegmarke auf dem steinigen Pfad zum historischen Fortschritt in Deutschland“, wobei ihre entschiedensten Verfechter aber unterlagen.

Der jüngst verstorbene Hans Hautmann untersucht die „österreichische Revolution“, in der die Sozialdemokratie nicht wie die deutsche auf eine blutige Repression, sondern auf eine „gewaltlose Bändigung“ der revolutionären Linken gesetzt habe. Sachlich- historiographisch beleuchtet sodann Ralf Riedl die politisch gewollten bzw. die geschichtswissenschaftlich vollzogenen Wendungen, die es im DDR-Bild über die Novemberrevolution gab.

Die beiden Herausgeber selbst, noch Studierende, liefern lokalgeschichtliche Studien bei, die in den Kontext des Gesamtgeschehens in Deutschland vor 100 Jahren gestellt werden: Gerrit Brüning bietet einen detaillierten Überblick zum Verlauf der Novemberrevolution in Bremen und dem Wirken der hier am 10. Januar 1919 geschaffenen Räterepublik; Kurt Baumann geht an Hamburger Beispielen der interessanten Frage nach, wie die proletarische Frauenbewegung und Arbeiterjugendbewegung einander bedingten. Er weist insbesondere nach, in welchem hohem Maße letztere nach Eigenständigkeit strebte und sich den Versuchen entzog, nur ein Instrument oder Werkzeug der Parteien sein zu sollen.

Zwei weitere Beiträge befassen sich mit der Geschichte der KPD (Heinz Karl, Raimund Ernst) und heben mit Recht deren unbestrittenes Engagement im Kampf gegen das Kapital wie ihren konsequenten antifaschistischen Charakter hervor. Wünschenswert wären jedoch ergänzende Analysen zu den Ursachen und Wirkungen der verhängnisvollen „Sozialfaschismus“-These sowie zu den offiziell verbreiteten totalitarismustheoretischen Schuldzuweisungen an die Radikalen von links und von rechts für das Scheitern der Weimarer Republik gewesen.

Dass Revolution und Konterrevolution als nicht zu trennende Zwillinge zu bezeichnen sind, lassen die Artikel von Reiner Zilkenat und Ludwig Elm erkennen. Ersterer stellt am Beispiel des Frühfaschisten Eduard Stadtler dar, wie die während der Revolution ins Wanken geratene bourgeoise Herrschaft nach neuen Mitteln und Argumenten suchte, um dem Denken und Verhalten revolutionärer Massen durch das Schaffen eines eigenen, eines sozial und national getrimmten Massenanhangs begegnen zu können. Er schaut gleichsam hinter die Kulissen und fordert, den Strategien der Herrschenden mehr als bisher die gebührende Aufmerksamkeit zu schenken. Elm spürt jener Vielzahl an Intellektuellen nach, die unmittelbar nach der Revolution das Geschehen von 1918/19 zu erklären suchten, sich dabei kaum von ihrer früheren nationalistischen Kriegseuphorie lösten, einen „Zusammenbruch“ beklagten und halbherzig-zwiespältig mit den neuen Verhältnissen umgingen.

Alles in allem: Ein aufschlussreicher Band, dem gewünscht wird, nicht in der Vielfalt der Publikationen zum Jubiläum unterzugehen.

Gerrit Brüning/Kurt Baumann (Hrsg.): Novemberrevolution 1918/19. Ereignis – Deutung – Bedeutung. Hrsg. von der Marx-Engels-Stiftung. Neue Impulse Verlag, 295 S., br., 19,80 Euro.

Neues Deutschland, Donnerstag, 10. Januar 2019, S. 16.

Revanchistisches Gedöns

Deutsche Propaganda gegen die „Ketten von Versailles“.

Kaum ein anderes internationales Abkommen und kein Friedensschluss haben die Deutschen mehr mit pejorativen Floskeln versehen als jenen Vertrag, der am 28. Juni 1919 im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles unterzeichnet wurde. Er besiegelte ihre militärische Niederlage im Ersten Weltkrieg und war an die Stelle des erhofften „Siegfriedens“ über die Entente getreten. Auf den Versailler Friedensvertrag – ihn hatten Vertreter von 32 Staaten ausgehandelt, doch weder die USA noch Sowjetrussland unterschrieben – bezogen sich in der Weimarer Republik und im Dritten Reich zahlreiche Schlagwörter und Schlachtrufe; ja, sie finden sich noch immer zuhauf in neonazistischen Publikationen und Webseiten des Internets.

Geredet wurde ständig von einem beleidigenden „Schmachfrieden“, von niederträchtiger Knebelung des deutschen Volkes, das mit ihm in unehrenhaft, demütigende und schändliche Ketten gelegt worden sei. Die Deutschen – so hieß es landauf und landab – wären im Felde unbesiegt geblieben und lediglich dem Dolchstoß in den Rücken des siegreichen Heeres erlegen, von Novemberverbrechern in die Versailler Knechtschaft geführt und einer schamlosen Lüge von deutscher Kriegsschuld unterworfen worden. Versailles würde den „Tod des deutschen Volkes“ bedeuten, da er nicht allein „die heutige Generation“ versklave, sondern „auch die Kinder und Kindeskinde!“

Hassgedichte im Unterricht

Als 1930 mit Wilhelm Frick erstmalig ein Mitglied jener Partei, die ihren Kampf gegen Versailles zugleich mit einer maßlos unmenschlichen antisemitisch-rassistischen Ideologie verknüpfte, Minister einer Landesregierung wurde, setzte er in Thüringen sofort durch, dass Schüler im Unterricht hasserfüllte nationalistische Gebete zu sprechen hatten; später sollten diese bei zahlreichen Anlässen im Chor von sich geben: „Die deutsche Schande soll brennen in unseren Seelen bis zu dem Tage der Ehre und der Freiheit.“ Zugleich umgaben deutsche Politiker, Publizisten und Militärs diesen Frieden mit unzähligen Legenden, Halbwahrheiten und glatten Lügen. Und alles zeitigte verheerende Wirkungen ...

Gewiss: Der Friedensvertrag von Versailles war hart, schlecht und keineswegs an den Erfordernissen eines friedlichen Zusammenlebens der Völker orientiert. Zwar enthielt er auch die Satzung des ebenfalls in Versailles am 14. Februar 1919 gegründeten Völkerbundes, doch hielt diese internationale Organisation von mehr als 60 Staaten nicht, was sie versprach: den Frieden in der Welt sichern zu wollen. Im Grunde bedeuteten alle jene in den ersten Jahren nach Kriegsende in Pariser Vororten ausgehandelten Friedensverträge, die mit Deutschland und seinen Verbündeten (Bulgarien, Österreich, Türkei, Ungarn) abgeschlossen wurden, eine Fortsetzung des Krieges zwischen den imperialistischen Konkurrenten, ausgetragen mit diplomatischen, ökonomischen, politischen und geistigen Mitteln. Sie zu akzeptieren und erfüllen zu wollen oder abzulehnen – das machte einen neuen Krieg aus, der in Deutschland vor allem auch „um die Köpfe“ jener Menschen geführt wurde, die als Soldaten und Offiziere, Beamte und Angestellte, Arbeiter und Bauern, kurz: als Masse Mensch für ein erfolgsversprechendes Bestreben unentbehrlich waren, den Versailler Friedensvertrag aufzuheben.

Historiker und Publizisten, befinden sie sich auf der Suche nach den Ursachen späterer Ereignisse, sehen bis heute vor allem in Deutschland durch den Versailler Frieden den Nährboden bereitet für Entstehen und Aufstieg der faschistischen Bewegung, für die Zerschlagung der Weimarer Republik und schließlich für die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges. Indessen wird kaum noch die Meinung vertreten, Versailles sei hauptsächlich oder gar allein „an Hitler“ schuld; mit ihr hatten es sich die im Nürnberger Prozess angeklagten Hauptkriegsverbre-

cher und mit ihnen viele Deutsche nach dem Zweiten Weltkrieg leicht gemacht, ihren eigenen Weg zum Faschismus zu bemänteln und alle Schuld wieder einmal anderen zuzuweisen.

Politische Hysterisierung

In der Rückschau gilt es vor allem zu untersuchen, in welchem Umfang und mit welchen Methoden der Versailler Frieden in Deutschland von liberalen, konservativen, völkischen und vor allem von faschistischen Kreisen benutzt worden ist, um jene nationalistische Hysterie zu erzeugen, gegen die weder sozialdemokratische und kommunistische noch pazifistische und demokratisch-republikanische Ideen bestehen konnten. So setzte sich statt einer nüchternen, die Verfassung verteidigenden und die durch die Novemberrevolution erreichten politischen und sozialen Fortschritte erweiternden sowie nach friedlichen Lösungen internationaler Konflikte suchenden Politik die Neigung durch, um jeden Preis Propaganda zugunsten einer völligen „Revision“ des Vertrages zu betreiben, was am Ende nur in einen neuen Krieg münden konnte.

Die „destruktive Sprengkraft“ (Wolfgang Mommsen) des Friedensschlusses von 1919 lag daher weniger in ihm selbst als in der Art und Weise des Umgangs mit ihm, in seiner Nutzung für Zwecke, die alles andere als friedlich waren. Noch dazu ging dies Hand in Hand mit dem Bemühen deutscher Militärs und Politiker, Propaganda als eine neue und zusätzlich wirksame Kriegswaffe zu entwickeln. Das siegreiche deutsche Heer habe, so General Erich Ludendorff bereits 1919, den Krieg verloren, weil es „keinen Bundesgenossen in einer starken von der Heimat ausgehenden Propaganda „ gefunden hätte: „Deutschland versagte im Kampf gegen die Psyche der feindlichen Völker, während sein Heer auf den Schlachtfeldern siegreich war.“ Keineswegs zufällig räumte Hitler daher dem Thema Kriegspropaganda in seinem Buch „Mein Kampf“ ein eigenes Kapitel ein. Hier sah er als eine der wesentlichen Ursachen der Kriegsniederlage an, dass es in Deutschland den Regierenden nicht gelungen sei, mit ihrem „faden Pazifistenspülwasser ... Menschen zum Sterben zu berauschen“ (sic!), während der Feind gewonnen habe, weil dieser mit frecher und einseitiger „Sturheit“ gelogen habe.

Zwar waren fast alle Parteien, darunter die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), die Deutsche Volkspartei (DVP) und die Deutsche Demokratische Partei (DDP), mit der Unterzeichnung des Vertrages einverstanden; in der Nationalversammlung wurde er mit 237 gegen 138 Stimmen bestätigt. Doch begannen die Rechtsparteien – von der aufstrebenden NSDAP unterstützt und bald übertroffen – rasch einen Propagandafeldzug gegen die „Ketten von Versailles“.

Gegen diese wurde immer noch generell gewettert, als es Schritt für Schritt gelang, einzelne Bestimmungen des Friedensvertrages aufzuheben. Das begann, als die Forderung, deutsche Kriegsverbrecher auszuliefern, erfolgreich unterlaufen werden konnte. Deutschland wurde 1926 in den Völkerbund aufgenommen, die Entente-Truppen zogen aus der linksrheinischen Zone ab, die Interalliierte Militärkontrollkommission stellte ihre Tätigkeit ein. Letztere hatte ohnehin die geheime Wiederaufrüstung nur be- und nicht verhindert, wie beispielsweise Publizisten in der Wochenschrift „Die Weltbühne“ nachwiesen, woraufhin sie des Landesverrats angeklagt werden sollten. Im Sommer 1932 fand das Reparationsproblem sein Ende, und im Herbst desselben Jahres hob die Genfer Abrüstungskonferenz des Völkerbundes faktisch auch die Rüstungsbeschränkungen auf. Wirksam blieben bis zum 30. Januar 1933 hauptsächlich die territorialen Festlegungen des Versailler Vertrages, die Hitlerdeutschland dann in einem noch mörderischeren Krieg revidieren wollte – was in einer Katastrophe endete.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 29./30. Juni 2019, S. 20-21.

Eine mörderische Maschinerie

Swantje Greve berichtet über das „System Sauckel“

Die zwei sich überschneidenden Netzwerke, in deren Mittelpunkt Fritz Sauckel stand, thüringischer NSDAP-Gauleiter und späterer Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz (GBA), haben laut Swantje Greve in Thüringen knapp 30 und in Berlin nahezu 50 Personen umfasst. Diese werden von der Autorin ausführlich vorgestellt, in ihren dienstlichen und privaten Beziehungen.

Ohne deren Zusammenhalt – der vorrangig auf gegenseitigem Vertrauen beruht haben soll, was in dieser Verabsolutierung und fern von faschistischer Prägung zu bezweifeln ist – wären sowohl der Aufstieg Sauckels als auch das zeitweilig effiziente Wirken seines Amtes für die größtenteils gewaltsam erfolgte Rekrutierung vieler Millionen Zwangsarbeiter unmöglich gewesen. Ausführlich wird auch die Zusammenarbeit des Amtes von Sauckel mit zwei Hauptabteilungen des Reichsarbeitsministeriums behandelt. Eng und nahezu reibungslos sei diese gewesen.

Die Autorin kritisiert, dass die Ministerialen im Nürnberger Prozess gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher verschont worden sind. Sie widerspricht berechtigt den bislang vorherrschenden, die Staatsbeamten entlastenden Deutungen in der geschichtswissenschaftlichen Literatur. Letzteres darf als ein wichtiges Ergebnis ihrer Mitarbeit in der Unabhängigen Historikerkommission gewertet werden, die 2013 vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales berufen worden ist, um die Geschichte des Reichsarbeitsministeriums zwischen 1933 und 1945 zu erforschen.

Der Band besteht aus zwei Teilen: Detailreich und aussagestark wird im ersten das Entstehen des Netzwerkes um Sauckel in Thüringen von seinen Anfängen bis in die 1940er Jahre dargestellt, ergänzt durch die Darstellung des langen Weges hin zu dem 1942 geschaffenen GBA-Netzwerk. Im Mittelpunkt des zweiten Teils wird im Einzelnen untersucht, wie die Rekrutierungen der Zwangsarbeiter in der Ukraine erfolgten. Ausführlich wird über die Organisationsstruktur und die Tätigkeit der „Werbekommissionen „ geschrieben, auch über die sich dabei immer mehr verschärfende Spirale der Gewalt.

In vieler Hinsicht weist diese Publikation am Beispiel Sauckels und seiner ihm unterstellten und ergebenden Mitarbeiter über das Individuelle von Biografien hinaus. Greve charakterisiert Sauckel – ohne dies so zu formulieren – als Chef und unentbehrliches Teilchen eines Räderwerkes, in dem er mehr und mehr auch zu einer Triebkraft anderer Teile der Maschinerie geriet und in dieser ausschlaggebend den Gang der Geschichte als eine Figur der zweiten Garde hinter dem „Führer“ beeinflusste. Gerade das Verknüpfen individuell-biografischer Forschung mit jener zur Funktionsweise des arbeitspolitischen Machtapparates der Nazis spiegelt und beleuchtet den Weg, den die deutsche Gesellschaft und insbesondere ihre politischen Führungskräfte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts von Weltkrieg zu Weltkrieg gegangen sind.

Vieles regt zu weiteren Überlegungen an, zum Beispiel darüber, ob nicht auch ein „System Hitler“ oder ein solches, verbunden mit den Namen von Göring, Speer, Goebbels und anderen, zu analysieren wäre. Und: Spielte in der Geschichte neben Männern oder Frauen – so sie denn beträchtlichen Einfluss auf den Gang der Geschichte ausübten und in der Regel als Kaiser, Könige, Feldherren, Religionsstifter usw. groß gerühmt wurden – nicht stets auch eine Schar unmittelbarer Helfer, Förderer, Wegbereiter beim Erringen und Ausüben von Macht eine bedeutsame Rolle?

Ohne jene ließe sich Herrschaft nicht realisieren, ohne sie könnte kein Regieren glücken. Alle, die Macht aufbauen, erweitern, festigen und sichern wollen, benötigen hinter sich eine Haus-

macht, einen fähigen Mitarbeiterstab, ein „Expertenteam“, ein „Netz von Beziehungen“, ein „Netzwerk“ oder eben ein „System“ ineinandergreifender, sich gegenseitig stützender Kräfte.

Swantje Greve: Das „System Sauckel“. Der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz und die Arbeitskräftepolitik in der besetzten Ukraine 1942-1945. Wallstein, 491 S., geb., 39,90 Euro.

Neues Deutschland, Donnerstag, 29. August 2019, S. 16.

Hitlers Friedensgeschwätz

Was sich hinter der demagogischen Rhetorik eines Diktators verbarg – Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges

Ganz sicher dachte Hitler nicht an einen Scherz, als er ausgerechnet am 1. April des Jahres 1939 in Wilhelmshaven beim Stapellauf des Schlachtschiffes „Tirpitz“ verkündete, im September werde die NSDAP einen „Parteitag des Friedens“ durchführen. Aufwendige Vorbereitungsarbeiten begannen, ebenso die üblichen, von Ehrgeiz und Missgunst geprägten Rangeleien der Naziprominenz um die begehrten Einladungen und Plätze für die als besonders attraktiv geltenden Zusammenkünfte. Das für die Tage vom 4. bis 11. September erarbeitete Programm ließ jedoch die vorgegebene thematische Orientierung kaum erkennen; es unterschied sich wenig von den alljährlichen Nürnberger Spektakelveranstaltungen mit ihren unzähligen Aufmärschen, Appellen, Paraden und „Führer“-Reden. Es überraschte nach dem 1. September jenes Jahres allerdings nicht, dass dieses Unternehmen stillschweigend in der Versenkung verschwand.

Die alte Wahrheit bestätigte sich: Nie wird so viel gelogen wie vor Kriegen. Kriegsideologie und Friedensdemagogie der Naziartei stellten in allen ihren Erscheinungsformen eine logische Einheit zweier wesensadäquater, sich gegenseitig bedingender und ergänzender Elemente dar. Was Hitler indessen wirklich im Sinne hatte, hatte bereits Mitte der 1920er Jahre jeder lesen können. In „Mein Kampf“ schrieb er apodiktisch und nahezu übereinstimmend mit führenden Militärs, die Reichswehr müsse „ein Instrument des Krieges“ sein. Er forderte eine „planmäßige Vorbereitung des Krieges“, den „totalen Einsatz aller Mittel“ sowie die „schärfste Kampfweise“. Offen ließ er lediglich die Frage nach dem Zeitpunkt für die Entfesselung des Krieges.

In einer geheimen Rede vom 10. November 1938 vor Vertretern der deutschen Presse verlangte Hitler den Übergang zu einer offeneren und offensiven Propaganda im Rahmen der faschistischen Kriegsvorbereitung und erklärte rückblickend, die Umstände hätten ihn „gezwungen, jahrzehntelang fast nur vom Frieden zu reden“. Zahllose Dokumente belegen indes, dass die Nazis schon lange für einen neuen Krieg aufrüsteten und weder vor dem 10. November 1938 allein vom Frieden geredet, noch danach ausschließlich kriegsideologisch argumentiert hatten. Es vollzog sich lediglich ein erneuter Wandel in der Kombination beider Elemente der psychologischen Vorbereitung der Massen auf jenen Krieg, den sie schließlich am 1. September vor nunmehr 80 Jahren entfesselten.

Allerdings bleibt zu fragen, wie und weshalb sich die Massen täuschen ließen, obgleich sie in den Zweiten Weltkrieg anders zogen als in den Ersten. Und zu fragen wäre, wie Kriege gegen den Friedenswillen der Völker machbar sind.

Das damalige Alltagsbewusstsein war von einer weit verbreiteten Gewaltakzeptanz geprägt. Verinnerlicht hatten viele die nationalistisch-rassistisch und sich über andere Völker überhebende Metaphorik der „deutschen Volksgemeinschaft“. Dankbar hingenommen wurde die nach dem Ende der Weltwirtschaftskrise erreichte sozialpolitische „Erfolgsbestechung“. Zudem gab es als lohnend fürs eigene Fortkommen betrachtete Integrationsangebote. Man kann auch ein Nicht-erkennen-Können und -Wollen feststellen gegenüber dem demagogischen Kern aller Friedensbeteuerungen Hitlers.

Nahezu sorglos wurden die außenpolitischen und militärischen Siege bis 1939 bzw. 1941/42 befürwortet. Unkritisches Wissen über die an Kriegen so reiche Geschichte der Menschheit nährte im Volk die Auffassung, diese seien unabwendbar und entsprächen der Natur des Menschen. Kriege wurden hingenommen, bestärkt auch durch manipulative Parolen wie die von wiederherzustellender nationaler Ehre und anderes mehr. Hingenommen wurde, dass Men-

schen generell in Kriegen verrohen. Im ersten weltweit mit riesigen Armeen geführten Krieg von 1914 bis 1918 waren Entmenschlichung, barbarische Handlungsbereitschaft und Gewaltakzeptanz schon zur Alltäglichkeit geraten.

Auch dies bot wirksamen Boden für die Machthaber des „Dritten Reiches“, stets die eigene Aggressivität zu tarnen und sich selbst als Opfer anderer Mächte, maßgeblich auch des „Weltjudentums“ darzustellen. Tatsächlich gelang es der Naziführung, dass große Teile der deutschen Bevölkerung den nationalistischen und großmachtbesessenen Zielstellungen folgten und akzeptierten, dass Frieden zur Sicherheit für sich selbst sowie als zu rechtfertigende Unsicherheit der anderen Völker gelten dürfe. Frieden wurde zu einem Zustand degradiert, der nur noch als Friedensdiktat der vor Überlegenheit strotzenden Deutschen über alle anderen Nationen denkbar sein sollte.

Wohin dies führte, zeigte sich schließlich in allem, was vom 1. September 1939 bis zum 8. Mai 1945 als schlimmstes Kapitel der Menschheitsgeschichte zu erleben war.

Neues Deutschland, Freitag, 30. August 2019, S. 13.

Von falschem Pathos und fragwürdigen Parolen

Ludwig Elm über sein Leben, ein garstig Lied und ein uneiniges, unfriedliches Land

Konservatismus – ein uraltes und doch immer wieder neues Thema. Groß war und ist der Bedarf, seine Geschichte zu durchforsten, seine gegenwärtige Situation sowie seine Perspektiven zu ergründen. Ludwig Elm lieferte dazu als führender Konservatismusforscher der DDR tiefgründige kritische Analysen und klärende, weithin gebilligte Aussagen.

Das Ende der DDR, für deren antifaschistisches und sozialistisches Anliegen er eintrat, bedeutete keineswegs auch ein Ende seines wissenschaftlichen Arbeitens über eine der wichtigsten politisch-ideologischen Grundströmungen der deutschen Gesellschaft; markiert war mit der „Wende“ lediglich das Ende staatlich unterstützter Lehre und Publikation der Ergebnisse seiner Forschungen und Auffassungen über jene, die damals auch im Osten wieder die Macht übernehmen konnten. Jüngst ist dies als „Gegnerforschung“ beschimpft worden, ohne allerdings zu fragen, wie in dieser Hinsicht wohl die DDR-Forschung der alten BRD bezeichnet werden müsste.

Elms Leistungen fanden in Ost wie West große Beachtung und Anerkennung. Der Autobiografie des 1934 im thüringisch-preußischen Greußen geborenen marxistischen Historikers – während einer Buchvorstellung in der thüringischen Rosa-Luxemburg-Stiftung als ein gewichtiges zeitgeschichtliches Kompendium gewürdigt – lässt sich Grundsätzliches auch zu gesellschaftlichen Verhältnissen entnehmen.

Der Band, streng chronologisch gegliedert, beginnt statt mit einer üblichen Einleitung mit einem aufschlussreichen Credo: „Das Deutschlandlied – ein garstig Lied.“ Kenntnisreich, nachdenklich und kritisch führt Elm vor Augen, was sich einst und was sich heute mit dieser Hymne verbindet, die „Einigkeit, Recht und Freiheit“ besingt. Seine These: Die BRD sei 1989 zwar größer geworden, sie werde aber zugleich immer „uneiniger, unfriedlicher und bedrohlicher“. Die Zeilen des alten Liedes würden bis heute nicht „als Aufruf gegen Nationalismus, Faschismus und Krieg verstanden“. Und ohnehin fehlen: Gerechtigkeit, Brüderlichkeit und Frieden. Das Deutschlandlied, so Elms Warnung, werde „einmal mehr berufen sein, in ferne Länder entsandte Bataillone sowie das Hinterland mit falschem Pathos zu betäuben und sie zu veranlassen, fragwürdigen Parolen und Zielen zu folgen“.

In solche Kontextualisierungen eingebettet, werden mehr als acht Jahrzehnte deutscher Geschichte beleuchtet. Elm berichtet über Kindheit und Schule im Schatten des Krieges, von Studienzeit und Zukunftsentscheidungen in den 50er und 60er Jahren, von seinem akademischen Werdegang und von wahrgenommenen politischen Pflichten, von den Partnern der in Jena betriebenen Konservatismusforschung, schließlich auch von den Brüchen in der Wendezeit, von neuem Beginnen, von Hoffnungen und Erwartungen. Er beschreibt seine Erlebnisse in der Volkskammer, in der er zur Fraktion des Kulturbundes der DDR gehörte, sowie im Bundestag, in dem er von 1994 bis 1998 die PDS vertrat.

Viel erfährt der Leser auch von seiner Tätigkeit in der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“. Im letzten Abschnitt behandelt er als kritischer Beobachter linker Politik seine Positionen und seinen Platz in den anhaltenden Auseinandersetzungen um Antifaschismus und Geschichte und neue Kriege, die er auch als Mitstreiter im VVN-Bund der Antifaschisten zu führen hatte.

Wie aus dem Band hervorgeht, befasste sich Elm auch mit Universitäts- und Hochschulgeschichte sowie mit dem Verhalten bürgerlicher Intellektueller vor und nach 1914, 1933, 1945 und 1989/90. Er setzte sich auseinander mit Vergangenheit und Gegenwart der Burschenschaften, mit Rechtsextremismus und Neofaschismus. Seine Kritik gilt der Verfemung von

Antifaschismus und dem unsäglichen „Diktaturenvergleich“ in offiziell betriebener konservativer Geschichts- und Erinnerungspolitik.

Alles wird akribisch dargestellt: Schul- und Studienzeiten, Laufbahn, Arbeitsabläufe, Konferenzen und Tagungen, Treffen mit Kollegen und Freunden, Publikationen, Tätigkeit in politischen Ämtern, Aktivitäten in Volksammer und Bundestag, Familienerlebnisse, dienstliche wie auch private Reisen und anderes mehr. Für seine Erinnerungen konnte der Verfasser regelmäßig geführte Tagebücher nutzen, ebenso sorgfältig aufbewahrte Unterlagen, Briefe und Texte von Reden, Appellen, Interventionen etc. Der Leser findet zahlreiche bemerkenswerte Urteile, die andere über ihn fällten, auch er über sich selbst.

Um Streitfragen macht Elm keinen Bogen, dabei stets sachlich und differenziert. Alles ist belegt und nachprüfbar, nachvollziehbar – wie der Rezensent, ehemals sein Kollege an der Jenaer Universität und Mitstreiter in der thüringischen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft, bestätigen kann.

Ludwig Elm: Geschichte eines Historikers. Erinnerungen aus drei deutschen Staaten. PapyRossa, 395 S., br., 28,00 Euro.

Neues Deutschland, 16. bis 20. Oktober 2019, S. 11.

Prüfstein

Ich klage an

Eine Frage, nicht nur an Berliner Finanzbeamte: Lassen sich die großen Probleme unserer Zeit – Krisen, Kriege und Notlagen aller Art – ohne einen Antifaschismus des 21. Jahrhunderts bewältigen? Wer in die Geschichte schaut und jeglicher „Vogelschiss“-Deutung widersteht, findet im Wissen um die Opfer von Faschismus und Zweitem Weltkrieg nur eine Antwort: Ihrer ist ehrfurchtsvoll zu gedenken, jedes Wirken in ihrem Sinne zu unterstützen. Dies sollte zu den humanistischen Gesinnungsnormativen gerade einer Gesellschaft gehören, die lautstark den Anspruch erhebt, demokratisch verfasst zu sein, und die das Recht auf Widerstand verbürgt. Alle, die eine Wiederkehr von Barbarei – gleich in welcher Gestalt und in welchem Farbton – verhindern wollen, unterliegen dieser Verpflichtung. Ihr ist aus allgemeinstem menschlichen Anstand und angesichts der vielfach zitierten unantastbaren Würde des Menschen zu entsprechen.

An offiziellen Bekenntnissen dazu mangelt es nicht, jedoch an Taten. Gute Absichten stehen vielfach nur auf dem Papier, politisch eher behindert und entwertet. Leider litt – und leidet – die deutsche Nachkriegsgesellschaft nicht unter einem Mangel an Feindseligkeit und offenen Attacken gegenüber antifaschistischem Gedenken. Auf solchem Boden machten und macht sich in vielen Köpfen wiederkehrender Ungeist des Nazismus breit, verstärkt sich unsäglicher Terrorismus. Nötig und nützlich ist, daran zu erinnern, dass der deutsche Faschismus, gekennzeichnet von kriegertisch-gewalttätiger und völkisch-rassistischer Feindseligkeit, viele Feinde im Visier hatte. Reagieren mussten alle, die irgendwie in ihrer Existenz von ihm bedroht waren. Es geht an der Realität vorbei, nur einen „klassischen“ Antifaschismus, den sozialistischen, den der Linken sehen zu wollen. Wer diesen kritisch beurteilt, sollte wissen, dass vielfach die Kritik allein dazu dient, Antifaschismus in seiner Gesamtheit aufzugeben.

Legitim waren Widerstand und Antifaschismus in ihrer ganzen Breite. Jeder Hitlergegner kämpfte mit dem – willkürlich beseitigten – Recht gegen ein diktatorisches und kriegswilliges Herrschaftssystem. Im Vordergrund des Kampfes stand eine andere politische Herrschaftsform, erst in zweiter Linie ging es um ein anderes Gesellschaftssystem. Natürlich bestand ein Zusammenhang zwischen beiden Zielsetzungen. Er ergab sich aus den gesellschaftlichen Wurzeln des Faschismus, wobei dies keineswegs allein von den Kommunisten so gesehen wurde. Man erinnere sich nur an das Ahlener Programm der CDU, das für den Sozialismus eintrat.

Das Gedenken an die Opfer des Faschismus und das Nachdenken über eine nutzbringende Erinnerungskultur lässt dringlich appellieren, sich gegen die allgemeine Rechtsentwicklung einzusetzen. Gefordert ist eine Haltung, die bereit ist, den Antifaschismus als unumgänglichen Prüfstein eines jeden Demokratieverständnisses zu akzeptieren. Unterstützenswert ist – auch finanziell – couragiertes Ringen gegen völkisch-autoritäres Bestreben und neue Kriege, also um Ziele, die zentrales Anliegen von Menschlichkeit, von Menschenrecht und Menschenwürde sind – heute wie gestern.

Neues Deutschland, 19. Dezember 2019, S. 14.

Personenregister

A

Abbé, Ernst (Sohn) 480
Abegg, Wilhelm 214, 254
Abendroth, Wolfgang 68, 455, 474
Adenauer, Konrad 225, 254, 276, 408, 446
Adler, Max 79
Adorno, Theodor W. 534, 556
Aegidi, Karl Ludwig 550
Allmers, Robert 373
Alvensleben, Ludolf-Hermann von 320
Aly, Götz 321
Amann, Max 76, 367
Arendt, Hannah 550
Aristoteles 535, 540
Arndt, Ernst Moritz 95
Aronson, Shlomo 184
Assmann, Jan 205
Auer, Erhard 157
Augustinus 14
Augustus (Gaius Octavius) 389

B

Bachmann, Carolin 450
Ballin, Albert 94
Balzer, Friedrich-Martin 455, 456
Bang, Paul 509
Baring, Arnulf 29, 206, 228, 279, 297
Bartels, Adolf 70, 97
Barth, Boris 80
Barth, Rüdiger 558, 559
Barthou, Louis 209
Bauer, Gustav 24, 50
Baum, Erwin 31
Baumann, Hans 434
Baumann, Zygmunt 537
Bebel, August 14
Becher, Johannes R. 523
Beck, Ludwig 353
Becker, Ulrike 348
Beckmann, Engelbert 289
Behrenbeck, Sabine 391, 401
Beier, Alfred 470
Below, Georg von 264, 509
Benjamin, Walter 448
Benoist, Alain de 570, 571
Benser, Günter 474
Bentivegna, Rosario 116, 118
Benz, Wolfgang 503
Berends, Franz 155
Berger, Arnold 87
Bergmann, Werner 100
Bergsträsser, Ludwig 300, 317
Bernfeld, Siegfried 542
Bernstorff, Albrecht Graf von 39
Best, Werner 76, 192, 193, 196, 197, 227
Beumelburg, Werner 394, 405

Beutin, Wolfgang 553
Beyrau, Dietrich 127, 140
Bieber, Josephine 156
Bieber, Siegfried 154, 155, 156
Bieligk, Bruno 171
Bismarck, Otto von 12, 180, 187, 264, 355, 367, 448, 550
Blasius, Dirk 143
Bloch, Ernst 551
Blohm, Rudolf 175, 480
Blomberg, Werner von 350, 352, 358, 378, 379
Blum, Robert 14
Boehm, Max Hildebert 233
Boétie, Étienne de La 580
Bohle, Ernst Wilhelm 12, 13
Bohrer, Karl-Heinz 29, 206, 228
Böll, Heinrich 441
Bollmeyer, Heiko 80
Bormann, Martin 436, 437
Borsig, Ernst von 37, 236, 238, 265, 271
Bosch, Robert 574
Böttcher, Helmut M. 237, 241
Bracht, Franz 253, 255, 256
Brandes, Ernst 252
Brandi, Ernst 175
Brandt, Peter 474
Brauchitsch, Walther von 358, 360
Braun, Eva 33
Braun, Otto 36, 37, 39, 214, 215, 224, 254, 256
Brecht, Arnold 255
Brecht, Bert 6, 332, 365
Breitscheid, Rudolf 319
Bremm, Klaus-Jürgen 183
Briand, Aristide 72, 169, 351
Brill, Hermann Louis 31, 171, 172, 474
Brockdorff-Rantzau, Ulrich Graf von 73, 211
Broder, Henryk M. 29, 90, 206, 228
Broszat, Martin 362, 422, 463
Browning, Christopher 89, 250, 348
Bruck, Arthur Moeller van den 233
Bruckmann, Elsa 146
Brüning, Heinrich 32, 46, 64, 65, 75, 87, 88, 174, 175, 176, 177, 189, 190, 191, 192, 197, 200, 202, 221, 222, 223, 224, 258, 275, 276, 279, 283, 297, 299, 314, 324, 330, 429, 430, 431, 580
Brunner, Alfred 149, 150
Brzeziński, Zbigniew 500
Buch, Walter 367
Buchheim, Christoph 322
Buchwitz, Otto 255
Buhl, Franz von 264
Bullock, Alan 361, 378
Bush, George W. 378
Buss, Hansjörg 478
Butterwegge, Christoph 343

C

Canning, Kathleen 80

Carstens, Peter 183
 Cartellieri, Alexander 86
 Cäsar, Gaius Iulius 389
 Cellini, Benvenuto 125, 139
 Chamberlain, Austen 72
 Chamberlain, Houston Stewart 97, 509
 Chaplin, Charlie 76
 Chapoutot, Johann 530, 531
 Churchill, Winston 208
 Clark, Christopher 372, 532, 533
 Claß, Heinrich 98, 235, 264, 488, 508, 509, 562, 573, 578
 Claß, Mathilde 509
 Cluny, Pierre von 92
 Cuno, Wilhelm 275, 318, 480
 Cüppers, Martin 348
 Czichon, Eberhard 481
 Czollek, Roswitha 481

D

Dahlem, Franz 276
 Dahn, Felix 246, 516
 Darré, Walther 71, 83, 367
 Daschner, Günther 184
 Dawes, Charles G. 72, 410, 411, 412, 413, 414
 Dederich, Mario 184
 Dehm, Richard 86
 Dickel, Otto 150
 Diers, Andreas 474
 Dietrich, Otto 76
 Dietrich, Sepp 268, 270
 Diez, Carl 157, 162, 506
 Dimitroff, Georgi 56, 57, 58, 278, 282, 283, 284, 285, 295, 543
 Dingeldey, Eduard 300, 317
 Dinghofer, Franz 509
 Dinter, Artur 97, 108, 146, 270
 Dirks, Carl 342, 417
 Dix, Otto 470
 Doehring, Bruno 487
 Dohm, Christian Wilhelm 94
 Dollfuß, Engelbert 238, 371, 388
 Domarus, Max 380
 Domizlaff, Hans 536, 540
 Draeger, Hans 394, 404
 Drexler, Anton 149, 150, 151, 152, 265, 573, 574
 Dreyfus, Alfred 531
 Duesterberg, Theodor 146, 219
 Duisberg, Carl 265, 280, 298, 301, 318, 412, 414, 429, 579
 Duncker, Hermann 365
 Dwinger, Edwin Erich 394, 405

E

Eberle, Henrik 33
 Ebert, Friedrich 24, 26, 36, 40, 51, 160, 255, 273, 276, 554, 560, 574
 Eckart, Dietrich 151, 152
 Eckert, Erwin 455, 456, 470

Ehrhardt, Hermann 24, 26, 69, 152, 153, 157, 160, 235, 241, 262, 268, 505
 Ehrhorn, Thomas 579
 Eichholtz, Dietrich 437, 438, 481, 491
 Eichmann, Adolf 41, 520
 Einstein, Albert 470
 Eisler, Elfriede 363, 364
 Eisler, Gerhart 363, 365
 Eisler, Hanns 363, 365
 Eisner, Kurt 98, 161, 166, 238
 Elias, Norbert 534, 536
 Elm, Ludwig 407, 408, 586, 593, 594
 Elser, Georg 358
 Engel, Gerhard 586
 Engels, Friedrich 123, 165, 295
 Epp, Franz von 153
 Epstein, Fritz 126, 127, 140, 141
 Erdmann, Karl Dietrich 211
 Erk, Daniel 203
 Erkelenz, Anton 300, 317
 Ernst, Raimund 586
 Erzberger, Matthias 23, 157, 158, 159, 160, 161, 166, 235, 237, 238, 242, 268, 505, 506, 507, 527
 Esche, Alexandra 478
 Eschmann, Ernst Wilhelm 570
 Esser, Hermann 151
 Eulen, Emmo 393, 403

F

Falck, Ernst 122
 Falkenhausen, Friedrich Freiherr von 25
 Fasel, Peter 95
 Feder, Gottfried 146, 292, 337
 Fehrenbach, Konstantin 51, 272
 Fesser, Gerd 372
 Fest, Joachim C. 76, 84, 361, 362, 378, 437
 Feuchtwanger, Lion 119, 282, 285, 420, 546, 547
 Fichte, Johann Gottlieb 16, 515
 Fischer, Fritz 372
 Fischer, Hermann 237, 241, 528
 Fischer, Joseph (Joschka) 135, 137, 145
 Fischer, Peter 116
 Fischer, Ruth 363, 364, 365, 366, 413
 Flex, Walter 385, 394, 405
 Fock, Gorch 385, 394, 405
 Ford, Henry 373
 Foucault, Michel 534, 536, 543
 Franco, Francisco 388
 Frank, Hans 41, 502, 520
 Franz, Peter 419
 Frei, Norbert 183
 Freisler, Roland 408
 Freud, Sigmund 541, 542
 Freyer, Hans 291
 Freytagh-Loringhoven, Axel Freiherr von 412
 Frick, Wilhelm 27, 31, 32, 48, 49, 70, 71, 149, 155, 201, 207, 260, 276, 330, 346, 353, 587
 Friedemann, Alfred 487, 562
 Friedländer, Ernst 276
 Friedländer, Paul 364

Friedrich II. 355
 Friedrich II. (Barbarossa) 355
 Friedrichs, Hauke 558, 559
 Fritsch, Ernst 269
 Fritsch, Theodor 84, 97, 236, 238, 246, 516
 Fröbel, Friedrich 60
 Frölich, August 27, 28, 60, 171, 172
 Fromm, Bella 558, 559
 Fromm, Erich 448, 534, 556
 Fuchs, Emil 227
 Fuhrer, Armin 448
 Fukuyama, Francis 206, 230
 Fülberth, Georg 217
 Funke, Manfred 144
 Fusaro, Diego 571

G

Gall, Lothar 243
 Gallus, Alexander 80
 Gandhi, Mahatma 238
 Garbe, Detlef 116
 Gareis, Karl 157, 161, 238, 242, 527
 Gauck, Joachim 518, 534, 538, 564
 Gauland, Alexander 450, 563
 Gaus, Friedrich 73
 Gayl, Wilhelm Freiherr von 253, 260, 261, 290, 299, 315, 330
 Gebattel, Konstantin Freiherr von 509
 Geier, Kurt 28
 Gereke, Günther 290
 Gerlach, Christian 250, 348
 Gerlach, Hellmut von 300, 317, 392, 402, 469
 Gerlach, Kurt Albert 80
 Gerstenhauer, Max Robert 478
 Gerwarth, Robert 180, 181, 182, 183, 184
 Geßler, Otto 36, 461
 Geyer, Dietrich 127, 140, 141
 Geyer, Michael 80
 Giesler, Hermann 359
 Gietinger, Klaus 532, 553, 554
 Gleichen-Rußwurm, Heinrich von 233
 Globke, Hans Maria 99, 154, 408, 548
 Goebbels, Joseph 7, 8, 16, 76, 88, 113, 114, 152, 197, 224, 244, 245, 256, 260, 282, 336, 337, 338, 346, 349, 358, 359, 361, 367, 368, 371, 378, 434, 435, 437, 442, 443, 444, 466, 496, 497, 515, 522, 554, 559, 589
 Goethe, Johann Wolfgang von 29, 206, 303, 440
 Gok, Carl Gottfried 509
 Goldhagen, Daniel Jonah 100, 130
 Göring, Hermann 70, 99, 197, 227, 260, 320, 326, 330, 338, 357, 358, 367, 525, 570, 589
 Gossweiler, Kurt 296, 481, 491
 Graf, Alexander 478
 Graf, Georg Engelbert 79
 Graf, Oskar Maria 365
 Gramsci, Antonio 534, 536, 571
 Grapow, Max von 509
 Grau, Fritz 548
 Gräupner, August 261

Greil, Max 60, 171, 172
 Greve, Swantje 589
 Griffin, Roger 423
 Grimm, Hans 465, 466
 Groener, Wilhelm 37, 175, 200, 221, 276, 301, 318, 341, 417, 426, 513, 554, 573
 Grosz, George 470
 Grotewohl, Otto 276
 Grothe, Hugo 233
 Gruber, Max von 509
 Grzesinski, Albert 214, 254
 Gumbel, Emil Julius 122, 123, 124, 238, 518, 519
 Günther, Hans F. K. 32, 70, 71, 509
 Gustloff, Wilhelm 229

H

Haase, Hugo 527
 Habermas, Jürgen 133, 144
 Haefen, Hans von 396
 Haffner, Sebastian 81, 553, 560
 Hall, Stuart 534
 Händel, Georg Friedrich 180
 Harden, Maximilian 38
 Hardenberg, Maximilian 238
 Harrer, Karl 573
 Hartmann, Christian 131, 143
 Hartung, Günter 517
 Harvey, David 534
 Hauptmann, Gerhart 382
 Haußmann, Conrad 574
 Hautmann, Hans 586
 Hearst, William R. 38
 Heartfield, John 470, 480
 Heer, Hannes 116, 118, 362
 Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 569, 571
 Heiden, Konrad 361
 Heilmann, Ernst 215, 226, 259, 323
 Heilmann, Fritz 31
 Heimannsberg, Magnus 254
 Hein, Christoph 582
 Heine, Heinrich 70, 492
 Heinrichsbauer, August 481
 Heither, Dietrich 518, 519
 Heitmeyer, Wilhelm 286, 333, 424, 584
 Helfferich, Karl 23, 159, 160, 237, 240, 506, 528
 Heller, Hermann 79
 Hellpach, Willy 36, 39
 Henicke, Hartmut 80
 Herbert, Ulrich 131, 143, 250, 348
 Herbst, Ludolf 76, 150, 357, 438, 481
 Herder, Johann Gottfried 29
 Herf, Jeffrey 348
 Herfurth, Emil 28, 31, 32, 207
 Hergt, Oskar 412, 413
 Hermes, Andreas 211
 Herre, Paul 382
 Hertle, Joseph 509
 Hertzberg, Gertzlaff von 268, 509
 Herzfelde, Wieland 122
 Heß, Rudolf 41, 152, 196, 361, 367, 502, 520

Heuss, Theodor 276, 315, 316, 446
 Heussi, Karl 71
 Heydrich, Reinhard 99, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 197, 539
 Heym, Stefan 409
 Hierl, Konstantin 47, 48, 49, 54
 Hiery, Hermann Joseph 30
 Hilberg, Raul 100, 101
 Hilgenfeldt, Erich 344
 Hiller, Kurt 553
 Himmeler, Heinrich 12, 83, 84, 85, 181, 182, 367, 436, 493, 539
 Hindenburg, Oskar von 276, 320
 Hindenburg, Paul von 24, 36, 37, 38, 39, 40, 73, 75, 166, 187, 200, 201, 219, 222, 223, 224, 225, 226, 252, 253, 255, 256, 258, 260, 261, 262, 283, 288, 289, 290, 293, 299, 302, 305, 311, 314, 315, 318, 319, 320, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 367, 368, 373, 378, 379, 418, 458, 486, 487, 488, 490, 545, 554, 559, 573, 579
 Hirschfeld, Gerhard 384
 Hirtsiefer, Heinrich 253
 Hitler, Adolf 6, 7, 8, 14, 16, 18, 19, 20, 28, 33, 34, 35, 41, 45, 47, 48, 54, 62, 66, 67, 68, 69, 70, 75, 76, 77, 84, 85, 88, 100, 113, 114, 116, 119, 123, 124, 127, 130, 131, 132, 133, 136, 137, 140, 142, 143, 144, 146, 147, 149, 150, 151, 152, 163, 164, 169, 176, 177, 178, 182, 186, 191, 192, 193, 196, 197, 200, 201, 202, 203, 213, 215, 218, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 241, 244, 245, 248, 251, 255, 258, 259, 260, 261, 262, 268, 269, 270, 271, 274, 277, 278, 281, 282, 283, 288, 289, 291, 292, 294, 300, 304, 307, 310, 312, 314, 317, 318, 320, 321, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 365, 367, 368, 369, 370, 371, 373, 374, 375, 378, 379, 380, 381, 382, 384, 385, 387, 388, 391, 401, 408, 416, 417, 418, 419, 422, 425, 427, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 442, 443, 444, 445, 448, 449, 463, 464, 475, 476, 477, 478, 480, 481, 482, 484, 487, 495, 496, 497, 498, 500, 501, 502, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 520, 523, 525, 545, 548, 550, 556, 557, 559, 561, 562, 563, 570, 580, 587, 588, 589, 591
 Hobsbawm, Eric 277, 308, 311, 317, 406, 545
 Höcke, Björn 563, 568, 569
 Hoegner, Wilhelm 255
 Hofbauer, Hannes 500
 Hoffmann, Albert 453
 Hofmann, Jürgen 474
 Höllers, Ralf 553
 Holz, Hans Heinz 455
 Holze, Rainer 474
 Honecker, Erich 408
 Höpcke, Klaus 489
 Horkheimer, Max 118, 278, 295, 481, 534, 556
 Hörster-Phillips, Ulrike 481

Hubatsch, Walther 327
 Huber, Ernst Rudolf 329
 Hugenberg, Alfred 48, 65, 69, 174, 175, 176, 178, 191, 200, 222, 223, 244, 265, 283, 300, 301, 317, 318, 319, 320, 327, 330, 412, 413, 479, 508, 509, 559, 562
 Hundt-Radowsky, Hartwig von 95
 Huntington, Samuel 382
 Hüpfauf, Bernd 382
 Hürter, Johannes 133

I

Ibsen, Henrik 86
 Illies, Florian 383, 558
 Illouz, Eva 534
 Ingrao, Christian 250, 251

J

Jäckel, Eberhard 362
 Jacob, Berthold 122
 Jacobsohn, Siegfried 470
 Janßen, Karl-Heinz 342, 417
 Jarosch, Günther 441
 Jarres, Karl 36, 37, 38, 39
 Jasper, Gotthard 158
 Jenssen, Otto 79
 Jesse, Eckardt 334
 Jesse, Eckhard 131, 137
 Jodl, Alfred 41, 502, 520
 Jogiches, Leo 238, 527
 Johst, Hanns 368
 Jones, Mark 553
 Jongen, Marc 579
 Joseph, Detlef 82
 Jung, Edgar Julius 306, 330, 551
 Jung, Erich 509
 Jung, Otmar 461
 Jungcurt, Uta 508, 509, 510
 Jünger, Ernst 394, 405
 Juraschitz, Norbert 532

K

Kaas, Ludwig 300, 331
 Kachel, Steffen 194, 195
 Kachels, Steffen 171
 Kahr, Gustav Ritter von 149, 267
 Kaiser, Benedikt 570, 571
 Kaiser, Marie-Thérèse 563
 Kalckreuth, Eberhard von 175, 177
 Kamnitzer, Heinz 235
 Kanitz, Gerhard Graf von 411, 461
 Kantorowicz, Alfred 365
 Kantorowicz, Hermann 393, 403
 Kapp, Wolfgang 21, 23, 24, 25, 26, 37, 50, 149, 152, 157, 158, 159, 171, 174, 218, 223, 225, 235, 236, 239, 255, 262, 264, 281, 427, 505, 527, 528, 579
 Käppner, Joachim 553

Karl der Große 355
 Karl V. 94
 Karl, Heinz 586
 Kastl, Ludwig 174
 Kater, Michael H. 9
 Kautsky, Karl 166
 Kehr, Eckart 393, 403
 Keitel, Wilhelm 358, 359, 436
 Keller, Mechthild 441
 Kellogg, Frank B. 351
 Kempner, Robert M. W. 254, 511
 Kennan, George F. 384
 Kennedy, John F. 238
 Keppler, Wilhelm 289
 Kern, Erwin 237, 241, 528
 Kershaw, Ian 76, 127, 140, 163, 361, 362, 378, 385, 463
 Kessler, Harry Graf 167, 169, 361, 559
 Keßler, Mario 363, 364, 365
 Keyserlingk-Cammerau, Robert Graf von 289
 Killinger, Manfred von 160
 King, Martin Luther 238
 Kirchner, Renate 82
 Kirdorf, Emil 175, 265, 271, 464, 480, 509
 Klagges, Dietrich 201
 Klee, Karl 548
 Klee, Paul 382
 Klein, Fritz 481
 Klein, Naomi 534
 Klemperer, Victor 353, 361
 Klepper, Otto 253, 254, 256
 Klingemann, Karl 509
 Klintzsch, Hans Ulrich 152, 153
 Klopfer, Gerhard 437
 Knirsch, Hans 509
 Knopp, Guido 33, 205, 378, 557
 Koch, Hannsjoachim W. 158
 Koellreutter, Otto 548
 Koenen, Gerd 125, 126, 127, 128, 129, 131, 136, 139, 140, 141, 142, 143, 441
 Koenen, Wilhelm 276
 Koeth, Joseph 393, 403
 Kohl, Helmut 302, 318
 Köhler, Otto 302, 318
 Kolbenheyer, Guido 465, 466, 467
 Koléko, Mascha 558
 Kollwitz, Käthe 470
 Königsberg, Franz von 264
 Könnemann, Erwin 21
 Koop, Volker 12, 13
 Kopelew, Lew Sinowjewitsch 441
 Körner, Oskar 151
 Kottisch, Reinhold 261
 Krämer, Hilde 553
 Krätke, Michael R. 343
 Krestinski, Nikolai Nikolajewitsch 211
 Krieger, Heinrich 548
 Krings, Stefan 76
 Kroebe-Riel, Werner 536
 Kronenberg, Volker 131, 132, 137, 143, 144

Krone-Schmalz, Gabriele 441
 Kruger, Felix 466
 Krumeich, Gerd 384, 532
 Krupp von Bohlen und Halbach, Gustav 252, 480
 Kubitschek, Götz 563, 570
 Kuczynski, Jürgen 491
 Kuczynski, René 469, 470, 472, 485, 488
 Kuczynski, Thomas 452, 453
 Kühn, Erich 509
 Kühnl, Reinhard 217, 296, 334, 420, 421, 422, 423, 424, 481
 Külz, Wilhelm 486
 Küppers, Heinrich 272
 Kurz, Robert 571

L

La Boétie, Étienne de 534, 564
 Lachmann, Paul 261
 Lagarde, Paul de 95
 Langbehn, Hermann 97
 Lange, Professor aus Oberkirch 574
 Le Bon, Gustave 535, 540, 565
 Leer, Johannes von 548
 Lehmann, Julius Friedrich 509
 Lehmann-Rußbüldt, Otto 469
 Leipart, Theodor 291, 292
 Lenin, Wladimir Iljitsch 514
 Lenz, Max 265
 Leo, Annette 82
 Leonhard, Jörn 532
 Lepinski, Franz 79
 Lessing, Gotthold Ephraim 70
 Levi, Paul 22, 50, 364
 Leviné, Eugen 98, 527
 Lewy, Fritz 79
 Ley, Robert 8, 9, 10, 336, 367
 Liebert, Eduard von 509
 Liebknecht, Karl 14, 15, 23, 161, 197, 235, 238, 381, 507, 527
 Lincoln, Abraham 378
 Lippert, Julius 244
 Litz, Valentin 271
 Lloyd George, David 533
 Löbe, Paul 471
 Lochner, Louis 481
 Loeb, René 156
 Loebell, Friedrich Wilhelm von 487, 488, 490
 Loesch, Karl Christian von 233
 Lohalm, Uwe 181, 478
 Longerich, Peter 463, 464
 Löns, Hermann 385, 394, 405
 Lösener, Bernhard 548
 Lotfi, Gabriele 453
 Löw, Andrea 348
 Lucke, Bernd 450
 Ludendorff, Erich 21, 36, 38, 40, 218, 223, 262, 271, 281, 356, 357, 396, 442, 495, 573, 588
 Ludendorff, Mathilde 478
 Luetgebrune, Walter 262, 263
 Lukács, Georg 79

Luks, Leonid 130
 Lumm, Karl von 160
 Lumumba, Patrice 238
 Lüninck, Hermann Freiherr von 290
 Luntowski, Gustav 481
 Luther, Hans 36, 72, 73, 75, 457, 461, 488
 Luther, Martin (Reformator) 92, 93, 100
 Lüttwitz, Walther von 21, 23, 24, 25, 26, 50, 149,
 174, 176, 218, 223, 235, 236, 239, 281, 527, 528
 Luxemburg, Rosa 14, 15, 23, 98, 161, 197, 235,
 238, 381, 507, 527, 578
 Lynch, Charles 506

M

MacDonald, Ramsey 351
 Machiavelli, Niccolo 535
 Maercker, Georg 159
 Mahraun, Artur 46, 302, 319
 Mallmann, Klaus-Michael 348
 Mann, Heinrich 70, 402
 Mann, Thomas 70, 128, 141, 182, 183, 184, 185,
 261, 262, 263, 361, 382
 Marck, Siegfried 79
 Marr, Wilhelm 95
 Marx, Karl 120, 123, 165, 295, 534, 535, 541, 542,
 543, 568, 569, 570, 571
 Marx, Wilhelm 36, 37, 38, 39, 40, 411, 457, 471,
 486, 488
 Maslow, Arkadij 363, 364, 365
 Mason, Tim 481
 Matschie, Christoph 15
 Maunz, Theodor 408
 Maurenbrecher, Max 509
 May, Gisela 6
 Mayr, Karl 426, 427, 514
 Mecklenburg, Johann Albrecht Herzog von 264
 Meissner, Otto 320, 327, 559
 Merkel, Angela 240, 408
 Merseburger, Peter 316
 Meusel, Alfred 80
 Meuthen, Jörg 568
 Michel, Ernst 167
 Michels, Robert 335
 Milch, Erhard 358
 Miller, Arthur 365
 Mitscherlich, Alexander 556
 Mitscherlich, Margarete 556
 Mitzenheim, Paul 60
 Moellendorf, Wichard von 570
 Möhl, Arnold von 426, 513
 Moll, Martin 478
 Mollin, Gerhard 481
 Mommsen, Hans 463
 Mommsen, Wolfgang 588
 Morgan, John P. 410
 Moscovici, Serge 541
 Müffling, Wilhelm Freiherr von 476
 Mühsam, Erich 553
 Müller, Heinrich 429
 Müller, Helmut Josef 261

Müller, Hermann 50, 51, 64
 Müller, Werner 80
 Münz, Christoph 99
 Münzenberg, Willi 364
 Mussolini, Benito 228, 267, 269, 337, 387, 388,
 389, 422, 574
 Mutschmann, Martin 270

N

Nadolny, Rudolf 352
 Nagel, Otto 470
 Napoleon I. 16, 500
 Neebe, Reinhard 481
 Neitzel, Sönke 532
 Nelson, Leonard 79
 Nero 434, 435, 437, 438
 Nestler, Ludwig 362, 481
 Neubauer, Theodor 460, 461
 Neumann, Hans-Joachim 33
 Neumann, Robert 455
 Neurath, Konstantin Freiherr von 350
 Nibelin, Manfred 442, 495
 Niekisch, Ernst 79, 570
 Nieland, Hans 12
 Niess, Wolfgang 553
 Niethammer, Lutz 195
 Nolte, Ernst 126, 131, 132, 133, 137, 140, 143, 144
 Noske, Gustav 22, 23, 24, 40, 554
 Nossen, Wolfgang 116
 Notz, Gisela 474
 Novak, Franz 41, 502, 520
 Nuschke, Otto 470

O

Oestreich, Paul 470
 Offenbach, Jacques 311
 Oldenburg-Januschau, Elard von 40
 Opel, Fritz von 483
 Opitz, Reinhard 296, 334, 481
 Oppen-Dannenwalde, Joachim von 289
 Oppenhoff, Franz 436
 Oppermann, Max 218
 Ortega y Gasset, José 541
 Ossietzky, Carl von 39, 66, 69, 88, 189, 193, 202,
 215, 216, 291, 303, 319, 361, 431, 485, 489,
 490, 559
 Osten, Lina von 181
 Österreich-Este, Franz Ferdinand von 14, 238

P

Pabst, Waldemar 15, 28, 381
 Papen, Franz von 47, 224, 225, 226, 252, 253, 254,
 255, 256, 258, 261, 288, 290, 291, 293, 312,
 313, 314, 315, 320, 324, 325, 327, 330, 559, 563
 Pätzold, Kurt 41, 42, 82, 116, 118, 155, 296, 332,
 440, 481, 491, 502, 503, 504, 520, 521, 522,
 523, 524, 525, 526, 533, 538, 539, 540, 541,
 543, 544, 556, 560

Paul, Gerhard 348
Pechstein, Max 470
Peritori, Silvio 116
Petry, Frauke 450
Petzina, Dieter 481
Petzold, Joachim 296, 476, 481
Philipp II. 92
Pieck, Wilhelm 213
Pietrzuch, Konrad 261, 263, 311
Piper, Ernst 382, 383
Piscator, Erwin 470
Ploeger, Andreas 556, 557
Plotkin, Abraham 559
Pohl, Jürgen 569
Pöhner, Ernst 149, 271, 505
Politt, Holger 116, 118
Pomplum, Jan-Philipp 478
Porembsky, Franziska von 509
Preuß, Hugo 98, 148, 237, 272, 529
Preußen, August Wilhelm von 146
Preußen, Friedrich Leopold von 459
Preußen, Wilhelm von 168, 169
Prokop, Siegfried 474
Putin, Wladimir Wladimirowitsch 440, 446
Pyta, Wolfram 327, 348, 448, 449

Q

Quaatz, Reinhold 412
Quandt (Unternehmerfamilie) 453
Quidde, Ludwig 300, 317, 469

R

Rabin, Itzhak 238
Radandt, Hans 481
Radbruch, Gustav 241
Raeder, Erich 358, 378
Raphael, Erwin 419
Raphael, Jakob 419
Raphael, Käthe 419
Rathenau, Walther 94, 98, 157, 160, 161, 210, 211, 223, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 262, 267, 268, 272, 274, 281, 469, 527, 528
Rauscher, Ulrich 24
Rauscher, Walter 327
Ravené, Louis 175
Reich, Wilhelm 448, 542
Reichenau, Franz von 232, 234
Reichenau, Walter von 350
Reinhardt, Walther 24
Reinhart, Friedrich 289
Reinsch, Roger 475
Renz, Irina 384
Reusch, Paul 174, 289
Ribbentrop, Joachim von 320
Richter, Horst-Eberhard 134, 441
Ridder, Helmut 455
Riedl, Ralf 586
Riefenstahl, Leni 61, 338
Riege, Gerhard 199

Riehl, Walther 149
Ritter, Claus 383
Ritter, Gerhard 393, 403
Röchling, Paul 265
Rodbertus, Karl 570
Roesler, Jörg 474
Roetger, Max 265
Röhm, Ernst 53, 153, 262, 263, 337, 357, 367, 379, 380, 426
Röhr, Werner 296, 481
Rohr-Mantze, Karl Gustav von 289
Romm, Michael 348
Ronde, Hans 54
Rosenberg, Alfred 71, 83, 262, 337, 367, 389, 443, 444, 445, 466, 476, 496, 497, 498, 570
Rosenberg, Arthur 393, 403
Roßbach, Gerhard 69
Rosterg, August 289
Roth, Alfred 243, 268
Roth, Karl Heinz 217, 479, 555, 560
Rudolph, Karsten 194
Ruether, Rosemary 99
Ruge, Wolfgang 296, 323, 481, 558
Rundstedt, Gerd von 254, 438
Runge, Otto 15, 28
Rütter, Paul 414
Ryback, Timothy W. 77
Rybakov, Alexei 130

S

Sabrow, Martin 158
Sachsen-Coburg und Gotha, Carl Eduard Herzog von 268, 374, 459
Salm-Horstmar, Otto II. zu 175, 509
Salzburg, Edith 478
Sander, Ulrich 116, 118, 452, 453, 454
Sandkühler, Thomas 448
Sandoval, Prudencio de 94
Sarrazin, Thilo 29, 206, 228, 562
Sauckel, Fritz 146, 227, 270, 491, 589
Schacht, Hjalmar 350, 373, 428
Schäfer, Dietrich 264, 509
Schäfer, Wilhelm 197
Schäffer, Hans 202
Scharnhorst, Gerhard 187
Schaupp, Simon 537, 581
Schauwecker, Franz 394, 405
Scheidemann, Philipp 157, 161, 212, 238, 460, 461, 527
Schenker, Max 480
Schnerer, Jonas 322
Schiele, Georg 509
Schiele, Martin 301, 318
Schiffer, Eugen 26
Schildt, Axel 80
Schiller, Friedrich 160
Schirach, Baldur von 186, 187, 355, 359, 367, 384, 406
Schlaf, Richard 86
Schlange-Schöningen, Hans 190

Schleicher, Kurt von 226, 258, 288, 290, 291, 292, 293, 301, 312, 314, 318, 320, 323, 324, 330, 416, 558, 559
 Schlieffen, Alfred von 218
 Schlögel, Karl 132, 137, 144, 441
 Schmidt, Otto 412
 Schmidt, Robert 273
 Schmidt, Walter 520
 Schmiechen-Ackermann, Detlef 478, 556
 Schmitt, Carl 255, 290, 299, 306, 315, 551
 Schmoller, Gustav 570
 Schmückle, Georg 394, 405
 Schnee, Heinrich 394, 404
 Schneider, Kurt 474
 Schöbel, Frank 206, 229
 Schoenaich-Carolath, Prinz zu 175
 Scholl, Hans 408
 Scholl, Sophie 408
 Scholl-Latour, Peter 441
 Scholz, Ernst 300, 317
 Schönbach, Karsten Heinz 496
 Schönplflug, Daniel 553
 Schrader, Stefanie 478
 Schreiner, Albert 365
 Schreiner, Patrick 534, 536, 537
 Schröder, Kurt von 289, 293, 320
 Schroeder, Christa 361
 Schubert, Karl von 73
 Schücking, Walther 167
 Schüle, Annegret 120
 Schultze, Franz 28
 Schultze-Naumburg, Paul 70, 155
 Schulz, Heinrich 160, 161
 Schulze, Gerhard 21
 Schumann, Wolfgang 296, 481, 491
 Schwabe, Klaus 362
 Schwarz, Erika 41, 154, 155, 502, 520
 Schwarz, Franz Xaver 367
 Schwede, Franz 270
 Schweitzer, Arthur 481
 Schweitzer, Hans Herbert 245
 Schwerin, Friedrich von 509
 Schweyer, Franz 269
 Sebottendorf, Rudolf von 16, 476, 515
 Seeberg, Reinhold 509
 Seeckt, Hans von 24, 26, 73, 341, 391, 400, 417, 489
 Selbmann, Fritz 474
 Seldte, Eugen 218
 Seldte, Franz 48, 218, 219, 367
 Seldte, Georg 218
 Sereny, Gitta 437
 Severing, Carl 214, 253, 254, 256
 Seyß-Inquart, Arthur 41, 502, 520
 Siber, Karl Heinz 553
 Siems, Fritz 393, 403
 Siemsen, Anna 542
 Sievers, Leo 441
 Simon, Gerhard 441
 Simons, Walter 36

Šindelářová, Lenka 348
 Sloterdijk, Peter 29, 206, 228
 Sombart, Werner 570
 Sommer, Heinz 474
 Sösemann, Bernd 34
 Speckmann, Guido 217
 Speer, Albert 61, 361, 434, 435, 436, 437, 589
 Spengler, Oswald 86, 412, 551, 562
 Spilker, Annika 478
 Springorum, Fritz 175, 289
 Stadtler, Eduard 219, 233, 586
 Stalin, Josef 33, 131, 132, 143, 365, 416, 501, 568
 Stapel, Wilhelm 465, 466, 467
 Stegmann, Dirk 296, 481
 Stein, Philip 569, 571
 Steinacher, Hans 232
 Steinert, Marlies 378
 Stenbock-Fermor, Alexander 235
 Sternberger, Dolf 408
 Stinnes, Hugo 22, 23, 271, 273, 274, 275
 Stöcker, Helene 469
 Stoiber, Edmund 408
 Strasser, Gregor 76, 113, 115, 146, 192, 244, 245, 260, 288, 292, 293, 320, 344, 443, 466, 496, 570
 Strasser, Otto 113, 114, 570
 Strauß, Franz Josef 408
 Streicher, Julius 7, 41, 93, 245, 337, 502, 520
 Stresemann, Gustav 65, 72, 75, 168, 169, 219, 300, 317, 413, 429, 461

T

Tabori, George 203
 Techow, Ernst Werner 241
 Teja, Graf (d. i. Thomas Westerich) 562
 Thälmann, Ernst 36, 37, 39, 227, 470
 Thierack, Otto Georg 436
 Thomsen, Andreas 466
 Thomsen, Theodor 509
 Thum, Gregor 441
 Thyssen, Fritz 22, 66, 175, 200, 224, 271, 282, 289, 320, 428, 431, 480
 Tillessen, Heinrich 160, 161
 Tirpitz, Alfred von 37, 264, 411, 591
 Todt, Fritz 373, 435, 437
 Toller, Ernst 553
 Trakl, Georg 383
 Traub, Gottfried 25
 Treitschke, Heinrich von 550, 562
 Troost, Paul 61
 Trotzki, Leo Dawidowitsch 365
 Trützschler, Fritz von 426
 Tschitscherin, Georgi Wassiljewitsch 209
 Tucholsky, Kurt 38, 70, 332, 373, 374, 392, 402, 470
 Turner jr., Henry Ashby 277, 302, 318, 481, 482
 Tusk, Donald 240

U

Ufer, Christian 394, 405

Ulbricht, Walter 293
Ullrich, Volker 361, 362, 378, 448
Ulmer, Martin 478
Umland, Andreas 134

V

Vadehra-Jonas, Rosel 116
Vanderborght, Michel 116
Verdi, Giuseppe 387
Vesper, Will 540
Virgil 389
Vögler, Albert 175, 289
Vogt, Ludwig 186
Volkmann, Hans-Erich 127, 128, 129, 130, 136,
140, 141, 142, 143
Vordermayer, Thomas 465, 466, 467

W

Wachowitz, Harald 475
Wagner, Adolf 337
Wagner, Adolph 570
Wagner, Richard 337, 387
Wagner, Winifred 146
Wahl, Adalbert 466
Walcher, Jakob 242, 365
Walter, Franz 78, 79, 257
Wangenheim, Conrad Freiherr von 264
Warmbold, Hermann 175, 301, 318
Weber, Max 76, 448
Weber, Thomas 163, 164, 513, 514
Wehner, Günter 475
Weidel, Alice 568
Weidemann, Volker 553
Weinert, Erich 323, 489
Weinrich, Arndt 384, 385
Weisbrod, Bernd 481
Weiß, Bernhard 245, 254
Weiss, Peter 125, 139
Weißmann, Karlheinz 563
Weizsäcker, Richard von 43, 312
Wels, Otto 331, 470
Welzer, Harald 89, 348
Werner, Anton von 87
Werner, Ferdinand 192
Werner, Karl August 196, 197, 214
Westarp, Kuno Graf von 65, 413
Westerwelle, Guido 29

Whitman, James Q. 548, 549
Wichmann, Manfred 381, 478
Wiedfeldt, Otto 38
Wiegel, Gerd 217
Wildt, Michael 184, 250, 348, 556
Wilhelm II. 16, 166, 305, 378, 379, 459, 495
Willisen, Wilhelm Freiherr von 232
Wilmowsky, Tilo Freiherr von 481
Wilson, Woodrow 165, 166, 167, 169
Winkler, Heinrich August 131, 132, 133, 137, 143,
144
Winter, Eduard 441
Wippermann, Wolfgang 118, 441, 484
Wirsing, Giseler 570
Wirth, Joseph 149, 151, 157, 159, 209, 210, 211,
212, 213, 236, 237, 239, 240, 242, 272, 273,
274, 275, 276, 527, 528, 529
Witzmann, Georg 27, 207
Wlassow, Andrej Andrejewitsch 445, 498
Wohlfeld, Udo 419
Wolf, Winfried 532
Wollenberg, Jörg 474
Wolnizta, Rufin 261
Wrede, Irmgard 509
Wulle, Reinhold 161, 244
Wundt, Max 509

Y

Young, Owen D. 64, 174, 176, 219, 430

Z

Zangen, Wilhelm 481
Zehrer, Hans 292, 306, 570
Zetkin, Clara 50, 364
Zettelbauer, Heidrun 478
Ziegler, Hans Severus 70, 146
Ziegler, Jean 207, 230, 546
Zilkenat, Reiner 474, 586
Zille, Heinrich 470
Zöberlein, Hans 394, 405
Zolling, Peter 343
Zörgiebel, Karl 429
Zuber, Brigitte 477
Zuckermann, Moshe 118
Zuckmayer, Carl 365
Zweig, Arnold 235, 243, 518